MASTER
NEGATIVE
NO. 92-80637-14

MICROFILMED 1992

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES/NEW YORK

as part of the
"Foundations of Western Civilization Preservation Project"

Funded by the
NATIONAL ENDOWMENT FOR THE HUMANITIES

Reproductions may not be made without permission from
Columbia University Library

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States -- Title 17, United States Code -- concerns the making of photocopies or other reproductions of copyrighted material...

Columbia University Library reserves the right to refuse to accept a copy order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

AUTHOR:

WEECH, FRIEDRICH O.

TITLE:

DEUTSCHEN SEIT DER REFORMATION

PLACE:

LEIPZIG

DATE:

1879

Master Negative #

92-80637-14

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DEPARTMENT

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

Original Material as Filmed - Existing Bibliographic Record

943.03
W417

Weech, Friedrich Otto Aristides von, 1837–1905.

Die Deutschen seit der reformation, mit besonderer berücksichtigung der culturgeschichte, von dr. Friedrich von Weech ... Mit zahlreichen porträts nach den besten historisch treuen originalen und mit vollbildern von bewährten meistern. Leipzig, B. G. Teubner, 1879.

ix, [1], 554 p. illus., plates, ports. (incl. front.) 24½ x 22cm.

1. Germany—Hist.—1517–1871. 2. Germany—Civilization—Hist.

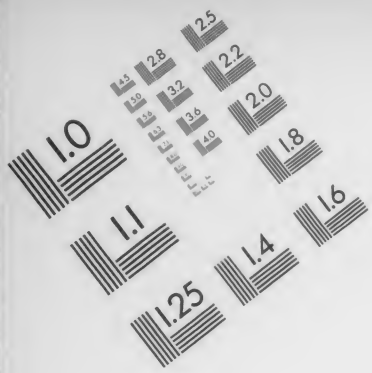
Library of Congress DD175.W3 (r19b1)

2–19646 Revised

Restrictions on Use:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 13X
IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB
DATE FILMED: 4-16-93 INITIALS MY
FILMED BY: RESEARCH PUBLICATIONS, INC WOODBRIDGE, CT

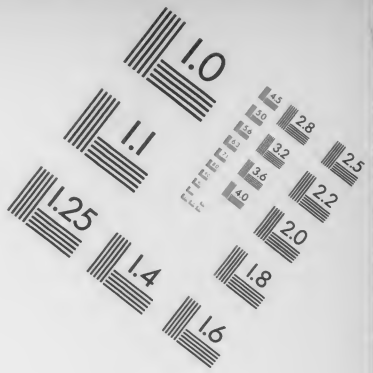


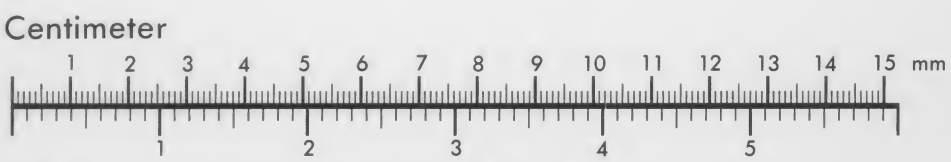
AIIM

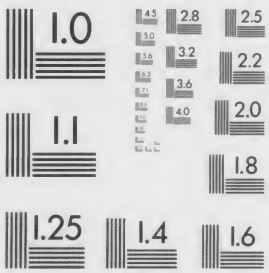
Association for Information and Image Management

1100 Wayne Avenue, Suite 1100
Silver Spring, Maryland 20910

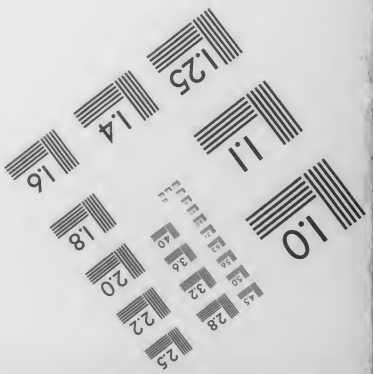
301/587-8202







MANUFACTURED TO AIIM STANDARDS
BY APPLIED IMAGE, INC.



Die Deutschen

J. M. Spaeth's
Buchhandlung
Berlin C.
Königstr. 52.

XIII. 3615.

Vergriffen!

Columbia University
in the City of New York
LIBRARY

The
Nathaniel Currier Fund
for the
increase of the Library
Established 1908

Wilhelm I.
Deutscher Kaiser, König von Preußen.

Die

Deutschen seit der Reformation

mit besonderer Berücksichtigung

der Culturgeschichte

von

Dr. Friedrich von Weech,
Großherzoglich Badischem Geh. Archivrath.

Mit zahlreichen Porträts nach den besten historisch treuen Originalen und mit Vollbildern von bewährten Meistern.

Leipzig,
Druck und Verlag von B. G. Teubner.
1879.

Wilhelm I.
Deutscher Kaiser, König von Preußen.

Die

Deutschen seit der Reformation

mit besonderer Berücksichtigung

der Culturgeschichte

von

Dr. Friedrich von Weech,
Großherzoglich Badischem Geh. Archivrath.

Mit zahlreichen Porträts nach den besten historisch treuen Originalen und mit Vollbildern von bewährten Meistern.

Leipzig,
Druck und Verlag von B. G. Teubner.
1879.

26-3868

Alle Rechte vorbehalten.

943.03
W417

Jan. 26, 1926 ART
Feb. 2 " A SF

Vorwort.

Zwar ist das alte Wort: daß die Geschichte die beste Lehrmeisterin des Menschengeschlechtes sei, scheinbar durch tausendfältige Erfahrung widerlegt. Aber dennoch führt ein natürlicher Trieb jede Generation dahin, sich mit der Vergangenheit, mit Leben und Treiben, Fühlen und Denken der Geschlechter, welche früher waren, zu beschäftigen und die Berührungspunkte aufzusuchen, von denen sich, wenn man so sagen darf, die Fäden eines lebendigen geistigen Zusammenhanges in die Gegenwart herüberziehen.

Dem Gesichtskreise des modernen Staatsbürgers steht, wenn er auf die Vergangenheit unseres Volkes zurückblickt, das Mittelalter ziemlich fremd gegenüber. Es wird ihm schwer, sich in die Anschauungsweise des 10. oder 12. oder 14. Jahrhunderts hineinzudenken, an den geistlichen und weltlichen Händeln jener längst entschwundenen Tage ein lebhaftes Interesse zu nehmen.

Erst der Humanismus und die Reformation eröffnen die Pforten des Zeitalters, in welchem der Deutsche des 19. Jahrhunderts sich bei seinem Rückblicke in die Vergangenheit heimisch zu fühlen beginnt. Die Menschen, denen wir da begegnen, sind Fleisch von unserem Fleische und Geist von unserem Geiste. Was sie erstrebt, erdacht, errungen, bildet im Wesentlichen auch für das heute lebende Geschlecht noch den Inhalt heißer Kämpfe; das ideale Ziel, nach dem sie gestrebt, steht auch heute noch als erringenswerther Siegespreis vor unserem geistigen Auge.

Dieses Buch will den Versuch wagen, in gemeinverständlicher Form den weitesten Kreisen der Nation die politische und Culturgeschichte Deutschlands vom Beginne des 16. Jahrhunderts bis zur Gründung des neuen deutschen Reiches zu erzählen, die bedeutendsten Abschnitte der viertehalb Jahrhunderte, welche dieser Zeitraum umfaßt, in ihrer Eigenthümlichkeit zu schildern und dabei die hervorragenden Menschen, welche die geistige, materielle und politische Entwickelung des deutschen Volkes wesentlich gefördert haben, den jetzt Lebenden vor Augen zu stellen.

Schon der äußere Umfang, welcher dem Buche vorgezeichnet war, mußte ein näheres Eingehen auf die Geschichte der einzelnen deutschen Länder verbieten. Nicht wie diese sich, theilweise ja sehr bedeutend, jedes in seiner Art entwickelt und gestaltet haben, sollte hier geschildert werden, sondern es war vielmehr das Streben des Verfassers, das Walten des deutschen Geistes, dessen Macht die einzelnen Stämme und Staaten endlich wieder zu einem Volke vereinigt hat, in den verschiedenen Formen, in denen es im Laufe der Jahrhunderte in die Erscheinung trat, zu erkennen und nachzuweisen.

Noch klingen in das alltägliche Leben des Augenblickes die weihevollen Klänge der großen Tage herüber, in denen wir aus der Kampfgenossenschaft in einem der Nation aufgezwungenen Kriege die langersehnte Einheit des Vaterlandes erwachsen sahen. Keinen schöneren Schluß kann

der Geschichtschreiber seinem Werke wünschen als die Schilderung der Tage, da vor der Macht und Herrlichkeit des wiederhergestellten Kaiserthumes jeder kleinliche Zwist verstummte, da jeder brave Deutsche glücklich und wohlgemuth einer reich gesegneten Zukunft des Vaterlandes entgegensah.

Seither sind schwere Tage über Deutschland hereingebrochen. Der begeisterte Jubel hat nüchterner Arbeit Platz gemacht und bei der Arbeit hat es nicht an Schwierigkeiten und Hindernissen aller Art gefehlt. Sie zu überwinden wird die Aufgabe einer ruhig fortschreitenden Entwickelung sein, welche, das gute Recht der Einzelstaaten achtend, die organische Fortbildung des Reiches und seiner Institutionen als oberstes Ziel zu verfolgen hat. Aber nicht diese Schwierigkeiten und Hindernisse, ganz natürliche Erscheinungen in dem großen Werdeprozesse des nationalen Lebens, veranlassen uns, von schweren Tagen zu sprechen, die über unser Vaterland hereingebrochen sind. Dieses Jahr 1878, das achte seit der Gründung des neuen Reiches, hat schimpfliche Thaten, hat die Tage tiefster Schmach zu verzeichnen, da die mörderischen Hände zweier Menschen, die unseres Stammes sind, die unsere Sprache reden, sich gegen das ehrwürdige Haupt des Kaisers erhoben, und ein erschreckender Einblick in die beklagenswerthe Gesinnung zahlreicher, von gewissenlosen Agitatoren verführter Volksgenossen sich auch dem blödesten Auge eröffnete.

In seinem Innersten tief erschüttert, hat der Verfasser dieses Buches die letzten Seiten niedergeschrieben, die großen Tage des Ruhmes und Glückes, des nationalen Jubels geschildert, in jenen sorgenvollen Wochen, da das deutsche Volk um das Leben des verehrten und geliebten Kaisers bangte.

Nun, da diese Sorge von der Nation genommen ist, da das weise und patriotische Zusammenwirken der staatserhaltenden Parteien des Reichstages den Regierungen schneidige Waffen in die Hand gegeben hat, um die Verirrungen zu unterdrücken, als deren fluchwürdige und entsetzliche Folgen wir jene Mordversuche zu betrachten allen Grund haben — nun darf der Deutsche wieder muthiger den kommenden Tagen entgegensehen. Und er mag dabei wohl der Lehren eingedenk sein, welche sich aus der Geschichte der viertehalb Jahrhunderte ergeben, die dieses Buch erzählt.

Möchte es, um seinen Zweck erfüllen zu können, um in die weitesten Kreise die Kenntniß der Vergangenheit zu tragen und dadurch die Liebe zu unserem großen und theuren Vaterlande zu erwecken und zu nähren, möchte es von dem deutschen Volke freundlich und wohlwollend aufgenommen werden!

Karlsruhe, im November 1878.

Friedrich von Weech.

Inhalt.

I. Buch.

Bis zum Augsburger Religionsfrieden (1555).

Martin Luther 1. — Luthers Jugend 2. — Die Rechtfertigungslehre 3. — Die deutsche Kirche im 15. Jahrhundert 4. — Der Humanismus 5. — Reuchlin und Erasmus 6. — Leo X. und der Ablaß 7. — Luthers Thesen gegen den Ablaß 8. — Luther und Cajetan 9. — Luther und Miltitz. — Melanchthon 10. — Disputation mit Eck 11. 12. — Luther und Hutten 13. — Luther verbrennt die Bannbulle 14. — Das deutsche Reich im 15. Jahrhundert 15. — Kaiser Friedrich III. 16. — Reformen im Reiche 17. — Maximilian I. 18. — Wahl Karls V. 19. 20. — Der Reichstag zu Worms 21. — Das Wormser Edict 22. — Luther auf der Wartburg 23. — Luther gegen Karlstadts Neuerungen 24. — Der deutsche Adel im 16. Jahrhundert 25. — Franz von Sickingen 26. — Ende Sickingens und Huttens 27. — Das Reichsregiment und die Reformation 28. — Das Regensburger Bündniß 29. — Der deutsche Bauernstand im 16. Jahrhundert 30. — Die zwölf Artikel der Bauerschaft 31. — Der Bauernkrieg 32. — Folgen des Bauernkrieges. — Ursprung der Landeskirchen 33. — Der Torgauer Bund. — Das Herzogthum Preußen 34. — Der Abendmahlstreit. — Die Reformation und die Schule 35. — Reichstag zu Speier 1526. — Karl V. gegen Franz I. und den Papst 36. — Reichstag zu Speier 1529. — Protestation der evangelischen Stände 37. — Die Türken vor Wien. — Religionsgespräch in Marburg 38. — Reichstag zu Augsburg 1530. — Augsburger Confession 39. — Gründung des schmalkaldischen Bundes 40. — Ulrich Zwingli 41. — Die Reformation in der Schweiz 42. — Der Nürnberger Religionsfriede 43. — Wiedereinsetzung Ulrichs von Wirtemberg 44. — Fortschritte des Protestantismus. — Die Wiedertäufer in Münster 45. — Jörg Wullenweber in Lübeck 46. — Erweiterung des schmalkaldischen Bundes 47. — Die Wittenberger Concordienformel. — Der heilige Bund. — Der Frankfurter Anstand 48. — Die Religionsgespräche 1540—41. — Der Reichstagsabschied von 1541. 49. — Der braunschweigische Krieg. — Der schmalkaldische Bund auf dem Höhepunkte seiner Macht 50. — Der Herzog von Cleve. — Reichstag zu Speier 1544. 51. — Der Friede von Crespy. — Reichstage zu Worms und Regensburg 1546. 52. — Philipp von Hessen und Johann Friedrich von Sachsen geächtet 53. — Moritz von Sachsen fällt zu Karl V. ab 54. — Der schmalkaldische Krieg 55. — Schlacht bei Mühlberg. — Luthers Tod 56. — Philipp von Hessen gefangen. — Reichstag zu Augsburg 1547. 57. — Das Interim 58. — Beschwerden gegen Karl V. 59. — Moritz von Sachsen gegen Karl V. 60—62. — Der Passauer Vertrag 63. — Albrecht Alcibiades von Brandenburg. — Tod Moritz' von Sachsen 64. — Der Augsburger Religionsfriede 65. — Abdankung und Tod Karls V. 66. — Die Stiftung der Gesellschaft Jesu 67. 68. — Johann Calvin und sein System 69.

II. Buch.

Bis zum westfälischen Frieden (1648).

Kaiser Ferdinand I. 70. 71. — Das Concil von Trient. — Zwistigkeiten unter den Protestanten 72. — Die Concordienformel. — Unduldsamkeit der Theologen 73. — Kaiser Maximilian II. 74. — Der Türkenkrieg von 1566. — Die Grumbach'schen Händel 75. — Beginn der Gegenreformation 76. — Die deutschen Fürsten 77. 78. — Die Literatur 78. 79. — Die Gelehrtenschulen 79. — Wissenschaft und Kunst 80. — Kunst, Kunstgewerbe und Handel 81. — Industrie und Landwirthschaft. — Die Höfe und der Adel 82. — Streitpunkte zwischen katholischen und protestantischen Reichsständen 83. — Die Vorgänge zu Aachen und im Erzstift Köln 84. — Reichskammergericht und Reichshofrath. — Der Vierklosterstreit 85. — Die Spanier in Jülich und Cleve 86. — Bemühungen für ein Bündniß der deutschen Protestanten 87. — Der Donauwörther Handel 88. — Die Gründung der Union 89. — Die Gründung der Liga 90. — Kaiser Rudolf II. 91. — Die Protestanten in Oesterreich. — Der Majestätsbrief 92. — Kaiser Rudolfs II. Ende 93. — Der Jülich'sche Erbstreit 94. — Kaiser Matthias. — Cardinal Klesel 95. — Erzherzog Ferdinands Bewerbung um die Kaiserwürde 96. — Der Prager Fenstersturz. — Klesels Verhaftung 97. — Mansfeld im böhmischen Kriege. — Tod des Kaisers Matthias 98. — Die Wahl Ferdinands II. zum Kaiser, Friedrichs V. zum König von Böhmen 99. — Friedrich V. in Böhmen. — Tilly an der Spitze der Liga 100. — Die Schlacht am weißen Berge. — Der Krieg in der Pfalz 101. 102. — Friedrich V. der Kurwürde beraubt 102. — Niederlage Christians IV. von Dänemark. — Wallenstein 103. — Mansfelds Ende. — Der Friede von Lübeck. — Wallensteins Pläne 104. — Das Restitutionsedict. — Französische Intriguen 105. — Der Kurfürstentag zu Regensburg. — Wallensteins Entlassung 106. — Gustav Adolf 107.

— Die Erstürmung Magdeburgs durch Tilly 108. — Die Schlacht von Breitenfeld 109. — Verhandlungen Gustav Adolfs und Richelieus mit der Liga 110. — Scheitern der Verhandlungen. — Wallenstein zum zweiten Male Oberbefehlshaber 111. — Tillys Tod. — Gustav Adolf in Baiern. — Der Kampf bei der alten Veste 112. — Die Schlacht bei Lützen. — Gustav Adolfs Tod 113. — Seine Verdienste um Deutschland 114. — Verwilderung der Armeen 115. — Axel Oxenstierna. — Französische Einflüsse 116. — Die Franzosen am Rhein. — Bernhard von Weimar, Gustav Horn und Johann von Werth 117. — Wallensteins Verhandlungen mit den Feinden des Kaisers 118. — Wallensteins Tod 119. — Die Schlacht von Nördlingen 120. — Der Prager Friede 121. — Tod Bernhards von Weimar und Ferdinands II. 122. — Kaiser Ferdinand III. — Die letzten Kämpfe des dreißigjährigen Krieges 123. — Der westfälische Friede 124. — Die Folgen des dreißigjährigen Krieges 125—127. — Der Kaiser und die Landesfürsten 128.

III. Buch.

Bis zum Aachener Frieden (1748).

Kaiser Leopold I. — Frankreichs Uebermacht 129. 130. — Der große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg 131. — Die Schlacht von Fehrbellin. — Der Friede von Nimwegen 132. — Die Reunionskammern. — Der Verlust Straßburgs 133. — Die Türken vor Wien. — Waffenstillstand mit Frankreich 134. — Die aus Frankreich fliehenden Reformirten. — Schlesische Irrungen 135. — Der Tod des großen Kurfürsten 136. — Der orleanische Krieg. — Der Friede von Ryswick 137. — Die Ryswicker Clausel. — Oesterreichs Türkenkriege 138. — Prinz Eugen von Savoyen. — August von Sachsen, König von Polen 139. — Friedrich III. von Brandenburg, König in Preußen 140. — Das deutsche Reich am Ende des 17. Jahrhunderts 141. — Kaiser, Reichstag, Reichsgerichte, Reichsfinanzen 142. — Reichsarmee, Landstände 143. — Die deutschen Höfe. — Der Adel 144. — Bürger- und Bauernstand 145. — Die spanische Erbfolgefrage 146. 147. — Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges 148. — Stellung der deutschen Fürsten. — Markgraf Ludwig von Baden 149. — Der Krieg in den Jahren 1703 und 1704. 150. — Die Schlacht bei Höchstädt 151. — Kaiser Josef I. — Friedensverhandlungen 152. — Kaiser Karl VI. — Die Friedensschlüsse zu Utrecht, Rastatt und Baden 153. — Preußen und Schweden. — Oesterreichs Sieg über die Türken 154. — König Friedrich Wilhelm I. von Preußen 155. — Rechtspflege. — Heerwesen 156. 157. — Industrie 157. — Ackerbau. — Generaldirectorium. — Persönliches Regiment 158. — Die Finanzen. — Die Volksschule 159. — Die vertriebenen Salzburger. — Die pragmatische Sanction 160. — Die jülisch-bergische Erbfolge. — Der polnische Thronfolgekrieg 161. — Die Abtretung Lothringens an Frankreich 162. — Die Jugend Friedrichs des Großen 163. 164. — Tod Friedrich Wilhelms I. 164. — Das geistige Leben in Deutschland um das Jahr 1740. 165. — Katholizismus und Protestantismus 166. — Orthodoxie und Pietismus. — Spener und Francke 167. — Die „Stillen im Lande". — Die Herrenhuter 168. — S. Pufendorf 169. — G. W. Leibnitz 170. — Ch. Thomasius. — Ch. Wolff 171. — Die schöne Literatur. — Die erste schlesische Dichterschule 172. — Die zweite schlesische Dichterschule. — Die Musik 173. — Die bildenden Künste. — Einfluß der Wissenschaft und Kunst auf die Nation 174. — Tod Kaiser Karls VI. 175. — Preußen erhebt Ansprüche auf Schlesien. — Beginn des ersten schlesischen Krieges 176. — Schlesische Zustände. — Die Schlacht von Mollwitz 177. — Der Nymphenburger Vertrag 178. — Der österreichische Erbfolgekrieg. — Kaiser Karl VII. 179. — Der Breslauer Friede. — Oesterreichs Erfolge. — Das Wormser Bündniß 180. — Der zweite schlesische Krieg 181. — Tod Karls VII. — Die Schlacht von Hohenfriedberg 182. — Folgen dieses Sieges. — Kaiser Franz I. 183. — Maria Theresia. — Die Schlachten von Sohr und Kesselsdorf 184. — Der Dresdener Friede. — Der Aachener Friede und das deutsche Reich 185. 186. — Oesterreich und Preußen 187.

IV. Buch.

Bis zur Auflösung des deutschen Reiches (1806.)

Die Reformen Friedrichs des Großen. — Rechtspflege und Verwaltung 188. 189. — Persönliches Regiment. — Der Adel. — Bürger und Bauern 190. — Ackerbau, Gewerbe, Industrie. — Die Finanzen 191. — Das preußische Heer 192. — Friedrichs Stellung zu Religion und Wissenschaft 193. — Die Berliner Akademie. — Voltaire 194. — Friedrich und seine Umgebung 195. — Die Ursachen des siebenjährigen Krieges 196. 197. — Der Ausbruch des Krieges. — Besitznahme Sachsens 198. — Die Schlacht von Lobositz. — Die Reichsexecution 199. — Die Schlacht bei Prag 200. — Die Schlacht bei Kolin 201. — Friedrichs Größe im Unglück. — Einfall der Russen in Preußen 202. — Die Schlacht bei Roßbach 203. — Die Schlacht bei Leuthen 204. — Folgen der siegreichen Schlachten. — Bündniß mit England 205. — Die Schlacht bei Zorndorf 206. — Die Schlacht bei Hochkirch 207. — Die Schlacht bei Kunersdorf 208. — Versuche, Friedensverhandlungen anzuknüpfen 209. — Fouqué's Niederlage. — Die Belagerung von Breslau 210. — Die Schlacht bei Liegnitz. — Belagerung von Colberg. — Besetzung Berlins 211. — Die Schlacht bei Torgau 212. — Friedrichs II. Erschöpfung. — Der Tod der Kaiserin Elisabeth 213. — Kaiserin Katharina II. — Der Pariser Friede (1763) 214. — Der Hubertusburger Friede. — Folgen des siebenjährigen Krieges 215. — Friedrichs des Großen Regierungsthätigkeit nach dem siebenjährigen Kriege 216. — Friedrich der Große und Kaiser Joseph II. 217. — Die erste Theilung Polens 218. — Josephs II. Versuche, Baiern zu erwerben 219. — Der baierische Erbfolgekrieg 220. — Maria Theresia und Joseph II. 221. — Josephs II. Reformen in Oesterreich 222. — Die Gründung des Fürstenbundes 223. — Friedrichs II. und Josephs II. Tod. 224. — Die kleineren deutschen Höfe und ihr Einfluß auf die Cultur 225. — Die geistlichen Höfe 226. — Die Emser Punktationen. — Erziehungsanstalten 227. — Geheimbünde. — Rückgang der Aufklärung in Baiern und Preußen 228. — Die öffentliche Meinung: die beiden Moser, Möser, Schlözer 229. — Volksbildung: Nikolai, Mendelssohn, Reimarus.

— Philologie: Winckelmann, Heyne 230. — Philosophie: Immanuel Kant 231. — Der Einfluß des Protestantismus und Norddeutschlands auf die Bildung der Nation 232. — Weltbürgerliche Gesinnung der höheren Gesellschaftskreise 233. — Nationalliteratur: Gottsched und die Schweizer 234. — Hagedorn. — Gellert 235. — Klopstock 236. — Lessing 237. 238. — Gleim. — Wieland 239. — Herder. — Der Hainbund 240. — Die Sturm- und Drangperiode. — Goethe 241. 242. — Schiller 243. — Weltbürgerliche Richtung der deutschen Literatur. — Exakte Wissenschaften 244. — Musik: Gluck, Haydn, Mozart 245. — Schauspielkunst 246. — Auswärtige Politik Preußens 246. — Oesterreich und Preußen 247. — Der Reichenbacher Vertrag. — Kaiser Leopold II. 248. — Einwirkungen der französischen Revolution auf Deutschland 249. — Kriegerische Gesinnung König Friedrich Wilhelms II. von Preußen 250. — Die Erklärung von Pillnitz. — Tod Kaiser Leopolds II. 251. — Kaiser Franz II. — Vorbereitungen zum Kriege gegen Frankreich 252. — Das Manifest des Herzogs von Braunschweig. — Die Kanonade von Valmy 253. — Niederlage der Oesterreicher bei Jemappe. — Capitulation von Mainz 254. — Der Krieg in den Jahren 1793 und 1794. 255. — Die zweite Theilung Polens 256. — Der Haager Vertrag. — Die dritte Theilung Polens 257. 258. — Annäherung Frankreichs an Preußen 258. — Der Baseler Friede und seine Folgen 259. — Der Krieg in Deutschland in den Jahren 1795 und 1796. 260. 261. — Der Krieg in Italien in den Jahren 1796 und 1797. 262. — Der Friede von Campo Formio 263. — Der Rastatter Congreß 264. — Die zweite Coalition gegen Frankreich 265. — Der Rastatter Gesandtenmord. — Der Krieg von 1799. 266. — Buonaparte als erster Consul. — Die Schlacht von Marengo 267. — Der Luneviller Friede. — Die Entschädigungsfrage 268. — Die Säcularisationen. — Der Reichsdeputationshauptschluß 269. — Die Ländervertheilungen im deutschen Reiche 270. — Die Veränderungen in den Verhältnissen der deutschen Fürsten 271. — Die Gesinnungen des deutschen Volkes. — Frankreichs Einfall in Hanover 272. — Der Vertrag von Suhlingen. — Die Verhaftung des Herzogs von Enghien 273. — Errichtung des französischen Kaiserthums 274. — Stiftung des österreichischen Kaiserthums 275. — Die dritte Coalition. — König Friedrich Wilhelm III. von Preußen 276. — Haltung Preußens. — Die Capitulation von Ulm 277. — Die Franzosen in Wien. — Friedensvermittelung Preußens 278. — Der Vertrag von Potsdam. — Sendung von Haugwitz an Napoleon 279. — Die Schlacht von Austerlitz 280. — Der Preßburger Friede 281. — Der Schönbrunner Vertrag und seine Folgen 282. — Napoleon und Rußland. — Die süddeutschen Höfe. — Reichsreformpläne 283. — Die Auflösung des deutschen Reiches und die Stiftung des Rheinbundes 284. — Oesterreich, der Rheinbund und Preußen 285.

V. Buch.

Bis zum zweiten Pariser Frieden (1815).

Der Plan, einen norddeutschen Bund zu bilden. — Napoleons Intriguen gegen Preußen 286. 287. — Das preußische Heer im Jahre 1806. 288. — Entschluß Preußens zum Kriege 289. — Das preußische Ultimatum. — Die Schlacht bei Jena und Auerstädt 290. — Die Auflösung des alten preußischen Heeres und Staates 291. — Die Capitulationen. — Blüchers Zug nach Lübeck 292. 293. — Die Königin Luise 293. — Scheitern der Verhandlungen mit Napoleon. — Rücktritt des Grafen Haugwitz 294. — Die Entlassung des Ministers vom Stein. — Die Schlacht von Eylau 295. — Die schlesischen Festungen. — Die Vertheidigung von Colberg 296. — Die vierte Coalition gegen Frankreich. — Die Schlacht von Friedland 297. — Der Friede von Tilsit 298. — Fürsten und Völker des Rheinbundes 299. — Wirtemberg, Baden, Baiern 300. 301. — Die Conscription 301. — Die Continentalsperre. — Partikularismus 302. — Sachsen, Westfalen 303. — Der Congreß zu Erfurt. — Der Krieg in Spanien 304. — Oesterreichische Zustände im Jahre 1809. 305. — Die Schlachten bei Aspern und Wagram 306. — Die Erhebung Tirols 307. 308. — Der Wiener Friede von 1809. 308. 309. — Die Unterwerfung Tirols 309. — Staps' Attentat auf Napoleon. — Dörnberg und Schill 310. — Das Unternehmen Schills 311. — Der Zug des Herzogs von Braunschweig 312. — Preußens Ausbeutung durch die Franzosen 313. — Der Freiherr vom Stein 314. — Die Reformen Steins und ihre Gegner 315. 316. — Steins Rücktritt und Aechtung durch Napoleon 317. — Das Ministerium Altenstein. — Der Freiherr von Hardenberg 318. — Die Weiterführung der Stein'schen Reformen durch Hardenberg 319. — General von Scharnhorst und die Reform des Heeres 320. 321. — Die geistige Wiedergeburt der Nation 321. — J. G. Fichte 322. 323. — H. v. Kleist 323. 324. — E. M. Arndt 324. — F. Schleiermacher. — W. v. Humboldt 325. — Gründung der Universität Berlin. — Der Tugendbund. — Tod der Königin Luise 326. — Entzweiung Napoleons mit Rußland 327. — Preußens Stellung bei einem französisch-russischen Kriege 328. — Preußens Bündniß mit Frankreich. — Der Krieg in Rußland 329. — Der Rückzug der französischen Armee. — General v. York 330. — Russische Verhandlungen mit York. — Die Convention von Tauroggen 331. — Die Reise des Königs nach Breslau. — Die Vorgänge in Königsberg 332. 333. — Die Bildung der freiwilligen Jäger 333. — Die vaterländische Begeisterung des Jahres 1813. 334. — Der Vertrag von Kalisch. — Der Aufruf „An Mein Volk". — Landwehr und Landsturm 335. — Die Dichter der Befreiungskriege: Körner, Schenkendorf, Arndt 336. — Rückert. — Der deutsche Nordwesten. — Der Aufruf von Kalisch 337. — Die russischen und preußischen Armeen. — General von Blücher 338. — General von Gneisenau. — Die Rüstungen Napoleons 339. — Die Schlachten von Lützen und Bautzen. — Der Waffenstillstand 340. — Beitritt Oesterreichs, Englands und Schwedens zum Bündnisse gegen Napoleon 341. — Die verbündeten Heere. — Die Schlacht bei Großbeeren 342. — Die Schlachten an der Katzbach, bei Dresden und Culm 343. — Bei Nollendorf und Dennewitz 344. — Das Treffen bei Wartenburg. — Napoleons Pläne 345. — Die Völkerschlacht bei Leipzig 346. — Die Folgen der Leipziger Schlacht. — Der Vertrag von Ried 347. — Der Beitritt der Rheinbundstaaten zum Bündnisse gegen Napoleon 348. — Rückzug Napoleons.

— Die Schlacht bei Hanau. — Friedenspläne 349. — Verhandlungen zu Frankfurt über einen Friedenscongreß 350. — Der Rheinübergang der Verbündeten. — Die Schlachten von Brienne und La Rothière 351. — Weitere Kämpfe in Frankreich. — Der Friedenscongreß in Chatillon 352. — Das Bündniß von Chaumont. — Die Schlachten im Februar und März 1814. 353. — Der erste Pariser Friede. — Belohnung der preußischen Feldherren 354. — Der Wiener Congreß: Seine äußere Physiognomie. — Seine Aufgaben 355. 356. — Die Vertreter der deutschen Staaten 356. 357. — Die sächsische und polnische Frage 357. 358. — Das geheime Bündniß vom 3. Januar 1815. — Die Entschädigungen 359. — Napoleons Landung in Frankreich. — Vorbereitungen zum Wiederbeginne des Krieges 360. — Die Schlachten bei Ligny und Quatrebras 361. — Die Schlacht von Waterloo 362. — Der zweite Pariser Friede. — Gründung des deutschen Bundes 363. 364. — Der deutsche Bund und Preußen 365.

VI. Buch.

Bis zur Eröffnung der deutschen Nationalversammlung (1848).

Der Bundestag 366. — Die Einführung landständischer Verfassungen: die süddeutschen Staaten 367. — Die norddeutschen Staaten. — Oesterreich 368. — Fürst Metternich 369. — Dessen politisches System 370. — Die Verfassungsfrage in Preußen 371. — Die liberale deutsche Jugend 372. — F. L. Jahn. — Die Burschenschaft. — Das Wartburgfest 373. — Der Aachener Congreß. — Die heilige Allianz 374. — Kotzebues Ermordung durch K. L. Sand und ihre Folgen 375. — Die süddeutschen Landtage. — Die Karlsbader Beschlüsse 376. — Die Wiener Schlußacte. — Die Centraluntersuchungscommission in Mainz 377. — Geheime Verbindungen innerhalb der Burschenschaft. — Die Opposition am Bunde 378. — Das „Manuscript aus Süddeutschland" 379. — Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse. — Die Verfassungsfrage in Preußen 380. — Die preußischen Provinziallandtage. — Der deutsche Handel und Verkehr 381. — Bestrebungen zur Begründung eines einheitlichen Zollgebiets in Deutschland 382. — Anschluß norddeutscher Kleinstaaten an das preußische Zollsystem 383. — Die baierisch-wirtembergische Zolleinigung. — Stellung Hessen-Darmstadts 384. — Vertrag zwischen dem preußisch-hessischen und dem baierisch-wirtembergischen Zollverein 385. — Einfluß des Auslandes auf die politische Stimmung in Deutschland 386. — Einfluß der Julirevolution. — Unruhen in Braunschweig und Kassel 387. — Die kurhessische Verfassung von 1831. — Unruhen in Hannover und Sachsen 388. — Preußens auswärtige Politik 389. — Innere Verwaltung in Preußen. — Schule und evangelische Kirche 390. — Die Union. — Die katholische Kirche und ihre Ansprüche 391. — Das baierische Concordat. — Vereinbarungen mit den protestantischen Regierungen 392. — Klerikale Agitation in den Rheinlanden, in Westfalen und Baiern 393. — Süddeutschland unter dem Einflusse der Julirevolution 394. 395. — Paul Pfitzers „Briefwechsel zweier Deutschen" 396. — Die süddeutsche Presse. — Das Hambacher Fest 397. — Die Bundestagsbeschlüsse von 1832. 398. — Das Frankfurter Attentat. — Die Wiener Ministerialconferenzen von 1834. 399. — Der hannoversche Verfassungsbruch. — Die Göttinger Sieben 400. — Einwirkung des hannoverschen Verfassungsbruches auf die öffentliche Meinung 401. — Der große deutsche Zollverein 402. — Die Kölner Wirren 403. — Verhaftung der Erzbischöfe von Köln und Posen 404. — Tod Friedrich Wilhelms III. — Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. 405. — Jean Paul. — Die Romantiker. — Uhland 406. — Die Romantiker und ihre Gegner — Heine 407. 408. — Philosophie: Schelling und Hegel 409. — Das junge Deutschland. — Die Lyriker und Dramatiker 410. 411. — Das Theater. — Die Musik 411. — Die bildende Kunst. — Einflüsse der Romantik 412. — Kunstleben in München und Berlin 413. — Die Düsseldorfer Schule. — Kunstgeschichte. — Alterthumswissenschaft. 414. — Sprachwissenschaft. — Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung: F. Ch. Schlosser 415. — L. v. Ranke 416. — Rechtswissenschaft. — Naturwissenschaften: A. v. Humboldt 417. 418. — Die Anfänge Friedrich Wilhelms IV. 418. 419. — Nationaler Aufschwung 419. — Wanderversammlungen. — Das deutsche Lied. — Politische Dichtungen 420. — Fortschritte des Radikalismus 421. — Friedrich Wilhelm IV. und die katholische Kirche 422. — Der heilige Rock zu Trier. — Der Deutschkatholizismus 423. — Die Tübinger Schule. — Baur und Strauß 424. — Die Orthodoxie. — Das Toleranzedict. — Die freien Gemeinden 425. — Der Gustav Adolf-Verein. — Der Vereinigte Landtag 426—429. — Politische Bewegung für Freiheit und Einheit 429. — Radikale und Liberale. — Die Deutsche Zeitung 430. — Der Umschwung in Baiern 431. — Einflüsse der Pariser Februarrevolution: Baden 432. — Die Märzerrungenschaften. — Der Umschwung in Oesterreich 433. — Die Märzrevolution in Berlin 434. 435. — Die Heidelberger Versammlung. — Das Vorparlament 436. — Der erste badische Aufstand 437. — Dahlmanns Verfassungsentwurf 438. — Die Eröffnung der ersten deutschen Nationalversammlung 439. 440.

VII. Buch.

Bis zur Begründung des neuen Deutschen Reiches (1871).

Die Nationalversammlung im Frankfurt. — Wahl des Reichsverwesers 441. 442. — Der Reichsverweser. — Das Reichsministerium. — Die Grundrechte. 443. — Die Centralgewalt und die Einzelregierungen. — Zustände in Oesterreich. 444. — Verhältniß Preußens zur Centralgewalt. — Schleswig-Holstein 445. — Der Krieg gegen Dänemark 446. — Der Waffenstillstand von Malmö 447. — Die Ermordung von Auerswald und Lichnowsky 448. — Die preußische Nationalversammlung. — Das Ministerium Manteuffel 449. — Die octroyirte preußische Verfassung. — Revolution in Wien 450. — Eroberung Wiens durch Windischgrätz. — Thronbesteigung Kaiser Franz Josefs 451. — Die Oberhauptfrage in der deutschen Nationalversammlung 452. — Die Reichsverfassung. — Die österreichischen Gegenvorschläge 453. — Die Kaiserwahl. — Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. 454. — Die Annahme der Reichsverfassung. — Revolution in Sachsen und der Rheinpfalz 455. — Die badische Revolution. — Das Rumpfparlament in Stuttgart 456. — Wiederherstellung der Ordnung in Baden und der Rheinpfalz 457. — Ende des Krieges gegen Dänemark. — Das Dreikönigsbündniß 458. — Die „Gothaer". — Die Union. — Das Interim 459. — Das Vierkönigsbündniß. — Die preußische Verfassung. — Das Unionsparlament in Erfurt 460. — Schritte zur Wiederherstellung der alten Bundesverfassung. — Das Londoner Protokoll 461. — Preußens Stellung zu der schleswig-holsteinischen und kurhessischen Frage 462. — Die Entscheidung des Streites zwischen Preußen und Oesterreich durch Kaiser Nikolaus 463. — Bronzell und Olmütz — Die Wiederherstellung des Bundestages 464. — Das zweite Londoner Protokoll. — Verfolgung der Deutschen in Schleswig-Holstein 465. — Versteigerung der deutschen Flotte. — Scheinbares Scheitern der nationalen Bewegung 466. — Herr v. Bismarck preußischer Bundestagsgesandter 467. — Die Beseitigung der Errungenschaften von 1848 und 1849. 468. — Reaktion in Preußen. — F. J. Stahl. — Das Herrenhaus 469. — Verfassungsbruch in Kurhessen und Mecklenburg. — Reaktion und Kirche 470. 471. — Die Concordate 471. — Die Schule. — Die preußischen Regulative. 472. — Die moderne Wissenschaft 473. — Schöne Literatur. — Kunst 474. — Musik und Theater 475. — Die Naturwissenschaften und ihr Einfluß auf die Cultur 476. — Handel und Verkehr. — Industrie. — Die Zollvereinskrisis von 1853. 477. — Erneuerung und Erweiterung des Zollvereines. — Der Krimkrieg 478. — Preußen, Oesterreich und der deutsche Bund während des Krimkrieges 479. — Der Pariser Congreß von 1856. — Die Neuenburger Angelegenheit 480. — Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. — Der Prinz-Regent 481. — Die „neue Aera" in Preußen. — Das Nationalitätsprincip 482. — Der österreichisch-französische Krieg von 1859. 483. — Bundesreformpläne — Der Nationalverein 484. — Nationale Feste. — Die „neue Aera" in Baden 485. — Die preußische Regierung und die nationale Reformbewegung 486 — Die Würzburger Conferenzen. — Das Beust'sche Bundesreformproject 487. — Thronbesteigung König Wilhelms I. von Preußen. — Die Heeresreform 488. — Der Conflict in Preußen. — Die Fortschrittspartei. — Der Volksverein 489. — Die Krönung König Wilhelms in Königsberg. — Die gleichlautenden Noten 490. — Der Rücktritt des Ministeriums der „neuen Aera" 491. — Herr von Bismarck, Ministerpräsident 492. — Verschärfung des Conflictes 493. — Die budgetlose Regierung. — Der kurhessische Verfassungsstreit 494. — Vorgehen Preußens und Oesterreichs gegenüber Kurhessen und Dänemark 495. — Der Handelsvertrag mit Frankreich und die Erneuerung des Zollvereines 496. — Der Parlamentarismus in Oesterreich. — Octoberdiplom und Februarpatent 497. — Bundesreformpläne der „Großdeutschen". — Der Reformverein 498. — Bismarcks Reformprogramm. — Das österreichische Reformproject 499. — Der Fürstentag zu Frankfurt. — Ablehnende Haltung Preußens 500. — Tod König Friedrichs VII. von Dänemark. — Ansprüche des Herzogs von Augustenburg 501. — Die Bundesexecution in Holstein 502. — Der preußisch-österreichische Krieg gegen Dänemark 503. — Der Wiener Friede. — Preußen und der Herzog von Augustenburg 504. — Bismarcks Haltung gegenüber dem Conflict und Oesterreich 505. — Der Gasteiner Vertrag 506. 507. — Neue Verschärfung des Conflictes 507. — Manteuffel und Gablenz in Schleswig-Holstein 508. — Preußens Verhältniß zu den europäischen Großmächten 509. — Kriegsvorbereitungen. — Preußens Antrag, ein deutsches Parlament zu berufen 510. — Napoleons Congreßproject. 511. — Die öffentliche Meinung in Deutschland im Frühjahr 1866. 512. — Bundesbeschluß vom 14. Juni 1866. — Preußisches Ultimatum 513. — Ausbruch des Krieges. — Die Schlacht von Langensalza 514. — Das preußische Heer im Kriege von 1866. — Roon und Moltke 515. — Der Krieg in Böhmen 516. — Die Schlacht bei Königgrätz 517. — Napoleons Friedensvermittelung. — Die Friedenspräliminarien von Nikolsburg 518. — Der Feldzug der Mainarmee 519. — Waffenstillstand mit den süddeutschen Staaten 520. — Der Prager Friede. — Wahlen zum ersten Reichstage des norddeutschen Bundes 521. — Die Parteien im Reichstage. 522. — Die Verfassung des norddeutschen Bundes 523. — Die süddeutschen Staaten. — Die luxemburgische Frage 524. 525. — Hohenlohes Verhandlungen mit Oesterreich 525. — Das erste Zollparlament. — Der Partikularismus 526. — Consolidirung der politischen Verhältnisse im norddeutschen Bunde 528. — Das vaticanische Concil 528. — Die Veranlassung des deutsch-französischen Krieges 529. — Mobilmachung des deutschen Heeres. — Stimmung des deutschen Volkes 530. — Die französische Kriegserklärung. — Die Erneuerung des eisernen Kreuzes 531. — Die französische Armee. — Deutsche Siege bei Weißenburg und Wörth 532. — Die Schlachten bei Spicheren und vor Metz. — Belagerung von Straßburg und Metz 533. — Die Schlachten von Beaumont, Sedan und Noisseville 534. — Gefangenschaft Napoleons. — Proclamirung der französischen Republik 535. — Capitulation von Straßburg und Metz. — Die Kämpfe an der Loire 536. — Die Kämpfe im Norden und Südosten Frankreichs 537. — Capitulation von Paris. — Der Frankfurter Friede 538. — Verhandlungen über die Begründung des neuen deutschen Reiches 539. — König Wilhelm von Preußen deutscher Kaiser 540.

Berichtigungen.

S. 22: Dr. Eck, der Luther in Worms gegenübertrat, war nicht der Eck, mit dem er in Leipzig disputirte, sondern der Official des Erzbischofs von Trier.
S. 64 Z. 10: Markgraf Albrecht Alcibiades starb in Pforzheim, wo er bei seinem Schwager, Markgraf Karl von Baden, ein Asyl gefunden hatte.
S. 135 Z. 2 v. u. lies Schellenberg statt Scheltenberg.
S. 161 Z. 14 v. u. lies Ludwig XV. statt Ludwig XIV.
S. 264 Z. 16 v. u. lies Castel statt Cassel.
S. 268 Z. 5 lies Alessandria statt Allessandria.
S. 456 Z. 9 v. u. lies Lorenz statt Ludwig.

Vollbilder.

1. Titelbild: Porträt des Kaisers Wilhelm.
2. Zu S. 1 Luther verbrennt die päpstliche Bulle.
3. „ „ 8 Tetzel predigt den Ablaß.
4. „ „ 21 Luthers Einzug in Worms.
5. „ „ 24 Luther auf der Wartburg, die Bibel übersetzend.
6. „ „ 32 Scene aus dem Bauernkriege.
7. „ „ 56 Die Schlacht bei Mühlberg.
8. „ „ 107 Gustav Adolfs Landung an der deutschen Küste.
9. „ „ 108 Tilly vor Magdeburg.
10. „ „ 110 Gustav Adolf und Kurfürst Johann Georg von Sachsen bei Breitenfeld.
11. „ „ 113 Gustav Adolfs Tod.
12. „ „ 132 Der große Kurfürst bei Fehrbellin.
13. „ „ 134 Ludwigs XIV. Einzug in Straßburg.
14. „ „ 137 Die Franzosen in der Pfalz. (Schändung der Kaisergräber im Dom zu Speier.)
15. Zu S. 157 Das Tabakscollegium Friedr. Wilhelms I.
16. „ „ 160 Die Vertreibung der Salzburger Protestanten.
17. „ „ 176 Friedrich II. rückt in Schlesien ein.
18. „ „ 185 Der alte Dessauer bei Kesselsdorf.
19. „ „ 224 Friedrichs des Großen Tod.
20. „ „ 242 Weimars Musenhof.
21. „ „ 309 Andreas Hofers Tod.
22. „ „ 330 Napoleons Rückzug aus Rußland.
23. „ „ 346 Erstürmung des Grimma'schen Thores in Leipzig.
24. „ „ 362 Blücher und Wellington bei La Belle Alliance.
25. „ „ 457 Die Beschießung des dänischen Linienschiffes „Christian VIII." durch die Strandbatterien bei Eckernförde.
26. „ „ 532 Porträts von Heerführern aus dem deutsch-französischen Kriege.
27. Zu S. 540 Die Kaiser-Proclamation in Versailles.

I. Buch.

Bis zum Augsburger Religionsfrieden.

(1555.)

Kapelle auf der Wartburg.

Am 10. Dezember 1520 zog eine stattliche Schaar akademischer Bürger vor das Elsterthor zu Wittenberg. Auf einem freien Platze hinter dem Hospitale wurde ein Scheiterhaufen errichtet, auf ihn wurden die sämmtlichen Bücher gelegt, in denen sich verzeichnet fand, was im Laufe der Jahrhunderte die römischen Päpste als Rechte der Kirche festgestellt hatten. Ein Magister zündete den Stoß an; hierauf aber schritt ein Mönch im Gewande des Augustinerordens an die flammende Lohe, warf eine Bulle des Papstes in das emporzüngelnde Feuer und sprach die Worte: „Weil du den Heiligen des Herrn betrübt hast, verzehre dich das ewige Feuer."

Der Augustinermönch, der diese Worte sprach und in der sinnbildlichen Handlung des Verbrennens dem römischen Stuhle den Krieg erklärte, war der Professor der Theologie an der Hochschule zu Wittenberg, Dr. Martin Luther. Er war schon damals kein unbekannter Mann mehr: er war nicht nur ein Gelehrter, dessen Wissen und Charakter die akademische Jugend, die zu seinen Füßen saß, kannte und ehrte; von Freund und Feind war sein Name in Liebe und Haß, in Ehrfurcht und Abscheu genannt, wo die Fragen der kirchlichen Reform, welche alle Welt bewegten, in den Disputationen der Gelehrten, in den Berechnungen der Politiker, im Hause des gottesfürchtigen Bürgers zur Erörterung kamen.

Martin Luther war ein Kind des Volkes. Zu Eisleben war er am 10. November 1483 armen Eltern geboren worden. Nicht zum mindesten wurzelte in dieser Abstammung aus dem Volke seine urwüchsige Kraft. Er hatte eine harte Jugend hinter sich. Nicht selten hatten schwere Strafen die kindlichen Vergehungen des Knaben geahndet. Als armer singender Schüler mußte er sich das tägliche Brod vor den Häusern der Wohlhabenden erbitten. Als die Eltern zu einigem Wohlstand gekommen waren, durfte Martin die hohe Schule zu Erfurt beziehen, 1505 erwarb er sich dort die Magisterwürde. Der Vater, ein kluger, ruhig berechnender Mann, hatte gewünscht, daß sein Sohn die Rechte studire und eine angesehene Stelle im öffentlichen Dienst erlange; Martin aber fühlte sich von den juristischen Studien abgestoßen und glaubte, als Theologe den Seelenfrieden zu finden, welchen er bisher vergebens gesucht hatte. Eine tief angelegte Natur, wie er war, von Zweifeln

Berichtigungen.

S. 22: Dr. Eck, der Luther in Worms gegenübertrat, war nicht der Eck, mit dem er in Leipzig disputirte, sondern der Official des Erzbischofs von Trier.

S. 64 Z. 10: Markgraf Albrecht Alcibiades starb in Pforzheim, wo er bei seinem Schwager, Markgraf Karl von Baden, ein Asyl gefunden hatte.

S. 135 Z. 2 v. u. lies Schellenberg statt Scheltenberg.

S. 161 Z. 14 v. u. lies Ludwig XV. statt Ludwig XIV.

S. 264 Z. 16 v. u. lies Castel statt Cassel.

S. 268 Z. 5 lies Alessandria statt Allessandria.

S. 456 Z. 9 v. u. lies Lorenz statt Ludwig.

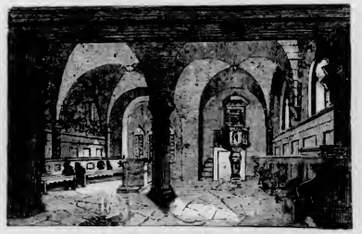
Vollbilder.

1. Titelbild: Porträt des Kaisers Wilhelm.
2. Zu S. 1 Luther verbrennt die päpstliche Bulle.
3. „ „ 8 Tetzel predigt den Ablaß.
4. „ „ 21 Luthers Einzug in Worms.
5. „ „ 24 Luther auf der Wartburg, die Bibel übersetzend.
6. „ „ 32 Scene aus dem Bauernkriege.
7. „ „ 56 Die Schlacht bei Mühlberg.
8. „ „ 107 Gustav Adolfs Landung an der deutschen Küste.
9. „ „ 108 Tilly vor Magdeburg.
10. „ „ 110 Gustav Adolf und Kurfürst Johann Georg von Sachsen bei Breitenfeld.
11. „ „ 113 Gustav Adolfs Tod.
12. „ „ 132 Der große Kurfürst bei Fehrbellin.
13. „ „ 134 Ludwigs XIV. Einzug in Straßburg.
14. „ „ 137 Die Franzosen in der Pfalz. (Schändung der Kaisergräber im Dom zu Speier.)
15. Zu S. 157 Das Tabakscollegium Friedr. Wilhelms I.
16. „ „ 160 Die Vertreibung der Salzburger Protestanten.
17. „ „ 176 Friedrich II. rückt in Schlesien ein.
18. „ „ 185 Der alte Dessauer bei Kesselsdorf.
19. „ „ 224 Friedrichs des Großen Tod.
20. „ „ 242 Weimars Musenhof.
21. „ „ 309 Andreas Hofers Tod.
22. „ „ 330 Napoleons Rückzug aus Rußland.
23. „ „ 346 Erstürmung des Grimma'schen Thores in Leipzig.
24. „ „ 362 Blücher und Wellington bei La Belle Alliance.
25. „ „ 457 Die Beschießung des dänischen Linienschiffes „Christian VIII." durch die Strandbatterien bei Eckernförde.
26. „ „ 532 Porträts von Heerführern aus dem deutsch-französischen Kriege.
27. Zu S. 540 Die Kaiser-Proclamation in Versailles.

I. Buch.

Bis zum Augsburger Religionsfrieden.

(1555.)



Kapelle auf der Wartburg.

Am 10. Dezember 1520 zog eine stattliche Schaar akademischer Bürger vor das Elsterthor zu Wittenberg. Auf einem freien Platze hinter dem Hospitale wurde ein Scheiterhaufen errichtet, auf ihn wurden die sämmtlichen Bücher gelegt, in denen sich verzeichnet fand, was im Laufe der Jahrhunderte die römischen Päpste als Rechte der Kirche festgestellt hatten. Ein Magister zündete den Stoß an; hierauf aber schritt ein Mönch im Gewande des Augustinerordens an die flammende Lohe, warf eine Bulle des Papstes in das emporzüngelnde Feuer und sprach die Worte: „Weil du den Heiligen des Herrn betrübt hast, verzehre dich das ewige Feuer."

Der Augustinermönch, der diese Worte sprach und in der sinnbildlichen Handlung des Verbrennens dem römischen Stuhle den Krieg erklärte, war der Professor der Theologie an der Hochschule zu Wittenberg, Dr. Martin Luther. Er war schon damals kein unbekannter Mann mehr: er war nicht nur ein Gelehrter, dessen Wissen und Charakter die akademische Jugend, die zu seinen Füßen saß, kannte und ehrte; von Freund und Feind war sein Name in Liebe und Haß, in Ehrfurcht und Abscheu genannt, wo die Fragen der kirchlichen Reform, welche alle Welt bewegten, in den Disputationen der Gelehrten, in den Berechnungen der Politiker, im Hause des gottesfürchtigen Bürgers zur Erörterung kamen.

Martin Luther war ein Kind des Volkes. Zu Eisleben war er am 10. November 1483 armen Eltern geboren worden. Nicht zum mindesten wurzelte in dieser Abstammung aus dem Volke seine urwüchsige Kraft. Er hatte eine harte Jugend hinter sich. Nicht selten hatten schwere Strafen die kindlichen Vergehungen des Knaben geahndet. Als armer singender Schüler mußte er sich das tägliche Brod vor den Häusern der Wohlhabenden erbitten. Als die Eltern zu einigem Wohlstand gekommen waren, durfte Martin die hohe Schule zu Erfurt beziehen, 1505 erwarb er sich dort die Magisterwürde. Der Vater, ein kluger, ruhig berechnender Mann, hatte gewünscht, daß sein Sohn die Rechte studire und eine angesehene Stelle im öffentlichen Dienst erlange; Martin aber fühlte sich von den juristischen Studien abgestoßen und glaubte, als Theologe den Seelenfrieden zu finden, welchen er bisher vergebens gesucht hatte. Eine tief angelegte Natur, wie er war, von Zweifeln

und schweren inneren Kämpfen gefoltert, durch die Erlebnisse einer harten Jugendzeit verschüchtert, vertiefte er sich immer mehr in das Studium der Schriften der mittelalterlichen Mystiker, der Tauler, Suso, Eccard, und indem er sich durch den überschwänglichen Standpunkt dieser Schriftsteller in einen gewissen Gegensatz gegen die, immerhin

Dr. Martin Luther.

glänzende Seiten darbietenden Pfade des Weltgeistlichen gedrängt sah, wurde er auf den Eintritt in einen Mönchsorden hingewiesen. Auch äußere Veranlassungen fehlten nicht, um diesen Entschluß zu zeitigen. Er selbst erzählt in einem Briefe an seinen Vater, daß er, „mit Schrecken und Angst des Todes umgeben," das Gelübde, Mönch zu werden, abgelegt habe. Es wird berichtet, daß ihm, nachdem er selbst schwerer Todesgefahr kaum entronnen war, während eines Gewitters ein Freund an seiner Seite durch den Blitz erschlagen wurde. Da glaubte er ein dem zürnenden Gott wohlgefälliges Werk zu thun, wenn er ins Kloster ginge. Ein rechter innerer Trieb war es nicht; später hat er das Gelübde, das ihn band, „ein gezwungenes, gedrungenes Gelübde" genannt, „das keine Schlehe werth gewesen".

Vielleicht gerade um deßwillen aber erfaßte er den neuen Stand mit der ganzen Stärke seiner urkräftigen Natur. Alles, was das Mönchsleben vorschrieb von Entbehrungen und Kasteiungen des Leibes, hat der junge Mönch mit strengstem Ernste durchgeführt. Indeß, sein Leben konnten diese äußeren Uebungen der klösterlichen Regeln nicht ausfüllen. Nicht umsonst hatte er sich schon früher in die Bibel, in die Kirchenväter vertieft; bald nahm ihn die gewissenhafte Untersuchung einer theologischen Frage, die von jeher die Gelehrten der Kirche vielfach beschäftigt hatte, völlig gefangen: es war die Frage, ob der Mensch die Vergebung seiner Sünden von Gott erlange durch die Uebung guter Werke oder durch den Glauben. Diese Untersuchungen, die nicht nur seinen Geist, sondern auch sein Herz erfüllten, durchdrangen den ganzen Mann und machten ihn gegen alle Ereignisse der Außenwelt gleichgiltig. Als er in seinem 27. Lebensjahre in Angelegenheiten seines Ordens nach Rom geschickt wurde, da sah er nichts von den Herrlichkeiten der italienischen Landschaft, für ihn existirten nicht die Werke der Rafael und Michelangelo, er lebte nur seinen kirchlichen Uebungen. Aber mitten aus diesen Bethätigungen der vorgeschriebenen Werkheiligkeit scheuchte ihn der Ruf auf, der, wie von einer schrecklichen Donnerstimme ausgestoßen, ihm in die Ohren klang: „Der Gerechte wird seines Glaubens leben".

Zu anderen Zeiten würde das Ergebniß der Forschungen Luthers vielleicht ein dickleibiges, mit Citaten reichlich ausgestattetes Buch gewesen sein, das in den Kreisen der Theologen erörtert, belobt oder verurtheilt worden wäre. Nicht er zuerst hatte diese Lösung der Frage gefunden.

und schweren inneren Kämpfen gefoltert, durch die Erlebnisse einer harten Jugendzeit verschüchtert, vertiefte er sich immer mehr in das Studium der Schriften der mittelalterlichen Mystiker, der Tauler, Suso, Eccard, und indem er sich durch den überschwänglichen Standpunkt dieser Schriftsteller in einen gewissen Gegensatz gegen die, immerhin

Dr. Martin Luther.

glänzende Seiten darbietenden Pfade des Weltgeistlichen gedrängt sah, wurde er auf den Eintritt in einen Mönchsorden hingewiesen. Auch äußere Veranlassungen fehlten nicht, um diesen Entschluß zu zeitigen. Er selbst erzählt in einem Briefe an seinen Vater, daß er, „mit Schrecken und Angst des Todes umgeben," das Gelübde, Mönch zu werden, abgelegt habe. Es wird berichtet, daß ihm, nachdem er selbst schwerer Todesgefahr kaum entronnen war, während eines Gewitters ein Freund an seiner Seite durch den Blitz erschlagen wurde. Da glaubte er ein dem zürnenden Gott wohlgefälliges Werk zu thun, wenn er ins Kloster ginge. Ein rechter innerer Trieb war es nicht; später hat er das Gelübde, das ihn band, „ein gezwungenes, gedrungenes Gelübde" genannt, „das keine Schlehe werth gewesen".

Vielleicht gerade um deßwillen aber erfaßte er den neuen Stand mit der ganzen Stärke seiner urkräftigen Natur. Alles, was das Mönchsleben vorschrieb von Entbehrungen und Kasteiungen des Leibes, hat der junge Mönch mit strengstem Ernste durchgeführt. Indeß, sein Leben konnten diese äußeren Uebungen der klösterlichen Regeln nicht ausfüllen. Nicht umsonst hatte er sich schon früher in die Bibel, in die Kirchenväter vertieft; bald nahm ihn die gewissenhafte Untersuchung einer theologischen Frage, die von jeher die Gelehrten der Kirche vielfach beschäftigt hatte, völlig gefangen: es war die Frage, ob der Mensch die Vergebung seiner Sünden von Gott erlange durch die Uebung guter Werke oder durch den Glauben. Diese Untersuchungen, die nicht nur seinen Geist, sondern auch sein Herz erfüllten, durchdrangen den ganzen Mann und machten ihn gegen alle Ereignisse der Außenwelt gleichgiltig. Als er in seinem 27. Lebensjahre in Angelegenheiten seines Ordens nach Rom geschickt wurde, da sah er nichts von den Herrlichkeiten der italienischen Landschaft, für ihn existirten nicht die Werke der Rafael und Michelangelo, er lebte nur seinen kirchlichen Uebungen. Aber mitten aus diesen Bethätigungen der vorgeschriebenen Werkheiligkeit scheuchte ihn der Ruf auf, der, wie von einer schrecklichen Donnerstimme ausgestoßen, ihm in die Ohren klang: „Der Gerechte wird seines Glaubens leben".

Zu anderen Zeiten würde das Ergebniß der Forschungen Luthers vielleicht ein dickleibiges, mit Citaten reichlich ausgestattetes Buch gewesen sein, das in den Kreisen der Theologen erörtert, belobt oder verurtheilt worden wäre. Nicht er zuerst hatte diese Lösung der Frage gefunden.

Wie schon Augustinus die Lehre von der Rechtfertigung des Menschen durch den Glauben verkündet, so hatten nicht wenige der deutschen Theologen des 14. und 15. Jahrhunders mit Geringschätzung die äußeren Werke betrachtet und für das Wohl der Seele Alles von der inneren Heiligung des Menschen erwartet. Gegen solche Anschauungen und ihre Verbreitung war wohl von Ketzerrichtern und theologischen Fakultäten geeifert worden, aber mit der Kirchengewalt waren sie nie in offenen Konflikt getreten. Weit verbreitet, am meisten in Oberdeutschland, waren diese Lehrmeinungen im Volke, aber die kirchliche Einheit war durch sie niemals ernstlich gestört worden, der Macht des Papstthums war diese Ansicht nie gefährlich erschienen. Wohl hatten die Eiferer gelegentlich die Anhänger dieser „Ketzerei" beschuldigt, daß sie mit den Husiten im Bunde seien, daß die weitere Verbreitung dieser Lehre die Kirche bedrohe. Aber in Rom blieb man gleichgiltig gegen Gefahren solcher Art. Mochte doch das Volk in theoretischen Fragen von der officiellen Lehre der Kirche abweichen, wenn es nur in Allem, was die Praxis betraf, nach wie vor in der Abhängigkeit von dem päpstlichen Stuhle verblieb!

Nun aber, als der grübelnde Geist Luthers sich dieser Frage zuwandte, um sie als den Angelpunkt eines ganzen Glaubenssystems zu erkennen, war durch eine Verkettung der verschiedensten Verhältnisse die Sachlage so geartet, daß die Feststellung der Anschauungen und Ueberzeugungen des Wittenberger Augustiners über die Rechtfertigung durch den Glauben zu einer völligen Umgestaltung des kirchlichen Lebens in Deutschland führte. Um uns dies klar zu machen, müssen wir einen Blick auf die Zustände der Kirche am Ende des 15. Jahrhunderts werfen.

Längst waren die Tage entschwunden, da das Papstthum, von einem idealen Standpunkte ausgehend, von Männern wie Gregor VII. und Innocenz III. getragen, sich an die Spitze einer die Welt mit fortreißenden geistigen Bewegung gestellt hatte. Tief war seit den Zeiten, in denen es dieser geistigen Macht gelungen war, die Gewalt der deutschen Kaiser von ihrer Höhe herabzustürzen, das Papstthum gesunken. In Avignon zum Spielball französischer Politik geworden, durch das widerwärtige Schauspiel einander verfluchender Gegenpäpste entwürdigt, hatte der Primat des römischen Stuhles nach und nach viel von dem

Luthers Geburtshaus.

Glanze eingebüßt, der ihn in früheren Jahrhunderten wie ein unnahbares und über jede Kritik erhabenes Gebilde umgab. Gegenüber den Ansprüchen der römischen Curie auf Anerkennung der Unfehlbarkeit ihres Lehramts, der Unbeschränktheit ihrer Gewalt, war die Christenheit zu dem Bewußtsein gekommen, daß der Vertretung ihrer Gesammtheit, dargestellt in den allgemeinen Kirchenversammlungen, eine über den Päpsten stehende Autorität zukomme. Auf den Concilien zu Konstanz und zu Basel war diese Anschauung zu allgemeiner Anerkennung, zu praktischer Anwendung gelangt. Johann XXIII. und Eugen IV. hatten sich der Macht der Concilien beugen müssen.

Aber für einen neuen Aufbau kirchlicher Einrichtungen auf der Grundlage der Nationalkirchen waren die politischen Verhältnisse nicht günstig. Die Macht der Concilien wurde lahm gelegt, indem die Päpste sich in besonderen Verhandlungen mit den einzelnen Nationen verständigten und mit jeder derselben Sonder-Concordate abschlossen. Damit blieb die Ueberlegenheit der päpstlichen Macht gewahrt, und für die Zukunft schwand die Bedrohung der hierarchischen Spitze durch ein festes, von ihr unabhängiges Zusammenwirken der einzelnen Nationalkirchen. Jede Nation hatte jetzt ihre Sonderinteressen und glaubte sie am besten durch Einzelverhandlungen mit Rom zu fördern.

Bei allen diesen Versuchen einer Kirchenreform war indeß nie eine Kirchenlehre angetastet worden. Sie hatten sich lediglich auf eine Beschränknng der päpstlichen Uebermacht zu Gunsten größerer Selbstständigkeit der Bischöfe erstreckt und namentlich der finanziellen Ausbeutung des Klerus und der Laien aller christlichen Länder durch die Habgier des päpstlichen Stuhles Grenzen zu setzen versucht. Als auf dem Concil zu Konstanz die Angelegenheit des Johannes Hus zur Verhandlung kam, waren die verschiedenen Vertreter der Reformideen, an ihrer Spitze der Franzose Gerson, die ersten, welche den „Ketzer" der kirchlichen Autorität zum Opfer bestimmten.

Von allen Nationen litt vielleicht keine mehr als die deutsche unter den Uebergriffen der römischen Curie. Ueberall sonst standen der päpstlichen Macht geschlossene Staatswesen gegenüber. Mächtige Monarchen, die auch ihre Bischöfe die feste Macht des Staates fühlen ließen, geboten in Frankreich, in Spanien, in England. Nur das deutsche Reich mit seiner eigenthümlichen Verfassung, die dem Kaiser nicht mehr Macht zugestand, als die Reichsfürsten ihm einzuräumen geneigt waren, bot der päpstlichen Unterhandlungskunst einen fast unbeschränkten Spielraum. So wußte es die Curie auch nach dem Schlusse des Basler Concils dahin zu bringen, daß alle Früchte der dort gefaßten Beschlüsse für Deutschland verloren gingen. Sie schickte ihren gewandtesten Unterhändler, Enea Silvio Piccolomini, der später als Pius II. selbst den päpstlichen Stuhl bestieg, nach Deutschland; dieser gewann Kaiser Friedrich III. und nach einander die deutschen Fürsten, mit denen er einzeln verhandelte, für die Wünsche des Papstes; er brachte ein Concordat zu Stande, das im Wesentlichen nur die Verabredungen von Konstanz wiederholte, die weit hinter denen von Basel zurückblieben. Der Reichstag, dem von Rechtswegen der Abschluß eines solchen Vertrages zugestanden hätte, wurde gar nicht zu Rathe gezogen, und so war der Plan einer deutschen Nationalkirche, die allein das Reformwerk wahrhaft und dauernd hätte fördern können, im Keime erstickt.

Und doch hätte gerade in Deutschland ein starkes Zusammenfassen aller Kräfte, über welche die Kirche gebot, dringend Noth gethan. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts war der deutsche Klerus im Durchschnitt unter die Oberfläche des geistigen und sittlichen Lebens der Zeit herabgesunken. Ohne höhere Bildung, ohne Hingebung an ideale Ziele, zufrieden, in roher Aeußerlichkeit die Heilsanstalten der Kirche zu verwalten und die äußerlichen Forderungen der Kirchengebote erfüllt zu sehen, gleichgiltig gegen das Seelenleben der Gemeinden, durch den Cölibat dem Leben der Familie entfremdet, so lebte die große Mehrzahl der Kleriker in geistiger und sittlicher Verwilderung. Freilich lehnte sich eine Minderheit gegen dieses Herunterkommen des Standes auf und suchte durch Vertiefung in mystische Speculationen, durch Verinnerlichung der Lebensanschauung, durch asketische Gestaltung der äußeren Lebensformen auf weitere Bevölkerungskreise zu wirken. Und ihr begegnete ein im deutschen Volke tief wurzelnder Drang nach

religiöser Anregung. Ein dumpfes Gefühl der Heilsbedürftigkeit durchdrang besonders die unteren Volksschichten, Propheten und Wunderthäter traten auf, Wallfahrten und Bruderschaften gewannen an Ausdehnung, aber die nüchterne, regelmäßige Seelsorge lag darnieder, der Pfarrer war ein Fremdling in seiner Gemeinde, mit Abscheu und Mißtrauen sahen die Familien nach dem Pfarrhause, in dem das Concubinat zur Regel geworden. Die satirische Literatur, die in zahlreichen Flugschriften landauf, landab verbreitet wurde, wählte in erster Reihe die Kleriker und ihr ungeistliches Leben zum Stichblatt.

Und gleichgiltig sah man in den höheren Kreisen der Nation auf diese Zustände herab. Die geistlichen Fürsten waren nur um das Gedeihen ihrer weltlichen Macht besorgt, an ihren Höfen entfaltete sich die Pracht und der Glanz irdischer Herrlichkeit; in Krieg und Fehde, in Jagdlust und Tafelfreude bestand bei den meisten die Pflege dessen, was sie für Herrscherrecht und Regentenpflicht hielten. Daran, daß sie berufen seien, in erster Reihe den religiösen Bedürfnissen der Nation die Richtung zu geben, dachten sie kaum. Und ebenso gleichgiltig stand der Adel, stand der reiche, vornehm gewordene und adeligen Lebensgewohnheiten nacheifernde Bürgerstand diesen Fragen gegenüber.

Da drang zu Ende des 15. Jahrhunderts eine geistige Bewegung aus dem Süden in Deutschland ein, die in vieler Beziehung neugestaltend auf das Leben der Nation einwirkte. In Italien erwuchs durch das Studium der Antike die herrliche Frucht einer aus dem Geiste des classischen Alterthums wiedergeborenen Wissenschaft und Kunst. Das neue Wirken des antiken Geistes sah sich alsbald in unversöhnlichem Gegensatz zu der auf kirchlichen Boden erwachsenen, den menschlichen Geist in unnatürliche Fesseln legenden Scholastik. Bald beherrschte die neue Strömung alle freieren Geister, bald galt nur noch für vollwichtig, wer dem neuen Gestirne huldigte. Die Häupter der Kirche selbst, Pius II., Alexander VI., konnten sich diesem mächtigen Einflusse nicht entziehen. So ward, was im Gegensatz zu dem kirchlichen Herkommen erwachsen war, was in dem Boden des Heidenthums wurzelte, von der Kirche selbst gefördert und großgezogen.

Bald griff die Bewegung weiter um sich. Nicht lange, und die Alpen bildeten kein Hinderniß ihrer Verbreitung mehr. Wie einst mit den Waffen des alten Rom auch die ersten Keime römischer Bildung nach Germanien getragen worden waren, so drangen jetzt mit den Bullen der Päpste, mit den Decreten des römischen Stuhles gleichzeitig die wiedererweckten Werke der heidnischen Classiker über die Alpen nach Deutschland herüber, um hier bald die Kräfte derer zu mehren und zu stählen, welche gegen die römische Kirche den Kampf aufnahmen. Denn in Deutschland geschah es nicht wie in Italien, daß die süße Schönheit des classischen Alterthums, die stolze Pracht der alten Sprache, die leuchtende Feinheit der alten Kunst die Geister so völlig gefangen nahm, daß sie darüber der in der Gegenwart vorhandenen Gegensätze ganz vergessen hätten. Freilich umstrickte anfangs auch nur der Zauber der Form die der mittelalterlichen Rohheit müden Gelehrten. Aber die deutsche Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit drang bald tiefer ein in das eigentliche Wesen der neuen Studien. Bald schmiedeten gelehrte Männer, wie Reuchlin, aus der Kenntniß der griechischen Sprache schneidige Werkzeuge, um auf dem Gebiete der Philosophie und Theologie in die tiefsten Tiefen der Wissenschaft hinabzugraben, wohin die scholastische Methode nie gedrungen war. Zu dem Studium des Griechischen gesellte sich das des Hebräischen, und damit war von selbst der Weg gebahnt zu neuer, bisher ungeahnter Forschung in den biblischen Schriften. Von der exacteren Forschung zur Kritik war nur noch ein Schritt.

Dagegen lehnten sich nun mit der ganzen Zähigkeit, die ein längst verjährter Alleinbesitz verleiht, die Theologen der alten Schule auf, und Scholastiker und Ignoranten kämpften mit dem Fanatismus der in ihrer Herrschaft bedrohten Autorität und mit der Wuth der in ihrem Behagen gestörten Beschränktheit gegen die Neuerung. Und so kam es, daß plötzlich die Humanisten,

Reuchlin.

die eine neue theologische Wissenschaft gründeten, und das Volk, das die Ausartungen des kirchlichen Lebens angriff, verbündet, sich beide demselben Feinde gegenüber sahen.

Unter den deutschen Humanisten stand als der erste in vorderster Linie Desiderius Erasmus von Rotterdam. Wie er schon lange den Ruf genoß, das eleganteste Latein zu schreiben, so galt er bald auch als der gewiegteste Kenner des Griechischen. Seine griechische Ausgabe des Neuen Testamentes trug den Ruhm seines Namens durch Europa. Auch er stellte sich in die Reihen der Kämpfenden und schlug in seinem „Lob der Narrheit" den Scholastikern unheilbare Wunden. Die scharfe Lauge seiner Satire ergoß sich ätzend über alle Stände und Lebensverhältnisse seiner Zeit, die er in ihrer Haltlosigkeit vor den unerbittlichen Richterstuhl des gesunden Menschenverstandes lud. Am wenigsten schonte er der Priester: Päpste und Cardinäle, Bischöfe und Mönche, vor Allem aber die Träger der scholastischen Weisheit geißelte seine schonungslose Feder. Und da es im elegantesten Latein geschah, so bewunderte Jedermann, der auf guten Ton hielt, das giftige Werk; nur die Ignoranten und Feinde der humanistischen Studien wagten es, ihren ohnmächtigen Grimm offen zu gestehen.

Stärker wagten sie sich gegen Reuchlins hebräische Studien heraus, die ein Christ gewordener Rabbiner vor Papst und Kaiser als der härtesten Strafen würdig anklagte. Er fand Unterstützung an den Professoren der Universität zu Köln, und eine literarische Fehde von seltener Heftigkeit entspann sich, die nach und nach das allgemeine Interesse der weitesten Kreise auf sich vereinigte. Während Reuchlin mit der ganzen Kraft und der derben Entrüstung des tief gekränkten Gelehrten gewaltige Keulenschläge auf seine Gegner niederschmetterte, kam ihm ein Verein geistvoller Anhänger zu Hilfe, die mit übersprudelndem Witz, mit unwiderstehlicher Laune in den „Briefen der Dunkelmänner" ihre und seine Feinde dem allgemeinen Gelächter Preis gaben. Und hier bewährte die noch junge Erfindung der Buchdruckerkunst ihre die Welt umgestaltende Kraft. Aus der Druckerpresse gingen die sauber ausgestatteten Bogen hinaus über alle Länder. Unerhört war die Verbreitung, noch nie erlebt die Wirkung dieser Satiren. Stärker als es die überzeugendste Kritik gekonnt, untergrub die Komik dieser Briefe das Ansehen der Geistlichkeit und der Scholastiker.

So war der Boden vorbereitet, als von der neugegründeten Universität Wittenberg aus, die

vielleicht am glänzendsten die Verbindung der innerlichen Richtung der deutschen Theologie mit den classischen Studien darstellte, eine That ausging, welche entscheidend in die Weltgeschichte eingreifen sollte.

Auf dem päpstlichen Stuhle saß seit dem Jahre 1513 Leo X. aus dem mächtigen und prachtliebenden Geschlechte der Mediceer. Auch er war, wie seine Vorgänger, ein begeisterter Anhänger der humanistischen Richtung. Wenig bekümmerten ihn dogmatische Streitfragen und theologische Gelehrsamkeit. An seinem Hofe herrschte ein verschwenderischer Luxus; die Pflege des Schönen, der der Papst huldigte, in der sich seine Umgebung wohl fühlte, verschlang riesige Summen. Eben erst war es ihm gelungen, sich durch das Lateranische Concil eine Machtstellung zuerkennen zu lassen, vor der jede Widerrede verstummte. Mit allen europäischen Mächten stand er in den besten Beziehungen. Das Concil hatte ihm einen Zehnten von allen Kirchengütern der gesammten Christenheit bewilligt; noch mehr versprach sich die römische Finanzkunst von einem Ablaß, der für alle Gläubigen ausgeschrieben war. Auch diese Anordnung der Curie hing mit den künstlerischen Neigungen des Papstes zusammen. Zu Rom sollte sich über den Gräbern der Apostelfürsten ein Dom erheben, desgleichen die Welt noch nicht gesehen. Kein geringerer als Michelangelo hatte die Entwürfe dazu erdacht. Diesem Bau, so hieß es in Rom, sollten die Erträgnisse des Ablasses zu Gute kommen. Aber hinter diesem Vorgeben vermuthete man anderswo ganz andere Gedanken. Arge Reden gingen darüber in den Ländern der Christenheit, nicht Wenige glaubten dem Gerücht, daß die Gelder eigentlich der Schwester des Papstes zugedacht seien. Daran, daß es sich nur um eine Finanzspeculation handle, zweifelte Niemand.

Für Deutschland waren drei Ablaßcommissionen bestellt; das größte Ländergebiet, das einer derselben zur Bereisung zugetheilt war, umfaßte die Sprengel von Mainz und Magdeburg, und der Kurfürst von Mainz selbst sendete die Ablaßprediger aus.

Die kirchliche Einrichtung des Ablasses beruhte

Desiderius Erasmus.

auf der Annahme, daß es möglich sei, durch Reue und Sündenbekenntniß, verbunden mit der Uebung bestimmter guten Werke, einen Nachlaß der zeitlichen Strafen in dieser und der zukünftigen Welt zu erwerben. Da nach katholischer Lehre diese letzteren im Fegfeuer zu erstehen sind, so wurde der Ablaß auch auf Verstorbene ausgedehnt und konnte für diese von den Hinterbliebenen erworben werden. Die guten Werke bestanden in der Regel in Spenden an die Kirche, welche nach den Vermögensverhältnissen der Gläubigen, die den Ablaß erwerben wollten, zu bemessen waren.

Es liegt auf der Hand, welcher Ausdehnung diese Kirchenlehre in den Händen eifriger Ablaßprediger fähig war, mit welcher Anschaulichkeit die Qualen des Fegfeuers geschildert wurden, um das Ablaßbedürfniß für Lebende und für die diesen lieben und werthen Verstorbenen zu erwecken und zu steigern. Mit marktschreierischen Reden zogen solche Agenten landauf, landab. Der gröbsten

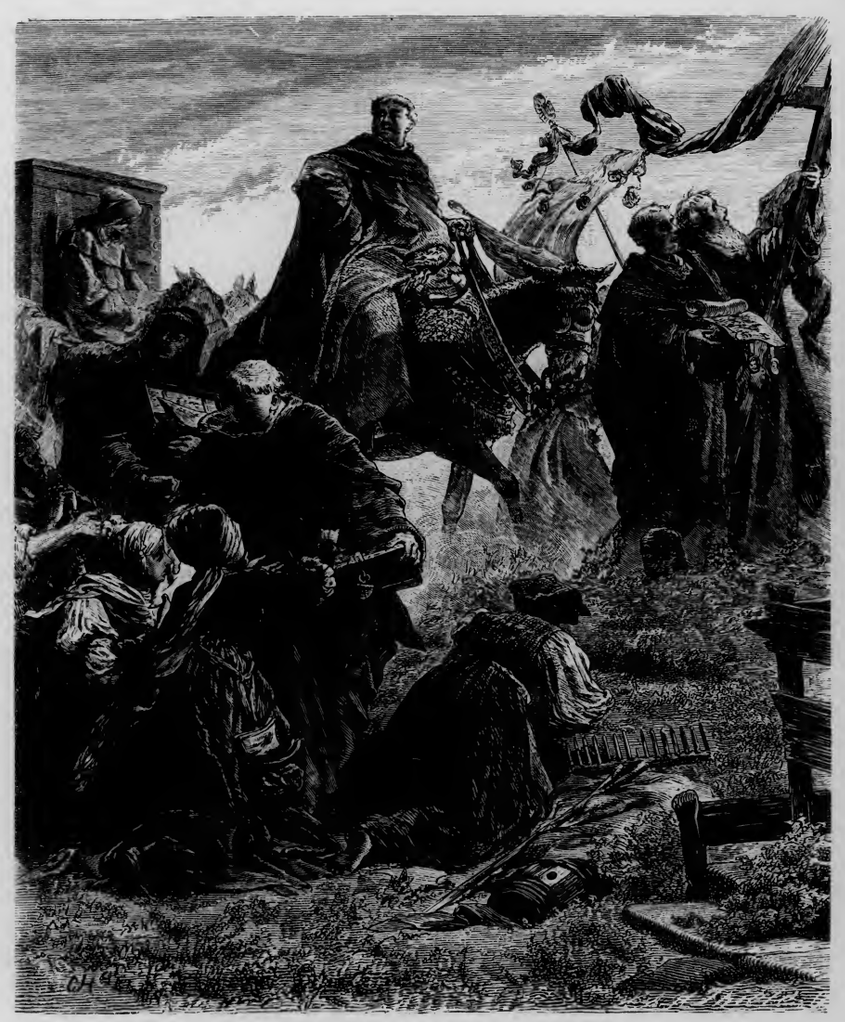
Papst Leo X.

Sorte derselben gehörte der Dominikaner Johann Tetzel an, einer der von Mainz ausgesandten Ablaßprediger. Quer durch Mitteldeutschland nahm dieser seinen Weg. So kam er auch in die Nähe von Wittenberg, nach Jüterbock.

Die Universität Wittenberg haben wir schon als eine der Säulen der deutschen Wissenschaft kennen gelernt. Von hier sollte die Bekämpfung des Ablaßunfugs ihren Ausgang nehmen und bald zu einer großen, das ganze Kirchengebiet umfassenden Reformbewegung anwachsen. In Wittenberg hatte der junge Augustinermönch, dessen Seele von den Gedanken an die Rechtfertigungslehre erfüllt war, hatte Martin Luther seit 1508 eine stille, aber segensreiche Thätigkeit entfaltet. Sein Ordensoberer, Dr. Staupitz, hatte ihn, obwohl er Anfangs bescheiden widerstrebte, zum Kanzelredner bestimmt, bald bestieg er auch den akademischen Lehrstuhl; ebenso wie als Prediger, war er als Lehrer ausgezeichnet. Luther war der erste, der mit einschneidender Schärfe dem Ablaßhandel entgegentrat.

Nicht der äußere Unfug, der ja nichts Neues und Unerhörtes war, empörte ihn auf das Höchste, sondern der innere Widerspruch, in welchem er die also vorgetragene Lehre vom Ablaß mit der von ihm nach eifrigem Studium als richtig erkannten Rechtfertigungslehre stehen sah, rief ihn auf den Kampfplatz. Und die letzte äußere Veranlassung war, daß von Jüterbock aus das Ablaßwesen in seine eigene Gemeinde, nach Wittenberg, herübergriff.

Am 31. Oktober 1517 schlug Luther an der Schloßkirche von Wittenberg 95 Thesen gegen Tetzels Ablaßlehre an. Nicht die kirchliche Lehre selbst machte er dabei zum Gegenstand seiner Angriffe, sondern zunächst nur den Mißbrauch, den der Ablaßprediger in irrthümlicher Erfassung und Auslegung derselben trieb. Noch war er sich nicht klar darüber, daß er in seinen Thesen über die Bekämpfung der Auswüchse hinaus eigentlich schon die Wurzeln des katholischen Kirchenbegriffes untergrub. Die Wirkung dieses männlichen Auftretens war gewaltig. Wenn der Inhalt der Thesen den Theologen von hoher Bedeutung erscheinen mußte, so wurde diese durch die populäre Form alsbald auch den weitesten Volkskreisen klar gemacht. Bald wogte heftiger Streit über Luthers Thesen hin und her. Hier war, das fühlte Jeder durch, eine andere Saite angeschlagen, als in blos formalistischem Gezänk der Theologen, ein anderer Ton klang aus diesen Sätzen, als aus den Satiren und Schmähschriften der Humanisten. Hier trat eine in sich gefestigte Persönlichkeit, von dem Bewußt-



Es liegt auf der Hand, welcher Ausdehnung diese Kirchenlehre in den Händen eifriger Ablaßprediger fähig war, mit welcher Anschaulichkeit die Qualen des Fegfeuers geschildert wurden, um das Ablaßbedürfniß für Lebende und für die diesen lieben und werthen Verstorbenen zu erwecken und zu steigern. Mit marktschreierischen Reden zogen solche Agenten landauf, landab. Der gröbsten

Papst Leo X.

Sorte derselben gehörte der Dominikaner Johann Tetzel an, einer der von Mainz ausgesandten Ablaßprediger. Quer durch Mitteldeutschland nahm dieser seinen Weg. So kam er auch in die Nähe von Wittenberg, nach Jüterbock.

Die Universität Wittenberg haben wir schon als eine der Säulen der deutschen Wissenschaft kennen gelernt. Von hier sollte die Bekämpfung des Ablaßunfugs ihren Ausgang nehmen und bald zu einer großen, das ganze Kirchengebiet umfassenden Reformbewegung anwachsen. In Wittenberg hatte der junge Augustinermönch, dessen Seele von den Gedanken an die Rechtfertigungslehre erfüllt war, hatte Martin Luther seit 1508 eine stille, aber segensreiche Thätigkeit entfaltet. Sein Ordensoberer, Dr. Staupitz, hatte ihn, obwohl er Anfangs bescheiden widerstrebte, zum Kanzelredner bestimmt, bald bestieg er auch den akademischen Lehrstuhl; ebenso wie als Prediger, war er als Lehrer ausgezeichnet. Luther war der erste, der mit einschneidender Schärfe dem Ablaßhandel entgegentrat.

Nicht der äußere Unfug, der ja nichts Neues und Unerhörtes war, empörte ihn auf das Höchste, sondern der innere Widerspruch, in welchem er die also vorgetragene Lehre vom Ablaß mit der von ihm nach eifrigem Studium als richtig erkannten Rechtfertigungslehre stehen sah, rief ihn auf den Kampfplatz. Und die letzte äußere Veranlassung war, daß von Jüterbock aus das Ablaßwesen in seine eigene Gemeinde, nach Wittenberg, herübergriff.

Am 31. Oktober 1517 schlug Luther an der Schloßkirche von Wittenberg 95 Thesen gegen Tetzels Ablaßlehre an. Nicht die kirchliche Lehre selbst machte er dabei zum Gegenstand seiner Angriffe, sondern zunächst nur den Mißbrauch, den der Ablaßprediger in irrthümlicher Erfassung und Auslegung derselben trieb. Noch war er sich nicht klar darüber, daß er in seinen Thesen über die Bekämpfung der Auswüchse hinaus eigentlich schon die Wurzeln des katholischen Kirchenbegriffes untergrub. Die Wirkung dieses männlichen Auftretens war gewaltig. Wenn der Inhalt der Thesen den Theologen von hoher Bedeutung erscheinen mußte, so wurde diese durch die populäre Form alsbald auch den weitesten Volkskreisen klar gemacht. Bald wogte heftiger Streit über Luthers Thesen hin und her. Hier war, das fühlte Jeder durch, eine andere Saite angeschlagen, als in blos formalistischem Gezänk der Theologen, ein anderer Ton klang aus diesen Sätzen, als aus den Satiren und Schmähschriften der Humanisten. Hier trat eine in sich gefestigte Persönlichkeit, von dem Bewußt-

sein durchdrungen, eine große sittliche Aufgabe zu lösen, vor die Urtheilsfähigen der Nation.

Bald traten federgewandte Männer gegen Luther auf. Die Professoren zu Frankfurt an der Oder, ohnehin mit Wittenberg in Widerspruch, traten für die Nothwendigkeit der guten Werke ein; die Ketzerrichter in Köln, noch in Aufregung über den Streit mit Reuchlin, stimmten ihren Klagen zu; Dr. Eck zu Ingolstadt vereinigte sich mit ihnen gegen die neue Ketzerei. Es währte nicht lange, so konnte auch Rom dem Streite nicht fern bleiben. Den Papst selbst zwar kümmerte das „Mönchsgezänk" wenig; man hat in Rom für kirchliche Bewegungen in Deutschland zu keiner Zeit ein richtiges Verständniß besessen. Aber in seiner Umgebung waren doch eifrige Männer, denen es gelang, die Niedersetzung einer Commission zu erwirken, welche den Sachverhalt untersuchen sollte.

Damals dachte Luther noch an keine Trennung von der alten Kirche. In einem Schreiben an Papst Leo vom 30. Mai 1518 schrieb er noch: „Du magst nun lebendig machen oder tödten, gutheißen oder verwerfen, so will ich deine Stimme als die Stimme Christi, deß Statthalter du bist und der durch dich redet, anerkennen". Darauf hin erfolgte seine Vorladung nach Rom. Ihr zu folgen, wehrte ihm sein Kurfürst, Friedrich der Weise von Sachsen, ein trefflicher Herr, der den Werth dieses Mannes längst erkannt hatte und dessen Ansehen groß war im deutschen Reiche. Er erwirkte, daß auf dem Reichstage, der nach Augsburg ausgeschrieben war, Luther vor dem päpstlichen Legaten, dem Cardinal Cajetan seine Sache vertreten solle. Im Oktober erschien Luther vor dem römischen Würdenträger. Mit allem Rüstzeug äußerer Vornehmheit ausgestattet, trat dieser ihm gegenüber. Innerlich war der Respekt des Wittenberger Professors vor dem Cardinal wohl nicht sehr tief, aber in der äußerlichen Haltung trat er doch als der demüthige Mönch vor ihn hin. Dies hinderte freilich nicht, daß Luther den Vorwürfen des Italieners mit gelehrten und wohldurchdachten Widerreden entgegnete. Dieser aber wollte nicht disputiren, er forderte Unterwerfung unter das Machtgebot der Kirche. Und es mag ihm wohl, als der Mönch diese weigerte, klar geworden sein, daß hinter den tiefen glänzenden Augen Gedanken hin und her wogten, welche der römische Stuhl zu fürchten hatte. Er wies Luther von sich. Da bangten die Freunde für seine Sicherheit. Durch eine geheime Pforte floh er Nachts

Friedrich der Weise.

auf einem Pferde, das sein Ordensprovincial Staupitz bereit hielt, und ritt, bis er dem Machtbereich des Legaten entkommen war.

Der Cardinal beschwerte sich vergebens bei Kurfürst Friedrich, dem er die Auslieferung Luthers nach Rom oder dessen Vertreibung aus den sächsischen Landen zumuthete; Luther aber appellirte von dem übel unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Papst und als dies erfolglos blieb, an ein allgemeines Concil.

In Rom begann man zu ahnen, daß es

sich hier doch um mehr als um einen Zank streitsüchtiger Gelehrten handle. Mit Luther wäre wohl, nach Art der Curie, kurzer Proceß gemacht worden. Aber hinter ihm stand sein hochangesehener Landesherr, ein Fürst, dessen Gunst auch der römische Stuhl, schon aus politischen Gründen, nicht gerne verscherzen wollte. Daher kam man auf den Gedanken, einen sächsischen Edelmann, der als Agent des Kurfürsten in Rom lebte, Karl von Miltitz, an Friedrich den Weisen abzusenden. Und um ihm eine freundliche Aufnahme zu sichern, wurde beschlossen, daß der sächsische Fürst, was er lange als ein Zeichen päpstlicher Auszeichnung ersehnt hatte, die goldene Rose als Geschenk des Papstes erhalten solle.

Ganz anders als Cajetan trat Miltitz in Deutschland auf. Zwar kam er als Nuntius des Papstes, aber er war doch in erster Reihe ein Deutscher. Und nicht fremd und feindselig stellte er sich zu der Bewegung, die alle Welt erregte. Er gab offen die Mißstände des kirchlichen Lebens zu, er sprach sich mit lautem Tadel über die Ablaßprediger aus. Mit Luther hatte er im Januar 1519 eine Zusammenkunft in Altenburg. Auch hier war er weit entfernt von der herrischen, hochmüthigen Art des Römers. Er faßte den Conflict von der gemüthlichen Seite. Er appellirte an Luthers Anhänglichkeit an die Kirche. Er verlangte keinen Widerruf, nur den öffentlichen Streit solle man einstellen, der die Interessen der Kirche zu schwer schädige. Und dazu verstand sich Luther. Er wollte fortan schweigen, aber auch die Gegner sollten sich weiterer Angriffe enthalten. Von einer Vorladung nach Rom war nicht mehr die Rede. Der Erzbischof von Trier sollte als Schiedsrichter die Streitsache schlichten.

In der That, immer noch stand Luther in gutem Glauben auf dem Boden der Kirche. In Folge jener Altenburger Verabredungen ließ er eine öffentliche Erklärung ausgehen, in der er seinem Standpunkte nicht das mindeste vergab, aber doch zum Gehorsam gegen die Kirche und die päpstlichen Gebote mahnte.

Den diplomatischen Künsten der Curie, der gesellschaftlichen Ueberlegenheit vornehmer Unterhändler war er noch nicht gewachsen, in sich selbst war er noch unklar über Tragweite und Endziel der von ihm begonnenen Opposition. Aber er versäumte nicht, durch Fortsetzung und Vertiefung seiner theologischen Studien immer mehr auf völlige Klarheit über alle einmal angeregten Streitfragen hinzuarbeiten. Und da war es von größter Bedeutung, daß ihm in Wittenberg selbst, in der Genossenschaft der Hochschule, ein Mann an die Seite trat, der sowohl seine persönlichen Eigenschaften als auch seine Studien in der glücklichsten Weise ergänzte.

Im Sommer 1518 hatte Kurfürst Friedrich als Lehrer des Griechischen einen jungen Gelehrten nach Wittenberg berufen, Philipp Schwarzerd, der in der üblichen Uebersetzungsmanier seinen Namen in Melanchthon umgewandelt hatte. Ein blasser, schmächtiger Jüngling, dessen Antlitz von den Anstrengungen frühen und eifrigen Studiums Zeugniß gab, so zog er auf, anfangs etwas geringschätzig betrachtet; aber bald sahen sie — wie Luther sagt — „von seiner äußeren Gestalt und Ansehen weg und priesen sich glücklich und bewunderten, was sie an ihm erlangt hatten". In dem pfälzischen Städtchen Bretten geboren, mit dem Pforzheimer Reuchlin verippt, hatte er sich frühe schon unter dieses berühmten Mannes Leitung einen hohen Grad von Gelehrsamkeit erworben. Erst siebzehnjährig, war er in Tübingen als Lehrer und Schriftsteller aufgetreten. Auch er hatte sich, wie Reuchlin, nicht mit den sprachlichen Studien begnügt, sondern deren Ergebnisse alsbald auf theologischem Gebiete verwerthet. So war sein Auftreten in Wittenberg gerade in diesem Augenblicke von besonderer Bedeutung. Niemand begrüßte ihn freudiger als Luther, dessen Bibelforschung nun erst den rechten tieferen Halt bekam. Anderseits ging Melanchthon bereitwillig in den Ideengang Luthers ein und war bald erfüllt von der Art, wie dieser die Rechtfertigungslehre erfaßte. War der thüringische Bauernsohn in seiner urwüchsigen Kraft stärker in der Aufstellung neuer Gesichtspunkte, so machte der junge Pfälzer seine Gewandtheit geltend, dem als wahr Erkannten eine klare und präcise Form zu geben. Wie Luther, stand aber auch Melanchthon noch durchaus auf dem Boden der alten Kirche. In einer dem Kurfürsten Friedrich gewidmeten Schrift rühmte er mit beredten Worten dessen Verdienste um die Klöster.

Während so in Wittenberg Luther und sein neu gewonnener Freund sich immer mehr in eifriges Studium vertieften, brach einer der leidenschaftlichsten Anhänger der alten Ordnung der Dinge, Michael Mayer, der sich nach dem Orte, wo sein Vater Ammann gewesen, Eck nannte, den mit Miltitz vereinbarten Waffenstillstand. Im März 1519 lud er den Wittenberger Professor Karlstadt, mit dem er schon früher in literarischer Fehde gelegen, zu einer Disputation nach Leipzig; in den Thesen, die er dazu aufstellte, griff er aber auch die von Luther ausgesprochenen Anschauungen an und forderte diesen, als den eigentlichen Urheber des Ablaßstreites, heraus, selbst in Leipzig zu erscheinen. Luther aber war nicht der Mann, einer solchen Herausforderung aus dem Wege zu gehen. Er schrieb an Miltitz, daß er in Leipzig erscheinen müsse, wenn er anders nicht sich, seinen Freunden, seinem Kurfürsten, seinem Orden und der Universität die größte Schande bereiten wolle. Aber es war nun nicht mehr der bescheidene und schüchterne Mönch, der vor den Cardinal Cajetan getreten war. Schon war sein Selbstbewußtsein gewachsen und auch die Ziele seiner Polemik standen ihm klarer vor Augen: „Der ungesalzene Querkopf" — schreibt er anderswo — „wüthet gegen mich und meine Schriften; einen anderen ruft er auf als Kämpfer und einen anderen packt er an, aber es wird diese Disputation, so Christus will, übel ausschlagen für die römischen Rechte und Herkommen, auf welche Stecken sich Eck stützt".

Am 27. Juni begann in einem geräumigen Saale der Pleißenburg zu Leipzig die Disputation. Herzog Georg von Sachsen selbst führte den Vorsitz, Notare zeichneten Rede und Gegenrede auf, nicht weniger als 200 Studenten waren aus Wittenberg mit ihrem verehrten Lehrer herübergezogen. Zuerst stritten Eck und Karlstadt. Das war eine Disputation, wie man sie auch sonst genugsam kannte; die Streitfragen über Gnade und freien Willen wurden eingehend erörtert, viele Literatur wurde beigebracht, schließlich rühmte sich jeder der Gegner, den Sieg errungen zu haben. Am 4. Juli aber trat Luther Eck gegenüber, und

Philipp Melanchthon.

dieser fand hier einen ebenbürtigen Gegner. In formaler Gelehrsamkeit, in historischem Wissen war Eck wohl überlegen, aber seiner kräftigen Beredtsamkeit war Luther gewachsen, und die freudige Zuversicht, eine durch schwere innere Kämpfe errungene Wahrheit zu vertheidigen, gab ihm ein unläugbares Uebergewicht über den Vertreter der curialistischen Anschauungen. Zwar konnte Luther seine Behauptung, daß der Primat des Papstes nicht über das elfte Jahrhundert hinauf-

Dr. Eck.

reiche, gegen Ecks Widerlegung nicht festhalten, aber er scheute bereits vor weiter gehenden Sätzen nicht mehr ängstlich zurück. Als ihn Eck beschuldigte, seine Ausführungen seien hussitisch, meinte er: unter den hussitischen Lehren seien auch christliche. Als Luther sich von den Päpsten auf die Concilien berief und Eck aus dem reichen Schatz seiner Belesenheit Concilbeschlüsse gegen ihn ins Feld führte, da bestritt Luther, daß die Concilien irrthumsfrei seien. Nun war Eck da angelangt, wo er den Gegner haben wollte, nun hatte er ihn zum Ausspruch einer Ketzerei gebracht. „Wenn Ihr glaubt, daß ein rechtmäßig versammeltes Concil irren könne" — rief er ihm zu — „so seid Ihr mir wie ein Heide und Zöllner".

Während Eck nach solchem Ausgang der Disputation nach Rom eilte, wurde Luther immer klarer, daß er auf halbem Wege nicht stehen bleiben könne, immer heller ging ihm der Begriff einer allgemeinen Kirche auf, die kein sichtbares Oberhaupt bedürfe, die nur auf den Lehren der Schrift aufgebaut sei. Immer deutlicher kam ihm zum Bewußtsein, daß er schon lange, als er noch ein treuer Sohn der römischen Kirche zu sein glaubte, ihr innerlich entfremdet gewesen sei. „Husens Lehre," schreibt er im Februar 1520, „habe ich schon vorgetragen, ohne sie zu kennen, wir sind Alle Hussiten, ohne es zu wissen, Paulus und Augustin sind Hussiten; ich weiß vor Erstaunen nicht, was ich denken soll."

Und während so Luthers Anschauungen über die vorwiegend praktischen Fragen der Autorität sich immer fester begründeten, kam Melanchthon gleichzeitig auf dem Wege der Bibelforschung und der philologischen Richtigstellung der Texte der Bibel und der Kirchenväter zu denselben Ergebnissen, auf denen er dann alsbald weiter baute. Schon 1519 griff er die Lehre von der Brodverwandlung an. Zur völligen Lostrennung von Rom fehlte nur noch der äußere Anlaß.

Indeß fing die kirchliche Bewegung an, in den meisten Theilen Deutschlands fühlbar zu werden. Die großen Städte, die Sitze des reichen und gebildeten Bürgerstandes, zeigten sich am empfänglichsten für die neuen Lehren, auch manche Fürsten begannen den Anhängern des Wittenberger Reformators ihr Ohr zu neigen, im Klerus selbst, in Domcapiteln, in Klöstern, in der schlichten Landpfarrkirche fanden die Worte Luthers Eingang. Weite Kreise der Nation waren von ihrer Wahrheit durchdrungen.

Und schon gingen nicht nur Gerüchte über die Disputation zu Leipzig, über die Vorträge, denen anderthalbtausend Studenten zu Wittenberg lauschten, durch die deutschen Lande. Luther selbst hatte begonnen, weit über die Mauern seiner Universitätsstadt hinaus dem deutschen Volke ein offenes, mannhaftes Wort zuzurufen. In der Schrift: „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung", die er im August 1520 ausgehen ließ, faßte er alle Beschwerden der Deutschen gegen Rom zusammen. Er proclamirt die Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt von der geistlichen, er fordert auf, den Bann zu brechen, durch den die Macht der römischen Curie die Landeskirchen darniederhalte, er läugnet den unzerstörbaren Charakter der Priesterweihe und reißt damit die Schranke nieder, die den Klerus als einen bevorzugten Stand vom Laienvolke scheidet. In einer zweiten Schrift „Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche" greift er die Lehre von den sieben Sacramenten an, von denen nur Taufe, Buße und Abendmahl in der Schrift begründet seien, fordert den Kelch für die Laien und christliche Freiheit für Alle statt aufgedrungener Satzungen und Gelübde; die dritte Schrift endlich, die er fast gleichzeitig in die Welt sandte: „Von der Freiheit des Christenmenschen", hielt sich fern von Streitsätzen, betonte vielmehr die gemeinsame Grundlage jeder wahrhaft religiösen Lebensanschauung, als welche er einzig und allein das Wort Gottes erkannte.

Wie er in seinen Studien die treueste Beihilfe, die kräftigste Stütze an Melanchthon gefunden, so trat ihm jetzt bei seinem Appell an das deutsche Volk ein gewaltiger Kämpe wohlgerüstet zur Seite, Ulrich von Hutten.

Der Sohn eines alten fränkischen Adelsgeschlechtes, verdankte Ulrich die Grundlagen seiner literarischen Bildung dem Plane seiner Eltern, ihn hinter Klostermauern zu vergraben. Der freie unabhängige Sinn des Jünglings hatte sich gegen die Mönchskutte gesträubt, er war in die weite Welt gezogen. Ein hartes Schicksal warf ihn durch Länder und Meere, als ein armer fahrender Ritter kam er nach Deutschland zurück. Aber sein Herz war erfüllt von der wärmsten Liebe für sein Vaterland; in der Sprache Roms, in eleganten Hexametern pries er die Vorzüge der Heimath, voll Entrüstung sah er, wie die Deutschen, einst Sieger über das alte Rom, sich

Ulrich von Hutten.

von den geistlichen Gebietern des neuen beherrschen und ausbeuten ließen. Mit scharfer Feder, voll Witz und Ironie, trat er für Reuchlin auf, von den „Briefen der Dunkelmänner" hat er die meisten und besten geschrieben. Die kirchliche Bewegung muthete ihn nicht an, so lange sie auf dem rein theologischen Gebiete blieb. Als Humanist schaute auch er vornehm herab auf die Händel der Mönche. „Fresset einander," schrieb er noch 1517, „damit

ihr von euch selber gefressen werdet." Nun aber fand er plötzlich das richtige Verständniß für die tiefere, für die nationale Bedeutung der Bestrebungen des Reformators. In innerster Seele ward er mächtig berührt von den gewaltigen Worten, die Luther an die Nation richtete. Mit schwärmerischer Innigkeit schloß er sich ihm an. Und er erkannte durch Luthers zündende Reden die Herrlichkeit der Muttersprache, die dem Humanisten bisher barbarisch erschienen war. In deutscher Zunge läßt er nun, in Prosa und Versen, seine Mahnungen an die Fürsten und das Volk Deutschlands ausgehen. Mit kühner Siegeszuversicht ruft auch er den Deutschen das Losungswort zu, sich von der Tyrannei Roms zu befreien.

Indeß so durch alle Gaue Deutschlands die gewaltige Strömung einer nationalen Bewegung zog, ritt Dr. Eck über die Alpen zurück und brachte eine Bannbulle mit, die Antwort Roms auf die Ketzereien des Wittenberger Professors. „Da ich des Segens erwartete, kam Blitz und Donner über mich," hatte Luther ausgerufen, als ihm im Jahre 1518 auf sein bescheidenes Rechtfertigungsschreiben eine Vorladung nach Rom zugegangen war. Jetzt war er wohl nicht erstaunt, da der päpstliche Bannstrahl gegen ihn geschleudert wurde. Schon früher hatte er in einem „Sermon von der Kraft des Bannes" seine Anschauungen über dieses kirchliche Zuchtmittel niedergelegt und ausgesprochen: ein ungerechter Bann sei die allergrößte Ehre, und wenn einer in solchem Banne sterbe, sei er doch nicht verdammt.

Konnte Luther somit ruhigen Gemüthes hinnehmen, was die römische Curie über ihn verhängte, so verfehlte die Maßregel selbst doch nicht, überall bei Freund und Feind, das größte Aufsehen zu machen. An manchen Orten freilich wurde sie freudig begrüßt, in Ingolstadt wurden alle Schriften Luthers weggenommen und versiegelt, in Mainz wurden sie verbrannt. In den meisten Theilen Deutschlands aber erregte die Gewaltthat Roms einen Sturm tiefster Entrüstung. Der Kurfürst Friedrich sah darin eine um so größere persönliche Beleidigung, als er eben zu dieser Zeit Reichsverweser war und seine in Rom vorgebrachten Wünsche in rücksichtslosester Weise mißachtet fand. Die Universität Wittenberg ließ die Bulle nicht veröffentlichen und Luther nahm nach wie vor an den Sitzungen der gelehrten Körperschaft Theil.

Er selbst aber ging mit dem Werkzeug der päpstlichen Rache ins Gericht. Jetzt erst, indem er die Bulle in die Flammen warf, welche gleichzeitig die päpstlichen Decretalen verzehrten, war sein Abfall von Rom eine vollendete, unwiderrufliche Thatsache. Und in sofern ist dieser 10. December 1520 in noch höherem Grade als der 31. October 1517 der Markstein einer neuen Aera der deutschen Geschichte. Die Verkündigung der Thesen Luthers, obschon an sich bereits eine gewaltige That männlicher Entschlossenheit, ließ immer noch Momente der Versöhnung, der Umkehr zu. Nun war aber nicht mehr eine einzelne Lehrmeinung bestritten, nun war dem ganzen festgegliederten Bau der römischen Kirche der Krieg erklärt, nun gab es keine Rückkehr mehr, nun mußte Luther, indem er die Autorität der alten Kirche in den Flammen begrub, zum Aufbau einer neuen Kirche schreiten. Jetzt war es an ihm, mit Hutten zu rufen: „Jacta est alea! Ich hab's gewagt!"

So wie die Dinge lagen, war die Bewegung der Geister in einen Fluß gebracht, wie Deutschland seit Jahrhunderten Aehnliches nicht erlebt hatte. Für die weitere Ausgestaltung aller Verhältnisse war entscheidend, welche Stellung die weltliche Gewalt zu dieser neuen Entwickelung nahm.

Und hier ist es am Platze, einen Blick auf die damaligen Zustände des deutschen Reiches zu werfen.

Die mittelalterliche Idee des Kaiserthums, als einer alle Reiche der Welt umfassenden und beherrschenden Macht, wie sie die Ottonen, die Salier, die Hohenstaufen verstanden und mit wechselndem Glück durchgeführt hatten, war längst entschwunden. Es war nur noch eine durch Ueberlieferung geheiligte Sitte, daß der deutsche König durch die Kaiserkrone den Stempel einer höheren Würde und Weihe zu erhalten glaubte. Keines der Nachbarvölker dachte mehr daran, sich vor der deutschen Nation, als der Trägerin der Kaisergewalt, zu beugen. Der Kaiser war auch nach seiner Krönung in Rom nichts anderes als das Oberhaupt des deutschen Reiches. Daß er nur auch dieses im wahren und ganzen Sinne des Wortes gewesen wäre! Aber längst begegnete ihm überall, wo er es sich angelegen sein ließ, die eigentlichen Reichsangelegenheiten zu pflegen, der selbstsüchtige Widerspruch der Fürsten und der zu mächtiger Entfaltung gelangten Städte des Reiches.

Aus Beamten des Kaisers, welche an die Spitze einzelner Provinzen gestellt waren, hatten sich die Fürstengeschlechter nach und nach zu völlig freien Herren dieser Landschaften gemacht, ohne daß sie es im Allgemeinen verstanden hätten, ihren Territorien die rechte Ausbildung zu in sich abgeschlossenen Staaten zu geben. Die Erbtheilungen unter die Söhne zersplitterten die Macht der fürstlichen Familien, schlechter Haushalt führte zu Verkauf und Verpfändung von Privilegien, Gefällen und Landestheilen. Von einer mächtigen Reichsgewalt war für diese zerfahrenen Verhältnisse Alles zu fürchten. Daher denn auch das Interesse der Fürsten sie von selbst zu dem Wunsche führte, jeder Verstärkung dieser Gewalt in den Händen des Kaisers Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

In derselben Zeit, in der sich die Stellung der Landesfürsten als Territorialherren, die nicht mehr durch die Macht des Kaisers, sondern nur noch durch das Zusammenhalten der Landstände sich beschränkt sahen, entwickelt hatte, waren auch die Städte zu hoher Blüthe gelangt. Wie sich die Reichsstädte nach und nach eine ständige Vertretung ihrer Interessen auf den Reichstagen errungen hatten, so war es auch den landsässigen Städten gelungen, in den landständischen Körperschaften der Territorien, zu denen sie gehörten, sich eine feste Stellung zu erwerben.

Und mehr noch als der Adel besaßen die Städte genügende Macht, um ihre Rechte und Freiheiten gegen die Ansprüche der Landesfürsten zu vertheidigen. Dabei ist es bemerkenswerth, wie die größten Reichsstädte, z. B. Nürnberg, Augsburg, Ulm, Köln, Magdeburg, Danzig u. s. f. zu Mittelpunkten wurden, welche tonangebend auf die Städte in einem gewissen Umkreis einwirkten. Während — namentlich unter Einwirkung der vollständigen Umwälzung, die der Welthandel durch die Entdeckung der überseeischen Länder erfuhr — Handel und Gewerbe in den Städten zur höchsten Blüthe gediehen, schlossen sich sowohl die edeln Geschlechter der das Regiment führenden Patricier als auch die in die verschiedenen Zünfte eingetheilten Gewerbtreibenden politisch und social fest zusammen. Die städtische Verwaltung war zumeist in guten Händen und trefflich geleitet; Reichthümer häuften sich an; die Städte erwarben auch außerhalb ihrer Gemarkung namhaften Grundbesitz; die Wohlhabenheit ihrer Bürger machte diese gewissermaßen zu den Banquiers der Fürsten und des Adels, aus deren Verlegenheiten sie möglichsten Nutzen zogen. Dieser kaufmännische Geist, einerseits allerdings eine Quelle des blühenden Wohlstandes, trug andererseits doch dazu bei, eine gewisse Engherzigkeit und Beschränktheit groß zu ziehen, so daß den Reichsstädten vielfach über der Pflege des eigenen Gemeinwesens das Verständniß und die Opferwilligkeit für das große Ganze verloren ging und sie somit, obwohl geistige Regsamkeit in ihrer Mitte reicher vertreten war als bei Klerus und Adel, dennoch an der Entwickelung des nationalen Lebens nicht den Antheil nahmen, zu dem sie sonst wohl die nöthigen Vorbedingungen besaßen.

Mit den Fürsten theilten seit dem 14. Jahrhunderte auch die Kaiser das Interesse, die Macht ihrer Häuser zu vermehren, und indem sie, stets die Unsicherheit der Erbfolge für ihre Söhne befürchtend, ihre Regierungszeit vorzugsweise im Hinblicke auf das Gedeihen ihrer Familien ausnutzten, wurden sie ihrerseits aus den natürlichen Trägern der Reichseinheit, gleich den Territorialfürsten, zu Gegnern derselben.

Nach der fast ein Jahrhundert ausfüllenden, für Deutschland wenig ehrenvollen Herrschaft der Luxemburger waren die Kurfürsten im Jahre 1438 wieder zu dem habsburgischen Hause zurückgekehrt, bei dem von da bis zum Erlöschen des heiligen römischen Reiches deutscher Nation die Kaiserkrone verbleiben sollte.

Ein Unglück für unser Vaterland war es, daß Albrecht II. nur ein Jahr lang seine Wahl überlebte. Seine Begabung, seine Willensstärke und die Tüchtigkeit seines Charakters schienen eine Bürgschaft dafür zu bieten, daß seine Regierung in die zerrütteten Verhältnisse Deutschlands und der östlichen Grenzländer mit fester Hand Zucht und Ordnung bringen würde. Nach seinem Tode wurde im Jahre 1439 sein Vetter Friedrich gewählt, in Allem der volle Gegensatz König Albrechts. Während der langen Jahre seiner Regierung sank das Ansehen der königlichen Macht tiefer als je vorher. Indem sich sein Sinnen und Trachten fast ausschließlich auf die Pflege seiner Hausinteressen beschränkte, erwies sich Friedrich III. völlig unfähig, den Landfrieden aufrecht zu erhalten.

In der Mitte des 15. Jahrhunderts tobte nicht allein überall wo streitlustige Ritter hausten, die wilde Fehde, sondern auch die Fürsten suchten ihrem Recht, wo sie es gekränkt glaubten, durch alle Greuel des Krieges zum Siege zu verhelfen. In Sachsen bekriegte Kurfürst Friedrich der Sanftmüthige seinen Bruder Wilhelm, in Mittel- und Süddeutschland lagen Fürsten und Städte in blutigem Kampfe. Hier führte Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg den Reigen einer großen Zahl ihm verbündeter Fürsten, während an der Spitze von 32 fest vereinigten Städten Nürnberg stand und dem tapfern Degen kräftigen und erfolgreichen Widerpart leistete. Am Rhein hatte sich Kurfürst Friedrich von der Pfalz, den man den Siegreichen nannte, mit dem Erzbischof Diether von Mainz verbündet, um den von Papst und Kaiser begünstigten Gegenbischof Adolf aus dem Hause Nassau nicht zur Regierung des Erzstiftes gelangen zu lassen; in den wilden Streit wurden bald alle Nachbarn verwickelt, und die schönen Gelände der Pfalz verwüstete Jahre lang das blutige Spiel der Waffen. Nicht minder erhob Herzog Ludwig von Baiern sein Schwert gegen die Reichsstädte, die in seinem Machtbereiche lagen, und kümmerte sich wenig um die kaiserliche Acht und um den zu ihrer Vollstreckung ernannten Albrecht Achilles.

Nicht die Macht des Kaisers, nicht die Fähigkeit des Reichsoberhauptes, dem Rechte Geltung zu verschaffen, setzte allen diesen Kriegen ein Ziel, nicht mit der Unterwerfung des Friedenstörers unter die Herrschaft des Gesetzes endigten sie; sondern die Ermüdung beider Theile nöthigte zuletzt zu Uebereinkünften, die nichts anderes als ein Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit waren.

In den österreichischen Erblanden selbst bekämpften sich die Glieder des habsburgischen Hauses, in Böhmen war lange Zeit der nationale Held Georg Podiebrad mächtig und unterlag nicht der kaiserlichen Gewalt Friedrichs III., sondern dem Banne des Papstes, der ihn der Begünstigung der Hussitten beschuldigte und die Glaubenstreue der Katholiken gegen ihn aufbot. In Ungarn entstand dem österreichischen Nachbar ein gefährlicher Gegner in Matthias Corvinus.

Aber während Friedrich auf solche Weise im Osten, wo es galt ein Bollwerk für das deutsche

Reich gegen die drohenden Einfälle der Türken aufzurichten und deutschem Wesen die Wege zur Festsetzung und Verbreitung zu ebnen, sich unfähig zeigte, diese Aufgaben zu erfüllen, gelang es ihm, durch die Heirath seines Sohnes mit der Erbin des burgundischen Reiches, seinem Hause im Westen einen Machtzuwachs zu verschaffen, der ihm eine glänzende Zukunft eröffnete und eine europäische Stellung gewährleistete.

Von der Führung kaiserlicher Macht und Autorität verlassen, versuchten die Fürsten, Ritterbünde und Städte des südwestlichen Deutschland unter sich eine Einigung zur Erhaltung des Landfriedens zu Stande zu bringen, deren Spitze sich naturgemäß gegen die im Süden zu größter Macht gelangten Herzoge von Baiern richtete. Der Kaiser, dem es nicht an richtigem Verständniß für das ihm und seinem Hause Zuträgliche fehlte, begünstigte diesen Zusammenschluß friedliebender Stände, der den Namen des schwäbischen Bundes annahm und in der That am Ende des 15. Jahrhunderts fast allein noch eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens in Deutschland zu bieten vermochte.

Als Friedrich III. am 19. August 1493 starb, herrschte größere Ruhe im Reiche, als man sie seit langer Zeit her gewohnt gewesen war.

War Friedrich weder ein Held noch ein Regent von durchgreifender Kraft, so läßt sich ihm doch nicht abstreiten, daß er mit kluger und besonnener Ueberlegung die tiefliegenden Ursachen des nationalen Verfalles erkannte und wenigstens den Versuch machte, dieselben zu beseitigen.

Eine bessere Einrichtung der Reichstage, der kaiserlichen Gerichte, eine gerechte Art, die zur Vertheidigung des Reichs erforderlichen Geldmittel von den Ständen zu erheben — das waren Aufgaben, denen er in vielfachen Verhandlungen seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Was er begonnen, suchte alsbald sein Sohn, Maximilian I., der schon im Jahre 1486 zum römischen König erwählt und gekrönt worden war, mit frischer Kraft zu glücklichem Ende zu führen. Da zeigte sich bald, daß die Anschauungen des Kaisers und der Reichsstände über die Art, wie die Reichsreform ins Leben zu rufen sei, weit auseinandergingen.

Auf verschiedenen Reichstagen, zu Worms und Köln, zu Freiburg und Konstanz wurde darüber verhandelt. Zwei Einrichtungen insbesondere schienen den Fürsten von Wichtigkeit: das Kammergericht und das Reichsregiment.

Nicht mehr der Kaiser und sein Hofgericht, das an des Kaisers jeweiligem Aufenthaltsorte tagte, sollten in Zukunft Recht sprechen, sondern ein Gerichtshof mit festem Sitze, an dessen Besetzung ebenso wie am Vollzug der Urtheile die Reichsstände Theil nehmen sollten, wurde eingerichtet und zunächst in Frankfurt eröffnet, während in Nürnberg das Reichsregiment zusammentrat, welches aus Abgeordneten aller Kurfürsten und aus Vertretern der in 6 Kreise getheilten übrigen Gebiete des Reiches bestand, zu denen ferner noch Abgeordnete der österreichischen und burgundischen Lande kamen.

Sobald sich aber die neuen Bildungen selbstständig zu zeigen begannen, griff der Kaiser hemmend in ihre ohnehin noch unbehülflichen Bewegungen ein. In der That lag in dem Verzicht des Kaisers auf sein oberstrichterliches Amt und in der Betheiligung des Reichsregiments an der auswärtigen Politik eine bisher unerhörte Einschränkung der kaiserlichen Gewalt; auf der andern Seite versagten manche Stände, die bei dem Zustandekommen dieser Beschlüsse nicht mitgewirkt hatten, nunmehr auch ihre Mitwirkung bei der Ausführung derselben. So blieben denn die Reformen, obwohl unter der Führung des Erzbischofs Berthold von Mainz eine Reihe der mächtigsten Fürsten ihre Durchführung mit allem Ernste verfolgten, nicht viel mehr als Entwürfe und Versuche, die es nicht gelang, als lebens-

fähige Glieder in den Organismus des Reiches einzufügen.

Was nicht in Uebereinstimmung mit dem Kaiser durchzuführen war, konnte noch weniger ohne oder gegen ihn ins Leben gerufen werden, zumal Maximilian sich allenthalben im Reiche der größten Popularität erfreute.

Man hat ihn den letzten Ritter genannt, und in der That vereinigte er in seiner Person eine Reihe von Eigenschaften, die man als die charakteristischen Zeichen der Ritterlichkeit anzusehen pflegte: tapfer und gewandt, ein vortrefflicher Soldat und ein unermüdlicher Jäger, gegen Vornehme von ungesuchter Höflichkeit, von natürlicher Leutseligkeit gegen das geringe Volk, großmüthig und freigebig, kein Verächter der Tafelfreuden und wohl geneigt, bei fröhlichen Festen wie der jüngste Edelknecht sein Tänzchen zu wagen, nicht sparsam mit Worten, etwas schnell im Versprechen und nicht verlegen, wenn die Erfüllung des Verheißenen über seine Kräfte ging — so war Maximilian und so lebte seine Gestalt noch lange in der Erinnerung des Volkes.

Wenn auch nicht die Reichsreform, so war ihm doch manches andere, was er unternahm, gelungen.

Als im Jahre 1504 Kurpfalz und Baiern wegen der Erbschaft der ausgestorbenen Landshuter Linie in Krieg geriethen, wurde an dem Friedensbrecher die Acht vollzogen und Maximilian erhielt ein beträchtliches Stück der bestrittenen Erbschaft, auf das er alte Ansprüche seines Hauses geltend machte. Aeußere Unternehmungen, gegen Franzosen und Venetianer, mißlangen zwar, aber nicht ohne Grund konnte der Kaiser einen erheblichen Theil der Schuld den Reichsständen zuschreiben, welche durch Verweigerung der Reichssteuer, des sog. „gemeinen Pfennigs", die Ausbildung einer den erhöhten Anforderungen der Zeit entsprechenden Heeresverfassung vereitelt hatten. Darum war denn auch der so oft geplante Feldzug gegen die Türken unterblieben, obwohl vielleicht noch am ersten zu diesem in Deutschland stets populären Zweck die Steuer hätte flüssig gemacht werden können.

Daß durch den Baseler Frieden von 1499 die schweizerische Eidgenossenschaft dem Reiche für immer entfremdet wurde, war eigentlich nur die thatsächliche Anerkennung eines schon seit geraumer Zeit eingetretenen Verhältnisses.

Immerhin war es eine Errungenschaft der Regierung Maximilians, daß der Landfriede mehr und dauernder als lange vorher befestigt war, und in der Eintheilung des Reiches in Kreise konnte wohl, gegenüber der bisherigen Zersplitterung in zahllose Territorien, soweit es Reichssachen betraf, ein Fortschritt erblickt werden.

Der kirchlichen Reformbewegung stand der Kaiser innerlich fremd und ohne Verständniß gegenüber. Für seine Person fand er sich mit dem alten Kirchenwesen genügend ab und die nationale Bedeutung einer Losreißung von Rom ist ihm, allem Anschein nach, nie zu klarem Bewußtsein gekommen. In seiner leichtlebigen Art dachte er wohl nur daran, dem Papste, mit dem er eben damals in politischen Zerwürfnissen lag, einige Verlegenheit zu bereiten, als er die oft erwähnte Aeußerung that: man solle den Mönch fleißig bewahren, da man ihn wohl noch einmal gebrauchen könne.

In den letzten Zeiten seines Lebens beschäftigte Maximilian unablässig die Festsetzung der Nachfolge im Reiche. Noch mehr als durch die eigene Heirath mit der Erbin von Burgund hatte er die Macht seines Hauses in bisher unerhörtem Maße durch die Vermählung seines Sohnes Philipp mit Johanna von Spanien erweitert. Philipp war gestorben; dessen Söhnen Karl und Ferdinand mußten dereinst außer Spanien auch Neapel und die österreichischen Erblande zufallen; Karl sollte nach des Kaisers Wunsch noch die Krone des römischen Reiches auf sein Haupt

setzen und schon jetzt zum römischen König erwählt werden. Hierüber schwebten langwierige Unterhandlungen mit den deutschen Fürsten, von denen besonders Friedrich von Sachsen und der Erzbischof Richard von Trier diesem kaiserlichen Plane Widerstand leisteten, da ihnen die erdrückende Macht einer Universalmonarchie für die Zukunft Deutschlands sehr bedenklich erschien.

Während diese Unterhandlungen geführt wurden und der kirchliche Streit bereits eine Gestalt angenommen hatte, der gegenüber die weltliche Macht gebieterisch genöthigt war, Stellung zu nehmen, starb ganz plötzlich Kaiser Maximilian am 12. Januar 1519.

Dadurch war die Frage der Königswahl, die man bis dahin in weite Ferne zu rücken hatte hoffen können, zu einer brennenden, ja zu der im Augenblicke wichtigsten für die Nation geworden.

Nebst den Bedenken einzelner deutschen Fürsten gegen die Wahl des spanischen Karl trat den Aussichten dieses jungen Prinzen nun ganz unerwartet in der Person eines anderen Thronbewerbers ein neues Hinderniß in den Weg. Die Verbindung der burgundischen Lande mit dem deutschen Reiche, wenn sie auch nur in soweit vollzogen war, als Kaiser Maximilian zugleich das Erbe Karls des Kühnen beherrschte, war für Frankreich ein Gegenstand ernster Beunruhigung gewesen. Der Gedanke, in Zukunft Spanien, Burgund und das deutsche Reich unter einem Scepter vereinigt zu sehen, erhöhte das Gefühl der Unsicherheit, welches den französischen Monarchen bedrückte. So entstand in ihm der Gedanke, die deutsche Kaiserkrone für sich zu gewinnen.

Es wäre ja nicht das erste Mal gewesen, daß die Krone Karls des Großen auf das Haupt eines nichtdeutschen Fürsten gesetzt worden wäre, und die Persönlichkeit des Königs von Frankreich schien in der That darnach angethan, den Vergleich mit jedem andern Bewerber kühn zu bestehen. Ihn umgab der strahlende Ruhm eines glücklichen Feldherrn, bei Marignano hatte er nicht nur Mailand wiedererobert, sondern seine persönliche Tapferkeit in glänzender Weise bewährt; er war wohl der Mann, die deutschen Landsknechte, die jetzt in aller Herrn Ländern den zuverlässigen Kern des tüchtigsten Fußvolkes bildeten, zu ruhmvollen Siegen zu führen. Schon wurde der Gedanke ausgesprochen, König Franz und kein anderer sei der Held, der an der Spitze deutscher Heere die Türken wieder aus Europa verjagen werde.

Unter den Fürsten waren alle Gegner des österreichischen Hauses für ihn gestimmt, andere zeigten sich nicht abgeneigt, die reichen Gaben, die er gewährte oder verhieß, zu seinen Gunsten sprechen zu lassen; auch das war nicht ohne Einfluß, daß der Papst ganz offenkundig die Bewerbung des Königs Franz billigte und unterstützte. So sicher waren einige seiner Anhänger des Erfolges, daß einer derselben, Herzog Ulrich von Wirtemberg, bereits glaubte, der österreichischen Partei direct den Fehdehandschuh hinwerfen zu dürfen. Er überfiel die Stadt Reutlingen, ein Glied des dem Hause Oesterreich treu ergebenen schwäbischen Bundes, mitten im tiefsten Frieden. Zunächst war der Bund stark genug, den Ueberfall zu rächen; als, auf Oesterreichs Betreiben, die Schweiz ihre Landsknechte aus Ulrichs Heer abrief, war dieser wehrlos und mußte sein Land verlassen, das der Bund besetzte und verwaltete.

Ebenso wie sich selbst hatte aber Herzog Ulrich mit seiner Gewaltthat der Thronbewerbung des französischen Königs geschadet. Die österreichische Partei konnte mit Bestimmtheit nachweisen, daß Ulrich mit französischem Gelde die Schweizer gedungen, daß König Franz von dem Landfriedensbruch gewußt hatte. Auch das nationale Gefühl begann sich zu regen und bei den Fürsten die Erkenntniß zum Durchbruch zu bringen, daß die Erhebung des Franzosen zur Kaiserwürde der Nation und vor allem ihnen selbst zur

Unehre gereiche. Noch machten die Gegner Oesterreichs den Versuch, Friedrich von Sachsen, Joachim von Brandenburg zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen, aber keiner hatte der Bewerbung des Habsburgers gegenüber Lust, dem Rufe zu folgen. Am 28. Juni 1519 wurde Maximilians Enkel, Karl V., einstimmig gewählt.

Durch eine Wahlcapitulation glaubten die Fürsten sich vor der Uebermacht des Herrschers,

Kaiser Karl V.

vor dem Mißbrauch seiner außerhalb des Reiches liegenden Hilfsquellen sichern, die angebahnte Reichsreform weiterführen, alle ihre auf Kosten der kaiserlichen Gewalt erwachsenen Rechte und Privilegien erhalten zu können. Zu spät wurden sie gewahr, daß sie ein Pergamentblatt besaßen, an dessen Inhalt der Uebermächtige sich nur so lange und in soweit gebunden hielt, als es seinen Interessen zusagte.

Für die kirchliche Bewegung, die, wie wir sahen, alle Kreise des deutschen Volkes durchdrang, war es entscheidend, welche Stellung der neue Monarch zu ihr einnehmen werde.

In solchen Zeiten der Gährung, da alle Geister erregt sind und auch das Außerordentlichste in den Bereich der Berechnungen und Erwartungen gezogen wird, pflegen sich mehr als sonst alle Hoffnungen auf den berufenen Führer der Nation zu vereinigen. So sah auch jetzt in Deutschland alles Volk mit gespanntester Erwartung auf die Haltung des Neuerwählten hin. Die Anhänger der alten Ordnung so gut wie Luther und Hutten setzten ihre Hoffnungen auf den jungen König. Mit überschwänglichem Enthusiasmus glaubte man am Anfang eines neuen glänzenden Zeitraumes zu stehen, in dem Deutschland wieder die höchste Ehrenstelle unter den Völkern einnehmen werde.

Diesen hochgespannten Hoffnungen gegenüber erwies sich der junge Monarch — erst zwanzig Jahre alt, als ihm in Aachen die Krone auf das Haupt gesetzt wurde — als ein über seine Jahre gereifter Mann von kühlster Zurückhaltung. In dem Gefühl der hohen Stellung, die ihm bestimmt war, aufgewachsen, ohne die harmlosen Freuden der Jugend zu kennen, von früh an gewohnt, zu beobachten und beobachtet zu werden, war ihm jede enthusiastische Regung fremd. Wo andere fühlten, war er gelehrt worden zu berechnen; er war ein fertiger Politiker, als er die Grenzen Deutschlands betrat. Und aus Männern von ernster politischer Schulung bestand seine Umgebung.

Als ihm sein Gesandter in Rom, Don Manuel, schrieb: Seine Majestät müße nach Deutschland gehen und dort einem gewissen Martin Luther einige Gunst angedeihen lassen, der durch die Sachen, die er predigte, dem römischen Hofe Besorgniß einflöße, da dachte wohl Absender wie Empfänger der Depesche nur an die politische Seite der Frage. Sie glaubten, durch eine vor-

Unehre gereiche. Noch machten die Gegner Oesterreichs den Versuch, Friedrich von Sachsen, Joachim von Brandenburg zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen, aber keiner hatte der Bewerbung des Habsburgers gegenüber Lust, dem Rufe zu folgen. Am 28. Juni 1519 wurde Maximilians Enkel, Karl V., einstimmig gewählt.

Durch eine Wahlcapitulation glaubten die Fürsten sich vor der Uebermacht des Herrschers,

Kaiser Karl V.

vor dem Mißbrauch seiner außerhalb des Reiches liegenden Hilfsquellen sichern, die angebahnte Reichsreform weiterführen, alle ihre auf Kosten der kaiserlichen Gewalt erwachsenen Rechte und Privilegien erhalten zu können. Zu spät wurden sie gewahr, daß sie ein Pergamentblatt besaßen, an dessen Inhalt der Uebermächtige sich nur so lange und in soweit gebunden hielt, als es seinen Interessen zusagte.

Für die kirchliche Bewegung, die, wie wir sahen, alle Kreise des deutschen Volkes durchdrang, war es entscheidend, welche Stellung der neue Monarch zu ihr einnehmen werde.

In solchen Zeiten der Gährung, da alle Geister erregt sind und auch das Außerordentlichste in den Bereich der Berechnungen und Erwartungen gezogen wird, pflegen sich mehr als sonst alle Hoffnungen auf den berufenen Führer der Nation zu vereinigen. So sah auch jetzt in Deutschland alles Volk mit gespanntester Erwartung auf die Haltung des Neuerwählten hin. Die Anhänger der alten Ordnung so gut wie Luther und Hutten setzten ihre Hoffnungen auf den jungen König. Mit überschwänglichem Enthusiasmus glaubte man am Anfang eines neuen glänzenden Zeitraumes zu stehen, in dem Deutschland wieder die höchste Ehrenstelle unter den Völkern einnehmen werde.

Diesen hochgespannten Hoffnungen gegenüber erwies sich der junge Monarch — erst zwanzig Jahre alt, als ihm in Aachen die Krone auf das Haupt gesetzt wurde — als ein über seine Jahre gereifter Mann von kühlster Zurückhaltung. In dem Gefühl der hohen Stellung, die ihm bestimmt war, aufgewachsen, ohne die harmlosen Freuden der Jugend zu kennen, von früh an gewohnt, zu beobachten und beobachtet zu werden, war ihm jede enthusiastische Regung fremd. Wo andere fühlten, war er gelehrt worden zu berechnen; er war ein fertiger Politiker, als er die Grenzen Deutschlands betrat. Und aus Männern von ernster politischer Schulung bestand seine Umgebung.

Als ihm sein Gesandter in Rom, Don Manuel, schrieb: Seine Majestät müsse nach Deutschland gehen und dort einem gewissen Martin Luther einige Gunst angedeihen lassen, der durch die Sachen, die er predigte, dem römischen Hofe Besorgniß einflöße, da dachte wohl Absender wie Empfänger der Depesche nur an die politische Seite der Frage. Sie glaubten, durch eine vor-

übergehende Begünstigung des Reformators der päpstlichen Staatskunst eine ernste Verlegenheit zu bereiten. Mit der neuen Lehre, die Luther vortrug, hatte man sich am spanischen Hofe wohl gar nicht genügend beschäftigt, um ihre so bedeutende Tragweite zu begreifen.

Die politische Gefahr erkannte man auch alsbald in Rom, und so lebhaft der Papst früher zu Gunsten Franz I. der Wahl Karls widerstrebt hatte, ebenso entschieden suchte er seinen Frieden mit Karl zu machen, sobald dessen Wahl feststand. Dem jungen Fürsten selbst und seinen Rathgebern und Günstlingen kam man mit Gefälligkeiten entgegen. In dem Kriege, der um die alten Ansprüche auf Oberitalien mit Frankreich auszubrechen drohte, versprach der Papst auf des Kaisers Seite zu stehen. Nur das eine forderte man als Gegenleistung, daß er mit aller Gewalt der Ketzerei in Deutschland ein Ende mache. In einem Breve forderte der Papst den Kaiser auf, der gegen Luther ergangenen Bulle durch ein kaiserliches Edict gesetzliche Kraft zu schaffen. Dieß aber war nicht möglich ohne Zustimmung der Reichsstände, und diese zeigten sich nicht bereit, Luther ungehört zu verdammen. So ward er denn nach Worms, wo Karl am 28. Januar 1521 seinen ersten Reichstag eröffnet hatte, zur Verantwortung vorgeladen.

Der Wormser Reichstag beschäftigte sich in erster Linie mit allgemeinen Reichsangelegenheiten, deren Ordnung um so wichtiger war, als die häufige Abwesenheit des Kaisers von Deutschland mit Bestimmtheit vorausgesehen werden konnte. Für diese Fälle wurde ein Reichsregiment eingesetzt, an dessen Spitze des Kaisers Bruder, Erzherzog Ferdinand gestellt wurde. Diesem wurden gleichzeitig in Worms die österreichischen Erblande nebst der Anwartschaft auf Ungarn und Böhmen zugetheilt, während Karl für sich Spanien mit den dazu gehörigen Ländern in Europa und jenseits des Weltmeeres und die burgundischen Niederlande behielt. Ferdinand wurde außerdem mit dem Herzogthum Schwaben belehnt, über dessen vertriebenen Fürsten der Reichstag nachträglich die Absetzung aussprach.

Es wurde ferner das Kammergericht neuerdings in das Leben zurückgerufen, welches zu Speier seinen Sitz erhielt, auch ward eine Reichsmatrikel als Grundlage ordentlicher und außerordentlicher Geldleistungen der Stände zu Reichszwecken eingeführt. Kammergericht und Reichsmatrikel waren Einrichtungen, die im Wesentlichen bis zum Ende des deutschen Reiches aufrecht erhalten blieben.

Nach solchen rein geschäftlichen Verhandlungen erschien Luthers Ankunft in Worms als ein Ereigniß, welches die allgemeine Theilnahme in ganz ungewöhnlichem Grade in Anspruch nahm.

Mit klarem Bewußtsein, daß sein Urtheil schon gesprochen sei, kam Luther von Wittenberg nach dem Rhein. Schon in Weimar erhielt er die Nachricht, daß alle seine Schriften verboten seien. Selbst der kaiserliche Herold, der ihm zur Begleitung beigegeben war, schien Bedenken zu tragen, ob eine Fortsetzung der Reise zweckmäßig sei und wohlmeinende Freunde erinnerten ängstlich an das Schicksal des Johannes Hus. Er aber war ohne Furcht und voll ruhiger Entschlossenheit. Wenn sie ein Feuer machten, das zwischen Wittenberg und Worms bis an den Himmel reichte, so wollte er doch erscheinen, erwiderte er solchen Warnungen, und wenn so viel Teufel in Worms wären als Ziegel auf den Dächern, dennoch wolle er hinein.

Viel Volk strömte auf den Gassen zusammen, als Luther am 16. April in Worms einzog. Schon am Tage darauf wurde er vor den Reichstag gerufen. Einer glänzenden Versammlung trat er gegenüber, die ganze officielle Pracht und Machtentfaltung des Reiches und seiner Fürsten und Stände war aufgeboten, um über den in unscheinbarer Mönchskutte Eintretenden zu Ge-

richt zu sitzen. Ob er sich zu seinen Büchern bekenne, ob er bereit sei, was er geschrieben, zu widerrufen, wurde er zunächst gefragt. Nicht ohne Befangenheit, mit schwacher Stimme gab er die Antwort, daß er Bedenkzeit erbitte.

Am andern Tage aber trat er mit festem, sicherem Blick vor die Versammlung. Schon dunkelte es und nur Fackellicht erhellte den Saal, in dem mit lautloser Stille die Großen der Nation auf die Erklärung des Mönches harrten.

Wieder trat ihm Dr. Eck, der Gegner von Leipzig, der Verbreiter der päpstlichen Bulle, in theologischer Zwiesprache gegenüber und wieder war, wie dort, der entscheidende Punkt, um den sich schließlich die ganze Verhandlung drehte: die Anerkennung der kirchlichen Autorität, die Unfehlbarkeit des Papstes und der Concilien. Mit Entschiedenheit betonte Eck: wer diese leugne, nehme der Christenheit die feste Sicherheit und Gewißheit ihrer Lehren. Luther aber erklärte: widerrufen werde er nur, wenn er aus den Worten der heiligen Schrift eines Irrthums überführt werde. „Hier stehe ich" — so schloß er seine Worte — „ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Amen."

Die schlichte Klarheit seiner Rede, der ungebeugte Muth seiner Ueberzeugungstreue, die ruhige Festigkeit seiner Erklärung waren wohl nach Herz und Sinn der meisten deutschen Fürsten, die zu Worms tagten; besonders sein alter Gönner, Kurfürst Friedrich, war mit seiner Haltung wohl zufrieden. Die Spanier aber und Kaiser Karl vor allen waren enttäuscht: keine blendende Beredsamkeit, keine Schaustellung vielseitiger Gelehrsamkeit war ihnen da vor Aug' und Ohr getreten; für das einfache Wesen, das hartnäckige Beharren des Deutschen fehlte ihnen jedes Verständniß. „Der hätte mich nicht zum Ketzer gemacht," sagte Karl mit stolzer Geringschätzung von Luther.

Das freie Geleit, das ihm der Kaiser zugesagt, wurde geachtet, das Ansinnen seiner Theologen, den Ketzer unschädlich zu machen, wies Karl unwillig zurück; aber die deutschen Fürsten wußten wohl, was sie thaten, als sie Luther den Rath gaben, ungesäumt von Worms abzureisen. Am 4. Mai fuhr er, nur von seinem Bruder und seinem Freunde Amsdorf begleitet, bei Waltershausen in Thüringen, als Bewaffnete den Wagen überfielen, den Fuhrmann und die Begleiter in die Flucht jagten, Luther selbst aber mit sich fortführten. Ihm war bekannt, daß Leute seines Kurfürsten ihn auf diese Weise in ein sicheres Versteck brachten.

Der Kaiser aber ließ hinter Luther her ein Edict ausgehen, das er am 25. Mai den noch zu Worms anwesenden Fürsten zur Zustimmung vorlegte. Dasselbe sprach über Luther, seine Anhänger und Freunde des Reiches Acht und Aberacht aus. Um aber den Glauben zu erwecken, als sei dieses Edict von der Gesammtheit der Fürsten gutgeheißen worden, wurde es, auf Betreiben des päpstlichen Nuntius Aleander, auf den 8. Mai, da noch alle anwesend waren, zurückdatirt.

Mit dieser Lüge eröffnete Karl V. seinen Kampf gegen die tiefe Bewegung, welche die deutsche Nation in allen ihren Theilen und Ständen erregte. Derselbe Reichstag von Worms, der die habsburgische Weltmonarchie und das deutsche Kaiserthum scheinbar für immer vereinigte, erklärte die größte That, welche das deutsche Volk seit Jahrhunderten auf seinem Boden hatte Gestalt gewinnen sehen, für das strafwürdigste Verbrechen. Derselbe Kaiser Karl, dem die besten Deutschen mit warmem Herzen und aufrichtiger Begeisterung entgegengejubelt hatten, warf, wie er glaubte, mit einem Federzuge alles das zu Boden, was eben diese Männer als die schönste Hoffnung einer besseren Zukunft begrüßten.

In der That aber gelang es ihm, der ebensowenig den Geist wie die Sprache des Volkes verstand, das er beherrschen sollte, nicht, den Fortschritt der reformatorischen Bewegung zu verhindern, wohl aber verschuldete er, daß der Glaube des Volkes an die rettende und befreiende Kaisergewalt erlosch. Statt an der Spitze der Nation die Uebergriffe des Papstthums zu bekämpfen, verbündete sich Karl mit dem Papste, um auf italienischem Boden den Franzosenkönig zu bekriegen. Und nicht etwa die Sache Deutschlands wurde auf den weiten Gefilden Oberitaliens geführt, das Interesse seines Hauses, der Gedanke an seine Weltherrschaft drückte Karl das Schwert in die Faust.

Aber während der neue Herrscher sich Deutschland immer mehr entfremdete, begannen im Volke alle die Kräfte, welche sich dem seine Zeit verstehenden Führer willig gebeugt hätten, sich in herrenloser Willkür zu regen, und an die Stelle einer ruhigen Entwickelung auf dem Boden des Gesetzes trat der rasch entfesselte, schwer zu hemmende Kampf der ungezügelten Leidenschaften.

Zunächst hatte die kaiserliche Achterklärung keine äußerlich wahrnehmbaren Folgen.

Luther war in Sicherheit vor allen Gefahren, die etwa in Ausführung des Wormser Edictes seine Person hätten bedrohen können. Sein Landesherr hatte ihn auf die Wartburg bei Eisenach bringen lassen. Und hier schuf er in der Einsamkeit seiner Studierstube ein Werk von bleibender Bedeutung nicht nur für die von ihm begonnene Reformation, sondern für das ganze deutsche Volk, die deutsche Uebersetzung der Bibel.

Es war nicht zum ersten Male, daß die heiligen Schriften des alten und neuen Testamentes den Deutschen in ihrer Muttersprache dargeboten wurden. Bis zum Jahre 1477 waren schon fünf Ausgaben deutscher Bibeln erschienen; doch waren diese nur rohe, buchstäbliche Uebertragungen der lateinischen Texte. Auch von da an wurde die Bibel noch mehrere Male in die deutsche Sprache übersetzt. Luther aber, der das „Wort Gottes", die Schrift als alleinigen Grundstein der kirchlichen Lehre erkannte, wollte nicht ein Werk schaffen, das in sklavischer Hingebung an den Buchstaben die Bibel Wort für Wort in die heimische Sprache übertrage, sondern ein Buch, in welchem das deutsche Volk die biblischen Erzählungen so zu lesen vermöchte, als wären sie ursprünglich in deutscher Sprache niedergeschrieben. Seine Gewissenhaftigkeit und die tiefe Ehrfurcht, mit der er die heiligen Schriften betrachtete, machten ihm möglichst treue Wiedergabe des Textes zum Gesetz; seine Kenntniß des Griechischen und Hebräischen befähigten ihn, fehlerhafte Deutungen zu verbessern, die Art und Weise seiner Verdeutschung aber konnte nur der Genialität gelingen, mit der er seine hohe Aufgabe erfaßte und durchführte.

„Man muß nicht die Buchstaben der lateinischen Sprache fragen, wie man soll Deutsch reden," sagt er selbst hierüber, „sondern man muß die Mutter im Hause, die Kinder auf der Gasse, den gemeinen Mann auf dem Markte darum fragen und denselbigen auf das Maul sehen, wie sie reden und darnach dolmetschen, so verstehen sie es dann und merken, daß man Deutsch mit ihnen redet." Diese volksthümliche, dem Geist der deutschen Sprache entsprechende Uebertragung ist die eine glänzende Seite der Bibelübersetzung Luthers, die andere, nicht minder bedeutsame, ist die männliche Kraft, die erhabene Würde und Weihe, die er zum glücklichsten Ausdruck gebracht hat. Für die Entwickelung der deutschen Sprache ist die lutherische Bibelübersetzung ein Markstein, von wo eine neue Gestaltung derselben beginnt. In ihr sind die besten Ueberlieferungen der mittelhochdeutschen Prosa des 13. und 14. Jahrhunderts wiedererweckt und naturgemäß fortgebildet, die rohe Unform der späteren Zeit ist überwunden, die beiden Hauptmundarten Deutschlands, die ober- und niederdeutsche, sind zu einem Dritten, zur neuhochdeutschen Schriftsprache verschmolzen. Und dadurch wurde die Lutherbibel, welche die weiteste Verbreitung fand, die wohl je

in Deutschland einem Buche zu Theil geworden, von entscheidendem und bleibendem Einfluß auch auf diejenigen Theile der Nation, welche sich der neuen Lehre nicht anschlossen und für die das Werk des Reformators daher nicht die religiöse Bedeutung gewann, die es für die Angehörigen der deutschen evangelischen Kirche bis zum heutigen Tage bewahrt hat. Später hat Luther selbst, mit Hülfe seiner gelehrten Freunde, noch vielfache Verbesserungen an der Bibelübersetzung vorgenommen, im Laufe der Zeit haben die großen Fortschritte auf dem Gebiete der Sprachforschung zu dem Ergebniß geführt, in der Lutherbibel manche Mängel und Irrthümer nachzuweisen; jedoch der epochemachenden That jenes ersten Unternehmens, das auf der Wartburg entstanden, thut dies alles keinen Eintrag.

Während Luther so Wichtiges und für späte Jahrhunderte noch Werthvolles schuf, begannen in Wittenberg die Anhänger seiner Lehre die von ihm aufgestellten Sätze in ihrer Art in das praktische Leben herüber zu führen. Hier war Karlstadt der Führer, ein Mann von Willenskraft und Energie, aber ohne die Fähigkeit, sich selbst bei der Ausführung dessen, was er für richtig hielt, das Maß des Erreichbaren vor Augen zu stellen. Er beeilte sich, eine deutsche Messe nach neuem Ritus einzuführen, bei welchem alles wegblieb, was mit der Auffassung derselben als Opfer zusammenhing; er schrieb nicht nur für Aufhebung des Cölibats, sondern er schritt alsbald selbst dazu, sich zu vermählen; er trat in Verbindung mit schwärmerischen Sectirern von Zwickau, welche in unmittelbaren Eingebungen des göttlichen Geistes eine noch reinere Glaubensgrundlage als in der Bibel zu finden meinten; bald erblickte er in den Bildern, welche die Kirchen zierten, anstößige Zeichen der verwerflichsten Abgötterei; auf seinen Antrieb drang man in die Kirchen, zerstörte die Altargeräthe, verbrannte Gemälde und Statuen. Aus dieser bilderstürmerischen Bewegung, die sich an vielen Orten wiederholte und der eine Reihe werthvoller Zeugnisse der blühenden Kunst des Mittelalters zum Opfer fiel, entwickelte sich ein noch weitergehendes Verlangen nach Beseitigung jeden Vorzugs, den in der Gemeinde höhere Bildung verleihen könne. Das Studium wurde für unnöthig erklärt, der schlichte Verstand des geringen Mannes, meinte Karlstadt, sei geeigneter als die Gelehrsamkeit der Studirten, in die Tiefen der göttlichen Offenbarung zu dringen.

Dieser Gleichmacherei, der, sobald sie auf dem kirchlichen Gebiete erfolgreich durchgeführt war, mit Nothwendigkeit eine ähnliche in allen Beziehungen des bürgerlichen Lebens folgen mußte, erschreckte alle Bevölkerungskreise, die der Natur ihrer Stellung nach zu conservativen Anschauungen hinneigten. Die fremden Fürsten beriefen ihre in Wittenberg studierenden Unterthanen ab, die ruhigen Bürger der Stadt wollten, so sehr sie der neuen Lehre zugethan waren, damit nicht allen ihren alten Gewohnheiten und Ueberlieferungen entsagen.

Kurfürst Friedrich selbst, dem es zwar widerstrebte, mit der starken Hand seiner Fürstengewalt in die Händel einzugreifen, so lange sie sich noch auf kirchlichem Gebiete bewegten, der überhaupt gerne zusah, wie sich die Dinge entwickelten, war betreten über die Folgerungen, welche aus einer von ihm freudig begrüßten Lehre gezogen wurden.

Am meisten erschütterten aber diese Wittenberger Vorgänge Luther selbst. Er achtete nicht Acht und Bann, ihn kümmerte wenig die Gefahr, der er sich aussetzte, wenn er seinen Zufluchtsort verließ, die wohlmeinenden Vorstellungen seines Fürsten wies er zurück. Denn ihn rief das Gefühl, daß er allein berufen sei, hier hemmend und heilend einzugreifen. Mit klarem Blicke erkannte Luther die Gefahr, welche der evangelischen Lehre durch diese Ausschreitungen drohte, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, der revolutionären Bewegung Halt zu gebieten und die

in Deutschland einem Buche zu Theil geworden, von entscheidendem und bleibendem Einfluß auch auf diejenigen Theile der Nation, welche sich der neuen Lehre nicht anschlossen und für die das Werk des Reformators daher nicht die religiöse Bedeutung gewann, die es für die Angehörigen der deutschen evangelischen Kirche bis zum heutigen Tage bewahrt hat. Später hat Luther selbst, mit Hülfe seiner gelehrten Freunde, noch vielfache Verbesserungen an der Bibelübersetzung vorgenommen, im Laufe der Zeit haben die großen Fortschritte auf dem Gebiete der Sprachforschung zu dem Ergebniß geführt, in der Lutherbibel manche Mängel und Irrthümer nachzuweisen; jedoch der epochemachenden That jenes ersten Unternehmens, das auf der Wartburg entstanden, thut dies alles keinen Eintrag.

Während Luther so Wichtiges und für späte Jahrhunderte noch Werthvolles schuf, begannen in Wittenberg die Anhänger seiner Lehre die von ihm aufgestellten Sätze in ihrer Art in das praktische Leben herüber zu führen. Hier war Karlstadt der Führer, ein Mann von Willenskraft und Energie, aber ohne die Fähigkeit, sich selbst bei der Ausführung dessen, was er für richtig hielt, das Maß des Erreichbaren vor Augen zu stellen. Er beeilte sich, eine deutsche Messe nach neuem Ritus einzuführen, bei welchem alles wegblieb, was mit der Auffassung derselben als Opfer zusammenhing; er schrieb nicht nur für Aufhebung des Cölibats, sondern er schritt alsbald selbst dazu, sich zu vermählen; er trat in Verbindung mit schwärmerischen Sectirern von Zwickau, welche in unmittelbaren Eingebungen des göttlichen Geistes eine noch reinere Glaubensgrundlage als in der Bibel zu finden meinten; bald erblickte er in den Bildern, welche die Kirchen zierten, anstößige Zeichen der verwerflichsten Abgötterei; auf seinen Antrieb drang man in die Kirchen, zerstörte die Altargeräthe, verbrannte Gemälde und Statuen. Aus dieser bilderstürmerischen Bewegung, die sich an vielen Orten wiederholte und der eine Reihe werthvoller Zeugnisse der blühenden Kunst des Mittelalters zum Opfer fiel, entwickelte sich ein noch weitergehendes Verlangen nach Beseitigung jeden Vorzugs, den in der Gemeinde höhere Bildung verleihen könne. Das Studium wurde für unnöthig erklärt, der schlichte Verstand des geringen Mannes, meinte Karlstadt, sei geeigneter als die Gelehrsamkeit der Studirten, in die Tiefen der göttlichen Offenbarung zu dringen.

Dieser Gleichmacherei, der, sobald sie auf dem kirchlichen Gebiete erfolgreich durchgeführt war, mit Nothwendigkeit eine ähnliche in allen Beziehungen des bürgerlichen Lebens folgen mußte, erschreckte alle Bevölkerungskreise, die der Natur ihrer Stellung nach zu conservativen Anschauungen hinneigten. Die fremden Fürsten beriefen ihre in Wittenberg studierenden Unterthanen ab, die ruhigen Bürger der Stadt wollten, so sehr sie der neuen Lehre zugethan waren, damit nicht allen ihren alten Gewohnheiten und Ueberlieferungen entsagen.

Kurfürst Friedrich selbst, dem es zwar widerstrebte, mit der starken Hand seiner Fürstengewalt in die Händel einzugreifen, so lange sie sich noch auf kirchlichem Gebiete bewegten, der überhaupt gerne zusah, wie sich die Dinge entwickelten, war betreten über die Folgerungen, welche aus einer von ihm freudig begrüßten Lehre gezogen wurden.

Am meisten erschütterten aber diese Wittenberger Vorgänge Luther selbst. Er achtete nicht Acht und Bann, ihn kümmerte wenig die Gefahr, der er sich aussetzte, wenn er seinen Zufluchtsort verließ, die wohlmeinenden Vorstellungen seines Fürsten wies er zurück. Denn ihn rief das Gefühl, daß er allein berufen sei, hier hemmend und heilend einzugreifen. Mit klarem Blicke erkannte Luther die Gefahr, welche der evangelischen Lehre durch diese Ausschreitungen drohte, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, der revolutionären Bewegung Halt zu gebieten und die

Einhaltung reformatorischer Bahnen zu sichern. In der Tracht eines Reitersmannes, in der er auf der Wartburg als Junker Georg einherzugehen pflegte, kam er nach Wittenberg.

Nicht gegen die Anordnungen, welche Karlstadt und seine Anhänger getroffen, trat Luther in den acht Predigten auf, in denen er zu der Gemeinde beredte und klare Worte sprach, noch weniger gegen die Personen, die dabei thätig waren, aber die Art, in der es geschehen, die ungesetzliche, willkürliche, gewaltsame Art ihrer Durchführung verurtheilte er mit aller Entschiedenheit. Er verpönte jede Willkür in diesen Fragen des äußeren Kirchenwesens und wahrte ausdrücklich das unbestreitbare Recht der Obrigkeit, diese Dinge auf geordnetem Wege umzugestalten.

Der Eindruck der Worte Luthers war ein großer. Karlstadt und seine schwärmerischen Genossen, welche die Bewegung geleitet, konnte er freilich nicht überzeugen, aber der revolutionären Fortbildung der neuen Lehre war durch sein Einschreiten eine Grenze gesetzt. Und wie das Beispiel Wittenbergs vorher in vielen Theilen Deutschlands Nachahmung gefunden hatte, so wirkten nun Luthers Worte auch dort beruhigend und friedebringend. Als echter Mann der Reform wollte Luther nicht die naturgemäßen Bindeglieder zwischen dem Alten und Neuen zerreißen, aber ebensowenig dachte er, seiner ganzen Anlage nach, daran, diese, wo sie einmal zerrissen waren, wieder neu zu knüpfen. Was von den Wittenberger Neuerungen lebensfähig war, blieb, mit Luthers Zustimmung, bestehen, wie er denn selbst im Jahre 1524 sein Ordenskleid ablegte und 1525, im vollen Einvernehmen mit seinem Fürsten, mit der früheren Nonne Katharina von Boren ein Ehebündniß einging, in welchem er das reiche Glück eines echt deutschen Familienlebens gefunden hat.

Gleichzeitig mit dieser vorwiegend von kirchlichen Anregungen ausgehenden Bewegung sehen wir auch auf anderen Gebieten Unruhen entstehen, welche, wenn auch nicht geradezu in der neuen Lehre ihre Wurzeln zu suchen sind, dennoch mit derselben und der durch sie hervorgerufenen Umwälzung vielfach zusammenhängen. Diese Unruhen, welche vorzugsweise den Südwesten Deutschlands erschütterten, gingen von den Kreisen des der Reichsritterschaft angehörenden Adels aus.

Aus den ursprünglich mit dem gemeinsamen Namen Adel bezeichneten zwei Ständen, dem Herren- und Ritterstand, dem hohen und niederen Adel, hatten sich im Laufe der Zeit jene Geschlechter ausgesondert und zu höherer Stellung erhoben, denen es gelungen war, landeshoheitliche Rechte zu erwerben. Ihnen stand die Ritterschaft gegenüber, in welcher wiederum zwischen der Reichsritterschaft, die sich von der vollen Landeshoheit freigemacht hatte, und der landsäßigen Ritterschaft, die der Hoheit eines Landesherrn unterstand, unterschieden wurde. Die Reinhaltung des Stammbaums von bürgerlichen Verbindungen und eine geschäfts- und erwerbloße Lebensweise war eigentlich allein das allen adeligen Häusern gemeinsame. Durch Macht und Güterbesitz unterschieden sie sich auf das mannichfachste. Die Lehensverhältnisse hatten auch manche Angehörige großer Edelgeschlechter in eine gewisse Abhängigkeit von den Landesfürsten gebracht. Anderseits wußten sich auch Mitglieder des landsäßigen Adels von der Unterthänigkeit unter ihren Landesherrn loszumachen, wenn es ihnen gelang, Aufnahme in einen der Ritterbünde zu finden, zu denen sich die sogenannte Reichsritterschaft vereinigt hatte. In ihren Streitigkeiten mit dem Kaiser, mit ihren Nachbarn, mit den Städten sahen sich die Fürsten bald auf den guten Willen dieser Adelsverbindungen angewiesen, welche nach und nach eine der fürstlichen fast ebenbürtige Macht darstellten und den Anspruch zu erheben begannen, als selbstständige Körperschaft eine gesetzlich geregelte Stellung und Berechtigung auch bei Be-

rathung der Reichsangelegenheiten zu erhalten, ebenso wie es dem landsäßigen Adel bereits gelungen war, in den landständischen Vertretungen das Recht der Mitwirkung an der Regierung der einzelnen Länder zu erhalten. Ein kräftiger Kaiser hätte wohl in Ritterschaft und Städten geeignete Verbündete gegen das Ueberhandnehmen der fürstlichen Macht gewinnen können, Verbündete, die ihrerseits an der Erstarkung der Kaisergewalt und an der Befestigung der Reichseinheit das höchste Interesse auch für ihre eigenen Angelegenheiten hätten nehmen müssen. Allein zu so kühnen und muthigen Plänen raffte sich keiner der Kaiser des 14. und 15. Jahrhunderts mehr auf. So wie die Dinge lagen, vertrat das Landesfürstenthum immerhin, wenn auch in beschränktem Maße, die Idee der staatlichen Ordnung, während der niedere Adel, dessen Neigungen auf dem alten Boden mittelalterlicher Ungebundenheit jeder festeren Gestaltung der staatlichen Verhältnisse widerstrebten, in der neu heraufbrechenden Zeit, welche der Willkür engere Schranken zu ziehen begann, keine rechte Stellung mehr finden konnte.

Auch in militärischer Beziehung war im Beginne des 16. Jahrhunderts die eigentliche Bedeutung des Ritterthums ein überwundener Standpunkt. Sowohl die Ausbildung des aus angeworbenen Söldnern bestehenden Fußvolks und die Einführung der Feuerwaffen, als insbesondere die Fortschritte der Artillerie ließen die ganze Ausrüstung und Kampfesart der Ritter weit hinter sich zurück.

Nur das glänzende Schaugepränge der Turniere und die den Stand wenig ehrenden Ausbrüche der Raub- und Fehdelust waren noch von der alten Ritterherrlichkeit übrig geblieben. Von ihren Burgen aus belästigten die Ritter und Edelknechte den ruhig seine Straße ziehenden Kaufmann, an dem und dessen Meßgütern sie nicht selten die Unbill der Herrschaft rächten, welcher jener zugehörte.

Die Freuden der Jagd und die Genüsse der Tafel, die nur zu häufig in rohe Trinkgelage übergingen, traten immer mehr an die Stelle jeder edleren Beschäftigung. Finanzieller Verfall konnte dabei nicht ausbleiben und geistige Verwilderung beherrschte allmählig die adeligen Kreise, denen ein Mann wie Hutten fast als einer erschien, der dem Stande Unehre bringe. Allerdings fehlte es auch hier nicht an Ausnahmen; nicht nur tüchtige, besonnene Männer, gute Wirthschafter, kluge, ja gelehrte Herren saßen da und dort auf deutschen Ritterburgen, sondern einzelne glänzende Erscheinungen, in denen der ideale Zug des alten Ritterwesens wieder aufzuleben schien, sind gerade zur Zeit der Reformation in den Vordergrund getreten. An solche Vertreter des Standes dachte Luther, als er seinen zündenden Aufruf an den Adel deutscher Nation erließ. Der hervorragendste unter ihnen, durch ein schicksalsreiches Leben und ein tragisches Ende besonders ausgezeichnet, war Franz von Sickingen.

Am 2. März 1481 war er als der Sohn eines seit alten Zeiten im Kraichgau begüterten Geschlechtes geboren, das nach und nach seinen Grundbesitz bedeutend ausdehnte, namentlich auch auf dem linken Rheinufer durch Erbschaft, Verpfändung und Belehnung beträchtliche Güter erwarb.

Im Waffenhandwerk war er groß geworden. In kleinen Fehden und ernsten Kriegsthaten hatte er seine Tapferkeit, seine Begabung, die Massen zu beherrschen, erprobt. Einmal an der Spitze der rheinischen Ritterschaft, ein andermal als Führer bunt zusammengewürfelter Schaaren aus aller Herren Ländern, zog er aus, heute in des Kaisers Sold, morgen als Bundesgenosse der Franzosen, ein drittesmal, eigene Fehde auszufechten. So war er ein mächtiger, reicher und hochangesehener Mann in deutschen Landen, Vieler Augen sahen auf ihn und viele Menschen waren bereit, seinem Rufe zu folgen. Er war kein gelehrter Herr und nahm an religiösen Fragen

keinen tieferen Antheil. Erst Hutten, der als Flüchtling in der Ebernburg Aufnahme gefunden, gewann Sickingens Theilnahme für die Person und die Lehre des Reformators. Die Pläne zu einer Umgestaltung des Reiches, in dem fortan der Kaiser, ungehindert von der widerstrebenden Macht der Fürsten, gestützt von der treuen Ritterschaft, herrschen, fremdes Recht und fremde Sitte abschaffen und auf neuen Grundlagen die allgemeine Wohlfahrt fördern sollte, vereinigten sich in seiner Seele mit den Hoffnungen, die er für sein Vaterland auf Einführung der neuen Lehre setzte. Er suchte die oberrheinische Ritterschaft für seine Absichten zu gewinnen, in Landau besprach er sich mit ihnen im Frühling 1522, es ward ein Bund geschlossen, der sie fähig machen sollte, den Fürsten Widerpart zu leisten. Darüber hinaus hatte Sickingen doch auch Pläne für sich selbst. Als er im Sommer desselben Jahres den Kurfürsten von Trier mit Fehde überzog, galt es ihm nicht nur, den Fortgang der ihm theuern evangelischen Sache durch Waffengewalt zu fördern, sondern er dachte wohl ernstlich an Säcularisation der Kirchengüter und erstrebte für sich eine fürstengleiche Stellung. Aber er hatte seine Macht und sein Glück überschätzt. Zwar rückte er in raschem Siegeslauf vor Trier, von dem Volke als Befreier von dem pfäffischen Drucke begrüßt, allein er hatte zu sicher darauf gerechnet, daß die rheinischen Fürsten durch ihre alten Händel und Streitigkeiten sich würden hindern lassen, gegen ihn zusammenzustehen. Das fürstliche Standesinteresse vereinigte die Streitmacht von Trier, Kurpfalz und Hessen, bald mußte Sickingen den Rückzug antreten, seine Bundesgenossen wurden theils genöthigt, ihn zu verlassen, theils fielen sie freiwillig von dem ab, dem das Glück den Rücken kehrte. Im April 1523 lagen die Fürsten vor Sickingens Burg Landstuhl; ihren Geschützen waren die alten Bollwerke nicht gewachsen. Zum Tod verwundet wurde er in ein finsteres Felsengewölbe gebracht, das vor den feindlichen Kugeln Schutz gewährte; da lag er noch in schweren Schmerzen sechs Tage lang; in derselben Stunde, da die zertrümmerte Burg den Belagerern übergeben ward, am 7. Mai 1523, starb Franz von Sickingen. Ganz Deutschland hatte sein Kampf erregt; tief trauerten die Freunde der Reformation über seinen Fall.

Franz von Sickingen.

Mit seinem Tode erlosch auch Huttens Stern. Des mächtigen Beschützers beraubt, flüchtig und heimathlos, krank und verbittert, starb er arm und verlassen auf der Insel Ufnau im Züricher See im Herbst 1523.

Nicht auf die rheinischen Lande allein waren die in Folge von Sickingens Vorgehen ausgebrochenen Kämpfe beschränkt gewesen. Auch in Franken und Schwaben hatte der Adel sich erhoben, mit den rheinischen Fürsten hatte der schwäbische Bund gemeinsame Sache gemacht. Da

war es denn unvermeidlich, daß auch das Reichsregiment, dem in Abwesenheit des Kaisers die Regierung des Reiches oblag, zu diesen Vorgängen Stellung nahm. Zunächst hatte es sich gegen Sickingen und dessen Verbündete gewandt und die Reichsacht über sie verhängt; als aber im weiteren Verlaufe die siegreichen Gegner Sickingens ihre Erfolge für sich selbst auszubeuten begannen, gedachte das Regiment seiner Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit und nahm Sickingen und die Seinen in Schutz. Für diese war es zu spät gewesen; die fürstliche Macht ließ sich in ihrem glücklichen Vorschreiten nicht mehr aufhalten. Die Sache der Ritterschaft war für immer verloren.

An der veränderten Haltung des Reichsregiments, die freilich, bei der Schwäche dieser obersten Behörde des Reiches, erfolglos geblieben war, hatte auch die Auffassung der kirchlichen Fragen, die eben damals dort herrschte, ihren Antheil. Friedrich von Sachsen hatte sich maßgebenden Einfluß erworben und verwandte denselben zu Gunsten der reformatorischen Bewegung. Diese Richtung war um so bedeutungsvoller, als von Rom selbst Geneigtheit bewiesen ward, eine Kirchenreform zu versuchen.

Hadrian VI. hatte den päpstlichen Stuhl bestiegen, ein gelehrter Mann von strengen Sitten, der sich der Erkenntniß nicht verschloß, welche Mißbräuche die Kirche verunzierten. Gegen die Lehren Luthers trat er zwar mit großer Entschiedenheit auf, aber er erklärte sich bereit, zu einer Reform die Hand zu bieten. Was er anbot, wesentlich eine Beschränkung der weltlichen Gerechtsame der Kirche, wäre unter andern Umständen vielleicht freudig begrüßt worden, jetzt wurde es als keineswegs genügend betrachtet; die Antwort an den Papst war die Forderung eines allgemeinen Concils.

Von der Ausführung des Wormser Edicts war nicht weiter die Rede. Im Gegentheil, in einem neuen Edicte, das im Februar 1523 von Nürnberg aus, vom Sitze des Reichsregiments, im Namen des Kaisers in das Reich erging, wurde ausdrücklich festgesetzt, nichts solle gepredigt werden, als „das wahre, reine und heilige Evangelium nach Lehre und Auslegung der von der Kirche anerkannten und gutgeheißenen Schriften". Damit war der Reformation freie Bahn eröffnet. Noch einmal schien es, als ob die Nation durch ihre berufene oberste Behörde die Durchführung der neuen Lehre zu ihrer eigensten Sache machen würde, als ob die Hoffnungen, welche die Hutten und Sickingen auf den jungen Kaiser gesetzt, nun durch das Reichsregiment erfüllt werden sollten. Bald aber zeigte sich, daß diejenigen Stände, die bei den Nürnberger Berathungen in der Minderheit geblieben waren, vor allen der Statthalter, Karls V. Bruder Erzherzog Ferdinand, nicht gesonnen waren, die Beschlüsse der Mehrheit auszuführen, und die diplomatische Klugheit der Agenten des Papstes wußte diese Lage der Dinge rasch zu Gunsten Roms auszubeuten. Sie setzten alle Hebel an, um die hinter dem Beschlusse des Reichsregiments noch verborgene Spaltung zu einer offenkundigen, unheilbaren Trennung der Nation auszubilden.

Bei den mächtigsten Reichsfürsten des südlichen Deutschlands, bei den Herzogen von Baiern begannen sie ihr unheilvolles Werk. Diese hatten, hauptsächlich auf das Betreiben des Dr. Eck, schon im März 1522 ganz entschieden die Partei des alten Glaubens genommen, ihre Universität Ingolstadt wurde ein Bollwerk der römischen Lehre und trat zu Wittenberg in den ausgesprochensten Gegensatz; ein herzogliches Mandat gebot allen Unterthanen bei schweren Strafen, dem Glauben ihrer Väter treu zu bleiben. Der Papst hatte sich dafür dankbar erwiesen, er bewilligte den Herzogen den fünften Theil sämmtlicher geistlichen Einkünfte in ihrem Gebiete. Diese Bewilligung aber wurde nur auf bestimmte Zeit zuerkannt, und somit blieben die Herzoge von Baiern in einer gewissen Abhängigkeit von Rom und wurden dadurch die natürlichen

Gegner der Reformation. Gleichzeitig traten sie mit dem Erzherzog Ferdinand, der auch seinerseits nähere Beziehungen mit Rom angeknüpft hatte, in Verhandlungen, deren Gegenstand der Kampf gegen die der Kirche so verhaßte neue Secte war.

Auf dem Reichstage von 1524 waren diese Veränderungen gegen das Vorjahr schon zu bemerken, wenn auch nicht in dem Umfange, wie es erwartet worden war. Es gelang zwar der päpstlich gesinnten Partei, die bisherigen Mitglieder des Reichsregiments zu stürzen; die wahren Gründe dieses Erfolges waren aber keineswegs kirchliche, sondern er beruhte auf der Unzufriedenheit und Eifersucht mächtiger Fürsten und auf den Bemühungen der durch die vom Regiment ausgegangenen Zollgesetze angeblich in ihrem Wohlstand bedrohten Städte. Vielleicht war es nur Erzherzog Ferdinand, der sich, nachdem er ursprünglich das Regiment in seiner alten Gestalt hatte erhalten wollen, durch kirchenpolitische Rücksichten bestimmen ließ, dessen Mitglieder preiszugeben. Die Mehrzahl der Stände blieb nach wie vor in Opposition gegen Rom. Dem Legaten, Cardinal Campeggi, den der neue Papst Clemens VII., der von Hadrians Reformplänen nichts hören wollte, nach Nürnberg geschickt hatte, hielt man auf seine Forderung, daß das Wormser Edict ausgeführt werde, die Forderung eines Concils abermals entgegen; man beschloß, eine Versammlung der Stände nach Speier zu berufen, um dort über die kirchlichen Fragen zu berathen; inzwischen aber hielt man, wie ein Jahr zuvor, daran fest, daß das Evangelium gepredigt werde.

Dieser Haltung der Reichsstände entsprach denn auch die Ausbreitung der Lehre Luthers im Reiche. Allenthalben leerten sich die Klöster, die Bettelmönche begannen sich ihres Umherziehens zu schämen, mancher kehrte zu schlichtem bürgerlichen Handwerk zurück, mit voller Zustimmung ihrer Gemeinden feierten zahlreiche Pfarrer in Stadt und Land den Gottesdienst nach der neuen Form, viele Priester traten in den Ehestand, selbst Bischöfe setzten in ihren Sprengeln der Neuerung keinen Widerstand entgegen, alle Universitäten wurden von der Bewegung berührt; wo ihr nicht geradezu die landesherrliche Gewalt entgegentrat, machte die Reformation die entschiedensten Fortschritte.

Diesen Erscheinungen gegenüber hielt der päpstliche Legat Campeggi die Zeit für gekommen, die Anhänger der alten Glaubensform um sich zu schaaren. Da auch das umgestaltete Reichsregiment sich seinen Zumuthungen nicht gefügt hatte, berief er Ende Juni 1524 den Erzherzog Ferdinand, die Herzoge von Baiern und eine Anzahl von Bischöfen aus Rheinland, Franken und Schwaben zu einem Convent nach Regensburg. Dort wurde beschlossen, jeder weiteren Ausbreitung der neuen Lehre fest entgegenzutreten, dagegen ein gewisses Maß kirchlicher Reformen durchzuführen und manche Mißbräuche abzustellen.

Auf solche Weise gab ein Theil der Reichsstände zu erkennen, daß ihnen die von der päpstlichen Macht geleitete Kirche höher stehe, als der durch das einzige gesetzliche Organ zum Ausdruck gebrachte Wille der Nation. Unter der Führung des päpstlichen Legaten nahmen die Theilnehmer der Regensburger Versammlung eine Sonderstellung ein, durch welche sie sich von den Bestrebungen ihrer übrigen Landsleute lossagten.

Alsbald erging auch von diesen Ständen die Mahnung an Kaiser Karl, sich mit mehr Eifer als bisher der kirchlichen Angelegenheiten Deutschlands anzunehmen. Mit den Vorbereitungen zu dem Kriege gegen Frankreich vollauf beschäftigt, hatte Karl diesen Vorgängen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Aber nichts war leichter, als sein kaiserliches Selbstgefühl zu erregen, indem man ihm die Unbotmäßigkeit der deutschen Stände gegenüber dem Wormser Edict vor Augen hielt. Da ihm zudem im Augenblick aus politischen

Gründen daran lag, sich dem Papst gefällig zu erweisen, so wurde er leicht dazu bestimmt, im Juli 1524 ein Mandat zu erlassen, welches die zu Nürnberg beschlossene Speirer Versammlung bei Strafe der Reichsacht verbot. Indem sich so das in fernen Landen weilende Oberhaupt des Reiches auf die Seite der päpstlich gesinnten Minderheit stellte und einen auf gesetzlichem Boden stehenden Beschluß des Reichsregiments für nichtig erklärte, machte es eine endgiltige Regelung der kirchlichen Fragen durch die berufenen Organe des deutschen Volkes fortan zur Unmöglichkeit.

Von da an wurde aus einer Frage, die auf dem Boden des Reichsrechtes hätte gelöst werden sollen und können, eine Machtfrage. Dem durch den Kaiser gutgeheißenen Bündnisse von Anhängern der alten Kirche mußten mit Naturnothwendigkeit Verbindungen von Freunden der neuen Lehre gegenübertreten.

Aber noch bevor sich diese umgestalteten Verhältnisse und ihre Folgen klar erkennen und überschauen ließen, kam in den untersten Schichten des Volkes eine Bewegung zum Ausbruch, welche auf eine kurze Zeit die Freunde und Feinde der Reformation zu gemeinsamer Abwehr vereinigte.

Von den freien Bauerngemeinden hatten sich bis in das 16. Jahrhundert nur spärliche Reste erhalten. Die Masse des Bauernstandes war in drückende Abhängigkeit von ihrer Herrschaft herabgesunken. Geistliche und weltliche Fürsten, der Adel, die Städte und die Klöster, alle hatten ihren Bauern gegenüber die ausgesprochene Absicht, deren Arbeitskraft so viel nur immer möglich für sich auszubeuten. Schwere Abgaben lasteten auf den Bauern, Frohn- und Spanndienste, zu denen sie verpflichtet waren, hemmten sie in der Bestellung ihrer Felder, in der Führung ihrer Wirthschaft. Die Jagdlust der Herrschaften beschwerte die Unterthanen mit verheerendem Wildschaden und nahm ihre Dienste, als Hüter der Meute und als Treiber, im ausgedehntesten Maße in Anspruch. Fast unmerklich waren aus dem bloßen Unterthänigkeitsverhältniß die verschiedenen Abstufungen der Hörigkeit bis zur eigentlichen Leibeigenschaft hervorgegangen. Auch da, wo die Herrschaft es sich nicht zur Aufgabe machte, ihre „armen Leute“ — wie der technische Ausdruck lautete — durch unmenschliche Quälereien zu peinigen, blieb doch den Bauern das Gefühl der vollkommenen Unfreiheit stets gegenwärtig. Das Bewußtsein der Rechtlosigkeit trat ihnen in jedem einzelnen Falle, in dem sie sich besonders beschwert fühlten, vor Augen; selbst ihr persönliches Verhältniß zur Grundherrschaft war ein wandelbares; wie eine Waare konnten sie jederzeit verschenkt, verkauft, vertauscht werden.

Die dumpfe Unzufriedenheit, welche den ganzen Stand durchdrang und mehr als einmal an verschiedenen Orten zu gewaltsamen, wenn auch erfolglosen Ausbrüchen geführt hatte, wurde noch genährt durch die aus der Bauerschaft hervorgegangenen Landsknechte, welche aus ihren Kriegszügen wieder an den heimischen Herd zurückkehrten und die freieren Gedanken, die sie in der weiten Welt in sich aufgenommen hatten, in den Trink- und Spinnstuben des Dorfes ausstreuten.

Als unter diesen Kreisen der Bevölkerung die neue Lehre sich zu verbreiten anfing, als in den Dörfern die Schlagworte von der „christlichen Freiheit“, von dem „reinen Evangelium“, von dem „göttlichen Recht“ immer häufiger gehört wurden, da ging diesen gedrückten Menschen die Hoffnung auf, daß auch für sie ein neuer Tag anbrechen könne, und bald fanden sich rührige Männer, diesen Anschauungen im Volke die Wege zur Verwirklichung des ersehnten Zieles zu weisen. Zahlreich verbreiteten sich im Reiche die Verkündiger der neuen Lehre, und jedes ihrer Worte, jede Predigt, welche dem armen Volke die menschenfreundlichen Worte der Bibel auslegte, ließ die herbe Wirklichkeit, gegenüber den idealen Sätzen der heiligen Schrift, noch unerträglicher erscheinen

Da und dort, besonders im Südwesten Deutschlands, an den Quellen der Donau, im Schwarzwald und Allgäu, wo auch noch die Kenntniß des menschenwürdigen Daseins, das die Bauerschaften der benachbarten Eidgenossenschaft führten, das Verlangen nach ähnlichen Verhältnissen steigerte, brachen Bauernaufstände aus. Bald schritt die Bewegung nach dem Elsaß, den Rhein herunter, an den Neckar, nach Franken und Thüringen vor. Und rasch einigten sich die bewaffneten Schaaren des Volkes über ganz bestimmt festgestellte Forderungen, die in den „zwölf Artikeln der gemeinen Bauerschaft“ ihren Ausdruck fanden.

Zwei Gesichtspunkte kamen in diesem kurz, klar und bestimmt, in schlichter aber kräftiger Sprache abgefaßten Programm zur Geltung. Einmal die Forderung, daß die christliche Freiheit, die neue Lehre die Grundlage bilden solle, auf der alle Rechtsverhältnisse aufzubauen seien, und dann das Verlangen nach Ablösung der durch die Unterthänigkeit erwachsenen Lasten. In ersterer Beziehung ist es besonders bezeichnend, daß für die Gemeinden das Recht begehrt wird, ihre Pfarrer zu wählen und wieder zu entsetzen, wenn sie einen ungebührlichen Lebenswandel führen; in Betreff der Lasten will man nur abschaffen, was durch Willkür zu den von Alters her üblichen hinzugekommen ist, besonders die beschwerenden Bestimmungen über Jagd und Fischerei, über Zehnten, Frohnden und Gülten.

So wie die Forderungen der Bauern vorlagen, fanden sie in allen Kreisen der Nation, mit Ausnahme der betheiligten Grundherrschaften, freundliche Aufnahme und vielseitige Billigung. Auch Luther sprach sich im Ganzen zustimmend über dieselben aus. Er ließ eine „Ermahnung zum Frieden“ ausgehen, in welcher er dem Adel seine Sünden vorhält, die „blinden Bischöfe“ und „tollen Pfaffen“ geradezu beschuldigt, dieses Uebel heraufbeschworen zu haben und sie ermahnt, „das Toben und die störrige Tyrannei“ zu lassen und „mit Vernunft an den Bauern zu handeln, als an den Trunkenen und Irrenden, damit nicht ein Funke angehe und ganz Deutschland anzünde, daß Niemand löschen kann“.

Aber auch den Bauern rief er ernste Mahnung zu und tadelte laut, daß ihre Forderungen das richtige Maß überschritten und daß sie dieselben mit dem Schwerte in der Faust zu verwirklichen suchten; vor allem verwahrt er sich dagegen, daß sie ihr unchristliches Vorgehen mit dem christlichen Namen zu decken suchen.

Allein Bewegungen von der Art, wie die Auflehnung der Bauern gegen hundertjähriges Unrecht war, können nicht durch Worte, seien sie auch noch so beredt, wieder erstickt werden.

Als sich die Hoffnung nicht erfüllte, daß Fürsten, Prälaten und Adel in gütlichen Verhandlungen den Forderungen ihrer Unterthanen zur Verwirklichung verhelfen würden, verstummte die friedliche Tonart, die in den „zwölf Artikeln“ vorgewaltet hatte, und ein verzweiflungsvoller Kampf der Massen, die wenig zu verlieren hatten, Großes gewinnen zu können wähnten, begann. Bald wälzte sich der Aufruhr durch den ganzen Süden und Westen von Deutschland in ungebändigter Wildheit. Ueberall wurden die festen Schlösser des Adels angegriffen, und wo die Bauern mächtig blieben, zerstört; mit grausamer Wuth überfielen sie Klöster und Edelhöfe, Mord, Brand und Plünderung bezeichnete die Siegesbahn der bäuerlichen Schaaren. Und zu der Rohheit der Massen gesellte sich die Rachsucht und Grausamkeit einzelner Menschen aus andern Klassen der Gesellschaft, die sich in ihre Reihen gestellt hatten und vielfach die Anführer der zuchtlosen Schaaren geworden waren. In Franken stand der verwegene Georg Metzler, im Odenwald Florian Geier an ihrer Spitze. In Thüringen hatte Thomas Münzer den ganzen Aufstand geleitet, ein Mann, der in seinen Wünschen und Bestrebungen viel weiter ging, als irgend ein anderer der hervorragenden Theil-

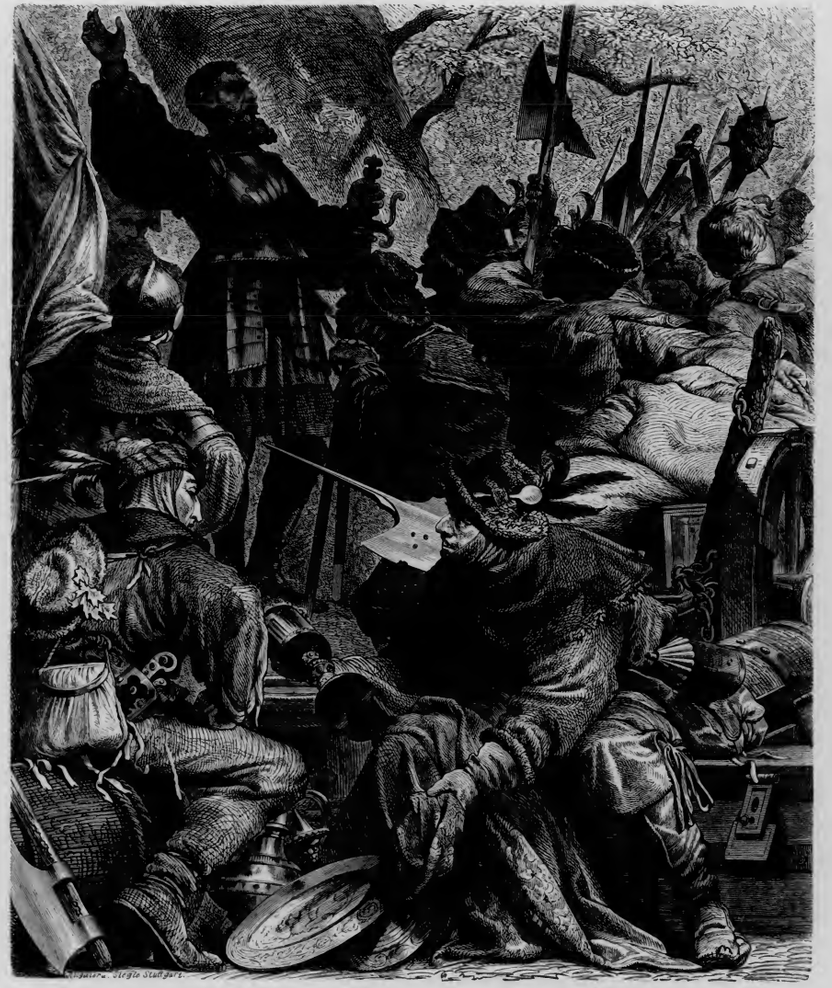
nehmer dieser Bewegung und dessen fanatisirender Einfluß weit über die Grenzen der Landschaft, in der er zunächst waltete, hinausreichte. Im Gebiete der Grafen von Hohenlohe entwarf deren früherer Kanzler, Wendel Hippler, die Grundzüge einer neuen Reichsverfassung, die von ganz demokratischen Grundlagen aus die seitherige Ordnung der Dinge umgestalten sollte. Manche kleinere Städte schlossen sich dem Aufstande an, selbst in größeren Städten stand die niedere Bürgerschaft gegen die herrschenden Geschlechter auf. Die Bauernheere begannen nach und nach einen festeren Zusammenhalt anzustreben und sich nach Führern umzusehen, deren militärischer Bildung und Tüchtigkeit sie Vertrauen schenkten.

Götz von Berlichingen.

Auf solche Weise wurde Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand in die Sache der Bauern verwickelt. Dieser Mann, dessen Name dem größten deutschen Dichter die Unsterblichkeit verdankt, erhob sich in nichts über das Durchschnittsmaß seiner Standesgenossen. In Fehden groß geworden, mit vollem Behagen an Raub- und Beutezügen betheiligt, mit seinen Nachbarn, den Bischöfen von Würzburg und Bamberg, der Stadt Heilbronn u. a. verfeindet, wurde er auf Hipplers Veranlassung als ein Mann, dessen derbe Persönlichkeit einer gewissen Volksthümlichkeit genoß, von den Bauern zum Feldhauptmann erwählt. Halb gezwungen nahm er an, konnte aber die Bewegung nicht wesentlich besser organisiren, noch weniger verhindern, daß unter seinem Namen die schändlichsten Grausamkeiten von den Bauern verübt wurden. Sobald als möglich zog er sich wieder auf seine Burg Jaxthausen zurück, mußte indeß nach der Niederwerfung des Bauernaufstandes seine Schwäche durch jahrelanges Gefängniß schwer büßen.

Die Gräuel der bäuerlichen Kriegführung entkleideten bald die ganze Bewegung des Scheines von Berechtigung, den sie Anfangs gehabt hatte, und erschreckten alle besitzenden Klassen der Gesellschaft durch ihr unbändiges Wüthen. Gegen sie erhob Luther die zürnende Stimme in der Schrift „wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern", in welcher er die Fürsten mahnte, einmüthig und rasch dieses große Feuer zu löschen. Auch hier wieder bewährte er die Eigenart seines Charakters, die warme und feste Parteinahme für die Reform verrotteter Zustände, die klare und entschiedene Verurtheilung der Revolution.

Im Mai und Juni 1525 sammelte allenthalben die Macht der Landesfürsten ihre wohlbewaffneten und gutgeschulten Heere gegen die zuchtlosen Schaaren der Bauern. Bei Frankenhausen schlug Landgraf Philipp von Hessen die von Münzer befehligten Haufen, bei Sindelfingen warf der Hauptmann des schwäbischen Bundes, Georg Truchseß von Waldburg, die schwäbischen Bauern nieder, um dann über Weinsberg nach Franken zu eilen und bei Königshofen an der Tauber in einem entsetzlichen Blutbade die dort vereinigten Schaaren niederzumetzeln. So ward allenthalben der Aufstand



nehmer dieser Bewegung und dessen fanatisirender Einfluß weit über die Grenzen der Landschaft, in der er zunächst waltete, hinausreichte. Im Gebiete der Grafen von Hohenlohe entwarf deren früherer Kanzler, Wendel Hipler, die Grundzüge einer neuen Reichsverfassung, die von ganz demokratischen Grundlagen aus die seitherige Ordnung der Dinge umgestalten sollte. Manche kleinere Städte schlossen sich dem Aufstande an, selbst in größeren Städten stand die niedere Bürgerschaft gegen die herrschenden Geschlechter auf. Die Bauernheere begannen nach und nach einen festeren Zusammenhalt anzustreben und sich nach Führern umzusehen, deren militärischer Bildung und Tüchtigkeit sie Vertrauen schenkten.

Götz von Berlichingen.

Auf solche Weise wurde Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand in die Sache der Bauern verwickelt. Dieser Mann, dessen Name dem größten deutschen Dichter die Unsterblichkeit verdankt, erhob sich in nichts über das Durchschnittsmaß seiner Standesgenossen. In Fehden groß geworden, mit vollem Behagen an Raub- und Beutezügen betheiligt, mit seinen Nachbarn, den Bischöfen von Würzburg und Bamberg, der Stadt Heilbronn u. a. verfeindet, wurde er auf Hipplers Veranlassung als ein Mann, dessen derbe Persönlichkeit einer gewissen Volksthümlichkeit genoß, von den Bauern zum Feldhauptmann erwählt. Halb gezwungen nahm er an, konnte aber die Bewegung nicht wesentlich besser organisiren, noch weniger verhindern, daß unter seinem Namen die schändlichsten Grausamkeiten von den Bauern verübt wurden. Sobald als möglich zog er sich wieder auf seine Burg Jaxthausen zurück, mußte indeß nach der Niederwerfung des Bauernaufstandes seine Schwäche durch jahrelanges Gefängniß schwer büßen.

Die Gräuel der bäuerlichen Kriegführung entkleideten bald die ganze Bewegung des Scheines von Berechtigung, den sie Anfangs gehabt hatte, und erschreckten alle besitzenden Klassen der Gesellschaft durch ihr unbändiges Wüthen. Gegen sie erhob Luther die zürnende Stimme in der Schrift „wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern", in welcher er die Fürsten mahnte, einmüthig und rasch dieses große Feuer zu löschen. Auch hier wieder bewährte er die Eigenart seines Charakters, die warme und feste Parteinahme für die Reform verrotteter Zustände, die klare und entschiedene Verurtheilung der Revolution.

Im Mai und Juni 1525 sammelte allenthalben die Macht der Landesfürsten ihre wohlbewaffneten und gutgeschulten Heere gegen die zuchtlosen Schaaren der Bauern. Bei Frankenhausen schlug Landgraf Philipp von Hessen die von Münzer befehligten Haufen, bei Sindelfingen warf der Hauptmann des schwäbischen Bundes, Georg Truchseß von Waldburg, die schwäbischen Bauern nieder, um dann über Weinsberg nach Franken zu eilen und bei Königshofen an der Tauber in einem entsetzlichen Blutbade die dort vereinigten Schaaren niederzumetzeln. So ward allenthalben der Aufstand

zu Boden geschlagen, und mit unsäglicher Grausamkeit wurden die wilden Thaten der Aufrührer gestraft und gerächt. Ein furchtbares Strafgericht erging über Schuldige und Unschuldige, und die unüberlegt begonnene Erhebung, weit entfernt, die angestrebte Erleichterung zu bringen, verschlimmerte auf lange hinaus die Lage des besiegten Bauernstandes.

Eine nicht minder traurige Folge des Bauernkrieges aber war die durch denselben hervorgerufene Angst vor jeder Reformbewegung und der Makel, den die Ausschreitungen der Bauern, trotz Luthers Verwahrungen, der Sache der kirchlichen Reformation aufprägten, unter deren Fahne sie ihre Erhebung begonnen hatten. An mehr als einer Stelle wurde gleichzeitig mit dem Aufruhr auch die lutherische Lehre unterdrückt.

Anderseits veranlaßten diese neuen Erfahrungen, welche Luther wohl noch tiefer ergriffen, als früher die Vorgänge in Wittenberg, den Reformator, mit schneidiger Schärfe und Bestimmtheit das von Gott gesetzte Recht der weltlichen Obrigkeit und die durch göttliches Gebot vorgeschriebene Pflicht des Unterthanengehorsams zu betonen.

Die tiefe Erschütterung, welche im Gefolge des Aufstandes alle Kreise der Nation durchdrang, sicherte dieser Lehre bereitwillige Aufnahme. Man sehnte sich, gegenüber einer Bewegung, welche die hergebrachte Ordnung der Dinge, welche Besitz und Bildung in Frage gestellt hatte, nach einer festen Führung, der man vertrauensvoll und unbesorgt die Gestaltung der Zukunft anheim geben konnte.

Bisher war die neue Lehre überall im Reiche verbreitet worden, wie sie sich jedem Einzelnen als eine Verbesserung der alten kirchlichen Zustände darstellte, ihre Fortschritte waren im Wesentlichen bestimmt worden durch die freie Zustimmung der Bevölkerungen, die Landesherrschaften hatten wohl Gunst oder Abneigung bewiesen, man hatte ihr, wo die Abneigung vorherrschte, Schwierigkeiten in den Weg gelegt, aber nirgend war sie in eigentlich amtlicher Form eingeführt worden.

Jetzt wurde das anders: nicht mehr die Theologen, sondern die Fürsten und ihre Staatsmänner übten den maßgebenden Einfluß auf die Weiterverbreitung der Lehre Luthers und auf ihre Befestigung in den einzelnen Ländern des Reiches. Und nicht in einheitlicher Weise ließen sich die kirchlichen Verhältnisse ordnen, da ja der Beschluß des Reichsregiments, der hiezu hätte führen können, durch das kaiserliche Verbot der Speirer Versammlung außer Kraft gesetzt worden war, sondern in jedem Lande entstand ein selbstständiges Kirchenwesen unter Leitung und Verantwortung des Landesfürsten. Das ist der Ursprung der Landeskirchen und der bischöflichen Gewalt der Landesherren.

Für das Gedeihen des Reiches, für seine Machtstellung nach Außen und seine segensreiche Entwickelung im Innern war es gewiß ein tief beklagenswerther Zustand, daß die kaiserliche Gewalt von ihrer früheren Höhe so tief herabgesunken war, während die Macht der einzelnen Landesfürsten sich in so hohem Grade gesteigert hatte, daß sie, ohne Rücksicht auf den Willen des Kaisers, nach ihren Wünschen zu handeln vermochten. Für die Sache der Reformation aber war diese Ausbildung der Landeshoheit der größte Gewinn. Nur im Anschluß an das staatliche Leben der einzelnen Länder konnten sich kirchliche Gemeinschaften bilden, welche für ihre Ausgestaltung zu dauerhaften Einrichtungen die schützende Hand der weltlichen Macht ja nicht entbehren konnten.

Die Fürsten aber, welche ihre Ueberzeugung dazu geführt hatte, sich zu der neuen Lehre zu bekennen, fanden hierbei zugleich eine Förderung ihrer staatlichen Interessen.

Indem sie die große Mehrzahl der reichen Güter, welche den aufgelösten Stiften und Klöstern

gehört hatten, für Zwecke der Kirche und Schule verwendeten (wie z. B. die Universität Marburg mit solchen reichlich ausgestattet und dadurch in den Stand gesetzt wurde, sich ebenbürtig neben Wittenberg die wissenschaftliche Pflege der neuen Lehre angelegen sein zu lassen), förderten sie das Gedeihen ihrer Länder auf dem Gebiete des Culturlebens in einem bisher nicht erreichbaren Maße.

Die deutschen Fürsten, welche sich entschieden der Reformation angeschlossen hatten, traten unter der Führung des Landgrafen Philipp von Hessen und des Kurfürsten Johann von Sachsen, der seinem Bruder Friedrich in der Regierung gefolgt war, in ein festes Bündniß zusammen, das man den Torgauer Bund zu nennen pflegt. Es waren die Herzoge von Braunschweig-Lüneburg und Mecklenburg und der Fürst von Anhalt; der Graf von Mansfeld und die Stadt Magdeburg wurden bald in den Bund aufgenommen, welcher, im Gegensatz zu der Regensburger Vereinigung, die Grundlage für die Bildung einer evangelischen Partei in Deutschland wurde.

Ohne dem Bunde förmlich beizutreten, führten auch andere Fürsten und Obrigkeiten in ihren Gebieten die Reformation ein: die brandenburgischen Fürsten in Franken, die Reichsstädte Nürnberg, Augsburg, Ulm, Straßburg, Basel, die Herzoge von Schleswig-Holstein und Schlesien und andere. Von besonderer Bedeutung war die Einführung der neuen Lehre im Deutschordenslande Preußen. Der Hochmeister des Ordens, Markgraf Albrecht von Brandenburg, erklärte sich, im Einvernehmen mit der Mehrzahl der Ordensbrüder, mit dem Adel und den Städten des Landes, ja sogar mit den Bischöfen und Prälaten, für die Reformation. Nachdem das Ordensland schon seit dem Thorner Frieden von 1466 unter polnischer Oberhoheit gestanden, da das deutsche Reich nicht fähig gewesen war, diese vorgeschobene Colonie zu schützen, leistete nunmehr der bisherige Hochmeister förmlich dem König von Polen den Vasalleneid und wurde dafür von diesem als erblicher Herzog von Preußen anerkannt. Aus dem geistlichen Stande, zu dem die Ordensritter gerechnet wurden, obwohl sie nicht priesterliche Weihen empfingen, ausgetreten, vermählte sich Herzog Albrecht mit der Prinzessin Dorothea von Dänemark und befestigte seine neue Stellung durch diese Verbindung mit einem Regentenhause, das sich ebenfalls der neuen Lehre zugewandt hatte.

Durch den Lehenseid des Herzogs Albrecht wurde zwar formell das bisherige Ordensland dem Reiche entfremdet, jedoch ohne diesen Entschluß des neuen Herzogs wäre jedenfalls der zu erfolgreichem Widerstand zu schwache Orden vertrieben und das Land dem Königreiche Polen einverleibt worden. Fortan aber entwickelte sich, gerade im Gegensatze zu dem katholischen Polen, um so frischer und lebendiger in Preußen, kernig und in zähem Festhalten an Glauben und Nationalität erstarkend, deutsches Wesen und deutsche Cultur.

Die Bildung der Landeskirchen, wie sie sich nun allmählig unter reger Theilnahme Luthers vollzog, widersprach in gewisser Hinsicht den ursprünglichen Grundlagen und Anschauungen der reformatorischen Bewegung. Nicht die Gemeinde, sondern die Obrigkeit bestimmte die Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse; nicht durch Gemeindewahl, sondern durch obrigkeitliche Ernennung wurden die Prediger bestellt; an die Stelle der freien Auslegung des göttlichen Wortes, zu der jedes Gemeindeglied berechtigt war, trat bald eine fest vorgeschriebene Erklärung der Bibel, deren Verkündung in der Gemeinde einem besonders vorgebildeten und im wahren Glauben bewährten Stande übertragen ward.

Gegenüber den Ausschreitungen, zu denen in Wittenberg und während des Bauernkrieges die

von den Karlstadt und Münzer vertretene Auffassung der biblischen Worte geführt hatte, begann Luther seiner Auslegung derselben ein größeres Gewicht beizulegen und der von Anderen geforderten Freiheit der Schriftforschung sein Verständniß der Bibel mit zuversichtlichem Bewußtsein als das allein richtige entgegenzustellen. Es ist ja die Art starker Geister und gewaltig angelegter Naturen, daß sie ihrer persönlichen Ueberzeugung die davon abweichende Meinung Anderer unterzuordnen streben. Und als erst dem Reformator, der die entscheidende Macht der alten Kirche gebrochen hatte, das Bedürfniß nach einer über den Schwankungen der Gegensätze feststehenden Autorität klar geworden war, setzte er an die Stelle der unfehlbaren Kirche die unfehlbare Schrift und zwar so, wie er sie verstand. Aus solchem Gesichtspunkte ist die mit dem päpstlichen Rom im Verdammen Andersdenkender wetteifernde Unduldsamkeit Luthers zu erklären, die ihren bezeichnendsten Ausdruck in dem Streite fand, der sich zwischen ihm und dem Züricher Pfarrer Ulrich Zwingli über die persönliche Gegenwart Christi im Abendmahle entspann. Der Wortstreit, ob die Einsetzungsworte heißen: „Dieß ist mein Leib", wie Luther, oder „dieß bedeutet meinen Leib", wie Zwingli erklärte, hat, bei der unerschütterlichen Festigkeit, mit der Luther bei seiner Auslegung blieb, zu einer Spaltung geführt, die der reformatorischen Partei für alle Zukunft die schwersten Nachtheile bringen sollte.

Dieselbe geistige Kraft, welche Luther in diesen dogmatischen Fragen zu einer über jeden Widerspruch erhabenen Einseitigkeit fortriß, machte sich anderseits segensreich fühlbar in seinem rastlosen Wirken für die neuentstehenden Gemeinden, die sich seinem Bekenntniß anschlossen. In zwei Katechismen, für Prediger und Laien, faßte er in großartiger Einfachheit die Summe seiner Lehren von den göttlichen Dingen und dem christlichen Leben zusammen. Predigt und Katechese stellte er — wenn er auch die alten Formen, wo man sie fortbestehen lassen wollte, nicht verwarf — in den Mittelpunkt des Gottesdienstes. Die deutschen Kirchenlieder, von der Gemeinde gesungen, ließ er überall an die Stelle der lateinischen Gesänge treten, und er selbst vermehrte den Schatz dieser Lieder durch einige nach Form und Inhalt vollendete Meisterwerke, die, warm in der Empfindung und kräftig im Ausdruck, bei Hoch und Niedrig die freudigste Aufnahme fanden, die Herzen ergriffen, die Gemüther aufrichteten und für lange Reihen von Geschlechtern eine Quelle des Trostes und der Erbauung wurden. Auch dem Unterricht der Jugend schenkte er seine volle Aufmerksamkeit. „Kann die Obrigkeit die Unterthanen zwingen," sagte er, „daß sie müssen Spieß und Büchse tragen zum Kriegführen, wie viel mehr kann und soll sie die Eltern zwingen, daß sie ihre Kinder zur Schule halten." Und wie Luther unausgesetzt darauf hinwirkte, einen gediegenen Volksunterricht den Landesherrschaften als wahre Christenpflicht zu empfehlen und da, wo sein unmittelbarer Einfluß mächtig war, der Volksschule seine Sorge zuzuwenden, so war neben ihm Melanchthon nicht minder eifrig für die Hebung der höheren Unterrichtsanstalten thätig, welche unter der Hand der Kleriker in den tiefsten Verfall gerathen waren.

Und so mächtig und tiefeingreifend war in allen diesen Gebieten die von den Reformatoren angebahnte Umgestaltung der bisherigen Zustände, daß sie damit nicht nur ihren Glaubensgenossen bleibenden Segen schufen, sondern daß auch die Länder, welche der neuen Lehre fern blieben, daraus Anregung und Förderung für ihr Kirchen- und Unterrichtswesen empfingen.

Ohne äußere Schwierigkeit und Anfechtung waren bisher alle diese vielfachen Neugestaltungen ins Leben getreten. Die Reichsstände, welche nicht zur evangelischen Partei gehörten, hinderten in keiner Weise die Entwickelung der Reformation.

Es war immer noch, auch bei Luther selbst, der Gedanke lebendig, die verschiedenen Religionsparteien zu einer Verständigung und zu einer gemeinsamen Kirchenreform zu vereinigen. Auf dem Reichstage zu Speier im Jahre 1526 wurde noch ein Mal der Gedanke an eine Kirchenversammlung angeregt, dann aber beschlossen, bis dahin solle jeder Stand in den kirchlichen Fragen „so leben, regieren und es halten, wie er es gegen Gott und kaiserliche Majestät zu verantworten sich getraue".

Daß man in solcher Weise den weiteren Fortschritten der Reformation auf gesetzlichem Boden gewissermaßen die Wege ebnete, daran trug freilich weniger wohlwollende Stimmung der andersgesinnten Stände die Schuld, als die Lage der für die Haltung des Kaisers Karl und des ganzen österreichischen Hauses maßgebenden politischen Verhältnisse.

Von 1521 bis 1525 hatte Kaiser Karl V. mit König Franz I. von Frankreich im Kriege gelegen. Nach ungünstigen Anfängen und einer Niederlage gewärtig, hatte die Tapferkeit und Ausdauer der Deutschen und die treffliche Leitung des kaiserlichen Feldhauptmanns Georg Frundsberg, des bewährten Führers der Landsknechte, am 25. Februar 1525 bei Pavia einen glänzenden Sieg über die französische Ritterschaft erfochten, der König selbst war zum Gefangenen gemacht. Im Frieden von Madrid vom 14. Januar 1526 verbanden sich die bisherigen Gegner zu einmüthigem Zusammenwirken gegen die Türken und die von der Kirche losgetrennten Ketzer. Mit Frankreich und dem Papste verbündet, dünkte es Karl V. leicht, die deutschen Fürsten, welche der „Ketzerei" anhingen, zu Paaren zu treiben. Indeß sollte er über die Treue seiner Bundesgenossen bald enttäuscht werden. Bevor Franz I. den Eid geleistet hatte, durch den jener Vertrag bekräftigt ward, in welchem er allen Ansprüchen auf Mailand, Neapel und Sicilien entsagte und Burgund wieder an den Kaiser abtrat, hatte er in einer Urkunde alles, was in diesem erzwungenen Versprechen enthalten war, für null und nichtig erklärt. Und der Papst Clemens VII. war zu sehr Italiener und weltlicher Fürst, als daß er nicht den ersten Anlaß hätte benutzen sollen, sich gegen den nunmehr auch auf der italienischen Halbinsel übermächtigen Kaiser aufzulehnen. Es war ihm dabei ganz gleichgiltig, daß er durch sein Verhalten die von Kaiser Karl beabsichtigte Unterdrückung der lutherischen Lehre verhinderte; zum guten Glück für die Sache der Reformation lag diesem Papst mehr an seiner weltlichen Herrschaft als an der Einheit der Kirche.

Er entband Franz I. des dem Kaiser geleisteten Eides und schloß mit ihm zu Cognac am 22. Mai 1526 ein Bündniß gegen Karl V. ab, dem alsbald auch Venedig und Florenz beitraten.

Indeß noch einmal bewährte sich das Kriegsglück des Kaisers. Sein starkes Heer, geführt von Frundsberg und einem mit seinem königlichen Vetter entzweiten französischen Prinzen, dem Conétable von Bourbon, zog vor Rom, stürmte am 6. Mai 1527 die ewige Stadt und belagerte den Papst in der Engelsburg. Den deutschen Landsknechten aber, die meist persönlich der reformatorischen Lehre zugethan waren, wurden Kirchen und Klöster zur Plünderung preisgegeben; trunken und die kirchlichen Gebräuche verhöhnend und spottweise nachahmend, zogen sie durch die Straßen; Luther — riefen sie aus — wollten sie das Papstthum schenken.

Karl V. dachte nicht daran, seine Erfolge gegen den Papst im Sinne der deutschen Nation zu verwerthen. Nicht nur die lutherische Lehre, jede Art der Kirchenreform widerstrebte seinen in spanischer Schule herangebildeten Glaubensmeinungen. Ohne irgendwie die Beschlüsse der deutschen Reichstage zu berücksichtigen, schloß er seinen

Frieden mit dem Papste; weder von einer Kirchenversammlung, noch von Abstellung der kirchlichen Mißbräuche war die Rede, wohl aber wurden mit Rom, und als bald darauf auch die Aussöhnung mit Frankreich zu Stande kam, mit Franz I. die gegen die Ketzer gerichteten Sätze des Madrider Friedens erneuert.

Während den Kaiser die politischen Verwickelungen in Italien vollauf beschäftigten, war, zum weiteren Vortheil der reformatorischen Fürstenpartei, unter ihren Gegnern in Deutschland Zwiespalt ausgebrochen. Durch die Heirath mit der Erbin von Ungarn und Böhmen hatte Erzherzog Ferdinand die Anwartschaft auf die einstige Thronfolge in beiden Ländern erworben, die sich ihm unerwartet rasch eröffnete, als sein Schwager, König Ludwig II., im Jahre 1526 bei Mohacz gegen die Türken fiel. Die Ungarn aber wollten von dem Oesterreicher nichts wissen und stellten Johann Zapolya als Gegenkönig auf, und die Böhmen erkannten Ferdinand erst, als er sich einer Wahl unterwarf, als ihren König an. So war sein Hauptaugenmerk auf diese für sein Haus hochwichtigen Fragen gelenkt und von den kirchlichen Angelegenheiten abgeleitet. Durch die böhmische Königswahl machte er sich zudem seinen Verbündeten auf dem Gebiete der Kirchenpolitik, den Herzog Wilhelm von Baiern, der selbst nach der böhmischen Krone strebte, zum erbitterten Feinde.

Die ungarischen Verhältnisse führten bald zu ernstlicher Kriegsbedrohung. Johann Zapolya suchte und fand Unterstützung bei dem Sultan Soliman II., dem diese Gelegenheit zur Einmischung hochwillkommen war, um nicht nur Oesterreich zu erobern, sondern seine kriegerischen Pläne, die das ganze Abendland umfaßten, von da aus weiter zu verfolgen.

Für das bedrohte habsburgische Erbe zunächst, das wie Ferdinand auch Karl V. vor Allem am Herzen lag, galt es also nun, die Hilfe des Reiches aufzubieten, und zu diesem Zwecke wurde im Februar 1529 ein Reichstag nach Speier berufen. Da man der Hilfe des ganzen Reiches bedurfte, so mußten Beschlüsse gefaßt werden, welche auch die Fürsten der reformatorischen Partei willig machten, die „Türkenhilfe" zu genehmigen. Zu eigentlichen Zugeständnissen an dieselben, welche geeignet gewesen wären, die Weiterverbreitung der neuen Lehre zu fördern, war freilich keine Neigung vorhanden, auch sah der Erzherzog Ferdinand sich bald von einer seine Meinungen theilenden Mehrheit umgeben; aber doch war in den Verhandlungen das Bestreben ersichtlich, es mit der Minderheit nicht zu einem vollständigen Bruche kommen zu lassen. Von einer unbedingten Vollziehung des Wormser Edictes wagte man doch nicht zu sprechen. Es wurde vielmehr beschlossen: wer bis jetzt das Wormser Edict gehalten, sollte dies auch ferner thun. In den Landschaften, wo man davon abgewichen, solle man doch keine weitere Neuerung machen und Niemand verwehren, Messe zu halten. Kein geistlicher Stand solle an seinen geistlichen und weltlichen obrigkeitlichen Rechten geschädigt werden dürfen. Die Secten endlich, welche dem Sacramente des wahren Leibes und Blutes widersprächen, solle man nicht gedulden.

So sehr dieser Beschluß wie ein Ausgleich der widerstrebenden Ansichten aussah, so war doch keineswegs zu verkennen, daß er nur eine augenblickliche Nachgiebigkeit der Mehrheit war, welche, wenn es die Verhältnisse gestatteten, immer wieder auf die Ausführung des Wormser Edicts zurückkommen würde. So, als eine fortwährende Drohung, die für alle Zukunft über ihren Häuptern schwebte, faßten ihn denn auch die in der Minderheit befindlichen Stände auf. Von der Anschauung ausgehend, daß der Speierer Beschluß von 1526 nur durch Einstimmigkeit geändert werden könne, legten sie am 19. April 1529 förmliche Verwahrung dagegen ein und

sprachen feierlich aus, daß sie zwar in allen schuldigen Dingen zum Gehorsam gegen den Kaiser bereit seien, daß sie aber in Gewissensfragen, wie die vorliegende, sich einem Mehrheitsbeschlusse nicht fügen könnten. In einer zweiten Erklärung, die an den Kaiser gerichtet war, verlangten sie abermals die Berufung einer allgemeinen Kirchenversammlung.

Diese Protestation, nach welcher von da an die Anhänger der neuen Lehre den Namen Protestanten erhielten, unterschrieben der Kurfürst Johann von Sachsen, der Markgraf Georg von Brandenburg, der Herzog Ernst von Braunschweig-Lüneburg, der Landgraf Philipp von Hessen, der Fürst Wolfgang von Anhalt und 14 Reichsstädte.

Es war ein bedeutungsvoller Schritt, der den Entschluß dieser Reichsstände, an ihrem kirchlichen Standpunkte treu festzuhalten, mit aller Bestimmtheit zur Anschauung brachte. Zunächst hatten auch diese Vorgänge keine unmittelbaren praktischen Folgen, so lange im Osten die schwere Kriegsgefahr drohte. Die „Türkenhilfe“ hatten auch die protestirenden Stände bewilligt, denn sie sahen ein, daß hier in der That ein Reichsinteresse vorliege, dem gegenüber alle Parteiungen verschwinden mußten. Luther selbst und der streitbarste unter seinen fürstlichen Anhängern, Landgraf Philipp von Hessen, waren am eifrigsten, mit Wort und That den Krieg gegen die Türken zu fördern.

Indeß war Sultan Soliman, ehe es zur Aufstellung eines Reichsheeres kam, in Oesterreich eingefallen und stand mit mehr als 200,000 Mann kriegsgeübter Truppen vor Wien. Der heldenmüthige Widerstand dieser Stadt aber hinderte ihn, weiter vorzurücken; nach einem verunglückten Sturm am 14. Oktober mußte er den Rückzug antreten, wollte er nicht seine Heeresmassen in dem völlig ausgesogenen Lande dem sicheren Verderben preisgeben. Kaum war die drohende Türkengefahr geschwunden, als die durch die Speierer Protestation verbundenen Fürsten ernstlich daran gingen, sich in ihrer neu eingenommenen Stellung zu befestigen. Hier traten einer völligen Einigung, die gegenüber den Altgläubigen besonders nöthig war, die schon früher erwähnten Streitigkeiten zwischen Luther und Zwingli hindernd in den Weg. Sie zu beseitigen, veranlaßte Landgraf Philipp im September 1529 zu Marburg ein Religionsgespräch, zu dem Luther mit Melanchthon, Zwingli mit Oecolampadius nebst vielen andern Theologen erschienen.

Mit unbeugsamer Starrheit hielt Luther an seinen Anschauungen, namentlich über die Abendmahlslehre, fest. Ohne Ergebniß, ja verbittert und erzürnt über die beiderseitige Unnachgiebigkeit, ging man auseinander. Diese Zerwürfnisse schieden aber nicht nur die Prediger des göttlichen Wortes, auch die Fürsten und Städte, je nachdem sie sich der einen oder andern Lehrmeinung zuneigten, sahen mit Mißtrauen und Abneigung auf einander. Wo festes Zusammenschließen so dringend nöthig gewesen wäre, trat immer mehr Unfriede und Spaltung zu Tage. Die Anhänger beider Parteien betrachteten auch diese Fragen als Gewissenssache, in der sie sich nicht berechtigt hielten, einer andern Meinung nachzugeben. Die deutschen Fürsten standen auf Seite Luthers, die Mehrzahl der Reichsstädte machte mit den Schweizern die Ansichten Zwinglis zu den ihrigen.

Wenn schon dieser Zwiespalt die protestantische Partei schwer schädigte, so wurde ihr Auftreten noch unsicherer dadurch, daß Luther sich mit aller Entschiedenheit gegen eine directe Auflehnung wider den Kaiser erklärte. „Der Obrigkeit,“ lehrte er, „soll man nicht widerstehen mit Gewalt, sondern nur mit Erkenntniß der Wahrheit.“ Man müsse um Gotteswillen leiden; das Evangelium dürfe nicht Ursache sein, daß Blut vergossen werde. Nur einen passiven Widerstand hielt er für zulässig.

Unter solchen Verhältnissen ging man dem

Reichstag von 1530 entgegen, der im Juni zu Augsburg zusammentrat. Mit fester Entschlossenheit trat Kaiser Karl den protestantischen Fürsten entgegen. Ohne Ahnung von der gewaltigen Kraft, welche Glaubensstärke und Ueberzeugungstreue der reformatorischen Bewegung verlieh, sah der mächtige Kaiser, der gegen den Papst, gegen Frankreich, gegen die Türken siegreich geblieben war, in den Anhängern des neuen Bekenntnisses nur eine verhältnißmäßig kleine Anzahl rebellischer Reichsstände, deren er mit Leichtigkeit würde Herr werden können.

Vielleicht zum ersten Mal ging ihm ein klares Verständniß der Tiefe dieser Bewegung auf, als sich ihm, auf sein Verlangen unbedingter Unterwerfung hin, der alte Markgraf Georg von Brandenburg zu Füßen warf und ausrief: „Eher lasse ich meinen Kopf als Gottes Wort!“ Und als er ihm, tieferschüttert, in seinem gebrochenen Deutsch, antwortete: „Lieber Fürst, nicht Kopf ab,“ da schrak Karl gewiß aufrichtig vor dem Gedanken zurück, eine religiöse Ueberzeugung, die in solchen Worten zum Ausdruck kam, mit roher Gewalt zu beugen. Er forderte zunächst eine Zusammenstellung der Sätze, in denen die Lehre Luthers von dem Glauben der alten Kirche abwich. Eine solche war, ursprünglich zu anderem Zwecke, nämlich um die abweichenden Lehrmeinungen Luthers und Zwinglis festzustellen, schon früher zu Schwabach entworfen worden. Diese Artikel überarbeitete nun Melanchthon mit gründlicher Sorgfalt; er wies nach, in wie ferne die Lehre des Reformators mit Aussprüchen der Kirchenväter, namentlich des Augustinus übereinstimme; er zeigte, daß gewisse von der römischen Kirche verworfene Ketzereien auch von Luther verurtheilt seien; er deutete schließlich auch jene Punkte an, in denen Luther, und zwar in einer der römischen Lehre näher stehenden Auffassung, von den Lehren Zwinglis abwich.

Diese Bekenntnißschrift, die Augsburgische Confession genannt, hatte nur den Zweck, vor dem Reichstag ein klares Bild davon zu entwerfen, wodurch sich die Lehre Luthers von jener der römischen Kirche unterscheide, nicht aber ein feststehendes, unveränderliches Gesetz für alle Anhänger der Reformation aufzustellen. Immer noch in dem Wahn befangen, daß eine Wiedervereinigung der losgetrennten Glieder mit der alten Kirche möglich sei, war Melanchthon mehr beflissen, das zu betonen, was den Protestanten mit Rom gemeinsam sei, als in schroffer Form das hervorzuheben, was beide Theile als unversöhnliche Gegner hätte erscheinen lassen. Diesen letzteren Standpunkt nahmen dagegen Sondererklärungen ein, welche Zwingli im Namen seiner Anhänger und die vier Städte Straßburg, Konstanz, Memmingen und Lindau vorlegten. Mit diesen Schriftstücken war es auf eine Disputation abgesehen. Im ehrlichen Kampfe der entgegenstehenden Meinungen dachte vor allen Melanchthon den Kaiser von der Berechtigung der Reformation zu überzeugen und wenigstens ihre Duldung zu erreichen.

Wie wenig kannte er den Standpunkt, den Karl V. zu dieser Frage einnahm. Dieser dachte nicht daran, sich die verschiedenen Meinungen vorführen und dann seine Vermittelung eintreten zu lassen. Für ihn gab es nur eine Wahrheit, die der römischen Lehre. So beauftragte er denn Dr. Eck und andere katholische Theologen, eine Gegenschrift abzufassen, und durch diese erklärte er das Bekenntniß der Protestanten für widerlegt. Dann aber forderte er dieselben auf, sich nun der römischen Kirche gehorsam zu unterwerfen, sonst würde er gegen sie verfahren müssen, wie einem römischen Kaiser, Schutzherren und Vogt der Kirche zukomme.

Zum ersten Male sahen sich die protestantischen Reichsstände ernstlichen Verwickelungen gegenüber. Ihnen, den Wenigen an Zahl, den Schwachen

an politischer Macht und Bedeutung, stand mit dem siegreichen Kaiser, dem übermächtigen Herren, auf dessen Gebot zwei Welttheile lauschten, die Mehrzahl der deutschen Fürsten gegenüber. Wie wollten sie bestehen, wenn die Kriegsmacht des Reiches und des Kaisers sich gegen sie wenden würde? Ihr Untergang, ihre Verjagung aus Land und Reich schien in diesem Falle sicher. Was sie solchen Erwägungen, die auch in Form ganz bestimmt ausgesprochener Drohungen, Warnungen und Ermahnungen an sie herantraten, entgegenzusetzen hatten, war lediglich der felsenfeste Glaube an die Güte ihrer Sache, an die Reinheit ihres Strebens.

In allen den Verhandlungen und Vermittelungen, die damals hin- und hergingen, hat sich Kurfürst Johann von Sachsen den Namen des Beständigen verdient. Denn unentwegt blieb er seinem Banner treu, und hauptsächlich seine unerschütterliche Festigkeit hat die protestantische Partei in ihrer standhaften Haltung bestärkt. Seine Stütze aber war Luther, der, als ein Geächteter, nicht wagen durfte, vor dem Angesicht des Kaisers zu erscheinen, der aber von Koburg aus, wo er sich aufhielt, unausgesetzt zur festen Ausdauer mahnte. Stärker als je lebte in ihm die Ueberzeugung, daß er die Sache der Wahrheit vertrete, die Sache Gottes, welcher der Sieg nicht fehlen könne. In jenen Tagen peinlicher Erregung und Sorge hat er das herrlichste seiner Lieder gedichtet, aus dem ein unzerstörbares Gottvertrauen hervorleuchtet: „Ein' feste Burg ist unser Gott, ein' rechte Wehr und Waffen", — fortan der glaubensstarke Schlachtruf des um seinen Fortbestand ringenden Protestantismus.

Mit größerer Bestimmtheit als jemals seither trat die offene Feindseligkeit der katholischen Mehrheit den protestantischen Reichsständen in dem Reichstagsabschied von Augsburg gegenüber. Es wurde ihnen eine Frist gesetzt, innerhalb der sie ihre Entscheidung treffen sollten; bis zum 15. April 1531, hieß es darin, müßten sie sich unterworfen haben. In der Zwischenzeit aber sollten sie Niemand zu ihrer Secte nöthigen, vielmehr Jedermann in ihren Landen Ausübung des alten Glaubens, Abhaltung des alten Gottesdienstes gestatten, den geistlichen Gütern und Stiften ihre Rechte und ihr Einkommen ungeschmälert lassen. Das Kammergericht aber wurde neu gebildet, völlig zu einem gefügigen Werkzeug der Reichstagsmehrheit gemacht und angewiesen, gegen die Stände, die sich nicht fügen wollten, unnachsichtig vorzugehen.

So wie die Dinge lagen, mußten die protestantischen Reichsstände Anwendung von Gewalt befürchten. Und neuerdings wurde in ihren Kreisen die Frage erwogen, ob es in der That gegen die göttliche Ordnung verstoße, offenbarem Unrecht Widerstand entgegenzustellen. Da siegte denn über die von den Theologen geltend gemachten Bedenken die klar vor Aller Augen tretende politische Nothwendigkeit. Selbst Luther erkannte an, daß man sich im Stande der Nothwehr befinde. So einigten sich in den letzten Dezembertagen des Jahres 1530 die protestantischen Fürsten mit einigen Städten in Schmalkalden zu einem Vertheidigungsbündniß, das in weiteren Verhandlungen bis zum Juni 1531 mehr ausgebildet und durch Beitritt anderer Reichsstände, besonders großer Städte, gekräftigt wurde. Auch jetzt noch verkannte man so sehr die gebieterische Nothwendigkeit eines festen Zusammenhaltens aller evangelisch Gesinnten, daß die Einladung zum Beitritt ausdrücklich nur an jene erging, die sich nicht offen für Zwingli erklärt hatten. Gerade damals aber ging dieser mit denen, die zu ihm hielten, den schwersten Kämpfen entgegen.

Wenn auch politisch vom deutschen Reiche losgetrennt, nahm die Schweiz doch an allen geistigen Bewegungen in Deutschand den lebendigsten Antheil. So hatte sich auch die Reformation bald ihren Weg nach der Schweiz gebahnt und fand dort einen in vielen Beziehungen Luther

verwandten Führer in Ulrich Zwingli. Auch er war der Sohn eines Landmannes, auch er hatte in jungen Jahren den geistlichen Stand gewählt, auch ihn rüstete das humanistische Studium mit den Kenntnissen und der Geistesschärfe aus, um schonungslos den Mißbräuchen der alten Kirche entgegenzutreten. Was ihn von Luther unterschied, dessen Auftreten er mit lebhaftem Beifall begrüßte, war die größere Freiheit seiner Anschauungen und ein durchaus praktischer Zug des Charakters, der ihm die Losreißung von Rom als eine Naturnothwendigkeit erscheinen ließ, zu deren Erkenntniß er nicht erst, wie der deutsche Reformator, nach schweren Seelenkämpfen gelangte. Nicht in Glarus und Einsiedeln, wo er zuerst des geistlichen Amtes waltete und die Auflehnung gegen die römische Satzung begann, war für seine Persönlichkeit der richtige Platz. Den rechten Wirkungskreis fand Zwingli erst, als er zum „Leutpriester" am Münster in Zürich berufen ward. Hier, vor einer großen Gemeinde, entfaltete er die Macht seiner gewaltigen Beredsamkeit, hier trat er als Seelsorger nicht nur den Bannstrahlen Roms, sondern auch den Schrecken der Pest, welche die Stadt heimsuchten, muthig und stark entgegen. Auch ihm war es, wie Luther, gegeben, zu dem Volke in Rede und Schrift zu sprechen wie das Volk selbst redete; „in einfältiger Schweizersprache", wie er sagt, verkündete er das göttliche Wort. Und wie er von der Kanzel herab die Gemeinde seines Kirchspiels zu begeistern verstand, so fesselte seine klare Auslegung der heiligen Schrift die Studirenden der Züricher Hochschule, so riß der Eifer seiner Rede, die Reinheit seiner Gesinnung die Bürgerschaft auf den von ihm eröffneten Bahnen fort, wenn er auf dem Rathhause über die Angelegenheiten des ganzen Gemeinwesens verhandelte.

Mit großer Kühnheit und strenger Folgerichtigkeit leitete Zwingli die kirchliche Reform. Ihm war der conservative Zug fremd, mit dem Luther die alten Kirchengebräuche so viel als möglich fortbestehen ließ; auf seine Anordnung wurden aus den Kirchen alle Bilder, Reliquien und geweihten Gegenstände entfernt, die Altäre und Orgeln beseitigt, selbst der Kirchengesang unterblieb, die Messe hörte auf und das Abendmahl wurde in äußerster Formlosigkeit empfangen. Wie er über die Einsetzungsworte mit Luther in Zwiespalt gerieth und welche weittragenden Folgen dieser theologische Streit hatte, haben wir schon gesehen. Der bedeutsamste und in seiner späteren Einwirkung auf die Gestaltung des protestantischen Kirchenwesens wichtigste Zug der Zwinglischen Reform war auch hier wieder im geraden Gegensatze zu Luther, der alles der Obrigkeit anheimstellte, die Stellung, die er als echter Republikaner der Gemeinde anwies, welche er mit der größten Machtvollkommenheit auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens ausrüstete.

Ulrich Zwingli.

Aber Zwingli war nicht nur ein kirchlicher, er war auch ein politischer Reformer. Schon da er als Feldprediger seine im französischen Solde stehenden Landsleute nach Italien begleitete, hatte er das „Reislaufen" der Schweizer, die Leistung von Kriegsdiensten um fremden Sold, als den Krebsschaden seines Vaterlands erkannt. Dieser Unsitte trat er nun mit der ganzen Macht seines weithin wirkenden Einflusses entgegen. In Zürich selbst, im Mittelpunkte seiner reichen Wirksamkeit, kämpfte er nicht nur für Verbesserung der Sitten, sondern auch für politische Gleichberechtigung der Zunftgenossen mit den adeligen Herren und schuf in dem „Geheimen Rathe", in welchem seine Stimme die Entscheidung zu geben pflegte, ein Organ für die politischen Angelegenheiten des Cantons, die um so wichtiger wurden, als sich die Reformation nach und nach überall in der Schweiz verbreitete und Zwingli allenthalben als das geistige Haupt der Bewegung anerkannt wurde.

Auch hier fehlte es nicht an Gegenbestrebungen. Wie die größeren Städte — neben Zürich noch Bern, Basel, Schaffhausen, St. Gallen u. A. — sich der Reformation anschlossen, so hingen die Urcantone mit ihrer ländlichen Bevölkerung dem alten Glauben an; bei diesen fanden auch die Angriffe gegen das „Reislaufen" lebhaften Widerstand. Ihre durch die Stimmenzahl überwiegende Macht auf allen Tagsatzungen dachte Zwingli durch politische Reformen zu brechen, welche den Städten den ihnen gebührenden Einfluß auch in den allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz sichern sollten. Daß dies nur mit Anwendung von Gewalt zu erreichen sei, war ihm keinen Augenblick zweifelhaft; aber er schreckte nicht, wie Luther, vor diesem Gedanken zurück.

Nahe genug lag unter solchen Verhältnissen der Versuch, sich mit der reformatorischen Partei in Deutschland zu verbinden. Landgraf Philipp von Hessen, der beste politische Kopf derselben, kam freudig entgegen, aber die theologischen Händel hinderten jede ernste Annäherung. Vergebens versuchten Buzer und Sturm in Straßburg eine Vermittelung, die um so erwünschter war, als sich die der alten Lehre treuen Cantone am Vierwaldstättersee, die sogenannten „fünf Orte", Oesterreich immer mehr näherten.

Nach dem Augsburger Reichstage wuchs, wie in Deutschland so auch in der Schweiz, die Aufregung. Wie die Bundesgenossen von Schmalkalden, war auch Zwingli sich der Gefahr wohl bewußt, welche jetzt drohte. In der Schweiz aber kamen die feindlichen Parteien schneller als in Deutschland dazu, sich mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten. Die Bauerschaften der „fünf Orte" überfielen das Gebiet von Zürich. Bei Kappel stellten sich die Züricher zum Kampfe. Am 11. Oktober 1531 wurde da die blutige Schlacht geschlagen, in der Mann gegen Mann mit jäher Ausdauer und höchster Tapferkeit um die Siegespalme rang. Als die Nacht dem grausamen Morden ein Ende machte, waren die Züricher geschlagen. Mit ihren besten Männern lag auch Zwingli zum Tode verwundet auf der Wahlstatt. Als sie den „schändlichen Ketzer" erkannten, gaben ihm die siegreichen Bauern den Todesstreich. Am andern Tage ließen sie in ihrem blinden Eifer die Leiche verbrennen, die Asche in alle Winde streuen. Noch in einer zweiten Schlacht, am 21. Oktober, siegten die katholischen Cantone, dann ward ein „Landfriede" abgeschlossen, der in der Schweiz eine für alle Zukunft unheilvolle religiöse Spaltung schuf.

Der Schlag, der am Fuße der Alpen die evangelische Sache traf, wäre für die Freunde derselben in Deutschland ohne Zweifel viel empfindlicher gewesen, hätten nicht politische Verhältnisse und persönliche Eifersüchteleien das Heerlager ihrer Gegner geschwächt.

Als es Kaiser Karl gelungen war, die Wahl seines Bruders Ferdinand zum römischen König

durchzusetzen — trotz dem Protest des Kurfürsten von Sachsen, den man unbeachtet ließ — war die Feindschaft des Herzogs Wilhelm von Baiern neuerdings aufgereizt worden. Trotz seiner gut katholischen Gesinnung näherte er sich den Fürsten des schmalkaldischen Bundes und gleichzeitig, während zudem von Osten her Sultan Soliman mit einem zweiten Einfall in die österreichischen Erblande drohte, schickte auch der König von Frankreich geheime Boten nach Deutschland, um zu erforschen, ob er etwa an Baiern und an den Genossen des schmalkaldischen Bundes Freunde fände, falls er dem Kaiser den Krieg erklären wollte.

Da sah sich der Kaiser genöthigt, statt die Beschlüsse des Augsburger Reichstages auszuführen, mit den Protestanten in Verhandlungen zu treten. Lange wurde über die Bedingungen eines Uebereinkommens hin und her geschrieben. Ohne Luthers eifriges Zureden hätten die Beredungen kaum zum Ziele geführt. Der Reformator aber mahnte zum Frieden. Wenn der Feind der Christenheit an den Grenzen stehe, wenn der Kaiser selbst die Hand zu einem Abkommen biete, da, meinte er, dürfe man nicht zögern, einzuschlagen. So wurde denn am 23. Juli 1532 zu Nürnberg ein Vergleich abgeschlossen, welchen man den Nürnberger Religionsfrieden zu nennen pflegt, der wesentlich auf Erhaltung der bestehenden Zustände beruhte. Es wurde den Anhängern des Augsburger Bekenntnisses Friede zugesichert, alle beim Kammergericht anhängigen Streitigkeien wegen Kirchensachen, besonders wegen der in weltlichen Besitz übergegangenen Kirchengüter, wurden niedergeschlagen und neue Klagen sollten dort nicht angenommen werden.

In solcher Weise über die nächste Zukunft beruhigt, bewilligten nun auch die protestantischen Stände die verlangte „Türkenhilfe", und der bloße Aufmarsch des großen deutschen Reichsheeres bei Wien genügte, Sultan Soliman zum abermaligen Rückzuge zu nöthigen.

Der Nürnberger Religionsfriede trug indeß, wie alle politischen Vergleiche, den Keim neuer Zerwürfnisse im Schooße. Da seine Bestimmungen ausdrücklich nur jene Stände schützten, die bis jetzt ihren Beitritt zu dem Augsburger Bekenntnisse erklärt hatten, so waren neue Schwierigkeiten zu gewärtigen, sobald sich der Kreis der Protestanten erweiterte. Mit dem natürlichen Bestreben, dem Evangelium neue Anhänger zu gewinnen, war dieser Zustand unverträglich, und sowohl die geistige Gewalt des Protestantismus als die politische Macht des schmalkaldischen Bundes war bereits zu groß und zu fest begründet, um sich zu einem Stillstand verurtheilen zu lassen, der einem Rückgange der ganzen reformatorischen Bewegung gleichgekommen wäre.

Der bedeutendste der Fürsten des schmalkaldischen Bundes war ohne Zweifel der Landgraf Philipp von Hessen. Von der Natur mit reichen Gaben ausgestattet, rasch und kühn in seinen Entschlüssen, mehr ein Mann der schnellen That als des bedächtigen Rathes, hatte er nie den von Luther aufgestellten Lehren von der Unerlaubtheit bewaffneten Widerstandes zugestimmt. Es lag nicht an ihm, daß nicht bereits früher die protestantischen Stände das Schwert zückten. Seit Jahren sah er mit Unzufriedenheit zu, wie ein deutsches Land seinem alten Regentenhause entfremdet war; das Vordringen der habsburgischen Hausmacht in Schwaben erregte auch das Mißfallen anderer Reichsfürsten. Seine Verwandtschaft mit dem wirtembergischen Hause war für Philipp ein Grund mehr, sich der Sache des vertriebenen Herzogs Ulrich anzunehmen. Dieser selbst zwar hatte nicht so regiert, daß seiner in Wirtemberg mit Liebe und Anhänglichkeit gedacht werden konnte. Aber die Erinnerung an seine Gewaltthätigkeit, an die häßlichen Vorgänge, zu denen sein wildes, zügelloses Leben geführt hatte,

war verblaßt über den schweren Leiden, welche das österreichische Soldatenregiment über Land und Leute verhängt hatte. Und während Herzog Ulrich in Mömpelgard, in dem linksrheinischen Besitze seines Hauses, das harte Loos des Verbannten trug, war sein Sohn Christof hoffnungsvoll herangewachsen. Am österreichischen Hofe als Geisel zurückgehalten, war er in dem Gedanken groß geworden, daß ihm eine frohe Rückkehr in die Heimath beschieden sei. Ein trefflicher Lehrer

Philipp, Landgraf von Hessen.

hatte ihn erzogen, und man wußte in Wirtemberg, daß er ein Bekenner des evangelischen Glaubens sei, der dort zwar von der Regierungsgewalt unterdrückt war, aber doch bereits zu tiefe Wurzeln geschlagen hatte, um völlig ausgerottet zu sein.

Mehrfach war über die Wiedereinsetzung Ulrichs verhandelt worden, die bairischen Herzoge besonders, denen die Umklammerung ihrer Gebiete durch die habsburgische Macht äußerst unangenehm war, begünstigten diesen Plan ganz offenkundig. Nicht ohne ihr Zuthun gelang es Christof, vom österreichischen Hoflager zu entfliehen und sich vor den Nachstellungen des Königs Ferdinand verborgen zu halten. Bald trat er offen auf und verlangte, daß das seinem Hause zugefügte Unrecht wieder gut gemacht werde. Mit stärkstem Nachdrucke vertrat Landgraf Philipp die Interessen der vertriebenen Fürsten, durch deren Wiedereinsetzung er mit gutem Grunde auch für die Fortschritte des Protestantismus in Süddeutschland das Beste hoffte. Seine Bundesgenossen von Schmalkalden zwar konnte er nicht zu der Unternehmungslust, die ihn beseelte, mit fortreißen, dagegen fand er einen, wenn auch nur im Verborgenen thätigen Helfer an König Franz von Frankreich. Unter dem Vorwand einer Verpfändung Mömpelgards an Frankreich wurden bedeutende Geldmittel aufgebracht, und ehe noch König Ferdinand sich über die Absichten Philipps klar geworden war, ritten dessen Reisige schon gegen Wirtemberg heran. Rasch sammelten sich die österreichischen Streitkräfte, um sich bei Laufen dem Angriffe entgegenzustellen; Philipp aber warf in zwei glänzenden Gefechten am 12. und 13. Mai 1534 die feindlichen Schaaren nieder und besetzte das Land, in welches alsbald, unter dem Jubel der Bevölkerung, Herzog Ulrich mit seinem Sohne Christof seinen Einzug hielt.

Der Kaiser war fern in Spanien durch die seinen Küsten drohende Landung des sarazenischen Häuptlings Barbarossa vollauf beschäftigt, König Ferdinand hielten an der Ostgrenze die Türken und der Woiwode Zapolya im Schach, ihnen blieb nichts übrig, als die vollendete Thatsache hinzunehmen und im Frieden von Cadan dem Herzog Ulrich sein Stammland wieder zu überlassen, allerdings in der Form eines österreichischen Lehens, die aber den Herzog nicht hindern sollte, Sitz und Stimme im Reichstag zu haben. In Wirtemberg aber bestätigte der Herzog die alten Verträge, welche die Rechtsverhältnisse des Landes regelten und führte die neue Lehre ein,

der auch er sich, wie sein Sohn, schon früher zugeneigt hatte. Ambrosius Blarer und Erhard Schnepf ordneten nach lutherischer Form das wirtembergische Kirchwesen, die Klöster wurden aufgehoben und ihre Güter zum größten Theile zur Bezahlung der Landesschulden verwendet, theilweise auch zur Ausstattung der Universität Tübingen bestimmt, welche bald neben Wittenberg und Marburg eine der wichtigsten Pflegestätten protestantischer Gelehrsamkeit wurde.

Die Einführung der Reformation in Wirtemberg machte bald ihren Einfluß im Süden von Deutschland mit Macht geltend. Baden, ein großer Theil des Elsaß, die Reichsstädte Augsburg und Kempten wandten sich der Lehre Luthers zu. Aber auch in Norddeutschland ergab sich neuer Zuwachs. In Anhalt, in Pommern, in Mecklenburg, auch in Holstein gewann sie — wenn auch nicht ohne schwere Kämpfe — Boden, in den westfälischen Städten blieb es, wie z. B. in Soest und Paderborn, nicht bei Verhandlungen und Verwahrungen, hier traten sich die Anhänger des alten und neuen Wesens mit den Waffen in der Hand gegenüber und die Neuerung wurde nicht ohne Blutvergießen eingeführt. Eine ganz eigenthümliche Wendung nahm die Veränderung des Bekenntnisses in Münster.

Hier, auf einem Gebiete, das durch fortwährende Streitigkeiten zwischen Bischof und Bürgerschaft ganz besonders dazu vorbereitet war, nahm die kirchliche Bewegung sehr bald eine vorherrschend revolutionäre Färbung an. Gütergemeinschaft, eine völlige Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung wurde gepredigt. Von allen Seiten fanden sich Leute ein, deren absonderliche Ansichten sich in wohlgeregelte Verhältnisse nicht hatten fügen wollen. Vor allen anderen thaten sich die Wiedertäufer hervor, eine Secte, welche behauptete, daß die Kindertaufe ungiltig sei und deßhalb an den Erwachsenen wiederholt werden müsse. Bald wurde nicht nur der Bischof verjagt, sondern auch der Rath der Stadt entsetzt, und eine Behörde aus Anhängern der wiedertäuferischen Partei trat an seine Stelle. Vollständige Recht- und Gesetzlosigkeit herrschte. Bis zum Wahnsinn gesteigerter Fanatismus, der die Autorität der Bibel durch unmittelbare göttliche Eingebungen ersetzen wollte, vermischte sich mit zügelloser Ausgelassenheit, die in den unerhörtesten sinnlichen Verirrungen schwelgte. Ein niederländischer Schneider, Jan Bockelson, verkündete, daß ein neues Gottesreich auf Erden beginne und stellte sich als König an dessen Spitze. Mit seinen Genossen übte er eine Gewaltherrschaft, die vor den entsetzlichsten Greueln nicht zurückschreckte.

Ansteckend wie derartige Formen des Wahnsinns zu sein pflegen, begannen die tollen Zustände in Münster eine ernstliche Gefahr auch für weitere Kreise zu werden. So fand denn der vertriebene Bischof bei seinem Streben, sich wieder in Besitz der Stadt zu setzen, leicht Bundesgenossen, und auch die protestantischen Fürsten beeilten sich um so mehr, ihm ihre Hilfe anzubieten, als man von katholischer Seite aus nur zu bereit war, dem Protestantismus auch die Schuld an diesen Schandthaten zuzuschreiben, so wenig dieselben auch in kirchlichem Boden wurzelten. Die Stadt wurde im Juni 1535 erobert, und ähnlich wie nach dem Bauernkriege erging nun über die Besiegten ein Strafgericht, das ihren Grausamkeiten in nichts nachstand. Mit den Wiedertäufern unterlag aber in Münster auch das evangelische Bekenntniß. Diese Stadt wurde und blieb bis in unsere Tage herab einer der festesten Waffenplätze der streitbaren römischen Kirche.

Um dieselbe Zeit war eine andere Stadt des nördlichen Deutschland der Schauplatz denkwürdiger Ereignisse. Der im Mittelalter mächtige Bund der Hansa, der alle Seestädte von Riga bis Brügge umfaßte, war von seiner gebietenden Höhe im Laufe der Zeit herabgesunken. Die im Osten ge-

legenen Städte litten unter dem wachsenden Einflusse Polens und unter der steigenden Macht Rußlands, die flandrischen Bundesglieder begannen ihre eigenen Wege zu gehen, seit durch die in den Niederlanden herrschenden Dynastien eine unmittelbare Vertretung ihrer Interessen gepflegt wurde, die zum Bunde gehörigen Binnenstädte wurden demselben durch die aufstrebende Macht ihrer Landesherren entfremdet. Aber immerhin war die Hansa noch ein wichtiger Factor, mit welchem die nordische Politik ernstlich zu rechnen hatte. Die mächtigste und unternehmendste der Hansastädte war Lübeck. Unter Lübecks Führung griff auch noch im 16. Jahrhundert die Hansa mit gewaltiger Hand in die Schicksale der nordischen Königreiche ein. Ihr gelang es, Christian II., den letzten König der drei verbündeten Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen, in welchem sie ihren gefährlichsten Feind erkannte, in Dänemark durch seinen eigenen Adel zu stürzen und in Schweden durch Gustav Wasa zu verdrängen. Aber dieser erwies sich, kaum durch Lübeck zur Macht gelangt, als ein noch gewichtigerer Gegner der Hansa, als Christian es gewesen.

In dieser Zeit des Verfalls kam in Lübeck ein Mann empor, der sich für berufen hielt, seiner Vaterstadt zu Wiederherstellung der alten Größe zu verhelfen. Mit der Einführung der Reformation zeigten sich auch dort demokratische Regungen. Jürg Wullenweber war es gelungen, eine Veränderung der Stadtverfassung durchzusetzen, wonach an die Seite der alten herrschenden Geschlechter in das städtische Regiment Männer aus dem einfachen Bürgerstande traten und eine alte Bestimmung wieder auflebte, daß Niemand länger als zwei Jahre Mitglied des Rathes sein dürfe. Er selbst wurde Bürgermeister; kräftige unternehmende Männer, der Rechtsgelehrte Johann Oldendorp, der Kriegsheld Marcus Meyer, standen ihm hilfreich zur Seite. Nachdem er die Reform der Stadtverfassung durchgeführt hatte, dachte er die politischen Verhältnisse des Nordens zu benutzen, um für Lübeck in denselben eine entscheidende Stellung zu erringen.

In Dänemark war an König Christians II. Stelle der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein zur Regierung gelangt. Als nach dessen Tode die Stände Anstand nahmen, seinen Sohn Christian III. als Nachfolger anzuerkennen, hielt Wullenweber den richtigen Augenblick zur Ausführung seiner Pläne für gekommen. Er verband sich mit den Städten Kopenhagen und Malmö, um in Dänemark die Reformation und eine demokratische Verfassung einzuführen. Es gelang ihm als Führer des Heeres einen tüchtigen Feldherrn, den Grafen Christof von Oldenburg zu gewinnen, durch Gustav Wasas Schwager, den Grafen Johann von Hoya, suchte er den schwedischen König an der Durchkreuzung seiner Wünsche zu verhindern. Bald hatte Graf Christof Kopenhagen und ganz Seeland besetzt, in Jütland erhoben sich die Bauern gegen den Adel, die Dithmarschen versprachen dem Bunde ihren Beistand. Aber diese Erfolge waren kaum errungen, als sich Herzog Christian von Schleswig-Holstein gegen die Verbündeten erhob. Im Verein mit Fürsten und Adel zog er aus, und wie die Furcht vor den demokratischen Gefahren, mit denen ihn Wullenweber bedrohte, bald den Adel von Dänemark und Norwegen unter Christians Fahnen sammelte, so widerstrebten ihm auch die bürgerlichen Kreise nicht lange, da er als ein bewährter Anhänger der Reformation bekannt war. Im October 1534 besiegte er die von Marcus Meyer befehligten Truppen und belagerte Lübeck. Hier gelang es Wullenweber ein Abkommen zu treffen, das die Stadt von der Umschließung befreite; als er aber versuchte, in Dänemark den Krieg fortzusetzen, mußte er, während Christian in seinem Kampf um die Krone vom Glück begünstigt wurde, erleben, daß sich seine eigene Vaterstadt von ihm abwandte. Während seiner Abwesenheit wurde

seine Partei im Rathe gestürzt, nach der Rückkehr ward er in Haft gebracht und nach langer Einkerkerung enthauptet.

Mit Christian III., der inzwischen den dänischen Thron bestiegen hatte, schloß das wieder aristokratisch regierte Lübeck, nachdem dieses Opfer gefallen, seinen Frieden.

Es war ein dem Geiste der Zeit nicht mehr entsprechender Versuch, den Wullenweber hatte unternehmen wollen. Gegen die neu aufstrebende Macht des Königthums in den nordischen Reichen konnte das lose Bündniß der Hansa keine dauernden Erfolge mehr erringen. Die drei skandinavischen Reiche hatten sich für immer von dem politischen Einflusse Deutschlands freigemacht, und die Stadt Lübeck war nicht im Stande, diese natürliche Entwickelung der Dinge zu verhindern oder auch nur aufzuhalten. Aber trotzdem ragte auch fortan deutsches Wesen mächtig und bestimmend in die weiteren Geschicke dieser nordischen Reiche hinein. Die Lehre der Reformation und damit die Grundlage seines gesammten geistigen Lebens hat der skandinavische Norden von Deutschland empfangen und ist dadurch mit unserem Vaterlande in nie ganz unterbrochenen Beziehungen geblieben.

Der Friede von Cadan war nicht nur dadurch bedeutungsvoll, daß er Wirtemberg als selbstständiges Land wiederherstellte und dem Protestantismus öffnete, sondern auch durch die Annäherung des Kurfürsten von Sachsen an König Ferdinand, die bei den Friedensunterhandlungen eintrat. Im Jahre 1532 war Johann der Beständige gestorben und sein Sohn Johann Friedrich war ihm in der Regierung gefolgt, ein Mann von frommer und biederer Gesinnung, ernst und gewissenhaft bis in die kleinsten Einzelheiten aller Lebensverhältnisse, ein strenger Bekenner des Evangeliums, ganz erfüllt von der Erhabenheit seiner religiösen Aufgabe, aber zu schlicht und gerade, um den Winkelzügen der kaiserlichen und römischen Politik vollkommen gewachsen zu sein. In Wien traf er mit Ferdinand zusammen, den er erst jetzt als König anerkannte, und hier erhielt er von diesem die ganz allgemein und ohne die Beschränkung, die der Nürnberger Religionsfriede ausgesprochen, gehaltene Zusage, daß die Protestanten fortan keine Anfechtung zu gewärtigen haben sollten. Die im schmalkaldischen

Johann Friedrich, Kurfürst von Sachsen.

Bunde vereinigten Stände zögerten, auf dieses wenn auch nur schweigende Zugeständniß hin, nicht, ihren Kreis durch Aufnahme neuer Mitglieder zu erweitern. Die Herzoge von Pommern, der Herzog von Wirtemberg, der Pfalzgraf von Zweibrücken und mehrere Reichsstädte schlossen sich 1535 dem Bunde an, der sich um diese Zeit fester gliederte und für den Kriegsfall eine Nachbildung der Verfassung des schwäbischen Bundes ins Auge faßte. Bedeutenden politischen Er-

folgen des Bundes standen indessen in der Art seiner Zusammensetzung erhebliche Schwierigkeiten im Wege. Wie einerseits alle Glieder desselben die gleiche Berechtigung hatten, so standen sich auf der andern Seite ihre Interessen vielfach feindlich gegenüber, und es fehlte den beiden Fürsten, welche naturgemäß an seiner Spitze standen, dem Landgrafen von Hessen und dem Kurfürsten von Sachsen die Macht, um widerstrebende Strömungen innerhalb des Bundes mit starker Hand wieder in das richtige Fahrwasser zu leiten. Das eine aber wurde doch jetzt endlich erreicht, daß die Streitigkeiten der Theologen nicht mehr den Zutritt protestantischer Stände hindern, deren Aufnahme vereiteln konnten. Dem Landgrafen Philipp und Melanchthon gelang es, Johann Friedrich und Luther zu neuen Verhandlungen mit den in Oberdeutschland thätigen Predigern, die Zwinglis Ansichten theilten, zu bewegen. Man kam sich, unter der eifrigen Vermittelung Buzers, auf halbem Wege entgegen und einigte sich über die streitigen Lehren so weit, daß in Wittenberg eine Anzahl Artikel, die sogenannte „Concordienformel" unterzeichnet werden konnte, auf deren Grund die oberdeutschen Städte das Augsburger Bekenntniß annahmen und ihre Sonderstellung aufgaben, gewiß zum eigenen Besten und zum Vortheil der gesammten evangelischen Sache.

Auch auf andere Weise fand dieselbe Förderung: innerhalb weniger Jahre starben zwei der eifrigsten Anhänger des alten Glaubens unter den deutschen Fürsten, Kurfürst Joachim I. von Brandenburg (1535) und Herzog Georg von Sachsen (1539) und ihre Nachfolger, Kurfürst Joachim II. und Herzog Heinrich führten in den beiden bedeutenden Gebieten die Reformation ein. In Brandenburg wurde die Annahme des Augsburger Bekenntnisses nicht wenig dadurch gefördert, daß sich der Bischof von Brandenburg, Mathias von Jagow, selbst für dasselbe erklärte, und dem Herzoge von Sachsen folgte bald die Aebtissin von Quedlinburg; auch in Calenberg wurde die Reformation eingeführt und der Primas von Deutschland, Erzbischof Albrecht von Mainz, mußte es erleben, daß in seinen norddeutschen Gebieten, in den Stiften Magdeburg und Halberstadt wie in Halle, der alte Glaube aufgegeben ward.

Noch bedeutungsvoller war die Einführung der Reformation im Erzstifte Köln durch den Erzbischof Hermann von Wied, welcher zu dem Reformwerke Buzer und Melanchthon beizog und dasselbe kraft seiner Stellung als Kurfürst des Reiches in voller Ordnung durchführte, mit Zustimmung der weltlichen Stände und der adeliger Mitglieder seines Domcapitels, gegen den Widerspruch der Priester, die im Capitel saßen, und des Rathes der Stadt Köln, welcher von der Neuerung demokratische Regungen in den städtischen Angelegenheiten fürchtete.

Inzwischen verfolgte Kaiser Karl V. seine politischen Ziele durch eine fortgesetzte doppeldeutige Haltung gegenüber den protestantischen Fürsten. Durch seinen Vicekanzler Held ließ er ihnen neuerdings eine Kirchenversammlung vorschlagen, und als sie darauf nicht eingingen, mußte derselbe Staatsmann im Juni 1538 zu Nürnberg die katholischen Stände zu einem „heiligen Bunde" vereinigen. Als aber dieses Vorgehen bei den Schmalkaldischen den schlimmsten Eindruck hervorbrachte, verläugnete Karl die seinem Gesandten ertheilten Aufträge und schickte einen andern Vertreter, den Erzbischof von Lund, nach Deutschland, der in Frankfurt unter Mitwirkung des dem schmalkaldischen Bunde ferngebliebenen Kurfürsten Joachim II. von Brandenburg, mit den Protestanten verhandelte und am 19. April 1539 den sogenannten Frankfurter Anstand zu Stande brachte, wonach während der nächsten 18 Monate alle Processe gegen die gegenwärtigen Anhänger des Augsburger Bekenntnisses aufgeschoben bleiben

sollten; im künftigen Sommer aber sollte ein Ausschuß von Theologen und Laien zusammentreten, um eine „löbliche christliche Vereinigung" herbeizuführen. Auf solche Weise dachte Kaiser Karl, ohne der römischen Kirche grundsätzlich etwas zu vergeben, die protestantischen Stände Deutschlands davon abzuhalten, in seinen Händeln mit Frankreich gegen ihn aufzutreten, gleichzeitig aber sie zur Hilfeleistung gegen die Türken zu bewegen, wider die er neuerdings einen großen Feldzug plante. So kamen die Religionsgespräche zu Hagenau, Worms und Regensburg (1540—41) zu Stande. Außer Eck und Melanchthon nahmen von beiden Religionsparteien gemäßigte Theologen: Gropper und Pflug von katholischer, Buzer und Pistorius von evangelischer Seite an diesen Besprechungen Antheil. Eine Zeit lang schien es, als ob ihre Bemühungen in der That von Erfolg gekrönt sein sollten; die Theologen hätten wohl Formeln feststellen können, in denen die Bekenner der alten und neuen Lehre das ausgedrückt gefunden hätten, was der Inhalt ihres Glaubens war, aber Kaiser Karl hielt eine solche Einigung doch nicht für vollwichtig, wenn sie sich nicht gleichzeitig der Billigung des Papstes erfreute. Er hatte deshalb die Anwesenheit eines päpstlichen Legaten bei diesen Religionsgesprächen verlangt, und der Papst war, nicht ohne Sträuben, darauf eingegangen. Der Cardinal Contarini, den er entsandte, war ein Mann von großer Bildung, vollkommen klar über die Reformbedürftigkeit der alten Kirche, in der Auffassung der Rechtfertigungslehre kam er den Evangelischen sehr nahe. Aber hoch über allen theologischen Streitigkeiten stand für den römischen Würdenträger der Satz von dem göttlichen Recht der Kirche und von der unantastbaren Oberherrschaft des Papstes. Diesem fest und starr behaupteten Standpunkt gegenüber mußten schließlich alle Einigungsversuche scheitern, um so mehr, als auch Luther und der Kurfürst von Sachsen nur ungern auf diese Verhandlungen eingegangen waren, hinter denen sie römische List und Tücke vermutheten. Auch die Gesinnungen der eifrig katholischen Fürsten, in erster Reihe des Herzogs Wilhelm von Baiern, waren jenen Bestrebungen keineswegs günstig. Neuerdings verlangten diese von dem Kaiser, nun endlich mit Entschiedenheit gegen die „Ketzer" vorzugehen und sie zu vernichten. Karls tiefinnersten Absichten hätte das ja wohl entsprochen, aber wiederum hinderte ihn seine europäische Stellung das zu thun, was er eigentlich als Beherrscher des deutschen Reiches für das Richtige gehalten hätte. Franzosen und Türken setzten sich in ein gefährliches Einverständniß und der Papst verharrte den drohenden Verwickelungen gegenüber in einer für Karl keineswegs günstigen Neutralität, so daß auch jetzt wieder der Augenblick nicht gekommen schien, in Deutschland mit der Gewalt der Waffen die durch die Religionsfragen getrennte Einheit herzustellen. Karl entsprach seinen wahren Neigungen, indem er zu Regensburg den schon 1538 geschlossenen katholischen Bund erneuerte, auf der andern Seite aber genügte er den Anforderungen der Politik, indem er in dem Reichstagsabschied von 1541 den Nürnberger Religionsfrieden bestätigte und durch besondere Erläuterungen in einem den Protestanten günstigen Sinne auslegte. Zwar wurde ihnen die gewaltsame Einziehung von Stiften und Klöstern untersagt, dagegen aber gestattet, dieselben zu christlicher Reformation anzuhalten; auch sollte es ihnen erlaubt sein, aufzunehmen, wer sich freiwillig zu ihrer Lehre bekenne.

Durch besondere Verträge gelang es Karl außerdem, zwei der mächtigsten evangelischen Fürsten, Philipp von Hessen und Joachim von Brandenburg, auf seine Seite zu ziehen und dadurch jede Verbindung Frankreichs mit dem schmalkaldischen Bunde fürs erste zu vereiteln.

Die Lage der Dinge war jetzt so, daß sich in Deutschland katholische und evangelische Stände

schroffer als je gegenüberstanden; der Kaiser hatte sich für den Augenblick der günstigen Gesinnung beider versichert, aber die den Protestanten nothgedrungen bewilligten Zugeständnisse mußten ihre Sache in so hohem Grade fördern, daß es über kurz oder lang galt, sie entweder als den Katholischen völlig gleichberechtigte Glieder des Reiches anzuerkennen oder den Vernichtungskrieg gegen sie zu beginnen.

Die erste Folge des Reichstagsabschiedes von Regensburg war die Reformation des Hochstiftes Naumburg durch Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen, der dort, nach dem Tode des katholischen Bischofs, Nikolaus von Amsdorf, einen Freund Luthers, als Nachfolger einsetzte, gleichzeitig aber alle weltlichen Regierungsgeschäfte von dem Hochstift abtrennte und einem seiner Beamten zur Verwaltung übergab.

Nicht minder hing mit der neu geschaffenen Ordnung der Dinge der Krieg zusammen, den der schmalkaldische Bund 1542 gegen Herzog Heinrich von Braunschweig führte. Dieser, ein Fürst von gewaltthätiger Sinnesart, sittenlos und grausam, war die bedeutendste Stütze des Katholicismus in Niederdeutschland. Die in seinem Machtbereich gelegenen Städte Goslar und Braunschweig waren durch kammergerichtliche Processe, in welche sie durch ihre Haltung in den kirchlichen Fragen verwickelt worden waren, in die Reichsacht erklärt und Herzog Heinrich war mit deren Vollzug betraut. Jetzt sollte er die willkommene Aufgabe nicht erfüllen, da der Regensburger Abschied und die an ihn sich anschließende kaiserliche Erklärung die Acht wieder aufhob. Er bestand auf seinem Vorhaben, die bedrohten Städte riefen die Hilfe des schmalkaldischen Bundes an und dieser war alsbald bereit, dem Rufe zu folgen. Landgraf Philipp, längst persönlich mit dem Herzog verfeindet, rückte mit Truppenmacht in dessen Land, Braunschweig und Goslar stellten einige tausend Mann zu Roß und zu Fuß, die Festung Wolfenbüttel mußte sich ergeben, der Herzog Heinrich ward gezwungen, das Land zu verlassen, in welchem sofort die evangelische Lehre eingeführt ward. Der Herzog fand nirgend Hilfe, selbst der im Januar 1543 zu Nürnberg zusammengetretene Reichstag überließ ihn seinem wohlverdienten Geschicke. Erst im Jahre 1545 erschien er plötzlich mit einer stattlichen Söldnerschaar wieder im Felde. Kaum hatte er begonnen, Wolfenbüttel zu belagern, als die Fürsten von Sachsen und Hessen sich ihm abermals entgegenstellten. In dieser Gefahr begannen seine eigenen Hauptleute, sich gegen ihn zu erheben. So von allen Seiten bedroht, überlieferte sich Herzog Heinrich selbst dem Feinde und wurde als Kriegsgefangener nach Ziegenhain abgeführt.

Der schmalkaldische Bund aber war auf dem Höhepunkte seiner Macht angelangt. Der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen erließen unmittelbar nach Beendigung des braunschweigischen Krieges in ihrem und ihrer Bundesgenossen Namen die Erklärung, daß dem Kammergericht, welches auch nach dem Regensburger Abschied immer noch Klagen gegen protestantische Stände angenommen und verhandelt hatte, keine rechtmäßige Gerichtsbarkeit gegen sie zustehe. Das war ein Beschluß, der seine wahre Bedeutung dadurch erhielt, daß die Glieder des schmalkaldischen Bundes die Macht besaßen, sich aller Folgen der Kammergerichts-Erkenntnisse siegreich zu erwehren.

Zwischen den Abschluß des Nürnberger Religionsfriedens und das unter den Augen des Kaisers stattgefundene Religionsgespräch zu Regensburg fallen der glückliche Kriegszug Karls V. gegen die Seeräuber von Tunis (1535), ein abermaliger Feldzug gegen König Franz I. von Frankreich (1536 — 38) und die Niederwerfung des ständischen Widerstandes in den Niederlanden. Als Karl jetzt (1541) zum zweiten Male die afrikanischen Seeräuber bekriegte, war sein Unternehmen nicht von Erfolg gekrönt, und kaum war er von diesem verfehlten Zuge auf spanischen Boden zurückgekehrt, als er die französischen Waffen von Neuem gegen sich erhoben sah.

Unter den Bundesgenossen des Königs Franz war auch ein deutscher Fürst, der Herzog Wilhelm von Cleve, welcher durch Erbschaft in den Besitz des Herzogthums Geldern gelangt war, auf welches auch Karl V., als Herr der burgundischen Lande, Ansprüche erhob. Die Stellung des Herzogs, der durch die Vereinigung von Cleve und Geldern einer der mächtigsten Reichsfürsten geworden, war dem Kaiser um so unangenehmer, als derselbe ihm nicht nur als ein störender Nachbar erschien, sondern auch durch seine Verschwägerung mit dem Kurfürsten von Sachsen und König Heinrich VIII. von England in eine Karl durchaus widerwärtige Verbindung mit der protestantischen Partei getreten war. Seine Verfeindung mit dem Kaiser hatte ihn zu einem natürlichen Bundesgenossen Frankreichs gemacht.

Als sich jetzt der Zorn Karls zuerst gegen ihn wandte, sollte der Herzog die Unzuverlässigkeit seiner Freunde kennen lernen. Die deutschen Fürsten, die schon vorher gezögert hatten, ihn in den schmalkaldischen Bund aufzunehmen, versagten ihm ihre Unterstützung und König Franz zog, statt ihm zu helfen, vor, sich auf seine Kosten durch die Eroberung von Luxemburg zu bereichern. Also verlassen, konnte er sich gegen die kriegsgeübten Truppen des Kaisers nicht lange halten, mußte sich in Venlo dem Sieger zu Füßen werfen und froh sein, als ihm dieser die clevischen Lande ließ. Von der Einführung der Reformation an der Grenze der niederländischen Besitzungen Karls war keine Rede mehr.

Indeß die große Gefahr, die für den Kaiser gleichzeitig von Frankreich und den Türken, die sich mit Franz I. verbündet hatten, drohte, war durch diesen leichten Sieg kaum vermindert. Es war nunmehr seine Aufgabe, sich zunächst gegen Frankreich der Hilfe des deutschen Reiches zu versichern. Auf dem Reichstage zu Speier, den er im Februar 1544 eröffnete, forderte er Hilfsgelder gegen die Franzosen und versprach, alsbald nach Beendigung des Krieges im Westen gegen die Osmanen ins Feld zu rücken.

Die Protestanten waren doch nicht geneigt, so beträchtliche Bewilligungen zuzugestehen, ohne auch ihrerseits ihren mühsam errungenen Rechten neue Festigkeit zu erwerben. Ihnen kam dabei auch noch zu Gute, daß der Kaiser sich ernstlich mit dem Papste überworfen hatte, welcher aus seinen freundlichen Gesinnungen für Frankreich kein Hehl machte. Nun wurde aus diesen Gründen nicht nur die Rechtsgleichheit von Protestanten und Katholiken im ganzen Reiche anerkannt, sondern auch die Berufung eines „gemeinen, freien, christlichen Concils“ verheißen, ja noch mehr, der Kaiser gab die Zusage, wenn dieses Concil auf Hindernisse stoßen sollte, so werde er auf einem deutschen Reichstage die kirchlichen Fragen einer festen Ordnung entgegenführen.

Seit langen Jahren herrschte zwischen katholischen und protestantischen Ständen kein so gutes Einvernehmen, wie eben jetzt in Speier. Landgraf Philipp, der auch hier, wie schon bei andern Gelegenheiten, sich als einen treuen und zuverlässigen Anhänger der Reichsidee bewährte, hielt die Sache seiner Glaubensgenossen für geborgen und war voll freudiger Zuversicht bei den gnädigen Aeußerungen, mit denen Karl V. nicht kargte. Dieser aber hatte sich nur durch die Noth gedrängt und mit äußerstem Widerwillen zur Gewährung von Zugeständnissen entschlossen, die seinen streng katholischen Anschauungen so sehr widerstrebten. Kaum waren in raschem Siegeslauf seine Waffen bis in das Herz Frankreichs vorgedrungen, kaum war zu Crespy am 14. September 1544 abermals ein Friede mit König Franz I. abgeschlossen, als er auch schon wieder

die Bekämpfung des deutschen Protestantismus ins Auge faßte. In einem geheimen Vertrage mußte der König ihm seine Hilfe gegen dieselben protestantischen Stände Deutschlands zusagen, die eben erst so wesentlich zu Karls kriegerischen Erfolgen beigetragen hatten. Und gleichzeitig fand, natürlich auf derselben Grundlage, eine Versöhnung Karls mit dem Papste statt.

Ohne Ahnung von diesen Vorgängen erschienen die protestantischen Stände im März 1545 auf dem Reichstage zu Worms. Inzwischen war ihnen bekannt geworden, daß der Papst eine Kirchenversammlung nach Trient berufen habe, und gegen diese erklärten sie sich nun mit aller Entschiedenheit. Ein Concil, einseitig vom Papste ausgeschrieben, in einer Stadt, die kaum noch als eine deutsche gelten konnte, war nicht das, was sie erwarten zu dürfen glaubten. Sie hielten an den Versprechungen fest, die ihnen der Kaiser im Jahre zuvor gemacht, sie lehnten entschieden ab, ein solches Concil zu besuchen; Karl aber berieth in geheimen Zusammenkünften mit dem päpstlichen Legaten, Cardinal Farnese, mit seinem Bruder Ferdinand, seinem Kanzler Granvella, und seinem Beichtvater, dem Dominikaner Pedro il Soto, die Maßregeln, welche zu treffen seien, um die Protestanten zum Besuche des Concils zu zwingen. Den Protestanten gegenüber zeigte er dabei immer noch friedfertige Mienen. Noch einmal bewilligte er ihnen ein Religionsgespräch und wiegte sie, vor allen den ehrlichen Johann Friedrich, in den Wahn ein, daß es ihm mit seinen friedlichen Worten Ernst sei.

Als im December 1545 das Concil zu Trient zusammentrat, war der Krieg gegen die deutschen Protestanten im Rathe des Kaisers und mit Gutheißung des Papstes bereits beschlossene Sache. Doch flossen seine Lippen noch immer von friedlichen Versicherungen über. Die protestantischen Fürsten waren trotzdem dadurch stutzig gemacht, daß der Kaiser nach dem Frieden von Crespy seine zahlreichen spanischen, italienischen und wallonischen Truppen nicht entließ; sie schickten eine Gesandtschaft an ihn nach Mastricht, um eine Erklärung über seine Rüstungen zu fordern und den Wunsch auszusprechen, daß er das, auf Klagen des kölnischen Klerus, gegen Erzbischof Hermann eingeleitete Verfahren einstelle. Diese erhielt den Bescheid, daß seine Rüstungen nur den Türken gälten, und da er auf der Reise zum Reichstag nach Regensburg in Speier mit dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Landgrafen von Hessen zusammentraf und diese auf Religionseinigung drangen, wiederholte er ihnen die nämlichen Versicherungen.

Als aber zu Regensburg die Protestanten abermals den Besuch des tridentinischen Concils ablehnten und die Aufrechthaltung der Beschlüsse von 1544 verlangten, kam der Kaiser nach und nach mit seiner wahren Gesinnung zum Vorschein. Nun erklärte er, auf eine abermalige Anfrage wegen seiner Rüstungen: er denke zwar nur an Vergleichung zwischen den Ständen, aber allerdings werde er sein Ansehen gegen jene brauchen, die ihm den Gehorsam verweigerten, und als er weiter gefragt wurde, wen er unter den Ungehorsamen verstehe, antwortete er: es seien die, welche unter dem Scheine der Religion gegen ihn Umtriebe machten, sich der Rechtspflege im Reiche widersetzten und geistliche Güter einzögen.

Nun endlich wußten die protestantischen Fürsten, wessen sie sich vom Kaiser zu versehen hatten. Da er so offen sprach, nachdem er so lange die friedliche Maske getragen, so war anzunehmen, daß seine Rüstungen auf einem Punkte angekommen seien, der ihn befähigte, den Kampf zu beginnen. Nun hatte der schmalkaldische Bund, innerhalb dessen das Eintreten dieser Sachlage wohl seit langem erwogen worden war, seine Widerstandskraft zu erproben.

Trotz mancher Irrungen, die zwischen einzelnen Fürsten bestanden, trotz der Mängel der innern Einrichtungen des Bundes, zeigten sich doch jetzt, in der Stunde der Gefahr, die Mitglieder zu rechtem

und festem Zusammenhalten entschlossen. Die der evangelischen Lehre zugewandten Städte vor allen anderen waren zu Opfern bereit.

In Mitteldeutschland sammelten Landgraf Philipp und Kurfürst Johann Friedrich ihre Streitkräfte, die süddeutschen Bundesglieder stellten ihre Truppen unter den Befehl des bewährten Landsknechtführers Sebastian Schärtlin von Burtenbach. Dieser, ein Mann von raschen Entschlüssen, war bereit, alsbald loszuschlagen; von Füßen aus nahm er die Ehrenberger Clause, den Schlüssel von Tirol, mit Sturm und stand bei Lermos, als ihn die Kriegsräthe des Bundes zurückriefen, da sie immer noch nicht den ganzen Ernst der Sache erfaßt hatten, namentlich des Wahnes lebten, als ob König Ferdinand sich den Plänen seines Bruders entgegenstelle, und sich die Neutralität des Herzogs Wilhelm von Baiern sichern wollten. Aber kaum war Schärtlin nach Augsburg zurückgekehrt, so erfolgte die offene Kriegserklärung des Kaisers; am 20. Juli 1546 sprach er gegen Philipp und Johann Friedrich die Reichsacht aus.

Karl V. hatte den Entschluß, es mit den protestantischen Ständen zum völligen Bruche kommen zu lassen, nicht gefaßt, ohne sich vorher der nöthigen Bundesgenossen versichert zu haben. Noch im Juli 1545 hatten zwischen dem schmalkaldischen Bunde und Herzog Wilhelm von Baiern Verhandlungen geschwebt, deren Abschluß dem Kaiser die Ausführung seines Vorhabens wesentlich erschwert hätte. Da war Karl dazwischen getreten, hatte die Gemeinsamkeit ihrer katholischen Interessen betont, auch dem Herzog Aussichten auf das Herzogthum Neuburg und die von der pfälzischen Linie des Hauses Wittelsbach geführte Kurwürde eröffnet. Zu Regensburg wurde der Bund fest abgeschlossen und durch die Verheirathung des bairischen Erbprinzen mit einer Tochter König Ferdinands bekräftigt. Aber auch wo die Gemeinsamkeit der kirchlichen Gesinnungen nicht mitwirkte, gelang es dem Kaiser, sich Bundesgenossen zu erwerben: zwei brandenburgische Fürsten, die Markgrafen Hans von Küstrin und Albrecht Alcibiades von Kulmbach und Herzog Moritz von Sachsen sagten ihm bei dem Waffengange gegen ihre Glaubensgenossen Hilfe zu.

Herzog Moritz war der Sohn des Herzogs Heinrich von Sachsen. In bescheidenen Verhältnissen, ohne Aussicht auf die Nachfolge in

Kurfürst Moritz von Sachsen.

dem größeren Theile des Herzogthums, den Herzog Georg beherrschte, aufgewachsen, hatte er seinen Vater nur 3 Jahre lang regieren sehen, um nach dessen Tode als ein noch junger Mann selbst die Regierung seines Landes anzutreten. Obwohl er dem protestantischen Bekenntnisse angehörte, war er doch, wie sein katholischer Vorgänger, Herzog Georg, in beständige Zwistigkeiten mit seinem Vetter, dem Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen verwickelt, ja die Steige-

rung der kleinen Händel, wie sie auch sonst zwischen benachbarten Herren vorkamen, zum Ausbruch eines Krieges wurde nur durch die eifrige Vermittelung des Landgrafen Philipp von Hessen verhindert. Mit diesem Fürsten war Moritz in nähere Verbindung getreten, indem er sich mit dessen Tochter Anna vermählt hatte.

Aber weder die Gemeinschaft des Glaubens noch die Verschwägerung mit dem Landgrafen hatten Moritz zu bestimmen vermocht, sich dem schmalkaldischen Bunde anzuschließen. Bald war man am Hofe des Kaisers auf dieses Verhalten aufmerksam geworden und Karls V. Kanzler Granvella trat in nähere Beziehungen zu dem vornehmsten Rathe des Herzogs, zu Christof von Carlowitz. Aber Moritz war nicht geneigt, sich ohne Weiteres der kaiserlichen Politik zur Verfügung zu stellen; er ließ sich umwerben, und man wußte in der Kanzlei des Kaisers recht wohl, daß er seine Verbindung mit den Schmalkaldern nicht vollständig abgebrochen hatte.

Herzog Moritz war ein politischer Kopf; er wurde nicht wie Johann Friedrich und Philipp in erster Linie von einer in tiefer inneren Ueberzeugung wurzelnden religiösen Gesinnung geleitet, sondern er beobachtete scharf, an welche Partei er sich am zweckmäßigsten anschließen müsse, um für sich und sein Haus die Vortheile zu erringen, denen sein Ehrgeiz nachstrebte. Als der Reichstag von 1546 zu Regensburg zusammentrat, war ihm zu klarem Bewußtsein gekommen, daß die Parteinahme für den Kaiser ihn fördern müsse, und bald fand er sich selbst dort ein, um ein Bündniß mit Karl V. abzuschließen. Vorerst wurde er zum Schirmer der Stifte Magdeburg und Halberstadt ernannt, die er längst und nur mit Unwillen von Johann Friedrich bedroht sah, aber weitere Vortheile waren ihm wohl schon damals zugesagt, als er am 19. Juni den Vertrag mit dem Kaiser unterzeichnete. Die evangelische Lehre in seinem Lande glaubte er zur Genüge durch die Zusicherung des Kaisers geschützt, daß die Religion der Protestanten bis zu weiterer Vergleichung nicht angefochten werden solle; dagegen erklärte er sich ausdrücklich bereit, seinerseits durch Betheiligung an dem allgemeinen Concil an dieser „Vergleichung" mitzuwirken. Für Karl und Ferdinand war zunächst der Beitritt des Herzogs Moritz zu ihrer Sache von großem Werthe, denn obwohl nicht nur der Plan des Krieges mit dem Papste verabredet, sondern sogar ein förmlicher Vertrag mit demselben abgeschlossen war, durch den sich Karl zum Kriege gegen die deutschen Protestanten verpflichtete, obwohl der Papst dieses freudige Ereigniß feierlich den versammelten Cardinälen verkündigte und dem Kaiser Hilfstruppen zusandte, hielt Karl doch darauf, den Schein zu wahren, als ob er nicht der Religion wegen die beiden, jetzt von ihm geächteten Fürsten bekriege. Ihr Ungehorsam gegen die Reichsgesetze, insbesondere ihr Verhalten in der Braunschweiger Sache schützte er als Kriegsursache vor.

An Ulrich von Wirtemberg, an die Schweizer, an die oberdeutschen Städte schrieb er ausdrücklich, es handle sich nicht um die Religion, es gelte nur der Erhaltung des Kaiserthums und der Erzwingung des Gehorsams rebellischer Reichsstände. Da war es ihm denn, auch abgesehen von den Streitkräften und der in Frankreich und Ungarn erprobten militärischen Tüchtigkeit des Herzogs, wichtig und werthvoll, einen der namhaftesten protestantischen Fürsten unter seinen Fahnen kämpfen zu sehen. Aber dies steht fest: der Krieg Karls gegen den schmalkaldischen Bund war ein unter politischen Vorwänden unternommener Religionskrieg.

So gut auch Karl seine Rüstungen vorbereitet hatte, seine Lage wäre immerhin eine nicht unbedenkliche gewesen, wenn der schmalkaldische Bund es verstanden hätte, rasch loszuschlagen, ehe der Kaiser seine italienischen und niederländischen Truppen mit dem geringen bei Regensburg

stehenden Heere vereinigen konnte. Statt dessen begnügten sich die Bundesfeldherrn, ihr Heer an der Donau aufzustellen und mit der kaiserlichen Armee da und dort Kugeln zu wechseln; einen Angriff auf Ingolstadt wagten sie nicht aus Rücksicht auf den Herzog von Baiern, auf dessen Neutralität sie noch immer hofften; endlich zogen sie sich in ein festes Lager bei Giengen zurück, während die Kaiserlichen, unter dem Befehl des Herzogs von Alba, gegen die Reichsstädte Ulm und Augsburg den ersten Stoß führten.

Inzwischen hatte sich Herzog Moritz einige Zeit bedacht, ehe er unmittelbar in die kriegerischen Vorgänge mit eingriff. Er fand mit seiner Haltung wenig Anklang in seinem Lande, und die evangelischen Prediger hielten ihm, auf seine Versicherung, daß ihre Religion nicht bedroht sei, entgegen, der Kaiser ziehe wider das Evangelium zu Felde. Aber noch andere Erwägungen hielten ihn zurück: König Ferdinand wollte das Land Johann Friedrichs in zwei Theile zertrennen, von denen der eine ihm selbst, der andere Moritz zufallen sollte. Hiergegen legte dieser Verwahrung ein, nur jene Landestheile wollte er dem Habsburger überlassen, welche ein Lehen der böhmischen Krone waren, alles übrige nahm er für sich in Anspruch. Auf dieser Grundlage wurde denn auch ein Uebereinkommen zwischen Ferdinand und Moritz abgeschlossen und dazu noch dem Herzog die Kurwürde seines geächteten Vetters am 27. October 1546 übertragen. Nun erst rückten die böhmischen Truppen Ferdinands in die Lande Johann Friedrichs ein. Der größte Schrecken herrschte allenthalben und trieb die sächsischen Städte fast ohne Schwertstreich Moritz in die Hände, der sein Kriegsvolk mit den Böhmen vereinigte. Er versprach Allen seinen Schutz und ungestörte Fortdauer des evangelischen Bekenntnisses, wenn sie ihm huldigten.

Auf diese Nachricht hin verließ Johann Friedrich mit seinen Mannschaften das Lager bei Giengen, das die Zurückbleibenden allein nicht halten konnten. Am 13. November zog auch Landgraf Philipp ab, die übrigen zerstreuten sich; fast ohne Kampf lag der Süden Deutschlands dem Kaiser zu Füßen. Der Herzog von Wirtemberg, die Reichsstädte in Schwaben mußten mit großen Geldsummen die Niederlage des Bundes büßen und die Kosten für die Fortführung des Feldzugs gegen ihre noch nicht völlig besiegten Genossen tragen. Ihnen, wie dem Kurfürsten von der Pfalz, der sich kaum am Kriege betheiligt hatte, aber doch auch als um Gnade Bittender vor Karls Angesicht treten mußte, wurde vorerst, bis zur Entscheidung durch das Concil, die freie Uebung ihrer Religion gestattet. An andern Orten machten sich die Folgen dieser Kriegsereignisse auf kirchlichem Gebiete bestimmter bemerkbar; vor allem in Köln nahm nun die Reformation ein schnelles Ende; Erzbischof Hermann, vom Papste gebannt, vom Kaiser entsetzt, konnte sich dort nicht länger halten.

Während der Kaiser in Süddeutschland die so leicht errungenen Früchte eines kampflosen Sieges erntete, sammelte Johann Friedrich seine Getreuen um sich, und rückte gegen seinen verrätherischen Vetter ins Feld. Sein Aufruf blieb um so weniger erfolglos, als die Sachsen in Moritz einen Feind des Glaubens erblickten und besonders von seinem ersten Rathgeber, Carlowitz, Wiederherstellung der katholischen Lehre fürchteten. Es gelang ihm, fast das ganze Land wieder zu erobern und Moritz ernstlich zu bedrängen, dessen Hilferuf an dem kaiserlichen Hoflager, wo man die Gefahr unterschätzte, lange nicht beachtet ward. Mehr als die Noth des neuen Kurfürsten bewog wohl Karl schließlich die Wahrnehmung, daß auch die böhmischen Stände sich geneigt zeigten, mit Johann Friedrich gemeinsame Sache zu machen, zu raschem Eingreifen. Um Ostern 1547 war er in Eger, und von da zog er mit starker Heeresmacht dem geächteten Fürsten entgegen.

Bei Mühlberg stand dieser, am rechten Ufer der Elbe, während der Kaiser, in dessen Heere Alba und Moritz befehligten, am linken Ufer des Stromes heranrückte. Am 24. April kam es dort zur Entscheidung. Es war ein Sonntag, und der Kurfürst, seiner frommen Gewohnheit treu, hörte die Predigt, während schon seine Truppen mit den Kaiserlichen, welche durch eine Furth den Strom überschritten, handgemein wurden. Wohl hätte er sich in Begleitung seiner Reiter durch die Flucht retten und seine Festung Wittenberg erreichen können, allein er wollte nicht, daß sich sein Fußvolk opfere, ohne daß er selbst die Gefahren des Kampfes theile. Nach kurzem Gefechte waren seine Schaaren zersprengt und stoben vor der Uebermacht des Feindes in alle Winde auseinander; Johann Friedrich selbst fiel, nach tapferer Gegenwehr, am Kopfe verwundet, in die Hände der Feinde. Als Gefangener stand er vor dem zürnenden Antlitz des Kaisers. Nur 7 Monate waren verflossen, seit er im Feldlager vor Ingolstadt jene trotzige Erklärung wider „Karl, König in Hispanien, der sich den fünften römischen Kaiser nennt" hatte ausgehen lassen. „Erkennt Ihr mich nun für einen römischen Kaiser?" rief ihm jetzt Karl entgegen. Und als Johann Friedrich in dumpfer Wehmuth erwiderte: „Ich bin auf diesen Tag ein armer Gefangener, kaiserliche Majestät wolle sich gegen mich als einen gebornen Fürsten halten", erhielt er zur Antwort: „Ich will mich so gegen Euch halten, wie Ihr Euch gegen mich gehalten." Er mußte dem Heere des Kaisers folgen. Dieser zog vor Wittenberg, wo des Kurfürsten Gemahlin, Sibylla, mit treuen Truppen hinter starken Festungswerken stand. Und hier, im Angesicht der Geburtsstätte des Protestantismus, ließ der Kaiser über Johann Friedrich, den „Rebellen und Ketzer", das Todesurtheil sprechen. An den Vollzug dieses Spruches hat er wohl nie ernstlich gedacht, denn der gefangene und gedemüthigte Fürst, den er in seiner Gewalt hatte, war ihm eine werthvolle Bürgschaft, daß die Protestanten fortan Ruhe halten würden. Von den Bedingungen, die ihm vor Wittenberg gestellt wurden, lehnte Johann Friedrich nur die eine entschieden ab, daß er sich den Beschlüssen des Concils unterwerfen solle, seinen Glauben wollte er unangetastet erhalten; sonst ging er aber alles ein, was der Sieger forderte; er verzichtete auf die Kurwürde und auf sein Land, von dem nur einige Aemter in Thüringen zu seinem und seiner Familie Unterhalt bestimmt waren. Jetzt erst konnte sich Moritz als Kurfürst von Sachsen betrachten. Auch die Festung Wittenberg mußte dem Kaiser ihre Thore öffnen. Die tapfern Vertheidiger willigten erst ein, als sie ihr tiefgebeugter Herr selbst dazu anwies.

Als dieser schwere Schlag die protestantische Sache traf, war Martin Luther nicht mehr unter den Lebenden. Auf einer Geschäftsreise war er in seinem Geburtsorte Eisleben angelangt, als ihn tödtliche Krankheit überfiel. Dort starb er am 18. Februar 1546. Seine letzten Lebenstage hatte noch der Gedanke an den drohenden Krieg verbittert; bis zuletzt mahnte er zum Frieden. Noch immer hatte er die Hoffnung nicht völlig aufgegeben, daß eine Wiedervereinigung mit der römischen Kirche möglich sei. Wenn er schon immer das Bestehen einer starken und festen Autorität für ein unabweisbares Bedürfniß gehalten hatte, so war diese Anschauung bei ihm im Alter noch entschiedener hervorgetreten. Und er bangte, daß den Anhängern seiner Lehre dieser feste Halt, wenn er nicht mehr sei, fehlen werde. Nicht ohne bange Sorge sah er in die Zukunft; er fürchtete den Zerfall des neuen Wesens, wenn man sich von den dogmatischen Lehrsätzen, in die er seinen Glauben gefaßt hatte, entfernen würde.

Tiefe Trauer ging durch die Länder, als die Kunde seines Todes bekannt ward. Vielen Tausenden von Menschen hatte seine geistige Kraft, seine sittliche Größe neue Bahnen eröffnet, auf welchen

Bei Mühlberg stand dieser, am rechten Ufer der Elbe, während der Kaiser, in dessen Heere Alba und Moritz befehligten, am linken Ufer des Stromes heranrückte. Am 24. April kam es dort zur Entscheidung. Es war ein Sonntag, und der Kurfürst, seiner frommen Gewohnheit treu, hörte die Predigt, während schon seine Truppen mit den Kaiserlichen, welche durch eine Furth den Strom überschritten, handgemein wurden. Wohl hätte er sich in Begleitung seiner Reiter durch die Flucht retten und seine Festung Wittenberg erreichen können, allein er wollte nicht, daß sich sein Fußvolk opfere, ohne daß er selbst die Gefahren des Kampfes theile. Nach kurzem Gefechte waren seine Schaaren zersprengt und stoben vor der Uebermacht des Feindes in alle Winde auseinander; Johann Friedrich selbst fiel, nach tapferer Gegenwehr, am Kopfe verwundet, in die Hände der Feinde. Als Gefangener stand er vor dem zürnenden Antlitz des Kaisers. Nur 7 Monate waren verflossen, seit er im Feldlager vor Ingolstadt jene trotzige Erklärung wider „Karl, König in Hispanien, der sich den fünften römischen Kaiser nennt“ hatte ausgehen lassen. „Erkennt Ihr mich nun für einen römischen Kaiser?“ rief ihm jetzt Karl entgegen. Und als Johann Friedrich in dumpfer Wehmuth erwiderte: „Ich bin auf diesen Tag ein armer Gefangener, kaiserliche Majestät wolle sich gegen mich als einen gebornen Fürsten halten“, erhielt er zur Antwort: „Ich will mich so gegen Euch halten, wie Ihr Euch gegen mich gehalten.“ Er mußte dem Heere des Kaisers folgen. Dieser zog vor Wittenberg, wo des Kurfürsten Gemahlin, Sibylla, mit treuen Truppen hinter starken Festungswerken stand. Und hier, im Angesicht der Geburtsstätte des Protestantismus, ließ der Kaiser über Johann Friedrich, den „Rebellen und Ketzer“, das Todesurtheil sprechen. An den Vollzug dieses Spruches hat er wohl nie ernstlich gedacht, denn der gefangene und gedemüthigte Fürst, den er in seiner Gewalt hatte, war ihm eine werthvolle Bürgschaft, daß die Protestanten fortan Ruhe halten würden. Von den Bedingungen, die ihm vor Wittenberg gestellt wurden, lehnte Johann Friedrich nur die eine entschieden ab, daß er sich den Beschlüssen des Concils unterwerfen solle, seinen Glauben wollte er unangetastet erhalten; sonst ging er aber alles ein, was der Sieger forderte; er verzichtete auf die Kurwürde und auf sein Land, von dem nur einige Aemter in Thüringen zu seinem und seiner Familie Unterhalt bestimmt waren. Jetzt erst konnte sich Moritz als Kurfürst von Sachsen betrachten. Auch die Festung Wittenberg mußte dem Kaiser ihre Thore öffnen. Die tapfern Vertheidiger willigten erst ein, als sie ihr tiefgebeugter Herr selbst dazu anwies.

Als dieser schwere Schlag die protestantische Sache traf, war Martin Luther nicht mehr unter den Lebenden. Auf einer Geschäftsreise war er in seinem Geburtsorte Eisleben angelangt, als ihn tödtliche Krankheit überfiel. Dort starb er am 18. Februar 1546. Seine letzten Lebenstage hatte noch der Gedanke an den drohenden Krieg verbittert; bis zuletzt mahnte er zum Frieden. Noch immer hatte er die Hoffnung nicht völlig aufgegeben, daß eine Wiedervereinigung mit der römischen Kirche möglich sei. Wenn er schon immer das Bestehen einer starken und festen Autorität für ein unabweisbares Bedürfniß gehalten hatte, so war diese Anschauung bei ihm im Alter noch entschiedener hervorgetreten. Und er bangte, daß den Anhängern seiner Lehre dieser feste Halt, wenn er nicht mehr sei, fehlen werde. Nicht ohne bange Sorge sah er in die Zukunft; er fürchtete den Zerfall des neuen Wesens, wenn man sich von den dogmatischen Lehrsätzen, in die er seinen Glauben gefaßt hatte, entfernen würde.

Tiefe Trauer ging durch die Länder, als die Kunde seines Todes bekannt ward. Vielen Tausenden von Menschen hatte seine geistige Kraft, seine sittliche Größe neue Bahnen eröffnet, auf welchen

das Leben ganzer Völker segensreichen Entwickelungen entgegenstrebte, denen die römischen Satzungen da, wo sie uneingeschränkt galten, immer und überall hemmend in den Weg getreten sind. Nicht nur für die Bekenner seiner Lehre war dieß reiche, nun abgeschlossene Leben der Ausgangspunkt einer neuen Gestaltung der kirchlichen Zustände, nicht nur die Protestanten traten auf Grund der Kämpfe, die der Mönch von Wittenberg gegen die mittelalterliche Kirche siegreich bestanden, mit freierem Blick an die großen Fragen heran, deren Lösung von jeher den menschlichen Geist beschäftigt hat, auch die katholische Kirche in Deutschland hat die guten Züge, welche ihr ein besonderes Gepräge zum Unterschied von den religiösen Verhältnissen der romanischen Völker aufdrückten, Martin Luther zu verdanken.

Solche Erwägungen waren allerdings Karl V. fremd, als er, nachdem Wittenberg gefallen war, an das Grab des Reformators trat. Er war zu sehr von der Unfehlbarkeit seines Glaubens durchdrungen, als daß er mit unbefangenem Blicke die Bedeutung Luthers hätte erfassen können. Aber er wies doch mit strengen Worten die Zumuthung seiner spanischen Priester zurück, die Gebeine des „Ketzers" ausgraben und verbrennen zu lassen. „Nicht mit den Todten," sagte er, „nur mit den Lebenden führe ich Krieg."

Von den Fürsten, die es gewagt hatten, sich dem Kaiser feindlich gegenüberzustellen, war nur noch Landgraf Philipp unbesiegt. Aber seine Stellung war, der Macht des Kaisers gegenüber, unhaltbar und er beeilte sich jetzt, nach der Mühlberger Schlacht, seinen Frieden mit Karl zu machen. Moritz von Sachsen und Joachim von Brandenburg führten die Unterhandlungen, welche endlich dahin zum Abschluß kamen, daß der Landgraf die festen Plätze seines Landes dem Kaiser überliefern und sich selber „auf Gnade und Ungnade" in die Hand des Kaisers geben solle. Dabei war aber den Unterhändlern zugesagt worden, daß diese Unterwerfungsformel, auf welcher der Kaiser bestand, für den Landgrafen „nicht zu körperlicher Strafe oder beständigem Gefängniß" führen werde. Die Vermittler dachten, der Kaiser werde sich mit der Demüthigung des Landgrafen begnügen. Als sich aber dieser zu Halle am 19. Juni dem Kaiser zu Füßen warf, zeigte Karl eine zürnende Miene und verweigerte den Handschlag der Versöhnung, und am Abende desselben Tages ließ er ihm durch Alba den Degen abfordern und erklärte ihn zum Gefangenen. Nun erhoben freilich die Vermittler schwere Vorwürfe und beschuldigten den Kaiser, sie und den Landgrafen getäuscht zu haben, Karl aber konnte sich auf den Wortlaut der Abrede berufen, wonach er wohl berechtigt war, den Landgrafen zeitweilig in Haft zu halten.

Mit seinen beiden fürstlichen Gefangenen traf er im August 1547 zur Eröffnung des Reichstages in Augsburg ein. Er stand jetzt auf dem Höhepunkte seiner Macht, niemand war in Deutschland, der ihm noch Widerstand leistete. Jetzt schien ihm auch der Zeitpunkt gekommen, die kirchliche Frage einer Lösung entgegenzuführen. Von allen Fürsten des Reiches war jetzt, nachdem Johann Friedrich und Philipp in der Gefangenschaft schmachteten, keiner, der einer Beschickung des Concils noch widerstrebt hätte. Aber so eigenthümlich hatte sich nunmehr die Lage der Dinge gestaltet, daß, während der Kaiser den deutschen Protestantismus zu Boden warf, der Papst die auf des Kaisers Andringen versammelte Kirchenversammlung von Trient weg nach Bologna verlegt hatte, um sie dadurch dem unmittelbaren Machtbereich Karls einigermaßen zu entrücken. Denn dem Papste Paul III. lag durchaus nichts an einem Concil, auf welchem eine Vereinigung der getrennten Christenheit anzubahnen versucht werden sollte; er hatte nur daran Interesse, durch ein Concil die Unumschränktheit der päpstlichen Gewalt um einen Schritt vorwärts zu bringen und die alte kirchliche Lehre neu zu befestigen. Gegen

diese Verlegung nach Bologna erhob der Kaiser feierlich Verwahrung; in Deutschland aber schickte er sich an, ohne den Papst eine Glaubensformel ausarbeiten zu lassen, welche vorerst, bis zur endgiltigen Entscheidung, die er immer noch einem Concil vorbehielt, die Protestanten Deutschlands als ihr Bekenntniß annehmen sollten.

Diese Glaubensformel, welche wegen ihrer Bestimmung, nur einstweilen und bis auf weiteres die beiden Religionsparteien zu vereinigen, das Interim genannt wurde, war im wesentlichen eine Zusammenfassung der katholischen Lehre, nur daß den Protestanten das Abendmahl unter beiden Gestalten und die Priesterehe zugestanden war. Natürlich befriedigte diese Ausarbeitung, welche am 15. Mai 1548 den Ständen vorgelesen und zum Gesetz erhoben wurde, Niemanden. Die eifrigen Katholiken wollten nichts von Zugeständnissen an die Protestanten wissen, betrachteten dieselben vielmehr als unzulässige Neuerungen; die Protestanten hinwiederum fanden, daß alles Wesentliche ihres Bekenntnisses der neuen Formel fehle und verwahrten sich dagegen, daß in derselben der Inhalt ihres Glaubens niedergelegt sei.

Da wo die Macht des Kaisers unmittelbar eingreifen konnte, wurde indeß das Interim gegen die Protestanten durchgeführt. Von den katholischen Reichsständen wurde seine Anerkennung nicht verlangt. Die protestantischen Fürsten führten es zum Scheine ein, ließen jedoch den Unterthanen ihren Glauben. Die amtliche Einführung aber wurde von den protestantischen Fürsten streng gefordert; wenn einer zögerte, half wohl eine unerbetene spanische Besatzung seine Entschlüsse beschleunigen. Die süddeutschen Reichsstädte empfanden am schwersten den Druck der kaiserlichen Macht. In Augsburg und Regensburg, in Ulm und Nürnberg wurde das Interim mit Gewalt eingeführt und Hunderte von Bürgern, die sich dieser kaiserlichen Verfügung nicht unterwerfen, die ihrem Glauben treu bleiben wollten, wurden in das Elend gejagt und irrten, von den spanischen Söldnern des deutschen Kaisers verfolgt, heimathlos von Ort zu Ort. Konstanz wurde zur Strafe für die Widersetzlichkeit seiner protestantischen Bürgerschaft der Reichsunmittelbarkeit beraubt und zu einer österreichischen Landstadt gemacht. Nur im Norden Deutschlands, wohin die Macht des Kaisers nicht reichte, erhielt sich der Protestantismus mit offener Verwerfung des Interim, besonders in Magdeburg, wo viele der um des Glaubens willen Verfolgten eine Zufluchtsstätte fanden; der Kaiser mußte sich begnügen, die muthige Stadt in die Acht zu erklären und dem Kurfürsten Moritz den Vollzug zu übertragen.

Mehr Erfolge als auf dem kirchlichen brachte der Augsburger Reichstag dem Kaiser auf dem politischen Gebiete. Zwar scheiterte, besonders an dem lebhaften Einspruche der größeren Fürsten, der Plan, eine „Liga des Reiches" zur Sicherung des Landfriedens zu gründen und auf ihre Kosten ein stehendes Heer zu erhalten, anderseits aber gelang es Karl, bedeutende Geldmittel zu bekommen, mit denen er seine fremden Truppen bezahlte und die Macht des Reichskammergerichts wesentlich zu verstärken und durchaus mit Richtern zu besetzen, die ihm und der katholischen Sache unbedingt ergeben waren.

Während in den nächsten Jahren die Söldnerschaaren des Kaisers mit barbarischer Grausamkeit überall im Reiche hausten, wo es galt, die von ihrem Gebieter befohlene Glaubensnorm zur Geltung zu bringen, fuhr Karl fort, die beiden Fürsten, die ihm das Kriegsglück und der Verrath des Herzogs Moritz in die Hände geliefert hatte, in strengem Gewahrsam zu halten. Johann Friedrich behielt er an seinem Hoflager, Philipp aber ließ er von Augsburg erst nach Nördlingen und von da den Rhein herunter nach Mecheln führen und überall wie einen Verbrecher behandeln. Die Quälereien der ihm vom Kaiser gesetzten Kerkermeister brachten den unglücklichen Fürsten fast bis an die Grenze des Wahnsinns. Dieser Grausamkeit konnten weder die rührenden Bitten der Landgräfin noch die dringende Verwendung der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen Einhalt thun. In der schonungslosesten Bestrafung des „Rebellen und Ketzers" fand Karl eine seinem Machtgefühl aufs Höchste schmeichelnde Befriedigung.

Wenn diese unwürdige Behandlung eines Reichsfürsten die anderen Fürsten auf das Aeußerste erbittern mußte, so rief nicht minder die Unzuverlässigkeit der kaiserlichen Versprechungen auch bei den bisherigen Anhängern und Bundesgenossen Karls große Unzufriedenheit hervor; besonders der Herzog von Baiern war arg enttäuscht, als er jetzt weder die verheißene Kurwürde seines pfälzischen Vetters, noch das Herzogthum Neuburg erhielt. Noch mehr empörte der immer deutlicher zu Tage tretende Plan des Kaisers, seinen in Spanien erzogenen Sohn Philipp zum Erben der Kaiserwürde zu machen. Schon hatte er diesen mit dem Herzogthum Mailand, einem deutschen Reichslehen, belehnt und dasselbe damit dem Reiche entfremdet, er hatte ferner einen Vertrag zu Stande gebracht, durch welchen die Niederlande, die ebenfalls Philipp zufallen sollten, von der Oberhoheit des Reiches freigemacht und völlig selbstständig gestellt wurden, während Deutschland die Verpflichtung übernahm, dieselben gegen jeden Feind vertheidigen zu helfen. Jener Plan beleidigte nicht nur das nationale Gefühl der deutschen Fürsten, sondern er durchkreuzte auch die Hoffnungen der österreichischen Habsburger, des Königs Ferdinand und seines Sohnes Maximilian, die wenig Neigung zeigten, dem spanischen Vetter zur Kaiserwürde zu verhelfen. Zwar mußten auch sie sich noch auf dem Reichstage, den der Kaiser im Jahre 1550 abermals in Augsburg abhielt, zu einer Verabredung bequemen, in welcher sie sich zur Förderung dieses Vorhabens verpflichteten, für das auch andere Fürsten schon gewonnen waren, aber beide benutzten den ersten Augenblick, in welchen sie Karl in ernste Verwickelungen verstrickt sahen, sich dieser Verpflichtung wieder zu entziehen.

Dem mächtigen Kaiser, der seinen Sieg und die Gewalt, die ihm seine europäische Stellung verlieh, in so übermüthiger Art zur Geltung gebracht hatte, standen die deutschen Fürsten in ihrer Mehrzahl und die ganze protestantische Bevölkerung des Reiches in dumpfer Unzufriedenheit gegenüber.

Immer stärker traten die Absichten Karls hervor, die Rechte der deutschen Fürsten zu Gunsten seiner Machtvollkommenheit zu schmälern. Schon ließen die Spanier in seiner Umgebung das Wort vernehmen: es wäre besser, wenn Deutschland einen Herren statt so vieler Tyrannen hätte. Aber bei aller Unzufriedenheit schien der Mann zu fehlen, der fähig war, die widerstrebenden Kräfte aus ihrer Vereinzelung zu lösen und in einen der Macht des Kaisers gewachsenen Bund zu vereinigen. Da erstand dieser Retter in der Noth unerwartet in demselben Moritz von Sachsen, auf dessen Haupt vorzugsweise die Schuld lastete, diese trostlosen Zustände herbeigeführt zu haben.

Nicht umsonst hatte Moritz so lange die politische Schule des klugen und verschlagenen Karl und seiner spanischen Staatsmänner genossen. Nicht mit der ehrlichen und biedern Geradheit eines Philipp und Johann Friedrich lehnte er sich gegen die unerträglich gewordene Tyrannei des Kaisers auf, nein mit klugen und wohlberechneten Intriguen bereitete er Alles für den Augenblick vor, in welchem er glaubte, die ganze scheinbar so feste Stellung Karls in Deutschland in ihren Grundlagen erschüttern zu können.

Während sich Moritz den protestantischen Fürsten Norddeutschlands näherte und durch Darlegung seiner Gesinnungen bestrebt war, das natürliche Mißtrauen, das gegen ihn herrschte, zu beseitigen,

hielt er gleichwohl seine Verbindungen mit Karl V. aufrecht. Er erklärte seine Bereitwilligkeit zur Beschickung des Concils, das Papst Julius III., der Nachfolger Pauls III., auf des Kaisers Wunsch von Neuem in Trient versammelte; er ließ sich vom Kaiser den Auftrag ertheilen, die Reichsacht gegen Magdeburg zur Ausführung zu bringen. Es gehörte die ganz hervorragende politische Begabung, welche Moritz eigen war, dazu, diese schwierige Rolle mit Erfolg durchzuführen. Denn auch dem Kaiser blieb nicht verborgen, daß bei dem sächsischen Fürsten Gründe zur Unzufriedenheit vorhanden waren, und er kannte ihn zur Genüge, um zu wissen, daß er nicht geneigt sein würde, die ihn beschwerenden Verhältnisse geduldig hinzunehmen.

Schon im Frühjahr 1550 lehnte Moritz es ab, den Reichstag zu besuchen, da der Kaiser sich nicht herbeiließ, seinem Drängen auf Freilassung Philipps von Hessen nachzugeben

Aber die bloße Verbindung mit den norddeutschen Protestanten genügte ihm nicht; er sah wohl ein, daß er noch anderer Mittel bedürfe, um sich mit Aussicht auf Erfolg der Macht des Kaisers entgegenzustellen. Er trat in Verhandlungen mit Frankreich. Dort war auf König Franz I., den langjährigen Gegner Karls V., dessen Sohn Heinrich II. in der Regierung gefolgt, nicht nur der Erbe des Thrones, sondern auch der politischen Gesinnungen und Pläne seines Vaters. Wenn auch noch Friede zwischen ihm und dem Kaiser herrschte, so bekämpften sie sich doch bereits indirect in Italien, wo Karl V. den Papst in seinen Unternehmungen gegen die Farneses, die begünstigten Verwandten des verstorbenen Paul III., unterstützte, während deren Auflehnung gegen Julius III. durch König Heinrich begünstigt wurde. Bei den deutschen Fürsten hatte Moritz schweren Stand, als er ihnen die Nothwendigkeit darlegte, nicht erst einen Angriff des Kaisers abzuwarten, sondern ihm zuvorzukommen und dazu auch noch französische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Auf Frankreich war aber natürlich nur zu rechnen, wenn sich die verbündeten deutschen Protestanten dazu verpflichteten, im geeigneten Augenblick einen Angriffskrieg gegen Karl V. zu unternehmen. Denn nur die Aussicht, den verhaßten Habsburger zu demüthigen, machte für die Franzosen das Bündniß mit den deutschen Protestanten wünschenswerth, während ihnen nichts an der Vertheidigung des Augsburger Bekenntnisses lag, zu der sich in Dresden und Torgau im Mai 1551 die deutschen Fürsten verbunden hatten. Darum trat, als nunmehr Moritz die religiöse Frage völlig in den Hintergrund stellte, Markgraf Hans von Brandenburg von dem Bunde zurück, die andern Fürsten vereinigten sich im October 1551 in Lochau zu einem Angriffsbündnisse gegen den Kaiser.

Der König von Frankreich aber war nicht damit zufrieden, daß ihm die Aussicht eröffnet wurde, dereinst zum Kaiser gewählt zu werden, er forderte den Besitz der lothringischen Grenzlande mit den Städten Metz, Toul und Verdun. Und die protestantischen Fürsten bewilligten diese Beraubung des Vaterlandes. Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg, der ein paar Jahre zuvor aus dem Lager seiner Glaubensgenossen zu Karl übergegangen, aber seitdem von grimmigem Hasse gegen die spanischen, italienischen und wallonischen Heerschaaren des Kaisers und ihr unmenschliches Wüthen erfüllt worden war, brachte Heinrich II. die Zustimmung der deutschen Fürsten nach Chambord; dort wurde am 15. Januar 1552 der Vertrag endgiltig abgeschlossen. Nicht zur Vertheidigung dieses traurigen Entschlusses, altes Reichsland den Franzosen preiszugeben, sondern nur als ein Milderungsgrund mag angeführt werden, daß in diesen Landestheilen die deutsche Sprache nicht die Sprache des Volkes war. Trotzdem wird sich noch heute jedes deutsche Herz empören bei dem Gedanken an die unpatriotische That dieser Fürsten,

welche den Anfang machten, deutsches Land dem beutegierigen Nachbar zu überliefern und den Westen Deutschlands seines stärksten Bollwerkes zu berauben, das erst mehr als drei Jahrhunderte später durch deutsche Tapferkeit und Ausdauer wiedergewonnen werden konnte. Aber dieses Verbrechen am Vaterlande war doch nur die Folge der unseligen habsburgischen Politik, welche, beeinflußt von dem fanatischen Glaubenseifer spanischer Priester, die Herrschaft der römischen Kirche herzustellen, deutsche Fürsten widerrechtlich ins Gefängniß warf und die protestantische Bevölkerung Deutschlands mit allen Greueln der grausamsten Verfolgung züchtigte. Gegenüber der Gefahr, das deutsche Reich von dem finstern spanischen Philipp und von den Henkersknechten der Inquisition regiert zu sehen, mochte auch den besten Patrioten der Gedanke verzeihlich erscheinen, eine Provinz dem Reiche zu entfremden, wenn dadurch jenes Uebel abgewendet wurde. Eine schwerere Verurtheilung Karls V. und seiner Politik läßt sich kaum denken, als ein Vergleich zwischen der hochaufjauchzenden Hoffnung, mit der im Jahre 1519 sein erstes Erscheinen auf deutschem Boden begrüßt wurde und dem traurigen politischen Schachzug, der bestimmt war, 33 Jahre später seiner Mißregierung in Deutschland ein Ende zu machen.

Für Moritz von Sachsen bot sich eine vortreffliche Gelegenheit, ein stattliches Heer zu sammeln, in dem kaiserlichen Auftrage zur Belagerung von Magdeburg. Mehr als ein Jahr lag er vor dieser Stadt, im November 1551 endlich öffnete sie ihm ihre Thore, nachdem, in lange dauernden Unterhandlungen und nicht ohne Vermittelung der ihm jetzt verbündeten Fürsten, Moritz die Häupter der Stadt über seine Absichten beruhigt hatte. Nun aber entließ er sein Heer nicht, sondern behielt die bedeutende Streitmacht um sich, entschlossen, sobald die Jahreszeit es erlaube, den Krieg zu beginnen.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß so bedeutende Rüstungen und so weitverzweigte Unterhandlungen dem Kaiser und seinen Räthen kein Geheimniß bleiben konnten. Karl aber unterschätzte die Gefahr; wie er Johann Friedrich zu Boden geworfen, so dachte er auch Moritz, wenn dieser wirklich die Waffen gegen ihn ergreifen würde, rasch zu überwinden. Im Stillen aber lachte er der Pläne des sächsischen Fürsten, im Bewußtsein seiner kaiserlichen Macht und Größe schien ihm der Gedanke ganz unfaßlich, daß dieser ernstlich wagen könne, sich gegen ihn zu empören. Als im März 1552 König Heinrich von Frankreich den Augenblick für gekommen hielt, in die deutschen Grenzlande einzurücken, wo er sich als Vertheidiger der deutschen Freiheit gegen Kaiser Karl ankündigte, da standen auch die Heere des Kurfürsten Moritz und seiner Bundesgenossen im Felde, da eilten, an der Spitze ihrer Truppen, die Söhne des gefangenen Landgrafen Philipp herbei, da sammelte Albrecht Alcibiades von Brandenburg seine krieggeübten Schaaren. In Eilmärschen rückten sie gegen Süddeutschland vor, am 4. April hatte Moritz sein Hauptquartier schon in Augsburg, dessen spanische Besatzung ohne Schwertstreich die Stadt verlassen hatte. Der Aufruf, den die verbündeten Fürsten an das deutsche Volk ergehen ließen, verfehlte nicht, alle Gemüther zu erregen. Sie erklärten, daß es ihre Absicht sei, nicht nur den rechtswidrig gefangenen Landgrafen zu befreien, sondern auch für die Beschwerden der Nation Abhilfe zu bringen; sie wollten einen wirklichen und wahren Religionsfrieden stiften, sie wollten das Reich von der Herrschaft der Fremden befreien, sie wollten die Gefahr abwenden, daß ein fremder Fürst der Erbe der Kaiserkrone werden solle. Und kurz und bündig kennzeichnete eben damals Moritz die Lage der Dinge, wenn er in einem Briefe sagte: man wolle nicht länger den Pfaffen und den Spaniern unter dem Fuße liegen.

Von diesem raschen Ueberfalle sah sich der

Kaiser, der eben damals in Innsbruck verweilte und in voller Ruhe seine Pläne in Betreff des Concils und der Nachfolge seines Sohnes im Reiche weiter fortzuspinnen gedachte, überrascht und für den Augenblick nicht in der Lage, ihn mit Waffengewalt zurückzuweisen. Auch seine Verwandten und Verbündeten zeigten wenig Lust, zu seiner Unterstützung herbeizueilen. Mit König Ferdinand und dessen Sohn Maximilian hatte Moritz in fortwährender Verbindung gestanden und sie hatten kein Interesse, zu wünschen, daß durch einen schnellen Sieg Karls die gegen ihre eigenen Wünsche und Hoffnungen gerichteten Aussichten Philipps von Spanien sich der Erfüllung näherten. Aber auch der Herzog Albrecht von Baiern, auch die geistlichen Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier hatten für Karl nur Worte der Theilnahme, aber keine Hilfstruppen. Das einzige, was Ferdinand geneigt war, für seinen Bruder zu thun, war, daß er sich zum Vermittler anbot. Er erreichte, daß Moritz sich bereit finden ließ, mit ihm in Linz zu einer Besprechung zusammenzukommen. Dort versuchte Ferdinand den sächsischen Fürsten, gegen das Versprechen der Freilassung des Landgrafen, zur Niederlegung der Waffen zu bestimmen; dieser aber wollte sich damit nicht begnügen, verlangte namentlich auch Zugeständnisse in der religiösen Frage und bestand darauf, daß zur Weiterführung der Berathungen auch die anderen Fürsten des Bundes und eine Anzahl neutraler Stände beigezogen würden. Am 23. April wurde festgesetzt, daß diese Berathungen Ende Mai in Passau stattfinden sollten. Auf eine von Ferdinand beantragte Waffenruhe bis zu diesem Zeitpunkte ging Moritz nicht ein.

Indessen hatte Kaiser Karl diesen Stillstand nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Zwar ein Versuch, sich von Innsbruck aus nach Flandern zu begeben und dort den Widerstand gegen die Verbündeten zu organisiren, mißlang, bei Lermos hinderten ihn die feindlichen Heere, die tirolische Grenze zu überschreiten. Um so eifriger war er bestrebt, bei den an der Verschwörung nicht betheiligten Fürsten Deutschlands sich Hilfe zu verschaffen und aus Neapel, Spanien und den Niederlanden Geld und Truppen herbeizuziehen. Im Reiche kam seinen Bestrebungen die täglich wachsende Entrüstung über den Einfall der Franzosen in deutsches Gebiet wohl zu statten.

Aber bevor noch der Kaiser in der Lage war, seine Rüstungen in erheblichem Maße zu fördern, stellte sich mit raschem Entschlusse Moritz an die Spitze seiner Truppen, eroberte am 19. Mai mit stürmender Hand die Veste Ehrenberg und rückte in Eilmärschen auf Innsbruck vor. Wenig fehlte, so wäre es ihm gelungen, den Kaiser zum Gefangenen zu machen. An der Gicht erkrankt, entkam Karl in nächtlicher Flucht über die Berge und wandte sich zu seinem Bruder nach Steiermark. Solcher Schrecken ging vor Moritz einher, daß auch die Väter des Concils zu Trient, in der bangen Sorge, daß seine nächste Waffenthat der Stadt des Concils gelten werde, in eiliger Flucht ihr Heil suchten.

Nun waren für die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den verbündeten Fürsten die Grundlagen wesentlich verändert. Zu der Niederlage und Demüthigung Karls kam noch hinzu, daß es Moritz gleichzeitig gelang, den König Heinrich II. dazu zu bringen, daß er die Fortsetzung des Krieges aufgab und, sich mit dem leicht erworbenen Besitze von Metz, Toul und Verdun begnügend, wieder nach Frankreich zurückzog. Indeß war Karl doch noch keineswegs zur Nachgiebigkeit entschlossen. Im Gegentheil, während er seinen Bruder Ferdinand die Verhandlungen zu Passau führen ließ, suchte er auf alle Weise Verhältnisse und Personen gegen Moritz und dessen Verbündete zu benutzen. Noch in Innsbruck hatte er Johann Friedrich freigelassen, in dem er einen Bundesgenossen gewonnen zu haben hoffte, der durch seine persönliche Erbitterung gegen Moritz und durch sein hohes Ansehen bei den protestantischen Ständen von besonderer Bedeutung für ihn werden könnte. Albrecht Alcibiades, dessen Beutegier er kannte, ließ er Geld anbieten, Hans von Brandenburg gewann er in der That für seine Kriegsdienste.

Es liegt auf der Hand, wie schwer unter solchen Umständen die Aufgabe des Königs Ferdinand war, mit den beiden Parteien zu verhandeln und eine Vereinbarung zwischen denselben zu Stande zu bringen. Und dabei handelte es sich zudem nicht nur um den Kaiser und Moritz und dessen Verbündete, sondern auch alle übrigen, in dem Kampf zwischen diesen neutral gebliebenen Fürsten machten nun in Passau ihre Ansichten geltend. Die Freilassung des Landgrafen Philipp, die natürlich die erste Forderung war, wurde sofort zugestanden; dagegegen führte die Regelung der religiösen Fragen zu langwierigen Unterhandlungen. Nicht nur Moritz forderte einen aufrichtigen, die Gleichberechtigung der Bekenntnisse anerkennenden Religionsfrieden; daß ein solcher nothwendig sei, wenn man die äußerste Zerrüttung von Deutschland abwenden wolle, war auch die Meinung der übrigen, selbst der geistlichen Fürsten. Die einfachste Lösung erkannte man in einem Zurückgehen auf die Bestimmungen des Speirer Reichstags von 1544. Dem aber widersetzte sich Karl mit aller Entschiedenheit. Nicht deßhalb wollte er alle die Kämpfe mit der Feder und dem Schwert geführt haben, um schließlich die Einheit der Kirche zu opfern, die ihm mit der Aufrechthaltung seiner Monarchie gleichbedeutend schien. Mit allen Mitteln der Beredsamkeit suchte er seinen Bruder Ferdinand davon zu überzeugen, daß ein solches Zugeständniß durchaus unzulässig sei. Auch das betonte er, daß nicht bei diesen Verhandlungen, sondern nur von einem ordnungsmäßig berufenen Reichstag die endgiltige Regelung so wichtiger Fragen vorgenommen werden könne. Er ließ sich auf nichts anderes ein, als auf das Versprechen, binnen 6 Monaten einen Reichstag zu diesem Zwecke zu versammeln und bis dahin nichts gegen die Protestanten zu unternehmen.

Als die in Passau versammelten Fürsten erkannten, daß diese Entschließungen des Kaisers unwiderruflich das äußerste Zugeständniß seien, zu dem er bewogen werden könne, stimmten sie dieser Verabredung zu, und auch Moritz ließ sich, wohl unter dem niederdrückenden Einfluß einer Niederlage, die er eben vor Frankfurt erlitten hatte, bereit finden, seine Zustimmung zu geben. Karl aber war selbst dieser geringe Grad von Nachgiebigkeit so schwer gefallen, daß es der eindringlichsten Bitten und Vorstellungen Ferdinands bedurfte, um ihn schließlich am 15. August 1552 zur Ratificirung des Passauer Vertrages zu vermögen. Noch immer lehnte sich in seinem Innern das hohe Gefühl seiner kaiserlichen Würde und der ihn völlig beherrschende Gedanke an die Nothwendigkeit der Glaubenseinheit gegen dieses Uebereinkommen auf. Es wird sogar erzählt, er habe, in den Niederlanden angelangt, durch eine schriftliche Erklärung den Vertrag zurückgenommen und nur die entschiedene Einsprache Ferdinands, der von einer solchen Handlungsweise die schwersten Folgen für die habsburgische Herrschaft in Deutschland befürchtete, habe die Veröffentlichung verhindert.

Mit Frankreich war kein Friede abgeschlossen worden, ein Gesandter König Heinrichs II., der sich in Passau eingefunden, hatte ohne Erfolg wieder abziehen müssen. Nun rüstete sich der Kaiser, seine Mißerfolge in Deutschland durch einen Feldzug gegen Frankreich wieder auszugleichen. Aber vergebens belagerte er Metz. Die Franzosen hatten sich dort vortrefflich befestigt und Franz von Guise leitete mit Geschick und Tapferkeit die Vertheidigung. Im Januar 1553 mußte Karl die Belagerung wieder aufheben. Bei diesem Unternehmen war sein Bundesgenosse

Markgraf Albrecht Alcibiades. Dieser unruhige Kopf, dessen ganzes Sinnen und Trachten nur auf Krieg und Beutemachen gerichtet war, hatte sich dem Passauer Vertrag nicht unterworfen, er zog plündernd und brandschatzend durch die Gebiete der geistlichen Fürsten und war eben im Begriffe, dem Könige von Frankreich seinen Degen zur Verfügung zu stellen, als es dem Herzog Alba gelang, ihn für die kaiserliche Sache zu gewinnen. Er kämpfte tapfer vor der feindlichen Festung, und zum Lohne dafür erkannte der Kaiser die von ihm selbst vorher mit Androhung schwerer Strafen verworfenen Verträge an, welche Albrecht von den fränkischen Ständen erpreßt hatte. Und dieser fuhr fort, eine Schrecken verbreitende Landplage, die Nachbarn seiner eigenen fränkischen Besitzungen wo möglich noch mehr als früher zu bedrängen.

Statt den versprochenen Reichstag zu berufen, war der Kaiser nur von Rachegedanken gegen Moritz erfüllt. Er dachte ernstlich daran, Johann Friedrich die abgenommene und Moritz übertragene Kurwürde wieder zurückzugeben; er wartete nur auf einen Anlaß, daß etwa Moritz irgend einen Punkt des Passauer Vertrages verletze, um über ihn herzufallen. Gegen solche Absichten verbanden sich einerseits König Ferdinand und Moritz, anderseits die süddeutschen Fürsten, welche zu Heidelberg im März 1553 einen Bund zur Vertheidigung ihres Besitzes abschlossen. Markgraf Albrecht Alcibiades war, wohl auch weil der Kaiser, der ihn zwar scheinbar zur Ruhe mahnte, ihn heimlich mit Geld und Truppen unterstützte, nicht zur Nachgiebigkeit auf gütlichem Wege zu bringen. Moritz selbst mußte gegen ihn ins Feld ziehen und schlug ihn bei Sieversḥausen am 9. Juli 1553 aufs Haupt. Aber diese rettende That kostete sein eigenes Leben; in der Schlacht schwer verwundet, starb er am 11. Juli. So war es dem hochbegabten und muthigen Manne gegönnt, den schweren Frevel gegen das Vaterland, zu dem ihn die unseligen politischen Verhältnisse wenige Jahre früher geführt hatten, mit seinem Herzblute zu sühnen. Der Tag von Sieversḥausen brach die Macht des wilden Brandenburgers, der, eine ständige Drohung für alle friedliebenden Nachbarn, einen der schönsten Theile Deutschlands mit seinen rohen Heerschaaren verwüstet hatte. Verfolgt und geächtet, nun endlich auch von seinem kaiserlichen Gönner verlassen, starb Albrecht Alcibiades flüchtig in der Fremde.

Nach Moritz' Tode galt es zunächst für seinen Bruder und Nachfolger, August, sich mit Johann Friedrich in Güte zu vergleichen. In diesem eifrigen Bekenner der Lehre Luthers vereinigte sich sanfte und friedliebende Gesinnung mit einer von den Vorschriften des Evangeliums völlig durchdrungenen und bestimmten Lebensanschauung. Gegen einige Gebietsabtretungen, durch die er für seine Familie sorgte, willigte er in einem Vertrage zu Naumburg ein, nunmehr freiwillig den Verzicht auf die Kurwürde, den ihm Karl V. einst abgezwungen, zu Gunsten der albertinischen Linie seines Hauses zu erneuern.

Den zu Passau versprochenen Reichstag eröffnete am 5. Februar 1555 zu Augsburg König Ferdinand. Kaiser Karl hielt sich von allen deutschen Angelegenheiten fern; er sah, daß die Erfüllung seiner Ideale zur Unmöglichkeit geworden war. Noch vor Kurzem hatte er sich wohl mit dem Gedanken getragen, mit Aufbietung seiner ganzen spanisch-italienischen Macht die deutschen Protestanten zu erdrücken und ihr Bekenntniß zu vernichten; jetzt fühlte er sich doch, früh gealtert wie er war und von Körperleiden gequält, zur Ausführung solcher Gewaltthaten zu schwach, aber zur feierlichen Anerkennung der Protestanten als einer den Katholiken gleichberechtigten Religionsgemeinschaft, dazu konnte und wollte er sich nicht verstehen. Dieß überließ er seinem Bruder und wies von da an jede Anfrage um Rath, jede Entscheidung in diesen Angelegenheiten zurück. Er

solle das Maß der Zugeständnisse mit seinem Gewissen abmachen, ließ er ihm sagen.

In Deutschland aber war die Sehnsucht nach Frieden allgemein. Auch die bairischen Herzoge und selbst die geistlichen Fürsten waren es müde, mit ihren Nachbarn des Glaubens wegen in stetem Hader zu liegen; König Ferdinand, obzwar ein sehr entschiedener Katholik, war doch ebenfalls von der Nothwendigkeit inneren Friedens für das Reich, für sein Haus und seine fortwährend von den Türken bedrohten Erblande überzeugt. So blieben denn die Mahnungen des neuen Papstes, Paul IV., der eigene Vertreter nach Augsburg schickte, um den Abschluß des Religionsfriedens zu hindern, vergebens. Freilich, die ursprünglich von den Protestanten aufgestellte Forderung: daß es jedem Deutschen freistehen solle, sich für die römische Kirche oder für das Augsburger Bekenntniß zu entscheiden, begegnete einem unbesiegbaren Widerspruch. Die päpstlichen Nuntien berichteten nach Rom: so sehr habe die neue Lehre an Boden gewonnen, daß eine solche Bestimmung den völligen Untergang des Katholicismus herbeiführen würde. Da wurde denn Alles aufgeboten, um diese Forderung zu beseitigen, und in der That ließen sich die Protestanten zur Nachgiebigkeit bewegen; nur den Landesherrschaften, so wurde festgesetzt, stand das Recht zu, die Wahl des Bekenntnisses zu treffen, die Unterthanen hatten für sich keine Wahl; ihnen blieb nur übrig, dem Bekenntniß des Landesherren zu folgen oder aus dem Lande zu weichen. Aber auch bei dieser Fassung hatten die katholischen Stände noch Bedenken wegen der geistlichen Fürsten; sie wollten durchaus verhindern, daß das gelungene Unternehmen des Herzogs Albrecht von Preußen oder das wenigstens halb durchgeführte Vorgehen des Erzbischofs Hermann von Köln Nachahmung finde. König Ferdinand bestand deßhalb darauf, daß in die Friedensurkunde der sogenannte „geistliche Vorbehalt" aufgenommen wurde, nach welchem ein geistlicher Stand, der von der alten Kirche zurücktritt, zwar an Ruf und Ehre ungeschmälert bleiben, aber seine Pfründen und Besitzthümer verlieren solle. Die protestantischen Fürsten wollten allerdings durch ihre Weigerung, diesem „Vorbehalt" zuzustimmen, nicht das ganze Friedenswerk vereiteln, allein sie setzten doch durch, daß ihr förmlicher Protest dagegen in der Friedensurkunde seinen Ausdruck fand, und auch hiermit begnügten sie sich erst, als ihnen der König, und zwar gegen den Willen der katholischen Stände, in einer besonderen Erklärung die Zusicherung gegeben hatte, daß in diesen geistlichen Gebieten die protestantischen Unterthanen in ihrer Religion nicht belästigt werden sollten.

Am 15. September 1555 kam der mit so vielen Klauseln versehene Religionsfriede zu Stande, ein Werk, das für den Augenblick allerdings dem Reiche die ersehnte Ruhe zurückgab, aber in allen seinen Verwahrungen, Vorbehalten und Erklärungen die fruchtbarsten Keime zahlreicher Streitfragen barg, welche nur auf das Machtgebiet hinübergeführt zu werden brauchten, um einen neuen und viel schrecklicheren Krieg zu erzeugen. Die Wurzeln des dreißigjährigen Krieges wurden beim Abschlusse des Augsburger Religionsfriedens in die Erde versenkt.

Außer diesen kirchlichen wurden aber in Augsburg auch noch andere, nicht minder wichtige Fragen verhandelt und zu einem Abschlusse gebracht. Durch das gewaltthätige Eingreifen Karls V. in alle Verhältnisse des Reiches waren die alten Ordnungen in völlige Zerrüttung gerathen. Nun wurde das Kammergericht neu organisirt und dabei festgestellt, daß Protestanten eben so gut wie Katholiken zu den Beisitzern desselben gehören sollten. Diese wurden auf das Reichsrecht, den Religionsfrieden und auf Handhabung des Landfriedens verpflichtet, wodurch endlich die lange erhobenen und sehr wohlberechtigten Klagen der Evangelischen über Parteilichkeit des obersten Reichsgerichtes beseitigt wurden. Auch eine neue Kreis- und Executions-

ordnung wurde entworfen, welche, auf Grundlage der gegenseitigen Verpflichtung zur Hilfeleistung, die fast in Vergessenheit gerathene Eintheilung des Reiches in Kreise neu belebte und durch Feststellung der wechselseitigen Rechte und Pflichten dem zum Hohne des Landfriedens Sitte gewordenen Gebrauch der Selbsthilfe feste Schranken zog. Ueberall machte sich, nachdem der Versuch Karls V., eine unumschränkte kaiserliche Monarchie zu gründen, gescheitert war, das Bestreben geltend, die Rechte der Reichsstände klar festzustellen und ihre Handhabung zu sichern.

Eine solche Gestaltung der Verhältnisse brachte den schon seit geraumer Zeit gehegten Vorsatz des Kaisers Karl, sich vollständig von der Regierung des Reiches zurückzuziehen, zur Reife. An dem Siege der katholischen Sache in Deutschland verzweifelnd, gab er auch den Gedanken, seinem Sohne Philipp die Nachfolge im Reiche zuzuwenden, nunmehr vollständig auf. Er war jetzt nur noch bestrebt, diesem Sohne in den romanischen Theilen Europas eine herrschende Stellung zu begründen. Wie er ihn durch die Belehnung mit Mailand in Oberitalien festen Fuß fassen ließ, so suchte er jetzt durch die Vermählung Philipps mit Maria von England nicht nur dem Katholicismus, der alsbald in dem Inselreiche wieder hergestellt wurde, eine verlorene Stellung von Neuem und dauernd zu sichern, sondern dadurch gleichzeitig gegen den alten Feind Spaniens, gegen Frankreich, die Macht seines Sohnes wesentlich zu erhöhen. In der That, wenn dieser in Spanien, in England und Italien gebot, so umfaßte seine Macht ganz Westeuropa und war von solcher Bedeutung, daß sie, in Verbindung mit den reichen Hilfsquellen der überseeischen Colonien, Philipp auch ohne die Kaiserkrone eine Weltstellung gewährleistete.

Um so mehr konnte Karl, von jeher gleichgiltig gegen die besonderen Interessen Deutschlands, seinen Frieden mit Heinrich II. von Frankreich auf der Grundlage des gegenwärtigen Besitzes abschließen, wonach die lothringischen Bisthümer in der Hand der Franzosen blieben.

Die Loslösung Karls V. von seinen Regierungsrechten und Pflichten in Deutschland erhielt im September 1556 ihren förmlichen Abschluß, als er von Brüssel aus die Stände des Reiches benachrichtigte, daß er die deutsche Krone niedergelegt habe. Gleichzeitig übertrug er seinem Sohne Philipp die Kronen von Spanien und Neapel und die Herrschaft in den Niederlanden und zog sich lebensmüde in das spanische Kloster St. Juste zurück, wo er am 21. September 1558 starb.

Der Grundgedanke der ganzen Politik Karls V., die Einheit des weltlichen und kirchlichen Wesens wieder herzustellen, war gescheitert, weil der Geist des Jahrhunderts sich dieser Einheit mit voller Macht entgegenstellte. Aber das Mißlingen dieses Planes und die unserer Auffassung widerwärtigen Züge in Karls Charakter dürfen uns doch nicht abhalten, die hervorragende Bedeutung seiner Persönlichkeit anzuerkennen. Er hat seine Regentenpflichten mit großem Ernst aufgefaßt und von den jungen Jahren an, in denen ihm die Bürde zweier Kronen auferlegt wurde, in rastloser Arbeit sich der Erfüllung seiner großen Aufgaben gewidmet. So bedeutende Männer ihn umgaben, Staatsmänner von weitreichendem Blick und unbeugsamer Energie, so blieb er doch stets der Herr seiner Entschlüsse. Er scheute nie die Mühe, selbst zu sehen, selbst zu urtheilen und selbst zu entscheiden. Auch als Feldherr ragt er unter seinen Zeitgenossen hervor. Er besaß sicheren Ueberblick über die Kräfte, die er beherrschte und über die seine Gegner verfügten; es fehlte ihm nicht der Muth, im rechten Augenblick Großes zu wagen. Krankheit und persönliche Schwäche hielten ihn nicht ab, alle Strapazen des Lagers mit seinen Truppen zu theilen. Hätte ihn nicht der finstere Glaubenseifer beherrscht, den er seiner spanischen Erziehung verdankte und der mit dem nahenden Alter immer schärfer seine ganze Lebensanschauung bestimmte, so wäre er, nach seiner Begabung und im Besitze der größten Macht, die seit langen Zeiten wieder zum ersten Male ein deutscher Kaiser in seiner Hand vereinigte, wohl der Regent gewesen, den Deutschland bedurfte und ersehnte. Der verhängnißvolle Irrthum, der all sein Thun und Lassen leitete, trägt die Schuld, daß Karl V., statt, wie die Zeitgenossen seiner Jugend gehofft, der Begründer deutscher Größe zu werden, als der Urheber der traurigsten Schicksale unseres Vaterlandes in der Geschichte fortlebt.

Wenn auch König Philipp die deutsche Krone nicht auf sein Haupt setzte, der spanische Einfluß war doch fortan in den deutschen Verhältnissen ein mächtiger Factor, mit welchem die Politiker im Reiche zu rechnen hatten. Von Spanien aus wurde Alles aufgeboten, um der weiteren Verbreitung des Protestantismus in Deutschland Hemmnisse zu bereiten und dem Katholicismus, der so große Gebiete verloren hatte, zu neuer Machtentfaltung und Wiedereroberung des ihm Entzogenen zu verhelfen. Eines der wesentlichsten Werkzeuge, dessen sich dabei die eng verbündete Politik Spaniens und des römischen Hofes bediente, war die Gesellschaft Jesu.

Bei der Vertheidigung von Pampelona gegen die Franzosen im Jahre 1521 war ein tapferer spanischer Edelmann, Ignaz Loyola, schwer verwundet worden. Während er auf dem Schmerzenslager litt, hatte ihn ein tiefer Ekel an aller Lust der Welt erfaßt und war der Entschluß in ihm gereift, fortan sein Leben ausschließlich dem Dienste der Kirche zu widmen. Mit schwärmerischem Eifer erfaßte er diese Aufgabe, pilgerte nach Jerusalem, studirte in Paris Theologie und trug sich mit dem Gedanken, in Begleitung sinnesverwandter Freunde in den heidnischen Ländern jenseits des Weltmeeres die christliche Lehre zu verkündigen.

Da erhob in Deutschland das protestantische Bekenntniß sein Banner zum Kampfe gegen die römische Kirche, und bald wurde bei Loyola und seinen Genossen der Plan angeregt, dieser nächsten Gefahr als streitbare Hilfsmacht der Kirche entgegenzutreten. Er kam mit seinem Bruder nach Rom, und Papst Paul III. verlieh der Genossenschaft die Bestätigung, indem er sie als einen kirchlichen Orden anerkannte. Ein Freund Loyolas, Jacob Lainez, gab der neuen Verbindung das Gepräge, durch welches sie sich alsbald von allen anderen Orden der Kirche unterschied.

Ignaz von Loyola.

Das wesentlichste und wichtigste Element in den Satzungen der „Gesellschaft Jesu" war der unbedingte Gehorsam. Die strenge Schulung des Gehorsams, der vollständige Verzicht, den jedes Mitglied auf seinen eigenen Willen leistete, bildete für den, welcher in den Orden eintrat, die Grundlage seines ferneren Wirkens. Für den Jesuiten hörten alle Bande zu bestehen auf, die ihn bis dahin an die Welt gefesselt hatten: Freundschaft, Verwandtschaft, Vaterland, das alles hatte er zu vergessen, nur die Vorschriften der Oberen waren

fortan seine Richtschnur; selbst Handlungen, die er als sündhafte erkannte, sollte er ohne weitere Prüfung verrichten, wenn die Oberen sie ausdrücklich befahlen. Und alle diejenigen, welche sich in solcher Weise zu brauchbaren Mitgliedern des Ordens vorgebildet und als solche bewährt hatten, wurden bedingungslos dem Befehle des Papstes unterstellt.

An die Spitze der Vereinigung trat ein General, von 1541 bis zu seinem Tode, 1556, Loyola selbst, als sein erster Nachfolger Lainez, welcher mit völlig unumschränkter Macht über den gesammten Orden gebot und seinerseits nur den Papst als über sich stehend anerkannte. Der Orden war als eine Körperschaft gedacht, welche die ganze Erde umfaßte, soweit sie von der Kirche beherrscht wird, die ganze christliche Welt war sein Arbeitsgebiet und wurde in Provinzen getheilt; der Gewalt der Bischöfe war keine Einwirkung auf die Jesuiten gestattet; die Provinziale des Ordens verkehrten nur mit ihrem zu Rom wohnenden General.

Die Mönchsorden früherer Jahrhunderte hatten, je nach der Richtung, die ihnen ihre Stifter oder im Laufe der Zeit hervorragende Männer unter ihren Mitgliedern angewiesen, mannichfache Verdienste. Die einen förderten Ackerbau und Gewerbe, andere arbeiteten mit hervorragendem Erfolge auf dem Gebiete der Seelsorge, wieder andere zeichneten sich durch eifrige Pflege der Wissenschaften aus. Bei den Jesuiten war der einzige Zweck ihrer Vereinigung der Kampf für die Allgewalt des unfehlbaren Papstthums. Die Wissenschaften an und für sich waren kein Gegenstand ihrer Thätigkeit, nur die Verwerthung der Wissenschaft für die Macht der Kirche beschäftigte sie. Die alten Sprachen, die Logik, die Rhetorik waren ihnen nur Waffen, die sie im Dienste der Kirche führen lernten und lehrten. Die Philosophie ließen sie nur in den Bahnen der freies Denken ausschließenden mittelalterlichen Scholastik gelten. Die alltägliche Seelsorge, bei Bürger und Bauer, vielfach das eigentliche Gebiet, auf dem die Bettelorden sich festgesetzt hatten, war den Jesuiten gleichgiltig; aber daran lag ihnen viel, daß Fürsten, Staatsmänner, einflußreiche Personen ihre Beichtstühle aufsuchten. Ein weltmännisches Benehmen, die Kenntniß der vornehmen Kreise und ihrer Schwächen, ein scharfes Urtheil über die Fragen der hohen Politik suchten sich jene zu eigen zu machen, welche im Jesuitenorden eine höhere Stellung zu erringen wünschten. Nicht am wenigsten beschäftigte sie der Unterricht der Jugend, sie kannten recht wohl die Richtigkeit des Satzes, daß die Zukunft dessen ist, der sich der Jugend bemächtigt.

Dieser Orden, großartig in seiner Gliederung, reich ausgestattet mit Mitteln, klug in der Ausnützung der Vortheile, welche ihm seine Freunde gern einräumten, errang sich in der zweiten Hälfte des 16. und im 17. Jahrhundert in Deutschland eine ganz hervorragende und auf die weitesten Lebensgebiete einflußreiche Stellung. Die Jesuiten haben vorzugsweise dazu beigetragen, daß die Keime der Zwietracht, welche beim Abschlusse des Religionsfriedens in die deutsche Erde gelegt wurden, als üppige Wucherpflanzen aufschossen zum Unheil und Verderben unseres Vaterlandes.

Wenn so dem Katholicismus und der römischen Curie aus einer auf romanischem Boden erwachsenen Einrichtung die bedeutsamste Förderung zu Theil ward, so sollten sich auf der andern Seite auch dem Protestantismus neue Hilfsquellen eröffnen durch die Einwirkung eines Systems, welches ebenfalls in einem der romanischen Nationalität angehörigen Lande entstanden war.

Zu Noyon in der Picardie wurde am 11. Juli 1509 Johann Calvin geboren, ein Sohn wohlhabender Eltern, die ihn vortrefflich unterrichten ließen. Als er in Orleans die Rechte studierte, lernte er Luthers Lehre kennen; tief von ihr ergriffen, wandte er sich der Theologie zu und begann bald in ihrem Geiste zu predigen. Aber in dem französischen Einheitsstaate war kein Boden für eine von der allgemeinen Glaubensform abweichende Ketzerei. Er mußte sein Vaterland verlassen. In Italien, in Deutschland bildete er seine religiösen Ansichten weiter aus, in Basel gab er

1536 sein merkwürdiges Buch über die christliche Religion heraus. Er ist eben so weit von der conservativen Richtung Luthers als von dem nüchternen Rationalismus Zwinglis entfernt. Die strenge Folgerichtigkeit seines Denkens verräth die juristische Grundlage seiner Bildung. Als Republikaner will er die Rechte, welche Luther der Obrigkeit zugesteht, auf die Gemeinde übertragen, in der Gemeinde aber soll Kirche und Staat einander völlig durchdringen und der Wille der Gemeinde soll das Leben jedes einzelnen Gemeindegliedes nach allen Richtungen hin bestimmen und beherrschen.

Der unbeugsamen Willenskraft Calvins gelang es, in Genf ein Gemeinwesen nach seinem Ideal aufzurichten. Aus der sittenlosen, lebensfreudigen Stadt bildet er mit gewaltiger Hand eine Stätte ernsten religiösen Lebens. Wie einer der königgleichen Propheten des alten Bundes steht er in der Mitte dieses Kirchenstaates ohne Gleichen. Da ist kein äußerer Prunk des Gottesdienstes, da verschwindet alles auf die Sinne wirkende Außenwerk aus den Kirchen, nur die innere Erbauung durch Predigt und Gesang ist der Zweck der Versammlungen in den Gotteshäusern. Die schlichte Einfachheit der alten christlichen Gemeinden stellt er der römischen Priesterherrschaft gegenüber. Mit fanatischer Stärke verfolgte er jede widerstrebende Ansicht; eine Kirchenzucht, die ihres Gleichen nur in den Satzungen des alten Sparta hatte, führte er schonungslos ins Leben ein. Persönlich von tadelloser Reinheit der Sitten, so uneigennützig, daß er arm wie ein Bettler starb, übte dieser harte Charakter einen tiefgehenden Einfluß auf seine Zeitgenossen. Gegenüber der politischen, sich fügenden, vermittelnden Richtung, welche der Protestantismus in Deutschland eingeschlagen hatte, war diese streitbare Thatkraft Calvins und seiner Anhänger mit ihrer starren Einseitigkeit und zähen Ausdauer von der größten Bedeutung.

Wie der Jesuitismus ein mächtiger Bundesgenosse der katholischen Bestrebungen, so wurde der Calvinismus, der bald in Frankreich, in den Niederlanden, in England den Kampf gegen die alte Kirche aufnahm und durch Vertreter von ganz hervorragender Persönlichkeit führte, ein starker Rückhalt für den Protestantismus auch in Deutschland.

Blicken wir auf diese fünfzig Jahre deutscher Geschichte zurück, so sehen wir nach langem Darniederliegen und Dahinsiechen die Nation einen ernsten Anlauf zu gemeinsamer Erhebung in der reformatorischen Bewegung versuchen. Von der Reichsgewalt zurückgewiesen, wird diese Bewegung von dem Landesfürstenthum aufgenommen, welches nach hartem Kampfe zwar über die Macht des Kaisers den Sieg davon trägt, aber doch nur Duldung der evangelischen Lehre erringen kann. Wenn auch mit dem Rückzuge Karls V. der Gedanke einer Weltmonarchie, innerhalb deren das deutsche Reich nur ein unselbstständig in das ganze große Triebwerk eingefügtes Rad sein sollte, aufgegeben war, so erfaßte doch das an der Spitze Deutschlands verbleibende habsburgische Haus seine Aufgabe keineswegs von deutsch-nationalen Gesichtspunkten aus. Mit der alten Kirche verbündet, durch ihre Familienbeziehungen unaufhörlich von den auswärtigen katholischen Höfen beeinflußt, mußte das Streben der Habsburger dahin gehen, mit der Einheit der Kirche auch das Uebergewicht der kaiserlichen Macht im Reiche wiederherzustellen. Dieß führte nothwendig die Folge herbei, daß die protestantischen Stände ebenfalls an dem glaubensverwandten Ausland eine Stütze suchten, und bei ihrem Bemühen, die Selbstständigkeit ihrer Kirche zu erhalten, gleichzeitig die Reichsgewalt, welche das Gegentheil wollte, zu schwächen trachteten. Aus dieser Stellung des Kaiserhauses und der Landesfürsten sind die unseligen Zeiten erwachsen, in denen der deutsche Boden ein großer Kampfplatz war, auf welchem die nationalen und kirchlichen Gegensätze Europas in blutigen Schlachten ausgefochten wurden.

II. Buch.

Bis zum westfälischen Frieden.

(1648.)

Karl V. war von den deutschen Kaisern der letzte, der sich von dem Papste die Krone auf das Haupt setzen ließ, wie er der letzte war, welcher seine Stellung als die eines über alle anderen Fürsten der Christenheit Erhabenen auffaßte. Von da an war nicht mehr die Rede davon, daß ein römischer Kaiser deutscher Nation über die Alpen ziehen solle, um dort aus der Hand des Bischofs von Rom die Krone zu erhalten, deren Besitz in früheren Jahrhunderten nicht nur die Würde, sondern sogar den Namen des Kaisers ausschließlich verliehen hatte. Von nun an nannten sich die Häupter des deutschen Reiches, ohne Rücksicht auf diese kirchliche Weihe ihres Herrscheramtes, römische Kaiser. Aber wenn auch der Papst ihnen nicht mehr, durch Zusage oder Verweigerung derselben, Schwierigkeiten in den Weg zu legen vermochte, es blieb doch nach wie vor der römische Einfluß in Deutschland ein mächtiger und in die Geschicke des Reiches tief eingreifender, und weniger als je betrachteten sich in dem nun folgenden Zeitraum die deutschen Kaiser als die Vertreter, Förderer und Schirmherren des nationalen Lebens. In erster Reihe Habsburger, in zweiter Reihe Katholiken, dachten sie oft gar nicht mehr des Umstandes, daß sie Deutsche seien und wo die Interessen ihres Hauses oder ihrer Kirche und die Interessen des deutschen Reiches sich feindlich gegenüberstanden, unterlagen stets die letzteren. Wenn bei den zwei ersten Nachfolgern Karls V. diese Erscheinung noch weniger stark hervortritt, so ist dieß doch wohl den Einflüssen der gewaltigen Erregung in der Reformationszeit zuzuschreiben, denen sich auch diese habsburgischen Fürsten nicht ganz hatten entziehen können.

Ferdinand I. war in Spanien geboren und bei seinem Großvater, nach dem er genannt war, bei Ferdinand dem Katholischen erzogen; nicht minder als sein Bruder Karl war er unter dem Einflusse des starren und strengen spanischen Katholicismus aufgewachsen, aber noch weniger als dieser war Ferdinand ein Fanatiker. Als er nach Deutschland kam, war ihm Sprache und Sitte des Landes fremd, aber bald hatte er sie sich angeeignet und sie lieb gewonnen, und als er ein Greis war, vermuthete Niemand in dem freundlich wohlwollenden Herren einen des Landes Fremden. Während sein Bruder dem hohen aber unerreichbaren Ziele der Weltherrschaft in Staat und Kirche nachstrebte, hatte Ferdinand gelernt, sich den deutschen Zuständen anzubequemen, in die deutsche Sinnesart sich einzuleben; was dem stolzen, herrischen Befehle Karls nicht gelang, das erreichten oft die klugen, zur rechten Zeit mild auftretenden Verhandlungen Ferdinands bei den deutschen Fürsten, die mit ihm, als dem ersten unter Gleichen, gern und freundschaftlich verkehrten, während sie vor Karls herber Betonung der Kaiserwürde scheu zurückwichen. Wie ihm die Fürsten hoch anrechneten, daß er Karls ausländischen Räthen Widerpart leistete, daß er

in den Verhandlungen zu Passau und Augsburg eifrig bemüht war, den Frieden zu fördern, so liebte ihn das Volk um der schlichten Form seines Auftretens willen; das in der Ueberlieferung noch nicht erloschene Bild seines Großvaters, des ersten Maximilian, schien in Ferdinand neuerdings aufzuleben. Protestanten bewegten sich ungekränkt an seinem Hofe; auch in seinen Erblanden widersetzte er sich dem allmähligen Eindringen der lutherischen Lehre nicht. Wenn er sie auch nicht liebte, so duldete er sie doch.

Unter der Regierung eines solchen Fürsten, bei dem allenthalben deutlich hervortretenden Wunsche des Volkes nach Frieden und Ruhe, war nichts natürlicher, als daß die Grundsätze der Reformation sich in Deutschland immer mehr festsetzten, immer weiter verbreiteten. Wie in Oesterreich, so war auch in Baiern namentlich der Adel der neuen Lehre zugethan, und die Jugend wollte überall von der päpstlichen Kirche nichts mehr wissen. Auch da, wo man äußerlich dem Katholicismus treu geblieben war, traten die Priester in den Ehestand, ohne daß die Gemeinden daran Anstoß nahmen; wie das ganze deutsche Volk gelernt hatte, den Religionsfrieden als ein werthvolles Gesetz zu betrachten, unter dessen Schutz die Bekenner verschiedener Lehren, ohne sich anzufechten, neben einander leben sollten, so schlossen Katholiken mit Protestanten Ehebündnisse, Kinder und Eltern gehörten verschiedenen Bekenntnissen an, ohne daß ihre Beziehungen dadurch irgend gelitten hätten. Wäre es möglich geworden, jetzt, da die Gegensätze sich so wenig schroff berührten, die deutsche Kirche von Rom loszulösen und ihr auf nationaler Grundlage eine selbstständige Stellung zu geben, alle die Greuel der blutigen Kriege, die viele Menschenalter lang unser Vaterland zerfleischten, wären vermieden worden. Nie vielleicht waren die Gemüther besser zur Vereinigung der Bekenntnisse gestimmt, als im Herbste des Jahres 1557, da man noch einmal zu Worms ein Religionsgespräch veranstaltete. Daß die Verständigung trotzdem nicht zu Stande kam, daran trugen zwei Thatsachen die Schuld: einmal die gewaltige Zusammenfassung aller Kräfte der römischen Kirche auf dem Concil von Trient und dann die Zerwürfnisse unter den Anhängern des evangelischen Bekenntnisses.

Alsbald nach seiner Krönung zum Papste hatte Pius IV. die Wiederberufung des Concils

Ferdinand I.

ernstlich ins Auge gefaßt. Während sein Vorgänger Paul IV. sich in den entschiedensten Gegensatz zu Ferdinand I. gestellt und demselben sogar den Kaisertitel zu geben verweigert, auch gegen den Augsburger Religionsfrieden feierlich protestirt hatte, näherte sich Pius IV. dem deutschen Kaiser, den er ausdrücklich als solchen anerkannte, und wünschte sich mit ihm über die Berufung der Kirchenversammlung zu einigen. Aber während Ferdinand aus Rücksicht auf

die Protestanten eine deutsche Stadt, etwa Köln oder Regensburg, als Versammlungsort bestimmt zu sehen wünschte, bestand der Papst darauf, das Concil abermals in Trient zu versammeln; der römischen Curie lag nichts mehr daran, die Protestanten erscheinen zu sehen und sich mit ihnen zu verständigen; sie hatte nur noch das Streben, die alte Kirche zu stärken und zu festigen und ihren Gegensatz zu den Lehren der Reformatoren in schroffer Betonung zu beurkunden. Das sahen denn auch die deutschen Protestanten ein, und es erfolgte, als ihnen auf einem Fürstentag zu Naumburg die kaiserliche Ladung zum Besuche des Concils zugestellt ward, eine entschieden ablehnende Antwort.

Am 18. Januar 1562 trat die Kirchenversammlung wiederum zusammen. Von eigentlichen Reformen war da keine Rede mehr. Es wurden nur die mittelalterlichen Kirchenlehren förmlich als Kirchengesetze verkündigt, denen fortan jeder, bei Strafe des Bannes, nachzukommen habe. Die Gliederung des gesammten Kirchengebäudes erhielt ihren allseitigen festen Abschluß, der Grundsatz der Stätigkeit und Unveränderlichkeit wurde zu dem leitenden Gesichtspunkt für das katholische Kirchenwesen erhoben. Die Ertödtung jeder selbstständigen Regung innerhalb der Kirche war die Bürgschaft ihrer Einheit.

Dabei wurde immerhin mancher grobe Mißbrauch abgestellt, eine strengere Kirchenzucht vorgeschrieben, die Erziehung des Klerus in besonderen Seminaren angeordnet. Das bedeutsamste Ergebniß des Concils von Trient aber war die völlige Unterwerfung der Kirche unter die absolute Gewalt des Papstes, welchem die höchsten Machtbefugnisse uneingeschränkt zugestanden wurden. Nach dem Concil von Trient hat die katholische Kirche bekanntlich erst im 19. Jahrhundert wieder eine Kirchenversammlung erlebt, welche das dort begonnene Werk durch die Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit zum Abschluß brachte.

Der Sieg des päpstlichen Absolutismus in Trient war vorzugsweise das Werk der Jesuiten, welche sich hier zum ersten Male in ihrer vielgeschäftigen Brauchbarkeit und Gewandtheit zu bewähren Gelegenheit fanden. Ihnen war auch die Erfindung eines Mittels gelungen, durch das sie die Gefahren zu beseitigen hofften, welche der Kirche durch die Buchdruckerkunst erwachsen könnten. In Trient wurde der Index eingeführt, ein Verzeichniß der Bücher, deren Lesung der Papst jedem katholischen Christen bei Strafe des Kirchenbannes untersagte. Damit dachten die Jesuiten den Angehörigen ihrer Kirche die Ergebnisse der gelehrten und unbefangenen Forschung und Kritik vorenthalten zu können. Derselbe blinde Gehorsam, der sie den Geboten ihrer Oberen unterwarf, sollte die gesammte Menschheit, soweit sie der katholischen Kirche angehörte, dem Papste unterthänig machen.

Während so die katholische Kirche, gekräftigt und in fest geschlossener Einheit, stärker als je zuvor aus den stürmischen Zeitläufen hervorging, fuhren die protestantischen Theologen fort, sich in leidenschaftlichen Kämpfen zu befehden. Gegen Melanchthon, der, von Natur zum Frieden, zur Versöhnung hinneigend, auch jetzt noch immer mehr das betonte, was allen Christen gemeinsam blieb, als was sie in ihren Lehrmeinungen trennte, erhoben sich unter der Führung des Illyriers Flacius in Jena die Eiferer für die strenge und wörtliche Lehre Luthers. Sie beschuldigten Melanchthon des Verrathes, der Hinneigung bald zum Katholicismus, bald zum Calvinismus; sie verdächtigten seine Vorliebe für das classische Alterthum und dessen Schriftsteller; ihrem harten und einseitigen Fanatismus widerstrebte seine mit echter Frömmigkeit verbundene, wahrhaft humane Sinnesart. Als Melanchthon am 19. April 1560 starb, müde dieser theologischen Händel und voll Sehnsucht, „das Licht zu schauen und die Geheimnisse verstehen zu lernen, die ihm in diesem Leben verschlossen geblieben waren," entbrannte der

Streit innerhalb des Protestantismus um so heftiger, als eben damals die Lehre Calvins, welche die strengen Lutheraner noch mehr als den nach Philipp Melanchthon genannten „Philippismus" haßten, in einem deutschen Fürstenthume zur Staatsreligion erhoben wurde. Dieß geschah in der Kurpfalz, wo Kurfürst Friedrich III. im Heidelberger Katechismus 1563 eine Bekenntnißschrift verfassen ließ, welche bald die weiteste Verbreitung fand. Gegenüber den Fortschritten, die der Calvinismus nach und nach an vielen Orten Deutschlands machte, einigten sich im Jahre 1577 die Theologen der lutherischen Richtung, unter Beilegung einzelner abweichenden Ansichten, in der von dem Tübinger Professor Jakob Andreä entworfenen Concordienformel, welche die heilige Schrift nach Luthers Auslegung als alleinige Glaubensnorm anerkennt und die calvinischen Lehren über das Abendmahl und die Vorausbestimmung des Menschen verdammt. Ihr Bestreben war fortan, diese zunächst in möglichst vielen protestantischen Gebieten zum Landesgesetz erheben zu lassen und ihre ausschließliche Geltung im Reiche zu erwirken. Nur in einem waren Lutheraner und Reformirte, wie die Angehörigen der zwinglisch-calvinischen Richtung genannt wurden, einig, in der fanatischen Unduldsamkeit gegen jede abweichende Meinung. Hier wetteiferten sie mit der katholischen Inquisition in Verfolgung und Bestrafung der Andersdenkenden. So fiel den Lutheranern in Preußen der Hofprediger Johann Funck zum Opfer, der wegen einer von der lutherischen Auffassung abweichenden Rechtfertigungslehre im Oktober 1566 enthauptet wurde; so schmachtete in Sachsen Melanchthons Schwiegersohn, Kaspar Peucer jahrelang in schwerer Kerkerhaft, weil ihn die Hoftheologen des Kurfürsten August der heimlichen Hinneigung zum Calvinismus beschuldigten; so mußte am 23. December 1572 zu Heidelberg Johann Sylvan den Tod durch Henkershand erleiden, weil ihn die finstere Strenge der calvinischen Kirchenmänner unchristlichen Lebenswandels und der Verbreitung von Irrlehren bezüchtigte.

Es war ein unseliges Verhängniß, daß der nimmerruhende Streit der Theologen vollständig die Politik der protestantischen Fürsten bestimmte und beherrschte. So tüchtige Männer auch unter den Theologen jener Zeit waren, ausgezeichnet durch Gelehrsamkeit, Frömmigkeit und Gewissenhaftigkeit, so gereichte ihr Einfluß auf die Fürsten doch weder den einzelnen Ländern noch dem Reiche zum Segen. Das Volk aber, welches sich unwillig oder gleichgiltig von diesen theologischen Händeln abwandte, wurde, wie eine willenlose Heerde, von den Fürsten gezwungen, sich den Meinungen der jeweiligen Hofprediger in der äußeren Bethätigung seines Glaubens anzubequemen.

Waren schon diese fortwährenden Streitigkeiten innerhalb des Protestantismus geeignet, die durch den Augsburger Religionsfrieden geschaffene Lage in ihrer ruhigen Weiterentwicklung zu dauernder Ruhe zwischen den religiösen Bekenntnissen im Reiche zu gefährden, so geschah dieß auf einem anderen Gebiete in noch höherem Grade, indem die Protestanten den „geistlichen Vorbehalt" bekämpften und umgingen, wo es ihnen möglich war, ein großer Theil der katholischen Stände aber das ganze Friedenswerk umzustürzen strebte. Nach ihrer Anschauung war der Religionsfriede dadurch bereits thatsächlich gebrochen, daß eine ganze Reihe katholischer Stifte, die unter der Landeshoheit evangelischer Fürsten standen, von diesen eingezogen wurden. Noch mehr glaubten sie die Interessen ihres Bekenntnisses dadurch bedroht, daß im nördlichen Deutschland die geistlichen Fürstenthümer von Männern besetzt waren, die sich offen zum evangelischen Glauben bekannten. Die protestantisch gewordenen Fürstenhäuser waren keineswegs geneigt, diese Gebiete, in denen bisher regelmäßig ein Theil ihrer Söhne versorgt war, preiszugeben. Die Katholiken aber sahen darin eine unerlaubte Beeinträchtigung.

Solche Zustände waren nur so lange möglich, als die katholische Partei im Reiche nicht die Macht hatte, sie gewaltsam abzustellen und so lange von Seiten des Kaisers die Umgehung des Reichsgesetzes ausdrücklich oder stillschweigend gutgeheißen wurde.

Da war es denn von ganz besonderer Bedeutung, daß nach dem Tode des Kaisers Ferdinand I., der am 25. Juli 1564 starb, sein Sohn Maximilian II. in der Regierung folgte, der den reformatorischen Ideen von jeher eine rege Theilnahme, ja eine freundliche Gesinnung bewiesen hatte.

Mit so großen Erwartungen begrüßten die Protestanten seinen Regierungsantritt, daß sie auf einen vollständigen Wechsel der deutschen Politik, auf einen Uebertritt des Kaisers zu ihrem Bekenntnisse rechneten. Und sie waren nicht ganz unberechtigt, so weitgehende Hoffnungen zu hegen. Maximilian, ein Fürst von hoher Begabung, von edler Sinnesart, von reichen und vielseitigen Kenntnissen, hatte, seit er in das öffentliche Leben eingetreten war, gegen die katholisch-spanische Politik seines Vaters und seines Oheims die entschiedenste Abneigung an den Tag gelegt. Sein Lehrer, Wolfgang Schiefer, stand im Verdachte, protestantisch zu sein; mit Fürsten dieses Glaubens, mit Christof von Wirtemberg, mit August von Sachsen stand Maximilian in lebhaftem und freundschaftlichem Verkehre, mit Melanchthon wechselte er Briefe; nicht nur las er die Werke Luthers und anderer Reformatoren, er war auch bemüht, die Bibel in die Sprache seiner slavischen Länder übersetzen zu lassen. Während er an seinem Hofe einen Prediger hatte, der verheirathet war, versäumte er es, die Messe zu besuchen, mied er Processionen und andere Schaustellungen der kirchlichen Rechtgläubigkeit. Noch 1561 hatte er die Möglichkeit erwogen, daß seine religiöse Ueberzeugung ihn in offenen Streit mit seinem Vater bringen, daß er als Flüchtling in der Ferne eines Zufluchtsorts bedürfen könne. Als er zur Regierung kam, waren diese jugendlichen Anschauungen schon sehr gemildert. Von einem Uebertritte war da doch wohl keine Rede mehr; es mochten auch die theologischen Entzweiungen, denen er als aufmerksamer und kundiger Beobachter folgte, nicht danach angethan sein, ihn zum eigentlichen Anschluß an eine in sich selbst so uneinige Glaubensgemeinschaft zu verlocken. Eine religiöse Natur war Maximilian nicht. Mit kühler Ueberlegung betrachtete und prüfte er die Lehrsätze der verschiedenen Kirchen; innerlich entschied er sich für keine, aber beiden gestand er die volle Berechtigung des Bestehens zu. Dieser Standpunkt einer über den Unterscheidungslehren erhabenen Toleranz war in jener Zeit der leidenschaftlichen Kämpfe ein fast unerhörter und konnte nicht auf den Beifall der Zeitgenossen rechnen. Den Katholiken galt Maximilian als Ketzer, die „Ketzer" aber beschuldigten ihn, daß er doch zu ihren Gegnern halte. Aeußerlich gab er ihnen immerhin Anlaß, so zu denken. Wenn in seiner Jugend sein Gegensatz zu der in engster Verbindung stehenden spanischen und römischen Politik durch das Bestreben Karls V. genährt worden war, seinem Sohne Philipp die Nachfolge im Reiche zuzuwenden, so trat nun seine offene Parteinahme gegen die katholische Sache in den Hintergrund zurück, als er, durch die Vermählung seiner Tochter Anna mit demselben Philipp, in eine nähere Verbindung mit Spanien trat und dadurch die Zukunft seines Hauses zu fördern hoffte. Nicht daß er jetzt ein eifriger Katholik geworden und in die Fußtapfen Karls V. getreten wäre, nach wie vor hielt er fest an den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens und den zu demselben gegebenen Erklärungen seines Vaters; aber es kam jetzt doch wieder vor, daß er die Messe besuchte, daß er katholische Prediger hörte, daß er katholischen Priestern, die als bekehrungseifrig galten, Zutritt an seinem Hofe gestattete.

Dennoch erfreute er sich auch bei den protestantischen Ständen fortwährend der größten Beliebtheit. Wenn seine Gewandtheit in Erledigung aller Geschäfte ihn den Staatsmännern werth machte, so gewann ihm seine persönliche Liebenswürdigkeit die Herzen der Fürsten wie der Unterthanen. Ritterlichen Sinnes, wie er war, und bestrebt, seine Regierung für das Leben der Nation bedeutungsvoll zu machen, faßte er den Plan zu einer großen Unternehmung, von deren Gelingen er sich einen neuen Aufschwung des innerlich entzweiten Vaterlandes erwartete.

Nur mit schwerem Herzen hatte er seither die Türken im Besitz eines großen Theiles von Ungarn gesehen und ihnen Tribut bezahlt. Gerne ließ er sich von dem Grafen Nicolaus Zriny überreden, daß die Macht der Osmanen geringer sei als der Ruf, den ihnen frühere Siege geschaffen. Es kam zur Kündigung des Waffenstillstandes. Der greise Sultan Soliman erhob sich noch einmal, um seinen höchsten Wunsch, die Eroberung Wiens, zu erfüllen. Kaiser Maximilian sammelte im Frühling 1566 ein mächtiges Heer; wie zu einem Kreuzzuge, zu einem christlichen Kampfe gegen die Vermessenheit des Islam rief er die Streitbaren der Nation auf, auch kampfesmuthige Ritter aus Frankreich und England, aus Italien und Polen sah er sich unter seine Fahnen schaaren. Ein Protestant, Lazarus Schwendi, war einer der vornehmsten seiner Kriegsobersten. Der Erfolg entsprach jedoch keineswegs den großartigen Rüstungen. Während Zriny vor Sigeth den Heldentod starb, stand das deutsche Heer unthätig bei Raab und wußte den Tod Solimans, der im Angesicht der von Zriny vertheidigten Festung gestorben war, nicht zu benutzen. Mit dem neuen Sultan, Selim II. wurde ein Friede geschlossen, der an den bisherigen Verhältnissen Ungarns zu den Türken nichts verbesserte. Nicht das Schwert des Kaisers, sondern der Tod des heldenhaften Sultans befreite die Christenheit von der großen Gefahr, die sie seither bedroht hatte.

Daran, daß der Krieg nicht mit größerem Eifer geführt wurde, trug sehr wesentlich eine Bewegung Schuld, die im Rücken des kaiserlichen Heeres einen Kampf in Deutschland selbst heraufbeschwor.

Unter den Genossen des Markgrafen Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach hatte ein fränkischer Ritter, Wilhelm von Grumbach gekämpft und besonders seinen Lehensherren, den Bischof von Wirzburg, Melchior von Zobel, hart bedrängt. In den Fall des Markgrafen mit hineingezogen, war er seiner Güter verlustig gegangen und brütete nun Rache gegen den Bischof. Von Grumbach überfallen, verlor der Bischof am 15. April 1558 das Leben. Der Ritter floh und trat in die Dienste des Königs von Frankreich, in seinem unternehmungslustigen Haupte aber erwog er tausend Pläne, seiner Feinde Herr zu werden. Er suchte sich als den um seines evangelischen Glaubens willen Verfolgten hinzustellen, er wühlte unter der Reichsritterschaft den alten Haß gegen die Fürsten auf, er trat mit anderen unzufriedenen Elementen im Reiche in Verbindung. Unter diesen war der bedeutendste der Sohn des seiner Kurwürde verlustig gewordenen Johann Friedrich von Sachsen, gleichen Namens mit dem Vater, der zu Weimar residirte und zürnenden Sinnes den Glanz des ernestinischen Hauses sah. Diesen Fürsten, dessen Befähigung seinem Ehrgeize nicht gleichkam, wußte Grumbach für sich zu gewinnen; ihm spiegelte er die Aussicht vor, nicht nur den gehaßten Vettern die Kurwürde wieder abzunehmen, sondern aus den Händen der siegreichen Reichsritterschaft die Kaiserkrone zu erhalten. Grumbach verband sich mit anderen fränkischen Adeligen, stürmte im Oktober 1563 Wirzburg und nöthigte den Bischof, Friedrich von Wirsberg, und das Domcapitel zu einem Vertrage, in dem diese alle seine Forderungen bewilligten. Man konnte glauben, die Tage Sickingens seien wiedergekehrt. Nun aber erhob sich die Reichsgewalt wider den Friedens-

brecher, gegen ihn wurde die Acht erkannt. Da fand Grumbach Aufnahme und Schutz bei Johann Friedrich. Dieser gedachte mit des Ritters Hilfe jetzt seine lange gehegten Pläne auszuführen. Von Gotha aus rüstete er sich zum Kriege gegen Kurfürst August von Sachsen. Schon ließ er Münzen prägen, auf denen er als „geborner Kurfürst" bezeichnet war. Da er dem Befehle des Kaisers, Grumbach auszuweisen, nicht nachkam, wurde auch auf ihn die Acht ausgedehnt, und mit dem Vollzug betraute Maximilian II. August von Sachsen und Johann Friedrichs eigenen Bruder Johann Wilhelm von Koburg. Diese zogen vor Gotha, und da zu den Angriffen der Belagerer noch Meuterei der Soldaten und Bürger in Gotha hinzutrat, mußte Johann Friedrich am 13. April 1567 capituliren und sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Er wurde als Gefangener abgeführt und nach Wiener-Neustadt gebracht, wo er am 9. Mai 1595 starb. Grumbach, der herzogliche Kanzler Brück und andere Mitschuldige wurden enthauptet, das Land Johann Friedrichs fiel an seinen Bruder. So war ein Unternehmen im Keime erstickt worden, das, so abenteuerlich auch die demselben zu Grunde liegenden Pläne waren, dennoch mit seinen in das Ausland reichenden Verbindungen ernste Gefahren hätte bereiten können und jedenfalls wunde Stellen an dem Körper des Reiches bloßlegte. Der Mangel an Achtung vor den Reichsgesetzen, der immer wieder hervorbrechende Drang nach Selbsthilfe verbanden sich mit einer an sich rühmlichen Neigung zu kriegerischem Leben, die gerade damals manchen tapferen Degen auf fremde Schlachtfelder lockte.

Während in Deutschland der Religionsfriede die Angehörigen der sich anfeindenden Bekenntnisse noch nothdürftig in Ruhe erhielt, wurden in Frankreich, in den Niederlanden, in Schottland um der Religion willen blutige Schlachten geschlagen. Und überall floß auf diesen Schlachtfeldern deutsches Blut. Wenn aber unsere Volksgenossen aus diesen Kämpfen heimkehrten, so bedrohte ihre wilde Zügellosigkeit auch den Landfrieden der Heimath. Vergebens war der Versuch Maximilians II., ein Reichsgesetz zu Staude zu bringen, wonach kein Deutscher ohne Bewilligung des Kaisers fremde Kriegsdienste uehmen, vergebens sein Bestreben, eine bewaffnete Macht unter dem Befehle Schwendis aufzustellen, die solchen Friedensbrechern alsbald hätte die Spitze bieten können. Die Fürsten fürchteten von solcher Einrichtung Mißbrauch durch den Kaiser zu Ungunsten der „deutschen Freiheit".

Und schon begannen auch andere Streitpunkte aufzuleben, die man bei Maximilians Thronbesteigung für immer erledigt gehalten hatte. Als der Kaiser im Jahre 1575 die Kurfürsten zusammenrief, um seinen Sohn Rudolf zum römischen König zu wählen, verlangten die protestantischen Fürsten, daß der künftige Kaiser in der Wahlcapitulation nicht nur versprechen solle, den Religionsfrieden zu handhaben, sondern „auch dessen Declaration", nämlich die Erklärung Ferdinands, daß die geistlichen Fürsten ihre evangelischen Unterthanen ungestört in der Ausübung ihrer Religion belassen sollten.

Gegen diese wohlberechtigte und im Interesse des Reichsfriedens hochwichtige Bestimmung aber lehnte sich der Kaiser auf, und es gelang ihm, indem er die Eifersucht und den Unfrieden zwischen Sachsen und der Pfalz geschickt benutzte, die Wahl durchzusetzen, ohne daß jene Erklärung zum Reichsgesetze erhoben ward, und ein späterer Versuch des Pfalzgrafen fiel nicht glücklicher aus. Abermals trug die Abneigung des lutherischen Kurfürsten von Sachsen gegen den reformirten Kurfürsten von der Pfalz die Schuld, daß der Antrag nicht zur Annahme gelangte. Und doch wäre nie mehr als jetzt eine feste Einigung aller evangelisch Gesinnten nothwendig gewesen. Denn schon erhob sich, gekräftigt durch die Beschlüsse von Trient, die Macht der römischen Kirche, nicht mehr nur zur Abwehr von Angriffen, sondern bereits zu

einem Eroberungskriege gegen die dem Protestantismus zugefallenen Gebiete. Schon hatte der Herzog von Baiern, Albrecht V. die Macht seines protestantischen Adels gebrochen, schon hatte der Abt von Fulda alle Protestanten aus den Grenzen seines Stiftes vertrieben, schon begannen die Jesuiten auch im Norden von Deutschland, in Paderborn, in Hildesheim Niederlassungen zu gründen.

Als am 11. October 1576 Maximilian II. starb, war die Gegenreformation bereits in vollem Gange und sie fand an dem neuen Kaiser, an Rudolf II., einen zu jeder Förderung bereiten Gönner.

Auf lange Zeit hin waren die Jahre, in denen Maximilian II. die deutsche Kaiserkrone trug, die letzten glücklichen Jahre für das deutsche Reich und seine Bewohner. Dem Kaiser, den wir schon als einen Mann von ausgezeichneten Eigenschaften kennen gelernt haben, stand eine ganze Reihe vortrefflicher Fürsten in den einzelnen Ländern zur Seite.

In Brandenburg folgte auf Joachim II., der sich durch seine Prachtliebe und seinen Sinn für glänzende und frohe Feste hervorthat, dabei aber keinen Augenblick die Interessen seines Hauses aus den Augen verlor, Kurfürst Johann Georg, der des Vaters Vorliebe für äußeren Glanz nicht theilte, aber um so thätiger für Hebung aller Verwaltungszweige, für Verbesserung des Schulwesens und für Ordnung der Finanzen wirkte, auch durch Abschluß eines Erbvertrages mit den Herzogen von Pommern wohl für die Zukunft des brandenburgischen Fürstengeschlechtes sorgte.

In Sachsen regierte Kurfürst August, der sich zwar in der Behandlung der kirchlichen Fragen nicht über den engherzigsten Standpunkt einer einseitigen Auffassung der lutherischen Lehre und eines starren Festhaltens an deren Glaubensformeln erhob und mit grausamer Härte gegen Andersgläubige verfuhr, der auch nicht von allzu ängstlicher Gewissenhaftigkeit sich leiten ließ, wenn es ihm möglich wurde, sein Land und seine Macht zu vergrößern, der aber auf der anderen Seite als ein in seiner Zeit kaum erreichtes Muster eines Landesherren durch seine vortreffliche Verwaltung hervorragt. Ackerbau und Viehzucht, Forstwesen und Bergbau brachte er zu hoher Blüthe, dem Gewerbfleiße öffnete er, besonders durch Aufnahme der um ihres Glaubens willen vertriebenen Niederländer, in seinem Lande neue Bahnen, Handel und Verkehr erfreuten sich seines besonderen Schutzes und die Wissenschaften, namentlich auch die Universitäten Leipzig und Wittenberg, seiner eifrigen Gönnerschaft.

Im Süden von Deutschland ragte Herzog Christof von Wirtemberg hervor, der mit hoher Einsicht und unerschöpflicher Arbeitskraft ein auf wahrhaft religiöser Grundlage beruhendes Pflichtgefühl verband, ein guter Haushalter, auf dem Gebiete von Staat und Kirche thätig und erfolgreich in Einführung neuer und bald wohlbewährter und vielfach nachgeahmter Ordnungen, von seinen Unterthanen geliebt, hochangesehen bei den anderen deutschen Fürsten und darum wohl geeignet, in schwierigen und verwickelten Fragen als Vermittler und Versöhner wirksam aufzutreten.

In der Kurpfalz war Ottheinrich ein großer Kenner und Förderer der Künste, sein Nachfolger aber, Kurfürst Friedrich III. darf sich wohl den besten Fürsten aller Zeiten anreihen. Geistig hochgebildet, voll Eifer für die stattlich blühende Universität Heidelberg und für die Schulen seines Landes, emsig bemüht, auch den materiellen Wohlstand der von der Natur so reich gesegneten Pfalz zu heben, überragte er durch einen eben so starken als reinen Charakter alle Fürsten seiner Zeit. Die einseitige Schärfe in der Betonung seiner Glaubensmeinung war die Folge der sein ganzes Wesen durchdringenden Ueberzeugung von der Richtigkeit der durch Calvin

vertretenen Weltanschauung; aber auch hervorragende Persönlichkeiten, welche diese Ansicht lebhaft bekämpften, beugten sich vor der lauteren Gesinnung und der sittlichen Größe Friedrichs.

Von den katholischen Fürsten ist Herzog Albrecht V. von Baiern zu nennen, der es an Prachtliebe und Förderung der Kunst wohl allen anderen Herrschern des Jahrhunderts zuvorthat, unter dessen Regierung seine Residenzstadt München auf allen Gebieten des Kunstlebens ein Sammelplatz hervorragender Kräfte wurde, auf kirchlichem Gebiete einer der eifrigsten Vorkämpfer des katholischen Glaubens, der vornehmste Gönner der Jesuiten, der eigentliche Gründer der katholischen Politik Baierns, persönlich wohlwollend und großmüthig, gleich entfernt von der starren, bis zur Grausamkeit ausschließlichen Glaubensstärke eines Friedrich III., wie von der alle Staatsinteressen willenlos klerikaler Herrschsucht preisgebenden Kirchlichkeit seines Nachfolgers Wilhelm V.

So war — wir wiederholen es — der Zeitabschnitt, in welchem Ferdinand I. und Maximilian II. in Deutschland regierten, ein Ruhepunkt, auf dem das Auge gerne verweilt, bevor der Blick weiter zu schweifen hat in die Jahrzehnte, während deren in unserem Vaterland um der religiösen Fragen willen blutige Kriege tobten und die Wohlfahrt der Nation auf viele Menschenalter hinaus dem Widerstreite der Gesinnungen und Interessen zum Opfer fiel.

Es ist darum wohl hier der richtige Platz, das Geistes- und Culturleben des deutschen Reiches im 16. Jahrhundert in einer übersichtlichen Darstellung zusammenzufassen.

In einem Jahrhundert, in welchem die Einwirkungen des wiedererweckten classischen Alterthums sich auf allen Lebensgebieten zeigten, in welchem eine geistige Bewegung von der Bedeutung und dem Umfange der Reformation alle Gemüther beherrschte, in welchem endlich die Vervollkommnung der Buchdruckerkunst die Mittel darbot, die Erzeugnisse des Geistes zum Gemeingut der weitesten Volkskreise zu machen, steht naturgemäß die Literatur in erster Reihe, wenn von dem Geistesleben der Nation die Rede ist. Die großen Dichterwerke des früheren Mittelalters waren beinahe verschollen, da und dort auf einer adeligen Burg oder in den Bücherschätzen eines Klosters fiel wohl noch zuweilen der forschende Blick eines Alterthümlers auf die verstaubten Pergamentbände, welche die großartigen Gebilde der alten Heldensage für spätere Jahrhunderte bewahrten, die wieder ein Verständniß für sie hatten; im 16. Jahrhundert erstand aber kein Dichter, der die Kraft echter und wahrer Dichtkunst an einem bedeutenden und würdigen Stoffe erprobt und ein Werk geschaffen hätte, das sich nach Form und Inhalt jenen gewaltigen Sängen vergangener Tage an die Seite stellen konnte.

Jetzt, da sich der Volksgeist, mächtig erregt durch die kirchlichen Bewegungen, gegen die hergebrachten, altgewohnten Zustände erhob, erhielten auch alle dichterischen Erzeugnisse mehr oder weniger die Form von Angriffen auf die überlebten Verhältnisse einer in rascher Umformung begriffenen Gesellschaft, und die Spitze dieser Angriffe war zumeist gegen die alte Kirche und ihre Mißbräuche gerichtet. Mit schonungsloser Schärfe geißelt das Thierepos „Reineke Fuchs“ die Gebrechen und Schwächen der Zeit und aller Stände, mit großer komischer Kraft werden in Georg Rollenhagens „Froschmäusler“ alle Verhältnisse des Staates und der Kirche behandelt, mit feiner Beobachtungsgabe schildert Burkard Waldis in seinen Fabeln eine Reihe von Gestalten, die der Zeitgeschichte angehören. Sebastian Brant, der Straßburger Stadtschreiber, hält der ganzen Welt seiner Zeitgenossen ein mehr wahres als schmeichelhaftes Spiegelbild in seinem „Narrenschiff“ entgegen, während ein anderer Straßburger, Johann Fischart ganz

besonders das Wesen und Treiben der Mönche zum Gegenstand seiner Angriffe macht und wohl der erste Schriftsteller ist, der das unheilvolle Wirken des Jesuitenordens mit den scharfen Waffen der Satire bekämpft.

Diesen protestantischen Schriftstellern steht der katholische Thomas Murner, ebenfalls ein Straßburger, gegenüber, der mit äußerster Derbheit die schwachen Seiten, welche die Reformation darbot, herauszufinden und mit scharfen Hieben zu treffen verstand.

Recht eigentlich in dem Boden des herrschenden Volksgeschmackes wurzelt die Sammlung von Schwänken und Anekdoten, welche unter dem Titel „Schimpf und Ernst“ der Franziskaner Johann Pauli herausgab. Zahlreich waren die sogenannten Volksbücher, in denen in grober, ungelenker Form theils alte Erzählungen und Sagen aufgefrischt wurden, theils neu erfundene Geschichten die weiteste Verbreitung fanden. Die lustige Figur des Till Eulenspiegel und die unheimliche Gestalt des Dr. Faust vereinigten auf sich eine ganze Reihe zerstreuter, lächerlicher oder abenteuerlicher Sagen aus allen Jahrhunderten; auch der „ewige Jude“, Fortunatus mit dem Seckel und Wünschelrüthlein, der landfahrende, lügenhafte Finkenritter und die aller Thorheiten fähigen Schildaer haben im 16. Jahrhundert die Form angenommen, in der sie der Nachwelt überliefert worden sind.

Voll Gestaltungskraft und Humor tritt uns der Nürnberger Schuhmacher Hans Sachs entgegen, mit seinen prächtigen Erzählungen und seinen lustigen Fastnachtspielen, nicht gerade reich an Erfindung neuer Stoffe, aber unerschöpflich in dichterischer Umbildung der seinem bürgerlichen Gesichtskreis angehörenden Gegenstände und Vorgänge.

Von bleibenderer Bedeutung als irgend eines der Erzeugnisse weltlicher Dichtkunst wurde aber das unmittelbar an Luther sich anschließende evangelische Kirchenlied des 16. Jahrhunderts. Gegenüber der streitbaren und kampfeslustigen Derbheit und oft in Rohheit ausartenden Polemik der Hohn- und Spottgedichte, in denen die Freunde der Reformation auf die öffentliche Meinung einzuwirken suchten, findet sich in den Kirchenliedern die innerste Empfindung der ihres Glaubens frohen Bekenner der evangelischen Lehre niedergelegt, ein festes Gottvertrauen, eine tapfere Ausdauer, eine siegesgewisse Zuversicht auch in Schmerz und Trübsal, in Noth und Verfolgung, eine hochgesinnte Erhabenheit über den wechselnden Gang aller irdischen Dinge.

Wenn so die poetische Literatur ganz wesentlich in einem durch die Reformation umgestalteten Boden wurzelte, so hing auch die Gelehrsamkeit des Jahrhunderts durch zahlreiche Fäden mit ihr zusammen. Hier war Melanchthon der Führer, der die aus dem Humanismus überkommenen classischen Studien nicht nur als Mittel betrachtete, durch die ihm für seine theologischen Arbeiten die wichtigsten Hilfsquellen sich eröffneten, sondern der das römische und griechische Alterthum und dessen Literatur um ihrer selbst willen, wegen der seinem geistigen Wesen verwandten Uebereinstimmung zwischen Form und Inhalt, liebte und pflegte. Die Blüthe der Universität Wittenberg war nicht zum geringsten Theile sein Werk, und er hat den ihm gespendeten Ehrennamen „Lehrer Deutschlands“ mit vollem Rechte verdient. Unter seinem Einflusse erstanden im Norden und Süden unseres Vaterlandes die trefflichen Gelehrten-Schulen, an denen Männer wie Michael Neander, Johannes Sturm, Jakob Micyllus segensreich wirkten.

Nachdem schon lange das römische Recht in Deutschland eingedrungen war und theils die alten Volksrechte verdrängt, theils sich mit denselben zu eigenthümlichen Neubildungen vereinigt hatte, wurde die Wiederbelebung der classischen Studien auch für die Rechtswissenschaft und

ihre Weiterentwickelung wichtig. Ein bedeutendes Gesetzbuch, das auf dem Gebiete des Strafrechts auf Jahrhunderte hinaus maßgebend blieb, entstand im 16. Jahrhundert, die auf dem Regensburger Reichstage von 1532 als Reichsgesetz erlassene peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V., die „Carolina", welche, trotz der Härte der von ihr festgesetzten Strafbestimmungen, immerhin einen sehr nennenswerthen Fortschritt gegen die bisher auf diesem Gebiete herrschende Ungleichförmigkeit und Willkür darstellt und die Spuren der menschenfreundlichen Gesinnung und umfassenden Gelehrsamkeit ihres Haupturhebers, des bambergischen Landhofmeisters Johann von Schwarzenberg nicht verkennen läßt.

Auch die geschichtlichen Studien wurden in jener Zeit neu belebt. Ein in den Diensten der Stadt Straßburg stehender Gelehrter, Johann Sleidan, schrieb ein noch heute wichtiges Werk über Kirche und Staat zur Zeit Karls V.; Johann Thurmeyer, genannt Aventin, bearbeitete die Geschichte seines Heimathlandes Baiern mit ebenso scharfer Kritik als offenem Freimuth und unbefangener Weltanschauung; der Schweizer Tschudi errichtete den Helden seines Vaterlandes ein lebensvolles, wenn auch nicht immer zuverlässiges Denkmal; Sebastian Münster machte den Versuch, in seiner „Kosmographie" statistisches und geographisches Material übersichtlich zu verarbeiten. Die naiven Lebensbeschreibungen des Götz von Berlichingen und des Sebastian Schertlin von Burtenbach, die lehrreichen Denkwürdigkeiten des Greifswalder Rathsherren Bartholomäus Sastrow, eine Reihe von Städtechroniken und die erst neuerdings an das Licht getretene umfangreiche Zimmern'sche Chronik bieten uns farbenreiche Darstellungen des Lebens und Treibens in Staat und Gemeinde, im Ritterschlosse und Bürgerhause.

Die Kenntnisse der verschiedenen Gebiete der Natur wurden ebenfalls durch das Zurückgreifen auf die Werke des Alterthums gefördert und gewannen nach und nach eine wissenschaftliche Grundlage. Nach dem Vorbilde des belgischen Arztes Vessalius begann man auf der Universität Wittenberg das Studium der Anatomie an menschlichen Leichnamen zu betreiben und dadurch eine sichere Unterlage für die Erkenntniß zahlreicher Krankheitserscheinungen und ihrer Ursachen zu schaffen. Auf dem Felde der Mathematik und Astronomie machte Johannes Kepler seine bahnbrechenden Entdeckungen.

Durch seine neue Ausgabe und Erklärung der Logarithmen wurde diese Erfindung des Schotten Neper zum Gemeingute der Gelehrten; seine Studien auf dem Gebiete der Optik führten zu wesentlichen Verbesserungen des Fernrohrs, seine astronomischen Arbeiten bildeten die Ergänzung und Vollendung des Copernikanischen Systems; in seinen Untersuchungen über das Weltall endlich vereinigte sich die tiefste Kenntniß seiner Wissenschaft mit philosophischer Betrachtungsweise und poetischer Auffassung, um Ansichten aufzustellen, welche vielfach erst von späteren Jahrhunderten in ihrer vollen Richtigkeit erkannt worden sind.

Eine ganze Reihe der hervorragendsten Meister verzeichnet die Geschichte des 16. Jahrhunderts auf dem Gebiete der Kunst.

In Ulm wirkte Bartholomäus Zeitblom, der den idealen Sinn der älteren Kunst in seinen Werken zum Ausdruck brachte; von Augsburg nahmen die beiden Hans Holbein, Vater und Sohn, ihren Ausgang, der ältere ein wackerer Meister, dessen Bilder sich an die flandrischen Muster lehnen, der jüngere jener große Maler, der, unter der freudig aufgenommenen Einwirkung der italienischen Renaissance, in voller Selbstständigkeit echt deutsch-nationale Kunstwerke schuf, gleich bedeutend in den Kirchenbildern und Todtentänzen, die er zu Basel, wie in den Porträts,

die er vorzugsweise in England malte. In Nürnberg lebte Albrecht Dürer, unter den deutschen Malern der größte an Vielseitigkeit der Begabung und an Gestaltungskraft, gründlich unterrichtet in allen Zweigen der Technik, von einer stammenswerthen Fruchtbarkeit, immer treu seinem, alle Schwierigkeiten und Jämmerlichkeiten seines bürgerlichen und häuslichen Lebens siegreich überwindenden künstlerischen Idealismus. Aus fränkischem Lande und fränkischer Schule ging auch Lukas Cranach hervor, der am sächsischen Hofe seine Kunst übte, ein Maler, in dessen Gemälden der gemüthliche Zug des deutschen Volkslebens einen besonders glücklichen Ausdruck fand. Auch diese Meister der Kunst wurden von der kirchlichen Bewegung ihrer Zeit vielfach berührt. Albrecht Dürer war ein aufrichtiger Verehrer Martin Luthers, Hans Holbein hat seinen Griffel in Scherz und Ernst dem Reformationswerk gewidmet, Zeichnungen zu Luthers Bibel geliefert und mit witzigen Bildern den Ablaßhandel verspottet, Lukas Cranach endlich theilte die Gefangenschaft seines fürstlichen Herren, Johann Friedrichs von Sachsen, dem er an fester Glaubenstreue nicht nachstand, auch hat sein Pinsel die Gesichtszüge der Reformatoren mehrfach in wohlgelungenen Porträts der Nachwelt aufbewahrt.

In Nürnberg stand neben der Malerei auch die Bildnerei in voller Blüthe. Als Holzschnitzer ragte Veit Stoß, der aus Krakau eingewandert war, hervor, als Steinhauer Adam Krafft, der Meister des weltberühmten Sacramentshäuschens in der Lorenzerkirche; noch bedeutender war der Erzgießer Peter Vischer, der mit dem gewissenhaften Ernste der deutschen den feinen Formensinn der italienischen Künstler verband und mit seinen fünf Söhnen zahlreiche Werke schuf, die, weit herum in der Welt zerstreut, noch heute als Muster vollendeter Kunstleistungen bewundert werden, deren Höhepunkt wohl in dem Sebaldusgrab zu Nürnberg zu erblicken ist.

Die Kunstrichtung der Zeit drückte ihr Gepräge aber nicht nur den Kunstwerken im engeren und eigentlichen Sinne des Wortes auf, sondern die Schlösser der Fürsten wie die Häuser der reichen Bürger wiesen in ihrer Einrichtung, von dem kostbaren Mobiliar, von dem prachtvollen Schmuck bis herab zu den einfachsten Geräthen, die das tägliche Leben im Haushalte gebraucht, zu Tellern und Krügen, den unmittelbaren und beherrschenden Einfluß der Kunst auf das Gewerbe nach; und mit der Schönheit, Mannichfaltigkeit und Formvollendung wetteiferte die Solidität der Arbeit.

Die Vorbedingung zu so hoher Ausbildung des Kunstgewerbes war der große Wohlstand, welcher vorzugsweise in den Städten des Reiches und deren Bürgerschaft seinen Sitz hatte. Der deutsche Handel war im 16. Jahrhundert noch in vollster Blüthe. Die Seestädte an der Nord- und Ostsee befrachteten ihre eigenen Schiffe und sandten sie in die fernen Länder, zu denen neue Seewege entdeckt worden waren, um sie, mit den Erzeugnissen der tropischen Gegenden beladen, wieder auf ihren Rheden landen zu sehen; in Danzig, einem der ersten Handelsplätze der Welt, begegneten sich die Kaufleute des Ostens und des Westens von Europa; in Antwerpen hatte die Hansa ihre großen Lagerhäuser; Nürnberg war der wichtigste Stapelplatz für den Handel und Verkehr, der sich von dem Rheine nach der Donau bewegte; in Augsburg blühte das Bank- und Wechselgeschäft, durch die reichen Welthäuser der Fugger und Welser in erster Reihe vertreten; am Bodensee war Lindau ein wichtiger Platz für die großen Waarenzüge, die aus dem deutschen Osten nach der Schweiz und Südfrankreich gingen; Wien vermittelte den Verkehr mit Ungarn und Polen; die Frankfurter Messe vereinigte bereits Käufer und Verkäufer aus allen Ländern Europas.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts aber sehen wir den deutschen Handel nicht nur nicht

weiter in seiner Entwickelung fortschreiten, sondern einem raschen Verfalle entgegengehen. Durch die Verlegung der Welthandelsstraße auf die westlichen Meere fiel den Engländern und Holländern der Hauptgewinn des europäischen Handels zu, während die Hansa, ihrer früheren politischen Macht beraubt, nicht nur die Wettbewerbung mit diesen beiden Völkern nicht aufnehmen, sondern sogar ihre ehemalige unbestrittene Herrschaft über Nord- und Ostsee nicht mehr aufrecht erhalten konnte. Indem Holland dem deutschen Reiche dauernd entfremdet wurde, ging diesem zugleich der Besitz der Rheinmündungen verloren, wodurch alle großen Handelsstädte im Inneren Deutschlands von der Verbindung mit dem Meere und damit von der großen Welthandelsstraße abgeschnitten wurden.

Ferner litt der doch vorzugsweise von den Reichsstädten betriebene Großhandel unter der Finanzpolitik der einzelnen Landesfürsten, welche, ohne Verständniß und Interesse für die Entwickelung des Reichshandels, durch Aufrichtung von Zollschranken, durch Verweigerung des Geleites und ähnliche Maßregeln zu Gunsten ihrer Kassen den großen Verkehr auf das Empfindlichste schädigten.

Aber trotzdem herrschte in Deutschland auf vielen Gebieten noch reges Leben.

Reiche Silbergruben wurden im Harz, im Erzgebirge, in Böhmen und Tirol gebaut, auch Eisenwerke beschäftigten viele Hände und schon waren die Klingen, die zu Suhl geschmiedet wurden, weithin berühmt und gesucht. Der Ackerbau machte Fortschritte und begann rationell betrieben zu werden, die Viehzucht fand selbst in fürstlichen Personen einsichtsvolle Förderer, zum Schutze der Wälder wurden Verordnungen erlassen, am Rhein, an der Mosel, am Neckar, in Franken und am Bodensee wuchs trefflicher Wein, mit der Veredlung der Obstcultur ging die Einführung von Handelsgewächsen Hand in Hand; zu den Gärten, die mit Gemüsen bestellt waren, kamen die nach italienischer Art bebauten Ziergärten der Reichen, die der Wissenschaft dienenden botanischen Gärten der Hochschulen. Kaiser Maximilian II. selbst war einer der eifrigsten Gönner solcher Anlagen.

Die Prachtliebe mancher Fürsten förderte nicht wenig die Entwickelung der Cultur und die Einführung seltener und kostbarer Erzeugnisse ferner Länder. An den Höfen herrschte schon ein gegen die frühere Einfachheit grell abstechender Luxus im Kleiderputz; schöne Pferde, eine zahlreiche Meute waren keine Seltenheit mehr; die Geselligkeit, auch wenn sie von den Frauen getheilt wurde, entbehrte nicht leicht der Zuthat eines kräftigen Trunkes; auch das Kartenspiel gehörte zu den geselligen Freuden.

Der Landadel fand seine liebste Ergötzung auf der Jagd, ein großer Wildstand war der Stolz des Grundherren, freilich auch Gegenstand der ewig sich erneuernden Klage des Bauern, der unter dem Wildschaden unsäglich litt. Die Stellung der Bauern war seit dem Bauernkrieg nicht besser geworden, höchstens daß da und dort einsichtige Gutsherren, im eigenen Interesse, ihre leibeigenen Bauern zu Zeit- oder Erbpächtern werden ließen. Eine neue Last erwuchs den Landbewohnern dadurch, daß neben den Söldnerheeren nach und nach eine Art von Volksbewaffnung, allerdings vorzüglich zu Zwecken der Vertheidigung, eingeführt wurde.

Im Ganzen und Großen kann man wohl die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts als eine auch in materieller Beziehung glückliche und gesegnete Zeit bezeichnen. Es waren Keime genug vorhanden, die, wenn es gelungen wäre, die kirchlichen Gegensätze zu versöhnen, Bürgschaft für die Herstellung der vollen nationalen Größe früherer Tage geboten hätten. Aber jene Gegensätze traten sich immer schroffer gegenüber.

Seit den siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts wurde das friedliche Nebeneinanderleben von Katholiken und Protestanten im deutschen Reiche immer seltener, die Verschiedenheit des Bekenntnisses machte sich nicht nur in den äußeren Uebungen der Gottesverehrung bemerkbar, sondern wurde für alle Verhältnisse in Gemeinde und Familie entscheidend, die Anhänger Luthers und Calvins und die Angehörigen der römischen Kirche begannen sich mit wilder Gehässigkeit zu betrachten. Die Jesuiten, diese streitbare Heeresmacht des Papstthums, machten eine Provinz des Reiches nach der anderen ihrem Einflusse dienstbar. Bei den Gottesdiensten, welche sie veranstalteten, fesselten sie durch Entfaltung eines prunkvollen Cultus die großen Massen, sie belebten die fast vergessene Sitte der Wallfahrten aufs Neue, sie wußten durch Gründung frommer Vereine bei zahlreichen, in der Vereinzelung Gleichgiltigen ein lebhaftes Interesse an den Angelegenheiten des gemeinsamen Glaubens zu erwecken, durch Wunder, die sie geschickt in Scene setzten, verblüfften sie schwächere Gemüther, durch ihre feine Form, ihre Gewandtheit und Klugheit empfahlen sie sich den Vornehmen; was sie nicht erreichten, brachten durch Erhitzung der Gemüther, durch Reizung der Einbildungskraft, durch eine volksthümliche Beredsamkeit die Kapuziner, besonders bei Kleinbürgern und Bauern, zu Stande. Wenn es also gelang, überall im Reiche den Eifer der Katholiken neu zu beleben, wenn die katholischen, besonders die geistlichen Fürsten begannen, unbekümmert um die Religionserklärung Kaiser Ferdinands, den alten Glauben mit Gewalt wieder einzuführen und die nicht fügsamen protestantischen Unterthanen von Haus und Hof zu jagen, so trat die Zwietracht am stärksten in den Reichsstädten hervor, in denen Bekenner beider Glaubensformen heimisch waren. Der gegenseitige Haß ging schon so weit, daß die Thatsache der Einführung des neuen verbesserten Kalenders durch Papst Gregor XIII. und die Annahme desselben durch den Kaiser und die katholischen Stände (1583) genügte, die Protestanten zur Beibehaltung des alten, fehlerhaften julianischen Kalenders zu bestimmen.

Kaum daß noch die Furcht vor dem Feinde der ganzen Christenheit, vor dem Türken, der unausgesetzt die Ostgrenzen des Reiches bedrohte, auf den Reichstagen die Stimmen aller Stände zur Bewilligung der zur Abwehr nöthigen Opfer vereinigte. Denn sonst tobte auch da in immer heftigerer Erregung der Hader der kirchlichen Bekenntnisse.

Gleich im Vordergrunde der Verhandlungen des ersten Reichstags, den im Jahre 1582 Kaiser Rudolf II. berief, stand eine den kirchlichen Streit berührende Frage. Die deutschen Bisthümer hatten nach und nach vollständig den Charakter weltlicher Fürstenthümer angenommen, auch auf katholischer Seite sah man in dem Bischof nur den Territorialherren, nicht das geistliche Haupt einer Diöcese; gerade um deßwillen war es möglich geworden, daß die großen geistlichen Stifte auch da fortbestanden, wo ihre Oberhäupter den evangelischen Glauben angenommen hatten; sie beanspruchten, nach wie vor als Reichsstände angesehen zu werden und auf den Reichstagen ihre Vertretung zu finden. Ueber den Mangel der reichsgesetzlich nothwendigen päpstlichen Bestätigung solcher Reichsstände hatte man in der Zeit, da der Religionsfriede noch in frischer Wirksamkeit war, wohl hinweggesehen, aber die Päpste hatten dieß thatsächliche Verhältniß nie als rechtsgiltig anerkannt und jetzt, da die päpstliche Strömung am Kaiserhofe und auf den Reichstagen immer mehr zur Geltung kam, konnte es an Streitpunkten nicht fehlen. Auf dem Reichstage von 1582 handelte es sich um das Recht des Erzstifts Magdeburg, den Vorsitz im Reichsfürstenrathe zu führen. Administrator dieses Erzstiftes war der Markgraf Joachim Friedrich von Brandenburg, welcher sich zum Protestantismus

bekannte und vermählt war. Die katholischen Stände bestritten diesem nicht nur das Recht des Vorsitzes, sondern sogar der Stimmführung im Fürstenrathe; lange wurde hin und her gestritten, schon fühlten sich die Protestanten so unsicher, daß sie selbst zwar jenen Anspruch nicht aufgaben, aber doch einer Entscheidung aus dem Wege gingen, und 1594 und 1597 wiederholte sich, nur unter noch stürmischeren Verhandlungen, derselbe Verlauf; die Protestanten mußten sich begnügen, das Princip durch Rechtsverwahrungen zu retten, in der That aber unterlagen sie den Forderungen der päpstlichen Partei.

Noch um eine andere Stimme handelte es sich auf dem Reichstage von 1582. In der früher streng katholischen Reichsstadt Aachen hatte die starke Einwanderung vertriebener Niederländer den noch um 1560 feierlich festgesetzten Stand der Dinge so sehr geändert, daß die protestantische Bevölkerung die Wahl mehrerer ihrer Glaubensgenossen in den Rath durchsetzte; die Katholiken hatten dagegen Verwahrung eingelegt, ein kaiserlicher Commissar war erschienen, die Sache zu untersuchen, die Leidenschaft aber, welche schon alle Gemüther erfüllte, hatte einen Aufruhr erzeugt, und der Commissar war mit den angesehensten Führern der Katholiken aus der Stadt verjagt worden. Da die Stadt Aachen zur Strafe für diese Unbotmäßigkeit vom Kaiser keine Ladung zum Reichstag erhalten hatte, so beriefen sie die Städte ihrerseits und ließen sie an den Berathungen ihres Collegiums Antheil nehmen. Auch die Aachener Frage fand ihre Erledigung nicht auf diesem Reichstag, sondern schleppte sich bis 1598 hin, da dann die Rechtsfrage durch Executionstruppen entschieden und der katholische Glaube in Aachen wieder als der allein herrschende hergestellt wurde.

Viel tiefer griffen die Vorgänge im Erzstifte Köln in die politischen Verhältnisse des Reiches ein. Dort war der Erzbischof Gebhard Truchseß von Waldburg im Jahre 1577 zum protestantischen Bekenntniß übergetreten und hatte sich mit einer Gräfin von Mansfeld verheirathet; er gedachte dabei aber keineswegs die kurfürstliche Würde abzulegen.

Um diese Verletzung des „geistlichen Vorbehaltes“ zu züchtigen, schickte Spanien, von der katholisch gebliebenen Mehrheit des Capitels zu Hilfe gerufen, aus den Niederlanden Truppen den Rhein herauf, und der Herzog von Baiern führte mit Waffengewalt den von derselben Mehrheit zum Erzbischof gewählten bairischen Prinzen Ernst nach Köln; der Erzbischof Gebhard fand, da er sich zum Calvinismus bekannte, nur von dem Pfalzgrafen Johann Casimir, freilich ohne Erfolg, bewaffnete Unterstützung, während sich der lutherische Kurfürst August von Sachsen mit derselben Entschiedenheit wie die streng katholischen Stände für die Aufrechthaltung des „geistlichen Vorbehaltes“ und gegen Gebhard erklärte. Als sich dieser, vom Papste abgesetzt und gebannt, mit anderen Protestanten, die noch im Capitel gesessen hatten, nun aber auch durch den päpstlichen Bannstrahl aus demselben verjagt worden waren, nach Straßburg begab, wo sie ebenfalls Pfründen besaßen, trugen sie auch dorthin den Streit um den „geistlichen Vorbehalt“. Von den katholischen Stiftsherren nicht anerkannt, wußten sie sich doch zu halten und wählten, als im Jahre 1592 Bischof Johann starb, während die Katholischen den Cardinal von Lothringen, aus dem Hause Guise, zu dessen Nachfolger erhoben, ihrerseits den protestantischen Markgrafen Johann Georg von Brandenburg zum Bischofe von Straßburg. Auch hier führte der Streit zu kriegerischen Verwickelungen und endete, wie in Köln, mit dem Siege des katholischen Bewerbers.

Während also auf den Reichstagen eine Anzahl protestantischer Stände thatsächlich ihrer reichsständischen Befugnisse verlustig ging, während die Versuche der Protestanten, einige durch ihre Lage wichtige Stellungen für sich zu gewinnen, scheiterten, machte sich die katholische Strömung auch da geltend, wo der Hort des Rechtslebens im deutschen Reiche eine sichere und gefestete Stätte haben sollte, im Reichskammergerichte. Nach und nach hatten auch in diesem obersten Gerichtshofe die katholischen Mitglieder die Mehrheit zu erlangen gewußt, und man versah sich zu denselben nicht nur parteiischer Urtheile zu Gunsten ihrer Glaubensgenossen, sondern namentlich auch erregte das Streben ernstliche Bedenken, solche Fälle vor das Kammergericht zu ziehen, deren Entscheidung eine Auslegung einzelner Bestimmungen des Religionsfriedens in sich schloß, die doch, nach Ansicht der Protestanten, nur durch gütliches Uebereinkommen der Stände auf einem Reichstage erfolgen sollte.

In diesem Zusammenhang wurde der sogenannte „Vierklosterstreit“ als ein höchst bedrohlicher Vorgang betrachtet, ein Proceß, in welchem gegen den Markgrafen von Baden, die Grafen von Eberstein und Oettingen, die Stadt Straßburg und die Herren von Hirschhorn ein kammergerichtliches Urtheil ergangen war, weil sie verschiedene Klöster erst nach Abschluß des Passauer Vertrags eingezogen hatten. Die protestantischen Stände fürchteten noch weitere Angriffe gegen das von ihnen in Besitz Genommene, wodurch in einigen oberdeutschen Fürstenthümern geradezu der kaum recht befestigte staatliche Zusammenhang mit Auflösung bedroht erschien.

Noch schwerer wurde empfunden, daß auch der Reichshofrath in Processen entschied, welche die unter beiden Religionsparteien streitigen Fragen zum Gegenstande hatten, eine Behörde, die ausschließlich vom Kaiser und deshalb jetzt nur noch mit Katholiken besetzt wurde und nicht einmal die schwachen Bürgschaften, welche in der Geschäftsordnung des Kammergerichtes lagen, bieten konnte, vielmehr recht eigentlich dazu benutzt wurde, nach der jeweiligen Ansicht des Kaisers und seiner Räthe ihre Aussprüche abzugeben.

Die Befürchtungen wurden um so lebhafter, als die katholischen Rechtsgelehrten bereits begannen, in Streitschriften den Religionsfrieden in seiner Grundlage anzugreifen. Dieß geschah am offensten und stärksten in einer zu München, unter den Augen des Herzogs Wilhelm von Baiern erschienenen Schrift de autonomia; mit ebensoviel Gelehrsamkeit als Leidenschaftlichkeit wurde in derselben das Recht aller weltlichen und geistlichen Stände darzuthun versucht, nur die Religion des Landesherren im Lande zu dulden; der Religionsfriede wurde nur als eine Art Waffenstillstand dargestellt, in dem die Katholiken, durch die rohe Gewalt gezwungen, für einige Zeit auf das Recht und die Pflicht verzichtet hätten, die eine geoffenbarte Wahrheit, wie sie in der katholischen Kirche ihren Ausdruck gefunden habe, allgemein zur alleinigen Geltung zu bringen; die Ausrottung der Ketzerei, die Vernichtung der Ketzer wurde als die erste Aufgabe des Staates dargestellt.

Und schon fehlte es auch nicht an einem praktischen Beispiele dafür, auf welchem Wege die katholische Kirche in Deutschland diese Aufgabe erfüllen könne, wenn der obersten Gewalt des Reiches die Macht dazu fehle.

Im Herbste 1598 zog ein spanisches Heer unter dem Befehle des Admirals Franz Mendoza gegen die Niederlande, eroberte die Festung Berg und bezog dann in den Fürstenthümern Jülich und Cleve Winterquartiere. Abtheilungen dieses Heeres durchstreiften auf dem rechten und linken Rheinufer die Gegend und hausten weit und breit in diesen neutralen deutschen Gebieten wie in Feindesland. Da Mendoza seine eigentliche Aufgabe in der vorgerückten Jahreszeit nicht erfüllen konnte, hielt er es für verdienstlich, die deutschen Ketzer zu züchtigen. Mit Mühe rettete

sich die Stadt Wesel durch Bezahlung einer Kriegssteuer vor Zerstörung und Plünderung. Da den Soldaten keine Löhnung bezahlt wurde, suchten sie ihren Unterhalt bei den Bewohnern des Stiftes Münster; bis zur Mosel drangen einige der beutegierigen Schaaren vor; nichts entging ihrer Raubsucht. Unter Mendozas persönlicher Theilnahme aber wurden in der deutschen Stadt Wesel die reformirten Prediger verjagt, und nachdem dort 50 Jahre lang das evangelische Bekenntniß ausschließlich geherrscht hatte, erschienen die Jesuiten und führten den katholischen Gottesdienst wieder ein.

Freilich empörte dieses zucht- und rechtlose Vorgehen des spanischen Befehlshabers nicht nur die protestantischen Fürsten, sondern auch bei vielen katholischen Ständen herrschte Unwille und Erbitterung über eine solche Verletzung des Reichsgebietes. Aber als gegen das fremde Heer die Reichsexecution vollzogen werden sollte, zu deren Verfügung man sich endlich nach langen Verhandlungen ermannte, zeigte sich die Kriegsverfassung des Reiches in ihrer ganzen trostlosen Gestalt; Mißtrauen und Eifersucht der Fürsten unter einander trat hinzu, und die im Sommer 1599 aufgebotene Armee lief, nachdem sie nicht viel besser als die Spanier gehaust hatte, vor den Mauern der Festung Rees, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, auseinander.

Diese jammervollen Zustände im Reiche, die völlige Machtlosigkeit der Reichsgewalt, die Willkür, der sich sogar in reinen Rechtsfragen die protestantischen Stände ausgesetzt sahen, führten diese naturgemäß zu dem Gedanken einer engeren Verbindung unter einander. Keiner unter den deutschen Fürsten hegte diesen Plan lebhafter und aufrichtiger als der Pfalzgraf Johann Casimir, der Vormund des minderjährigen Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz. Ein eifriger Calvinist, begegnete er aber bei allen seinen Versuchen, die protestantischen Stände zu Schutz und Trutz zu einigen, dem Widerwillen und dem ängstlichen Kleinmuth der streng lutherischen Stände, an ihrer Spitze Kurfürst August von Sachsen. Eine kurze Zeit, als nach dessen Tode sein Nachfolger Christian I. unter dem Einflusse des staatsklugen Kanzlers Krell sich dem pfälzischen Fürsten vertrauensvoll näherte und die Gesammtheit der norddeutschen Fürsten zu Torgau mit Kurpfalz und Hessen zu einem Bündnisse vereinigte, schien in der That Aussicht auf eine dauernde und erfolgverheißende Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Protestantismus vorhanden zu sein; allein der Tod raffte Christian I. und Johann Casimir innerhalb weniger Monate dahin, und in Sachsen kehrte man alsbald zur früheren Politik zurück; eine Schwenkung, welche dem Kanzler Krell das Leben kostete und die übrigen Fürsten Norddeutschlands ebenfalls wieder in ihr altes, ängstliches Zaudern zurückfallen ließ. Nur in der Pfalz blieb der Gedanke an eine politische Einigung der deutschen Protestanten unter Anlehnung an die protestantischen Parteien der übrigen europäischen Länder lebendig.

Kurfürst Friedrich IV., der nach dem Tode seines Vormundes Johann Casimir die Regierung antrat, war kein Mann von hervorragender Bedeutung, er hatte wenig gelernt und zog die Freuden der Tafel und der Jagd, einen kühnen Ritt, ein glänzendes Hoffest dem Ernste der Regententhätigkeit vor; seiner Gutmüthigkeit und Freigebigkeit, die er bis zur Verschwendung übertrieb, stand eine oft in Ausbrüchen wilden Jähzorns sich äußernde Heftigkeit gegenüber; aber er ließ die Räthe, denen er sein Vertrauen schenkte, die Geschäfte nach ihrer erprobten Einsicht leiten und blieb dem von Johann Casimir so lebhaft festgehaltenen Calvinismus unentwegt treu. Dadurch wurde die ganze politische Stellung der Pfalz bestimmt: ein ausgesprochener Gegensatz gegen das habsburgisch-spanische Wesen, gegen die in Baiern regierende Linie des wittelsbachischen Hauses, ein kühles Verhältniß zu den lutherischen Fürsten Norddeutschlands, lebhafte Beziehungen zu den Calvinisten in Frankreich, in England, in den Niederlanden, mannichfache Berührung mit der protestantisch-ständischen Opposition in den österreichischen Erblanden, in Böhmen, Mähren und Ungarn.

Von den deutschen Fürsten waren neben Kurpfalz für die Sache der „Correspondirenden" — wie man die auf ein Bündniß der deutschen Protestanten drängenden Reichsstände nannte — besonders zwei thätig: Herzog Heinrich Julius von Braunschweig und Landgraf Moritz von Hessen; der erstere ein Mann von mäßiger Begabung, aber thatkräftig und leicht zu raschem und entschiedenem Eingreifen bereit und von echt niederdeutscher Hartnäckigkeit und Zähigkeit im Festhalten an einer einmal ergriffenen Idee; der zweite geistreich, gelehrt, bedächtig geschickter, einen Gedanken nach allen Seiten zu erwägen, alle Aussichten eines Unternehmens gründlich zu erörtern, als im entscheidenden Augenblicke das Richtige zu treffen, aber ebenso hartnäckig und unbeugsam wie der Herzog. Zu ihnen kam ein dritter, Fürst Christian von Anhalt, den zwar nicht seine Bedeutung unter den Reichsfürsten als Herr des kleinen Ländchens Bernburg, wohl aber seine Vertrauensstellung am kurpfälzischen Hofe als eine gewichtige Persönlichkeit erscheinen ließ. Weit gereist, vielseitig gebildet, in allen ritterlichen und höfischen Künsten wohl bewandert, hatte er als Anführer der Hilfstruppen, welche deutsche Fürsten im Jahre 1591 Heinrich IV. von Frankreich sandten, und bei einigen glücklichen Unternehmungen gegen den katholischen Bischof von Straßburg seinem Namen einen guten Klang verliehen. Vom Kurfürsten zum Statthalter in der Oberpfalz ernannt, gab er die leitenden und anregenden Gedanken für die Politik des Heidelberger Hofes. Christian von Anhalt vor allen anderen hielt dort die Ueberlieferungen aus der Zeit Johann Casimirs aufrecht und war nur von dem einen Gedanken beseelt, gegen die spanisch-katholische Politik, die er am kaiserlichen Hofe als die maßgebende erblickte, die protestantischen Stände zu einem festen Bündnisse zu einigen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, unter dem er den Kaiser als den Träger einer ausländischen, die völlige Vernichtung der Protestanten anstrebenden Politik betrachtete, erschien ihm die Verbindung der deutschen Protestanten mit ausländischen Mächten nur als ein völlig berechtigter Act der Nothwehr. Dabei war ihm und wohl auch den anderen „Correspondirenden" völlig unklar, daß sie bei ihren Verhandlungen mit den Generalstaaten der Niederlande und mit dem König von Frankreich nicht in der Lage waren, auf gleichem Fuße mit diesen bedeutenden Mächten zu verkehren, daß sie von diesen doch nur als Werkzeuge benutzt wurden in so weit und so lange deren Interesse ihre Verwendung geeignet erscheinen ließ. Bei der großen Unklarheit, die in allen diesen politischen Verhältnissen herrschte, bei der Engherzigkeit und dem beschränkten Gesichtskreis der Mehrzahl der Fürsten, bei den tausend Schwierigkeiten, die sich dem in das Auge gefaßten Ziele in den Weg stellten, wurde Christian immer mehr zu abenteuerlichen und aussichtslosen Plänen fortgerissen, von denen einem heute gescheiterten morgen alsbald ein neuer folgte.

Jahre lang wurden so die Verhandlungen zwischen den protestantischen Fürsten geführt, und wenn auch kein förmliches Bündniß zu Stande kam, so traten sie doch als eine fest geschlossene Partei den katholischen Ständen gegenüber, zuletzt noch auf dem Reichstage von 1603, wo sie wiederholt und mit Entschiedenheit ihre Rechtsansicht vertraten, daß die Streitigkeiten über die geistlichen Stifte und Güter keiner gerichtlichen Entscheidung zu überweisen seien. Die Umgestaltung dieser zeitweiligen Vereinigungen, von denen sich aus den verschiedensten Gründen bald dieser bald jener der protestantischen Stände ferne hielt, zu einem

eigentlichen, fest gegliederten Bunde wurde endlich durch ein Ereigniß herbeigeführt, welches den Unwillen der Protestanten in noch höherem Grade als einer der bisherigen Vorgänge hervorrief, und ihnen die im Reiche herrschende Rechtsunsicherheit als eine den Bestand aller protestantischen Länder schwer bedrohende Gefahr vor Augen stellte.

Maximilian von Baiern.

In der Reichsstadt Donauwörth in Schwaben bestand eine kleine katholische Gemeinde, die in ihrer Vereinzelung unter einer zum größten Theile protestantischen Bürgerschaft einen ihre Fortdauer verbürgenden Halt an dem Kloster Heilig-Kreuz fand. Dem Bestreben des Rathes, diese katholische Gemeinde nach und nach durch Einschränkungen bei der Ausübung ihrer gottesdienstlichen Handlungen völlig verschwinden zu machen, trat, unter dem Einflusse jenes Klosters und der Jesuiten in dem benachbarten Dillingen, der Versuch entgegen, durch feierliche Umzüge außerhalb des Klosters, in den Straßen der Stadt, die Lebensfähigkeit der Donauwörther Katholiken an den Tag zu legen. Als der Rath diese Umzüge als eine Neuerung verbot, erwirkte der Bischof von Augsburg bei dem Reichshofrathe den Befehl, jede Störung eines katholischen Gottesdienstes bis zum rechtlichen Austrage der Streitfrage zu unterlassen. Daraufhin veranstalteten die Heilig-Kreuzer Mönche, unbekümmert um die Einreden des Rathes, neuerdings einen pomphaften Umzug, den die protestantische Bürgerschaft als eine kecke Herausforderung betrachtete und der mit einer großen Prügelei endete. Als der Rath, daraufhin zur Rechenschaft gezogen, zu seiner Entschuldigung anführte, daß er der unruhigen Bürgerschaft nicht Herr sei, erhielt Herzog Maximilian von Baiern den kaiserlichen Auftrag, die Donauwörther Katholiken gegen jede fernere Beeinträchtigung durch ihre protestantischen Mitbürger zu schützen.

In Donauwörth dachte man zunächst nicht an Unterwerfung und sträubte sich, auf die Unterstützung der glaubensverwandten Stände hoffend, gegen die Ausgleichsvorschläge des Herzogs von Baiern. Dieser aber war nicht der Mann, ein Unternehmen, das er im Interesse seines katholischen Glaubens begonnen hatte, unvollendet zu lassen.

Maximilian von Baiern war von frühester Jugend an der Erziehung der Jesuiten anvertraut gewesen. Er war aufgewachsen in der Gewohnheit, sein ganzes Thun und Lassen, alle Handlungen des täglichen Lebens mit den Andachtsübungen zu umgeben, welche der Lehrplan der Jesuiten vorschrieb. Täglich die Messe zu hören, bei jedem Anlaß bestimmte Gebete zu sprechen, Heiligenbilder zu verehren und mit sich zu tragen, Wallfahrten zu machen, das alles betrachtete er als eine theure Pflicht. Seine wissenschaftliche Bildung erhielt er zu Ingolstadt, der bairischen Universität, welche die Jesuiten als ihr Hauptquartier in deutschen Landen zu betrachten pflegten. Aus der Gesellschaft Jesu wählte er seine Beichtväter, seine Rathgeber in allen Fragen, die mit der Religion zusammenhingen. Eine besondere Verehrung widmete er der Jungfrau Maria, der er Bildsäulen errichtete, die er als Schirmherrin Baierns bezeichnete. Mit größter Strenge überwachte er die Religionsübungen in seinem

Lande, mit unermüdetem Eifer trachtete er danach, die letzten Reste des Protestantismus, die sich noch in Baiern fanden, zu vernichten. So erblickte er in dem kaiserlichen Auftrage gegen Donauwörth einen Wink des Himmels, ein gottgefälliges Werk zu verrichten.

Das fortgesetzte Widerstreben des Rathes, sich seinen Forderungen zu fügen, veranlaßte ihn, die Aechtung der Stadt zu verlangen, und als diese erfolgt war, sie mit seinen Truppen zu besetzen. Alsbald mußten die protestantischen Geistlichen fliehen, Jesuiten hielten ihren Einzug, die Gegenreformation begann, die protestantische Pfarrkirche wurde der katholischen Minderheit eingeräumt, Maximilian aber, der neben der Sorge für den katholischen Glauben den sehr lebhaften Wunsch empfand, sein Gebiet zu vergrößern, bereitete die Einverleibung der Reichsstadt in das Herzogthum Baiern vor.

Der Eindruck, den dieser Vorgang auf die protestantischen Reichsstände machte, war ein tiefer und nachhaltiger. Viel ernster als bisher hielten sie sich nun für bedroht, in der Donauwörther Sache sahen sie nur den ersten Ring einer Kette, welche die katholische Partei im Reiche den Protestanten anzulegen beabsichtige. Schon hörte man, daß der Donauwörth benachbarte Herzog von Neuburg Schanzen aufwerfen lasse, daß die brandenburgischen Markgrafen in Franken ihre Festung Wülzburg in Vertheidigungszustand setzten, daß die Stadt Nürnberg Truppen anwerbe. Und eben damals trat, im Januar 1608, zu Regensburg der Reichstag zusammen. Seine Verhandlungen waren von der Stimmung beherrscht, welche in Folge des Donauwörther Handels Katholiken und Protestanten beherrschte. Diese verlangten eine Erneuerung des Religionsfriedens, jene wollten eine solche nur zugestehen, wenn alle seit 1555 eingezogenen Kirchengüter zurückgegeben würden. Bei solchen Gegensätzen gab es keine Möglichkeit eines Ausgleiches. Auch jene protestantischen Stände, die sich bisher von der Politik der „Correspondirenden“ fern gehalten oder wieder von ihr getrennt hatten, stellten sich jetzt mit Entschiedenheit auf die Seite ihrer Glaubensgenossen gegen die Katholiken. Auf den Vorschlag des Kurfürsten von der Pfalz übergaben die Protestanten eine Schrift, in welcher sie andeuteten, daß sie an ferneren Berathungen nicht Theil nehmen könnten, daß sie ihre eingezogenen geistlichen Güter im Nothfall mit Gewalt vertheidigen würden und verließen Ende April den Reichstag. Diese offene Trennung war das folgenschwere Ergebniß des Reichstages von 1608.

Es konnte nicht fehlen, daß unter solchen Umständen der alte Plan der protestantischen Stände, in eine festere Vereinigung unter einander zu treten, wieder belebt wurde; mit Feuereifer erfaßte Christian von Anhalt die günstige Gelegenheit zur Anknüpfung neuer Verhandlungen, und schon am 12. Mai 1608 trat er, als Vertreter des pfälzischen Kurfürsten, mit dem Herzog von Wirtemberg, den Markgrafen von Ansbach, Kulmbach und Baden und dem Prinzen Wolfgang Wilhelm von Neuburg, der seinen Vater vertrat, in dem Dorfe Ahausen zu persönlichen Besprechungen zusammen. So lebhaft war der Wunsch dieser Fürsten, rasch zu einem vollen Einverständnisse zu gelangen, daß sie ohne Zuzug ihrer Räthe verhandelten und zehn Stunden täglich in den Sitzungen zubrachten. Das Ergebniß ihrer Berathung war der Abschluß eines Bündnisses, das sie die deutsche Union nannten. Dasselbe wurde abgeschlossen zur Vertheidigung der Genossen auf der Grundlage des Landfriedens und der Executionsordnung, zur Abwehr der parteiischen Erkenntnisse des Kammergerichts und des Reichshofrathes, zum Schutze des Besitzes der eingezogenen geistlichen Güter, sowie der Hoheit und Freiheit der deutschen Stände. Regelmäßige Bundessteuern sollten die nöthigen Geldmittel herbeischaffen und alle Vorbereitungen zur Aufstellung

einer Armee von wenigstens 20,000 Mann sollten getroffen werden; an die Spitze des Bundes wurde ein Direktor gestellt, dem die Bundesglieder Kriegsräthe beigaben. Diese Würde wurde für die nächsten drei Jahre dem Kurfürsten von der Pfalz übertragen.

Die Hoffnung, welche die zu Ahausen vereinigten Stände hegten, als sie am 16. Mai, nach Abschluß der Union, wieder auseinandergingen, daß auch andere protestantische Stände ihrem Bündnisse beitreten würden, ging bald in Erfüllung; es erklärten noch im Jahre 1608 Straßburg, Ulm und Nürnberg und andere Reichsstädte, im Jahre 1610 auch der Landgraf Moritz von Hessen und der Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg ihren Beitritt. Von bedeutenderen protestantischen Fürsten blieb nur Kurfürst Christian II. von Sachsen dem Bunde fern, sowohl weil er sich nicht dem pfälzischen Kurfürsten unterordnen wollte, als auch weil ihm seine Hoftheologen, in ihrem unversöhnlichen Hasse gegen die Calvinisten, Sorge für sein Seelenheil erregten, wenn er sich in einen Bund einließe, an dessen Spitze ein Calvinist stand.

Dieser Vereinigung der Protestanten folgte bald ein Bündniß der katholischen Reichsstände. Schon 1607 hatte Kurfürst Maximilian von Baiern dessen Abschluß angeregt, sein Bruder, der Erzbischof von Köln, hatte den Gedanken mit Freuden ergriffen, und am 10. Juli 1608 war zu München ein Vertrag zwischen Baiern und den bedeutendsten geistlichen Fürsten Oberdeutschlands abgeschlossen worden, der die Grundlage der katholischen Liga bildete. Im Gefolge weiterer Berathungen traten im Juni 1609 die drei geistlichen Kurfürsten von Köln, Mainz und Trier zusammen, um festzustellen, daß neben dem zum Bundesobersten ausersehenen Herzoge von Baiern auch der Kurfürst von Mainz eine leitende Stellung im Bunde erhalten solle. Am 10. Februar 1610 wurde in München die Liga endgiltig abgeschlossen, wie die Union in der Form eines Vertheidigungsbündnisses. Freilich hatte der Herzog von Baiern eine bei weitem bedeutendere Stellung in der Liga als sein pfälzischer Stammesverwandter in der Union, die Theilnahme der geistlichen Mitglieder beschränkte sich fast ausschließlich auf die Leistung namhafter Geldbeiträge. Die Erzherzoge von Oesterreich wollte Maximilian von dem Bunde ausgeschlossen wissen, einmal um sich die gebietende Stellung an der Spitze der Liga ungeschmälert zu erhalten, dann aber auch, weil er diese nur zum Schutze der katholischen Reichsstände und des katholischen Glaubens zu begründen gedachte, nicht aber im Interesse des Hauses Habsburg verwenden wollte.

Hatten die protestantischen Fürsten ihre Union nicht abgeschlossen, ohne sich mit dem König Heinrich IV. von Frankreich in Verbindung zu setzen und seinen Beistand zu erbitten, so ging Herzog Maximilian nicht an die Gründung der Liga heran, ohne sich der Hilfe Philipps III. von Spanien und des Papstes zu versichern. Beide aber machten ihre Unterstützung von der Aufnahme Oesterreichs in den Bund abhängig, und so mußte sich denn der Herzog von Baiern dazu verstehen, dem Erzherzog Ferdinand den Beitritt zur Liga zu gestatten. Daraufhin übernahm der König von Spanien das Protectorat über den Bund und verpflichtete sich, denselben mit bedeutenden Geldmitteln auszustatten.

So standen sich, wie früher im schmalkaldischen und im sogenannten heiligen Bunde, jetzt abermals die Fürsten des deutschen Reiches, in zwei Heerlager getrennt, feindlich gegenüber, die Waffen in Bereitschaft, um im ersten geeigneten Augenblicke den Boden des gemeinsamen Vaterlandes mit dem Blute der durch die religiösen Fragen entzweiten Bürger zu benetzen.

Welche Stellung aber nahm, solchen, die ganze Zukunft Deutschlands bedrohenden Verbindungen der wichtigsten Reichsstände gegenüber, die Reichsgewalt ein? wie verhielt sich der, dessen Amt es war, mit starker Hand die Geschicke der Nation durch die Fährlichkeiten dieser schweren Zeit zu lenken — der deutsche Kaiser?

Keine für eine solche Aufgabe weniger geeignete Person könnte gedacht werden als Kaiser Rudolf II.

Kaiser Maximilian II., persönlich ein aufgeklärter Mann und, wie wir gesehen haben, den evangelischen Lehren nicht abgeneigt, war doch so sehr in der Ueberlieferung seines Hauses befangen und erwartete von deren Aufrechterhaltung so sicher das fernere Blühen und Gedeihen seines Geschlechtes, daß er seinen ältesten Sohn in Spanien erziehen ließ. Dort hatte dieser die Grundsätze der Jesuiten in sich aufgenommen und war in dem Gedanken groß geworden, daß die Vertilgung der Ketzer die wesentlichste Aufgabe seines künftigen Herrscheramtes sei. Ohne daß er ein Fanatiker gewesen wäre, beherrschte doch dieser Gedanke seinen politischen Gesichtskreis vollkommen.

Als er nach seines Vaters Tode zur Regierung kam, im Jahre 1576, war er ein vierundzwanzigjähriger Jüngling, der mit einer gewissen ungelenken Schüchternheit den schweren Pflichten, die er nun zu erfüllen hatte, gegenübertrat. Für die ernsten und trockenen Regierungsgeschäfte fehlte ihm der Sinn vollständig. Ein phantastischer Zug, der in ihm lebendig war, wurde durch die reichen Sammlungen genährt, in denen er Kunstschätze und Seltenheiten aus aller Herren Ländern vereinigte. Seine Neigung für das Abenteuerliche und Geheimnißvolle führte ihn zu eingehenden Studien in Alchimie und Astrologie. Den berühmtesten Gelehrten der Zeit, den dänischen Astronomen Tycho Brahe, und dessen deutschen Fachgenossen Johannes Kepler nahm er an seinem Hofe auf und gab beiden eine ehrenvolle Stellung; er liebte es, sich von diesen Männern die Geheimnisse des gestirnten Himmels auslegen zu lassen und erwartete von solchen Forschungen auch Aufklärung und Rath in seinen Regierungsangelegenheiten. Dabei zog er sich immer mehr von den Berührungen der Außenwelt zurück. Es war ihm lästig, mit seinen Räthen zu arbeiten; Audienzen zu ertheilen schien ihm die verhaßteste seiner Regentenpflichten; fast niemals zeigte er sich dem Volke, seine Mahlzeiten pflegte er allein einzunehmen, allein lustwandelte er in seinen

Kepler.

Gärten oder besuchte die schönen Pferde in seinen Stallungen. So sehr er ein strenger Katholik war und so bitter er die Ketzer verabscheute, so hielt er sich doch von dem allgemeinen Gottesdienste fern, nie sah man ihn an den feierlichen Umzügen, die der Klerus veranstaltete, Theil nehmen. Vor jeder ernsten und stätigen Arbeit zurückscheuend, war er doch voll Eifersucht auf jene, die er im Verdacht hatte, daß sie seinen Herrscherrechten, seiner hohen Würde zu nahe treten möchten. Mit stolzem Selbstgefühl hielt er an dem Gedanken fest, der vornehmste Fürst der Christenheit zu sein. Ein idealer Zug seines Charakters trieb auch ihn, wie einst seinen Vater, die Türken, diese Erbfeinde des christlichen Namens,

zu bekämpfen; als er aber auf dem Reichstage die Mittel dazu von den deutschen Ständen forderte, verlangten diese, ehe sie irgend etwas bewilligten, Entscheidung ihrer kirchlichen Streitfragen. Dieß schreckte ihn von jedem ferneren persönlichen Eingreifen in die Reichsangelegenheiten ab; er ließ sich von da an auf den Reichstagen durch andere Glieder seines Hauses vertreten.

Der Protestantismus, den er als eine Auflehnung gegen die Autorität haßte, trat ihm auch in seinen Erblanden entgegen, noch dazu verbündet mit einer anderen Bewegung, die er nicht minder streng verurtheilte, mit dem Widerstand der Stände gegen die landesherrliche Unumschränktheit. Unter Rudolfs II. Regierung wurden die Bahnen verlassen, welche zur Zeit Maximilians II. betreten worden waren. In Steiermark widerrief Erzherzog Ferdinand, der mit Maximilian von Baiern zu Ingolstadt die Unterweisung der Jesuiten genossen, die Verfügungen seines Vaters, der den Anhängern des Augsburger Bekenntnisses freie Religionsübung zugestanden hatte, und führte das Land in wenigen Jahren dem katholischen Bekenntnisse wieder vollständig zu; im Erzherzogthum Oesterreich, das Rudolfs Bruder Matthias als Statthalter verwaltete, wurden ebenfalls die Zugeständnisse zuerst eingeengt, dann ganz aufgehoben, welche Maximilian II. den Protestanten gemacht hatte; in Böhmen wurde ein altes Gesetz wieder von Neuem verkündigt, das ausdrücklich nur das katholische Bekenntniß als berechtigt erklärte. Auch in Ungarn wurde der Versuch gemacht, den dort besonders fest eingewurzelten Protestantismus auszurotten. Und überall war mit der katholischen Reaction auch der Versuch verbunden, den Ständen ihre verbrieften und althergebrachten Rechte zu schmälern oder ganz zu entziehen.

Diese Versuche begegneten lebhaftem Widerstand; die protestantischen Stände schlossen zum Schutz ihrer bedrohten Rechte Bündnisse unter einander ab; in Ungarn brach offener Aufstand aus, der selbst den Beistand der Türken anzurufen nicht verschmähte.

Als Rudolf in keiner Weise sich befähigt zeigte, sich diesen Verwickelungen ernsthaft und mit Macht entgegenzustellen, traten die übrigen Erzherzoge zusammen, um für die Zukunft ihres Hauses, welche sie für schwer bedroht hielten, Vorsorge zu treffen. Der Gedanke, Rudolf abzusetzen, wurde ernstlich erwogen; den Erzherzog Matthias erkannten sie als den Aeltesten des Hauses an und faßten ihn als Nachfolger Rudolfs in der deutschen Kaiserwürde ins Auge.

Der Kaiser war von bitterem Hasse gegen diesen Bruder beseelt, er weigerte sich entschieden, die von ihm getroffenen Maßregeln zu genehmigen, und Matthias mußte mit Heeresmacht vor Prag rücken, um seine Wünsche erfüllt zu sehen. Im Juni 1608 willigte Rudolf endlich ein, dem feindlichen Bruder Ungarn, Oesterreich und Mähren abzutreten und die Nachfolge in Böhmen zu versprechen. Die protestantischen Stände in den Erblanden hatten von dem Regierungswechsel nicht den gehofften Gewinn; sie erreichten nur, daß Matthias verhieß, es solle Niemand um der Religion willen verfolgt werden. Nur in Böhmen ernteten sie einigen Vortheil für sich aus den Wirren des Bruderzwistes. Der festen und unbeugsamen Energie der Stände gelang es, Rudolf, der ihre Verbindung mit Matthias fürchtete, zu vermögen, daß er den Protestanten im sogenannten „Majestätsbriefe" die völlig freie Ausübung ihrer Religion bewilligte, ein Zugeständniß, das durch die rastlosen Intriguen der in den höchsten Regierungsämtern bleibenden katholischen Eiferer, eines Lobkowitz, Slavata, Martinitz freilich viel von seiner Bedeutung einbüßte.

Die Irrungen zwischen den Brüdern nahmen indeß auch jetzt noch kein Ende, der Versuch, sie durch eine Versammlung deutscher Fürsten, welche

im Jahre 1610 nach Prag kamen, zu schlichten, mißlang; Rudolf begünstigte, wenn denn doch über einen Nachfolger verhandelt werden sollte, seinen Vetter Leopold, den Bruder Ferdinands von Steiermark, einen abenteuersüchtigen Prinzen, der Bischof von Passau und Straßburg war, aber das wilde Treiben des Krieges der Erfüllung seiner Regentenpflichten weit vorzog. Mit zuchtlosen, überallher zusammengeworbenen Banden fiel dieser, nicht ohne Rudolfs Wissen und heimliche Zustimmung, in Oesterreich ein, wo sie raubten, brandschatzten und plünderten; bald warfen sie sich nach Böhmen und nahmen am 15. Februar 1611 im Sturm die Kleinseite von Prag. Die Alt- und Neustadt aber leistete tapferen Widerstand, setzte eine einstweilige Regierung ein und verhandelte mit Matthias wegen Annahme der königlichen Würde auch in Böhmen. Als sein Heer zum Entsatz herbeieilte, zogen die Passauer Schaaren ab, Rudolf aber wurde wie ein Gefangener bewacht, behielt zwar dem Namen nach die Regierung, mußte aber alle Gewalt an den Bruder abgeben, der sich zum Könige krönen ließ.

Während die Straßen Prags von dem Jubel der Krönungsfeier erdröhnten, vergrub sich Rudolf in die entlegensten Gänge seiner Gärten. In diesen trüben Tagen kam ihm zum Bewußtsein, das er noch immer deutscher Kaiser sei; ernstlich erwog er bei sich den Gedanken, in einer der Reichsstädte seinen Wohnsitz aufzuschlagen. Als er so in dem blinden Zorn über sein machtloses Dasein, über die Verdrängung durch seinen Bruder alle Mittel erwog, die ihm wieder zum Besitze seiner Herrschaft und seiner Länder verhelfen könnten, als er seinen Hilferuf auch im Herbst 1611 auf dem Kurfürstentag zu Nürnberg erfolglos verklingen hörte, dachte er daran, sich mit der protestantischen Union zu verbünden. Schon verlautete, er habe die Absicht, was er bisher hartnäckig verweigert hatte, sich zu vermählen, schon wurde die Wittwe Friedrichs IV. von der Pfalz, die Schwester des Prinzen Moritz von Oranien, des großen protestantischen Kriegshelden, als die Dame bezeichnet, auf die seine Wahl gefallen sei, schon gingen abenteuerliche Gerüchte im Reiche umher, daß eben dieser Prinz Moritz an der Spitze einer großen protestantischen Armee für den Kaiser die Erblande wieder zurückerobern wolle; wenn auch die Fürsten der Union Rudolfs Charakter zu gut kannten, als daß sie so weittragende Pläne an seine schwache Person hätten anknüpfen mögen, immerhin unterhandelte Christian von Anhalt mit ihm, ein Agent der Union befand sich am Anfange des Jahres 1612 an Rudolfs Hofe; da machte allen diesen Plänen, Befürchtungen und Hoffnungen der Tod des Kaisers ein Ende; nachdem er nur wenige Tage krank gewesen, starb Rudolf II., 59 Jahre alt, am 20. Januar 1612.

Während der 36 Jahre, da dieser unglückliche Fürst die deutsche Kaiserkrone getragen, hatte die Zersetzung der Reichsgewalt die größten Fortschritte gemacht. Während der Kaiser in den Prachtsälen des Hradschin seine Sammlungen pflegte und in den Sternen forschte, gingen die Dinge im Reiche ihren Gang, als ob das Reich eines Oberhauptes entbehrte; die Fürsten prüften ihre Kräfte und sammelten sie, je nach ihrem Glaubensbekenntniß, in zwei feindlichen Bündnissen. Schon zeigten sich, Sturmvögeln gleich, die Vorboten des drohenden Bürgerkriegs in dem Jülich'schen Erbstreite.

In dem Herzogthum Jülich beherrschte ein katholisch gebliebenes Fürstenhaus eine überwiegend protestantische Bevölkerung. Es waren beide Religionsparteien im Reiche lebhaft erregt, als dieses Haus in seinem Mannsstamme auszusterben drohte. Im Hinblick auf diesen Fall hatte Herzog Wilhelm von Jülich von Karl V. das von dessen Nachfolgern erneuerte Privileg erhalten, sein Land auf die weibliche Linie vererben zu dürfen. Von seinen Töchtern war die eine an den Herzog von Preußen, die andere an den

Herzog von Pfalz-Neuburg vermählt; eine Tochter des ersteren war die Gemahlin des Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg geworden. Als nun in der That im Jahre 1609 das Jülich'sche Erbe erledigt wurde, traten Brandenburg und Neuburg mit ihren Erbansprüchen hervor, der Kurfürst als Eidam der älteren Tochter, der Herzog mit der Behauptung, daß nur männliche Nachkommen der Töchter Wilhelms zur Nachfolge berufen seien. Gleichzeitig machte auch Kursachsen, auf Grund älterer Ansprüche, seine Rechte auf das Erbe geltend. Diesen Erbstreit dachte nun der Kaiser für das Haus Habsburg und den Katholicismus nutzbar zu machen. Er ernannte den Erzherzog Leopold zum Administrator des Landes, diesem gelang es, sich der Festung Jülich zu bemächtigen, und von dieser Stellung aus rief er alsbald die geistlichen Kurfürsten und Spanien um Hilfe an. Auf der anderen Seite zögerte die Union nicht, sich ihrer Glaubensverwandten anzunehmen, Brandenburg und Neuburg verständigten sich und besetzten gemeinsam das Land, und gleichzeitig rüstete König Heinrich IV. von Frankreich ein großes Heer, um der Union zu Hilfe zu eilen und zu verhindern, daß sich das habsburgische Haus abermals am Niederrhein festsetze. Schon entbrannte auf deutschem Boden der Krieg zwischen Union und Liga, schon fielen die protestantischen Fürsten in die Gebiete der ihnen benachbarten geistlichen Fürsten ein, als der Dolch, den der Mörder Ravaillac gegen Heinrich IV. zückte, allen diesen großen Plänen ein plötzliches Ende machte.

Der französische Hof dachte nach Heinrichs IV. Tode nicht mehr daran, die deutschen Protestanten zu unterstützen, die Union verlor durch den Tod Friedrichs IV. von der Pfalz ihr streitbares Haupt, und so kam es denn zwischen Union und Liga noch einmal zu einem Stillstand der Waffen. Die Feindseligkeiten wurden im October 1610 eingestellt, und Brandenburg und Neuburg blieben vorerst gemeinsam im Besitze der jülich'schen Lande. Aber auf die Dauer vertrugen sich die beiden Bewerber um das werthvolle Erbe nicht. Eine persönliche Beleidigung Wolfgang Wilhelms von Neuburg durch den Kurfürsten von Brandenburg wurde der Anlaß, daß jener, um sich die Hilfe der Liga zu sichern, zum Katholicismus übertrat, sich mit der Schwester Maximilians von Baiern vermählte. Als daraufhin spanische und ligistische Truppen in das Land einzogen und dort fürchterlich hausten, schickten auch die Generalstaaten bewaffnete Schaaren, und das alte deutsche Land wurde auf lange hin der Fremden nicht mehr ledig, wenn sich auch Brandenburg und Neuburg über eine Theilung des Erbes einigten, die freilich erst viel später wirklich in Kraft trat.

Wie die politische Lage den Herzog von Neuburg zum Religionswechsel gebracht hatte, so trat auch wesentlich aus politischen Gründen der Kurfürst von Brandenburg zum Calvinismus über, um in den Fürsten dieses Bekenntnisses eine Stütze nicht nur gegen den katholischen Vetter, sondern auch gegen die Erbansprüche des lutherischen Kurfürsten von Sachsen zu finden. Er entging dabei nicht schweren Anfeindungen der streng lutherischen Partei in seinem eigenen Lande, und es ist ihm daher um so höher anzurechnen, daß er die Gewissensfreiheit seiner Unterthanen nicht beschränkte und nicht, wie es sonst vielfach geschah, auch von diesen den Uebertritt zu seinem persönlichen Bekenntnisse verlangte. Er hat damit ein Beispiel religiöser Duldung gegeben, das für die ganze Zukunft in dem brandenburgisch-preußischen Staate die Richtschnur bildete, nach der die dort herrschenden Fürsten ihr Verhalten gegenüber der religiösen Ueberzeugung ihrer Unterthanen regelten.

So war man kaum dem Ausbruch des Bürgerkriegs entgangen, als nach Kaiser Rudolfs II. Tode sein Bruder Matthias sich um die Kaiserkrone bewarb.

Matthias war den deutschen Fürsten eine wohl bekannte Persönlichkeit. Sie rühmten die Gewandtheit, mit welcher er, als Vertreter seines Bruders, mehrere Reichstage geleitet habe; mit den Geschäften des Reiches war er wohl vertraut; obwohl ein guter Katholik hatte er doch auch mit den protestantischen Fürsten im freundlichen Einvernehmen gestanden; früher schon hatte er bei Verhandlungen über die Erbfolge die Erklärung abgegeben, daß er den Religionsfrieden beobachten werde. Sein erster Rathgeber war ein Mann, der, obwohl ein Bischof und später Cardinal der römischen Kirche, frei von fanatischer Gesinnung, die einzig mögliche Politik für den Kaiser darin sah, die Bahnen, auf denen Ferdinand I. gewandelt hatte, wieder zu betreten; Melchior Klesel, der Sohn eines Wiener Handwerkers, von den Jesuiten zu Ingolstadt erzogen, ein vortrefflicher Prediger, muthvoll und rücksichtslos nach allen Seiten, hatte sich das unbedingte Vertrauen des Erzherzogs Matthias zu erwerben gewußt. Klesels Rath hatte diesen bei allen seinen Schritten gegen Rudolf geleitet, nun war er eifrig bemüht, seinem Herren auch die Kaiserkrone aufs Haupt zu setzen. Es war kaum ernstlich von einem anderen Bewerber die Rede, den Erzherzogen Maximilian und Albrecht, die wohl auch genannt wurden, trat die Abneigung der protestantischen Fürsten entgegen. Diese hegten die Absicht, bei der Wahlcapitulation von Matthias umfassende Reformen zu erwirken, Bürgschaften für eine unparteiliche Rechtspflege, Theilnahme der Stände am Reichsregiment zu fordern, aber da nicht nur die katholischen, besonders die geistlichen Fürsten, sondern auch Kursachsen solche Festsetzungen nicht wollten, mußten jene sich mit der Hoffnung begnügen, daß Matthias den guten Willen, den er bei den Verhandlungen gezeigt, auch als Regent bewähren werde. So wurde er am 13. Juni 1612 einmüthig zum Kaiser gewählt.

Aber die Macht des Kaisers war durch die Sonderbündnisse im Reiche so sehr gelähmt, daß die wohldurchdachten Pläne Klesels, eine über den Parteien stehende Regierung zu führen, sich nur zu bald als völlig unausführbar erweisen sollten. Die in der Liga vereinigten Stände beschlossen auf einer Versammlung zu Frankfurt im März 1613 bei ihrer Auslegung des Religionsfriedens stehen zu bleiben und für den Fall, daß die Protestanten nicht nachgeben würden, sie mit Waffengewalt und mit Hilfe des katholischen Auslandes zu zwingen; die Mitglieder der Union und andere protestantische Stände gelobten sich gleichzeitig zu Rothenburg an der Tauber, an ihren Forderungen festzuhalten, vor allem ihre Sitze auf der geistlichen Bank zu behaupten, und auch sie rechneten auf auswärtige Unterstützung: der junge Kurfürst von der Pfalz, Friedrich V. vermählte sich mit der Tochter König Jakobs I. von England, der Nichte Christians IV. von Dänemark und hoffte von dieser Verbindung eine entschiedene Verstärkung seiner politischen Stellung, und mit den Generalstaaten der Niederlande schloß die Union schon damals ein Schutzbündniß ab.

Da war denn der Ausgang des Reichstages, den Matthias im nämlichen Jahre nach Regensburg ausgeschrieben hatte, unschwer vorauszusehen. Wenn Klesel gehofft hatte, durch eindringliche Mahnungen, gegen die Türken zusammenzustehen, die beiden Religionsparteien auch nur vorübergehend zu vereinigen, so mußte er alsbald erleben, daß dieß Verlangen bei Seite geschoben wurde; die Protestanten erklärten mit aller Bestimmtheit, daß sie nichts bewilligen würden, bevor nicht ihre Beschwerden abgestellt seien, die katholische Mehrheit aber blieb eben so unbeugsam auf ihrer Weigerung stehen. Bei solcher Lage der Dinge war der Gedanke, eine vermittelnde, ausgleichende Stellung einzunehmen, nicht länger festzuhalten. Da sich auch der lutherische Kurfürst von Sachsen gegen die Unirten aussprach,

so wurde es für Matthias um so leichter, sich für die katholische Mehrheit zu entscheiden. Ihre Beschlüsse wurden, ohne daß man auf die Verwahrungen der Minderheit geachtet hätte, als Reichstagsabschied verkündet. Es ist dann Jahrzehnte lang nicht mehr gelungen, die deutschen Stände zu gemeinschaftlichen Berathungen auf einem Reichstage zu vereinigen.

Indem sich der Kaiser entschiedener als bisher auf die Seite der katholischen Stände stellte, gelang es der Klugheit Klesels, ihm und dem österreichischen Hause auch innerhalb der Liga eine wesentlich veränderte Stellung zu schaffen. In der leitenden Behörde dieses Bundes wurden dem bisher fast unumschränkt gebietenden Herzog Maximilian von Baiern zwei Erzherzoge als Vertreter des österreichischen und des rheinischen Kreises beigegeben, eine Neuerung, welche in der That dem kaiserlichen Minister die eigentliche Führung der Liga in die Hand gab. Bei Maximilian von Baiern blieb davon freilich eine tiefe Verstimmung zurück, die Quelle späterer Mißhelligkeiten zwischen ihm und dem kaiserlichen Hause. Für den Kaiser aber hatte Klesel damit einen großen politischen Erfolg errungen.

Dies war um so wichtiger, als bereits wieder die Frage der Nachfolge im Reiche und in den Erblanden in den Vordergrund trat. Als Matthias die Kaiserwürde annahm, zählte er 55 Jahre und hatte aus seiner, erst 1611 geschlossenen Ehe mit Anna, der Tochter des Erzherzogs Maximilian von Tirol, keine Nachkommen. Er war kränklich, und es schien ihm nicht beschieden, ein hohes Alter zu erreichen. Von den Mitgliedern des habsburgischen Hauses kam nur der Erzherzog Ferdinand, der in Steiermark regierte, für die Nachfolge in Betracht. Die Regelung dieser Frage war für Klesel abermals ein Anlaß, seine und des Kaisers Neigung zum Frieden an den Tag zu legen. In diesem Sinne dachte er seine Stellung an der Spitze der Liga zu verwerthen; er war gerne bereit, neue Verhandlungen mit den Protestanten zu eröffnen und ihnen, wenn sie sich für die Nachfolge Ferdinands erklärten, auf dem kirchenpolitischen Gebiete Zugeständnisse zu machen. Aber dagegen erklärten sich mit aller Entschiedenheit die geistlichen Fürsten und die anderen katholischen Stände, vor allen die Erzherzoge von Oesterreich; Erzherzog Maximilian gab sogar ein Gutachten dahin ab: so gut man Ferdinand I. einst ohne die Stimme Sachsens zum König gewählt habe, ebenso könne man jetzt, da man Sachsens sicher sei, im äußersten Falle die Stimmen von Pfalz und Brandenburg entbehren.

Wollte man auf solch gewaltthätige Weise vorgehen, so mußte man sich der Zustimmung und etwaigen Hilfe Spaniens versichern; nun aber erhob König Philipp III. von Spanien selbst Ansprüche auf die Erbfolge in Böhmen und Ungarn. Um diese zu beseitigen, schloß Ferdinand von Steiermark mit Spanien einen geheimen Vertrag, wonach die Landgrafschaft Elsaß, die Landvogtei Hagenau und die Grafschaft Ortenburg nach Kaiser Matthias' Tode an Spanien übergehen solle. Es kam zwar, als dieses Ereigniß eintrat, nicht zum Vollzuge des Vertrages, aber dennoch hatte er die bedauerlichsten Folgen für Deutschland, da er Spanien ein Recht zur Einmischung in die deutschen Verhältnisse einräumte, welche hinwiederum auch die Dazwischenkunft Frankreichs hervorrief.

In den Erblanden selbst kam die Regelung der Nachfolge Ferdinands ohne all zu große Schwierigkeiten zu Stande. In Ungarn mußten der protestantisch-ständischen Opposition namhafte Zugeständnisse gemacht werden. In Böhmen aber, wo der katholische Adel Ferdinand als König anerkannte, ohne sein Wahlrecht auszuüben, begann man alsbald die in Steiermark bereits durchgeführte Gegenreformation ins Werk zu setzen,

indem Ferdinand sofort, gewissermaßen als Mitregent des Kaisers Matthias, die Zügel der Regierung mit jugendlicher Kraft ergriff. Die Bestätigung der ständischen Rechte und Privilegien war nur mit Mühe zu erreichen. Ferdinand machte kein Hehl aus seinem Widerwillen gegen die Protestanten; ihrem vornehmsten Führer, dem Grafen Matthias von Thurn, dem Kaiser Matthias das Burggrafenamt von Karlstein übertragen hatte, wurde dieses wieder abgenommen, die brennende Frage: ob die geistlichen Besitzungen zu den „königlichen Gütern" gehörten, auf denen kraft des „Majestätsbriefes" den Protestanten das Recht zustand, Kirchen zu bauen, wurde zu deren Ungunsten entschieden, die zum Stift Ossegg gehörige Kirche in Klostergrab wurde niedergerissen, die protestantische Kirche in Braunau versuchte man zu schließen, in den Städten wurden alle Aemter mit Katholiken besetzt, von den königlichen Gütern wurden die Protestanten, die den Uebertritt verweigerten, verjagt.

Gegen diese offene Verletzung des „Majestätsbriefes" vereinigten sich die protestantischen Stände unter der Führung des Grafen von Thurn, um Abstellung der Beschwerden zu verlangen. Als aber die kaiserlichen Statthalter nicht nur diese nicht zusagten, sondern sogar die gesetzmäßige Versammlung der Protestanten nicht gestatten wollten, beschloß man, dem zweifellosen Rechtsbruch Gewalt entgegenzustellen. Matthias von Thurn und seine Freunde verschworen sich zur Ermordung der Statthalter.

Am Morgen des 23. Mai 1618 zogen die protestantischen Stände in das Schloß zu Prag, um ihre Forderungen zu wiederholen. Und als im Verlaufe heftiger und bitterer Streitreden die Statthalter auf ihrer Weigerung beharrten, wurden die beiden, denen man die Hauptschuld an der Schädigung der Protestanten beimaß, Slawata und Martinitz in eine Fensternische gedrängt und nebst ihrem Secretär Fabricius, der zu ihrer Vertheidigung das Wort ergriff, in den tiefen Schloßgraben hinabgestürzt. Zwar kostete merkwürdiger Weise der tiefe Fall keinem der drei Männer das Leben, aber doch war die an ihnen, den Vertretern des Landesherren, begangene Gewaltthat ein so schwer wiegender Act der Auflehnung, daß nunmehr für die Verschworenen keine Möglichkeit mehr übrig blieb, auf dem betretenen Wege inne zu halten. Sie setzten eine einstweilige Regierung ein, und Matthias von Thurn trat an die Spitze des Heeres, dessen Anwerbung man sich eifrig angelegen sein ließ.

Matthias von Thurn.

Als der Kaiser auf Klesels Rath der böhmischen Bewegung nicht sofort mit Waffengewalt entgegentreten, sondern vorher den Versuch einer friedlichen Verständigung machen wollte, beschlossen die Erzherzoge den Sturz des von ihnen längst gehaßten Ministers. Als er dem Erzherzog Maximilian in der Hofburg zu Wien einen Besuch machte, ließ dieser ihn verhaften und nach Tirol abführen. Und so tief war bereits die Macht des Kaisers gesunken, daß er sich diese Entfernung seines ersten Rathgebers widerstandslos gefallen lassen mußte. Ferdinand aber ließ sofort eine starke Heeresmacht in Böhmen einrücken.

Die von den protestantischen Ständen eingesetzten Direktoren beschränkten sich nicht darauf, ihr Landesaufgebot ins Feld zu schicken, sie traten mit der Union in Verhandlungen, und hier traf es sich sehr gut, daß sich in den Diensten der Union ein Mann befand, der mit Freuden die Gelegenheit ergriff, sich an kriegerischen Verwickelungen zu betheiligen.

Ernst von Mansfeld.

Graf Ernst von Mansfeld, im Jahre 1580 in Luxemburg geboren, hatte sich in den Diensten Spaniens und des Erzherzogs Leopold von Oesterreich rühmlich hervorgethan. Von den Habsburgern mit Undank belohnt, hatte er sich 1611 mit den von ihm geworbenen Truppen den Fürsten der Union angeschlossen und dann, ohne seine Beziehungen zur Union zu lösen, im Heere des Herzogs Karl Emanuel von Savoyen an dem Kriege gegen Spanien Theil genommen. Als er, wieder nach Deutschland zurückgekehrt, für diesen Fürsten neue Truppen anwarb, hielt er sich eben bei dem Markgrafen von Ansbach auf, als der Hilferuf der Böhmen an die Union erging und ihm selbst gleichzeitig der Befehl Karl Emanuels, dem jede Verlegenheit des habsburgischen Hauses für seine hochfliegenden Pläne gelegen war, zukam, diese Truppen der Union zur Verfügung zu stellen. Die Union war zwar vorerst nicht geneigt, direct in die böhmischen Händel einzugreifen, Mansfeld selbst aber rückte mit seinem von Savoyen bezahlten Heere nach Böhmen und erhielt von den Ständen seine Bestallung als General. Während er die Festung Pilsen eroberte, fiel Matthias von Thurn in Oesterreich ein und streifte mit seinen Truppen bis nahe an die Thore Wiens. Nachdem Thurn durch Erfolge der Oesterreicher zum Rückmarsch gezwungen worden, trat ein Stillstand in den kriegerischen Bewegungen ein, welchen gemäßigte Männer beider Parteien zu Friedensunterhandlungen benutzten. Als aber, während diese geführt wurden, am 20. März 1619 Kaiser Matthias starb, schwand die letzte Hoffnung, diese Zwistigkeiten einem friedlichen Ende entgegenzuführen. Von Ferdinands Unnachgiebigkeit überzeugt, begannen die böhmischen Stände sofort den Krieg von Neuem; Thurn rückte zum zweiten Male vor Wien, mußte jedoch abermals umkehren, als Mansfeld am 10. Juni bei Nettolitz eine Niederlage erlitt und die österreichischen Truppen unter Bucquoi Prag bedrohten.

Die also verbesserte Lage der Dinge gestattete Ferdinand, sich nach Frankfurt zu begeben, wohin der Reichserzkanzler, der Erzbischof von Mainz, die Kurfürsten zur Kaiserwahl entboten hatte.

Abermals trat jetzt die Frage an diese heran, ob sie die Kaiserkrone wiederum einem Habsburger auf das Haupt setzen wollten. Wenn schon der Gesichtspunkt, daß man nicht eine Art von habsburgischem Erbrechte sich festsetzen zu lassen geneigt war, dagegen sprach, so trug ganz besonders die ausgesprochene kirchliche Gesinnung Ferdinands dazu bei, seine Person den protestantischen Fürsten als eine ungenehme zu bezeichnen, denn sie waren sich der Gefahren wohl bewußt, welche ihnen die Erhebung dieses fanatisch katholischen Mannes zur kaiserlichen Würde heraufzubeschwören drohte.

Die Bewerbung des Herzogs von Savoyen fand wenig Beifall, aber auf Maximilian von

Baiern richteten sich die Augen der Protestanten, vor Allem des pfälzischen Kurfürsten. So gut kirchlich gesinnt er war, hofften sie doch, um den Preis der Kaiserkrone einige Zugeständnisse von ihm zu erlangen. Maximilian war nicht unempfänglich für die hohen Aussichten, die sich ihm selbst und seinem Hause auf solche Weise eröffneten. Aber als er der Sache näher trat, errang doch in ihm die katholische Gesinnung den Sieg über die dynastischen Interessen. Er verständigte sich mit Ferdinand, der ihm seinen Rücktritt durch ansehnlichen Länderzuwachs aufzuwägen versprach, und verzichtete auf die Bewerbung um die Krone.

Zu den geistlichen Kurfürsten, die von jeher für Ferdinands Wahl günstig gestimmt gewesen, trat sofort Kursachsen, Ferdinand wurde, unter Zurückweisung der Gesandtschaft des böhmischen Direktoriums, zur Führung der böhmischen Kurstimme zugelassen, Brandenburg und Kurpfalz erhoben zwar durch ihre Gesandten Anstände und Bedenken, wollten aber doch der Mehrheit nicht widerstreben, am 18. August 1619 wurde die Wahl Ferdinands II. zum Kaiser verkündigt. So trug die Uneinigkeit und Unentschlossenheit der protestantischen Fürsten selbst dazu bei, daß dem entschiedensten Feinde ihres Bekenntnisses die höchste Würde des Reiches übertragen wurde, demselben, gegen den ihre Glaubensgenossen in Böhmen in erbittertem Kampfe unter den Waffen standen. Nicht einmal so weit hatte ihr Einfluß gereicht, um bei diesem Anlaß die Einstellung der Feindseligkeiten in Böhmen zu erlangen, welche schon drohten, das ganze Reich in Kämpfe von unabsehbarer Dauer zu verwickeln.

Fast zur nämlichen Stunde, in welcher Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz sich der Ferdinand wählenden Mehrheit anschloß, traf die Nachricht in Frankfurt ein, daß die Böhmen, welche fortfuhren, Ferdinand nicht als rechtmäßigen Herrscher anzuerkennen, jenen zum König gewählt hatten.

Und während so der pfälzische Wittelsbacher in den ausgesprochensten feindlichen Gegensatz zu dem neuen Kaiser trat, verband sich dieser auf das Engste mit dem in Baiern regierenden Fürsten dieses Hauses. Auf der Rückreise nach Wien übertrug Kaiser Ferdinand dem Herzog Maximilian wieder die ausschließliche Führung der Liga, und stellte ihm, als Preis seiner Hingebung an die kaiserliche Sache, die Uebertragung der Kurwürde des pfälzischen Vetters in sichere Aussicht.

Ferdinand II.

Das Evangelium des Sonntags, welcher der Wahl Ferdinands vorausging, war das Capitel der Bibel, in dem erzählt wird, daß Christus über Jerusalem geweint habe. Der brandenburgische Gesandte Adam zu Putlitz sah scharf und richtig in die Zukunft, wenn er diesen Text auf die bevorstehenden Geschicke des deutschen Reiches anwandte.

Es war ein verhängnißvoller Entschluß, daß Friedrich V. von der Pfalz die böhmische Krone annahm. Dieser junge Fürst, der in dem Gedanken an die bedeutende Rolle, die seinem Hause an der Spitze des deutschen Protestantismus bestimmt sei, herangewachsen war, ohne das

Mißverhältniß der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte zu der großen Aufgabe zu erfassen, leichtlebig, frisch und liebenswürdig, jeder Anregung leicht gehorchend, aber ohne die zähe Ausdauer, die zur Ausführung gewagter Unternehmungen gehört, ließ sich durch den Rath Christians von Anhalt gerne bestimmen, dem Rufe der böhmischen Stände zu folgen. Ungehört verhallte

Friedrich V.

die Warnung der umsichtigen Mutter, welche den Verlust der Pfalz über diesem böhmischen Abenteuer vor Augen sah. Er war voll der besten Hoffnung auf die Unterstützung seines Schwiegervaters, Jacob von England, auf die Hilfe der Union, auf das thatkräftige Eingreifen des ganzen europäischen Protestantismus.

Während Ferdinand II. seine Wahl zum deutschen Kaiser betrieben hatte, waren die böhmischen Heerführer nicht unthätig gewesen. Zum dritten Male standen die Truppen Thurns vor den Mauern von Wien, wo sie dem Heere des siebenbürgischen Bethlen Gabor die Hand reichten. Als aber Ferdinand nach Wien zurückkehrte und sich mit Bethlen verständigte, mußte sich Thurn eben so erfolglos wie die beiden ersten Male nach Böhmen zurückziehen. Dort begann Friedrich seine Regierung mit schweren Mißgriffen: die nationale Partei in Böhmen verletzte er, indem er Christian von Anhalt zum Oberfeldherren ernannte und den mit ihm gekommenen pfälzischen Adeligen die wichtigsten Stellen im Heere übertrug; den religiösen Gefühlen seiner neuen Unterthanen trat er zu nahe, indem er in Böhmen, wo bisher die lutherische Lehre gegolten hatte und in den äußeren Formen des Gottesdienstes viel von den alten katholischen Uebungen in Kraft geblieben war, auf das Andringen seines Hofpredigers Scultetus die calvinischen Grundsätze einzuführen trachtete und überall Bilder und Kirchengeräthe aus den Gotteshäusern entfernen ließ. Zudem fehlte die Unterstützung der deutschen Protestanten, die er erwartet hatte. Nicht nur, daß Kursachsen, wo der orthodoxe Hofprediger Hoe von Hoenegg die Politik des Kurfürsten Johann Georg beherrschte, aus Haß gegen die Reformirten völlig in das Heerlager der Jesuiten überging, und gegen das Versprechen, die Lausitz zu erhalten, sich vollständig an den Kaiser anschloß, auch die Fürsten der Union fielen von der Sache ihres bisherigen Führers ab und schlossen ihren Frieden mit der Liga. Ferdinand II. aber fand deren mächtige Hilfe zu seinen Diensten bereit.

Mit Maximilian von Baiern rückte an der Spitze der ligistischen Truppen Johann Tserklaes von Tilly in die böhmischen Lande ein. Ein Niederländer von Geburt, in manchem blutigen Kampfe erprobt, dem bairischen Herzoge mit unerschütterlicher Treue ergeben, stand Tilly im 61. Lebensjahre, als der Krieg begann, in dem er sich den Namen eines großen Heerführers erwerben sollte. In jener Zeit, da die Gemüther verwildert, die Sitten gelockert waren, da Ehrgeiz und Habsucht zumeist Staatsmänner und

Feldherren beherrschte, steht der alte Tilly als eine achtunggebietende Erscheinung da: ein Mann von schlichter Frömmigkeit, von ernster Sittenstrenge, hart und unbeugsam gegen seine Truppen, aber eben so hart gegen sich selbst, ohne den Trieb eine politische Rolle zu spielen, nur den Pflichten seines militärischen Amtes gehorchend.

Johann v. Tilly.

Der Armee, die er mit sicherer Hand zu lenken wußte, standen die bunt zusammengewürfelten, schlecht organisirten Truppen Friedrichs gegenüber, als es am 8. November 1620 auf dem weißen Berge vor Prag zur Schlacht kam. Der Kampf nur einer Stunde genügte, das böhmische Heer in wilde Flucht zu jagen. Friedrich selbst wurde mit fortgerissen, und während Maximilian seinen Einzug in die böhmische Hauptstadt hielt, floh der pfälzische Kurfürst, ein gebrochener Mann, über das Gebirge nach Breslau; nichts als der Spottname des „Winterkönigs“ war von der ganzen böhmischen Herrlichkeit übrig.

Während nun Mansfeld noch eine Zeit lang den Versuch machte, den Siegern zu trotzen und mit den zuchtlosen Schaaren, die sich unter seinen Fahnen gesammelt hatten, sich in dem nordwestlichen Theile Böhmens zu halten, lag das Land gedemüthigt und wehrlos zu den Füßen des zürnenden Kaisers. Ohne die von Maximilian versprochene Amnestie zu berücksichtigen, ging Ferdinand II. schonungslos gegen die Aufständischen vor; 27 der vornehmsten Männer wurden enthauptet, die ständischen Rechte wurden vernichtet, der Majestätsbrief ward außer Kraft gesetzt; die reichen protestantischen Familien wurden ihrer Güter beraubt; allenthalben ward mit Gewalt die katholische Religionsübung wieder eingeführt; wo die Beredsamkeit der Jesuiten die „Ketzer“ nicht zur Bekehrung vermochte, rückten Abtheilungen von Soldaten ein, um mit allen Drangsalen, die der Krieg im Gefolge hat, die unglücklichen Bewohner zur Verleugnung ihres Glaubens zu zwingen. Viele Tausende griffen zum Wanderstabe und verließen das Land ihrer Väter; man schätzt die Zahl der flüchtigen Familien, die in protestantischen Ländern eine neue Heimath suchten, auf 30,000.

Während der unglückliche Friedrich von Breslau nach Küstrin, von da nach dem Haag floh, um bei seinem Oheim, Moritz von Oranien, eine sichere Zufluchtsstätte zu suchen, rückten spanische Truppen unter dem Befehle von Spinola und Cordova den Rhein herauf in die pfälzischen Lande und verwüsteten mit allen Greueln des Krieges die gesegneten Fluren des Rheinthales, während Tilly in das Neckarthal und den Odenwald eben so plündernd und brandschatzend eindrang.

Inzwischen hatte auch Mansfeld aus Böhmen weichen müssen, hatte sich in der Oberpfalz gegen die Streitkräfte Maximilians nicht halten können, und stand nun mit seinen Schaaren, wohl an 20,000 Mann, bei Mannheim, während der Versuch des Herzogs Christian von Braunschweig, rasch angeworbene Söldner in die Pfalz zu werfen,

nicht gelungen war. Bei Mansfeld erschien plötzlich im Frühjahr 1622 der von Ferdinand II. geächtete Friedrich V., um den Kampf selbst wieder aufzunehmen. Mit dem tapferen Markgrafen Georg Friedrich von Baden-Durlach vereint, dem einzigen Fürsten der jetzt völlig zersprengten Union, der den Muth fand, in treuer Hingebung dem unglücklichen Pfälzer beizustehen, gelang es Mansfeld, am 27. April 1622 Tilly bei Wiesloch zu schlagen; als sich aber hierauf ihre Heere trennten, erlitt am 6. Mai der Markgraf bei Wimpfen eine blutige Niederlage und entging nur mit Mühe der Gefangenschaft. Diesem schweren Schlage gegenüber war es ein geringer Gewinn, daß Mansfeld in Hessen einfiel und den Landgrafen Ludwig, einen längst von der Union abgefallenen Fürsten, gefangen nahm, und dann nach Norden zog, um sich mit dem Herzog Christian von Braunschweig zu vereinigen. Diesen aber ereilte sein Geschick, ehe die Vereinigung erfolgen konnte. Der kühne und wilde Herr hatte mit seinen Truppen fast ganz Westfalen erobert und zog sengend und brennend, mit dem Wahlspruch „Gottes Freund, der Pfaffen Feind," als Ritter der Böhmenkönigin, deren Handschuh er am Hute trug, gegen den Main heran, als ihn am 20. Juni bei Höchst Tilly und Cordova aufs Haupt schlugen und sein Heer vollkommen zersprengten.

Die Reste der Braunschweiger zogen nun mit den Mansfeldischen nach dem Elsaß und belagerten Zabern; da erhielten sie ganz unerwartet die Nachricht, daß Friedrich auf ihre Dienste verzichte.

Der Kurfürst hatte nie aufgehört, die Versöhnung mit dem Kaiser zu suchen. Nun wurde sie ihm in Aussicht gestellt, als die Vorbedingung für ernstliche Verhandlungen aber Entlassung seiner Truppen gefordert. Diese Truppen waren immerhin noch eine Macht, und bildeten im Verein mit dem bewaffneten Landsturm und den Garnisonen, welche in den pfälzischen Städten lagen, für die bairische Armee ein ernstliches Hinderniß, die ihr vom Kaiser übertragene Execution gegen Friedrich auszuführen. Nun ließ sich dieser von seinem Verlangen nach Frieden leiten, und den kaiserlichen Unterhändlern vertrauend, beraubte er sich selbst der Mittel, wenn die Verhandlungen scheitern würden, den Kampf weiter zu führen. Darauf aber war das ganze unwürdige Spiel, das man mit ihm trieb, angelegt. Kaum waren Mansfeld und Braunschweig nach den Niederlanden abgezogen, als unter nichtigen Vorwänden die Verhandlungen mit Friedrich abgebrochen wurden und Tilly sich mit ganzer Kraft auf die befestigten Städte der Pfalz warf. Zuerst ward Heidelberg erobert und der werthvollen Bücherschätze beraubt, die, bisher eine hohe Zierde der Universität, nunmehr von Maximilian dem Papste geschenkt und in den Büchersälen des Vaticans zu Rom aufgestellt wurden, wo ein großer Theil derselben sich noch heute befindet. Dann mußte Mannheim capituliren, im Frühling 1623 fiel auch das so tapfer vertheidigte Frankenthal in die Hände der Spanier. In der ganzen Pfalz aber wurde der katholische Glaube mit Gewalt wieder eingeführt, Jesuiten und Kapuziner kamen in der Begleitung der Soldaten, und wehe dem, der es wagte, ihren Bemühungen um sein „Seelenheil" Widerstand zu leisten. Auch hier wie in Böhmen mußten viele Tausende einen Zufluchtsort in der Fremde suchen.

Dem Kurfürsten Friedrich V. und seinem Hause beschloß nunmehr Kaiser Ferdinand II. die Kurwürde abzunehmen und dieselbe seinem treuen Verbündeten, Herzog Maximilian von Baiern zu übertragen. Um diese Gewaltthat wenigstens mit einem Schein von Rechtmäßigkeit zu umgeben, berief er zu diesem Zwecke einen Fürstentag nach Regensburg. Die protestantischen Fürsten, mit Ausnahme des Landgrafen Ludwig von Hessen, hielten sich von dieser Zusammenkunft fern, ihre Gesandten, besonders die von Kursachsen und Brandenburg, protestirten lebhaft gegen diesen Eingriff in die Reichsverfassung, der Kaiser aber, im Gefühle seiner Uebermacht, lachte ihrer Verwahrungen. Die kaiserliche Gewalt war jetzt auf der Höhe angelangt, welche Karl V. vergebens angestrebt hatte. Die verbündeten habsburgischen und ligistischen Waffen hatten Böhmen und den Süden Deutschlands besiegt. Und schon rückten die Truppen Tillys nach dem Norden des Reiches vor.

Aus den Diensten Friedrichs V. entlassen, zogen Mansfeld und Christian von Braunschweig durch Lothringen, um den Generalstaaten ihre Truppen zuzuführen. Bei Fleurus von Cordova geschlagen, warfen sie sich in den niedersächsischen Kreis. Die niedersächsischen Stände gedachten ihre Neutralität aufrecht zu erhalten und nahmen die ungebetenen Gäste nicht auf, Tilly aber stieß bei Stadtlohn auf die Schaaren des Braunschweigers und zersprengte sie vollständig. Aber weit davon entfernt, seinerseits die Neutralität des niedersächsischen Kreises zu achten, besetzte er denselben mit seinen Truppen, und nöthigte das Heer, welches der Kreis zu seinem Schutze aufgestellt hatte, sich aufzulösen.

Dieses Festsetzen der habsburgisch-ligistischen Macht in Niederdeutschland konnten die nordischen Mächte nicht gleichgiltig mit ansehen. Im December 1625 schlossen England, Holland und Dänemark ein Bündniß zum Schutze des niedersächsischen Kreises ab, welchem der König von Dänemark, Christian IV., als Herzog von Holstein, selbst angehörte. Dieser, ein Fürst von bedeutenden Gaben und hoher Bildung, war von dem Ehrgeiz erfüllt, sich im Norden von Deutschland eine mächtige Stellung zu schaffen und durch den Besitz der Weser- und Elbmündungen die Bedeutung Dänemarks als Seemacht zu erhöhen. Obwohl ihm deshalb vielfach mit Mißtrauen begegnet wurde, obwohl besonders die Hansestädte eine Erweiterung seines Einflusses nur ungerne sahen, gelang es ihm doch, seine Wahl zum Kreisobersten durchzusetzen. Indem er aber den Versuch machte, den Kreis von der drückenden Einlagerung der ligistischen Truppen zu befreien, wurde er von Tilly angegriffen und bei Lutter am Barenberge am 27. August 1626 geschlagen.

Albrecht v. Wallenstein.

Als die Liga diesen glänzenden Sieg erfocht, stand sie nicht mehr als die alleinige Heeresmacht des Kaisers und des Katholicismus im Felde. Im Juli 1625 hatte Kaiser Ferdinand II., dem bisher die Mittel gefehlt hatten, eine große Armee zu bilden, das Anerbieten eines böhmischen Edelmannes angenommen, auf eigene Kosten ein Heer von 20,000 Mann aufzustellen.

Albrecht von Wallenstein, am 14. September 1583 geboren, stammte aus einem protestantischen Adelsgeschlechte, wurde aber durch die Jesuiten zu Olmütz, denen er zur Erziehung übergeben worden, zum katholischen Bekenntnisse herübergeführt. Als tapferer Offizier bekannt gewor-

den, hatte er durch Heirath bedeutenden Grundbesitz in Böhmen und Mähren erworben, hatte sich bei dem böhmischen Aufstande Ferdinand angeschlossen und war dafür durch bedeutende Güter aus dem Besitze der Geächteten belohnt worden, von denen ihm die Herrschaft Friedland den Herzogstitel zubrachte. Ein guter Wirthschafter und glücklicher Spekulant, hatte er in seiner Hand große Reichthümer vereinigt, als er dem Kaiser anbot, für ihn eine Armee zu rüsten. Ueberallher strömten die Kriegsleute auf seinen Ruf zusammen, alle Völker und alle Religionen waren unter den wilden Schaaren vertreten, denen er nicht nur Kriegsruhm, sondern auch reichen Antheil an der Beute versprach. Von Niedersachsen aus, wo er sich neben Tilly dem Dänenkönig entgegengestellt hatte, zog er hinter Mansfeld und Herzog Johann Ernst von Weimar her nach Schlesien.

Von dort aus wollten diese dem unermüdeten Feinde der Habsburger, Bethlen Gabor, die Hand reichen, sehnsüchtig von den unterdrückten Protestanten der Erblande erwartet und ihrerseits von den Aufständen der durch die zuchtlose Soldateska zum Aeußersten getriebenen Bevölkerung mächtige Unterstützung hoffend. Aber diese Aufstände wurden niedergeworfen, Bethlen ließ sich zu einem Friedensschlusse herbei und die deutschen Heere wurden, ohne daß es zu einer Schlacht kam, durch das mörderische Klima der ungarischen Niederungen aufgerieben. Im Verlaufe weniger Wochen erlagen Mansfeld und Johann Ernst von Weimar dem Fieber. Vorher schon war Mansfelds tapferer Waffengefährte, Christian von Braunschweig einer Krankheit erlegen.

Wallenstein aber warf nunmehr wieder seine ganze Heereskraft dem Dänenkönig entgegen, der im Frühjahr 1627 den Feldzug in Norddeutschland von Neuem eröffnete. Er schlug die Dänen bei Cosel, zog durch die Lande des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, der, unter dem Scheine der Neutralität, sich durch seinen Minister von Schwarzenberg der kaiserlichen Politik völlig dienstbar gemacht hatte, nach Mecklenburg und besetzte, mit Tilly vereint, Holstein, Pommern und Rügen; nur die Stadt Stralsund setzte seinem Vordringen hartnäckigen Widerstand entgegen, alle seine Bemühungen, diese zu stürmen oder zur Capitulation zu zwingen, blieben erfolglos. Nachdem er die Dänen von dem Festlande völlig verdrängt hatte, schloß er zu Lübeck am 12. Mai 1629 seinen Frieden mit König Christian IV., in welchem dieser Holstein, Schleswig und Jütland zurückerhielt, dagegen aber auf jede fernere Einmischung in die deutschen Angelegenheiten verzichtete.

Wallenstein aber ging aus diesem Kriege als deutscher Reichsfürst hervor. Die Herzoge von Mecklenburg wurden durch den Reichshofrath widerrechtlich ihrer Länder verlustig erklärt, und Wallenstein ward vom Kaiser mit dem Herzogthum Mecklenburg belehnt, nachdem ihm schon nach dem glücklichen Ausgange des Krieges in Schlesien das Fürstenthum Sagan übertragen worden war.

Als so viel erreicht worden, schien dem kühnen Gedankenfluge Wallensteins kein Unternehmen mehr unausführbar. Er wollte den Kaiser wieder als gebietenden Herren an der Spitze der ganzen Christenheit stehen sehen. Ein Bund mit Spanien sollte die Macht Hollands und Englands niederwerfen, der Kaiser sollte den Streit, der zwischen Polen und Schweden entbrannt war, schlichten und beide Mächte für seine Politik gewinnen, und dann sollte mit vereinter Macht die ganze Christenheit nach Osten ziehen, um die Osmanen zu verjagen und in Constantinopel wieder das Kreuz aufzupflanzen.

Während Wallenstein so die kaiserliche Macht zu einer unumschränkt herrschenden zu erheben gedachte, stellte sich diesen Plänen und ihm selbst, unter der Führung Maximilians von Baiern, das katholische Fürstenthum im Reiche mit offenem Proteste gegenüber.

Nicht zu dem Zwecke hatten die katholischen

Fürsten Heere ausgerüstet und Krieg geführt, nicht dazu hatte die Liga Erfolg auf Erfolg errungen, um einen kaiserlichen Feldherren, der sich in ihre Reihen gedrängt hatte, zu bereichern, um mit dessen Hilfe den Kaiser eine alle ihre Rechte bedrohende Stellung einnehmen zu sehen. Sie wollten sich und dem Glauben, zu dem sie sich bekannten, bleibende Vortheile sichern. Daher verlangten sie vom Kaiser, daß er nun, da der deutsche Protestantismus ohnmächtig zu Boden geworfen war, die Streitfragen, die so lange alle Verhandlungen im Reiche beherrscht hatten, in ihrem Sinne entscheide. Sie brachten den Kaiser dazu, am 6. März 1629 das Restitutionsedict zu erlassen, welches die katholischen Stände ermächtigte, alle Klöster und geistlichen Güter, die zur Zeit des Passauer Vertrages oder später in ihrem Besitze gewesen, zurückzufordern, und den Protestanten, welche geistliche Stifte, Bisthümer oder Reichsprälaturen inne hatten, Sitz und Stimme auf dem Reichstage aberkannte. Wallenstein sah mit großem Mißfallen diesen Antrag zum Beschlusse erheben; ihm, der keinerlei kirchliche Interessen verfolgte, der sich ausdrücklich ausbedungen hatte, daß er für seine Armee Angehörige jedes Glaubens anwerben dürfe, ihm erschien dieses Edict nur im Lichte einer schweren Gefahr, die den Frieden im Reiche bedrohe und geeignet sei, die Verwirklichung der Pläne, die er zur Erhöhung der kaiserlichen Macht geschmiedet, zu erschweren oder gar zu verhindern. In der That führte der erste Versuch, das Edict durchzuführen, welcher gegen den Administrator von Magdeburg, einen sächsischen Prinzen, gerichtet war, zu offenem Widerstande der dortigen evangelischen Bürgerschaft, welche mit entschlossenem Muthe die Angriffe des vor ihren Mauern erschienenen kaiserlichen Heeres abwies. Wallenstein, der selbst, ohne besseren Erfolg als vorher sein Feldherr Pappenheim, das Commando des Belagerungsheeres übernommen hatte, sah in diesem Vorgang den Beweis für die Richtigkeit seiner Bedenken gegen das Edict. Schon früher hatte er das Wort gesprochen: nicht Reformen im Reiche, sondern Rekruten bedürfe der Kaiser.

Nachdem Ferdinand II. aber nun einmal diese Bahn der Verständigung mit den katholischen Fürsten beschritten hatte, wollte er sich ihrer Zustimmung zu allen den Unternehmungen sichern, die gerade damals seinen Geist beschäftigten. Allenthalben sah man dichte Wetterwolken am politischen Horizonte heraufziehen. In Italien machte sich wieder, wie schon so oft vorher, der französische Einfluß im Gegensatze zu dem habsburgisch-spanischen geltend und fand zu einer nachhaltigen Einmischung bei Gelegenheit des Streites um die Erbfolge in Mantua erwünschten Anlaß. Als dort, nach dem Aussterben der älteren Linie, der Frankreich unbedingt ergebene jüngere Zweig des Hauses Gonzaga die Regierung übernehmen wollte, belegte Kaiser Ferdinand als Oberlehensherr das Land mit Sequester. Auf Anrufen des Erben erschienen alsbald französische Truppen, um Mantua zu besetzen, gegen welche ungesäumt kaiserliche und spanische Truppen ins Feld zogen. Der große Staatsmann, der eben damals mit fester Hand und weitsehendem Blicke die Geschicke Frankreichs leitete, der Cardinal Richelieu, gedachte aber, nachdem er die Opposition des Adels und der Protestanten zu Boden geworfen und durch die Eroberung von la Rochelle auch ihre letzte feste Stellung gebrochen hatte, mit aller Kraft den ihm von seinen Vorgängern überlieferten Kampf gegen die habsburgische Macht wieder aufzunehmen. Mit seiner Unterstützung begannen die Holländer mit neuer Kraft den Krieg gegen Spanien; seine Agenten waren an den deutschen Höfen gegen die kaiserliche Politik thätig; französischer Einfluß war im Spiele, als der König von Schweden seinen Frieden mit dem vom Kaiser begünstigten Polen schloß, um sofort die

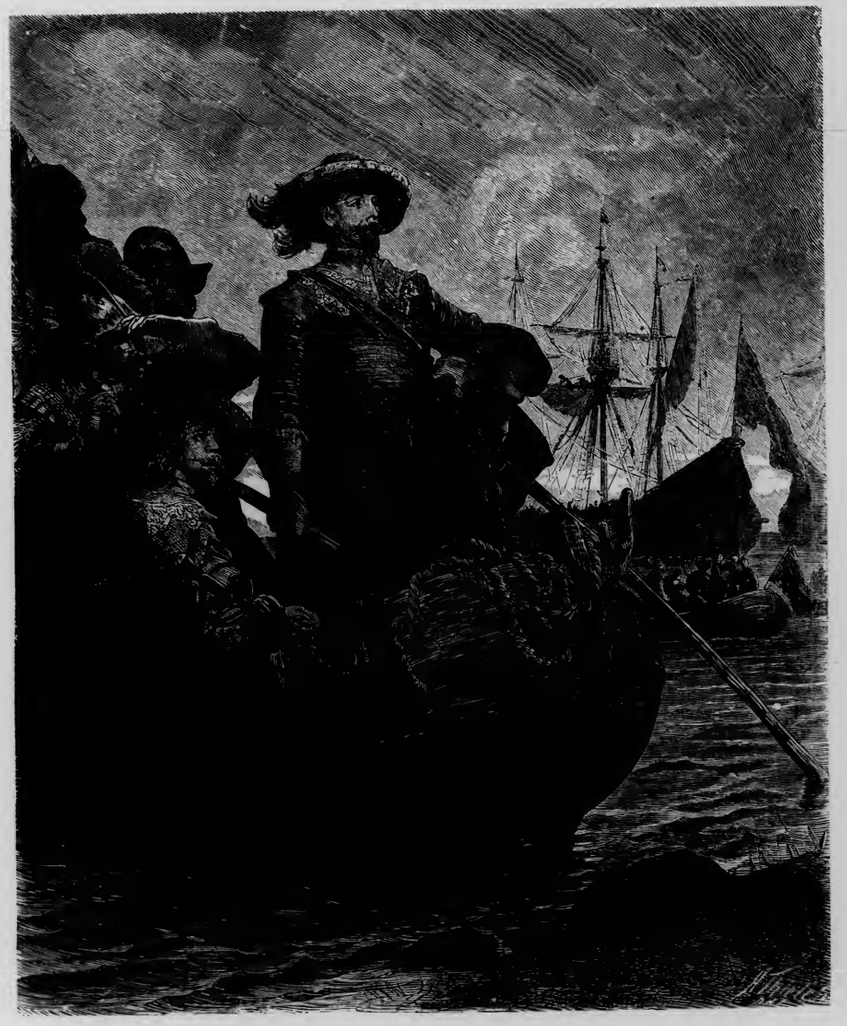
Küsten des nördlichen Deutschland mit seinem Einfalle zu bedrohen.

Gegen alle diese Gefahren galt es, Stellung zu nehmen, aber auch für die Nachfolge im Reiche wollte der Kaiser Sorge tragen und seinen Sohn zum römischen König wählen lassen. Zur Verhandlung über diese Angelegenheiten berief er im Juni 1630 einen Kurfürstentag nach Regensburg. Dort aber trat, bevor von irgend welchem Eingehen auf diese Fragen die Rede war, die Forderung der Fürsten in den Vordergrund, die Verhältnisse der Armee zu ändern, Wallenstein zu entlassen.

Gegen diesen lagen Beschwerden aller Art vor. Seine Kriegführung, eigenmächtig, rücksichtslos auch in Freundesland, ohne Zusammenhang mit den Absichten der Liga wurde bemängelt, es wurden Aeußerungen, die er gethan haben sollte, umhergetragen, welche in bedenklicher Weise an die kecken Worte der Spanier zur Zeit Karls V. anklangen: daß es besser wäre, wenn nur ein Herr im Reiche regierte, wie in den mächtigen Staaten Frankreich und Spanien, und man hielt ihn für den Mann dazu, was an ihm lag, zur Ausführung solcher Pläne zu thun. Schweren Herzens mußte sich der Kaiser dazu verstehen, Wallenstein den Oberbefehl über die kaiserlichen Heere abzunehmen, und dieser Niederlage folgte sofort eine zweite; denn nicht etwa mit einem Personenwechsel gaben sich die Kurfürsten zufrieden, von denen nur die katholischen persönlich in Regensburg erschienen waren, sondern sie setzten es durch, daß Tilly zum obersten Feldherren auch der kaiserlichen Armee ernannt wurde und daß somit wieder die Macht der Liga an die Stelle der kaiserlichen Macht, welcher Wallenstein die Wege bereitet hatte, trat. Trotz diesen, alle Verhältnisse des Reiches umgestaltenden Zugeständnissen erreichte der Kaiser nicht die Zustimmung der Kurfürsten zu den von ihm geplanten Unternehmungen. Von einem Kriege gegen Frankreich wollten sie nichts wissen, im Gegentheil, Richelieu war mit den ligistischen Fürsten, besonders mit Maximilian von Baiern, in ein geheimes Einverständniß getreten, das seine Spitze gegen jede Erweiterung der habsburgischen Macht richtete; ebensowenig war von einem Kriege gegen Holland die Rede, und die Wahl des kaiserlichen Sohnes zum römischen König wurde vorerst rundweg abgelehnt; wieder regten sich die Stimmungen, welche in einer der Erblichkeit nahekommenden, unausgesetzten Führung der Kaiserwürde im österreichischen Hause eine Gefahr für das Reichsfürstenthum erblickten; wieder wurde die Frage hin und her erwogen, ob es nicht besser wäre, Ludwig XIII von Frankreich die deutsche Kaiserkrone zu versprechen. So endigte dieser Kurfürstentag mit einem vollständigen Sieg der fürstlichen über die kaiserliche Politik. Wenn das Restitutionsedict eine neue Kriegserklärung der katholischen Fürsten gegen die protestantischen Reichsstände war, so konnte man in den Beschlüssen von Regensburg den Fehdehandschuh erblicken, welchen dieselben Fürsten der kaiserlichen Macht hinwarfen, im Falle diese versuchen wollte, in dem Streben nach wirklicher Herrschaft im Reiche fortzufahren.

Der Mann aber, welcher der Träger dieser kaiserlichen Politik gewesen war, trat ruhig und ohne Widerstreben aus der übermächtigen Stellung, die er Jahre lang eingenommen hatte, zurück. In der ländlichen Stille seiner böhmischen Herrschaften beobachtete er scharfen Blickes die Ereignisse; er harrte des Tages, an dem der Kaiser ihn, als Retter in der Noth, wieder an seine Seite rufen würde.

Die einzige Forderung, welche der Kurfürstentag dem Kaiser bewilligte, war die Hilfe gegen die Schweden. Von diesen drohte denn auch die unmittelbarste Gefahr. Während in Regensburg die Fürsten den großen Feldherren von der Spitze des Reichsheeres entfernten, war der König von



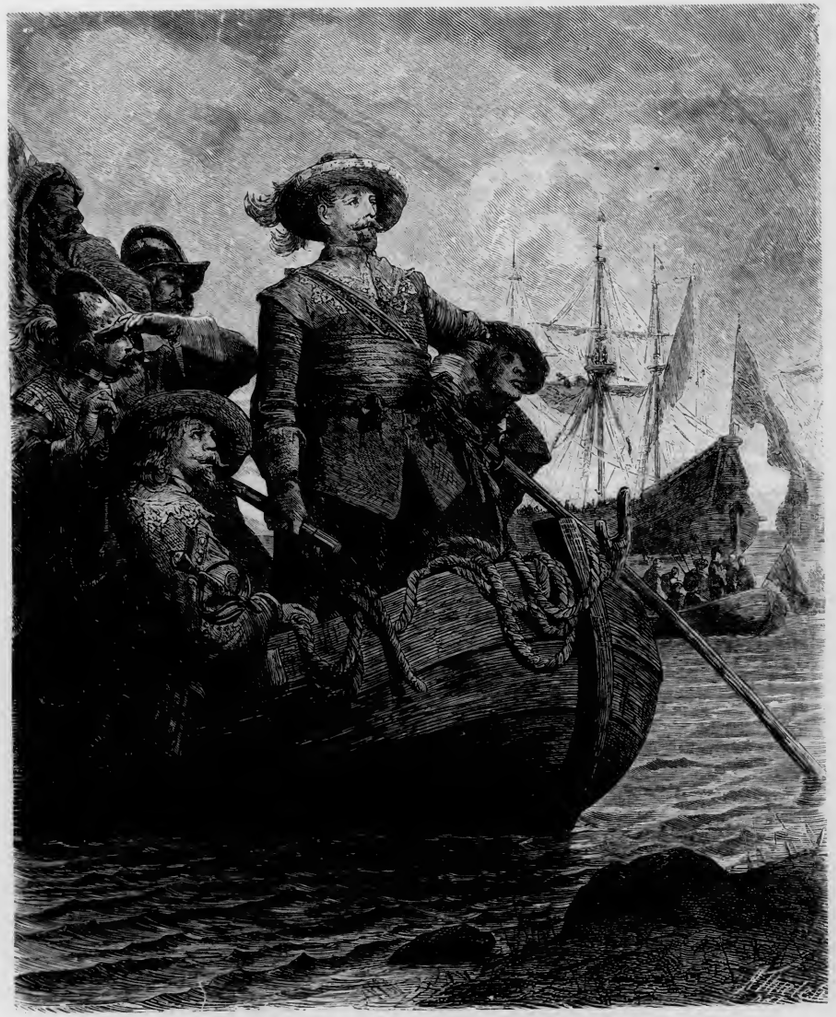
Küsten des nördlichen Deutschland mit seinem Einfalle zu bedrohen.

Gegen alle diese Gefahren galt es, Stellung zu nehmen, aber auch für die Nachfolge im Reiche wollte der Kaiser Sorge tragen und seinen Sohn zum römischen König wählen lassen. Zur Verhandlung über diese Angelegenheiten berief er im Juni 1630 einen Kurfürstentag nach Regensburg. Dort aber trat, bevor von irgend welchem Eingehen auf diese Fragen die Rede war, die Forderung der Fürsten in den Vordergrund, die Verhältnisse der Armee zu ändern, Wallenstein zu entlassen.

Gegen diesen lagen Beschwerden aller Art vor. Seine Kriegführung, eigenmächtig, rücksichtslos auch in Freundesland, ohne Zusammenhang mit den Absichten der Liga wurde bemängelt, es wurden Aeußerungen, die er gethan haben sollte, umhergetragen, welche in bedenklicher Weise an die kecken Worte der Spanier zur Zeit Karls V. anklangen: daß es besser wäre, wenn nur ein Herr im Reiche regierte, wie in den mächtigen Staaten Frankreich und Spanien, und man hielt ihn für den Mann dazu, was an ihm lag, zur Ausführung solcher Pläne zu thun. Schweren Herzens mußte sich der Kaiser dazu verstehen, Wallenstein den Oberbefehl über die kaiserlichen Heere abzunehmen, und dieser Niederlage folgte sofort eine zweite; denn nicht etwa mit einem Personenwechsel gaben sich die Kurfürsten zufrieden, von denen nur die katholischen persönlich in Regensburg erschienen waren, sondern sie setzten es durch, daß Tilly zum obersten Feldherren auch der kaiserlichen Armee ernannt wurde und daß somit wieder die Macht der Liga an die Stelle der kaiserlichen Macht, welcher Wallenstein die Wege bereitet hatte, trat. Trotz diesen, alle Verhältnisse des Reiches umgestaltenden Zugeständnissen erreichte der Kaiser nicht die Zustimmung der Kurfürsten zu den von ihm geplanten Unternehmungen. Von einem Kriege gegen Frankreich wollten sie nichts wissen, im Gegentheil, Richelieu war mit den ligistischen Fürsten, besonders mit Maximilian von Baiern, in ein geheimes Einverständniß getreten, das seine Spitze gegen jede Erweiterung der habsburgischen Macht richtete; ebensowenig war von einem Kriege gegen Holland die Rede, und die Wahl des kaiserlichen Sohnes zum römischen König wurde vorerst rundweg abgelehnt; wieder regten sich die Stimmungen, welche in einer der Erblichkeit nahekommenden, unausgesetzten Führung der Kaiserwürde im österreichischen Hause eine Gefahr für das Reichsfürstenthum erblickten; wieder wurde die Frage hin und her erwogen, ob es nicht besser wäre, Ludwig XIII von Frankreich die deutsche Kaiserkrone zu versprechen. So endigte dieser Kurfürstentag mit einem vollständigen Sieg der fürstlichen über die kaiserliche Politik. Wenn das Restitutionsedict eine neue Kriegserklärung der katholischen Fürsten gegen die protestantischen Reichsstände war, so konnte man in den Beschlüssen von Regensburg den Fehdehandschuh erblicken, welchen dieselben Fürsten der kaiserlichen Macht hinwarfen, im Falle diese versuchen wollte, in dem Streben nach wirklicher Herrschaft im Reiche fortzufahren.

Der Mann aber, welcher der Träger dieser kaiserlichen Politik gewesen war, trat ruhig und ohne Widerstreben aus der übermächtigen Stellung, die er Jahre lang eingenommen hatte, zurück. In der ländlichen Stille seiner böhmischen Herrschaften beobachtete er scharfen Blickes die Ereignisse; er harrte des Tages, an dem der Kaiser ihn, als Retter in der Noth, wieder an seine Seite rufen würde.

Die einzige Forderung, welche der Kurfürstentag dem Kaiser bewilligte, war die Hilfe gegen die Schweden. Von diesen drohte denn auch die unmittelbarste Gefahr. Während in Regensburg die Fürsten den großen Feldherren von der Spitze des Reichsheeres entfernten, war der König von



Schweden, Gustav Adolf am 4. Juli 1630 an der deutschen Küste gelandet und führte alsbald ein kriegstüchtiges Heer gegen Stettin heran. Er verständigte sich mit dem Herzog von Pommern, der ihm seine festen Plätze öffnete und seine Truppen zu Gustavs Heere stoßen ließ, er warf in raschem Siegeslaufe die Kaiserlichen aus allen Stellungen, die sie in Norddeutschland noch inne hatten; es schien, als ob der Stern des habsburgisch-ligistischen Kriegsglückes im Erbleichen sei. Die protestantische Bevölkerung des Reiches aber, die noch eben unter den Gewaltmaßregeln, die das Restitutionsedict über sie verhängte, erzittert hatte, die den Augenblick herannahen sah, in dem es der kaiserlichen Uebermacht und den Künsten der Jesuiten gelingen würde, ihr Bekenntniß völlig zu vernichten, sie begrüßte jetzt in dem nordischen Fürsten den Messias, der zu ihrer Befreiung, zur Wiederaufrichtung ihres Glaubens gekommen sei.

Gustav Adolf, der Sohn König Karls IX. von Schweden, der Enkel jenes Gustav Wasa, der seinem Hause die Herrschergewalt in Schweden errungen, der die evangelische Lehre dort eingeführt, der die schwedische Kriegsmacht und den schwedischen Handel begründet hatte, war am 19. December 1594 geboren. Schon der Knabe hatte die glänzendsten Gaben verrathen, er lernte leicht, er begriff scharf, er urtheilte zutreffend. Wohl unterrichtet auf allen Gebieten des Wissens, mehrerer Sprachen mächtig, wandte er seine Neigung vorzugsweise dem Kriegswesen zu. Keine Unterhaltung war ihm lieber, als die Erzählungen der Offiziere, die in den Niederlanden unter Oranien gefochten hatten, keine Belehrung fand so raschen Eingang bei ihm, als die militärische Unterweisung durch den Franzosen de la Gardie. Es war ihm ein Herzenskummer, als der Vater dem sechszehnjährigen die Erlaubniß versagte, in den Krieg gegen Rußland zu ziehen, siebenzehnjährig auf dem Reichstage feierlich mit dem Degen umgürtet, eilte er, sich im Kampfe gegen die Dänen dieser Auszeichnung würdig zu erweisen. Sein ganzes Wesen war erfüllt von dem Gedanken, sein Land groß zu machen, die skandinavischen Reiche dachte er wieder zu vereinigen, die Ostseeküste wollte er besitzen, und so einen Staat gründen, der unabhängig und stark im Norden Europas eine gebietende Stellung einnehmen sollte.

Gustav Adolf.

In der strengsten Form der lutherischen Lehre erzogen, nahm er an den religiösen Fragen, welche das Jahrhundert bewegten, den lebendigsten Antheil. Von Herzen fromm und von der hohen Bedeutung der Glaubenslehren für das Leben durchdrungen, wollte er über ein frommes Volk herrschen. Er ließ es sich angelegen sein, allenthalben die religiösen Gefühle zu nähren und zu befördern. Für seine Soldaten verfaßte er selbst Gebete, persönlich nahm er an den Andachtsübungen Theil, die er den Seinigen vorschrieb.

Als er den Entschluß faßte, den Krieg nach Deutschland zu tragen, war das Gefühl, daß er

berufen sei, den zu Boden getretenen Protestantismus wieder aufzurichten, gewiß ein sehr wichtiger Beweggrund, doch nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der vornehmste. Denn alle seine politischen Pläne wiesen ihn darauf hin, der habsburgischen Macht, nicht nur als der Feindin seines Glaubens, sondern eben so sehr als der Gegnerin seiner Entwürfe, entgegenzutreten. Als der König Sigismund von Polen Ansprüche auf den schwedischen Thron erhob, unterstützte ihn Kaiser Ferdinand in dem Kriege gegen Gustav Adolf; als dieser den Russen Ingermannland und Livland abgenommen hatte, trat ihm die habsburgische Macht an der Ostsee hemmend in den Weg. Der Cardinal Richelieu erkannte ihn frühzeitig in seiner großen Bedeutung und gewährte ihm die Unterstützung Frankreichs bei seinen Unternehmungen gegen das habsburgische Haus.

Er war wohl vorbereitet, als er an der deutschen Küste landete. Er gebot über ein stattliches Heer, das gut geschult, vortrefflich bewaffnet, an strenge Mannszucht gewöhnt war. Tilly wagte es nicht, sich ihm in offener Feldschlacht gegenüberzustellen.

Während die protestantische Bevölkerung in Deutschland den Schwedenkönig als ihren Retter begrüßte, fanden die Fürsten nicht die Kühnheit und Raschheit des Entschlusses, sich sofort mit ihm zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes zu verbünden. Zwar waren die Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg und Johann Georg von Sachsen tief verletzt und schwer betroffen durch das Restitutionsedict und hielten sich von dem Tage zu Regensburg grollend fern; der Kurfürst von Sachsen berief die protestantischen Stände zu einem Convent nach Leipzig, um sich über eine gemeinsame Haltung gegenüber den katholischen Uebergriffen zu vereinbaren, aber sie kamen nicht weiter als zu einer Zusammenstellung ihrer Beschwerden und zu Vorschlägen für eine Vereinbarung mit Kaiser und Liga; die Interessen ihrer Länder dachten sie durch eine strenge Neutralität besser zu wahren, als durch entschiedenen Anschluß an den siegreich vordringenden König; den Kurfürsten von Sachsen hielt die in seinem Hause überlieferte Anhänglichkeit an die Habsburger davon ab, den Kurfürsten von Brandenburg auch jetzt wieder sein Oesterreich unbedingt ergebener Minister Schwarzenberg. Gustav Adolfs kriegerische Unternehmungen aber wurden durch die zweifelhafte Haltung dieser Fürsten sehr empfindlich gehemmt. Durch sie wurde er gehindert, der von den ligistischen Truppen neuerdings belagerten Stadt Magdeburg zu Hilfe zu eilen. Der tapfere Widerstand, den dort unter dem Befehle des schwedischen Obersten Falkenberg, der verkleidet in die Stadt gekommen war, die muthige Bürgerschaft leistete, mußte endlich erlahmen, als das von Tilly selbst geführte Belagerungsheer den Ring um die eingeschlossene Stadt immer fester zog. Eine Schanze nach der andern mußte sie preisgeben, bald loderte in den Vorstädten die Flamme, am 20. Mai 1631 befahl Tilly den Sturm; noch in den Straßen tobte der Kampf, mit allen Greueln der entfesselten Wuth hauste die erbitterte Soldateska in den eroberten Häusern; eine Feuersbrunst brach aus, der kein Halt geboten werden konnte; als der Feldherr in der Domkirche das Tedeum anstimmen ließ, waren von der großen blühenden Stadt nur eben diese Kirche, das Liebfrauenkloster und einige ärmliche Häuser übrig, alles übrige war in einen Aschenhaufen verwandelt. Das schreckliche Geschick Magdeburgs, dessen Kunde in ganz Europa mit einem Ausruf des Entsetzen vernommen wurde, hat den Namen Tillys für alle Zeiten mit einem untilgbaren Makel befleckt. Denn wenn auch die leidenschaftliche Beschuldigung, daß er die barbarische Behandlung der unglücklichen Stadt befohlen, unhaltbar ist, so bleibt Tilly doch für die Greuelthaten der von ihm befehligten Truppen in letzter Reihe verantwortlich, und es ist nicht

erwiesen, daß er irgend etwas gethan habe, Mord, Brand und Schändung der Stadt und ihren Bewohnern zu ersparen.

Während die Katholiken über diesen Erfolg frohlockten, und die Protestanten neuerdings zu verzagen begannen, fand Tilly nicht den Entschluß, den gewaltigen Vortheil, den ihm der Fall Magdeburgs gebracht, auszunutzen. Er wartete, um einen entscheidenden Schlag gegen Gustav Adolf zu führen, auf die Ankunft neuer Regimenter aus den Niederlanden und aus Italien und ließ dem Könige Zeit, seine Kräfte zu sammeln und zu verstärken. Als die ersten deutschen Fürsten fanden sich jetzt Landgraf Wilhelm von Hessen und Herzog Bernhard von Weimar zum Abschluß eines Bündnisses im schwedischen Lager ein; nun entschloß sich, freilich erst als die schwedischen Batterien schon auf der Hasenhaide aufgepflanzt waren, um Berlin zu bombardiren, auch Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg, nach langem Zögern und Nachdenken, Gustav Adolf das Besatzungsrecht in Spandau und Küstrin einzuräumen; nach blutigen Gefechten mußte Tilly von den Wällen, welche die Schweden bei Werben an der Elbe aufgeführt hatten, unverrichteter Dinge abziehen.

Noch immer hatte Kursachsen seine Neutralität bewahrt, Tilly aber war nicht gemeint, sie zu achten. Statt an den neutralen Grenzen Halt zu machen, ließ er seine Truppen in Sachsen einfallen, wo sie wie in Feindesland hausten. Das entschied endlich auch bei dem unentschlossenen Johann Georg; am 11. September verbündete er sich mit Gustav Adolf und ließ seine Armee zu den Schweden stoßen.

Soeben hatte Tilly Leipzig bombardirt und zur Uebergabe gezwungen, als ihm der Anmarsch der feindlichen Armee gemeldet wurde.

Sofort brach er auf, um ihr entgegenzuziehen, bei Breitenfeld stießen die beiden Heere am 17. September auf einander. Im Anfange der Schlacht schien der Erfolg auf Tillys Seite zu sein, die Sachsen geriethen ins Wanken, selbst der Kurfürst rettete sich mit seiner Leibcompagnie in eiliger Flucht, und auch schwedische Truppen wurden in diese Bewegung mit fortgerissen. Da aber zeigte sich die Ueberlegenheit der schwedischen Kriegskunst. In diesem gefährlichen Augenblicke, da die Infanterie Tillys den Schweden in die linke Flanke fiel, ließ Gustav Adolf seinen ganzen linken Flügel eine Frontveränderung machen und warf aus dem Mittelpunkt seiner Aufstellung zwei Brigaden, die im zweiten Treffen standen, den Feinden entgegen.

Johann Georg von Sachsen.

Nachdem die Truppen handgemein geworden waren und stundenlang Mann gegen Mann in erbittertem Kampfe gerungen hatten, entschied endlich ein wuchtiger Angriff der ostgothischen Reiterei die Schlacht zu Gunsten Gustav Adolfs. Die Ligistischen flohen, die Schweden verfolgten sie, bis das einbrechende Dunkel sie zwang, Halt zu machen. Auf beiden Seiten waren die Verluste groß, Tilly selbst war verwundet, circa 7000 Mann seiner Truppen fielen in Gefangenschaft. Der Glaube an seine Unbesiegbarkeit war zerstört. Die bessere Bewaffnung,

die größere Beweglichkeit, die umsichtigere Führung hatte den Schweden, die allerdings auch an Zahl dem Heere Tillys überlegen waren, zum Siege verholfen.

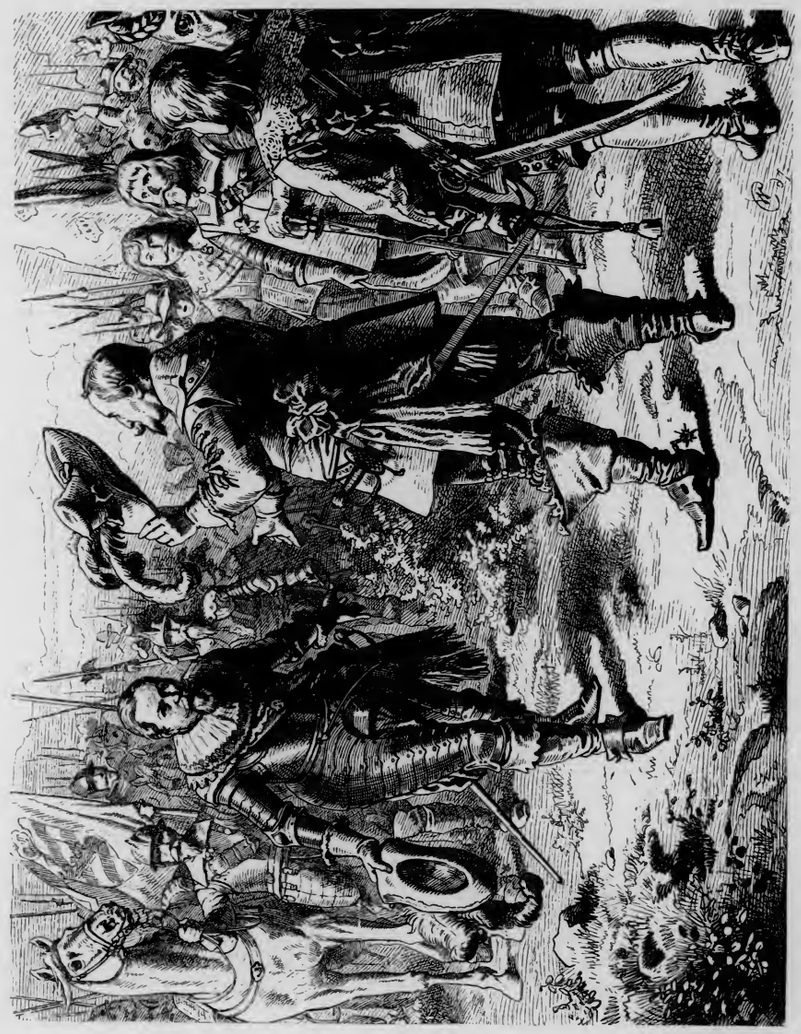
Der Eindruck des großen Sieges von Breitenfeld war ein gewaltiger; die Katholiken waren entmuthigt, die Protestanten jubelten laut auf, Gedichte verherrlichten den Sieger, man ließ Münzen mit seinem Bildnisse prägen und trug sie als Schmuck.

Gustav Adolf zögerte nicht, den Sieg zu benutzen. Die sächsischen Truppen schickte er nach Böhmen, wo sich ihnen Prag ohne Widerstand ergab, er selbst zog mit seinem Heere durch Thüringen nach Franken. Bald waren alle die reichen Sitze der geistlichen Fürsten in seinen Händen, die protestantischen Stände schlossen Bündnisse mit ihm, zahlten Kriegsbeiträge und stellten Truppen. Am Schlusse des Jahres hatte Gustav Adolf sein Hauptquartier in Mainz, während Herzog Bernhard von Weimar die Pfalz und das Bisthum Speier besetzte.

Die herrenlos gewordenen geistlichen Gebiete in Franken mußten dem Schwedenkönig huldigen und wurden von schwedischen Beamten verwaltet. Die armen finnischen Soldaten, in Entbehrungen aller Art abgehärtet, schwelgten jetzt in den reichen Schätzen, die ihnen das fruchtbare Land am Main und Rhein in Fülle spendete.

In Mainz und Frankfurt hielt Gustav Adolf, während in den Wintermonaten von 1631 auf 1632 die Waffen beinahe völlig ruhten, Hof. Fürsten und Diplomaten umgaben ihn, die Minister der protestantischen Fürsten Deutschlands verhandelten über Verträge, die Gesandten Englands erschienen mit dem vertriebenen „Winterkönig", dem Kurfürsten von der Pfalz, dem von seinen Ländern nur die Titel geblieben waren, und verwendeten sich im Namen König Karls von England für dessen Wiedereinsetzung; als die bedeutendsten erschienen die Franzosen, welche Cardinal Richelieu an das Hoflager seines Verbündeten, des Schwedenkönigs, schickte. Die französische Politik hatte sich mit Gustav Adolf in Verbindung gesetzt, weil sie in ihm den gefährlichsten Feind der habsburgischen Macht erblickte, Richelieu kam es darauf an, daß er seine Siege jetzt auch gegen diese Macht ausnutze; sein Marsch in die der Liga angehörigen Gebiete war ihm keineswegs erwünscht; denn Frankreich hatte ja auch mit den Ligisten Fühlung behalten, hatte ja auch diese in ihrem Widerstande gegen die Uebergriffe des Kaisers bestärkt. Daher war es jetzt die Absicht Richelieus, die Liga, vor allem den Kurfürsten Maximilian von Baiern, von dem Kaiser zu trennen und sie eine neutrale Stellung zwischen den beiden kriegführenden Parteien einnehmen zu lassen. Gustav Adolf war nicht abgeneigt, auf solche Verhandlungen einzugehen, von denen er sich die Anbahnung eines allgemeinen Friedens versprach, zu dem der von seinen bisherigen Bundesgenossen verlassene Kaiser gewiß gerne bereit sein würde. Seine Lage aber war so, daß er die Bedingungen dieser Neutralität vorschreiben zu können glaubte. Er verlangte, daß die Liga ihr Heer auf 10—12000 Mann vermindere, alle evangelischen Gebiete, die sie noch besetzt halte, räume und den Kaiser weder offen noch im Geheimen unterstütze; dagegen sollten, mit wenigen Ausnahmen, alle von seinen Truppen eroberten Gebiete bis zum Abschluß eines endgiltigen Friedens in seinen Händen bleiben.

Gegen diese Vorschläge erhob Maximilian von Baiern die entschiedenste Einsprache. Er verlangte unter allen Umständen die Zurückgabe der bedeutendsten katholischen Gebiete an ihre alten Herren und die Anerkennung seiner Kurwürde. Damit hatten sich vorher auch die Franzosen einverstanden erklärt; da aber Gustav Adolf solche Zugeständnisse unbedingt von sich wies, riethen sie nun auch ihrerseits, auf seine Bedingungen einzugehen, um nur den König aus den Rheinlanden



die größere Beweglichkeit, die umsichtigere Führung hatte den Schweden, die allerdings auch an Zahl dem Heere Tillys überlegen waren, zum Siege verholfen.

Der Eindruck des großen Sieges von Breitenfeld war ein gewaltiger; die Katholiken waren entmuthigt, die Protestanten jubelten laut auf, Gedichte verherrlichten den Sieger, man ließ Münzen mit seinem Bildnisse prägen und trug sie als Schmuck.

Gustav Adolf zögerte nicht, den Sieg zu benutzen. Die sächsischen Truppen schickte er nach Böhmen, wo sich ihnen Prag ohne Widerstand ergab, er selbst zog mit seinem Heere durch Thüringen nach Franken. Bald waren alle die reichen Sitze der geistlichen Fürsten in seinen Händen, die protestantischen Stände schlossen Bündnisse mit ihm, zahlten Kriegsbeiträge und stellten Truppen. Am Schlusse des Jahres hatte Gustav Adolf sein Hauptquartier in Mainz, während Herzog Bernhard von Weimar die Pfalz und das Bisthum Speier besetzte.

Die herrenlos gewordenen geistlichen Gebiete in Franken mußten dem Schwedenkönig huldigen und wurden von schwedischen Beamten verwaltet. Die armen finnischen Soldaten, in Entbehrungen aller Art abgehärtet, schwelgten jetzt in den reichen Schätzen, die ihnen das fruchtbare Land am Main und Rhein in Fülle spendete.

In Mainz und Frankfurt hielt Gustav Adolf, während in den Wintermonaten von 1631 auf 1632 die Waffen beinahe völlig ruhten, Hof. Fürsten und Diplomaten umgaben ihn, die Minister der protestantischen Fürsten Deutschlands verhandelten über Verträge, die Gesandten Englands erschienen mit dem vertriebenen „Winterkönig", dem Kurfürsten von der Pfalz, dem von seinen Ländern nur die Titel geblieben waren, und verwendeten sich im Namen König Karls von England für dessen Wiedereinsetzung; als die bedeutendsten erschienen die Franzosen, welche Cardinal Richelieu an das Hoflager seines Verbündeten, des Schwedenkönigs, schickte. Die französische Politik hatte sich mit Gustav Adolf in Verbindung gesetzt, weil sie in ihm den gefährlichsten Feind der habsburgischen Macht erblickte, Richelieu kam es darauf an, daß er seine Siege jetzt auch gegen diese Macht ausnutze; sein Marsch in die der Liga angehörigen Gebiete war ihm keineswegs erwünscht; denn Frankreich hatte ja auch mit den Ligisten Fühlung behalten, hatte ja auch diese in ihrem Widerstande gegen die Uebergriffe des Kaisers bestärkt. Daher war es jetzt die Absicht Richeliens, die Liga, vor allem den Kurfürsten Maximilian von Baiern, von dem Kaiser zu trennen und sie eine neutrale Stellung zwischen den beiden kriegführenden Parteien einnehmen zu lassen. Gustav Adolf war nicht abgeneigt, auf solche Verhandlungen einzugehen, von denen er sich die Anbahnung eines allgemeinen Friedens versprach, zu dem der von seinen bisherigen Bundesgenossen verlassene Kaiser gewiß gerne bereit sein würde. Seine Lage aber war so, daß er die Bedingungen dieser Neutralität vorschreiben zu können glaubte. Er verlangte, daß die Liga ihr Heer auf 10—12000 Mann vermindere, alle evangelischen Gebiete, die sie noch besetzt halte, räume und den Kaiser weder offen noch im Geheimen unterstütze; dagegen sollten, mit wenigen Ausnahmen, alle von seinen Truppen eroberten Gebiete bis zum Abschluß eines endgiltigen Friedens in seinen Händen bleiben.

Gegen diese Vorschläge erhob Maximilian von Baiern die entschiedenste Einsprache. Er verlangte unter allen Umständen die Zurückgabe der bedeutendsten katholischen Gebiete an ihre alten Herren und die Anerkennung seiner Kurwürde. Damit hatten sich vorher auch die Franzosen einverstanden erklärt; da aber Gustav Adolf solche Zugeständnisse unbedingt von sich wies, riethen sie nun auch ihrerseits, auf seine Bedingungen einzugehen, um nur den König aus den Rheinlanden

wieder abziehen zu sehen, welche sie bereits als ein ihrem Einfluß allein unterstehendes Gebiet betrachteten. Maximilian aber blieb standhaft bei seiner Weigerung und setzte seine Rüstungen zur Weiterführung des Krieges fort, obgleich der Kurfürst von Trier sich neutral erklärte, der Kurfürst von Köln eine äußerst zweideutige Haltung einnahm und seine übrigen Bundesgenossen durch die Macht der Thatsachen unfähig geworden waren, sich an dem Kriege zu betheiligen. Die Liga war in der That zersprengt, nur ihr Haupt war noch in der Lage und bereit, der Sache des Kaisers und der katholischen Religion seine Kräfte zur Verfügung zu halten.

Kaiser Ferdinand II. seinerseits hatte sich inzwischen nach allen Seiten gewendet, um Hilfe zu erhalten; mit Spanien hatte er sein altes Bündniß erneuert, aber wo er sonst anpochte, fand er verschlossene Thüren: die Polen wollten ihren Frieden mit dem siegreichen König nicht brechen, die Schweizer hatten keine Lust, für das Haus Habsburg Opfer zu bringen, selbst der Papst war nicht zu bewegen, gegen Gustav Adolf aufzutreten; er erkannte ausdrücklich an, daß dieser zwar die Länder katholischer Fürsten erobert, aber nirgend den Glauben der katholischen Bevölkerung angetastet habe. Da war es denn für den Kaiser eine äußerst glückliche Wendung, daß sich die Verhandlungen Gustav Adolfs mit Baiern zerschlugen. Und gleichzeitig gelang es ihm auch, den Feldherrn, den er dem Andrängen der deutschen Fürsten hatte opfern müssen, wieder für seine Dienste zu gewinnen.

Als sich Wallenstein, verstimmt und zürnend, auf seine böhmischen Güter zurückgezogen hatte, waren ihm dorthin bald Eröffnungen und Anerbietungen des Königs von Schweden gefolgt, und er hatte sie nicht zurückgewiesen. Er hatte die Absicht geäußert, mit schwedischen Hilfstruppen gegen den Kaiser zu ziehen, ihn nach Italien zu verdrängen; als Vicekönig von Böhmen wollte er den Krieg gegen die Liga aufnehmen, vor allem seinen vornehmsten Gegner, Maximilian von Baiern, verderben. Während er aber mit den Schweden verhandelte, hatte er doch auch seine Verbindungen mit Wien nie ganz abgebrochen. Der Kaiser holte seinen Rath ein, und er ertheilte ihm seinen Rath. Da erschien plötzlich im Auftrage des Kaisers der Fürst Eggenberg und bot ihm das Commando der kaiserlichen Armee von Neuem an; und Wallenstein ging auf dies Ansinnen ein. Zunächst zwar verpflichtete er sich nur auf drei Monate und nur zur Neubildung einer Armee; aber als diese, Dank seinem großartigen Organisationstalent, in der That in solch kurzer Frist um Znaim in Mähren versammelt war, ließ er sich erbitten, den Oberbefehl dauernd zu übernehmen, unter Bedingungen, die ihm freilich ein Gustav Adolf wohl niemals zugestanden hätte. Er wurde zum obersten Befehlshaber aller Truppen des Kaisers, des Reiches und der Krone Spanien ernannt, neben ihm sollte Niemand ein unabhängiges Commando führen, für die gesammte Kriegführung, für die Behandlung eroberter Länder wurde ihm unumschränkte Gewalt eingeräumt, für Mecklenburg, wo die alten Fürsten wieder eingezogen waren, ward ihm eine vollgewichtige Entschädigung zugesagt.

In Böhmen hatte indessen Kurfürst Johann Georg von Sachsen den Krieg in lahmster Weise geführt; seine Gedanken waren immer mehr nach einer Versöhnung mit dem Kaiser, als nach Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen Gustav Adolf gerichtet gewesen; es war ein leicht errungener Triumph, daß Wallenstein, kaum an die Spitze seiner Truppen getreten, die Sachsen wieder aus Böhmen vertrieb.

Im Frühjahr 1632 begann auch in Franken der Krieg wieder, wo Gustav Adolf den Feldmarschall Gustav Horn als Befehlshaber und Statthalter zurückgelassen hatte. Gegen ihn rückte Tilly heran und nahm ihm Bamberg wieder ab.

Diese Nachricht veranlaßte den König, seine Hauptarmee aus den Rheinlanden aufbrechen zu lassen und sich mit Horn zu vereinigen. Nachdem er in Nürnberg, einer der wichtigsten protestantischen Städte Deutschlands, festlich eingeholt und jubelnd begrüßt, eingezogen war, richtete er seinen Marsch an die Donau, erzwang den Uebergang über den Strom bei Donauwörth und schlug die bairische Armee, die sich ihm bei Rain am Lech noch einmal entgegenstellte. Bei diesem Gefecht wurde Tilly selbst schwer verwundet und starb, nach der Festung Ingolstadt gebracht, am 20. April 1632.

Gustav Adolf aber hielt seinen Einzug in Augsburg und besetzte, während die bairische Armee, um sich mit Wallenstein zu vereinigen, an der Donau abwärts zog, die alten bairischen Städte Landshut, Freising, zuletzt auch München. Noch größer als die Beute, die in diesen vom Kriege bisher unberührten Gegenden gemacht wurde — darunter mehr als hundert Geschütze, die man in München vergraben hatte — war der moralische Eindruck, den dieses Eindringen des Schwedenkönigs in die Lande des Vorkämpfers der Liga in ganz Deutschland hervorbrachte. In dem schönen Residenzschlosse Maximilians ließ Gustav Adolf am Himmelfahrtstage feierlichen evangelischen Gottesdienst halten. Es wird erzählt, daß der österreichische Cardinal Paßmann, als er von den Mißerfolgen der Baiern hörte, ausgerufen habe: „Der Vorhang ist gefallen, das Spiel ist aus!" In der That aber hatte Gustav Adolf den Höhepunkt seines Glückes bereits überschritten.

Von München rief ihn der Aufstand schwäbischer Bauern am Bodensee ab, die sich gegen die schwedischen Besatzungen erhoben hatten und durch die Armee des kaiserlichen Obristen Ossa, die vom Breisgau herbeizog, mächtige Verstärkung erhielten. Aber kaum hatte er Ossa zurückgeworfen, als er Nachrichten empfing, die ihn zwangen, nach einem anderen Theile Deutschlands aufzubrechen. Wallenstein rückte, nachdem er Böhmen wieder vollständig dem Kaiser unterworfen, gegen Sachsen heran, fortwährend in Unterhandlungen mit dem schwachen Kurfürsten Johann Georg, von dem zu fürchten war, daß es nur noch einigen militärischen Druckes bedürfe, um ihn zum Abfall von seinem Verbündeten zu bringen. Indem Gustav Adolf, einige seiner Generäle in Schwaben und Baiern zurücklassend, nach Norden zog, wollte er in erster Reihe die Vereinigung Wallensteins mit dem bairischen Heere verhindern. Aber er kam bereits zu spät; am 14. Juni hatten sich zu Weiden, an der Straße von Regensburg nach Eger, die Spitzen der bairischen Armee mit dem Vortrab Wallensteins vereinigt. Von einem Vorrücken nach Sachsen war nun keine Rede mehr, bei Nürnberg bezog Gustav Adolf eine feste Stellung und erwartete, daß Wallenstein ihn angreife. Aber auch dieser bezog ein verschanztes Lager an der alten Veste bei Fürth, entschlossen, den Feind hier festzuhalten und auszuhungern.

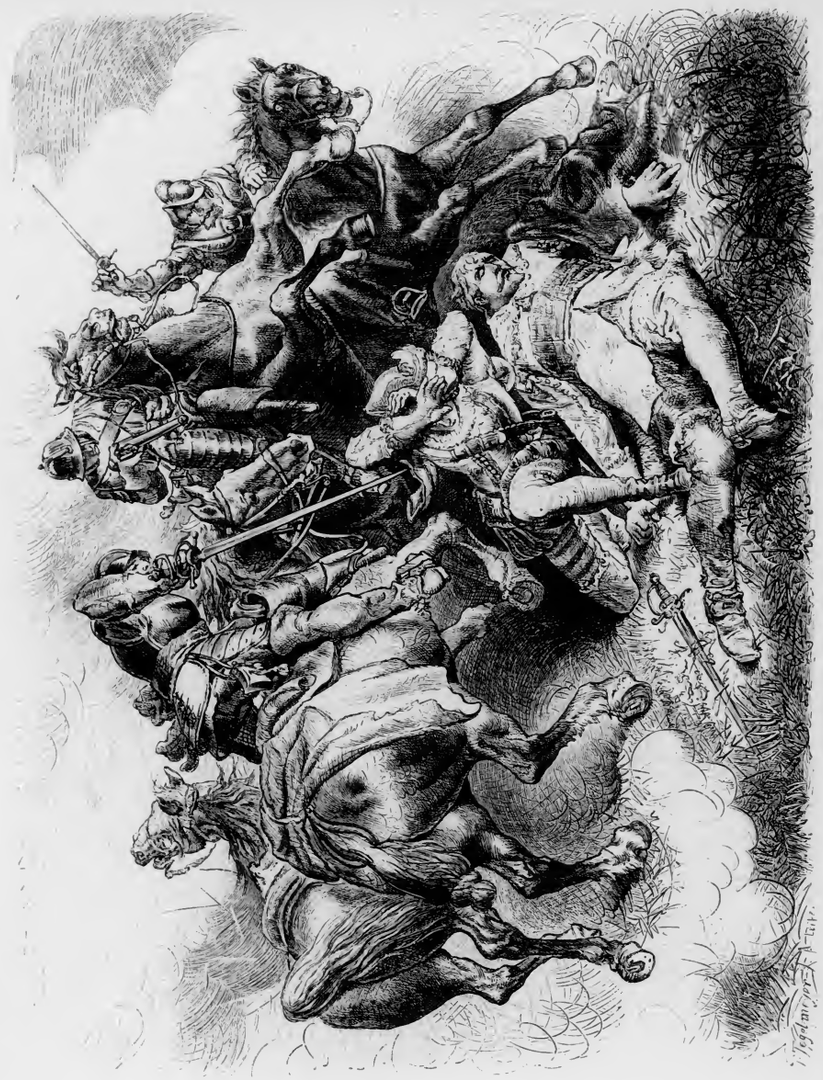
Gustav Adolf zog nun bedeutende Heeresmassen aus Schwaben und vom Rhein in seinem Lager zusammen, um Wallenstein von jeder anderen Verbindung als mit der durch den Krieg und die Durchmärsche völlig ausgesogenen Oberpfalz abzuschneiden. Als die Hilfsvölker eingetroffen waren, ordnete er den Sturm gegen Wallensteins feste Stellung an, wozu ihn schon der Umstand nöthigte, daß es für so viele Truppen an genügenden Lebensmitteln gebrach. Dieser Sturm aber, am 24. August unternommen, mißlang. Vergebens stürmten die Schweden, welche grüne Zweige als Erkennungszeichen an ihre Hüte gesteckt hatten, gegen das feindliche Lager heran, dreimal nahmen sie todesmuthig die alte Veste, dreimal wurden sie von den Wallensteinischen wieder herausgeworfen; 12 Stunden lang tobte der heiße Kampf, mörderischer als die größten Schlachten dieses Krieges, blutiger als die Tage

Diese Nachricht veranlaßte den König, seine Hauptarmee aus den Rheinlanden aufbrechen zu lassen und sich mit Horn zu vereinigen. Nachdem er in Nürnberg, einer der wichtigsten protestantischen Städte Deutschlands, festlich eingeholt und jubelnd begrüßt, eingezogen war, richtete er seinen Marsch an die Donau, erzwang den Uebergang über den Strom bei Donauwörth und schlug die bairische Armee, die sich ihm bei Rain am Lech noch einmal entgegenstellte. Bei diesem Gefecht wurde Tilly selbst schwer verwundet und starb, nach der Festung Ingolstadt gebracht, am 20. April 1632.

Gustav Adolf aber hielt seinen Einzug in Augsburg und besetzte, während die bairische Armee, um sich mit Wallenstein zu vereinigen, an der Donau abwärts zog, die alten bairischen Städte Landshut, Freising, zuletzt auch München. Noch größer als die Beute, die in diesen vom Kriege bisher unberührten Gegenden gemacht wurde — darunter mehr als hundert Geschütze, die man in München vergraben hatte — war der moralische Eindruck, den dieses Eindringen des Schwedenkönigs in die Lande des Vorkämpfers der Liga in ganz Deutschland hervorbrachte. In dem schönen Residenzschlosse Maximilians ließ Gustav Adolf am Himmelfahrtstage feierlichen evangelischen Gottesdienst halten. Es wird erzählt, daß der österreichische Cardinal Paßmann, als er von den Mißerfolgen der Baiern hörte, ausgerufen habe: „Der Vorhang ist gefallen, das Spiel ist aus!“ In der That aber hatte Gustav Adolf den Höhepunkt seines Glückes bereits überschritten.

Von München rief ihn der Aufstand schwäbischer Bauern am Bodensee ab, die sich gegen die schwedischen Besatzungen erhoben hatten und durch die Armee des kaiserlichen Obristen Ossa, die vom Breisgau herbeizog, mächtige Verstärkung erhielten. Aber kaum hatte er Ossa zurückgeworfen, als er Nachrichten empfing, die ihn zwangen, nach einem anderen Theile Deutschlands aufzubrechen. Wallenstein rückte, nachdem er Böhmen wieder vollständig dem Kaiser unterworfen, gegen Sachsen heran, fortwährend in Unterhandlungen mit dem schwachen Kurfürsten Johann Georg, von dem zu fürchten war, daß es nur noch einigen militärischen Druckes bedürfe, um ihn zum Abfall von seinem Verbündeten zu bringen. Indem Gustav Adolf, einige seiner Generäle in Schwaben und Baiern zurücklassend, nach Norden zog, wollte er in erster Reihe die Vereinigung Wallensteins mit dem bairischen Heere verhindern. Aber er kam bereits zu spät; am 14. Juni hatten sich zu Weiden, an der Straße von Regensburg nach Eger, die Spitzen der bairischen Armee mit dem Vortrab Wallensteins vereinigt. Von einem Vorrücken nach Sachsen war nun keine Rede mehr, bei Nürnberg bezog Gustav Adolf eine feste Stellung und erwartete, daß Wallenstein ihn angreife. Aber auch dieser bezog ein verschanztes Lager an der alten Veste bei Fürth, entschlossen, den Feind hier festzuhalten und auszuhungern.

Gustav Adolf zog nun bedeutende Heeresmassen aus Schwaben und vom Rhein in seinem Lager zusammen, um Wallenstein von jeder anderen Verbindung als mit der durch den Krieg und die Durchmärsche völlig ausgesogenen Oberpfalz abzuschneiden. Als die Hilfsvölker eingetroffen waren, ordnete er den Sturm gegen Wallensteins feste Stellung an, wozu ihn schon der Umstand nöthigte, daß es für so viele Truppen an genügenden Lebensmitteln gebrach. Dieser Sturm aber, am 24. August unternommen, mißlang. Vergebens stürmten die Schweden, welche grüne Zweige als Erkennungszeichen an ihre Hüte gesteckt hatten, gegen das feindliche Lager heran, dreimal nahmen sie todesmuthig die alte Veste, dreimal wurden sie von den Wallensteinischen wieder herausgeworfen; 12 Stunden lang tobte der heiße Kampf, mörderischer als die größten Schlachten dieses Krieges, blutiger als die Tage



vom weißen Berge und von Breitenfeld. Als die Nacht hereinbrach, standen die Gegner wieder in denselben Stellungen wie vorher. Bis zum 8. September konnte sich Gustav Adolf noch halten, unbeweglich stand ihm Wallenstein gegenüber, durch keine Herausforderung ließ er sich bewegen, sein Lager zu verlassen. Nun endlich brach der Schwedenkönig auf und zog mit seinem Heere in der Richtung von Windsheim ab. Wallenstein wartete noch drei Tage, dann, als er sich überzeugt hatte, daß der Abzug keine Kriegslist verberge, brach auch er seine Zelte ab. Aber während Gustav Adolf zweifelte und schwankte, wohin er sich wenden solle, ob nach den österreichischen Erblanden, ob nach Schwaben und an den Oberrhein, bedachte sich Wallenstein keinen Augenblick, sondern beschloß, alle seine Kräfte nach Sachsen zu werfen, um den Kurfürsten Johann Georg zur Unterwerfung zu zwingen. Auch von anderen Seiten kamen kaiserliche Truppen gegen Sachsen herangezogen: Gallas und Holke aus Franken, Pappenheim von der Weser. Leipzig wurde bombardirt und mußte am 23. Oktober seine Thore öffnen.

Gustav Adolf sah alle Vortheile, die er im Norden von Deutschland errungen hatte, gefährdet, seine Verbindung mit der See, mit der Heimath bedroht; und wie der Erfolg seine Fahnen verließ, begannen auch die fremden Mächte in ihren Beziehungen zu ihm zu erkalten. Die Generalstaaten der Niederlande zeigten sich schwierig und ließen durch ihre Haltung befürchten, daß sie zum Abschluß eines Sonderfriedens mit Spanien geneigt seien, Frankreich zögerte mit der Zahlung der vertragsmäßig versprochenen Geldzuschüsse, von Dänemark war zu fürchten, daß es beim ersten ernstlichen Unglück der schwedischen Waffen sich Gustav Adolfs Feinden nähere, England verschob den bereits beschlossenen Abschluß eines Bündnisses mit Schweden in ungewisse Ferne.

Alle diese unsicheren und unklaren Verhältnisse sowie der Wunsch, dem Kurfürsten von Sachsen Hilfe zu bringen, veranlaßten den König, mit seiner Hauptmacht wieder nach Norddeutschland zu ziehen. Seinen Reichskanzler Oxenstierna ließ er als seinen Bevollmächtigten im Süden zurück, wo der Pfalzgraf Christian von Birkenfeld den Oberbefehl über die in Schwaben und an der Donau noch besetzten Plätze und die fernere Aufgabe erhielt, die bairische Armee zu beschäftigen.

Oxenstierna sollte nach Ulm einen Kreistag des schwäbischen, fränkischen und der beiden rheinischen Kreise berufen, sollte die südwestdeutschen Stände dem König in Treue erhalten und Mittel zum Unterhalt der Armee aufbringen. Mit seinem bewährten Rathgeber besprach der König für alle Fälle, was er hinsichtlich seiner Heimath zu verfügen dachte: Bestimmungen über die Regentschaft während der Minderjährigkeit seiner Tochter, welche, wenn er sterben sollte, die Erbin seiner Krone war.

Nachdem dies zu Nürnberg geordnet war, eilte Gustav Adolf seiner Armee nach Thüringen nach und bezog am 31. Oktober bei Naumburg ein befestigtes Lager, um die Ankunft der sächsischen Truppen zu erwarten.

Diese aber lagen, unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Arnim, in Schlesien, und trotz allem Drängen des Königs war Kurfürst Johann Georg nicht zu bewegen, sie zu der schwedischen Armee stoßen zu lassen.

So beschloß denn Gustav Adolf, auch ohne die Sachsen sich auf Wallenstein zu werfen. Am 16. November 1632 bei Lützen kam es zur Schlacht. Den ganzen Tag hindurch währte der Kampf, Pappenheim wurde tödtlich verwundet, der Erfolg schwankte hin und her; der König kämpfte selbst im dichtesten Handgemenge, persönlich führte er ein Regiment zum Sturme gegen die Truppen des Octavio Piccolomini vor, als er plötzlich, von einer Kugel durchbohrt, zum Tode getroffen vom Pferde sank. Noch bis zur

Nacht wüthete der Kampf fort, unter Bernhard von Weimars Führung mühten sich die Schweden, den Fall ihres Heldenkönigs zu rächen. Als die Dunkelheit hereinbrach, konnte sich keiner den Sieg zuschreiben; die Kaiserlichen zogen sich in guter Ordnung zurück, des anderen Tages räumten auch die Schweden das Schlachtfeld, nicht besiegt, aber tief gebeugt durch den Verlust dessen, der die Seele des Heeres gewesen.

Große, weitreichende Pläne gingen mit Gustav Adolf zu Grabe. Auf Grund seiner Eroberungen hatte er die deutschen Küstenlande festhalten wollen, als einen werthvollen Zuwachs seiner Macht und als Grundlage eines dauernden Verhältnisses zum deutschen Reiche. Auch den Staat, den er aus den eroberten geistlichen Gebieten in Franken zu bilden begonnen, hätte er doch wohl nicht wieder aufgegeben, wenn es ihm beschieden gewesen wäre, den Abschluß des Friedens zu erleben. Allein diejenigen verkennen doch die Größe und die Bedeutung dieses Fürsten, welche ihn lediglich für einen eroberungslustigen Feldherren gelten lassen wollen. Eine große Idee lag — ganz abgesehen von dem Vortheil, den er für sein Vaterland zu gewinnen hoffte — seinem Zuge nach Deutschland zu Grunde: die Bildung und Befestigung einer starken und lebensfähigen protestantischen Macht in Deutschland gegenüber den politischen und kirchlichen Bestrebungen Oesterreichs, Spaniens und der Liga. Er hat wohl kaum im Ernste daran gedacht, die Kaiserkrone für sich zu gewinnen, aber er strebte die Gründung einer evangelischen Vereinigung im Reiche an und gedachte an deren Spitze zu treten. Und obgleich das Haupt eines fremden Reiches, war Gustav Adolf doch durch Bildung, Sprache, Gesichtskreis ein Deutscher. Wer will sagen, wie sich die Dinge gestaltet hätten, wenn er einen zweiten Sieg von Breitenfeld hätte erfechten können? Daß nicht schon nach jenem ruhmreichen Tage, an dem Tillys Stern vor dem Glanze seiner Waffen erblich, das protestantische Deutschland sich zu festem und dauerndem Bunde um ihn schaarte, daran trug wesentlich die kleinliche, ängstliche, jeder kühnen Regung unfähige Politik der protestantischen Fürsten, insbesondere Sachsens und Brandenburgs, die Schuld. Wenn diese zauderten, sich mit jenem offenen und vollen Vertrauen, das eine großartig angelegte Natur fordert und erwartet, das aber kleinen Seelen unfaßbar bleibt, dem Könige unbedingt anzuschließen, um das Banner ihres Glaubens und der deutschen Freiheit siegreich aufzurichten gegen die wälsche Politik und den wälschen Glaubenszwang des Kaisers und der Liga, so begrüßte ihn das evangelische Volk Deutschlands, so umjauchzten ihn die evangelisch gesinnten Bürger der deutschen Reichsstädte mit um so lauterer Begeisterung. Denn das Volk in seiner natürlichen und gesunden Auffassung der Thatsachen forscht nicht mißtrauisch und ängstlich nach den verborgenen Beweggründen, sondern sein unbefangener Blick sieht den Mann, der große Thaten vollbringt und den Erfolg dieser Thaten, und danach bildet es seine Meinung. Als Gustav Adolf an der deutschen Küste landete, war dem deutschen Protestantismus in der Hofburg zu Wien und im Residenzschlosse zu München das Todesurtheil gesprochen. Als er bei Lützen den Heldentod starb, war das evangelische Bekenntniß im Reiche wieder von Neuem gekräftigt, vermochte die weiteren Gefahren des Krieges zu überdauern und schließlich die Anerkennung seiner Gleichberechtigung zu erringen. Wenn Deutschland von dem Unheil bewahrt blieb, in Glaube, Wissen und Sitte der habsburgischen Despotie unterthan zu werden, so hat unser Vaterland dies im hohen Maße den Siegen des heldenhaften Schwedenkönigs zu danken.

Als der sächsische Gesandte Kurt von Einsiedel bei Gustav Adolf über die Bedrückungen der schwedischen Soldaten in Thüringen Klage führte, gab ihm der König zur Antwort: „Krieg ist Krieg und Soldaten sind keine Klosterjungfrauen“, und es ist kein Zweifel, daß die Heere Gustav Adolfs und einzelne seiner Befehlshaber sich Grausamkeiten zu Schulden kommen ließen, daß sie, nach dem damals überall geltenden Rechte des Eroberers, die erstürmten Städte plünderten, daß einzelne mit sich wegnahmen, was ihnen brauchbar und begehrenswerth schien, ob sie nun als Freunde oder Feinde eine Gegend betraten; aber ebenso steht fest, daß Gustav Adolf bestrebt war, gute Mannszucht zu halten, daß er barbarische Behandlung der Feinde verpönte und bestrafte, daß er von den Besatzungstruppen, die er in festen Plätzen oder offenen Städten zurückließ, Achtung der Personen und des Eigenthums forderte und in heftigen Zorn gerieth, wo solchen Befehlen zuwidergehandelt wurde. Als im Juni 1632 die Nürnberger gegen seine Truppen Beschwerde führten, hielt er ein strenges Gericht und ermahnte mit den schärfsten Worten, vor allem die Offiziere, Ordnung und Mannszucht zu halten. „Mir ist so wehe bei Euch“ — soll er gesagt haben — „daß ich in meinem Königreich lieber die Schweine hüten will, als mit einer so verkehrten Nation umzugehen gedenke.“ Auch Tilly ließ es sich angelegen sein, der Wildheit und Grausamkeit seiner Mannschaften zu steuern; er verwahrt sich dagegen, daß „das leidige verderbliche Brennen“ für nöthig, ja wohl gar für die Hauptsache der ganzen Kriegführung gehalten werde; ihm wie dem Schwedenkönig lag daran, ihren Namen, den Ruf ihrer Armeen nicht durch die Zuchtlosigkeit der verwilderten Soldateska beschimpfen zu lassen. Anders faßte schon Wallenstein die Rolle des Soldaten im Kriege auf. Der Krieg müsse den Krieg ernähren, sagte er; durch die Aussicht auf Plünderung und Beutemachen angelockt, war verwegenes Volk aus aller Welt unter seinen Fahnen zusammengeströmt; wo des Friedländers Feldzeichen erschienen, herrschten alle Greuel, die ein so bunt zusammengewürfeltes Kriegsvolk über Freundes- und Feindesland zu verhängen pflegte. Die Wallensteinischen standen dadurch schon im Gegensatze zu den Schweden, daß der Kern der Armee Gustav Adolfs nicht aus Söldnern bestand, sondern daß er das stehende Heer seiner Landeskinder, gut ausgebildet und an strengen Gehorsam gewöhnt, mit sich in das fremde Land herübergeführt hatte.

Das alles wandte sich nun zum Schlimmeren. Der böse Geist, der in den Feldlagern Wallensteins herrschte, wurde nach und nach immer mehr der leitende Geist aller Armeen, die auf deutschem Boden sich bekämpften und die unglücklichen Bewohner bedrängten. Aus zahlreichen Aufzeichnungen jener Zeit ist es bekannt, wie entsetzlich die Truppen — Kaiserliche wie Schweden — gehaust haben, und wenn sich die schlimmsten Erlebnisse, die ausgesuchtesten Quälereien, wie der sogenannte „Schwedentrunk“, an den Namen der nordischen Armee knüpften, welcher der Aberglaube des Volkes auch wohl Zauberkünste und Verbindung mit dem Teufel zuschrieb, so ist es darum nicht minder gewiß, daß die Kaiserlichen, sowohl die Wallensteiner als die unter dem Befehle der bairischen Heerführer stehenden Heere, oft noch schlimmer als die Schweden hausten. Dieser zweite Theil des großen Krieges hat unser Vaterland so schwer getroffen und so namenlos elend gemacht, wie es schließlich aus diesen langen Jahren der schwersten Prüfung, in seinem innersten Mark erschüttert, in seiner alten Kraft gebrochen, hervorgegangen ist.

Mit dem Tode Gustav Adolfs hörte auf protestantischer Seite die einheitliche Leitung des Kriegs auf, die Interessen der einzelnen Führer traten in den Vordergrund, der Krieg theilte sich in eine ganze Reihe von kriegerischen Unternehmungen. Zweierlei Strömungen machten sich alsbald geltend: der schwedische Reichskanzler Axel

Oxenstierna, der während der Minderjährigkeit der Tochter Gustav Adolfs die Regierung Schwedens führte, strebte nach dem Abschlusse eines ehrenvollen und für Schweden vortheilhaften Friedens, die Generäle der schwedischen und der mit Schweden verbündeten deutschen Truppen wünschten die Fortdauer eines Krieges, der ihnen Siege und Beute versprach.

Axel Oxenstierna.

Oxenstierna war ein Staatsmann von freiem Blick, von großer Begabung, von starkem Willen, mit den deutschen Verhältnissen schon aus der Zeit her vollkommen vertraut, da er zu Wittenberg seine Studien gemacht hatte. Seinem Plane, das Bündniß der deutschen Fürsten mit dem gefallenen König neu zu bekräftigen, trat aber das Mißtrauen und die Schwäche Kursachsens und Brandenburgs sofort hindernd in den Weg; er sah sich deßhalb darauf hingewiesen, die Verbindung mit den oberdeutschen Ständen und die Unterstützung durch Frankreich als die Grundlage für sein ferneres Vorgehen in Deutschland zu betrachten.

Mit Frankreich erneuerte Oxenstierna den im Januar 1631 zu Bärwalde mit Gustav Adolf abgeschlossenen Vertrag, durch welchen dem schwedischen Heere bedeutende Geldmittel zuflossen; die vier oberdeutschen Kreisstände gelobten zu Heilbronn, treu zur Krone Schweden zu stehen bis zum Abschlusse eines Friedens, der die Verfassung des deutschen Reiches wieder herstelle und die evangelischen Stände wieder in ihre Rechte einsetze. Die Oberleitung des Krieges behielt der schwedische Kanzler, doch trat ihm ein aus Abgeordneten der vier Kreise bestehender Rath zur Seite. Diese Behörde, welche immerhin die Machtbefugnisse Oxenstiernas beschränkte, verdankte ihr Dasein den Bemühungen des französischen Gesandten, Marquis von Feuquières, der, nachdem der Reichskanzler ein unmittelbares Bündniß der vier Kreise mit Frankreich zu hintertreiben gewußt hatte, auf diesem Wege dem französischen Einflusse eine Hinterpforte zu öffnen suchte und in der That bald erreichte, daß die Kreisstände, auch gegen des Kanzlers Wunsch, im Herbste 1633 unmittelbar in ein Bündniß mit Frankreich traten. So verstand es die französische Staatskunst, ihre Interessen unter allen Umständen zu wahren und auf den Gang der deutschen Angelegenheiten auch für den Fall, daß Schweden zum Frieden bereit war, einen maßgebenden Einfluß auszuüben.

Denn schon handelte es sich für Frankreich nicht mehr allein darum, die habsburgische Macht einzudämmen und von einer in Verbindung mit den Tendenzen der spanischen Politik ihrem Lande gefährlichen Festsetzung am Rheine zurückzudrängen, sondern die gierige Hand der Franzosen streckte sich bereits nach den schönen und reichen Landstrichen am linken Rheinufer aus, deren Pforten sich ihnen zuerst durch die unseligen Verträge mit Moritz von Sachsen aufgethan hatten.

Während Frankreich an den großen Ereignissen des Krieges keinen thätigen Antheil nahm, sondern nur durch Geldsendungen die Schweden und die deutschen Protestanten unterstützte, gelang es ihm, seitab von den Schauplätzen der entscheidenden

Schlachten, auf deutschem Boden festen Fuß zu fassen. Schon im Mai 1632 hatte der Erzbischof von Trier, als er Gustav Adolf seine Neutralität erklärte, den Franzosen seine Festungen Koblenz und Ehrenbreitstein geöffnet; sie hatten hierauf Lothringen besetzt und den kaiserlich gesinnten Herzog Karl gezwungen, ihnen seine Hauptstadt Nancy einzuräumen; der Herzog von Wirtemberg hatte seine Grafschaft Mömpelgard unter französischen Schutz gestellt; vor Schluß des Jahres 1633 hatten sie ihre Truppen auch in einige wichtige elsässische Plätze geworfen, und im Januar 1634 übernahmen sie die Schutzherrlichkeit über Hoh-Barr, Zabern und Hagenau, welche Gebiete der kaiserliche General Graf Salm lieber den Franzosen, als dem ihn hart bedrängenden Rheingrafen Otto Ludwig übergab; im Jahre 1634 endlich gelang es Frankreich, auch das Besatzungsrecht in Philippsburg zu erhalten. Alle diese Reichsgebiete sollten im Frieden wieder an das Reich zurückfallen; allein bereits war Frankreich fest entschlossen, so viel als möglich von denselben zu behalten.

Während diese Dinge am Rheine vorgingen, war der Schauplatz des großen Krieges Franken, Schwaben, Baiern und Schlesien.

Auf schwedischer Seite waren Gustav Horn und Herzog Bernhard von Weimar die bedeutendsten Heerführer. Herzog Bernhard war ein Nachkomme des von Karl V. seiner Kurwürde und seines Landes beraubten Johann Friedrich von Sachsen. In dem Gedanken herangewachsen, die alte Bedeutung seines Hauses wieder erstehen zu sehen und für die bedrohte evangelische Lehre mit Gut und Blut einzutreten, hatte er sich, erst sechszehnjährig, in den Schlachten bei Wiesloch und Wimpfen die Sporen verdient. Er hatte dann in dem Heere Christians von Braunschweig gekämpft, er hatte an dem Feldzuge des Königs von Dänemark tapferen Antheil genommen und sich, als der erste deutsche Fürst, in begeisterter Hingebung Gustav Adolf angeschlossen. Als Verbündeter der fremden Fürsten glaubte er seinem Vaterlande die besten Dienste zu leisten, indem er gegen die Politik der Habsburger zu Felde zog. Ihm stand, als er im Frühjahr 1633 aus der Oberpfalz gegen die Donau heranrückte, der kühne Reiterführer Johann von Werth gegenüber. Ein Niederländer, wie Tilly, aber von geringer Herkunft, war Johann von Werth, seit er im Jahre 1622 unter dem Befehle Spinolas das Waffenhandwerk ergriffen hatte, rasch empor-

Herzog Bernhard von Weimar.

gekommen; keck und verwegen jagte er, da er noch Rittmeister war, mit seiner Schwadron dem Feinde Schrecken ein, als hätte er ein Regiment; im kleinen Kriege zeichnete er sich aus, rasch stieg er im Dienste der Liga zu höheren Würden empor; jetzt stand er an der Spitze einer größeren Heeresabtheilung, konnte aber, trotz der Beweglichkeit seiner Schaaren und trotz dem Ungestüm, mit dem sie sich auf die Gegner warfen, die Vereinigung Bernhards mit Horn bei Donauwörth nicht verhindern.

Von da zog Horn an den Bodensee, belagerte erfolglos Konstanz, folgte dann den spanischen und italienischen Truppen des Herzogs von Feria und dem kaiserlichen Heere unter dem Befehle des Generals Aldringer nach dem Elsaß und heftete sich diesen wieder, ohne daß es zu einer größeren Schlacht gekommen wäre, an die Fersen, als sie nach dem Schwarzwald und Wirtemberg zurückzogen. Bernhard aber, der inzwischen von Oxenstierna die Bisthümer Wirzburg und Bamberg als Herzogthum Franken zu Lehen empfangen hatte, zog von Donauwörth den Strom hinab, eroberte Regensburg, Straubing und Deggendorf und stand im Spätherbst, die österreichischen Erblande bedrohend, vor Passau.

Der Hilferuf des Kaisers und des Kurfürsten von Baiern erging an Wallenstein, der eben damals bei Steinau an der Oder einen glänzenden Sieg über die Schweden erfochten und die Lausitz besetzt hatte. Dieser aber zeigte keine Lust, die eben erst errungenen Lorberen in einem Winterfeldzuge wieder aufs Spiel zu setzen, sondern führte sein Heer nach Böhmen zurück und ließ es dort Winterquartiere beziehen. Die ganze Zeit her, seit er nach der Schlacht von Lützen seine Truppen von dem norddeutschen Kriegsschauplatze weggeführt hatte, war Wallenstein in Unterhandlungen mit den Feinden seines kaiserlichen Herren gestanden.

Kursachsen und Brandenburg hatten keinen heißeren Wunsch als nach Frieden, aber sie konnten den Frieden doch nur wollen auf Grundlagen, welche sie in den Stand setzten, ihre Stellung im Reiche und innerhalb des evangelischen Bekenntnisses, ungefährdet von den habsburgischen und spanischen Restaurationsplänen, aufrecht zu erhalten. Sie kamen also auf die alten Forderungen zurück, die so oft in früheren Zeiten die Reichstage beschäftigt hatten, sie verlangten selbstverständlich Aufhebung des Restitutionsedictes, Anerkennung der Erklärung Ferdinands zum Augsburger Religionsfrieden, Wiederherstellung von Kurpfalz und Mecklenburg, Verständigung mit Schweden, und Wallenstein war gerne bereit, für das Reich diese Vorschläge zur Annahme zu empfehlen; nur für Böhmen, wo der bedeutendste Theil seines Grundbesitzes aus den in Beschlag genommenen Gütern der Protestanten bestand, wollte er nicht ein Zurückgreifen auf die Territorialverhältnisse von 1618, sondern von 1622, da eben jene Beschlagnahmen bereits stattgefunden hatten, zugeben. In Wien hatten diese Vorschläge anfangs keine unumwundene Zurückweisung erfahren, als aber die eifrig katholische Partei am kaiserlichen Hofe, als die Vertreter des Papstes und der Liga von denselben Kenntniß erhielten, erklärten sie sich mit aller Entschiedenheit dagegen; insbesondere der Beichtvater des Kaisers, der Pater Lamormain, der alte Widersacher Wallensteins bot alles auf, um die Zurückweisung dieser Forderungen zu erreichen, und sie wurden in der That abgelehnt.

Kaum hatte man von der Verstimmung des Feldherren über diese Ablehnung seiner Anträge gehört, als auch schon die französische Diplomatie aus derselben für sich Vortheil zu ziehen gedachte. Der Marquis von Feuquières setzte sich mit Wallenstein in Verbindung, der Graf Thurn griff in die Verhandlungen ein, man bot Wallenstein die böhmische Krone an, wenn er die Sache des Kaisers verlassen, wenn er sich dem Heilbronner Bündnisse anschließen wolle. Aber für einen offenen Abfall vom Kaiser schienen Wallenstein die Verhältnisse noch nicht reif zu sein; er setzte vielmehr auf den bisherigen Grundlagen seine Unterhandlungen mit Sachsen fort, um so mehr, als Oxenstierna nicht geneigt war, dem so wenig zuverlässigen Manne sein Vertrauen zu schenken und sich auf ungewisse Versprechungen hin tiefer mit ihm einzulassen. Die Haltung Wallensteins im Herbste 1633 bewies denn auch, wie richtig der schwedische Reichskanzler

gehandelt hatte. Wallenstein gefiel sich in einer allen Berechnungen spottenden Haltung. Mitten in den Friedensverhandlungen griff er plötzlich wieder zum Schwerte. So entzückt man aber auch in Wien über seinen Sieg bei Steinau war, eben so entrüstet war die Wallenstein feindliche Partei am Hofe, als er sich nicht geneigt zeigte, diesen Sieg in ihrem Sinne auszunutzen, sondern, wie wir gesehen haben, seine Truppen in Böhmen Winterquartiere beziehen ließ. Schon dachte man in Wien daran, den übermächtigen Mann, der sich nicht als den Diener des Kaisers betrachtete, sondern wie ein auf gleichem Fuße mit ihm stehender Machthaber nach seinem Gutdünken handelte, von der Spitze der Armee zu entfernen. Er selbst benutzte diese Bestrebungen, die ihm nicht verborgen blieben, dazu, seine Stellung neu zu befestigen. Im Januar 1634 versammelte er zu Pilsen seine Obersten um sich und erschreckte sie mit der Ankündigung, daß er den Oberbefehl niederlegen wolle. Auf ihr Andringen, das Commando zu behalten, legte er ihnen einen Revers zur Unterschrift vor, durch den sie sich verpflichteten, unter allen Umständen treu bei ihm auszuharren. Mit Sachsen aber schloß er jetzt ein Uebereinkommen ab, wonach er mit der sächsischen Armee gemeinsam für die Durchführung des Friedens kämpfen wollte, auch für den Fall, daß der Kaiser die Friedensvorschläge endgiltig verwürfe.

Inzwischen war man auch in Wien nicht unthätig. Der Kaiser sprach in einem Patent, das vorerst nicht veröffentlicht werden sollte, die Absetzung Wallensteins aus, entband seine Befehlshaber des ihm gelobten Gehorsams und verwies sie bis auf Weiteres an die Befehle des Grafen Gallas. Wallenstein aber begann zu bemerken, daß die Stimmung in seiner Armee nicht mehr die alte war.

Noch hoffte er auf die Macht seiner Persönlichkeit, auf sein altes Glück. In diesem Manne war mit der größten Geistesschärfe, mit einer kalten und nüchternen Auffassung aller Verhältnisse ein phantastischer Zug vereinigt, der ihn zu eifrigem Studium der Astrologie führte, der ihn glauben ließ, daß er in den Sternen sein Schicksal lesen könne. Als ihn Kaiser Ferdinand im Jahre 1630 seinen Feinden opferte, wollte er bereits in den Gestirnen erkannt haben, daß des Kurfürsten von Baiern Geist den Geist des Kaisers beherrsche. Und jetzt, da seinem beobachtenden Auge die Gefahr, in der er schwebte, nicht entgangen sein konnte, holte er sich wieder aus den Sternen, mit Hilfe seines Astrologen Seni, Rath und Zuversicht. Er zog nach Eger, um von dort den Sachsen und Bernhard von Weimar die Hand zu reichen. Hier aber, an der Grenze des Landes, das so lange Zeuge seiner Größe und seiner Erfolge gewesen war, ereilte ihn sein Geschick. Da, wo er sich unter dem Schutze zweier protestantischen Schotten, Gordon und Leßley, die noch vor Kurzem Beweise seiner Gunst erfahren, für unbedingt sicher hielt, fiel er dem Verrath seiner eigenen Umgebung zum Opfer. Persönliche Feindschaft und die Hoffnung auf glänzende Belohnung vermochte den irländischen Oberst Butler, den Untergang des Feldherren zu planen. Als seine treuesten Anhänger Ilow und Terzka am Abend des 15. Februar 1634 ein glänzendes Gastmahl veranstalteten, besetzten Butlers Dragoner die Wachen, drangen in den Speisesaal und stießen Alle nieder. Dann überfielen sie das Haus, in dem Wallenstein Wohnung genommen hatte, sprengten die Thüre seines Schlafgemaches, wo er sich eben zur Ruhe legen wollte, und ehe der große Feldherr den Mund öffnen konnte, um nach ihrem Begehren zu fragen, erhielt er den tödtlichen Stich einer Hellebarde. Am anderen Morgen schwuren seine Truppen dem Kaiser von Neuem Treue. Als Gallas heranzog, um Eger zu belagern, fand er Alles vollendet; der Abgesandte Bernhards von Weimar kam eben zurecht, die Leichen der Männer zu finden, denen sein General sich hatte verbünden wollen.

Groß war der Jubel über diesen Ausgang in Wien. „Eine große Gnade hat Gott dem Hause Oesterreich erwiesen!“ rief der spanische Gesandte aus; ein wichtiger Dienst sei von den Fremden der Sache Gottes und des Kaisers geleistet worden, sprach Octavio Piccolomini. Nicht befohlen war vom Kaiser die Ermordung des Mannes, den er zweimal mit fast unbeschränkter Macht an die Spitze seiner Heere gestellt hatte, aber sie erschien ihm wie eine Erlösung aus äußerster Gefahr. Den Mördern fehlte es nicht an reichem Lohne, die großen Besitzungen des Friedländers und seiner Anhänger wurden zerrissen und vertheilt; wer bis zuletzt zu ihm gehalten und nicht in dem Gemetzel von Eger das Leben gelassen hatte, durfte nicht auf die Gnade des Wiener Hofes rechnen.

Mit Tilly, Gustav Adolf und Wallenstein gingen die großen Heerführer dahin, die dem Kriege bis dahin einen großartigen Charakter aufgeprägt hatten; der eine ein hervorragender Feldherr, ohne andere Zwecke, als dem Fürsten und der Sache, der er diente und von ganzem Herzen ergeben war, seine beste Kraft zu widmen; der zweite gleich groß als General wie als Staatsmann, bei dem die politischen Ziele, die er im Interesse seines Landes verfolgte, mit dem Wunsche zusammenfielen, das religiöse Bekenntniß, welchem er mit Treue und Festigkeit anhing, auf deutschem Boden gegen Papst und Kaiser zu vertheidigen; der dritte endlich ein ebenso kühner als kluger Abenteurer, ohne jede ideale Richtung, ohne Anhänglichkeit an einen Staat oder eine Glaubensform, von persönlichem Ehrgeiz geleitet, den höchsten Erfolgen nachstrebend, eine gewaltig angelegte Persönlichkeit, der nur zur wahren Größe die sittliche Hoheit fehlte. Im weiteren Verlaufe des Krieges finden wir keinen Feldherren wieder, der diesen drei seltenen Männern ebenbürtig gewesen wäre.

An die Spitze des kaiserlichen Heeres trat jetzt Kaiser Ferdinands gleichnamiger Sohn, den er bereits zum König von Ungarn und Böhmen hatte krönen lassen, unter der Leitung des Generals Gallas. Durch Baiern zog die gewaltige Heeresmacht heran, vertrieb die Schweden aus Straubing und Regensburg und vereinigte sich mit den spanischen Truppen, die der Infant Ferdinand aus Italien herbeiführte. Am 5. und 6. September 1634 kam es bei Nördlingen zu einer großen Schlacht, bevor es den Schweden gelungen war, ihre zerstreuten Heere zu einer der kaiserlichen Armee gewachsenen Macht zu vereinigen. Gegen den Rath des erfahrenen Horn entschloß sich Bernhard von Weimar, den angebotenen Kampf anzunehmen. Nach heißem und erbittertem Ringen wurde das schwedische Heer vollständig geschlagen, „so arg“, wie Bernhard schrieb, „daß es nicht ärger sein kann“; die Verluste waren überaus groß, Bernhard selbst wurde verwundet, Horn gerieth in Gefangenschaft, das Heer wurde völlig zersprengt und in wilder Flucht bis an den Rhein getrieben. Die Kaiserlichen besetzten den ganzen Süden Deutschlands und ergossen die gefüllte Schale ihres Zornes in unerhörten Grausamkeiten über die eroberten Länder.

Auch am Rhein, wo nur noch Breisach den Kaiserlichen geblieben war, errangen jetzt die Heere Ferdinands und Maximilians von Baiern bedeutende Erfolge: Gallas eroberte Philippsburg, Johann von Werth nahm Speier ein, der Herzog von Lothringen rückte siegreich im Elsaß vor. Aber es waren dieß keine bleibenden Eroberungen: Speier fiel bald wieder in feindliche Hände, und der Herzog konnte sich im Elsaß nicht auf die Dauer halten.

Inzwischen hatte das sächsische Heer unter dem Oberbefehle des Feldmarschalls Arnim bei Liegnitz einen glänzenden Sieg erfochten, hatte Glogau erobert und war, in Verbindung mit einer von General Johann Banner befehligten schwedischen Truppenschaar in Böhmen eingefallen und bis Prag vorgedrungen. Trotzdem hatten die Friedensunterhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen nie ganz aufgehört. Als nun nach der Schlacht von Nördlingen die Sache der Schweden verloren schien, wurden sie mit neuem Eifer betrieben, und da der Kaiser nur wünschen konnte, im Rücken seiner siegreich vordringenden Armee keine Feinde zu wissen, entschloß er sich, den sächsischen Forderungen, die wesentlich gegen das Restitutionsedict gerichtet waren, entgegenzukommen. Im November 1634 wurden in Pirna die Friedensbedingungen entworfen, am 30. Mai 1635 ward zu Prag der Friede zwischen dem Kaiser und Sachsen abgeschlossen. Es wurde festgesetzt, daß alle reichsunmittelbaren und landsäßigen Stifte, die seit 1555 eingezogen worden waren, den Protestanten verbleiben sollten, zunächst auf 40 Jahre, und wenn man sich dann nicht verständigen könne, auf immer. In Wirklichkeit war dies eine Aufhebung des Restitutionsedictes und ein Aufgeben des Versuches, die protestantischen Theile Deutschlands zum katholischen Bekenntnisse zurückzuführen. Den wesentlichsten Vortheil aus dem Prager Frieden zog Kursachsen, das stets nur mit getheiltem Herzen auf Seite der Schweden gestanden hatte, das Erzstift Magdeburg blieb dem Sohne des Kurfürsten; aber auch der Kaiser konnte, trotz dem Rückzuge, den der Friedensvertrag auf dem kirchlichem Gebiete bedeutete, denselben in politischer Hinsicht als einen Sieg betrachten. Denn nicht nur Sachsen kehrte zur völligen Unterwerfung unter das Machtgebot des Kaisers zurück, sondern auch von den übrigen Reichsständen, denen der Beitritt zum Prager Frieden vorbehalten war, erklärten die meisten, Brandenburg an der Spitze, ihre Uebereinstimmung mit diesen Abmachungen; nur die Fürsten des deutschen Südwesten, der Kurfürst von der Pfalz, der Markgraf von Baden, der Herzog von Wirtemberg, der Landgraf von Hessen waren von dem Frieden ausgeschlossen und der Rache des habsburgischen Hauses preisgegeben. Lag schon hierin ein gewichtiges Hinderniß für die Ausdehnung des Prager Friedens auf das ganze Reich, so wurde die Wiederkehr eines allgemeinen Friedens durch das fast gleichzeitige Eingreifen der französischen Politik in ungewisse Ferne gerückt.

Banner.

Jetzt hielt Cardinal Richelieu, der bis dahin den Krieg in Deutschland nur durch Geldsendungen unterstützt hatte, den Augenblick für gekommen, an demselben thätig Theil zu nehmen, um Frankreich aus den Trümmern des zerrissenen deutschen Reiches die längst ersehnte Länderbeute am linken Rheinufer zu sichern. Im November 1634 schloß er einen Vertrag mit Schweden und dem Heilbronner Bunde, in welchem Frankreich sich verpflichtete, Hilfstruppen zu stellen, wogegen ihm das ganze Ober-Elsaß mit Ausnahme von Straßburg abgetreten wurde; der Vorbehalt, daß dieß Land

im künftigen Frieden wieder an das Reich zurückfallen solle, war eine Bedingung, an deren Erfüllung wohl nur einer glaubte — Bernhard von Weimar. Auch dieser durch geistige Kraft und kriegerische Begabung hervorragende Mann dachte in erster Linie an sich selbst. Sich ein ansehnliches Fürstenthum zu gründen, war der Kern seiner Bestrebungen, aber über diesen persönlichen Wünschen vergaß er doch nie des Ganzen, das Wohl und die Erhaltung des Reiches, der gesicherte Bestand des evangelischen Bekenntnisses lag ihm am Herzen. Nicht einen solchen Frieden wie sein Vetter von Kursachsen dachte er mit dem Kaiser abzuschließen, sondern der Krieg sollte mit einer Sicherung der deutschen Freiheit vor der habsburgischen Uebermacht enden. In den Mitteln freilich vergriff er sich. Als er dem Cardinal Richelieu seine Dienste anbot, war er nichts weniger als gesonnen, damit einer auf die Beraubung des Reiches gerichteten Politik sich zu überliefern; er glaubte den Versicherungen des großen französischen Staatsmannes, daß er im Elsaß ein namhaftes Gebiet erwerben solle, dessen Besitz ihm eine mächtige Stellung unter den Fürsten des Reiches anweisen werde; er dachte nicht daran, sein tapferes Schwert den Interessen Frankreichs anders dienstbar zu machen, als indem er in französischem Solde den gemeinsamen Feind, den Habsburger, bekriege. Er kämpfte glücklich am linken Rheinufer, er schlug bei Rheinfelden am 3. März 1638 das kaiserliche Heer und machte Johann von Werth zum Gefangenen; er zwang nach langer Belagerung das bisher unüberwindliche Breisach zur Uebergabe und schickte sich an, als ihm das wahre Ziel der französischen Politik nach und nach klar wurde, aus den noch unbezwungenen deutschen Fürsten eine vom Kaiser wie von Schweden und Frankreich unabhängige Partei zu bilden; da ergriff ihn ein hitziges Fieber, das in wenigen Tagen die bis zum Aeußersten angespannte Kraft des rüstigen Mannes aufrieb und ihn am 18. Juli 1639 dahinraffte.

Als Bernhard starb, war auch Kaiser Ferdinand II. längst in der Gruft seiner Ahnen bestattet. Im December 1636 war es ihm gelungen, die Wahl seines Sohnes zum römischen König durchzusetzen, nur wenige Wochen später, am 15. Februar 1637 starb er. Seine ganze Regierungszeit war von dem Kriegslärm erfüllt gewesen. Sein einziges Bestreben war dahin gerichtet, seinem Hause eine möglichst unumschränkte Macht im Reiche zu schaffen, dem katholischen Glauben die verloren gegangenen Gebiete zurückzuerobern. Ein frommer Eiferer, von der alleinseligmachenden Wahrheit seines Kirchenglaubens durchdrungen, scheute er vor keinem Mittel zurück, das ihm zur Erreichung dieses hohen Zieles geeignet schien. Eine starre und harte Natur, ohne die Milde und das Maßhalten, das den wahren Staatsmann kennzeichnet, ging er rücksichtslos und ohne Wanken auf der Bahn vorwärts, die ihm seine geistlichen Rathgeber, der Beichtvater P. Lamormain an der Spitze, vorzeichneten. Ohne das Eingreifen der fremden Mächte wäre ihm wohl die Unterwerfung des Reiches unter sein Machtgebot gelungen. Wenn aber die nationale Einheit nur um den Preis errungen werden konnte, daß in Deutschland die von den Jesuiten geleitete römische Kirche und das habsburgische Hausinteresse zur ausschließlichen Herrschaft gelangt, daß alle geistigen Errungenschaften der Reformationszeit wieder preisgegeben worden wären, so war selbst der trostlose Zustand der Zersplitterung, welchen der dreißigjährige Krieg in unserem Vaterlande zwar nicht geschaffen, aber doch erhalten und weiter ausgebildet hat, einer solchen Einigung vorzuziehen. Denn in dieser Zersplitterung der Nation wurden nach und nach, unter dem Schutze einzelner Landesfürsten, die Keime einer besseren Zukunft zu gedeihlichem Wachsthum gefördert, welche unter habsburgischer Herrschaft und unter den Einflüssen

der Jesuiten ganz ebenso, wie in Oesterreich und Baiern, auch im übrigen Deutschland der Vernichtung anheimgefallen wären. Denn nicht darauf allein beruht die Größe und das Glück einer Nation, daß sie dem Gebote eines starken Willens gehorcht, sondern vielmehr darauf, daß der herrschende Wille das Geschick des Volkes in der Richtung lenkt, die dem eigenartigen Geistes- und Culturleben dieses Volkes entspricht. Die richtigen Wege zu Größe, Macht und Wohlfahrt waren aber für Deutschland sicherlich nicht die Bahnen, auf welche Karl V. und Ferdinand II. die Nation zu leiten gedachten. In diesem Zusammenhange darf man es noch immer als ein Glück betrachten, daß die Einmischung fremder Mächte Deutschland vor einer solchen Einigung bewahrt hat.

Kaiser Ferdinand III. folgte im Ganzen und Großen den Ueberlieferungen, welche er von seinem Vater überkommen hatte. Weniger fanatisch als dieser, richtete doch auch er sein ganzes Augenmerk lediglich auf den Triumph seines Hauses und seiner Kirche. So wurde denn auch unter seiner Regierung der Krieg fortgesetzt, jeder Gedanke an Friede und Versöhnung verpönt.

Und dieser Krieg nahm immer mehr den Charakter eines schrecklichen, länderverwüstenden Raub- und Beutezuges an. Vom Rhein bis an die Donau, von Jütland bis an den Bodensee durchstreiften die Heere des Kaisers, der Schweden, der Franzosen das deutsche Land. Die unsäglichen Grausamkeiten, welche alle verübten, machten es für die unglücklichen Bewohner gleichgiltig, ob Freund, ob Feind ihre Felder verwüstete, ihre Dörfer verbrannte, ihre Habe fortschleppte. Keine entscheidenden Schlachten wurden geschlagen, aber in zahllosen Gefechten floß das Blut von Tausenden und düngte, ohne daß eine Partei sich bleibender Siege rühmen durfte, die deutsche Erde.

An der Spitze der schwedischen Truppen schlug Johann Banner bei Wittstock die kaiserliche und sächsische Armee; mit dem französischen General Guébriant vereinigt, drang er beinahe bis Regensburg vor, wo endlich wieder im Jahre 1640 ein Reichstag versammelt worden war, der zuerst leise Wünsche nach Frieden zu stammeln wagte. Nach Banners Tode trat Linnard Torstenson an seine Stelle, der begabteste unter den Schülern Gustav Adolfs, der durch die Kühnheit seiner Pläne, durch die Schnelligkeit seiner Bewegungen der schwedischen Kriegführung noch einmal einen großartigeren Charakter verlieh;

Torstenson.

bei Leipzig schlug er die Kaiserlichen, zog von da in Eilmärschen gegen Dänemark, dessen versuchte Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zu verhindern, warf sich darauf wieder nach Böhmen und bedrohte Wien.

Mit wechselndem Glücke kämpften indeß im Südwesten des Reiches die Franzosen. Einer Niederlage, die ihre Feldherren Turenne und Condé durch Mercy und Johann von Werth bei Mergentheim erlitten, folgte ihr Sieg über die Kaiserlichen bei Allerheim und ihre Vereinigung mit der schwedischen Armee, die jetzt Karl Gustav Wrangel befehligte. Gemeinsam be-

drängten sie Baiern, drangen nach Böhmen vor, eroberten die Kleinseite von Prag und rüsteten sich, auf Wien zu marschiren.

Da endlich entschloß sich der Kaiser, die Hand zum Frieden zu bieten. Am 24. Oktober 1648 wurde zu Münster die Friedensurkunde unterzeichnet. Lange Verhandlungen waren diesem Acte vorangegangen. Zuerst im Dezember 1641 waren zu Hamburg Verabredungen zwischen den Gesandten des Kaisers, Frankreichs und Schwedens über die Eröffnung eines Friedenscongresses gepflogen worden; aber bis zum April 1645 hatte es gewährt, bis endlich in den westfälischen Städten Münster und Osnabrück die Verhandlungen beginnen konnten. Während in allen Theilen des Reiches die Kriegsfurie tobte, saßen da die zahlreichen Gesandten und Bevollmächtigten der Reichsstände, um in endloser Weitläufigkeit, mit jämmerlichen Händeln über Rang und Titel, die Ansprüche und Forderungen ihrer Herren vorzutragen und zu erwägen. Weit auseinander lagen auch jetzt noch, nachdem man Jahrzehnte lang gekämpft hatte, die Standpunkte der zwei großen Religionsparteien im Reiche. Noch immer dachten die am Wiener Hofe mächtigen Jesuiten an die möglichst tiefe Demüthigung der Ketzer, und diese ihrerseits fanden nur in der Unterstützung durch die fremden Mächte Aussicht auf Erfüllung ihrer wohlbegründeten Ansprüche. So kam es, daß eigentlich Franzosen und Schweden den Frieden dictirten. Und nichts war natürlicher, als daß diese Mächte sich, als erst die Frage der Entschädigungen zur Sprache kam, den Löwenantheil sicherten.

Schweden erhielt, außer einer Geldentschädigung von 5 Millionen Thaler, ganz Vorpommern und Rügen nebst einem Theile von Hinterpommern, die Stadt Wismar, die Stifte Bremen und Verden, und sollte für diese Gebiete als deutscher Reichsstand Sitz und Stimme auf Reichs- und Kreistagen haben; Frankreich wurde nun die Landeshoheit über die Bisthümer Metz, Toul und Verdun förmlich übertragen, es erhielt ferner die Landgrafschaft im Elsaß und die Landvogtei über 10 bisher reichsfreie, elsässische Städte, auf dem rechten Rheinufer die Festung Breisach und das Besatzungsrecht in Philippsburg. Von den deutschen Staaten wurden Brandenburg für den Verlust Pommerns, das ihm in Folge von Erbverträgen hätte zufallen müssen, die Bisthümer Halberstadt, Camin, Minden und Magdeburg zuerkannt, Mecklenburg erhielt für Wismar die Bisthümer Schwerin und Ratzeburg; auch andere fürstliche Häuser wurden durch ehemalige Kirchengüter entschädigt, besonders reichlich (durch die Abtei Hersfeld und die Grafschaft Schaumburg sowie 600,000 Thaler Kriegsentschädigung) Hessen-Kassel, wo der Landgraf Wilhelm V. und nach dessen Tode seine Wittwe Elisabeth mit ganz besonderer Hingebung das Bündniß mit den Fremden gepflegt hatten; die Pfalz am Rheine wurde als Kurfürstenthum wiederhergestellt und dem Sohne des in der Verbannung gestorbenen „Winterkönigs", Karl Ludwig, zurückgegeben; Maximilian von Baiern mußte sich mit der Oberpfalz begnügen und behielt für sein Haus die Kurwürde; es gab also jetzt 8 Kurfürsten, von denen 5 dem katholischen, 3 dem protestantischen Bekenntnisse angehörten; auch Baden und Wirtemberg wurden ihren vertriebenen Fürsten zurückgegeben, wie denn überhaupt eine General-Amnestie für alle Reichsstände und Unterthanen eintrat, die während des Krieges sich gegen die Verfassung und die Gesetze des Reiches vergangen hatten.

Auf dem kirchlichen Gebiete wurde, nach langen und hartnäckigen Verhandlungen, der Passauer Vertrag und der Augsburger Religionsfriede neu bestätigt und ausdrücklich auf die Reformirten ausgedehnt. Beide Religionsparteien sollten im Besitze der geistlichen Stifte und Güter bleiben, welche sie im Jahre 1624 inne gehabt hatten. Die Reichsgerichte sollten nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung beider Religionen besetzt

werden. Auf den Reichstagen entschied fortan in allen Fragen, welche die Religion berührten, nicht Stimmenmehrheit, sondern, wie es die Protestanten längst verlangt hatten, diese Angelegenheiten durften nur auf dem Wege gütlicher Vereinbarung geschlichtet werden, zu welchem Behufe die Reichsstände sich, je nach dem Bekenntniß, dem katholischen oder dem protestantischen Körper anschlossen und so, wie Macht gegen Macht, mit einander verhandelten. Das Recht der einzelnen Landesfürsten, ihre Unterthanen zur Annahme ihres persönlichen Bekenntnisses zu zwingen, wurde aufgehoben, und damit eine der schmählichsten Bestimmungen beseitigt, die im Verlaufe der kirchlichen Streitigkeiten unter dem Namen der Religion dem wahren Wesen derselben geradezu Hohn gesprochen hatte.

Diese auf die kirchlichen Fragen bezüglichen Friedensartikel gelangten im ganzen Reiche zur Geltung, nur nicht in den österreichischen Erblanden, für welche Kaiser Ferdinand III., auf Antrieb der Jesuiten, mit unbeugsamer Hartnäckigkeit diese Bestimmungen ablehnte.

Auch der römische Stuhl hat gegen diesen Theil des Friedensvertrages seinen ganzen Einfluß aufgeboten, und als er doch angenommen wurde, in einer Bulle Papst Innocenz' X. das ganze Friedenswerk verdammt. Noch mehr Elend hätte, nach Ansicht der Curie, über Deutschland verhängt, noch Tausende und Abertausende hätten im grausamen Gemetzel des wildesten Bürgerkrieges hingemordet werden dürfen, wenn es gelungen wäre, auch nur äußerlich, die Einheit der Kirche wiederherzustellen.

Auch zwischen Spanien und den vereinigten Provinzen der Niederlande wurde in Münster der Friede vereinbart, ihre Unabhängigkeit ward ausdrücklich anerkannt und ihre vollständige Loslösung vom deutschen Reiche förmlich besiegelt. Ebenso erhielt die Schweiz nun die Anerkennung ihrer vom Reiche unabhängigen Stellung als selbstständige europäische Macht.

So ging das deutsche Reich, im Norden, Westen und Süden wichtiger Grenzländer beraubt und seiner Verbindung mit der See an langen Küstenstrichen verlustig, aus dem dreißigjährigen Kriege hervor. Noch schwerer aber als die Verluste an Macht und Umfang waren die Folgen der langen Kriegsjahre für den Wohlstand, die Bildung und Gesittung im Inneren unseres Vaterlandes.

Man nimmt an, daß Deutschland im Beginne des 17. Jahrhunderts von 16—17 Millionen Menschen bewohnt gewesen sei. Nach dem Kriege waren noch 4 Millionen übrig, alle anderen waren im Kriege gefallen, den Seuchen erlegen, welche im Gefolge der Kriegsfurie die weitesten Landstriche heimsuchten, Hungers gestorben, außer Landes geflohen. Am meisten litt unter dieser Entvölkerung die Landwirthschaft. Es fehlte an kräftigen Händen, die oft jahrelang unbebauten Aecker zu bestellen, die Ernte heimzuführen; selbst für den dreifachen Lohn war oft kein Gesinde aufzutreiben, in Südwestdeutschland wurden vielfach Schweizer gedungen, um gegen hohe Taggebühren auf dem Felde zu arbeiten. Es fehlte aber den Landwirthen auch das Kapital, um die zerstörten Haus- und Ackergeräthe neu zu beschaffen, um den fast völlig vernichteten Viehstand wiederherzustellen. Mit den Häusern waren auch alle Fahrnisse verbrannt oder zertrümmert, in ganzen Dorfschaften war kein Wagen, kein Pflug zu finden; es wird gemeldet, daß von 100 Pferden kaum 3, von 100 Rindern nur noch 1 übrig war. Dagegen lasteten noch schwerer als vorher auf dem Landmann die unerschwinglich hohen Steuern und die harten, den besten Theil der Arbeitskraft beanspruchenden Frohnen. War der Bauer der Willkür seines Gutsherren fast vollkommen rechtlos preisgegeben, so war auch noch von anderer Seite her die Sicherheit seines Besitzes bedroht. In den langen Kriegsjahren hatten sich

zahllose Schaaren von Vagabunden und Bettlern gebildet, die mit verabschiedeten Soldaten und den immer massenhafter einwandernden Zigeunern eine fast unerträgliche Landplage wurden, sich oft zu förmlich organisirten Banden vereinigten und mit Diebstahl, Brandlegung, Plünderung ganze Landstriche heimsuchten. Dabei verdummte und verkam das Landvolk immer mehr in diesen hoffnungslosen Verhältnissen; wo keine Aussicht auf Besserung der wirthschaftlichen Zustände vorhanden war, wurde nur in der nothdürftigsten Weise der Acker bestellt, um den allerdringendsten Bedürfnissen zu genügen.

Grund und Boden selbst war im Preise in unerhörter Weise gesunken, es kam vor, daß Güter um den Preis der rückständigen Abgaben verkauft wurden; auch die landwirthschaftlichen Erzeugnisse konnten nur um Schleuderpreise verwerthet werden, sie ertrugen kaum die Hälfte von dem, was sie vor dem Kriege gegolten hatten. Ganze Dörfer hörten zu bestehen auf; wo üppige Felder bestellt gewesen, wucherte Unkraut, zahlreiche Aecker wurden zu Waldungen, ja zu Morästen und bildeten einen Zufluchtsort der in größtem Maßstabe sich vermehrenden wilden Thiere. Der Bau der Handelsgewächse hörte an vielen Orten auf, der Weinbau wurde in manchen Gegenden, wo er mit dem schönsten Erfolge betrieben worden, gänzlich aufgegeben.

Nicht besser stand es um Gewerbe und Handel in den Städten. Auch hier fehlte es vor Allem an Arbeitskräften und an Betriebskapital. Ganze Industriezweige, welche Tausende von Familien ernährt hatten, verschwanden, von dem Wohlleben, das in den Reichsstädten geherrscht, von der Behaglichkeit auch des kleinbürgerlichen Hauses war keine Spur mehr vorhanden, auch hier hatte der Krieg ganze Stadttheile zerstört, der Hunger Tausende aus den Thoren getrieben, die Kriegssteuer den letzten Rest der Ersparnisse aufgezehrt. Dazu kam noch die schon in den ersten Kriegsjahren eintretende Münzverschlechterung. Der Kaiser selbst und verschiedene Landesfürsten ließen Kupfermünzen, nur etwas mit Silber versetzt, schlagen und für vollwichtig in den Verkehr bringen, als sie aber in großen Massen unter dem Volke waren, auf ihren wahren Werth herabsetzen; dasselbe Geschäft übten bald ganze Banden von Falschmünzern, die man „Kipper und Wipper" nannte, und die vergebens von dem Zorn und Hohn des Volkes verfolgt wurden. Da hörte denn jede Sicherheit des Verkehres auf, die Grundlage des soliden Geschäftes war aufs Tiefste erschüttert, jeder betrachtete jeden mit Argwohn und Mißtrauen.

So wurde auch der Charakter des Volkes nach und nach verderbt. Wo man zu gewärtigen hatte, daß der wohlerworbene Verdienst des einen Tages am anderen Tage die Beute einer plündernden Soldateska werde, hörte die Arbeitslust auf; von Sparsamkeit, von Ansammeln und Aufspeichern des Erworbenen war keine Rede mehr; lieber verzehrte man rasch in Saus und Braus, was man gewonnen, als es für den ersten Besten aufzuheben, der ins Quartier kam. Der ehrenfeste Zusammenhalt der Zunftgenossen, das von Alters her überkommene, wohlgeregelte Verhältniß der Meister zu Gesellen und Lehrlingen wurde erschüttert oder ganz gelöst. Die Bildung des Volkes kam überall in Rückgang, die Schulen, für welche die Reformation so schöne Anfänge geschaffen, wurden nicht mehr besucht, keine Lehrkräfte wurden nachgezogen.

Die Folgen zeigten sich bald auch im gewerblichen Leben; nirgend war ein Fortschritt erkennbar, engherziger Kastengeist glaubte durch Erschwerung der Wettbewerbung den einzelnen Gewerben Schutz und Förderung angedeihen zu lassen und erreichte damit nur ihren um so rascheren Niedergang; Unzuverlässigkeit, ja Fälschung, durch die man sich kleine Gewinne sichern wollte, untergruben vollständig den guten Namen

des deutschen Gewerbes im Auslande. Anderseits machten es die politischen Verhältnisse dem Auslande möglich, nicht nur Deutschland von dem großen Weltverkehr abzuschließen, sondern es auch mit fremden Waaren zu überschwemmen.

Und ebenso tief als der materielle Wohlstand sank das Geistesleben der Nation. Der frische, belebende Zug des Reformationszeitalters wich einem dumpfen Hinsiechen auf allen Gebieten. An die Stelle der aus tiefinnerster Empfindung hervorquellenden Religiosität trat ein starrer, jede höhere und freiere Regung ertödtender Buchstabenglaube, statt des belebenden Geistes herrschte ein, jede Selbstständigkeit des Einzelnen lähmender Formelzwang. Unter diesen Verhältnissen litten in erster Reihe die Universitäten und Gelehrtenschulen, wo sich ein pedantisches und schwerfälliges Wesen breitmachte, dann aber auch die Volksbildung überhaupt, da diese Mittelpunkte des geistigen Verkehrs keine neue Anregung und Förderung mehr ausströmen ließen, sondern sich vielmehr in widerlicher Selbstgenügsamkeit und dünkelhaftem Hochmuth von den weiteren Kreisen des Volkes vollständig abschlossen.

Im Volke aber gediehen in üppigster Entwickelung die abscheulichsten Auswüchse albernen Aberglaubens. Gewisse Krankheitserscheinungen, für welche eine natürliche Erklärung der Menge nicht zu Gebote stand, wurden dem Teufel zugeschrieben, und die Geistlichen beider Kirchen wetteiferten mit einander in der Fertigkeit, die bösen Geister aus den Leibern der angeblich von denselben besessenen Personen auszutreiben. Man glaubte auch, daß einzelne Menschen mit dem Teufel einen Bund abgeschlossen hätten, um dadurch eine übernatürliche Macht zu erlangen und durch Zauberkünste Erfolge zu erreichen, die sonst den Menschen versagt blieben. Im großen Kriege bildete sich dieser Wahn zur höchsten Blüthe aus, man war der Meinung, daß es möglich sei, durch teuflische Künste kugelfest zu werden; Wallenstein z. B. galt als einer, den keine Waffe schädigen könne. Der entsetzlichste Auswuchs dieses Wahnes aber war der Hexenglaube. Dieser Unsinn wurde sogar in ein gelehrtes System gebracht; ein dickes Buch, das schon im 15. Jahrhundert entstanden war, aber erst jetzt zur vollen Geltung kam, „der Hexenhammer", enthielt Alles, was zur Beurtheilung und Behandlung der Hexen gehörte. Vor dem Verdachte der Hexerei war keine irgendwie ungewöhnliche Erscheinung im menschlichen Leben gesichert, und die Prozesse, welche zur Feststellung einer Hexerei geführt wurden, zeichneten sich durch eine unerhörte Barbarei aus. Den unglücklichen Personen, meist Weibern, welche im Verdachte der Hexerei standen, wurden durch die ausgesuchtesten Qualen der Folter Geständnisse erpreßt, und der Feuertod war ihre Strafe. Die Zahl der Opfer, welche diesem entsetzlichen Wahne zur Beute fielen, war eine unglaublich große. Hunderte von Menschen wurden oft in einer Stadt wegen Hexerei zum Scheiterhaufen geschleppt. Nur wenige aufgeklärte Menschenfreunde waren von dem Glauben an diesen Unsinn frei, und bestrebten sich, wie z. B. der Jesuit Friedrich von Spee, vergebens, demselben zu steuern.

Wissenschaft und Kunst lagen unter so traurigen Verhältnissen vollständig darnieder, die Literatur wandte sich fast nur der Nachahmung ausländischen Wesens zu. Die einzigen Erzeugnisse von bleibendem Werth haben ihre Bedeutung doch wesentlich nur durch ihre treue Schilderung der entsetzlichen Greuel des Krieges und seiner Folgen: die nach einem spanischen Vorbild gedichtete Satire des Elsässers Michael Moscherosch, die „Gesichte Philanders von Sittewald" und der berühmte Roman des Amtsschultheißen zu Renchen, Christof von Grimmelshausen, der „Abenteuerliche Simplicissimus". Daneben sind nur noch die geistlichen Lieder von Paul Gerhard und einige Gedichte von Simon Dach zu er-

wähnen, dessen „Aennchen von Tharau" heute noch gesungen wird.

Hundert Jahre nach dem Augsburger Religionsfrieden waren alle Verhältnisse des deutschen Lebens völlig anders geartet als damals. Der Versuch des habsburgischen Hauses, Deutschland seiner Gewalt völlig zu unterwerfen, war so vollständig gescheitert, daß die kaiserliche Macht nur noch einem Schattenbilde glich. Die Fürsten der einzelnen deutschen Länder hatten sich im Verlaufe des unseligen Krieges eine Stellung erworben, die sie thatsächlich von dem Kaiser unabhängig machte; der Adel war von seiner Höhe herabgesunken und der Willkür der Fürsten preisgegeben; der reiche und unternehmende Bürgerstand der großen Städte war verarmt und verkam in engen und kleinen Verhältnissen; der Bauer versank in Armuth, Elend und Roheit.

Von einer Reichspolitik ist fortan auf lange Zeiträume hinaus keine Rede mehr. Der Kaiser fühlte sich nur als das Haupt des habsburgischen Hauses; das Hausinteresse zu fördern war seine Sorge, die Hausmacht zu vergrößern und zu stärken war sein Streben. Ebensowenig als der Kaiser dachten die einzelnen Landesfürsten des großen Ganzen. Nur wie jeder für sich, für seinen Hof, für seine Familie Vortheile erringen könne, lag ihnen am Herzen. Fern von jeder idealen Richtung, von jedem höheren Streben, von jeder großartigen Anschauung, gingen die Bemühungen der Fürsten nur dahin, sich nach und nach zu unumschränkten Herren ihrer Gebiete und der Hilfsquellen, welche diese darboten, zu machen. Dennoch schlummerten, nachdem das Kaiserthum den Beruf, die Nation zu leiten und zu schützen, aufgegeben hatte, die Keime einer besseren Zukunft an den fürstlichen Höfen. Freilich hat es dann nur eines dieser Fürstenhäuser verstanden, diese Keime zu fruchtbringendem Wachsthum heranzuziehen, zunächst die Kräfte eines Landes zu sammeln, zu vereinigen und zu mächtiger Entwickelung zu bringen, durch diese Arbeit in kleinem Kreise aber zugleich der gesammten Nation einen neuen Halt und Stützpunkt zu schaffen — das brandenburgisch-preußische Fürstenhaus. Aus ihm ging zuerst ein muthiger und glücklicher Feldherr, dann ein ernster und willensstarker Staatsbildner, endlich der als Feldherr und Staatsmann gleich geniale Fürst hervor, der mit dem preußischen zugleich auch dem deutschen Namen wieder einen guten Klang in Europa zu erringen verstand. So ist denn in den trüben Zeiten, die dem dreißigjährigen Kriege folgten, der einzige ermuthigende Punkt, der sich der Betrachtung darbietet, an den sich die Hoffnungen auf eine glücklichere Zukunft anknüpfen lassen, das allmälige Emporwachsen und Gedeihen des preußischen Staates.

III. Buch.

Bis zum Aachener Frieden.

(1748.)

Während das deutsche Reich aus tausend Wunden blutete und auf lange Zeiten hinaus zu einem ruhm- und machtlosen Dahinsiechen verurtheilt schien, vollendete der französische Einheitsstaat seine innere Ausbildung, ergriff Ludwig XIV. die Zügel der Regierung, ein Fürst voll Geist, voll Arbeitskraft, voll Entschlossenheit, sein Land, in dem sein Wille allmächtig und unumschränkt gebot, den höchsten Erfolgen entgegenzuführen. Während die deutsche Reichsarmee in ihrer bunten Zusammenstellung, ohne Zucht und Gehorsam, schlecht bewaffnet, schlecht ausgerüstet und noch schlechter befehligt, nur die Ohnmacht des Reiches in einem besonders grellen Lichte erscheinen ließ, gebot der König von Frankreich über das größte und schlagfertigste Heer Europas. Während in Deutschland Beschränktheit und Rückgang auf allen Gebieten des Handels und Verkehrs Armuth und Elend in Stadt und Land erzeugte, blühten in Frankreich Industrie und Gewerbe, dehnten sich die Handelsverbindungen aus, erhob sich der Wohlstand zu bisher nie erreichter Höhe. Nichts war natürlicher, als daß unter solchen Verhältnissen die Blicke des in üppiger Lebensfülle gedeihenden Frankreich über die schutzlosen Grenzen des gebeugten Nachbarreiches hinüberschweiften und eine Erweiterung des Staatsgebietes auf dessen Kosten anstrebten.

Zunächst tauchte der schon öfter gehegte Plan wieder auf, die Kaiserkrone mit der französischen Königswürde zu verbinden. Als Kaiser Ferdinand III. im April 1657 starb, bemühte sich Ludwig XIV. ernstlich, zum Kaiser gewählt zu werden, aber auch diesmal gelang es so wenig wie früher, die Kurfürsten einigten sich nach mancherlei Verhandlungen, beim österreichischen Hause zu bleiben und wählten Ferdinands Sohn, Leopold I. Der französische Einfluß jedoch blieb in Deutschland mächtig; überall machte er sich geltend, wo es möglich war, das Vertrauen der Reichsstände zum Kaiser und unter einander zu untergraben, die lockeren Bande der Reichsverfassung noch mehr zu lösen, die Eifersucht und Habgier der einzelnen Fürsten zum Schaden des Reiches aufzustacheln.

Kaiser Leopold I. war ein Fürst ohne jede hervorragende Eigenschaft, ihm lag nichts ferner als der Gedanke, die Pläne Karls V. oder Ferdinands II. wieder aufzunehmen und die in ihrer sogenannten Selbstständigkeit doppelt schwachen Glieder des Reiches mit Gewalt oder List der kaiserlichen Macht zu unterwerfen; er begnügte sich damit, für sein Haus zu sorgen und in den verschiedenen Ländern, die dem habsburgischen Scepter gehorchten, darüber zu wachen, daß keine der in den langen Kriegsjahren niedergeworfenen Bestrebungen des Reformationszeitalters sich neuerdings zu regen wage. Ludwig XIV. konnte sich keinen bequemeren Nachbar wünschen.

Unthätig sah Kaiser Leopold zu, als Frankreich im Jahre 1667 die spanischen Niederlande, welche als burgundischer Kreis immer noch der

Form nach einen Bestandtheil des deutschen Reiches bildeten, angriff; ohne Widerrede ließ er es geschehen, daß Ludwig XIV., von der Tripelallianz, einem Bunde der vereinigten Niederlande, Englands und Schwedens, zum Frieden von Aachen genöthigt, einen Theil dieses deutschen Reichsgebietes im Jahre 1668 seinem Königreich einverleibte. Und als vier Jahre später der König von Frankreich, von grimmigem Hasse gegen die freie Republik der Niederlande erfüllt, nun, da England unter der ruhmlosen Regierung des schwachen Karl II. sich von dem Bunde mit den Niederländern lossagte, da Spanien der Macht entbehrte, ihm noch ferner gefährlich zu sein, die Zeit gekommen glaubte, Holland zu vernichten und damit die letzte Schranke zu beseitigen, die ihn von der Unterwerfung Deutschlands zurückhielt, da blieb Kaiser Leopold nicht nur neutral, sondern er ließ es geschehen, daß deutsche Fürsten, daß der Kurfürst von Köln, daß der Bischof von Münster mit den Franzosen gegen die Stammesverwandten an der Nordsee gemeinsame Sache machten.

In dieser, die Zukunft Deutschlands, ja den Fortbestand deutschen Wesens und deutscher Cultur mit der äußersten Gefahr bedrohenden Lage wagte es nur ein deutscher Fürst, sich muthigen und entschlossenen Sinnes der französischen Uebermacht entgegen zu stellen, der große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg.

Die Mark Brandenburg war ursprünglich eine deutsche Colonie auf wenig cultivirtem Boden gewesen. Kräftige Fürsten aus dem askanischen Hause verstanden es, dort ihre Macht auszudehnen und zu befestigen, kämpften erfolgreich gegen Dänen und Polen. Mit ihrem Aussterben sank im 14. Jahrhundert die Mark in trübes Mißgeschick; der Adel des Landes gewann eine fast unbeschränkte Macht, die er zum Nachtheile der Städte und der ländlichen Bevölkerung zur Geltung brachte. Wittelsbacher und Luxemburger, die dann eine Zeit lang in der Mark regierten, hatten nicht die Kraft, diese Mißstände zu beseitigen. Das gelang erst den Hohenzollern. Als Kurfürst Friedrich I., von König Sigmund am 18. April 1417 zu Konstanz mit der Mark Brandenburg belehnt, ins Land kam, hörte bald das Unwesen der adeligen Herren auf. In ihre Schlösser schoß er mit seinen Geschützen breite Breschen und zwang sie, den Landfrieden zu halten. Und seine Nachfolger erhielten, was der Ahnherr erworben hatte. Sie vermehrten den Besitzstand, sie erwarben das Fürstenthum Jägerndorf in Schlesien, das Erbrecht in Cleve, das Herzogthum Preußen. Eine günstige Gelegenheit, jetzt schon eine größere Masse deutscher Länder in einer Hand zu vereinigen, wurde versäumt, als Kurfürst Joachim Friedrich, da im Beginne des 17. Jahrhunderts die fränkische Linie des Hauses ausstarb, den Ansprüchen seines Halbbruders nachgebend, diesem die fränkischen Lande abtrat. Wir haben gesehen, daß die Brandenburger sich auch nicht fähig zeigten, an die Spitze der protestantischen Partei im Reiche zu treten, daß ihnen dadurch nicht nur die Vortheile entgingen, welche sie in solcher Stellung hätten erringen können, sondern daß sie sogar Pommern an die Schweden verloren, und das in einem Augenblicke, da, unter den Verheerungen des langen Krieges, die Mark in namenlosem Elend, fast in eine Einöde verwandelt, darniederlag.

Mitten aus dieser jammervollen Zeit erwuchs dem Lande Kurfürst Friedrich Wilhelm als Retter aus der Noth. In den Niederlanden, wo damals, trotz den Greueln des allgemeinen Krieges, die Republik in herrlichem Gedeihen ihre höchste Blüthe erreicht hatte, in der Umgebung der denkendsten Staatsmänner jener Tage, der Oranier, hat er ein paar Jahre seiner Jugend verlebt. Als er dreißigjährig die Regierung der Mark antrat, war ihm klar, daß es nicht genüge, eine Reihe von Ländern zufällig unter dem Scepter eines Fürsten vereinigt zu sehen, sondern daß dieselben durch

eine staatsbildende Kraft zu einem wirklichen Ganzen verbunden werden müßten. Und dieß für seine Länder zu erreichen, war hinfort das Ziel seines Strebens auf dem Gebiete der inneren und der auswärtigen Politik. Er „pflanzte diesen Landschaften einen lebengebenden Geist, die Triebe eines Staates ein".

Er brachte es dahin, gegenüber den Ansprüchen der Ritterschaft und der Städte, der fürstlichen Gewalt den unmittelbaren Besitz der gesammten Regierung zu erringen. Und indem seine Beamten die Ausführung seines Willens leiteten, gewann ein in weltlichen Fürstenthümern fast unerhörtes Verhältniß festen Fuß: die persönliche Tüchtigkeit und Fähigkeit trat in volle Berechtigung. Persönliche Vorzüge, nicht besondere Standesrücksichten erhielten bestimmenden Einfluß auf die Regierung. Das allgemeine, von dem Geburtsstand unabhängige Emporkommen hielt er stets im Auge, sowohl in den Civilbeamtungen als auch in der Armee, die in ihren Grundzügen recht eigentlich seine Schöpfung ist. In den Kämpfen gegen Schweden und Polen traten Kriegsthaten zu Tage, die den brandenburgischen Namen in Ehre und Ansehen setzten und in ruhigeren Zeiten organisirte der Fürst mit geschicktem Verständniß die „eiserne Hand", wie er selbst seine Soldaten genannt hat und gab jene Gesetze, die dann nur noch weiter ausgebildet zu werden brauchten, um dem „Staat in Waffen" seine bleibende Bedeutung zu sichern.

Als der westfälische Friede geschlossen wurde, war Friedrich Wilhelm schon so hoch angesehen, daß man nicht im Stande war, ihm — wie es wohl der Kaiser gewünscht hätte — eine reichliche Entschädigung zu versagen. Es war von hoher Wichtigkeit für die weitere Geschichte des brandenburgisch-preußischen Staates und seine Beziehungen zum übrigen Deutschland, daß durch die geographische Lage von Halberstadt, Minden und Magdeburg eine bleibende, organische Verbindung desselben mit dem mittleren Deutschland geschaffen wurde. Im Jahre 1666 kam auch der jülich'sche Erbfolgestreit zu endgiltigem Abschlusse, das Herzogthum Cleve, die Grafschaften Mark und Ravensberg wurden nun dauernd von dem brandenburgischen Hause in Besitz genommen.

Als der Friede befestigt schien, wandte der große Kurfürst sein ganzes Bestreben der Förderung der Landeswohlfahrt zu. Auf allen Ge-

Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst.

bieten der Verwaltung führte er durchgreifende Verbesserungen ein, das Zoll- und Steuerwesen wurde neu geregelt, der Handel besonders durch den wichtigen Canal, der Elbe und Oder mit einander verband, neu belebt, der Landbau wurde kräftig unterstützt, Colonien wurden gegründet, Fabriken begünstigt. Aber diese Werke des Friedens lähmten keinen Augenblick den kriegerischen Geist dieses Fürsten.

Als die schwedische Linie des Hauses Wasa die katholisch gewordene Linie, die in Polen re-

gierte, mit Krieg überzog, kämpfte Friedrich Wilhelm Schulter an Schulter mit den Schweden; doch trat er von dem Bündnisse zurück, als die Gefahr einer vollständigen Zertrümmerung Polens und dadurch einer bedrohlichen Uebermacht Schwedens ihm vor Augen trat, und dieser klugen Politik verdankte er die Aufhebung der polnischen Lehenshoheit über das Herzogthum Preußen.

Dieß war die Vergangenheit des Fürsten, der sich fest entschlossen zeigte, die Niederlande in ihrem Vertheidigungskampfe gegen Frankreich mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft zu unterstützen. Die Neutralität Kaiser Leopolds beruhte auf einem mit Ludwig XIV. abgeschlossenen geheimen Vertrage über die künftige Theilung der spanischen Monarchie nach dem in Kürze zu erwartenden Aussterben der spanischen Habsburger. Es war das Verdienst Friedrich Wilhelms, daß er den Kaiser dieser schmachvollen Neutralität entriß und zur Kriegserklärung an Frankreich veranlaßte. Voll feurigen Muthes stürzte er sich selbst in den Krieg, seine wohlgerüsteten Truppen waren mit die ersten, die im Herbst 1674 den Rhein überschritten; nichts Geringeres hoffte er, als siegreich bis Paris vorzudringen. Doch nur zu bald machte sich die lähmende Einwirkung der kaiserlichen Politik geltend, Turenne drängte im Januar 1675 die deutschen Truppen wieder über den Rhein zurück. Im gleichen Augenblick aber fielen, von Frankreich gerufen, die Schweden in die Mark Brandenburg ein, die sie, gleich ihren Vätern im dreißigjährigen Kriege, mit Mord und Brand und Plünderung überzogen. Friedrich Wilhelm schwankte keinen Augenblick, was er zu thun habe. „Das kann den Schweden Pommern kosten!“ rief er aus, löste seine Truppen von dem kaiserlichen Heere los, das jeder raschen That widerstrebte, und traf seine Vorbereitungen, um sich mit ganzer Kraft auf die Schweden zu werfen. Im Mai brachen die Truppen aus Franken auf, bei stürmischem Wetter, auf bodenlosen Wegen rückten sie in Eilmärschen gegen die schwedischen Stellungen an der Havel vor. Bei Rathenow überfiel Feldmarschall Derfflinger den Feind und schlug ihn in die Flucht. Bei Fehrbellin stießen die Verfolger am 18. Juni 1675 auf die Hauptmacht der Schweden; im wilden Schlachtgetümmel war der Kurfürst stets den Seinen voran, da, wo der Kampf am heißesten tobte; sein Stallmeister Froben fiel neben ihm, ihn selbst mußten seine Tapferen mitten aus den feindlichen Reiterschaaren heraushauen. Aber ihm blieb der glänzende Sieg, die schwedische Armee war vernichtet, eine herrliche, weithin strahlende Waffenthat umgab, seit langer Zeit zum ersten Male wieder, den deutschen Namen mit laut und stolz verkündetem Ruhme. Den Sieg aber ließ Friedrich Wilhelm nicht ungenutzt; er ruhte nicht, bis nach einer Reihe blutiger und siegreicher Kämpfe kein Schwede mehr auf pommer'schem Boden stand.

Während so im Norden der große Kurfürst die so lange für unbesiegbar geltende Macht der Schweden brach, waren die deutschen Waffen am Rheine nicht glücklich. Zwar fiel der große französische Feldherr Turenne bei Sasbach, aber in den spanischen Niederlanden errangen die Franzosen Erfolg um Erfolg, und im Frieden von Nimwegen (1678) erhielt Ludwig XIV. nicht nur von Spanien die Freigrafschaft und eine Anzahl fester Plätze des burgundischen Kreises, sondern auch die zehn von ihm bereits besetzten Städte im Elsaß, und auf dem rechten Rheinufer die wichtige Festung Freiburg an Stelle des unbedeutenden Philippsburg. Friedrich Wilhelm aber, der, als die Schweden vertrieben waren, sich alsbald bereit erklärt hatte, dem Kaiser mit 20,000 Mann zu Hilfe zu eilen, wurde beim Friedensschlusse von seinen Verbündeten völlig im Stiche gelassen und mußte den Schweden alles, was ihnen sein tapferes Schwert abgenommen hatte, wieder zurückgeben.

gierte, mit Krieg überzog, kämpfte Friedrich Wilhelm Schulter an Schulter mit den Schweden; doch trat er von dem Bündnisse zurück, als die Gefahr einer vollständigen Zertrümmerung Polens und dadurch einer bedrohlichen Uebermacht Schwedens ihm vor Augen trat, und dieser klugen Politik verdankte er die Aufhebung der polnischen Lehenshoheit über das Herzogthum Preußen.

Dieß war die Vergangenheit des Fürsten, der sich fest entschlossen zeigte, die Niederlande in ihrem Vertheidigungskampfe gegen Frankreich mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft zu unterstützen. Die Neutralität Kaiser Leopolds beruhte auf einem mit Ludwig XIV. abgeschlossenen geheimen Vertrage über die künftige Theilung der spanischen Monarchie nach dem in Kürze zu erwartenden Aussterben der spanischen Habsburger. Es war das Verdienst Friedrich Wilhelms, daß er den Kaiser dieser schmachvollen Neutralität entriß und zur Kriegserklärung an Frankreich veranlaßte. Voll feurigen Muthes stürzte er sich selbst in den Krieg, seine wohlgerüsteten Truppen waren mit die ersten, die im Herbst 1674 den Rhein überschritten; nichts Geringeres hoffte er, als siegreich bis Paris vorzudringen. Doch nur zu bald machte sich die lähmende Einwirkung der kaiserlichen Politik geltend, Turenne drängte im Januar 1675 die deutschen Truppen wieder über den Rhein zurück. Im gleichen Augenblick aber fielen, von Frankreich gerufen, die Schweden in die Mark Brandenburg ein, die sie, gleich ihren Vätern im dreißigjährigen Kriege, mit Mord und Brand und Plünderung überzogen. Friedrich Wilhelm schwankte keinen Augenblick, was er zu thun habe. „Das kann den Schweden Pommern kosten!“ rief er aus, löste seine Truppen von dem kaiserlichen Heere los, das jeder raschen That widerstrebte, und traf seine Vorbereitungen, um sich mit ganzer Kraft auf die Schweden zu werfen. Im Mai brachen die Truppen aus Franken auf, bei stürmischem Wetter, auf bodenlosen Wegen rückten sie in Eilmärschen gegen die schwedischen Stellungen an der Havel vor. Bei Rathenow überfiel Feldmarschall Derfflinger den Feind und schlug ihn in die Flucht. Bei Fehrbellin stießen die Verfolger am 18. Juni 1675 auf die Hauptmacht der Schweden; im wilden Schlachtgetümmel war der Kurfürst stets den Seinen voran, da, wo der Kampf am heißesten tobte; sein Stallmeister Froben fiel neben ihm, ihn selbst mußten seine Tapferen mitten aus den feindlichen Reiterschaaren heraushauen. Aber ihm blieb der glänzende Sieg, die schwedische Armee war vernichtet, eine herrliche, weithin strahlende Waffenthat umgab, seit langer Zeit zum ersten Male wieder, den deutschen Namen mit laut und stolz verkündetem Ruhme. Den Sieg aber ließ Friedrich Wilhelm nicht ungenutzt; er ruhte nicht, bis nach einer Reihe blutiger und siegreicher Kämpfe kein Schwede mehr auf pommer'schem Boden stand.

Während so im Norden der große Kurfürst die so lange für unbesiegbar geltende Macht der Schweden brach, waren die deutschen Waffen am Rheine nicht glücklich. Zwar fiel der große französische Feldherr Turenne bei Sasbach, aber in den spanischen Niederlanden errangen die Franzosen Erfolg um Erfolg, und im Frieden von Nimwegen (1678) erhielt Ludwig XIV. nicht nur von Spanien die Freigrafschaft und eine Anzahl fester Plätze des burgundischen Kreises, sondern auch die zehn von ihm bereits besetzten Städte im Elsaß, und auf dem rechten Rheinufer die wichtige Festung Freiburg an Stelle des unbedeutenden Philippsburg. Friedrich Wilhelm aber, der, als die Schweden vertrieben waren, sich alsbald bereit erklärt hatte, dem Kaiser mit 20,000 Mann zu Hilfe zu eilen, wurde beim Friedensschlusse von seinen Verbündeten völlig im Stiche gelassen und mußte den Schweden alles, was ihnen sein tapferes Schwert abgenommen hatte, wieder zurückgeben.

Mit erhöhter Macht, als der fortan die Geschicke der europäischen Staaten bestimmende Herr und Gebieter, ging Ludwig XIV. aus diesem Kriege hervor. Das militärische Uebergewicht Frankreichs war fest begründet, seine Grenzen waren an die Punkte vorgerückt, von denen aus es im Stande war, jeden Nachbar anzugreifen, während es seinerseits gegen auswärtige Angriffe aufs Vortrefflichste gedeckt war. Was von Landstrichen, die Frankreich begehrte, noch in deutschen Händen war, wurde im Verlaufe der nächsten Jahre dem Reiche entrissen.

Mit dem ganzen Uebermuth eines Herrschers, der nicht gewohnt war, seinen Wünschen irgendwie, am wenigsten durch die Grundsätze des Rechtes, Grenzen gesetzt zu sehen, beschloß Ludwig XIV., die volle Souveränetät über das ganze Elsaß an sich zu reißen. Um aber seine Gewaltthat mit dem Scheine des Rechtes zu bekleiden, erfanden die gefügigen und gewandten Räthe, deren er sich als brauchbarer Werkzeuge bei der Ausführung seiner politischen Pläne zu bedienen pflegte, die sogenannten Reunionskammern. Es sollten nämlich darüber Untersuchungen angestellt werden, welche noch im Besitze deutscher Reichsstände befindlichen Gebiete oder Städte einst in irgend welchem Abhängigkeitsverhältniß zu den Landestheilen gestanden hatten, die im westfälischen oder im nimwegischen Frieden an Frankreich abgetreten worden waren, um dieselben ebenfalls für die französische Krone als Eigenthum anzusprechen.

In Metz, Besançon, Breisach und Dornick wurden solche Commissionen eingesetzt, welche dann nach den Geboten des Königs ihre Erhebungen machten und ihre angeblichen Rechtssprüche fällten, denen alsbald die gewaltsame Besitzergreifung auf dem Fuße folgte.

Das deutsche Reich ermannte sich gegenüber diesen Gewaltstreichen lediglich zu Rechtsausführungen und Protesten und zur Anberaumung eines Congresses in Frankfurt, wo diese Streitfragen gütlich ausgeglichen werden sollten. Ludwig XIV. ging bereitwillig darauf ein, diesen Congreß zu beschicken, fuhr aber unterdessen ruhig und ungestört in seinen Einverleibungen deutschen Gebietes fort. Seine Gewaltthaten erreichten ihren Höhepunkt, als er am 29. September 1681 die Reichsstadt Straßburg zur Uebergabe zwang und damit die dauernde Einverleibung des Elsasses in den französischen Staat gewissermaßen besiegelte. Hier erschien, nachdem sein Kriegsminister Louvois den widerstrebenden Bürgern die Zustimmung zu dem Unterwerfungsvertrage abgedrungen hatte, der König selbst, um seine neuen Unterthanen an der äußersten Ostgrenze seines Reiches mit dem Glanze aller äußeren Prachtentfaltung, die er um sich zu verbreiten pflegte, zu blenden, und hier war es, wo ein deutscher Fürst, der Bischof von Straßburg, Franz Egon von Fürstenberg, der, wie manche anderen deutschen Fürsten, längst durch eine reiche Pension für die französischen Interessen gewonnen war, ihm an den Pforten des den Protestanten abgenommenen und dem katholischen Gottesdienste zurückgegebenen Münsters mit überschwänglichen Worten die Freude über dieses Ereigniß ausdrückte, das unserem Vaterlande Jahrhunderte lang als die äußerste Schmach gegolten hat, die ihm fremder Uebermuth je zufügte, die es durch eigene Verschuldung, durch die Schwäche seiner Reichsgewalt je erduldet.

Karl V. soll einmal den Ausspruch gethan haben: wenn gleichzeitig die Türken Wien und die Franzosen Straßburg bedrohten, so würde er keinen Augenblick schwanken, sondern, Wien preisgebend, zur Erhaltung Straßburgs herbeieilen. Es lag, wenn dies Wort wirklich gesprochen wurde, in demselben die durchaus richtige Erkenntniß, von welcher Seite dem Reiche die größere und dauerndere Gefahr drohe.

Jetzt war dieser Fall in der That eingetreten. Der „allerchristlichste" König, der „älteste Sohn der Kirche" trug keinen Augenblick Bedenken,

so wenig als früher König Franz I., den türkischen Sultan zur Kriegserklärung gegen den Kaiser zu bestimmen, und Kaiser Leopold, der den Entschluß nicht hatte fassen können, dem bedrohten Straßburg zu Hilfe zu eilen, fand jetzt um so weniger den Muth, das geraubte Straßburg den Franzosen wieder streitig zu machen, als der Türke sich an seinen Ostgrenzen zeigte. In raschem Siegeszuge drang der Großvezier Kara Mustapha bis vor die Thore von Wien vor, das er im Sommer 1683 belagerte. In der Türkennoth versagten die deutschen Fürsten ihrem Kaiser nie die erbetene Hilfe. Ein starkes Heer, aus brandenburgischen, sächsischen, baierischen Truppen bestehend, von dem König von Polen, Johann Sobiesky, der mit seinen kampfgeübten Schaaren ebenfalls herbeigeeilt war, befehligt, entsetzte die bedrohte Stadt am 12. September, trieb die Türken in vollständiger Auflösung vor sich her und befreite den größten Theil Ungarns von der feindlichen Besatzung.

Durch diese glücklichen Kriegsthaten wurden die Eroberungspläne Ludwig XIV. durchkreuzt, und er selbst bot jetzt die Hand zu einem Waffenstillstande, der den ohne eigentliche Kriegserklärung begonnenen Feindseligkeiten im Westen des Reiches vorläufig ein Ziel setzte, die Franzosen aber im Besitze aller den Deutschen widerrechtlich entrissenen Gebiete ließ. Der Waffenstillstand war auf zwanzig Jahre geschlossen, Ludwig XIV. dachte aber nicht daran, sich durch denselben länger gebunden zu halten, als es seinen Interessen zusagte. In der frivolsten Weise suchte und fand er schon im Jahre 1685 einen neuen Vorwand, seine gierigen Hände nach deutschem Land auszustrecken. Die Prinzessin Elisabeth Charlotte, die Tochter des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz, war an seinen Bruder, den Herzog von Orleans vermählt. Als nun deren in der Pfalz regierender Bruder kinderlos starb, beeilte sich Ludwig, Ansprüche auf den ganzen beweglichen Nachlaß dieses Fürsten und auf alle jene pfälzischen Gebietstheile zu erheben, welche nicht nachweisbar Mannslehen waren.

Diesen neuen Bedrohungen gegenüber zeigte sich denn doch allenthalben in Deutschland der Wunsch und der Entschluß, zur Abwehr zusammenzustehen. Besonders der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg erkannte die ganze Größe der Gefahr. Als ihn der Kaiser bei Abschluß des nimweger Friedens treulos verlassen, hatte er sich Frankreich genähert und im Gefühle tiefer und gerechter Verstimmung mit Ludwig XIV. einen geheimen Vertrag abgeschlossen, in welchem er sich verpflichtete, französischen Truppen Durchgang durch seine Lande zu gestatten, ihnen seine Festungen zu öffnen, bei der Wahl eines Kaisers nur im Einverständniß mit Frankreich seine Stimme abzugeben; er hatte eifrig das Zustandekommen des Waffenstillstandes gefördert, da er nicht das geringste Vertrauen in die kaiserliche Kriegführung setzte und der Meinung war, daß man vor allem sich der Türken erwehren müsse. Jetzt aber war es sein angelegentlichstes Bestreben, in Deutschland den Widerstand gegen Frankreich zu organisiren, die Mitwirkung der Generalstaaten der Niederlande zu erreichen. Zu den nationalen kamen nun auch noch religiöse Beweggründe, die es als eine Frage der Staats- und Gewissensfreiheit erscheinen ließen, dem französischen Uebermuth mit aller Kraft entgegenzutreten.

Am 17. Oktober 1685 hob Ludwig XIV. das Edict von Nantes auf, welches den Reformirten freie Religionsübung zugestanden hatte; mit Zwangsmaßregeln, die an Barbarei alles übertrafen, was Ferdinand II. je in seinen Erblanden gegen die Bekenner des evangelischen Glaubens gesündigt hatte, sollten alle Reformirten im Umfange des französischen Königreichs in den Schooß der katholischen Kirche zurückgeführt werden, ihre Kirchen und Schulen wurden geschlossen, ihre Prediger vertrieben, die Auswanderung aber

so wenig als früher König Franz I., den türkischen Sultan zur Kriegserklärung gegen den Kaiser zu bestimmen, und Kaiser Leopold, der den Entschluß nicht hatte fassen können, dem bedrohten Straßburg zu Hilfe zu eilen, fand jetzt um so weniger den Muth, das geraubte Straßburg den Franzosen wieder streitig zu machen, als der Türke sich an seinen Ostgrenzen zeigte. In raschem Siegeszuge drang der Großvezier Kara Mustapha bis vor die Thore von Wien vor, das er im Sommer 1683 belagerte. In der Türkennoth versagten die deutschen Fürsten ihrem Kaiser nie die erbetene Hilfe. Ein starkes Heer, aus brandenburgischen, sächsischen, baierischen Truppen bestehend, von dem König von Polen, Johann Sobiesky, der mit seinen kampfgeübten Schaaren ebenfalls herbeigeeilt war, befehligt, entsetzte die bedrohte Stadt am 12. September, trieb die Türken in vollständiger Auflösung vor sich her und befreite den größten Theil Ungarns von der feindlichen Besatzung.

Durch diese glücklichen Kriegsthaten wurden die Eroberungspläne Ludwig XIV. durchkreuzt, und er selbst bot jetzt die Hand zu einem Waffenstillstande, der den ohne eigentliche Kriegserklärung begonnenen Feindseligkeiten im Westen des Reiches vorläufig ein Ziel setzte, die Franzosen aber im Besitze aller den Deutschen widerrechtlich entrissenen Gebiete ließ. Der Waffenstillstand war auf zwanzig Jahre geschlossen, Ludwig XIV. dachte aber nicht daran, sich durch denselben länger gebunden zu halten, als es seinen Interessen zusagte. In der frivolsten Weise suchte und fand er schon im Jahre 1685 einen neuen Vorwand, seine gierigen Hände nach deutschem Land auszustrecken. Die Prinzessin Elisabeth Charlotte, die Tochter des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz, war an seinen Bruder, den Herzog von Orleans vermählt. Als nun deren in der Pfalz regierender Bruder kinderlos starb, beeilte sich Ludwig, Ansprüche auf den ganzen beweglichen Nachlaß dieses Fürsten und auf alle jene pfälzischen Gebietstheile zu erheben, welche nicht nachweisbar Mannslehen waren.

Diesen neuen Bedrohungen gegenüber zeigte sich denn doch allenthalben in Deutschland der Wunsch und der Entschluß, zur Abwehr zusammenzustehen. Besonders der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg erkannte die ganze Größe der Gefahr. Als ihn der Kaiser bei Abschluß des nimweger Friedens treulos verlassen, hatte er sich Frankreich genähert und im Gefühle tiefer und gerechter Verstimmung mit Ludwig XIV. einen geheimen Vertrag abgeschlossen, in welchem er sich verpflichtete, französischen Truppen Durchgang durch seine Lande zu gestatten, ihnen seine Festungen zu öffnen, bei der Wahl eines Kaisers nur im Einverständniß mit Frankreich seine Stimme abzugeben; er hatte eifrig das Zustandekommen des Waffenstillstandes gefördert, da er nicht das geringste Vertrauen in die kaiserliche Kriegführung setzte und der Meinung war, daß man vor allem sich der Türken erwehren müsse. Jetzt aber war es sein angelegentlichstes Bestreben, in Deutschland den Widerstand gegen Frankreich zu organisiren, die Mitwirkung der Generalstaaten der Niederlande zu erreichen. Zu den nationalen kamen nun auch noch religiöse Beweggründe, die es als eine Frage der Staats- und Gewissensfreiheit erscheinen ließen, dem französischen Uebermuth mit aller Kraft entgegenzutreten.

Am 17. Oktober 1685 hob Ludwig XIV. das Edict von Nantes auf, welches den Reformirten freie Religionsübung zugestanden hatte; mit Zwangsmaßregeln, die an Barbarei alles übertrafen, was Ferdinand II. je in seinen Erblanden gegen die Bekenner des evangelischen Glaubens gesündigt hatte, sollten alle Reformirten im Umfange des französischen Königreichs in den Schooß der katholischen Kirche zurückgeführt werden, ihre Kirchen und Schulen wurden geschlossen, ihre Prediger vertrieben, die Auswanderung aber

ward bei Galeerenstrafe verboten. Trotzdem gelang es Tausenden, unter Schwierigkeiten und Gefahren aller Art die Grenzen zu überschreiten, um bei ihren Glaubensverwandten in England, Holland, Deutschland Schutz und Aufnahme zu suchen. Niemand nahm sich dieser Opfer einer verruchten Verfolgungssucht, die unter dem Vorwande der Religion vor den unerhörtesten Greueln nicht zurückschreckte, wärmer an als der große Kurfürst. Schon am 8. November erließ er eine Einladung an die aus Frankreich fliehenden Reformirten, zu ihm zu kommen, sagte ihnen in seinen Landen sichere und freie Zuflucht zu, bestimmte eine Reihe von Städten zu ihrer Niederlassung, wies ihnen aus Landesmitteln Vorschüsse an, um sich Kirchen, Schulen, Wohnungen zu bauen, um ihre Geschäfte und Gewerbe wieder beginnen zu können, nahm die flüchtigen Edelleute in seine Armee, in seinen Civildienst auf. Mehr als 15,000 von den tüchtigen, betriebsamen, charaktervollen Unterthanen, welche der König von Frankreich um ihres Glaubens willen aus seinem Reiche vertrieben hatte, fanden so im Staate des großen Kurfürsten Aufnahme.

Ludwig XIV. war aufs Aeußerste entrüstet, daß ein deutscher Fürst es wagte, in solcher Weise die von ihm getroffenen Maßregeln offen vor aller Welt zu brandmarken, aber er hielt es vorerst doch noch nicht für gerathen, das Bündniß mit dem Kurfürsten zu lösen. Dieser selbst aber wandte sich, ebenfalls ohne die Zeit zu einem offenen Bruche mit Frankreich gekommen zu glauben, dem Kaiser zu, mit dem bereits im Januar 1686 ein Vertrag zu Stande kam, durch den Friedrich Wilhelm sich verpflichtete, wenigstens 7000 Mann gegen die Türken ins Feld zu stellen. Nun erklärte er sich auch bereit, die Irrungen mit Oesterreich über schlesische Gebietstheile zu schlichten.

Der Besitzer des Fürstenthums Jägerndorf, Georg von Scheltenberg, hatte im Jahre 1523 sein Land, mit Genehmigung des Königs von Böhmen, der fränkischen Linie des brandenburgischen Hauses als Erb- und Eigengut verkauft, die Markgrafen Georg und dessen Sohn Georg Friedrich von Brandenburg-Ansbach hatten es als böhmisches Lehen besessen. Georg Friedrich, der kinderlos war, hatte vom Kaiser vergebens die Erlaubniß erbeten, testamentarisch über das Fürstenthum verfügen zu dürfen. Obwohl diese verweigert wurde, hatte er es doch seinem Vetter Joachim Friedrich von Brandenburg vermacht, der sich dort festsetzte und das Land seinem Sohne Johann Georg hinterließ. Die Kaiser Rudolf II. und Matthias hatten sich in ihrer Machtlosigkeit darauf beschränken müssen, hiergegen Verwahrung einzulegen. Als aber in Folge der Verwickelungen des Religionskrieges Kurfürst Johann Georg in die Acht erklärt wurde, ward das Fürstenthum Jägerndorf dem Fürsten Karl von Lichtenstein als böhmisches Lehen verliehen. Dieß war der eine Streitpunkt; der andere betraf die Ansprüche Brandenburgs auf die Fürstenthümer Liegnitz, Brieg und Wohlau. Kurfürst Joachim II. hatte mit dem Herzog Friedrich von Liegnitz im Jahre 1537 eine Erbverbrüderung abgeschlossen. Diese aber war nach der Schlacht bei Mühlberg von Ferdinand I., als König von Böhmen, von dem auch diese Fürstenthümer zu Lehen gingen, für ungiltig erklärt worden. Brandenburg hatte seine Ansprüche auf diese Gebiete nie aufgegeben; nun sollte eine Verständigung über dieselben die Grundlage eines engeren Bundes zwischen dem Kaiser und Brandenburg werden, von dem man „für das gemeine Wesen Deutschlands und Europas“ die besten Folgen erwartete. In dem Bundesvertrage vom 22. März 1686 versprach Kurfürst Friedrich Wilhelm, in allen deutschen und europäischen Angelegenheiten mit Oesterreich gemeinsame Sache zu machen, vor allem bei der nächsten Kaiserwahl für Oesterreich zu stimmen, er verzichtete ferner auf seine Ansprüche an Jägerndorf, Liegnitz, Brieg und Wohlau, wogegen ihm der Kaiser den Schwie-

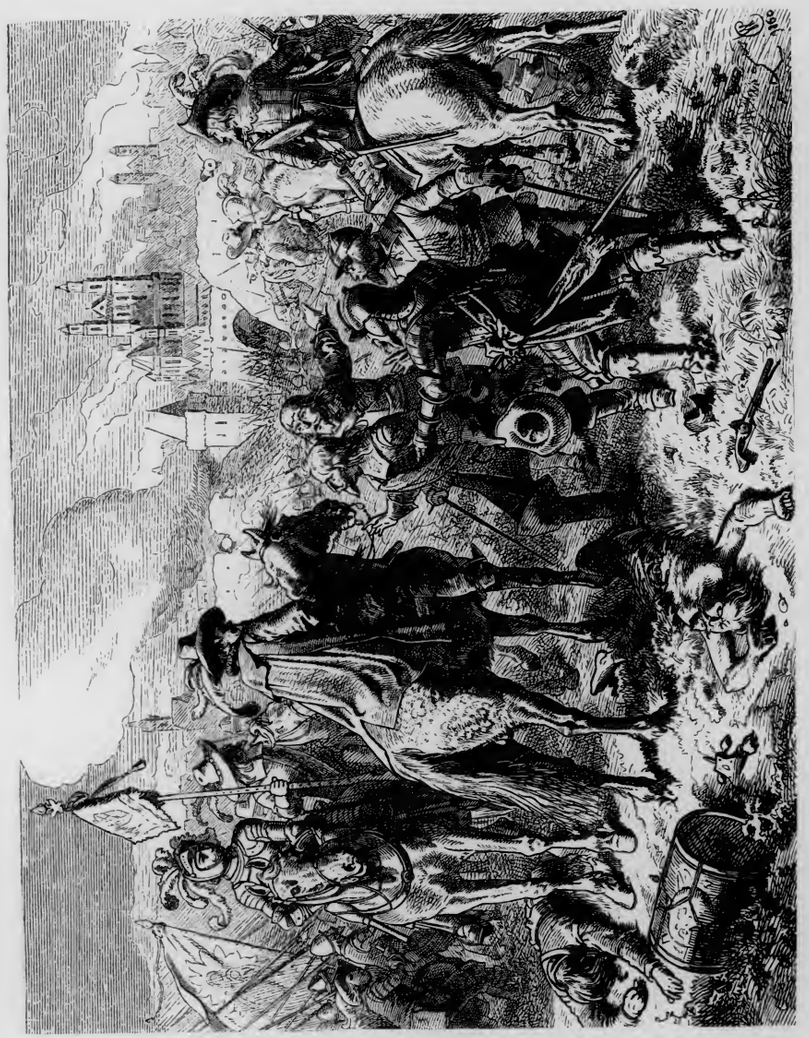
buser Kreis und die Lichtensteinische Schuldforderung auf Ostfriesland mit der Zusicherung abtrat, ihm zum vollkommenen Genuß derselben zu verhelfen und ihn dabei zu schützen.

Dem Kaiser war es aber mit dieser Abtretung nicht Ernst; durch Vermittelung des sehr gewandten österreichischen Gesandten Freiherrn Friedag von Gödens war es gelungen, dem Regierungsnachfolger, dem Kurprinzen Friedrich, der in manchen Fragen nicht mit seines Vaters Meinung und Richtung im Einklange war, die Ansicht beizubringen, daß die brandenburgischen Ansprüche völlig unbegründet seien, daß sein Vater Unrecht habe, den Anschluß an Oesterreich durch die Abtretung des Schwiebuser Kreises erkaufen zu lassen; als jener Vertrag unterzeichnet wurde, lag in der kaiserlichen Kanzlei bereits ein Revers des Kurprinzen, durch welchen dieser versprach, den Schwiebuser Kreis, sobald er zur Regierung gekommen, dem Kaiser zurückzugeben.

Durch dieses unwürdige Gaukelspiel wurde der gute Glaube des alten Kurfürsten in schmählicher Weise getäuscht, eben als er sich anschickte, einen Plan auszuarbeiten, wie nach Abschluß des Friedens mit den Türken der Krieg gegen Frankreich zu führen sei, in dem er seinen 22,000 Brandenburgern ihren Platz neben den kaiserlichen Truppen anwies, um mit diesen, mit niederländischen und anderen deutschen Truppen „zusammen den geraden Weg nach Frankreich und auf Paris" zu gehen.

Aber noch bevor der Krieg gegen Frankreich wirklich zum Ausbruche kam, stand der große Kurfürst am Ende seiner Tage. Es war eine Zeit, in der die politischen und religiösen Gegensätze eben wieder in stärkere Gährung gerathen waren. Das grausame Vorgehen Ludwigs XIV. gegen die Protestanten Frankreichs hatte auch in der Brust König Jakobs II. von England den Entschluß erzeugt, sein Reich wieder zum katholischen Glauben zurückzuführen. In dieser Gefahr blickten die protestantischen Engländer vertrauensvoll nach den Niederlanden herüber, wo der Statthalter Wilhelm von Oranien, der zur Zeit der nächste Erbe der englischen Krone war, den großartigen Gedanken, das Inselreich dem verhaßten Fürsten mit Gewalt zu entreißen, gefaßt hatte. Der große Kurfürst, der seinen Staat und seinen Glauben durch eine Vereinigung der katholischen Mächte mit seinen übrigen Feinden ernstlich bedroht sah, stand mit allen seinen besten Wünschen auf der Seite Wilhelms, Vertrauensmänner gingen zwischen Berlin und dem Haag hin und her, 9000 Mann wurden im Clevischen zusammengezogen, um den Holländern zu Hilfe zu kommen. Aber im April 1688 begann der Kurfürst ernstlich leidend zu werden, er fühlte das Herannahen des Todes; am 7. Mai versammelte er seinen geheimen Rath noch einmal um sich, am Abend dieses und des folgenden Tages gab er dem diensthuenden Offiziere der Leibgarde noch selbst die Parole: Amsterdam und London; sie zeigt, wie noch seine letzten Gedanken bei dem großen Unternehmen verweilten, von dem er auch für seinen Staat so Bedeutendes erwartete. Mit der Ruhe und Ergebung eines wahrhaft gläubigen Gemüthes entschlief er am 9. Mai 1688.

Im nämlichen Jahre noch landete Wilhelm von Oranien an der englischen Küste, begann am Rhein der Krieg zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche. Im Oktober 1688 überfielen die Franzosen die Pfalz, drangen bis Franken und Schwaben vor und verwüsteten mit einer Barbarei, die alle Greuel des dreißigjährigen Krieges übertraf, die deutschen Grenzlande. Es waren nicht rohe Ausschreitungen einer durch die Hitze des Kampfes zur Wuth gereizten wilden Soldateska, sondern der Beherrscher Frankreichs hatte mit kaltem Blute den schrecklichen Befehl gegeben, die Pfalz niederzubrennen. Unter der Führung des Generals Melac wurde dieser



buser Kreis und die Lichtensteinische Schuldforderung auf Ostfriesland mit der Zusicherung abtrat, ihm zum vollkommenen Genuß derselben zu verhelfen und ihn dabei zu schützen.

Dem Kaiser war es aber mit dieser Abtretung nicht Ernst; durch Vermittelung des sehr gewandten österreichischen Gesandten Freiherrn Friedag von Göbens war es gelungen, dem Regierungsnachfolger, dem Kurprinzen Friedrich, der in manchen Fragen nicht mit seines Vaters Meinung und Richtung im Einklange war, die Ansicht beizubringen, daß die brandenburgischen Ansprüche völlig unbegründet seien, daß sein Vater Unrecht habe, den Anschluß an Oesterreich durch die Abtretung des Schwiebuser Kreises erkaufen zu lassen; als jener Vertrag unterzeichnet wurde, lag in der kaiserlichen Kanzlei bereits ein Revers des Kurprinzen, durch welchen dieser versprach, den Schwiebuser Kreis, sobald er zur Regierung gekommen, dem Kaiser zurückzugeben.

Durch dieses unwürdige Gaukelspiel wurde der gute Glaube des alten Kurfürsten in schmählicher Weise getäuscht, eben als er sich anschickte, einen Plan auszuarbeiten, wie nach Abschluß des Friedens mit den Türken der Krieg gegen Frankreich zu führen sei, in dem er seinen 22,000 Brandenburgern ihren Platz neben den kaiserlichen Truppen anwies, um mit diesen, mit niederländischen und anderen deutschen Truppen „zusammen den geraden Weg nach Frankreich und auf Paris" zu gehen.

Aber noch bevor der Krieg gegen Frankreich wirklich zum Ausbruche kam, stand der große Kurfürst am Ende seiner Tage. Es war eine Zeit, in der die politischen und religiösen Gegensätze eben wieder in stärkere Gährung gerathen waren. Das grausame Vorgehen Ludwigs XIV. gegen die Protestanten Frankreichs hatte auch in der Brust König Jakobs II. von England den Entschluß erzeugt, sein Reich wieder zum katholischen Glauben zurückzuführen. In dieser Gefahr blickten die protestantischen Engländer vertrauensvoll nach den Niederlanden herüber, wo der Statthalter Wilhelm von Oranien, der zur Zeit der nächste Erbe der englischen Krone war, den großartigen Gedanken, das Inselreich dem verhaßten Fürsten mit Gewalt zu entreißen, gefaßt hatte. Der große Kurfürst, der seinen Staat und seinen Glauben durch eine Vereinigung der katholischen Mächte mit seinen übrigen Feinden ernstlich bedroht sah, stand mit allen seinen besten Wünschen auf der Seite Wilhelms, Vertrauensmänner gingen zwischen Berlin und dem Haag hin und her, 9000 Mann wurden im Clevischen zusammengezogen, um den Holländern zu Hilfe zu kommen. Aber im April 1688 begann der Kurfürst ernstlich leidend zu werden, er fühlte das Herannahen des Todes; am 7. Mai versammelte er seinen geheimen Rath noch einmal um sich, am Abend dieses und des folgenden Tages gab er dem diensthuenden Offiziere der Leibgarde noch selbst die Parole: Amsterdam und London; sie zeigt, wie noch seine letzten Gedanken bei dem großen Unternehmen verweilten, von dem er auch für seinen Staat so Bedeutendes erwartete. Mit der Ruhe und Ergebung eines wahrhaft gläubigen Gemüthes entschlief er am 9. Mai 1688.

Im nämlichen Jahre noch landete Wilhelm von Oranien an der englischen Küste, begann am Rhein der Krieg zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche. Im Oktober 1688 überfielen die Franzosen die Pfalz, drangen bis Franken und Schwaben vor und verwüsteten mit einer Barbarei, die alle Greuel des dreißigjährigen Krieges übertraf, die deutschen Grenzlande. Es waren nicht rohe Ausschreitungen einer durch die Hitze des Kampfes zur Wuth gereizten wilden Soldateska, sondern der Beherrscher Frankreichs hatte mit kaltem Blute den schrecklichen Befehl gegeben, die Pfalz niederzubrennen. Unter der Führung des Generals Melac wurde dieser

schändliche Befehl pünktlich ausgeführt. In den gesegneten Fluren des weiten Rheinthales, wo die fleißigen Bewohner eben begonnen hatten, sich von den Leiden des großen Krieges zu erholen, loderten überall aus Städten und Dörfern die Flammen zum Himmel empor, flüchtig zogen die jammernden Bürger und Bauern in das Elend und blickten trostlos auf die Schutthaufen, die an der Stelle ihrer Wohnungen rauchten. Das prächtige Schloß der pfälzischen Kurfürsten zu Heidelberg wurde in Brand gesteckt, die Festungswerke von Mannheim wurden gesprengt, in Worms wurde das Feuer an die Häuser gelegt und nur der Dom blieb verschont, in Speier scheuten die Mordbrenner nicht einmal vor dem Heiligthum zurück, verwüsteten die herrliche Domkirche und durchwühlten die Gräber der deutschen Kaiser, in denen ihre gierige Hand nach Schätzen suchte.

Gegen diese unmenschliche Kriegführung erhoben sich nicht nur in tiefster Entrüstung die deutschen Fürsten, sondern auch andere Staaten nahmen an dem Kampfe gegen den übermüthigen Machthaber Theil, der alle Gesetze der Menschlichkeit und Sitte, die doch sonst auch im Kriege nicht völlig mit Füßen getreten werden, in der empörendsten Weise verletzt hatte. Die Seele dieses allgemeinen Bündnisses war Wilhelm von Oranien, dem es inzwischen gelungen war, den mit Frankreich verbündeten König Jakob II. zu entthronen und unter dem Jubel des englischen Volkes dessen Thron zu besteigen. Die bedeutende Macht, über die er jetzt gebot, machte es ihm möglich, den großen Gedanken, den er seit Jahren in der Seele trug, zur Ausführung zu bringen, seine eigene Kraft und die Macht anderer Fürsten und Völker gegen die Despotie Ludwigs XIV. in den Kampf zu führen. Ihm gelang es, die Dänen und Schweden, welche die Diplomatie Frankreichs zum Kriege gegen den deutschen Norden angereizt hatte, in das Bündniß gegen Ludwig XIV. hereinzuziehen, die Kurzsichtigkeit des englischen Parlamentes, die Ruheliebe und Sparsamkeit der Holländer zu überwinden; er selbst stand in den Niederlanden an der Spitze des Heeres. Leider fehlte, worauf er vor allem gerechnet hatte, eine wirklich energische Kriegführung in Deutschland. Von den deutschen Fürsten leistete fast nur Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg Nennenswerthes im Kriege, während die österreichische Macht sich vorzugsweise der ihren Sonderinteressen näher liegenden Bekämpfung der Türken zuwandte und die Reichsarmee in ihrer trostlosen Verfassung, ohne festen Zusammenhalt ihrer Glieder und ohne irgendwie ausreichenden Ersatz, am Oberrhein den Kampf nur nothdürftig weiterführte, obwohl sie von tapferen und kriegstüchtigen Feldherren, zuerst dem Herzog Karl von Lothringen, dann dem Markgrafen Ludwig von Baden befehligt wurde.

Als der Herzog von Savoyen im Jahre 1696 sich mit Frankreich versöhnte und alsbald auch Oesterreich darein willigte, Italiens Neutralität anzuerkennen, begannen die anderen Feinde Frankreichs ebenfalls, die Friedensanträge Ludwigs XIV. in Erwägung zu ziehen. Die Holländer erlangten erwünschte Vortheile für ihren Handel, Wilhelm von England wurde in seiner neuen Herrschaft befestigt, da Frankreich den vertriebenen König Jakob fortan nicht mehr zu unterstützen versprach, Spanien erhielt einen großen Theil seiner von den Franzosen eroberten Besitzungen zurück. Nur das deutsche Reich wurde in dem am 30. Oktober 1697 zu Ryswick abgeschlossenen Frieden abermals übervortheilt. Ludwig XIV. verstand sich nur dazu, die am rechten Rheinufer besetzten Städte Freiburg, Breisach, Kehl und Philippsburg wieder herauszugeben, Straßburg und was die Reunionskammern dem Reiche geraubt hatten, blieb dem Reiche entrissen. Noch eine Demüthigung hatte der französische König für Deutschland ersonnen. Als schon die Friedensurkunde zur Unterzeich-

nung bereit lag, stellte er plötzlich noch die Forderung, daß in allen dem Reiche zurückgegebenen Orten die katholische Religion in dermaligem Zustande bleiben solle. Ludwig XIV., der Verbündete der Türken gegen den deutschen Kaiser, liebte es, sich bei diesem Anlasse wieder als den „allerchristlichsten" König, den Schirmherren der katholischen Kirche zu zeigen. Ueberall, wo er seine Fahne aufgepflanzt hatte, war neben dem evangelischen die Ausübung des katholischen Gottesdienstes angeordnet worden. Wo nur irgend ein Feldgeistlicher die Messe gelesen, da sollte von nun an der katholische Cultus gepflegt werden, an mehr als 1900 Orten wurde in solcher Weise den Protestanten zugemuthet, einer katholischen Minderheit die öffentliche Uebung ihres Gottesdienstes zu gestatten, was in dieser Zeit, da mit Hilfe der Jesuiten die katholische Kirche überall auf Bekehrung der Andersgläubigen ihre ganze Kraft verwendete, einer Bedrohung des evangelischen Bekenntnisses in den westlichen Provinzen des Reiches gleichkam. Die protestantischen Reichsstände legten zwar gegen diese Clausel Verwahrung ein, der kaiserliche Gesandte aber drang ungestüm auf deren Annahme und wurde darin besonders lebhaft von dem kurpfälzischen Bevollmächtigten unterstützt. Denn in der Pfalz war eben eine katholische Linie des wittelsbachischen Hauses zur Regierung gelangt, der diese Friedensbestimmung hochwillkommen war, mit deren Hilfe sie sich in der Lage sah, ihre reformirten Unterthanen nach und nach — da ein gewaltsamer Religionswechsel durch die Reichsgesetze verhindert war — auf dem Wege der jesuitischen Propaganda zum Katholicismus zurückzuführen.

So gab der Ryswicker Friede mit seiner Religionsclausel dem Hader der Bekenntnisse neue Nahrung. Die Ohnmacht des Reiches aber hatte dieser Friedensschluß neuerdings vor aller Welt dargethan, und Ludwig XIV., der vor der Vereinigung fast aller Mächte Europas von seinen großen Eroberungsplänen hatte abstehen müssen, hatte so wenigstens die Befriedigung, seinen westlichen Nachbar nach wie vor machtlos und mit ungedeckten Grenzen seinem Uebermuth und seiner Eroberungslust preisgegeben zu sehen.

Von der größten Bedeutung wurde der Friede von Ryswick für die Zustände im Osten von Europa. Nachdem die Türken vor Wien geschlagen und in wilder Flucht auseinandergestoben waren, hatte die kaiserliche Armee ihre siegreichen Waffen tief nach Ungarn hineingetragen, Kurfürst Max Emanuel von Baiern hatte Ofen erobert und Belgrad erstürmt; dann aber hatten die kriegerischen Ereignisse in Italien und am Rhein den Fortschritten der kaiserlichen Heere Halt geboten, Serbien ging wieder verloren, Belgrad wurde von den Türken neuerdings erobert, Croatien und Slavonien geriethen abermals in Feindeshand, in Ungarn begannen die aufrührerischen Magnaten von Neuem ihre Versuche, die österreichische Herrschaft von sich abzuschütteln.

Als aber jetzt die Streitkräfte, die bisher in Süden und Westen beschäftigt gewesen waren, frei wurden, beschloß Kaiser Leopold den Krieg gegen die Türken mit erhöhtem Eifer zu führen, hier, wo die Interessen des habsburgischen Hauses und Länderbesitzes viel unmittelbarer bedroht waren als in den Kämpfen am Rhein, welche das deutsche Reich seiner wichtigsten Grenzplätze beraubt hatten. Und hier war ihm das Glück beschieden, einen ausgezeichneten Feldherren an die Spitze seiner Truppen stellen zu können, den Prinzen Eugen von Savoyen. Während das Genie Ludwigs XIV. dem französischen Staate die erste Stelle unter den Ländern Europas anwies, nicht zum mindesten durch die große Kunst, die richtigen Männer überall in Staat und Heer an die rechte Stelle zu setzen, traf ihn das Mißgeschick, diesen einen Mann in seiner eigenartigen Begabung zu verkennen und in die Arme der Feinde Frankreichs zu treiben.

Am 18. Oktober 1663 war Prinz Eugen zu Paris geboren worden. Sein Vater, ein Sprößling der savoyischen Linie Carignan, gehörte durch mütterliche Abstammung von den Grafen von Soissons dem französischen Königshause an, seine Mutter, eine Nichte des während der Minderjährigkeit Ludwigs XIV. allmächtigen Ministers, Cardinals Mazarin, hatte in vertrauten Verhältnissen zu dem jungen Könige gestanden, war aber im Jahre 1680 einer Hofintrigue zum Opfer gefallen und hatte nach Brüssel fliehen müssen; Eugen, zum Dienste der Kirche bestimmt, aber ohne Neigung, diesem Berufe zu folgen, hatte vergebens eine Stellung in der Armee erbeten; als ihn Ludwig, über seine kleine unansehnliche Figur spottend, zurückwies, war er über die Grenze gegangen und hatte dem Kaiser seine Dienste angeboten. Im Türkenkriege hatte er sich ausgezeichnet; mit 25 Jahren bereits Feldmarschall-Lieutenant, hatte er an der Seite Max Emanuels die Wälle von Belgrad erstürmt; dann hatte er in Italien gekämpft und auch hier den Ruhm eines ebenso tapferen als besonnenen und pflichttreuen Heerführers erworben. Jetzt berief ihn das Vertrauen des Kaisers an die Spitze der wiederum gegen die Türken kampfbereiten Armee. Mit guter Ausdauer gelang es ihm, das in vollständigen Verfall gerathene Heer wieder kriegstüchtig zu machen, das entschwundene Selbstvertrauen der Soldaten wieder zu erwecken, die nach allen Seiten hin, wo Feinde drohten, zersplitterten Heerestheile zu einer bedeutenden Streitmacht zu vereinigen. Am 11. September 1697 schlug er in blutigem Kampfe bei Zenta an der Theiß die Türken, die der Sultan Mustafa persönlich befehligte, bis zur völligen Vernichtung ihres Heeres und benahm ihnen jede Lust, den Krieg weiter zu führen. Die nächste Folge dieses glänzenden Sieges waren Friedensverhandlungen, die endlich nach fast zwei Jahren zu dem Frieden von Carlowitz führten, der Oesterreich ganz Ungarn und Siebenbürgen zurückgab und dadurch die habsburgische Monarchie um ein Drittel ihres bisherigen Bestandes vermehrte. Um nach solchen politischen und militärischen Erfolgen aus den verschiedenen Ländern und Völkerschaften, die dem Hause Oesterreich gehorchten, einen starken und einheitlich in sich abgeschlossenen Staat zu bilden, fehlte freilich die alle Hindernisse überwindende Kraft eines schöpferischen Regenten oder Staatsmannes, aber auch ohne diese Befestigung der durch Erbschaft und Eroberung vereinigten Ländermasse war die Macht Oesterreichs an dem Wendepunkte des 17. und 18. Jahrhunderts eine bedeutende und bei der Entscheidung der europäischen Angelegenheiten schwer ins Gewicht fallende.

Um dieselbe Zeit gelang es einem deutschen Fürsten, ebenfalls im Osten Europas eine fremde Krone auf sein Haupt zu setzen, dem Kurfürsten August II. von Sachsen, der 1697 nach dem Tode Johann Sobieskis von den Polen zum Könige gewählt wurde. Dieser Fürst, eine sinnliche, prunkliebende, gewaltthätige Natur, wurde von dem leeren Glanze dieser Würde, die seinem Lande nur Opfer auferlegte und keinen wirklichen Machtzuwachs einbrachte, aber seiner persönlichen Eitelkeit schmeichelte, so sehr angezogen, daß er, um sie zu erlangen, seine Religion wechselte und zum katholischen Bekenntnisse übertrat. Unmittelbar wurde durch diesen Schritt des Kurfürsten, der sich dabei nicht einmal die Mühe gab, die Rolle eines zu einer neuen Ueberzeugung Gekommenen zu spielen, das religiöse Leben der Sachsen nicht berührt, da sie die Bestimmungen des westphälischen Friedens vor einer zwangsweisen Bekehrung schützten, aber der sächsische Hof wurde von da an der wohlgelegene Schauplatz jesuitischer Intriguen, die bald auch auf das politische Gebiet herüberspielten und dabei die Interessen des von ihnen völlig beherrsch-

ten Oesterreich sehr wohl wahrzunehmen wußten. Wenn auch nach der Reichsverfassung Sachsen das Haupt des evangelischen Körpers am Reichstage blieb, so verlor dieser Staat doch durch den Religionswechsel seiner Fürsten naturgemäß die Führung der Protestanten Deutschlands, und diese ging auf Brandenburg über.

Auch in Berlin herrschte damals ein Fürst, der in den Aeußerlichkeiten des fürstlichen Lebens, in der Entfaltung glänzenden Prunkes eine der wesentlichsten Aufgaben des Herrscherberufes erblickte. Dieser Sohn des großen Kurfürsten, Friedrich III., war darin recht das Gegentheil seines einfachen, haushälterischen Vaters. Wenn dieser die Ertragsfähigkeit seines Landes nur als Schranke für die Größe und Ausdehnung seiner politischen Entwürfe angesehen hatte, wenn das Streben nach ihrer Erhöhung bei ihm aufs Engste mit eben jenen weitaussehenden Plänen zusammenhing, wenn er mit regem Verständniß in der Gegenwart für die Zukunft thätig war, so strebte sein Sohn, die Leistungsfähigkeit des Staates deßhalb zu erweitern, um den Ueberschuß zu liefern, dessen er für die glänzende Gestaltung seines Hofes bedurfte. Und diese Freude an Pracht und Prunk ließ es ihn bitter empfinden, daß sein Nachbar von Sachsen durch die königliche Würde von Polen einen höheren Rang einnahm. Er trat in Unterhandlungen mit dem Wiener Hofe, um auch für sich die königliche Würde zu erlangen. Und als endlich die Zustimmung des Kaisers erreicht war, setzte sich Friedrich I. (wie er nun als König hieß) zu Königsberg am 18. Januar 1701 selbst die Krone auf das Haupt. Mit dieser Krone, mit dem neuen königlichen Namen war doch mehr verbunden, als was einer blos oberflächlichen Betrachtung erscheinen möchte. Durch die staatliche Schöpfung des großen Kurfürsten war das Land, das er beherrschte, war das Kurfürstenthum Brandenburg über die Linie herausgetreten, auf welcher sich, mit Ausnahme Oesterreichs, alle übrigen deutschen Länder bewegten. Dieser thatsächlich bestehende Zustand mußte auch einen äußeren Ausdruck erhalten, es mußte, auch äußerlich erkennbar, dieser Staat aus dem Chaos des heiligen römischen Reiches deutscher Nation herausgeschält und für sich allein als ein lebensfähiges, selbstständiges Staatswesen hingestellt werden. Denn wenn auch der Form nach die königliche Würde nur auf das Herzogthum Preußen begründet war, welches nicht zum deutschen Reiche gehörte, so umfaßten doch Titel und Rang alle unter dem einen Scepter vereinigten Provinzen, so bildete sich unter dem äußeren Zeichen der preußischen Königswürde aus den Einwohnern verschiedener neben einander bestehender Länder ein neues Volk, das preußische Volk, und der König in Preußen, wie zunächst der officielle Titel hieß, konnte bald zum Könige von Preußen werden. Der Name des Landes, auf welchem das äußere Zeichen der staatlichen Einheit zunächst beruhte, ging auf die Gesammtheit der mit ihm vereinigten Provinzen über.

Durch die kaiserliche Anerkennung der preußischen Königswürde wurde die höhere Stellung der von den Hohenzollern beherrschten Lande gegenüber den anderen deutschen Gebieten, das Heraustreten derselben über das Maß der übrigen förmlich anerkannt; Preußen trat dadurch in die Reihe der europäischen Staaten ein, freilich als der kleinste und schwächste, aber immerhin der Form nach auch mit den größten Staaten in gleichem Range. Im deutschen Reiche gab es also von jetzt an, von Sachsen abgesehen, zwei Mächte, die bei der Pflege ihrer Interessen nicht nur vom Standpunkte des Reiches aus geleitet wurden, sondern auch von Gesichtspunkten, die außerhalb der Reichsverhältnisse lagen. Es konnte nicht fehlen, daß sich daraus im Laufe der Zeit Zwistigkeiten unter diesen beiden Mächten ergaben, welche naturgemäß innerhalb des Reiches

in eine gewisse Wettbewerbung treten mußten. Jetzt war noch der Vortritt Oesterreichs unzweifelhaft, dem die Verbindung mit der Kaiserwürde zudem, auch abgesehen von Macht und Umfang, den äußeren Schein der höheren Stellung gewährte. Noch bedurfte Preußen, um seinerseits sich den höheren Rang zu sichern, der kaiserlichen Verleihung desselben, noch konnte es das Errungene mit Erfolg nur im Einvernehmen mit Oesterreich geltend machen und erhalten. Aber schon gab es in Oesterreich Staatsmänner, welche dieses Zugeständniß als einen schweren politischen Mißgriff bezeichneten, welche sich gegen dieses Heraustreten Preußens aus der Reihe der anderen Reichsländer, gegen die Sonderstellung des neuen Königreiches zur Seite des kaiserlichen Oesterreich erklärten. Aber deren Ansicht mußte verstummen. Denn Kaiser Leopold I. ließ sich nicht von der Rücksicht auf das Reich bestimmen, oder von den Lehren einer von hohen Gesichtspunkten ausgehenden Staatskunst beeinflussen, sondern ihn beherrschte nur der eine Gedanke, die Macht seines Hauses zu vermehren. Bei den bevorstehenden Verwickelungen aus Anlaß der spanischen Erbfolge bedurfte er im Interesse seines Hauses der Unterstützung des brandenburgischen Staates, darum ging er auf den Wunsch des Kurfürsten ein und erkannte dessen Königswürde an.

Daß überhaupt innerhalb des Reiches ein solches Verhältniß entstehen und sich weiter fortbilden konnte, war nur bei einer Reichsverfassung möglich, welche von der alten kaiserlichen Machtfülle nichts als ein schwankendes Schattenbild übrig ließ und den einzelnen Landesherren eine fast unbeschränkte Selbstständigkeit einräumte. Das deutsche Reich umfaßte am Ende des 17. Jahrhunderts nahezu 2000 selbstständige Gebiete der verschiedensten Art und Größe, von den großen weltlichen und geistlichen Kurfürstenthümern bis zu den, nur ansehnlichen Dörfern gleichenden kleinsten Reichsstädten Buchau und Bopfingen. Die alte Kreiseintheilung bestand dem Namen nach noch fort, in der That aber hatten sich die mächtigeren Stände, besonders im Osten und Norden Deutschlands, auch von dieser Schranke ihrer Willkür befreit. Alle diese Stände waren auf dem Reichstage vertreten, der nun nicht mehr, wie in früheren Jahrhunderten, eine zeitweilige Zusammenkunft der Fürsten war, die sich da mit dem ganzen Glanze ihrer Macht und der Bedeutung ihrer Persönlichkeit um das Reichsoberhaupt zu wichtigen Berathungen schaarten, sondern seit 1663 eine ständig tagende Versammlung von Gesandten, welche nicht nach ihrer Einsicht und ihrem Gutdünken, sondern nach den Vorschriften ihrer Auftraggeber ihre Stimme abzugeben hatten. Dieser schwerfällige Körper zerfiel in drei Abtheilungen: das Collegium der Kurfürsten, seit dem westfälischen Frieden 8, zu denen 1692 eine neunte für das Haus Braunschweig-Lüneburg geschaffene Kur kam; der Reichsfürstenrath, welcher in eine geistliche und weltliche Bank zerfiel, mit etwa 100 Stimmen; endlich das Collegium der 51 Reichsstädte. Die einzelnen Collegien entschieden im Allgemeinen durch Stimmenmehrheit, diese war jedoch nicht maßgebend in allen Religionssachen, ferner wo es sich um die Rechte Einzelner handelte, endlich so oft die Reichsstände sich, je nach ihrem Bekenntnisse, in zwei Körper trennten, was aber auch bei Verhandlungen geschehen konnte, die mit der Religion ganz und gar nichts zu thun hatten. Waren die Collegien in ihrem Inneren zu einem Schlusse gekommen, so handelte es sich darum, ihre Ansichten zu vereinbaren, denn nur wenn alle drei einig waren, konnte, unter Zustimmung des Kaisers, ein Reichstagsabschied zu Stande kommen; hier entschied nicht Stimmenmehrheit; in der That pflegte sich das Collegium der Reichsstädte den Beschlüssen der beiden Fürstencollegien zu fügen, und innerhalb dieser gab naturgemäß das der Kurfürsten den Ausschlag. Der Ge-

schäftsgang des Reichstages war ein überaus umständlicher. Die wichtigsten politischen Fragen wurden denn auch gar nicht in Regensburg, wo diese Versammlung ihren bleibenden Sitz hatte, sondern direct zwischen den einzelnen dabei in Betracht kommenden Höfen verhandelt; aber Bagatellsachen aller Art, endlose Streitigkeiten, Beschwerden der Reichsstände unter einander, Klagen der Unterthanen gegen ihre Herrschaften füllten die Sitzungen des Reichstages aus; erbärmlicher Rang- und Titelstreit wurde zu wichtigen Geschäften aufgebauscht, wer das Recht habe auf rothen oder grünen Sammetstühlen zu sitzen, unter wessen Stuhl ein Teppich liegen dürfe, das waren Fragen, über welche die Vertreter der deutschen Fürsten und Städte wochenlang hin- und herstritten, Abhandlungen schrieben und zu deren Erledigung sie den ganzen Wust einer geistlosen Gelehrsamkeit aufboten.

Das Oberhaupt dieser bunten Gruppe von Ständen, den Kaiser, umgab immer noch das prunkvolle Ceremoniell, das einst dem Beherrscher der Christenheit, dem Schiedsrichter über alle Fürsten und Völker des Abendlandes, zugekommen war. In der That aber verfügte er über keine wirkliche Macht im Reiche; die Rechte, die er noch ausüben konnte, waren kaum mehr als gehaltlose Ehrenrechte, seine Einkünfte aus dem Reiche beliefen sich auf etwa 24,000 Mark unseres Geldes. Alle die Einrichtungen, mit denen man in einer Zeit, da die alte Kaiserherrlichkeit längst entschwunden war, noch versucht hatte, eine gewisse nationale Einheit herzustellen und äußerlich zum Ausdruck zu bringen, waren in tiefen Verfall gerathen. Während die Gerichtsbarkeit in den einzelnen Ländern ein Recht der Landesherren wurde und sogar die Berufung an das oberste Reichsgericht durch besondere, allen bedeutenderen Ständen ertheilte Privilegien ausgeschlossen ward, blieb diesem fast nur noch die Gerichtsbarkeit über Reichsunmittelbare. Seit 1689 zu Wetzlar, erwarb sich das Reichskammergericht durch die schleppende Führung der Prozesse und die Parteilichkeit seiner Richter den schlechtesten Ruf und war zudem, wenn es einmal einen Spruch ergehen ließ, nicht in der Lage, dessen Ausführung zu erreichen. Noch geringere Bürgschaften einer raschen und unabhängigen Rechtsprechung bot der Reichshofrath zu Wien, welcher fortfuhr, als unmittelbares Organ des Kaisers neben dem Kammergerichte zu wirken. Den Klägern wie dem, der die Berufung ergriff, stand die Wahl frei, ob er seinen Prozeß lieber in Wetzlar oder in Wien verschleppen lassen wollte. In gewissen Fällen, namentlich bei Stimmengleichheit der katholischen und protestantischen Richter und wo es sich um die Auslegung der Reichsgesetze handelte, konnten die Parteien auch noch an den Reichstag verwiesen werden. Da war es denn kein Wunder, wenn einzelne Prozesse weit über 100 Jahre währten und die Zahl der rückständigen Sachen nach Tausenden berechnet wurde.

Ganz kläglich war es um die Reichsfinanzen bestellt. Das Reich erhob schon seit langer Zeit keine directen Steuern mehr von seinen einzelnen Angehörigen, sondern belegte nur die Reichsstände zu bestimmten Zwecken mit Umlagen. Für die Erhaltung des Reichskammergerichts erhob man die sogenannten „Kammerzieler"; für Kriegszwecke, später aber auch für andere Aufgaben der Reichsgewalt, waren die „Römermonate" bestimmt. Die Art, wie diese Umlagen auf die einzelnen Stände vertheilt wurden, war eine ungleiche und ungerechte, sie wurden ungern und zögernd gezahlt, die größeren Stände suchten sich nach und nach ganz von denselben frei zu machen und die kleineren zögerten nicht, diesem Beispiele zu folgen. Von den ausgeschriebenen Summen pflegte nur der kleinste Theil wirklich einzugehen, der Reichsgewalt fehlten die Mittel, die Leistung zu erzwingen, und so unterblieben denn auch die Unternehmungen, für welche die

Zahlungen bestimmt waren, oder sie wurden ungenügend und mangelhaft ausgeführt.

Diesen finanziellen Zuständen entsprachen natürlich auch die Verhältnisse der Reichsarmee. Die mächtigeren Stände, welche sich um Bewaffnung und Ausbildung ihrer Truppen bekümmerten, dachten nicht daran, dieselben ohne Weiteres dem Kaiser zur Verfügung zu stellen, sondern sie zogen vor, auf Grund des ihnen verfassungsmäßig zustehenden Bündnißrechtes, ihre Heeresmacht demjenigen kriegführenden Theile anzubieten, der ihnen die meisten Vortheile in Aussicht stellte; die kleinen Reichsstände besaßen in friedlichen Zeiten nur so viel Militär, als ihnen zu Wachtposten unentbehrlich war, und trieben, wenn Krieg ausbrach, mit Mühe und Noth eine zuchtlose Schaar schlecht bewaffneter und gänzlich ungeübter Leute zusammen; die Abtheilungen, welche von Grafen, Aebten und Städten gebildet wurden, bildeten eine bunte Musterkarte aller erdenklichen Uniformen und Waffen und glichen nur der Carricatur eines Heeres; ihre Offiziere, größtentheils Abenteurer ohne Bildung, ohne Ehrgefühl, ohne Standesgeist und ohne Interesse an der Sache, der sie dienten, waren in der Regel nur bestrebt, bei Löhnung und Verpflegung der Mannschaften etwas für sich bei Seite zu bringen. Die höheren Offiziere wurden von den kreisausschreibenden Fürsten ernannt und betrachteten sich mehr als deren specielle Diener, denn als Organe des Kaisers, nur die höchsten Posten verlieh der Kaiser selbst, war aber dabei an das religiöse Bekenntniß der betreffenden Generäle gebunden, von denen stets die Hälfte katholisch, die andere Hälfte evangelisch sein mußte. Dieses bunt zusammengewürfelte Volk wurde denn auch von den Heeren der größeren Reichsstände nach Gebühr gering geachtet und stand untereinander in fortwährendem Hader, der an sich allein schon genügt haben würde, ein Zusammenwirken desselben zu verhindern, wenn für dieses nicht ohnehin alle anderen Voraussetzungen gefehlt hätten.

Leisteten diese kleinen Reichsstände wenig oder nichts für die Wehrhaftigkeit der Nation, so öffneten sie doch ihre Gebiete den Werbeoffizieren der größeren Staaten, ja selbst des Auslandes, und so kam es, daß Unterthanen deutscher Fürsten auf allen Schlachtfeldern kämpften, auf denen die Kriege der großen Mächte entschieden wurden. Die Leute wurden durch Handgeld und Versprechungen geködert, oft in trunkenem Zustand fortgeschleppt, um dann in fremden Diensten ein hartes Dasein zu führen und sich für die Interessen bald dieses, bald jenes Fürsten todtschießen zu lassen. Zuweilen kam es auch vor, daß die Landesherren von ihrem Aushebungsrecht Gebrauch machten oder Gesindel aller Art in Uniformen steckten und an andere Staaten vermietheten oder geradezu um ein Kopfgeld verkauften. In solchen Verträgen wurde wohl auch ausbedungen, daß für jeden gebliebenen oder verstümmelten Soldaten eine besondere Entschädigung zu zahlen sei, aber nicht etwa an diesen oder seine Familie, sondern an die Kasse des Landesherren, der den Handel abgeschlossen hatte.

Wie sich die einzelnen Fürsten von der Gewalt des Kaisers fast vollkommen unabhängig gemacht hatten, so war es ihnen auf der andern Seite beinahe allenthalben gelungen, die Schranken zu zerbrechen, mit denen in früheren Zeiten die Landstände ihre Herrschaftsrechte eingedämmt hatten. Mit wenigen Ausnahmen verschwanden die Landstände in allen deutschen Gebieten, höchstens blieben noch Ausschüsse derselben übrig, die jedoch nur zur Bewilligung von Steuern benutzt wurden. Der Steuern aber bedurften die Fürsten in immer größerem Umfange, weil die Einkünfte aus ihren Kammergütern nicht annähernd ausreichten, die Kosten des üppigen Hofhalts zu bestreiten, der fast überall nach französischem Muster eingerichtet wurde. Der große französische

König Ludwig XIV. besiegte nicht nur die Heere des deutschen Reiches, sondern er wurde auch, freilich nur in den äußeren Formen seines Regierungssystems und seines Hoflebens, das Muster und Vorbild, dem die deutschen Höfe nachzustreben versuchten. Die schlichte Einfachheit, die tadellose Sittenreinheit, die einst an den Höfen der deutschen Fürsten geherrscht hatte, machte immer mehr französischer Prunksucht und Unsittlichkeit Platz; was in Paris und Versailles geschah, wurde in den kleinen Verhältnissen der deutschen Fürstenschlösser nachgeahmt, wobei freilich in der Regel nur ein Zerrbild des französischen Musters zum Vorschein kam. An diese Höfe drängte sich, ebenfalls französischer Mode folgend, nunmehr der größte Theil des deutschen Adels. In Folge des großen Krieges war der niedere Adel vielfach verarmt, sein Grundbesitz verwüstet, entwerthet, oft ganz verloren gegangen. Da die Sitte der Zeit und das Vorurtheil des Standes den Adeligen verbot, sich im bürgerlichen Gewerbe oder Handel ihren Lebensunterhalt zu verdienen, so waren ihnen die zahlreichen Aemter an den Höfen, in der unmittelbaren Umgebung des Fürsten ein willkommenes Mittel, sich eine Stellung zu machen und an den Freuden und Festen ihrer Gebieter Theil zu nehmen. Wie die eigentlichen Hofämter, so waren auch die Offiziersstellen in den Haus- und Gardetruppen ausschließlich dem Adel zugänglich; vielfach wurden sogar die höchsten Staatsämter nur mit adeligen Herren besetzt. Und neben dem alten Geburtsadel fing nun auch eine Classe neu geadelter Personen an, sich von dem Bürgerstande abzusondern, Männer, denen wegen ihrer Verdienste der Kaiser den Adelstitel verlieh oder die sich denselben geradezu käuflich erwarben, und zwar in solcher Zahl, daß diese Adelsverleihungen zu einer recht einträglichen Finanzquelle für die kaiserliche Kasse wurden. Zwar wollte der alte Adel diese Eindringlinge nicht als gleichberechtigt anerkennen, und an den Höfen wurde vielfacher Rangstreit zwischen beiden erregt, aber nach und nach gelang es doch auch dem neuen Adel, Hofämter zu erwerben, sich mit alten Familien durch Heirathen zu verbinden, und in stolzem, hochfahrendem, abschließendem Benehmen gegen die anderen Stände gab der neue Adel dem alten nicht das geringste nach. Wohl saß auch noch mancher wohlhabende Edelmann aus altem Hause und mit gut klingendem Namen, wie in besseren Tagen, schlicht und recht auf seinen Gütern und bebaute sein Land, aber wie jene in dem Glanze des Hoflebens die einzige Bedeutung und Berechtigung ihres Daseins fanden, so gingen diese in den kleinen Sorgen und Mühen ihrer ländlichen Beschäftigung völlig auf; auf das Leben der Nation hatten sie so wenig wie ihre höfischen Genossen irgend welchen fördernden Einfluß. Endlich war eine große Menge Adeliger auf dem Lande zerstreut, die sich weder durch die Größe ihres Grundbesitzes, noch durch einen höheren Bildungsgrad, sondern lediglich durch Namen und Wappen und die darauf begründeten Ansprüche von dem Landvolk unterschieden, unter dem sie wohnten. Manche von diesen hatten in ihrer Jugend Kriegsdienste gethan, in Deutschland oder in ausländischem Solde gekämpft, dieser oder jener hatte wohl auch versucht, an einem Hofe sein Glück zu machen, aber was solche etwa von freieren Anschauungen oder feinerer Bildung in der Fremde angenommen hatten, das entschwand rasch wieder in dem Einerlei des heimathlichen Lebens; die Mehrzahl brachte aus den Residenzen oder aus fremdem Lande nur verdorbene Sitten und gesteigerten Hochmuth nach Hause mit. Dieser kleine und arme Landadel, vielfach tief verschuldet, ohne Aussicht, seinen Besitz je wieder schuldenfrei zu machen, fortwährend in Prozesse verwickelt, vielfach nur zu bereit, nach alter Art mit dem Schwert in der Hand sich

selbst Recht zu suchen, ohne Neigung zu ernstlicher Arbeit in der Gutswirthschaft, aber untereinander in enger, durch Verwandtschaft noch befestigter Verbindung, wurde mit der Zeit eine wahre Landplage für den großen Rittergutsbesitzer wie für Bürger und Bauer.

In äußerster Einförmigkeit spann sich auch das Leben des Bürgerstandes in großen und kleinen Städten ab. In den Reichsstädten war die gesammte städtische Verwaltung in der Hand einer Gruppe von Familien, welche, von Alters her im Stadtregimente mächtig, sich zumeist auch äußerliche Höherstellung durch Adelsbriefe erworben hatten und, so wenig sie auch von dem Landadel als ebenbürtig betrachtet wurden, dennoch mit abschließendem Hochmuth auf ihre gewerbtreibenden Mitbürger herunterblickten. Theils die Enge ihres Gesichtskreises, theils die ganz richtige Erkenntniß ihres persönlichen Vortheils ließ sie unverbrüchlich an den althergebrachten Formen in Verwaltung und Rechtspflege festhalten und die Verbesserungen schroff zurückweisen, welche in den Ländern der größeren Fürsten nach und nach auf diesen Gebieten in das Leben traten. Die große Menge der Bürgerschaft hatte schlechthin keinen Antheil an dem Stadtregiment, zahlte ruhig ihre Steuern, arbeitete, von den Zunftschranken nach wie vor gefesselt, ohne mehr zu verdienen als nothdürftig zum Leben gehörte und führte im übrigen ein ziemlich freudloses Dasein hinter den alten Mauern in schlechten, unbequemen Wohnungen, in denen der schöne Hausrath und die reichen Schaustücke, die das 16. Jahrhundert geschaffen, immer seltener wurden und jedenfalls ohne Ergänzung blieben. Nicht viel anders stand es um den Bürgerstand in den landesfürstlichen Städten; statt der Beschränktheit des spießbürgerlichen Selbstgenügens finden wir in diesen wohl vielfach eine der persönlichen Würde völlig vergessende Unterthänigkeit, dagegen aber nehmen diese Bürger doch mehr an den Fortschritten Theil, die, wenn auch langsam, der Thätigkeit der fürstlichen Beamten zu danken sind; aber allerdings, wenig Bildung, wenig Empfänglichkeit und ein überaus enger Gesichtskreis ist doch auch hier das durchaus vorwiegende Merkmal des Bürgers.

Am meisten hatte sich der Bauernstand von den Nachwehen des dreißigjährigen Krieges erholt. Zwar drückten ihn die Steuern schwer, aber die vollständige Willkür des Gutsherrn, der er früher hilflos preisgegeben war, wurde jetzt doch vielfach durch Anordnungen der Staatsgewalt eingedämmt und geregelt. Der Bauer lebte ruhig und fleißig auf seiner Scholle, nährte sich redlich, ging Sonntags zur Kirche und kümmerte sich im Uebrigen um nichts, was etwa die anderen Kreise der Nation berührte und erregte; es lebte in den Bauerschaften ein guter Kern leiblicher Kraft und sittlicher Unverdorbenheit fort, der mittelbar doch der Gesammtheit zu Gute kam und dieselbe insoferne sogar direct berührte, als sich nach und nach ein regelmäßiger Zuzug aus dem Lande nach den Städten entwickelte, deren zusammengeschmolzene Bevölkerung dadurch nicht nur an Zahl, sondern auch an Kraft und Gesundheit eine Vermehrung erfuhr.

Die größte Plage der Bauern im Frieden blieb auch jetzt noch immer die Jagdliebhaberei der Fürsten und des Adels, die ebenfalls nach französischen Mustern in den ausgedehntesten und kostbarsten Festen gipfelte; bei diesen aber wurde der Landmann nicht nur als Treiber verwendet, sondern er sah auch seine Felder in der rücksichtslosesten Weise verwüstet, die ohnehin jahraus jahrein durch den übermäßigen Wildstand gefährdet waren. Selbsthilfe gegen das in die Saaten und Fruchtfelder einbrechende Wild aber, oder eigene Jagdliebhaberei des Bauern wurde mit den strengsten Strafen geahndet.

In Kriegszeiten war das Landvolk naturgemäß in erster Linie den Bedrückungen feindlicher

Heere und den schweren Lasten beim Durchmarsch fremder wie einheimischer Truppen preisgegeben; diese trafen am härtesten die Bewohner des südwestlichen Deutschland, die der französischen Grenze am nächsten lagen und den Einfällen ihrer beutelustigen Nachbarn fast schutzlos ausgesetzt waren.

Gerade am Wendepunkte des 17. und 18. Jahrhunderts, da man in der Pfalz, im Breisgau, in Baden und Hessen eben begann, sich von den Zerstörungen des orleanischen Krieges einigermaßen zu erholen, da man die verbrannten Städte wieder aufbaute, die verlassenen Dörfer wieder bezog, die in Wüstenein verwandelten Felder wieder bestellte, bereitete sich Frankreich vor, die deutschen Gaue abermals zum Schauplatze blutiger Kämpfe zu machen.

Schon seit geraumer Zeit stand die spanische Erbfolgefrage wie eine drohende Gewitterwolke am politischen Horizonte. Die gewaltige Macht und Ländermasse, die dabei in Frage kam, die alte Eifersucht zwischen den zwei größten Mächten des Festlandes, die dabei neuerdings in den Vordergrund trat, läßt es begreiflich erscheinen, daß ganz Europa dem Augenblicke mit Spannung entgegensah, da der letzte spanische Habsburger, König Karl II. sein sieches Dasein beschließen werde. Als dessen Vater, König Philipp IV. die Möglichkeit hatte erwägen müssen, daß seine Linie im Mannesstamme aussterben werde, hatte er ein Testament gemacht und in demselben, eingedenk der Zusammengehörigkeit aller Glieder des habsburgischen Hauses, seine Kronen für diesen Fall seiner jüngeren Tochter bestimmt, die mit Kaiser Leopold I. vermählt war; nach deren Tode sollten ihre Nachkommen, wenn solche fehlten, sollte Kaiser Leopold erben. Die ältere Tochter Philipps IV. war mit Ludwig XIV. vermählt und hatte bei ihrer Vermählung gemeinsam mit ihrem Gemahle feierlich auf die Erbfolge verzichtet. Nun aber empfand der französische Herrscher, da der Gesundheitszustand Karls II. baldige Eröffnung dieser Erbfolge versprach, Reue über jenen Verzicht, widerrief ihn und stellte seine Ansprüche denen des Kaisers Leopold gegenüber. Dazu kam endlich noch ein dritter Bewerber. Die Gemahlin Leopolds war mit Hinterlassung einer einzigen Tochter gestorben, welche sich dem Kurfürsten von Baiern, Maximilian Emanuel vermählt hatte. Bei diesem Anlasse hatte dieser Fürst ebenfalls auf das spanische Erbe verzichtet, das also, nach den Bestimmungen jenes Testamentes, Leopold zufallen sollte; als aber dem Kurfürsten von Baiern ein Sohn geboren wurde, dessen Geburt der Kurfürstin das Leben kostete, empfand auch er bittere Reue über jenen Verzicht, widerrief denselben gleichfalls und meldete bei den europäischen Höfen die Erbansprüche seines Sohnes an.

Diese Lage der Dinge suchte der König von England und Statthalter von Holland, Wilhelm III. von Oranien, zu benutzen, um die Gefahr zu beseitigen, welche er in einer Vereinigung der großen spanischen Macht sei es mit Oesterreich, sei es mit Frankreich, erblickte. Er schlug daher eine Theilung der spanischen Monarchie in der Weise vor, daß der baierische Prinz Spanien, Belgien und die Colonien, Oesterreich Mailand, Frankreich Neapel und Sicilien erhalte. Der Erfolg seiner Unterhandlungen war, daß Frankreich auf diesen Vorschlag einging und daß König Karl II. von Spanien, der von einer Theilung nichts wissen wollte, dennoch den Bedenken des englischen Herrschers in soweit nachgab, daß er nicht Kaiser Leopold, sondern den baierischen Prinzen zum Erben der ganzen spanischen Monarchie ernannte. Dagegen erhob nun der Kaiser die lebhafteste Verwahrung, sah sich aber bald darauf von der Gefahr der baierischen Bewerbung völlig befreit, da der Sohn Max Emanuels an den Pocken erkrankte und starb. Alsbald begann Wilhelm

von England seine Unterhandlungen von Neuem und bewog, seinerseits nur von dem einen Gedanken beherrscht, das ganze Erbe nicht in eine Hand gelangen zu lassen, Ludwig XIV. dazu, Spanien, Belgien und die Colonien dem jüngsten Sohne aus Leopolds zweiter Ehe, dem Erzherzog Karl zu überlassen, wenn Frankreich zu Neapel und Sicilien auch noch Mailand erhalte. Abermals erhob der Kaiser Verwahrung, in Madrid aber, wo die Umgebung des kränkelnden Königs von jeher den französischen Ansprüchen günstig gestimmt war, verletzte die abermalige fremde Einmischung tief, der Gedanke, die spanische Monarchie zertrümmert zu sehen, erschien dem Hofe und dem Adel unerträglich, diese Stimmung ließ Ludwig XIV. durch seinen gewandten Geschäftsträger d'Harcourt in geschickter Weise ausbeuten, der Papst, den die frommen Spanier zu Rathe zogen, unterstützte seine Wünsche und so gelang es, den König Karl dahin zu bringen, daß er den zweiten von England entworfenen Theilungsvertrag mit der Einsetzung des Herzogs Philipp von Anjou, des jüngsten Enkels Ludwigs XIV., zum Erben der spanischen Krone beantwortete.

Als Karl II. vier Wochen später, am 1. November 1700, starb, warf Ludwig XIV., der bis dahin anscheinend an dem Theilungsvertrag festgehalten und jede Betheiligung an der Madrider Intrigue abgeleugnet hatte, die Maske ab, nahm das Testament an und machte sich bereit, seinen Enkel auf den Thron von Spanien zu führen, wo dieser von dem Jubel der Bevölkerung begrüßt wurde.

Während sich, wenn gleich von verschiedenen Standpunkten ausgehend, Oesterreich, England und Holland gegen diese Lösung der Frage erklärten, trat Max Emanuel von Baiern sofort auf die Seite Frankreichs. Dieser Fürst, der Enkel jenes Kurfürsten Maximilian I., welcher im dreißigjährigen Kriege eine so bedeutende Stellung eingenommen und damals die Beziehungen seines Landes mehr als ein Mal aus dem Rahmen der Reichspolitik heraus ganz unmittelbar in den directen Verkehr der großen Mächte Europas gestellt hatte, war seit einer Reihe von Jahren Statthalter der spanischen Niederlande. Er residirte in Brüssel, führte einen glänzenden Hofhalt im Stile des Vorbildes von Versailles und machte sich durch Leutseligkeit und Achtung ihres alten Rechts bei den Belgiern beliebt, die nichts lieber gesehen hätten, als daß ihre Provinz diesem prächtigen und liebenswürdigen Herren als selbstständiges Land zugetheilt worden wäre. Mit dem Kaiser, dem er früher in den Türkenkriegen als tapferer und glücklicher Feldherr gedient hatte, war er schon durch Streitigkeiten über die Mitgift seiner Gemahlin in etwas gespannten Verhältnissen gestanden, welche durch die Geltendmachung seiner Ansprüche auf Spanien noch verschärft worden waren, als der plötzliche Tod des jungen baierischen Prinzen in dem tiefgebeugten Vater den Wahn erzeugte, der Kaiser habe jenen vergiften lassen. Von nun an war sein ganzes Sinnen und Trachten, an dem Kaiser Rache zu nehmen. Als daher die Politik Ludwigs XIV. sich zur Annahme des spanischen Thrones für Philipp von Anjou entschlossen hatte, war Max Emanuel der erste, der, unbekümmert um seine Stellung als Reichsfürst, sich auf die Seite Frankreichs stellte und sofort auch seinen Bruder, den Erzbischof von Köln, mit sich in das französische Bündniß fortriß.

In Wien war man inzwischen noch weit entfernt davon, mit raschem Vorgehen gegen Frankreich in dem lange vorhergesehenen Streite entschiedene Stellung zu nehmen. Während Kaiser Leopold keinen Augenblick von der Vorstellung abging, daß die gesammte spanische Monarchie das rechtmäßige Erbe seines Hauses sei, fand er, schlaff, wankelmüthig und muthlos wie er war, doch nicht den Entschluß, sofort den Krieg zu beginnen und sich mit den Seemächten Eng-

land und Holland, deren Bündniß sich ihm anbot, in einen bindenden Vertrag einzulassen. Die Zeit, welche er mit Verhandlungen verlor, hatte Ludwig XIV. benutzt, sich die Unterstützung Savoyens und einiger italienischen Fürsten zu sichern. Am Wiener Hofe aber waren, während einige weitersehende Staatsmänner und vor Allen Prinz Eugen, der unversöhnliche Feind der französischen Uebermacht, sich für den Krieg erklärten, andere mächtige Einflüsse für eine Verständigung mit Frankreich thätig, besonders die Jesuiten, welche die Ansicht vertraten, daß ein katholischer Fürst unmöglich in einem Kriege glücklich sein könne, den er mit unkatholischen Bundesgenossen unternommen habe. Endlich kam es doch dazu, daß zwischen Oesterreich, England und Holland am 7. September 1701 ein Vertrag unterzeichnet wurde, in welchem sich diese drei Mächte verbündeten, für Oesterreich, Mailand, Neapel, Sicilien, die toskanische Küste und Belgien zu erobern, wogegen den Seemächten die spanischen Colonien zufallen sollten. Es war noch nicht der Krieg, denn ausdrücklich hatten sich die Seemächte den Versuch weiterer Verhandlungen mit Frankreich vorbehalten, aber wie die Dinge lagen, war doch der Krieg unvermeidlich. Zunächst war es ein Vorspiel der größeren Ereignisse, daß Prinz Eugen in Italien einfiel, den französischen General Catinat schlug und die östliche Hälfte der Lombardei besetzt hielt, während gleichzeitig am Niederrhein französische und holländische Truppen in das Gebiet des Erzstifts Köln einrückten und dessen festen Plätze besetzten.

Die Verhandlungen, welche zwischen der großen Allianz und Frankreich schwebten, mußten aber zum Kriege führen, denn es handelte sich in letzter Reihe nicht eigentlich darum, welcher Prinz den Thron zu Madrid besteigen werde, sondern es galt, die nachgerade zu einer immerwährenden Gefahr für ganz Europa gewordene französische Uebermacht in ihre Grenzen zurückzuweisen. Wie sehr Ludwig XIV. geneigt war, dieselbe in der frivolsten Weise zu mißbrauchen, dieß zeigte gerade in diesem Augenblick besonders auffallend die nach dem Tode des vertriebenen Königs Jakob II. erfolgte Anerkennung seines Sohnes, des katholischen Prinzen Jakob von Stuart als König von England. Nichts war geeigneter als dieser Vorgang, den das protestantische England wie einen Schlag ins Gesicht empfand, um alle Bedenken, welche das Parlament noch gegen den Krieg gehegt hatte, zu beseitigen. Und dieser Umschwung der öffentlichen Meinung in England war um so bedeutsamer, als gerade jetzt, am 7. März 1702, König Wilhelm III., der persönlich stets für die Bekämpfung Frankreichs thätig gewesen war, starb und seine Schwägerin, Anna Stuart, die nun den Thron bestieg, ohne diesen Zwischenfall vielleicht weniger geneigt gewesen wäre, die auswärtige Politik ihres Vorgängers unverändert fortzuführen. Jetzt wurde es ihrer vertrauten Freundin, der Herzogin von Marlborough leicht, die in ihren Entschlüssen langsame und schwerfällige Königin bei der Kriegspolitik Wilhelms III. festzuhalten, welche dem Gemahl jener Dame, dem ehrgeizigen Herzog von Marlborough die Aussicht eröffnete, an der Spitze der von England und seinen Verbündeten ins Feld geschickten Heere auf dem europäischen Festlande eine große Rolle zu spielen. Und als am 15. Mai 1702 ein Herold in der City von London feierlich die Kriegserklärung gegen Frankreich verkündete, jubelte ihm von allen Seiten das Volk der englischen Hauptstadt Beifall zu.

In Deutschland hatte sich König Friedrich I. von Preußen, wie wir gesehen haben, schon bevor der Krieg ausgebrochen war, verpflichtet, dem Kaiser bei der Geltendmachung seiner Ansprüche auf Spanien hilfreich zur Seite zu stehen, er hatte versprochen, 8000 Mann trefflich geübter und gerüsteter Truppen ins Feld zu schicken; da

aber die preußischen Streitkräfte die Betheiligung noch weiterer Heeresabtheilungen am Kriege gestatteten, so hatte Preußen außerdem noch, wohl auch um seine Stellung als europäische Macht zu erweisen, ein selbstständiges Bündniß mit den Seemächten abgeschlossen. Mit aller Entschiedenheit stand ferner auf dieser Seite der Kurfürst von Hannover, welchem so eben die Zusicherung der Thronfolge seines Hauses in England zu Theil geworden war, und der Ludwig XIV. schon um deßwillen haßte, weil dieser gegen die Verleihung der neunten Kur an Hannover Einspruch erhoben hatte. Hessen, Kurpfalz, Trier und Mainz hatten sich ebenfalls für die kaiserliche Politik erklärt, Kurpfalz nicht ohne den Hintergedanken, dem auf französischer Seite stehenden baierischen Vetter die im dreißigjährigen Kriege erworbene Oberpfalz wieder abzunehmen. Von den süddeutschen Reichsständen waren Wirtemberg und Baden zuverlässig, auch die hohenzollernschen Fürsten willfährig, und diese zogen selbstverständlich alle die kleinen Fürsten und Herren, Abteien und Städte mit sich fort, so daß die französischen Werbungen, welche auch an den kleinsten Höfen thätig waren, erfolglos blieben. In Norddeutschland nahm Kursachsen eine zweideutige Stellung ein, wurde aber bald in Folge seiner polnischen Beziehungen durch Schweden im Schach gehalten; der Versuch des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel, mit französischem Geld eine Armee zu bilden und den Interessen Frankreichs im deutschen Nordwesten zu dienen, wurde durch einen Ueberfall, der von Hannover aus erfolgte, vereitelt; der Herzog wurde vertrieben, und sein Nachfolger mußte seine Truppen dem Kaiser zur Verfügung stellen.

An der Spitze der kaiserlichen Heere stand als oberster Befehlshaber der Markgraf Ludwig von Baden. Auch er hatte, wie Prinz Eugen, in den Türkenkriegen Lorbern gesammelt, er war ein tapferer Mann, der fest und treu auf dem Platze stand, der ihm angewiesen, der zäh und ausdauernd die Aufgabe vollzog, die ihm gesetzt worden. Ein Meister der Taktik, verstand er es vortrefflich, auf dem Schlachtfelde durch eine geschickt angeordnete Truppenbewegung den Feind zu umgehen oder durch einen verdeckten Angriff zu überraschen; aber den größeren Anforderungen, welche jetzt an ihn gestellt wurden, war er doch nicht ganz gewachsen. Ihm fehlte der Ueberblick,

Markgraf Ludwig von Baden.

um die verschiedenen Stellungen der ihn in der Front und im Rücken bedrohenden Feinde zu beherrschen, die Beweglichkeit, sich ihnen bald hier, bald dort, je nach dem Bedürfniß der Lage, entgegenzuwerfen, die Frische und Kühnheit des Geistes, um mit raschem Entschlusse irgend einen kleinen Vortheil preiszugeben, wenn anderswo, sei es auch nur gegen einen gewagten Einsatz, das Größte zu gewinnen war. Dabei litt er vielfach unter dem Elend der Kriegsverfassung des Reiches und durch seine Abhängigkeit von

dem Hofkriegsrath zu Wien, der nicht selten das Gegentheil von dem anordnete, was der Feldherr verlangt hatte und dringend brauchte.

Im Anfange des Feldzuges konnte sich keine der beiden kriegführenden Parteien irgend eines entscheidenden Vortheils rühmen. Ludwig von Baden eroberte Landau und schickte sich an, nach Lothringen vorzurücken, als Max Emanuel von Baiern, der sich in sein Heimathland begeben und dort den Krieg gerüstet hatte, sich mitten im Reiche erhob, Ulm einnahm und den Versuch machte, sich mit den Franzosen zu vereinigen. Dieß veranlaßte den Rückzug Ludwigs nach dem Schwarzwalde, wo es ihm wenigstens gelang, diese Vereinigung zu verhindern. In Italien hielt Prinz Eugen den überlegenen Streitkräften Frankreichs tapferen Widerpart, ohne freilich einen bedeutenden Sieg erringen zu können. Am Niederrhein wurde zwar das Erzstift Köln von den Verbündeten besetzt, aber Belgien vermochte Marlborough den Franzosen nicht abzunehmen. Aber im Jahre 1703 mehrten sich die Erfolge der Feinde. Wenn auch der Angriff des französischen Marschalls Vendôme von Italien und Max Emanuels von Baiern aus gegen Tirol an dem hartnäckigen Widerstand scheiterte, den der waffenkundige Landsturm an den tirolischen Gebirgspässen leistete, so war der baierische Kurfürst doch in Schwaben und an der Donau glücklich und bedrohte von dem eroberten Passau aus die österreichischen Erblande, während sich im Osten derselben, unter der Führung des Fürsten Franz Rakoczy, die Ungarn erhoben, das Land, mit Ausnahme der Festungen, von den Oesterreichern säuberten und schon nach Oesterreich und Mähren Streifzüge unternahmen; gleichzeitig erlitt die Reichsarmee am Rhein nebst ihren Verbündeten schwere Verluste. Zwar griff Prinz Eugen, der mit seiner Armee in Italien unter dem allgemeinen Elend und der Finanznoth Oesterreichs nicht wenig gelitten hatte, mit raschem Entschlusse das Uebel, an dem alles krankte, an seinem eigentlichen Hauptsitze an; er bewog mit unendlicher Mühe den Kaiser Leopold, seine unfähigen Räthe zu entlassen, den Grafen Gundacker von Stahremberg an die Spitze der Geschäfte zu rufen, er übernahm selbst die Leitung des Hofkriegsrathes und arbeitete voll Eifer und Ausdauer, aber er konnte weder der Geldnoth des österreichischen Staates abhelfen, noch die trägen, am Alten hangenden Beamten, die unfähigen Generale in tüchtige, weitblickende und kriegskundige Männer verwandeln. Immerhin wurde manches besser, so daß Prinz Eugen im Jahre 1704 in der Lage war, dem Kriege eine neue Wendung zu geben. Indem er mit richtigem Blicke die Stellung Max Emanuels von Baiern mitten im Reiche als die Hauptgefahr für das Reich wie für die österreichischen Länder erkannte, setzte er durch, daß die bedeutendsten Streitkräfte der Verbündeten zusammengezogen wurden, um Baiern zu bezwingen. Marlborough zog mit seinem Heere nach dem Neckar, in Großheppach traf er mit Prinz Eugen und Markgraf Ludwig zusammen. Dort wurde beschlossen, daß Eugen die unter dem Befehle des Marschalls Tallard stehenden Truppen am Rheine beschäftigen sollte, während die beiden andern sich an der Donau auf Max Emanuel und den französischen General Marsin werfen würden. Am 2. Juli 1704 gelang es den Verbündeten in der That, die baierischen Verschanzungen am Schellenberge bei Donauwörth zu erstürmen, die Baiern unter Graf Arco nach tapferster Gegenwehr in die Flucht zu schlagen und Donauwörth in Besitz zu nehmen. Während Max Emanuel, der bei Lauingen seine und die französische Hauptmacht in einem befestigten Lager vereinigt hatte, alsbald aufbrach, um bei Augsburg eine neue Stellung zu nehmen, drang Marlborough über den Lech in Baiern ein.

Prinz Eugen hatte inzwischen den Marschall

Tallard zwar nicht am Rheine festzuhalten vermocht, wohl aber dessen Verbindung mit Max Emanuel und Marsin verzögert. Als diese sich am 3. August bei Augsburg vollzog, wo nun die ganze feindliche Streitmacht vereinigt war, traf gleichzeitig Eugen mit Marlborough und Ludwig von Baden bei Höchstädt zusammen. Dem feurigen Geiste des Prinzen war die zögernde, schwerfällige Kriegführung, wie sie der Markgraf nach alter Sitte für gut hielt, ein Greuel, auch Marlborough hätte wohl den Sieg am Schellenberge besser ausgenutzt, allein bei der heutigen Tages unbegreiflichen Einrichtung, daß der Oberbefehl immer einen um den andern Tag wechselte, war es nicht möglich gewesen, gegen den Willen des Markgrafen eine schnellere Gangart in die Kriegführung zu bringen. Jetzt, da Prinz Eugen herankam und die hohe Wichtigkeit einer entscheidenden Schlacht deutlich vor Augen hatte, wurde das rasch anders. Die Bedenken des Markgrafen wurden aus dem Kriegsrath entfernt, indem man ihm auf seinen Wunsch 20,000 Mann zur Belagerung von Ingolstadt zur Verfügung stellte, die Heere Eugens und Marlboroughs vereinigten sich auf der Ebene am linken Ufer der Donau, wo es am 13. August bei Höchstädt und Blindheim zu der entscheidenden Schlacht kam. Es war kein leichter Sieg, den die Verbündeten hier erfochten, mit größter Tapferkeit stritten Baiern und Franzosen, mit äußerster Hartnäckigkeit klammerten sie sich an die Stützpunkte ihrer Stellung, aber endlich, nach langem Kampfe und nachdem Eugen mit unerschütterlicher Ruhe, vortrefflich unterstützt von den preußischen Truppen, die Prinz Leopold von Dessau führte, bei Lützingen dem Anprall feindlicher Uebermacht Stand gehalten hatte, gelang es Marlborough, durch einen mächtigen Ansturm die Schlachtreihen Tallards zu durchbrechen, die Reiterei in die Flucht zu schlagen, das Fußvolk zu umzingeln. Als die Nacht hereinbrach, war das Schicksal der feindlichen Armee entschieden, Max Emanuel mit den Trümmern des Heeres zum Rückzug gezwungen, Tallard mit 9000 Mann gefangen. Groß waren wohl auch die Verluste der Verbündeten, aber der Erfolg dieses Tages von Höchstädt war großer Opfer werth. Denn zum ersten Male, seit Ludwig XIV. mit seinen eroberungsluftigen Armeen seine Nachbarländer überzog, war den französischen Truppen eine solche Niederlage bereitet worden, zum ersten Male war der Schein der Unbesiegbarkeit, der ihre Fahnen umschwebte, zerstört. Und auch weiterhin äußerte dieser Sieg seine Folgen: fester als bisher verband er die Seemächte Holland und England mit dem Kaiser; laut tönte die Kunde dieser That nach Ungarn hinüber und benahm den dortigen Aufständischen, denen jetzt die Unterstützung Frankreichs fehlte, den Muth, weiterhin die österreichischen Grenzen mit ihren Angriffen zu bedrohen. Der auf der Seite der Feinde des Reiches kämpfende Reichsfürst aber, der Kurfürst von Baiern, sah sein Land in den Händen des Kaisers und mußte selbst, ein besiegter Feldherr, ein landloser Regent, bei dem Reichsfeinde, dem er sich verbündet, einen Zufluchtsort aufsuchen.

Auch ein menschlich schöner und großer Zug knüpft sich an diesen glänzenden Tag von Höchstädt. Während die siegreichen Feldherren, ihren Erfolg ausnutzend, die Franzosen über den Rhein zurücktrieben, ihnen Landau und Trier wieder entrissen, herrschte unter ihnen nur ein Streit: jeder von ihnen wies dem Genossen den größeren Antheil an dem glorreichen Siege zu, in der That ein seltenes Schauspiel und ein Beweis hochsinniger Charaktergröße, wie die Geschichte deren nicht viele aufzuzählen vermag. Marlborough war von da an auf lange Zeit hinaus eine volksthümliche Gestalt im deutschen Süden, denn das Volk, dankbaren Gemüthes und nicht karg in dem Ausdruck seiner Bewunderung, hat ein

starkes Gefühl dafür, was es denen schuldet, die es von seinen Feinden befreien.

Bald nach diesen großen Erfolgen starb Kaiser Leopold, am 5. Mai 1705; ihm folgte in den Erblanden wie in der Kaiserwürde sein ältester Sohn Josef I., ein junger Fürst voll guter Gesinnungen und trefflicher Vorsätze, eifrig und pflichtgetreu, in dem strengen Katholicismus seines Hauses erzogen, aber kein unfreier Geist; nicht, wie sein Vater, ein folgsames Werkzeug der Jesuiten, sondern von den modernen Ideen der Toleranz berührt, von dem Wunsche beseelt, die Regierung seiner Erblande nach anderen Grundsätzen als sein Vater zu führen, die Verwaltung zu verbessern, die Finanzen zu ordnen, im Reiche die kaiserliche Würde wieder zu Ehren und Ansehen zu bringen. Vorerst freilich mußten unter dem Lärm der Waffen die Reformbestrebungen ruhen, zunächst galt es, den Krieg zu gutem Ende zu führen.

Während Marlborough im Mai 1706 bei Ramillies die Franzosen vollständig schlug und Belgien zum größten Theile besetzte, errang im September desselben Jahres Prinz Eugen, nachdem er unter endlosen Schwierigkeiten sich den Weg quer durch Italien gebahnt hatte, vor Turin einen glänzenden Sieg über die französische Armee, welche diese Stadt belagerte und in ihrem Lager vor der eingeschlossenen Festung aufs beste verschanzt war. Wie früher bei Höchstädt erwarben auch hier die preußischen Hilfstruppen unter Leopolds von Dessau Befehl den höchsten Ruhm. Prinz Eugen selbst stellte sich, als im dichten Kugelregen ihre fest geschlossenen Reihen einen Augenblick zu wanken begannen, an ihre Spitze und führte sie zum Sturm auf die feindlichen Schanzen. Der Sieg von Turin entschied mit einem Schlage die Eroberung Italiens: Mailand übergab sich, Neapel wurde besetzt, der Papst zur Anerkennung der habsburgischen Rechte auf Spanien genöthigt.

Noch einmal ging der glänzende Stern Eugens in den Niederlanden auf, wo der Prinz, abermals mit Marlborough vereinigt, 1708 bei Oudenarde und 1709 bei Malplaquet die Franzosen so vollständig aufs Haupt schlug, daß Ludwig XIV. sich nun selbst dazu verstehen mußte, um den Frieden zu werben. Er war bereit, Straßburg und den ganzen Elsaß dem deutschen Reiche zurückzugeben, er wollte seinen Enkel bewegen, auf Spanien zu verzichten und sich mit Sicilien zu begnügen; die Verbündeten aber verlangten mehr. Der Kaiser wollte auch Sicilien nicht von dem großen habsburgischen Erbe trennen, Marlborough wünschte aus persönlichen Gründen den Krieg fortzusetzen, alle waren nur von dem Wunsche beseelt, den übermüthigen Monarchen bis aufs Aeußerste zu demüthigen. Deßhalb stellten sie an ihn die Forderung, daß er zur Vertreibung seines Enkels aus Spanien die französischen Truppen an der Seite der Engländer und Oesterreicher solle kämpfen lassen. An dieser entehrenden Zumuthung scheiterten die Verhandlungen, und kaum waren sie abgebrochen, als sich die Verhältnisse ganz unerwartet zu Gunsten Frankreichs gestalteten. In England wurde die Partei des Herzogs von Marlborough gestürzt und der neue Minister Bolingbroke strebte aufrichtig danach, Frieden zu schließen; in Spanien wandte sich das launische Kriegsglück dem König Philipp zu und der österreichische Thronbewerber, Erzherzog Karl, mußte sich vor dessen Macht nach Barcelona zurückziehen; endlich raffte ein plötzlicher Tod am 17. April 1711 den Kaiser Josef I. hinweg, und damit war die ganze Stellung der europäischen Mächte zu der spanischen Erbfolgefrage völlig geändert. Dieselben Staaten, die zu den Waffen gegriffen hatten, um das Uebergewicht Frankreichs zu bekämpfen, wollten nicht durch ihre Siege ein neues Uebergewicht Oesterreichs begründen.

Indem Josefs Bruder Karl VI. die deutsche Kaiserwürde annahm und die Regierung in den

österreichischen Erblanden antrat, war die Fortdauer der Herrschaft Philipps V. in Spanien gesichert; für Fortführung des Krieges war nur noch bei Karl ein Interesse vorhanden. Als Prinz Eugen 1712 den Krieg an der flandrischen Grenze wieder aufnahm, erhielten die englischen Truppen Befehl, nicht am Kampfe Theil zu nehmen, und bald darauf wurden zu Utrecht Friedensverhandlungen eröffnet. Nach den englischen Vorschlägen sollte Karl VI. durch Belgien, Mailand, Sardinien und Neapel entschädigt werden, England sollte Gibraltar und Minorca, das deutsche Reich Straßburg und Landau erhalten, Sicilien sollte dem Herzog von Savoyen zu Theil werden. Karl aber wies diese Vorschläge zurück, er wollte von seinem angeblichen Rechte auf die ganze spanische Monarchie auch nicht ein Titelchen abtreten. Die Folge war, daß die anderen Mächte am 11. April 1713 zu Utrecht den Frieden abschlossen, ohne sich weiter um den Kaiser zu kümmern und ferner daß, als nach einem ganz unglücklich geführten Feldzuge am Rhein im Jahre 1714 Kaiser und Reich zu Rastatt und Baden ihren Frieden mit Frankreich schlossen, das deutsche Reich auf die Wiedererwerbung von Straßburg und Landau verzichten mußte. Während Karl VI. diese alten deutschen Besitzungen den Franzosen abermals preisgab, hielt er daran fest, die in den ersten Verhandlungen seinem Hause angebotenen Entschädigungen in Italien im vollen Umfange zu erhalten.

So wenig rühmlich auch der Ausgang des spanischen Erbfolgekrieges war, so war er doch für die politischen Verhältnisse Europas von großer Bedeutung. Die glänzenden Siege, welche über Frankreich erfochten worden waren, hatten die Uebermacht dieses Staates für die Dauer gebrochen und an deren Stelle ein gewisses Gleichmaß der Machtwertheilung unter den großen Staaten gesetzt, welches auf lange Zeit hinaus die Grundlage ihres gegenseitigen Verhältnisses geblieben ist.

Während in Italien und am Rhein der Waffenlärm ertönte, wurde auch der Nordosten Europas von langjährigen Kriegsunruhen heimgesucht. Die bedeutende Rolle, welche seit fast zwei Jahrhunderten Schweden in der nordischen Politik gespielt hatte, konnte nur so lange Bestand haben, bis das große russische Reich in der Civilisation weit genug vorgeschritten war, um sich mit Erfolg an den europäischen Angelegenheiten betheiligen zu können. Als Kaiser Peter der Große an die Spitze dieses Reiches getreten war und durch seine Genialität und schöpferische Kraft die gewaltigen Hilfsmittel desselben in Fluß gebracht hatte, war diesem Fürsten nicht lange verborgen geblieben, daß der Besitz der in den Händen Schwedens befindlichen Ostseeländer für Rußland unerläßlich sei, wenn es thätig in die Beziehungen der europäischen Staaten eingreifen wolle. Die Jugend des Königs von Schweden, Karls XII., schien ihm für die Verwirklichung dieser Pläne günstig, und es wurde ihm nicht schwer, ein Bündniß fast aller der Staaten, welche von den Schweden früher beraubt worden waren, gegen Karl XII. zu Stande zu bringen. Aber in diesem erstand dem schwedischen Volke, welches so viele berühmte Kriegshelden erzeugt hatte, noch einmal ein Fürst, der den Kriegsruhm des nordischen Reiches durch die halbe Welt tragen sollte. Er besiegte bei Narwa Peter von Rußland, eroberte Polen, nöthigte König August II. in seine sächsischen Lande zu fliehen und zwang ihn zu Alt-Ranstädt zum Abschlusse eines wenig ehrenvollen Friedens. Freilich gingen die Früchte seiner Siege wieder verloren, er wurde bei Pultawa von Peter geschlagen, floh in die Türkei und brachte dort mehrere Jahre unthätig zu, während seine Feinde die Küstenländer an der Ostsee, eines nach dem anderen, Schweden wieder abnahmen und August II. wieder in Polen als König einsetzten. Jetzt trat auch Preußen, welches sich bisher nicht an dem Bunde gegen Schweden betheiligt hatte, handelnd auf. In einem Ver-

trage, zu Schwedt am 6. Oktober 1713 abgeschlossen, übergab Rußland das eroberte Stettin gegen Bezahlung von 400,000 Thalern für Belagerungskosten an Preußen, welches diese Stadt und das dazu gehörige Gebiet bis zum Frieden mit Schweden besetzen, im übrigen aber wie bisher neutral bleiben sollte. Würde Schweden wegen dieses Vertrages Preußen angreifen, so verpflichteten sich die Verbündeten, es mit ihrer ganzen Macht zu vertheidigen. Dieser Vertrag war von großer Bedeutung; indem Preußen das von den Schweden bisher innegehabte Pommern besetzte, verlegte es dieser eroberungssüchtigen, aufstrebenden Macht den Weg aus ihrem eigenen Lande nach dem Norden des europäischen Festlandes, denn stets waren von Pommern alle Angriffe Schwedens auf Deutschland, Dänemark, Polen und Rußland ausgegangen. Und ferner erhielt dadurch Preußen eine äußerst wichtige Stellung in dem Kreise der an die Ostsee grenzenden Staaten, es übernahm hier an der Nordostgrenze Deutschlands mit Erfolg die Aufgabe, die Kaiser und Reich nicht hatten lösen können. Die Bedeutung dieses Vertrages entging denn auch Karl XII. nicht, als er endlich aus der Türkei wieder zurückkehrte. Durch seine alle preußischen Vorschläge rundweg ablehnende Haltung zwang er Preußen, die Neutralität aufzugeben, sich den Feinden Schwedens anzuschließen und seine Truppen gegen ihn marschiren zu lassen. Nach dem unglücklichen Ende des Schwedenkönigs erhielt im Stockholmer Frieden von 1720 Hannover Bremen und Verden, Preußen Vorpommern bis zur Peene, so daß den Schweden von allen ihren im dreißigjährigen Kriege gemachten Eroberungen nur noch ein kleiner Theil von Pommern mit den Städten Greifswald und Stralsund und die Insel Rügen blieb. Die alten deutschen Colonien Livland und Esthland, die bisher Schweden besessen, gingen in die Hände Rußlands über.

Fast gleichzeitig erfocht Oesterreich glänzende Siege über die Türken. Als sich bald nach dem Badener Frieden die Republik Venedig in neuen Streit mit den Osmanen verwickelt sah, zauderte, vornehmlich auf Prinz Eugens Betreiben, der Kaiser nicht, zu erkennen, daß hierbei auch die Interessen Oesterreichs bedroht seien, und den Krieg zu erklären. In zwei großen Schlachten, 1716 bei Peterwardein, 1717 bei Belgrad schlug Prinz Eugen die Türken. In seinem Lager, um den größten Kriegsmann der Zeit, sammelten sich aus allen christlichen Ländern vornehme Jünglinge, es war wie ein letztes Aufflackern der alten ritterlichen Gesinnung, die in diesen Kriegen gegen die Ungläubigen nicht nur die Grenzen der civilisirten Länder gegen den Ueberfall asiatischer Horden schützen, sondern auch ein Gott besonders wohlgefälliges Werk vollbringen wollte. Der siegreiche Feldherr war ein kleiner, unscheinbarer Mann, steif und hölzern in seinen Bewegungen, die Gesichtszüge häßlich, durch fortwährendes Schnupfen entstellt, aber er besaß die Eigenschaften, welche den Soldaten an seinen Führer fesseln, vor allem im Augenblicke der Gefahr den kühnen Entschluß und die das eigene Leben rücksichtslos aufs Spiel setzende Tapferkeit. Auch bei Belgrad hatte sein persönliches Eingreifen, als er sich an die Spitze der Seinen stellte, um die wuchtig vordringenden Türken zurückzuwerfen, den Ausschlag gegeben. Den Ruhm dieses Feldzuges aber haben die tapferen Soldaten verewigt in dem prächtigen, naturwüchsigen Liede, das noch heute auf dem Marsch und im Lager erklingt, von „Prinz Eugen, dem edeln Ritter".

Die großen Erfolge der von Eugens Meisterhand geleiteten Waffen hätten Oesterreich in die Lage gesetzt, seine große Culturaufgabe im Osten zu lösen, zunächst die Wege hierzu durch die Erwerbung der Donaumündungen, der Moldau und Walachei zu ebnen. Diese Forderungen erhob der Feldherr, der zugleich der weitblickendste Staatsmann war, bei dem zu Passarowitz zusammentretenden Friedenscongresse. Sein Kaiser aber hielt andere Ziele für ungleich wichtiger. In dem Rastatter Frieden hatte er sich nur mit Frankreich ausgesöhnt, mit Spanien dauerte der Kriegszustand fort, und als jetzt spanische Truppen in Italien zu landen drohten, ließ Karl VI. die ganze orientalische Politik fallen, um nur die italienischen Besitzungen seines Hauses zu sichern. Die großen Gesichtspunkte, die Eugen geltend gemacht hatte, wurden aufgegeben, und Oesterreich begnügte sich im Frieden von Passarowitz mit Belgrad und einem kleinen Theile der Walachei. Der Halbmond war, weit entfernt aus Europa vertrieben zu werden, bald wieder in seiner Macht so befestigt, daß nur zwanzig Jahre später, als kein Eugen mehr an der Spitze der österreichischen Heere ritt, ein im Bunde mit Rußland unternommener Krieg gegen die Türken mit dem Verluste Belgrads und aller von Eugen gemachten Eroberungen endete.

Während in Oesterreich unter der Regierung Karls VI. auf allen Gebieten des staatlichen Lebens der alte hergebrachte Schlendrian in gewohnter Weise seinen Fortgang nahm, der Staatshaushalt kostspielig und schwerfällig blieb, die Interessen des Hofes maßgebend, die Interessen des Landes unbeachtet waren, während auch das Heer, als der scharfe Blick und der gewissenhafte Pflichteifer des Prinzen Eugen nicht mehr über dasselbe wachte, in Verfall gerieth, hatte in Preußen nach dem Tode König Friedrichs I. am 25. Februar 1713 ein Fürst den Thron bestiegen, dessen ganzes Sinnen und Trachten dahin ging, mit aller Entschiedenheit seinem Lande alle Vortheile zu verschaffen, welche die Herrschaft eines klaren und festen Willens über die in widerspruchlosem Gehorsam geeinigten Kräfte der Gesammtheit zu erzeugen im Stande ist. Die Grundlagen des staatlichen Baues, welche der große Kurfürst Friedrich Wilhelm in den

märkischen Boden versenkt hatte, sie erhielten jetzt in 27 arbeitsreichen und gesegneten Jahren die rechte Befestigung und Ausführung durch dessen Enkel König Friedrich Wilhelm I. Dieser Herrscher, vielverkannt, ja verleumdet durch den wohlfeilen Witz anekdotenhafter Ueberlieferungen, durch den leichtfertigen und boshaften Klatsch der „Denkwürdigkeiten" seiner eigenen Tochter, der Markgräfin von Baireuth, unverdient in den Schatten gestellt durch die glänzenden, ja blenden-

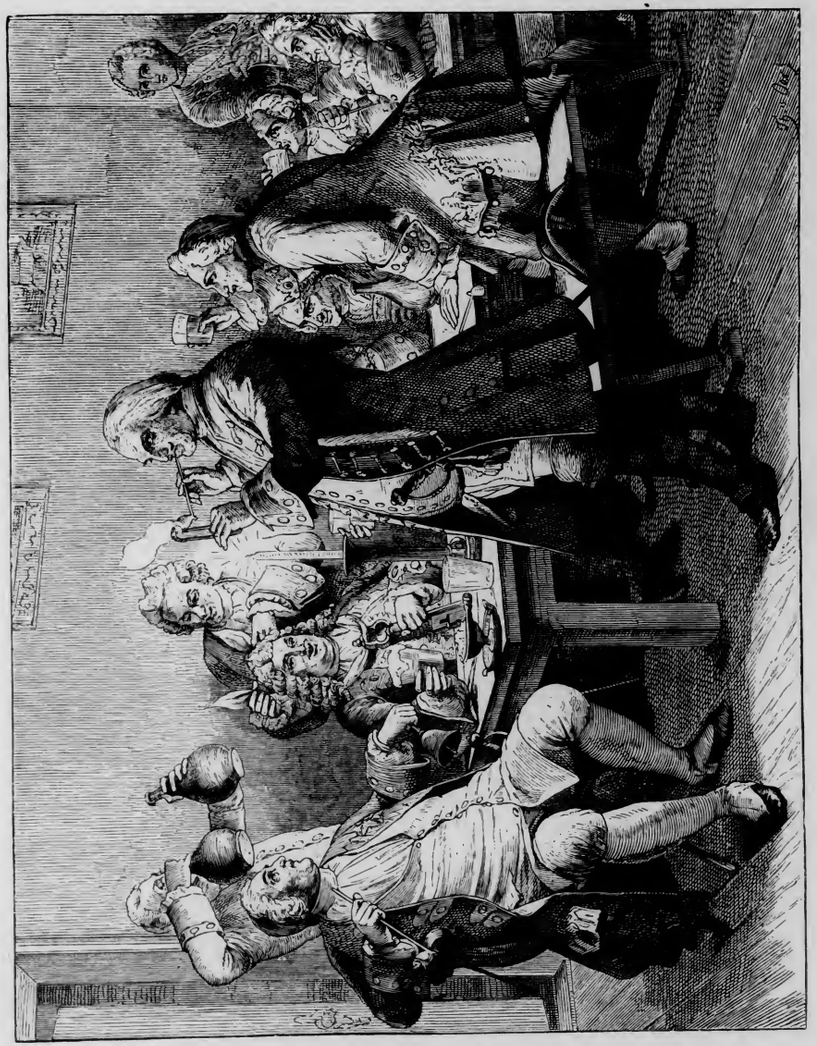
Friedrich Wilhelm I. von Preußen.

den Gaben und die großen Thaten seines Sohnes Friedrichs II., war der eigentliche Gründer des preußischen Staates, der unter ihm das charakteristische Gepräge empfing, durch welches er sich von allen übrigen Staaten Europas, besonders auch von den verschiedenen deutschen Nachbarstaaten, abhob, der unter ihm die werthvolle Organisation erhielt, welche ihn befähigte, freilich mit großen Opfern, sich zu einer Großmacht emporzuarbeiten und an die Spitze Deutschlands zu treten. Er war der Schöpfer der preußischen

straumen Zucht und Ordnung, des ehrenfesten und arbeitskräftigen preußischen Beamtenthums, des jeder Anforderung gewachsenen preußischen Heeres. Um ihm ganz gerecht zu werden, muß man ihn den entarteten, in sittenloser Willkür ihre Länder ruinirenden Fürsten jener Zeit gegenüberstellen, wie jener August II. von Sachsen und Polen einer war, dessen ganzes Leben in der Ueppigkeit der Feste, in dem Uebermuth des Lasters, in der lächerlichen Nachäffung eines Ludwig XIV. aufging, der seinen fürstlichen Beruf entwürdigte, seine fürstlichen Pflichten vernachlässigte, sein Land mit unerträglichen Lasten überbürdete, lediglich um in Saus und Braus und orientalischem Luxus schwelgen zu können.

Als Friedrich Wilhelm I. die Regierung antrat, war sein Erstes die Abstellung des glänzenden Prunkes, mit dem sein Vater sich zu umgeben geliebt hatte; eine Menge von Hofämtern ging ein, Pensionen wurden eingezogen, Mißbräuche aller Art wurden abgeschafft. Der Gang aller Staatsgeschäfte wurde sofort beschleunigt, überall griff der König selbst ein, überall gewahrte man den scharfen Blick seines Auges, den festen Druck seiner Hand. Alle die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung waren ihm bis in die kleinsten Einzelheiten bekannt, über alle diese Einzelheiten wollte er stets unterrichtet sein und verfügen. Und jene irrten, welche meinten, dieser Eifer, dieser Thätigkeitstrieb werde bald in Nachlaß gerathen, sie erkannten nicht, daß er auf der sittlichen Grundlage eines unerschütterlichen Pflichtgefühls ruhte; bis zum letzten Athemzuge hat Friedrich Wilhelm I. der rastlosen Arbeit für sein Land gelebt. Es war keine Phrase, wenn er in einem Schreiben aus den ersten Tagen seiner Regierung sagte: fortan wolle er sein eigener Feldmarschall und Finanzminister sein; er hätte noch alle übrigen höchsten Aemter seines Staates für sich in Anspruch nehmen können, denn in der That leitete er in oberster Reihe den Geschäftsgang aller dieser Aemter. Der Rechtspflege wandte er zuvörderst sein Augenmerk zu. Er sorgte dafür, daß die Verschleppung der Prozesse ein Ende nahm, „daß die Justiz in seinen Landen schnell, unparteiisch, mit reinen Händen, gleich für arm und reich, hoch und niedrig administrirt werde"; es gelang ihm allerdings nicht, die Pedanterie, die Umständlichkeit und Weitläufigkeit seiner Juristen völlig zu bewältigen, aber doch konnte gegen das Ende seiner Regierung der Plan: „ein beständiges und ewiges Landrecht" dem ganzen Staate zu geben, ernstlich in Angriff genommen werden, nachdem die alten Rechte einzelner Provinzen vielfach verbessert worden waren.

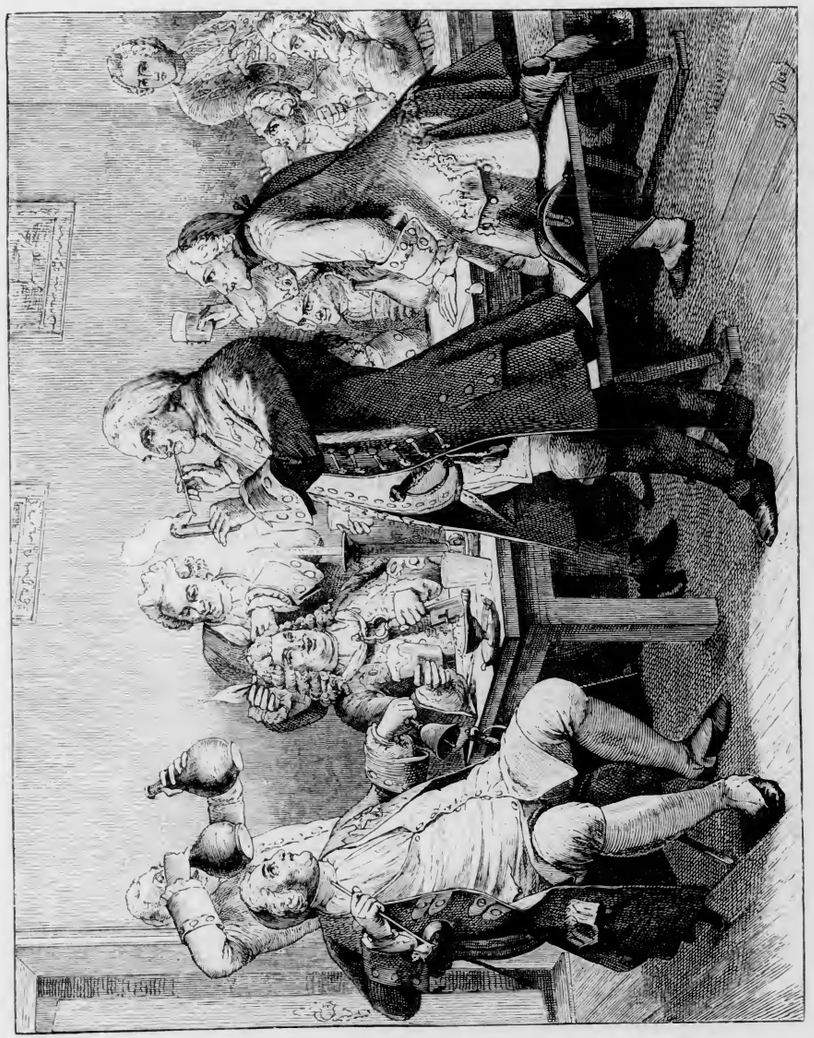
Von frühester Jugend an war dem Heerwesen seine ganz besondere Neigung zugewandt. Er hatte erkannt, daß es für einen aufstrebenden Staat, der allenthalben von überlegenen Mächten umgeben war, eine Frage des Daseins sei, über eine große und tüchtige Heeresmacht zu gebieten. Von 38,000 Mann, die sie 1713 zählte, brachte Friedrich Wilhelm I. die preußische Armee auf die Stärke von 83,000 Mann. Aber nicht nur die Zahl, auch die Leistungsfähigkeit seines Heeres verstand er zu erhöhen. Etwa die Hälfte desselben ergänzte er jährlich durch Werbung in anderen Ländern des Reiches, auch wohl im Auslande, die andere Hälfte wurde im eigenen Lande ausgehoben. Und bei dieser Aushebung war das Wesentliche und Neue, daß sie sich auf die jungen Leute des ganzen Landes erstreckte, auf die Gutsangehörigen des Adels so gut, wie auf die in den königlichen Aemtern Eingesessenen. Alle diese Leute nahm jetzt der Staat in Anspruch, und wenn sie nach fünfjähriger Dienstzeit nach Hause zurückkehrten, blieben sie mit einander in einer Verbindung, welche durch die jährliche Einberufung zum „Landregiment" befestigt wurde; sie bildeten einen Grundstock an Zucht und Ordnung und festes Zusammenhalten gewohnter Männer, denen



strammen Zucht und Ordnung, des ehrenfesten und arbeitskräftigen preußischen Beamtenthums, des jeder Anforderung gewachsenen preußischen Heeres. Um ihm ganz gerecht zu werden, muß man ihn den entarteten, in sittenloser Willkür ihre Länder ruinirenden Fürsten jener Zeit gegenüberstellen, wie jener August II. von Sachsen und Polen einer war, dessen ganzes Leben in der Ueppigkeit der Feste, in dem Uebermuth des Lasters, in der lächerlichen Nachäffung eines Ludwig XIV. aufging, der seinen fürstlichen Beruf entwürdigte, seine fürstlichen Pflichten vernachlässigte, sein Land mit unerträglichen Lasten überbürdete, lediglich um in Saus und Braus und orientalischem Luxus schwelgen zu können.

Als Friedrich Wilhelm I. die Regierung antrat, war sein Erstes die Abstellung des glänzenden Prunkes, mit dem sein Vater sich zu umgeben geliebt hatte; eine Menge von Hofämtern ging ein, Pensionen wurden eingezogen, Mißbräuche aller Art wurden abgeschafft. Der Gang aller Staatsgeschäfte wurde sofort beschleunigt, überall griff der König selbst ein, überall gewahrte man den scharfen Blick seines Auges, den festen Druck seiner Hand. Alle die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung waren ihm bis in die kleinsten Einzelheiten bekannt, über alle diese Einzelheiten wollte er stets unterrichtet sein und verfügen. Und jene irrten, welche meinten, dieser Eifer, dieser Thätigkeitstrieb werde bald in Nachlaß gerathen, sie erkannten nicht, daß er auf der sittlichen Grundlage eines unerschütterlichen Pflichtgefühls ruhte; bis zum letzten Athemzuge hat Friedrich Wilhelm I. der rastlosen Arbeit für sein Land gelebt. Es war keine Phrase, wenn er in einem Schreiben aus den ersten Tagen seiner Regierung sagte: fortan wolle er sein eigener Feldmarschall und Finanzminister sein; er hätte noch alle übrigen höchsten Aemter seines Staates für sich in Anspruch nehmen können, denn in der That leitete er in oberster Reihe den Geschäftsgang aller dieser Aemter. Der Rechtspflege wandte er zuvörderst sein Augenmerk zu. Er sorgte dafür, daß die Verschleppung der Prozesse ein Ende nahm, „daß die Justiz in seinen Landen schnell, unparteiisch, mit reinen Händen, gleich für arm und reich, hoch und niedrig administrirt werde"; es gelang ihm allerdings nicht, die Pedanterie, die Umständlichkeit und Weitläufigkeit seiner Juristen völlig zu bewältigen, aber doch konnte gegen das Ende seiner Regierung der Plan: „ein beständiges und ewiges Landrecht" dem ganzen Staate zu geben, ernstlich in Angriff genommen werden, nachdem die alten Rechte einzelner Provinzen vielfach verbessert worden waren.

Von frühester Jugend an war dem Heerwesen seine ganz besondere Neigung zugewandt. Er hatte erkannt, daß es für einen aufstrebenden Staat, der allenthalben von überlegenen Mächten umgeben war, eine Frage des Daseins sei, über eine große und tüchtige Heeresmacht zu gebieten. Von 38,000 Mann, die sie 1713 zählte, brachte Friedrich Wilhelm I. die preußische Armee auf die Stärke von 83,000 Mann. Aber nicht nur die Zahl, auch die Leistungsfähigkeit seines Heeres verstand er zu erhöhen. Etwa die Hälfte desselben ergänzte er jährlich durch Werbung in anderen Ländern des Reiches, auch wohl im Auslande, die andere Hälfte wurde im eigenen Lande ausgehoben. Und bei dieser Aushebung war das Wesentliche und Neue, daß sie sich auf die jungen Leute des ganzen Landes erstreckte, auf die Gutsangehörigen des Adels so gut, wie auf die in den königlichen Aemtern Eingesessenen. Alle diese Leute nahm jetzt der Staat in Anspruch, und wenn sie nach fünfjähriger Dienstzeit nach Hause zurückkehrten, blieben sie mit einander in einer Verbindung, welche durch die jährliche Einberufung zum „Landregiment" befestigt wurde; sie bildeten einen Grundstock an Zucht und Ordnung und festes Zusammenhalten gewohnter Männer, denen



es immer die höchste Ehre blieb, „des Königs Rock“ getragen zu haben. Dadurch wurden sie gewissermaßen über die Linie der anderen, die stets ruhig auf der Scholle gesessen, emporgehoben; aber noch ein anderes zeichnete sie vor diesen aus: jeder Soldat mußte lesen, schreiben, rechnen lernen, und so trugen sie wenigstens den Keim einer, wenn auch ungenügenden Bildung unter ihre ländlichen Genossen hinaus. Für einen besonderen Vorzug des Soldaten galt damals die Körpergröße, die „langen Kerle“ waren in allen Armeen besonders gesucht; auch Friedrich Wilhelm huldigte diesem Vorurtheile und sah darauf, möglichst viele ungewöhnlich große Männer unter seinen Truppen zu haben. Bei den Werbungen wurde ganz besonders, und nicht immer mit den besten Mitteln, nach den „langen Kerlen“ gefahndet. Alle diese Leute nun, Ausgehobene und Angeworbene, wurden mit rastlosem Eifer eingeübt und gedrillt. Die einzelnen Körper der Armee: Compagnien, Bataillone, Regimenter mußten brauchbare Werkzeuge werden, welche den Befehlen ihrer Offiziere unbedingt gehorchten. Es ging nicht immer sanft zu bei dieser Umbildung des Rekruten in den Soldaten, aber wenn sie vollzogen war, so stand ein Mensch in Reihe und Glied, befähigt, nicht nur alle taktischen Bewegungen mit Ruhe und Sicherheit auszuführen, sondern auch alle Strapazen des Krieges mit Aufbietung der wohlgeübten Körperkraft zu bestehen.

Diese Soldaten wurden von Offizieren befehligt, welche sich wesentlich von denjenigen der kaiserlichen und der Reichsarmee unterschieden. Fast durchweg gehörten sie dem zahlreichen Adel des Landes an, der hier in moderner Form dieselben Pflichten gegen den König erfüllte, welche einst die ritterlichen Vasallen ihrem Lehensherren geleistet hatten. Nicht der Oberst des Regiments besetzte die übrigen Offiziersstellen, nicht durch Kauf konnten sie erworben werden, sondern der König selbst ernannte sie alle, sie waren gewissermaßen die Vertrauensmänner, denen er die Ausbildung und Führung des Heeres übergab. Und der König betrachtete sich als den ersten dieses Standes; statt des gestickten Hofkleides pflegte er die Uniform seiner Armee zu tragen, und an ihren Uebungen nahm er selbst den eifrigsten Antheil. Im Lustgarten zu Potsdam konnte man ihn erblicken, wie er in eigener Person das Drillen seiner „Riesen“ überwachte. Da war man freilich mit dem wohlfeilen Spotte über den königlichen „Exerciermeister“ bei der Hand, über seine Soldatenspielerei und seine Wachtparade, aber das, was sogar ein Prinz Eugen für Spielerei hielt, schuf jenes bewunderungswürdige Heer, das ein Menschenalter später den Armeen von halb Europa muthig und erfolgreich den Widerpart hielt und dem preußischen Staate neue Provinzen eroberte.

Diese Armee kostete viel Geld, und das Land mußte die Mittel aufbringen. Darum war der König auch darauf mit Eifer bedacht, die Erwerbsquellen seines Landes zu vermehren und ergiebiger zu machen. Vor allem das Heer selbst sollte seinen Bedarf nur aus dem Inlande beziehen. Zu diesem Zwecke wurden Tuch- und Wollfabriken gegründet, und bald konnten die Waaren des Berliner Lagerhauses den Vergleich und die Wettbewerbung mit den Erzeugnissen des Auslandes bestehen. Ebenso wurde die Leder- und Linnenindustrie des Landes gefördert, die Metallarbeit für das Heer im Lande gefertigt, die Einfuhr ausländischer Artikel dagegen hoch besteuert. Daß die Industrie sich rasch zu schönen Erfolgen aufschwang, war nicht zum kleinsten Theile das Verdienst der französischen Flüchtlinge, welche die Kunstfertigkeit, den Fleiß, die Genügsamkeit der Heimath an ihre neuen Wohnsitze verpflanzt hatten und so eine ursprünglich aus idealen Regungen hervorgegangene fürstliche Maßregel dem materiellen Wohlbefinden des Landes, das sie aufgenommen, zum Segen gereichen ließen.

Nicht minder als das Gewerbe suchte der König auch den Ackerbau zu fördern. Auf den Domänen hob er den Erbpacht wieder auf, führte neuerdings den Zeitpacht ein, und erhöhte dadurch ebenso sehr den Ertrag dieser Güter, als er anderseits die Pächter durch diese, freilich in wohl erworbene Rechte tief und gewaltsam eingreifende Anordnung zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte anspornte.

Jenen Theil des Grundbesitzes, aus dem das Fürstenhaus die für seine persönlichen Bedürfnisse bestimmten Einkünfte bezog, die sogenannten Schatullgüter, vereinigte er mit den Domänen, welche die Mittel zur Führung des Staatshaushaltes lieferten, und ließ aus dem gesammten Ertrage nur eine höchst mäßige Summe, 52,000 Thaler, zur seiner persönlichen Verfügung, (wir würden heute sagen als „Civilliste") ausscheiden.

Weite Strecken Landes, namentlich in den östlichen Provinzen, waren öde und unbebaut; um sie urbar zu machen, zog der König fremde Ansiedler in sein Land, ertheilte ihnen Freiheiten aller Art, begünstigte in jeder Weise ihre Niederlassung. Auch die Städte erholten sich unter seiner Fürsorge von den Schrecken der langen Kriege. Verfallene Häuser wurden wieder aufgebaut, und reges Leben herrschte in den Werkstätten der fleißigen Bürger.

Das selbstthätige Eingreifen in alle Zweige des Staatswesens hatte Friedrich Wilhelm I. ein wesentliches und folgenschweres Uebel der bisherigen Art zu regieren enthüllt, den Mißstand, daß die Vorstände der wichtigsten Aemter ihre Verfügungen einseitig, ohne jede Verständigung unter einander, trafen. Diese Einsicht rief den Beschluß hervor, eine Behörde zu schaffen, in welcher alle Fäden der ganzen Staatsmaschine zusammenliefen, das „Generaldirectorium", mit modernem Namen ein Gesammtministerium, in welchem jeder Minister seinen Dienstzweig vertrat, an den Entscheidungen über alle dort zum Vortrag gebrachten Fragen aber alle Mitglieder unter gemeinsamer Verantwortlichkeit mitwirkten. In dieser Behörde führte der König selbst den Vorsitz und zwar nicht nur der Form nach, sondern er leitete in der That von dieser Stelle aus das ganze Staatswesen und verlieh durch seine Leitung derselben nicht nur, wie er sich ausdrückte „Lüstre, Autorität und Nachdruck", sondern die hochwichtige, alle Sonderinteressen, Intrigiren und Eifersüchteleien niederhaltende Einheit der gesammten Geschäftsführung.

Das Bild des Selbstherrschers, der in seiner Hand nicht nur alle Gewalt vereinte, sondern sie auch durchweg selbst zur Anwendung brachte, wäre nicht völlig getreu, wenn man versäumte, auch die Schattenseiten dieses an Segen reichen Regimentes hervorzuheben. Der Begriff der königlichen Macht auf der einen, der königlichen Pflicht auf der anderen Seite hatte in Friedrich Wilhelm I. die Vorstellung erzeugt, daß es seine Aufgabe sei, in alle, bis auf die kleinsten, Verhältnisse seines Landes persönlich einzugreifen. Wie er auf seinem Morgenspaziergang, als er vor der geschlossenen Poststube die Reisenden obdachlos warten sieht, den Postmeister mit dem Stock aus dem Bette holt und dann alsbald seiner Dienste entläßt, so hat er, gewaltthätig, den Eingebungen des Augenblicks, den Aufwallungen des Jähzorns folgend, allenthalben, wo er einen Mißstand sah, eingegriffen, rücksichtslos, ohne Schonung, ohne lange Ueberlegung und Abwägung der Schuld oder Unschuld des Betroffenen; aber was ihn dazu trieb, war nicht die wechselnde Laune des Despoten, sondern das stets lebendige väterliche Gefühl der Sorge für das Wohl des Staates. Das Gedeihen, geschweige das Behagen des Einzelnen fand dabei allerdings keine Berücksichtigung; aber das Ganze gedieh. Die Anspannung aller Kräfte des Landes, die sorgfältige und gewissenhafte Verwaltung, die

streng durchgeführte Sparsamkeit, wobei überall der König mit seinem Beispiel voranging, ermöglichte es ihm, die Staatseinkünfte während seiner Regierung zu verdoppeln, von 3,665,000 auf 7 Millionen Thaler zu erhöhen und dabei noch einen Staatsschatz von mehr als 10 Millionen zu hinterlassen.

Noch einen anderen Schatz begann Friedrich Wilhelm I. für sein Land zu sammeln, indem er das Landschulwesen begründete und den Schulzwang einführte, welcher die Grundlage der Bildung des Volkes geworden ist auf der freilich noch lange fortzubauen sein wird, um die reife Frucht wahrer Bildung, die durch weise Selbstbeschränkung gesicherte Freiheit, allenthalben gedeihen zu sehen. Es war freilich nur erst ein dürftiger Unterricht, von ungenügend gebildeten Lehrern, in durchaus ungenügenden Räumen ertheilt, und indem man, bei dem Mangel anderer Kräfte und reicherer Mittel, Leitung und Beaufsichtigung der Schule den Geistlichen übertrug, wurde gleichzeitig zu jener einseitigen Richtung der Grund gelegt, deren Befolgung von den letzten und höchsten Zielen des Schulunterrichts entfernt, statt sie zu erreichen; aber trotzdem ist Friedrich Wilhelm I. auch das Ungenügende, was er für die Schule gethan hat, als ein entschiedenes und großes Verdienst anzurechnen.

Was unter der Regierung dieses Königs in dem rasch aufstrebenden preußischen Staate geschah, gewinnt eine noch höhere Bedeutung durch die Wirkung, die es über die preußischen Grenzen hinaus übte. In Deutschland fing man nach und nach an, die Augen aufmerksam nach diesem Staate und den Erfolgen seines Regenten zu richten, und mancher deutsche Fürst begann zu ahnen, daß es doch ein edleres Muster wahrer Fürstlichkeit gebe als jenen Ludwig XIV., dessen Abbild im Kleinen zu sein, mehr als ein Menschenalter hindurch das eifrigste Streben der kleinen und kleinsten Regenten in unserm Vaterlande gewesen war. Aber noch durch ein anderes wußte der preußische Staat die Aufmerksamkeit und Theilnahme weiter Kreise des deutschen Volkes anzuziehen, durch den Schutz, den seine Fürsten nach wie vor dem deutschen Protestantismus angedeihen ließen.

Das Uebergewicht Frankreichs hatte es ermöglicht, daß der Katholicismus, unter dem Schutze dieser Macht, allenthalben, wo er Boden verloren hatte, auf neue Eroberungen ausging, wo er herrschte, den verhaßten Protestantismus völlig zu beseitigen strebte. Wir haben gesehen, wie die Ryßwicker Clausel dazu benutzt wurde, katholische Propaganda zu machen; die Gleichgiltigkeit der Seemächte hatte den Utrechter Frieden vorbeigehen lassen, ohne die Beseitigung jener Frankreich gemachten Zugeständnisse zu verlangen. Inzwischen hatten neue Erfolge die katholischen Bestrebungen gekrönt, die katholische Dynastie in der Pfalz trat schroff und gehässig gegen ihre protestantischen Unterthanen auf, August von Sachsen mißhandelte, auf Antrieb der Jesuiten, die Protestanten seines polnischen Königreiches, in Schlesien und Ungarn wurde alles aufgeboten, die Evangelischen in der ihnen feierlich gewährleisteten freien Religionsübung zu beeinträchtigen. Am übelsten behandelte der Erzbischof von Salzburg jene Unterthanen, die mit zäher Beharrlichkeit an der von ihren Vätern einst angenommenen Lehre des Evangeliums festhielten. Als die Missionspredigten der Jesuiten an der Glaubenstreue dieser einfachen Bauern scheiterten, rief er gegen die „Empörer" kaiserliche Hilfe an, und der Kaiser ließ in der That Truppen marschiren, die Anführer in den Kerker werfen, Bibeln und Katechismen mit Gewalt wegnehmen. Als dann der evangelische Körper des Reichstages beschloß, vom Kaiser zu fordern, daß den Salzburgern die Auswanderung gestattet werde, ertheilte der Erzbischof diese Erlaubniß, setzte ihnen jedoch eine so kurze Frist, daß den Leuten nicht möglich war, ihre Güter zu verkaufen, ihre Verhältnisse

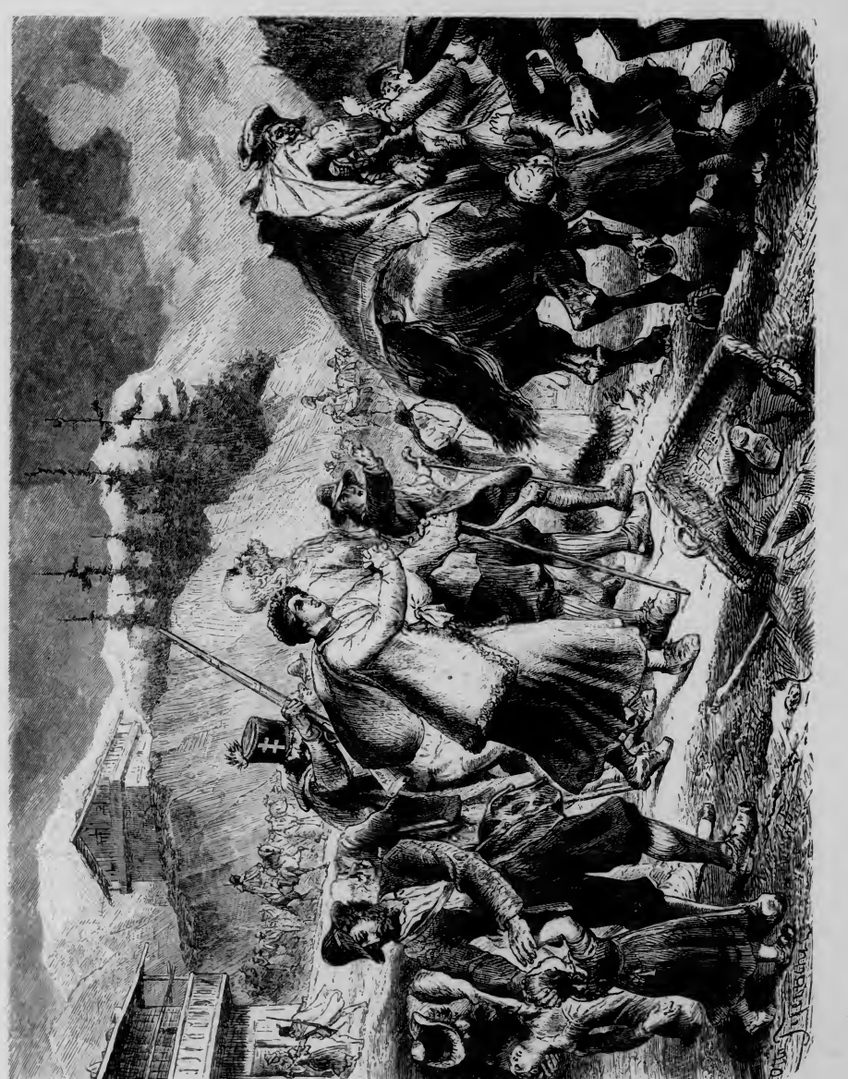
zu ordnen. Aus anderen Ländern des Reiches, aus der Pfalz, aus den rheinischen Bisthümern hatten schon vorher Tausende von Auswanderern in Ostpreußen eine neue Heimath gefunden. Auf Preußen richteten sich jetzt auch die Blicke dieser unglücklichen Salzburger. Und sie fanden bei dem Könige hilfebereite Gesinnung. Am 2. Februar 1732 erließ er ein Patent, in welchem er die Hoffnung aussprach, der Erzbischof werde den Evangelischen seines Landes die Auswanderung den Reichsgesetzen gemäß (d. h. mit dreijähriger Frist zur Ordnung ihrer Angelegenheiten) gestatten; wo nicht, so werde er jedes an ihnen begangene Unrecht so betrachten, als ob es preußischen Unterthanen widerfahren sei und sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln schad- und klaglos zu halten wissen. Darauf wurde die Auswanderung nach Preußen systematisch geordnet, durch Commissare überwacht, durch Reisegeld unterstützt. Die Ackerbauer wurden nach Preußen, die Handwerker nach der Neumark gewiesen. Den nahezu 20,000 Salzburgern folgten noch 1200 Unterthanen des Abtes von Berchtesgaden. Sie alle nahm der König mit offenen Armen auf und gab sich nicht zufrieden, bis der Erzbischof entsprechende Entschädigungssummen für die von jenen verlassenen Güter auszahlen ließ. Wie einst die durch Ludwig XIV. vertriebenen Franzosen, so lohnten auch diese ihre süddeutschen Glaubensgenossen die gute Aufnahme, die sie bei ihrem Schirmherren gefunden, in reichem Maße. Die Cultur des deutschen Nordostens ist durch diese fleißigen und treuen Einwanderer wesentlich gefördert worden. Der Name des Königs und seines Staates aber klang überall, wo der evangelische Glaube bekannt wurde, hochgerühmt von dankbaren Lippen.

Nicht ebenso verstand es Friedrich Wilhelm I., dem preußischen Staate auf dem Gebiete der großen europäischen Politik die ihm gebührende Stellung zu erringen.

Wie ein Menschenalter früher die spanische, so stand jetzt die österreichische Erbfolgefrage als ein schwarzer Punkt am politischen Horizonte. Karl VI. hatte keinen Sohn, der Mannsstamm des alten habsburgischen Hauses drohte zu erlöschen. Dieser Aussicht gegenüber hatte Kaiser Josef I. bestimmt, daß alsdann seine Töchter folgen sollten, von denen die eine nach Baiern, die andere nach Sachsen geheirathet hatte. Karl VI. aber erklärte diese Bestimmung für ungiltig und erkannte das Erbe seinen eigenen Töchtern zu. Erst nach deren und ihrer Nachkommen Abgang sollten die Töchter seines Bruders zur Erbschaft berufen sein. Es kam nun darauf an, diese Bestimmung, die sogenannte „pragmatische Sanction" allen jenen genehm zu machen und von ihnen anerkennen zu lassen, welchen ein Einspruchsrecht zur Seite stand. Zunächst mußten die Stände der Kronlande zustimmen, und es war nicht all zu schwer, ihre Einwilligung zu erhalten, dann galt es den deutschen Reichstag zu gewinnen, endlich war der etwaige Widerspruch der großen europäischen Mächte zu beseitigen.

In Deutschland war, um so mehr da Baiern und Sachsen, als Betheiligte, alles aufboten, um die Wünsche des Kaisers zu vereiteln, für diesen die Stellung Preußens von der größten Wichtigkeit. König Friedrich Wilhelm I. war noch in höherem Grade als sein Vater kaiserlich gesinnt und dem Hause Oesterreich ergeben. Nur die jülich-bergische Erbfolgefrage hatte ihn auf kurze Zeit dieser Haltung untreu gemacht.

Im Jahre 1666 hatten Brandenburg und Pfalz-Neuburg die Erbfolge in den jülich-bergclevischen Landen vertragsmäßig geregelt, nach dem Aussterben des einen sollte das andere Haus in der Regierung folgen. Nun hatte aber indeß das neuburgische Haus die Regierung in Kurpfalz angetreten und suchte jetzt, da sein Mannsstamm am Erlöschen war, dem jungen Pfalzgrafen von Sulzbach, dem die Nachfolge



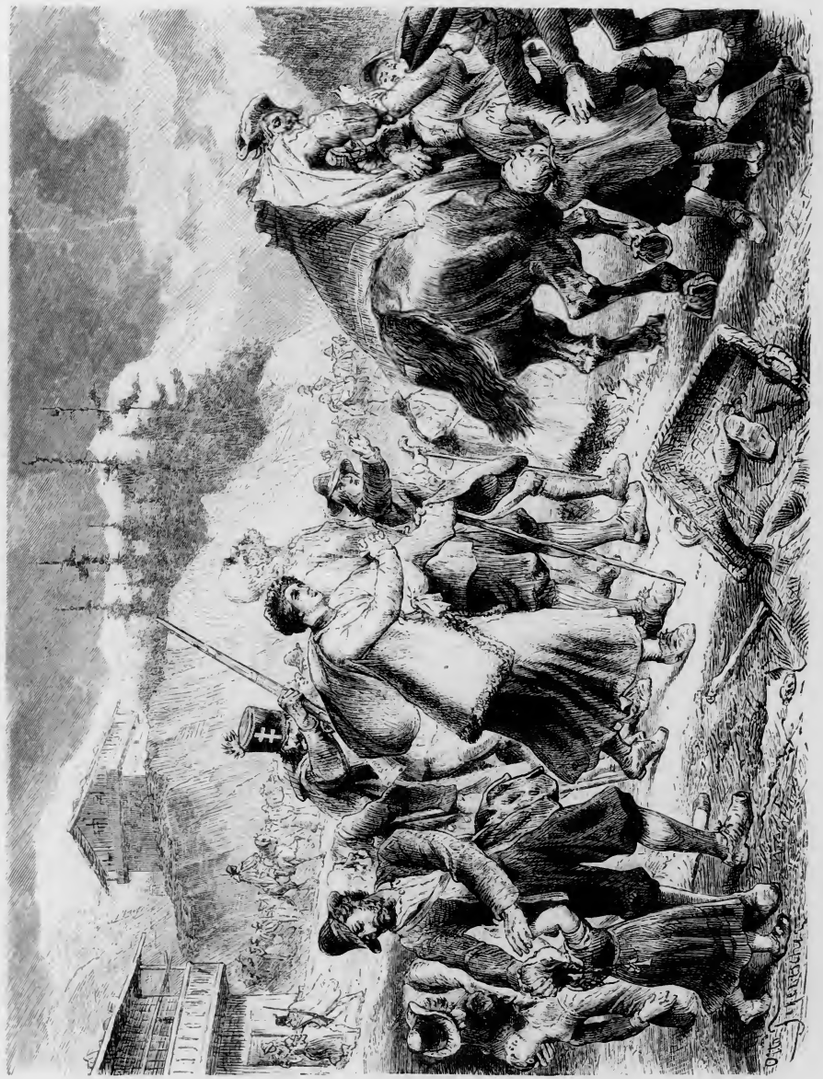
zu ordnen. Aus anderen Ländern des Reiches, aus der Pfalz, aus den rheinischen Bisthümern hatten schon vorher Tausende von Auswanderern in Ostpreußen eine neue Heimath gefunden. Auf Preußen richteten sich jetzt auch die Blicke dieser unglücklichen Salzburger. Und sie fanden bei dem Könige hilfebereite Gesinnung. Am 2. Februar 1732 erließ er ein Patent, in welchem er die Hoffnung aussprach, der Erzbischof werde den Evangelischen seines Landes die Auswanderung den Reichsgesetzen gemäß (d. h. mit dreijähriger Frist zur Ordnung ihrer Angelegenheiten) gestatten; wo nicht, so werde er jedes an ihnen begangene Unrecht so betrachten, als ob es preußischen Unterthanen widerfahren sei und sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln schad- und klaglos zu halten wissen. Darauf wurde die Auswanderung nach Preußen systematisch geordnet, durch Commissare überwacht, durch Reisegeld unterstützt. Die Ackerbauer wurden nach Preußen, die Handwerker nach der Neumark gewiesen. Den nahezu 20,000 Salzburgern folgten noch 1200 Unterthanen des Abtes von Berchtesgaden. Sie alle nahm der König mit offenen Armen auf und gab sich nicht zufrieden, bis der Erzbischof entsprechende Entschädigungssummen für die von jenen verlassenen Güter auszahlen ließ. Wie einst die durch Ludwig XIV. vertriebenen Franzosen, so lohnten auch diese ihre süddeutschen Glaubensgenossen die gute Aufnahme, die sie bei ihrem Schirmherren gefunden, in reichem Maße. Die Cultur des deutschen Nordostens ist durch diese fleißigen und treuen Einwanderer wesentlich gefördert worden. Der Name des Königs und seines Staates aber klang überall, wo der evangelische Glaube bekannt wurde, hochgerühmt von dankbaren Lippen.

Nicht ebenso verstandes Friedrich Wilhelm I., dem preußischen Staate auf dem Gebiete der großen europäischen Politik die ihm gebührende Stellung zu erringen.

Wie ein Menschenalter früher die spanische, so stand jetzt die österreichische Erbfolgefrage als ein schwarzer Punkt am politischen Horizonte. Karl VI. hatte keinen Sohn, der Mannsstamm des alten habsburgischen Hauses drohte zu erlöschen. Dieser Aussicht gegenüber hatte Kaiser Josef I. bestimmt, daß alsdann seine Töchter folgen sollten, von denen die eine nach Baiern, die andere nach Sachsen geheirathet hatte. Karl VI. aber erklärte diese Bestimmung für ungiltig und erkannte das Erbe seinen eigenen Töchtern zu. Erst nach deren und ihrer Nachkommen Abgang sollten die Töchter seines Bruders zur Erbschaft berufen sein. Es kam nun darauf an, diese Bestimmung, die sogenannte „pragmatische Sanction" allen jenen genehm zu machen und von ihnen anerkennen zu lassen, welchen ein Einspruchsrecht zur Seite stand. Zunächst mußten die Stände der Kronlande zustimmen, und es war nicht all zu schwer, ihre Einwilligung zu erhalten, dann galt es den deutschen Reichstag zu gewinnen, endlich war der etwaige Widerspruch der großen europäischen Mächte zu beseitigen.

In Deutschland war, um so mehr da Baiern und Sachsen, als Betheiligte, alles aufboten, um die Wünsche des Kaisers zu vereiteln, für diesen die Stellung Preußens von der größten Wichtigkeit. König Friedrich Wilhelm I. war noch in höherem Grade als sein Vater kaiserlich gesinnt und dem Hause Oesterreich ergeben. Nur die jülich-bergische Erbfolgefrage hatte ihn auf kurze Zeit dieser Haltung untreu gemacht.

Im Jahre 1666 hatten Brandenburg und Pfalz-Neuburg die Erbfolge in den jülich-bergclevischen Landen vertragsmäßig geregelt, nach dem Aussterben des einen sollte das andere Haus in der Regierung folgen. Nun hatte aber indeß das neuburgische Haus die Regierung in Kurpfalz angetreten und suchte jetzt, da sein Mannsstamm am Erlöschen war, dem jungen Pfalzgrafen von Sulzbach, dem die Nachfolge



in Kurpfalz gebührte, auch die jülich-bergischen Lande zuzuwenden. In diesem Bestreben wurde es durch alle Mächte gefördert, denen die Ausdehnung Preußens nicht gefiel. Da auch der Kaiser den Ansprüchen Preußens Widerspruch entgegensetzte, so war es im Jahre 1725 England, Hannover und Frankreich gelungen, durch das Versprechen, dieselben zu unterstützen, den König zum Abschlusse eines Bündnisses zu bewegen, in welchem ein feindseliges Auftreten gegen Oesterreich in Aussicht genommen war. Allein kaum hatte der Kaiser den General von Seckendorff nach Berlin gesandt, um den König von dieser Verbindung wieder loszulösen, als Friedrich Wilhelm sich bereit erklärte, auf Verhandlungen mit Oesterreich einzugehen. Er trennte sich von dem Bündnisse der Westmächte, erklärte seine Anerkennung der pragmatischen Sanction und versprach derselben die Zustimmung des Reichstages zu verschaffen, ja er ließ sich bereit finden, auf Jülich zu verzichten, als ihm der Kaiser die Nachfolge in Berg gewährleistete. Der König war kein Diplomat, er verstand es nicht, durch Winkelzüge, durch Heimlichkeiten, durch doppeldeutige Reden sich freie Hand zu erhalten; wo er entschlossen war, sich zu binden, schlug er alsbald fest und mannhaft ein; er war nicht der Mann, mit einer Zusage zu zögern, um dadurch den anderen verhandelnden Theil zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen, und wenn er sich gebunden hatte, blieb er unentwegt seinem Worte treu. Auf diesem Felde mußte er der österreichischen Staatskunst unterliegen, welche ebenso rasch im Versprechen wie unzuverlässig im Halten des Versprochenen war. Nach wie vor betrachtete man in Wien den König von Preußen als einen Emporkömmling, dessen weitere Machtentfaltung mit allen Mitteln zu verhindern sei. Während Friedrich Wilhelm I. in seiner kaiserlichen Gesinnung so fest stand, daß er gelegentlich sagte: „Meine Feinde mögen thun, was sie wollen, so gehe ich nicht ab vom Kaiser, oder der Kaiser muß mich mit den Füßen wegstoßen, sonsten ich mit Treue und Blut sein bin und bis in mein Grab verbleibe", dachte man in Wien nur daran, ihn zu schädigen und zu übervortheilen. Während die österreichische Diplomatie sich England näherte, um auch diesen Staat zur Anerkennung der pragmatischen Sanction zu bewegen, wußte gleichzeitig der Gesandte in Berlin eine beabsichtigte Doppelheirath zwischen den Höfen von Berlin und London zu verhindern, um dadurch einer näheren Verbindung Preußens mit England entgegenzutreten; und als die polnische Krone durch Augusts II. Tod erledigt wurde, begünstigte Oesterreich denjenigen Bewerber, der Preußen am wenigsten angenehm war, den Kurfürsten August III. von Sachsen. In Wien erreichte man dadurch zweierlei: einmal entsagte um diesen Preis der sächsische Fürst seinen Ansprüchen auf das österreichische Erbe, dann aber war die Verbindung der polnischen Krone mit dem sächsischen Kurhut eine ständige Drohung für Preußen. Wurde diese Verbindung eine dauernde, so mußten beide Länder suchen, ihren territorialen Zusammenhang auf Kosten Preußens herzustellen. Diese polnische Frage brachte indeß zunächst Oesterreich in ernste Verwickelungen mit Frankreich, welches den Schwiegervater Ludwigs XIV. Stanislaus Leszcinsky, als König von Polen anerkannte. Da der Kaiser an Sachsen festhielt, kam es zum Kriege; Frankreich, mit Spanien und Sardinien verbündet, griff Oesterreich in Italien und am Rheine gleichzeitig an. Vergebens bot Friedrich Wilhelm dem Kaiser seine ganze Armee zur Hilfeleistung an, wenn er ihm gestatte, Berg sofort mit Truppen zu besetzen. Durch die neue sächsische Bundesfreundschaft war auch hierin der Wiener Hof anderen Sinnes geworden, da August von Sachsen selbst Ansprüche an die bergische Erbschaft erhob. So begnügte sich denn der König, das pflichtmäßige Contingent zum

Reichsheere stoßen zu lassen, welches am Rheine einen lediglich auf die Vertheidigung beschränkten Krieg führte.

Die Stellung Oesterreichs war eine ziemlich hoffnungslose: die Reichsarmee war unbrauchbar, Baiern im Hinblick auf die bevorstehenden Erbfolgezwiste unzuverlässig, Preußen verstimmt, Rußland, welches den französischen Schützling Stanislaus nicht wollte und daher seine Truppen zu der österreichischen Armee hatte stoßen lassen, ohne rechtes Interesse an den Vorgängen in Südwestdeutschland und Italien. In dieser Lage beschloß der Kaiser, mit Frankreich Frieden zu schließen. Als ein Land, das geeignet war, den Franzosen preisgegeben zu werden, bot sich jetzt das Herzogthum Lothringen dar. Der Fürst dieses noch immer zum deutschen Reiche gehörenden Landes, Herzog Franz, war der Erbtochter Karls VI., Maria Theresia, verlobt worden, Frankreich hatte diese enge Verbindung des weit in die französischen Grenzen hineingeschobenen Landes mit Oesterreich sehr ungern gesehen und ergriff jetzt mit Freuden die Gelegenheit, das, was von dem alten deutschen Lande nicht bereits früher französisch geworden war, für sich zu erwerben. Lothringen wurde als Ersatz für das verlorene Polen an Stanislaus Leszcinsky abgetreten, nach dessen Tode es vertragsmäßig an Frankreich fallen sollte. Franz wurde dafür durch Toskana entschädigt, und gleichzeitig wurden die Besitzverhältnisse der Habsburger in Italien neu geordnet. Schon 1720 hatte Karl VI. Sardinien gegen Sicilien an den Herzog von Savoyen vertauscht, der sich von da an König von Sardinien nannte; jetzt trat er Neapel und Sicilien an Spanien ab und erhielt dafür Parma. So gewann Oesterreich, was es in Süditalien an größerem Länderbesitz verlor, durch die bessere Abrundung seiner oberitalienischen Gebiete; das deutsche Reich dagegen wurde für den Verlust von Lothringen nicht nur nicht entschädigt, sondern seine Westgrenze war dadurch fortan noch mehr als bisher den Angriffen Frankreichs ausgesetzt.

Die Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich waren von da an die besten, der leitende Minister, Cardinal Fleury, war der ständige Rathgeber des Wiener Hofes. Das Verhältniß wurde noch inniger, als Oesterreich im Jahre 1738 einen Vertrag mit Frankreich abschloß, daß Jülich und Berg dem katholischen Pfalzgrafen von Sulzbach zufallen und daß etwaige Versuche Preußens, sich in den Besitz von Berg zu setzen, von beiden Staaten gemeinsam abgewehrt werden sollten. Denn Frankreich wollte weder eine Ausdehnung des preußischen Besitzes im Westen von Deutschland, noch eine weitere Ausbreitung des Protestantismus am Niederrhein. Beide Gefahren wurden somit durch Beihülfe Oesterreichs abgewendet. So lohnte Kaiser Karl VI. nicht nur die Treue und biedere Anhänglichkeit der Gesinnung König Friedrich Wilhelms, sondern auch den sehr reellen Dienst, den ihm Preußen dadurch geleistet, daß es die Anerkennung der pragmatischen Sanction am deutschen Reichstage durchgesetzt hatte.

Solcher Treulosigkeit, solchem Vertragsbruche gegenüber konnte auch bei Friedrich Wilhelm die kaiserliche Gesinnung nicht mehr fortbestehen. In der Stimmung, die durch die Kenntniß dieses Vertrages in ihm erzeugt war, mag er, auf den Kronprinzen deutend, jenes viel genannte Wort gesprochen haben: „da steht einer, der mich rächen wird".

Wie zu einer richtigen Schätzung der österreichischen Freundschaft war Friedrich Wilhelm auch erst spät zu einem richtigen Urtheil über diesen seinen ältesten Sohn gekommen. Früher hatten die heftigsten Zwistigkeiten zwischen ihnen geherrscht, ja es gab eine Zeit, da der König, scheinbar nicht mit Unrecht, befürchten mußte, daß derjenige, welcher nachher der größte Kriegsheld und Regent wurde, den Preußen und

Deutschland bis dahin gekannt, ein mißrathener Sohn sei.

Friedrich II., am 24. Januar 1712 zu Berlin geboren, hatte auf Befehl seines Vaters eine strenge, christliche, in erster Reihe militärische Erziehung erhalten. Schon mit 5 Jahren wurde ihm die Cadettenuniform angezogen, dem neunjährigen Knaben wurde ein kleines Zeughaus errichtet, auf Paraden und Revuen mußte er seinen Vater begleiten; man solle ihm sagen — heißt es in der von Friedrich Wilhelm selbst aufgesetzten Verordnung über die Erziehung seines Sohnes — „daß er verachtet werde, wenn er nicht Soldat wäre". Eine Zeit lang schien diese Art der Behandlung des jungen Prinzen wohl zu gelingen. Die Erzieher melden, der Prinz studire fleißig, besuche den Marstall, steige zu Pferde, wohne den Uebungen der Cadetten bei, von ihm selbst laufen Berichte über seine Cadettencompagnie ein; aber wie er an Jahren zunimmt, wird das anders. Begünstigt durch seine Mutter, durch gleiches Streben einer begabten Schwester, begann jetzt die Eigenart des Prinzen sich zu entwickeln. Im Gegensatze zu den Lebensgewohnheiten des Königs, der ohne jeden Sinn für Kunst, für Literatur, die einzige Erholung von der ernsten Tagesarbeit im Gespräch mit seinen Generalen bei einem Glase Bier und einer Pfeife Tabak suchte und fand, war der Kronprinz von dem lebhaftesten Interesse für die Literatur erfüllt, schwärmte für die Werke der französischen Schriftsteller, war ein begeisterter Freund des Theaters und der Musik. Diese verschiedene Sinnesart aber wurde bei dem Sohne durch den tyrannischen Widerspruch des Vaters gegen diese Neigungen, die er verachtete, zur bewußten Opposition des Kronprinzen gegen den König gestempelt. Und als dieser Weg einmal beschritten war, blieb es nicht bei harmlosen Vergnügungen des jungen Herren; er wandte sich im Trotz gegen die in ihrer Form oft roh und tief verletzend auftretende Manier des Vaters, einem ausgelassenen Leben zu. Leichtfertig, voll jugendlichen Uebermuthes, ließ er seinen Neigungen alle Zügel schießen; nichts von allem, was der Vater als die Tugenden, die Pflichten, die Erfordernisse eines guten Regenten erkannte und selbst übte, fand er in dem Sohne wieder. Es klingt in der That wie ein rührender und ergreifender Schmerzensschrei aus dem Tiefsten der Seele, wenn der König seinen Sohn „einen weibischen Kerl" nennt, der keine männlichen Neigungen hat, der nicht reiten noch schießen kann, der sein Haar wie ein Narr frisirt, der sich trotz allen Mahnungen nicht bessert, der in nichts den väterlichen Willen thut, als mit Gewalt dazu angehalten. „Fritz ist ein Querpfeifer und Poet; er macht sich nichts aus den Soldaten und wird meine ganze Arbeit verderben."

Dieses unglückliche Verhältniß zu dem Vater brachte endlich bei dem Kronprinzen den Plan zur Reife, sich durch die Flucht den unerträglichen Zuständen der Heimath zu entziehen. Es war alles wohl vorbereitet, um auf einer Reise, die er mit dem Könige machte, diesen Plan zur Ausführung zu bringen, aber im letzten Augenblick sank der Muth des ins Vertrauen gezogenen Pagen Keith, er entdeckte alles dem Könige. Dieser betrachtete die Absicht des Sohnes aus militärischen Gesichtspunkten, als den Versuch einer Desertion; er ließ ihn vor ein Kriegsgericht stellen und war bereit, jeden, auch den härtesten Urtheilsspruch, vollziehen zu lassen. Ein Mitschuldiger, der Lieutenant Katte, wurde zum Tode verurtheilt und vor den Augen des Kronprinzen hingerichtet; Friedrich zu verurtheilen, weigerten sich die Generale. Der König aber, der ihren Spruch ehrte, beschloß, daß der Sohn und dereinstige Nachfolger, fern von der Residenz, zu Küstrin, in ernster und angestrengter Arbeit ein neues Leben beginnen solle. Diese Lehrjahre Friedrichs in Küstrin waren von großer Bedeutung für die Entwickelung des künftigen Regenten. Indem

er an den Arbeiten der dortigen Kriegs- und Domänenkammer regelmäßigen und ernsten Antheil nahm, that er einen tiefen Blick in die Geschäfte der Staatsverwaltung; ausgezeichnete Beamte führten ihn in die Finanz- und Polizeisachen, in Landwirthschaft und Domänenverwaltung ein. Bald war er im Stande, einen Wirthschaftsanschlag zu machen, der dem erfahrensten Beamten zur Ehre gereicht hätte; er hatte gelernt, wie es der König wünschte, „wie viele Mühe es einem Bauer koste, so viele Groschen zusammenzubringen als zu einem Thaler gehören". Auf der anderen Seite waren ihm dort auch geistige Genüsse nicht versagt; auf dem Gebiete der schönen Künste fand er vielfache Anregung bei einem Herren von Knobelsdorff, der seinen Abschied genommen hatte, um ganz seiner Neigung für Malerei und Baukunst zu leben; auch die Musik wurde unter Anleitung eines Lehrers weiter geübt, den General Schwerin dem Kronprinzen aus Frankfurt mitgegeben. Hatte er früher die soldatischen Neigungen seines Vaters gering geachtet, so erwachte jetzt in ihm das Verständniß für die Bedeutung des Militärwesens, als ihm durch politische Gespräche mit Herren von Natzmer die Aufgabe des preußischen Staates, eine Reihe benachbarter Länder zu erobern und sich anzugliedern, klar wurde.

Die Einförmigkeit dieses ihm zur Strafe angewiesenen Aufenthaltsortes vertauschte Friedrich 1733, als er, gegen seinen Willen, mit einer Prinzessin von Braunschweig-Bevern vermählt und bei dieser Gelegenheit auch wieder in die Reihen der Armee aufgenommen wurde, mit Ruppin, wo er das Golzische Infanterieregiment befehligte. „Ich exercire, habe exercirt, werde exerciren", schrieb er mit Ironie, doch ohne Bitterkeit, denn die kriegerische Beschäftigung begann immer mehr ihn zu fesseln, er studirte eifrig Kriegswissenschaft und Kriegsgeschichte, er nahm Besichtigungen auswärtiger Regimenter vor und verrieth dabei einen scharfen und richtigen Blick für Vorzüge und Mängel der Personen und Dinge.

Die Erholung von der Prosa der Geschäfte fand Friedrich in der ländlichen Stille von Rheinsberg, wo er sich das Schloß nach seinen Wünschen umgebaut hatte und, umgeben von treuen und geistvollen Freunden, die schönsten Tage verlebte; bald die Freuden des Gutsherren genießend, der seinen Wein, seine Melonen, seine Kirschen pflanzt und mit stolzer Befriedigung ihr Wachsthum beobachtet und überwacht, bald versenkt in das Studium der alten Classiker, der Philosophen des Alterthums und der Gegenwart, durch lebhaften Briefwechsel mit dem ersten Schriftsteller der Zeit, mit Voltaire in Verbindung, seine musikalischen Liebhabereien eifrig pflegend, nicht ein überall anpochender Dilettant, sondern ein von tiefem und vielseitigem Bildungstrieb beseelter Jüngling, der bei allem, was er treibt, des hohen Amtes gedenkt, das ihn erwartet und für das er sich vorbereiten will an der Hand „der glänzenden Musterbilder, welche das Alterthum und die neueren Zeiten darbieten".

Dieses glückliche Leben wurde plötzlich unterbrochen, als die Nachricht von der Erkrankung des Königs Friedrich Wilhelm in die Stille von Rheinsberg drang. In den schweren Tagen des zum Ende führenden Leidens traten sich diese beiden so verschieden angelegten Charaktere eigentlich zuerst innerlich näher, als der Kronprinz am Schmerzenslager des Königs saß und von dem sterbenden Vater in den Gedankengang eingeführt wurde, dem dieser bei dem Streben, seinen Staat groß zu machen, gefolgt war. Der Tod wurde ihm leichter, da er jetzt zur Erkenntniß kam, „daß er einen so würdigen Sohn und Nachfolger hinterlasse". Am 31. Mai 1740 legte der König in seines Sohnes Hände die Regierung nieder, am Abende dieses Tages starb er.

Ein neuer, alle Gebiete des staatlichen Lebens umgestaltender Zeitabschnitt beginnt mit diesem

Jahre 1740, in welchem Friedrich II. den Thron bestieg, für Preußen und Deutschland. Gewaltige Erschütterungen sehen wir das bisherige Verhältniß großer Staaten umgestalten; tief eingreifende Wirkungen gehen von den Ereignissen aus, deren Urheber dieser Fürst ist; in die dumpfe, erschlaffende Stille der politischen Verhältnisse des deutschen Reiches fährt urplötzlich der Wirbelwind eines die ganze Nation erregenden Krieges, durch den der junge Held die lange vernachlässigten Ansprüche seines Staates zur Geltung bringt; bald blicken die Augen von ganz Europa auf Preußen und seinen König, der es versteht, seinem durch den Hauch seines Genius auf allen Gebieten neu belebten Staate die Stellung, die er ihm mit schneidigem Schwerte errungen, muthig und ausdauernd zu erhalten. Aber bevor wir diesen Thaten des großen Fürsten näher treten, durch den nicht nur, wie Goethe sagt, in die deutsche Poesie, sondern in alle Verhältnisse der Nation „der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt kam," dürfte es am Platze sein, noch einen Blick auf das geistige Leben in Deutschland in der zweiten Hälfte des 17. und in der ersten des 18. Jahrhunderts zu werfen.

Seit mehr als 200 Jahren standen sich in Deutschland auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens die zwei Bekenntnisse, Katholizismus und Protestantismus, feindlich gegenüber. In einem gräuelvollen Kriege hatten sich ihre Anhänger bekämpft, fast bis zur Vernichtung war das Reich durch ihren Hader verwüstet worden; für die Einmischung des Auslandes in deutsche Verhältnisse hatte dieser Gegensatz stets einen, den Feinden unseres Vaterlandes erwünschten Vorwand dargeboten. Und noch immer bildete die Verschiedenheit des Bekenntnisses eine scharfe Schranke, welche die Nation in viel höherem Grade als die Unterschiede der Stämme und der staatlichen Entwickelung, in zwei große, sich anfeindende und befehdende Heerlager spaltete.

Der Katholizismus in Deutschland zeigte weder im 17. noch im 18. Jahrhundert irgend welche geistige Regsamkeit, weder auf dem Boden der Wissenschaft, noch auf dem des praktischen Wirkens der Kirche. Eine starre, unwandelbare Gleichförmigkeit, ein vollständiges Aufgehen in Erfüllung äußerlichen Formenwesens war das charakteristische Merkmal desselben. Keine oppositionelle Stellung gegen die römische Curie, wie sie in Frankreich die Jansenisten einnahmen, machte sich unter der Geistlichkeit, keine Wahrung der Hoheitsrechte des Staates, wie sie Ludwig XIV. in den „gallikanischen Artikeln" der päpstlichen Unumschränktheit entgegengestellt hatte, unter den Regierungen geltend. Die hohe Gelehrsamkeit und feine Bildung, durch welche in Frankreich die Bossuet und Fénélon als Kanzelredner und Schriftsteller hervorragten, fand keine Vertretung in Deutschland, wo die possenhaften Witze des aus Schwaben stammenden Wiener Hofpredigers Abraham a Sancta Clara die Blüthe der Kanzelberedsamkeit bildeten; mit weniger Witz, aber um so mehr derber und platter Roheit waren die Streitschriften abgefaßt, welche zur Bekämpfung Andersgläubiger ausgingen; geistlos und abgeschmackt war der Ton der Andachtsbücher, die man den Angehörigen der Kirche in die Hand gab. Von einer nationalen Gesinnung und Richtung innerhalb des Katholizismus war selbstverständlich keine Rede; sie wurde schon dadurch unmöglich, daß ausländische Geistliche aller Grade, Weltpriester und Mönche, eine bedeutende Rolle in Deutschland, besonders an den Höfen und in der vornehmen Gesellschaft, spielten und daß insbesondere der Jesuitenorden, das eigentliche Organ der kirchlichen Einheit, welche jedes Recht der Nationalität läugnet, in den katholischen Theilen Deutschlands mächtig und einflußreich war.

Der rechte Gegensatz dieser katholischen Einheit war die fortdauernde Spaltung innerhalb des Protestantismus. Lutheraner und Re-

formirte fuhren fort, sich in derbster und gehässigster Weise zu bekämpfen und dadurch den Katholiken Thür und Thor für ihre Bekehrungsversuche zu öffnen. Jetzt, da es nicht mehr möglich war, mit einem Federzuge ein ganzes Land zu einer anderen Glaubensform zu befehligen, warfen die Proselytenmacher, auch hier wieder in erster Reihe die Jesuiten, ihr Auge vorzugsweise auf die fürstlichen und die dem hohen Adel angehörigen Familien. Eine große Zahl vornehmer Männer und Frauen, nicht wenige Mitglieder des Gelehrtenstandes traten zur katholischen Kirche über, deren pracht- und farbenreicher Cultus besonders auf solche Gemüther, bei denen eine phantastische Richtung vorherrschte, gegenüber der Nüchternheit des evangelischen Gottesdienstes seine Wirkung nicht verfehlte.

Da zu diesen Uebertritten gewiß auch die Gehässigkeit der Lutheraner und Reformirten unter einander, die selbst den Frieden des Gotteshauses nicht achtete und von den Kanzeln herab in groben Schmähworten die Gemeinden beunruhigte, wesentlich beigetragen hatte, waren wohlgesinnte Männer eifrig bestrebt, diese Gegensätze auf dem Boden der Allen gemeinsamen christlichen Gesinnung und ihrer Bethätigung im Verhältnisse des Menschen zum Menschen zu versöhnen. Aus politischen Gründen waren hierfür besonders der reformirte Kurfürst von Brandenburg und der lutherische Kurfürst von Hannover thätig, denen es dabei nicht an der Mitwirkung gelehrter und hochgebildeter Theologen fehlte. Aber wenn es auch nicht all zu schwer wurde, eine Reihe hervorragender Männer zu dem Entschlusse zu bringen, eine Gemeinschaft beider Religionsparteien im Genusse des Abendmahles und im Gottesdienste und die Annahme der die Getrennten einigenden Bezeichnung: „Evangelische" anzubahnen, so scheiterten diese Bestrebungen im weiteren Verlaufe der Verhandlungen an der Beschränktheit und dem Uebereifer der Geistlichen und dem anerzogenen Hasse der Massen beider Bekenntnisse gegen einander.

Noch weniger Erfolg hatten die Bemühungen, alle drei christlichen Bekenntnisse zu vereinigen. Auch hier wurde in Rede und Schrift eine Annäherung herbeizuführen gesucht, theilweise von denselben Männern, welche in erster Reihe für die Einigung der Evangelischen thätig gewesen waren. Ganz besonders eifrig nahm sich der Philosoph Leibnitz dieser Angelegenheit an, von deren glücklichen Lösung er sich, auch von politischen Gesichtspunkten aus, für das zerklüftete deutsche Reich große Vortheile versprach. Einem wirklichen Ergebnisse trat hier vor Allem der Anspruch der katholischen Kirche auf die Unfehlbarkeit ihres Lehramtes entgegen, wonach eine Vereinigung mit Andersgläubigen in Wahrheit nur in deren Unterwerfung erblickt werden konnte. Noch weniger als die Versuche, Reformirte und Lutheraner zu einigen, drangen diese, auch die Katholiken einschließenden Bestrebungen in das Volk, wo die alten Vorurtheile und Abneigungen fortlebten und von den Geistlichen mit größtem Eifer genährt wurden.

Von allen diesen Bemühungen blieb schließlich nur die eine Wirkung bemerkbar, daß einzelne verständige und wohlmeinende Fürsten den gehässigen Hetzereien ihrer, verschiedenen Bekenntnissen angehörenden Unterthanen unter einander entgegentraten, das Schimpfen auf den Kanzeln verboten, wohl auch, wie der Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz, Kirchen erbauten, in welchen die drei Religionsgenossenschaften abwechselnd ihren Gottesdienst feierten.

Innerhalb des Lutherthums machte sich indeß, gegenüber der Alles ertödtenden Starrheit der Orthodoxen, eine Richtung geltend, welche, anknüpfend an die humanen Anschauungen, die einst Melanchthon vertreten hatte, sich der Pflege des praktischen Christenthums zuwandte. Hatte die Orthodoxie über dem Festhalten an dem Buchstaben der Glaubenslehren einer erfolgreichen Einwirkung auf das Leben der Gläubigen fast völlig entsagt, ließ sie, wenn nur äußerlich der Glaube an Gottes Wort bekannt wurde, Roheit und Verwilderung der Sitten um sich greifen, so ging das Bestreben der Calixt, Weigel, Arnd u. a. dahin, zu erreichen, daß die Wahrheit des Christenthums in dem Leben und Handeln seiner Bekenner zum Ausdruck gelange. Freilich fehlte es dabei nicht an Leuten, die bei Verfolgung dieser Richtung zu einer krankhaften Gefühlsschwärmerei kamen, sich in den Wahn eines Verkehrs mit der Geisterwelt einwiegten und ihr Thun und Treiben mit geheimnißvollen Gebräuchen umgaben; aber diese Verirrungen erregter Gemüther konnten doch nur kleinere Kreise auf die Dauer fesseln. Erst als Männer von hervorragender Begabung und mächtiger Persönlichkeit die Vertiefung in das innerste Gemüthsleben mit der Fähigkeit zu verbinden wußten, auf die praktische Gestaltung des äußeren Lebens ihrer Anhänger erfolgreich einzuwirken, erst dann gewann die Bewegung gegen die dürre Buchstabengläubigkeit der Orthodoxen wirkliche und nachhaltige Bedeutung für die Nation.

Der einflußreichste dieser Männer war Philipp Jacob Spener; zu Rappoltsweiler im Elsaß am 25. Januar 1635 geboren, begann er, nachdem er längere Zeit in Straßburg thätig gewesen, 1666 als Senior der Geistlichkeit zu Frankfurt am Main sein reformatorisches Wirken, kam 1686 als Oberhofprediger nach Dresden und 1691 als Propst an die Nicolaikirche zu Berlin, wo er am 5. Februar 1705 starb. Seinen tiefeingreifenden Einfluß auf die weitesten Kreise erwarb sich Spener, indem er nicht nur auf der Kanzel, statt der Streitigkeiten über Glaubenslehren und der Gehässigkeit gegen Andersgläubige, die christliche, werkthätige Liebe predigte, sondern auch außerhalb des öffentlichen Gottesdienstes Männer und Frauen um sich versammelte und mit ihnen die Bibel las und erklärte. Dieses Verfahren, mit welchem Spener an die von Luther ursprünglich warm vertretene, später aber bei der Einrichtung der Landeskirchen in Vergessenheit gerathene Idee des allgemeinen Priesterthums aller Menschen wieder anknüpfte, zog ihm und seinen Anhängern den Haß und die Verfolgung der orthodoxen Prediger zu, welche mit allen erdenklichen Mitteln gegen diese Neuerung auftraten. Der Spottname der Pietisten, welchen man den Freunden Speners gab, wurde von diesen, die ihre Richtung bald in allen protestantischen Ländern des Reiches vertreten sahen, mit Genugthuung angenommen und nicht ohne Stolz getragen. Durch August Hermann Francke, einen der bedeutendsten Schüler Speners, wurde der Pietismus auf den akademischen Lehrstuhl erhoben. In Lübeck am 23. März 1663 geboren, zu Erfurt und Leipzig gebildet, begann Francke an der Universität zu Leipzig seine Laufbahn als Lehrer, mußte aber bald dem Zorne der Orthodoxen weichen. Einen ständigen und gesicherten Wirkungskreis fand er erst 1692 in Halle, wo er fortan bis zu seinem Tode am 8. Mai 1727 thätig war. Francke begnügte sich indeß nicht mit der Thätigkeit als Lehrer und Seelsorger, er wandte sein Augenmerk vorzugsweise dem Unterricht der armen und verwaisten Kinder zu. Aus milden Gaben gründete er zu Halle zuerst eine Armenschule, dann ein Waisenhaus, mit dem er eine Bürgerschule und eine lateinische Schule verband. Freilich wurde an diesen Anstalten der Unterricht in den alten Sprachen durch die vielen religiösen Uebungen beeinträchtigt, die den eigentlichen Kern des ganzen Lehrplans bildeten, andererseits aber war die Methode Franckes, welche gegenüber dem bloßen Formelkram anderer Schulen die Herzensbildung der Schüler in den Vordergrund stellte und die Persönlichkeit des einzelnen Schülers bei seiner Behandlung stets im Auge behielt, sehr verdienst-

lich und bezeichnete einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Erziehungswissenschaft. Weit über das Weichbild von Halle hinaus wirkte aber die anregende Persönlichkeit Franckes besonders dadurch, daß er seine Schulen dazu benutzte, die Studirenden der Theologie an der Universität gründlich in das Wesen und die Aufgaben der Schule einzuführen, indem er sie an seinen verschiedenen Anstalten regelmäßigen Unterricht ertheilen ließ.

Eine weitere Bedeutung gewann der Pietismus durch seine Einwirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Gegenüber der schroffen Abgrenzung der einzelnen Stände, wie sie sich in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert immer entschiedener herausgebildet hatte, vereinigte der Pietismus bei der Durchführung seiner Aufgaben alle, die sich ihm zuwandten, ohne Rücksicht auf ihre Stellung im bürgerlichen Leben, in der gleichen Selbsterniedrigung vor Gott und in dem gemeinsamen Wirken an Gott gefälligen Unternehmungen. Hier zuerst finden wir auch die Erscheinung, daß aus freiwillig beigesteuerten Beiträgen, bei deren Spendung sich jeder nach dem Maße seiner Vermögensumstände richtete, und daher auch jeder, arm wie reich, Theil nehmen konnte, bedeutende gemeinnützige Unternehmungen, Waisenhäuser u. dgl. ins Leben gerufen werden. Solche Stiftungen sind recht eigentlich Kinder des Pietismus.

Spener und seine Gesinnungsgenossen hatten streng darauf gehalten, auf dem Gebiete der eigentlichen Glaubenslehren sich von der Gemeinschaft der lutherischen Kirche nicht zu trennen, auch die Gemeinsamkeit des Gottesdienstes mit den Orthodoxen festzuhalten. Die „Stillen im Lande" wie man die Anhänger des Pietismus wohl genannt hat, bildeten keine eigene Secte, ihre Versammlungen waren nur ein Ueberschuß von Frömmigkeit über das Maß des allen Gemeindegliedern vorgeschriebenen Gottesdienstes hinaus.

Nur ein Zweig, der sich von dem Hauptstamme der Pietisten absonderte, trennte sich förmlich und dauernd von der Kirchengemeinschaft, die Brüdergemeinden der Herrenhuter, die unter der Leitung des Grafen von Zinzendorf den Gedanken des allgemeinen Priesterthums nicht nur auf kirchlichem, sondern auch auf dem Gebiete des bürgerlichen Lebens folgerichtig zur Durchführung brachten. Bei ihnen gab es kein Vermögen des Einzelnen in der Gemeinde; was einer erwarb, war allen gemeinsam, alle standen für Einen ein, jeder einzelne war nur zum Besten der Gesammtheit thätig. Wie von der Kirche, lösten sich die Herrenhuter auch von der Nation los, um, gleichgiltig in welchem Lande, lediglich die Pflichten ihres christlichen Berufes zu erfüllen. Missionare gingen aus diesen Brüdergemeinden hervor, welche die Lehre Christi in die entlegensten heidnischen Länder trugen; auf der anderen Seite entstanden in ihren Vereinigungen und Niederlassungen bedeutende gewerbliche Unternehmungen, durch die sie auf die Entwickelung der Gewerbsthätigkeit in weitem Umkreise ihrer Wohnorte vortheilhaft einwirkten.

Gegenüber der Ausschließlichkeit und Einseitigkeit der theologischen Studien, welche auch auf dem Gebiete anderer Wissenschaften ihre Seitenstücke fand, war es von größter Wichtigkeit, daß nun auch in Deutschland einige hochbedeutende Männer auftraten, welche auf fast allen Feldern des menschlichen Wissens und Könnens selbstthätig und mit schöpferischem Geiste arbeiteten und wider die Verknöcherung, mit der die zünftige Gelehrsamkeit die ganze Welt bedrohte, das Recht des Einzelnen auf freie Geistesarbeit vertraten. Mit den Namen eines Pufendorf und Leibnitz tritt Deutschland in den Wettkampf der Nationen auf dem wissenschaftlichen Gebiete, an dem es lange Zeit keinen Theil genommen, ebenbürtig ein. Samuel Pufendorf, zu Dorfchemnitz am 8. Januar 1632

geboren, erst Professor in Heidelberg und Lund, dann Staatssekretär und Geschichtschreiber zu Stockholm, endlich Geheimer Rath im Dienste des großen Kurfürsten von Brandenburg und seines Sohnes, des nachmaligen ersten Königs von Preußen, war ein Mann, der mit seltener Klarheit des Geistes und mit strenger Rechtlichkeit der Gesinnung eine Fülle von Kenntnissen auf fast allen Gebieten des Wissens verband; außer Theologie und Medicin beherrschte er wohl alle gelehrten Fächer. Die Geschichtswerke, die er in Stockholm und Berlin auf Grundlage der zuverlässigsten archivalischen Quellen abfaßte, sind durch die treue Schilderung der Ereignisse, durch die politische Auffassung, durch den strengen Stil ausgezeichnet; als Lehrer des Naturrechtes führte er die durch den Holländer Hugo Grotius begründeten Anschauungen von der weltlichen Natur des Staates, im Gegensatz zu der theologischen Auffassung, die bisher geherrscht hatte, in die deutsche Wissenschaft ein; als Lehrer des Staatsrechts enthüllte er in der unter dem angenommenen Namen „Severinus de Monzambano" erschienenen Schrift über den Zustand des deutschen Reiches mit schonungsloser Wahrheitsliebe und in allgemein verständlicher Form die unnatürlichen Verhältnisse des Reiches, des Kaisers zu den Landesherren, der Stände unter einander, die Ohnmacht der Deutschen gegenüber den Fremden und ihre Gründe, die jedes nationale Leben lähmenden Einflüsse der habsburgischen Hauspolitik und der römischen Kirche, und in einer zwanzig Jahre später entstandenen Arbeit über das Verhältniß der christlichen Religion zum Staate sprach er die großen Grundsätze aus, um deren Verwirklichung die besten Männer unserer Tage noch ringen: Gewissensfreiheit für den Einzelnen, Unterordnung der Kirche unter das Aufsichtsrecht des Staates. In solchen Auffassungen seiner Zeit weit voran, wurde er doch in seiner hohen Bedeutung von der Mitwelt allenthalben anerkannt, auch, wenngleich nur knirschend, von den zahlreichen Feinden, die er sich durch seinen geraden deutschen Sinn und die derbe Wahrheitsliebe, mit der er seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, erworben. Als er am 26. Oktober 1694 starb und zu Berlin in der Nicolaikirche bestattet wurde, konnte die Inschrift seines Grabsteines mit Recht sagen, daß „sein Ruhm über den ganzen Erdkreis fliege".

Samuel Pufendorf.

Noch mehr als Pufendorf trat Gottfried Wilhelm Leibnitz in die lebendigsten Beziehungen zu der Gelehrtenwelt des Auslandes. Ebenfalls ein Sachse, zu Leipzig am 6. Juli 1646 geboren, fand auch Leibnitz erst außerhalb seines Geburtslandes die seinen großen Fähigkeiten entsprechende Stellung. Gleich bedeutend als Jurist und Geschichtschreiber wie als Mathematiker und Philosoph, fand er doch kein Gefallen an dem ihm scheinbar zunächst liegenden Berufe des akademischen Lehrers. Zuerst in Diensten des Kurfürsten von Mainz, brachte er längere Zeit in

Paris im eifrigen Verkehr mit den großen französischen Gelehrten zu und wurde seinem Vaterlande nur deßhalb erhalten, weil er sich nicht entschließen konnte, einer glänzenden Stellung in der französischen Hauptstadt das Opfer seines religiösen Bekenntnisses zu bringen. Später als Bibliothekar und Geheimer Rath am Hofe des Kurfürsten von Hannover, trat er durch die geistreiche Prinzessin Sophie Charlotte von Han-

Gottfried Wilhelm Leibnitz.

nover, Gemahlin König Friedrichs I. von Preußen, auch mit dem Berliner Hofe in Verbindung und gründete 1700 zu Berlin die Akademie der Wissenschaften nach dem Vorbilde der großen gelehrten Gesellschaften zu Paris und London. Mit Ehren und Würden überhäuft, vom Kaiser in den Freiherrenstand erhoben, starb Leibnitz zu Hannover am 14. November 1716. Wenn er auf dem Gebiete der Wissenschaft Pufendorf wohl überlegen war durch die weitere Ausdehnung seines Wissens, durch die größere Vielseitigkeit seiner Geistesarbeit, durch das tiefere Eingreifen in die wissenschaftliche Entwickelung im Allgemeinen, so konnte er sich doch nicht mit ihm auf dem politischen Gebiete messen, da ihm der klare, unbestechliche politische Blick Pufendorfs, die nüchterne Einsicht in die wahren Verhältnisse der Staaten unter einander, durch welche dieser so sehr ausgezeichnet war, fehlte. Es war doch ein geradezu abenteuerlicher Plan, den er ausgedacht hatte und selbst in Paris noch eifrig verfolgte: die feindlichen Absichten Ludwigs XIV. durch einen Feldzug Frankreichs zur Eroberung Aegyptens von Deutschland abzulenken. Und nicht minder entbehren seine Pläne und Ausführungen in Betreff der Reichspolikik des praktischen Verständnisses, welches die Schriften Pufendorfs kennzeichnet. Seine Anschauungen über die Macht des Kaisers und seine Beziehungen zu den Landesfürsten stehen wesentlich auf mittelalterlichem Boden, wie er denn auch, im geraden Gegensatze zur Wirklichkeit, die Macht des österreichischen Hauses überschätzt und in jener Zeit des Verfalles nichts geringeres von Leopold I. erwartet, als die Besiegung der Franzosen und Türken, die Wiedervereinigung der Schweiz und Hollands mit dem Reiche. Schon früher wurde seine Theilnahme an den Bestrebungen für die Vereinigung der drei christlichen Bekenntnisse erwähnt. Die religiösen Fragen haben ihn überhaupt vielfach beschäftigt und er hat, von dem Gedanken der Uebereinstimmung von Glauben und Vernunft ausgehend, die Angriffe der französischen und englischen Freidenker gegen die Grundlagen der christlichen Religion in seiner „Theodicee" eifrig bekämpft. Wenn Leibnitz so, ohne die Freiheit und Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung irgendwie preiszugeben, es doch wohl verstand, sich mit den staatlichen und kirchlichen Autoritäten im besten Einklang zu erhalten, trat sein nur neun Jahre jüngerer Lands-

mann Christian Thomasius (geboren zu Leipzig am 1. Januar 1655, gest. am 25. September 1728) der engherzigen Zunftgelehrsamkeit und der starren Orthodoxie gleichzeitig mit scharfen Angriffen entgegen. Als Professor an der Universität Leipzig brach er mit der ganzen hergebrachten Ordnung der Dinge, indem er Vorlesungen in deutscher Sprache ankündigte und unter großem Zudrange der studirenden Jugend hielt; auf weitere Kreise wirkte er in denselben Sinne und ebenfalls gegen die feststehende Sitte des deutschen Gelehrteuthums, indem er eine Zeitschrift „Monatsgespräche" in deutscher Sprache herausgab und in derselben die zwei Hauptfehler der Gelehrtenwelt, Pedanterie und Heuchelei, schonungslos bekämpfte. Als seine zahlreichen und erbitterten Feinde seine Vertreibung von Leipzig durchsetzten, fand Thomasius von Seite des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg die ehrenvollste Aufnahme zu Halle und setzte dort mit frischer Kraft seinen Kampf gegen die geisttödtenden Kräfte, die er in Leipzig bekriegt hatte, fort. In die Fußtapfen von Hugo Grotius und Pufendorf eintretend, pflegte er das natürliche Recht, die natürliche Sittenlehre gegenüber der theologischen Behandlung dieser Gebiete, die früher ausschließlich gegolten hatte; rastlos war er bemüht, das Verhältniß von Staat und Kirche so zu gestalten, daß die volle Gewissensfreiheit jedem Einzelnen gewährleistet sei. Es versteht sich von selbst, daß er zu den Vorkämpfern der menschlichen Gesittung gegenüber der noch immer fortdauernden Schmach der Hexenprozesse gehörte, wie er auch gegen die Anwendung der Folter lebhafte Einsprache erhob.

Auf der Bahn, welche Thomasius und die Pietisten, allerdings von wesentlich verschiedenen Standpunkten aus, eröffnet hatten, um in Sachen der Religion dem Einzelnen ein selbstständiges Vorgehen und Abweichen von dem Zwang des Hergebrachten zu ermöglichen, kam bald die rüstige Thatkraft anderer Männer zu weiteren Fortschritten. Der bedeutendste und einflußreichste unter ihnen war Christian Wolff, geboren zu Breslau am 24. Januar 1679, der in seinen philosophischen Schriften im Allgemeinen mit den von Leibnitz aufgestellten Lehrsätzen übereinstimmte und dieselben noch weiter ausbildete. Da er aber die Fähigkeit und Neigung besaß, seine Anschauungen in einer Form vorzutragen, welche sie weiteren Kreisen des gebildeten

Christian Thomasius.

Publikums zugänglich machte, da er in deutscher Sprache schrieb und lehrte, so kam er bald mit den Theologen in Streit. Orthodoxe und Pietisten vereinigten sich, um ihn von Halle, wo er seit 1707 Professor an der Universität war, zu vertreiben; 1723 gelang es ihnen, besonders seinem eifrigsten Gegner, dem Professor Joachim Lange, eine Verfügung des Königs Friedrich Wilhelm I. zu erwirken, die ihn seiner Professur enthob und des Landes verwies. Er ging

nach Marburg, wo ihm alsbald ein Lehrstuhl übertragen ward und wo Studirende aus ganz Deutschland zusammenströmten, um seinen Unterricht zu genießen. Nach Friedrichs II. Thronbesteigung wurde Wolff wieder nach Halle zurückberufen, wo er am 9. April 1754 starb.

Neben den wissenschaftlichen Aufklärungsbestrebungen machten sich auch in Deutschland die Einflüsse jener geltend, welche den religiösen Fragen gegenüber eine völlig gleichgültige oder eine frivole Stellung einnahmen. Diese den Umsturz aller Religion und Sitte anstrebenden Regungen wurden von ähnlichen Strömungen, die in Frankreich ihren Ursprung hatten, genährt, konnten aber auf die Dauer gegen die Gewissenhaftigkeit und den Ernst der deutschen Gelehrten nicht aufkommen.

Das Gebiet der sogenannten „schönen Literatur" beherrschten im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorzugsweise die Franzosen. Die französische Sprache war die fast allein herrschende Umgangssprache an den Höfen und in den Gesellschaftskreisen Aller, die — wie man sagte — à la mode lebten. Aber auch die Lecture kam fast ausschließlich von den Ufern der Seine in die Häuser der höheren Stände Deutschlands. Es war das doch nicht nur die Folge des französischen Uebergewichts in allen politischen Fragen, der Geneigtheit des deutschen Publikums, Alles, was aus der Fremde kommt, mit offenen Armen aufzunehmen, sondern die französische Sprache war in ihrer äußeren Form ausgebildet und die französische Literatur bot Meisterwerke ersten Ranges dar, während die deutsche Sprache in holperiger Form, schwerfällig und umständlich gehandhabt, fast nur ganz mittelmäßigen Schriftstellern zum Ausdruck ihrer Gedanken diente. Vor allem das, was die Bibelübersetzung Luthers, die Gedichte Huttens, die alten evangelischen Kirchenlieder ausgezeichnet hatte, Kraft und Ursprünglichkeit des Ausdruckes, war den Nachkommen völlig verloren gegangen. Als der Schlesier Martin Opitz (1597—1639) der Verwilderung der metrischen Formen entgegentrat und die regelmäßige Abwechselung von Hebung und Senkung im deutschen Verse zur Geltung brachte, nahm er gleichzeitig von den Franzosen den Alexandriner als Normalvers an, der in deutschem Munde noch hölzerner und langweiliger als in der Sprache der Corneille und Racine ertönt. Dazu kam eine gezierte und der deutschen Art ganz und gar nicht anstehende Süßlichkeit des Ausdruckes, die freilich in einem richtigen Verhältniß zu dem wässerigen Inhalt der von Opitz hervorgebrachten Dichtungen steht. Etwas lebendiger sprechen die lyrischen Gedichte von Paul Flemming (1609—1640) an, vielseitiger und namentlich als Lustspieldichter nicht ohne Bedeutung ist Andreas Gryphius (1616—1664), Geist und Witz athmen, bei knapper Kürze des Ausdruckes, die Sinngedichte Friedrichs von Logau (1604—1655), während die Ausläufer der sogenannten ersten schlesischen Dichterschule (denn fast alle die Genannten gehörten durch ihre Geburt Schlesien an), die bis Thüringen und Franken herüberreichten, in der „fruchtbringenden Gesellschaft" zu Weimar und in dem „Blumenorden der Pegnitzschäfer" zu Nürnberg sich lediglich als verkünstelte und abgeschmackte Nachahmungen kennzeichnen lassen. Immerhin hatten diese Gesellschaften, wenn auch nicht für die Literatur, so doch für das nationale Leben eine gewisse Bedeutung, indem sie, im Gegensatz zu der modischen Pflege des Fremden, sich der Muttersprache zuwandten und dadurch auch die vaterländische Gesinnung förderten, freilich zumeist mit dem plumpen Ungeschmack, mit dem sich der Sachse Philipp von Zesen bemühte, die deutsche Sprache von den allerdings üppig wuchernden Fremdworten zu reinigen.

Mehr innerliche Wahrheit als in den Dichtungen des Opitz und seiner Nachfolger finden

wir in den evangelischen Kirchenliedern, in denen nun freilich auch statt der kräftigen eine weiche und süßliche Tonart vielfach zur Geltung kommt; Eigenschaften, die auch den geistlichen Liedern des Jesuiten Friedrich von Spee und des zur katholischen Kirche übergetretenen Schlesiers Johann Scheffler (Angelus Silesius) anhaften.

Noch mehr als die erste entfernte sich von Schlichtheit und Naturwahrheit die sogenannte zweite schlesische Dichterschule, deren wesentlichsten Vertreter, Christian Hofmann von Hofmannswaldau (1618—1679) und Daniel Kaspar von Lohenstein (1635—1683), an Geschraubtheit des Ausdruckes und Schwulst der Redeform das bisher Unerhörte leisteten, während auf der andern Seite der sächsische Schulrector Christian Weise zwar diese Uebertriebenheiten energisch bekämpfte, an ihre Stelle aber nur eine gewerbsmäßige, jeder wahren Poesie bare Versmacherei zu setzen wußte; da zu ihrer Ausübung kein Talent, sondern nur eine gewisse Formgewandtheit nöthig war, fanden sich zahlreiche Versedrechsler, die sich für Dichter hielten und in wässerigen Reimen die nichtigsten Dinge besangen. Diesen kläglichen Leistungen gegenüber ist die einzige frischere Erscheinung Christian Günther, dessen Studentenlieder noch lange nach seinem frühen Tode (1723) gesungen wurden.

Das Theater, von den einheimischen Dichtern völlig verlassen, wandte sich der ausländischen Komödie, den Stegreifstücken und gelegentlich großen, jeder Poesie entbehrenden Schaustellungen zu, die Wanderbühnen verkamen nach und nach in roher, sittenloser Verwilderung, in den ständigen Theatern begann, besonders an den Höfen, die italienische Oper ausschließlich zu herrschen. Auch deutsche Musiker mußten sich, wollten sie in ihrer Heimath auf Erfolg rechnen, der modischen Pflege der ausländischen Art ergeben. Johann Adolf Hasse (1699—1783) in Dresden und Karl Heinrich Graun (1701—1759) in Berlin wären wohl dazu begabt gewesen, Werke von bleibendem Werthe zu schaffen, wenn sie nicht der an den Höfen, denen sie dienten, alleinheimische Ungeschmack gezwungen hätte, dem inhaltlosen wälschen Tongeklingel zu huldigen. Ein in ernstem Stil gehaltenes Oratorium von Graun, „der Tod Jesu" hat alle seine übrigen Erzeugnisse allein überlebt. Riesenhaft heben sich von dem tändelnden und nur auf den Klangreiz berechneten unmusikalischen Treiben der Zeit Johann Sebastian Bach (1685—1750) und Georg Friedrich Händel (1684—1759) ab, welche auf dem Boden der protestantischen Kirchenmusik Werke von höchster Formvollendung und bis dahin unerhörter Tiefe des geistigen Gehaltes aufbauten. Die großartigen Orgelcompositionen, die Kirchengesänge und Passionsmusiken Bachs, die gewaltigen Cantaten und Oratorien Händels bleiben für alle Zeiten Ehrendenkmale des deutschen Geistes. Obwohl Bach, persönlich in den bescheidenen und beschränkten Verhältnissen des Cantors an der Thomaskirche zu Leipzig lebend, unmittelbar so wenig in das Kunsttreiben des Vaterlandes eingriff als Händel, den die Armseligkeit der deutschen Verhältnisse veranlaßte, in London ein dankbareres Publikum aufzusuchen, so war mittelbar die Einwirkung dieser großen Künstler auf die weitere Entwickelung des musikalischen Lebens in Deutschland dennoch sehr bedeutend; mit vollem Verständniß hat freilich erst unser Jahrhundert ihre aus der Vergessenheit wieder hervorgeholten Meisterwerke ergriffen und zur Aufführung gebracht.

Auf dem Gebiete der bildenden Künste herrschten in besonders hohem Grade die Einflüsse des Auslandes. Nachdem der gothische Stil in der Baukunst im 16. Jahrhundert durch die italienische Frührenaissance verdrängt war, die in dem Otto-Heinrichsbau des Schlosses zu Heidelberg (1556—1559) eines ihrer bedeutendsten Werke schuf, brachte das 17. und 18. Jahrhun-

dert ausschließlich Werke dieses Stiles und seiner französischen Ausartung in den Barokstil hervor. Vielfach wurden italienische und französische Baumeister nach Deutschland berufen, um, besonders an den vollkommen der französischen Mode verfallenen Höfen, Nachahmungen der Prachtbauten von Paris und Versailles herzustellen; von deutschen Künstlern, welche in den Uebergangsjahren vom 17. zum 18. Jahrhundert Bedeutendes geleistet, sind vor Allen Fischer von Erlach zu Wien, Nehring, der Erbauer des Zeughauses, und Andreas Schlüter, der geniale Schöpfer des großartigen Schlosses zu Berlin zu nennen. Indeß begnügte sich die Zeitrichtung nicht damit, ihren Neubauten den modisch-französischen Stempel aufzuprägen, sondern die Sitte griff allgemein um sich, alte ehrwürdige Baudenkmale der herrschenden Mode anzupassen. In die ernsten hohen Spitzbogengewölbe der gothischen Dome wurden Rundbogen gelegt, die schönen ruhigen Pfeiler von rothem und grauem Sandstein wurden mit Stuck überzogen, die Kapitelle mit reicher Vergoldung beladen, die Altäre der katholischen Kirchen mit Zierrath aller Art, wie ihn der Barokstil liebte, aufgeputzt. Es hat in unserem Jahrhundert schwere Mühe und große Summen gekostet, diesen Ungeschmack wieder zu beseitigen und die Kirchen wieder in ihre alte Schlichtheit und prunklose Großartigkeit zurückzuversetzen, da die Gewaltthaten des 18. Jahrhunderts theilweise die Gesammterscheinung des alten Stiles bis zur Unkenntlichkeit entstellt hatten.

Derselbe Andreas Schlüter, den wir als den Erbauer des Berliner Schlosses genannt haben, kann auch als der namhafteste deutsche Bildhauer der Zeit gelten. Sein Reiterstandbild des großen Kurfürsten zu Berlin ist ein Werk, welches heute noch mit vollem Rechte als eines der ausgezeichnetsten und den besten neueren Bildwerken ebenbürtiges gilt und durch die großartige Behandlung der Formen des bedeutendsten Eindruckes nicht verfehlt. Die Malerei in Deutschland bewegte sich fast ausschließlich auf dem Boden der mehr oder minder freien Nachahmung ausländischer Muster.

Nicht wie in Frankreich, wo der Hof Ludwigs XIV. vereinigte und förderte, was die Nation auf allen Gebieten des geistigen Lebens hervorbrachte, gab es einen ähnlichen Mittelpunkt in Deutschland. Am kaiserlichen Hofe zu Wien traten jeder geistigen Bewegung die Bannsprüche der Jesuiten entgegen; wenn der Berliner Hof eine kurze Zeit lang, unter dem Schutze der geistvollen Königin Sophie Charlotte, bedeutende Männer heranzog und ihnen eine weithin wirksame Thätigkeit zu eröffnen schien, so verschlossen sich seine Pforten alsbald wieder bei dem Regierungsantritt Friedrich Wihelms I., der in seinem Tabakscollegium die einzige Erholung von des Tages Last und Mühe fand; und wo sonst irgendwo, in Hannover, in Gotha, in Mainz ein kunstsinniger Fürst sich mit einem Kreise geistvoller und kenntnißreicher Männer umgab, war es immer nur für eine kurze Spanne Zeit, daß dies geschah und ohne nachhaltige Wirkung auf andere Theile der deutschen Ländergebiete. Lebendigere und weiterhin reichende Anregung ging von den Universitäten aus; auch in den großen Handelsstädten, wo ein mächtig emporstrebender Bürgerstand mit dem allmählig wieder erworbenen Wohlstand auch den Trieb nach höherer Bildung wachsen fühlte, regte es sich auf allen Gebieten des Geisteslebens; nach und nach fingen die Gelehrten an, aus ihrer hochmüthigen Absonderung herauszutreten und die Schätze ihres Wissens weiteren Kreisen der Nation in der Muttersprache und in verständlicher Form zugänglich zu machen; die Jugendbildung begann sich weiter als bisher auszudehnen, neben den alten Sprachen und der Logik wurden jetzt auch die sogenannten Realien als Unterrichtsgegenstand in den Schulen eingeführt. Nach und nach gewann ein gewisses Durchschnittsmaß allgemeiner Bildung in den Mittelklassen der Bevölkerung allgemeine Verbreitung, und so wurde endlich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Mittelstand der Träger der nationalen Bildung; aus ihm sind alle die bedeutenden Männer hervorgegangen, welche in dem folgenden durch literarische Leistungen ausgezeichneten Zeitraum unserer Nation auf der Bahn des Ruhmes vorangelenchtet haben.

Als die Verheirathung der Erbtochter Kaiser Karls VI. vielfach und lebhaft erörtert wurde, hatte Prinz Eugen den von München angeregten Gedanken, sie mit dem baierischen Kurprinzen zu vermählen, eifrig vertreten. Eine damit verbundene Ausdehnung Oesterreichs nach Westen hätte ohne Zweifel die ganze Zukunft Deutschlands anders gestaltet, hätte Oesterreich zu der Deutschland unbestritten beherrschenden Macht erhoben. Auf der anderen Seite hatte der preußische Kronprinz damals, als er zu der ihm verhaßten Verbindung mit der Prinzessin von Braunschweig genöthigt werden sollte, gelegentlich den Gedanken ausgesprochen, er wolle sich mit Maria Theresia vermählen. In Wien war man über diesen Gedanken geradezu erschrocken und hatte daraus nur gefolgert, daß der künftige König von Preußen sich mit den gefährlichen Plänen eines schrankenlosen Ehrgeizes trage. In der That hätte ein solcher Schritt die Machtverhältnisse nicht nur Deutschlands, sondern Europas von Grund aus umgestaltet. Ernstgemeinte Erwägungen hatten jene Aeußerung Friedrichs wohl nicht veranlaßt; die bald darauf erfolgte Vermählung der Kaisertochter mit Franz von Toscana hatte derartige Gedanken gegenstandlos gemacht; die beiden großen Persönlichkeiten, welche fast gleichzeitig die Throne von Preußen und Oesterreich bestiegen, sollten ihr Leben lang als bittere Feinde einander gegenüberstehen.

Vom ersten Augenblicke seiner Regierung an faßte Friedrich II. die Fragen der auswärtigen Politik scharf ins Auge. Er war sich bewußt, daß es seine Aufgabe sei, die von seinem Vater stramm organisirte Militärmacht dazu zu verwenden, Preußen die noch fehlende Machtstellung in Europa zu gewinnen und zu sichern. Noch als der alte König lebte, hatten ihn dessen Räthe aufs Genaueste in alle politischen Verhältnisse eingeweiht. Er kannte alle Ansprüche seines Hauses, er hatte den Zustand der europäischen Mächte und ihre gegenseitigen Beziehungen genau studirt, und er glaubte nicht, wie Karl VI., daß ein von möglichst vielen Staaten unterzeichneter Vertrag einen bestrittenen Besitz gewährleiste, sondern er wußte, daß nur die Gemeinsamkeit der Interessen zu dauernden Bündnissen führe. Den großen Bewegungen gegenüber, welche Europa nach Karls VI. Tod zu erschüttern drohten, wollte er unter allen Umständen hinlänglich gerüstet sein. In aller Stille vermehrte er seine Armee auf 100,000 Mann, die Riesengarde seines Vaters wurde nicht mehr ergänzt, bei Aushebung und Werbung wurde mehr auf die Güte und Brauchbarkeit als auf die Schönheit und Größe der Mannschaften gesehen. So war er in der Lage, als die Nachricht vom Tode des Kaisers (20. Oktober 1740) nach Rheinsberg kam, das noch immer sein Lieblingsaufenthalt war, sofort den Befehl zur Mobilmachung seiner Truppen zu geben.

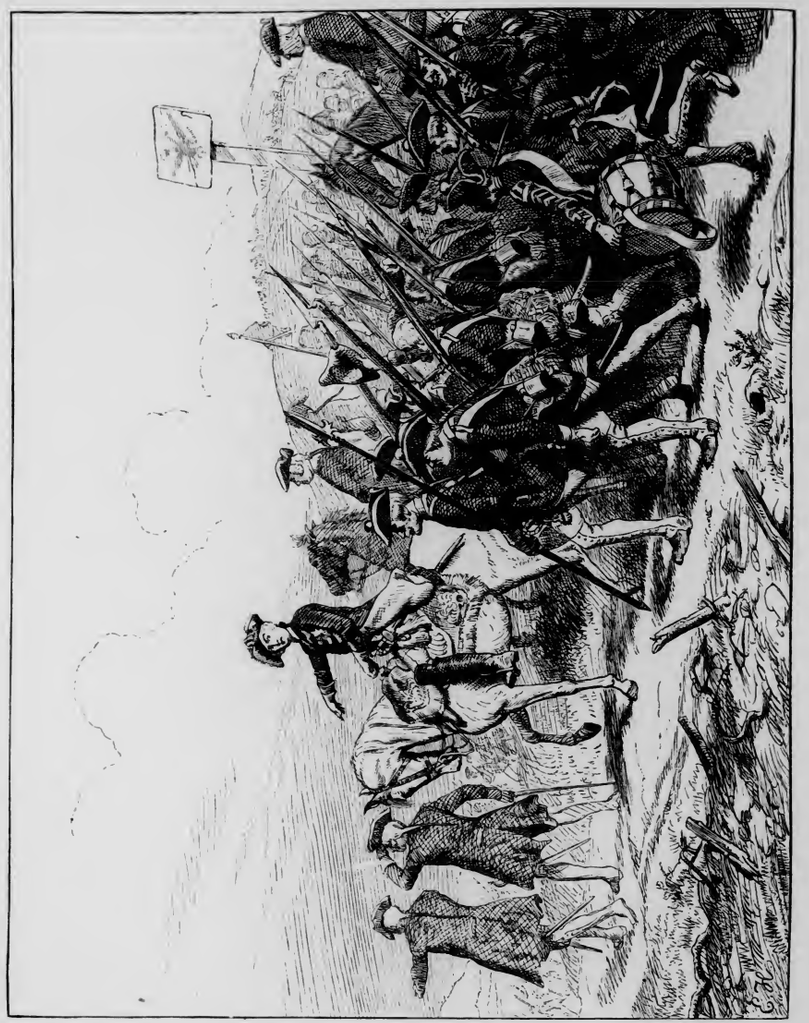
Außer dem Kaiser selbst hatten wohl nur Wenige darauf gerechnet, daß die pragmatische Sanction unangefochten bleiben werde.

Eine Zertrümmerung Oesterreichs lag keineswegs außerhalb des Bereiches von Möglichkeiten, die ein Politiker zu erwägen hatte. Für Preußen war es, wenn ein solcher Fall eintrat, wichtig, sich Schlesien zu sichern. Wir haben gesehen, wie Friedrichs Vorfahren bei dem Versuche, ihre gerechten Ansprüche auf Gebietstheile dieser

Provinz zur Geltung zu bringen, von Oesterreich übervortheilt worden waren. Jetzt galt es, mit raschem Entschlusse eine Lage zu schaffen, welche, für den Eintritt aller denkbaren Fälle, Preußen in den Besitz dieser Provinz setzte. Der Umstand, daß sein Vater die pragmatische Sanction anerkannt hatte, konnte Friedrichs Absichten nicht ändern, denn die von Oesterreich zugesagte Gegenleistung in der jülich-bergischen Erbfolgfrage war, wie wir sehen, nicht erfolgt. Den trostlosen Zustand der durch die letzten unglücklichen Kriege verkleinerten und entmuthigten österreichischen Armee, die Zerrüttung der Finanzen, den Mangel fähiger und energischer Staatsmänner, das Ungewöhnliche und auch den Völkern Oesterreichs Unerwünschte, daß eine Frau die Zügel der Regierung ergreifen sollte — alles das betrachtete Friedrich als günstige Umstände. In Wien wollte Niemand ernstlich daran glauben, daß die Rüstungen Friedrichs gegen Oesterreich gerichtet seien, man lehnte mit höhnendem Stolze jeden Gedanken daran ab, daß von dem kleinen Preußen ernstliche Gefahren drohen könnten. Aber als der österreichische Gesandte Botta d'Adorno nach Maria Theresias Regierungsantritt nach Berlin reiste, fand er überall auf seinem Wege Truppen, die gegen Schlesien marschirten. Und ehe er noch den Versuch machen konnte, nun, da der Ernst der Lage ihm klar vor Augen trat, nach Wien zu schreiben und entsprechende Weisungen zu erbitten, waren die Würfel gefallen. Als er dem König eine Bemerkung über die Schönheit seiner Truppen machte, erhielt er die Antwort: man werde erfahren, daß sie nicht nur schön, sondern auch gut seien, und als er im Gespräche die Bemerkung hinwarf, die Wege in Schlesien seien durch Ueberschwemmungen so verdorben, daß Fußgänger sie kaum passiren könnten, erwiderte der König: „Wer diese Wege zu machen hat, wird schon Mittel finden, durchzukommen."

Ehe es noch den fremden Gesandten in Berlin recht klar geworden war, was der König beabsichtige, stand er an der Spitze seines Heeres an der Grenze, die er bei Crossen am 16. December 1740 überschritt. Damals schrieb er: „Ich bin über den Rubicon gegangen mit fliegenden Fahnen und unter dem Schlage der Trommeln. Meine Truppen sind voll guten Willens, die Offiziere voll Ehrgeiz, die Generale dürsten nach Ruhm. Ich will untergehen oder Ehre von dieser Unternehmung haben. Mein Herz verspricht mir alles Gute, ein gewisses Gefühl weissagt mir Glück. Ich werde nicht wieder nach Berlin kommen, ohne mich des Blutes würdig gemacht zu haben, aus dem ich stamme und der braven Soldaten, die ich anführe."

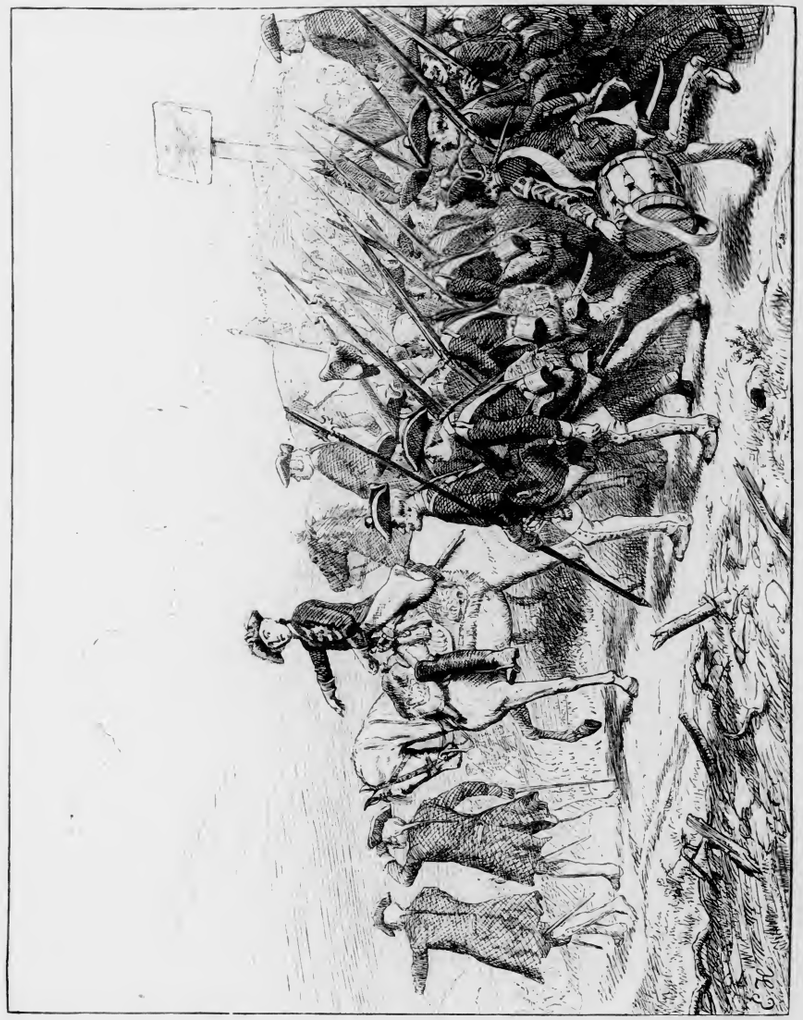
Zwei preußische Heersäulen rückten in Schlesien ein, die eine von Friedrich selbst, die andere vom Grafen Schwerin befehligt. Die Festung Glogau wurde erobert, Brieg und Neisse wurden eingeschlossen, Breslau, das sich gewisser reichsstädtischen Freiheiten erfreute, ward für neutral erklärt. Fast ohne Schwertstreich war der größte Theil Schlesiens in den Händen Friedrichs. Die Einwohner sahen den fremden Herrscher, wenn sie ihm nicht geradezu freudig entgegenjubelten, jedenfalls ohne das Gefühl einer leidenschaftlichen Feindschaft in ihr Land eindringen. Während in Preußen, unter der Regierung ausgezeichneter Fürsten, der Gedanke der monarchischen Einheit des Staates über das particularistische Leben der Provinzen Herr geworden war, während sich dort Jedermann zuerst als Preuße und nur in zweiter Reihe als Angehöriger seiner Provinz fühlen gelernt hatte, hatte sich umgekehrt in Oesterreich der provinzielle Sondergeist auf Kosten der staatlichen Einheit entwickelt, welche die geist- und kraftlosen Herrscher aus dem habsburgischen Hause nicht zu fördern wußten. Besonders hartnäckig in Aufrechthaltung seiner provinziellen Selbstständig-



Provinz zur Geltung zu bringen, von Oesterreich übervortheilt worden waren. Jetzt galt es, mit raschem Entschlusse eine Lage zu schaffen, welche, für den Eintritt aller denkbaren Fälle, Preußen in den Besitz dieser Provinz setzte. Der Umstand, daß sein Vater die pragmatische Sanction anerkannt hatte, konnte Friedrichs Absichten nicht ändern, denn die von Oesterreich zugesagte Gegenleistung in der jülich-bergischen Erbfolgefrage war, wie wir sehen, nicht erfolgt. Den trostlosen Zustand der durch die letzten unglücklichen Kriege verkleinerten und entmuthigten österreichischen Armee, die Zerrüttung der Finanzen, den Mangel fähiger und energischer Staatsmänner, das Ungewöhnliche und auch den Völkern Oesterreichs Unerwünschte, daß eine Frau die Zügel der Regierung ergreifen sollte — alles das betrachtete Friedrich als günstige Umstände. In Wien wollte Niemand ernstlich daran glauben, daß die Rüstungen Friedrichs gegen Oesterreich gerichtet seien, man lehnte mit höhnendem Stolze jeden Gedanken daran ab, daß von dem kleinen Preußen ernstliche Gefahren drohen könnten. Aber als der österreichische Gesandte Botta d'Adorno nach Maria Theresias Regierungsantritt nach Berlin reiste, fand er überall auf seinem Wege Truppen, die gegen Schlesien marschirten. Und ehe er noch den Versuch machen konnte, nun, da der Ernst der Lage ihm klar vor Augen trat, nach Wien zu schreiben und entsprechende Weisungen zu erbitten, waren die Würfel gefallen. Als er dem König eine Bemerkung über die Schönheit seiner Truppen machte, erhielt er die Antwort: man werde erfahren, daß sie nicht nur schön, sondern auch gut seien, und als er im Gespräche die Bemerkung hinwarf, die Wege in Schlesien seien durch Ueberschwemmungen so verdorben, daß Fußgänger sie kaum passiren könnten, erwiderte der König: „Wer diese Wege zu machen hat, wird schon Mittel finden, durchzukommen."

Ehe es noch den fremden Gesandten in Berlin recht klar geworden war, was der König beabsichtige, stand er an der Spitze seines Heeres an der Grenze, die er bei Crossen am 16. December 1740 überschritt. Damals schrieb er: „Ich bin über den Rubicon gegangen mit fliegenden Fahnen und unter dem Schlage der Trommeln. Meine Truppen sind voll guten Willens, die Offiziere voll Ehrgeiz, die Generale dürsten nach Ruhm. Ich will untergehen oder Ehre von dieser Unternehmung haben. Mein Herz verspricht mir alles Gute, ein gewisses Gefühl weissagt mir Glück. Ich werde nicht wieder nach Berlin kommen, ohne mich des Blutes würdig gemacht zu haben, aus dem ich stamme und der braven Soldaten, die ich anführe."

Zwei preußische Heersäulen rückten in Schlesien ein, die eine von Friedrich selbst, die andere vom Grafen Schwerin befehligt. Die Festung Glogau wurde erobert, Brieg und Neisse wurden eingeschlossen, Breslau, das sich gewisser reichsstädtischen Freiheiten erfreute, ward für neutral erklärt. Fast ohne Schwertstreich war der größte Theil Schlesiens in den Händen Friedrichs. Die Einwohner sahen den fremden Herrscher, wenn sie ihm nicht geradezu freudig entgegenjubelten, jedenfalls ohne das Gefühl einer leidenschaftlichen Feindschaft in ihr Land eindringen. Während in Preußen, unter der Regierung ausgezeichneter Fürsten, der Gedanke der monarchischen Einheit des Staates über das particularistische Leben der Provinzen Herr geworden war, während sich dort Jedermann zuerst als Preuße und nur in zweiter Reihe als Angehöriger seiner Provinz fühlen gelernt hatte, hatte sich umgekehrt in Oesterreich der provinzielle Sondergeist auf Kosten der staatlichen Einheit entwickelt, welche die geist- und kraftlosen Herrscher aus dem habsburgischen Hause nicht zu fördern wußten. Besonders hartnäckig in Aufrechthaltung seiner provinziellen Selbstständig-



keit war Schlesien; die Schlesier fühlten sich nicht als Oesterreicher. Dadurch war Friedrich die Besitzergreifung wesentlich erleichtert, noch mehr aber, weil eine ganze Classe von Landesbewohnern alle ihre Hoffnungen auf ihn setzte, ihn als Retter begrüßte — die Evangelischen.

Schlesien war von der reformatorischen Bewegung mit am tiefsten berührt worden. Noch im Jahre 1611 klagte ein Bischof, es gebe in Schlesien viele tausende Flecken, Städte und Dörfer, wo kein Mensch katholisch sei. Im dreißigjährigen Kriege wurde dies anders, die katholische Reaktion nahm überhand. Aber auch wo der Katholizismus zur Herrschaft kam, mußte er sie durch fortdauernde Kämpfe behaupten. Je zäher die Protestanten, besonders in Breslau und den eben jetzt von Preußen beanspruchten Landestheilen, an ihrem Bekenntnisse festhielten, um so rücksichtsloser ging man von katholischer Seite, besonders während Karls VI. Regierung, gegen sie vor. Uebertritte wurden gewünscht und begünstigt, die Kinder aus gemischten Ehen mußten katholisch werden, Eltern, die sich dessen weigerten, wurden bestraft, im Wiederholungsfalle verbannt, der Uebertritt von Katholiken zum Protestantismus wurde strenge geahndet, selbst die Beherbergung eines solchen „Abtrünnigen" wurde mit Strafe bedroht. An katholischen Feiertagen durften die Protestanten nicht arbeiten; ihnen war verboten, gemeinsame Religionskassen anzulegen, Sammlungen zu Zwecken des Gottesdienstes zu veranstalten.

Nichts war natürlicher, als daß die also Bedrängten in lauter Freude aufjubelten, als ein ihrem Bekenntnisse angehöriger Fürst jetzt das Land in Besitz nahm. Am Bußtage wurde in den protestantischen Kirchen über den Vers des 60. Psalmes gepredigt, der besagt, daß der Herr, der sein Volk verstoßen und ihm Hartes auferlegt, ihm wieder ein Panier aufgesteckt habe, um es zu retten.

Während Friedrich so, die Waffen in der Hand, die alten Ansprüche seines Hauses auf Schlesien geltend machte, ließ er in Wien eröffnen, daß er bereit sei, wenn ihm Schlesien gutwillig abgetreten werde, Maria Theresia gegen alle Feinde schützen zu helfen, die Bewerbung ihres Gemahls um die deutsche Kaiserkrone zu unterstützen. Aber die Antwort lautete rundweg ablehnend. Wenn er Schlesien geräumt hätte, ward seinen Gesandten erwidert, dann werde es Zeit sein, zu verhandeln.

So ging denn der Krieg weiter. Als es Frühjahr ward, ermannte sich Oesterreich so weit, eine ansehnliche Truppenmacht unter dem Befehle des Grafen von Neipperg nach Schlesien zu werfen. Bei Mollwitz am 10. April 1741 kam es zur Schlacht. Der österreichische General hatte sich gerühmt, mit seinen mährischen Hanacken und Goralen, mit seinen ungarischen Reitern wolle er den jungen König „zu Apoll und den Musen" zurückjagen. Eine Zeit lang schien es, als sollte er recht behalten. Der Ueberlegenheit der österreichischen Reiter gelang es, die schwerfällige preußische Reiterei zu zersprengen, in die Flucht zu jagen und dadurch auch die Stellung des fest und unerschütterlich stehenden preußischen Fußvolkes zu bedrohen. Es kam ein Augenblick, da „alte Offiziere Alles verloren glaubten" und Schwerin den König bewog, das Schlachtfeld zu verlassen. Aber während Friedrich gegen Oppeln zurückritt, gelang es Schwerin, in furchtbarem, blutigem Ringen dem Feinde Stand zu halten. Unter klingendem Spiel, mit gefälltem Bajonnet, kaltblütig und „so nach der Schnur, als wäre es auf dem Paradeplatz", drangen die preußischen Bataillone auf den Feind ein. Diesem Anprall konnten die Oesterreicher nicht widerstehen. Als der Abend hereinbrach, war der Sieg errungen. Während der König, der Oppeln bereits in Feindes Hand gefunden, gegen Löwen heranritt, in der Sorge, auch dieses schon von

Husaren besetzt zu finden, erreichte ihn die Siegesnachricht.

Von größter Bedeutung war dieser Sieg für das Verhalten der europäischen Mächte. Diejenigen Staaten, welche es für ihre Interessen dienlich befunden hatten, sich in der hereinbrechenden Krise Oesterreich zu nähern: Rußland, Holland und England, wurden in ihren Freundschaftsversicherungen lauer, die anderen, welche die Lage der Dinge zum Nachtheil Oesterreichs auszubeuten gedachten: Frankreich, Spanien, Sardinien, Baiern und Sachsen, erkannten durch diesen ersten größeren Erfolg Friedrichs die Schwäche der österreichischen Macht, deren völlige Zertrümmerung, das lange verfolgte Ziel aller französischen Staatsmänner, wenn jemals, jetzt erreichbar schien.

In Baiern hatte man die schmähliche Behandlung, welche während des spanischen Erbfolgekrieges Land und Leute von den Oesterreichern erlitten hatten, nicht vergessen. Damals hatte mit der Macht der Verzweiflung das Landvolk des Gebirges sich für sein altes Herrscherhaus erhoben und auf mehr als einer blutbefleckten Walstatt gegen die Soldaten des habsburgischen Hauses gekämpft. Mit Jubel begrüßte jetzt der von den Wittelsbachern beherrschte Theil des großen baierischen Volksstammes die Aussicht, daß auch der bisher von den Habsburgern regierte Theil desselben nunmehr dem wittelsbachischen Scepter unterworfen werden solle. Aus alten Familienverträgen erhob der Kurfürst von Baiern Ansprüche auf Oesterreich, seit lange stand er in Verhandlungen mit Frankreich, um sich bei Geltendmachung seiner Rechte der Unterstützung dieser Macht zu versichern. Jetzt, unter dem Eindrucke des Tages von Mollwitz, kam es in dem Lustschlosse Nymphenburg bei München zum Abschlusse eines Vertrages.

Der Kurfürst von Baiern, Karl Albert, war kein Mann von hervorragenden Eigenschaften weder des Geistes noch des Charakters. Oberflächlich gebildet, in dem von seinem Vater, Max Emanuel, geliebten und gepflegten Glanze eines den Verhältnissen von Versailles nachgebildeten Hoflebens aufgewachsen, voll Ehrgeiz, eine große Rolle zu spielen, aber ohne die Energie, sie folgerichtig durchzuführen, war er recht geeignet, zum Spielball in den Händen der französischen Staatsmänner zu werden. Seit im 14. Jahrhundert Ludwig IV. aus dem baierischen Fürstenhause die deutsche Kaiserkrone getragen, gehörte der Gedanke, daß wiederum ein Wittelsbacher die höchste Würde des Reiches erlange, zu den Lieblingsplänen der baierischen Regenten. Auch Karl Albert trug sich mit der Hoffnung, mit Frankreichs Hilfe Kaiser zu werden. In dem geheimen Artikel des Nymphenburger Vertrages zeigte er, in welcher Weise er die Verpflichtungen der Kaiserwürde verstand. Er versprach, die Eroberungen, welche die Franzosen am Rheine machen würden, nicht für das Reich zurückzufordern.

Während Spanien und Sardinien, welche bei der Zertrümmerung Oesterreichs in Italien auf Beute hofften, und Sachsen, das nun auch wieder seine alten Ansprüche geltend machen wollte, dem Nymphenburger Vertrage beitraten, schloß auch König Friedrich von Preußen ein Bündniß mit Frankreich ab. Nicht als ob er sich die Gefahren eines solchen Bundes für die Nation verhehlt hätte; im Gegentheil, sie standen ihm klar und bestimmt vor Augen; aber er befand sich, der Stellung der Mächte gegenüber, in einer Zwangslage. Nicht nur, daß Oesterreich sich auf keine Weise bewegen ließ, ihm auch nur einen kleinen Theil Schlesiens abzutreten, im März 1741 war dem König ein völlig ausgearbeiteter Plan zur Theilung Preußens bekannt geworden. Da an diesem Plane England, Holland und Rußland betheiligt waren, blieb Frankreich allein als Verbündeter Preußens möglich. Am 4. Juni 1741 wurde der Vertrag unterzeichnet, in welchem

Preußen und Frankreich auf 15 Jahre ein Schutzbündniß abschlossen. In den geheimen Artikeln desselben gewährleistete Frankreich dem König von Preußen den Besitz von Niederschlesien und Breslau und verpflichtete sich, Schweden zum sofortigen Bruche mit Rußland zu veranlassen, wogegen Friedrich auf die Erbfolge in Berg verzichtete und für die Kaiserwahl des Kurfürsten von Baiern zu wirken versprach.

Während in Folge dieser Verträge Schweden Rußland den Krieg erklärte, die Baiern und Franzosen in Oesterreich, die Sachsen und Franzosen in Böhmen einfielen, während England in Hannover von den Franzosen bedroht, Holland durch die französische Flotte geängstigt wurde, hob Friedrich die Anerkennung der Neutralität Breslaus auf, besetzte die Stadt militärisch und nahm die Huldigung ihrer Bürgerschaft entgegen. Von jetzt ab fügte er seinen Titeln den eines Herzogs von Schlesien hinzu.

Der Kurfürst von Baiern aber zog, statt seine in Oesterreich errungenen Vortheile zu benutzen und Wien zu erobern, nach Prag, ließ sich dort zum König von Böhmen krönen und eilte von da nach Frankfurt, um die deutsche Kaiserkrone auf sein Haupt zu setzen. Friedrich II. hatte es nicht für unmöglich gehalten, einen Standpunkt zu finden, von dem aus er in Freundschaft mit Oesterreich die Aufgabe, die er sich für seinen Staat gestellt hatte, lösen könnte. Erst nachdem seine Vorschläge in Wien zurückgewiesen waren, hatte er sich Frankreich genähert und die Bewerbung des Kurfürsten von Baiern um die Kaiserkrone unterstützt. Jetzt erst hatte diese Aussicht auf Erfolg. Nicht die französische Einmischung, sondern die Rücksicht auf den mächtigsten deutschen Fürsten gewann den Sieg für den Kurfürsten von Baiern. Der König dachte jetzt auch daran, die ganze Gestalt der deutschen Dinge auf einer neuen Grundlage aufzubauen, die Fürstengewalt der Landesherren mit der Centralgewalt zu versöhnen und beide, fremden Einfluß, dem sie sich seither abwechselnd überlassen hatten, fernhaltend, durch einander wechselseitig zu stützen. Der Plan scheiterte an der unbedeutenden Persönlichkeit Karls VII. (wie sich Karl Albert von Baiern als Kaiser nannte) und an den heftigen Gegenbestrebungen Oesterreichs.

Vor den anrückenden feindlichen Truppen hatte sich der österreichische Hof nach Preßburg zurückgezogen und durch wichtige Zugeständnisse an den ungarischen Reichstag sich die thatkräftige Unterstützung des Königreiches Ungarn gesichert. Die junge unglückliche Fürstin, vor kurzem erst Mutter eines Sohnes, des späteren Kaisers Josef II. geworden, hatte durch die Gewalt ihres muthigen Auftretens, durch die Verbindung männlicher Entschlossenheit mit weiblicher Anmuth die Herzen des leicht erregbaren ungarischen Volkes völlig gewonnen, und während ihre Diplomaten Verabredungen mit dem König von Preußen trafen, die diesen veranlaßten, seine Truppen Winterquartiere beziehen zu lassen, rückte die Armee Maria Theresias durch das nur schwach von Feinden besetzte Oesterreich nach Baiern vor und zog in denselben Tagen des Januar und Februar 1742, da der schwache Karl VII. sich, im Geleit französischer Generale, in dem neuen Glanze der Kaiserwürde bei strahlenden Festen zu Frankfurt sonnte, in seine Hauptstadt München ein.

Die Verhandlungen mit Friedrich führten vorerst noch nicht zu einem Friedensschlusse. Er ließ wieder marschiren, nahm Olmütz und Glatz ein und siegte, kaum daß er vor dem Andringen des Herzogs Karl von Lothringen nach Böhmen zurückgewichen war, am 17. Mai 1742 bei Czaslau über diesen Schwager Maria Theresias. Dieser Sieg, bei dem die preußische Reiterei, für deren Verbesserung der König seit dem Tage von Mollwitz unausgesetzt thätig gewesen war, die damals erlittene Schlappe durch glänzende Thaten vergessen machte, führte, unter Englands

Vermittelung, zu neuen Verhandlungen und ihr Ergebniß war der den ersten schlesischen Krieg beendende Breslauer Friede vom 28. Juli 1742, in welchem Maria Theresia Schlesien sammt der Grafschaft Glatz an Preußen abtrat.

Indem König Friedrich zu diesem Friedensschlusse die Hand bot, lieferte er den Beweis, daß es ihm nicht um die Vernichtung Oesterreichs zu thun sei, daß er nur die seinem Staate, auf Grund alter Rechtsansprüche, gebührende Vergrößerung verlangte. Es lag noch jetzt in Maria Theresias Hand, aus dem bisherigen Feinde einen Bundesgenossen zu machen. Allein sie hatte nur blutenden Herzens in die Abtretung Schlesiens eingewilligt; in dem Rundschreiben, das sie an alle Mächte erließ, bezeichnete sie als Grund für die gebrachten Opfer ihren Wunsch, „die arglistigen Absichten der Franzosen zu vernichten, welche darauf ausgingen, Deutsche durch Deutsche zu Grunde zu richten". Die Bitterkeit dieser Worte ließ alle Welt erkennen, daß der Friede mit Preußen nicht von Dauer sein werde.

Bald nach Abschluß des Breslauer Friedens wandte sich das launische Glück auf anderen Theilen des großen Kriegsschauplatzes Oesterreich wieder zu. Nachdem Sachsen von dem Nymphenburger Vertrage zurückgetreten war und Sardinien sich von den Feinden Oesterreichs getrennt hatte, mußte der Kaiser seine Erblande zum zweiten Male vor den österreichischen Waffen räumen, Maria Theresia aber wurde nicht nur in Prag unter allgemeinem Jubel zur Königin von Böhmen gekrönt, sondern nahm auch in Baiern die Huldigung entgegen, mit der entschiedenen Absicht, dieß Land nicht wieder herauszugeben, sondern den Kurfürsten entweder im Elsaß, das aber erst den Franzosen, oder in Neapel, das erst den Spaniern abgenommen werden mußte, zu entschädigen; die Franzosen erlitten unter Noailles am 27. Juni 1743 bei Dettingen am Main eine völlige Niederlage und Karl VII. war so hoffnungsarm geworden, daß er seine Truppen zu der neutralen Reichsarmee, die zum Schutze der am Krieg unbetheiligten Reichsstände aufgestellt war, hatte stoßen lassen — er selbst hatte ja nicht als Kaiser, sondern nur als Kurfürst von Baiern den Krieg geführt. Nach so vielen glücklichen Wendungen schloß Maria Theresia ein neues Bündniß zu Worms mit England, Holland und Sardinien, das, zwar nicht seinem Wortlaute, wohl aber dem Sinne nach, wesentlich gegen Preußen gerichtet war, ein Bündniß, dem bald ein Vertrag mit Sachsen folgte, der noch deutlicher die ganz unmittelbar gegen Preußen gerichtete Spitze zeigte.

In dieser Lage verbündete sich König Friedrich neuerdings mit Frankreich und trat in Verhandlungen mit mehreren Reichsständen, um dieselben zum Schutze des Kaisers aufzubieten. Er rüstete in aller Stille, nachdem es ihm durch glückliche Finanzoperationen und weise Sparsamkeit gelungen war, den Staatsschatz wieder auf die Höhe von 6 Millionen Thaler zu bringen. Die schlesischen Festungen wurden bedeutend verstärkt, Neiße ward fast neu aufgebaut, Cosel befestigt; die Armee wurde um 18,000 Mann vermehrt, das Geschützwesen erfuhr eine völlige Umbildung, der Unterricht der Offiziere in allen Theilen der Kriegswissenschaft wurde mit Eifer betrieben. Alles das ging in tiefster Ruhe vor sich; äußerlich war im Auftreten und in den Reden des Königs von seinen Absichten nichts erkennbar. Gegen Ende des Jahres 1743 wurde die Sprache der diplomatischen Noten, die zwischen Berlin und Wien gewechselt wurden, immer gereizter, Erklärungen über die Rüstungen wurden gefordert, Schmähschriften erschienen und spiegelten die erbitterte Stimmung auch der Völker ab. Bald standen sich Oesterreich und Preußen wieder, die Waffen in der Faust, gegenüber.

Es wäre unnatürlich gewesen, wenn Maria

Theresia nach so großen Erfolgen auf den Versuch, Schlesien wieder zu gewinnen, verzichtet hätte. Für Friedrich aber war es das erste Gebot der Politik, die wichtige Eroberung um jeden Preis zu behaupten.

Im August 1744 war Maria Theresia abermals auf der Flucht von Wien nach Preßburg, bot sie abermals die Hilfe der Ungarn gegen den König von Preußen auf. In drei Abtheilungen hatte dieser seine Truppen nach Böhmen geworfen. Schwerin war durch Schlesien, der Erbprinz von Dessau durch die Lausitz, der König selbst durch Sachsen gezogen. Da der mit Karl VII. abgeschlossene Vertrag als Endziel die Erhaltung des Reiches in seiner alten Verfassung, die Anerkennung des Kaisers durch den Wiener Hof, die Herstellung des Friedens in Deutschland durch Beilegung des Streites über die österreichische Erbfolge ins Auge gefaßt hatte, so wurden Friedrichs Truppen nun als „kaiserliche Hilfsvölker" bezeichnet, unter diesem Titel war von Sachsen die Gestattung des Durchmarsches verlangt worden. Böhmen aber erschien nicht nur als ein durch seine geographische Lage besonders geeignetes Angriffsgebiet, sondern der König hatte sich die Erwerbung einiger Theile dieses Landes, das bei günstigem Ausgange des Krieges dem Kaiser zufallen sollte, in einem geheimen Vertrage mit Karl VII. ausbedungen.

Im Anfange waren Friedrichs Erfolge glänzend. Am 1. September stand seine Armee vor Prag, schon am 16. mußte der Kommandant sich und seine Besatzung als Kriegsgefangene ergeben. Aber nicht so wie auf sein tapferes Heer konnte sich Friedrich auf seine Bundesgenossen verlassen. Der arme Schattenkaiser und die verbündeten Reichsstände ließen ihn vergebens auf Hilfe warten, Frankreich führte den Krieg am Rhein äußerst lau, nachdem der erste Anlauf auf der kriegerischen Bahn, den Ludwig XV. genommen, durch seine Erkrankung unterbrochen worden und er zu den seine Kräfte erschlaffenden Freuden des Pariser Hoflebens zurückgekehrt war.

Auf der anderen Seite wurde Oesterreich von England durch reiche Geldsendungen unterstützt, Sachsen sandte Hilfstruppen, Rußland stand zwar nicht offen auf der Seite Maria Theresias, ermuthigte aber durch Versprechungen und beeinflußte die Entschlüsse der Republik Polen in einem Oesterreich günstigen Sinne. Dabei war das österreichische Heer wesentlich verbessert worden, waffentüchtig und kriegerisch gesinnt, und die kurze Regierungszeit der ausgezeichneten Frau, die jetzt auf dem habsburgischen Throne saß, hatte hingereicht, die Bevölkerung der österreichischen Provinzen mit jener vaterländischen Gesinnung zu erfüllen, die im Kriege nicht minder wichtig ist als die Kampffähigkeit der Armee. Die Königin von Ungarn, ihr Heer und ihre Völker glaubten an die glorreiche Zukunft Oesterreichs.

So wie die Dinge lagen, mußte sich Friedrich wieder aus Böhmen zurückziehen; nicht in Folge einer ungünstigen Schlacht, denn die Gegner hielten nicht Stand, wenn er eine Schlacht anbot, aber seinen Rückzug belästigten die Schwärme der leichten ungarischen Reiterei und die von ihren Geistlichen aufgebotene Bevölkerung der katholischen Landestheile. Bald bedrohten die Oesterreicher Schlesien, rückten in die Grafschaft Glatz und in Oberschlesien ein, und schon erließ Maria Theresia einen Aufruf an die Schlesier, in welchem sie die Friedrich geschworenen Eide für ungiltig und sich als die rechte Landesfürstin erklärte, zur Unterstützung ihres Heeres, zur möglichsten Schädigung der Preußen aufforderte. Damals schrieb der Minister von Podewils, der stets von dem schlesischen Unternehmen abgerathen hatte, an den König: „Ew. Majestät sehen jetzt, daß es nicht so leicht ist, wie Sie geglaubt haben, das Haus Oesterreich zu erniedrigen und auf die Stufe der Macht zurückzubringen, die man ihm bestimmen will".

Aber auch die Oesterreicher irrten, wenn sie glaubten, mit diesem Feinde rasch fertig werden zu können. In Schlesien fand Friedrich sofort seine zähe Ausdauer und kalte Energie wieder. Dem alten Fürsten Leopold von Dessau gab er den Auftrag, die Oesterreicher wieder aus Schlesien zu verjagen mit Aufbietung aller Kräfte, „denn aus Schlesien," schrieb er ihm, „kann ich mich so wenig hinausschmeißen lassen, als aus der Mark". Mitten im Winter, durch Eis und Schnee, fuhr der alte Dessauer im offenen Wagen durch das Land, sein Sohn sprengte zu Pferde nebenher. Bald waren die Oesterreicher allenthalben vertrieben, Troppau und Jägerndorf, nach einem hitzigen Gefecht im Februar 1745, auch Glatz wurde wieder besetzt. Ende Februar konnten die Preußen ungehindert Winterquartiere beziehen; in Berlin betrachtete man diesen Erfolg wie einen Sieg und sang ein Te Deum.

Aber als der Frühling herankam, sah sich Friedrich noch mehr als bisher vereinsamt. Am 20. Januar 1745 war Kaiser Karl VII. gestorben, und sein Sohn, „ein frommes Kind", wie ihn der Gesandte von Seckendorff nennt, hatte, nachdem er noch einmal mit den Franzosen bei Pfaffenhofen das Kriegsglück herausgefordert hatte, aber von den Oesterreichern geschlagen worden war, zu Füßen am 22. April seinen Frieden mit Maria Theresia gemacht, seine Erblande zurückerhalten, auf alle Ansprüche an Oesterreich verzichtet und dem Gemahl der Königin von Ungarn, Franz von Lothringen-Toskana, seine Stimme zur Kaiserwahl versprochen. In Frankreich fing die Friedenspartei an, nach Beendigung des Krieges zu rufen, der schon so große Opfer gekostet. Im Reiche übertrug sich der Haß gegen die Franzosen immer mehr auch auf den mit ihnen verbündeten König von Preußen. Friedrichs Lage war eine sehr ernste geworden. Aber gerade in solchen Lagen zeigt sich geistige und sittliche Größe in ihrem vollsten Glanze. Er erkannte, daß er einen gewaltigen Schlag ausführen müsse, und daß er dazu der Aufbietung aller Kräfte und Mittel bedürfe. Damals ließ er die Prachtgefäße aus Silber insgeheim des Nachts, damit das Volk nichts erfahre und nicht sich darob ängstige, aus dem königlichen Schlosse zur Münze bringen, um Thaler daraus schlagen zu lassen.

Er war entschlossen, um jeden Preis zu siegen. In Magdeburg zog er 12,000 Mann zusammen und drohte den Sachsen, sobald sie Schlesien beträten, ihr Land zu besetzen. In Schlesien standen etwa 70,000 Mann, davon 10,000 in den Festungen, die anderen kampfbereit im Felde. Dem Heere von 114,000 Mann, das er aufzustellen beschlossen, fehlten nur noch 1500.

Die Gesinnung der Truppen war die beste, das unbedingteste Vertrauen auf den König beseelte alle. Die Gemüther der Offiziere — schrieb Friedrich damals — seien auf den Ton gestimmt, wie er es wünsche. Alles sei guten Muthes und voll Vertrauen, ein jeder werde seine Pflicht thun und mit seinem Blute bezahlen; in der Ehre des Staates sehe jeder auch seine persönliche Ehre.

In solcher Stimmung schlugen die preußischen Truppen am 4. Juni 1745 die Schlacht bei Hohenfriedberg. In früher Morgenstunde begann der König den Angriff gegen die Sachsen und Oesterreicher auf ihrem linken Flügel bei Strigau, warf sie rasch durch seine von Artillerie kräftig unterstützte Reiterei und jagte die Sachsen in wilde Flucht. Während sie, mit Verlust beinahe aller Regimentsstücke, zersprengt wurden, erhob sich der rechte Flügel der Oesterreicher erst aus der Ruhe. Auch hier war bald die Reiterei in wilder Verwirrung und Flucht vor den Preußen. Das Fußvolk hielt länger Stand, bis auf General Geßlers Befehl das Dragonerregiment Bairenth die Reihen der erschütterten Truppen durchbrach, binnen einer Stunde 20 Bataillone zersprengte, Viele tödtete und verwundete, 2500 Gefangene machte, 66 Fahnen eroberte, während das preußische Fußvolk, nachdem es längst seine Patronen verschossen hatte, mit dem Bajonnet auf den Gegner eindrang. Gegen 8 Uhr Morgens schon war die Schlacht entschieden, eine der glänzendsten Waffenthaten des preußischen Heeres. „Unsere Kavalerie hat Wunder gethan"; — schrieb der König an den Minister Podewils — „seit der Schlacht bei Höchstädt ist nichts Entscheidenderes vorgefallen." In der That war durch diesen Sieg der Ausgang des zweiten schlesischen Krieges entschieden. Zwar wurde noch längere Zeit und mit wechselndem Glücke gekämpft, aber die Stellung Preußens war durch ihn so sicher verbessert, daß von Durchführung der österreichischen Pläne keine Rede mehr sein konnte. Der Sieg von Hohenfriedberg war eine der wichtigsten Etappen auf der rasch aufwärts steigenden Ruhmesbahn des preußischen Staates.

Unter den Evangelischen in Schlesien war unendlicher Jubel. Sie wußten, was ihnen bevorstand, wenn Friedrich unterlag. Es war kein Geheimniß, daß auch jetzt wieder Oesterreich nicht nur für seine materiellen Interessen, sondern auch für den Katholizismus kämpfte. So weit man den Kanonendonner der Schlacht hörte, lag die evangelische Bevölkerung Schlesiens auf den Knieen und betete für den Sieg der Preußen. Als am nämlichen Abende noch 16 blasende Postillone in Breslau diesen Sieg verkündeten, als drei Tage darauf die eroberten Fahnen — auf der einen Seite den Doppeladler, auf der anderen das Bild der Jungfrau Maria — in die Stadt gebracht wurden, da war die Siegesfreude so groß und allgemein, als wäre die Hauptstadt Schlesiens eine altpreußische Stadt gewesen.

Der Sieg von Hohenfriedberg, die Niederlage, welche sie durch die Franzosen bei Fontenay erlitten, die Landung des Prätendenten Karl Stuart an der schottischen Küste und die Vortheile, welche er bald über die Regierungstruppen erfocht, erregten in nicht geringem Grade das Friedensbedürfniß der Engländer. Schon hatte die öffentliche Meinung so weit zu Gunsten Friedrichs umgeschlagen, daß das Parlament sich zwar noch zur Zahlung der Hilfsgelder an Maria Theresia, nicht aber, wie gewünscht worden, zu einer Preußen ungünstigen Aeußerung in der Antwort auf die Thronrede herbeiließ. Indeß beherrschte doch noch, trotz den bekannten Worten Georgs II.: „In diesem Lande sind die Minister König", die persönliche Gesinnung dieses Fürsten die auswärtige Politik des Inselreiches. Als Kurfürst von Hannover hatte er schlechthin kein Interesse an einer Vergrößerung Preußens, und deßhalb konnte auch nach Hohenfriedberg Maria Theresia vorzüglich mit Hilfe der englischen Gelder den Krieg fortsetzen. So sehr Friedrich zum Frieden geneigt und bereit war, so wenig wollte sich Maria Theresia auch jetzt noch in den Verlust Schlesiens fügen. Gerade jetzt, da sie mit größter Energie die Wahl ihres Gemahls zum deutschen Kaiser betrieb, wollte sie Oesterreich groß und mächtig sehen, im Vollbesitz der durch die pragmatische Sanktion gewährleisteten Lande und glänzend durch militärische Erfolge. „Wenn ich wüßte" — sagte sie in diesen Tagen — „daß ich morgen mit dem König Frieden schließen müßte, so würde ich doch noch diesen Abend ihm eine Schlacht liefern."

Die Kaiserwahl war Franz von Lothringen gesichert. Nur Kurpfalz und Brandenburg stimmten nicht für ihn, als er am 13. September 1745 zu Frankfurt, wo die Wahlversammlung unter dem Schutze österreichischer Truppen tagte, zum Kaiser gewählt ward. Aber als Kaiser wie als Mitregent in Oesterreich-Ungarn blieb Franz I. doch nur der Gemahl der österreichischen Erbin, der erste Edelmann am Hofe seiner Gattin, die man nun mit Recht die Kaiserin-Königin

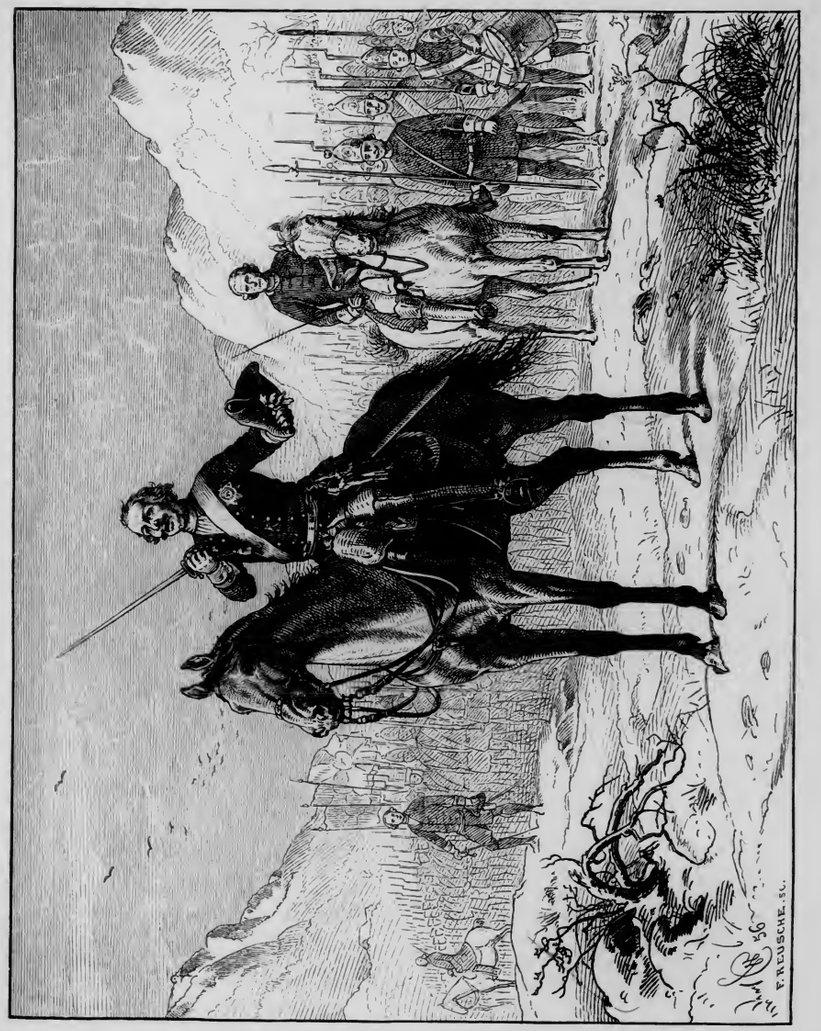
nannte. Auch bei seiner Krönung in Frankfurt spielte Maria Theresia die erste Rolle. Ihre prächtige Erscheinung, die Leutseligkeit ihres Wesens, das menschlich schöne Verhältniß in ihrer Ehe mit einem in Wahrheit aufrichtig geliebten Manne, das alles machte sie zum eigentlichen Mittelpunkte der glänzenden Krönungsfeste, und noch Jahrzehnte später sprach man, wie uns Goethe überliefert, in Frankfurt von dem Enthusiasmus, den sie, mit Vivatruf und

Maria Theresia.

Händeklatschen ihren Gemahl begrüßend, erregte. Das jubelnde Volk von Frankfurt sah darin nur die alle Schranken der Etikette durchbrechende Zärtlichkeit einer schönen und liebenden Frau; in Wahrheit aber leuchtete nicht nur die menschliche Freude, sondern in noch höherem Grade der politische Triumph aus ihren Augen. Dazu paßt sehr wohl das Wort, das von dem Herzog Karl von Lothringen erzählt wurde: er könne die Wahl seines Bruders nicht besser feiern als durch einen Sieg über den König von Preußen.

Und in der That, es hatte den Anschein, als ob die glänzenden Tage der preußischen Waffen ein Ende nehmen sollten. Nach Hohenfriedberg wieder bis Böhmen vorgedrungen, sah sich der König jetzt genöthigt, vor den Fortschritten, die Herzog Karl machte, abermals nach Schlesien zurückzuweichen, als ihn dieser am 30. September 1745 bei Sohr in einer sehr ungünstigen Stellung überraschte. Von allen Seiten vom Feinde umgeben, entschloß sich der König, seinem Angriff zuvorzukommen, warf sich mit aller Kraft auf ihn und errang mit der größten Tapferkeit, besonders durch einen glänzenden und verwegenen Kürassierangriff, den Sieg, dessen sich die Oesterreicher bereits versichert hielten.

Hatte sich bei dieser Schlacht auch die Ueberlegenheit der preußischen Mannszucht und Taktik von Neuem bewährt, so war für die Gesammtlage Friedrichs doch durch dieselbe nichts gewonnen, um so weniger, als sich jetzt, da man ihn durch den Kampf geschwächt glaubte und die großen finanziellen Schwierigkeiten kannte, mit denen er zu ringen hatte, auch Sachsen, heimlich von Rußland unterstützt und aufgemuntert, unmittelbar in die Reihen seiner Feinde stellte. Schon war die Mark, war seine Hauptstadt auf feindlichen Einfall gefaßt, schon arbeiteten die bewaffneten Bürger von Berlin an Schanzen und Gräben zum Schutze der Residenz; aber während so in vorsichtiger Weise alle Anstalten zur Vertheidigung des bedrohten Landes betrieben wurden, überschritt der König mit zwei Heeren die sächsische Grenze, schlug bei Hennersdorf am 23. November die Sachsen und rückte gegen Dresden vor, während der Fürst Leopold von Dessau von Magdeburg her längs der Elbe heraufzog. Vom Könige zu raschem Vorgehen gedrängt, stieß er am 15. Dezember 1745 bei Kesselsdorf auf den Feind. Wieder war die Stellung der Preußen eine ungünstige; nur bei einer unbeugsamen Tapferkeit und eisernen Mannszucht konnte es



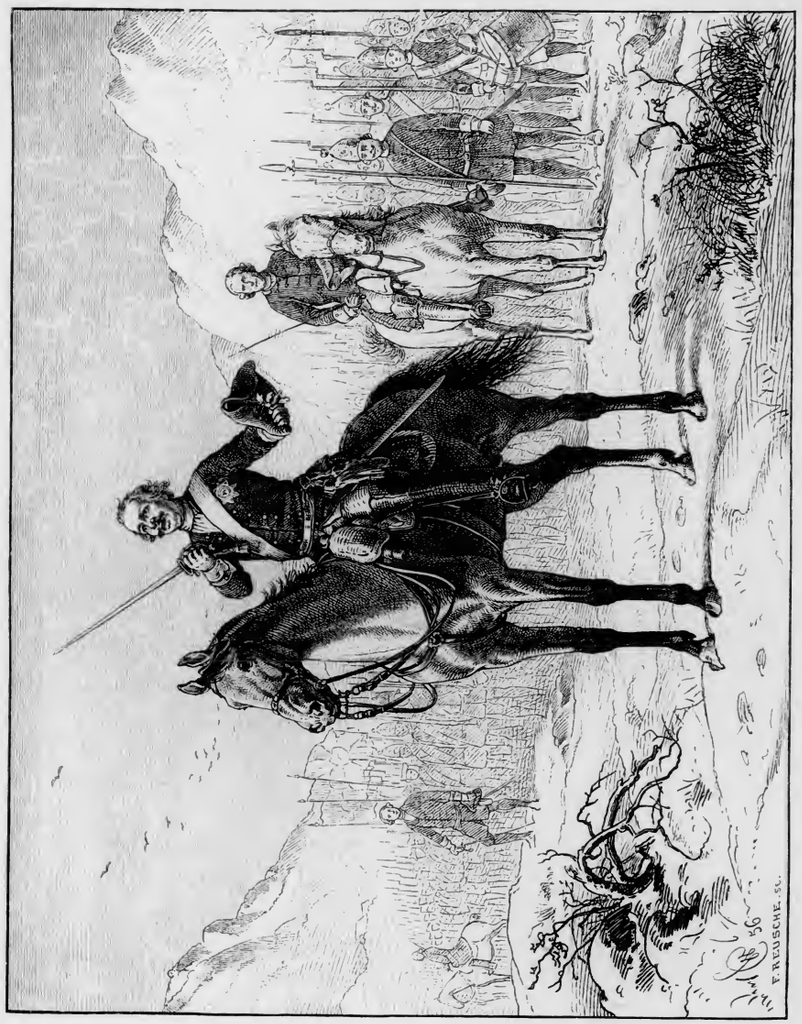
nannte. Auch bei seiner Krönung in Frankfurt spielte Maria Theresia die erste Rolle. Ihre prächtige Erscheinung, die Leutseligkeit ihres Wesens, das menschlich schöne Verhältniß in ihrer Ehe mit einem in Wahrheit aufrichtig geliebten Manne, das alles machte sie zum eigentlichen Mittelpunkte der glänzenden Krönungsfeste, und noch Jahrzehnte später sprach man, wie uns Goethe überliefert, in Frankfurt von dem Enthusiasmus, den sie, mit Vivatruf und

Maria Theresia.

Händeklatschen ihren Gemahl begrüßend, erregte. Das jubelnde Volk von Frankfurt sah darin nur die alle Schranken der Etikette durchbrechende Zärtlichkeit einer schönen und liebenden Frau; in Wahrheit aber leuchtete nicht nur die menschliche Freude, sondern in noch höherem Grade der politische Triumph aus ihren Augen. Dazu paßt sehr wohl das Wort, das von dem Herzog Karl von Lothringen erzählt wurde: er könne die Wahl seines Bruders nicht besser feiern als durch einen Sieg über den König von Preußen.

Und in der That, es hatte den Anschein, als ob die glänzenden Tage der preußischen Waffen ein Ende nehmen sollten. Nach Hohenfriedberg wieder bis Böhmen vorgedrungen, sah sich der König jetzt genöthigt, vor den Fortschritten, die Herzog Karl machte, abermals nach Schlesien zurückzuweichen, als ihn dieser am 30. September 1745 bei Sohr in einer sehr ungünstigen Stellung überraschte. Von allen Seiten vom Feinde umgeben, entschloß sich der König, seinem Angriff zuvorzukommen, warf sich mit aller Kraft auf ihn und errang mit der größten Tapferkeit, besonders durch einen glänzenden und verwegenen Kürassieraugriff, den Sieg, dessen sich die Oesterreicher bereits versichert hielten.

Hatte sich bei dieser Schlacht auch die Ueberlegenheit der preußischen Mannszucht und Taktik von Neuem bewährt, so war für die Gesammtlage Friedrichs doch durch dieselbe nichts gewonnen, um so weniger, als sich jetzt, da man ihn durch den Kampf geschwächt glaubte und die großen finanziellen Schwierigkeiten kannte, mit denen er zu ringen hatte, auch Sachsen, heimlich von Rußland unterstützt und aufgemuntert, unmittelbar in die Reihen seiner Feinde stellte. Schon war die Mark, war seine Hauptstadt auf feindlichen Einfall gefaßt, schon arbeiteten die bewaffneten Bürger von Berlin an Schanzen und Gräben zum Schutze der Residenz; aber während so in vorsichtiger Weise alle Anstalten zur Vertheidigung des bedrohten Landes betrieben wurden, überschritt der König mit zwei Heeren die sächsische Grenze, schlug bei Hennersdorf am 23. November die Sachsen und rückte gegen Dresden vor, während der Fürst Leopold von Dessau von Magdeburg her längs der Elbe heraufzog. Vom Könige zu raschem Vorgehen gedrängt, stieß er am 15. Dezember 1745 bei Kesselsdorf auf den Feind. Wieder war die Stellung der Preußen eine ungünstige; nur bei einer unbeugsamen Tapferkeit und eisernen Mannszucht konnte es



ihnen gelingen, im Bereiche der feindlichen Kugeln die von Schnee und Eis schlüpfrig gewordenen Abhänge herunterzusteigen, um auf der anderen Seite des Thales mühsam, einer auf den anderen gestützt, den Berg hinaufzuklettern und den Feind zu packen, der sich mit nicht minder großer Tapferkeit und Ausdauer zur Wehre setzte. In drei heißen und blutigen Nachmittagsstunden war der Sieg errungen. Nach drei Tagen zog Friedrich in Dresden ein, wo er von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen wurde. Die streng protestantischen Sachsen, welche das Bündniß ihres um Polen katholisch gewordenen Königshauses mit Oesterreich von je mit ungünstigen Augen als „ein Jesuitenwerk" betrachtet hatten, begrüßten um so freudiger den siegreichen König des bis dahin befreundeten protestantischen Nachbarlandes, als die Armee Friedrichs strenge Mannszucht hielt, während die österreichischen Bundesgenossen es an Erpressungen, Plünderungen und Roheiten aller Art nicht hatten fehlen lassen.

Schon am 25. December 1746 erfolgte zu Dresden die Unterzeichnung des Friedens mit Oesterreich und Sachsen, welche den Krieg nicht weiterzuführen vermochten. Oesterreich erneuerte den Breslauer Frieden, Friedrich erkannte nachträglich Franz von Lothringen als Kaiser an.

Mit unbeschreiblichem Jubel wurde der König bei seinem Einzug in Berlin empfangen und von seinem Volke mit Hochrufen als Friedrich der Große begrüßt. Der Friede zwischen Preußen und Oesterreich schien nun für die Dauer gesichert.

Mit Frankreich dauerte der Krieg noch fort, und in den Niederlanden waren die Franzosen, welche dort unter der Führung des Marschalls Moritz von Sachsen, eines natürlichen Sohnes König Augusts II. von Sachsen-Polen, kämpften, eben so glücklich gegen die Oesterreicher wie die Preußen auf den deutschen Schlachtfeldern. Aber in England, wo der stuartische Thronprätendent am 16. April 1746 bei Culloden völlig geschlagen und damit jeder Aussicht auf Erfolg beraubt worden war, begann die Friedensstimmung überhand zu nehmen, die Geldnoth machte auch Frankreich dem Frieden geneigt, um so mehr als ein Vertrag Oesterreich, wenn der Krieg fortdauern sollte, die Hilfe Rußlands sicherte, welches bereits eine stattliche Armee an den Rhein marschiren ließ. Unter solchen Umständen kam zu Aachen am 30. April 1748 der am 18. Oktober ratificirte Friede zu Stande, der dem österreichischen Erbfolgekrieg ein Ende machte. In diesem Frieden gaben die Franzosen ihre Eroberungen in den Niederlanden an Oesterreich und Holland zurück, wogegen die Engländer die von ihnen besetzten Theile der französischen Colonien räumten; als der König von Spanien den Engländern einige Erleichterungen auf dem Handelsgebiete zugestand, bewogen diese Oesterreich, dem spanischen Prinzen Philipp eine Entschädigung in Parma und Piacenza zu geben, und auch Sardinien erhielt einen kleinen Gebietszuwachs. Bei diesen Verhandlungen, als nun der neue Stand der Dinge dauernd festgesetzt werden sollte, kam auch die schlesische Frage nochmals zur Erörterung. Als Oesterreich die abermalige Gewährleistung der pragmatischen Sanction verlangte, erklärte sich England zwar damit einverstanden, verlangte aber, daß gleichzeitig auch der Breslauer und Dresdener Friede, das heißt der jetzige Territorialbestand des preußischen Staates, unter die Garantie der europäischen Mächte gestellt werde. Oesterreich leistete längeren Widerstand, denn seine Vertreter erkannten wohl, daß Preußen damit förmlich und feierlich als europäische Macht anerkannt werde, aber England, wo Friedrich sich bereits der größten Volksbeliebtheit erfreute, bestand auf seiner Forderung.

Von dem deutschen Reiche war bei Abschluß des Aachener Friedens nicht die Rede. Während seine mächtigsten Glieder unter einander und mit

den ausländischen Mächten in blutigem Kriege rangen, war das Reich als solches neutral geblieben. Nicht der Kaiser wurde in Schlesien und den Niederlanden besiegt; daß aber der deutsche Kaiser nicht einmal die Erklärung eines Reichskrieges zu Stande brachte, während die Erblande seiner Gemahlin, während das bis dahin mächtigste Gebiet des Reiches von in- und ausländischen Feinden bekriegt wurde, das ist eben der Beweis, wohin es mit dem deutschen Reiche gekommen war. In Wahrheit war das deutsche Reich lediglich, was man später einen „geographischen Begriff" genannt hat, in Wahrheit handelte es sich nur noch um Oesterreich und Preußen. Verschiedene Fürsten des Reiches hatten seit dem westfälischen Frieden, wie wir gesehen haben, den Schwerpunkt ihrer Machtstellung außerhalb des Reiches gefunden. Der Kurfürst von Hannover war in erster Reihe König von England, der Kurfürst von Sachsen ließ sich mehr durch die Interessen des Königreiches Polen als durch die Pflichten des Kurstaates Sachsen gegen das deutsche Reich bestimmen; andere Reichsfürstenthümer, wie Holstein und Pommern, waren mit fremden Kronen, mit Dänemark und Schweden, vereinigt, und ihre Stimme am Reichstage fiel naturgemäß in jene Wagschale, deren Steigen oder Sinken gerade für Dänemark oder Schweden wichtig war. Baiern hatte mehrere Male den Versuch gemacht, sich ebenfalls eine über die Machtverhältnisse, die ihm innerhalb des Reiches angewiesen waren, hinausreichende Stellung in der Reihe der europäischen Mächte zu erringen, war aber mit diesem Streben gescheitert, welches stets mit einem, das gesammtdeutsche Interesse bedrohenden und Baiern selbst demüthigenden Bündnisse mit Frankreich zusammenfiel. Oesterreich hatte sich daran gewöhnt, sich als den natürlichen Träger der Kaiserwürde zu betrachten; diese Anschauung war so sehr in Fleisch und Blut seiner Fürsten und Staatsmänner übergegangen, daß ihnen, als der Kurfürst von Baiern zum Kaiser gewählt wurde, die Auflehnung des Territorialstaates Oesterreich gegen den nicht habsburgischen Kaiser ganz selbstverständlich erschien.

Allen diesen den Zusammenhang des Reiches immer mehr erschütternden Verhältnissen gegenüber hatte König Friedrich II. von Preußen den Gedanken einer Reichsreform ernstlich erfaßt. Möglich war sie wohl nur noch in der Form einer sehr lose gebildeten freien Vereinigung unter einem selbsterwählten Haupte. In einer solchen Vereinigung konnte der Großstaat Oesterreich, konnten die mit fremden Reichen vereinigten Kurfürstenthümer, konnte auch das mächtig emporstrebende Preußen entsprechende Stellungen einnehmen. Eine loyale, die gegenseitigen Ansprüche und Rechte achtende Politik dieses Bündnisses von Fürsten war in der That zugleich bei der geographischen Lage dieser Staatengruppe eine Bürgschaft des europäischen Friedens. Aber nicht so erfaßte Oesterreich diese Frage. Indem es für sich die leitende Stellung im Reiche ein für alle Male in Anspruch nahm und die Unterordnung der kleineren Gebiete verlangte, mußte es sich entweder, unter Preisgebung der Reichsinteressen, mit jenen Fürsten verbünden, die das eigentliche Maßgebende für ihre Politik in den Interessen ihrer außerdeutschen Besitzungen sahen, oder es mußte auch diese zur Anerkennung seiner Führerstellung zwingen. Aus dieser Forderung Oestereichs ging ferner hervor das wiederholte Bestreben, Baiern einzuverleiben, das groß genug war, um wenigstens den Versuch einer selbstständigen Politik zu wagen, und das unausgesetzte Bemühen, Preußen niederzuhalten, in welchem die österreichischen Staatsmänner mit richtigem Blicke längst den einzigen wirklich gefährlichen Nebenbuhler erblickt hatten.

Mit seinen Reichsreformplänen war König Friedrich II. von Preußen fürs erste gescheitert,

der Kaiser aus dem baierischen Hause hatte sich nicht fähig erwiesen, die ihm von Friedrich bestimmte Rolle durchzuführen, er war und blieb ein schwaches Werkzeug in den Händen der französischen Politik, denen ihn Friedrich, mit Hilfe der anderen von dem österreichischen Einflusse losgelösten Reichsstände, hatte entwinden wollen. Aus diesem Kampfe ging Oesterreich siegreich hervor und die Habsburg-Lothringer wußten, was ihnen das bedeute. Es war nicht leeres, eitles Gepränge, daß Kaiser Franz I., als er den Reichstag wieder von Frankfurt nach Regensburg verlegte, eine Denkmünze auf dieses Ereigniß prägen ließ. Denn die Rückkehr zu dem Regensburger Rathhause war ein Sinnbild der Rückkehr zu der alten Politik des Reiches, die nichts anderes war als die Politik des österreichischen Hauses. Die deutschen Reichsländer waren wieder in die unbedingte Abhängigkeit von Oesterreich zurückgekehrt. Fester als je hielt Sachsen zu Oesterreich, Baiern war ihm enge verbunden, Hannover schwankte keinen Augenblick, die alte Freundschaft zu erneuern.

Dagegen aber war Friedrich II. gelungen, dem preußischen Staate eine Machtstellung zu erkämpfen, welche für die Zukunft keinen Gedanken an das alte Verhältniß Oesterreichs zu Brandenburg mehr aufkommen ließ. Der preußische Staat stand selbstständig und gleichberechtigt den unter dem Scepter der Habsburger vereinigten Ländern gegenüber. Durch die in zwei blutigen Kriegen erkämpfte und behauptete Provinz Schlesien und durch die während der kurzen Regierung Karls VII. mit dessen Bewilligung in Besitz genommene Grafschaft Ostfriesland hatte Friedrich sein Staatsgebiet bedeutend erweitert. Wenn es trotzdem an Umfang und an Reichthum der Hilfsquellen weit hinter Oesterreich zurückstand, so hatte es dagegen vor diesem die Stärke voraus, welche in der Durchführung des staatlichen Gedankens auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens lag.

So standen sich von da an fast 120 Jahre lang diese beiden Staaten, Oesterreich und Preußen, gegenüber, bald, die Waffen in der Hand, in blutigem Streite, bald zwar äußerlich verbündet und befreundet, aber dennoch durch die Natur ihres staatlichen Bestandes, durch die Verschiedenheit ihrer Lebensbedingungen, durch den Gegensatz ihrer Hoffnungen und Bestrebungen stets in einer Wettbewerbung um die leitende Stellung in Deutschland.

Durch die zwei schlesischen Kriege hatte Friedrich der Große den ersten Kampf mit dem Nebenbuhler zu glücklichem und siegreichem Abschlusse gebracht, durch den Aachener Frieden war der neuen Stellung Preußens die Anerkennung Europas zu Theile geworden. Fortan galt es, nicht nur, was die Macht der Waffen errungen, mit starker Hand festzuhalten, sondern auch, durch die organisatorische Arbeit in dem gesammten Staats- und Culturleben, den Beruf Preußens zur Führung des deutschen Volkes vor aller Welt darzuthun.

IV. Buch.

Bis zur Auflösung des deutschen Reiches.

(1806.)

In den Tagen seines glänzenden Waffenglückes, während des zweiten schlesischen Krieges schrieb Friedrich der Große an Maupertuis: er habe in wenigen Wochen so viel gethan, als der glücklichste und geübteste Feldherr

Friedrich der Große.

nur immer vermöge, größer als er sei, könne er nur im Frieden werden; und an einen anderen: er sehe mehr wahren Ruhm darin, für das Glück und die Wohlfahrt seiner Unterthanen zu sorgen, als sich mit der Beruhigung Europas zu befassen.

In der That war kaum das Getöse der Waffen verstummt, als Friedrich mit derselben Kraft und Entschiedenheit, mit welcher er bisher an der Spitze seines tapferen Heeres seine siegreichen Schlachten geschlagen, mit derselben geistigen Ueberlegenheit, die er bisher den Diplomaten von ganz Europa gegenüber an den Tag gelegt hatte, die Umgestaltung der gesammten Staatsverwaltung seines Landes ins Auge faßte und durchführte.

Wir müssen diesen großen Reformen Friedrichs, welche alle Gebiete des Staatslebens betrafen, um so mehr Aufmerksamkeit schenken, als sie nicht allein dem preußischen Staate zu Gute kamen, sondern das Vorbild waren, welchem Maria Thersia und später Josef II. in Oesterreich und die Mehrzahl der Fürsten in den kleineren deutschen Ländern folgten.

Da er das Recht und eine gewissenhafte Handhabung guter Gesetze als die stärkste Grundlage des Staates betrachtete, so war vor allem der Reform der Rechtspflege seine Sorge zugewandt. Von seinem Vater hatte er den Justizminister Samuel Cocceji überkommen, der unter der Regierung Friedrich Wilhelms I., nachdem er lange Jahre als Richter thätig gewesen war, verschiedene Versuche gemacht hatte, eine allgemeine Rechtsverbesserung durchzuführen. Tiefer eingreifende Aenderungen waren am Kostenpunkte gescheitert und nachher während der Kriegsjahre nicht zur Ausführung gekommen. Die politischen Verhältnisse gestatteten jetzt eine Umgestaltung der Rechtspflege von Grund aus.

Kaiser Karl VII. hatte das Vorrecht, welches schon früher die Kurmark genossen hatte, daß von den Entscheidungen ihrer Gerichte nicht die Berufung an die Reichsgerichte ergriffen werden dürfe, auf das ganze Königreich Preußen auszudehnen versprochen und die Ausführung dieser Maßregel eingeleitet. Franz I. konnte sie nicht wohl wieder rückgängig machen, und so brachte denn der 31. Mai 1746 die Ausfertigung des Privileges. Damit war die Einführung eines einheitlichen Gerichtsverfahrens für den preußischen Staat möglich. Die Reichsgewalt hatte weder Verständniß noch Befähigung für Ausführung einer solchen Aufgabe und mußte diese wichtigste und bedeutungsvollste Arbeit lediglich den Einzelstaaten überlassen. Sie selbst löste, der trostlosen Zustände ihrer Rechtspflege sich wohl bewußt, das Band, welches auf diesem Gebiete das Reich und die einzelnen Stände verbunden hatte, zu Gunsten der größten dieser Stände, denn auch anderen Ländern wurde das gleiche Vorrecht eingeräumt; schließlich waren nur noch die kleinen und kleinsten Glieder des Reiches den Reichsgerichten unterworfen.

Die neue Prozeßordnung wurde zuerst versuchsweise in Pommern eingeführt, und nachdem sie sich dort so glänzend bewährt hatte, daß ein Prozeß, der seit 200 Jahren sich fortgesponnen, in wenigen Wochen erledigt war, daß im Ganzen binnen 8 Monaten 2400 alte Prozesse zur Entscheidung gebracht wurden, ward das Verfahren auch in den anderen Provinzen des preußischen Staates eingeführt. Das Werk Coccejis, für dessen Vollendung dieser vom Könige nicht nur reich belohnt und mit Ehren überhäuft, sondern auch in seinem Geschichtswerke mit rühmenden Worten erwähnt wurde, hatte, ganz abgesehen von seinem inneren Werthe, auch noch die weittragende Bedeutung, daß es in einem so großen und zusammenhängenden Staatsgebiete in Geltung trat. Der König nahm an diesen Gesetzgebungsarbeiten persönlichen Antheil und wies mit strenger Folgerichtigkeit alle Einmischungen der Verwaltungsbehörden zurück, die sich des bisher auch auf die Rechtssprechung geübten Einflusses nicht begeben wollten. Er selbst legte sich den Gerichten gegenüber die strengste Zurückhaltung auf. „Ich habe mich entschlossen," sagt er, „niemals in den Lauf der Prozesse einzugreifen; die Gesetze sollen reden und der Souverän muß schweigen."

Wenn er dennoch zuweilen ein gerichtliches Urtheil durch seinen Machtspruch abänderte, so geschah es doch nur in seltenen Fällen, in denen er glaubte, durch seine höhere Einsicht eine Lücke oder einen Mangel der allerdings auch noch sehr unfertigen Gesetzgebung wahrzunehmen, oder wo, nach seiner Ansicht, die befangene Einseitigkeit der gelehrten Richter mit dem gesunden Menschenverstande in Widerspruch gerieth.

Auch die Bemühungen, die verschiedenen in Preußen geltenden Rechte zu verbessern und endlich in ein allgemeines Landrecht für das ganze Königreich zusammenzufassen, verlor Friedrich nicht aus den Augen, doch sind diese umfassenden Arbeiten erst nach seinem Tode zum völligen Abschlusse gekommen.

Wenn ihm für die Justiz die Kenntnisse und die Unabhängigkeit des Richters als das Wichtigste erschienen, so bezeichnete er als die Haupteigenschaften eines Verwaltungsbeamten: „Wachsamkeit, Arbeitsamkeit, unbestechliche Ehrlichkeit." Auch die Verwaltung sollte, nach seinen Absichten, von Willkür und Härte gegen die Untergebenen völlig befreit werden. Hier noch mehr als bei der Reform der Gesetzgebung war Friedrichs persönlichem Entschlusse die Umgestaltung und Besserung des bisherigen Zustandes der Dinge zu verdanken. Auf diesem Gebiete behielt er sich aber auch vor, jederzeit unmittelbar in alle Geschäfte einzugreifen.

Von den Ministerien herab bis zu den untergeordnetsten Stellen mußte jeder Beamte stets

gewärtig sein, daß das Auge des Königs ihn beobachte, daß die Feder Friedrichs seine Ausarbeitungen und Verfügungen durch Randbemerkungen beurtheile und berichtige. Er stellte hohe Anforderungen an den Fleiß und die Arbeitskraft seiner Beamten. Die pünktliche Erledigung der Geschäfte betonte er immer wieder als unerläßlich, nie sollten Rückstände anwachsen. Die strengste Bewahrung des Amtsgeheimnisses, die ausgiebigste Beaufsichtigung des Cassenwesens wurde eingeschärft. Im Verkehr mit dem Volke sollte der Beamte stets die Vorschriften der Humanität vor Augen haben. Bei der Verpachtung der Domänen sollte darauf gesehen werden, ob der Amtmann, der den Pacht erneuern will, bisher gut mit den Bauern umgegangen sei. Die Frohnarbeiten der Bauern sollten wo möglich in jeder Woche um ein paar Stunden gekürzt werden; verlassene Höfe wurden neu besetzt und dann die Frohndienste neu vertheilt, um die Gesammtheit der Dienstpflichtigen zu erleichtern. Auch bei der Herbeiziehung zu den Jagden sollten die Bauern möglichst geschont werden.

Diese Beherrschung von oben, dieses Eingreifen in alle Einzelheiten des Lebens war in der That darauf berechnet, zum Besten der Untergebenen auszufallen; dafür, daß diese selbst am Sichersten erkennen würden, was ihnen nutze und fromme, dafür hatte der König kein Verständniß; in dieser Hinsicht war er vollständig ein Kind seiner Zeit. Die freie Entwickelung des Einzelnen, der Gemeinde lag völlig außerhalb des Kreises seiner Erwägungen. Den Präsidenten der Regierungen wurde aufgegeben, Sorge zu tragen, daß die Städte brave, ehrliche Bürgermeister haben, daß ihre Finanzen gut verwaltet werden, einer Stadt sollte bald durch diesen, bald durch jenen Erwerbszweig aufgeholfen werden; alles das aber wurde von oben bestimmt und über die Gemeinde verhängt, ohne jede Rücksicht auf die Ansichten und Wünsche ihrer Bürger. Unter dieser staatlichen Bevormundung war kein Gedeihen über die Mittelmäßigkeit hinaus möglich, überall herrschten nur Durchschnittszustände, und die gleiche Bevormundung erstreckte sich auf die einzelnen Stände und ihre gegenseitigen Beziehungen. Nach des Königs Meinung sollten sie strenge von einander getrennt bleiben, keiner sollte den anderen beeinträchtigen. Der Bauer sollte keine Rittergüter kaufen, der Edelmann keine Bauerngüter einziehen, die Bürger sollten ihr Geld lediglich in Handel und Gewerbe anlegen. Der Adel des Landes wurde ganz besonders begünstigt. Ihm wollte er seine höchsten Staatsbeamten und vorzugsweise seine Offiziere entnehmen. Für den Grundbesitz des Adels hatte er ein hervorragendes Interesse; gerne sah er die Errichtung von Majoraten und begünstigte sie, indem er die königliche Bestätigung derselben unentgeltlich ausfertigen ließ. Heirathen von Adelichen und Bürgerlichen mißbilligte und verbot er; er hatte die Vorstellung, daß die adeliche Race, wenn sie ihren Aufgaben im Staatsleben nachkommen solle, sich von der Verbindung mit bürgerlichen Elementen frei halten müsse. Unter allen Umständen sollte der Adel seine Kräfte dem Lande widmen, wer ohne königliche Erlaubniß fremde Dienste nimmt oder auch nur in das Ausland reist, verliert Vermögen, Besitzthum, Erbrecht in Preußen. Auf die Staatseinrichtungen selbst erhielt der Adel so wenig als Bürger und Bauer irgend welchen Einfluß. Des Königs Anschauungen über die Nothwendigkeit einer völligen Getrenntheit der Stände gingen so weit, daß er einmal schreibt: „Die Söhne der Bauern und der Bürger in kleinen Städten, was haben die nothwendig zu studieren? Der Sohn des Bauern wird wieder Bauer und die Bürgerssöhne werden, was ihre Väter waren."

Wenn uns diese Anschauungen heutzutage nicht mehr verständlich sind, wenn heute die Abkunft keinerlei Schranke mehr bildet, die den begabten und tüchtigen Staatsbürger von den höchsten Aemtern ferne hält, so muß man sich, um sie richtig und gerecht zu beurtheilen, auf den Standpunkt der Zeit stellen, der sie angehören. Der Staat ward wie eine Maschine betrachtet, in welcher sich jedes Rad nur nach feststehenden Gesetzen bewegt, nur der Leiter des Ganzen, nur der König hat eigenen Willen.

Es war ein Glück, wenn dieser Wille, wie bei Friedrich, ein vortrefflicher war. Seine Nachahmer haben zum Theile gezeigt, welches Unheil ein böswilliger Fürst mit diesen Regierungsgrundsätzen stiften kann. Für ihn war bei all seinem Handeln nur die Rücksicht auf das Staatswohl maßgebend: „Es gibt kein Wohl" — sagt er einmal — „als das allgemeine des Staates, mit dem der Fürst unauflöslich verbunden ist. Er muß sich unaufhörlich zurückrufen, daß er Mensch, wie der geringste seiner Unterthanen und daß er der erste Diener des Staates ist." Als der junge Herzog Karl Eugen von Wirtemberg, der die letzten Jahre seiner Minderjährigkeit in Berlin zubrachte, die Regierung antrat, schrieb er ihm: „Glauben Sie nicht, daß das wirtembergische Land Ihretwegen geschaffen ist, sondern daß die Vorsehung Sie hat geboren werden lassen, um das Volk glücklich zu machen."

Darum will er auch nicht, daß nach der Schablone regiert werde. „Jede Provinz in demselben Sinne regieren", sagt er, „würde heißen, sie guten Muthes ruinieren." Jede soll erhalten, was sie besonders bedarf. In Preußen, wo der Ackerbau blüht und Getreide in Ueberfluß erzeugt wird, soll man die Gewerbe, in Cleve, wo das Holz selten wurde, Waldpflanzungen befördern, in Schlesien soll die Leinenindustrie erhalten und verbessert, im Magdeburgischen müßten Bergwerke und Salinen, in Pommern und der Kurmark die Colonisation begünstigt werden.

Die Wettbewerbung des Auslandes suchte der König durch hohe Einfuhrzölle, durch Ausfuhrverbote und durch die sorgfältige Pflege der einheimischen Industrie unschädlich zu machen. Zucker, Wein, Seidenwaaren wurden mit sehr hohen Einfuhrzöllen belegt, im Inlande aber wurde die Bierbrauerei befördert, es wurden Zuckerraffinerien angelegt, Maulbeerbäume gepflanzt, um Seidenraupen zu nähren u. dgl. Und in alle diese Verhältnisse griff der König persönlich ein. Auf seinen zahlreichen Reisen machte er Aufzeichnungen über die Mängel, die seinem scharfen Auge nirgends entgingen und deren Abstellung er, heimgekehrt, seine erste Sorge sein ließ.

Seit der Wiederkehr des Friedens war auch die Finanzlage eine günstigere geworden. Die Einnahmen, welche bei dem Regierungsantritte Friedrichs etwa 7 Millionen Thaler betragen hatten, waren, da nun auch die neu erworbenen Provinzen ihre Erträgnisse abwarfen, um 1752 schon auf 12 Millionen Thaler gestiegen. Von diesen legte der König 2 Millionen in den Staatsschatz, die Kriegscasse des preußischen Staates. Denn so hoch waren bereits im Frieden die Steuern veranschlagt, daß das Hinzutreten einer besonderen Kriegssteuer unthunlich schien. Der Fürst, der sich selbst den ersten Diener des Staates nannte, war wohl berechtigt, von den Staatsangehörigen große Opfer zu fordern, denn er verwandte die von den Steuerpflichtigen aufgebrachten Gelder nicht für sich, für seinen Hof, für seine Liebhabereien, wie die französischen Ludwige und ihre zahlreichen deutschen Nachahmer, sondern nur für die Bedürfnisse des Staates, den er mit fester Hand leitete und überall der Erfüllung der höchsten Aufgaben entgegenführte.

Zur Erhaltung des Staates in dem durch die schlesischen Kriege gewonnenen Umfang war vor allem nöthig, daß das Heer in der Stärke und Tüchtigkeit, welche die siegreichen Schlachten gewonnen, auch fortan dastehe. Für das Heer mußte ein sehr erheblicher Theil der hohen Steuern

verwendet werden. Im Frieden bestand es zur Hälfte aus Ausgehobenen, zur Hälfte aus Angeworbenen; die letzteren waren größtentheils keine geborenen Preußen, sondern in anderen Reichsländern, theilweise immer noch mit List oder Gewalt, zum Heeresdienst herangezogen; in Preußen selbst duldete Friedrich II. das Preßsystem, das unter seinem Vater gegolten hatte, nicht mehr, wohl aber legte er seinen Werbeoffizieren keine Beschränkung in der Wahl der Mittel, ihm tüchtige Soldaten aus anderen Ländern zu gewinnen, auf.

Die also bunt zusammengewürfelte Schaar wurde mit barbarischer Strenge behandelt. Eine Kriegszucht wie die römische, sagt Friedrich selbst einmal, gäbe es nur noch im preußischen Heere; sie bilde die Grundlage des Ruhmes, und das Bestehen des Staates hänge von ihr ab. Diese strenge Zucht, verbunden mit einer äußerst kargen Bezahlung, welche den Soldaten zwang, in seinen Freistunden durch Nebenarbeit so viel zu verdienen, daß er leben konnte, war schuld daran, daß Desertionen häufig vorkamen. Sie wurden mit den schwersten Strafen bedroht. Nicht nur der Deserteur soll, wenn er ein Preuße ist, seines gegenwärtigen und künftig zu hoffenden Vermögens verlustig gehen, sondern auch der Vater eines solchen soll, wenn er den Sohn nicht gehindert hat zu desertiren, 3 Monate lang auf einer Festung Zwangsarbeit leisten. Wenn gar ein Offizier desertirt, soll dessen Bildniß an den Galgen gehängt werden.

Für die Ausbildung der Offiziere war der König unausgesetzt thätig. Da die Armee stets vermehrt wurde — sie betrug im Jahre 1753 schon 152,000 Mann — so war es nicht leicht, die genügende Anzahl brauchbarer Offiziere zu erhalten. Friedrich Wilhelm I. hatte nur Exerciermeister herangebildet, sein Sohn aber wollte ein Offizierscorps an der Spitze seines Heeres sehen, das sich nicht nur durch Pünktlichkeit im Frieden und durch Tapferkeit im Kriege, sondern auch durch Bildung und Kenntnisse auszeichne. Den Regimentscommandeuren wurde es zur Pflicht gemacht, ihre Offiziere zu ernsten kriegswissenschaftlichen Studien anzuhalten, und der große König, der berühmte Feldherr verschmähte es nicht, gelegentlich diese Arbeiten selbst durchzusehen und einer scharfen Prüfung zu unterwerfen. Die Offiziere waren zum größten Theile Adeliche. Der König betrachtete den Adel als vorzugsweise geeignet, Militärdienste zu leisten, Tapferkeit und Entschlossenheit hielt er für Eigenschaften, die dieser Stand durch Vererbung und Erziehung vor anderen besitze; auch das erachtete er als einen Vorzug des adelichen Offiziers, daß derselbe junge Landmann, der von Geburt an gewohnt sei, sich als Untergebenen des adelichen Gutsherren zu fühlen, im Heere den Söhnen derselben Familien zu gehorchen habe, denen er und seine Vorfahren seit Jahrhunderten dienstbar gewesen. Den Offizieren räumte der König auch außerhalb ihres Dienstkreises eine bevorzugte Stellung ein; er ließ darüber keinen Zweifel bestehen, daß er dem Fähnrich einen höheren Rang als einem hochgestellten Staatsbeamten zuerkenne. Anderseits hielt er die Offiziere in sehr strenger Abhängigkeit. Ihre Anstellung und Entlassung, ihr Ruhegehalt oder ihre Verwendung im Civildienst, das alles hing ausschließlich von der Gnade des Königs und von dem Grade seiner Zufriedenheit mit ihren Leistungen ab. Rücksichtslos schritt er gegen jene vor, die seinen Anforderungen nicht genügten, und bei Paraden und Besichtigungen war der General wie der jüngste Lieutenant keinen Augenblick sicher, ein Versehen durch strengen und öffentlich ausgesprochenen Tadel geahndet zu sehen.

Anders als zu den staatlichen verhielt sich Friedrich der Große zu den kirchlichen Dingen. Er war weit entfernt davon, auf die religiösen und confessionellen Ueberzeugungen seiner Unterthanen irgend welchen Einfluß auszuüben. „Ich bin neutral zwischen Rom und Genf," äußerte er einmal, „wer den anderen beeinträchtigt, wird bestraft". Nur wo es die Wahrung und die Aufrechterhaltung der Rechte des Staates galt, kannte er keine Rücksicht. Als er den schlesischen Grafen Schaffgotsch zum Coadjutor des Fürstbischofs von Breslau vorschlug, hielt er an seinem Willen fest, trotz der Einsprache des Fürstbischofs und des Papstes, die denn auch schließlich nachgeben mußten. Ebenso griff er unnachsichtlich durch bei Abschaffung der zahllosen katholischen Feiertage, die auf 12 vermindert wurden. Persönlich ohne Neigung zu einem kirchlichen Bekenntnisse, war er vorurtheilslos gegenüber der Glaubensrichtung seiner Unterthanen. Wenn er den schlesischen Katholiken mißtraute und ihnen, wenigstens in ihrer Provinz, keine bedeutenderen Staatsämter übertrug, so trug daran nicht ihr Bekenntniß die Schuld, sondern die Hinneigung zu dem habsburgischen Hause, deren sie ihm verdächtig waren. In Berlin erlaubte er den Katholiken die Erbauung der Hedwigskirche, deren Grundsteinlegung er selbst beiwohnte und unterstützte sie dabei durch Schenkung des Bauplatzes und eines Theiles der Baumaterialien. In Wien und München wäre eine solche duldsame Gesinnung gegen die Protestanten damals undenkbar gewesen. Selbst der Papst sprach seine dankbare Anerkennung über dieses Verfahren aus, freilich ohne daß er daraus die Folgerung gezogen hätte, daß nun auch katholische Fürsten gegen ihre protestantischen Unterthanen ebenso handeln müßten.

So ferne er persönlich dem Kirchenglauben stand, duldete Friedrich doch keine frivolen Angriffe auf die bestehenden Glaubensgemeinschaften. Die Schriften des Rationalisten Gebhardi wurden verboten, der Buchdrucker Rüdiger, der eine Schrift gegen die christliche Religion verlegte, mußte auf 6 Monate nach Spandau wandern. Aber er verfuhr nur aus sachlichen Gründen, er wollte keine Verfolgung der Personen. Der Theologe Edelmann hatte unter allen Deutschen zuerst die Gottheit Christi geleugnet und andere freidenkerische Sätze in leidenschaftlicher Sprache aufgestellt. Der Propst Süßmilch warnte vor ihm und leitete eine Verfolgung der Pietisten gegen ihn ein. Friedrich schützte ihn; er solle nichts ähnliches mehr drucken lassen, verfügte er, aber seine Person solle unbehelligt bleiben. Es handelte sich für den König wesentlich darum, daß die einmal bestehende Autorität nicht angetastet werde.

Die Preßfreiheit, die Friedrich bei seinem Regierungsantritte verkündigt hatte, war nicht von langer Dauer. Bald wurde die Censur wieder eingeführt; nur die Schriften der Universitäten und der Akademie der Wissenschaften sollten censurfrei sein.

An den Universitäten nahm er kein lebhaftes Interesse; der Vielseitigkeit und Lebhaftigkeit seines geistigen Wesens widerstrebte die pedantische Zunftgelehrsamkeit, seinen Ordnungssinn beleidigten die ungebührlichen Freiheiten der Studenten.

Für den Volksunterricht wurde wenig gesorgt, der König hatte nur ein geringes Interesse dafür, wie denn namentlich auch die wirthschaftliche Bedeutung der verallgemeinerten Bildung damals noch nicht genügend erkannt wurde.

Dagegen nahm Friedrich einen sehr thätigen Antheil an den Arbeiten der Berliner Akademie der Wissenschaften, welcher er am 23. Januar 1744 eine neue Gestalt gab. Ihre charakteristische Färbung erhielt sie von vorne herein dadurch, daß an Stelle des Lateinischen, welches bis dahin in Deutschland die Sprache der Gelehrten gewesen war, die Geschäftssprache dieser Akademie die französische Sprache war. Noch immer beherrschte der französische Geist die gebildeten Kreise, vor allen aber die vornehme Welt in unserem Vaterlande. Die Leichtigkeit und Beweglichkeit des französischen Gelehrten, dem es in der Regel auch an weltmännischen Formen nicht fehlte, stach sehr vortheilhaft ab von der Pedanterie und Schwer-

fälligkeit des deutschen, der sich zudem scheu und ängstlich vom Umgange mit vornehmen Leuten zurückzog oder sich ihnen gegenüber durch unwürdige Kriecherei lächerlich machte. In einzelnen Gebieten endlich, besonders Mathematik und Physik, waren die Franzosen in der That den Deutschen auch wissenschaftlich überlegen. So kam es, daß Friedrich nicht nur seiner Akademie die französische Sprache vorschrieb, sondern daß er auch eine Anzahl hervorragender französischen Gelehrten an dieselbe berief, einen von ihnen, Maupertuis, sogar zum Präsidenten der Akademie ernannte. Der König selbst betheiligte sich durch geschichtliche Arbeiten an ihrer Thätigkeit, indem er die Geschichte seines Landes und Hauses an der Hand archivalischer Quellen schrieb, die theils Podewils aus den Berliner, theils die Markgräfin von Baireuth aus den Plassenburger Archiven herbeischaffte. Auf die allgemeine Bildung des Landes und Volkes konnte naturgemäß die Berliner Akademie keinen Einfluß ausüben. Bis zu einem gewissen Grade geschah dieß durch des Königs Vorliebe für die Musik und durch die Bauten, die auf seine Anordnung, meist nach Knobelsdorffs Plänen, aufgeführt wurden. In Berlin wurde das Opernhaus im December 1742 mit Grauns Oper „Kleopatra und Cäsar" eröffnet, die Akademie erhielt einen Neubau, für die Invaliden wurde ein Asyl mit der Inschrift „den verwundeten, aber nicht besiegten Kriegern" errichtet, der Dom, die katholische Hedwigskirche, der Palast des Prinzen Heinrich erstanden, die Anlagen des Thiergartens wurden begonnen.

Daneben vernachlässigte Friedrich weniger schöne aber bei weitem nützlichere Unternehmungen keineswegs. Kanäle wurden gebaut, welche die ununterbrochene Schifffahrt von Schlesien bis in die Nordsee, aus der Elbe in die Ostsee ermöglichten, der Hafen von Swinemünde wurde gereinigt und damit die Entwickelung Stettins als Handelsstadt wesentlich gefördert.

Seinen persönlichen Neigungen entsprach der Bau des prächtigen Schlosses in Potsdam und des einfacheren zu Sanssouci, das er 1747 zuerst bezog und von da an gewöhnlich bewohnte. Dort stellte er ausgezeichnete Werke der Malerei und Bildhauerkunst in den Sälen auf, in denen er einen auserlesenen Kreis geistvoller und kenntnißreicher Männer um sich sammelte, Deutsche, Franzosen, Engländer und Italiener, mit denen er sich in den 10 Friedensjahren, die den schlesischen Kriegen folgten, als Bürger der großen literarischen Republik fühlte, die, von dem geistigen Mittelpunkte der französischen Bildung ausgehend, das 18. Jahrhundert mit ihrem Glanze erfüllte und die ganze gebildete Welt umfaßte. Hier wollte Friedrich nicht König, hier wollte er nur ein geistvoller und auf der Bahn des Geisteslebens immer weiterstrebender Mensch sein. Hier entstanden die französischen Gedichte Friedrichs, hier seine musikalischen Kompositionen, hier griff er selbst wieder zur Flöte und wirkte bei den Musikaufführungen seiner Hofmusiker als ausübender Künstler mit.

In diesen Kreis trat im Jahre 1750 Voltaire. Wir erinnern uns, daß der König schon früher in Verbindung mit diesem, damals im vollen Glanze seiner Berühmtheit stehenden Vertreter der französischen Literatur getreten war. Nun zog er ihn dauernd an seinen Hof und überhäufte ihn mit Ehren und Würden. Bei näherer Bekanntschaft aber traten die widerlichen, ja gemeinen Eigenschaften des Menschen bei Voltaire in den Vordergrund und verdunkelten den Schimmer seiner geistigen Fähigkeiten und Leistungen. Er gerieth in Streit mit den Gelehrten in des Königs Umgebung, die seine boshafte Laune verspottete, schmutzige Geldgeschäfte verwickelten ihn in einen scandalösen Prozeß und er verließ endlich, in die volle Ungnade seines gekrönten Freundes gefallen, den Hof. Da aber Friedrich besorgte, der erzürnte

Franzose könne mit den mitgenommenen Gedichten, in denen manchen hohen Personen unehrerbietige Behandlung widerfahren war, Mißbrauch treiben, ließ er ihn, um diese wegzunehmen, in Frankfurt verhaften. Später wurde das also abgerissene Verhältniß neu angeknüpft, ohne jedoch wieder zu der früheren Vertraulichkeit zu führen.

Den Verkehr mit seinen geistreichen Freunden gestattete sich aber der König doch nur in den Stunden, in denen er von des Tages Last und Mühe ruhte. Denn seine im Dienste des Staates aufgewandte Arbeitskraft war eine ganz außerordentliche. In diesen Jahren sah ihn schon die dritte Morgenstunde im Sommer, die vierte im Winter am Schreibtische; da las er Berichte und Einläufe, schrieb seine Entschließungen an den Rand, deren Ausfertigung demnächst den Cabinetsräthen oblag. Nach dem Frühstück zog er die Uniform an, empfing die militärischen Befehlshaber, ritt zu den Truppen, nahm die Parade ab. Um 12 Uhr pflegte er in kleiner Gesellschaft einfach zu speisen, dann wurde etwas Musik gemacht oder gehört; der Nachmittag verging über Durchsicht und Unterschrift der Ausarbeitungen der Cabinetsräthe. Des Abends besuchte Friedrich die Oper oder vergönnte sich die Freude, jene Männer um sich zu versammeln, deren Umgang für ihn die beste Erholung von der Last der Staatsgeschäfte war. Dann verging der Abend unter anregenden Gesprächen aller Art, von denen nur die Politik grundsätzlich ausgeschlossen blieb. Ab und zu erwachte in ihm der Gedanke, wie süß es wäre, ohne Regierungssorgen nur den geistigen Beschäftigungen zu leben. Er würde, meint er, mit 1200 Thalern leben können, Freunde haben und ihr Freund sein, nur den Wissenschaften sich widmen. Aber solche Gedanken traten doch rasch in den Hintergrund, wenn er sich seine große Aufgabe für seinen Staat vor Augen stellte. „Ich habe ein Volk," sagte er, „das ich liebe, ich muß die Last tragen, die auf mir liegt, ich muß an meiner Stelle bleiben." Dieß vor Allem war das Große an diesem Fürsten: die Unterordnung der eigenen Persönlichkeit mit ihren Wünschen und Schwächen unter die große Idee des Staatswohles.

Voltaire.

Aber es war Friedrich nicht gegönnt, in ruhiger und ungestörter Friedensarbeit für die innere Ausbildung des preußischen Staates thätig zu sein. Mit schwerem, von Rachedurst erfülltem Herzen sann Maria Theresia seit dem Dresdener Frieden, wie sie das verlorene Schlesien wieder erobern, wie sie den verhaßten Fürsten, der es ihr entrissen, demüthigen könne. Nicht ungestraft erhebt sich aus kleinen Anfängen, mit einer fast elementar zu nennenden Gewalt, eine großartige Erscheinung, wie wir sie in dem Sieger von Hohenfriedberg kennen gelernt haben. Mit der

abgedrungenen Bewunderung pflegt Neid und Mißgunst gegen einen solchen Mann Hand in Hand zu gehen. Die Nachbarn sind geneigt zu glauben, daß solche glänzende Erfolge zu neuen Eroberungen reizen. Wo in Europa eine wunde Stelle in den staatlichen Verhältnissen war, fürchtete man in den Jahren, die den schlesischen Kriegen folgten, das Eingreifen des großen Königs. Die Republik Polen beschuldigte ihn, auf das altpreußische Land bis an die Weichselmündungen Absichten zu haben; die Schweden glaubten, er wolle zu Gunsten seines Schwagers, des Thronfolgers, auf Kosten der Landesverfassung sich in die inneren Verhältnisse ihres Landes einmischen; die Russen hörten mit steigendem Verdachte von einem angeblichen Plane Friedrichs, ein Bündniß mit der Pforte einzugehen, und Maria Theresia gab vor, daß durch ihn die Sicherheit ihres Besitzes von Böhmen und Mähren bedroht sei. Ohne daß irgend ein Beweis dafür vorlag, war in solcher Art ganz Europa besorgt, daß der neu begründete Staat in seiner Mitte seine Aufgabe darin suche, mit allen Nachbarn Streit zu beginnen.

In einem Bündnisse stand Preußen nur mit Frankreich, aber es war ein Bündniß, das mehr nur der Form nach, im Zusammenhang mit dem während des schlesischen Krieges bestandenen Verhältnisse beider Staaten, als mit Aussicht auf bestimmte Ziele noch fortgeführt wurde. Dennoch erregte dieses Bündniß, so lose es auch war, Besorgnisse. Zwischen Frankreich und England waren durch den Aachener Frieden doch nicht alle Streitpunkte geschlichtet, der Streit über die Grenzen ihrer amerikanischen Colonien, die gegenseitige Wettbewerbung um die Herrschaft auf dem Weltmeere dauerte fort. Es war dabei mit Sicherheit vorauszusehen, daß dieser Zwist wieder, fern von dem eigentlichen Gegenstande des Streites, auf dem europäischen Festlande würde ausgefochten werden. Kam es dazu, so war der natürliche Gang der Dinge, daß die Franzosen sich Hannovers bemächtigten. Daß dieß im Einverständnisse mit Preußen geschehe, war die beständige Sorge König Georgs II. von England. Er setzte daher sein Freundschaftsverhältniß mit Oesterreich fort und suchte Preußen durch ein Bündniß mit Rußland einzuschüchtern, welches ein Beobachtungsheer in Livland aufstellte, bereit, bei der ersten Wendung Friedrichs gegen Hannover in Preußen einzufallen. Dieser aber dachte nicht daran, Hannover anzugreifen, im Gegentheil, sein ganzes Bestreben war darauf gerichtet, sich mit England in ein freundschaftliches Verhältniß zu setzen, um so mehr, als ihm nicht unbekannt geblieben war, daß sich Oesterreich mit allen Mitteln um die Bundesgenossenschaft Frankreichs bewerbe. Seit Graf Kaunitz als Gesandter nach Paris geschickt war, wurde von Hof zu Hof über ein Bündniß verhandelt, noch lebhafter, nachdem dieser Staatsmann die Leitung der Geschäfte in Wien übernommen hatte. Maria Theresias Haß gegen Friedrich fand dabei eine mächtige Unterstützung an der gleichen Gesinnung der Marquise von Pompadour, der in Frankreich allmächtigen Geliebten Ludwigs XV., die durch geringschätzige Reden des Königs von Preußen über ihre Person und Stellung aufs Bitterste gegen ihn erregt worden war. Große Pläne wurden da zwischen der Wiener Hofburg und dem Schlosse in Versailles ausgeheckt. Die Bourbonen in Spanien und Neapel sollten sich dem Bündnisse Frankreichs und Oesterreichs anschließen, auch Rußland und Polen, Schweden und Dänemark sollten hinzugezogen werden. Es galt, Preußen nicht nur Schlesien abzunehmen, sondern diesen jungen Staat zu zerstückeln, seinen ehrgeizigen Fürsten wieder in die bescheidene Stellung eines Markgrafen von Brandenburg zurückzudrängen. England sollte gleichzeitig aus dem Mittelmeere vertrieben, besonders des wichtigen Besitzes von Gibraltar wieder beraubt werden.

Noch immer hielt man in England die Fortdauer der alten Freundschaft mit Oesterreich für möglich. Erst als Maria Theresia sich weigerte, das Reich zum Schutze Hannovers aufzubieten und als man in London Kunde erhielt, wie weit schon die Verhandlungen zwischen Paris und Wien gediehen seien, erst dann begann England Verhandlungen mit Preußen, die am 16. Januar 1756 zum Abschlusse eines Vertrages führten, in dem sich Preußen verpflichtete, in einem englisch-französischen Kriege neutral zu bleiben, wogegen England versprach, Preußen, wenn es angegriffen werde, zu Hilfe zu kommen.

Der Abschluß dieses Vertrages begünstigte die Bemühungen Oesterreichs in Paris. Nun wurden die Stimmen der Minister, welche die Feindseligkeiten mit England auf den Seekrieg beschränken wollten, zum Schweigen gebracht und am 1. März 1756 wurde das österreichisch-französische Bündniß abgeschlossen. Der Form nach war auch dieses nur ein Neutralitäts- und Schutzbündniß, der Sache nach aber war seine Spitze ganz unmittelbar gegen Preußen gerichtet. Es wird denn auch die Aeußerung Maria Theresias überliefert: während ihrer Regierung habe sie noch nichts mit so vergnügtem Herzen unterschrieben. Von besonderer Bedeutung war dabei die Verschiebung aller bisher unter den europäischen Mächten bestandenen Beziehungen. Für die alten französischen Staatsmänner hatte es von jeher als das erste Gebot der französischen Politik gegolten, der habsburgischen Macht entgegenzutreten. Zu diesem Zwecke hatte sich Frankreich stets mit den Staaten zweiten Ranges, mit den kleinen Fürsten Deutschlands und Italiens verbündet. Dieser Gefahr gegenüber hatte Oesterreich einen kräftigen Rückhalt in der Freundschaft Englands gefunden. Jetzt wurde das anders: nun reichten sich Frankreich und Oesterreich die Hand zum Bunde, der in seinen letzten Folgen zur Preisgebung eben jener kleinen Staaten führen mußte; auf der anderen Seite standen England und Preußen, bisher wesentlich um Hannovers willen verfeindet, jetzt der größeren Bedrohung gegenüber geeinigt. Obwohl von Religion in diesen Streitfragen, welche die neue Gruppirung der Mächte hervorgerufen hatten, nicht die Rede war, konnte es doch dem Beobachter nicht entgehen, daß auf der einen Seite die mächtigsten katholischen, auf der anderen die bedeutendsten protestantischen Staaten sich verbündet hatten. Die großen Gegensätze, welche sich auf dem Boden der kirchlichen Entwickelung innerhalb der europäischen Staatenfamilie ausgebildet hatten, erscheinen so gewissermaßen als der tiefere Hintergrund für die Ereignisse, welchen man entgegensah.

Aber auch der große Staat im Osten, der früher an den europäischen Händeln keinen unmittelbaren Antheil genommen, auch Rußland sollte dem bevorstehenden Kriege nicht ferne bleiben. Gleichmäßig hatten England und Oesterreich um die Freundschaft der Kaiserin Elisabeth geworben. Diese aber, von tiefem persönlichen Hasse gegen Friedrich den Großen erfüllt, dessen scharfe Zunge und Feder ihren Lastern und Schwächen den beißendsten Spott nicht erspart hatte, wandte sich leidenschaftlich jener Seite zu, von welcher Preußens Vernichtung geplant wurde. Ihr förmlicher Beitritt zu dem österreichisch-französischen Bündnisse war nur noch eine Frage der Zeit.

Nicht minder wartete auch der König August III. von Polen, Kurfürst von Sachsen, nur des Augenblickes, „da der Ritter im Sattel wanke, um auf dem Turnierplatze zu erscheinen". Er wollte neutral bleiben, bis die preußische Armee in Böhmen geschlagen sei und die Russen vorrückten. Dann wollte auch er zu der Theilung der Beute herbeieilen. Alles war vorbereitet; die Ausführung der großen Hetzjagd gegen den preußischen Staat sollte beginnen, sobald die Rüstungen der gegen ihn verschworenen Mächte

vollendet wären. Der einzige Fehler in den Berechnungen dieser Mächte war nur der, daß sie glaubten, Friedrich werde ihren Angriff ruhig abwarten.

Von allem, was in Wien, in Paris, in Petersburg vorging, vortrefflich unterrichtet, im Besitze aller Correspondenzen, die in dem Arbeitszimmer des sächsischen Ministers Grafen Brühl zusammenliefen, von denen er sich durch einen bestochenen Beamten Kenntniß verschafft hatte, kannte der große König bis in die kleinsten Einzelheiten die Pläne seiner Feinde. Und er war entschlossen, sie nicht reifen zu lassen. Voll hohen Muthes sah er den Gefahren, die ihn von allen Seiten bedrohten, ins Angesicht. Als ihn der englische Gesandte zur Vorsicht mahnte, antwortete er ihm: „Glauben Sie, daß ich mir werde Nasenstüber geben lassen? Bei Gott, das werde ich nicht leiden."

In aller Stille bereitete er seine Rüstungen vor, vermehrte das Heer, war unausgesetzt für dessen weitere Ausbildung thätig, setzte seine Festungen in Vertheidigungszustand. Und als er seinerseits fertig war, als auch seine erprobten Generäle, die Schwerin, Retzow, Winterfeld sich für den Krieg erklärt hatten, da schrieb er an seinen einzigen Verbündeten, den König von England: „Besser zuvorkommen als sich zuvorkommen lassen."

Als ihm auf seine Anfrage in Wien über die österreichischen Rüstungen eine ausweichende Antwort gegeben worden war, beschloß er, nicht länger zu zögern. Am 28. August 1756 erklärte er dem sächsischen Gesandten, daß er sich veranlaßt sehe, durch Sachsen in Böhmen einzurücken, und bevor noch sein Gesandter in Dresden dem König von Polen dieselbe Erklärung eröffnet hatte, rückten seine Truppen, 70,000 Mann stark mit 224 Geschützen, in 3 Colonnen in Sachsen ein, die sich am 10. September bei Pirna vereinigten, freilich ohne daß es gelang, die eilig fliehende sächsische Armee, wie es im Plane lag, gefangen zu nehmen.

Nur 18000 Mann stark, im ganzen Lande zerstreut, in Folge der gewissenlosen Finanzwirthschaft des Grafen Brühl in dem denkbar schlechtesten Zustande der Bewaffnung und Ausrüstung, hatte das sächsische Heer dennoch vermocht, sich in einem Lager am Fuße der Bergfestung Königstein zu sammeln, wohin der Hof sich geflüchtet hatte und wo der leichtfertige August III. nun im Angesichte des Feindes in Saus und Braus Feste beging, während seine Truppen, von jeder Zufuhr abgeschnitten, die härtesten Entbehrungen erdulden mußten. Nachdem Friedrich vergebens mit dem König von Sachsen unterhandelt hatte, der auch jetzt noch an seiner Neutralität festhielt, um, sobald das Glück den preußischen Waffen untreu würde, sich für Oesterreich zu erklären, beschloß er, das Land für die Dauer des Krieges zu besetzen, da er unmöglich eine zweideutige Macht im Rücken dulden konnte. Die höheren sächsischen Beamten wurden, wenn sie sich nicht durch Handschlag in Pflicht nehmen ließen, abgesetzt, ein preußischer Beamter wurde zur Erhebung der Einkünfte bestellt, das Land ward wie eine preußische Provinz behandelt. Im Archiv zu Dresden gelang es dem König, Depeschen aufzufinden, welche die feindselige Haltung Sachsens in das grellste Licht stellten und welche der Minister Herzberg benutzte, um in einer an alle Höfe gerichteten Denkschrift das Verfahren Preußens zu rechtfertigen.

Dem König aber kam es vor Allem darauf an, rasch in Böhmen einzudringen. Er ließ daher einen Theil seiner Truppen in Sachsen zurück, um die sächsische Armee in ihrem Lager eingeschlossen und von allem Verkehr abgeschnitten zu halten; mit den übrigen marschirte er in Böhmen ein, wo sich ihm am 1. October bei Lobositz die Oesterreicher zum Kampfe stellten. Der Tag war zwar siegreich für die preußischen

Waffen, aber nur mit schweren Verlusten konnte dieser Erfolg errungen werden. „Es sind nicht mehr die alten Oesterreicher!" rief Friedrich aus, als er den Widerstand der von dem Feldmarschall Brown befehligten kaiserlichen Truppen nur nach heißem und blutigem Ringen hatte brechen können. Gleichzeitig war der alte General Schwerin von Glatz aus in Böhmen eingerückt, trieb die Oesterreicher über die Elbe, nahm bei Königingrätz eine feste Stellung und hielt dadurch einen erheblichen Theil der feindlichen Streitkräfte im Schach.

Die Bemühungen des Feldmarschalls Brown, der sich nach der Schlacht von Lobositz gegen die sächsische Grenze hingezogen hatte, sich mit den Sachsen bei Schandau zu vereinigen, scheiterten, und nachdem diesen auch der letzte Versuch zur Rettung, der Uebergang über die Elbe und die Beziehung eines Lagers unter dem Lilienstein, nichts weiter als namenlose Strapazen und die Fortdauer ihres Elends eingetragen hatte, mußte sich König August am 16. October 1756 zur Capitulation verstehen. Er selbst zog sich in sein Königreich Polen zurück, die Armee wurde dem preußischen Heere einverleibt; aber die Soldaten desertirten massenhaft und von den Offizieren zogen bei weitem die meisten die Kriegsgefangenschaft dem Uebertritt in preußische Dienste vor.

Durch die Ausdauer der Sachsen war der eigentliche Feldzugsplan Friedrichs vereitelt. „Die Sachsen," sagte er, „verderben mir die ganze Campagne." Ein rasches Vorgehen, eine große Entscheidungsschlacht konnte ihn zum Herren der Lage machen; jetzt war die Jahreszeit so weit vorgeschritten, daß die Preußen in Schlesien und Sachsen Winterquartiere beziehen mußten. Die österreichischen Staatsmänner aber benutzten die erzwungene Ruhe zu diplomatischen Intriguen und riefen ganz Europa gegen Friedrich auf.

Auch das deutsche Reich wurde jetzt von dem Kaiser in den Kampf hereingezogen. Die Reichsexekution wurde gegen den König von Preußen beantragt und vom Reichstag mit 60 von 99 Stimmen beschlossen, auch die Reichsacht angedroht. Dieser Drohungen freilich lachte Friedrich, und so gering war die Achtung der großen Reichsstände vor solchen Beschlüssen, daß des Königs Gesandter, Plotho, als der Notar Aprill in sein Haus kam, ihm dem Beschluß zu verkündigen, einfach die Annahme verweigerte und drohte, den Ueberbringer die Treppe herabwerfen zu lassen. Die Achterklärung ist nie erfolgt, weil die protestantischen Stände ihre Zustimmung verweigerten; die mächtigeren unter ihnen vermochten auch dem beschlossenen Exekutionskrieg gegenüber ihre selbstständige Stellung zu behaupten; Braunschweig, Hessen-Kassel, Gotha, Lippe, nahmen für ihre Truppen englischen Sold; die katholischen Stände dagegen schlossen sich gerne den Oesterreichern an, um den ketzerischen König bekriegen zu helfen. Aber während so das Reich, in seiner Parteinahme für und gegen Preußen getheilt, seine Truppen in beiden Lagern im Felde stehen hatte, setzte der Reichstag seine Sitzungen in aller Ruhe fort, unter Theilnahme auch des preußischen, auch des hannöverischen Gesandten, nachdem der Vorschlag Friedrichs, diese abzuberufen und mit den Vertretern der übrigen in der Minderheit verbliebenen Stände an einem anderen Orte zusammentreten zu lassen, an dem Mißtrauen König Georgs II. gescheitert war.

Wichtiger als die Hilfe der 33,000 Mann starken Reichsarmee, in ihrer bunten Zusammensetzung, schlechten Ausrüstung und zweifelhaften Kriegszucht, war für Maria Theresia, daß es ihr endlich im Mai 1757 gelang, ein Angriffsbündniß mit Frankreich zu Stande zu bringen, das ausdrücklich gegen Preußen gerichtet war, dessen Zertrümmerung nun feierlich, schwarz auf weiß, beschlossen wurde.

Maria Theresia sollte, wenn erst der König geschlagen sei, nicht nur Schlesien zurückerhalten,

sondern sich auch noch irgend ein ihr genehmes Stück des preußischen Staates nehmen dürfen, Sachsen sollte Magdeburg und Halberstadt erhalten, Frankreich in den österreichischen Niederlanden seine Entschädigung finden; durch das Versprechen Vorpommerns wurde Schweden zum Beitritte bewogen; vom deutschen Reiche war auch in diesem Vertrage so wenig die Rede, als in allen anderen, die Oesterreich im Interesse seiner Hausmacht abschloß. Viele Fürsten des Reiches aber erniedrigten sich, indem sie im französischen Solde ihre Truppen gegen Preußen marschiren ließen; Köln und Kurpfalz, Baiern und Wirtemberg füllten ihre Kassen mit den reichen Hilfsgeldern des Königs von Frankreich.

Friedrich der Große verbarg sich die Gefahr nicht, die von allen Seiten gegen seinen Staat heraufzog. „Es wird dieses Jahr stark und scharf hergehen," schrieb er am Anfang des Jahres 1757, „aber man muß die Ohren steif halten und jeder, der Ehre und Liebe zum Vaterlande hat, muß alles daran setzen." Sein Plan war, im Frühling mit seiner gesammten Heeresmacht in Böhmen einzufallen, die Oesterreicher gegen Prag zurückzudrängen und dort eine Hauptschlacht zu liefern.

Mit 117,000 Mann trat er Anfangs Mai 130,000 Oesterreichern gegenüber, die unter dem Oberbefehle Karls von Lothringen in Böhmen zerstreut lagen. Rasch warf Feldmarschall Brown 60,000 Mann in die Nähe von Prag, und dort ertheilte am 6. Mai Morgens der König den Befehl zum Angriffe. Ihn eröffnete ein Reitergefecht, das Zieten zur glücklichen Entscheidung brachte; dann stürmten die preußischen Infanteriecolonnen gegen die Höhen von Herbohol heran, auf denen die Oesterreicher, geschützt durch sumpfige Niederungen, in festester Stellung ihre Geschütze aufgepflanzt hatten. Nur mühsam vordringend, beginnen die Regimenter in Unordnung zu gerathen, als der Graf Schwerin, ein Greis von 73 Jahren, die Fahne ergreift und, sie hoch schwingend, den Colonnen voraneilt. Von vier Kartätschenkugeln wird der Held zu Boden gestreckt, wieder weicht das Fußvolk vor dem mörderischen Feuer der Artillerie; da ordnet der König persönlich mit frischen Truppen einen neuen Angriff gegen den rechten Flügel der Oesterreicher an, während auch auf dem linken Flügel die Preußen die steilen Abhänge erklimmen und der Herzog von Braunschweig-Bevern das Centrum zersprengt. Die Schlacht war gewonnen, Feldmarschall Brown war schwer verwundet, der Herzog von Lothringen mit seinen Truppen in die Stadt Prag zurückgedrängt und dort eingeschlossen. Aber schwer empfand der große König die Verluste, mit denen dieser Sieg erkauft war. „Der Tag von Prag," sagt er, „sah die Säulen der preußischen Armee stürzen. Der Tod des Feldmarschalls Schwerin allein wog 10,000 Mann auf; sein Hinscheiden machte die Lorbern des Sieges welken, der durch sein all zu kostbares Blut erkauft war."

Aber dieser Sieg war doch von großer Bedeutung. Der Glaube an Friedrichs Unbesiegbarkeit erhielt neue Nahrung. Schon zitterte man in Wien bei dem Gedanken, daß er die Residenz überfallen werde, schon wurden die Kostbarkeiten der Schatzkammer, die wichtigsten Urkunden der Archive verpackt. Aber der König dachte nicht daran, sein siegreiches Heer gegen Wien zu führen, sondern ein anderer Plan erfüllte jetzt seine Seele, den Napoleon I. einen der ungeheuersten und kühnsten genannt hat, welche je in der neueren Zeit gefaßt worden sind: die große österreichische Armee in Prag zu zwingen, die Waffen zu strecken und so das sächsische Schauspiel des vorigen Jahres im kolossalen Maßstabe zu wiederholen.

Auf die Aufforderung zu capituliren, hatte ihm der Kommandant sagen lassen: „er hoffe durch die gute Vertheidigung der Stadt sich die

Achtung des Königs zu verdienen." Aber nicht an der muthigen Ausdauer der Belagerten sollte Friedrichs Plan scheitern, sondern an der Kriegskunst eines Gegners, den er entschieden unterschätzt hatte, des Feldmarschalls Grafen Leopold von Daun, des Reorganisators der österreichischen Armee. Dieser besonnene und ruhige Feldherr war mit 36,000 Mann vor Zieten und dem Herzog von Braunschweig-Bevern bis Czaslau zurückgegangen, vor Truppen, denen seine Streitkräfte an Zahl weit überlegen waren. Friedrich glaubte daher, von ihm nichts fürchten zu müssen und zog einen Entsatz von Prag durch dieses Corps gar nicht in Betracht. Aber diese all zu große Sicherheit täuschte ihn. Erst als Daun, der sich bis auf 54,000 Mann verstärkte, während Herzog Karl die preußische Armee durch häufige Ausfälle vor Prag beschäftigte, gegen Kolin vorging und die viel schwächeren Truppen des Herzogs von Braunschweig zurückzudrängen begann, erst dann wurde Friedrich auf die Bedeutung dieses Corps aufmerksam und übernahm selbst den Befehl der Truppen, die er mit denen des Herzogs zum Kampfe gegen Daun vereinigte. Am 18. Juni 1757 griff er, während seine Hauptmacht die Belagerung von Prag fortsetzte, Daun an, der in einer sehr festen Stellung vor Kolin stand und wurde von dieser Uebermacht völlig geschlagen. Der größte Theil des Fußvolkes auf dem linken Flügel wurde, nachdem es sieben Mal gegen die feindliche Stellung angestürmt hatte, zersprengt und stob in wilder Flucht aus einander. Vergebens bemühte sich der König selbst, die Fliehenden zum Stehen zu bringen. „Ihr Racker, wollt Ihr denn ewig leben!" rief er in blindem Zorn den Mannschaften zu, die ihm das bis dahin noch nicht erlebte Bild eines panischen Schreckens darboten. Diese erste Niederlage erschütterte auch den sonst so vortrefflichen Geist dieser Armee, wenn auch nicht die zu kecken Antworten stets bereite Laune der Soldaten; denn es wird die Erwiderung eines Grenadiers auf jene zürnende Anrede überliefert: „Fritz, für acht Groschen ist's heute genug." Aber doch gelingt es der zwingenden Gewalt der königlichen Erscheinung des Feldherren, noch einmal einige Mannschaft zu sammeln, an deren Spitze er selbst mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen sich dem Feind entgegenwirft. Doch vor den ersten Kanonenkugeln, die in die Schaar einschlagen, stiebt auch diese aus einander und es bedarf der Worte des Majors Grant: „Majestät, wollen Sie die Batterie allein erobern?" um den König zur Umkehr zu bewegen. Jetzt erst ertheilte er den Befehl zum Rückzug.

Die Schlacht war verloren, wenn auch Zietens Husaren unbesiegt bis zum späten Abend Stand hielten und der rechte Flügel der Preußen in einem mörderischen Kampfe Ausgezeichnetes leistete und den Feind keinen Vortheil erringen ließ. Zum Glück verfolgte Daun den geschlagenen Gegner nicht, denn er hatte noch 50,000, dieser nur noch 30,000 Mann. Die nächste Folge seines Sieges war die Aufhebung der Belagerung von Prag, und nur die geringen Fähigkeiten des Herzogs von Lothringen und seine Eifersucht auf Daun machten es Friedrich möglich, seine Truppen zu sammeln und 73,000 Mann unbelästigt über die Elbe zurückzuziehen.

Der Jubel in Oesterreich war groß. Die Kaiserin stiftete zum Gedächtniß des Tages den Maria-Theresia-Orden für hervorragende Thaten im Felde, und die leichtblütige Art der Oesterreicher hielt schon das Endschicksal des Krieges für entschieden. In seinen bisherigen Feldzügen hatte der große König in sieben siegreichen Schlachten die Oesterreicher die Wucht der preußischen Waffen fühlen lehren; jetzt sangen sie, spottend über den Gegensatz der sieben Angriffe, die Daun bei Kolin zurückgeschlagen:

„Da fiel er sieben Mal
Der siebenfache Sieger;"

jetzt durfte man in der Hauptstadt Maria

Theresias das alte Witzwort wiederholen, daß Wien ohne W (Weh) sei.

Der König war tief gebeugt. Sein Bruder, der Prinz Heinrich, fand ihn am Tage nach der Schlacht in der Nähe von Prag in einem elenden Bauernhause, bis zum Tode ermüdet (er hatte 36 Stunden lang auf demselben Pferde gesessen) auf einer Strohdecke liegend.

Er war in tiefste Niedergeschlagenheit versunken und rief den Tod als Erlöser aus dieser trostlosen Lage herbei. „Was fehlt mir noch," schrieb er damals an d'Argens, „um in der Lage des gequälten Hiob zu sein? Die Philosophie ist gut, um vergangene und künftige Uebel zu mildern, aber sie wird zu Schanden durch das gegenwärtige Unglück." Aber sein Geist, seine Energie und sein Pflichtgefühl waren zu groß, als daß diese Stimmung dauernd über ihn hätte Herr werden können, aus der ihn nicht erst das ihm neuerdings zulächelnde Glück der folgenden Zeit, sondern die gewaltige Kraft des eigenen Willens befreite. „In der täglichen angestrengten Arbeit," schrieb er damals einem Vertrauten, „finde ich meinen Halt gegen meinen Schmerz, und die große Zahl meiner Feinde nöthigt mir eine fortdauernde Zerstreuung auf." Diese fand er vorzugsweise in der Lesung der Meisterwerke der französischen Literatur, die er so sehr bewunderte, und in den eigenen dichterischen Erzeugnissen. Erhebend ist der Zug echter Liebe zum Vaterlande, zu Staat und Volk, der uns überall aus diesen Versen entgegentritt, in denen er den Erschütterungen seiner schmerz- und sorgenerfüllten Seele Ausdruck gab, wenn es uns auch eigenthümlich anmuthet, den deutschen Fürsten, gegen den eben damals auch Frankreich seine Truppen ins Feld schickte, in der Sprache dieses feindlichen Landes seine patriotischen Gefühle aussprechen zu hören, Gefühle, die er einmal eben in diesen Tagen so schön in die Worte zusammenfaßt: „Ich weiß, daß ich von Vollkommenheit weit entfernt bin; aber wenn es sich um Liebe zum Vaterlande, um Eifer für seine Erhaltung und seinen Ruhm handelt, so gehe ich darum mit der ganzen Welt einen Wettkampf ein, und werde diese Gefühle bis zum letzten Hauche meines Lebens bewahren."

So stählte er seine Kraft, um die schweren Prüfungen zu tragen, die noch durch den Tod seiner hochverehrten Mutter gesteigert wurden, anderseits entschlossen, die Bürde des Lebens abzuschütteln, wenn der Preis seiner Existenz eine unehrenvolle Unterwerfung sein müßte. Er führte Gift mit sich, um sich den Tod zu geben, ehe er sich gefangen nehmen ließe. Und es sollte ihm nicht leicht werden, sich dem Andrängen des Mißgeschickes gegenüber stark und muthig zu erhalten. Denn nach der Niederlage von Kolin brach noch eine weitere Reihe unglücklicher Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze und in den Verwickelungen der Politik über ihn herein. Sein Bruder, der Prinz Wilhelm, war nicht im Stande, den von Friedrich befohlenen Operationsplan durchzuführen, mußte vor den Bewegungen der österreichischen Armee Böhmen räumen und erlitt auf diesem unglücklichen Rückzuge große Verluste; namentlich fanden massenhafte Desertionen der Sachsen zu den Oesterreichern statt, welche auch Zittau in Besitz nahmen. Dies war um so bedenklicher, als eben damals die Russen, welche, obwohl sich Kaiserin Elisabeth am 31. December 1756 dem österreichisch-französischen Bündnisse angeschlossen hatte, bisher unthätig geblieben waren, unter dem Oberbefehle des Generals Apraxin, energisch aufzutreten begannen. Mit großer Uebermacht rückten sie in die Provinz Preußen ein, nahmen Memel und bedrohten, während gleichzeitig ihre Flotte vor dem curischen Haff erschien, Königsberg. General Lehwald wurde bei Großjägerndorf nach tapferster Gegenwehr zum Rückzug gezwungen, so daß den Russen das Land nunmehr ganz offen stand.

Gleichzeitig gestalteten sich auch die Aussichten im Westen auf das Ungünstigste. Die Franzosen unter d'Estrées schlugen bei Hastenbeck den Herzog von Cumberland, nahmen Hameln und öffneten sich damit den Weg nach Hannover und Magdeburg, während General Soubise von Frankfurt aus sich mit der Reichsarmee vereinigte und Thüringen bedrohte.

Dieser von allen Seiten auf ihn einstürmenden Uebermacht gegenüber mußte Friedrich versuchen, an irgend einer Stelle einen Hauptschlag auszuführen. Zuerst dachte er den Oesterreichern bei Görlitz eine große Schlacht zu liefern; als sich aber diese nicht aus ihrer festen Stellung hervorlocken ließen, übertrug der König die Deckung Schlesiens und der Lausitz dem Herzog von Bevern mit 45,000 Mann, um selbst gegen die Franzosen zu ziehen. Aber auch diese wollten die angebotene Schlacht nicht annehmen, indem sie bis Eisenach zurückwichen, und Friedrichs Aufmerksamkeit wurde bald von anderen, abermals unglücklichen Kriegsereignissen vollauf in Anspruch genommen. Der geschlagene Herzog von Cumberland schloß im Kloster Zeven (zwischen Bremen und Hamburg) einen Vertrag mit den Franzosen, der die Feindseligkeiten einstellte und Preußen den Feinden vollständig öffnete; die Schweden rückten über die Peene vor, bedrohten Stettin, besetzten die Uckermark und saugten das Land durch hohe Kriegssteuern aus; die Russen benutzten zwar die Vortheile nicht, die ihnen ihr Sieg einräumte, bedrückten aber die Provinz Preußen mit schweren Lasten; die Oesterreicher schlugen den General Winterfeld bei Görlitz und zwangen den Herzog von Bevern, sich nach Liegnitz zurückzuziehen, während ein Streifkorps unter General Haddik gegen Berlin heranzog, das gleichzeitig auch von Franzosen und Schweden bedroht war. Der kecke Reiterführer begnügte sich allerdings damit, in der Residenz des Königs von Preußen 185,000 Thaler zu erpressen und eilte abzuziehen, als die Nachricht eintraf, daß der Prinz von Dessau und der König selbst in Eilmärschen herankämen. Nachdem so eine politische Folge dieses Husarenstreiches glücklich abgewendet war, wollte der König eben zur Unterstützung des Herzogs von Bevern nach Schlesien ziehen, als er die Nachricht von dem Vorrücken der Franzosen und Reichstruppen gegen Leipzig erhielt. Sofort kehrte er um und wandte sich gegen diese, die bei seinem Anmarsch wieder über die Saale zurückgingen. Er folgte ihnen, und bei Roßbach kam es am 5. November zur Schlacht. Einer großen taktischen Bewegung gegenüber, die sie unter schallendem Lärm sämmtlicher Regimentsmusiken in Scene setzen, um in weitem Aufmarsch den linken Flügel der Preußen zu umgehen, blieben diese ganz ruhig und setzten (nach Friedrichs eigenen Worten) „dem französischen Leichtsinn und Ungestüm das deutsche Phlegma entgegen". Noch um 12 Uhr speiste der König mit größter Ruhe zu Mittag, während der vorsichtige Seydlitz die Reiterei satteln ließ, um jeden Augenblick bereit zu sein. Um halb 3 Uhr erging der Befehl, die Zelte abzubrechen und sich in Marsch zu setzen, in einer halben Stunde stand das Heer in Schlachtreihe, den verblüfften Franzosen gegenüber, die nachher sagten, das Ganze habe wie der Wechsel einer Theaterdecoration ausgesehen. Und ehe sie sich von ihrem Staunen erholen konnten, stürmte Seydlitz mit seiner Reiterei in ihre Reihen. Bevor eine Stunde verging, flohen die 45 feindlichen Schwadronen in wildem Ungestüm bis an die Unstrutt zurück; noch bevor die Dämmerung an dem kurzen Wintertage hereinbrach, war die Schlacht entschieden, waren 50,000 Franzosen und Reichstruppen von 22,000 Preußen völlig geschlagen. Zwei Tage lang wurde die Verfolgung fortgesetzt, bald war sie gegenstandslos: die Reichstruppen zerstreuten sich zum größten Theile, um

nach Hause zu gehen, die Franzosen plünderten und verheerten noch in ungeordneten Haufen Thüringen, an Widerstand war nicht zu denken.

Der Jubel über diesen Sieg war groß, vorab in Preußen, aber auch in den meisten anderen deutschen Ländern, wo die Bevölkerung stets ungern das Bündniß mit Frankreich gesehen hatte, wo die jungen Mannschaften nur wider Willen in den Krieg gegen den berühmten deutschen Feldherren gezogen waren. Man vergaß, daß auch die eigenen Landeskinder geschlagen waren, über dem freudigen Ereigniß, daß nach langer Zeit zum ersten Male wieder ein deutsches Heer die Franzosen besiegt hatte. Die Reichsarmee wurde der Gegenstand zahlloser Spottgedichte, und als ein Druckfehler in der kaiserlichen Proclamation die „eilende" in die „elende" Reichsarmee verwandelte, war des Gelächters kein Ende in ganz Deutschland über die „Reichsströpfe", die „Reißausarmee" und wie die wenig schmeichelhaften Bezeichnungen sonst lauten mochten, mit denen der Volkswitz diese unglückliche Militärmacht der deutschen Kleinstaaten geißelte.

So hatte der große König — nach seinen eigenen Worten — sich durch den Sieg bei Roßbach von der einen Seite so viel Luft verschafft, um nach der entgegengesetzten einen anderen seiner Feinde aufsuchen zu können. Von dem Siegesjubel von Roßbach weg eilte er nach Schlesien, wo die Lage der Dinge von Tag zu Tag schwieriger wurde. Auf jedem Stücke Landes, das die Oesterreicher besetzten, wurden die Bewohner wieder als österreichische Unterthanen erklärt und behandelt, und die Fortschritte der österreichischen Truppen waren sehr groß. Am 14. November fiel die wichtige Festung Schweidnitz, am 23. wurde der Herzog von Bevern bei Breslau aufs Haupt geschlagen und auch diese Stadt mußte ihre Thore den Oesterreichern öffnen, welche gesonnen waren, in dem wieder erworbenen wohlhabenden Lande bequeme Winterquartiere zu beziehen. Aber sie rechneten ohne die Eilmärsche, in denen Friedrich binnen 16 Tagen von Leipzig bis Parchwitz, 7 Meilen von Breslau, herbeizog. Wieder trat er einem weit überlegenen Feinde gegenüber. Herzog Karl von Lothringen gebot über 80 bis 90,000 Mann auserlesener Truppen, während der König, als er die Sieger von Roßbach mit den Resten der geschlagenen schlesischen Armee vereinigte, nicht mehr als 42,000 Mann besaß. Aber er war entschlossen, die Oesterreicher um jeden Preis anzugreifen „auch wenn sie auf den Kirchthürmen von Breslau oder auf dem Zobtenberge ständen". Er wollte unbedingt eine Entscheidung herbeiführen. „Ich muß diesen Schritt wagen, oder es ist Alles verloren," sprach er am Morgen des 5. December, als er unter einer Birke westlich von Leuthen seine Generale und Stabsoffiziere um sich versammelt hatte, „wir müssen den Feind schlagen oder uns Alle vor seinen Batterien begraben lassen." Die Truppen waren vom besten Geiste beseelt. Als der König am Abende vorher durch das Lager gegangen war und da und dort zu den Leuten gesprochen hatte, klang aus ihren Antworten überall Zuversicht und Siegesmuth heraus. Die meisten waren preußische Landeskinder. Sie wußten, was für ihren Staat auf dem Spiele stand, daß sie, wo auch in dem weitausgedehnten Lande ihre Wiege gestanden, jetzt in den Gefilden Schlesiens für die Gesammtheit der preußischen Provinzen, auch für ihre Heimath, ihr Dorf, ihre Lieben zu Hause kämpften. Und dazu kam der Zauber der Persönlichkeit des großen Königs, der wunderbare Glanz, den sein großes blaues Auge ausstrahlte, die Macht, die seine kurze, scharfe Rede über die Gemüther ausübte. „Die alten Krieger," erzählt ein Augenzeuge, „reichten sich wechselseitig die Hände, versprachen, einander treulich beizustehen und beschworen die jungen Leute, den Feind nicht zu scheuen, vielmehr, seines Widerstandes

ungeachtet, ihm dreist unter die Augen zu treten." Der Kampf war heiß und blutig; er währte bis zur einbrechenden Dunkelheit gegen 5 Uhr des Abends. Dann aber war er überall zu Gunsten Friedrichs entschieden; der Feind floh in Unordnung nach allen Seiten aus einander. Großem Wagniß war auch großer Lohn zu Theil geworden, und die dankbaren Herzen der siegreichen Krieger gaben ihren Gefühlen Ausdruck, als des Abends im Lager ein alter Grenadier anhob zu singen: „Nun danket Alle Gott mit Herz und Mund und Händen" und weithin durch die Zeltreihen Alle in den frommen Gesang einstimmten.

Von dem Walfeld eilte der König nach Breslau. Nur Zieten wurde zur Verfolgung befehligt und zu Eile und Anstrengung gedrängt. „Ein Tag Fatigue," rief ihm der König zu, „schafft uns hundert Tage Ruhe. Also, mein lieber Zieten, nur immer im Sattel, nur immer dem Feinde auf den Hacken!" Der König selbst schloß Breslau ein, beschoß die Stadt und nöthigte am 19. December die österreichische Besatzung, zu capituliren, und gleichzeitig warf General Lehwald, nachdem die Russen (auf die falsche Nachricht von dem bevorstehenden Tode der Kaiserin Elisabeth) einen schleunigen Rückzug angetreten hatten, die Schweden aus Pommern und der Uckermark.

Der Sieg von Leuthen erhöhte noch den moralischen Erfolg des Tages von Roßbach. In ganz Europa wurde der große König bewundert; in der Schweiz konnte man nicht genug Bilder von ihm auftreiben, in Paris war er, trotz der französischen Niederlage, der Held des Tages und es war guter Ton, für ihn zu schwärmen, in England wurde sein Geburtstag wie der des eigenen Königs gefeiert. In Preußen aber klang jetzt durch die Gassen seiner Feldlager, sangen in Städten und Dörfern die jungen Burschen das übermüthige Volkslied:

„Und wenn der große Friedrich kommt
Und klopft nur auf die Hosen,
So läuft die ganze Reichsarmee,
Panduren und Franzosen."

Der Held, dem alle diese Huldigungen galten, hatte aber mitten in dem Lärm des Siegesjubels keinen heißeren Wunsch, als nach einem ehrenvollen Frieden. Er hoffte, auch Maria Theresia einem solchen nicht abgeneigt zu finden, aber bald mußte er zu der Ueberzeugung gelangen, daß bei ihr Friede nichts anderes heißen sollte, als Demüthigung Preußens. Sie haßte den König persönlich als ihren ärgsten Feind, wie auch die fortdauernde Betheiligung Frankreichs und Rußlands an dem Kriege nicht zum geringsten Theile der persönlichen Abneigung des Königs Ludwig XV. und der Kaiserin Elisabeth gegen Friedrich II. zuzuschreiben ist.

Da war es denn von großer Bedeutung, daß eben damals in England der geniale William Pitt das Ministerium übernahm. Eine seiner ersten Handlungen war die Aufhebung des Vertrags von Kloster Zeven und die energische Wiederaufnahme des Krieges in Deutschland, wo nach seiner Ansicht die Streitfragen zwischen Frankreich und England über ihre amerikanischen Colonien zur endgiltigen Entscheidung kommen mußten. Er benutzte die durch Friedrichs letzte Siege diesem günstige Stimmung des englischen Volkes und steigerte dieselbe, indem er Friedrich im Parlament und in der Presse für den Helden des Protestantismus erklärte. So konnte am 11. April 1758 der Subsidienvertrag mit Preußen abgeschlossen werden, gemäß welchem kein Theil ohne den andern Frieden machen, Friedrich alle Jahre 4 Millionen Thaler Subsidien erhalten und eine große Anzahl englischer Truppen nach Deutschland geschickt werden sollte. Auf Friedrichs Vorschlag wurde dem Herzog Ferdinand von Braunschweig der Oberbefehl über das hannöverisch-englische Heer übertragen. Dieser

tüchtige General sah sich gegenüber die französische Armee, die sich von ihrer Niederlage noch nicht erholt hatte und namentlich jeder Mannszucht entbehrte, deren Wiederherstellung auch ihrem neuen Befehlshaber, dem Grafen Clermont, nicht gelingen konnte. Braunschweig jagte sie bei seinem ersten Angriff bis Düsseldorf, wo sie, nach großen Verlusten an Kriegsmaterial und Vorräthen, den Rhein überschritt.

Indessen zog Friedrich selbst, um einerseits zu verhüten, daß die Oesterreicher den Franzosen Hilfstruppen schickten, anderseits die Vereinigung der Oesterreicher und Russen zu hindern, nach Mähren, belagerte Olmütz, mußte aber erfolglos wieder abziehen, als ihm Dann einen bedeutenden Transport von Schießbedarf und Lebensmitteln abschnitt. Nach seinem vielbewunderten Rückzuge durch Böhmen nach Schlesien mußte er daran denken, den weiteren Fortschritten der Russen entgegenzutreten, die schon im Januar 1758 unter General Fermor Königsberg besetzt und sich der ganzen Provinz Preußen bemächtigt hatten, um sie dauernd dem russischen Reiche einzuverleiben. Sie waren inzwischen in Pommern und die Uckermark eingedrungen, hatten Küstrin in Brand geschossen und den Oderübergang erzwungen, trotz dem Widerstande des Grafen Dohna, der die Belagerung von Stralsund hatte aufheben müssen, um wenigstens die Vereinigung der Russen und Schweden zu verhindern. Auf die Nachricht von diesem Stande der Dinge, schrieb Friedrich an Dohna: „Wir müssen nun anfangen, die Russen tüchtig abzuprügeln" und begann seinen Zug gegen sie. Von Landshut in Schlesien brach er am 11. August auf, legte in wenigen Tagen 35 Meilen zurück und vereinigte am 21. bei Küstrin seine Truppen mit denen Dohnas. Nur vier Tage später, am 25. August, kam es bei Zorndorf zur Schlacht, die hauptsächlich durch das glänzende Talent des Generals Seydlitz und die Tapferkeit seiner Reiterei zu Gunsten der Preußen entschieden wurde. „Ohne diesen würde es schlecht aussehen," sagte Friedrich auf Seydlitz deutend, zu dem englischen Gesandten Mitchell, als dieser ihn noch auf dem Schlachtfelde beglückwünschte; „die Reiterei," schrieb er an Lord Marischal, „hat fast Alles gethan." Eine Verfolgung der Russen durch die Wälder und Sümpfe der Gegend war unmöglich, so daß diese fast im Angesichte der Sieger einen geordneten Rückzug antreten konnten.

Von dem Schlachtfelde von Zorndorf weg eilte der König nach Sachsen. Dort hatte bisher der Prinz Heinrich mit großem Geschick und Glück den kleineren Krieg geführt, Thüringen und Franken gebrandschatzt. Nun aber war der Prinz Friedrich von Pfalz-Zweibrücken mit der Reichsarmee nach Böhmen gezogen und drang von da auf dem linken Elbufer in Sachsen ein, während Dann auf dem rechten Ufer des Stromes heranzog. Schon war Dresden bedroht, als der rasche Anmarsch des Königs Daun zwang, nach der oberen Spree aufzubrechen, um seine Magazine besser zu decken. Der König folgte ihm und bezog bei Hochkirch, östlich von Bautzen, ein Lager in so ungünstiger Stellung, daß alle Generale dagegen Einsprache erhoben. „Wenn die Oesterreicher uns in diesem Lager ruhig lassen," sagte Feldmarschall Keith, „so verdienen sie, gehangen zu werden." Aber Friedrich, der den vorsichtigen und zögernden Daun unterschätzte, glaubte durchaus nicht an Angriffspläne der Oesterreicher. „Wir müssen hoffen," antwortete er Keith, „daß sie sich mehr vor uns, als vor dem Galgen fürchten." Die Hartnäckigkeit, mit der er an dieser Ansicht festhielt, ging so weit, daß er sogar alle Vorsichtsmaßregeln verbot und die Truppen unangekleidet in ihren Zelten ruhen ließ. Plötzlich aber erfolgte am Morgen des 14. October der Angriff der Oesterreicher, die bei ihrer Ueberrumpelung durch den dichten Nebel des Herbsttages vortrefflich unterstützt wurden. Trotz der tapfersten

Gegenwehr wurde Hochkirch genommen, die Preußen erlitten eine vollständige Niederlage und verloren 100 Kanonen und 9000 Mann. Der Prinz Moritz von Dessau wurde tödtlich verwundet, der Feldmarschall Keith starb den Heldentod, einer der treuesten Freunde des großen Königs, ebenso durch Tapferkeit als durch edle Gesinnung ausgezeichnet. Am nämlichen Tage verlor Friedrich seine Lieblingsschwester, die geistvolle Markgräfin von Baireuth. „Ich bin von allen Seiten erfaßt und gebeugt," schrieb er damals, „häusliche Leiden, verborgener Gram, öffentliche Unglücksfälle, einbrechende Noth, das ist meine Nahrung;" aber er schrieb auch die anderen schönen Worte an seinen Bruder Heinrich: „das Unglück ist groß, aber man muß es mit Standhaftigkeit und Muth wieder gut machen." Auch jetzt wieder fand er diese höchsten Güter in der Arbeit. In jenen Tagen schrieb er seine berühmte Abhandlung über die Taktik und einige Aenderungen in der Kriegführung, die ihn zu dem mit ehrenwerthem Freimuth ausgesprochenen Ergebnisse führte: „Ohne zu erröthen müssen wir in der Manier unserer Feinde das nachzuahmen suchen, was uns gut zu sein scheint."

Die Muße aber zu solcher Arbeit und die Zeit, seinen Truppen Kräfte und Ermuthigung wiederzugeben, verschaffte ihm Daun selbst, der die kostbarsten Tage damit zubrachte, Dank- und Freudenfeste zu feiern und darüber vergaß, seinen Sieg zu benutzen. „Daun hat uns aus dem Schach gelassen und das Spiel ist nicht verloren," sagte Friedrich schon am Tage nach der Schlacht von Hochkirch, und mit Recht konnte man den Scherz machen: der einzige Vortheil, den dieser Sieg Daun gebracht, sei der geweihte Hut und Degen gewesen, den ihm aus Freude über Friedrichs Niederlage der Papst schickte, Clemens XIII., dessen Nuntien an den verschiedenen europäischen Höfen schon damals die Weisung erhalten hatten, den veralteten Protest früherer Päpste gegen den ohne die Erlaubniß des heiligen Stuhles angemaßten Königstitel der Kurfürsten von Brandenburg zu erneuern.

Während Friedrich die Festungen Neisse und Kosel entsetzte, bezog Daun, nach einem vergeblichen Versuche, Dresden zu nehmen, in Böhmen Winterquartiere, die Reichsarmee aber ging nach Franken zurück, so daß am Ende des Jahres 1758 ganz Sachsen wieder von den Feinden Preußens befreit war. Indessen hatte auf dem westlichen Kriegsschauplatze der Herzog Ferdinand von Braunschweig den Grafen Clermont bei Crefeld geschlagen, aber vor den Truppen des Marschalls Soubise und des Generals Contade, der Clermont im Commando ersetzte, wieder auf das rechte Rheinufer zurückgehen müssen, wohin ihm die Franzosen folgten, jedoch ohne daß es noch einmal zu einer Schlacht gekommen wäre.

So war denn das dritte Kriegsjahr vorüber, waren im Ganzen 11 Schlachten geschlagen, ohne daß sie eine Entscheidung herbeigeführt hätten. Wie die Dinge lagen, war Friedrich auf den Vertheidigungskrieg angewiesen, jeder Angriff, den er unternahm, hatte nur den Sinn, sich irgendwo Luft zu machen. Aber auch für die Vertheidigung begannen ihm nachgerade die Mittel zu fehlen. Während Maria Theresia ihren Gemahl stets bereit fand, gegen hohe Zinsen Darlehen zu geben, so daß sie jetzt sogar in der Lage war, den Russen Subsidien zu bezahlen, mußte der König von Preußen die englischen Hilfsgelder dadurch ergiebiger machen, daß er sie zur Prägung untergewichtigen Geldes verwandte, und war gezwungen, die von ihm besetzten Länder mit fast unerschwinglichen Kriegssteuern zu belegen. Nichts war natürlicher, als daß er unter solchen Umständen wiederholt Versuche machte, Friedensunterhandlungen anzubahnen; aber auch jetzt wieder scheiterten diese Bestrebungen an dem unversöhnlichen Hasse der

Kaiserin-Königin. Nach wie vor bestand daher die Aufgabe Friedrichs darin, die drei großen feindlichen Heere auseinander zu halten, um nicht durch ihre vereinte Uebermacht erdrückt zu werden.

Den Feldzug des Jahres 1759 eröffnete der Herzog von Braunschweig. Zwar wurde er bei dem Versuche, das preußisch gesinnte Frankfurt, das die Franzosen besetzt hatten, wo damals der Knabe Goethe zuerst die Greuel des Krieges kennen lernte, zu erobern, am 13. April bei Bergen zurückgeschlagen, aber sein glänzender Sieg am 1. August bei Minden beraubte die Franzosen aller bisher errungenen Vortheile und erlaubte ihm sogar, von diesem Kriegsschauplatze weg dem Könige Truppen zu Hilfe zu schicken. Ueber diesen hatte das Geschick neuerdings eine Reihe von Niederlagen verhängt. Nachdem am 13. Juli bei Kay der General Wedell geschlagen war, erlitt der König selbst durch die Armeen der Generale Soltykoff und Laudon, deren Vereinigung er nicht hatte verhindern können, am 12. August bei Kunersdorf eine vollständige Niederlage. Hier standen 70,000 Oesterreicher und Russen gegen nur 48,000 Preußen. Schon hatte Friedrich gegen die Russen schöne Erfolge errungen, als ihm eine glückliche taktische Bewegung Laudons im entscheidenden Augenblicke den Sieg entriß. Die Reiterei war, besonders durch die ungünstige Beschaffenheit des Bodens, am Eingreifen in den Kampf gehindert, und ihren kühnen Führer Seydlitz machte schon beim ersten Angriff ein Kartätschenschuß kampfunfähig. Der König selbst schwebte in äußerster Gefahr. Neben ihm fielen zwei seiner Adjutanten, ihm selbst wurden zwei Pferde unter dem Leibe erschossen und als er das dritte bestieg, traf ihn eine Kugel, deren tödtliche Wirkung nur durch ein goldenes Etui, das er in der Tasche trug, verhindert wurde.

Aber noch wollte er nicht weichen. „Wir müssen hier Alles versuchen," antwortete er den Bitten seiner Umgebung, sich nicht unnöthig auszusetzen, „und ich muß hier so gut wie jeder andere meine Schuldigkeit thun," und als alle Versuche vergebens waren, seine fliehenden Truppen zum Stehen zu bringen, preßte ihm das Gefühl der Verzweiflung den Ruf aus: „Kann mich denn keine verwünschte Kugel treffen?"

Endlich ritt er zurück und entging mit Mühe der Gefahr, als Gefangener in die Hände der Feinde zu fallen. Schon war ihm der Rückzug durch einen Hohlweg verlegt, schon rief er seinem Begleiter zu: „Prittwitz, ich bin verloren!" Aber dieser deckte an der Spitze von 100 Husaren heldenmüthig Leben und Freiheit des Königs: „Nein, Majestät," antwortete er, „das soll nicht geschehen, so lange noch ein Athem in uns ist." Und in der That gelang es dem König, seine Truppen wieder zu erreichen. Aber in welchem Zustande fand er sie! In wilder Flucht stürzte das ganze Heer zurück, um sich über die Schiffbrücken der Oder zu retten. Beinahe 18,000 Mann, 548 Offiziere, 172 Geschütze, 28 Fahnen waren verloren, darunter auch die, welche der Feldmarschall Schwerin, als er bei Prag den Heldentod fand, geschwungen hatte. Bei Kunersdorf fiel auch der liebenswürdige Sänger des „Frühlings" Ewald von Kleist; was er einst ahnungsvoll gesungen:

„Vielleicht sterb' einst auch ich
den Tod für's Vaterland,"

ward hier erfüllt.

Aber auch die Gegner hatten schwere Verluste zu beklagen. „Ew. Majestät werden sich darüber nicht wundern," meldete Soltykoff seiner Kaiserin, „Sie wissen, daß der König von Preußen seine Niederlagen alle Male sehr theuer erkauft." Und zu seiner Umgebung sagte er: „Wenn ich noch einen solchen Sieg erfechte, so werde ich, mit einem Stocke in der Hand, allein die Nachricht davon nach Petersburg bringen müssen."

Auch der Sieg von Kunersdorf wurde nicht, wie er konnte, benutzt; nichts hinderte die Verbündeten, sofort gegen Berlin zu ziehen und dort den Frieden unter jeder Bedingung zu dictiren. Zum Glück für den großen König waren die beiden Feldherren unter einander uneinig, gönnte keiner dem anderen einen Erfolg.

Aber noch weitere Unglücksfälle brachen über Friedrich herein. Die Reichsarmee, von Oesterreichern unterstützt, umschloß Dresden und nöthigte am 4. September den General Schmettau zu capituliren, und am 20. November wurde General Fink bei Maxen von einem dreifach überlegenen Feind gezwungen, mit 11,000 Mann die Waffen zu strecken.

Durch diese wiederholten Niederlagen war das alte Heer Friedrichs fast vernichtet, und es lag keine Möglichkeit vor, die Lücken auf dem bisher üblichen Wege auszufüllen. Daher wurde zur ausgedehntesten Anwendung des Werbesystems geschritten. Ganz Deutschland wimmelte von preußischen Werbern, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Armee ihres Gebieters zu ergänzen bemüht waren. Abenteurer aller Art, ungerathene Söhne, weggejagte Kaufmannsdiener, Personen, die irgendwelchen Grund hatten, die Heimath zu meiden, strömten jetzt unter Friedrichs Fahnen zusammen. Die Einheit unter solch bunter Menge und die Strenge der Mannszucht stellte der Stock des Unteroffiziers her. Nicht weniger als 60,000 Rekruten wurden auf solche Weise gewonnen und kriegstauglich gemacht.

Wenn Friedrich sodafür sorgte, seinen Feinden wieder mit genügender Macht entgegentreten zu können, so suchte er nicht minder die politischen Verhältnisse Europas zu seinen Gunsten zu benutzen. Als der König Ferdinand von Spanien starb, dessen Nachfolger der bisherige König von Neapel war, hoffte er, daß Unruhen in Italien entstehen, somit Oesterreicher und Franzosen dort beschäftigt werden würden. Er schickte Cocceji nach Turin, einen anderen Unterhändler nach Neapel, ließ dort Mailand und Mantua, hier den Kirchenstaat und Toscana als gute Beute vor Augen stellen; aber seine Anerbietungen hatten keinen Erfolg, da Oesterreich und Frankreich sich schon vorher mit den italienischen Fürsten verständigt hatten. Ebenso wenig gelang es ihm, die Fürsten zu einem Angriff gegen Oesterreich, die Dänen zum Beistand gegen die Schweden zu bewegen. Waren diese Versuche der Fortdauer des Krieges gewidmet, so schöpfte Friedrich anderseits Friedenshoffnungen aus dem Umstande, daß die Franzosen jenseits des Weltmeeres durch die Engländer schwere Niederlagen erlitten hatten. Diese hatten Guadeloupe, Quebeck und Canada erobert, in mehreren glücklichen Seetreffen die französische Flotte geschädigt, durch die Einnahme von Pondichery die Macht Frankreichs in Ostindien gebrochen. Der französische Minister Choiseul wäre auch gern bereit gewesen, Frieden zu schließen und Friedrich schlug bei den hierüber geführten Verhandlungen vor, Oesterreich durch Baiern, Sachsen durch Erfurt zu entschädigen; aber Ludwig XV. wollte nur mit England allein Frieden schließen, während Pitt auf dem Einschlusse Preußens in den Frieden bestand. So zerschlugen sich diese Verhandlungen, die übrigens bei Frankreich immerhin einige Neigung zum Frieden zurückließen und die Einsicht bestärkten, daß es nicht im französischen Interesse liege, die Macht Oesterreichs und Rußlands all zu stark anwachsen zu lassen. Diese Anschauung des Ministers Choiseul erhielt eine neue Bekräftigung durch einen Vertrag, den diese beiden Mächte eben jetzt abschlossen, in welchem die Abtretung des Königreichs Preußen an die Kaiserin von Rußland festgesetzt wurde, natürlich in einem geheimen Artikel, dessen Inhalt aber dennoch bald an allen Höfen bekannt oder wenigstens vermuthet wurde. Dieser Artikel, dessen Ausführung Rußlands Herrschaft über die Ostsee besiegelt

haben würde, erregte nicht nur die Unzufriedenheit der französischen Staatsmänner, sondern er erschreckte auch in hohem Grade die maßgebenden Kreise in Schweden, Dänemark und Polen, ja auch in Wien mochte man wohl bald fühlen, daß man aus Haß gegen Friedrich zu weit gegangen sei, als man, nur um Schlesien und Glatz wieder zu gewinnen, Rußland ein so großes Zugeständniß gemacht hatte. Daß aus diesen Verhältnissen in nicht all zu ferner Zeit Zerwürfnisse unter seinen Feinden erwachen würden, das war fast der einzige Lichtstrahl, der die trübe Stimmung erhellte, in welcher sich der große König am Beginne des Jahres 1760 befand. In der Gegenwart hielt ihn allein die treue Ausdauer Englands aufrecht, das eben jetzt den Subsidienvertrag mit ihm erneuerte. Sonst thürmten sich Schwierigkeiten aller Art um ihn auf. „Je mehr ich über die Zukunft nachdenke," schrieb er damals an den Herzog Ferdinand von Braunschweig, „desto weniger Mittel finde ich gegen die Uebel, die ich voraussehe. Sie mögen nur unsere Grabschrift machen."

Wieder war es die erste und wichtigste Aufgabe Friedrichs, die Vereinigung der Russen und Oesterreicher zu verhindern, denen in ihren Höfen für dieses Jahr die Aufgabe gestellt war, Sachsen zu befreien und Schlesien zu erobern; wiederum mußte der König einer ihm an Zahl weit überlegenen Heeresmacht Widerstand leisten. Der Feldzug begann nicht glücklich. Vor Laudon mußte General Fouqué aus Landshut zurückweichen, worauf die Oesterreicher diese Stadt besetzten und Glatz einschlossen.

Der König mißbilligte jenen Rückzug und befahl Fouqué, Landshut wieder zu nehmen. Dieser sah zwar das sichere Scheitern des Unternehmens voraus, aber im Punkte der Ehre der reizbarste Mann von der Welt, war er doch entschlossen, dem Befehle zu gehorchen. Seine Ahnung wurde erfüllt; am 30. Juni wurde er mit Uebermacht angegriffen und völlig aufgerieben; nachdem er Wunder der Tapferkeit verrichtet, wurde er, schwer verwundet, nur durch die Aufopferung seines Reitknechtes gerettet. Der König selbst verglich die Heldenthaten dieser Schaar mit dem Kampf des Leonidas an den Thermopylen.

Nun stand Schlesien dem General Laudon offen, denn bald ergab sich auch Glatz, und die Belagerung Breslaus konnte begonnen werden. Aber hier befehligte ein Mann von kaltblütiger Entschlossenheit, felsenfester Treue und nie ermüdender Ausdauer, der General von Tauenzien. „Wäre der König," sagt über ihn Lessing, der ein paar Monate später sein Sekretär wurde, „so unglücklich gewesen, seine Armee unter einem Baume versammeln zu können, General Tauenzien hätte gewiß unter diesem Baume gestanden." Am 31. Juli erging an ihn von der Belagerungsarmee die erste Aufforderung zur Capitulation; er wies sie zurück. Es erfolgte ein Angriff der Croaten auf die Vorstädte; er schlug ihn ab. Es erging eine erneute Aufforderung und Drohung, wenn die Stadt erobert sei, solle das Kind im Mutterleibe nicht geschont werden; er gab die Antwort: „Ich bin nicht schwanger und meine Soldaten sind es auch nicht." Am 1. August begann das Bombardement, bei dem mehrere Straßen in Brand geschossen wurden. Damit war aber das Schlimmste überstanden; denn schon eilte der Prinz Heinrich mit 35,000 Mann zum Ersatz herbei, vor dessen Herannahen die Oesterreicher am 4. August ihre Zelte abbrachen und in der Richtung gegen das Gebirge zu abzogen. Als am 6. August die Russen unter Soltykoff heranrückten, um sich der Belagerungsarmee anzuschließen, fanden sie statt deren die Preußen und mußten alsbald stromabwärts weiterziehen.

Indeß hatte der König selbst Dresden eingeschlossen und bombardirte die unglückliche Stadt am 19. Juli, wobei zahlreiche öffentliche und

Privatgebäude ein Raub der Flammen wurden; trotzdem hielt der österreichische General Maquire die Stadt, bis Daun zu seinem Entsatze heraukam und Friedrich abziehen mußte. Dieser wandte sich nun alsbald nach Schlesien, von Daun gefolgt, der bei Liegnitz den günstigen Augenblick gekommen glaubte, den König mit Erfolg anzugreifen. Der Sack sei nun aufgemacht, prahlten die Oesterreicher, worin man den König von Preußen und seine ganze Armee auffangen und den man sodann zuschnüren würde. „Die Oesterreicher haben nicht ganz Unrecht," sagte Friedrich, als er solche Reden hörte, „aber ich denke, in den Sack ein Loch zu machen, das sie Mühe haben werden, auszubessern." Am frühesten Morgen des 15. August begann der Kampf. Friedrich warf mit seinem linken Flügel Laudon zurück, während Zieten den Feldmarschall Daun an der Katzbach festhielt und General Lascy nicht über das schwarze Wasser des Gebirgsstromes kommen konnte. Nach zwei Stunden, noch vor 6 Uhr Morgens, war der Sieg für Friedrich entschieden. Auf diese Nachricht hin zogen die Russen unter Tschernitscheff, die im Begriffe waren, zu den Oesterreichern zu stoßen, über die Oder zurück und ließen dem König den Weg nach Breslau offen.

Um dieselbe Zeit lag vor Colberg eine schwedisch-russische Flottenabtheilung, welche zuerst die Stadt beschoß, dann Mannschaften ans Land setzte und die Belagerung der Festung begann.

Nach der Schlacht von Kolin hatte man einen Versuch zur Gründung einer bewaffneten preußischen Flottille gemacht. Graf Dohna und der Stettiner Rheder Daniel Schulz hatten ihre Kräfte dafür eingesetzt. Der 10. September 1757 war der Tag eines zwar unglücklichen, aber überaus rühmlichen Seekampfes für die junge preußische Marine. Zwei Jahre später eroberte die wiederhergestellte preußische Flottille eine schwedische Fregatte von 36 Kanonen. Aber bei solchen Anfängen blieb es, der König wandte diesen Aeußerungen der Kampffähigkeit seiner Unterthanen zur See wenig Aufmerksamkeit zu. So mußte denn auch jetzt Colberg durch die kleine Garnison und die Landmiliz unter dem Befehle des Obersten Heyde und durch das Entsatzheer, welches General von Werner in 13 Tagen von Glogau herbeiführte, gegen 24 russisch-schwedische Linienschiffe vertheidigt werden. Nicht so gelang es, Berlin vor dem Angriff einer russisch-österreichischen Armee zu retten. Am 8. August mußte sich die Hauptstadt an General Tottleben ergeben, der ihr sehr große Kriegssteuern auferlegte. Außerdem wütheten die Croaten, Kosaken und Husaren in der Stadt, raubten, plünderten und mordeten am hellen Tage in den Straßen. Die Russen wurden dabei noch weit von den Oesterreichern übertroffen, die so zügellos waren, daß Tottleben mehrere Male russische Truppen auf sie feuern ließ. Noch ärger aber hausten die Sachsen in Charlottenburg, wo sie nicht nur alle Kostbarkeiten raubten, sondern auch alles, was nicht mit fortgeschleppt werden konnte, in Trümmer schlugen.

Nach diesem Erfolge dachten die feindlichen Heerführer, in der Mark Brandenburg Winterquartiere zu beziehen. Als aber der König, der auf die Nachricht, daß Berlin bedroht sei, sofort in Schlesien zum Entsatze seiner Residenz aufgebrochen war, heranzog, genügte die Kunde seines Kommens, die beiden Armeen in Bewegung zu setzen; Tschernitscheff und Tottleben waren schon nach zwei Tagen 12 Meilen von Berlin entfernt. Der König aber erhielt am gleichen Tage die Nachricht von der Besetzung und der Räumung Berlins. Es war ganz richtig, was der französische Militärbevollmächtigte im österreichischen Lager schrieb: „Das größte Uebel besteht in der außerordentlichen Furcht, welche man vor dem König von Preußen hat." Die Russen

zogen über die Oder zurück, während Lascy zu Daun nach Sachsen ging und die Schweden sofort ihren bereits begonnenen Vormarsch wieder einstellten.

Aber trotzdem standen die Dinge für Friedrich schlimm genug. Wenn es Daun gelang, sich bei Torgau zu halten, wo er den größten Theil der österreichischen Armee, 66,000 Mann, vereinigt hatte, so verkümmerte er dem König den Unterhalt seines Heeres für den Winter, belästigte seine Verbindung mit Sachsen und drohte, ihn mit Hilfe der Russen sowohl von Schlesien als von den Marken abzuschneiden. Daher war der König, obwohl er ihm nur 45,000 Mann gegenüber stellen konnte, entschlossen, hier um jeden Preis zu schlagen, und auch Daun hatte Befehl, Alles zur Behauptung dieser Stellung aufzubieten. Die Schlacht bei Torgau am 3. November 1760 war eine der heißesten und blutigsten des siebenjährigen Krieges. „Daun empfing die Preußen mit einer Kanonade," sagt der Geschichtschreiber Archenholz, dessen Bataillon an der Spitze der Hauptkolonne marschirte, „die noch nie seit Erfindung des Pulvers erlebt worden war; 400 auf Batterien gepflanzte Kanonen standen hier wie auf einen Punkt gerichtet und ihre Feuerschlünde sprühten unaufhörlich Tod und Verderben. Es war ein Bild der Hölle, die sich zu öffnen schien, ihren Raub zu empfangen."

Die Stellung Dauns auf den Süptitzer Höhen war durch die Steilheit des Höhenzuges und die vor demselben liegenden Sümpfe fast unangreifbar. Es sollte deshalb auch kein Frontangriff stattfinden, sondern zwei Drittheile der Truppen unter des Königs persönlicher Führung sollten den rechten Flügel umgehen, dem Feind in den Rücken fallen, Zieten mit dem Reste der Truppen sollte, wenn dies geschehen, den linken Flügel angreifen. Aber Daun veränderte, als er diese Absicht bemerkte, die Front, und nun hatte der König weit überlegene Kräfte vor sich. Stunden lang währte der Kampf, bei dem die Preußen gewaltige Verluste erlitten. „Aber mein Gott, warum opfert Ihr König so viele Menschen?" rief Daun einem gefangenen preußischen Offizier entgegen, „er sieht doch, daß es ihm nichts hilft!" In der That schien den Oesterreichern der Sieg gewiß, da Zieten verabredeter Maßen mit dem Angriff zuwartete, während der König, der sich mit seiner Umgebung dem ärgsten Kugelregen aussetzte, von einer Kartätschenkugel auf die Brust getroffen, vom Pferde sank, sich zwar rasch wieder erholte, da die Kleider das Geschoß aufgehalten hatten, aber doch das Kommando abgeben mußte und nach Elsnig zurückritt. Während er dort in der Kirche beim trüben Schein einer Altarkerze Depeschen diktirte, hatte Daun bereits einen Courier nach Wien abgefertigt, seinen Sieg zu verkündigen. Aber er frohlockte zu früh. Als Zieten von der Sachlage Kenntniß erhielt und einsah, daß er nicht seinen Angriff von den Erfolgen des Königs auf der anderen Seite des Schlachtfeldes abhängig machen dürfe, führte er seine Schaaren zum Sturme vor und gleichzeitig brachen auch von der Armee des Königs Truppen, die sich unter der Führung energischer Offiziere wieder gesammelt hatten, auf die Daun'schen ein. Als es Nacht ward und endlich das wilde Handgemenge ein Ende nahm, lagen die Angehörigen beider Heere in buntem Gemisch an den Wachtfeuern durcheinander und erklärten, wer am nächsten Morgen das Schlachtfeld behaupte, dem wollten sich die anderen ergeben.

Groß war die freudige Ueberraschung des Königs, als ihm noch am Abende Zietens Erfolg gemeldet wurde und als bald die weitere Nachricht eintraf, daß Daun, der sich einem erneuten Angriffe nicht gewachsen fühlte, den Befehl zum Rückzug gegeben habe.

Die Folgen des Sieges von Torgau waren von großer Wichtigkeit: außer Dresden war ganz Sachsen wieder in Friedrichs Händen und

Truppen wurden verfügbar, um die Feinde in der Mark, in Pommern und in Schlesien zu bekämpfen; ja der König war sogar im Stande, 8000 Mann zu dem Herzog von Braunschweig stoßen zu lassen, der in diesem Jahre keine bedeutenden Erfolge errungen hatte. Zwar hatte er am 31. Juli die Franzosen bei Warburg geschlagen, aber dafür nahmen diese Kassel, hielten gegen sein Belagerungsheer Wesel, und der heiße Tag von Kamp, der 16. Oktober, blieb ohne Entscheidung.

Schwerer als diese militärischen Ereignisse wog im Jahre 1760 der Tod König Georgs II. von England, da sein Nachfolger, Georg III., völlig unter dem Einflusse Lord Butes, des Hauptes der Friedenspartei, stand. Mit Mühe setzte Pitt durch, daß bei Veröffentlichung der Thronrede an der Stelle, da des Krieges erwähnt ward, nach „blutig und kostspielig" noch „aber gerecht und nothwendig" gesetzt und dem Wunsche nach Erlangung eines ehrenhaften und dauernden Friedens noch der Zusatz „im Einverständniß mit unseren Verbündeten" hinzugefügt wurde. Nur schwer gelang es ihm, die Erneuerung des Subsidienvertrages und die Verstärkung der Armee auf dem Festlande zu erreichen. Da die in Augsburg begonnenen Friedensverhandlungen scheiterten, sah auch der Beginn des Jahres 1761 die Feinde abermals unter den Waffen. Eine Niederlage der Sachsen bei Langensalza am 15. Februar eröffnete den Preußen Thüringen, wo sie über 1 Million Thaler Kriegssteuer und große Vorräthe aufbrachten und dann Streiftruppen beutesuchend an der Saale und Elster aufwärts schickten. Dagegen konnte König Friedrich, nachdem er lange Zeit durch kunstvolle Märsche die Vereinigung der Oesterreicher und Russen verhindert hatte, diese doch nicht auf die Dauer vereiteln und mußte sich begnügen, ihre Uebermacht durch die vortrefflich angelegten Verschanzungen seines festen Lagers bei Bunzelwitz von einem Angriff abzuhalten. Als sich aber Laudon plötzlich gegen Schweidnitz wandte, konnte diese Festung sich nicht halten, und nur kurze Zeit später mußte das so lange und tapfer vertheidigte Colberg den Russen seine Thore öffnen. So war denn am Ende dieses Jahres Friedrichs Stellung eine äußerst ungünstige. Ein großer Theil von Schlesien, Pommern und der Neumark war in Feindeshand, seine Hilfsquellen waren beinahe erschöpft; noch eine unglückliche Schlacht, und auch die Provinzen, über die er noch gebot, waren nicht mehr zu halten.

Nur die Schwerfälligkeit und die Uneinigkeit seiner Feinde hielt das Aeußerste von ihm abgewendet. Dazu kam, daß in England Pitt gestürzt wurde und die Gesinnung seines Nachfolgers Bute jede Aussicht auf weitere Unterstützung abschnitt. Nach menschlicher Berechnung mußte der Krieg demnächst bei der Erschöpfung des von allen Seiten befehdeten Königs mit dessen völliger Niederschmetterung sein Ende erreichen. Da ward im Januar 1762 die Welt von der Nachricht überrascht, daß die erbitterte Feindin Friedrichs, Kaiserin Elisabeth von Rußland, gestorben sei und ihr Nachfolger, Kaiser Peter III., der begeisterte Verehrer des großen Königs, als seine erste Regierungshandlung den Befehl gegeben habe, die Feindseligkeiten gegen Preußen einzustellen. Dieser Anordnung folgte auf dem Fuße der Abschluß eines Vertrages zwischen Rußland und Preußen, in Folge dessen General Tschernitscheff mit 10,000 Mann bei Lissa zu Friedrichs Armee stieß. Aber während der König eben im Begriffe stand, die unerwartete Gunst der Verhältnisse benutzend, um die Oesterreicher aus Schlesien zu werfen, zuvörderst die Verbindung Dauns mit Schweidnitz durch einen Angriff auf die stark befestigten Höhen bei Burkersdorf abzuschneiden, trat ein neuer Zwischenfall in Rußland ein. Am 9. Juli 1762 wurde Kaiser

Peter III. von seiner Gemahlin Katharina II. entthront und wenige Tage darauf ermordet. Die neue Regentin aber machte alsbald Miene, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wieder die Bahnen der verstorbenen Elisabeth zu betreten. In erster Reihe rief sie ihre Truppen aus dem preußischen Lager ab. Die gewaltige Persönlichkeit des großen Königs hatte jedoch auf General Tschernitscheff einen so bedeutenden Einfluß gewonnen, daß dieser sich in dem für Friedrich so kritischen Augenblick bestimmen ließ, den Befehl zum Abmarsche um ein paar Tage zu verzögern und die Oesterreicher über die in Petersburg eingetretenen Aenderungen nicht zu unterrichten. So nahmen die Russen zwar an dem Kampfe bei Burkersdorf am 21. Juli keinen thätigen Antheil, hinderten aber doch durch ihre Aufstellung Daun, seinen rechten Flügel besser zu unterstützen. Dadurch gelang es dem König, die Oesterreicher aus ihrer festen Stellung zu vertreiben und zu zwingen, ihr Lager weiter rückwärts aufzuschlagen.

Dann folgten Tagen voll banger Sorge, da die Sage ging, es stehe der Wiederausbruch der Feindseligkeiten mit Rußland bevor, neuere Nachrichten, daß Katharina, eine geborne Prinzessin von Anhalt-Zerbst aus dem Briefwechsel ihres Mannes die Ueberzeugung von Friedrichs guten Gesinnungen für sie gewonnen habe, und wenn auch das von Peter abgeschlossene Bündniß nicht erneuert wurde, so blieb doch wenigstens der Friede zwischen Preußen und Rußland aufrecht erhalten. So konnte der König Schweidnitz zur Uebergabe zwingen, während der Herzog von Bevern Dauns Entsatzheer am 16. August bei Reichenbach zurückschlug, die letzte That dieses Jahres auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes.

In Sachsen gelang es dem Prinzen Heinrich nicht, Dresden wieder zu nehmen, aber nach dem Falle von Schweidnitz bedeutend verstärkt, gewann er am 29. Oktober bei Freiberg eine Schlacht gegen die Oesterreicher und die Reichsarmee. Die Folge dieses Sieges war der Abschluß eines Waffenstillstandes mit den Oesterreichern, die nur einen kleinen Streifen Landes bei Dresden und die Grafschaft Glatz besetzt halten durften. Mit den Reichsständen dauerte der Kriegszustand fort; um ihnen die kriegerische Gesinnung zu verleiden, ließ sie der König durch häufige Streifzüge beunruhigen, die bis in die Nähe von Regensburg preußische Truppen führten, welche überall panischen Schrecken verbreiteten und bedeutende Contributionen erhoben. Auf dem westlichen Kriegsschauplatze hatte Herzog Ferdinand von Braunschweig bei Wilhelmsthal über die Franzosen gesiegt und Kassel eingenommen, als die am 3. November 1762 zu Fontainebleau erfolgte Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zwischen England und Frankreich den Feindseligkeiten ein Ende machte. Bei diesen Friedensverhandlungen, die ihren Abschluß mit dem Pariser Frieden vom 10. Februar 1763 fanden, betrugen sich die englischen Staatsmänner äußerst treulos und unzuverlässig gegen ihren deutschen Verbündeten. Sie verpflichteten die Franzosen, alle von ihnen noch besetzten Orte in Hannover, Hessen und Lippe sofort zu räumen, gestatteten ihnen dagegen, die preußischen Besitzungen Cleve, Wesel und Geldern in ihrer Gewalt zu behalten. Allein Frankreich hatte durch den langen Krieg zu sehr gelitten, um dessen Fortführung zu wünschen. „Es war," nach Voltaires Worten, „durch die Verbindung mit Oesterreich in 6 Jahren mehr an Geld und Menschen erschöpft worden, als durch alle Kriege gegen Oesterreich in einem Zeitraum von 200 Jahren." Als daher Friedrich zur Unterstützung des Prinzen von Braunschweig 7000 Mann bei Münster und Hamm zusammenzog, wiesen die Franzosen die Oesterreicher, welche in die von jenen noch besetzten preußischen Gebietstheile ihrerseits einzurücken wünschten, mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Abschluß eines

allgemeinen Friedens ab. So stand am Ausgange des Jahres 1762 der große König eigentlich nur noch den österreichischen Truppen im Felde gegenüber. Denn die Heeresabtheilungen der Reichsstände verließen, eine nach der anderen, die Sache Maria Theresias. Die Baiern besetzten die Donaupässe bei Passau und verweigerten den Oesterreichern den Durchmarsch; gleichzeitig verließen die baierischen und pfälzischen Contingente ohne Weiteres und trotz allen Verwahrungen des Oberbefehlshabers das Reichsheer; ihnen folgten alsbald die größten geistlichen Fürsten: Mainz, Würzburg und Bamberg. Mecklenburg war schon vorangegangen und hatte seinen Sonderfrieden mit Preußen geschlossen. Im Dezember ließ auch der König von Polen und Kurfürst von Sachsen die ersten Annäherungsversuche machen, indem ein Abgesandter des Kurprinzen bei Friedrich in Meißen erschien. Bald wurden die Verhandlungen weiter ausgedehnt und auch die Geneigtheit Maria Theresias zum Frieden erklärt. Noch in den letzten Tagen des Jahres 1762 begannen die förmlichen Friedensverhandlungen auf dem sächsischen Jagdschlosse Hubertusburg, welche am 15. Februar 1763 ihren Abschluß fanden. Der Breslauer und der Dresdener Friede wurden dabei neu bestätigt, somit Preußens Besitzstand, wie er vor dem Kriege war, auch von Oesterreich neuerdings anerkannt; die einzige Gegenleistung Preußens war das Versprechen Friedrichs, bei der nächsten Kaiserwahl dem Sohne Maria Theresias, dem Erzherzog Josef seine Stimme zu geben.

So war denn der große König aus diesem langen und blutigen Kriege, in dem seine tapferen Truppen, ohne die kleineren Gefechte und Scharmützel, 16 große Schlachten geschlagen hatten, als Sieger über alle seine Feinde hervorgegangen. Freilich hatte der Krieg seinem Lande schwere Wunden geschlagen; die Bevölkerung war um eine halbe Million vermindert worden, die Kassen waren leer, der öffentliche Wohlstand lag tief darnieder. Aber der preußische Staat hatte seine Feuerprobe bestanden, er hatte sich, gegenüber den Angriffen von halb Europa, lebensfähig gezeigt. Wenn der Aachener Friede die erste förmliche Anerkennung Preußens als europäische Macht gewesen, so war nun der Hubertusburger Friede die unumstößliche Bestätigung dieser bis dahin in Bezug auf ihre Dauer angezweifelten Thatsache. Und somit kann von da an eine neue Aera für Preußen, ja für ganz Deutschland datirt werden. Für ganz Deutschland, denn an dem stolzen Gefühle, welches die Angehörigen des preußischen Staates erfüllte, einen Helden zu besitzen, der die Bewunderung der Welt geworden war, nahmen doch auch die Deutschen Antheil, die nicht dieses Staates Bürger waren, und der dem Volke tief innewohnende Trieb, an großen, der Bewunderung und Verehrung würdigen Gestalten hinaufzublicken, mußte nicht mehr in die ferne Vergangenheit oder in das Ausland schweifen, sondern fand nunmehr den gefeiertsten Helden im eigenen Vaterlande. Zunächst war es ein Personencultus, der alle Welt in seinem Bann gefangen hielt. Goethe erzählt uns von der Begeisterung, mit der in Frankfurt das ganze jüngere Geschlecht den großen König verehrte. „Und so war ich denn auch preußisch," sagt er, „oder, um richtiger zu sagen, fritzisch gesinnt. Denn was ging uns Preußen an? Es war die Persönlichkeit des großen Königs, die auf alle Gemüther wirkte. Friedrich hatte die Ehre eines Theils der Deutschen gegen eine verbundene Welt gerettet, und es war jedem Gliede der Nation erlaubt, durch Beifall und Verehrung dieses großen Fürsten Theil an dem Siege zu nehmen." Aber bei ernsterem Nachdenken mußten sich die Bewunderer Friedrichs doch sagen, daß dieser große Feldherr und Staatsmann nicht zu denken sei ohne den Staat, den er beherrschte, daß seine Größe zusammenhänge mit der Eigenart des

Staates, der ihn hervorgebracht. Und so geschah es, daß einsichtige Deutsche anfingen, die Bedeutung des preußischen Staates für die Gesammtheit der vaterländischen Interessen zu verstehen, daß man aufmerksamen Auges nach den Einrichtungen dieses Staates blickte und daß nach und nach alle deutschen Länder mehr und mehr in ihrer Entwickelung und ihrem staatlichen Leben von dem berührt wurden, was in dem preußischen Staate geschah.

In Preußen galt es zunächst die Wunden zu heilen, die der siebenjährige Krieg geschlagen. Denn so sehr der Krieg die moralische Kraft dieses Staates bewährt und gestählt hatte, die materiellen Mittel des Landes waren aufs Aeußerste erschöpft. Der König sah selber am besten ein, wie die Dinge lagen. „Die Ruhe," sagt er, „war für Preußen nöthiger, als für die übrigen Staaten, weil es fast allein die Last des Krieges getragen. Man kann sich diesen Staat nur vorstellen wie einen Menschen, der von Wunden zerrissen, von Blutverlust erschöpft und in Gefahr war, unter dem Drucke seiner Leiden zu erliegen; er bedurfte einer Leitung, die ihm Erholung gab, stärkender Mittel, um ihm seine Spannkraft wieder zu geben, Balsam, um seine Wunden zu heilen. Unter diesen Umständen hatte die Regierung die Aufgabe eines weisen Arztes, der mit Hülfe der Zeit und sanfter Heilmittel einem erschöpften Körper seine Kraft wiedergibt." Die Hilfsmittel waren freilich nicht immer sanft, und gar manche Anordnung des Königs steigerte den Druck, statt ihn zu mildern. Um die einheimische Industrie zu fördern, wurde das sogenannte Mercantilsystem mit der größten Strenge durchgeführt, welches die fremde Wettbewerbung durch hohe Eingangszölle beinahe ausschloß, aber nur vermittelst einer eben so kostspieligen als lästigen Grenzsperre durchzuführen war. Dazu kam, als unvermeidliche Nachwirkung der Noth des siebenjährigen Krieges, das System der indirecten Abgaben, das eine unglaubliche Ausdehnung erlangte und von den übelsten materiellen und moralischen Folgen begleitet war. Durch die Berufung zahlreicher Franzosen, in deren Heimat dasselbe Steuersystem am meisten ausgebildet war, wurde jene völlig französisch gebildete und benannte Behörde, die „Regie" eingeführt, die nach französischem Vorbilde Zollgefälle und Accise erhob. Ohne Gefühl für das Land, ohne Kenntniß der Verhältnisse, nur dem Könige persönlich verantwortlich, erhöhten diese Regiebeamten zwar die Einkünfte, aber sie trugen zugleich die Schuld, daß das Land sich auch mit der billigen und gerechten Seite der Maßregel nicht befreundete und daß Bestechung und Schleichhandel die größten Verhältnisse annahmen.

Mehr Zufriedenheit erregten die Maßregeln Friedrichs II. auf dem Gebiete der Landwirthschaft, wo er die Landleute nach und nach dahin brachte, die der Vergrößerung der Heerden, der Verbesserung der Wiesen und durch den Verlust des Düngers dem gesammten Ackerbau so schädlichen gemeinsamen Triften und Hutungen aufzugeben. Auch die Urbarmachung öder Gegenden an der Netze und Warthe und an der Plöne in Hinterpommern wurden mit erneuter Kraftanstrengung in Angriff genommen.

Besondere Fürsorge wandte der König dem verarmten Schlesien zu. Den zerrütteten Creditverhältnissen dieser Provinz wurde durch die Gründung einer Behörde, der „Landschaft" aufgeholfen, in der sich sämmtliche Rittergutsbesitzer zu einer gemeinsamen Bürgschaft vereinigten, die den Credit der einzelnen, besonders auch der kleineren Grundbesitzer befestigte, oft auch erst begründete und allein ermöglichte.

Ein großer Theil der Staatseinkünfte wurde auch jetzt noch auf das Heer verwendet, das der König in einer Stärke von nahezu 200,000 Mann erhielt. Die übertriebene Größe der Armee im Verhältniß zu einer Einwohnerzahl von etwa

6 Millionen Köpfen war eine nothwendige Folge der unnatürlichen Bildung dieses Staates, der sich überall von feindselig oder neidisch gesinnten Nachbarn umgeben sah, nirgend auf eine feste Bundesgenossenschaft rechnen konnte. Preußen mußte nach wie vor immer bereit sein, auf sich allein zu vertrauen.

Unter solchen Umständen war es natürlich, daß Friedrich der Große gerne eine sich ihm bald nach Beendigung des siebenjährigen Krieges darbietende Gelegenheit zu Ländererwerb benutzte. Im August 1763 starb König August III. von Polen, und da sein Sohn gleich nach ihm den Tod fand und sein Enkel zu jung war, um zum Nachfolger gewählt zu werden, so bot sich hier den Nachbarmächten eine Gelegenheit zur Einmischung, die von den weittragendsten Folgen sein sollte. Den Wunsch der Polen, den Prinzen Heinrich von Preußen zu ihrem Könige zu machen, lehnte Friedrich ab, da er nicht in einen neuen Krieg mit Rußland verwickelt zu werden wünschte, welches seit langer Zeit Polen als einen Vasallenstaat betrachtete. Einer völligen Aufsaugung Polens durch Rußland und einer dadurch erheblich gesteigerten Machterweiterung dieses rasch aufblühenden Staates zog Friedrich eine Verständigung mit der Kaiserin Katharina II. auf Kosten des ohnehin kaum mehr lebensfähigen Königreiches Polen vor. Als er mit der Kaiserin im April 1764 ein Bündniß abschloß, waren beide entschlossen, Alles zu verhindern, was in der polnischen Adelsrepublik die Anarchie hätte zügeln, die königliche Gewalt stärken und (wie man es nannte) die „Grundgesetze Polens" ändern können. Als der unter dem Drucke der an der Grenze stehenden russischen und preußischen Truppen zum König von Polen gewählte Graf Stanislaus Poniatowsky, ein Günstling der Kaiserin Katharina, eine unabhängige Stellung einzunehmen versuchte, wurde er sofort durch das Einschreiten der beiden Mächte zu Gunsten der „Dissidenten" (der nichtkatholischen Einwohner Polens) belehrt, wie enge Grenzen seiner Gewalt in Polen gezogen seien. Dieser Eingriff des Auslandes aber, der den machtlosen König des letzten Restes von Ansehen beraubte, hatte die weitere Folge, daß sich in Polen eine katholische Partei bildete, welche, die Waffen in der Hand, die Rechte ihres Glaubens und ihrer Nationalität zu vertheidigen strebte. Um sie zu zersprengen, mußte Poniatowsky abermals russische Hilfe sich gefallen lassen. Als bei diesem Anlasse russische Truppen die polnischen Aufständischen auf türkisches Gebiet verfolgten und dabei das Städtchen Balta in Brand steckten, erklärte der Sultan Rußland den Krieg und Katharinas Heere feierten glänzende Triumphe über die Türken. Da tauchte sofort die Befürchtung auf, daß das letzte Ziel der ehrgeizigen Kaiserin die Eroberung Konstantinopels sei, und diese Befürchtung veranlaßte eine Annäherung Oesterreichs an den bisher so bitter gehaßten König von Preußen.

Nach dem Tode Kaiser Franz I. im Jahre 1765 war Josef II. zum deutschen Kaiser gewählt und dem Namen nach auch Mitregent seiner Mutter in den österreichischen Erblanden geworden. Wenn auch die kräftige und ihrer Herrschermacht sich freuende Kaiserin Maria Theresia dem Sohne wenig Einfluß einräumte, so war seine Meinung doch nicht ohne Gewicht. Eine Annäherung an Preußen herbeizuführen, war Josef II. aber ganz besonders geeignet.

Hochbegabt, feurigen Wesens, vielfach berührt von den Ideen moderner Aufklärung, war er, wie die Mehrzahl seiner Altersgenossen, herangewachsen in einer begeisterten Verehrung des großen Fürsten und Feldherren, gegen den seine Mutter so lange und so heftig Krieg geführt hatte. In seiner Seele fand die Verbitterung der Kaiserin wider den großen Gegner keinen Widerhall. Als er im August 1769 Friedrich

in Neiße besuchte und als ein Jahr später dieser zu Neustadt in Mähren den Besuch erwiderte, war äußerlich das beste Einvernehmen zwischen den beiden Fürsten und ihren Staaten vorhanden. Damals sprach der österreichische Minister Graf Kaunitz, der eigentliche Urheber des gegen Preußen gerichteten österreichisch-französischen Bündnisses, die Worte: die Vereinigung Oesterreichs und Preußens sei der einzige Damm gegen den wilden Strom, welcher Europa zu überfluthen drohe. Aber innerlich war diese Uebereinstimmung doch nicht vorhanden; die Gegensätze waren und blieben stärker als die Anziehungskraft. Immerhin hatte die Annäherung beider Höfe zur Folge, daß Rußland nicht auf ihre Uneinigkeit rechnen konnte und der Türkei gegenüber mit mehr Mäßigung auftreten mußte. Von einer Theilung Polens war damals noch nicht die Rede. Sie wurde zuerst ernsthaft in das Auge gefaßt, als bei Gelegenheit eines neuen Aufstandes der Conföderirten gegen König Stanislaus österreichische Truppen mehrere Orte der Zipser Gespannschaft an der ungarischen Grenze besetzten, Gebietstheile, auf welche Oesterreich alte, aus dem 15. und 16. Jahrhundert herrührende Ansprüche erhob. Damals befand sich Friedrichs Bruder, der Prinz Heinrich in Petersburg, und damals zuerst wurde der Gedanke einer Theilung ernstlich und mit dem Hinblick auf sofortige praktische Ziele erwogen. Der Rechtsstandpunkt war in dieser Frage weder für Friedrich noch für Katharina maßgebend; lediglich Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit leiteten ihre Entschlüsse. Solchen Erwägungen verschloß sich auf die Dauer auch Maria Theresia nicht, die sich Anfangs mit aller Entschiedenheit gegen die Theilung Polens ausgesprochen hatte.

So kam im Jahre 1772 der Vertrag zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen zu Stande, durch den diese drei Mächte etwa ein Drittheil des Königreichs Polen ihren Staaten einverleibten, den größten Theil, etwa 2200 Quadratmeilen Rußland, 1500—1600 Oesterreich, nur 631 Preußen; trotzdem war die Erwerbung, welche Preußen machte, die wichtigste. Der Besitz von Marienburg, Pomerellen, Kulm und Ermland war für diesen Staat von höchster Wichtigkeit, schon um deswillen, weil dadurch der äußere Zusammenhang der beiden Haupttheile Preußens hergestellt ward. Dann aber nahm Preußen, indem es diese Gebiete sich aneignete, die alte Culturaufgabe wieder auf, welche einst die Ritter des deutschen Ordens in diesen halbbarbarischen Gegenden mit Eifer und Erfolg gepflegt hatten. Und so erwarb Preußen diese Lande nicht nur für sich, sondern zugleich für deutsches Wesen und deutsche Bildung. Durch die fleißigen deutschen Colonisten, die in Westpreußen einzogen, um an die Stelle der sprüchwörtlich gewordenen „polnischen Wirthschaft“ deutschen Fleiß und deutsche Ehrlichkeit zu setzen, ward nicht nur die materielle Lage dieser Provinz verbessert, sondern derselben auch in Bälde der Stempel eines echt deutschen Landes aufgeprägt.

Die politische Einsicht, welche den Kaiser Josef II., wesentlich in seiner Eigenschaft als einstiger Beherrscher Oesterreichs, dazu getrieben hatte, eine Annäherung an Preußen zu suchen, hielt ihn doch nicht ab, als Kaiser zu streben, sich eine gebietende Stellung im Reiche zu schaffen. Gerade der Umstand, daß in seinen Erblanden die alte Kaiserin Maria Theresia eifersüchtig auf ihren Herrscherrechten bestand und der Unternehmungslust des Sohnes nur wenig Spielraum gönnte, schien seine Thatkraft darauf hinzuweisen, sich in den Angelegenheiten des Reiches mehr und mehr geltend zu machen. Aber wo er den Hebel ansetzen wollte, um den verrotteten Zuständen des heiligen römisch-deutschen Reiches ernstlich zu Leibe zu gehen, stieß Kaiser Josef nicht nur auf die in der Sache

selbst liegenden Schwierigkeiten, sondern auch auf den unmittelbaren Widerstand des Königs von Preußen. Eine ernsthafte Geltendmachung der kaiserlichen Macht und Rechte war eben der Bedeutung des preußischen Staates gegenüber geradezu undurchführbar. Nachdem Josefs Versuche, den Reichshofrath und das Reichskammergericht gründlich zu reformiren, gescheitert waren, war er von dem Gedanken, im Reiche eine reformatorische Thätigkeit auszuüben, auf das Vollkommenste geheilt und dachte bald über die Reichsverfassung mit derselben Geringschätzung wie Friedrich.

Sein unruhiger Ehrgeiz warf sich aber alsbald auf einen anderen Plan; er gedachte, seine Macht durch Vergrößerung seiner Erblande zu erhöhen. Dazu bot sich eben damals ein ganz besonders geeignetes Objekt in dem Kurfürstenthume Baiern.

Der Kurfürst Max Josef III. war der letzte Sprosse der in Baiern regierenden Linie des wittelsbachischen Hauses. Durch die Hausverträge, wie nach Reichsrecht war zur Nachfolge der Kurfürst von der Pfalz Karl Theodor berufen. Aber in München war es wohlbekannt, daß Oesterreich, auf unklare und verwickelte lehenrechtliche Verhältnisse gestützt, Ansprüche auf baierische Gebietstheile zu erheben beabsichtige. Als daher am 3. Januar 1778 der Kurfürst Max Josef starb, wurde sofort (besonders auf das Betreiben der verwittweten Herzogin Clemens) der Regierungsantritt des zu Mannheim residirenden Karl Theodor verkündigt und demselben überall im Lande gehuldigt. Mit diesem „all zu hastigen“ Vorgehen war der pfälzische Kurfürst, der nach vielen Jahrhunderten den gesammten alten Besitz der Wittelsbacher wieder vereinigen sollte, am wenigsten einverstanden. Ohne eheliche Nachkommen wie er war, lag ihm wenig an dem zukünftigen vermehrten Glanz und Einfluß seines Hauses, während er, ein eben so kunstsinniger und prunkliebender als lebenslustiger Herr, für die Pracht seines Hofhaltes, für seine kostspieligen Vergnügungen und seine natürlichen Kinder mehr Geld bedurfte, als die übrigens sehr bedeutenden Einkünfte seines Landes ertrugen. Als daher Oesterreich, auf die Nachricht von den baierischen Vorgängen hin, Truppen in das Land warf, schloß Karl Theodor alsbald einen Vertrag mit diesem Staate ab, in welchem er beträchtliche Landestheile abtrat, die auch sofort von Oesterreich in Besitz genommen wurden. Dieser Vertrag aber konnte rechtliche Giltigkeit nur durch die Mitunterschrift des demnächst zur Thronfolge in Baiern und Pfalz berufenen Herzogs Karl von Zweibrücken erhalten. Dieser war von allen Seiten bedrängt: Karl Theodor wünschte seine Zustimmung, Oesterreich suchte durch Absendung eines Gesandten seine Entschließung zu beeinflussen; auf der anderen Seite aber mahnte, im Namen der baierischen Patrioten, die Herzogin Clemens von der Unterzeichnung ab, und auf ihren Wunsch sandte auch König Friedrich II. von Preußen einen Bevollmächtigten, den Grafen Görtz an den Herzog von Zweibrücken, um gegen die österreichischen Bestrebungen ein Gegengewicht in die Wagschale zu werfen. In der That lag dem König sehr viel daran, daß es Oesterreich nicht gelinge, in der von Josef II. geplanten Weise eine Gebietserweiterung auf Kosten eines anderen deutschen Reichslandes zu gewinnen. Und es war hohe Zeit, daß die mächtige Hand des großen Königs in diese Angelegenheiten eingriff. Denn schon war der Herzog beinahe überredet, seine Unterschrift zu geben, als er, gerade noch im richtigen Augenblicke, von den Absichten Friedrichs II. unterrichtet wurde, der ihm für alle Fälle seine Hilfe zusagte. Nun blieb er allen Versprechungen Oesterreichs, allem Zureden und Drohen Karl Theodors gegenüber starr und fest auf der Geltendmachung seiner Ansprüche stehen. Ver-

gebens bot man ihm die österreichischen Niederlande mit dem Titel eines Königs von Burgund, das goldene Vließ, reiche Subsidien, vergebens suchte man seine ziemlich zerrüttete finanzielle Lage als Mittel zu benutzen, ihn zur Nachgiebigkeit zu bewegen; die Zusicherung der preußischen Hilfe erhielt ihn standhaft, um so mehr, als Friedrich II. seine uneigennützige Gesinnung dadurch an den Tag legte, daß er den Ansprüchen Preußens auf Jülich und Berg, die nach Karl Theodors Tode wieder aufleben konnten, zu Gunsten des Herzogs von Zweibrücken entsagte.

Nun begannen diplomatische Verhandlungen zwischen Wien und Berlin, die bald in gereiztem Tone geführt wurden; handelte es sich ja doch weniger um die baierische Erbfolgefrage, als darum, ob Oesterreich gegen Preußens Willen seine Grenzen weit in das eigentliche Deutschland hinein vorrücken könne und dürfe.

Im April 1778 erklärte Graf Kaunitz, sein Hof werde die durch Vertrag erworbenen Besitzungen nicht zurückgeben, auch nicht gedulden, daß sich ein Reichsstand zum Vormund und Schiedsrichter anderer Reichsstände aufwerfe; nöthigen Falles werde man sich mit dem Schwert in der Faust gegen solche Zumuthungen vertheidigen. Sofort wurden denn auch österreichische Truppen in Böhmen zusammengezogen, denen gegenüber König Friedrich II. in Schlesien und der Grafschaft Glatz sein Heer aufstellte, das Anfangs Juli in Böhmen einrückte. Indeß war es beiden Höfen nicht darum zu thun, einen neuen großen Krieg heraufzubeschwören. Es blieb bei kleinen, entscheidungslosen Gefechten, die der Winter unterbrach, bis das Frühjahr 1779 namentlich die Reiterei beider Heere wiederholt in unbedeutenden Scharmützeln aufeinander stoßen sah. Das Bedeutendste bei diesen kriegerischen Demonstrationen war, daß sächsische Truppen auf Friedrichs Seite den Oesterreichern gegenüberstanden, weil Maria Theresia dem Kurfürsten von Sachsen die verlangte Neutralität nicht bewilligt hatte.

Auf Seite der übrigen europäischen Mächte war keine Geneigtheit vorhanden, sich an diesem Streite der alten deutschen Gegner zu betheiligen. Auch Maria Theresia selbst hatte sich für die Vergrößerungspolitik ihres Sohnes, des Kaisers Josef II., nie lebhaft erwärmt und verhandelte ohne sein Wissen mit Friedrich II. über Friedensbedingungen. Aber statt sich rasch zu verständigen, zogen die beiden Höfe die Verhandlungen so sehr in die Länge, daß Frankreich und Rußland Zeit fanden, sich in dieselben einzumischen. Am 13. Mai 1779 wurde dann zu Teschen der Friede unterzeichnet; Oesterreich erhielt von Baiern das „Innviertel", etwa 40 Quadratmeilen am rechten Ufer des Inn und der Salzach, Sachsen bekam als Abfindung der Ansprüche, welche die Kurfürstin-Mutter, eine Schwester Max Josefs III., erhoben hatte, 6 Millionen Gulden, Mecklenburg, welches alte Rechte auf die Landgrafschaft Leuchtenberg geltend gemacht hatte, wurde durch die Befreiung von der Gerichtsbarkeit der höchsten Reichsgerichte abgefunden, Preußen, dem der Krieg 20,000 Mann, die meistens ansteckenden Krankheiten und den Strapazen des Winters zum Opfer gefallen waren, und 29 Millionen Thaler gekostet hatte, verlangte nichts. Um so größer war der moralische Gewinn, den Preußen aus seiner Haltung in dieser Frage zog. Oesterreich begegnete wegen seiner Versuche, sich Baiern einzuverleiben, allenthalben im Reiche das größte Mißtrauen, während Preußen sich als der natürliche Beschützer des Schwachen bewährt hatte. Besonders lebhaft war dieses Gefühl in Baiern, wo man zwar vorgezogen hätte, ähnlich wie bei dem Bauernaufstande von 1705, mit bewaffneter Hand dem ländergierigen Nachbar entgegenzutreten, wo man nur mißmuthig in die Abtretung des Innviertels willigte, aber sich doch der politischen Nothwendigkeit fügte und Friedrich den Großen als den Retter des Landes und des Fürstenhauses ansah und feierte. In den entlegensten Dörfern des baierischen Gebirges sah man damals neben den hochverehrten Heiligenbildern auch das Bildniß des großen Preußenkönigs die Wände zieren.

Eine traurige Folge des Teschener Friedens war der Umstand, daß Rußland und Frankreich als dessen Bürgen aufgetreten waren. Besonders die Kaiserin Katharina II. von Rußland leitete aus der Uebernahme dieser Bürgschaft ein Anrecht ab, sich in alle deutschen Angelegenheiten mit dem Ansehen eines Schiedsrichters einzumischen. Und die fortdauernden Reibungen zwischen Oesterreich und Preußen erleichterten der nordischen Macht die Geltendmachung dieser Anschauungen.

Ein Jahr nach dem Teschener Frieden, 1780, starb Maria Theresia. Ihre Regierung war für Oesterreich von großer Bedeutung. Ohne Hast und Ueberstürzung, aber mit dem klaren Einblick in das, was noth that, und mit dem festen Entschluß, das als richtig Erkannte durchzuführen, fand die Kaiserin, von zwei ausgezeichneten Staatsmännern, den Grafen Kaunitz und Haugwitz unterstützt, in der Anknüpfung reformatorischer Bestrebungen an längst bestehende und festgewurzelte Verhältnisse den sichersten Weg, bessere Zeiten für ihr großes Reich herbeizuführen. Die Finanzen, durch die Pracht eines verschwenderischen Hofhaltes zerrüttet, wurden durch weise Sparsamkeit in Ordnung gebracht, das Heer wurde, nicht ohne preußische Muster zu befolgen, sehr wesentlich verbessert, die drückenden Lasten der Leibeigenschaft wurden erleichtert, in der Verwaltung wurden die Bahnen des alten Schlendrian verlassen und den Beamten neue Vorschriften gegeben, welche eine Gewähr für strengere Handhabung der Gesetze und Beseitigung der schrankenlosen Willkür der herrschenden Classen gegenüber den Unterthanen darboten, eine höhere Bildung wurde allenthalben angestrebt, namentlich auch dem Adel zur Pflicht gemacht, der, durch großen Grundbesitz hervorragend, hier mehr als anderswo die Geschicke des Landes beeinflußte. Durch weise Berücksichtigung der Eigenart ihrer verschiedenen Länder, besonders durch strenge Achtung der alten und verbrieften Rechte der Ungarn, erhielt die Kaiserin-Königin den Frieden innerhalb des großen Reiches, das ihr Scepter beherrschte; die katholische Kirche, der sie mit inniger Gläubigkeit zugethan war, hielt sie doch von ungerechtfertigten Eingriffen in das eigentliche Staatsleben fern, wodurch fanatische und herrschsüchtige Priester früher gerade in Oesterreich so viel Unheil gestiftet hatten. Es war ein klarer, ruhiger, wenn auch in langsamer Gangart sich bewegender Fortschritt in dem großem Donaureiche unverkennbar.

Diese conservative Art zu reformiren sollte nun in eine fast revolutionär zu nennende, fieberhafte Umwälzung des ganzen Staatswesens verwandelt werden, als Josef II. die Regierung seiner Erblande antrat. Er wollte mit einem Schlage aus dem alten Oesterreich, dem überall die Spuren einer Jahrhunderte währenden Mißregierung, einer unduldsamen Priesterherrschaft, einer durch die Verschiedenheit der Völker und Sprachen herbeigeführten Vielgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten anklebten, einen modernen Staat machen. Bald sah er sich in offenem Streite mit fast allen Ländern seines Reiches, mit fast allen Classen seiner Unterthanen. Wenn er Klöster aufhob, Kirchengüter einzog, den Verkehr der Bischöfe mit dem römischen Stuhle staatlicher Ueberwachung unterstellte, wenn er aus landesherrlicher Gewalt Feiertage aufhob, Wallfahrten und Umzüge verbot, so schrieen nicht nur die Geistlichen Wehe über den Ketzer und Kirchenstürmer, sondern auch das Volk, dem diese Reformen zu Gute kommen sollten, wußte ihm keinen Dank. Die einsichtige Minderheit war freilich damit einverstanden, daß aus den

Geldern, die in Klöstern und Kirchen brach gelegen, Schulen gegründet, Stiftungen erweitert, Krankenhäuser ausgestattet wurden, allein die große Masse, so wenig sie auch mit Fanatismus oder selbst nur mit wahrhaft warm empfindender Innerlichkeit an dem kirchlichen Leben Theil nahm, so wenig sie den Stand der Priester und Mönche achtete, hing doch durch die von gemüthlichen Regungen beherrschte Macht der Gewohnheit an den von Alters her üblichen Glaubensformen und sah namentlich scheel zu der Gleichstellung der protestantischen Staatsbürger mit den Katholiken.

Kaiser Josef II.

Wenn Kaiser Josef II. auch auf dem politischen Gebiete die Gleichstellung aller seiner Unterthanen aussprach, wenn er sich bemühte, bei Besetzung der Staatsämter jeden Unterschied der Geburt bei Seite zu setzen, wenn er dahin strebte, daß der höchste wie der niedrigste Staatsangehörige vor dem Gesetze gleich gewerthet und behandelt werde, so rechnete er ohne die gewaltige, besonders im gesellschaftlichen Leben einflußreiche Macht des Adels und erwartete von dem bürgerlichen Mittelstande eine Selbstschätzung, die diesem nicht eigen war. Indem er sich bemühte, den einheitlichen Charakter des gesammten Reiches, der ihm als Ideal vorschwebte, auch sofort äußerlich zum Ausdruck zu bringen und indem er als das beste Mittel dazu die Erhebung der deutschen Sprache zur alleinigen Amts- und Gerichtssprache für alle Länder seiner Krone betrachtete und sie zunächst überall in den Schulen als den vornehmsten Unterrichtsgegenstand einführte, entflammte er in allen nicht deutschen Provinzen den heftigsten Racenhaß gegen das Deutschthum und einen bewußten Widerstand nicht nur gegen die deutsche Sprache, sondern auch gegen die deutsche Cultur, von der man sich in Ungarn und Böhmen bisher ohne Widerstreben und sehr zum eigenen Vortheil hatte beeinflussen lassen.

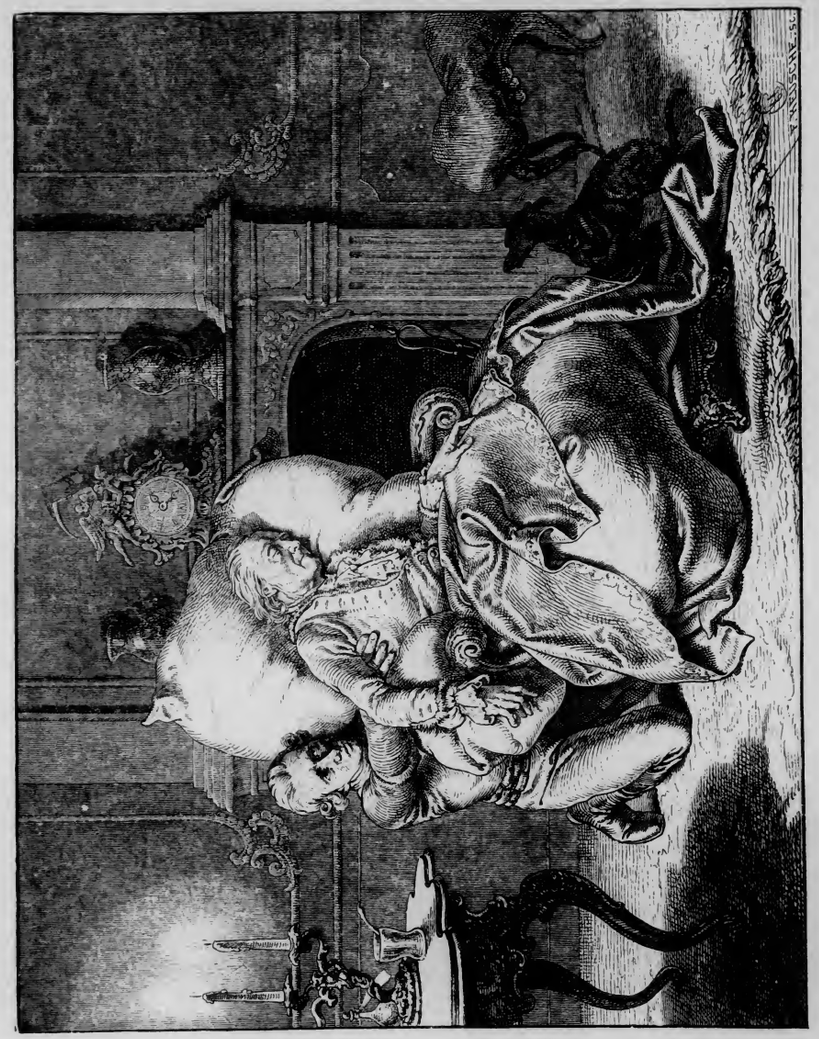
Am tiefsten schnitt ohne Zweifel in das ganze Leben des Staates, wie er seit Jahrhunderten, unter blutigen Kämpfen, sich als ein streng katholischer entwickelt hatte, die Behandlung der kirchlichen Fragen ein, so tief, daß das Unerhörte geschah, daß der Papst Pius VII. selbst sich im Jahre 1782 zu einem Besuche in Wien entschloß, um den irregeführten Kaiser wieder auf die rechten Bahnen zu leiten. Allein selbst dieses außergewöhnliche Mittel blieb erfolglos. Pius VII. wurde zwar mit der größten Ehrerbietung empfangen, aber an der Haltung Josefs gegenüber der Kirche wurde durch seinen Besuch keine Aenderung bewirkt.

Dieselbe unruhige und gewaltthätige Art die Dinge zu behandeln, machte sich auch immer mehr in Josefs II. Beziehungen zum deutschen Reiche geltend. Er griff in die Rechte der kleineren, besonders der geistlichen Fürsten in einer so rücksichtslosen Weise ein, daß diese nur noch mit banger Furcht vor weiteren Vergewaltigungen nach Wien blickten. Dazu kam, daß Kaiser Josef den Einfluß seines Hauses in Deutschland noch ferner dadurch stärkte, daß er seinen Bruder, den Erzherzog Max, zum Erzbischof von Köln und Bischof von Münster wählen ließ, nur durch Preußens Einsprache gehindert, ihn auch auf die Bischofsstühle von Lüttich, Paderborn und Hildesheim zu setzen, und daß er den kaum beseitigten Ländertausch, durch den Baiern an Oesterreich fallen sollte, von Neuem und noch eifriger als früher aufgriff. Was man ehemals dem Herzog von Zweibrücken in Aussicht gestellt hatte, den Besitz der österreichischen Niederlande und die Königskrone, das bot der Kaiser jetzt sofort dem Kurfürsten Karl Theodor an, der denn auch nicht zögerte, auf diese Versprechungen hin sein altes Stammland preiszugeben. Wieder hing die endgiltige Abmachung nur noch von dem Herzog von Zweibrücken ab, der dießmal außer von der österreichischen auch von der russischen Diplomatie zur Zustimmung gedrängt wurde; denn Katharina II., welcher Kaiser Josef der Türkei gegenüber freie Hand zu lassen erklärt hatte, fand jetzt nichts mehr gegen eine Vergrößerung Oesterreichs nach Westen hin einzuwenden. Und wieder erhielt lediglich die starke Hand Friedrichs des Großen den Herzog in seinem Widerstande gegen alle Ueberredungskünste aufrecht. Diese wiederholten Vergrößerungsversuche Oesterreichs aber brachten einen Plan zur Reife, den der große König seit langer Zeit gehegt und durch viele geheime Verhandlungen an den wichtigeren deutschen Höfen seit mehreren Jahren gefördert hatte, den Abschluß eines Bundes der außerösterreichischen Staaten des Reiches zum Schutze der bestehenden Reichsverfassung. Am 23. Juli 1785 wurde der Vertrag unterzeichnet, durch den in erster Reihe Preußen, Hannover und Sachsen zum Deutschen Fürstenbunde zusammentraten. Freilich dachte der große König jetzt am Abende seines Lebens nicht anders über die deutsche Reichsverfassung als zu der Zeit, da er in jüngeren Jahren den Versuch gemacht hatte, sie unter der Regierung eines nicht-österreichischen Kaisers umzugestalten. Allein den fortgesetzten Angriffen der österreichischen Hauspolitik gegenüber war das Panier der wenn auch altersschwachen und morschen Reichsverfassung dennoch das einzige, unter dem es ohne weitere, die Einheit und Interessengemeinschaft der deutschen Fürsten bedrohende Umgestaltungen, möglich war, die bedeutendsten Reichsstände zu vereinigen. Denn daran war, außer Oesterreich und dem Kurfürsten Karl Theodor von Baiern und jenen wenigen Ständen, die ganz willenlos von Oesterreich geleitet wurden, allen Gliedern des Reiches gelegen, daß jeder Stand in seinem Stimmrecht und seinem Besitze gegen jede willkürliche Zumuthung geschützt werde, dafür waren alle zu gewinnen, daß fortan jeder Ländertausch, jede Zerstückelung eines Reichslandes verhindert werden müsse. Diesem Fürstenbunde, zu dem sich die genannten Staaten verbanden, mit dem Vorbehalt, seine Bestimmungen im äußersten Nothfalle auch mit den Waffen in der Hand durchzuführen, traten in Laufe der Jahre 1785 und 1786 die meisten deutschen Fürsten bei, am schnellsten die Herren der kleineren Länder, die des Schutzes am bedürftigsten waren, die größeren zögernd und auf ihre Selbstständigkeit ängstlich bedacht; am bedeutungsvollsten war wohl der Beitritt des Kurfürsten von Mainz, des vornehmsten geistlichen Fürsten, bei dessen Heranziehung zu dem Bunde der Freiherr vom Stein, der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland in den bald folgenden schweren Prüfungsjahren besaß, sich die ersten politischen Lorbeeren erwarb. Natürlich hielten sich Baiern und Köln, sowie einige andere geistliche Fürsten, welche vollkommen dem österreichischen Einflusse verfallen waren, von dem Bunde fern, dessen wesentlichster prak-

tischer Erfolg das Scheitern der österreichischen Pläne auf Vergrößerung durch Baiern war. Zu weiterer Fortbildung ist er nicht gediehen, hat auch dem großen Sturme, der bald darauf aus dem Westen über Deutschland hereinbrach, keinen nennenswerthen Widerstand entgegenzustellen vermocht. Aber immerhin war sein Abschluß ein Zeugniß für die Bedeutung des Fürsten und des Staates, der ihn ins Dasein gerufen, und wie einerseits ein Nachklang der Bewegungen, die vor Jahrhunderten den schmalkaldischen Bund hervorgerufen hatten, so auf der anderen Seite ein Vorbild der Richtung, in der sich in späteren Tagen die Umgestaltung des deutschen Reiches vollziehen sollte. Jedenfalls war dieser Bund, so unzulänglich er sich auch gegenüber den großen weltumgestaltenden Ereignissen des nächsten Jahrzehntes bewies, hervorgegangen aus einer richtigen und klaren Einsicht in die wirklichen Bedürfnisse Deutschlands. Denselben scharfen Blick für politische Vorgänge aber bewährte Friedrich der Große durch den Abschluß eines anderen Vertrags, den er nur wenige Monate später unterzeichnete und durch welchen er dem großen Staate jenseits des Weltmeeres, der in einem glänzenden Kriege so eben seine Unabhängigkeit errungen hatte, der Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika, einen Beweis seiner lebhaften Theilnahme gab, den Vertrag vom 10. September 1785, welcher den Grundsatz der Neutralität zur See anerkannte, für den Seekrieg menschenfreundliche Bestimmungen zum Schutze der Kriegsgefangenen festsetzte und die Entsendung von Kaperschiffen zur Wegnahme von Privateigenthum strengstens verpönte. Dieser Vertrag, hochwichtig für den Handel der Vereinigten Staaten mit Europa und von großer Bedeutung auch für die deutschen Küstenstädte, war der letzte Staatsvertrag, den Friedrich abschloß. Im Jahre nachher, am 17. August 1786, starb der große König, bis wenige Tage vor seinem Tode, wenn auch nicht im Vollbesitze seiner Kraft, so doch voll geistiger Frische und Regsamkeit und immer noch angelegentlich mit der Regierung des Staates beschäftigt, dem die gewaltige Stärke seines Willens, die unerschütterliche Spannkraft seines Geistes, die warme Liebe seines Herzens gewidmet gewesen war.

Nur wenige Jahre später, am 20. Februar 1790, im kräftigsten Mannesalter, starb auch Kaiser Josef II. Alle seine kühn aufgebauten und muthig in Angriff genommenen Pläne hatte er müssen scheitern sehen. In Ungarn hatten seine Germanisirungsversuche, in den Niederlanden seine Eingriffe in die althergebrachten politischen und kirchlichen Verhältnisse gefährliche Aufstände hervorgerufen; in dem Kriege, den seine Truppen an der Seite der Russen gegen die Türkei führten, hatte er nicht nur keine Lorbeeren geerntet, sondern nur mit Mühe seine Grenzen gegen feindliche Einfälle gesichert. Des Lebens und Kämpfens müde, hauchte der so groß angelegte Sohn Maria Theresias seine Seele aus, in einem Augenblicke, in dem sein großes Erbland tiefeingreifender Zerrüttung verfiel, in dem das deutsche Reich an seiner Westgrenze von den politischen Stürmen erschüttert zu werden begann, welche aus dem in gewaltiger Gährung befindlichen Nachbarstaate Frankreich drohend herüber wehten, in dem sich in Denken und Handeln der europäischen Menschheit ein mächtiger Umgestaltungsprozeß vollzog, welcher viel tiefer noch als die kirchliche Bewegung des 16. Jahrhunderts auf das innere Leben der Staaten, auf ihre Verhältnisse unter einander, ganz besonders aber auch auf die Zustände des deutschen Reiches und seiner einzelnen Länder einwirken sollte.

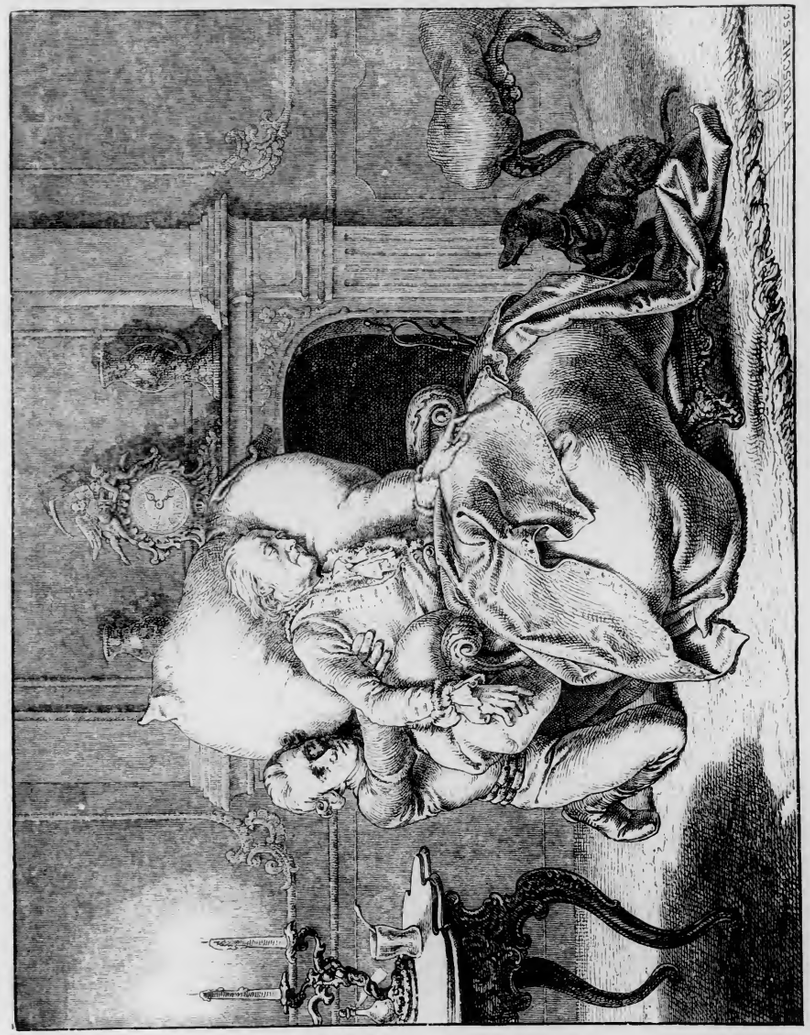
Kann nur von Preußen oder Oesterreich die Rede sein, wenn man das Eingreifen Deutschlands in die europäische Politik des 18. Jahrhunderts in das Auge faßt, so darf anderseits



tischer Erfolg das Scheitern der österreichischen Pläne auf Vergrößerung durch Baiern war. Zu weiterer Fortbildung ist er nicht gediehen, hat auch dem großen Sturme, der bald darauf aus dem Westen über Deutschland hereinbrach, keinen nennenswerthen Widerstand entgegenzustellen vermocht. Aber immerhin war sein Abschluß ein Zeugniß für die Bedeutung des Fürsten und des Staates, der ihn ins Dasein gerufen, und wie einerseits ein Nachklang der Bewegungen, die vor Jahrhunderten den schmalkaldischen Bund hervorgerufen hatten, so auf der anderen Seite ein Vorbild der Richtung, in der sich in späteren Tagen die Umgestaltung des deutschen Reiches vollziehen sollte. Jedenfalls war dieser Bund, so unzulänglich er sich auch gegenüber den großen weltumgestaltenden Ereignissen des nächsten Jahrzehntes bewies, hervorgegangen aus einer richtigen und klaren Einsicht in die wirklichen Bedürfnisse Deutschlands. Denselben scharfen Blick für politische Vorgänge aber bewährte Friedrich der Große durch den Abschluß eines anderen Vertrags, den er nur wenige Monate später unterzeichnete und durch welchen er dem großen Staate jenseits des Weltmeeres, der in einem glänzenden Kriege so eben seine Unabhängigkeit errungen hatte, der Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika, einen Beweis seiner lebhaften Theilnahme gab, den Vertrag vom 10. September 1785, welcher den Grundsatz der Neutralität zur See anerkannte, für den Seekrieg menschenfreundliche Bestimmungen zum Schutze der Kriegsgefangenen festsetzte und die Entsendung von Kaperschiffen zur Wegnahme von Privateigenthum strengstens verpönte. Dieser Vertrag, hochwichtig für den Handel der Vereinigten Staaten mit Europa und von großer Bedeutung auch für die deutschen Küstenstädte, war der letzte Staatsvertrag, den Friedrich abschloß. Im Jahre nachher, am 17. August 1786, starb der große König, bis wenige Tage vor seinem Tode, wenn auch nicht im Vollbesitze seiner Kraft, so doch voll geistiger Frische und Regsamkeit und immer noch angelegentlich mit der Regierung des Staates beschäftigt, dem die gewaltige Stärke seines Willens, die unerschütterliche Spannkraft seines Geistes, die warme Liebe seines Herzens gewidmet gewesen war.

Nur wenige Jahre später, am 20. Februar 1790, im kräftigsten Mannesalter, starb auch Kaiser Josef II. Alle seine kühn aufgebauten und muthig in Angriff genommenen Pläne hatte er müssen scheitern sehen. In Ungarn hatten seine Germanisirungsversuche, in den Niederlanden seine Eingriffe in die althergebrachten politischen und kirchlichen Verhältnisse gefährliche Aufstände hervorgerufen; in dem Kriege, den seine Truppen an der Seite der Russen gegen die Türkei führten, hatte er nicht nur keine Lorbeeren geerntet, sondern nur mit Mühe seine Grenzen gegen feindliche Einfälle gesichert. Des Lebens und Kämpfens müde, hauchte der so groß angelegte Sohn Maria Theresias seine Seele aus, in einem Augenblicke, in dem sein großes Erbland tiefeingreifender Zerrüttung verfiel, in dem das deutsche Reich an seiner Westgrenze von den politischen Stürmen erschüttert zu werden begann, welche aus dem in gewaltiger Gährung befindlichen Nachbarstaate Frankreich drohend herüber wehten, in dem sich in Denken und Handeln der europäischen Menschheit ein mächtiger Umgestaltungsprozeß vollzog, welcher viel tiefer noch als die kirchliche Bewegung des 16. Jahrhunderts auf das innere Leben der Staaten, auf ihre Verhältnisse unter einander, ganz besonders aber auch auf die Zustände des deutschen Reiches und seiner einzelnen Länder einwirken sollte.

Kann nur von Preußen oder Oesterreich die Rede sein, wenn man das Eingreifen Deutschlands in die europäische Politik des 18. Jahrhunderts in das Auge faßt, so darf anderseits



nicht unterlassen werden, der zahlreichen Einzelländer von verschiedenstem Umfang und Charakter, die das deutsche Reich in sich schloß, Erwähnung zu thun, wenn das geistige und Culturleben unseres Volkes im vorigen Jahrhundert geschildert werden soll.

Wie sich ein paar Menschenalter früher das Leben und Treiben am Hofe Ludwigs XIV., theilweise freilich nur in kleinlicher und verzerrter Nachahmung, in dem Leben der kleinen deutschen Höfe wiedergespiegelt hatte, so sah man jetzt an diesen im verkleinerten Maßstabe sich wiederholen, was in Berlin und Sanssouci Friedrich der Große, als Muster eines weisen und klugen Regenten, in die Erscheinung rief. Kriege konnten die kleinen deutschen Herren nun freilich nicht führen, und wo sie die preußische Friedensdressur der Soldaten nachzubilden strebten, fiel der Versuch meist auch nur so aus, daß er mehr einer Carricatur als einem Nachbilde des Berliner Musters glich. Aber in dem Einen durfte und konnte auch der Beherrscher des kleinsten deutschen Gebietstheiles dem großen Preußenkönig nacheifern, daß er das Gefühl einer heiligen Pflicht gegen seine Unterthanen als die Richtschnur seines Handelns ansah und sich bemühte, je nach dem Maß seiner Einsichten und Kräfte, in dem größeren oder kleineren Kreise, der seinem Einflusse unterlag, möglichst viel Gutes zu wirken. An den fürstlichen Höfen, wo früher nur Parforcejagden, Ballete und üppige Gelage als Gegenstände fürstlicher Belustigung und Unterhaltung gegolten hatten, begannen die regierenden Herren jetzt die wirthschaftlichen Angelegenheiten ihres Landes ernstlich zu studiren, an den Regierungsarbeiten persönlichen Antheil zu nehmen, mit den heimischen Zuständen die der Nachbarländer, ja des fernen Auslandes zu vergleichen, Verbesserungen aller Art im Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung, der Landwirthschaft und Industrie nach auswärtigen Mustern einzuführen, endlich nicht nur den Erzeugnissen der französischen Literatur, sondern auch den immer reicher und vielseitiger auftauchenden Hervorbringungen des deutschen Geistes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Besonders der Unterricht und die Erziehung der Jugend wurde an vielen Fürstenhöfen eifrig und erfolgreich gefördert. Neben der Verbesserung der Volks- und Mittelschulen wurde den Universitäten und Akademien viele Theilnahme geschenkt und es entstanden höhere Unterrichtsanstalten, an denen der spezielle Zweck, dem Staate für alle seine vielseitigen Aufgaben geeignete Vollzugsorgane heranzubilden, ganz besonders in das Auge gefaßt wurde. In dem Collegium Carolinum zu Braunschweig, in der hohen Karlsschule zu Stuttgart wurde eine Reihe von Männern ersten Ranges und daneben eine große Zahl wenn nicht hervorragender, so doch tüchtig durchgebildeter und kenntnißreicher Beamten großgezogen. An dem Hofe von Weimar sammelten die Herzogin Amalie und ihr Sohn der Herzog Karl August die bedeutendsten unter den Männern um sich, welche in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts unsere nationale Literatur aus der vielgeschmähten Rolle des Aschenbrödels zur höchsten Höhe einer vielbewunderten Leistungsfähigkeit und einer von allen Völkern anerkannten Meisterschaft erhoben. In Baden gestaltete der Markgraf Karl Friedrich sein kleines, aber wohlgelegenes Land zu einem Muster auf allen Gebieten der inneren Verwaltung und leuchtete seinen Nachbarn vor durch Pflichttreue, Bildung und wahrhaft humane Gesinnung, die er bei jeder seiner Regierungshandlungen bethätigte. In Baiern, das sich seit dem Zeitalter der Reformation fast noch mehr als Oesterreich von dem geistigen Leben der Nation abgeschlossen hatte, begann unter der Regierung Max Josefs III. eine innere Umgestaltung und Wiedergeburt sich zu vollziehen, welche durch die Stiftung der Münchener Akademie der Wissen-

schaften von Seite des Kurfürsten selbst in wirksamer Weise unterstützt und gefördert wurde. Diesen erfreulichen Erscheinungen gegenüber fehlt es allerdings auch nicht an tief betrübenden und beschämenden Gegenstücken. Nichts mehr ist geeignet, einen trüben Schlagschatten auf die Zustände unseres Vaterlandes in derselben Zeit zu werfen, als die Erinnerung an den schimpflichen Handel, den nicht wenige deutsche Fürsten, besonders die Regenten von Hessen-Kassel und Wirtemberg mit ihren Unterthanen trieben, welche sie um schnödes Gold den Engländern verkauften, um in Amerika die ihre staatliche Unabhängigkeit Erkämpfenden zu bekriegen oder am Kap der guten Hoffnung und in Ostindien die Großmachtstellung Englands durch Unterstützung seiner Colonialpolitik miterstreiten zu helfen.

Eine eigenthümliche Erscheinung bildeten in dieser an schroffen Gegensätzen so reichen Zeit die Höfe der geistlichen Fürsten. An die Spitze der geistlichen Staaten, der großen Erzbisthümer und Bisthümer des Reiches, traten seit langer Zeit nur noch Herren aus den vornehmsten adeligen Geschlechtern, vielfach jüngere Söhne aus regierenden Familien. Noch viel mehr als in den weltlichen Staaten hing naturgemäß der Werth oder Unwerth einer jeweiligen Regierung von der Persönlichkeit des Fürsten ab, hier wo weder die Ueberlieferung, die sich in der Familie forterbt, noch der natürliche Wunsch des Regenten, auch dem Nachfolger ein wohlgeordnetes, leistungsfähiges Staatswesen zu überliefern, zu guten Regierungsgrundsätzen anspornte, wie dieß in den erblichen Monarchien der Fall war. Da war es nun hochwichtig, daß von demselben Ehrgeiz, der die weltlichen Herrscher beseelte, einem Friedrich, einem Josef nachzueifern, auch die Mehrzahl der geistlichen Fürsten des Reiches erfüllt war. In Köln trat der jüngere Bruder Josefs II., Kurfürst Maximilian Franz eifrig und pflichtgetreu in die Fußstapfen seines kaiserlichen Vorbildes, in Mainz war Kurfürst Emmerich Josef, aus dem Hause von Breidbach-Bürresheim, unausgesetzt bemüht, sein Land aller der Wohlthaten theilhaftig zu machen, welche Bildung und Aufklärung zur Hebung des Wohlstandes und der Gesittung einem Regenten an die Hand gaben, in Würzburg und Bamberg wirkte Bischof Franz Ludwig von Erthal auf allen Gebieten des staatlichen Lebens in reichem Segen und führte in den von ihm regierten Landschaften alle die Verbesserungen ein, welche, wesentlich als Erzeugnisse des protestantischen Geistes, vorwiegend im Norden unseres Vaterlandes sich bewährt und von da zu den aufmerksamen Beobachtern im Süden ihren Weg gefunden hatten. Nicht das Geringste war dabei, daß diese klugen und klar blickenden Kirchenfürsten sich von dem specifisch katholischen Grundsatze der Absperrung vor jeder Berührung mit Andersgläubigen vollständig entfernten und, frei von jeder Regung des Fanatismus und Unfehlbarkeitswahnes, die Gleichberechtigung der Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse im bürgerlichen Leben zur vollen Durchführung brachten.

Gewiß wurde diesen trefflichen Männern ihr Werk wesentlich dadurch erleichtert, daß die streitbare römische Kirche in eben dieser Zeit ihre mächtigste und thätigste Heerschaar verlor, als im Jahre 1773 Papst Clemens XIV. den Orden der Jesuiten aufhob. Denn die Mitglieder dieses Ordens, weit entfernt, sich den Bischöfen der Diöcesen, in denen sie zu wirken hatten, unterzuordnen, betrachteten sich vielmehr als dazu bestimmt, diese hohen Würdenträger zu beaufsichtigen und immer in der Linie der strengsten Rechtgläubigkeit und Unterwürfigkeit unter die Gebote des römischen Stuhles festzuhalten.

Kurz vor Aufhebung des Jesuitenordens hatte der Weihbischof von Trier Nikolaus von Hontheim unter dem Namen „Febronius“ die Forderung einer größeren Unabhängigkeit der

deutschen Kirche von Rom in einem viel Aufsehen erregenden Buche ausgesprochen. Als Antwort auf solche Bestrebungen wurden nicht nur die Befugnisse des am Rhein wohnenden päpstlichen Nuntius auf Kosten der deutschen Bischöfe erweitert, sondern es wurde sogar noch eine zweite Nuntiatur auf deutschem Boden, und zwar in München gegründet, um die Eingriffe des päpstlichen Stuhles in die Rechte der deutschen Kirchenfürsten noch zu verstärken. Diese römische Kriegserklärung veranlaßte die Erzbischöfe von Mainz und Trier, von Köln und Salzburg sich über ein entschiedenes Auftreten gegen solche Uebergriffe zu verständigen. Im August 1786 traten ihre Bevollmächtigten in Ems zusammen, um in einer Reihe von Sätzen (die „Emser Punktationen“ genannt) die päpstlichen Ansprüche und Anmaßungen zurückzuweisen und ziemlich dieselben Beschwerden gegen den römischen Stuhl zu erheben, welche mehr als drei Jahrhunderte früher auf den Kirchenversammlungen zu Konstanz und Basel laut geworden waren. Freilich handelte es sich dabei in erster Reihe mehr um Behauptung der bischöflichen Vorrechte als um Vertretung nationaler Ansprüche gegen römische Herrschsucht; dennoch fand der Widerstand der vier Erzbischöfe gegen Rom, unterstützt von der in gleicher Richtung sich bewegenden Politik des Kaisers Josef II. und fast ausschließlich von dem pfalzbaierischen Kurfürsten Karl Theodor bekämpft, der die Bahnen seines trefflichen Vorgängers verlassen und Baiern wieder vollständig den Dunkelmännern überliefert hatte, in dem katholischen Theile Deutschlands den lebhaftesten Beifall. Aber die ganze Bewegung verlief im Sande und das Bündniß der vier Erzbischöfe war durch den Abfall des Kurfürsten von Mainz schon gesprengt, ehe noch die Stürme der Revolution hereinbrachen, welche bald den ganzen Bestand der geistlichen Staaten erschüttern sollten. Immerhin ist es bemerkenswerth und für unsere Zeit lehrreich, zu sehen, daß der letzte ernsthafte Versuch einer Geltendmachung der bischöflichen Selbstständigkeit gegenüber der römischen Curie von den mit weltlicher Herrschermacht bekleideten souveränen Kirchenfürsten ausging, deren Nachfolger, losgelöst von dem lebendigen Interesse an dem Wohle der Nation und zu bloßen päpstlichen Beamten herabgewürdigt, leichten Herzens das Opfer ihrer Einsicht brachten, als Rom die Anerkennung der seit Jahrhunderten von den Päpsten beanspruchten, aber bis 1870 von den Bischöfen stets abgelehnten Unfehlbarkeit forderte.

Von dem warmen Interesse, das zahlreiche fürstliche Personen an der Bildung ihrer Unterthanen nahmen, getragen und unterstützt, thatsächlich aber als Privatunternehmungen, gründeten und leiteten verschiedene hervorragende Männer vortreffliche Anstalten zur Erziehung der Jugend. Salzmann in Schnepfenthal, Basedow in Dessau, Campe in Trittow bei Hamburg machten sich auf solche Weise um das heranwachsende Geschlecht um so mehr verdient, als sie neben der Erziehung der Knaben gleichzeitig auch die Heranbildung tüchtiger Lehrkräfte sich angelegen sein ließen. Ganz besonders aber ragt auf dem Gebiete der Reform des Unterrichts- und Erziehungswesens der Schweizer Johann Heinrich Pestalozzi hervor, welcher namentlich durch die von ihm herrührende Methode des Anschauungsunterrichtes an Stelle des blos mechanischen Auswendiglernens und des blinden Autoritätsglaubens schon für die Kinder die Vernunft und Denkkraft in ihr gutes Recht setzte.

Die Zeit, in der Alles, was auf Bildung Anspruch erhob, mehr oder weniger den von Frankreich ausgehenden Ideen der Aufklärung huldigte, sah aber nicht minder den gröbsten Aberglauben und jämmerlichsten Schwindel, besonders in den höheren Schichten der Gesellschaft,

sein Unwesen treiben. Nicht nur daß die Freimaurerei, die ja ursprünglich keine anderen als die löblichsten Bildungs- und Humanitätsaufgaben verfolgte, sich immer mehr mit geheimnißvollem Formenkram umhüllte, es tauchten theilweise in Verbindung mit ihr, theilweise wohl auch den Schein des Zusammenhanges mit derselben nur als Aushängeschild für ganz andere Bestrebungen mißbrauchend, Schwindler auf, die durch betrügerisches Vorgeben übernatürlicher Fähigkeiten weite Kreise und zwar vielfach bedeutende und wohlmeinende Personen bethörten. Der große Wundermann Graf Saint Germain, der Italiener Balsamo, der unter dem Namen Cagliostro die vornehme Gesellschaft von halb Europa in seine Netze lockte, der Teufelsbanner Gaßner u. A. trieben alle länger oder kürzer auch auf deutschem Boden, bald an Fürstenhöfen, bald in der Gelehrtenstube ihr Wesen; die unsinnige Behauptung, daß sie Gold zu machen, alte Leute zu verjüngen verständen, der wahnsinnigste Humbug mit dem „Stein der Weisen" und dem „Lebenselixir" fanden bei Personen Glauben, die sonst durchaus klar und nüchtern dachten; das unverständliche Kauderwelsch der kabbalistischen Formeln bethörte sogar Männer wie den Züricher Prediger Lavater, die in ihrer Sucht, den Zusammenhang unseres irdischen Daseins mit einer anderen Welt zu ergründen, blind in die Falle gingen, welche ihrer Arglosigkeit von gewandten Gaunern gestellt wurde. Daß bei diesem Unfug auch die Jesuiten nicht unbetheiligt waren, ist schon frühzeitig behauptet und wenn auch nicht unwiderleglich bewiesen, doch überaus wahrscheinlich gemacht worden. Von den Freimaurern hielt sich übrigens ein erheblicher Theil von diesen Verirrungen fern und kämpfte wacker und mit offenem Visir für wahre Aufklärung und Bildung.

Eine mehr nur örtliche Bedeutung hatte der dem Bunde der Freimaurer verwandte Illuminatenorden, der von dem Professor Weishaupt an der Universität Ingolstadt gestiftet, hauptsächlich bestimmt war, den Dunkelmännern in Baiern entgegenzuarbeiten und mit seiner Wirksamkeit auch nach Oesterreich hinüberreichte. In Baiern war eine solche Vereinigung frei denkender Männer allerdings dringender als anderswo im Reiche nothwendig geworden, seitdem Kurfürst Karl Theodor — derselbe, der früher sein Land hatte an Oesterreich verhandeln wollen — seine Residenz von Mannheim nach München verlegt hatte. Dieser Fürst, der für einen ausgelassenen Lebenswandel durch strengste Befolgung aller Vorschriften äußerlicher Kirchlichkeit die Verzeihung des Himmels erkaufen zu können wähnte, hatte alsbald die freiere und verständige Richtung seines Vorgängers Max Josef III. verlassen und unter dem Einflusse seines Beichtvaters, eines der zahlreichen Jesuiten, die auch nach Aufhebung des Ordens fortfuhren, in Deutschland ihr Unwesen zu treiben, der ganzen bornirten Rohheit des altbaierischen Klerus die kaum verschlossene Thüre wieder geöffnet. In den Berichten von Reisenden, welche in jener Zeit Baiern besuchten, kann nicht genug dem Erstaunen Ausdruck gegeben werden über die Mischung von grober Sinnlichkeit und geist- und sinnloser Bigotterie, die in diesem Lande überall angetroffen ward. Gegen dieses von Regierung und Klerus eifrig unterstützte Verdummungsstreben mußte natürlich der Widerstand einer Minderheit feingebildeter und gelehrter Männer erfolglos bleiben; aber dennoch erblickte man in ihnen gefährliche Feinde des Staates und der Religion und verfolgte sie mit allen Plackereien, welche die Regierung über verdächtige Unterthanen zu verhängen im Stande war.

Schlimmer für die weitere Gestaltung der deutschen Dinge war es, daß auch in Preußen der Nachfolger des großen Friedrich, König Friedrich Wilhelm II., die Bahn der Aufklärung und Religionsfreiheit, welche jener seinem Volke eröffnet und an der er unentwegt bis in seine letzte Lebensstunde selbst festgehalten hatte, verließ. Intrigante Höflinge, voran der Oberst von Bischofswerder und der Minister von Wöllner, bestimmten den leicht lenkbaren Fürsten, nur zwei Jahre nach Friedrichs des Großen Tode über das Religionswesen und die Handhabung der Censur Verordnungen ausgehen zu lassen, welche bestimmt waren, jeder freien Regung auf kirchlichem Gebiete entgegenzutreten und jede offene, ehrliche Besprechung staatlicher Zustände unmöglich zu machen. Diese beiden Edicte erregten um so mehr das allgemeinste Mißfallen, als es nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Lande ein öffentliches Geheimniß war, daß am Hofe eine vielfach auch mit rosenkreuzerischer Geheimnißkrämerei und mit Geisterspuk umgebene Sittenlosigkeit herrschte, welche den Vorschriften der Religion jedenfalls mehr zuwider war, als die durch jene Verordnungen verpönte Aufklärung.

Solchen betrübenden Erscheinungen gegenüber war es von ganz besonderem Werthe, daß sich, unabhängig von den Kreisen der regierenden Personen und derjenigen, welche unter deren bestimmendem Einflusse standen, zunächst unter den höher Gebildeten der Nation die richtige Erkenntniß dessen, was noth that, immer mehr Bahn brach und einem ruhigen und unbefangenen Urtheil über die öffentlichen Zustände zum Ausdrucke verhalf. Bedeutende Männer begannen, sowohl in wissenschaftlichen Werken, als auch und zwar mit großem Erfolge, in regelmäßig erscheinenden Zeitschriften, die Ergebnisse ihres Nachdenkens und ihrer Erfahrungen weiten Kreisen der Nation mitzutheilen und so das zu erzeugen, was man jetzt mit dem Namen der „öffentlichen Meinung" bezeichnet. Es war dabei eine der Hauptaufgaben, nachdem lange Zeiträume hindurch die Kenntniß des Rechtes und der Gesetze nur noch im Besitz einer verschwindend kleinen Minderheit sich befunden hatte, dieselbe der großen Zahl, die zum Mittelstande zu rechnen war, zu vermitteln und so einer breiten Schichte der Bevölkerung einen klaren Begriff von ihren Rechten und Pflichten zu verschaffen. Auf diesem Gebiete war eine Anzahl von Männern besonders thätig, die sich das Studium des Staatsrechtes und die Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten recht eigentlich zum Lebensberuf erwählt hatten:

Johann Jacob Moser, der eben so fleißig und eifrig als mit gewissenhafter Treue und offenem Freimuth die Gesetze der Staaten erforschte und auslegte; sein Sohn Friedrich Karl von Moser, den Kaiser Josef II. in den Reichshofrath berief und adelte, dessen Schreibart sich durch eine nie versagende Schlagfertigkeit und kernhafte Aufrichtigkeit auszeichnet, der die vielfachen wechselnden Erfahrungen, welche er im Fürstendienst während langer Jahre gemacht, in der berühmten Schrift „Herr und Diener" zu Nutz und Frommen der Mit- und Nachwelt niederlegte; der Syndicus der Stadt Osnabrück Justus Möser, der in zahlreichen Aufsätzen, die zuerst in einem Zeitungsblatte seiner Vaterstadt und dann gesammelt unter dem Titel „Patriotische Phantasien" erschienen, eine Fülle der fruchtbringendsten Gedanken veröffentlichte, durch die er seinen Mitbürgern klar zu machen suchte, was ihnen der Staat biete, was sie dem Staate schuldig seien; August Ludwig von Schlözer endlich — um nur die vier hervorragendsten zu nennen — der nach längerem Aufenthalt in Rußland, mit erweitertem Gesichtskreis und geläuterter Menschenkenntniß, an die Universität Göttingen berufen, nicht nur dort das Fach der Geschichte glänzend vertrat, sondern auch als Publicist durch seine Zeitschriften an die Gesammtheit des lesenden Publikums seines Volkes Worte der Belehrung und Anregung ausgehen ließ, die nicht verfehlten, die schönsten

Erfolge zu erreichen. Ihm mag wohl im Auslande, wo er gegenüber dem Franzosen oder Engländer den Deutschen gering geachtet sah, ein Begriff davon aufgegangen sein, welche Bedeutung die Macht des Staates für jeden Einzelnen seiner Angehörigen habe; denn er wagte es, unverhohlen den Wunsch auszusprechen, daß Deutschland nur Einem Herren gehorche und er hatte genug politische Einsicht, um zu erkennen, daß dieser Eine nur der König von Preußen sein könne. In seinem „Briefwechsel" unterzog Schlözer die politischen Handlungen und Ereignisse einer scharfen Kritik, in seinen „Staatsanzeigen" verlangte er immer und immer wieder statt der allgemein herrschenden Heimlichkeit in allen Staatsangelegenheiten die Oeffentlichkeit, welche gegen Tyrannei, Willkür und Mißbrauch der Gewalt feste Schutzwehren aufzurichten allein im Stande ist. Gleichzeitig versuchte, auf noch breiterer Grundlage und nicht nur auf dem Gebiete des Staatsrechtes, sondern auf allen Feldern des menschlichen Wissens und Könnens, der Berliner Buchhändler Friedrich Nikolai Bildung und Aufklärung nach allen Richtungen hin im Volke zu verbreiten, von gleichdenkenden Freunden unterstützt, unter denen über Alle der geistvolle Philosoph Moses Mendelssohn hervorragt, der auch um deßwillen besonderer Erwähnung verdient, weil seine edle und vornehme Persönlichkeit den strebsamen Köpfen unter den in Deutschland lebenden Israeliten vorzugsweise die Anregung gab, die Schranken zu durchbrechen, welche sie bis dahin von der Theilnahme an dem geistigen Leben der Nation und an ihren höchsten idealen Gütern streng abgesperrt hatten.

Auch diejenigen Wissenschaften, welche nicht so unmittelbar, wie die Wissenschaft vom Staate, in das bürgerliche Leben eingriffen, begannen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf deutschem Boden mit großem Erfolge und einer dem Wesen der deutschen Natur entsprechenden Eigenart gepflegt zu werden. Die „Wolfenbüttler Fragmente" des Theologen Reimarus legten ohne Frivolität und Oberflächlichkeit, vielmehr getragen von tiefem sittlichen Ernste das scharfe Messer der Kritik an die biblischen Ueberlieferungen und erregten, indem sie alle Denkenden zu eigener Prüfung der so tief in das Leben des Einzelnen und der Familie eingreifenden religiösen Fragen aufforderten, nur den in pöbelhaftem Gezeter sich äußernden Zorn der jedem selbstständigen Denken feindlichen Orthodoxie. Die Philologie wurde durch die ebenso gelehrten als von weiten Gesichtspunkten ausgehenden kunstgeschichtlichen Forschungen Winckelmanns und die das gesammte Gebiet der alten Cultur umfassenden, die einseitig grammatikalische und formale Richtung verlassenden Arbeiten des Göttingers Heyne in ganz neue Bahnen gelenkt. Von noch viel größerer und tiefer eingreifender Bedeutung für das geistige Leben unseres Volkes aber wurde das philosophische Lehrgebäude, welches Immanuel Kant aufführte. Zu Königsberg in Preußen am 22. April 1724 geboren, an der dortigen Universität in Mathematik, Physik und Philosophie gründlich durchgebildet, verließ dieser große Denker, dessen Werke bald die ganze Welt durcheilten, niemals das Weichbild seiner Vaterstadt, wo er am 12. Februar 1804 starb, nachdem noch seine letzten Lebensjahre durch die unwürdigen Verfolgungen, die er in Folge des preußischen Religionsedictes hatte erleiden müssen, getrübt worden waren. Aber von seinem Lehrstuhl und von seiner Studierstube aus hat er die größten Eroberungszüge in dem Reiche der Gedanken gemacht und für die Bildung eines ganzen Zeitalters die unerschütterlichen Grundlagen geschaffen. In seinen Hauptwerken: „Kritik der reinen Vernunft, Kritik der praktischen Vernunft, die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft" u. a. trat er sowohl dem aus

Frankreich überkommenen Rationalismus als dem wesentlich von den Engländern gepflegten Skepticismus entgegen, indem er die Grenzen der menschlichen Erkenntniß feststellte und von derselben dasjenige, was über die Erscheinungswelt hinausgeht, das „Transcendente", scharf ausschied. Auf diesem Boden der Erkenntniß erhebt sich sodann sein positives System, der „kategorische Imperativ", nämlich das Bewußtsein des Sittengesetzes, welches erheischt, das zu können und auszuführen, was man soll. Der sittlichen Freiheit des Menschen steht der natürliche böse Hang gegenüber, welcher dadurch zu überwinden ist, daß der Mensch dem Ideal dessen, was er als vernünftig erkannt hat, nachstrebt. So erblickt Kant denn auch den idealen Gehalt der Religion nur in der Moral und verschließt sich, in einer allerdings großartigen Einseitigkeit, der Anerkennung und dem Verständniß der übrigen auf das Wesen der Religion einwirkenden Factoren. Der große Einfluß, den seine Lehren auf lange Zeit hinaus auf alle bedeutenden Männer unseres Volkes ausübten, machte sich durch eine gewisse Strenge und Herbheit bemerkbar, welche in ihrem hohen sittlichen Werthe für die Nation erst völlig zur Erscheinung kam, als das gewaltige Unglück, das im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts über Deutschland verhängt ward, das schlummernde Gewissen der Nation aufweckte und Thaten verlangte, die nur auf dem Boden eines mit tiefem sittlichen Ernst erfaßten Pflichtgefühles zu reifen vermochten. Einer radicalen Ausführung seines kritischen Lehrgebäudes trat Kant selbst wieder entgegen, indem er die Begriffe eines vergeltenden Gottes, einer die Ungerechtigkeit des Lebens ausgleichenden Unsterblichkeit, welche die „reine Vernunft" (als außerhalb der menschlichen Erkenntniß liegend) verneint, als Forderungen der „praktischen Vernunft" wiederherstellte und durch sie die Lösung des Widerspruches zwischen Sollen und Nichtkönnen herbeizuführen suchte. Vielleicht war dieß der Grund, daß auch innerhalb des Katholicismus die Kantische Lehre mit Eifer gepflegt wurde, denn ohne all zu große Schwierigkeit konnte man, auf den Buchstaben der Kantischen Philosophie hin, für alles, was jenseits der Erscheinungswelt lag, den Glauben fordern und hatte auf solche Weise für den Glauben an das Ueberirdische (Supranaturalismus) eine wissenschaftliche Grundlage gefunden.

Immanuel Kant.

Sonst ist man wohl zu sagen berechtigt, daß die Kantische Philosophie einen wesentlich protestantischen Charakter an sich trägt und mehrfache Berührungspunkte mit den Forderungen, welche Luthers Rechtfertigungslehre an den Menschen stellt, darbietet.

Die Kantische Philosophie und die großen Leistungen des preußischen Staates, der ja auch seinem ganzen Wesen und seiner geschichtlichen Entwickelung nach protestantisch war, gaben der ganzen wissenschaftlichen und politischen Bildung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine

ganz eigenartig protestantische Färbung. Es ist doch kein bloßer Zufall, daß alle bedeutenden Gelehrten und Schriftsteller, welche Deutschland damals hervorbrachte, in dem protestantischen Bekenntnisse erzogen waren. Dieses bereitete ihrer freien Entwickelung keines der Hindernisse, mit denen — trotz Josefs II. Freisinn und der Nachahmung, die er in katholischen Ländern fand — der katholische Forscher, der Natur des Katholicismus nach, einen meist hoffnungslosen Kampf aufnehmen mußte. Durch dieses Ueberwiegen des Protestantismus auf allen wissenschaftlichen Gebieten, welches gleichzeitig mit der Erringung einer Weltstellung durch den preußischen Staat in die Erscheinung trat, erhielt aber auch der Norden Deutschlands, wie auf dem politischen, so auf dem wissenschaftlichen Gebiete, ein entschiedenes Uebergewicht über den deutschen Süden, wo der Protestantismus nur in einzelnen Parzellen vorkam und nicht durch eine staatliche Macht unterstützt ward. Es kann keine Frage sein, daß der protestantische Norden auf die begabteren Geister Süddeutschlands damals eine lebhafte Anziehungskraft ausübte, der sich auch die freier denkenden Katholiken, und zwar auch solche, die nicht daran dachten, ihren Glauben zu wechseln, nicht zu entziehen vermochten.

Dazu kam, um das Uebergewicht Norddeutschlands auf dem gesammten Culturgebiete zu erhöhen, der Umstand, daß der eigentliche Träger der nationalen Bildung, der bürgerliche Mittelstand, sich durchschnittlich im Norden sowohl eines größeren Wohlstandes als auch höherer Bildung erfreute, als die entsprechenden Classen im deutschen Süden, besonders in den katholischen Theilen desselben, den geistlichen Fürstenthümern, Baiern und Oesterreich. Hier pflegte ein theilweise reich begüterter Adel, dem Mittel und Mode es möglich, ja zur Pflicht machten, durch Reisen den Gesichtskreis zu erweitern, eifrig und erfolgreich die Verbindung mit dem protestantischen Norden, der Mittelstand aber krankte an der Enge der spießbürgerlichen Verhältnisse, klebte an der Scholle und war — was besonders von den Frauen gilt — vollständig den Einflüssen des Klerus unterworfen, welcher mit heiligem Eifer die thunlichste Absperrung von dem ketzerischen Theile Deutschlands anstrebte. In Oesterreich folgte dem kurzen Aufflackern geistiger Freiheit nach Josefs II. Tode alsbald wieder das Erlöschen der doch nur künstlich genährten Flamme; in Baiern, wo man zu Josefs II. Zeit hinter Oesterreich zurückgeblieben war, begann unter Karl Theodors Regierung ein klerikaler Hexensabbath, der mit Unbildung und Rohheit förmlich Staat machte und darin seinen Stolz erblickte, sich auf dem Gebiete der Wissenschaft und allgemeinen Bildung in den directesten Gegensatz zu den „Ketzern" Norddeutschlands zu setzen. Hier galt Vierschrötigkeit und banausisches Fernhalten von allen höheren Gesichtspunkten für die eigentliche Staatsweisheit, das starre Anklammern an die gröbsten Aeußerlichkeiten des katholischen Kirchenwesens, mit sorgfältiger Erhaltung aller der gesunden Vernunft widersprechenden abergläubischen und unsinnigen Mißbräuche, welche irgend wann und wo von geistlicher Seite her eingeführt worden, für urwüchsige, kerngesunde Treue gegen die ehrwürdige Sitte der Väter; die glattere, gefälligere Form, die reinere Sprache, die gewandtere Ausdrucksweise, die größere Beweglichkeit des Norddeutschen aber wurde als Neuerungssucht, Anmaßung und Windbeutelei mit gebührender Verachtung gestraft und, der lieben Bequemlichkeit halber, unter diesen freundlichen Titeln auch alles das Große und Bedeutende mit inbegriffen, was den katholischen Bevölkerungen des Südens ihre besorgten Seelenhirten mit Hilfe gleichgesinnter Regierungen durch Censur und Grenzsperre vorzuenthalten für zweckmäßig erachteten.

Die große Masse des Volkes, der niedere

Bürger- und der Bauernstand nahm an den Bildungsfortschritten der Nation kaum irgend welchen Antheil. Für den Volksunterricht geschah überaus wenig; diese Klassen selbst empfanden, lediglich von der Sorge um ihres Leibes Nahrung erfüllt, gar keinen Drang, der Bildung der höheren Stände sich zu nähern, und diese ihrerseits sahen viel zu hochmüthig auf das „geringe Volk" herab, als daß sie die Bedeutung allgemeiner Volksbildung irgendwie erfaßt hätten. Ja der Gedanke, die große Masse des Volkes zu höherer Bildung heranzuziehen, erschien den bevorrechteten Ständen sogar als gefährlich, als Demagogenwerk, da die großen staatlichen Erschütterungen in Frankreich in unserem Vaterlande bald einen gewaltigen Schrecken hervorriefen.

War so auf dem Gebiete des geistigen Lebens der Norden Deutschlands von dem größten Theile des deutschen Südens durch eine tiefe Kluft getrennt, so ist diese Trennung fast noch fühlbarer, wenn man die politischen Gesinnungen in das Auge faßt. Nur freilich, daß hier nicht so fast Norden und Süden, als vielmehr Preußen, Oesterreich und das „Reich" einander gegenüberstanden. In Preußen war das staatliche Gefühl, der Stolz und die Befriedigung, einem großen und mächtigen Staate anzugehören, dessen eben erst aus dem Leben geschiedener Fürst zu den größten Menschen und Regenten aller Zeiten zählte, zu einem lebhaften Selbstbewußtsein ausgebildet, welches in eine übertriebene und nachtheilige Selbstüberschätzung und Selbstgenügsamkeit auszuarten drohte; in Oesterreich begegnete man umgekehrt unter den Deutschen, die der großen, mit einem Ballast von Ländern fremder Zunge beschwerten Ländermasse angehörten, welche das Scepter der Habsburg-Lothringer beherrschte, einem Gefühle der Unsicherheit, des Mißtrauens, der ständigen Unzufriedenheit, ohne Aussicht, in den zerfahrenen staatlichen Zuständen, der ungenügenden Verwaltung, den zerrütteten Finanzen dauernde Besserung herbeigeführt zu sehen; im „Reich" fehlte jede politische Gesinnung, am meisten ein Interesse an dem Wohle des Reiches, das die Einsichtigeren allgemein als ein nur durch die Macht der Trägheit noch vor dem völligen Zerfall bewahrtes, morsches, keiner weiteren Entwickelung mehr fähiges Gebilde betrachteten. An dem Reiche hatten die Schwachen keinen Halt und Schutz, die Starken kein Interesse; kaum daß die Angehörigen des preußischen Staates noch daran dachten, daß sie auch Glieder des deutschen Reiches seien; nur der Titel ihres „angestammten" Fürsten erinnerte die Oesterreicher an ihre Zugehörigkeit zu Deutschland. Dieser Mangel einer reichspatriotischen Gesinnung, der allerdings ein würdiger und greifbarer Gegenstand fehlte, führte aber naturgemäß dazu, daß man in den höher gebildeten Kreisen Deutschlands sich immer mehr und mehr zu der Begeisterung für ein allgemeines Weltbürgerthum hingezogen fand, das man als eine höhere Stufe der menschlichen Entwickelung betrachtete. Indem man sich durch eine Verbrüderung mit den nach gleicher Bildung und Aufklärung Strebenden aller Völker zunächst den kleinlichen und ungenügenden Verhältnissen der engeren Heimath zu entziehen suchte, ging darüber auch der unerläßliche Grund der Selbstachtung verloren, ohne den der Fortbestand einer Nation nur von der größeren oder geringeren Angriffs- oder Zugriffs-Lust und Kraft der Nachbarn abhängt. Diese weltbürgerliche Stimmung fand ihren Ausdruck ganz vorzugsweise in den Erzeugnissen der deutschen Literatur, welche seit der Mitte des 18. Jahrhunderts nach und nach eine Höhe erreicht hatte, auf welcher sie den Wettkampf mit den Literaturen der anderen europäischen Culturvölker ebenbürtig aufnehmen konnte, ja aus diesem Kampfe bald als Siegerin hervorging.

Die Blütezeit der neueren deutschen Literatur

wird durch einen Mann eingeleitet, dessen eigene dichterischen Erzeugnisse sich nicht über die Oberfläche mittelmäßiger Versmacherei emporheben, dessen Geschmack und kritisches Urtheil von einer durch die Bewunderung der französischen Dichtungen beherrschten Befangenheit bestimmt wurde, der sich aber doch große und bleibende Verdienste um unsere Literatur erworben hat. Johann Christof Gottsched (1700—1766), ein geborener Königsberger, durch seine Lehrthätigkeit aber seit dem Beginne seines Mannesalters der Universität Leipzig angehörig, nahm mit großer Kraft und zäher Energie den Kampf wider die schwülstige Unnatur der schlesischen Dichterschulen auf und drang, unter Hinweisung auf die besten französischen Muster, auf Reinheit der Sprachform und auf schlichte und durchsichtige Klarheit des Inhaltes der Gedichte. Sein nüchterner Verstand empörte sich über den sinn- und geschmacklosen Bombast, der besonders bei der handwerksmäßigen Nachahmung lateinischer Dichter zu Tage trat. Sein Sammeleifer und Forschungstrieb war gleichmäßig für Reinigung unserer Muttersprache von Fremdworten, wie für Bereicherung des Schriftdeutschen durch Wiederaufnahme in Vergessenheit gerathener alten Ausdrücke thätig. Er irrte nur, indem er die Fähigkeit, in reiner Sprachform eine Reihenfolge logisch geordneter Gedanken zum Ausdruck zu bringen, für Poesie und sich selbst für einen Dichter hielt, während er doch nur ein Kritiker war. Aber die große Energie, mit der er die Gesichtspunkte, welche er für die richtigen erkannt zu haben glaubte, allen Widersprüchen gegenüber festhielt, verschaffte ihm ein lange Zeit allen Angriffen trotzendes, die weitesten Kreise beherrschendes Ansehen. Nur im Besitze einer solchen gebieterischen Stellung innerhalb der literarischen Welt konnte er es wagen, die von Alters her der deutschen Bühne angehörige volksthümliche Figur des „Hanswurst“ von dieser zu verbannen. Die deutsche Schauspielkunst war in den vollständigsten Verfall gerathen; an nationalen Dichtungen fehlte es seit Jahrhunderten, und die alte Volkskomödie, durch keine dichterische Kraft zeitgemäß fortgebildet, war zu einer rohen und pöbelhaften Possen- und Zotenreißerei geworden. In Leipzig fand Gottsched die einer höheren Auffassung ihres Berufes fähige Schauspielerin und Schauspieldirektorin Karoline Neuber bereit, seine Ideen über das Theater und dessen Reform zu verwirklichen; der „Hanswurst“ wurde förmlich und feierlich verbrannt und die stolz und ernsthaft einherschreitenden Figuren des französischen Dramas erschienen nun in Uebersetzungen und Nachbildungen auf der deutschen Bühne. Das gewaltthätige Vorgehen des berühmten Leipziger Professors fand auch an vielen anderen Orten Deutschlands Anklang, wo überhaupt von einem deutschen Theater die Rede war; denn vorerst herrschte, besonders an den Höfen, noch allenthalben die französische Komödie und die italienische Oper.

Gegen die kritische Allgewalt Gottscheds erhob sich in demselben Jahre, in welchem Friedrich der Große den Thron bestieg, zuerst ein erheblicher Widerspruch und zwar aus der Schweiz, wo Johann Jakob Bodmer und Johann Jakob Breitinger der Ansicht des deutschen Gelehrten, daß die correcte Form das wesentlichste Erforderniß für den Dichter sei, die an sich gewiß richtigere Behauptung entgegenstellten, daß das Erhabene des Gegenstandes und die Wärme und Wahrheit des Gefühles das Wesen der Poesie ausmache. Wie jener an französischen, so hatten diese sich an englischen Mustern herangebildet und der Gegensatz der beiden fremden Nationen und ihrer Literatur wurde nun die Grundlage eines heftigen, Jahre lang fortgesetzten Streites zwischen diesen literarischen Gegnern. Die Natur dieses Streites brachte es mit sich, daß Gottsched, der sich immer strenger an die

alleinseligmachende Form anklammerte, endlich unterlag, denn die jüngeren aufstrebenden Talente wandten sich selbstverständlich den Schweizern zu, welche in der Poesie der Natur wieder zu ihrem Rechte gegen den steifen und pedantischen Zwang bloß äußerlichen Formelwesens verhalfen. Die Dichtungen Bodmers zwar, z. B. die „Noachide“, stehen auf keinem wesentlich höheren Standpunkte als Gottscheds „Sterbender Cato“ oder des von ihm bewunderten Christian von Schönaich „Hermann“, und die Lehrgedichte des Schweizers Albrecht von Haller sind doch auch nur versificirte Prosa; doch haben Beide unstreitig das Verdienst, daß von ihnen versucht wurde, erhabene, bedeutende, begeisternde Stoffe dichterisch zu behandeln. Für unseren heutigen Geschmack sind auch die Dichtungen Friedrichs von Hagedorn ungenießbar, der immerhin auf seine Zeit einen nicht unerheblichen Einfluß ausübte, durch die graziöse Leichtigkeit seiner Sprache und Darstellungsart seinen steifen und ungelenken Vorgängern gegenüber in günstigem Lichte steht und die Einwirkung, welche eine gründliche Kenntniß der alten Klassiker, besonders des Horaz, auf seine Poesie übte, nicht verkennen läßt.

Ebensowenig als diese verdient eigentlich Christian Fürchtegott Gellert (geb. am 4. Juli 1715, gest. am 13. Dec. 1769) den Namen eines Dichters. Seine Dramen erheben sich kaum über die Bedeutung der Gottsched'schen, seinen Roman „die schwedische Gräfin“ liest heute Niemand mehr, aber seine Fabeln und seine geistlichen Lieder, wenigstens die besseren derselben, haben doch ihren Urheber um mehr als ein Jahrhundert überlebt. Um ihnen gerecht zu werden, muß man allerdings weniger ihren dichterischen, als ihren sittengeschichtlichen Werth ins Auge fassen. Die hausbackene, nüchterne Moral, die sich am Ende der weitschweifig und umständlich, aber doch nicht ohne Anmuth erzählten Fabeln als Nutzanwendung darstellt, verfehlt auf harmlose Gemüther heute noch eben so wenig als zur Zeit ihres Entstehens ihre Wirkung, sie werden deßhalb in der Schule und im Volke wohl noch lange Zeit mit Erfolg gelesen werden. Gellerts geistliche Lieder, vom Pietismus angehaucht, von einer wohlthätigen Wärme erfüllt, aber ohne die Kraft und Ursprünglichkeit der alten evangelischen Kirchenlieder, waren doch dadurch bedeutsam, daß sie in der Pflichterfüllung des nach der Tugend ringenden Menschen die

Christian Fürchtegott Gellert.

vornehmste Aufgabe des Christen erblicken und also, im Geiste des Aufklärungszeitalters, Christenthum und Moral als gleichbedeutend darstellen. Durch die Schlichtheit und Einfachheit ihrer Form waren sie zudem dem Ungebildeten eben so willkommen und verständlich als dem Kenner, den jedenfalls ihre Formvollendung entzückte. Dabei war die Einwirkung der Persönlichkeit Gellerts eng verflochten mit dem Erfolge seiner Dichtungen. Er war ein Mann von feinen Formen, von edler, menschenfreundlicher Gesinnung, unendlich verehrt von seinen Leipziger

Studenten, aber auch in den weitesten Kreisen der Nation bekannt und hochgeschätzt, vielfach im Verkehr mit hochgestellten Personen, denen er zwar, wie es nun einmal die Zeit mit sich brachte, mit großer Ehrerbietung gegenübertrat, aber doch ohne die Selbstwegwerfung, durch die sich sonst wohl der deutsche Gelehrte im Umgange mit Vornehmen unvortheilhaft auszeichnete. Es ist das Urtheil bekannt, das Friedrich der Große, der ja wenig genug von der deutschen Literatur und ihren Vertretern hielt, über Gellert aussprach, als er ihn 1760 zu Leipzig sich hatte vorstellen lassen. „Dies ist der verständigste unter allen deutschen Gelehrten," hatte der König gesagt, und der Dichter konnte immerhin stolz darauf sein, sich diese achtungsvolle Anerkennung Friedrichs erworben zu haben.

Nur neun Jahre nach Gellert wurde der Mann geboren, welcher der deutschen Dichtkunst ganz neue Bahnen erschließen und sie mit der schöpferischen Kraft des Genies zu einer bis dahin unerreichten Höhe der Formvollendung und des Inhaltreichthums führen sollte. Alle die Namen, welche die Literaturgeschichte der Zeit sonst noch aufzuführen hat: der gutmüthige Satiriker Rabener, der Epiker Zachariä, der Fabeldichter Lichtwer, der als Jugendschriftsteller nicht verdienstlose Weiße u. a. verdienen nur der Vollständigkeit wegen Erwähnung und ihre Werke, einst freilich gern gelesen und nicht ohne Einfluß auf Sitte und Anschauung ihrer Tage, sind verschollen. Dagegen darf nur der Name Klopstock genannt werden, um alsbald das glänzende Bild einer großartig angelegten und gewaltig wirkenden dichterischen Persönlichkeit vor unsere Augen zu zaubern.

Friedrich Gottlieb Klopstock (am 2. Juli 1724 zu Quedlinburg geboren und am 14. März 1803 zu Hamburg gestorben) empfing die ersten Anregungen zu seiner poetischen Thätigkeit auf der vortrefflichen Gelehrtenschule seines Geburtslandes, zu Schulpforte, wo bis auf den heutigen Tag eine so große Zahl bedeutender Männer den Grund reichen Wissens und charaktervollen Könnens gelegt hat. Seine Seele war erfüllt von tiefer und wahrer religiösen Empfindung und von echter und begeisterter vaterländischen Gesinnung. In seinem „Messias", dessen erste drei Gesänge, von einem bisher noch nie erlebten schwärmerischen Beifall, besonders der Jugend, begrüßt, schon 1748 erschienen, schuf er ein episches Gedicht, welches durch Großartigkeit der

Friedrich Gottlieb Klopstock.

Anlage, dichterische Kraft und Vollendung der Form weit hervorragte über alles, was die deutsche Nation seit der mittelalterlichen Blütezeit ihrer Poesie hervorgebracht, welches die bis dahin auch in Deutschland viel bewunderten epischen Dichtungen der Franzosen und Engländer weit übertraf und sich den großen Meisterwerken des klassischen Alterthums ebenbürtig zur Seite stellen durfte. In seinen Oden griff er zurück in die damals nur ungenau gekannte germanische Vorzeit und schuf auf diesem Boden, wo er seiner reichen

Phantasie keine Zügel anlegen mußte, eine ideale Welt, in der er alle die Kraft, Tugend und Tüchtigkeit sich bewähren ließ, die er in dem deutschen Volke erkannt hatte und von deren Neubelebung durch die großen Ereignisse, die eben damals ihren Anfang genommen, er sich eine herrliche Zukunft für sein Volk versprach. Die allgemeine Begeisterung, die seine Werke entzündeten, war so groß, daß sein „Messias" von den Gläubigen wie ein Andachtsbuch betrachtet und verehrt ward, daß die ungewohnten und schwer zu lernenden Hexameter doch von Tausenden in treuem Gedächtniß bewahrt und mit wonnigem Entzücken hergesagt wurden, daß seine Oden in unzähligen jungen Gemüthern die Liebe zum Vaterlande neu erweckten, die erhabenen Gefühle der reinen Liebe und Freundschaft in einer ganz neuen, verklärten Bedeutung erscheinen ließen. Der Charakter seiner religiösen Dichtungen, zu denen auch geistliche Lieder traten, war durchaus protestantisch; nicht das historische, sondern ein dem kirchlichen Glauben, in dem er aufgewachsen, entsprechendes Christenthum besang er in seinen Werken. Ihre Wirkung blieb daher auch im großen Ganzen auf die protestantischen Länder Deutschlands beschränkt. In diesen aber lebte von den Schweizer Alpen bis zur Nordsee und über die deutschen Grenzen hinaus nach dem sprachverwandten Dänemark kein Schriftsteller, der sich ähnlichen Ruhmes, gleicher Auszeichnung und Verehrung zu erfreuen hatte wie Klopstock. An dem Hofe des trefflichen Markgrafen Karl Friedrich von Baden, der sich dem Dichter in religiöser und patriotischer Gesinnung verwandt fühlte, fand er die ehrenvollste Aufnahme und nur seine norddeutschen Lebensgewohnheiten, die ihn im Süden nie recht heimisch werden ließen, hielten ihn ab, dauernd in Karlsruhe Wohnung zu nehmen; vorher hatte er eine Reihe von Jahren in Kopenhagen gelebt, hochgeehrt von dem kunstsinnigen Dänenkönig Friedrich V. und dessen vielseitig gebildeten Minister Grafen Bernstorff; noch früher war er in der Schweiz enge verbunden gewesen mit Bodmer, mit dessen Richtung er, freilich bei unvergleichlich höherer Begabung, doch einige Verwandtschaft hat. Späterhin lebte er dann in Hamburg, von einem großen Kreise von Verehrern fast über die Grenzen des Geschmackvollen hinaus vergöttert, ein sorgenfreies, nur seinem dichterischen Wirken geweihtes Leben. Die etwas weichliche Schwärmerei, die seine dortigen Freunde beseelte, theilten in höherem oder geringerem Grade auch andere Kreise, namentlich des gebildeten Mittelstandes, wie denn im Allgemeinen in jener Zeit eine leicht bis zu Thränen der Rührung gesteigerte Stimmung die gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschte.

Recht im Gegensatze zu dieser in weiterer Fortentwickelung zu unwahren und ungesunden Zuständen führenden Gefühlsseligkeit, die froh und glücklich war, überall anzustaunen und zu bewundern, stellte Gotthold Ephraim Lessing (geboren zu Camenz am 27. Januar 1729, gestorben in Braunschweig am 15. Februar 1781) das unumstößliche Recht der Kritik in den Vordergrund des literarischen Lebens. Als Sohn eines Pfarrers war auch er zum Studium der Theologie bestimmt; als ihm aber die Universität Leipzig die stolzen Schätze der klassischen Gelehrsamkeit eröffnete und die ewigen Gesetze des Schönen sich vor seinem geistigen Auge enthüllten, entsagte er einem Berufe, gegen den sich sein kritischer wie sein ästhetischer Sinn gleich entschieden auflehnte. Doch hatte er nicht umsonst Theologie studiert. Die auf diesem Gebiete erworbenen Kenntnisse befähigten ihn, in dem Streite über die sogenannten „Wolfenbüttler Fragmente" die Angriffe des Vertreters einer starren Orthodoxie, des Hamburger Pastors Götze, siegreich zurückzuweisen. Nicht minder siegreich war er in dem Kampfe gegen den Götzendienst, der auch jetzt noch mit den Fran-

zosen, besonders ihrer dramatischen Literatur, getrieben wurde. In seiner „Hamburger Dramaturgie“ zergliederte er mit einer in Deutschland bis dahin unerhörten Schärfe die angestaunten Dramen der Racine, Corneille und ihrer deutschen Nachahmer. Er selbst aber schuf in seiner „Minna von Barnhelm“ und „Emilia Galotti“ Meister- und Musterwerke für das Lustspiel und das Trauerspiel der Zukunft und endlich in seinem „Nathan“ ein Drama, dessen leitende sittliche Idee, der Triumph der Vernunft und Menschenliebe über die

Gotthold Ephraim Lessing.

Vorurtheile der Abstammung und des religiösen Bekenntnisses, der Zeit seiner Entstehung weit vorauseilte und bis heute nur erst das Gemeingut einer Minderheit unserer Volksgenossen geworden ist. Die Freiheit seiner Gesinnung, welche ihn alle Hindernisse, die sich seinem Siegeslauf entgegenstellten, mit Leichtigkeit überwinden ließ, öffnete nun auch anderen, von gleichem Streben beseelten Menschen neue Bahnen des Forschens und Wirkens. Ihnen leuchtete er voran als der untrüglichste und kundigste Führer nach Form und Inhalt. Die strenge Logik, welche den Gang seiner Gedanken regelte, beherrschte auch die Form, in welcher er diesen Gedanken Ausdruck verlieh. Bis zu seinem kleinsten Epigramm, bis zur nebensächlichsten Anmerkung herab ist Alles, was er schrieb, von durchsichtiger Klarheit und unanfechtbarer Folgerichtigkeit in Gedankengang und Satzbildung und dabei von einer hinreißenden Schönheit, welche heute noch Gegenständen, die er kritisch oder polemisch behandelte, auch wenn sie unseren Interessen ganz fern liegen, einen unverwelklichen Reiz verleiht. Der Gedankenlosigkeit, mit der bis dahin im Allgemeinen gearbeitet worden war und mit der man besonders auch das, was auf dem Gebiete der Kunst hervorgebracht wurde, wenn es nur gefiel, bewunderte und für richtig hielt, stellte er nun in seinem „Laokoon, oder über die Grenzen der Malerei und Poesie“ gewisse unumstößliche Gesetze gegenüber, indem er ganz peinlich ein Kunstwerk zergliederte und an dem Beispiele der Meisterwerke des Alterthums nachwies, daß jedes Werk, welches die der Kunstgattung, der es angehört, angewiesenen Grenzen überschreitet, aufhört, im höheren Sinne ein wirkliches Kunstwerk zu sein. Diese ästhetischen Untersuchungen Lessings, zusammenwirkend mit den früher erwähnten philologischen und archäologischen Bestrebungen Heynes und Winckelmanns, bahnten eine völlige Neugestaltung des Unterrichts auf den Gelehrtenschulen an, wobei das Bemühen immer mehr zu Tage trat, neben den Formen auch das Wesen des classischen Alterthums nach und nach besser zu ergründen und in Fleisch und Blut der Schüler übergehen zu lassen.

An Lessing, dem Dichter, haben wir aber noch eine andere Seite hervorzuheben: in „Minna von Barnhelm“ stellte er nicht nur, im Gegensatze zu den anderen Dramatikern seiner Zeit, statt ersonnener Schicksale erdichteter Personen

aus fernen Jahrhunderten, die aus dem Leben unmittelbar herausgegriffenen Geschicke von Zeitgenossen dar, sondern er gab diesen auch den großartigen Hintergrund des siebenjährigen Krieges, der bewunderungswürdigen Thaten, durch welche Friedrich der Große zuerst wieder nach langen Jahren der Erniedrigung dem deutschen Volke das Recht, stolz unter die anderen Völker zu treten, errungen hatte. Eine edle vaterländische Begeisterung durchdringt das Lessing'sche Lustspiel, eine warme Bewunderung des großen Königs, der freilich seinerseits diesen Zoll einer aufrichtig empfundenen und in kunstreich vollendeter Form ausgedrückten Huldigung gar nicht entgegennahm, sondern, voreingenommen wie er nun einmal war gegen die literarischen Erzeugnisse der Deutschen, sich des Genusses beraubte, den ihm die nähere Bekanntschaft mit Lessings Werken unzweifelhaft bereitet hätte, in welchen er, neben einer den Franzosen ebenbürtigen Feinheit, die echt deutschen Tugenden der Wahrhaftigkeit und Gründlichkeit gefunden haben würde.

Diese patriotische Stimmung, wie wir sie in „Minna von Barnhelm“ ausgedrückt finden, beseelt auch die in würdigem Stile gehaltenen Gedichte von Karl Wilhelm Ramler und die heute noch lesenswerthen Kriegslieder, die Ludwig Gleim einem preußischen Grenadier in den Mund legt, die selbst Goethe um deßwillen hoch schätzt, „weil sie in und mit der That entsprungen sind und noch überdies, weil an ihnen die glückliche Form, als hätte sie ein Mitstreitender in den höchsten Augenblicken hervorgebracht, uns die vollkommenste Wirksamkeit empfinden läßt.“

Aber es war nicht Jedermanns Sache, am wenigsten die der ganz französisch gebildeten höheren Gesellschaft, sich an Klopstocks christlichen und germanischen Gedichten zu erheben, Lessings kritische Schärfe und geistige Freiheit zu würdigen, die specifisch preußische Vaterlandsliebe Gleims zu theilen. Für diese Kreise waren verständlicher und genußreicher die, allerdings mit Puder und Reifrock aufgeputzten Schäferidyllen Salomon Geßners, die anakreontischen Lieder, in denen Peter Uz oder auch Ludwig Gleim, wenn er den Grenadierdegen abgelegt hatte, die harmlosen Freuden mäßiger Gelage schilderten, die malerischen Naturschilderungen Ewald Christians von Kleist.

Der eigentlich tonangebende Schriftsteller für diese Gesellschaftskreise aber erstand erst in Christof Martin Wieland (geboren zu Biberach am 5. September 1733, gestorben zu Weimar am 20. Januar 1813), der die Grazie, Leichtigkeit und Frivolität der zeitgenössischen französischen Dichter zuerst in die deutsche Literatur einführte und eine Reihe von Werken schuf, die, von der eleganten Welt seiner Zeit gierig verschlungen, mit wenigen Ausnahmen heute verschollen sind und schon bei ihrem Entstehen die sittliche Entrüstung der Anhänger des Klopstockischen Idealismus erregten; durch ihre echt realistische Auffassung aller dargestellten Verhältnisse und des Dichters große Formgewandtheit übten jedoch die Romane und poetischen Erzählungen Wielands trotz jenen Anfeindungen und Protesten, den größten Einfluß auf den zeitgenössischen Geschmack aus und fanden auch an Heinse und Thümmel begabte, in dem schlüpfrigen Tone ihr Vorbild noch überbietende Nachahmer.

Für die weitere Entwickelung unserer Nationalliteratur war es von höchster Bedeutung, daß nun ein Mann auftrat, der durch seine Studien in den Schriftwerken fast aller Völker der alten und neuen Zeit durchaus neue Gesichtspunkte aufstellte und für die Schriftsteller wie den ernsthaften Theil des Publikums auch ganz neue Gesichtskreise eröffnete. Johann Gottfried Herder (geboren zu Mohrungen in Ostpreußen am 25. August 1744, gestorben in Weimar am 18. December 1803) ging, wie Lessing, von dem Studium der Theologie aus,

aber er verließ diese nie völlig, war im Gegentheil bis zum Ende seines Lebens im geistlichen Amte thätig und stellte der kritischen Behandlungsweise Lessings eine stets die praktischen Bedürfnisse der Gemeinde berücksichtigende, das Gemüth den höchsten Zielen und Aufgaben des Menschen zuwendende Art, die religiösen Fragen zu betrachten und zu erläutern, gegenüber. Insofern trat er in unmittelbaren Gegensatz zu Lessing, als er die aus dessen kritischer Wirk-

Johann Gottfried Herder.

samkeit hervorgehende rationalistische Richtung scharf bekämpfte und nicht in einer Verdrängung der christlichen Anschauungsweise und Bildung durch die antike, sondern in der Versöhnung beider seine wesentlichste Aufgabe erblickte. In der Literatur der alten und neuen Völker suchte er den Spuren des Volksgeistes nachzugehen und aus den literarischen Denkmalen aller Zeiten den großen Zusammenhang in der Bildungsgeschichte des Menschengeschlechtes und dessen stetigen Fortschritt nachzuweisen. Was ihn an den literarischen Erzeugnissen, auch den vaterländischen, vorzugsweise interessirte, war demnach weniger das, was sie unmittelbar und an sich bedeuteten und werth waren, als vielmehr die Stufe, welche sie in der Entwickelungsgeschichte der Menschheit einnahmen. Dadurch und indem er in meisterhaften Uebersetzungen griechische und hebräische, französische, englische und spanische Lieder zum Gemeingut der Gebildeten in Deutschland machte, nicht durch seine eigenen Gedichte, welche meist die Vorzüge seiner Uebertragungen entbehren, erwarb er sich um die Literatur und die Gesammtbildung unseres Vaterlandes die bleibendsten Verdienste.

Mit Herder und der von ihm neu eröffneten Richtung, welcher auf dem weiten Gebiete der Poesie aller Völker in erster Reihe Shakespeare und Homer als die vornehmsten Musterbilder voranleuchteten, welche das Losungswort ausgab, daß mit der künstlich gemachten Dichtkunst gründlich gebrochen und mit aller Kraft dahin gestrebt werden müsse, aus dem Urquell der Poesie, aus dem Volksgeist unmittelbar zu schöpfen, begann jene Jugendzeit der neuen deutschen Dichtkunst, die man gewöhnlich mit dem Namen der „Sturm- und Drangperiode" bezeichnet.

Ein Theil der Jünglinge, die sich berufen glaubten, aus der urwüchsigen Naturkraft heraus, die sie in sich lebendig fühlten, die deutsche Nationalliteratur neu zu gestalten, schloß in Göttingen einen Bund, den sie den „Hainbund" nannten. In harmloser Schwärmerei für die Reize der Natur, in demüthiger Verehrung des großen Klopstock, in sittlicher Entrüstung über den frivolen Wieland, in sentimentaler Hingabe an eine uneigennützige und opferwillige Freundschaft, in glühender Begeisterung für Freiheit, Tugend, Vaterland fanden sie das Programm ihrer Vereinigung und die Zielpunkte ihrer Gedichte. Johann Heinrich Voß (später auf anderen Gebieten in der That um die deutsche Kultur hochverdient), die beiden Grafen Stolberg,

Ludwig Hölty, eine Zeit lang auch Gottfried August Bürger (der allerdings bald andere Bahnen betrat und der Urheber unserer Balladendichtung wurde), waren die hervorragendsten Theilnehmer dieses Kreises. Nicht ohne Verwandtschaft mit ihnen und jedenfalls in der fast abgöttischen Verehrung Klopstocks mit den „Hainbündlern" einig war der Schweizer Johann Kaspar Lavater, der in seinen lyrischen, besonders kirchlichen Gedichten den Dichter der „Messiade" vielfach nachahmte, dabei aber nicht ohne Anknüpfungspunkte an die wundergläubigen und geheimnißkrämerischen Freimaurer und Rosenkreuzer war, eine Richtung, in der ihn Johann Heinrich Jung, genannt Stilling, noch weit übertraf, wobei indeß zu bemerken ist, daß Beider Zusammenhang mit den genannten Verbindungen und auch mit dem vielgenannten Swedenborg sich nur auf die Ahnung geheimnißvoller Kräfte in der Natur und den Versuch, sich diese dienstbar zu machen, beschränkt, während sie an den Aufklärungsbestrebungen der Zeit keinen Theil nahmen, vielmehr in einem streng kirchlichen Christenthum das einzige Heil der Menschheit erblickten.

Wieder andere Kräfte waren am Rhein und in Schwaben thätig. Hier der stürmische Friedrich Schubart, der die feurigen Ergüsse seines Tyrannenhasses gegen den Herzog von Wirtemberg richtete und in langer Gefangenschaft dafür büßte, dort das jeder Form spottende Talent von Reinhold Lenz und die wilde Phantasie von Friedrich Maximilian Klinger, dessen an Ungeheuerlichkeiten reiches Drama „Sturm und Drang" der ganzen Richtung den Namen gegeben hat.

Die rohe Naturkraft, die des Gleichgewichtes und der künstlerischen Ruhe und Harmonie völlig entbehrende Willkür dieser stürmischen Geister hätte unsere vaterländische Literatur zu einer Heimstätte wilden und formlosen Getöses gemacht, unter dessen lärmenden Klängen der poetische Gehalt der von ihnen erzeugten Werke gänzlich verschwunden wäre, wenn nicht aus ihrer Mitte heraus ein wahrer Dichter seine von dem Hauche des Genius geweihten Fittiche entfaltet hätte.

Johann Wolfgang Goethe (geboren am 28. August 1749 zu Frankfurt) versöhnte die von Herder verlangte Naturwüchsigkeit der Empfindung mit den von Lessing aufgestellten Anforderungen an Wesen und Form eines Kunstwerkes. Durch Herder, mit dem er in Straßburg bekannt wurde, wo, in der damals noch erst wenig von französischen Einflüssen beherrschten

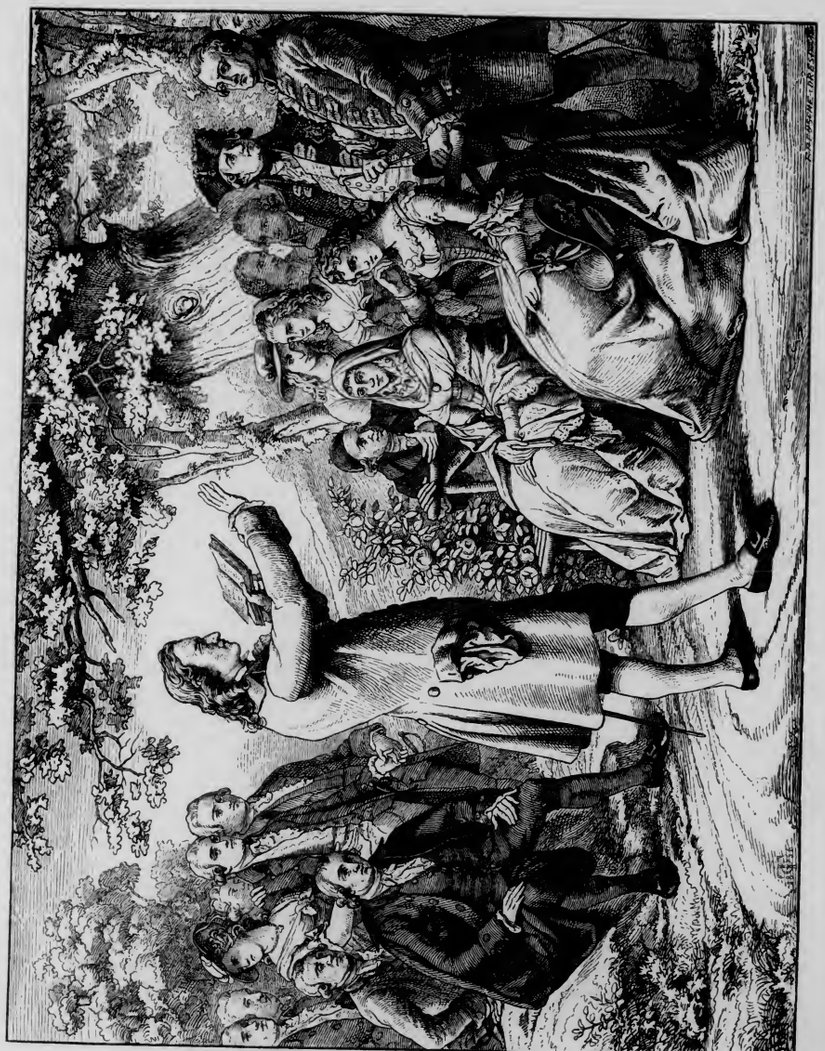
Johann Wolfgang Goethe.

Stadt, Goethe seine Studien vollendete, ward er auf das Volksthümliche, als die Offenbarung des Empfindungslebens der Einzelnen und auf Shakspeare, den Schöpfer lebensvoller, mit stürmischer Gewalt sich vor den Augen des Publikums entwickelnder dramatischen Begebenheiten, unmittelbar aus dem Leben auf die Bühne gebrachter Gestalten, hingewiesen. Gleich das

erste größere Werk, das er dichtete, „Götz von Berlichingen“ (1773), voll Leben, Kraft und Originalität, voll anmuthiger, wenn auch etwas zu ungleichmäßiger Bewegung, entzündete mit einer elementaren Gewalt, mit der unwiderstehlichen Macht des Genius in Tausenden von Gemüthern ein nie wieder erlöschendes Feuer der Begeisterung. In den „Leiden des jungen Werther“ (1774) schilderte er mit realistischer Treue die Sentimentalität der Zeit, der auch er seinen Tribut entrichtet hatte. In beiden Werken war es neben der Tiefe und Wahrheit der Beobachtung und Schilderung vorzüglich auch die schöne Form, wodurch er neue Bahnen eröffnete, die eben nur die Genialität zu erschließen im Stande ist. Die Theilnahme für diese Dichtungen durchdrang belebend und erwärmend die weitesten Kreise und riß in ganz anderer (weil naturgemäßer und daher wahrer) Begeisterung, als dereinst Klopstocks „Messias“, besonders die Jugend unseres Vaterlandes mit sich fort. Da war es für die Weiterentwickelung Goethes von hoher Bedeutung, daß unter dieser für ihn schwärmenden Jugend sich auch ein deutscher Fürst befand, Herzog Karl August von Sachsen-Weimar, der den Dichter als Freund an seinen Hof zog, an dem früher, in besonders nahem Verkehr mit der geistvollen Herzogin-Mutter Amalie, schon Wieland eine wichtige literarische Strömung vertreten hatte. In dem kleinen, vom Weltverkehr weitabliegenden Städtchen begann nun ein ungebundenes Treiben der jungen Genies — denn der Herzog fand gleichgesinnte Männer unter den Cavalieren seines Hofes und um Goethe schaarten sich bald andere, wenn auch nicht ebenbürtige, so doch geistesverwandte Freunde — das in Jagden und Trinkgelagen, in Komödienspielen und Liebesabenteuern ein paar Jahre lang den staunenden Zeitgenossen ein noch nie gesehenes Schauspiel bot, bis sich aus dem gährenden Most der reinste und herrlichste Göttertrank abklärte, bis, unter Hinzutritt Herders und Schillers, diese geniale Wirthschaft, die ja nur von vorübergehender Dauer sein konnte, einer großartigen und geistigen Schöpfungsperiode Platz machte, welche unserer Literatur eine Reihe der bedeutendsten Werke von unvergänglichem Werthe schenkte und die Namen Karl August und Weimar mit einem, jedes deutsche Herz mit Stolz und Freude erfüllenden Glanze umgab.

Was Goethe dichtete, die schlichten, volksthümlichen Lieder und Balladen, die gewaltig ergreifenden Oden, die von der höchsten Anmuth durchwehten Elegien, die nach Form und Inhalt gleich vollendeten Dramen, ein „Tasso“, eine „Iphigenie“, ein „Egmont“, ein „Faust“, seine epischen Dichtungen „Hermann und Dorothea“ und „Reinecke Fuchs“, seine Romane „Die Wahlverwandtschaften“ und „Wilhelm Meister“ — das Alles ist von einer des Dichters Lebensjahre weit überragenden Dauer, von einer jedes neue Geschlecht von Neuem begeisternden Bedeutung nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die Gebildeten aller Nationen. Für seine Zeit und sein Volk unmittelbar beruhte aber Goethes gewaltiger Einfluß darauf, daß die Hauptströmungen der Zeit in seinem Geist und Gemüthe dichterische Gestalt annahmen und daß so seine Schöpfungen, als fertige Kunstwerke in die Erscheinung tretend, das gesammte Geistesleben jener Tage zur Darstellung bringen. Und indem seine persönlichen Erlebnisse und die allgemeinen Zustände, wie sie sich in seiner Seele spiegelten, in solcher Weise den Kern seiner Werke bildeten, wurde das, was der Dichter durchlebte und durchkämpfte, zugleich der Ausgangspunkt für die zahlreichen zeitgenössischen Schriftsteller, die in Goethes Fußstapfen einherwallten. So war die Einwirkung Goethes durch seine eigenen Dichtungen und die Werke seiner Nachahmer eine fast unermeßliche.

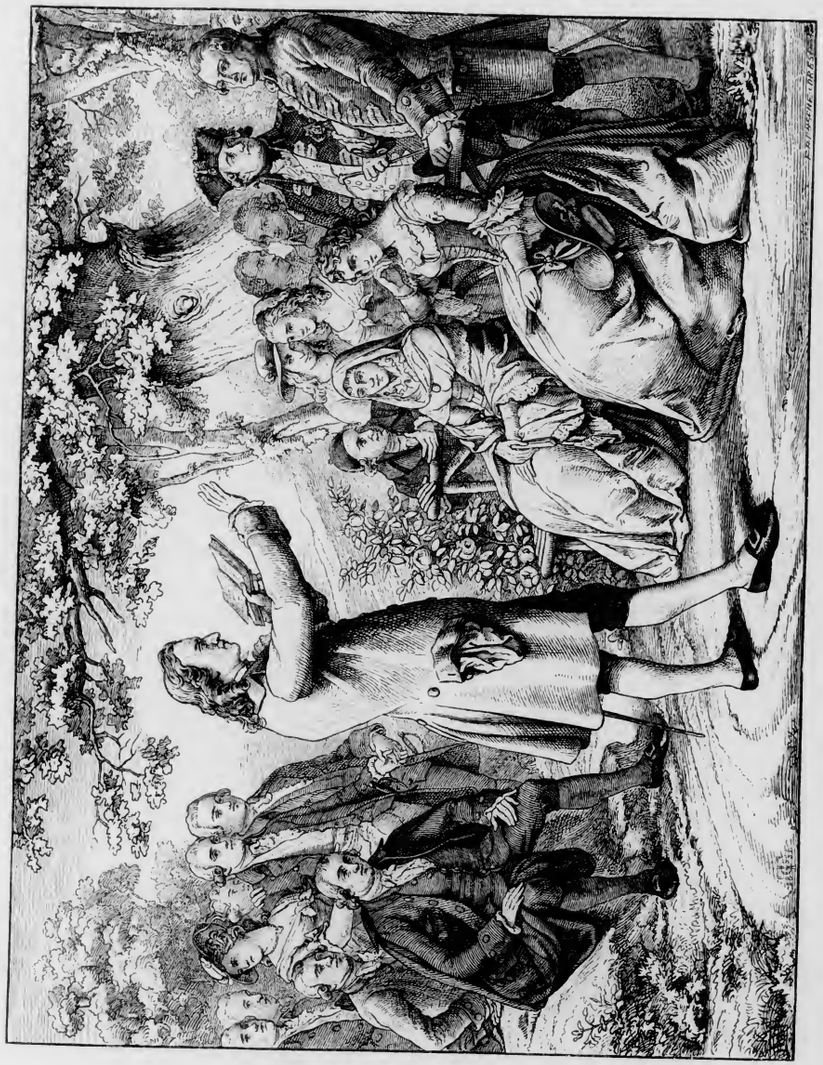
Aber nicht minder groß war die Bedeutung



erste größere Werk, das er dichtete, „Götz von Berlichingen“ (1773), voll Leben, Kraft und Originalität, voll anmuthiger, wenn auch etwas zu ungleichmäßiger Bewegung, entzündete mit einer elementaren Gewalt, mit der unwiderstehlichen Macht des Genius in Tausenden von Gemüthern ein nie wieder erlöschendes Feuer der Begeisterung. In den „Leiden des jungen Werther“ (1774) schilderte er mit realistischer Treue die Sentimentalität der Zeit, der auch er seinen Tribut entrichtet hatte. In beiden Werken war es neben der Tiefe und Wahrheit der Beobachtung und Schilderung vorzüglich auch die schöne Form, wodurch er neue Bahnen eröffnete, die eben nur die Genialität zu erschließen im Stande ist. Die Theilnahme für diese Dichtungen durchdrang belebend und erwärmend die weitesten Kreise und riß in ganz anderer (weil naturgemäßer und daher wahrer) Begeisterung, als dereinst Klopstocks „Messias“, besonders die Jugend unseres Vaterlandes mit sich fort. Da war es für die Weiterentwickelung Goethes von hoher Bedeutung, daß unter dieser für ihn schwärmenden Jugend sich auch ein deutscher Fürst befand, Herzog Karl August von Sachsen-Weimar, der den Dichter als Freund an seinen Hof zog, an dem früher, in besonders nahem Verkehr mit der geistvollen Herzogin-Mutter Amalie, schon Wieland eine wichtige literarische Strömung vertreten hatte. In dem kleinen, vom Weltverkehr weitabliegenden Städtchen begann nun ein ungebundenes Treiben der jungen Genies — denn der Herzog fand gleichgesinnte Männer unter den Cavalieren seines Hofes und um Goethe schaarten sich bald andere, wenn auch nicht ebenbürtige, so doch geistesverwandte Freunde — das in Jagden und Trinkgelagen, in Komödiespielen und Liebesabenteuern ein paar Jahre lang den staunenden Zeitgenossen ein noch nie gesehenes Schauspiel bot, bis sich aus dem gährenden Most der reinste und herrlichste Göttertrank abklärte, bis, unter Hinzutritt Herders und Schillers, diese geniale Wirthschaft, die ja nur von vorübergehender Dauer sein konnte, einer großartigen und geistigen Schöpfungsperiode Platz machte, welche unserer Literatur eine Reihe der bedeutendsten Werke von unvergänglichem Werthe schenkte und die Namen Karl August und Weimar mit einem, jedes deutsche Herz mit Stolz und Freude erfüllenden Glanze umgab.

Was Goethe dichtete, die schlichten, volksthümlichen Lieder und Balladen, die gewaltig ergreifenden Oden, die von der höchsten Anmuth durchwehten Elegien, die nach Form und Inhalt gleich vollendeten Dramen, ein „Tasso“, eine „Iphigenie“, ein „Egmont“, ein „Faust“, seine epischen Dichtungen „Hermann und Dorothea“ und „Reinecke Fuchs“, seine Romane „Die Wahlverwandtschaften“ und „Wilhelm Meister“ — das Alles ist von einer des Dichters Lebensjahre weit überragenden Dauer, von einer jedes neue Geschlecht von Neuem begeisternden Bedeutung nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die Gebildeten aller Nationen. Für seine Zeit und sein Volk unmittelbar beruhte aber Goethes gewaltiger Einfluß darauf, daß die Hauptströmungen der Zeit in seinem Geist und Gemüthe dichterische Gestalt annahmen und daß so seine Schöpfungen, als fertige Kunstwerke in die Erscheinung tretend, das gesammte Geistesleben jener Tage zur Darstellung bringen. Und indem seine persönlichen Erlebnisse und die allgemeinen Zustände, wie sie sich in seiner Seele spiegelten, in solcher Weise den Kern seiner Werke bildeten, wurde das, was der Dichter durchlebte und durchkämpfte, zugleich der Ausgangspunkt für die zahlreichen zeitgenössischen Schriftsteller, die in Goethes Fußstapfen einherwallten. So war die Einwirkung Goethes durch seine eigenen Dichtungen und die Werke seiner Nachahmer eine fast unermeßliche.

Aber nicht minder groß war die Bedeutung



und der Einfluß, den Friedrich Schiller auf die Nation ausübte. In Marbach am 10. November 1759 geboren, in der hohen Karlsschule seiner wirtembergischen Heimath erzogen, entfloh er dem ärztlichen Berufe, zu dem ihn sein Landesherr bestimmt hatte, um sich fortan nur der Literatur zu widmen. Von dem Herzog Karl August in sein Land berufen, zuerst als Professor in Jena, dann mit Goethe in engster, neidloser Freundschaft verbunden, in Weimar ganz seiner Kunst lebend, ward er von dem erbarmungslosen Geschick in der Vollkraft des Lebens und Schaffens, als er „zum Höchsten sich emporgeschwungen", am 9. Mai 1805 dahingerafft.

Auch Schiller wurde von den großen Strömungen, welche seine Zeit beherrschten, sehr wesentlich beeinflußt, aber in ganz anderer Art als Goethe brachte er ihre Einwirkung zur poetischen Darstellung. Nicht wie sich diese Strömungen in seinen eigenen Erlebnissen, in seiner persönlichen Entwickelung geltend machten, lesen wir aus seinen Dichtungen heraus, nicht die wirklichen Vorgänge und Zustände seiner Zeit schildert er in dichterischer Form, sondern er trägt die Ideen, die er sich gebildet, die ihn erfüllen, in äußere Erscheinungen des Augenblicks hinein. Der „Sturm und Drang" der in vollster Gährung begriffenen politischen Verhältnisse fand seine poetische Gestaltung in den „Räubern", die republikanischen Ideen des Zeitalters kamen in „Fiesco", die socialen Mißstände, der Gegensatz zwischen der Frivolität der höheren und der schlichten Ehrbarkeit der mittleren Stände in „Kabale und Liebe" zum Ausdruck, die modernen Freiheitstendenzen vertrat, im grellen Widerspruch mit der brutalen Tyrannei, „Don Carlos". Dann aber, als, vorzüglich durch gründliche geschichtliche Studien, die brausende Unruhe seiner dichterischen Eingebungen einem sicheren Gleichmaß seiner Empfindungen gewichen war, beschenkte Schiller die Nation mit den großen Dramen „Wallenstein" und „Wilhelm Tell", „Maria Stuart" und „Jungfrau von Orleans", in denen er geschichtliche Figuren, an denen auch die Mitwelt noch ein lebhaftes Interesse nahm, zu seinen Helden machte und diese um ihrer selbst willen, um der großen geschichtlichen Vorgänge willen, die sich an ihre Namen knüpfen, nicht als die Träger moderner Ideen,

Friedrich Schiller.

poetisch gestaltete und verklärte. Die ideale Richtung seiner Dichtungen, die Vornehmheit seiner Gesinnung, von der Goethe sagt:

„ . . hinter ihm, in wesenlosem Scheine,
Lag, was uns alle bändigt, das Gemeine",

machte Schiller in noch höherem Grade als Goethe zum angestaunten und hochgefeierten Liebling der Jugend, welcher der Zug nach dem Idealen naturgemäß immer geistesverwandter und anziehender ist, als die, wenn auch noch so meisterhaft durchgeführte Darstellung der Wirklichkeit. Wenn wir demnach Goethe als den Vertreter des Schönen, Schiller als den Ver-

treter der Freiheit kennzeichnen dürfen, so ist damit schon angedeutet, in welcher Weise das größte Ereigniß des ausgehenden 18. Jahrhunderts, die französische Revolution, auf beide Männer einwirkte. War Goethe auch nicht unempfänglich für die hochtönenden Worte von den Menschenrechten, von Freiheit und Gleichheit, so widerte bald das wüste Geschrei der Freiheitskämpfer sein stets harmonischen Wohlklang forderndes Ohr an und in demjenigen seiner Werke, in welchem sich die Revolutionszeit widerspiegelt, bildet sie nur den großen geschichtlichen Hintergrund, von dem sich in wohlthuendem Gegensatze das liebliche Idyll von „Hermann und Dorothea“ abhebt. Der um 10 Jahre jüngere Schiller aber wandte sich freilich mit demselben Entsetzen wie Goethe von den späteren Greuelthaten der französischen Revolution ab, aber der ideale Freiheitsbegriff blieb doch auch über diesen Zeitpunkt schmerzlicher Enttäuschung hinaus der belebende Hauch, der alle seine Dichtungen durchweht.

Wie schon Herder mit seiner Betonung des allgemein Menschlichen, der Humanität, die Blicke seiner Zeitgenossen von dem Boden des Vaterlandes weg in unabsehbare Weiten gelenkt hatte, so standen auch Goethe und Schiller und alle anderen hervorragenden Geister Deutschlands am Ausgange des 18. Jahrhunderts auf diesem kosmopolitischen Standpunkte. Spießbürgerlich, kleinlich und engherzig erschien ihnen die Beschränkung der Gefühle auf das im Verhältniß zum Weltganzen freilich kleine Gebiet, das die deutsche Nation auf dem Erdballe einnimmt; die Gesammtheit der Menschen mit brüderlicher Gesinnung zu umfassen, das schien ihnen die des edeln Menschen einzig würdige Aufgabe zu sein. Die Abgeschlossenheit eines Volkes, die Betonung seiner Eigenart, den Stolz auf seine ihm besonders eigenthümlichen Fähigkeiten und Leistungen hielten sie für einen Rückschritt zu der Barbarei vergangener Tage. Selbst Kant, der streng logische Denker träumte von einem die ganze Welt umfassenden ewigen Frieden.

Wenn sich so die ganze nationale Literatur den Boden, aus dem heraus sie gewachsen war und sich entwickelt hatte, wenn man so sagen darf, selbst unter den Füßen hinwegzog, um sich auf einen anderen, einen internationalen Standpunkt zu stellen, so war eigenthümlicher Weise diese nämliche Literatur, und nur sie, die Kraft, welche die gesammte deutsche Nation durch ein geistiges Band zusammenhielt. Das deutsche Reich konnte ja keine Staatsgesinnung erzeugen, aber in dem allen Deutschen, zunächst wenigstens der gebildeten Stände, gemeinsamen Genusse der Dichtungen unserer großen Meister fanden sich Baiern und Preußen, Sachsen und Schwaben vereinigt als Glieder eines großen und zusammengehörigen Ganzen, so fremd sie sich auch sonst gegenüberstehen mochten. Schwere Jahre der Prüfung und des Duldens waren dann nöthig, um die Deutschen diese, alle Welt liebend umfassende und des eigenen Vaterlandes vergessende Gesinnung als die Quelle ihrer Zerrissenheit und Ohnmacht erkennen zu lassen. Erst durch das Unglück lernten unsere Väter das Vaterland lieben.

Mit dem Aufschwunge der Philosophie, der Philologie und Literatur hielten auch die sogenannten exakten Wissenschaften gleichen Schritt. In der Mathematik und Physik wetteiferte Leonhard Euler (1707—1783) mit den hervorragendsten französischen Vertretern seines Faches, die bis dahin als die ersten auf diesem Gebiete gegolten hatten; fast alle Zweige der Naturforschung beherrschte Johann Friedrich Blumenbach (1752—1840), besonders hervorragend als Physiolog und vergleichender Anatom, und als Lehrer an der Universität Göttingen von größtem Einfluß auf die Ausbreitung und Vertiefung ernster naturwissenschaftlichen Studien. Gleichzeitig wirkte als Anatom Samuel Thomas Sömmering (1755—1830), als Arzt

Christof Wilhelm Hufeland (1762—1836), der erstere in Frankfurt und München, der andere in Jena und Berlin, und alle diese Männer bildeten zahlreiche Schüler heran, welche nach dem Vorbild ihrer Meister bald an allen deutschen Hochschulen der Wissenschaft neue Bahnen eröffneten.

Erst einer späteren Zeit war die Entstehung einer deutschen bildenden Kunst vorbehalten. Maler und Bildhauer dieser Tage konnten sich noch nicht von den ausländischen Mustern frei machen, leisteten aber in Nachahmung der besten französischen, italienischen und niederländischen Meister sehr Anerkennenswerthes.

Die deutsche Musik dagegen feierte eben jetzt ihre stolzesten Triumphe. Christof Gluck (1714—1787) wurde der Reformator der Tonkunst. An die Stelle des hergebrachten Opernstiles, bei dem der lediglich das Ohr kitzelnde Wohlklang Alles war, setzte er den naturwahren Ausdruck tiefinnerlicher Empfindung, statt der conventionellen musikalischen Phrase die scharfe Charakteristik jeder einzelnen in der Oper auftretenden Person und jedes zur Darstellung kommenden Vorganges; der Macht seiner Tonsprache gelang es, für das Anmuthige und Liebliche eben so sicher und bestimmt, wie für das Großartige und Gewaltige den richtigen Ausdruck zu finden. Selbst Paris mußte sich vor der Erhabenheit seiner „Iphigenie in Aulis“ — natürlich nicht ohne lebhaften Widerstand der bis dahin allein herrschenden Italiener — beugen. Einen ganz anderen Charakter als die Kunstwerke Glucks tragen die Compositionen von Josef Haydn (1732—1809) an sich. Seine Symphonien und Sonaten, seine Quartette und Trios wie seine Tongemälde „die Schöpfung“ und „die Jahreszeiten“ sind durch natürliche, lebensfrohe Heiterkeit, liebenswürdige Schlichtheit und einen harmlos-schalkhaften Humor gleich sehr ausgezeichnet, wie durch die klare Durchsichtigkeit und Faßlichkeit ihres Aufbaues und ihrer Durchführung. Haydn nahe verwandt, doch ihn an Tiefe und Vielseitigkeit überragend sehen wir Wolfgang Amadeus Mozart (1756—1791) erstehen, den unerreichten Meister auf dem Gebiete der Melodie und der vollendeten musikalischen Schönheit. Zwar bildete er den von Gluck so glücklich in der Oper eingeführten Stil leider nicht weiter aus, sondern kehrte, der äußeren Erscheinung nach, wieder zu der Arienform der Italiener zurück; aber diese Form erfüllte er mit einem reichen, den Charakter der einzelnen Person unübertrefflich zu Gehör führenden Inhalt. Tiefe des Gefühles, Reichthum der Phantasie, Unerschöpflichkeit der Erfindung und Mannichfaltigkeit des Ausdruckes vereinigen sich in Mozarts Werken, um sie zu den höchsten Kunstleistungen zu stempeln. Sein „Figaro“, sein „Don Juan“ werden stets das höchste Entzücken jedes überhaupt für musikalische Genüsse Empfänglichen erwecken und gewiß über die Geschmacksveränderungen von Jahrhunderten hinaus den Ruhm ihres Schöpfers lebendig erhalten. Auch Mozarts Symphonien, Clavier- und Kammermusikwerke zeichnen sich durch dieselben Vorzüge aus, wie seine Opern. Die Musik wurde von da ab immer mehr ein Culturelement in der Entwickelung unserer Nation, nicht nur durch die zahlreichen Aufführungen der großen Meisterwerke eines Gluck, Haydn, Mozart, zu denen bald ein noch gewaltiger begabter Genius in Ludwig van Beethoven hinzutrat, sondern auch, und vielleicht in noch breiter und tiefer wirkendem Maße, durch die Einführung der Musik in die Familie, in den Freundeskreis, durch die Aufnahme der Musik, besonders der Clavier- und Kammermusikkompositionen, unter die edelsten Anziehungsmittel der wahrhaft gebildeten Gesellschaft, mit einem Worte durch die Hausmusik.

Wie nun, nachdem so große Meisterwerke entstanden waren, die deutsche Oper nach und nach die besonders von den Höfen begünstigte italienische Oper verdrängte, so gelang es auch,

da es ja nicht mehr an den hervorragendsten dramatischen Werken fehlte, dem deutschen Schauspiel, sich immer mehr als ein wichtiges Bildungsmittel geltend zu machen und feste Stätten zu erobern. In Hamburg gründete Konrad Ackermann das erste deutsche Nationaltheater, in Wien eröffnete Kaiser Josef II. in seiner Hofburg dem deutschen Schauspiel eine Heimath, in Mannheim errichtete der Freiherr Wolfgang Heribert von Dalberg eine Musterbühne, auf der die Jugendwerke Schillers und Goethes zuerst über die Bretter gingen, auch Berlin erhielt endlich sein Nationaltheater und in August Wilhelm Iffland, dem verdienten Dichter und berühmten Schauspieler, einen vortrefflichen denkenden Leiter, in Weimar stand kein geringerer als Goethe selbst der Hofbühne vor. Die Namen Ekhof, Schröder, Beck, Beil, Fleck, Unzelmann, Bethmann und anderer hervorragenden Schauspieler wurden in den weitesten Kreisen mit Bewunderung genannt und ihre Träger in der Gesellschaft vielfach ausgezeichnet, kaum ein halbes Jahrhundert, nachdem das übel beleumundete Personal heimathloser Wanderbühnen noch allein den Schauspielerstand vertreten und Hanswurst das Repertoire beherrscht hatte.

So war denn am Ende des 18. Jahrhunderts in unserem Vaterlande das gesammte geistige Leben in reichster Fülle entwickelt. Auf fast allen Gebieten der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst entstanden ganz hervorragende Werke. Die weitesten Kreise des Volkes begannen an diesem Geistesleben innigen Antheil zu nehmen. Da pochte plötzlich an dieses in sich abgeschlossene und der Außenwelt vergessende Paradies die rauhe Faust der Wirklichkeit. Die Stürme der französischen Revolution sandten ihre überschäumenden Wogen über die Grenzen herüber nach Deutschland; diese Wogen begruben in ihrem Schooße das Scheingebäude des deutschen Reiches und stellten jedem, der da sehen wollte, vor Augen, daß die höchste geistige Begabung die bewundernswertheste literarische Leistung, die reifste Kunstentwickelung keinen Ersatz biete für den Mangel eines kräftigen, seine Angehörigen schützenden, alle in der Nation lebendigen Kräfte fest zusammenfassenden Staatswesens.

Nach Friedrichs II. Tode bewegte sich die auswärtige Politik des preußischen Staates in den ersten Jahren der Regierung König Friedrich Wilhelms II. in den Bahnen, welche ihr der gewaltige Geist des großen Königs angewiesen hatte. Der Minister Graf Herzberg leitete in dieser Richtung klug und sicher die auswärtigen Beziehungen Preußens. Sein Streben, das Gleichgewicht der Staaten Europas zu erhalten, führte von selbst zu einer entschieden ablehnenden Haltung gegen die Bestrebungen Oesterreichs und Rußlands, welche sich in dem Vertrage von Zarskojé-Selo (1780) zur Zertrümmerung der Türkei verbunden hatten, ein Bündniß, dem auch König Stanislaus von Polen beigetreten war. Es konnte kein Zweifel bestehen, daß, nach Ueberwindung der Türkei, diese drei Mächte nicht zaudern würden, ihre Waffen zunächst gegen Preußen zu kehren.

So war es denn nur natürlich, daß das unmittelbar bedrohte Preußen sich gegen diese Gefahr ebenfalls durch den Abschluß von Bündnissen zu sichern suchte. Es verband sich zu diesem Zwecke mit England und Holland, mit Schweden und der Türkei und untergrub die Stellung des Königs Stanislaus, indem Graf Herzberg enge Verbindungen mit der diesem feindlichen patriotischen Partei in Polen einging. Die preußische Armee, wohl gerüstet, 160,000 Mann stark, war bereit, auf den Ruf des Königs gegen Rußland und Oesterreich in das Feld zu ziehen. Noch zehrte sie von dem Ruhme, den sie sich unter der Führung des großen Königs erworben hatte, noch galt sie als die

erste der Welt, als unbesiegbar. Dieses günstige Vorurtheil erhielt neue Nahrung, als sich Preußen veranlaßt sah, in Holland militärisch einzuschreiten, wo sich zwischen dem Erbstatthalter Wilhelm V. von Oranien und der republikanischen Partei ein Zwist entsponnen hatte, in dessen Verlauf Wilhelms Gemahlin, eine Schwester Friedrich Wilhelms II., persönlich schwer beleidigt worden war. Auf den Hilferuf des Erbstatthalters ließ der König im September 1787 20,000 Mann marschiren, denen es ein Leichtes war, die ungeübten holländischen Milizen zu Paaren zu treiben; unter dem Schutze der preußischen Bajonnete kehrte der vertriebene Fürst in seine alte Stellung wieder zurück, um noch entschiedener als bisher die Politik der Niederlande von Preußen abhängig zu machen.

Die Stellung Preußens gegenüber Oesterreich, die noch dadurch verschärft wurde, daß jede revolutionäre Regung in den österreichischen Staaten von Preußen eifrige Förderung und Begünstigung fand, sollte sich aber bald ändern, als, nach Josefs II. Tode, dessen Bruder Leopold II., bisher Großherzog von Toscana, in den Erblanden nachfolgte. Mit der geistigen Begabung, mit der gründlichen Bildung, mit der aufgeklärten Sinnesart Josefs verband dieser jüngere Sohn Maria Theresias alle jene Eigenschaften, welche seinem Vorgänger gefehlt hatten, um die neue Staatsordnung zu befestigen, die er sich ins Leben zu rufen vorgesetzt hatte. Er verstand es, weich und biegsam wie er war, den Widerstand, den Josef nicht hatte brechen können, durch halbe Zugeständnisse und eine oft nur scheinbare Nachgiebigkeit zu beseitigen. Nicht umsonst hatte er den größten Theil seines Lebens in Wälschland zugebracht; die Geschmeidigkeit des Italieners umschiffte klug die Klippen, an denen die biedere Geradheit des Deutschen gescheitert war. Wenn er auch in Florenz eine Art Musterstaat der Aufklärungszeit geschaffen hatte, so war er doch viel zu fein und listig, um nicht zu erkennen, daß er in Oesterreich, Böhmen und Ungarn weder Adel noch Geistlichkeit sich zu geschworenen Feinden machen dürfe, wenn er dort auf eine gedeihliche Wirksamkeit rechnen wolle; er stellte also die Vorrechte dieser beiden einflußreichen Stände so weit wieder her, daß er sich ihrer Dankbarkeit versicherte, ohne auf der anderen Seite seiner Regierungsgewalt in den wesentlichen und entscheidenden Fragen das Geringste zu vergeben, und so fühlte er bald, daß der Boden, der unter seines Bruders Füßen geschwankt hatte, ihm wieder ein festes und sicheres Auftreten gestatte.

Dieselbe Art und Weise machte sich auch in seinen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, besonders zu Preußen, geltend. An die Stelle der barschen abweisenden Sprache, die Josef geführt, traten jetzt sanfte, schmeichelnde, überredende Töne, mit denen Leopold bald das Vertrauen Friedrich Wilhelms II. zu gewinnen verstand. Der Plan des Grafen Herzberg war, das preußische Staatsgebiet durch die Erwerbung der Städte Thorn und Danzig und eines Theiles von Pommern zu erweitern, wogegen Preußen nichts dagegen einwenden wollte, wenn Rußland und Oesterreich sich durch Landestheile an der unteren Donau vergrößerten und Polen und Schweden für die abgetretenen Gebiete durch Theile von Finnland und Galizien entschädigten.

Leopold II. gelang es, indem er sich zum Scheine mit dem wesentlichen Inhalte der preußischen Vorschläge einverstanden erklärte, nicht nur den König von Preußen von dem Gedanken abzubringen, diesen Plan nöthigenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen, sondern auch England und Holland, welche die Erwerbung Thorns und Danzigs durch Preußen ohnehin nur ungern gesehen hätten, von dem Bündniß mit diesem Staate abwendig zu machen.

Als im Juni 1790 zu Reichenbach in Schlesien der Congreß zusammentrat, welcher die orientalische Frage einer friedlichen Lösung entgegenführen sollte, sprachen sich die Gesandten Englands und Hollands entschieden gegen die preußischen Vorschläge aus. König Friedrich Wilhelm II., anfangs über diesen Rücktritt seiner Verbündeten von den getroffenen Verabredungen tief entrüstet, ließ an der schlesischen Grenze, bei Thorn und an der russischen Grenze bedeutende Heereskräfte Aufstellung nehmen; bald aber wurde er durch die gewandten Diplomaten Oesterreichs, welche an seinem Hoflager in Herzbergs persönlichen Widersachern von Bischofswerder und Marchese Lucchesini eifrige Fürsprecher fanden, dazu gebracht, auf der Grundlage des unveränderten Besitzstandes mit Oesterreich einen Friedensvertrag abzuschließen.

In dem Reichenbacher Vertrage vom 27. Juli 1790 leistete Preußen auf alle die ursprünglich ins Auge gefaßten Vortheile, die es aus Oesterreichs Bedrängniß zu ziehen gedachte, Verzicht, entsagte den Tauschprojecten, durch welche es Danzig und Thorn zu erhalten gehofft hatte und begnügte sich mit dem Versprechen Oesterreichs, an dem Besitzstande der Türkei nicht zu rütteln.

Oesterreich aber zog aus diesem Vertrage den Vortheil, einen Krieg, dessen Ausgang immerhin sehr zweifelhaft war, in ehrenvoller Weise zu beendigen und die aufständischen Bewegungen in Ungarn und den Niederlanden nicht länger durch eine auswärtige Macht begünstigt zu sehen; denn Preußen hatte sich ausdrücklich verpflichtet, wenn Oesterreich in Belgien die alte Verfassung wiederherstelle, den dortigen Aufständischen den schützenden Arm zu entziehen.

Wie in der europäischen Politik, erlitt Preußen aber auch im Reiche eine entschiedene Niederlage. Indem der König im Reichenbacher Vertrage versprach, bei der bevorstehenden Kaiserwahl dem Erzherzog Leopold seine Stimme zu geben, verzichtete er darauf, die Reformen im Reiche zu erlangen, zu deren Einführung die im Fürstenbunde vereinigten deutschen Fürsten den zukünftigen Kaiser durch eine Wahlcapitulation verpflichten wollten. Damit war aber thatsächlich der Fürstenbund, auf dessen Zustandekommen Friedrich II. so großen Werth gelegt hatte, aufgelöst und Oesterreichs Einfluß wieder der in dem außerpreußischen Deutschland allein maßgebende.

Als Leopold II. am 30. September 1790 zum deutschen Kaiser gewählt wurde, konnte er mit Befriedigung auf diese Erfolge seiner Staatsklugheit zurückblicken, durch welche Preußen der unter der Regierung des großen Königs erworbenen schiedsrichterlichen Stellung unter den Mächten Europas verlustig gegangen war. Ja noch mehr, er konnte sich des Schauspiels freuen, daß die patriotische Partei in Polen sich jetzt gänzlich von Preußen abwandte und alle ihre Hoffnungen auf Oesterreich setzte, daß Schweden, tief entrüstet über Preußens Unzuverlässigkeit, sich Rußland näherte und daß Rußland selbst, erbittert über die Versuche Herzbergs, seinen Einfluß in Polen zu untergraben, sich Preußen ganz entschieden feindselig erwies. Preußen war, von jeder Verbindung mit anderen europäischen Staaten losgelöst, nur noch auf seine eigene Macht angewiesen; Kaiser Leopold aber wartete nur auf eine günstige Gelegenheit, um den Staat Friedrichs des Großen noch mehr zu demüthigen.

Die Nachgiebigkeit König Friedrich Wilhelms II. gegen Oesterreich war doch nicht ausschließlich durch die Unterhandlungskunst seiner Gegner herbeigeführt worden. Mindestens eben so viele Schuld an derselben trug des Königs Wunsch, die Verhältnisse im Osten endgiltig geregelt zu sehen, um zur Abwehr der im Westen heraufziehenden Stürme freie Hand zu haben.

In Frankreich hatte die das Mark des Volkes aussaugende Mißregierung Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. eine kolossale Schuldenlast auf das Land gehäuft, zu deren Verzinsung und Tilgung übermäßig hohe Steuern erhoben wurden, welche wesentlich der sogenannte dritte Stand, d. h. Bürger und Bauern, zu tragen hatte. Zu der hierdurch hervorgerufenen Aufregung und Gährung, die sich naturgemäß gegen die beiden anderen Stände, Adel und Geistlichkeit, kehrte, traten die jede Autorität untergrabenden, in alle Schichten des Volkes dringenden Lehren der Aufklärung auf politischem und religiösem Gebiete und die mächtig wirkenden Nachrichten über die Erfolge der gegen die Engländer siegreich beendigten Unabhängigkeitskämpfe der nordamerikanischen Colonien. Der schwache König Ludwig XVI., mit einer Tochter Maria Theresias, Maria Antoinette, vermählt, war diesen Bewegungen nicht gewachsen. Er mußte im Jahre 1789 den Zusammentritt allgemeiner Reichsstände zugeben, die bald, über den eigentlichen Zweck ihrer Berufung, die Erleichterung und gleichmäßige Vertheilung der Steuern hinaus, den Beschluß faßten, sich als Nationalversammlung zu erklären und eine Verfassung zu entwerfen. Der Widerstand der Regierung gegen diese Bestrebungen führte zu Straßenkämpfen in Paris, bei denen am 14. Juli 1789 das Staatsgefängniß, die Bastille, gestürmt wurde. In der Nationalversammlung aber wurde am 4. August eine Anzahl allgemeiner Grundsätze: Freiheit, Gleichheit, Volkssouveränetät als angeborne und unveräußerliche „Menschenrechte“ verkündigt und auf diesen Grundlagen alsdann die Verfassung aufgebaut, welche zwar die Monarchie dem Namen nach noch fortbestehen ließ, in Wahrheit jedoch bereits einen durchaus republikanischen Charakter an sich trug.

Der Eindruck, den die Kunde von diesen die ganze alte Staatsordnung umstürzenden Vorgängen in Deutschland hervorbrachte, war ein gewaltiger. Die in Paris aufgestellten Grundsätze wurden mit Enthusiasmus aufgenommen, für die wirklich berechtigten Forderungen und Errungenschaften der französischen Revolution begeisterten sich die edelsten und besten Männer des deutschen Volkes, und vielleicht nur der Mangel eines politischen Mittelpunktes verhinderte den Ausbruch ähnlicher Bewegungen in Deutschland. So wie die Dinge lagen, wurden die großen Massen, deren Bildungsgrad das Verständniß dessen, was in Frankreich vorging, ausschloß, vorerst noch nicht von der revolutionären Strömung ergriffen, nur in den der französischen Grenze zunächst liegenden Gebieten wagten sich vereinzelte und unbedeutende revolutionäre Kundgebungen hervor. Aber schon diese reichten hin, um die Obrigkeiten mit banger Sorge zu erfüllen, auch bei sehr freisinnigen und volksfreundlichen Fürsten ein Gefühl des Unbehagens und der Unsicherheit zu erzeugen und allgemein in den regierenden Kreisen den Wunsch hervorzurufen, daß vor Allem der Weiterverbreitung der revolutionären Ideen, nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand, entgegengetreten werde.

Bald wurden die Interessen des deutschen Reiches und hervorragender Stände desselben von den großen Umwälzungen in Frankreich noch unmittelbarer berührt. Die Durchführung des Grundsatzes der Gleichheit, die Beseitigung aller auf geschichtlicher Grundlage beruhenden Gerechtsame verletzte auf das Empfindlichste die Rechte und das Einkommen jener deutschen Reichsstände, deren Besitzungen im Elsaß, in Lothringen und Burgund seit dem westfälischen Frieden und den darauf folgenden für Deutschland unglücklichen Kriegen unter französischer Oberhoheit standen. Als ihre Verwahrungen gegen die Gewaltthaten der Revolution in Frankreich erfolglos verhallten, wandten sie sich, Recht und Hilfe suchend, an Kaiser und Reich. Die Verhand-

lungen, die deßhalb geführt wurden, endigten jedoch ohne Ergebniß, die in ihrem, ohne Zweifel guten Rechte Gekränkten aber sannen nun auf Mittel und Wege, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen und fanden bei vielen unmittelbar nicht betheiligten Ständen des Reichs eine willfährige Stimmung.

Besonders König Friedrich Wilhelm II. von Preußen war über die Eingriffe der Revolution in die Rechte deutscher Fürsten auf das Aeußerste entrüstet.

Zwar hatte er es, wie wir sahen, in den ersten Jahren seiner Regierung nicht verschmäht, den revolutionären Regungen in den österreichischen Staaten Vorschub zu leisten, allein diese Richtung seiner Politik war seit dem Reichenbacher Vertrage endgiltig aufgegeben und ein Fürst, der in dem eignen Lande durch strenge Maßregeln die Religions- und Preßfreiheit so viel als möglich beschränkte, konnte nur mit größtem Mißbehagen die Grundsätze der Revolution verkündigen hören. Als nun gar noch im weiteren Verlaufe der Ereignisse in Frankreich die persönliche Freiheit des Königs Ludwig XVI. und der königlichen Familie auf das äußerste beschränkt wurde, glaubte Friedrich Wilhelm II., daß die Gleichartigkeit der Interessen aller regierenden Fürsten gebieterisch einen Eingriff in die inneren Verhältnisse Frankreichs erheische. Die Mitglieder des französischen Adels, welche, im Zorne über die verhaßten Neuerungen, in großer Zahl ihr Vaterland verlassen hatten und nun an fast allen europäischen Höfen die Machthaber zur Bekämpfung der Revolution aufriefen, verfehlten nicht, die ihren Wünschen so günstige Stimmung des Königs von Preußen zu immer größerer Erbitterung zu steigern. Noch warnte ihn Graf Herzberg, dessen Einfluß freilich seit dem unseligen Tage von Reichenbach ersichtlich gesunken war, eine Zeit lang mit Erfolg davor, sich in ein den eigentlich preußischen Interessen fremdes Unternehmen zu stürzen; den Feinden des ausgezeichneten Staatsmannes aber gelang es, ihn im Juli 1791 dazu zu drängen, daß er seine Entlassung verlangte, und nun war ein kriegerisches Vorgehen Preußens gegen das revolutionäre Frankreich nur noch eine Frage der Zeit. Man wußte dem Könige vorzuspiegeln, daß sich hier eine Gelegenheit darbiete, die mächtige und gebietende Stellung Preußens von Neuem vor aller Welt zu zeigen und die bei Behandlung der orientalischen Frage erlittene Niederlage wieder wett zu machen.

Ganz im Gegensatz zu König Friedrich Wilhelm II. beobachtete Kaiser Leopold II., der doch dabei als Oberhaupt des deutschen Reiches und Bruder der unglücklichen Königin Marie Antoinette viel mehr betheiligt war, den französischen Angelegenheiten gegenüber eine kluge Zurückhaltung. Viel mehr als diese beschäftigten ihn die Vorgänge, welche sich eben damals in Polen abspielten. Nicht ohne den Rath Oesterreichs stürzte König Stanislaus am 3. Mai 1791 durch einen Staatsstreich die bis dahin geltende Verfassung Polens um und ersetzte die Wahlmonarchie, die er als den eigentlichen Grund der Machtlosigkeit seines Vaterlandes erklärte, durch eine Erbmonarchie, in welcher dem sächsischen Kurhaus die erbliche Königswürde zufallen sollte. Da der regierende Kurfürst von Sachsen keine Söhne hatte, so war gleichzeitig beschlossen worden, daß ihm dereinst seine Tochter nachfolgen sollte und in der denkbaren Verheirathung dieser Prinzessin mit einem russischen, österreichischen oder auch mit einem Prinzen aus einem der kleineren deutschen Fürstenhäuser lag für Preußen die ernstliche Gefahr, daß Polen, unter russischem oder österreichischem Schutze, eine ihm feindliche Stellung einnehme. Obwohl Friedrich Wilhelm II. diese Gefahr und die zweideutige Haltung des Kaisers nicht entging, schloß er doch ein neues Bündniß

mit Oesterreich ab, in welchem sich beide Staaten ihren gegenwärtigen Besitzstand gewährleisteten. Bald darauf fand auf dem sächsischen Lustschlosse Pillnitz eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige von Preußen statt, zu der sich auch Ludwigs XVI. Bruder, der Graf von Artois einfand, um persönlich die Hilfe der mächtigsten Herrscher Deutschlands anzurufen. Allein er fand jetzt nicht nur den Kaiser Leopold, sondern auch den König Friedrich Wilhelm abgeneigt, sich in einen Krieg mit dem in Aufruhr befindlichen Frankreich zu stürzen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß von allen deßhalb befragten Herrschern Europas nur der König Gustav III. von Schweden bereit war, zur Wiederherstellung der alten Königsgewalt in Frankreich das Schwert zu ziehen. Aus den glänzenden Festen, durch welche die Anwesenheit der Monarchen in Pillnitz gefeiert wurde, ging nichts weiter hervor, als eine am 27. August 1791 erlassene Erklärung an alle europäischen Höfe, in welcher die Neuaufrichtung der monarchischen Regierungsform in Frankreich als Aufgabe aller Souveräne Europas bezeichnet und zu deren Verwirklichung zunächst die Eröffnung von Unterhandlungen, in weiterem Verfolg auch Marschbereitschaft der Truppen Oesterreichs und Preußens angekündigt wurde.

Am gleichen Tage aber schrieb Kaiser Leopold an seinen Minister Kaunitz, daß er sich nur dann an diese Zusicherung gebunden halte, wenn — was mehr als unwahrscheinlich — alle Mächte Europas gegen Frankreich in das Feld ziehen würden. So war es der klugen Politik des Kaisers gelungen, Preußen aus einem gefährlichen Gegner in einen ergebenen Freund Oesterreichs zu verwandeln, auf den er bei den bekannten ritterlichen Gesinnungen Friedrich Wilhelms II. unbedingt rechnen konnte. Es mußte erst in schweren Tagen die Unzuverlässigkeit und Hinterlist der österreichischen Politik offen zu Tage treten, um dem König über die wahren Gesinnungen seines Bundesgenossen die Augen zu öffnen.

Zunächst trat im Westen die Kriegsgefahr wieder mehr in den Vordergrund. Die republikanische Partei in Frankreich bot Alles auf, um einen Krieg zum Ausbruch und dadurch die bereits etwas ins Stocken gerathene Volksbewegung wieder in neuen Fluß zu bringen; sie veranlaßte, daß am 25. Januar 1792 an den deutschen Kaiser eine beleidigende und drohende Note der französischen Regierung gerichtet wurde, welche dieser mit der Aufstellung eines Heeres beantworten mußte. Als er dazu schritt, war sein Erstes, sich durch ein abermaliges Bündniß mit Preußen zu decken. Bei den Verhandlungen, die dem Abschlusse dieses Bündnisses vorausgingen, traten aber bereits ernstliche Meinungsverschiedenheiten über die polnische Frage hervor, als der König sich weigerte, die, wie wir sahen, Preußen Gefahr drohende neue Verfassung Polens gemeinsam mit Oesterreich zu gewährleisten; doch beseitigte der aufrichtige Wunsch Friedrich Wilhelms, an der Seite Oesterreichs die französischen Revolutionäre zu bändigen, diese Schwierigkeiten, und das Schutz- und Trutzbündniß wurde am 7. Februar 1792 abgeschlossen. Die Nachrichten aus Frankreich aber, welche immer deutlicher das Uebergewicht der Republikaner über die gemäßigten Parteien darthaten, bewogen den König, in Wien, wo man noch immer mit den Rüstungen zögerte, auf möglichst rasches Losschlagen zu drängen. Da änderte sich plötzlich die ganze Lage der Dinge durch den nach nur kurzer Krankheit am 1. März 1792 eingetretenen Tod Kaiser Leopolds II.

Leopolds Sohn und Nachfolger Franz II. besaß weder die geistige Begabung noch die kluge Selbstbeherrschung seines Vaters. Obwohl er bei seinem Regierungsantritt, zunächst in den österreichischen Erblanden, feierlich erklärte, der Politik Leopolds II. treu bleiben zu wollen,

so ließ er sich doch bald zu kriegerischen Gesinnungen mit fortreißen. Indeß ehe noch von seiner Seite irgend ein entscheidender Schritt geschehen konnte, zwang die französische Nationalversammlung Ludwig XVI., an den König von Ungarn und Böhmen — wie Franz bis zur Kaiserkrönung genannt wurde — am 20. April 1792 den Krieg zu erklären. Bei dieser lediglich gegen Oesterreich gerichteten Kriegserklärung gaben sich die revolutionären Stimmführer in Paris, von einer durchaus ungenügenden Kenntniß der an den Höfen herrschenden Stimmungen geleitet, der irrigen Hoffnung hin, es werde, Dank der alten Feindschaft zwischen Preußen und Oesterreich, dieses von jenem dem neuen Feinde schuldlos preisgegeben werden. Allein bei den Gesinnungen Friedrich Wilhelms II. war ja daran nicht zu denken, die französische Kriegserklärung veranlaßte alsbald die Kriegsbereitschaft des preußischen Heeres.

Nicht eben so dachte die Mehrzahl der anderen Reichsstände. Die einen nahmen mit Vergnügen von der Nachricht Kenntniß, daß nur Oesterreich, nicht dem deutschen Reiche der Krieg erklärt sei und verkündeten laut, daß sie jedenfalls nicht rüsten würden, bevor eine Verletzung des Reichsgebietes eingetreten sei, andere, wie der Kurfürst von Pfalz und Baiern, beeilten sich, in Paris ihre Neutralität feierlich zuzusichern.

So stand denn der Ausbruch des Krieges unter den seltsamsten Umständen bevor. Recht ernstlich war eigentlich nur der König von Preußen kriegslustig, der sich als Vertheidiger des Königthums von Gottes Gnaden im Gewissen gedrängt fühlte, dem seiner Freiheit thatsächlich bereits beraubten König von Frankreich zu Hilfe zu kommen und das alte französische Königthum wieder aufzurichten, ein Werk, das er sich indeß, in falschen Vorstellungen von der Unbesiegbarkeit der eigenen Armee und von der Zerrüttung der französischen Wehrkraft befangen, leichter dachte, als es thatsächlich war.

Zum Oberfeldherrn ernannte er den Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, einen Fürsten, der sich durch hervorragende geistige Begabung und alle Tugenden, die einen sorgsamen und gewissenhaften Regenten zieren, eben so sehr die allgemeine Achtung erworben hatte, wie er, aus den Tagen Friedrichs des Großen her, den Ruf eines ausgezeichneten Heerführers genoß. Leider wurde sein unzweifelhaft sicherer militärischer Blick beeinträchtigt durch den Mangel an durchgreifender Energie und rücksichtsloser Entschlossenheit, ein Mangel, der im Verlaufe des Krieges um so schärfer hervortrat, je mehr, besonders durch die persönliche Anwesenheit des Königs im Hauptquartier, Einflüsse sich geltend machten, zu deren Abwehr die Willenskraft des Herzogs nicht ausreichte. Der Oberfeldherr trat von Anfang an nur mit Unlust an die ihm übertragene Aufgabe heran. Wenn er sich auch vielleicht der Schwächen des eigenen Heeres nicht bewußt war, das aus der Zeit Friedrichs des Großen zwar alle Aeußerlichkeiten des Dienstes mit herübergenommen hatte, dem aber der belebende Geist des genialen Heerführers fehlte, so hatte er ein um so klareres Verständniß für die Unzuverlässigkeit des österreichischen Bundesgenossen, für die noch bedenklichere Waffenbrüderschaft der französischen Emigranten und dachte wohl zu hoch von der Leistungsfähigkeit der revolutionären Truppen. Voll banger Ahnungen wohnte er, nachdem Franz II. am 14. Juli 1792 zu Frankfurt zum Kaiser gekrönt worden war, den glänzenden Festen an, mit denen vom 19. bis 21. Juli der Kurfürst von Mainz den neuen Kaiser, den König von Preußen, viele andere Fürsten des Reiches und die aus ihrem Vaterland entflohenen französischen Prinzen und hohen Adeligen feierte, die sich an seinem Hofe versammelt hatten, um die letzten Verabredungen zu dem Kriege gegen Frankreich zu treffen.

Von Anfang an war man übereingekommen,

daß der Krieg lediglich zur Wiederherstellung der königlichen Gewalt Ludwigs XVI. geführt, daß das französische Staatsgebiet nicht um eine Meile verkleinert werden solle. Die Entschädigungen für die Kosten des Krieges sollten also anderweitig gewonnen werden. Preußen machte dabei auf einen erheblichen Theil des Königreichs Polen Ansprüche, Oesterreich wollte Baiern gegen die Niederlande vertauschen Dieser Plan, zu dessen Vereitelung wenige Jahre vorher der greise Friedrich II. noch das Schwert gezogen hatte, begegnete erst dann entschiedener Einsprache Preußens, als Oesterreich gleichzeitig die Fürstenthümer Ansbach und Baireuth begehrte, die Preußen eben erst von dem letzten Fürsten des fränkischen Zweiges der Hohenzollern erworben hatte. So war denn die ganze Entschädigungsfrage unentschieden; weitere Zerwürfnisse zwischen den beiden Verbündeten aber über diesen schwierigen Gegenstand konnten, der Natur der Dinge nach, nicht ausbleiben.

Der Krieg selbst wurde durch eine äußerst unglückliche Ansprache an das französische Volk eingeleitet, ein von Emigranten verfaßtes Aktenstück, gegen welches der Herzog von Braunschweig von Anfang an die gewichtigsten Bedenken erhoben, das er aber schließlich doch unterzeichnet hatte. Die in demselben enthaltenen Drohungen, besonders die Ankündigung, daß bei der geringsten Gewaltthätigkeit gegen Ludwig XVI. die Stadt Paris „einer militärischen Exekution und Zerstörung" überliefert werden würde, bewirkten zunächst nur eine wachsende Erbitterung gegen den König selbst und die kriegführenden Mächte, mußten aber später, da sie sich als unausführbar erwiesen, geradezu die Verbündeten dem allgemeinen Gespötte preisgeben.

Vom 25. Juli 1792 datirte das Manifest des Herzogs von Braunschweig, nur zwei Wochen später wurde der Tuilerienpalast von dem Pariser Pöbel gestürmt, der unglückliche König aber mit seiner Familie in das Gefängniß im „Tempel" geworfen, das er nur verlassen sollte, um am 21. Januar 1793 das Schaffot zu besteigen. Unter den Anklagen, welche die verbrecherischen Revolutionäre zur Begründung des Königsmordes vorbrachten, spielten die Drohungen jenes Manifestes nicht die unbedeutendste Rolle.

Die ersten Erfolge der preußischen Armee waren rasch und leicht errungen, die Festungen Longwy und Verdun wurden fast ohne Kampf eingenommen, dann aber verlegte General Dumouriez die wichtigen Engpässe im Argonner Walde, wo eine kleine und muthige Schaar wohl im Stande war, der bestgeschulten großen Armee Stand zu halten, und vereinigte sich mit dem von Metz herbeieilenden General Kellermann.

Am 20. September 1792 stießen die Heere bei Valmy auf einander. Die Preußen eröffneten eine heftige Kanonade gegen die Höhe von Valmy, wo bald unter den jungen französischen Truppen Unordnung entstand, die durch das Auffliegen einiger Munitionswagen zu Schrecken und Verwirrung gesteigert wurde. Aber statt den günstigen Augenblick zu benutzen und sich mit aller Kraft auf die erschütterten Linien der Feinde zu werfen, wurde der schon in der Ausführung begriffene Befehl zum Angriff wieder zurückgenommen und die erfolglose Kanonade fortgesetzt. Der Herzog, bis zur Aengstlichkeit vorsichtig, fürchtete, daß hinter den Höhen von Valmy noch ansehnliche Truppen aufgestellt sein möchten und gab so den beinahe sicheren Sieg aus der Hand. Beide Heere blieben in ihren Stellungen stehen, aber die moralische Niederlage war doch unzweifelhaft auf Seite der Preußen. Ihr Ansehen, der Ruf der Unbesiegbarkeit, der vor ihnen einherging, war dahin, und je geringschätziger sich die preußischen Offiziere über die revolutionäre Armee geäußert hatten, um so beschämender war jetzt für sie dieser Mißerfolg, der anderseits ganz danach angethan war, die Kampfeslust und das Selbstvertrauen der

Franzosen zu erhöhen. Das Bedeutungsvolle des Augenblickes, in dem sich zwei große Zeitabschnitte schieden, liegt jetzt klarer und offener vor uns als am Tage von Valmy selbst. Aber dennoch gab es auch damals schon Einzelne, die weiter und tiefer blickten als die große Menge; zu ihnen gehörte Goethe, der sich im Gefolge des Herzogs von Weimar im preußischen Hauptquartiere befand und auf die Aufforderung der Offiziere, ihnen ein kurzes Wort über die Bedeutung des Erlebten zu sagen, sich äußerte: „von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus und Ihr könnt sagen, Ihr seiet dabei gewesen".

Die unmittelbare Folge des Tages von Valmy für die preußische Armee aber war, da nun bei schlechter Witterung, bodenlosen Wegen und zahlreichen Erkrankungen unter den Truppen an ein weiteres Vorrücken nicht gedacht werden konnte, die Nöthigung, unter allen erdenklichen Schwierigkeiten und gedrängt von den täglich sich vermehrenden französischen Heeren, den Rückzug aus der Champagne anzutreten.

Er wurde einigermaßen erleichtert durch die Unterhandlungen, welche mit dem preußischen Hauptquartier Dumouriez anknüpfte, der sich mit der, freilich völlig grundlosen, Hoffnung trug, Preußen von dem österreichischen Bündnisse trennen, ja sogar vielleicht zum Abschluß einer Allianz mit der eben erst am 22. September verkündigten französischen Republik bewegen zu können. Aber diese Unterhandlungen, lediglich zu dem Zwecke nicht zurückgewiesen, um während ihrer Dauer den Rückzug ungestört bewerkstelligen zu können, reichten doch schon aus, um in Wien Preußen als unzuverlässig und zweideutig zu schildern und somit die ohnehin nur mäßige Festigkeit des Bandes, das die beiden Verbündeten einigte, noch mehr zu lockern. Es wurde nicht neu befestigt, als der österreichische Gesandte, Baron Spielmann, in das Hauptquartier kam, um die österreichischen Vorschläge auf Abtretung von Ansbach und Baireuth zu wiederholen, die von dem neuen preußischen Staatsminister von Haugwitz eben so entschieden wie früher zurückgewiesen wurden.

Als ganzes Ergebniß dieses Feldzuges für Preußen waren also große Verluste an Mannschaft durch Mangel und Krankheit, entschiedene Einbuße an dem alten militärischen Ruhme und neue Irrungen mit dem kaum erst verbündeten Oesterreich zu verzeichnen.

Die Oesterreicher ihrerseits aber waren bei dem ersten Zusammentreffen mit den Truppen der Republik noch weniger glücklich als die Preußen. Kaum waren diese bis Luxemburg zurückgegangen, als sich Dumouriez auf die in Belgien stehenden Oesterreicher warf, ihnen am 6. November 1792 bei Jemappe eine empfindliche Niederlage beibrachte und bis Ende Dezember die gesammten österreichischen Niederlande besetzte.

Inzwischen aber war der französische General Custine, ohne nennenswerthen Widerstand zu finden, am Mittelrhein vorgedrungen, hatte Speier und Worms eingenommen und bedrohte Mainz. Hier hatten die leitenden Ideen der französischen Revolution von Anfang an begeisterte Aufnahme gefunden und waren eine Zeit lang sogar von dem freisinnigen und lebenslustigen Kurfürsten und Erzbischof Karl Josef von Erthal begünstigt worden. Im Laufe der Zeit aber wurden die aus diesen Ideen gezogenen Folgerungen auf die offen vor Aller Augen liegenden Uebelstände der geistlichen Herrschaft angewendet, und als der General der Republik mit seinem Heere vor den Wällen von Mainz erschien, fand er in der Stadt eine große Partei, die ihm, als Befreier von dem „Pfaffenregiment", entgegenjubelte. Zudem erwies sich der Commandant, General von Gymnich völlig unfähig, die Vertheidigung des wichtigen Platzes zu leiten und schloß, ohne daß ein Schuß gefallen wäre, am 21. Oktober 1792

eine Capitulation ab, der zufolge die Garnison freien Abzug erhielt und sich verpflichtete, ein Jahr lang nicht gegen Frankreich zu dienen. Am nämlichen Tage wurde auch Frankfurt von den Franzosen besetzt, mit einer Contribution von 1½ Millionen Thalern belegt und hierauf die wohlhabende Umgegend von Streifcorps durchzogen und gebrandschatzt.

Der Königsmord zu Paris und die fortschreitende Verbreitung der revolutionären Leidenschaften veranlaßte im Beginne des Jahres 1793 fast alle europäischen Mächte, sich zu einem Bündniß gegen das friedestörende Frankreich zu vereinigen, zu der sogenannten ersten Coalition, welcher England und Holland, Preußen und Oesterreich, das deutsche Reich, Spanien, Sardinien und Neapel angehörten, von der sich nur Rußland ferne hielt, in der Hoffnung, die großen Unruhen im Westen von Europa zur Ausführung seiner von langer Hand vorbereiteten Pläne gegen die Türkei und Polen benutzen zu können.

Zunächst wurden die Franzosen bald wieder aus Frankfurt verjagt und Mainz konnte der Belagerung durch die preußischen Truppen nicht lange widerstehen. Auch schlugen diese im Laufe des Jahres 1793 eine Reihe siegreicher Gefechte in der Pfalz und im Elsaß. Dagegen waren die Oesterreicher, die am 18. März bei Neerwinden gesiegt hatten, später weniger glücklich und mußten, ebenso wie die Engländer, eine empfindliche Niederlage erleiden. Es begann eben der stürmische Geist einer neuen Zeit, der die Schaaren der französischen Freiheitskämpfer beseelte, seine mächtige Wirkung gegenüber den Heerführern und Truppen, welche der alten Ordnung der Dinge folgten, auszuüben. Von glühender Begeisterung für die Sache, der sie dienten, erfüllt, von jungen, durch die revolutionäre Bewegung rasch emporgekommenen Generalen befehligt, erlangten die ungeschulten republikanischen Heere bald ein entschiedenes Uebergewicht über die nach den althergebrachten Gesetzen der Kriegskunst geleiteten, wenn auch mit alterprobter Tapferkeit kämpfenden regelmäßigen Armeen. Das Organisationstalent des Kriegsministers Carnot warf, unterstützt von der kriegerischen Nationalleidenschaft des französischen Volkes, immer neue Massen auf den Kriegsschauplatz, denen die Heere Preußens und Oesterreichs, welche die in ihren Reihen eintretenden Lücken nur langsam zu ergänzen vermochten, auf die Dauer nicht gewachsen waren. Die strengere Kriegszucht, die systematische Einübung dieser Truppen, die wohldurchdachten Schlachtenpläne ihrer Feldherren wurden überflügelt durch die unwiderstehliche Gewalt der nach jahrhundertlanger Unterdrückung plötzlich entfesselten Volkskraft der Franzosen. Aber dennoch lag nicht eigentlich in diesen Verhältnissen der Grund, daß die Kriegführung der Verbündeten sich dem Anprall der Revolutionsheere nicht überlegen zeigte. Die Preußen wenigstens waren auch im Jahre 1794 noch in mehreren Gefechten siegreich; am 28. Mai warf der Reiteroberst von Blücher bei Neustadt den General Desaix mit schweren Verlusten zurück und vertheidigte im Juli mit großer Tapferkeit Edenkoben, und der Erbprinz von Hohenlohe erfocht in den Tagen vom 18. bis 20. September bei Kaiserslautern einen glänzenden Sieg. Freilich waren die Oesterreicher und die englisch-holländischen Truppen um so unglücklicher in den Niederlanden, wo die Franzosen einen Erfolg um den anderen errangen, so daß auch die Preußen ihren Sieg nicht ausnutzen konnten, sondern die in blutigen Schlachten eroberten Stellungen wieder aufgeben mußten. Die tiefer liegenden Ursachen der ungleichmäßigen und schon darum auf die Dauer erfolglosen Kriegführung aber waren politischer Natur. Der leitende Minister des Kaisers Franz II., der Freiherr von Thugut, hielt die österreichischen Niederlande für unrettbar verloren und dachte ernstlich

daran, sie den Franzosen preiszugeben und dafür, bei einem bevorstehenden Friedensschlusse, mit deren Hilfe die alten Pläne des Hauses Oesterreich auf die Erwerbung Baierns zu verwirklichen. Eben so sehr war sein Augenmerk auf die polnischen Verhältnisse gerichtet, deren Gestaltung den König von Preußen bewogen hatte, im September des Jahres 1793 sein am Rhein kämpfendes Heer zu verlassen, um dem Schauplatz einer neuen Ländertheilung näher zu sein.

Gegen die Einführung der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791, welche man in Rußland als den Ausdruck einer durchaus unwillkommenen Selbstständigkeit betrachtete, hatte nämlich Kaiserin Katharina II. alsbald Einsprache erhoben und diese durch den Befehl unterstützt, welchen im April 1792 zwei bedeutende Heereskörper erhielten, an die polnische Grenze zu rücken. Gleichzeitig verfaßten die in Petersburg versammelten Häupter des unzufriedenen Theiles des polnischen Adels ein Gegenproject, welches der Kaiserin am 14. Mai 1792 in dem Städtchen Targowitz in der Ukraine zur Genehmigung vorgelegt wurde und daher den Namen der Conföderationsakte von Targowitz trägt. Angeblich um diese neue Staatsform einzuführen und damit, wie man in Petersburg sagte, „die Freiheit des polnischen Volkes wiederherzustellen", wurde nun von Rußland an Polen der Krieg erklärt und die russischen Heere überschritten die polnische Grenze. Vergebens riefen die Polen die Hilfe des Königs von Preußen herbei. Denn auch dieser hatte sich mit Entschiedenheit gegen die Verfassung von 1791 ausgesprochen und bereits mit der Kaiserin Katharina dahin verständigt, der bedrohlichen Neuerungssucht der Polen durch eine abermalige Verkleinerung des Königreiches einen Damm entgegenzustellen.

Der bewaffnete Widerstand der polnischen Regierung war der russischen Uebermacht gegenüber erfolglos und auch der bewunderungswürdige Heldenmuth, mit dem General Thaddäus Kosciuszko bei Dubienka den Russen entgegentrat, konnte nicht verhindern, daß sich die Geschicke des unglücklichen Landes vollzogen, dessen ehrgeiziger und uneiniger Adel, dem nicht das Gegengewicht eines gebildeten, bemittelten und mit politischen Rechten ausgestatteten bürgerlichen Mittelstandes die Wage hielt, die Einmischung der Nachbarn fast zur Nothwendigkeit gemacht hatte.

Im Beginne des Jahres 1793 rückten auch preußische Truppen in Polen ein und am 23. Januar wurde der Vertrag zwischen Rußland und Preußen unterzeichnet, durch welchen Preußen die Woywodschaften Posen, Gnesen, Kalisch u. a., sowie die Städte Danzig und Thorn, im Ganzen etwa 1016 Quadratmeilen erhielt, während Rußland für sich 4000 Quadratmeilen in Besitz nahm. Oesterreich, welches bei dem Theilungsakte nicht zugezogen worden war, wurde dadurch entschädigt, daß Rußland und Preußen ihre Zustimmung zu dem bairisch-belgischen Tauschplane und ihre Bereitwilligkeit, Oesterreich dabei zu unterstützen, erklärten, Preußen allerdings nur unter dem Vorbehalte, daß der Kurfürst von Baiern zu diesem Tausche nicht gezwungen werden dürfe.

Den Gewaltakt der zweiten Theilung Polens suchte nun Kaiserin Katharina II. mit dem Scheine einer rechtmäßigen Handlung zu umgeben, indem sie den Zusammentritt eines polnischen Reichstages zu Grodno veranlaßte und diesem die zwischen beiden Mächten getroffenen Vereinbarungen zur Genehmigung vorlegen ließ. Dabei betrieb aber die Kaiserin die Erledigung dieser Frage, so weit sie sich auf Preußen bezog, so wenig, und nahm überhaupt eine so zweideutige Haltung ein, daß König Friedrich Wilhelm II. beschloß, in Schlesien und Preußen bedeutende Truppenmassen zusammenzuziehen und einen Theil der am Rhein stehenden Regimenter nach Polen

zu schicken, um, wo nöthig, seine Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Doch kam es dazu nicht, da Rußland, als Preußen Ernst zeigte, seinen mächtigen Willen geltend machte und von dem polnischen Reichstag am 23. September 1793 die Annahme der Vorlagen „durch stillschweigende Zustimmung" erzwang.

Auf die Dauer war es übrigens für die Kräfte des preußischen Staates geradezu ein Ding der Unmöglichkeit, den polnischen Verwickelungen gegenüber eine marschbereite Armee aufzustellen und mit einer anderen großen Armee am Rheine zu kämpfen. In den neu erworbenen polnischen Landestheilen konnte eine schlagfertige Armee um so weniger entbehrt werden, als sich bald nach der Ausführung der zweiten Theilung aufrührerische Bewegungen in Polen zeigten, deren Bedeutung und Gefahr nicht zu unterschätzen war; andererseits aber hatte sich der König Friedrich Wilhelm II. durch den mit England und Holland am 19. April 1794 im Haag abgeschlossenen Vertrag gegen Zahlung bedeutender Subsidiengelder verpflichtet, eine Armee von 62,000 Mann gegen Frankreich kämpfen zu lassen. Es war natürlich, daß sich der König dabei doch in erster Reihe fragen mußte, wo denn die Interessen des preußischen Staates in höherem Grade in Frage gestellt seien, und die Antwort mußte unbedingt dahin lauten, daß dieß an der polnischen Grenze der Fall sei. Der neu erworbene polnische Besitz war keineswegs gesichert; die Unzuverlässigkeit und Ungunst des russischen, die entschiedene Verstimmung des österreichischen Hofes über die ohne sein Zuthun und ohne eigenen Vortheil erfolgte neue Theilung konnte die in einem allgemeinen Aufstand der Polen an sich schon begründete Gefahr nur ganz namhaft vermehren. Am Rheine aber sollte die preußische Armee, nach dem Wunsche Englands und Hollands, lediglich zum Schutze der bedrohten Interessen dieser beiden Staaten, in den Niederlanden verwendet und dadurch in die Stellung eines willenlosen Miethheeres herabgedrückt werden. Noch immer war der König persönlich erfüllt von dem Gedanken der Solidarität aller monarchischen Staaten gegenüber der Alle mit gleicher Gefahr bedrohenden französischen Republik, noch immer wich er dem ihm bereits mehrfach nahe gelegten Plane eines Separatfriedens mit Frankreich, wie einer an und für sich unzulässigen Handlung, unwillig aus. Aber als er die Nachricht erhielt, daß Oesterreich das von den Franzosen eroberte Belgien definitiv aufgebe und sich gegen die Zusage, an der Vertheilung der Beute Theil zu nehmen, Rußland gegenüber verpflichtet habe, zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes zu helfen, als seine eigenen Truppen sich diesem, immer größeren Umfang gewinnenden Aufstande durchaus nicht gewachsen zeigten, dagegen durch Strapazen aller Art, zahlreiche entscheidungslose Gefechte, Hunger und Krankheiten die schwersten Verluste erlitten, da entschloß er sich, das Corps Hohenlohe von dem Rheinheere abzurufen. Freilich warf dann, bevor diese Maßregel zum Vollzuge kam, der russische General Suworow mit schonungsloser Grausamkeit den polnischen Aufstand, ohne preußische und österreichische Hilfe, nieder, verbrannte Praga und erstürmte Warschau. Dann aber, in den Monaten, während deren sich die drei Höfe um die Theilung des Restes von Polen stritten, während deren Preußen, den Intriguen Rußlands und Oesterreichs gegenüber, so zu sagen einen diplomatischen Kampf ums Dasein führte, war an eine ernsthafte Fortführung des Krieges gegen Frankreich nicht zu denken. Wie das österreichische zog sich im Oktober 1794 auch das preußische Heer auf das rechte Rheinufer zurück, um dort Winterquartiere zu beziehen. Der Vertrag mit England und Holland aber, die keine Subsidien mehr bezahlten, sobald sie bemerkten, daß das preußische Heer nicht unbedingt ihren Weisungen gehorche, wurde aufgelöst.

Bei der dritten Theilung Polens (1795), bei der Rußland abermals den Hauptantheil für sich wegnahm, erhielt Preußen das Land östlich bis zur Weichsel, südlich bis zur Pilica mit der Hauptstadt Warschau, etwa 800 Quadratmeilen mit 900,000 Einwohnern, während Oesterreich, welches an den vorangegangenen militärischen Bewegungen nicht den geringsten Antheil genommen, dem Wohlwollen Rußlands ein größeres Gebiet, West-Galizien, zu verdanken hatte.

Diese drei Theilungen Polens, Gewaltacte, wie deren die Geschichte kaum zum zweiten Male kennt, sind wohl zu erklären, aber vom Standpunkte der auch für das Staatsleben giltigen Gesetze der Moral doch nicht zu vertheidigen durch den inneren Zerfall, dem das unglückliche Königreich durch seine unselige Verfassung und das Treiben seines Adels rettungslos preisgegeben war. Von Rußland seit langer Zeit vorbereitet, sollte, nach der Meinung der russischen Staatsmänner, das Ende Polens, als eines selbstständigen Staates nur dieser einen Großmacht zu Gute kommen. Nicht mit Unrecht erblickten in diesen russischen Plänen die leitenden Persönlichkeiten in Oesterreich und Preußen eine große und ernste Gefahr für ihre eigene Sicherheit. Loyal unter einander sich verständigend, wären die Höfe von Wien und Berlin vielleicht im Stande gewesen, dieser Gefahr nicht nur für den Augenblick, sondern für alle Zukunft erfolgreich zu begegnen, wenn sie sich mit vereinten Kräften einer Ausdehnung des nordischen Kolosses nach Westen entgegengesetzt und die Neugestaltung eines Rußland von ihren Grenzen trennenden polnischen Nationalstaates durchzuführen versucht hätten. Aber entzweit und von Mißtrauen erfüllt, wie sie waren, und zudem von dem lebhaften Wunsche nach Ausdehnung ihrer Grenzen beherrscht, waren sie in der That unfähig, eine solche allerdings schwierige Aufgabe mit Erfolg zu lösen. Sie zogen also vor, sich nach bester Möglichkeit an dem hier zu erwartenden Ländererwerb zu betheiligen.

Von den Gebieten, welche an Preußen fielen, war ein nicht unbeträchtlicher Theil altes deutsches Land, Besitz des deutschen Ordens, der in unglücklichen Epochen der deutschen Geschichte an die Fremden verloren worden war. Und was von vollständig polnischen Landestheilen an Preußen fiel und bei Preußen verblieb, ist, trotz dem lebhaften Widerstreben der nationalpolnischen Partei, zu einem fest und dauerhaft eingegliederten Bestandtheile des preußischen Staates geworden und hat deutscher Sprache, Sitte und Cultur seine Marken öffnen müssen. Was dagegen bei diesen Theilungen Oesterreich erwarb, ist niemals in irgend nennenswerthe nähere Beziehung zu deutschem Wesen getreten.

Die Art, wie am Rheine der Krieg geführt worden, konnte ebenso wenig als die Handlungsweise Oesterreichs und Englands dem König von Preußen eine längere Fortdauer der Feindseligkeiten mit der französischen Republik wünschenswerth machen. Vom Anfange des Krieges an hatte Frankreich Versuche gemacht, sich Preußen zu nähern und diesen Staat nicht nur von der Verbindung mit Oesterreich loszulösen, sondern wo möglich selbst ein Bündniß mit ihm abzuschließen. Solche Anträge hatte Friedrich Wilhelm II. früher mit Entrüstung zurückgewiesen; so wie die Dinge jetzt lagen, lehnte er doch nur noch ein Bundesverhältniß mit der Republik ab, einem Sonderfrieden dagegen zeigte er sich nicht mehr abgeneigt. Unter dem Einflusse des Ministers von Haugwitz entschloß sich der König im Beginne des Jahres 1795, zuerst den Grafen Golz, dann den Freiherrn von Hardenberg zu bevollmächtigen, mit französischen Diplomaten zu Basel über den Abschluß des Friedens zu verhandeln. Am 5. April 1795 wurde der Friede zu Basel unterzeichnet, am 15. April zu Berlin

ratificirt. Wie das Verlangen Frankreichs, in ein Bündniß mit Preußen zu treten, war in den Baseler Verhandlungen auch die Forderung abgelehnt worden, die Besitzungen auf dem linken Rheinufer an die Republik abzutreten. Aber was zugestanden wurde, war doch im Wesentlichen nichts anderes. Der König von Preußen verpflichtete sich im Baseler Frieden, seine Truppen, mit Einschluß seines Reichscontingentes, sofort zurückzuziehen und seine linksrheinischen Besitzungen bis zum endgültigen Abschlusse eines Friedens zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche in den Händen der Franzosen zu lassen. Dagegen versprachen diese, auch für den Fall einer längeren Fortdauer des Krieges mit dem deutschen Reiche eine gewisse, mit Preußen verabredete Grenzlinie nicht zu überschreiten und die hinter dieser Linie gelegenen Reichsländer, vorausgesetzt, daß sie sich dem Baseler Frieden anschlössen, als neutral zu betrachten; endlich wurde bestimmt, daß, wenn bei dem endgültigen Friedensschlusse das linke Rheinufer im Besitze Frankreichs bleibe, alsdann die Republik und Preußen sich über den Austausch der bisher preußischen Gebietstheile auf demselben gegen andere Gebiete von gleichem Umfange verständigen würden.

Indem sich Preußen durch diesen Friedensschluß von Oesterreich und dem deutschen Reiche trennte, behielt es sich doch vor, seine guten Dienste anzubieten, wenn zwischen Frankreich und diesem Friedensverhandlungen beliebt werden sollten. Aber Oesterreich lehnte diese Vermittelung unwillig ab und der Beherrscher der österreichischen Erblande erinnerte sich jetzt plötzlich, daß er auch das Oberhaupt des deutschen Reiches sei, um in einem, weder der thatsächlichen Unmacht, noch den überaus unbedeutenden Kriegsleistungen des Reichs entsprechenden Tone den „einzig berechtigten Reichsstandpunkt" gegenüber dem „einseitigen und dem deutschen Gemeingeist widersprechenden Vorgehen Preußens" in den Vordergrund zu stellen. Die große Mehrzahl der süddeutschen Reichsstände folgte der von dem Kaiser eingeschlagenen Politik, indem sie die preußische Vermittelung, die auch den einzelnen angeboten worden war, ausschlugen, alle in der Ueberzeugung, daß ihr in der dumpfen Enge der kleinstaatlichen Verhältnisse und in den alten Geleisen verrotteter Zustände dahinsiechendes Dasein unter österreichischem Schutze ruhig fortbestehen könne, während ihnen das ehrgeizige, neuerungssüchtige Preußen das größte Mißtrauen einflößte. Nur der Landgraf von Hessen-Kassel nahm die preußische Vermittelung in Anspruch und schloß, indem er sich vom Reiche trennte und sein Contingent vom Reichsheere abberief, am 27. August seinen Frieden mit der französischen Republik ab. Die anderen norddeutschen Reichsländer waren zwar mit der ihnen durch die Grenzlinie in Aussicht gestellten Sicherheit sehr zufrieden, fanden aber nicht den Entschluß, sich nun auch offen dem preußischen Friedensvertrage anzuschließen. Da aber diese Länder trotzdem an ihrer Neutralität festhielten und daher dem Reichsheere keine Contingente zuführten, während andere Theile des Reiches von den französischen Truppen besetzt waren, so war der Beschluß, zu dem sich am 13. Oktober 1795 endlich der Reichstag ermannte, ein fünffaches Reichscontingent ins Feld zu stellen, nahezu unausführbar und auf den weiteren Gang der Kriegsereignisse ohne Einfluß. Für das endgiltige Schicksal des deutschen linken Rheinufers aber war von verhängnißvoller Vorbedeutung, daß die Franzosen die von ihnen im Laufe des Jahres 1794 vollständig eroberten Niederlande am 1. Oktober 1795, unter dem Namen der batavischen Republik mit Frankreich vereinigten.

Vorerst hatte Oesterreich nicht annähernd erreicht, was der Minister Thugut seinem jungen Herrscher als das mit allen Kräften anzustrebende

Ziel vor Augen gestellt hatte. Die so sehnlich gewünschte Eroberung Baierns war nicht gelungen, in Polen war zwar, ohne andere als diplomatische Anstrengungen, eine umfangreiche Provinz gewonnen, aber Preußen hatte eine nicht minder bedeutende und dabei wichtigere Gebietserweiterung erhalten; es hatte sich ferner aus dem so fein gesponnenen Netze, mit welchem es österreichische Intriguen umgeben und schon fast umgarnt hatten, noch rechtzeitig zurückzuziehen gewußt und seine völlig unabhängige Stellung unter den Mächten Europas, die ihm alle Nachfolger Maria Theresias mißgönnten, wieder eingenommen. Unter solchen Umständen sah sich Oesterreich, auf allen Theilen des Kriegsschauplatzes unglücklich und ohne Bundesgenossen — da auch England auf eine Fortsetzung des Kriegs auf dem Festlande verzichtete und nur noch zur See fortfuhr, Frankreich zu bekriegen — in die Lage versetzt, entweder einen sehr ungünstigen Frieden abzuschließen, oder mit Aufbietung aller Kräfte den Krieg fortzusetzen. In Wien wurde die Weiterführung des Krieges beschlossen und dieser Beschluß im Laufe der Jahre 1795 bis 1797 mit einer bewunderungswürdigen Ausdauer und Thatkraft in Vollzug gesetzt.

Aber statt alle vorhandenen Streitkräfte zu vereinen und den Versuch zu machen, an einer Stelle des Kriegsschauplatzes einen entscheidenden Schlag zu führen, zersplitterte Oesterreich seine Armee, indem es eine Heeresabtheilung unter General von Clairfait am Mittelrhein, eine andere unter General von Wurmser am Oberrhein aufstellte. Und doch wäre gerade jetzt der richtige Augenblick gewesen, um durch einen glänzenden Sieg die ganze Lage der Dinge zum Vortheile Oesterreichs zu gestalten. Der gewaltige Aufschwung, den das revolutionäre Frankreich genommen, hatte einer sehr empfindlichen Ernüchterung Platz gemacht, die drohende Landung der Engländer, die Unruhen in den königlich gesinnten Provinzen, die gewaltige Geldklemme, das alles erschwerte der französischen Regierung die rechtzeitige Aufstellung und genügende Ausrüstung hinreichender Streitkräfte. Der gleichzeitige Eintritt eines Wechsels in der Regierungsform, durch welchen, nach blutiger Unterdrückung eines großen Aufstandes, die vollziehende Gewalt Frankreichs aus den Händen des Conventes in die des aus fünf Männern bestehenden Directoriums übergegangen war, trug auch nicht dazu bei, die Leistungsfähigkeit des Landes zu erhöhen. Wenn es dennoch im September 1795 den Franzosen gelang, unter General Jourdan den Rhein zu überschreiten, Düsseldorf zu nehmen, über die Lahn vorzudringen und die Festung Castel, Mainz gegenüber, einzuschließen, während gleichzeitig General Pichegru Mainz belagerte und Mannheim besetzte, so wurde ihr weiteres Vordringen am 24. September durch das Treffen bei Handschuchsheim verhindert, worauf General Clairfait im October zum Angriff überging, die Franzosen über den Rhein zurückwarf und die Verschanzungen ihres Belagerungsheeres vor Mainz stürmte; gleichzeitig erlitten sie durch General Wurmser eine Niederlage bei Neckarau und mußten Mannheim wieder räumen; beide österreichischen Feldherren aber vereinigten sich dann im November, um in einer Reihe siegreicher Gefechte die französischen Heerführer bis hinter die Queiß und die Mosel zurückzudrängen, so daß diese gern auf den Vorschlag eines am 1. Januar 1796 in Kraft tretenden Waffenstillstandes eingingen.

Die Waffen ruhten dann noch lange in das neue Jahr hinein, bis am 21. Mai der Stillstand durch den kampflustigen Erzherzog Karl von Oesterreich, den Bruder des Kaisers Franz, gekündigt wurde, der an Clairfaits Stelle zum Oberbefehlshaber der gesammten österreichischen Armee ernannt worden war. Dann aber begann doch nicht der Erzherzog, der unerwartet

einen großen Theil seiner Truppen nach Italien absenden mußte, sondern der französische General Kleber die Feindseligkeiten, indem er die Oesterreicher Anfangs Juni 1796 über die Lahn zurücktrieb. Nach diesem ersten Erfolge überschritt auch General Jourdan den Rhein, wurde aber am 15. Juni bei Wetzlar vom Erzherzog aufs Haupt geschlagen und mußte in eiliger Flucht wieder über den Rhein zurückweichen. Gleichzeitig war am Oberrhein der französische General Moreau siegreich vorgedrungen, hatte die schwäbischen Kreistruppen und einzelne Abtheilungen von Oesterreichern und Emigranten vor sich hergetrieben und war bereits Herr aller Schwarzwaldpässe, als Erzherzog Karl von der Lahn herbeieilte, um sich ihm am 9. Juli bei Rothensol und Malsch in den Weg zu werfen. Aber Moreau nöthigte ihn zum Rückzug gegen Pforzheim, während gleichzeitig Jourdan, den Abmarsch des Erzherzogs von der Lahn benutzend, wieder über den Rhein ging und die dort zurückgelassenen Oesterreicher am 10. Juli bei Friedberg schlug.

Während aber Erzherzog Karl bei Canstadt eine feste Stellung bezog, entschlossen, dort den Angriff der Franzosen abzuwarten, beeilten sich die Regierungen der Stände des oberrheinischen Kreises, Wirtemberg und Baden an der Spitze, zunächst einen Waffenstillstand, und am 7. August den Frieden mit der französischen Republik abzuschließen und ihre Truppen von dem Heere des Erzherzogs abzurufen, der sie indeß, bevor er sie entließ, entwaffnete und auflöste, um wenigstens ihren Anschluß an die Franzosen zu verhindern. Die Kreisstände aber, stets karg und zurückhaltend, wenn es gegolten hatte, ihren Pflichten gegen das Reich nachzukommen, mußten jetzt Kriegskosten zahlen und Lieferungen leisten, die Alles weit übertrafen, was das Reich jemals von ihnen gefordert hatte.

Der Abfall der süddeutschen Reichsstände zwang den Erzherzog, seinen Rückzug fortzusetzen und, nach einem vergeblichen Versuche, am 11. August bei Neresheim die Stellung der Franzosen zu durchbrechen, bei Donauwörth und Dillingen die Donau zu überschreiten.

Inzwischen war auch die Armee Jourdans von der Lahn her vorgerückt, hatte Frankfurt und Würzburg besetzt und stand bei Amberg in der bairischen Oberpfalz, als Erzherzog Karl, von Moreau nicht weiter bedrängt, sich am 24. August plötzlich auf ihn warf. Empfindlich geschlagen und zum eiligen Rückzug genöthigt, versuchte Jourdan am 3. September bei Würzburg noch ein Mal das Schlachtenglück, aber auch dieser Tag brachte ihm nur eine neue Niederlage, in Folge deren er sich, nachdem er große Verluste erlitten, genöthigt sah, bis an den Rhein zurückzugehen.

Während dieser Zeit hatte Moreau, bestimmten Befehlen des Directoriums gehorchend, das ihm die Aufgabe gestellt hatte, den französischen Heeren, die aus Italien durch Tirol nach Baiern vordringen sollten, die Hand zu reichen, den österreichischen General Latour, der an Wurmsers Stelle getreten war, am 24. August bei Friedberg am Lech geschlagen, hinter die Isar zurückgeworfen und die baierische Regierung genöthigt, ebenfalls ihren Frieden mit der Republik, unter eben so harten Bedingungen wie die oberrheinischen Stände, zu schließen. Nach Jourdans Niederlage eilte nun Erzherzog Karl herbei, um sich auch mit Moreau im Kampfe zu messen. Aber dieser, der die Gefahren seiner ganz vereinzelten Lage sehr wohl erkannte, trat nun einen eiligen Rückzug durch Schwaben und den Schwarzwald an, von den Generalen Latour und Petrasch nur ungenügend gestört, von dem nachsetzenden Erzherzog Karl aber erst im Rheinthale erreicht, am 21. Oktober bei Emmendingen, am 24. bei Schlingen geschlagen und zu sofortiger Ueberschreitung des Rheins gezwungen.

Erzherzog Karl aber, der in diesem Feldzuge seinen Feldherrnruhm dauernd begründet hatte, wurde nun nach Italien berufen, wo die österreichischen Waffen in einer ganzen Reihe unglücklicher Schlachten von den Franzosen besiegt worden waren.

Seit dem Jahre 1792 kämpften die Heere der Republik auch auf italienischem Boden, doch erhielten ihre kriegerischen Unternehmungen dort erst einen ernstlichen Aufschwung, als der General Napoleon Buonaparte im Frühling 1796 an die Spitze der bisher von dem General Massena befehligten Armee trat, ein Jüngling von 27 Jahren, früh in den Stürmen der Revolution zu männlicher Kraft herangereift, geistvoll, phantasiereich, energisch, voll Muth und Entschlossenheit, in der Wahl der Mittel nie verlegen, genial in ihrer Anwendung. Er hatte die Truppen in schlimmster Verfassung, ohne namhafte Erfolge, schlecht verpflegt, noch schlechter gekleidet, mißmuthig vorgefunden. Aber rasch hatte der jugendliche Heerführer, der seinen Namen durch die kräftige Niederwerfung des Pariser Aufstandes vom 5. Oktober 1795 mit glänzendem Ruhme bedeckt hatte, es verstanden, sie durch die zündende Beredsamkeit seiner Ansprachen, durch die feurige Pracht seines Auges, das jeden einzelnen Mann zu sehen, zu durchdringen schien, zu begeistern, zu den größten Anstrengungen fähig und bereit zu machen. In wenigen Wochen warf er die Oesterreicher hinter die Bormida zurück, zwang Sardinien, Parma und Modena zum Frieden, überschritt den Po, erfocht am 10. Mai bei Lodi den Uebergang über die Adda und besetzte schon am 14. Mai Mailand. Dann zog er hinter den Oesterreichern her bis zum Mincio, schlug sie abermals am 30. Mai bei Borghetto, am 5. August bei Castiglione, vom 15. — 17. November bei Arcole und am 14. und 15. Januar 1797 bei Rivoli. Nachdem er hierauf am 2. Februar Mantua zur Uebergabe gezwungen hatte, war er unbestrittener Herr von Oberitalien und durch die gebietende Stellung, die er auf solche Weise einnahm, lag das Schicksal der ganzen Halbinsel in seinen Händen. Der Großherzog von Toskana, der König von Neapel, der Papst waren der eine zum Frieden, der andere zur Neutralität, der dritte zum Waffenstillstand genöthigt, die Gebiete der Republiken Genua und Venedig von französischen Truppen besetzt worden. Ueberall hausten die Franzosen, auch nach dem Abschlusse solcher Verträge, wie in Feindesland, erhoben Kriegssteuern, ließen sich üppig verpflegen, beraubten die prächtigen Kunstsammlungen ihrer kostbarsten Schätze.

Als dem siegreichen Feldherrn im Frühjahre 1797 Erzherzog Karl gegenübertrat, war für Oesterreich doch noch nicht Alles verloren, wenn man sich in Wien ermannt hätte, mit Aufbietung aller Kräfte zu einem entscheidenden Schlage auszuholen. Denn Buonaparte, der in Eilmärschen über den Tagliamento und Isonzo gegangen, in Friaul eingedrungen und bis Leoben im Murthale vorgerückt war, bedrohte zwar in dieser Stellung die österreichische Hauptstadt, aber auch seine Lage war eine schwierige, ja bedenkliche, da die Verstärkungen, auf welche er gehofft und gerechnet hatte, nach Moreau's Niederlage ausblieben und sein Rückzug jeden Augenblick durch eine Volkserhebung aufs Aeußerste gefährdet werden konnte.

Da aber Napoleon Buonaparte, in richtiger Beurtheilung seiner Gegner, seine äußere Haltung nicht durch diese wenn auch sehr gerechtfertigten Befürchtungen beeinflussen ließ, sondern sich den Anschein gab, als warte er nur die geeignete Stunde ab, um sich auf Wien zu werfen, da anderseits die Streitkräfte des Erzherzogs Karl durchaus ungenügend und die Geldmittel Oesterreichs zu ernstlicher Fortführung des Krieges nicht mehr ausreichend waren, so

wurde es den Ministern Thugut und Cobenzl, die schon seit geraumer Zeit für den Frieden gearbeitet hatten, nicht schwer, den Widerstand der Kriegspartei am Hofe zu brechen. Als zu Leoben am 18. April 1797 die Friedenspräliminarien unterzeichnet wurden, war das Bestreben der österreichischen Staatsmänner einzig und allein darauf gerichtet, für Oesterreich die möglichsten Vortheile zu erreichen, wenn man sich dabei auch jetzt noch den Anschein gab, als ob der Beherrscher Oesterreichs in seiner Stellung als deutscher Kaiser die Unverletzbarkeit deutschen Gebietes zur unumstößlichen Bedingung mache.

Während des Waffenstillstandes, der damit eingetreten war, waren dann allerdings noch alle Kräfte, die sich gegen die gewaltige Umgestaltung der gesammten Verhältnisse Europas durch die eroberungslustige französische Republik auflehnten, thätig, um Oesterreich von dem Abschlusse eines endgiltigen Friedens abzuhalten. Mit seiner scharfen und sicheren Beobachtungsgabe aber erkannte Buonaparte alsbald, daß es sich für Oesterreich doch im Wesentlichen nur um ein möglichst großes Maß von Entschädigungen für die ihm zugemutheten Gebietsabtretungen, gleichgültig auf wessen Kosten, handle, und so wurde es denn nicht allzu schwer, die von den österreichischen Unterhändlern erhobenen Schwierigkeiten zu beseitigen.

Am 17. Oktober 1797 wurde der Friede zu Campo Formio bei Udine unterzeichnet. Durch denselben trat Oesterreich die Niederlande an die französische Republik ab und gab seine Zustimmung, daß der größte Theil seiner italienischen Besitzungen mit der von Buonaparte neugebildeten cisalpinischen Republik vereinigt werde, wogegen es mit Istrien, Dalmatien und dem größten Theile des Gebietes der Republik Venedig entschädigt wurde, deren einst so ruhmreichem Dasein Buonaparte ein eben so rasches als ruhmloses Ende bereitet hatte. In geheimen Artikeln aber willigte Oesterreich in die Abtretung des linken Rheinufers, nahm für sich das Erzbisthum Salzburg nebst einem angrenzenden Theile von Baiern in Anspruch und verabredete endlich mit den französischen Unterhändlern, daß Preußen unter keinen Umständen eine Vergrößerung erfahren dürfe. Damit bewiesen die Politiker Oesterreichs, welche Alles aufgeboten hatten, um Preußens Antheil an der polnischen Beute zu schmälern, um den Abschluß des Baseler Friedens zu verhindern, um die Vermittelung Preußens zwischen Frankreich und den deutschen Einzelstaaten zu vereiteln, neuerdings, daß die Feindschaft gegen den Staat Friedrichs des Großen der eigentliche leitende Gedanke ihrer ganzen Staatsweisheit sei.

Wenn sie aber gegen Preußen mit einem gewissen Scheine von Recht den Vorwurf erhoben hatten, es habe durch den Baseler Sonderfrieden die Interessen des Reiches preisgegeben, so hätte dieser Vorwurf doch wohl nach der Unterzeichnung der geheimen Artikel von Campo Formio nicht mehr laut werden dürfen, wenn es Oesterreich nicht verstanden hätte, einstweilen das Geheimniß derselben sowohl Preußen als dem deutschen Reiche gegenüber vollständig zu bewahren. Noch in der vom 1. November 1797 datirten kaiserlichen Einladung an die Reichsstände, einen Congreß zu Rastatt zu beschicken, auf welchem der Friede zwischen Frankreich und dem Reiche abgeschlossen werden solle, wurde erklärt, daß die Verhandlungen daselbst auf der Grundlage der völligen Unverletzbarkeit des Reiches und seiner Verfassung geführt werden würden.

Bald genug sollten sich die Reichsstände, welche ihre Abgesandten nach Rastatt schicken, überzeugen, daß dies eine leere Phrase sei, als sie erfuhren, daß die österreichischen Truppen die festen Stellungen, welche sie noch am Rheine inne hatten, verließen, als Franzosen ihren Platz

einnahmen und die Beamten der französischen Republik begannen, alles Land zwischen Rhein und Maas als Bestandtheil Frankreichs zu behandeln und die französische Verwaltung dort ins Leben zu rufen. Die kleinen deutschen Länder aber, von den beiden Großmächten verlassen und in der beständigen Furcht, ihrerseits als Entschädigungsgegenstände dienen zu müssen, suchten sich durch ihre Abgeordneten der Gunst der französischen Congreßgesandten zu versichern und überboten sich gegenseitig in den Beweisen ihrer Bereitwilligkeit, sich Frankreich gefügig zu zeigen.

So wie die Dinge lagen, war ja an eine Erhaltung des deutschen Reiches in seiner alten Form nicht zu denken. In der That war aber auch kein Interesse vorhanden, dieser ehrwürdigen Ruine, deren einzelne Theile längst nur noch durch die Macht der Trägheit zusammengehalten wurden, ein längeres Dasein durch Anwendung künstlicher Mittel zu sichern. Von den Gliedern des Reiches waren ohne Zweifel die am wenigsten lebensfähigen die verschiedenen größeren und kleineren geistlichen Gebiete. Der Gedanke, denjenigen Staaten, welche auf dem linken Rheinufer Besitzungen gehabt und durch die Kriegsereignisse verloren hatten, die verheißene Entschädigung durch Säcularisation der geistlichen Länder zu verschaffen, lag also nahe genug. Diesen Gedanken, die katholischen Bisthümer, Stifte und Klöster für weltliches Eigenthum zu erklären und den zu entschädigenden Staaten zuzuweisen, hatte, im Einvernehmen mit Frankreich, auch der König von Preußen schon im Jahre 1796 für annehmbar, ja nothwendig erklärt und ihn nahm, nachdem er am 11. März 1798 nothgedrungen in die Abtretung des linken Rheinufers gewilligt hatte, am 4. April 1798 im Grundsatze auch der Rastatter Friedenscongreß an. Die Ausführung der Säcularisationen aber wurde nicht nur Gegenstand endloser Verhandlungen dieses Congresses, sondern auch Anlaß, daß die ohnehin weit klaffende Kluft zwischen Oesterreich und Preußen sich immer weiter öffnete, daß der feindselige Gegensatz zwischen beiden Mächten, zur großen Genugthuung der Franzosen, sich von Tag zu Tag schroffer gestaltete.

Oesterreich hatte an einer vielleicht die Möglichkeit einer gesunden Entwickelung des Reiches eröffnenden Maßregel, als welche sich die Säcularisation darstellte, kein unmittelbares Interesse; das Streben seiner Diplomaten war nach wie vor darauf gerichtet, die Einverleibung Baierns zu erreichen; dagegen aber mußte, aus denselben Gründen, die zur Zeit Friedrichs des Großen maßgebend gewesen waren, auch jetzt wieder Preußen entschiedenen Widerspruch erheben, welches seinerseits entschlossen war, unter allen Umständen von der durch die Säcularisationen in Aussicht gestellten Möglichkeit einer Entschädigung für die verlorenen Gebiete Gebrauch zu machen.

Während die Franzosen in umfassendster Weise die Verabredungen von Campo Formio ausführten und, nach vollständiger Besitznahme des linken Rheinufers, die ihnen von Oesterreich zugestandene Besetzung der wichtigsten Brückenköpfe am rechten Ufer des Stromes: Kehl und Mannheim, Cassel und Ehrenbreitstein vollzogen, beriethen die Gesandten zu Rastatt umständlich und weitläufig, von den Franzosen gereizt, mißhandelt, verhöhnt und getäuscht, aber immer von der Hoffnung getragen, doch einen erträglichen Frieden zu erlangen; und Preußen und Oesterreich, statt sich loyal zu verständigen und dann mit festem Entschluß den alle Tage gesteigerten Ansprüchen der Franzosen entgegenzutreten, gaben diesen das erwünschte Schauspiel gegenseitiger Anschuldigungen und einer täglich wachsenden Uneinigkeit.

Aber der grenzenlose Uebermuth der siegestrunkenen französischen Republik, der sich nach und nach allen europäischen Staaten gegenüber unverholen geltend machte, begegnete doch nicht

allenthalben der demüthigen Selbsterniedrigung, durch welche die unglücklichen Kleinstaaten des deutschen Reiches vergebens die Wiederkehr ihres einst so behaglichen Stilllebens zu erlangen hofften. Die Umgestaltung aller Gebietsverhältnisse des Festlandes, die Bildung der in Abhängigkeit von Frankreich neu entstandenen Republiken in Italien und in der Schweiz, die Eroberung Maltas und Buonapartes glänzende Siege in Aegypten riefen den entschiedenen Widerstand Englands und Rußlands hervor. Nach allen Richtungen ließ der Todfeind Frankreichs, der englische Minister Pitt, der jüngere, seine Rufe ergehen, gegen den Störer der Ruhe und Ordnung Europas stark und fest zusammenzuhalten; gerne schloß sich dem britischen Reiche der Sohn Katharinas II., der 1796 zur Regierung gelangte Kaiser Paul I. an, der sich, wie einst Friedrich Wilhelm II., berufen glaubte, der Schlange der Revolution das frevelnde Haupt zu zertreten. Bald trat der neuen, der zweiten Coalition gegen Frankreich, der sich bereits Neapel und die Türkei angeschlossen hatten, auch Oesterreich bei. Die österreichische Regierung hatte durch den Frieden vom Campo Formio doch nicht annähernd das erreicht, was sie erstrebte, ihren ehrgeizigen Plänen trat der Widerspruch und mehr noch die Intrigue der den österreichischen Staatsmännern auch auf diesem Gebiete weit überlegenen Diplomaten der jungen Republik entgegen. So war es denn kein Wunder, daß in Wien die Partei, welche überhaupt keinen Frieden mit Frankreich hatte schließen wollen, wieder zum Worte kam und daß auch die Volkskreise der österreichischen Hauptstadt einen an sich unbedeutenden Anlaß benutzten, um ihrer entschiedenen Feindseligkeit gegen Frankreich unzweideutigen Ausdruck zu geben. Als nämlich bei einer vaterländischen Feier, die in Wien festlich begangen wurde, der französische Gesandte Bernadotte in auffälliger und ungewöhnlicher Weise auf dem Balkon des Gesandtschaftspalastes die dreifarbige Fahne der Republik aufzog, entstand ein Volksauflauf, die Fahne wurde heruntergerissen, das Haus beschädigt. Bernadotte verlangte Genugthuung, und als diese ihm nicht in befriedigender Weise zu Theil ward, seine Pässe und reiste von Wien ab. Man hielt einen Augenblick lang den sofortigen Ausbruch des Krieges für unvermeidlich, aber Oesterreich war doch nicht genügend gerüstet; Verhandlungen wurden eingeleitet, welche das beleidigte Ehrgefühl der Franzosen beruhigten; aber als man dabei auch auf ernste politische Fragen kam, ergab sich doch alsbald, daß auf eine Verständigung zwischen Oesterreich und Frankreich über die bei Auslegung und Ausführung des Friedens von Campo Formio aufgetauchten Streitfragen nicht zu rechnen sei. Und als im Beginne des Jahres 1799 der neue große Weltkrieg gegen die französische Republik entbrannte, waren auch Oesterreichs Waffen unter denen, die den Kampf wider die eroberungslustige Nation führten.

Mehrfach hatten während der Rastatter Verhandlungen die französischen Staatsmänner eine engere Annäherung an Preußen gesucht, ja geradezu den Abschluß eines Bündnisses wiederholt in Anregung gebracht. Ebenso wie diese Aufforderung wies die preußische Regierung aber jetzt auch die Einladung Englands, Rußlands und Oesterreichs, sich an der Coalition zu betheiligen, zurück, in dem Wahne, daß es möglich sei, in dem Vereine der großen Mächte Europas eine Rolle zu spielen, ohne in einem so entscheidenden Zeitpunkte thätig einzutreten und mit Entschiedenheit eine Partei zu ergreifen. Preußen trat auf solche Weise in eine auf die Dauer unhaltbare Vereinzelung, welche es freilich zunächst vor der von seinen Leitern so sehr gefürchteten Gefahr, in einen Krieg verwickelt zu werden, bewahrte, im weiteren Verlaufe der Dinge aber, da endlich der Krieg doch unver-

meidlich ward, die Demüthigung, die es im Jahre 1806 erlitt und die Leiden der darauffolgenden Jahre zur Folge hatte.

Ein blutiges Schauspiel, über dessen Einzelheiten noch heute ein nicht völlig aufgeklärtes Dunkel schwebt, bezeichnete den Abschluß der Rastatter Congreßverhandlungen. Längst waren die Feindseligkeiten im vollen Gange, als die Gesandten immer noch in Rastatt verweilten und ihr fruchtloses Werk fortführten. Erst als die Vorhut des österreichischen Heeres vor der Stadt streifte, begriff man, daß keine Zeit zu Friedensverhandlungen mehr sei. Als aber am Abend des 28. April die französischen Gesandten Rastatt verließen, sahen sie sich überfallen, aus dem Wagen geworfen, ihrer Papiere beraubt, tödtlich mißhandelt; ihrer zwei erlagen dem meuchlerischen Angriffe, nur ein Zufall rettete den dritten. Es ist heute festgestellt, daß österreichische Husaren den Mord vollführten, daß sie einem bestimmten Befehle gehorchten, daß dieser Befehl aus Wien kam; wer ihn gegeben, wer Mitwisser der That war und in welchem Umfange dieselbe angeordnet worden, das wird wohl niemals völlig aufgeklärt werden.

Der Krieg begann nicht glücklich für die Franzosen. Vom Erzherzog Karl am 21. und 25. März 1799 bei Ostrach und Stockach geschlagen, mußten Jourdans Truppen über den Rhein zurückweichen, und in Italien besiegte der russische Feldherr Suworoff ihre Heere am 27. Mai bei Cassano und am 17. bis 19. Juni an der Trebbia und bereitete den Schöpfungen Buonapartes, den verschiedenen der großen französischen Republik unterworfenen kleinen Freistaaten, ein schleuniges Ende. Nur in der Schweiz war ihnen das Waffenglück nicht so ungünstig. Zwar siegte Erzherzog Karl am 4. Juni bei Zürich, aber nachdem er von da an den Oberrhein marschirt war, gelang es dem französischen General Massena auf demselben Schlachtfelde am 25. und 26. September, über Oesterreicher und Russen einen entscheidenden Vortheil zu erringen und Suworoff, der in gewaltigen Märschen über die Felsenwände des Gotthard aus Italien herübergezogen war, kam zu spät, um durch sein Eingreifen diese Niederlage abzuwenden, ja die Sieger verlegten ihm die Ausgänge nach dem Vierwaldstädter See und dem Muottathale, so daß er genöthigt war, sich unter den aufreibendsten Anstrengungen nach dem Vorderrheinthale zu werfen und die Schweiz in den Händen der Franzosen zu lassen. Noch in Italien hatte er den am 15. August, gemeinsam mit den Oesterreichern, bei Novi erfochtenen Sieg nicht nach Gebühr ausnutzen, namentlich Genua nicht besetzen können, weil die österreichischen Generale entgegengesetzte Befehle von Wien erhielten. Das Wiener Cabinet verfolgte auch in diesem Kriege andere Ziele als seine Verbündeten. Während es Kaiser Paul I. von Rußland als seine ernst zu erfassende und mit aller Kraft durchzuführende Aufgabe betrachtete, die französische Machtentfaltung in ihre alten Grenzen zurückzuweisen und, wo immer es möglich wäre, die alte Ordnung der Dinge wieder herzustellen, war Kaiser Franz II. nur darauf bedacht, seine Erblande zu vergrößern, gleichgiltig gegen die Beraubung Anderer und gegen die Ausdehnung der französischen Herrschaft, wenn nur die österreichischen Interessen durch dieselbe nicht berührt wurden.

So sagte sich denn Kaiser Paul, über die durch diese politischen Rücksichten hervorgerufenen Schwankungen der Oesterreicher tief entrüstet, von der Coalition los und ließ, nachdem eines seiner Heere, mit englischen Truppen vereint, auch in den Niederlanden unglücklich gekämpft hatte, alle seine Armeen nach Rußland zurückmarschiren.

Während nun Oesterreich wieder fast allein den Franzosen in Waffen gegenüberstand, nur von einigen deutschen Fürsten unterstützt, denen England die Mittel gab, ihre Heere neu zu bilden,

und unter denen sich der neue Kurfürst von Baiern und Pfalz, Maximilian Josef, gerade den österreichischen Einverleibungsgelüsten gegenüber, besonders hervorthat, hatte sich in Frankreich ein in die Geschicke Europas tief eingreifendes Ereigniß zugetragen. Buonaparte hatte den Oberbefehl über seine Truppen in Aegypten dem General Kleber übertragen, war am 9. Oktober 1799 an der Küste Südfrankreichs gelandet, und stürzte am 9. November durch einen Staatsstreich die Regierung des Direktoriums. Alsbald ließ er sich zum ersten Consul wählen und begann nun, seiner unbedingten Macht über die Armee, an deren Spitze er so glänzende Siege erfochten, vertrauend, unter der bescheidenen Form republikanischer Titulatur, die er fürs Erste erkoren hatte, sein Vaterland mit nahezu unumschränkter Gewalt zu beherrschen, vor allem durch Neubildung der durch die Revolution zerrütteten Einrichtungen des Staates auf fast allen Gebieten des bürgerlichen Lebens wieder Ordnung und Stetigkeit in die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs zu bringen.

Bald sollte sich die dadurch wesentlich erhöhte Macht der Franzosen auch in den auswärtigen Beziehungen geltend machen. Nachdem die Herrscher von Oesterreich und England die freilich nicht all zu ernst gemeinten Friedensanträge Buonapartes zurückgewiesen hatten, während die Eröffnungen, die er, unter Preußens Vermittelung, an Kaiser Paul von Rußland richtete, bei dessen Verbitterung gegen seine Verbündeten nicht eben so erfolglos waren, beschloß der erste Consul die Kriegführung neu zu beleben, wozu er während jener Verhandlungen die umfassendsten Vorbereitungen getroffen hatte.

Vom Mai bis Juli 1800 nöthigte General Moreau in einer Reihe von Gefechten das unter dem Oberbefehl des Generals Kray in einer ungeheuern Ausdehnung vom Bodensee bis gegen den Main hin aufgestellte österreichische Heer zuerst nach Ulm und von da bis an den Inn sich zurückzuziehen, besetzte Baiern und schloß zu Parsdorf am 15. Juli eine auf längere Dauer berechnete Waffenruhe.

Inzwischen war General Massena in Genua von den Oesterreichern belagert worden und hatte mit zäher Ausdauer die Uebergabe dieser Festung bis zum 4. Juni hinauszuzögern gewußt, immer in der Hoffnung, daß Buonaparte noch rechtzeitig zu seinem Entsatze herbeikommen würde. Dieser hatte in aller Stille eine große Armee an der Südostgrenze Frankreichs gesammelt, die er während des Monats Mai über die von Eis und Schnee starrenden Pässe des großen und kleinen Bernhard, des Mont Cenis und des Gotthard in die lombardische Ebene herüberführte. Konnte er auch Massena nicht entsetzen, so wurde doch sein Vormarsch die Veranlassung, daß diesem der ehrenvollste Abzug bewilligt werden mußte. Er selbst siegte bei Piacenza, bei Casteggio und Montebello über kleine Abtheilungen der Oesterreicher, die sich ihm entgegenwarfen. Am 14. Juni aber schlug er den österreichischen General Melas bei Marengo vollständig aufs Haupt. Zwar schien Anfangs den Oesterreichern, die ihrerseits Buonaparte mit dem Angriffe zuvorkamen, der Sieg sich zuzuneigen, zweimal mußten, nach blutigem Ringen, die Franzosen den Rückzug antreten; dann aber, erst des Abends um 5 Uhr, griff General Desaix, den Buonaparte, von einem Beobachtungsmarsch in der Richtung nach Genua hin, eben noch rechtzeitig auf die Wahlstatt rufen konnte, mit frischen Truppen in den Kampf ein. Zwar warf ihn selbst eine tödtliche Kugel zu Boden, aber mit seinem Eintritt in die Schlachtlinien kam neuer Muth, neue Kampfeslust in die Reihen der Franzosen; von allen Seiten stürmten sie auf die Oesterreicher ein, deren sich, nachdem sie bis zum Abend standhaft gerungen, plötzlich ein panischer Schrecken bemächtigte, welcher

bald in wilde Flucht, erst der Reiterei, dann der Gesammtheit der Truppen überging.

Groß waren die Verluste beider Heere, aber die Kraft der Oesterreicher war völlig gebrochen; Melas beeilte sich, zu Alessandria einen Waffenstillstand mit Buonaparte abzuschließen, der nur die Eröffnung von Friedensverhandlungen einleiten sollte und dem zufolge die kaiserlichen Truppen hinter den Po und den Mincio zurückgingen.

Noch einmal raffte Oesterreich, nachdem diese Verhandlungen nicht zum Ziele geführt hatten, seine Streitkräfte zusammen, deren Leitung man indeß nicht dem erprobten Feldherrn Erzherzog Karl, sondern dem jugendlichen Erzherzog Johann anvertraute, indeß nur, um am 3. Dezember bei Hohenlinden in Baiern eine neue Niederlage zu erleiden. Wenige Wochen nachher siegten die Franzosen auch am Mincio. Damit war die Widerstandsfähigkeit Oesterreichs erschöpft; als man jetzt, in der Stunde der höchsten Noth, den Erzherzog Karl wieder als Helfer herbeirief, fand er nur noch die Trümmer einer Armee, mit denen es Thorheit gewesen wäre, eine Fortsetzung des Krieges zu versuchen.

Neue Verhandlungen, die nun angeknüpft wurden, führten am 9. Februar 1801 zur Unterzeichnung des Friedens von Luneville, der sich, der Hauptsache nach, als eine Erneuerung des Vertrages von Campo Formio darstellt.

Dieser Friedensschluß besiegelte einerseits den Triumph der französischen Kriegs- und Staatskunst, anderseits die Schwäche und Erniedrigung Oesterreichs und des deutschen Reiches, in dessen Namen der Kaiser, ohne daß auch nur formell der Reichstag beigezogen worden wäre, alle Forderungen des siegreichen Frankreich gewähren mußte. Oesterreich mußte abermals Belgien und Oberitalien bis zur Etsch an die Sieger abtreten, welche die cisalpinische Republik wiederherstellten, das linke Rheinufer blieb dauernd in dem Besitze Frankreichs und die zerstörten Befestigungen am rechten Ufer dieses Stromes durften nicht wieder aufgerichtet werden, so daß die deutschen Grenzen wehrlos jedem ferneren Eindringen der eroberungslustigen Nachbarn geöffnet waren. Für Oesterreich blieb, wie es zu Campo Formio beschlossen worden, Venedig, Istrien und Dalmatien als Entschädigung seiner Verluste in Italien bestimmt, die dem Erzhause angehörigen Herzoge von Toscana und Modena sollten ihre Entschädigung in Deutschland finden. Für jene erblichen Reichsfürsten, deren Länder durch Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich verkleinert worden waren, wurde, in Ausführung des von dem Rastatter Congresse angenommenen Grundsatzes, eine entsprechende Entschädigung im Schooße des Reiches gewährt. Das Reich selbst war und blieb beschädigt und beraubt; reich gesegnete fruchtbare Länderstrecken, auf deren Erwerbung selbst in den früheren Zeiten tiefster Erniedrigung die Ländergier Frankreichs hatte verzichten müssen, wurden nun von dem Körper des Reiches abgetrennt, nicht weniger als 1150 Geviertmeilen mit $3\frac{1}{2}$ Millionen wohlhabender, fleißiger, gesitteter Bewohner gingen verloren. Aber die Fürstengeschlechter, welchen diese nun dem Ausland preisgegebenen Angehörigen des Reiches bisher gehorcht hatten, erhielten einen Ersatz für ihren Verlust, freilich nur auf Kosten ihrer Mitstände, denen dasselbe Recht wie ihnen zur Seite stand, die auf Grund der Reichsverfassung denselben Anspruch, wie jene, auf Erhaltung und Schutz ihrer ererbten Rechte und Besitzungen durch die Gesammtheit zu erheben berechtigt waren.

Die Ausführung dieser, auf dem System willkürlichen Raubes, unrechtmäßiger Verfügung über fremdes Eigenthum beruhenden Ausgleichung und Ländervertheilung wurde einer Reichsdeputation übertragen, die aber nicht etwa nach eigenem Ermessen und lediglich durch die Zustimmung des Kaisers beschränkt, sondern, wie

es der Friede von Luneville ausdrücklich bestimmte, „im Einvernehmen mit der französischen Regierung“ ihres Amtes waltete.

Der Grundgedanke der Säcularisation, der bald dadurch erweitert wurde, daß nicht nur die geistlichen Staaten, sondern auch andere kleinere Glieder des Reichskörpers als Gegenstände der Entschädigung ausersehen wurden, führte ja, wie schon früher erwähnt, zu dem an und für sich keineswegs unnatürlichen Versuche, den durchaus unhaltbaren Zuständen des dahinsiechenden deutschen Reiches eine neue, lebensfähige Umgestaltung zu bereiten. Eine Verminderung der zahllosen kleinen, ohnmächtigen, allen Aufgaben des staatlichen Lebens nicht gewachsenen selbständigen Gebiete innerhalb des Reiches und dadurch eine Vergrößerung der namhafteren Glieder desselben, konnte ja, im Interesse der Gesammtheit wie der einzelnen Reichsangehörigen nur begrüßt werden. Und wenn eine solche Neuordnung der auf einer veralteten, unbrauchbaren, jede Lebenskraft entbehrenden Grundlage beruhenden Verfassung des Reiches auch nicht wohl ohne Anwendung von Gewalt, ohne Kränkung wohlerworbener Rechte zu erreichen war, so durfte diese doch nur geschehen durch ein Zusammenwirken der im Reiche selbst vertretenen Kräfte und nur im Interesse des Reiches und seiner Glieder. Nun aber wurde diese Neuordnung bestimmt, unter förmlich anerkannter Einmischung des Auslandes, unter dem Drucke der unumstößlichen Befehle eines siegreichen Nachbarlandes, jenes Landes, das von jeher seine Größe nur in der Erniedrigung anderer Länder, besonders Deutschlands, gefunden hatte.

Nicht in den umständlichen und weitschweifigen Berathungen der schwerfälligen deutschen Rechtsgelehrten, welche in Regensburg über dem Ausgleichungsgeschäfte brüteten, nicht in Verhandlungen der deutschen Höfe unter einander wurden die Verträge von Luneville zur Ausführung gebracht, sondern in den Cabineten und Vorzimmern der französischen Minister wurde der Länderraub im deutschen Reiche unter dessen Glieder vertheilt. Dort buhlten die Vertreter der deutschen Fürsten um die Gunst der Emporkömmlinge der Revolution, dort wurde mit Versprechungen und Bestechungen um das künftige Loos von Millionen deutscher Bürger gehandelt und geschachert. Und nicht das Interesse des Reiches oder das Wohl seiner Glieder war bei der Vertheilung der Beute maßgebend, sondern lediglich der Gesichtspunkt bestimmte sie, wie dadurch für alle Zukunft die Macht Frankreichs erhöht, sein Einfluß auf Deutschland erweitert werden könne.

Diesen mit festem Blick erfaßten und mit starkem Entschlusse unausgesetzt angestrebten Zielen der französischen Politik verdankten vor Allem die Staaten des deutschen Südwestens namhafte, mit den erlittenen Verlusten außer allem Verhältniß stehende Vergrößerungen. In ihnen suchte sich Frankreich nicht nur bequeme, weil machtlose Nachbarn, sondern auch Verbündete zu gewinnen, deren vereinigte Kräfte immerhin bei weiteren kriegerischen Unternehmungen sich als nicht unerheblich darstellten und deren Betheiligung an den Interessen Frankreichs der Einmischung dieses Staates in die Angelegenheiten Deutschlands den gewünschten Erfolg zu sichern versprach.

Am 25. Februar 1803 kam endlich der sogenannte „Reichsdeputationshauptschluß“ zu Stande. Durch denselben erhielt Oesterreich, welches den Herzog von Modena durch das Breisgau und die Ortenau für sein verlorenes Land entschädigte, seinerseits zur Schadloshaltung die Bisthümer Trient und Brixen und für den Großherzog von Toscana das Erzbisthum Salzburg mit der Propstei Berchtesgaden und Theile der Bisthümer Passau und Eichstätt. Preußen bekam für die auf dem linken Rheinufer verlorenen 48 Geviertmeilen einen neuen Besitz von 230 Geviertmeilen, nämlich die Bisthümer Hildesheim und Paderborn, die Stadt und einen Theil des Hochstiftes

Münster, die kurmainzischen Besitzungen in Thüringen, das Eichsfeld, eine Reihe von Abteien und die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar. Hannover wurde für unbedeutende Abtretungen durch das seinen Verlust um das Fünf- bis Sechsfache übersteigende Bisthum Osnabrück schadlos gehalten. Baiern hatte durch die Revolution mit am meisten verloren, nicht nur seine reichen Besitzungen auf dem linken, sondern auch alle pfälzischen Aemter auf dem rechten Rheinufer, etwa 200 Geviertmeilen eines schönen und fruchtbaren Landes. Nun erhielt es 90 Geviertmeilen mehr durch die Erwerbung der Hochstifte Würzburg, Bamberg, Freising, Augsburg, Passau, eine große Zahl von Abteien und Reichsstädten und dadurch zudem ein abgerundetes Gebiet, das es erst in den Stand setzte, eine mit gewisser Selbständigkeit durchgeführte politische Rolle zu spielen und sich der österreichischen Einverleibungsgelüste mit Erfolg zu erwehren. Wirtemberg, welches 9 Geviertmeilen eingebüßt hatte, gewann mehr als das Viersache des Verlustes, besonders durch Klöster und Reichsstädte. Am Reichsten wurde aber Baden entschädigt, welches für 8 verlorene Geviertmeilen deren nicht weniger als 60 bekam und dadurch aus der Reihe der kleinen in die der mittleren Staaten eintrat. Hier bestand der Gebietszuwachs, außer mehreren pfälzischen Aemtern und der Herrschaft Lahr, meist aus bischöflichen Gebieten und Abteien, sowie 7 Reichsstädten. Baden fehlte der Vortheil der Abrundung, welcher Baiern und noch mehr Wirtemberg bei diesem Anlaß zu Theile ward; es reichte, langhingestreckt und schmal, von der Schweizergrenze bis an den Neckar; aber die Vergrößerung war außer allem Verhältnisse zu dem bisherigen Umfange des Landes und erfolgte sicherlich nicht, wie Buonaparte vorgab, um die Regententugenden des greisen Markgrafen Karl Friedrich besonders zu ehren, sondern doch wohl nur, weil die geographische Lage des Landes für die weiteren französischen Pläne wichtig war, vielleicht auch aus besonderer Rücksicht auf die Verschwägerung des regierenden Hauses mit der kaiserlichen Familie von Rußland. Denn nachdem Buonaparte ein freundschaftliches Verhältniß mit Kaiser Paul I. angeknüpft hatte, der aus dem leidenschaftlichsten Gegner des revolutionären Frankreich plötzlich der begeistertste Bewunderer des Genies und der Heldenthaten Buonapartes geworden war, gelang es diesem, nach der Ermordung Kaiser Pauls am 29. März 1801, dessen jugendlichen Sohn und Nachfolger Alexander I. ebenfalls seinen Einflüssen zu unterwerfen, und es war bei der deutschen Ländervertheilung wie auf die Interessen Frankreichs, so auch auf die Wünsche Rußlands vielfach Rücksicht genommen worden. Besonders Hessen-Darmstadt war deshalb reich bedacht worden, nicht minder Nassau, das ebenfalls zu der Staatengruppe gehörte, in welcher sich die französische Politik die künftigen Bundesgenossen heranbildete. Die zahllosen Gebietsveränderungen, durch welche auch die kleineren und kleinsten Reichsstände an dem allgemeinen Raube ihren Theil erhielten, können hier nicht im Einzelnen erwähnt werden. Von jener Klasse von Reichsständen, auf deren Kosten alle diese Entschädigungen und Bereicherungen der anderen erfolgt waren, blieb zunächst der Erzbischof von Mainz in seiner Würde als Kurfürst, Reichserzkanzler und Primas von Deutschland erhalten, aber statt Mainz erhielt er Regensburg und eine bedeutende Ausstattung aus Theilen des ehemaligen Erzstiftes Mainz, die Reichsstadt und das Hochstift Regensburg und die Reichsstadt Wetzlar. Auch die beiden Ritterorden, der deutsche und der Johanniterorden, sollten fortbestehen und eine größere Anzahl südwestdeutscher Klöster zugetheilt erhalten. Von den Reichsstädten endlich blieben noch sechs übrig: Lübeck, Hamburg, Bremen, Frankfurt, Nürnberg und Augsburg, die ebenfalls meistens eine Umgestaltung, theilweise eine Erweiterung ihres Gebietes erfuhren.

Diese Neuordnung der Gebiets- und Machtverhältnisse hatte vielfach auch die Verleihung neuer Würden an die Fürsten des Reiches zur Folge. Der Herzog von Wirtemberg, der Markgraf von Baden und der Landgraf von Hessen-Kassel wurden zu Kurfürsten erhoben, und denselben Titel erhielt der frühere Großherzog von Toscana als Gebieter von Salzburg. Demnach bestand nun der Kurfürstenrath, aus welchem Köln und Trier verschwunden waren, aus 10 Mitgliedern.

Im Fürstenrathe trat ein neues Stimmverhältniß in Kraft, indem die weltlichen Fürsten auch jene Stimmen für sich beanspruchten und abgaben, welche ihnen mit den säcularisirten Bisthümern und Stiften zugefallen waren. Da durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich eine Anzahl Stimmen wegfiel, auch einige, die nur noch alter Uebung gemäß, ohne sich auf thatsächlichen Besitz zu stützen, abgegeben worden waren, verschwanden, so blieben jetzt im Ganzen 82 Stimmen übrig. Unter diesen trat an die Stelle der früheren Vertheilung nach dem geistlichen oder weltlichen Stande der Stimmführenden eine neue. Zwar blieben die von ehemals geistlichen Besitzungen herrührenden Stimmen auf der sogenannten „geistlichen Bank“ vereinigt, wenn sie auch ausschließlich von weltlichen, ja selbst von protestantischen Fürsten geführt wurden, aber das Verhältniß der Stimmen war jetzt, namentlich in Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß der Fürsten, völlig verändert. An die Stelle von 55—57 katholischen gegen 43—45 protestantische traten nunmehr 52—53 protestantische gegen nur 29—30 katholische Stimmen. Dieses veränderte Stimmverhältniß aber machte sich praktisch namentlich in der Richtung geltend, daß die Mehrheit im Fürstenrathe, welche bisher unbestritten Oesterreich besessen hatte, nunmehr unzweifelhaft auf Preußen und jene Reichsstände überging, die seit geraumer Zeit regelmäßig mit Preußen zusammen gegen Oesterreich zu stimmen pflegten. Mit der sicheren Möglichkeit einer regelmäßigen Ueberstimmung Oesterreichs war aber, wie die Dinge lagen, der Fortbestand der Reichverfassung, des ja nur auf der österreichischen Macht beruhenden Kaiserthums, nicht mehr auf längere Dauer vereinbar.

Diesem Zerfalle des Reiches schauten die deutschen Fürsten unthätig zu, die mächtigeren mit dem Hintergedanken, in der Erweiterung ihrer Macht und ihrer Gebiete, durch die rechtswidrige Vergewaltigung der minder mächtigen, je nach gegebener Gelegenheit fortzufahren, die kleineren in dem Gefühle ihrer Ohnmacht gegenüber den gewaltthätigen Eingriffen der Stärkeren. Für manche der zu größeren Gebieten geschlagenen Länder und Städte war der eingetretene Umschwung ein Segen, der auch da und dort alsbald erkannt wurde. War auch der alte Spruch: „Unter dem Krummstabe ist gut wohnen“ noch immer in mancher Beziehung richtig, so hatte sich doch, den Forderungen der neuen Zeit auf wirthschaftlichem und geistigem Gebiete gegenüber, das klerikale Regiment als durchaus unzureichend erwiesen und die Regierungen der größeren Territorien, denen jetzt die bisherigen Unterthanen der Bischöfe und Aebte angehörten, waren der Lösung der Aufgabe, für deren Wohl zu sorgen, doch bei weitem mehr gewachsen, als Bischöfe und Aebte und deren geistlicher Hofstaat, auch die Bürgerschaft der theilweise ja sehr kleinen und jeder Selbständigkeit baren Reichsstädte konnte sich über das Ende ihrer Reichsunmittelbarkeit leicht damit trösten, daß ihre Gemeindeangelegenheiten unter der Leitung und dem Schutze einer geordneten Staatsverwaltung aller Wahrscheinlichkeit nach besser als bisher gedeihen würden.

Die große Masse des Volkes stand allen diesen, zum Theile doch so tief in die wichtigsten Verhältnisse des gesammten öffentlichen Lebens ein-

greifenden Vorgängen mit dumpfer Gleichgültigkeit gegenüber. Der ruhige Bürger und Bauer lauschte bangen, klopfenden Herzens dem Kriegslärm, athmete auf, wenn er sich fern ab von seinem Heimwesen zu verziehen schien, brach in Jammern und Klagen aus, wenn er sich seinem Wohnorte näherte, aber was dann, wenn die Kanonen, die „letzte Entscheidung" der Könige wie der Republiken, wieder schwiegen, die Großen der Erde in ihren Congressen und Verhandlungen beschlossen, das nahm er mit der stillen Ergebung hin, daß er ja doch an diesen Ergebnissen nichts zu ändern vermöge. Der Beamte erledigte schlicht und recht seine alltäglichen Geschäfte, unbekümmert, ob der Herr, dem er diente, zu neuer Würde erhöht worden, oder ob die Dienstpflicht, deren Erfüllung er beschworen, nach höherer Verfügung einem anderen Machthaber zu leisten war. Der enge Kreis des Alltagslebens, die Sorge um das, was der Tag nahm und brachte, hielt die Mehrzahl unterer Volksgenossen in ihrem Bann gefangen, den höheren Gesichtspunkten der öffentlichen Moral, der Vaterlandsliebe, der politischen Erwägung räumten sie wenig Platz in ihrem Denken und Fühlen ein. Aber die Minderheit, welche die Dinge ernsthaft betrachtete und prüfte und mit politischem Blick beurtheilte, sah schaudernd auf dieß Getreibe der Fürsten und Staatsmänner, vermißte in all dem, was in diesen Jahren einer unerhörten Umwälzung geschah, auch die leiseste Spur von Achtung wohlerworbener Rechte und geschichtlicher Ueberlieferungen, sie erkannte ahnenden Geistes, daß das nur der Anfang vom Ende sei und zwar von einem Ende mit Schrecken, das jeden Augenblick über Deutschlands Fürsten und Völker hereinzubrechen drohte.

Die Verbindung deutscher Länder durch Personalunion mit außerdeutschen Staaten hatte unserem Vaterlande nie Segen gebracht. Daß die Kurfürsten von Sachsen gleichzeitig Könige von Polen waren, hatte die undeutsche Politik des sächsischen Hofes veranlaßt, daß die Herrscher Oesterreichs sich mehr um ihre italienischen, slavischen und ungarischen als um ihre deutschen Länder bekümmerten, war der Fluch, der seit Jahrhunderten an der Kaiserwürde haftete und sie zu einem leeren Schattenbilde herabgewürdigt hatte. Jetzt sollte die Verbindung Hannovers mit England den deutschen Interessen gefährlich werden.

Der Friede, den Buonaparte zu Amiens mit England abgeschlossen hatte, trug die Keime neuer Zwistigkeiten im Schooße. Verschiedene Beschwerdepunkte, deren wichtigster die Insel Malta betraf, waren unausgetragen. Der glühende Haß, mit dem von allen zeitgenössischen Staatsmännern am heftigsten Pitt den ersten Consul verfolgte, fand täglich neue Nahrung in den zahllosen Uebergriffen, welche sich die Franzosen in allen Ländern herausnahmen, die sich ihrer Willkür preisgegeben sahen. Im Frühjahre 1803 schien der Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England unvermeidlich und die Absicht Frankreichs, das zur See England nicht gewachsen war und daher an eine Landung an den britischen Küsten vorerst nicht denken konnte, sich auf Hannover zu werfen, lag offen zu Tage.

In Hannover führte der alteingesessene Adel und eine arbeitstüchtige Beamtenklasse mit ziemlicher Ununschränktheit ein im Allgemeinen wohlwollendes, nicht hartes, noch drückendes Regiment. Das Land erfreute sich behäbigen Wohlstandes, geordneter Verwaltung, selbst einer nicht unbrauchbaren Kriegsmacht. Gegen einen Handstreich der Franzosen war es durch sein 15,000 Mann starkes Heer hinreichend geschützt, wenn nicht die Unfähigkeit und Rathlosigkeit der regierenden Kreise gegenüber unerwarteten Vorgängen und die lahme und zahme Ergebung des Volkes in alles, was über es hereinbrach, das Land vollkommen wehrlos gemacht hätte. Denn kaum mehr als 12,000 Mann führte General Mortier mit sich, als er sich, von Holland her, Ende Mai 1803 den

hannöverischen Grenzen näherte. Die Franzosen, welche vor einer raschen Vereinigung und energischem Widerstande der hannöverischen Truppen unzweifelhaft hätten zurückweichen müssen, rückten jetzt, da die Regierung von Hannover ihr Militär im ganzen Lande zerstreut hatte und den schnellen Entschluß, es irgendwo zusammenzuziehen, nicht fand, ohne auf Widerstand zu stoßen, bis nach Suhlingen vor. Dort aber wurde am 3. Juni ein Vertrag abgeschlossen, dem zufolge die hannöverischen Truppen sich, ohne daß ein Schuß gefallen war, hinter die Elbe zurückziehen und am Kriege ferner nicht betheiligen sollten. Das ganze reiche Land, seine Festungen, seine Kriegsvorräthe waren auf solche Weise in die Hände der Franzosen übergegangen, die indeß nicht einmal an diesen Verabredungen festhielten, sondern unter nichtigen Vorwänden die völlige Auflösung der Armee verlangten und erreichten. Dann aber hausten sie in dem wehrlos gewordenen Hannover ohne jede andere Rücksicht, als auf ihre täglich wachsenden und auf das Höchste angespannten Bedürfnisse. Man hat berechnet, daß die jährlichen Landeseinkünfte sich auf 5 Millionen Thaler beliefen, wogegen die Franzosen während der 26 Monate lang andauernden Besetzung Hannovers nicht weniger als 26 Millionen Thaler erpreßten. So ersparte also der schmachvolle Vertrag von Suhlingen dem Kurfürstenthume Hannover nicht einmal diese fast unerschwinglichen Lasten, die im Falle eines erfolglosen Widerstandes kaum noch hätten erhöht werden können. Noch härter als diese Lasten und Abgaben drückte aber auf das Land das französische Ueberwachungssystem, welches jede freie Meinungsäußerung der Landesangehörigen unterdrückte, jede Landeseigenthümlichkeit beseitigte, allenthalben bis in das innerste Heiligthum der Familie hinein die Willkür des übermüthigen Siegers zur Geltung brachte.

Noch empörender als das Verhalten der Franzosen in Hannover, das doch wenigstens einigermaßen durch den Kriegszustand mit England entschuldigt werden konnte, war eine Gewaltthat, durch welche das Gebiet eines der Republik befreundeten Landes, des Kurfürstenthums Baden, in der gröblichsten Weise verletzt wurde. In Paris war man Anfangs März 1804 einer von Anhängern des Königthums ausgegangenen, das Leben des ersten Consuls bedrohenden Verschwörung auf die Spur gekommen und die dabei geführte Untersuchung hatte den Verdacht erweckt, daß in diese Angelegenheit ein bourbonischer Prinz, vielleicht der Herzog von Enghien, verwickelt sei. Dieser lebte, ohne irgend nachweisbare Theilnahme an der Politik, in stiller Zurückgezogenheit, in dem aus bischöflich straßburgischer in badische Landeshoheit übergegangenen Städtchen Ettenheim. Die Lage dieses seines Wohnortes in der Nähe der französischen Grenze machte den Herzog besonders dazu geeignet, schuldig oder nicht, ein Opfer der Rachsucht und Gewaltthätigkeit Buonapartes zu werden. Die freundlichen Beziehungen Badens zu Frankreich hielten einen Mann von der alles Recht verachtenden Sinnesart des ersten Consuls nicht ab, mitten im tiefsten Frieden einen bewaffneten Einfall in dieses Land zu verfügen. In der Nacht vom 14. auf den 15. März 1804 überschritt eine französische Truppenabtheilung den Rhein und verhaftete alle in Ettenheim wohnenden Emigranten. Und während die badische Regierung, tief bestürzt über diese allen Gesetzen des Völkerrechts Hohn sprechende That, durch ihren Gesandten in Paris gegen solche Gebietsverletzung Einsprache erhob, mußte sie erfahren, daß der Herzog, der sich in dem Frieden ihres Landes sicher geglaubt hatte, nach Vincennes gebracht, vor eine mit dem Scheine gerichtlicher Formen umgebene Behörde gestellt und von dieser zum Tode verurtheilt, alsbald erschossen worden sei. Der Kurfürst von Baden konnte diesem Justizmorde gegenüber nur bei dem Reichstage über das ihm zugefügte Unrecht Klage führen

und die Abwehr der Gefahr einer Wiederholung solcher Greuel erbitten. Aber so tief war die Ehre und Würde des deutschen Reiches bereits herabgesunken, daß sich der Reichstag nicht einmal dazu ermannte, Erklärungen von der französischen Republik zu verlangen. Die Gesandten von Oesterreich und Preußen gaben nichtssagende Ausdrücke des Bedauerns über dieses „besorgliche Ereigniß" zu Protokoll und sprachen die Erwartung aus, daß der erste Consul gewiß von selbst geneigt sein werde, befriedigende Aufklärungen zu ertheilen. Damit wäre die Angelegenheit alsbald von der Tagesordnung verschwunden, wenn nicht Rußland und Schweden diplomatische Noten an den Reichstag gerichtet hätten, in denen auf die Gefahren hingewiesen war, welche für Deutschland entstehen müßten, wenn solche Gewaltstreiche ungehindert stattfinden könnten. Diese Noten veranlaßten neue Verhandlungen am Reichstage selbst und zwischen den einzelnen deutschen Regierungen, welche ihren Abschluß damit fanden, daß der Reichstag Ferien machte und die „Ruhe und Würde des Reiches", die er vertreten sollte, sich selbst überließ.

In Paris hatte inzwischen Buonaparte den Schrecken, der durch die entdeckte Verschwörung und durch die Hinrichtung des Herzogs von Enghien verbreitet worden war, dazu benutzt, die Republik, die ja schon seit geraumer Zeit nur noch dem Namen nach bestand, völlig zu beseitigen und die monarchische Regierungsform wieder zur feierlich anerkannten Geltung zu bringen, nachdem er thatsächlich schon seit dem Sturze des Directoriums die Regierungsgewalt in seiner starken Hand hielt. Er richtete aber nicht das Königthum wieder auf, wie es das durch die Revolution verjagte alte Herrschergeschlecht der Bourbonen bekleidet hatte, sondern er umgab sich mit dem phantastischen Prunke, der einst die römischen Kaiser schmückte, der im Mittelalter auf die Kaiser des deutschen Reiches übergegangen war. Und damit nichts diesem, alte geschichtliche Erinnerungen wachrufenden Glanze fehle, in dem sich der kühne und glückliche Emporkömmling mit brutalem Behagen sonnte, mußte der Papst von Rom herbeieilen, um dem Besieger Deutschlands und Italiens durch den Segen der römischen Kirche in den Augen der großen Massen eine höhere Weihe zu ertheilen und der neu angemaßten Würde dadurch den Stempel einer von Gott gewollten und geheiligten Einrichtung aufzuprägen.

Indem so der glückliche Feldherr, der wenige Jahre vorher als unbekannter junger Artillerieoffizier seine glänzende Laufbahn begonnen, nunmehr als Napoleon I., Kaiser der Franzosen, in die Reihen der gekrönten Häupter Europas eintrat, erhob sich sofort die Frage, ob denn diese ihrerseits, die Abkömmlinge uralter, seit Jahrhunderten an der Spitze ihrer Völker stehenden, nach dem geheiligten Rechte der Vererbung zur Herrschaft berufenen Fürstenhäuser, ihre Reihen zur Aufnahme des neuen Kaisers öffnen würden. Wenn auch nicht freudigen Herzens fügte man sich doch in Deutschland dem Unabwendbaren. Die kleineren Fürsten waren ja bereits so völlig von dem Uebergewicht der französischen Großmacht niedergebeugt, daß für sie keine andere Wahl blieb, als sich, dem erhöhten Range des Eroberers gegenüber, noch tiefer als bisher zu beugen. Aber auch in Berlin und Wien bedachte man sich nicht lange, die Anerkennung auszusprechen; der österreichische Minister Graf Cobenzl meinte: eines solchen Collegen hätte man sich nicht zu schämen. Dennoch wurden am österreichen Hofe Bedenken geltend gemacht, die dem angemaßten Kaisertitel Napoleons galten. So tief auch an Macht und Ansehen das deutsche Reich gesunken war, so umgab die Würde des deutschen Kaisers doch noch immer ein aus den alten Zeiten glänzender Herrlichkeit herüberleuchtender Schimmer. Ihn sah man in Wien durch den Emporkömmling zu Paris bedroht, und es bestand die Furcht, der neue

Glanz der mit Macht und Einfluß ausgerüsteten französischen Kaiserkrone könnte die nur noch auf Grund der Ueberlieferung bestehende Bedeutung des deutschen Kaiserthums völlig in den Schatten stellen. Man mußte ja, den kommenden Ereignissen bange entgegensehend, den gänzlichen Zusammensturz des deutschen Reiches fast mit voller Sicherheit gewärtigen. Dieser Möglichkeit gegenüber wollte der Beherrscher der österreichischen Monarchie wenigstens für sein Haus den hohen Rang festhalten, den dieses bisher durch die deutsche Kaiserwürde eingenommen hatte. Am 14. August 1804 erließ Kaiser Franz II. eine Proklamation, durch welche er ankündigte, daß er fortan den Titel eines Kaisers von Oesterreich führen werde. Dem deutschen Reichstage wurde davon mit dem ausdrücklichen Beisatze Kenntniß gegeben, daß dadurch weder in den Verhältnissen der deutschen Erbstaaten zum römischen Reiche, noch in den übrigen politischen Verhältnissen und Beziehungen irgend welche Aenderung eingetreten sei.

Einstweilen dauerten auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich fort, und als Napoleon im Herbst 1804 in den französisch gewordenen alten Reichsstädten am Rhein erschien, um die beflissenen Huldigungen der am rechten Rheinufer regierenden deutschen Fürsten entgegenzunehmen, begrüßte ihn zu Aachen auch ein kaiserlich österreichischer Gesandter und überreichte ihm dort, in der ehrwürdigen Krönungsstadt der alten deutschen Kaiser, seine neuen Beglaubigungsschreiben.

Aber unter der Hülle des in allen äußerlichen Dingen scheinbar vorhandenen Einverständnisses glimmte der Haß des Besiegten gegen den Sieger, die Erbitterung des auf sein hohes Alter stolzen Herrscherhauses gegen den Emporkömmling der Revolution. Und dieser that Alles, dem Haß seiner offenen und versteckten Feinde neue Nahrung zu geben. Am 15. März 1805 nahm er die eiserne Krone der alten Lombardenkönige von der italienischen Republik an, wodurch das damit neugegründete Königreich Italien in unmittelbare Verbindung mit Frankreich trat. Gleichzeitig begann er, indem er seiner Schwester Elise das Fürstenthum Piombino zuwies, die später im ausgiebigsten Maße geübte Versorgung seiner Familienglieder durch Länder, die dem französischen Machtbereiche verfallen waren.

Diese unersättliche Gier Napoleons, seine Macht auszudehnen und alle Welt die Wucht des Einflusses und der Bedeutung fühlen zu lassen, welche, unter seiner Führung, Frankreich in noch höherem Maße als einst im Zeitalter Ludwigs XIV. erlangt hatte, mußte nothwendig dazu führen, daß sich die anderen europäischen Mächte einander näherten, um mit vereinter Kraft gegen dieses erdrückende Uebergewicht anzukämpfen.

Im Mai 1804 war in England wieder Napoleons alter und erbittertster Gegner, William Pitt, an die Spitze des Ministeriums getreten und hatte sofort den Entschluß gefaßt, den Krieg mit Frankreich, der seit seinem Wiederausbruch vorzugsweise zur See geführt worden war, auf das Festland herüberzuspielen, ein Plan, welcher nur durch den Abschluß von Bündnissen mit den festländischen Staaten durchgeführt werden konnte. Seine Absichten wurden dadurch wesentlich gefördert, daß sich Rußland von der Freundschaft mit Frankreich abgewendet hatte, daß Kaiser Alexander, im Beginne seiner Regierung ein Bewunderer Napoleons, inzwischen sein entschiedener Widersacher geworden war. Dem Einflusse Rußands war es gelungen, Oesterreich zum Abschlusse eines Vertrages zu vermögen, der zunächst nur den Zweck hatte, eine weitere Ausdehnung des französischen Gebietes zu verhindern. Bald wurde in das Bündniß auch Schweden mit hereingezogen, welches bereits England seine Mitwirkung am Kriege gegen Frankreich zugesagt hatte, und im April 1805 schlossen endlich auch

England und Rußland mit einander einen Vertrag ab, um das Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen, Hannover zu befreien, Holland, die Schweiz, Italien wieder dem Eroberer abzunehmen und ihnen ihre frühere Selbständigkeit zurückzugeben, im Allgemeinen eine neue Ordnung der Dinge auf Grundlage des Rechtes und der Billigkeit und gegenseitiger Achtung der Unabhängigkeit der europäischen Staaten zu schaffen.

Die Seele dieser Bündnisse, die treibende Kraft, die sich bei allen hierbei geführten Verhandlungen vorzugsweise thätig zeigte, war William Pitt, der diese Vereinigung der europäischen Mächte von einem großen und hohen Standpunkte aus betrachtete, der sie sich dachte als die Vollstrecker eines Gottesurtheils, welches der übermüthige Umstürzer der ganzen alten Weltordnung über sich heraufbeschworen habe. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, den auch Kaiser Alexander von Rußland theilte, hielten es die Verbündeten gewissermaßen für eine heilige Pflicht sämmtlicher der alten europäischen Völkerfamilie angehörigen Staaten, sich gegen die Anmaßung Frankreichs zu gemeinsamem Handeln zu verbinden. In erster Reihe galt es, Preußen zum Anschluß an diese neue, die dritte Coalition zu vermögen.

In Preußen regierte seit dem am 16. November 1797 erfolgten Tode Friedrich Wilhelms II., dessen damals im 27. Jahre stehender Sohn, König Friedrich Wilhelm III., ein Fürst, welcher alle Tugenden und Vorzüge besaß, die im bürgerlichen Leben den Mann zieren und in ruhigen, regelmäßigen Zeiten geeignet sind, einen Fürsten zum allverehrten Haupte eines Landes, zum Musterbilde seiner Unterthanen zu machen. Aber für die gährenden, die ganze Welt umgestaltenden Zustände, welche den Uebergang des 18. in das 19. Jahrhundert bezeichnen, fehlte dem König die Entschiedenheit und Festigkeit des Charakters, die Ruhe und Sicherheit des Blickes, die Stätigkeit und Raschheit des Entschlusses. In Folge einer mangelhaften Erziehung ohne Menschenkenntniß, den Geschäften fremd, scheu und schüchtern und ohne jenes Selbstvertrauen, das doch eigentlich nur die völlige Beherrschung der Verhältnisse verleiht, war er vielfach auf den Rath der Minister seines Vaters angewiesen, unter denen sich Männer befanden, welche weder die geistigen Fähigkeiten, noch den sittlichen Ernst besaßen, um in dieser schwierigen Lage die Geschicke des preußischen Staates seiner Vergangenheit und Bedeutung entsprechend zu lenken. Sie fanden nicht den Entschluß, in einem Zeitpunkte, da es galt, mit Kraft und Entschiedenheit eine bestimmte Richtung zu wählen und streng einzuhalten, eine klar und scharf abgegrenzte Stellung einzunehmen, sondern sie hielten es für möglich, in dem heißen Kampfe der Gewalten, der den ganzen Erdball zu erschüttern drohte, ruhig, wie unbetheiligte Zuschauer auf ihrer Scholle zu bleiben, sich in strenger Neutralität von dem in Aussicht stehenden Weltkriege fern zu halten.

König Friedrich Wilhelm III.

Dieser ganzen Richtung der preußischen Politik entsprach es, daß sich der König Friedrich Wilhelm III. den Anträgen gegenüber, die im Januar 1805 Kaiser Alexander von Rußland an ihn richtete, dem Bündnisse gegen Napoleon beizutreten, eben so ablehnend verhielt wie gegen alle früheren Versuche Napoleons, ihn zu einem Bunde mit Frankreich zu bewegen. Ja, die Art und Weise, wie Rußland seine Forderung erhob, welche für den Fall der Ablehnung einer Drohung ziemlich gleichkam, war am allerwenigsten geeignet, Preußen zum Aufgeben seiner kühlen Zurückhaltung zu veranlassen. Das Schlimme dabei war nur, daß Niemand diese Haltung Preußens und ihre wahren Beweggründe würdigen wollte, sondern daß man hinter derselben weitgreifende Pläne eines schrankenlosen Ehrgeizes witterte und in Paris Preußen eben so sehr der Hinneigung zu Rußland bezüchtigte, als man in Wien und Petersburg das Vorhandensein geheimer Abmachungen Preußens mit Frankreich vermuthete.

Während sich die Verbündeten rüsteten, mit vereinter Macht Napoleon zu überfallen, wähnten sie ihn mit dem Plane einer Landung an den Küsten Englands beschäftigt und glaubten, daß dadurch seine Aufmerksamkeit von ihren Rüstungen und Absichten vollständig abgelenkt sei. Aber dieser kannte genau bis ins Einzelne ihre Verabredungen; er wußte, daß die Heere Oesterreichs in Italien den Hauptschlag führen und gleichzeitig in Deutschland die Länder der kleinen Fürsten besetzen sollten, deren Heeresfolge er sich bereits versichert hatte, während in der Zwischenzeit Rußland seine Armeen aus den Tiefen seines ausgedehnten Reiches heraus an die deutschen Grenzen vorschieben würde. Dazu war aber, bei den überaus ungenügenden Verkehrsmitteln jener Tage, ein sehr beträchtlicher Zeitraum nöthig.

Napoleon dachte nicht, seinen Feinden die Muße zu gönnen, sich zu sammeln, sondern plötzlich ließ er an seine in Nordfrankreich, Holland und Hannover stehenden Truppen Marschbefehl ergehen, und zog in Eilmärschen gegen den österreichischen General Mack heran. Dieser war in Baiern eingerückt, hatte aber den Kurfürsten Max Josef nicht hindern können, seine Armee aus dem Lande zu ziehen und Napoleon zuzuführen, dem ebenso die Herrscher von Wirtemberg und Baden die versprochenen Hilfstruppen schickten. Nachdem er durch Baiern marschirt war, hatte Mack bei Ulm eine feste Stellung eingenommen und wartete hier, seines Sieges sicher, die Ankunft der Franzosen ab. General Mack, der für einen ausgezeichneten und gelehrten Feldherrn galt, hatte sich ganz bestimmte Vorstellungen darüber gebildet, in welcher Weise der Angriff der französischen Armee erfolgen würde und ließ sich durch nichts von seiner einmal gefaßten Meinung abbringen. Die Franzosen aber, statt nach Macks Annahme nur durch die Schwarzwaldpässe nach der oberen Donau heranzuziehen, marschirten gleichzeitig von allen Seiten her gegen die österreichische Armee, und Mack wähnte sich noch immer den Herrn der Lage, als er bereits von einer gewaltigen Uebermacht vollständig eingeschlossen war. Nach einer Reihe blutiger Gefechte, bei denen sich die Oesterreicher mit größter Tapferkeit schlugen, zwang Napoleon seinen Gegner am 17. October 1805, mit 23,000 Mann die Waffen zu strecken und die Festung Ulm mit allem Kriegsmaterial und allen Vorräthen in die Hände der Franzosen zu überliefern. So war fast das ganze österreichische Heer in Deutschland vernichtet, denn die einzelnen Abtheilungen, welche den Versuch machten, sich durch die französische Uebermacht durchzuschlagen, wurden größtentheils aufgerieben; nur dem Erzherzog Ferdinand gelang es, mit einer freilich nur kleinen Schaar, die österreichische Grenze zu erreichen.

Erst als das durch die Unfähigkeit des Generals Mack verschuldete Unglück von Ulm geschehen war, näherten sich die ersten russischen

Heeressäulen dem Inn, wo noch 25,000 Mann Oesterreicher standen, während die anderen russischen Heerkörper erst in Mähren angelangt waren. So waren denn die vereinigten Oesterreicher und Russen nicht stark genug, um Napoleon zu verhindern, gegen Wien vorzurücken; unter diesen Umständen war der Entschluß des russischen Generals Kutusow, Wien seinem Schicksale zu überlassen und seinerseits Fühlung mit seinen Landsleuten in Mähren zu suchen, gewiß richtig. Auf diesem Marsche erfochten dann am 10. November Oesterreicher und Russen bei Dürrenstein einen nicht unerheblichen Erfolg über den Marschall Mortier; doch war diese Waffenthat ohne Einfluß auf den weiteren Vormarsch der Franzosen gegen Wien, welches General Fürst Auersperg ohne Schwertstreich am 13. November übergab, nachdem der Hof schon am 6. November seine fluchtartige Abreise aus der Hauptstadt bewerkstelligt hatte. Napoleon selbst folgte dem Rückzug Kutusows nach Mähren, begierig, dort eine entscheidende Schlacht zu liefern, da seine Lage, trotz der glänzenden Erfolge, die er bisher errungen, eine ziemlich mißliche zu werden begann.

Fast gleichzeitig mit dem Triumphe, den Napoleons Feldherrngenie über die trostlose Unbrauchbarkeit des General Mack errungen, hatte die französische Macht zur See eine schwere Niederlage erlitten. Am 21. October hatte der englische Admiral Nelson bei Trafalgar die vereinigten Flotten Frankreichs und Spaniens vernichtet und damit auf lange Zeit hinaus eine französische Landung in England zur Unmöglichkeit gemacht. Für den festländischen Krieg hatte diese Niederlage freilich mehr nur eine moralische Bedeutung, indem sie die Kampflust der Gegner Frankreichs erhöhte. Dagegen war es für die weitere Entwickelung der Dinge in Mähren nicht ohne Wichtigkeit, daß es den Franzosen nicht gelungen war, in Italien die Oesterreicher von der Verbindung mit ihrem Vaterlande abzuschneiden, daß vielmehr eben jetzt die Erzherzöge Karl und Johann sich in Steiermark vereinigten und, mit einem Heere von nahezu 90,000 Mann gegen Wien heranziehend, Napoleon im Rücken bedrohten. Dazu kam endlich noch, daß in diesem Augenblicke auch Preußen ernstlich sich anschickte, der Coalition beizutreten und den Feinden Frankreichs ein Heer von 180,000 Mann zuzuführen.

Als nämlich der Marschall Bernadotte den Befehl erhalten hatte, zur Umzingelung des Generals Mack gegen die Donau heranzuziehen, hatte er, um keinen Umweg machen zu müssen, auf die Anordnung Napoleons, seine Truppen durch das zu Preußen gehörige Gebiet des Fürstenthums Ansbach, welches von Preußen ausdrücklich in seine Neutralitätserklärung mit einbegriffen worden war, marschiren lassen. Diese Mißachtung der Neutralität Preußens verletzte aber den König Friedrich Wilhelm III. um so mehr, je entschiedener er wenige Wochen früher die Absicht des Kaisers von Rußland, ein Heer durch Südpreußen und Schlesien zu führen, zurückgewiesen hatte. Es war damals in dem Rath der preußischen Minister und Generäle der Beschluß gefaßt worden, sofort drei Armeecorps mobil zu machen und sich diesem Uebergriffe Rußlands mit bewaffneter Hand entgegenzustellen. Diplomatische Verhandlungen hatten übrigens diesen Zwischenfall wiederum ausgeglichen. Die übermüthige Gewaltthat der Franzosen kränkte den König aufs Tiefste, er ließ sofort eine höchst energische Verwahrung an Napoleon abgehen, befahl die Mobilmachung drei weiterer Armeecorps, ließ Hannover besetzen, über dessen Occupation durch Preußen mit Napoleon bisher vergeblich unterhandelt worden war, und näherte sich den verbündeten Mächten, zunächst, um eine bewaffnete Friedensvermittelung anzubieten.

Die Herrscher von Oesterreich und Rußland begrüßten diese Stimmung des preußischen Hofes

mit größter Freude, der Kaiser von Oesterreich schickte den Erzherzog Anton nach Berlin, um Preußens Anschluß an die Coalition zu bewirken, der Kaiser von Rußland eilte selbst an das Hoflager Friedrich Wilhelms III., um seinen ganzen Einfluß in der gleichen Richtung aufzubieten. Seiner Ueberredungskunst gelang es, alle Bedenken, die, nach den ersten Aufwallungen des Zornes über die erfahrene Kränkung, sich bei dem kühl und nüchtern denkenden König einstellten, zu beseitigen, die Ansicht zur Geltung zu bringen, als ob die Katastrophe von Ulm ohne jene Verletzung preußischen Gebietes gar nicht eingetreten wäre, und ihn am 3. November 1805 zum Abschlusse eines Vertrages zu vermögen, durch welchen Preußen sich erbot, den Frieden zu vermitteln und, wenn die Grundlagen desselben von Napoleon zurückgewiesen würden, sich der Coalition anzuschließen. Als einzige Gegenleistung verlangte Preußen für den Kriegsfall englische Hilfsgelder und beim Friedensschlusse eine besser gesicherte Grenze. Der Vertragsabschluß fand dann noch ein etwas theatralisch angelegtes Nachspiel, indem sich Kaiser Alexander von dem preußischen Königspaare in der Nacht vom 3. zum 4. November an das Grab Friedrichs des Großen in der Garnisonskirche zu Potsdam geleiten ließ, den Sarg küßte und sich unter dem unmittelbaren Eindrucke dieser Scene verabschiedete.

Rasch, im ersten Unwillen über die Verletzung der preußischen Neutralität, war der Entschluß des Königs gefaßt worden, der eigentlich nichts anderes bedeuten konnte, als den entschiedenen Anschluß Preußens an die Verbündeten, da die in dem Potsdamer Vertrage festgesetzten Grundlagen für Napoleon doch geradezu unannehmbar waren. Aber nicht eben so rasch wurden die Einleitungen getroffen, die Bestimmungen des Vertrages zur Ausführung zu bringen. Nicht nur die bereits erwähnten Bedenken des Königs selbst machten sich geltend, sondern in noch höherem Grade trat einem schnellen und entschiedenen Auftreten Preußens die Persönlichkeit des Grafen Haugwitz hemmend in den Weg, den der König mit der Sendung an Napoleon betraute, eines Diplomaten, dem es zwar nicht an Gewandtheit, wohl aber an Entschlossenheit und Energie fehlte, und der bisher der eifrigste Vertreter der preußischen Neutralität gewesen war. Statt daß in größter Eile Napoleon von Preußens Vermittelungsantrag und Kriegsbereitschaft amtlich verständigt worden wäre, vergingen 10 Tage, bis Graf Haugwitz endlich seine Fahrt antrat, um in kleinen Tagereisen sich dem kaiserlichen Hauptquartiere zu nähern.

Der Kaiser der Franzosen kannte natürlich, gut unterrichtet, wie er immer war, lange vor der Ankunft des preußischen Gesandten nicht nur die Verabredungen von Potsdam bis in ihre kleinsten Einzelheiten und geheimen Artikel, sondern er hatte auch Kenntniß von der schwankenden, unsicheren Stimmung, die sich bereits wieder des Königs selbst und der maßgebenden Berliner Kreise bemächtigt hatte. Er beschloß also, den preußischen Unterhändler höflichst zu empfangen, aber wo irgend thunlich, so lange hinzuhalten, bis er den entscheidenden Schlag auf dem mährischen Schlachtfelde gegen Oesterreich und Rußland geführt hätte. Er war sicher, daß Preußen sich wohl besinnen würde, dem Sieger die verabredeten Vorschläge zu machen, gegen den Sieger seine Truppen marschiren zu lassen. In der Person des Grafen Haugwitz aber täuschte er sich nicht. Als dieser endlich am 28. November zu Brünn von Napoleon empfangen wurde, kam er vor all den beflissenen Artigkeiten, die ihm der Kaiser sagte, gar nicht zur Eröffnung seines Auftrages, der eigentlich den Charakter eines Ultimatums tragen sollte, und als ihm Tags darauf Napoleon empfehlen ließ, da eine Schlacht bevorstände, sich nach Wien zu begeben, um dort alles Weitere mit dem Minister des

Auswärtigen Talleyrand zu verhandeln, entfernte sich in diesem kritischen Augenblicke der Gesandte Preußens, allem Anscheine nach sehr zufrieden darüber, daß es ihm erspart blieb, dem Gewaltigen und Gefürchteten persönlich so wenig erwünschte Mittheilungen zu machen.

So wie die Dinge lagen, Angesichts der bevorstehenden Betheiligung Preußens am Kriege, mußten die Verbündeten jetzt um jeden Preis versuchen, eine Schlacht zu vermeiden. Aber statt dessen gingen sie in ihrem Eifer, die im Verlaufe dieses Feldzuges bereits erlittenen schweren Niederlagen durch einen glänzenden Sieg, den sie erhofften, auszugleichen, offenen Auges in die Falle, die ihnen Buonaparte stellte. Indem sie sich der Täuschung hingaben, dieser fürchte ihren Angriff und daher sich ihrerseits dazu anschickten, den Kampf anzubieten, erfüllten sie seine sehnlichste Erwartung.

Nicht weit von Brünn ward am 2. December 1805, dem ersten Jahrestage der Krönung Napoleons zum Kaiser der Franzosen, die große und diesen Krieg entscheidende Schlacht geschlagen. Vergebens war die Gleichgiltigkeit, mit welcher die russischen Heerführer Tausende und aber Tausende ihrer Mannschaften dem vernichtenden Feuer der französischen Artillerie opferten, vergebens die Todesverachtung, mit welcher die österreichischen Linien gegen die französische Aufstellung heranstürmten, um den Makel des Tages von Ulm vergessen zu machen; die rohe Tapferkeit der Russen und Oesterreicher, von keinem umsichtigen Feldherrn geleitet und nicht an der richtigen Stelle zur Geltung gebracht, mußte unterliegen gegenüber der Genialität, welche die Bewegungen des französischen Heeres leitete. Die Verluste der Verbündeten waren, als ihre vollständige Niederlage entschieden war und der siegreiche Feind ihre flüchtigen Schaaren vom Schlachtfelde vertrieb, ganz außergewöhnlich groß. 6000 Oesterreicher, nahe an 30,000 Russen waren todt oder kampfunfähig gemacht, 180 Kanonen, 400 Artilleriefahrzeuge, das ganze Gepäck der Verbündeten fiel in die Hände der Sieger.

Mit prunkenden Worten konnte Napoleon am Morgen des 3. December zu Austerlitz im Schlosse des Grafen Kaunitz seinen Sieg verkünden, der den Gegnern nichts übrig ließ, als zunächst um Waffenstillstand zu bitten und Friedensverhandlungen einzuleiten.

Kaiser Franz.

Die Schlacht hatte noch kaum ausgetobt, als sich Kaiser Franz schon entschloß, sich persönlich Napoleon zu nähern. Auf freiem Felde, im Halbdunkel des Winternachmittags, das durch das flackernde Wachtfeuer nur spärlich erhellt wurde, stand am 4. December Kaiser Franz vor seinem Besieger, der in seiner äußeren Erscheinung mitleidswürdige Habsburger, haltungslos in seiner verfallenen Gestalt, vor dem stolzen Emporkömmling, der nicht genug vornehme Gesinnung besaß, um in dem Besiegten das Unglück zu ehren. Napoleon überhäufte den gedemüthigten Kaiser Franz mit Vorwürfen. Dieser mußte sie, wehrlos, wie er war, hinnehmen, aber doch ward jene

Stunde für den übermüthigen Sieger verhängnißvoll. „Jetzt seit ich ihn gesehen habe, kann ich ihn gar nicht mehr leiden", sagte Kaiser Franz, als die schwere Stunde überstanden war. Nach Jahren aber dachte er noch dieses Augenblickes, und die Annahme ist wohl gerechtfertigt, daß der Stachel, den diese Zusammenkunft im Herzen des Kaisers von Oesterreich zurückließ, nachwirkte, als es sich acht Jahre später darum handelte, ob Oesterreich den Feinden Napolons sich anschließen solle oder nicht.

Für den Augenblick war die Lage so, daß Napoleon den Frieden dictiren konnte. Zuvörderst forderte er den Abzug der Russen, die Einstellung aller österreichischen Rüstungen, die Besetzung Oesterreichs durch französische Truppen.

Kaiser Alexander blieb, bei der feindlichen Uebermacht und der Unlust seines mit ihm besiegten Verbündeten, den Krieg fortzusetzen, keine Wahl, als seine Truppen möglichst rasch in die Heimath marschiren zu lassen. Davoust folgte ihnen auf den Fersen, bis ihm an der ungarischen Grenze der Abschluß des Waffenstillstandes am 6. December Halt gebot.

Jetzt, da es zu spät war, kamen von allen Seiten die Truppen der Coalition herangezogen. Ein russisches Heer unter General Essen kam am Tage von Austerlitz bei Prerau an, um sich sofort dem Rückzug der Hauptarmee anzuschließen, die Erzherzoge Karl und Johann konnten jetzt nicht mehr in den Gang des Krieges eingreifen, das englisch-schwedische Hilfscorps, das in Hannover gelandet war, mußte nun ohne einen Schwertstreich seine Schiffe wieder besteigen.

Die Coalition war gesprengt, Oesterreich lag, auf Gnade und Ungnade ergeben, dem Sieger zu Füßen. In Preßburg wurde ihm der Friede dictirt, dessen Urkunde das Datum des 26. December 1805 trägt

Durch diesen Friedensschluß verlor Oesterreich 1140 Quadratmeilen mit 2,800,000 Einwohnern. Das venetianische Gebiet ward an das Königreich Italien, die sogenannten Vorlande in Schwaben und im Breisgau wurden an Baiern, Wirtemberg und Baden abgetreten. Dafür erhielt Oesterreich Salzburg und Berchtesgaden, die früher dem Großherzog von Toscana zugewiesene Entschädigung, für den jetzt Baiern Würzburg abtreten mußte.

Aber noch mehr. Der Kaiser von Oesterreich, der ja auch immer noch, dem Namen nach, deutscher Kaiser war, mußte sich dazu verstehen, die Königswürde, welche Baiern und Wirtemberg annahmen, und ferner die volle Souveränetät dieser beiden neuen Könige und des Kurfürsten von Baden und alle daraus fließenden Rechte anzuerkennen. Es klang fast wie offener Hohn, wenn daneben die Friedensurkunde die Bestimmung enthielt, daß diese souveränen Staaten darum nicht aufhören sollen, dem deutschen Bunde anzugehören. Das deutsche Reich bestand dem Namen nach ja noch fort, aber selbst diesen Namen vermied man, beim Abschlusse des Preßburger Friedens zu gebrauchen.

Hatte Oesterreich diese Demüthigungen erst über sich ergehen lassen, nachdem es in einem mit Tapferkeit, wenn auch planlos geführten Kampfe unterlegen war, so unterwarf sich Preußen den Geboten des glücklichen Eroberers, ohne durch einen zwingenden Nothstand dazu gedrängt zu sein.

Graf Haugwitz fühlte sich, als ihn die Nachricht von dem Siege bei Austerlitz erreichte, unendlich glücklich darüber, daß er mit der Mittheilung der Potsdamer Verabredungen hintangehalten hatte und ließ geduldig die schweren Vorwürfe über sich ergehen, die Napoleon in den heftigsten Zornausbrüchen gegen die preußische Politik schleuderte. Den Versuchen des österreichischen Ministers Grafen Stadion, ihn dazu zu bewegen, daß er jetzt noch seinen Auftrag

vollziehe, setzte er die künstlichsten Ausflüchte entgegen, und als Napoleon der Drohung, sich mit seiner siegreichen Armee auf Preußen zu werfen, andere Eröffnungen auf dem Fuße folgen ließ, welche dem mit Frankreich verbündeten Preußen Aussicht auf namhaften Ländererwerb machten, da glaubte der eingeschüchterte Diplomat seinem Lande den größten Dienst zu erweisen, wenn er, statt Napoleon den Krieg zu erklären, mit ihm eine Allianz abschlösse.

Am 15. December wurde zu Schönbrunn dieses preußisch-französische Schutz- und Trutzbündniß unterzeichnet. Durch diesen Vertrag trat Preußen an Baiern die Markgrafschaft Ansbach, an Frankreich das Fürstenthum Neuenburg, an das Herzogthum Berg den Rest von Cleve und die Festung Wesel ab, wogegen es den souveränen Besitz von Hannover und die Zusage erhielt, von Baiern durch ein Gebiet von 20,000 Seelen entschädigt zu werden. Mit dem Abschlusse dieses Vertrages war der letzte Halt, den Oesterreich noch bei seinen Verhandlungen ins Auge fassen konnte, ein bewaffnetes Einschreiten Preußens, an welches sich möglicher Weise ein Abbruch dieser Verhandlungen und eine Wiederaufnahme des Krieges hätte anschließen können, beseitigt. Der Abschluß des Schönbrunner Vertrages machte den Preßburger Frieden zur unabweisbaren Nothwendigkeit.

In Berlin war man indeß ohne Ahnung von dem verhängnißvollen Schritte, zu dem sich Graf Haugwitz hatte hinreißen lassen. Den heimkehrenden Gesandten, der die für die Geschicke seines Landes so wichtige Botschaft selbst nach Berlin brachte, empfing, als er dort am Weihnachtstage eintraf, die laute und leidenschaftliche Entrüstung der Kreise, denen an Preußens Würde und Ehre gelegen war, vor allem der Armee. Die Regierung aber mußte mit den vollendeten Thatsachen rechnen. Der König berief einen Staatsrath, in dem man nach langen und stürmischen Berathungen zu dem Entschlusse kam, eine halbe Maßregel zu ergreifen, den Vertrag zwar im Grundsatze anzunehmen, die Ratification aber von der Genehmigung einiger Veränderungen durch Napoleon abhängig zu machen und Haugwitz nach Paris zu schicken, um die gewünschten Abänderungen zu erlangen.

Aber statt diese Abänderungen in einem Preußen vortheilhaften Sinne zu erwirken, mußte sich Haugwitz dazu hergeben, einen neuen Vertrag am 15. Februar 1806 zu unterschreiben, der noch ungünstiger lautete als der Schönbrunner Vertrag. Die Entschädigung für Ansbach fiel jetzt weg, dagegen mußte sich Preußen dazu verstehen, seine Abhängigkeit von der Politik Napoleons vor aller Welt an den Tag zu legen, indem es genöthigt wurde, die Mündungen der Elbe und Weser und seine Seehäfen den englischen Schiffen zu verschließen.

Die Politik des Schwankens, der „freien Hand“ hatte schließlich Preußen dahin gebracht, daß es in den Augen Oesterreichs und Rußlands als treubrüchig und zweideutig erschien, daß es mit England verfeindet ward, während Napoleon es wie einen Spielball seiner Launen behandelte.

Von einer Gegenwehr war aber, vorerst wenigstens, keine Rede mehr. Während Preußen sich mit seinen alten Freunden überwarf, hatte es im Vertrauen auf die Loyalität Frankreichs schon am 25. Januar 1806 seine Armee auf den Friedensfuß gesetzt.

Die Besetzung Hannovers und die Maßregeln gegen die englischen Schiffe riefen alsbald Gegenmaßregeln Englands hervor. Alle in britischen Häfen befindlichen preußischen Schiffe wurden mit Beschlag erlegt, die preußischen Häfen in Blokadezustand erklärt und englische Kaperbriefe ausgegesandt, die den preußischen Handel aufs Empfindlichste schädigten. Und der Verbündete Englands, der König von Schweden, ließ seinerseits die Ostseehäfen blokiren und ebenfalls preußische Schiffe wegnehmen.

Preußen konnte theils, theils wollte es diese Feindseligkeiten nicht erwidern. Nur durch die Macht der vollendeten Thatsachen war der König Friedrich Wilhelm III. bewogen worden, die Verträge von Schönbrunn und Paris anzunehmen. Er hielt fest an der Freundschaft mit Rußland, und was das Verhältniß zu England betraf, so betrachtete er Hannover als ein Gebiet, das für die Vertheidigung Preußens unentbehrlich sei, das er in Besitz halten müsse, so lange der Krieg zwischen Frankreich und England dauere. Später hoffte er sich mit England freundschaftlich abzufinden.

Er durchschaute und verabscheute das doppelzüngige Wesen Napoleons und hütete sich wohl, sich tiefer in das französische System verstricken zu lassen. Darum widerstand er auch allen Aufforderungen Napoleons, Schwedisch-Pommern zu besetzen. Wie ehrlich diese gemeint waren, kam bald zu Tage, als Napoleon dem russischen Gesandten von Oubril einen Friedensvertrag aufzwang, in welchem Rußland und Frankreich sich verpflichteten, Schweden im Besitze seines Gebietes in Pommern zu erhalten. Vorerst allerdings scheiterten die Versuche Napoleons, sich Rußland zu nähern. Kaiser Alexander verweigerte die Ratification dieses Friedensvertrages, Rußland blieb im Kriegszustande mit Frankreich und der Kaiser verpflichtete sich in einem am 24. Juli 1806 unterzeichneten Vertrage, alle seine Streitkräfte für die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit und Integrität Preußens bereit zu halten und zu verwenden.

Diese Erklärung war von hohem Werthe für den König von Preußen, der die feste Ueberzeugung hatte, daß der Krieg mit Frankreich früher oder später unvermeidlich sei.

Inzwischen sonnten sich die neu geschaffenen süddeutschen Souveräne von Napoleons Gnaden in dem Glanze ihrer neuen Herrlichkeit; am Schamlosesten geschah dies in München, wo man sich in der Selbsttäuschung und Selbstüberschätzung bis zu der amtlich verkündigten Lüge verirrte, durch die Annahme der Königswürde sei nur der alte Glanz und die frühere Höhe des bairischen Herrscherhauses wieder hergestellt. Nüchterner wurde die Neugestaltung der Verhältnisse an den süddeutschen Höfen in Baden betrachtet, wo der ehrwürdige, greise Karl Friedrich den Königstitel, als außer Verhältniß zu dem Umfange seines Landes stehend, ablehnte und sich mit der Würde eines Großherzogs begnügte, auch wohl gelegentlich betonte, daß er bei dem Anschlusse an Frankreich den unabweislichen Geboten einer Zwangslage gefolgt sei.

Daß so wie die Dinge lagen, eine Fortdauer des deutschen Reiches unmöglich sei, das war längst auch dem Kurzsichtigen klar geworden. Was aber an seine Stelle zu treten hätte, darüber schwankten die Anschauungen noch hin und her.

Während man sich in Preußen noch vielfach der Täuschung hingab, mit Napoleon auf der Grundlage eines ehrlich gemeinten Bündnisses unterhandeln zu können, hatte der Minister von Hardenberg einen Entwurf ausgearbeitet, der die völlige Auflösung des Reiches verhindern sollte. Danach sollte das Reich in 6 Kreise und 3 Bundesgruppen getheilt sein, die nördliche unter Preußen, die südwestliche unter Baiern, die östliche unter Oesterreich. Die drei Bundeshäupter sollten ein Collegium bilden, ein zweites die Kurfürsten, das dritte die Fürsten.

Der wirklichen Sachlage kam der Reichserzkanzler Karl Theodor von Dalberg viel näher, als er, auf jede derartige Neubildung Deutschlands aus sich selbst heraus verzichtend, am 19. April 1806 an Napoleon schrieb: „Werden Sie, Sire, der Regenerator der deutschen Verfassung“.

In der That, Napoleon nahm es über

sich, dieses Werk der „Regeneration" zur Durchführung zu bringen, natürlich nur in seinem Sinne, wie es seinen Plänen dienen, wie es die Interessen Frankreichs fördern konnte.

Wieder drängten sich die Gesandten der deutschen Fürsten in den Cabineten und Vorzimmern der französischen Minister, wie in den Jahren 1802 und 1803. Dießmal lautete das Stichwort des Tages, das damals „Säcularisation" gewesen, „Mediatisirung". Wieder ließen sich die höchsten Würdenträger des napoleonischen Kaiserreiches ihre guten Dienste bei der Vertheilung der Beute mit Gold aufwiegen.

Von einer Berathung über die neu zu schaffenden Verhältnisse mit den Vertretern der deutschen Fürsten war nicht die Rede. Am 17. Juli wurde den Gesandten von 4 Kurfürsten und 12 Fürsten des deutschen Reiches das Actenstück vorgelegt, durch welches sie sich förmlich und feierlich vom Reiche lossagten und mit Napoleon einen Bundesvertrag abschlossen, „um dadurch den inneren und äußeren Frieden Süddeutschlands zu sichern, für welchen die deutsche Reichsverfassung keinerlei Bürgschaft mehr biete".

Baiern, Wirtemberg, der Reichserzkanzler, Baden, Cleve und Berg, Hessen-Darmstadt, Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, Salm-Salm und Salm-Kyrburg, Isenburg-Birstein, Aremberg, Liechtenstein und von der Leyen waren die Glieder des „Rheinischen Bundes" unter dem Protectorat Napoleons. Der äußere Umfang dieser Bundesglieder litt allerlei Veränderungen. Die einzelnen Länder traten sich unter einander Gebietstheile ab und wurden durch die Einverleibung der Besitzungen anderer Reichsstände vergrößert, denen genau dasselbe Recht wie ihnen zur Seite stand. Eine ansehnliche Reihe deutscher Fürstenhäuser, die im Reichsfürstenrathe Virilstimmen besessen hatten, namhafte Reichsstädte, der Deutschorden und der Johanniterorden, die zahlreichen reichsunmittelbaren Grafen, die Reichsritterschaft — sie alle wurden jetzt mit einem Federzuge ihrer alten Rechte beraubt, mediatisirt, unter die neugeschaffene Souveränetät ihrer bisherigen Mitstände gebeugt.

Die gemeinsamen Angelegenheiten des Bundes sollte eine zu Frankfurt tagende Bundesversammlung ordnen, aus zwei Collegien bestehend, in deren einem, dem königlichen, der Fürst-Primas, in dem anderen der Herzog von Nassau den Vorsitz führen sollte. Diese Versammlung hat indeß nie getagt. Der Bund erhielt seine Befehle von seinem Protector, der die Bundesglieder unter strenger Aufsicht hielt und besonders darüber wachte, daß sie ihre Truppencontingente pünktlich stellten.

Am 1. August 1806 waren alle Verträge ratificirt und wurde am Reichstage zu Regensburg die Erklärung abgegeben, daß man das Reich als aufgelöst ansehe.

Danach war es fast nur noch eine Form, daß 10 Tage später der kaiserliche Gesandte auch seinerseits eine Erklärung des Kaisers Franz II. übergab, welche besagte, daß derselbe das Band, das ihn bisher mit dem deutschen Reiche verbunden, als gelöst ansehe, die Kaiserkrone niederlege und alle Stände des Reiches von den Pflichten gegen das Reichsoberhaupt entbinde.

Damit schien nicht nur dem deutschen Reiche, sondern auch der deutschen Nation das Todesurtheil gesprochen zu sein. Durch alle Fährlichkeiten der Jahrhunderte, durch die zahllosen Schicksalsschläge, welche die unglückliche Verfassung des Reiches, der fortwährende Hader seiner Glieder über unser Vaterland heraufbeschworen, hatte sich die Kaiserwürde erhalten als das letzte Symbol der Einheit der deutschen Länder und Stämme. Jetzt war auch dieses Symbol unter den Trümmern des altersschwachen Gebäudes begraben, das den Stürmen nicht hatte widerstehen können, die im

Gefolge der französischen Revolution seine Wände erschüttert hatten.

Oesterreich war gedemüthigt, besiegt, beraubt, der deutsche Süden stand, unter der Form eines Bundes, in einem entehrenden Vasallenverhältniß zu Frankreich, Preußen war, von allen seinen Verbindungen getrennt, darauf angewiesen, seiner großen Vergangenheit vergessend, sich ebenfalls vor den Triumphwagen des Imperators zu spannen oder gegen dessen erdrückende Uebermacht den Verzweiflungskampf zu wagen. Und schon machte Napoleon sich bereit, den Staat Friedrichs des Großen zu zwingen, sich für das eine oder das andere zu entscheiden.

V. Buch.

Bis zum zweiten Pariser Frieden.

(1815.)

Seit in Folge der Friedensschlüsse von Basel und Campo-Formio auch der bloße Schein einer Reichspolitik nicht mehr bestand, seit Preußen wie Oesterreich, ihrer unmittelbaren Interessen ausschließlich eingedenk und von einem gegenseitigen Mißtrauen beherrscht, welches jedes erfolgreiche Zusammenwirken unmöglich machte, ihre Sonderfrieden mit dem Reichsfeinde geschlossen und in die Vergrößerung ihrer Gebiete durch Einverleibung geeignet gelegener Landestheile ihrer Mitstände gewilligt hatten, waren die preußischen Staatsmänner doch immer bestrebt gewesen, an die Grundzüge des Fürstenbundes von 1785 anknüpfend, eine Verbindung Preußens mit den übrigen norddeutschen Staaten zu Stande zu bringen, während Oesterreich viel zu sehr mit dem Schicksale seiner außerdeutschen Länder beschäftigt war, als daß die dortigen Staatslenker den Gedanken eines ähnlichen süddeutschen Bundes hätten in ernstliche Erwägung ziehen können und wollen.

Einflußreiche Patrioten, wie der Oberst von Massenbach, suchten die einem solchen Plane widerstrebenden Persönlichkeiten im preußischen Ministerium von der Nothwendigkeit eines norddeutschen Bundes unter Preußens Führung zu überzeugen, politische Schriftsteller waren thätig, die öffentliche Meinung mit diesem Gedanken vertraut zu machen, und als nach der Gründung des Rheinbundes Napoleons Minister Talleyrand dem Berliner Hofe mittheilte, der Kaiser der Franzosen werde sich freuen, wenn Preußen die Staaten Norddeutschlands zu einem Bunde vereinige und die Kaiserkrone an das Haus Brandenburg bringe, da lag in Berlin die Ausarbeitung einer norddeutschen Verfassung bereits fertig vor. Nur weigerte sich König Friedrich Wilhelm III. in seiner loyalen Gesinnung, den Kaisertitel anzunehmen, so lange Kaiser Franz II. sich noch deutscher Kaiser nannte.

Diese Rücksicht auf das österreichische Herrscherhaus verschwand aber mit der Erklärung des Kaisers Franz II., daß er die deutsche Kaiserkrone niederlege, und nun wurde die Gründung eines norddeutschen Bundes von Berlin aus mit großem Eifer betrieben.

Das Oberhaupt dieses Bundes sollte der König von Preußen mit dem Titel eines Kaisers von Norddeutschland sein, dem Bunde sollten in erster Reihe die Kurfürsten von Sachsen und Hessen angehören, welche den Königstitel annehmen würden, zum Beitritt sollten demnächst alle Fürsten eingeladen werden, die sich dem Rheinbunde nicht angeschlossen hatten.

Aber schon die ersten Eröffnungen an Sachsen und Hessen stießen an den dortigen Höfen auf große Schwierigkeiten, Sachsen dachte seinerseits an die Gründung eines sächsischen Sonderbundes, dem, unter Führung Kursachsens, die sächsischen und thüringischen Staaten angehören sollten, es warnte an den kleinen Höfen vor den preußischen Mediatisirungsgelüsten und erhob, als Preußen

auf Beantwortung seiner Eröffnungen in Betreff des norddeutschen Bundes drang, nicht nur die entschiedensten Einwände gegen den von dem König von Preußen anzunehmenden Kaisertitel, sondern bestritt sogar den Anspruch Preußens auf die Leitung des Bundes, indem der Dresdener Hof vielmehr beantragte, daß abwechselnd je auf ein Jahr Preußen, Sachsen und Hessen die oberste Gewalt im Bunde inne haben sollten.

Aber auch ein Theil der kleineren Fürsten weigerte sich auf das Bestimmteste, dem geplanten Bunde beizutreten, die einen von dem Wahne geleitet, daß es ihnen möglich sein werde, ohne Anlehnung an einen mächtigen Staat ihre Neutralität aufrecht zu erhalten, andere von dem Wunsche beseelt, sich dem Rheinbunde anzuschließen und eher bereit, sich Napoleon, als einem deutschen Fürsten unterzuordnen.

Nicht zum geringsten Theile trug an diesen, dem preußischen Bundesproject entgegentretenden Hindernissen die hinterlistige und zweideutige Politik Napoleons die Schuld, der, während er in Berlin erklärte, daß er diesem Plane seinen vollen Beifall schenke, gleichzeitig in Dresden, Kassel und selbst an den kleineren Höfen gegen denselben intriguiren ließ.

Bald sollte es sich noch deutlicher zeigen, wie richtig König Friedrich Wilhelm III. die Lage beurtheilte, wenn er, trotz der Vertrauensseligkeit des Grafen Haugwitz und trotz dem mit Frankreich abgeschlossenen Bündnisse, den offenen Bruch mit dieser Macht als unvermeidlich erklärte.

War schon der Umstand, daß die Stiftung des Rheinbundes erfolgte, ohne daß Preußen vor Unterzeichnung der Bundesacte auch nur die leiseste Mittheilung von dieser so tief eingreifenden Maßregel seines angeblichen Verbündeten gemacht wurde, für den König eine empfindliche Kränkung, so lag eine noch weit größere darin, daß Napoleons Schwager der zum Großherzog von Berg ernannte Murat, es wagen durfte, die seit 1803 zu Preußen gehörigen Abteien Essen, Elten und Verden zu besetzen und daß die dagegen erfolgten Einreden des preußischen Gesandten in Paris ohne jede Wirkung blieben, sowie ferner, daß Napoleon die Festung Wesel, welche Preußen an das Großherzogthum Berg abgetreten hatte, ohne Weiteres dem französischen Reiche einverleibte.

Noch arglistiger aber war es, daß Napoleon, während er in Berlin auf die Nothwendigkeit hinwies, gegen England, welches nicht auf Hannover verzichten wolle, gerüstet zu bleiben, nach dem Tode seines persönlichen Feindes Pitt mit dessen Nachfolger im britischen Ministerium, Fox, Verhandlungen anknüpfte, die zu einem Friedensschlusse führen sollten, und dabei in London eröffnen ließ, daß die Rückgabe Hannovers keine Schwierigkeiten machen werde. Und kaum hatte der preußische Gesandte in Paris diese unerhörte Treulosigkeit des Kaisers der Franzosen, die ihm nur durch Zufall bekannt geworden war, nach Berlin gemeldet, als auch schon eine andere Nachricht dort eintraf, daß nämlich Napoleon, um die Freundschaft des Kaisers von Rußland wieder zu gewinnen, diesem die zu Preußen gehörigen Theile Polens habe anbieten lassen.

Da hielt der König den Augenblick für gekommen, in dem der Nachfolger Friedrichs des Großen verpflichtet sei, das Schwert zu zücken und auf dem Felde der Ehre für den Fortbestand des Staates den Entscheidungskampf zu wagen. Am 9. August 1806 gab Friedrich Wilhelm III. den Befehl zur Mobilmachung des preußischen Heeres.

Er that es in klarer Erkenntniß der großen Tragweite seines Entschlusses; denn seinem nüchternen Blicke entgingen die schweren Schäden keineswegs, an denen die Armee krankte. Trotz den Erfolgen, welche die Preußen in den Rheinfeldzügen errungen, konnte doch darüber kein Zweifel bestehen, daß die Organisation des Heeres

veraltet und daß, seit der völligen Umgestaltung der französischen Armee durch das Genie Napoleons und seiner Generale, nicht das Geringste geschehen war, um das preußische Heer ihr ebenbürtig zu machen. Die Generale standen, mit wenigen Ausnahmen, im Greisenalter und konnten zum großen Theil als Invaliden betrachtet werden, der Generalstab zählte eine Anzahl Offiziere von tüchtiger wissenschaftlicher Bildung, aber ohne praktische Erfahrung und ohne Verständniß für die Bedürfnisse des Augenblicks, die Mannschaften recrutirten sich, soweit sie Inländer waren, meistens nur aus den niedersten und ungebildetsten Volksklassen, da die zahlreichen Ausnahmen von der Dienstpflicht es fast allen besser gestellten Ständen möglich machten, ihre Söhne von der wenig angesehenen Dienstleistung im Heere zu befreien; dazu kam dann die große Menge der angeworbenen Ausländer, durchweg Leute ohne Interesse an dem preußischen Staate und an seinem Wohl und Wehe, meist Abenteurer, die schon in verschiedenen anderen Armeen gedient hatten; aber auch die besseren Elemente unter den alten, kriegserfahrenen, wohldisciplinirten Soldaten, die theilweise noch aus der Zeit des „alten Fritz" stammten und die noch immer zahlreich genug waren, um den jungen, unerfahrenen Leuten einen festen Halt zu geben, waren in ihrer Brauchbarkeit geschmälert, da man ihnen gestattet hatte, sich zu verheirathen und da sie in der Stunde der Gefahr mehr an Weib und Kind als an die Ehre ihrer Waffen dachten; zudem war durch die zahlreichen, aus Sparsamkeitsrücksichten eingeführten Beurlaubungen die Dienstzeit der Mehrzahl der Soldaten so sehr zusammengeschmolzen, daß dem Heere jede Gleichmäßigkeit in der Ausbildung der Mannschaften fehlte.

Auch die Bewaffnung der Armee war veraltet und in jeder Hinsicht ungenügend; es gab mehr als ein Regiment, dessen Gewehre das Schießen mit scharfen Patronen überhaupt nicht aushielten. Und ebenso war die übrige Ausrüstung durchaus ungenügend, selbst für den Winter waren keine Mäntel, sondern nur Unterziehjacken zum Schutze gegen die Kälte vorgesehen. Dagegen schleppte sich die Armee, welche die Magazinsverpflegung nicht mit dem französischen Requisitionssystem vertauschen wollte, mit einem kolossalen, schwerfälligen Troß, bei dem sich zu den nothwendigen Gebrauchsgegenständen auch noch die vielen Luxusartikel gesellten, welche die Offiziere im Felde nicht entbehren wollten.

Außer allem Verhältniß zu diesen wenig Vertrauen erweckenden Zuständen stand aber die hohe Meinung, welche die große Mehrzahl namentlich der älteren Offiziere von der Armee hegte. Sie wiegten sich in den Erinnerungen an die großen Tage Friedrichs II., sie glaubten, daß Napoleon bei Ulm und Austerlitz nicht gesiegt haben würde, wenn ihm Preußen gegenüber gestanden hätten, sie mißachteten die in der Revolution heraufgekommene französische Armee, ja selbst das Feldherrntalent eines Napoleon dachten sie herabsetzen zu können; „Generale wie Herrn von Buonaparte", meinte der preußische General v. Rüchel, „hat die Armee Sr. Majestät mehrere aufzuweisen". Diese blinde Selbstüberhebung, zu der sich noch der begreifliche Wunsch der jungen Offiziere gesellte, im Felde reiche Lorbern zu ernten, fand ihren Ausdruck in renommistischen Demonstrationen, deren vornehmster Schauplatz Berlin war. Kriegslustige Gardeoffiziere warfen dem Minister Haugwitz, den man beschuldigte, daß er auch jetzt noch zum Frieden rathe, die Fenster ein und wetzten die Klingen ihrer Degen an den Stufen des französischen Gesandtschaftspalastes, sie schickten ihre Wachtmeister in das Theater, um gewisse patriotische Stellen in der „Jungfrau von Orleans" oder in „Wallenstein" durch lärmenden Beifall zu begleiten, und nach und nach riß dieses Lärmen, Demonstriren und Bramarbasiren auch die Furchtsamen und Gleichgiltigen mit sich fort; die Presse

gab den patriotischen Gefühlen stürmischen Ausdruck, kurz es bestand schließlich eine Stimmung, die sich wie Begeisterung ansah und anhörte, aber freilich nur die äußeren Kennzeichen derselben an sich trug, während ihr die Quelle wahrer Begeisterung, die echte innerliche Gefühlswärme abging.

Freilich fehlte es auch nicht an Einsichtigen, welche sowohl die Mängel des Heerwesens erkannten, als auch darüber sich im Klaren befanden, daß vor allem die oberste Leitung der Staatsgeschäfte nicht in den richtigen, nicht in Vertrauen erweckenden Händen liege.

Schon im April 1806 hatte der Minister Freiherr vom Stein dem König eine Denkschrift überreichen lassen, in welcher er die Einrichtung des über den Ministern stehenden Cabinetsrathes als eine durchaus zweckwidrige, und die Cabinetsräthe selbst als theils unbrauchbare, theils gemeinschädliche Personen bezeichnete, denen sogar die öffentliche Meinung vorwerfe, daß sie von Frankreich bestochen seien. Diesem Schritte, der erfolglos geblieben war, folgte jetzt ein zweiter. Auf Veranlassung des hochbegaben Prinzen Louis Ferdinand, der mit der tiefsten Entrüstung sein Vaterland einer Politik der Schwäche und Ohnmacht verfallen sah, gegen die sich sein feuriger Geist mit aller Macht auflehnte, entwarf der Geschichtschreiber Johannes von Müller eine an den König gerichtete Denkschrift, in welcher die Entfernung des Ministers Haugwitz und der Cabinetsräthe Beyme und Lombard verlangt und die Nothwendigkeit dargelegt wurde, ungesäumt an Frankreich den Krieg zu erklären, da eine fortgesetzte Nachgiebigkeit den Staat in immer größeres Unglück stürzen würde. Diese Denkschrift wurde von den Prinzen Heinrich und Wilhelm, den Brüdern des Königs, von dem Prinzen Louis Ferdinand und dem Prinzen von Oranien, von den Generalen von Rüchel und von Pfuhl und dem Minister vom Stein unterzeichnet und dem König vorgelegt; aber auch diese verfehlte ihren Zweck, erregte lediglich den Zorn des Königs über die unaufgefordert ertheilten Rathschläge und zog den Unterzeichnern ernste Rügen zu. Der König konnte sich von den Personen, denen er einmal sein Vertrauen geschenkt hatte, nicht losmachen; diese aber fuhren fort, in derselben säumigen Weise, wie bisher, gegenüber der colossalen Gefahr, die den preußischen Staat bedrohte, die Vorbereitungen für die kommenden Ereignisse zu treffen.

Zwar war jetzt auch Haugwitz von der Unvermeidlichkeit des Krieges mit Frankreich überzeugt und sogar entschlossen, nicht den Angriff Napoleons abzuwarten, sondern seinerseits den Angriff zu beginnen. Er hoffte durch die friedlichen Reden, welche er den Gesandten in Paris führen ließ, Napoleon über seine wahren Absichten und die Rüstungen Preußens zu täuschen. In Wahrheit war er der Getäuschte. Denn er ließ sich durch Napoleons freundschaftliche Eröffnungen an den preußischen Gesandten bestimmen, die Sendung des Obersten von Krusemark nach Petersburg, um von Kaiser Alexander den Befehl zur Marschbereitschaft der russischen Truppen zu erwirken, bis zum 18. September zu verzögern, während Napoleon alles vorbereitet hatte, um jeden Tag den Krieg beginnen zu können. Noch standen die siegreichen Truppen, die im Jahre 1805 Oesterreich und Rußland geschlagen hatten, auf deutscher Erde, nahe an der Südgrenze Preußens bereit, auf den Ruf des Kaisers diese Grenze zu überschreiten. Napoleon hatte es nicht an einem Vorwande gefehlt, die Bestimmung des Preßburger Friedens, wonach die Räumung Deutschlands von den französischen Truppen erfolgen sollte, unerfüllt zu lassen. 200,000 Franzosen und Rheinbundtruppen standen von Inn und Isar bis an den Thüringerwald und concentrirten sich in den ersten Tagen des October 1806 in Franken. Am 6. October

traf Napoleon selbst in Bamberg ein. Dort erhielt er das preußische Ultimatum, welches sofortige Räumung Deutschlands, ungehinderte Zulassung des norddeutschen Bundes und die Schlichtung der noch streitigen Punkte, vor allem die Rückgabe Wesels an Berg und der westfälischen Abteien an Preußen forderte. Der Ton des Ultimatums war eben so kurz angebunden und entschieden, wie alle bisherigen Mittheilungen an Frankreich versöhnlich, ja fast ängstlich gelautet hatten. Freilich wurde es von einem langen Briefe des Königs begleitet, der in ausführlicher Weise alle die verschiedenen Vorgänge und Wendungen beleuchtete, die Preußen endlich zu diesem äußersten Schritte genöthigt hatten. In Berlin war man nicht ohne Hoffnung, daß das Ultimatum Napoleon veranlassen werde, einzulenken und sich in Verhandlungen einzulassen. Aber auch für den Fall der Ablehnung glaubte man sich hinlänglich stark, um dem Feinde die Stirne zu bieten. Allerdings hatte man nur 130,000 Mann in das Feld stellen können, zu denen noch nach langen Verhandlungen 20,000 Sachsen und das kleine Contingent des Herzogs von Weimar gestoßen waren. Aber die Generale hielten es für möglich, mit den frischen Kräften über die sie geboten, dem Feinde rasch eine entscheidende Hauptschlacht zu liefern und zu siegen. Als Oberbefehlshaber stand an der Spitze dieser Armee der 71jährige Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der wenig glückliche Führer der Preußen in der Champagne, der seither nur noch ängstlicher, umständlicher und schwerfälliger geworden war. Er gedachte dem von Süden heranrückenden französischen Heere die Saalepässe zu verlegen; aber während das preußische Heer bei Jena und Weimar Aufstellung nahm, hatte Napoleon, der das Ultimatum Preußens in dem Tone des übermüthigsten Hohnes beantwortet hatte, bereits den Thüringerwald bei Saalburg überschritten und ließ seine Truppen das Saalethal hinabziehen, wo sie am 10. October bei Saalfeld auf die Vorhut der preußischen Armee stießen.

Hier befehligte Prinz Louis Ferdinand, der im jugendlichen Ungestüm nicht auf die Rathschläge seiner Umgebung hörte, die gegenüber der feindlichen Uebermacht zum Rückzuge rieth, sondern, getäuscht durch die Hoffnung, mit einer glänzenden Waffenthat den Feldzug glücklich eröffnen zu können, an der Spitze seiner tapferen Reiter den Franzosen Stand hielt. Aber von der Menge der Gegner überwältigt, geriethen seine Truppen bald in Unordnung und rissen ihn selbst in ihre wilde Flucht mit fort, auf der er, bald erreicht und die Aufforderung, sich zu ergeben, mit einem Säbelstiche erwidernd, den Heldentod starb.

Der Eindruck dieses unglücklichen Gefechtes war ein erschütternder. Durch den Fall des tapferen und in der Armee sehr beliebten Prinzen erhielt dasselbe eine die bloß militärische Seite des Ereignisses weit überragende Bedeutung. Tiefe Entmuthigung herrschte im Hauptquartier. Wie eine für den ganzen Krieg unglückverheißende Vorbedeutung betrachteten es die Truppen. Schon glaubte man sich von Napoleon umgangen und beschloß, über die Unstrut zurückzugehen. Napoleon aber ließ der preußischen Armee keine Zeit, eine andere, günstigere Stellung einzunehmen. Er zwang am Morgen des 14. October den Fürsten Hohenlohe, bei Jena eine Schlacht anzunehmen. Die vereinzelten preußischen Abtheilungen, welche, dem Befehle zum Rückzug gehorchend, dem Feinde den das Saalethale beherrschenden Landgrafenberg ohne Widerstand überlassen hatten, wurden nun von den Franzosen, die von allen Seiten über sie herfielen, mit Leichtigkeit zerstreut, so tapfer sie sich auch zur Wehre setzten; bald floh das ganze Hohenlohe'sche Corps in vollständiger Auflösung in der Richtung nach Weimar hin.

Gleichzeitig wurde auch das Hauptheer, welches

der Herzog von Braunschweig selbst befehligte, bei Auerstädt, drei Stunden von dem Schlachtfelde von Jena entfernt, nicht nur geschlagen, sondern ebenfalls vollständig zersprengt. Auch hier kam es nicht zu einer planmäßig geleiteten Schlacht, sondern die preußischen Truppen wurden in einer Reihe einzelner Gefechte besiegt. Der Oberfeldherr selbst ward tödtlich verwundet, eine Kugel, die ihm von der rechten Seite des Kopfes zur linken drang, raubte ihm die Sehkraft beider Augen. Da auch andere höhere Führer Verwundungen erlitten, fehlte sogar für den Rückzug jede einheitliche Leitung, so daß er auch hier in wilde Flucht ausartete. Ein Theil des Heeres fand in Erfurt eine Zufluchtstätte, der Rest stieß bei Buttelstädt auf die Trümmer des Hohenlohe'schen Corps und setzte mit diesen den Rückzug fort.

Aber nicht nur das preußische Heer erlag an diesem unglücklichen 14. October, nicht nur die Unbesiegbarkeit dieser einst so berühmten Armee war jetzt als ein Wahn erkannt, sondern das ganze Staatsgebäude war auf's Heftigste erschüttert und drohte, wie ein morscher Bau, den ein Sturm in Trümmer legt, zu zerfallen.

Siegesgewiß, wie die verblendeten Rathgeber des Königs gewesen waren, hatten sie die Möglichkeit einer solchen Niederlage gar nicht in Rechnung gezogen, für einen solchen Fall auch nicht die mindesten Vorkehrungen getroffen. Nun standen sie kopf- und rathlos dem entsetzlichen Schicksalsschlage gegenüber, der das Heer und den Staat Friedrichs des Großen dem Verderben geweiht zu haben schien. Und noch sollten mit dem Unglücke von Jena und Auerstädt die Demüthigungen und Niederlagen nicht beendigt sein.

Vergebens bot jetzt der König dem Kaiser Napoleon einen Waffenstillstand an; dieser lehnte jede Verhandlung in hochmüthigen Worten ab und setzte, kaum noch durch ernstlichen Widerstand gehemmt, seinen Siegeslauf fort. Die Nachricht von der großen Niederlage eilte seinen Truppen voran und lähmte jeden Entschluß seiner Gegner. Feigheit, Kopflosigkeit, Altersschwäche, das Alles half zusammen, um die Mehrzahl der preußischen Generale unfähig zu machen, in dieser schwierigen, aber immerhin nicht hoffnungslosen Lage zu retten, was noch zu retten war.

Schon am 15. October öffnete Erfurt, zwar nicht für eine Belagerung gerüstet, aber doch ein sturmfreier Platz, den Feinden seine Thore, am 17. October wurde die unter dem Befehle des Herzogs Eugen von Wirtemberg stehende Reservearmee bei Halle geschlagen, am 25. October capitulirte Spandau, und am 27. dröhnten die Straßen von Berlin von den Siegesmärschen der einziehenden Franzosen, schlug Napoleon seinen Wohnsitz in dem Schlosse der preußischen Könige auf. Die Minister Friedrich Wilhelms III. aber entblödeten sich nicht, dem Kaiser der Franzosen den Eid der Treue zu leisten und ihre Beamten anzuweisen, die Geschäfte des Staates fortzuführen, als ob Alles in bester Ordnung wäre. Sie alle handelten in dem Geiste, der den Gouverneur von Berlin Graf von der Schulenburg-Kehnert geleitet hatte, als er den patriotischen Eifer der Berliner, die beim Herannahen der Feinde Freischaaren bilden, ihre Vaterstadt vertheidigen wollten, mit den Worten zurückwies: „die erste Bürgerpflicht ist Ruhe".

Niemand hatte daran gedacht, die reichen Vorräthe des Zeughauses in Sicherheit zu bringen, die jetzt den Franzosen zur Beute wurden, nur der Minister vom Stein hatte die Staatskassen nach Königsberg flüchten lassen und dadurch die Fortführung des Krieges ermöglicht.

Indessen hatte Fürst Hohenlohe die Trümmer der geschlagenen Feldarmee zu sammeln gesucht und war mit denen, die nicht vorzogen, kurzer Hand nach Hause zu gehen, unter den Wällen von Magdeburg angekommen. Hier aber sah er sich von dem Gouverneur abgewiesen, der für

eine so große Besatzung nicht hinreichend verproviantirt zu sein glaubte, er mußte, fortwährend verfolgt von den Generalen Lannes und Murat, seinen Rückzug nach der Oder fortsetzen. Jedoch bei Prenzlau ereilt, fand er, in der Furcht daß er seine Mannschaften doch vergebens opfern würde, nicht den Entschluß, den Kampf zu wagen, und capitulirte, über die Zahl der ihm gegenüberstehenden Feinde getäuscht, am 28. October mit 10,000 Mann und 1800 Pferden. Nur einen Tag später ergab sich Stettin 800 französischen Husaren, die der 81jährige Commandant für den Vortrab einer großen Armee hielt, am 1. November folgte in eben so kläglicher Weise, ohne daß eine Kanone abgefeuert ward, Küstrin, endlich setzte die Capitulation von Magdeburg, das ausreichend verproviantirt war, um eine lange Belagerung auszuhalten, den schmachvollen Vorgängen die Krone auf. Der 73jährige kranke Gouverneur hielt Alles verloren und überlieferte den Franzosen, die nicht einmal zahlreich genug waren, die Festung vollkommen einzuschließen, geschweige denn regelrecht zu belagern, 24,000 Mann, 6500 Pferde, 600 Geschütze. Die Mehrzahl der kleineren Festungen, die Plassenburg in Franken, Hameln und Nienburg in Hannover u. a. folgten diesen jammervollen Beispielen.

Nur der kühne Zug des Generals von Blücher nach Lübeck ragt aus all dieser Kopflosigkeit und Entmuthigung als eine glänzende That altpreußischer Entschlossenheit hervor. Nachdem am 26. October einer der höheren Offiziere des Blücher'schen Corps, Oberst von York, bei Altenzaun mit eben so viel Muth als Geschicklichkeit den Uebergang der Division des Herzogs von Weimar über die Elbe gedeckt hatte, vereinigte sich diese an der mecklenburgischen Grenze mit Blüchers Corps am 30. October, nur einen Tag später, als der General die Nachricht von der Capitulation des Fürsten Hohenlohe bei Prenzlau erhalten hatte. Blücher war entschlossen, solchem Vorgange nicht zu folgen. Nach eingehender Berathung mit seinem Generalstabschef, Oberst Scharnhorst, beschloß er den Versuch zu wagen, nach der Elbe umzukehren, um dadurch einen Theil der feindlichen Streitkräfte von dem Innern des Landes abzuziehen und das Sammeln der Truppen hinter der Weichsel zu erleichtern. Immer war den 21,000 Mann, die

v. Blücher.

sich unter Blüchers Oberbefehl zusammen gefunden hatten, der Feind, geführt von den Marschällen Soult, Murat und Bernadotte, auf den Fersen, aber Oberst York mit seinen Jägern schützte, als Befehlshaber der Nachhut, unter zahlreichen Gefechten, am glänzendsten den 1. November bei Waren, den beschwerlichen Marsch der ermüdeten und schlecht verpflegten Truppen. Zu einem entscheidenden Kampfe schienen diese

zu ermüdet, zu ungenügend ausgerüstet; darum beschloß Blücher sich in die alte freie Reichsstadt Lübeck zu werfen, hinter ihren Mauern und Wällen einige Tage zu ruhen und sich zu verproviantiren, um dann in besserer Verfassung den Marsch fortzusetzen.

Aber die Franzosen ließen ihm nicht Zeit, sein Vorhaben zur Durchführung zu bringen. Ehe er sich dessen versah, stürmten die Feinde, etwa 80,000 Mann stark, am Morgen des 6. November gegen Lübeck heran und drangen, mehrere Male zurückgeworfen, in die Stadt ein, in deren Straßen sich ein heißer und blutiger Kampf entspann. Vergebens rangen die Preußen mit dem Muthe der Verzweiflung, sie mußten endlich der Uebermacht unterliegen. Mit Mühe entrann Blücher, der selbst mitten im dichtesten Handgemenge seine Leute zum Standhalten aufmunterte, der Gefangenschaft, welcher sich Scharnhorst und York, der letztere verwundet, nicht entziehen konnten.

Noch dachte der tapfere Blücher, mit der Handvoll Truppen, die ihm aus der eroberten Stadt zu führen gelungen war, in der Nacht einen Ueberfall auf Lübeck zu versuchen, aber die genauere Kenntniß der Zahl und Beschaffenheit seiner Leute ließ ihn bald die Unmöglichkeit einsehen, diesen Plan auszuführen. Am Morgen des 7. November mußte er sich zu Ratkau entschließen, die Waffen zu strecken. Er that es nicht, ohne, trotz dem Widerspruche der Franzosen, der Capitulation den Zusatz beizufügen: „Ich capitulire, weil ich kein Brod und keine Munition habe."

Wenn auch ohne den erhofften günstigen Erfolg, war dieser Blücher'sche Zug doch von großer Bedeutung. Denn hier hatte ein muthiger General mit seinen Offizieren gezeigt, daß selbst den überlegensten feindlichen Kräften gegenüber die Ehre der Armee aufrecht erhalten werden könne, hatte 80,000 Feinde von der Oder fern gehalten, hatte in den Reihen der Armee und in den weitesten Kreisen des Volkes den Gedanken neu belebt, daß trotz der Demüthigungen der letzten Wochen doch nicht Alles verloren, daß noch ein guter und gesunder Stamm vorhanden sei, an den sich die Hoffnung auf bessere Zeiten anzuklammern vermöge. Es ist doch kein Zufall, daß gerade die Männer, deren Namen hier mit hohen Ehren genannt wurden, später die bedeutendsten Führer des preußischen Heeres in den Befreiungskriegen geworden sind.

Inzwischen war der König, der sich am Unglückstage von Jena und Auerstädt im Hauptquartiere des Oberbefehlshabers befunden hatte, ohne seinerseits weder auf den Gang der Schlacht einwirken, noch nachher der allgemeinen Entmuthigung erfolgreich entgegentreten zu können, in Küstrin angelangt und hatte dort auch seine Gemahlin wieder gefunden, die ihm in den schweren Tagen, die nun in fast unabsehbarer Reihe folgen sollten, wie ein Wesen höherer Art, helfend, tröstend, aufrichtend zur Seite stand.

Die Königin Luise, eine Tochter des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz, geboren am 10. März 1776, hatte an dem sittenlosen Hofe Friedrich Wilhelms II. wie durch ihre holde Anmuth und schlichte Liebenswürdigkeit, so auch durch ihre Sittenstrenge und ihren häuslichen Sinn eine hervorragende Stellung eingenommen. Sie verband mit ihrem Gemahle die vollständige Gleichartigkeit der Gesinnung, die Vorliebe für ein in den Schranken fast bürgerlicher Einfachheit sich bewegendes Familienleben, dem bis 1806 in drei stattlich heranwachsenden Kindern die schönste Zierde geschenkt war.

Gegen die edle Königin hatte Napoleon in seinen Bulletins vor und nach den unglücklichen Schlachttagen in der rohesten Weise Anklagen und Verleumdungen geschleudert, da er sie als eine gut deutsch gesinnte Frau erkannt hatte und

daher in ihr eine der einflußreichen Persönlichkeiten haßte, die den König bestimmt hatten, die ihm von Frankreich angesonnenen Demüthigungen nicht über sich ergehen zu lassen.

Ihre Anwesenheit in Küstrin war gewiß auch in diesen Tagen von hohem Werthe, da der König, tief betrübt über die schweren Lasten, die der erbarmungslose Sieger seinem Lande auferlegte, den Versuch machte, Napoleon zum Abschlusse eines Friedens zu vermögen, und da auch jetzt noch in der Umgebung Friedrich Wilhelms III. sich mehr als ein Rathgeber befand, der den Frieden um jeden Preis zu erkaufen bereit war.

Königin Luise.

Die Gesandten, welche er, um mit Napoleon zu verhandeln, nach Wittenberg geschickt hatte, Zastrow und Lucchesini, waren bereit, die Friedensbedingungen Napoleons: die Elbe als Grenze, 100 Millionen Franken Kriegssteuer, Lossagung von jeder Verbindung mit anderen deutschen Staaten, anzunehmen, der Minister Haugwitz ging noch weiter, ihm schien der Friedensschluß so unerläßlich, daß er sogar dem Anschlusse Preußens an den Rheinbund zustimmen wollte; aber glücklicher Weise scheiterten diese Verhandlungen an den übermüthigen Forderungen, von deren Annahme Napoleon vorerst die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes abhängig machte; Forderungen, die der König von Preußen nur annehmen konnte, wenn er auf die Zukunft seines Staates für immer Verzicht leisten wollte. Die beiden Abgesandten hatten zwar zu Charlottenburg am 16. November diese Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet, aber der König, der sich inzwischen über Graudenz nach Osterode begeben hatte, verwarf sie auf den Rath der Minister vom Stein und Graf Voß, sowie des Cabinetsrathes Beyme. Es war das erste Zeichen, daß man sich am Hofe wieder ermannte und die schiefe Ebene verließ, auf welche vor Allen Graf Haugwitz den Staat geführt hatte.

Die natürliche Folge dieser Wendung war, daß Haugwitz um seine Entlassung bat und sie erhielt. An seiner Stelle wünschte der König den Freiherrn vom Stein zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen; dieser aber wollte das Amt, in dem er schon Bedeutendes geleistet hatte, das Finanzministerium nicht verlassen, um ein anderes Amt, dem er sich augenblicklich nicht vollkommen gewachsen fühlte, zu übernehmen. Er schlug als Nachfolger des Grafen Haugwitz vielmehr den Freiherrn von Hardenberg vor, der durch Haugwitz vollkommen in den Hintergrund gedrängt worden war. Gleichzeitig aber regte er, wie schon früher, die Beseitigung der schädlichen Cabinetsräthe an und verlangte, daß aus den Ministern des Krieges, der Finanzen und der auswärtigen Angelegenheiten ein Cabinetsministerium gebildet werde, zu welchem der König zu Berathungen und Vorträgen, je nach seinem Belieben, noch andere Minister und Generale beiziehen könne, welches aber für alle Staatsangelegenheiten die letzte Instanz bilden müsse.

Dagegen, wie gegen die Ernennung Hardenbergs, verwahrte sich aber bei dem Könige der Cabinetsrath Beyme mit solchem Erfolg, daß der König statt Hardenbergs den General von Zastrow, den unfähigen Bevollmächtigten bei den Charlottenburger Verhandlungen, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannte und ausdrücklich den regelmäßigen, unmittelbaren Vortrag Beymes aufrecht erhielt; trotzdem aber verlangte er den Eintritt Steins in das neue Ministerium als Finanzminister. Unter solchen Umständen lehnte indeß Stein, der sich dabei keine seinen Ueberzeugungen entsprechende Wirksamkeit versprach, diese Stelle eben so ehrfurchtsvoll als entschieden ab, ein Entschluß, der den König in so unangenehmer Weise berührte, daß er Stein die erbetene Entlassung in den ungnädigsten Aeußerungen ertheilte.

Statt also den König von Königsberg aus, bis wohin sich am Ende des Jahres 1806 der Hof vor den immer weiter vorrückenden Franzosen geflüchtet hatte, nach Memel zu begleiten, reiste Stein, sobald es seine Gesundheit und der Wechsel der Kriegsläufe gestattete, auf seine Güter in Nassau, und harrte dort des Tages, da dieselbe Hand, die ihn jetzt, seinen wahren Werth verkennend, im Zorne von sich stieß, ihn in der Stunde schwerster Prüfung zur Leitung und Rettung des Staates wieder heranziehen werde.

Noch hielt den König die Hoffnung aufrecht, daß Kaiser Alexander von Rußland als Helfer in der Noth an seine Seite treten und, mit ihm vereint, den Feind wieder aus den preußischen Landen vertreiben werde. In der That hatte dieser, von dem Unglück der preußischen Waffen unterrichtet, alsbald seinen Truppen Marschbefehl ertheilt und diese waren auch noch im Laufe des Jahres 1806 in die Provinz Preußen eingerückt. Aber seinen Feldherren fehlte jede Lust, mit dem ganzen und vollen Ernst kriegerischer Machtentfaltung für Preußen einzutreten. Sie begnügten sich, indem sie die Provinz Preußen aussogen, im Wesentlichen damit, sich in einer Vertheidigungsstellung zu halten und die russische Grenze zu decken.

Erst als Napoleon, auf dessen Geheiß die Polen sich erhoben, in der Hoffnung, daß der Kaiser ihr Vaterland wiederherstellen werde, sich bei Pultusk der russischen Grenze näherte, trat ihm dort am 26. December 1806 General von Bennigsen entgegen, ohne sich jedoch eines großen Erfolges berühmen zu können. Mit mehr Glück kämpfte Bennigsen gegen Napoleon am 7. und 8. Februar 1807 bei Preußisch-Eylau, wo es ihm gelang, den Franzosen empfindlichen Schaden zuzufügen; am Abend des 8. Februar mußte Napoleon, das schneebedeckte Schlachtfeld überblickend, sich zum ersten Male gestehen, daß ihm der Sieg versagt geblieben sei und mit dieser ihn tief kränkenden Empfindung seine Winterquartiere beziehen.

An dieser Schlacht nahmen auch 6000 Preußen, die General Lestocq, von dem Marschall Ney verfolgt, den Russen zugeführt hatte, den rühmlichsten Antheil. Ihre entschlossene Tapferkeit war kein geringer Trost für den tiefgebeugten König, an den wenige Tage nach der Schlacht Friedenserbietungen Napoleons herantraten, das Versprechen, daß, wenn er sich von Rußland trenne, sofort nach dem Friedensschlusse die Franzosen das preußische Gebiet räumen würden. Aber Friedrich Wilhelm III., eben so sehr dem Feinde mißtrauend, als fest entschlossen, dem Freunde die gelobte Treue zu bewahren, lehnte diese Eröffnungen ab, und der Krieg hatte seinen Fortgang.

Eben so unrühmlich wie in den ersten Wochen nach dem Unglückstage von Jena hatten inzwischen um die Jahreswende die meisten schlesischen Festungen dem Feinde ihre Thore geöffnet, Glogau und Brieg, Breslau und Schweidnitz waren ohne ernstliche Gegenwehr in die Hände der Franzosen gefallen. Aber es wurde doch nach und nach besser; in Thorn und Graudenz verweigerten die Commandanten hartnäckig die Uebergabe, Neisse capitulirte erst, als die letzten Hilfsmittel erschöpft waren, Kosel und Glatz, obgleich hart bedrängt, konnten sich bis zum Friedensschlusse halten. Ueberall wurden in Schlesien, der jüngsten der preußischen Provinzen, die Befehlshaber der Festungen in ihrem Entschlusse, tapferen Widerstand zu leisten, trefflich unterstützt durch die gute Gesinnung der Bevölkerung, die dem König und dem Vaterlande in fester Treue anhing.

Noch glänzender freilich bewährte sich dieses einmüthige Zusammenwirken der Militärbehörden und der Bürgerschaft in der Provinz Pommern, in der Stadt und Festung Colberg Hier wirkte die klare Geisteskraft und Umsicht des genialen Commandanten Major von Gneisenau, das lebendige und opfermüthige Pflichtgefühl des greisen Bürgermeisters Joachim Nettelbeck und der stürmische Muth und Unternehmungsgeist des kühnen Husarenoffiziers Ferdinand von Schill zusammen, um den wichtigen Platz so auszurüsten, daß er einer Belagerung gewachsen war, um, allen Schrecken der Beschießung und allen Entbehrungen der Einschließung gegenüber, guten Muthes zu bleiben und endlich durch waghalsige Ausfälle und Angriffe dem Feinde fortwährend die Ueberzeugung beizubringen, daß die Garnison von Colberg nicht geneigt sei, dem traurigen Beispiele so vieler größeren und weit vertheidigungsfähigeren Festungen zu folgen. Insbesondere das einmüthige und erfolgreiche Zusammenwirken Gneisenaus und Nettelbecks war eine ganz neue Erscheinung in der militärischen Geschichte Preußens, man möchte sagen, wie eine Vorbedeutung der großen Umgestaltung, die sich bald vollziehen und dem Heere durch wohlgeordnetes Heranziehen der Volkskraft eine unwiderstehliche Stärke verleihen sollte.

Erst die Nachricht vom Abschlusse des Waffenstillstandes öffnete die Thore Colbergs, vor denen General Loison vom 18. März bis 1. Juli 1807 vergebens seine Geschütze spielen ließ und abwechselnd mit Drohungen, Schmeicheleien und Lügen die Uebergabe zu erreichen versuchte. Nach allen den schmerzlichen Erfahrungen dieser verhängnißvollen Zeit mag es für den König eine überaus beglückende Genugthuung gewesen sein, als er Gneisenau für sein „kraftvolles und kluges Wirken", der Colberger Garnison und seiner treuen Bürgerschaft für ihr „ehrenvolles Benehmen" seinen Dank aussprechen und ihnen sagen konnte, daß sie sich dadurch gemeinschaftlich „ein ewiges, unvergeßliches Denkmal" gestiftet hätten.

Niemals hatte Friedrich Wilhelm III. solche herzerquickende Freude nöthiger als beim Abschlusse des Waffenstillstandes, der Colberg vor der bei längerer Fortdauer der Feindseligkeiten doch wohl unvermeidlichen Uebergabe rettete. Denn dieser Waffenstillstand war nur die Vorbereitung zu einem den preußischen Staat tief demüthigenden Frieden.

Die Waffenbrüderschaft mit Rußland hatte Preußen den ersehnten Sieg nicht gebracht. Voll Eifer und guter Gesinnung für den König war zwar am 1. April Kaiser Alexander nach Memel gekommen und hatte in seiner überschwenglichen Art versprochen, bis zum Ende treu bei ihm auszuharren. Sein Einfluß hatte auch zunächst für Preußen dadurch segensreich gewirkt, daß nun endlich die Persönlichkeiten von zweifelhafter Gesinnung, die noch immer das Heil des Staates in demüthiger Nachgiebigkeit gegen Napoleon sahen, entfernt wurden, daß Hardenberg an die Spitze der

Geschäfte berufen, daß der Wiedereintritt Steins in das Ministerium ernstlich ins Auge gefaßt ward.

Hardenbergs erste That war dann der Abschluß des Vertrages von Bartenstein am 26. April 1807 gewesen, durch welchen Rußland und Preußen sich verbanden, die preußische Monarchie in ihrem Umfange von 1805 wiederherzustellen und ganz Deutschland die Unabhängigkeit von den Befehlen Frankreichs zu erkämpfen. England und Schweden waren diesem Bündnisse, der vierten Coalition gegen Frankreich, beigetreten, auf Oesterreichs Anschluß glaubte man mit Bestimmtheit rechnen zu können.

Aber die zögernde, schwankende Kriegsführung der Russen, deren höchste Befehlshaber die entschiedenste Abneigung hegten, sich für die persönliche Freundschaft ihres Kaisers für den König von Preußen zu schlagen, und die geniale Leitung und das Glück der französischen Armee vereitelten nur zu rasch die großen Hoffnungen, die man auf dieses Bündniß setzte.

Schon die geringen Anstrengungen, die man von Seite des russischen Heeres aufwandte, um Danzig zu entsetzen, so daß am 26. Mai die Uebergabe dieser Festung erfolgen mußte, waren ein schlimmer Anfang des neu eröffneten Feldzuges. Zwar trat, vereinigt in heißem Kampfe, die Tapferkeit der Russen und Preußen am 10. Juni bei Heilsberg den Franzosen imponirend entgegen, aber nur vier Tage später, am 14. Juni, errang bei Friedland Napoleon einen glänzenden Sieg und schlug die Russen unter Bennigsen und Gortschakoff in die Flucht, worauf das Corps, das noch in Königsberg stand, in der Furcht, abgeschnitten zu werden, sich genöthigt sah, dem Rückzuge der Russen zu folgen und mit diesen gemeinsam am 18. und 19. Juni bei Tilsit die Memel zu überschreiten.

Diesem Rückzuge folgten auf dem Fuße Verhandlungen zwischen russischen und französischen Generalen, die am 21. Juni ihren vorläufigen Abschluß in einem Waffenstillstande fanden, in welchen Preußen indeß nicht aufgenommen ward.

Und schon war es der Preußen feindlich gesinnten Partei in der Umgebung des Kaisers Alexander gelungen, seine leicht bestimmbare Gesinnung ihren Wünschen entsprechend zu lenken. Uneingedenk der feierlichen Versprechungen, die er dem König Friedrich Wilhelm gemacht; vergessend daß er noch vor wenigen Monaten ausgerufen: „Nicht wahr, keiner von uns beiden fällt allein? Entweder beide zusammen, oder keiner von beiden," ließ er sich jetzt, durch die übertriebenen Schilderungen der Niederlage bei Friedland und der in Folge derselben eingetretenen Entmuthigung der Armee, bestimmen, in eine Zusammenkunft mit Napoleon einzuwilligen, bei welcher die Grundlagen des Friedens festgestellt werden sollten. Wenn er auch jetzt noch von seinen wohlmeinenden Gesinnungen für Preußen redete und die Absicht aussprach, Alles aufzubieten, um den König wieder in seine Staaten zurückzuführen, so waren dieß doch mehr Versuche, sein Gewissen zu beschwichtigen, als Zeichen des Entschlusses, seinem Freunde treu zu bleiben.

Diese für die weitere Gestaltung der Geschicke Deutschlands, ja ganz Europas so bedeutungsvolle Zusammenkunft fand am 25. Juni 1807 auf einem Flosse in der Memel statt, auf dem man zu diesem Zwecke ein Zelt errichtet hatte. In langer Zwiesprache gelang es hier der Ueberredungskunst Napoleons, dem die Schwächen Alexanders nur zu gut bekannt waren, diesem ein ideal gefärbtes Bild der Zukunft des Welttheiles vor Augen zu stellen, die, nach dieser Darstellung, zum Wohle aller Völker von den mächtigen Kaisern der beiden großen Weltreiche, Frankreich und Rußland, bestimmt werden sollte. Als die beiden Kaiser schieden, war nicht nur der Friede, war ein Bündniß zwischen ihnen geschlossen.

In der Hoffnung, dadurch seinem bisherigen

Verbündeten zu nützen, vermittelte Kaiser Alexander zunächst eine Zusammenkunft Napoleons mit König Friedrich Wilhelm in Tilsit. Aber der Erfolg entsprach nicht seinen Erwartungen. Diese beiden Männer mußten sich abstoßen. Denn Napoleon, gewöhnt, wo er Sieger war, mit dem ganzen Uebermuth des Glücklichen und mit voller Rücksichtslosigkeit gegen das Unglück aufzutreten, begegnete hier nicht, wie er erwartet hatte, einer unwürdigen Unterwürfigkeit, einer dienstbeflissenen Selbstwegwerfung, wie sie ihm die meisten Rheinbundfürsten gezeigt hatten, sondern Friedrich Wilhelm, wenn auch von den harten Schicksalsschlägen schwer betroffen und tief gebeugt, bewahrte doch auch dem Sieger gegenüber die Würde des Königs, die Strammheit des Soldaten, den Stolz des Ehrenmannes.

Wenn deshalb die Begegnung der Monarchen, statt Napoleon für die Unterhandlungen mit Preußen günstig zu stimmen, ihn im Gegentheil mit neuer Erbitterung erfüllte, so gelang auch ein anderer Versuch, dieses Ziel zu erreichen, nicht, der ebenfalls von Kaiser Alexander angerathen war. Man bewog nämlich die Königin Luise, von Memel nach Tilsit zu kommen, um durch ihre Bitten erträgliche Friedensbedingungen von Napoleon zu erhalten. Und die Königin, obwohl nicht nur tiefgebeugt durch das Unglück ihres Landes, sondern auch aufs Empfindlichste verletzt durch die rohen Angriffe, die Napoleon in seinen Bulletins gegen sie geschleudert hatte, entschloß sich, dieses Opfer zu bringen, in der Hoffnung, von ihrem Gemahl, von dem preußischen Staate dadurch größeren Schaden, tiefere Demüthigung abzuwenden.

Napoleon hatte für die sittliche Größe, welche diese Handlungsweise der Königin bewies, kein Verständniß, es war ihm eine Genugthuung, die hohe Frau als Bittende vor sich zu sehen, auf seine Entschließungen waren ihre Bitten ohne Einfluß. Es mochte ihn im Gegentheil noch mit neuem Zorne erfüllt haben, daß die vornehme Ueberlegenheit der Königin sich auch in der traurigen Lage, die sie vor ihn führte, keinen Augenblick verleugnet hatte.

Am 9. Juli 1809 ward zu Tilsit der Friede zwischen Frankreich und Preußen abgeschlossen, nachdem der Friedensschluß mit Rußland zwei Tage früher stattgefunden. In der Form demüthigend, in der Sache fast einer Vernichtung des preußischen Staates gleichkommend, schien dieser Friede in den Kelch des Jammers, den das Unglücksjahr 1806—7 bis zum Rande gefüllt hatte, noch den letzten, den bittersten Tropfen zu gießen. „Nur aus Achtung gegen den Kaiser aller Reußen" verzichtete Napoleon darauf, den preußischen Staat vollständig verschwinden zu lassen, aber der Umfang, in welchem er ihn fortbestehen ließ, sollte, nach Napoleons Meinung, Preußen für alle Zukunft zu einer untergeordneten Rolle verurtheilen. Es verlor alles Land westlich der Elbe, mit der Festung Magdeburg, und im Osten die in den Jahren 1793 und 1795 erworbenen polnischen Landestheile, d. h. etwa die Hälfte seines Gebietes (2693 von 5570 Geviertmeilen) und seiner Einwohner (circa 5 von 10 Millionen).

Nun erst, da auch der preußische Staat bis zur Wehrlosigkeit herabgedrückt war, lag in der That die deutsche Nation widerstandslos zu den Füßen des Eroberers, der nun über unser Vaterland, seine Fürsten und Völker, nach den launenhaften Eingebungen seiner despotischen Willkür verfügte.

Das Kurfürstenthum Sachsen, obwohl dessen Truppen bei Jena auf Seiten Preußens gestanden, ließ Napoleon nicht nur fortbestehen, sondern er vergrößerte es durch Einverleibung der Preußen abgenommenen polnischen Lande, die er zu einem Großherzogthum Warschau vereinigte; der Kurfürst nahm den Königstitel an, trat dem Rheinbunde bei und war fortan der treueste und ergebenste unter den deutschen Vasallen Frankreichs.

Dem Herzog von Braunschweig dagegen gönnte Napoleon nicht einmal, sein wundes Haupt auf heimathlichem Boden zur Ruhe zu betten, erst in Altona fand der unglückliche Fürst und Feldherr einen Zufluchtsort, wo er unverfolgt seine Todesstunde erwarten durfte. Aber sein Haus hörte, durch Napoleons Machtspruch, auf, in Braunschweig zu regieren, und aus diesem Herzogthum, aus Kurhessen und den von Preußen abgetretenen Landestheilen bildete der Kaiser der Franzosen einen neuen Rheinbundstaat, das Königreich Westfalen, mit welchem er seinen jüngsten Bruder Jérôme ausstattete. Auch andere norddeutsche Länder, Mecklenburg und Oldenburg, traten jetzt dem Rheinbunde bei.

In diesem Bunde hatte sich Napoleon Fürsten und Länder dienstbar gemacht, die der Form nach eine unter seinem Schutze stehende Verbindung souveräner Staaten bildeten, in Wahrheit aber in einem vollständigen Vasallenverhältnisse zu ihm standen. In dem Bundesvertrage sagten sich Frankreich und die Staaten des rheinischen Bundes wechselseitige Hilfe zu; Napoleon verstand diese Bestimmung in dem Sinne, daß die Rheinbundsfürsten für alle seine Kriege zahlreiche Mannschaften ins Feld stellen mußten. Er selbst verlangte von ihnen die widerspruchslose Unterwerfung unter seine Befehle. Er trat den Königen, Herzogen und Fürsten des Rheinbundes mit der ungeschminkten Derbheit des Emporkömmlings gegenüber, dem für ihre historischen Ueberlieferungen jede Achtung fehlte, der sie maß und behandelte nach dem Verhältniß von Macht und Ansehen, das sie, der gewaltigen Macht des französischen Staates gegenüber, einzusetzen hatten. Keinen Augenblick nahm er Anstand, in die ihnen gewährleistete Unabhängigkeit des inneren Lebens ihrer Staaten einzugreifen und sie bei jeder Gelegenheit fühlen zu lassen, daß er der Herr sei, der nach seiner Willkür über sie verfüge. Die Gesandten, die er an den rheinbündischen Höfen beglaubigte, nahmen an denselben nicht nur die Stelle scharfer Beobachter ein, sondern sie betrugen sich vielfach, als ob sie Präfecten Napoleons in einem französischen Departement wären. Sie mischten sich in die Regierung der Rheinbundstaaten, nahmen Klagen und Beschwerden der Unterthanen entgegen, stellten die Minister zur Rede, wenn ihnen deren Verwaltung mißfiel, ja, auf ihre Berichte hin hat Napoleon mehr als ein Mal den Fürsten des Rheinbundes die Entlassung ihm mißliebiger, die Berufung ihm ergebener Minister befohlen. Und wie die Fürsten betrachtete er auch die Länder des Rheinbundes als Spielbälle seiner Laune. Nach seiner Willkür gebildet, wurden sie auch fernerhin, so wie es ihm beliebte, umgestaltet, die Staatsangehörigen wie herrenloses Gut bei den Friedensschlüssen bald diesem bald jenem Gebieter zugetheilt oder abgenommen.

Für die unwürdige Behandlung, die sie zu erdulden hatten, entschädigte sich die Mehrzahl der Fürsten dadurch, daß sie die Souveränetät, die sie dem Rheinbunde verdankten, ihren Unterthanen gegenüber durch ein schrankenloses Willkürregiment zur Geltung brachten. Das alte Reich, so schwach und morsch es auch gewesen, hatte doch der Willkür der kleineren Fürsten manchen Zügel angelegt, die Unterthanen in ihren althergebrachten Rechten geschützt. Diese Schutzwehren waren jetzt beseitigt, die Unterthanen dem unbeschränkten Verfügungsrechte des Souveräns preisgegeben. Am schwersten hatten dieß die Mediatisirten zu empfinden, die vormals reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Freiherren, gegen welche die neue Souveränetät mit ganz besonderem Behagen zur Anwendung gebracht ward. Und als hätten diese Fürsten des rheinischen Bundes geglaubt, die Welt über ihre Abhängigkeit von Frankreich durch Entfaltung eines ihre Verhältnisse weit übersteigenden Aufwandes täuschen zu können, so war jetzt ihr Streben dahin ge-

richtet, wie einst ihre Vorfahren den Prunk Ludwigs XIV. und XV. nachgeahmt hatten, den Glanz des Napoleonischen Hofes in ihren Residenzen abzuspiegeln.

Auch im Staatsleben ward möglichst Alles nach französischem Muster umgestaltet. Das große Gesetzgebungswerk, durch das allein Napoleon, wenn er auch sonst nichts gethan, seinen Namen unsterblich gemacht hätte, der „Code Napoléon" wurde in Westfalen, in Berg und (mit einigen Abänderungen) in Baden angenommen. Ueberall wurde die Verwaltung nach französischem Muster geformt, sogar die Benennung der Landestheile (Kreise) nach Flüssen wurde nachgeahmt. Freilich gelang es dadurch den mittleren und kleinen Staaten rascher, als es wohl sonst der Fall gewesen wäre, viel Veraltetes und Ueberlebtes zu beseitigen, die neu erworbenen Gebiete mit den Stammlanden zu verschmelzen, den Uebergang aus dem feudalen in den modernen Staat, wenigstens in einigen Richtungen, durchzuführen, aber das Alles geschah nicht nur auf Kosten mancher guten und bewährten alten Einrichtungen, sondern insbesondere zum Nachtheil der Selbständigkeit der Individuen, die der alles nivellirenden Einförmigkeit der französischen Organisation zum Opfer fiel. Ohne jede Folgerichtigkeit, wie die Neuerungen eingeführt wurden, beschränkten sie sich vielfach nur auf solche Einrichtungen, welche den Regierungen angenehm und vortheilhaft waren, während sie den Unterthanen nur neue Lasten aufluden.

Den höchsten Grad erreichte der Uebermuth und die Willkür, wie sie, unter Napoleons Schutz, in den meisten Rheinbundstaaten in die Erscheinung traten, in Wirtemberg, wo der „dicke König" Friedrich I. sich unermüdet zeigte, vor allem dem früher reichsunmittelbaren Adel, dann aber überhaupt jedem seiner Unterthanen die unbeschränkte Macht, über die er jetzt innerhalb der schwarzrothen Grenzpfähle gebot, empfindlich fühlen zu lassen. Nirgend lächerlicher als an diesem Hofe war auch die Großmannssucht entwickelt, die gelegentlich sehr drastische Formen annahm, wie z. B. wenn die Staatszeitung eine Reise des Königs in das Hohenlohische mit den Worten ankündigte, daß Seine Majestät sich in die nördlichen Provinzen seines Reiches begeben habe. Nichts war natürlicher, als daß diese Sinnesrichtung des Königs auch in der Handlungsweise und dem Auftreten seiner Minister und Beamten, bis zu den untergeordnetsten Organen herab, Nachahmung fand.

Daß es in dem angrenzenden Baden anders und besser war, davon war unzweifelhaft in erster Reihe die ehrwürdige Persönlichkeit des Großherzogs Karl Friedrich die Ursache. Der greise Fürst wollte nicht umsonst ein an Jahren und Ehren reiches Leben und eine Regierungszeit von seltener Dauer im Dienste wahrer Humanität verlebt haben, um an seinem Lebensabende mit eigener Hand das Werk seiner Jünglings- und Mannesjahre wieder zu vernichten. Er leitete — und mit ihm der Kreis vortrefflicher Männer seines Rathes, deren Namen über die Grenzen Badens hinaus mit Achtung genannt wurden, v. Reizenstein, v. Edelsheim, Brauer u. a. — mit milder Hand die Verhältnisse seines Landes, der alten Markgrafschaft wie der neu erworbenen Gebiete, in die neuen Bahnen.

Nicht so gewaltthätig wie in Wirtemberg, aber auch nicht so schonend wie in Baden, wurden die Reformen im Königreiche Baiern durchgeführt, wo ein sehr begabter Staatsmann, der Graf von Montgelas, an der Spitze der Geschäfte stand. Als Abkömmling einer savoyischen Familie ohne jede Pietät für die specifisch baierischen Anschauungen und Gewohnheiten, von denen sich doch auch die aufgeklärteren einheimischen Staatsmänner nie ganz frei machen konnten, rücksichtslos, vorurtheilsfrei und seines Zieles sich klar bewußt, ging dieser Mann mit Festigkeit und Folgerichtigkeit seinen Weg, der dahin führen sollte, in denkbar kürzester Zeit aus den zahlreichen, bunt genug zusammengewürfelten Bestandtheilen des Königreiches ein harmonisch zusammenstimmendes Ganzes zu bilden, das fähig sei, den Aufgaben eines wirklichen Staates gerecht zu werden. Baiern sollte, nach Montgelas' Ideen, ein unabhängiger Mittelstaat von solcher Bedeutung werden, daß es etwa mit der Zeit einen Krystallisationskern für die angrenzenden Kleinstaaten bilden und auch bei den politischen Berechnungen der Großmächte nicht unberücksichtigt bleiben sollte. Ein Anhänger der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, hatte Montgelas schon seit 1799, da der Herzog von Zweibrücken, dem er gedient hatte, Kurfürst von Baiern geworden war, eifrig und auch nicht ohne Erfolg dahingestrebt, das mittelalterliche Baiern mit seinem Wust von Klöstern, Wallfahrten, Wunderstätten und Aberglauben und einer über alle Gebühr zurückgebliebenen Durchschnittsbildung, in die Reihe der modernen Staaten herüberzuleiten; freilich verursachte die Schnelligkeit, mit der dieser Proceß vor sich gehen sollte, daß man etwas allzusehr an der Oberfläche blieb, sich mit modernem Anstrich begnügte und nicht die Mühe nahm, die Wurzeln des alten Unfugs auszurotten, die denn auch, als die äußeren Lebensbedingungen des bairischen Staates sich änderten, mit alter und urwüchsiger Kraft wieder in neuen Trieben zu Tage traten. Es war nicht das geringste Verdienst Montgelas', daß er, in voller Uebereinstimmung mit dem König Max Josef I., eine Reihe hervorragender Männer aus anderen Theilen Deutschlands nach Baiern berief, um damit zu bewirken, was jahrhundertelange Absperrung und der Unterricht der Jesuiten verhindert hatte: die Theilnahme Baierns an dem geistigen Leben der deutschen Nation. Freilich stieß der sonst so mächtige Minister hier auf ungeahnte Hindernisse, welche ihm beschränkter Fremdenhaß, confessionelle Unduldsamkeit und ein krankhaftes Selbstgefühl der altbaierischen Kreise bereiteten; Triebfedern, die einem besonders heißblütigen Fanatiker sogar den Mordstahl in die Hand drückten. Immerhin wurde mit der Herbeiziehung von „Ausländern", wie man in Baiern sagte, eine Saat ausgestreut, die nicht wieder auszuroden war und in späteren Jahren ihre reich gesegneten Früchte brachte.

Eine große Schattenseite der rheinbündischen gewaltsamen Organisationen waren unzweifelhaft auch die sehr bedeutenden finanziellen Opfer, die sie den Unterthanen auferlegten. Zu den großen Auslagen, welche die wesentlich vermehrten Bedürfnisse des Staatshaushaltes veranlaßten, kamen noch die sehr bedeutenden Posten für das Heer; denn Napoleon verlangte, daß seine Vasallen stets mindestens 1 Procent der Bevölkerung ihrer Länder vollständig gerüstet zu seiner Verfügung hielten. Um dieß zu bewirken, war überall in den Staaten des rheinischen Bundes statt des Werbesystems das französische Conscriptionssystem eingeführt worden, das dem Wohlhabenden das Recht des Loskaufs gewährte und dadurch, trotz seinem revolutionären Ursprung, neue und schmerzlich empfundene Ungleichheiten schuf. Dieselben Leute, die, unter der Herrschaft der früheren Verhältnisse, wenn sie zur Muskete gegriffen hätten, als Angehörige des bairischen, fränkischen oder schwäbischen Kreiscontingentes überaus traurige Soldatenfiguren gespielt haben würden, erwiesen sich jetzt, da die Heeresabtheilungen des Rheinbundes ganz nach dem Muster der französischen Armee gekleidet, bewaffnet und ausgebildet wurden, als vortreffliche Soldaten und wetteiferten unter einander und mit den Franzosen um den Preis der Tapferkeit auf allen europäischen Schlachtfeldern, wo ihnen Napoleon mit Vorliebe die gefährlichsten Aufgaben zuwies.

Die durch die fortwährenden Rüstungen zu

fast unerschwinglicher Höhe angewachsenen Steuern hätten wesentlich herabgesetzt werden können, wenn man in den Rheinbundstaaten bei der Secularisation der Klöster mit mehr Umsicht verfahren wäre. Diese erfolgte aber fast allenthalben in so stürmischer Hast und unter so ungenügender Beaufsichtigung, daß zwar die damit beauftragten Commissäre meist ihr Schärflein ins Trockene brachten, der Staat aber nicht annähernd erhielt, was ihm hätte zufallen sollen. Daß dabei auch die namhaften Kunstschätze und werthvollen Bücher- und Handschriftensammlungen der Klöster, die Früchte jahrhundertelangen Sammelfleißes, vielfach zerstört oder zerstreut wurden, war eine weitere, beklagenswerthe Folge der Ueberstürzung, mit der man das „Recht des Stärkeren" zur Anwendung brachte.

Um so schwerer aber wurde der Steuerdruck empfunden, als Napoleon durch die zum Schaden der Engländer angeordnete Continentalsperre den gesammten Handelsverkehr lähmte und damit dem allgemeinen Volkswohlstand die schwersten Wunden schlug.

Das Volk in den Rheinbundstaaten war darum mit den neu geschaffenen Zuständen keineswegs zufrieden. Es litt unter der allgemeinen Steigerung der Preise, die der Krieg mit sich brachte, es war mit Steuern überbürdet, es mußte seine Söhne für den Kriegsruhm eines ausländischen Eroberers in das Feld rücken sehen, aus dem so viele nicht mehr oder als Krüppel zurückkamen und es ahnte instinctiv, daß diese seine Söhne von Napoleon gern in das Vordertreffen gestellt, als „Kanonenfutter" mißbraucht wurden. Der ruhige, friedliebende Bürger, der Bauer, der überhaupt jeder Neuerung abgeneigt ist, sie dachten wohl wehmüthigen Herzens an die glücklichen Tage zurück, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren Eltern und ihnen selbst gegönnt hatten, des Lebens Unterhalt gemächlich zu erwerben, in Ruhe das Erworbene zu verzehren und immer noch für die Stunde der Noth einen Sparpfennig zurückzulegen. Daß dieß Alles jetzt anders war, das war ihr Kummer. Nicht der Schmerz über die Schmach, die das Vaterland betroffen, nicht der Jammer, daß die deutsche Nation bis auf den Namen selbst vernichtet schien, ergriff die großen Massen des Volkes. Denn eine deutsch-vaterländische Gesinnung hatte in diesen Kreisen überhaupt nie bestanden. Und so weit sie über die Scholle, auf der sie saßen, überhaupt hinausblickten, sahen diejenigen, deren Heimathland ansehnlich vergrößert worden war, nicht ohne Befriedigung dessen Zunahme und wachsende Bedeutung, während die Angehörigen der secularisirten und mediatisirten Gebiete den Wechsel meist mit dumpfem Gleichmuth über sich ergehen ließen. Der des großen Ganzen völlig vergessende Partikularismus erhielt durch die Vergrößerung, welche eine Anzahl mittlerer und kleiner Länder erfahren, neue Nahrung. In Baiern und Wirtemberg, in Sachsen und Baden u. s. f. wurde dieser Partikularismus, den die Regierungen gerne sich befestigen sahen, eifrig gepflegt und künstlich weiter entwickelt. Ihm huldigten, vielfach mit dem sehr klaren Bewußtsein dessen, was er eigentlich bedeutete, in den Rheinbundstaaten die Kreise der Beamten und Militärs, die von der neuen Ordnung der Dinge für sich selbst Förderung und Verbesserung ihrer Lage erhofften, theilweise auch von dem Wahne befangen waren, daß der Rheinbund eine dauernde Schöpfung sei und ihrem Lande zum Segen gereiche.

Die Niederlagen Oesterreichs hatte man in den Rheinbundstaaten mit Gleichgiltigkeit betrachtet, die Zertrümmerung Preußens mit Schadenfreude, ja mit lautem Jubel begrüßt. Der Fürst-Primas Dalberg, der entartete Sprößling eines alten deutschen Adelsgeschlechtes, veranlaßte sogar in seinen eigenen und den Nachbargebieten die Veranstaltung feierlicher Gottesdienste,

um Gott für das den Franzosen geschenkte Waffenglück zu danken.

Freilich gab es auch hier Männer von politischer Einsicht und vaterländischer Gesinnung, welche über dem scheinbaren Gedeihen einzelner Theile den jammervollen Verfall des Ganzen nicht vergaßen, welche mit Scham und Entrüstung sahen, wie ihre Volksgenossen sich der goldenen Ketten freuten, mit denen sie gefesselt waren, welche mit stiller Hoffnung des Tages harrten, da das gerechte Gericht des Himmels den Uebermuth des jeder Schranke spottenden und jedes Recht verachtenden Eroberers treffen würde. Aber allerdings mußten sie ihr Hoffen und Sehnen in verschwiegener Brust verbergen, denn allenthalben lauerten die Schergen Napoleons und seiner Vasallen, um nicht nur die Auflehnung, sondern schon die leiseste Aeußerung der Unzufriedenheit auf das Strengste zu ahnden. Noch war es allenthalben unvergessen, daß das Machtwort Napoleons einen friedlichen Bürger, den Nürnberger Buchhändler Palm, der eine von patriotischem Unwillen dictirte Schrift: „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" versandt hatte, in Braunau vor ein Kriegsgericht gestellt hatte, das nach übereilter, formloser Verhandlung über den Unglücklichen das Todesurtheil aussprach, welches am 26. August 1806 vollzogen wurde. Noch war unvergessen, daß der Landesherr des Angeklagten, der König von Baiern, nicht die Macht besaß, zu erwirken, daß sein Unterthan vor ein ordentliches Gericht seines Landes gestellt und nach den bestehenden Gesetzen gerichtet werde.

Die Furcht vor ähnlichem Schicksal schloß freilich Vielen den Mund, aber die Entrüstung über diesen Justizmord erfüllte doch auch Tausende mit sittlicher Entrüstung und dem Gefühle des berechtigten Hasses gegen den Mörder.

Nicht so freudig wie im Süden war der Rheinbund in jenen Ländern des Nordens von Deutschland begrüßt worden, die demselben einverleibt worden waren. In Sachsen freilich, wo man sich von Alters her in einem ausgesprochenen Gegensatz zu Preußen befunden hatte, sah man in der abermaligen Verbindung mit Polen die Bürgschaft einer Wiederkehr der glänzenden Tage früherer Zeit, aber in dem neugebildeten Königreiche Westfalen, wo König Jérôme's tolles Lasterleben den Haß und die Verachtung aller anständig Denkenden erregte, war in den Landestheilen, die ehemals das Herzogthum Braunschweig, die preußischen Provinzen Westfalen und Ostfriesland gebildet hatten, die Anhänglichkeit an die frühere Landesherrschaft nicht erloschen, und in Hessen, wo bei dem Charakter des Kurfürsten von einer solchen keine Rede sein konnte, hätte man doch dessen Rückkehr gerne gesehen, wenn man um diesen Preis die Franzosen und ihren verächtlichen deutschen Anhang hätte los werden können. Auch hier beugte man sich der Gewalt, aber die Zahl derer, die sich über die neue Gestaltung der Dinge freuten, war sehr gering, groß vielmehr die Menge jener, welche die Befreiung von der Fremdherrschaft sehnsüchtig erflehten und gerne bereit waren, wenn die Stunde gekommen, das Ihrige dazu beizutragen.

Doch es schien, als ob die Schlechtgesinnten oder die Kleinmüthigen Recht behalten sollten, welche an die Dauer der Fremdherrschaft glaubten. Fest begründet schien die Macht Napoleons in den Ländern, die er selbst beherrschte oder durch seine Familienglieder, durch seine Vasallen beherrschen ließ; seit er mit Kaiser Alexander seinen Frieden gemacht, schien es das unabwendbare Schicksal des europäischen Festlandes zu sein, von den beiden gewaltigen Mächten Frankreich und Rußland nach despotischer Willkür regiert zu werden, während nur England wie den Waffen so auch den Schmeicheleien des Gewaltigen trotzte.

Der Congreß zu Erfurt im October 1808 sollte aller Welt die Stärke und Bedeutung des

französisch-russischen Bündnisses vor Augen stellen. Zur Erhöhung des Glanzes, mit dem sich Napoleon umgab, hatte er dorthin auch seine rheinbündischen Vasallen entboten und ließ die berühmten Schauspieler des französischen Theaters vor einem „Parterre von Königen" ihre auserlesensten Rollen darstellen. Die brutale Roheit des Emporkömmlings konnte Napoleon auch bei diesem Anlasse nicht verleugnen, indem er auf dem Schlachtfelde von Jena eine Hasenjagd veranstaltete und den Prinzen Wilhelm von Preußen, den Bruder des Königs, der nach Erfurt gekommen war, um eine Milderung in der Ausführung des Friedensvertrages zu erwirken, zwang, ihn auf dieser Jagd zu begleiten. Ja, trotz der zur Schau gestellten großen Vertraulichkeit mit Kaiser Alexander, konnte er es sich doch nicht versagen, auch diesen dadurch zu beleidigen, daß er ein Regiment, das sich im Kriege gegen Rußland besonders ausgezeichnet hatte, durch Erfurt marschiren ließ, in Gegenwart des Kaisers die Tapfersten des Regimentes vor die Front rief und für ihre Heldenthaten bei Friedland belobte.

Das politische Ergebniß der Erfurter Zusammenkunft bestand im Wesentlichen in einer Erneuerung der zu Tilsit getroffenen Verabredungen. Zunächst sollten die beiden Verbündeten durch gemeinsame Verhandlungen den Frieden mit England herbeizuführen suchen, hierauf sollte die Türkei vermocht werden, die Moldau und Walachei an Rußland abzutreten; da bei diesem Anlaß eine Einmischung Oesterreichs zu Gunsten der Türkei nicht unwahrscheinlich war, so wurde auch ein gemeinsames Vorgehen gegen Oesterreich in Aussicht genommen.

Der feindseligen Stimmung, die in Folge des Friedens von 1805 in Oesterreich gegen Napoleon herrschte, war dieser sich wohl bewußt. Er kannte genau die Verhandlungen, die im Jahre 1807 zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich geführt worden waren und wußte, daß an demselben 9. Juli, an welchem Preußen den demüthigenden Friedensvertrag unterzeichnet hatte, ein österreichischer General in Tilsit eingetroffen war, um die bewaffnete Vermittelung Oesterreichs anzubieten. Er wartete nur auf den günstigen Augenblick, um die gefüllte Schale seines Zornes auch über Kaiser Franz und den österreichischen Kaiserstaat auszugießen.

Zunächst war seine ganze Aufmerksamkeit auf Spanien gerichtet, wo er, nach Verdrängung der Bourbonen, seinen Bruder Josef als König eingesetzt hatte, aber einem Widerstande des tapferen und zum Aeußersten entschlossenen Volkes begegnet war, wie er ihm bisher noch nirgend entgegengetreten. Von Erfurt aus hatte sich Napoleon noch im October nach Spanien begeben, um, was sein Bruder und seine Generale nicht vermochten, selbst zu bewirken, und in der That gelang es dem von ihm geführten, den spanischen Streitkräften weit überlegenen Heere im November und December 1808 erhebliche Erfolge zu erringen und Madrid zur Uebergabe zu nöthigen. Freilich war damit der Widerstand des spanischen Volkes keineswegs besiegt; aber die Art der Kriegführung, die durch die Fortsetzung dieses hartnäckigen Widerstandes bedingt war, reizte den gewaltigen Feldherren nicht, der es liebte, mit wuchtigen Keulenschlägen rasche Entscheidungen herbeizuführen.

Glänzende und blendende Erfolge durfte er eher zu erringen hoffen, wenn er sich auf Oesterreich warf. Er ließ daher nur einen Theil seiner Streitkräfte in Spanien zurück, eilte selbst nach Paris und vereinigte zwei Corps, die er aus Spanien zog, mit den in Deutschland und Italien stehenden Streitkräften, den in Frankreich neu ausgehobenen Mannschaften und den Truppen der Rheinbundstaaten, zu der gewaltigen Armee von 424,000 Mann, von der er überzeugt war, daß er mit ihr Oesterreich nicht nur besiegen, sondern vernichten könne. Immerhin sollte er

einen heftigeren Widerstand finden, als er erwartet hatte.

In Oesterreich hatte das klare Bewußtsein der Ursachen und der Bedeutung jener Ereignisse, die zum Abschlusse des Preßburger Friedens geführt hatten, eine vollständige Umgestaltung der leitenden Kreise zur Folge gehabt. Cobenzl und sein Anhang waren beseitigt, ein wackerer deutscher Patriot, Graf Stadion, war an die Spitze der Geschäfte getreten, die Brüder des Kaisers Franz, die Erzherzoge Karl und Johann, welche zähneknirschend die schweren Heimsuchungen des Jahres 1805 und die Demüthigungen des Friedensschlusses erduldet hatten, waren von keinem anderen Gedanken beseelt, als an dem übermüthigen Emporkömmling Rache zu nehmen.

Graf Stadion war kein Mann von dem Schlage der im regelmäßigen Gange des Amtsdienstes endlich zu den höchsten Würden gelangten Bureaukraten. In seiner Seele lebte der reformatorische Geist, der einst Josef II. zu dem Plane begeistert hatte, die reichen Kräfte der Völker, über die er herrschte, zu freier Entfaltung zu bringen. Ihm war es klar, daß bei den zerrütteten Finanzen, dem tief herabgesunkenen Selbstvertrauen, der mangelhaften Bildung in Oesterreich, die erste und zugleich höchste Aufgabe des leitenden Staatsmannes darin bestehe, die reichen Hilfsmittel dieses Landes in richtiger Weise flüssig zu machen. Was er für sich thun konnte, das leistete er: dem freien Worte gönnte er Spielraum, die alles erstarrende Centralisation suchte er durch Erweiterung der provinziellen Selbständigkeit unschädlicher zu machen, das Talent sollte hinfort nicht mehr zu Gunsten der bloß mechanischen Routine in den Hintergrund gedrängt werden. Aber jedem festen, tief einschneidenden Vorgehen widerstrebte die ängstliche Engherzigkeit des Kaisers, der von einer Entfesselung der Volkskraft nichts hören wollte, der, so sehr er Napoleon haßte, in ihm doch den Bändiger der französischen Revolution bewunderte und sich vor der Uebertragung revolutionärer Ideen — und das waren ihm alle Versuche, seinen Absolutismus durch volksthümliche Einrichtungen zu beschränken — auf den Boden Oesterreichs viel mehr als vor einer abermaligen Demüthigung durch Napoleon fürchtete. Immerhin bezeichneten die Reformen im Heerwesen und in der inneren Verwaltung, welche die Erzherzoge und Graf Stadion anbahnten, namhafte Fortschritte; das ganze Kaiserreich faßte sie auf als das, was sie waren, die Organisation eines thatkräftigen Widerstandes gegen die französische Gewaltherrschaft, und die begeisterte Zustimmung aller Kreise, die frisch, gesund und lebenskräftig waren, unterstützte diese Thätigkeit wider die Gegenbestrebungen einer immer noch einflußreichen napoleonischen Partei am Hofe.

Freilich, die richtigen Augenblicke zum Losschlagen waren versäumt worden. Weder war man Napoleon in den unbewehrten Rücken gefallen, als er im Winter 1806—7 gegen Preußen und Rußland im Felde lag, noch hatte man die für ihn sorgenvollen Tage, da der spanische Aufstand ihn über die Pyrenäen herübergerufen hatte, benutzt, ihm den Krieg zu erklären. Auch jetzt, im Frühjahr 1809, als die kolossalen Rüstungen Napoleons und seiner Verbündeten die österreichischen Staatsmänner nicht im Zweifel lassen konnten, daß es nunmehr gelte, den Kampf um das Dasein aufzunehmen, wurde das rasche und entschiedene Vorgehen unterlassen, welches geeignet gewesen wäre, alsbald durchgreifende Erfolge zu erzielen.

Statt sich mit ganzer Kraft auf die Rheinbundstaaten zu werfen und diese zu verhindern, ihre Heere für Napoleon schlagfertig zu machen, beschloß der Erzherzog Karl in Böhmen eine feste Stellung zu beziehen und dort den Angriff abzuwarten. Als er aber später seinen Kriegsplan änderte und — nicht ohne die Hoffnung, durch

die von vaterländischer Begeisterung durchhauchten Aufrufe, die er an die Völker Deutschlands ausgehen ließ, die öffentliche Meinung in den Rheinbundstaaten zum mächtigen Bundesgenossen zu gewinnen — die Donau entlang, bis gegen Regensburg hin in Baiern einrückte, da war es zu spät. Da standen in festgeschlossenen Reihen die rheinbündischen Truppen, voll des traurigen Eifers, in dem Kampfe Deutscher gegen Deutsche ihre französischen Kameraden an Tapferkeit noch zu übertreffen, da eilte Napoleon mit seinen ruhmgekrönten Marschällen selbst herbei, um in fünf blutigen Schlachten die österreichische Armee zu schlagen, zu zersprengen, flüchtig vor sich her zu treiben. Am 19. April 1809 waren die ersten Schüsse gewechselt worden, und am 13. Mai schon zog Napoleon abermals als Sieger in Wien ein.

Aber dießmal sollte mit Napoleons Einzug in Wien der Krieg nicht beendigt sein.

Erzherzog Karl hatte seine geschlagenen Truppen durch Böhmen nach der Donau geführt, vereinigte sich mit General Hiller, der vergebens versucht hatte, den Vormarsch der Franzosen auf Wien aufzuhalten und nahm am linken Donauufer, Wien gegenüber, eine Napoleon ernstlich bedrohende Stellung. Dieser, stets gewohnt, einem feindlichen Angriffe seinerseits zuvorzukommen, warf seine Truppen bei der Insel Lobau über den Strom, erlitt aber am 21. und 22. Mai 1809 bei Aspern und Eßling eine vollständige Niederlage. Die Franzosen wurden gezwungen, sich auf die Insel Lobau zurückzuziehen und dort einige Tage dichtgedrängt, an den nöthigsten Lebensmitteln Noth leidend, zu lagern, bis die Schiffbrücken nach dem rechten Donauufer wiederhergestellt waren, welche die Oesterreicher während der Schlacht, begünstigt von dem hochangeschwollenen reißenden Strome, durch brennende und schwerbeladene Fahrzeuge zerstört hatten.

Eine rasche, entschlossene Verfolgung der todesmatten Schaaren, welche sich kaum in der Lage befunden hätten, einer Landung auf der Lobau ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen, würde wohl dem Kriege ein Ende gemacht haben, das ganze Heer Napoleons wäre dabei gefangen oder vernichtet worden. Aber auch die Oesterreicher hatten an den beiden Tagen furchtbar gelitten, es fehlte ihnen an Munition und der Erzherzog Karl war nicht der Mann, ein so tollkühnes Wagestück, wie das Nachdringen nach der Lobau doch wohl gewesen wäre, zu unternehmen.

So ließ er denn dem Feinde Zeit, sich ungestört auf das rechte Donauufer zurückzuziehen und dort von den schweren Verlusten dieser zwei blutigen Tage zu erholen.

Er sollte es bitter büßen. Denn zwar fühlte sich Napoleon so sehr geschwächt, daß er den Versuch, ein zweites Mal im Angesichte des Feindes die Donau zu überschreiten, nicht alsbald wiederholte, aber nach etwa sechs Wochen war er doch wieder stark genug dazu. Nachdem dießmal das Unternehmen sorgfältiger vorbereitet und dabei auch die Möglichkeit eines erzwungenen Rückzuges genügend berücksichtigt worden war, überschritt das französische Heer etwas weiter unten, an der Ostseite der Lobau, dem Städtchen Enzersdorf gegenüber, am Abende des 4. Juli den Strom, um an den beiden darauffolgenden Tagen, am 5. und 6. Juli bei Wagram eine Schlacht zu liefern, die bei der glänzenden Tapferkeit der Oesterreicher zwar lange unentschieden blieb, aber endlich doch mit dem Siege Napoleons endigte.

Damit war der Erfolg der österreichischen Waffen bei Aspern wieder ausgeglichen, Napoleon stand der Weg nach Ungarn offen, wo von Italien aus der Vicekönig Eugen Beauharnais bereits siegreich eingedrungen war, die letzte große Armee Oesterreichs war auf dem Rückzuge nach Mähren. Langsam folgte ihr Napoleon; noch einmal ward am 10. und 11. Juli bei Znaim blutig gekämpft,

dann trat Waffenruhe ein, und bald wurden eifrige Verhandlungen über einen Friedensschluß gepflogen.

Als Oesterreich sich zum Kriege gedrängt sah, hatte man in Wien die sichere Hoffnung gehegt, Preußen in diesen aufgezwungenen Kampf mit fortreißen und in ganz Deutschland eine allgemeine Erhebung des Volkes hervorrufen zu können. Eine Betheiligung Preußens am Kriege war aber doch nur möglich, wenn Kaiser Alexander von Rußland sich nicht dazu bewegen ließ, als Bundesgenosse Napoleons gegen Oesterreich zu kämpfen. Nachdem jedoch der Czar, den Verabredungen von Erfurt getreu, seine Truppen gegen Oesterreich marschiren ließ, hätte Preußen, im Falle des Unterliegens, jeder Rückhalt gefehlt. Die Bevölkerung der Rheinbundstaaten aber war um so mehr gegenüber den Aufrufen der österreichischen Feldherren taub geblieben, als denselben die erwarteten Siege nicht gefolgt waren. Auch in Oesterreich selbst hatte sich der Krieg auf den Zusammenstoß der Heere beschränkt; nur in einer Provinz des Kaiserstaates, in Tirol hatte sich das Volk erhoben wie ein Mann und in seiner urwüchsigen Kraft dem Feinde einen hartnäckigen Widerstand entgegengestellt.

Im Preßburger Frieden an Baiern abgetreten, hatte Tirol an den großen Umgestaltungen, durch welche der Minister Graf Montgelas Baiern aus einem mittelalterlichen in einen modernen Staat umbilden wollte, Theil nehmen müssen. Seine alten Sitten, Rechte und Gebräuche, die bäuerlich rohe Form, in welcher hier der römisch-katholische Glaube bekannt wurde, das alles, das Heiligste, was dieses schlichte Bergvolk nächst seiner Freiheit am höchsten schätzte, sollte jetzt nach den in Baiern geltenden Bestimmungen umgemodelt werden. Die alten Privilegien des Landes, unter denen die Befreiung vom Militärdienste das wichtigste war, wurden umgestoßen, die freien Söhne der Berge sollten die bairischen Kasernen beziehen und gegen dieselben Oesterreicher in das Feld rücken, deren Herrscherhaus bisher auch über Tirol geboten hatte. Das waren nur wenige unbefangene Beobachter, welche zugaben, daß die Baiern doch manches Gute gebracht, manche zweckmäßige Neuerung eingeführt hätten, daß für das unfruchtbare Bergland die enge Verbindung mit dem kornreichen Baiern segensreich und daß das Innthal mit seinen Seitenthälern mit Naturnothwendigkeit auf einen Zusammenhang mit Baiern hingewiesen sei; die große Mehrzahl der Tiroler wollte von den Baiern, ihren Gesetzen, ihrem Militär und ihrer Aufklärung so wenig wissen als von den Franzosen.

Als im Jahre 1809 der Kaiser von Oesterreich seine Völker zu den Waffen rief, hielten es die Tiroler für selbstverständlich, daß dieser Ruf auch ihnen gelte. Beim ersten Herannahen österreichischer Truppen erhoben sie sich in allen Thälern, verjagten die Baiern, sammelten sich unter selbstgewählten Führern und besetzten die wichtigsten Pässe und Höhen ihres Landes. Gut bewaffnet und im Gebrauche der Waffen wohl geübt, konnten sie, im Besitze der bedeutendsten Stellungen, auch feindlicher Uebermacht die Stirne bieten. Männer des Volkes, beredt, tapfer, fromm und landeskundig, wie Josef Speckbacher, der Kapuzinerpater Haspinger und die Reckengestalt des Sandwirthes Andreas Hofer aus dem Passeier stellten sich an die Spitze der Bewegung, die, unter Mitwirkung österreichischer Offiziere, bald eine gewisse militärische Organisation annahm. Die überraschten bairischen Garnisonen, wie ein französisches Hilfscorps, das, von den aufständischen Bauern umschwärmt, nur mit Mühe den Uebergang über den Brenner erkämpft hatte, mußten am Berge Isel bei Innsbruck, dem Vereinigungspunkte der Aufständischen, die Waffen strecken. Am 15. April 1809 hielten österreichische Truppen unter General Chasteler,

von unendlichem Jubel begrüßt, ihren Einzug zu Innsbruck, die bairischen Neuerungen wurden abgeschafft, die alten Einrichtungen wieder hergestellt und Kaiser Franz versicherte die Tiroler, daß sie auf ihn zählen könnten, wie er auf sie zähle, daß mit göttlichem Beistand Oesterreich und Tirol immer so vereinigt bleiben solle, wie es eine lange Reihe von Jahren hindurch vereinigt war.

Auf diese Tage lauter und tief empfundener Freude sollte bald schmerzliche Enttäuschung folgen. Nach den unglücklichen Gefechten an der Donau sah sich Tirol auf sich allein angewiesen, die Oesterreicher zogen ab, Baiern und Franzosen drangen in das Land, dessen Bevölkerung sie nicht wie Kriegführende, sondern wie Rebellen behandelten. Die Grausamkeit der Feinde rief indeß neuerdings die ganze Masse des streitbaren Volkes zu den Waffen, und wieder war der Berg Isel der Schauplatz blutiger Kämpfe und eines ehrenvollen Sieges der Tiroler. Mit neuer Hoffnung durch den Tag von Aspern erfüllt, sollten sie durch das Unglück von Wagram neuerdings tief gebeugt werden, noch mehr aber durch die Nachricht, daß der Waffenstillstand von Znaim ihrer mit keinem Worte erwähne, sie der Rache der siegreichen Feinde preisgebe. Da erhob sich, als die Franzosen und Rheinbündischen abermals in ihre friedlichen Thäler drangen, zum dritten Male die urwüchsige Kraft dieses treuen Volkes. Von den Höhen der Berge rollten die Felsblöcke auf die heranmarschirenden feindlichen Reihen, und jeder Fels, jeder Baum ward zum Hinterhalt, aus dem die sicherstreffende Büchse das tödtliche Geschoß entsandte. Mit Mühe entrann der Marschall Lefebvre, der die feindlichen Streitkräfte befehligte und nun durch die Gefahren, mit welchen ihn die zahllosen natürlichen Befestigungen des gebirgigen Landes bedrohten, zur Einsicht kam, wie sehr er, mit seinem geringschätzigen Urtheile über die bisherige Kriegführung, der Tapferkeit und Ausdauer der Baiern Unrecht gethan hatte. Während die Feinde das Land räumten, hielt Andreas Hofer an dem Tage Mariä Himmelfahrt, den Napoleon zu seinem Festtage gewählt hatte, am 15. August 1809, abermals seinen Einzug in Innsbruck, wo er jetzt, da keine kaiserlichen Truppen und Befehlshaber im Lande waren, als „Oberkommandant in Tirol" in seiner patriarchalischen Weise von der kaiserlichen Hofburg aus das Land regierte, das sich willig seiner Führung unterwarf.

Aber während die Tiroler für ihre Kirche, ihre Freiheit und das Haus Oesterreich ihr Blut vergossen, begann am kaiserlich österreichischen Hofe die Partei, welche den Frieden von Preßburg auf dem Gewissen hatte, neuerdings ihr Haupt zu erheben und zur Nachgiebigkeit zu mahnen. Und ihre Worte fanden nur geringen Widerspruch. Das Vertrauen auf eine günstige Gestaltung der Dinge war allenthalben entschwunden, der gefeierte Feldherr, Erzherzog Karl, hatte den Nimbus völlig eingebüßt, mit dem die Erfolge der 1790er Jahre seinen Namen umgeben hatten, die laute Begeisterung, welche den Beginn des Krieges begleitet hatte, war längst, wie ein rasch auflodernes Strohfeuer, erloschen und hatte einer tiefen und alle Kreise des Volkes umfassenden Entmuthigung Platz gemacht.

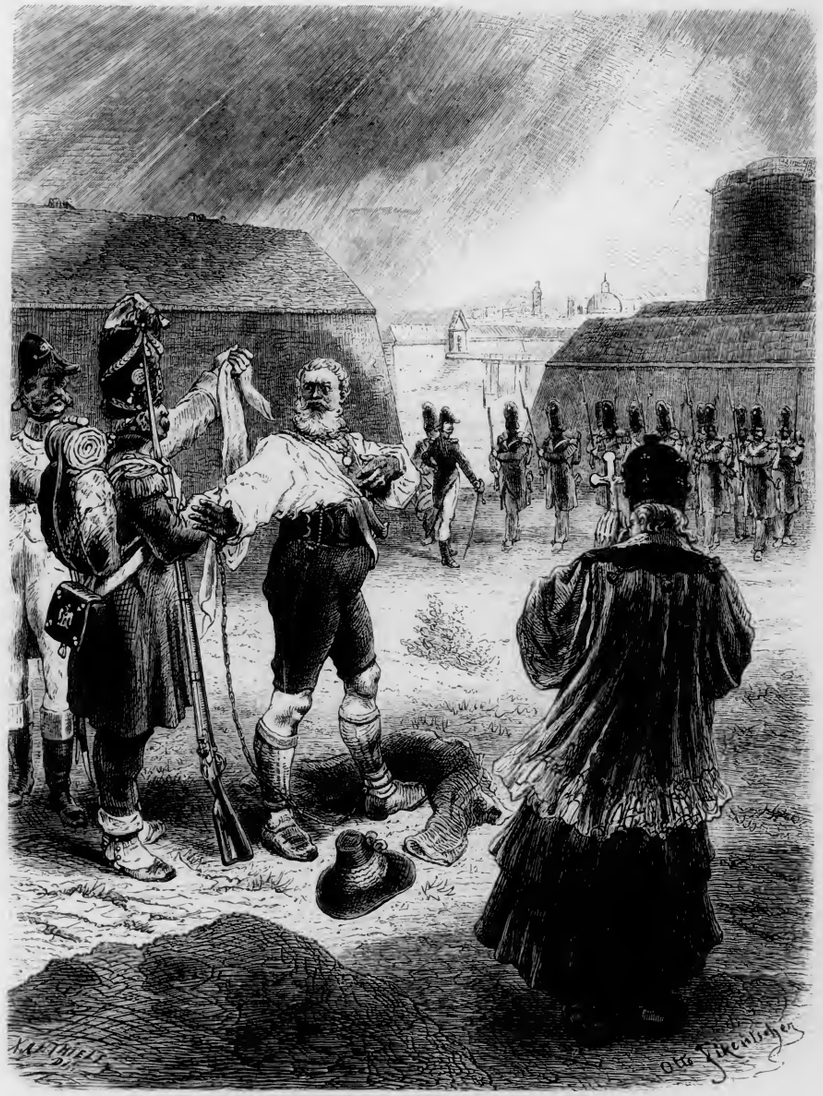
So geschah es, daß nun, nach langen Verhandlungen, obwohl die Wehrkraft der österreichischen Provinzen nichts weniger als erschöpft war, am 14. October 1809 zu Wien die Friedensbedingungen Napoleons angenommen wurden, durch welche Oesterreich 2000 Quadratmeilen mit 3½ Millionen Einwohner verlor und eine fast unerschwingliche Kriegssteuer zu zahlen übernahm. Theile von Galizien und Kärnthen, Salzburg und Berchtesgaden, Kroatien und Istrien, Triest und Dalmatien wurden dem habsburgischen Kaiserstaate abgenommen und von Napoleon theilweise dem französischen Reiche einverleibt, theilweise zur Ablohnung seiner Bundesgenossen benutzt.

von unendlichem Jubel begrüßt, ihren Einzug zu Innsbruck, die bairischen Neuerungen wurden abgeschafft, die alten Einrichtungen wieder hergestellt und Kaiser Franz versicherte die Tiroler, daß sie auf ihn zählen könnten, wie er auf sie zähle, daß mit göttlichem Beistand Oesterreich und Tirol immer so vereinigt bleiben solle, wie es eine lange Reihe von Jahren hindurch vereinigt war.

Auf diese Tage lauter und tief empfundener Freude sollte bald schmerzliche Enttäuschung folgen. Nach den unglücklichen Gefechten an der Donau sah sich Tirol auf sich allein angewiesen, die Oesterreicher zogen ab, Baiern und Franzosen drangen in das Land, dessen Bevölkerung sie nicht wie Kriegführende, sondern wie Rebellen behandelten. Die Grausamkeit der Feinde rief indeß neuerdings die ganze Masse des streitbaren Volkes zu den Waffen, und wieder war der Berg Isel der Schauplatz blutiger Kämpfe und eines ehrenvollen Sieges der Tiroler. Mit neuer Hoffnung durch den Tag von Aspern erfüllt, sollten sie durch das Unglück von Wagram neuerdings tief gebeugt werden, noch mehr aber durch die Nachricht, daß der Waffenstillstand von Znaim ihrer mit keinem Worte erwähne, sie der Rache der siegreichen Feinde preisgebe. Da erhob sich, als die Franzosen und Rheinbündischen abermals in ihre friedlichen Thäler drangen, zum dritten Male die urwüchsige Kraft dieses treuen Volkes. Von den Höhen der Berge rollten die Felsblöcke auf die heranmarschirenden feindlichen Reihen, und jeder Fels, jeder Baum ward zum Hinterhalt, aus dem die fernhintreffende Büchse das tödtliche Geschoß entsandte. Mit Mühe entrann der Marschall Lefebvre, der die feindlichen Streitkräfte befehligte und nun durch die Gefahren, mit welchen ihn die zahllosen natürlichen Befestigungen des gebirgigen Landes bedrohten, zur Einsicht kam, wie sehr er, mit seinem geringschätzigen Urtheile über die bisherige Kriegführung, der Tapferkeit und Ausdauer der Baiern Unrecht gethan hatte. Während die Feinde das Land räumten, hielt Andreas Hofer an dem Tage Mariä Himmelfahrt, den Napoleon zu seinem Festtage gewählt hatte, am 15. August 1809, abermals seinen Einzug in Innsbruck, wo er jetzt, da keine kaiserlichen Truppen und Befehlshaber im Lande waren, als „Oberkommandant in Tirol“ in seiner patriarchalischen Weise von der kaiserlichen Hofburg aus das Land regierte, das sich willig seiner Führung unterwarf.

Aber während die Tiroler für ihre Kirche, ihre Freiheit und das Haus Oesterreich ihr Blut vergossen, begann am kaiserlich österreichischen Hofe die Partei, welche den Frieden von Preßburg auf dem Gewissen hatte, neuerdings ihr Haupt zu erheben und zur Nachgiebigkeit zu mahnen. Und ihre Worte fanden nur geringen Widerspruch. Das Vertrauen auf eine günstige Gestaltung der Dinge war allenthalben entschwunden, der gefeierte Feldherr, Erzherzog Karl, hatte den Nimbus völlig eingebüßt, mit dem die Erfolge der 1790er Jahre seinen Namen umgeben hatten, die laute Begeisterung, welche den Beginn des Krieges begleitet hatte, war längst, wie ein rasch aufloderndes Strohfeuer, erloschen und hatte einer tiefen und alle Kreise des Volkes umfassenden Entmuthigung Platz gemacht.

So geschah es, daß nun, nach langen Verhandlungen, obwohl die Wehrkraft der österreichischen Provinzen nichts weniger als erschöpft war, am 14. October 1809 zu Wien die Friedensbedingungen Napoleons angenommen wurden, durch welche Oesterreich 2000 Quadratmeilen mit $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner verlor und eine fast unerschwingliche Kriegssteuer zu zahlen übernahm. Theile von Galizien und Kärnthen, Salzburg und Berchtesgaden, Kroatien und Istrien, Triest und Dalmatien wurden dem habsburgischen Kaiserstaate abgenommen und von Napoleon theilweise dem französischen Reiche einverleibt, theilweise zur Ablohnung seiner Bundesgenossen benutzt.



Durch diesen Frieden von dem adriatischen Meere abgetrennt, finanziell völlig zerrüttet, war nun auch Oesterreich zum Range einer Macht zweiten Ranges herabgedrückt, die fortan nur, in den Geleisen der französischen Politik einherschreitend, ihr Dasein fristen konnte. Zur Leitung einer solchen Politik gab sich ein Mann wie Stadion nicht her. An seine Stelle trat Graf Metternich, bis dahin Gesandter in Paris, auch ein Edelmann aus dem „Reich", aber kein deutscher Patriot wie sein Vorgänger, sondern ein biegsamer und fügsamer Diplomat, der in der französischen Hauptstadt sich den Glauben an Napoleons unüberwindliche Größe angeeignet hatte und die Staatskunst darin erblickte, den Gefahren möglichst aus dem Wege zu gehen und stets das zu thun, was im Augenblicke Nutzen versprach, unbekümmert um die Vorschriften des Rechtes und der Moral und um die Ergebnisse seiner Handlungsweise, welche erst in einer näheren oder ferneren Zukunft reifen würden. Metternich war nicht der Mann, den Kaiser Franz zur Fortsetzung eines Kampfes anzueifern, den er selbst als hoffnungslos ansah; Kaiser Franz aber war so tief gebeugt, und sah so hoffnungslos in die Zukunft, daß er jetzt zu einer Verbindung Napoleons mit seiner Tochter, der Erzherzogin Marie Louise seine Einwilligung gab. Von seiner Gemahlin Josefine Beauharnais, die ihm keinen Sohn geschenkt, durch das erzwungene Machtwort des Papstes getrennt, vermählte sich Napoleon im April 1810 mit der österreichischen Kaisertochter, und 11 Monate später wurde ihm der ersehnte Erbe geboren. Nichts schien mehr zu fehlen, was der gewaltigen Macht des Imperators die Gewähr der Dauer verleihen konnte.

Wie so viele andere Hoffnungen vereitelte der Wiener Friede auch die Hoffnung der Tiroler, sich ihrer mit so schweren Opfern erlangten Freiheit erfreuen zu dürfen. Zum zweiten Male der Willkür der Feinde preisgegeben, sahen sie jetzt nicht nur der Erneuerung einer ihnen verhaßten Herrschaft, sondern auch der Strafe ihrer Auflehnung entgegen. Denn nicht einmal dazu hatten sich die österreichischen Unterhändler aufgerafft, für jene, die sich mit den Waffen in der Hand, für das Kaiserhaus erhoben hatten, bei dem Friedensschlusse Straflosigkeit auszubedingen.

Nur zwei Tage nach der Unterzeichnung des Wiener Friedens drangen von allen Seiten Franzosen und Baiern in Tirol ein. Schon am 15. October zog der Kronprinz von Baiern in die Landeshauptstadt ein. Vergebens hatte man Hofer die Sachlage dargestellt; er konnte nicht daran glauben, daß sein Kaiser ihn und die Seinen in solcher Weise dem Feinde überliefert habe. Erst als ihm unwiderlegliche Zeugnisse vorgelegt wurden, als ein Brief des Erzherzogs Johann an ihn gelangte, mit dem Rathe, sich ruhig zu verhalten, sich nicht zwecklos aufzuopfern, begann er in seinem Vertrauen schwankend zu werden. Dennoch zögerte er keinen Augenblick, als ihm einflußreiche Männer die Fortsetzung des Widerstandes anriethen, den Befehl zur Erneuerung des Kampfes zu geben. Es war ein vergebliches Ringen gegen eine überwältigende Uebermacht. Unnütz flossen Ströme Blutes in wilden Kämpfen. Dann begannen die enttäuschten Männer müde zu werden. Eines nach dem andern unterwarfen sich die Thäler dem Feinde. Den meisten Führern gelang es, ihr Heil in der Flucht zu finden. Auch Hofer versuchte zu entkommen; aber schnöder Verrath lieferte ihn seinen Verfolgern aus. Im tiefen Winter ward sein Versteck in einer entlegenen Alphütte den Feinden bekannt; Truppen wurden ausgeschickt, ihn zu verhaften. Gefesselt und mißhandelt, ward er wie ein Verbrecher nach Meran gebracht, von da nach Mantua abgeführt. Dort verurtheilte ihn am 19. Februar 1810 ein Kriegsgericht zum Tode; am 20. Februar wurde das Urtheil vollstreckt. Muthig und gott-

ergeben blickte er dem Tode ins Angesicht. Er war sich bewußt, einer großen Sache mit reinem Herzen gedient zu haben. Das Land Tirol aber ward in vier Theile zerrissen, Vorarlberg davon abgetrennt, Südtirol dem Königreich Italien, das Pusterthal Illyrien zugetheilt, der Rest wieder an Baiern gegeben. Jede Möglichkeit einer gemeinsamen Erhebung des tapferen Bergvolkes wollte man so im Keime ersticken.

Niederschmetternd war der Eindruck, den diese Vorgänge auf die öffentliche Meinung in Deutschland ausübten. Rathlos und jeder Hoffnung bar sahen Tausende und aber Tausende die Geschicke des Vaterlandes sich vollziehen; Verzweiflung im Herzen, sahen sie einzig und allein im Untergang des gewaltigen Eroberers die Möglichkeit einer Rettung. Aus solcher Gemüthsstimmung erklärt sich der Versuch, Napoleon zu ermorden, dessen in Schönbrunn der Sohn eines Naumburger Pastors Staps überführt ward, der Versuch eines Meuchelmordes, der sonst deutscher Sinnesart widerstrebt. Der Unglückliche, der unerschrocken sich zu seinem Vorsatz bekannte, starb durch Henkershand, aber seiner That, wäre sie gelungen, hätten Hunderttausende zugejauchzt. Dahin hatte der wälsche Imperator die deutsche Nation gebracht.

Umfassende Plane einer allgemeinen Erhebung waren durch das Unglück der österreichischen Waffen vereitelt worden. In Verbindung mit einer Landung der Engländer an der Mündung der Ems oder Weser, sollten die der Fremdherrschaft abgeneigten Bewohner von Hannover, Braunschweig, Hessen sich erheben und das zögernde Preußen mit fortreißen, dann würden, so glaubte man, auch die deutschgesinnten Kreise der Rheinbundstaaten eilen, das französische Joch abzuschütteln. Die Niederlagen der österreichischen Heere, die selbstsüchtige Politik Englands, welche eine Landung auf Walchern (in der Hoffnung, sich Antwerpens bemächtigen zu können) an die Stelle der verabredeten Landung an der deutschen Küste setzte, ließen jene Pläne scheitern. Nur vereinzelte Erhebungen zeigten, daß Muth, Vaterlandsliebe und Thatkraft noch auf deutscher Erde heimisch seien, konnten aber natürlich keine praktischen Ergebnisse erzielen.

In Hessen hatte Oberst von Dörnberg, der nur widerwillig in dem Heere des Königs Jerôme diente, Verbindungen mit dem Landvolke angeknüpft, um einen Aufstand zu erregen, und, wenn dieser ausgebrochen, sich des Königs selbst zu bemächtigen. Aber die braven hessischen Bauern schlugen zu früh los, und nur mit Mühe entrann Dörnberg aus Kassel, um, an die Spitze der bewaffneten Landleute getreten, alsbald die Unausführbarkeit seines Unternehmens einzusehen; denn bei den ersten Kartätschensalven stoben die ungeübten Schaaren nach allen Richtungen aus einander.

In Preußen hatte der kühne Husarenoffizier Ferdinand von Schill, der bei der Vertheidigung Colbergs sich die ersten Siegeslorbeern errungen, seither vielfach ausgezeichnet, zum Major befördert, der Liebling von Berlin, (wo er nach dem Abzug der Franzosen mit seinen Husaren an der Spitze der Truppen einmarschirt war) den Plan gefaßt, wenn der König nicht, im Anschluß an Oesterreich, den Krieg erkläre, auf eigene Faust loszuschlagen und durch sein Beispiel die Armee, das Volk, den König selbst in den Kampf fortzureißen. Am 28. April 1809 zog er mit 500 Reitern aus den Thoren Berlins; aber statt zu exerciren, hielt er an sie eine zündende Rede, in der er sie zum Kampfe gegen den Unterdrücker des Vaterlandes aufforderte. Alle waren bereit, dem geliebten Führer zu folgen. Andere schlossen sich an; in Wittenberg waren sie schon stark genug, dem sächsischen Commandanten die Erlaubniß des Durchzugs abzutrotzen. Dann überrumpelten sie Halle, wo ihnen die Bevölkerung, die zu früh an ihre Befreiung glaubte, begeistert entgegenjauchzte.

Aber dem ersten frohen Taumel folgte nur zu bald die Enttäuschung. Nun wurden die österreichischen Niederlagen, nun ward das Scheitern des Dörnberg'schen Unternehmens bekannt. Bei solcher Lage der Dinge weiter südlich vorzudringen, wäre Wahnwitz gewesen. Statt eine große Volksbewegung zu entfesseln, galt es jetzt einen unüberlegten Husarenstreich zu möglichst gutem Ende zu führen. Noch einmal schien Schill das Glück zu lächeln als es gelang,

Ferdinand von Schill.

eine aus Magdeburg entsandte westfälische Abtheilung in die Flucht zu schlagen und als bald darauf 160 Mann des Infanteriebataillons „Schill" mit 4 Offizieren zu ihm stießen. Dann aber mußte er den Schmerz erfahren, daß sein König seine „unglaubliche That" strenge tadelte, daß eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ward, die, nach Geist und Wortlaut der militärischen Gesetze, mit seiner Verurtheilung endigen mußte. Nur ein glänzender Erfolg konnte eine solche Eigenmächtigkeit entschuldigen.

Noch ein Ausweg schien möglich: die Ostseeküste zu gewinnen, dort Schiffe zu besteigen, vielleicht in englische Dienste zu treten und auf einem anderen Kriegsschauplatze, etwa in Spanien, den Feind des Vaterlandes zu bekämpfen. Mit solchen Plänen kamen Schill und seine Getreuen vor Stralsund an. Sie fanden die Festung schwach besetzt; mit leichter Mühe gelang es ihnen, die ganze französische Besatzung gefangen zu nehmen, sich zu Herren des Platzes zu machen. Und nun tauchten alsbald neue, großartige Pläne auf. Warum sollte Stralsund, das einst dem mächtigen Wallenstein widerstanden, nicht auch jetzt wieder dem Feinde mit Erfolg Trotz bieten können? Was die Spanier in Saragossa gethan, sollten die Deutschen hier nicht das Gleiche zu leisten im Stande sein? In solcher Hoffnung verschmähte Schill, so lange es noch möglich war, den Abzug nach dem nahen Rügen oder auf englische Schiffe. Bald blieb ihm keine andere Wahl, als sich zu ergeben, oder bis zum Aeußersten zu vertheidigen. Denn obwohl Napoleon in seinen Bulletins das Unternehmen des „Briganten" Schill ein „lächerliches" nannte, ließ er doch bedeutende Truppenmassen gegen ihn ins Feld ziehen. Dieser Uebermacht konnten die Mauern und Wälle von Stralsund nicht lange widerstehen, um so weniger, als das Schill'sche Corps zu einer ordnungsmäßigen Vertheidigung viel zu schwach war. 6000 Mann Franzosen, Holländer, Oldenburger und Dänen führte General Gratien am 31. Mai gegen die Festung heran. Heldenmüthig kämpfte Schill mit den Seinen. Von den Thoren in die Stadt zurückgeworfen, rangen sie in den Straßen mit den Verfolgern in blutigem Handgemenge. Hoch zu Roß feuerte der tapfere Führer seine Leute an, auszuharren, bis ihn zuerst der Säbelhieb eines dänischen Husaren an der Stirne verwundete, dann die tödtliche Kugel eines holländischen Jägers zu Boden warf.

Damit war der ungleiche Kampf zu Ende. Wenigen der Tapferen gelang es, sich durch die Flucht zu retten, etwa 600 fielen in Gefangenschaft. Die Offiziere und jene Mannschaften, deren Heimath dem Königreich Westfalen zugetheilt worden war, wurden erschossen, die anderen nach Frankreich abgeführt, um, wie ehrlose Straßenräuber und Mörder, auf den Galeeren für ihre Vaterlandsliebe zu büßen, die in Napoleons Augen ein Verbrechen war.

Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Oels.

Etwas besser organisirt war das Unternehmen des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Oels. Der Sohn des unglücklichen Herzogs von Braunschweig, der bald nach der Schlacht von Jena der dort erhaltenen Wunde erlegen war, aus seinem Lande vertrieben, das Napoleon dem Königreiche Westfalen einverleibt hatte, war Friedrich Wilhelm nur von dem Gedanken erfüllt, an dem Eroberer die Unbill zu rächen, die dieser seinem Vater, seiner Ehre, seinem Lande zugefügt. Als der Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich ausgebrochen war, hatte er sein Fürstenthum Oels in Schlesien an Preußen verpfändet, mit den auf solche Weise erworbenen Mitteln eine Freischaar geworben und unter österreichischem Oberbefehl einen kühnen Streifzug nach Franken unternommen. Sein rasches Vorrücken hemmte der Waffenstillstand von Znaim. Der Herzog aber wollte durch dessen Bestimmungen nicht gebunden sein. Er verließ den österreichischen Dienst und setzte mit etwa 2000 Mann und vier Geschützen den Krieg selbständig fort. Es konnte sich ja für ihn nur darum handeln, sich nach der Seeküste hin durchzuschlagen. So marschirten denn diese entschlossenen Männer, als gäbe es keinen Napoleon, der soeben die österreichische Großmacht niedergeworfen, quer durch Deutschland. Bei Halberstadt und in der Nähe von Braunschweig fanden sie Gelegenheit, ihren Muth zu bewähren. Nur die Unfähigkeit des westfälischen Generals Reubel ermöglichte es dem Herzog, trotz der Ueberzahl der Gegner, bei Elsfleth die Weser zu erreichen und sie in der Nacht vom 5. zum 6. August auf englischen Fahrzeugen einzuschiffen, die sie nach Helgoland brachten. Von da eilten die Meisten nach Spanien, um in die deutsche Legion einzutreten, gegen Napoleon weiterzukämpfen.

Alle diese Unternehmungen, hervorgegangen aus dem Gefühle der Unerträglichkeit des Joches der Fremdherrschaft, aus dem jedem ehrliebenden Menschen innewohnenden Triebe nach freier Selbstbestimmung, waren zwar ohne Erfolg auf den Gang der großen Politik geblieben, aber sie hatten doch die Augen von vielen Tausenden wackerer Vaterlandsfreunde auf sich gelenkt, Tausende von Herzen schlugen höher, wenn sie von den Heldenthaten dieser tapferen Landsleute hörten, Tausenden ward die Seele von heiligem Zorn erfüllt, wenn sie Kunde erhielten von dem jammervollen Schicksal, das Napoleon den Besiegten von Stralsund

bereitete. Wer den fremden Unterdrücker haßte, dessen Haß fand neue Nahrung, wenn ihm erzählt ward, was die Vertheidiger vaterländischer Ehre litten; wer bis dahin mit Gleichgiltigkeit den Geschicken des Vaterlandes gegenübergestanden, der ward aufgerüttelt, wenn er den Opfermuth Schills und Braunschweigs sich vor Augen stellte; wer an der Zukunft der deutschen Nation verzweifelt hatte, dem ward neue Hoffnung erweckt, wenn er die Thaten der Wenigen gegen die Uebermacht bewundern durfte. Aber auch das kam zum Bewußtsein aller Denkenden, daß die Befreiung des Vaterlandes nicht das Werk Einzelner sein, daß die große Entscheidung nur der Entschluß eines Staates bringen könne. Dieser Staat aber konnte, so wie die Dinge lagen, kein anderer als Preußen sein. Und in der That, Preußen bereitete sich in aller Stille, aber auch mit klarer Erkenntniß der Lage und ihrer Bedürfnisse vor, diesen Entschluß zu fassen und zur erfolgreichen Durchführung zu bringen.

Nach dem Frieden von Tilsit hatte sich die Lage Preußens wahrhaft trostlos gestaltet. Fast unerschwingliche Kriegssteuern waren dem auf den Umfang eines Mittelstaates herabgedrückten Königreiche auferlegt worden, deren Zahlung nur in einem längeren Zeitraume möglich war. Bis diese erfolgt wäre, sollten französische Truppen den größten Theil des preußischen Staates, darunter die Festungen Stettin, Küstrin und Glogau besetzt halten; im Verhältniß zur Abtragung der Contributionen sollte die Räumung des Landes erfolgen. Die Verpflegung dieser Besatzungstruppen, die Verproviantirung dieser Festungen hatte Preußen zu bestreiten, die Einkünfte der besetzten Landestheile dagegen zogen französische Behörden ein. Preußen sollte, das war die ausgesprochene Absicht Napoleons, so zerrüttet und niedergebeugt werden, daß es sich nie mehr zu seiner früheren Bedeutung erheben könne. Wir wissen jetzt, daß Frankreich als Entschädigung für den Krieg von 1806 und 1807 von Preußen mehr als eine Milliarde Franken empfangen hat, das heißt 13 Brutto-Jahreseinkommen des damaligen Preußen; eine Ausbeutung, für die der richtigste Maßstab angelegt wird, wenn wir damit die Kriegsentschädigung vergleichen, welche Frankreich im Jahre 1871 an Deutschland zu bezahlen hatte. Die fünf Milliarden erreichen noch bei weitem nicht drei Brutto-Jahreseinkommen Frankreichs.

Daß Preußen in die Lage gesetzt ward, solche Summen überhaupt aufbringen zu können, das war wesentlich das Verdienst des großen Staatsmannes, der jetzt in der Zeit der höchsten Noth wieder an die Spitze des Ministeriums trat, des Freiherren vom Stein.

Zum zweiten Male mußte beim Abschlusse des Friedens von Tilsit der Minister von Hardenberg dem Machtgebote Napoleons weichen. Er lenkte jetzt die Gedanken des Königs darauf, Stein zu seinem Nachfolger zu ernennen. Er kannte die Sinnesart dieses seltenen Mannes gut genug, um zu wissen, daß die Kränkungen, unter denen seine Entlassung erfolgt war, keinen Einfluß auf seinen Entschluß ausüben würden, daß er bereit sein werde, dem Rufe des Königs zu folgen, dem Staate abermals seine ganze Kraft zu widmen. Er war aus dem Amte geschieden, weil man die Personen nicht entfernt hatte, mit denen ihm ein gedeihliches Zusammenwirken unmöglich schien. Jetzt, da die Lage der Dinge so war, daß man jede seiner Bedingungen hätte erfüllen müssen, dachte er nicht daran, Bedingungen zu stellen. „Ich überlasse Ew. k. Majestät" — schrieb er an den König — „die Bestimmung jedes Verhältnisses, es beziehe sich auf Geschäfte oder Personen, mit denen E. M. es für gut halten, daß ich arbeiten soll. In diesem Augenblick des allgemeinen Unglücks wäre es sehr unmoralisch, seine eigene Persönlichkeit in Anrechnung zu bringen."

Als Stein die Aufforderung des Königs

erhielt, lag er fieberkrank auf seiner Burg zu Nassau. Die Aufgabe, die nun an ihn heran trat, duldete kein Kranksein. Eilends reiste er nach Memel. Entsetzt sah er unterwegs die tiefe Niedergeschlagenheit, die sich aller Gemüther bemächtigt hatte, von der selbst der General von Blücher nicht frei war. Auch den König fand er tief gebeugt, entmuthigt, fast verzweifelnd an der Wiederkehr besserer Tage. Steins Muth und Entschlossenheit beugte das große Elend, dessen Zeuge er war, keineswegs; im Gegentheil die Erkenntniß der großen Leistungen, deren der Staat bedurfte, erhöhten und stählten seine Kraft.

Am 5. October 1807 übernahm er die Leitung der Staatsgeschäfte. Nur vier Tage später ward schon das erste der wichtigen Gesetze erlassen, durch welche die Wiedergeburt des preußischen Staates vorbereitet werden sollte.

Damals war Karl Heinrich Reichsfreiherr vom Stein gerade 50 Jahre alt. Am 26. October 1757 hatte er auf der seit uralten Zeiten seinem Hause eigenthümlichen Burg zum Stein zu Nassau an der Lahn das Licht der Welt erblickt. In Göttingen gründlich wissenschaftlich gebildet, trat er, 23 Jahre alt, in den preußischen Staatsdienst. Seine großen Fähigkeiten sicherten ihm eine glänzende Laufbahn. Zuerst mit der Leitung der westfälischen Bergwerke, bald auch mit diplomatischen Sendungen betraut, leitete er in den Feldzügen gegen die französische Republik mit großer Umsicht die Verpflegung der preußischen Heere, übernahm, nach dem Frieden von Luneville, die Umgestaltung der westfälischen Bisthümer in Bestandtheile des preußischen Staates, um bald als Oberpräsident an die Spitze der Provinz Westfalen und hierauf als Finanzminister in den obersten Rath der Krone zu treten. Was den Freiherren vom Stein vor Anderen auszeichnete, war nicht nur sein klarer und scharfer Verstand, seine Fähigkeit, mit einem Blicke die schwierigsten Verhältnisse zu überschauen, seine gewaltige Arbeitskraft, seine selbstlose Hingabe an den Staat, dem er diente, sondern vor Allem die unbeugsame Stärke seines Charakters, die eiserne Kraft seines Willens, der Mangel jeglicher Menschenfurcht. Er war eine rauhe, eckige, rücksichtslose Natur, oft in jähe Zornausbrüche losbrechend, die den Schuldbewußten erzittern machten, ein strenger, viel fordernder Vorgesetzter, immer offen und wahr, immer geradaus, ein Feind der Heuchelei und Winkelzüge, aber ohne nachtragenden Groll,

Karl Heinrich Reichsfreiherr vom Stein.

frei von unedler Rachsucht, gerne bereit, ein vorschnelles Urtheil zurückzunehmen, ein übereilt zugefügtes Unrecht gut zu machen, ein ganzer deutscher Mann von echtem alten Schrot und Korn. Aber was seinem Wesen die höchste Weihe und Vollendung gab, war die glühende Liebe zum Vaterlande, der er jedes andere Gefühl seiner Brust unterordnete, die mit der sittlichen Strenge und der schlichten Gottesfurcht, welche sein ganzes Leben bestimmten, zusammenklingend die

schöne Harmonie seines edlen Wesens zur vollen Wirkung brachte.

Ein solcher Mann war nöthig, um die großen Aufgaben, die dem gebeugten und zerrütteten preußischen Staate vorgezeichnet waren, der Lösung entgegenzuführen. Denn hier galt es, auf dem Wege friedlicher Reformen den von den großen preußischen Herrschern des 18. Jahrhunderts geschaffenen absolutistisch regierten Staat so umzugestalten, daß er, unter Erhaltung seiner Eigenart, doch Theil nahm an den bedeutenden Errungenschaften der neuen Zeit. Was in Frankreich mit revolutionärer Mißachtung jedes geschichtlichen Rechtes geschehen war, um dem einzelnen Staatsbürger die Freiheit der Bewegung zu verleihen, die ihn befähigt, seine Gaben und Kräfte dem großen Ganzen in freier Selbstbestimmung zu widmen, das sollte nun in Preußen in das Leben treten unter thunlichster Anknüpfung an das Bestehende. Die wirklichen und bleibenden Errungenschaften der Revolution, durch freien Entschluß des Fürsten, und deutscher Art und Sitte entsprechend, seinem Vaterlande als Grundlagen einer besseren Zukunft zu gewinnen und zu sichern, das war der Gesichtspunkt bei der Schaffung der großen Reformen, die Stein rastlos zur Durchführung brachte.

Wie nothwendig diese reformatorische Thätigkeit war, das erkannte vor allem die Königin Luise, welche damals schrieb: „Es soll eine andere Ordnung der Dinge werden, da die alte sich überlebt hat und in sich selbst als abgestorben zusammenstürzt. Wir sind eingeschlafen auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen, welcher, der Herr seines Jahrhunderts, eine neue Zeit schuf. Wir sind mit derselben nicht fortgeschritten, deshalb überflügelt man uns."

Stein begann mit seiner Um- und Neugestaltung da, wo er die Wurzeln der besten Kraft des Staates erkannte. Das Gesetz vom 9. October 1807 beseitigte die Leibeigenschaft, wo sich dieselbe noch erhalten hatte, und hob die Erbunterthänigkeit auf. Er befreite dadurch den Bauernstand von einer schweren auf ihm ruhenden Last und stellte ihn auf die gleiche Stufe mit den übrigen Ständen des Königreiches. Das Verhältniß desselben zu den bisherigen Gutsherrschaften wurde in ein vermögensrechtliches verwandelt, indem nur noch gewisse Leistungen an Geld und Naturalabgaben entrichtet wurden, aber auch deren Ablösung bereits ins Auge gefaßt ward. Auch andere Beschränkungen des ländlichen Grundbesitzes wurden aufgehoben. Die Güter waren fortan theilbar und wie der Bürger und Bauer in Zukunft Rittergüter, konnte der Edelmann Bauerngüter erwerben, auch ward ihm, ohne daß er darum an seiner Standesehre Schaden litt, die Ausübung eines bürgerlichen Geschäftes gestattet.

Damit war ein großer wirthschaftlicher Fortschritt angebahnt, durch welchen auch — in diesen schweren Zeiten besonders wichtig — der Credit der Grundbesitzer sehr namhaft gehoben und verstärkt ward. Aber noch größer vielleicht als dieser materielle war der sittliche Gewinn, den dieses Gesetz dem Staate brachte. Indem die lästigen Schranken fielen, welche bis daher die Stände in schroffer Sonderung von einander gehalten hatten, sollte jedem Staatsbürger klar werden, daß weit über den Interessen der einzelnen Stände das Interesse am Wohle des Staates stehe, daß der Staat ein Recht habe, die volle Kraft jedes seiner Bürger, die er nun entfesselt hatte, für sich in Anspruch zu nehmen.

Wie für den Landmann vor Allem Freiheit der Person, so war für den Bürger Freiheit der Bewegung in seinem Geschäfte eine Lebensfrage. Deshalb wurden jetzt der Zunftzwang und die Verkaufsmonopole aufgehoben, die Einfuhr aller Waaren freigegeben und für dieselben gleichmäßige niedrige Einfuhrzölle festgesetzt.

Den Hauptgrund des großen nationalen Un-

glücks von 1806 erblickte Stein in der Unselbstständigkeit des Volkes, das, an die Bevormundung der Behörden gewöhnt, vollkommen hilflos war, wenn diese selbst ihrer Aufgabe sich nicht gewachsen zeigten. Darum schuf er in der Städteordnung vom 19. November 1808 Selbstverwaltungskörper, welchen die wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens zur Verwaltung anvertraut wurden. Den von der Bürgerschaft gewählten städtischen Behörden (Magistraten) lag die Verwaltung des Gemeindevermögens, die Leitung der Armenpflege, des Bauwesens, die Sorge für die öffentliche Gesundheit, die Beaufsichtigung von Kirche und Schule ihres Gemeinwesens ob, lediglich beschränkt durch die Rücksicht auf die staatliche Gesammtheit. Um aber die städtischen Behörden in steter lebendigen Zusammenhange mit der ganzen Bürgerschaft zu erhalten, wurde ihnen das ebenfalls durch Wahl gebildete Collegium der Stadtverordneten zur Seite gestellt, um ihre Thätigkeit zu beaufsichtigen und den jährlichen Wirthschaftsplan zu genehmigen. Nur die Ernennung des Stadtoberhauptes, des Bürgermeisters, behielt sich die Regierung vor, aber auch hier wirkten die Vertreter der Stadtgemeinde mit, indem sie drei Vertrauensmänner in Vorschlag brachten.

Wie die Stadtverordneten dem Magistrate, so sollten — nach Steins Meinung — in Zukunft wieder Landstände der Regierung mit berathender und beschließender Stimme zur Seite stehen. Es war nicht möglich, ja nicht einmal wünschenswerth, die alten Landstände, die fast überall dem fürstlichen Absolutismus zum Opfer gefallen waren, wieder herzustellen. Stein wollte in richtiger Abstufung für Kreise, Provinzen und schließlich für die ganze Monarchie Vertretungskörper geschaffen sehen, in denen die Angehörigen der durch ihre geschichtliche Vergangenheit hierzu berufenen Stände sich mit den Vertrauensmännern aus allen Kreisen des bürgerlichen Lebens in dem Streben für das Heil des großen Ganzen begegnen und einmüthig zusammenwirken sollten.

Solchen gewaltigen, tief einschneidenden, den hergebrachten Schlendrian völlig umstürzenden Einrichtungen und Entwürfen konnte es nicht an zahlreichen Gegnern fehlen. Gar viele bekämpften offen oder im Geheimen den großen und genialen Staatsmann. Am Hofe und in der Bureaukratie hatte Stein viele Feinde, um so mehr, als er gewohnt war, rücksichtslos durchzugreifen und mit dem Ausspruche seiner Meinung nirgend und gegen Niemand zurückzuhalten. Die Privilegirten betrachteten ihn als einen ihre Rechte in schnödester Mißachtung preisgebenden Revolutionär; unter den altpreußischen Beamten war mehr als einer, der ihn nicht als vollwichtig anerkennen wollte, der mit Mißtrauen auf seine rheinländische Abstammung blickte. Nun gar die französisch Gesinnten — denn auch deren gab es noch am Hofe — sahen ihren ärgsten Feind in ihm, der seinen Haß gegen alles Wälsche niemals verhehlte. Auch dem König war Stein persönlich nicht so nahe getreten, als es im Interesse der guten Sache zu wünschen war. Der gewaltthätige, eckige, leicht ungeduldige Mann verletzte mit seinem energischen Durch- und Dreinfahren nur zu oft den bedächtigen, etwas umständlichen und rücksichtsvollen Monarchen. Mehr als einmal hatte hier die Königin Luise die Aufgabe, vermittelnd, versöhnend, ausgleichend einzutreten.

Solche Schwierigkeiten und Hindernisse hätten indeß Stein in der Durchführung seiner großen Aufgabe nicht ernstlich gestört, wenn nicht ein unglücklicher Zwischenfall eingetreten wäre, der sein Verbleiben im Amte zur Unmöglichkeit machte.

In die umfassenden Pläne zu einer Erhebung gegen Napoleon nicht nur völlig eingeweiht, sondern ohne Zweifel einer ihrer eifrigsten Förderer, hatte Stein von diesen Plänen und der Aussicht, sie zur Ausführung zu bringen, dem

Fürsten von Wittgenstein brieflich Nachricht gegeben. Dieser Brief fiel durch Verrath in die Hände der Franzosen. Am 8. September 1808 ließ ihn Napoleon, vielfach entstellt und mit gehässigen Bemerkungen versehen, im „Moniteur" abdrucken. Dieß geschah in einem Augenblicke, da der Bruder des Königs, Prinz Wilhelm, sich in Paris befand, um durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Kaiser der Franzosen Milderung der willkürlichen Härte zu erwirken, mit welcher die Bestimmungen des Tilsiter Friedens in Preußen zur Ausführung gebracht wurden.

Der Brief Steins diente Napoleon zum Vorwande, auf seinen unbilligen, zum großen Theile sogar dem Friedensschlusse direct widersprechenden Forderungen zu beharren und die Unterzeichnung eines neuen Vertrages zu verlangen, durch welchen die von Preußen noch zu zahlende Contribution auf die Höhe von 140 Millionen Francs festgesetzt, eine Reihe anderer sehr drückender Auflagen gemacht, unter anderen die Stellung eines Hilfscorps für den Fall eines Krieges mit Oesterreich verlangt wurde. Dem König blieb keine Wahl, als auch diesen Vertrag zu genehmigen und, als wiederholte Berichte aus Paris von der erbitterten Gesinnung Napoleons gegen Stein Meldung brachten, sich von seinem Minister zu trennen. Am 24. November 1808 ertheilte er ihm schweren Herzens die Entlassung, die Stein sofort nach dem Bekanntwerden jenes Briefes erbeten hatte.

Aber auch damit begnügte sich die Rachsucht Napoleons nicht. Aus dem kaiserlichen Lager zu Madrid ließ er am 16. December 1808 einen Befehl ergehen, welcher „den Namens Stein, welcher Unruhen in Deutschland zu erregen suche", für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärte, seine Güter in Frankreich und den Rheinbundstaaten mit Beschlag belegte und verfügte, daß er, wo immer er zu erreichen sei, in Haft gebracht werde.

Da war denn Steins Bleiben nicht mehr in der Nähe des Königs, dem er, auch ohne amtliche Stellung, gerne ein treuer und wachsamer Berather geblieben wäre. Er verließ den preußischen Staat, um zuerst in Oesterreich, später in Rußland einen Zufluchtsort zu finden, von wo aus er mit der ganzen Kraft seiner starken Seele thätig war, nach allen Seiten Beziehungen anzuknüpfen und Verbindungen herzustellen mit und zwischen jenen, die wie er den wälschen Imperator als die Verkörperung des Bösen haßten und Alles für die Befreiung des Vaterlandes einzusetzen entschlossen waren. Durch jenen Aechtungsbefehl aber ward Stein recht eigentlich erst zum Mittelpunkte der gesammten europäischen Bewegung gegen Napoleon. Tausende hörten jetzt zuerst seinen Namen und machten sich die Bedeutung eines Mannes klar, gegen den Napoleon eine so außergewöhnliche Maßregel ergriff. Sehr richtig schrieb Gneisenau an Stein: „Sobald ich Sie in Sicherheit wußte, freute ich mich Ihrer Aechtung. Die Schwachmüthigen sind dadurch niedergedonnert, die Bösartigen freuen sich darüber, allein alle edlen Herzen fühlen sich dadurch näher an Sie angeschlossen." Aus jenen Tagen stammt das Wort: Stein sei des Rechten Grundstein, des Bösen Eckstein, der Deutschen Edelstein.

Der dringendsten Finanznoth hatte Stein ebenfalls mit energischem Entschlusse und, auch nicht ohne daß gar mancher bedächtig den Kopf schüttelte, dadurch abgeholfen, daß auf allen Gebieten des Staatslebens die strengste Sparsamkeit eingeführt wurde, in welcher die königliche Familie Allen mit dem besten Beispiele voranging, daß er Schatzscheine mit Zwangscurs ausgeben ließ, trotz der bedrängten Lage des Landes die Auflagen erhöhte und endlich einen Theil der Staatsdomänen veräußerte.

Auf diese Weise wurden wenigstens die Mittel gewonnen, den fortwährend sich steigernden An-

sprüchen der Franzosen entsprechen zu können, und auch in dieser Richtung hatte die kurze Zeit der Stein'schen Verwaltung Bedeutendes und Bleibendes erreicht.

Auch die großen staatsmännischen Ideen, welche die Ausgangspunkte seines Reformwerkes gebildet hatten, gingen mit seinem Ausscheiden aus dem preußischen Staatsdienste nicht verloren. Es blieben Männer zurück, wie Schön, Stägemann, Niebuhr, die im gleichen Geiste und Sinne weiter arbeiteten, in welchem Stein den Wiederaufbau des zertrümmerten Staatswesens begonnen hatte. Aber die große, gewaltige, geniale Persönlichkeit Steins war nicht zu ersetzen. Sein Nachfolger, von Altenstein, war ein tüchtiger Beamter von guten Kenntnissen und redlichem Willen, aber weder ein Genie noch ein Charakter. Zwar wurde, den Vorschlägen, welche Stein bezüglich der Neugestaltung der obersten Staatsbehörde gemacht hatte, entsprechend, am 24. November 1808 eine Verordnung erlassen, durch welche die Ministerien neu organisirt und in unmittelbaren Zusammenhang mit dem König gebracht wurden, auch, jedes in seinem Bereiche, volle Selbständigkeit und Verantwortlichkeit erhielten, und die bisher übliche schädliche Cabinetsregierung endgiltig beseitigt ward. Aber bei der Ausführung der von Stein begonnenen Reformen fehlte überall der belebende Geist, und Halbheit und Lahmheit trat an die Stelle der Thatkraft, welche Steins Handeln bezeichnete.

Das wurde erst besser, als am 6. Juni 1810 Altenstein zurücktrat und der Freiherr von Hardenberg abermals als Staatskanzler an die Spitze der Geschäfte gestellt wurde, nachdem man den zu befürchtenden Widerspruch Napoleons mit der Behauptung beseitigt hatte, Hardenberg sei der einzige Mann, welcher die Gewähr biete, daß die finanziellen Forderungen Frankreichs pünktlich erfüllt würden.

Der Freiherr von Hardenberg gehörte, wie Stein, dem preußischen Staate nicht durch die Geburt an. Im Hannöverschen (am 31. Mai 1750) geboren und längere Zeit in hannöverschen, braunschweigischen und ansbach-baireuthischen Diensten, war er erst unter Friedrich Wilhelm II. in preußische Dienste übergetreten, wo wir ihm seit dem Jahre 1792 mehrfach in wichtigen Stellungen begegnet sind. Auch Hardenberg war, wie Stein, von dem Gedanken durch-

Freiherr von Hardenberg.

drungen, daß der preußische Staat auf völlig neuen Grundlagen aufgebaut werden müsse, ja er war dabei wohl noch mehr als jener ein entschiedener Anhänger und Vertreter moderner Ideen. Fehlte ihm auch die unerschütterliche Festigkeit des Charakters, durch welche Stein über die Mehrzahl seiner Zeitgenossen so hoch hervorragte, und die rücksichtslose Entschlossenheit des gewaltsamen Durchgreifens, so gebot er dafür über reiche Mittel persönlicher Liebenswürdigkeit, welche ihm die Herzen gewann, und überzeugender

Beredsamkeit, mit der er auch hartnäckige Gegner zu bekehren wußte. Die großen Reformen, welche unter Steins kurzem Ministerium im Grundsatze genehmigt und nur durch seinen Abgang in der Ausführung verzögert worden waren, wurden jetzt wieder in Angriff genommen. Für das im gegenwärtigen Augenblicke besonders wichtige Gebiet der Finanzen schuf Hardenberg eine neue Grundlage durch das Finanzedict vom 24. November 1810, welches das ganze Steuerwesen neu regelte und die gleichmäßige Heranziehung aller Staatsbürger zu den öffentlichen Lasten anstrebte, alle besonderen Befreiungen, ebenso wie die Einzelne besonders stark belastenden Abgaben aufhob. Im Zusammenhange damit stand die Einziehung der geistlichen Güter und die Einführung der vollen Gewerbefreiheit. Endlich wurde am 11. September 1811 ein Gesetz erlassen, welches alle auf dem bäuerlichen Grund und Boden ruhenden Lasten für ablösbar erklärte und das Maß bestimmte, nach welchem die Grundherrschaften für den dadurch zu erleidenden Verlust entschädigt werden sollten; es war die nothwendige Ergänzung des Gesetzes über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit.

Solche in das altüberlieferte Recht und die Interessen zahlreicher Klassen, namentlich aber des alteingesessenen grundbesitzenden Adels tief eingreifende Gesetze riefen nicht minder wie die von Stein selbst noch durchgeführten Reformen lebhaften Widerstand hervor, der sich dem Staatskanzler gegenüber nicht nur in den großen Fragen, die seiner Entscheidung unterlagen, geltend machte, sondern auch in den kleineren Begebenheiten des täglichen Lebens sich ihm störend in den Weg stellte. Die Gegner, welche Stein und Hardenberg der verderblichsten Neuerungssucht, der Einschlagung geradezu revolutionärer Bahnen bezüchtigten, feindeten mit solchen Vorwürfen zumeist nur die Schädiger ihrer alten Privilegien und Vorrechte an, deren Aufrechterhaltung sie willig mit der Unterwerfung unter die Fremdherrschaft erkauft hätten. Stein pflegte auf so unlautere Anfeindungen mit Keulenschlägen zu antworten, Hardenbergs Natur entsprach es mehr, ihnen aus dem Wege zu gehen oder sie zu überhören. Für den Augenblick war seine feine, weltmännische Klugheit vielleicht noch besser angebracht und erfolgreicher, als Steins rücksichtslose Derbheit, wie Hardenberg denn auch den zahllosen Bedrängnissen auf finanziellem Gebiete mit allerlei Auskunftsmitteln begegnete, die Steins großartig angelegte Persönlichkeit verschmäht hätte. Die Finanzpolitik Hardenbergs machte wenigstens das Ergreifen so verzweifelter Maßregeln unnöthig, wie sie sein Vorgänger Altenstein mit seinem Rathe, Schlesien zu veräußern, in Vorschlag gebracht hatte. Und den immer gesteigerten und mit der größten Härte vertretenen Forderungen Napoleons gegenüber ging es fast über alle Erwartung hinaus, daß es möglich wurde, den Staatsbankerott zu vermeiden, ja daß sogar noch bedeutende Mittel für die Neubildung des Heerwesens aufgebracht werden konnten.

Es war eine glückliche Fügung, daß Preußen auch für diese wichtige Aufgabe einen Mann besaß, der mit derselben Energie, derselben Sachkenntniß und demselben sittlichen Ernste wie der Freiherr vom Stein an ihre Lösung herantrat. Dieß war der General Gerhard Johann David von Scharnhorst. Als Sohn eines unbemittelten Pächters in der Nähe von Celle am 12. November 1756 geboren, war er durch die Thaten des großen Königs Friedrich II. für den Militärstand begeistert worden und hatte das Glück gehabt, in der berühmten Kriegsschule des Grafen Wilhelm von Lippe-Schaumburg Aufnahme zu finden. In der hannöverschen Armee, in welche er 1777 eintrat, rückte er bis zum Oberstlieutenant vor und die Theilnahme an den Feldzügen gegen Frankreich, in denen er sich

rühmlich hervorthat, gab ihm Gelegenheit, sich die Gründe des Uebergewichts, welches das französische Heer über seine Gegner behauptete, klar zu machen. Im Jahre 1801 zu seiner großen Genugthuung in das preußische Heer übergetreten und bald in den Generalstab versetzt, wurde er 1804 bei seiner Beförderung zum Obersten geadelt, wodurch das Hinderniß beseitigt ward, welches, bei den damals noch in der preußischen Armee geltenden Grundsätzen, seine bürgerliche Abkunft einem weiteren Vorrücken in den Weg stellte.

Gerhard Johann David von Scharnhorst.

Als Generalquartiermeister des Herzogs von Braunschweig konnte er zwar die unglücklichen Anordnungen dieses Feldherren nicht verhindern, aber inmitten der allgemeinen Rathlosigkeit, die den Tagen von Jena und Auerstädt folgte, bewahrte er den klaren Blick und die ruhige Besonnenheit, welche überhaupt zu seinen eigenthümlichen Charakterzügen gehörten. Als Generalstabschef begleitete er Blücher auf seinem ruhmvollen Zuge nach Lübeck, gerieth dort in Gefangenschaft, wurde aber bald ausgewechselt und nahm hervorragenden Antheil an dem Feldzuge des Jahres 1807. Nach dem Tilsiter Frieden berief ihn der König, der dem stillen, bescheidenen und charakterfesten Manne das höchste Vertrauen schenkte, als Vorsitzenden in die Commission, der die Neugestaltung des Heerwesens übertragen war.

Wie Stein die Reform der bürgerlichen Verwaltung, so faßte Scharnhorst die Neubildung des Heeres, neben ihrer wichtigen technischen Seite, zugleich auf als eine große sittliche Aufgabe, ein hochwichtiges Mittel zur Erziehung des Volkes und zur Wiedergeburt des Staates.

Die Grundlage der Reform Scharnhorsts bildete die allgemeine Wehrpflicht. Ausnahmslos durchgeführt, unter Aufhebung aller bisher bestandenen Befreiungen, die allerdings erst im Jahre 1813 vollständig verwirklicht wurde, ward die Pflicht, dem Staate mit den Waffen zu dienen, aus einer Last, der sich, wer nur immer konnte, entzog, zu einem hohen Ehrenrechte jedes jungen Staatsbürgers, der im Vollbesitze seiner Körperkräfte war. Damit war eine Fortdauer des Werbesystems nicht mehr vereinbar, das jetzt für immer aufgehoben wurde. Die durch ein neues Reglement wesentlich vereinfachten Uebungen wurden mit rastlosem Eifer betrieben und führten dazu, daß nach verhältnißmäßig kurzer Dienstzeit die Mannschaften entlassen und durch neue Rekruten ersetzt werden konnten. Dadurch wurde es möglich, trotz der durch Napoleons Machtwort auf 42,000 Mann beschränkten Stärke des preußischen Heeres, in wenigen Jahren bedeutende Streitkräfte heranzubilden. Durch Einberufung der Reserven wäre Preußen schon im Jahre 1809 im Stande gewesen, 120,000 Mann ins Feld zu stellen.

Dabei galt es nicht nur, unter Benutzung der durch den Feind zur Geltung gebrachten Grundsätze, das Heer auf die möglichste Höhe der technischen Ausbildung zu bringen, sondern ihm auch einen neuen Geist einzupflanzen. Indem nur Landeskinder im Heere dienten, die sich bewußt waren, daß sie berufen seien, den Staat, dem sie angehörten, mit dessen Wohl und Wehe auch ihre persönlichen Interessen auf das Engste verknüpft waren, zu vertheidigen, indem der Auswurf aus aller Herren Ländern, der ehedem der Werbetrommel gefolgt war, fortan keinen Platz mehr in der Armee fand, konnte auch die Behandlung der Soldaten eine wesentlich andere werden. Die entehrenden Strafen konnten wegfallen, der Stock des Profosen konnte beseitigt werden. Der Offizier stand seinen Mannschaften nicht mehr als der gefürchtete und gehaßte Zuchtmeister gegenüber, sondern ein Verhältniß, das den Gehorsam auf Achtung und Vertrauen begründete, begann sich anzubahnen.

Unter den Offizieren ward eine strenge Auswahl getroffen. Jeder Offizier, der bei einer der zahlreichen Capitulationen betheiligt gewesen, mußte sein persönliches Verhalten vor einem Ehrengerichte rechtfertigen. Wer vor dessen strenger Prüfung nicht bestand, mußte den Abschied nehmen. Die zum Weiterdienen würdig Befundenen waren sich der großen Aufgabe wohl bewußt, an der ihnen, jedem an seiner Stelle, mitzuwirken vergönnt ward. Ein edler Wetteifer herrschte unter ihnen. Auch das war zur klaren Erkenntniß gekommen, daß die bloße Routine nicht ausreiche, daß für den Offiziersstand eine wissenschaftliche Vorbildung so nothwendig sei, wie für jeden anderen Zweig des Staatsdienstes. Nun hörte auch die adelige Geburt auf, Vorbedingung für die Ernennung zu höheren Offiziersstellen zu sein, wie es bis dahin die Regel gewesen, von der man nur in seltenen Ausnahmefällen abgegangen war. Auch im Heere sollte fürder nur die Fähigkeit und das Verdienst Einfluß auf die Besetzung der Befehlshaberstellen ausüben.

Durch diese tiefgreifenden Reformen wurde aber auch das Verhältniß der Armee zum Volke völlig umgestaltet. Nicht mehr als ein fremder Körper stand jetzt das Heer den übrigen Klassen der Bevölkerung gegenüber. Aus dem Volke hervorgegangen, kehrte fortan der Soldat, nach erhaltener Ausbildung, in den Kreis seiner Mitbürger zurück, um, wenn der König rief, sofort wieder zur Waffe zu greifen und sich in Reihe und Glied seiner Genossen zu stellen. Aus einer starr abgeschlossenen Kaste, welche sich in brutalem Dünkel von dem Bürger und Bauern absonderte und von diesem nur als nothwendiges Uebel geduldet wurde, ward jetzt die Armee eine in das Gefüge des Staates organisch eingegliederte und mit der Gesammtheit untrennbar verwachsene Körperschaft.

Hand in Hand mit der hochbedeutenden und tiefeingreifenden Umgestaltung der bürgerlichen Verwaltung und des Heerwesens ging die Wiedergeburt der Nation auf dem geistigen Gebiete. Die weltbürgerliche Anschauung des 18. Jahrhunderts, welcher das Verständniß für die Bedeutung des eigentlich Vaterländischen fehlte, hatte an dem großen nationalen Unglück des Jahres 1806 und an allem, was mit demselben im Zusammenhange stand, ein redlich Theil der Mitschuld getragen. So war es denn, bei dem gewaltigen Einflusse der geistigen Strömungen namentlich auf das heranwachsende Geschlecht, von höchster Wichtigkeit, daß den Männern der That, die auf dem unmittelbaren Gebiete des Staatslebens reformirend auftraten, auch die Dichter und Denker der Nation in verwandter Arbeit sich zugesellten.

Die gewaltigste Persönlichkeit, die uns hier entgegentritt, ist der Philosoph Johann Gottlieb Fichte. Zu Rammenau in der Lausitz am 19. Mai 1762 als der Sohn eines armen Webers

geboren, ward der begabte Knabe durch die Gunst des Freiherrn von Miltitz in den Stand gesetzt, sich in Meißen und Schulpforta gelehrte Bildung zu erwerben. Auf den Universitäten Jena und Leipzig ward er bald der Theologie, für die er bestimmt war, abtrünnig, um sich ausschließlich philosophischen Studien zu widmen. Schon seine ersten Schriften erregten großes Aufsehen und veranlaßten, daß er 1794 einen Ruf an die Universität Jena erhielt. Die Klarheit und Entschiedenheit seiner philosophischen Lehren und der

Johann Gottlieb Fichte.

männliche Freimuth, mit welchem er sie vortrug, übten eine große Anziehungskraft auf die akademische Jugend aus, zogen ihm aber von Seiten der Regierung Unannehmlichkeiten zu, die sich im Jahre 1799 bis zu einem Verweise wegen angeblich atheistischer Aeußerungen steigerten, den er mit seinem Entlassungsgesuche beantwortete. Nun siedelte Fichte nach Berlin über, wo er auf Veranlassung des Ministers von Dohm freundliche Aufnahme fand und Gelegenheit erhielt, durch öffentliche Vorlesungen einen Kreis hochgebildeter Männer um sich zu versammeln.

Die Bedeutung Fichtes für die deutsche Nation beruht nicht nur in der Weiterbildung und Umgestaltung des philosophischen Lehrgebäudes, das Kant aufgerichtet hatte, sondern vorzugsweise darin, daß er in einer Zeit, welche an den traurigen Folgen der Schwäche und Charakterlosigkeit krankte, den sittlichen Willen als die bewegende Kraft erkannte, welche allein bestimmend auf die Entwickelung der Dinge einwirke, und daß es ihm gelang, das Ergebniß seiner philosophischen Forschungen in einer Weise zu formuliren, wie sie gerade in dem Augenblicke ein Bedürfniß war, da die Deutschen begannen, durch die Noth der Zeit gedrängt, einzusehen, daß nicht in der Anlehnung an Fremdes, in dem Aufgehen in einer allgemeinen Völkerverbrüderung, sondern in dem festen Zusammenschluß aller nationalen Kräfte allein das Heil zu finden sei.

Die gewaltigen „Reden an die deutsche Nation", die er im Winter 1807—1808 in der Akademie zu Berlin vor einem großen Kreise von Männern, Frauen und Jünglingen hielt, während die französische Besatzung durch die Straßen der Hauptstadt zog und ihre Trommelwirbel oft seine Rede übertönten, richtete er gewissermaßen an die Gesammtheit des deutschen Volkes, an „die Deutschen schlechtweg" mit Beiseitesetzung „aller der trennenden Unterscheidungen, welche unselige Ereignisse seit Jahrhunderten in der einen Nation gemacht haben". Ihnen stellte er die Nothwendigkeit dar, daß die deutsche Nation sich rette, sich erhalte, nicht nur für sich selbst, sondern damit die Bildung der Menschheit erhalten werde. Ihnen führte er die Großthaten einer besseren Vergangenheit des deutschen Volkes vor, daß sich an diesen die Gegenwart aufrichte und sich mit der Liebe zum Vaterlande durchdringe, für die kein Opfer zu groß ist, das zum Siege führt. Ihnen stellte er vor die Seele, daß die Bürgschaft des Sieges nicht in der Gewalt der Arme, in der Tüchtigkeit der Waffen,

sondern in der Kraft des Gemüthes liege, daß es gelte, ein neues Geschlecht zu erziehen durch eine Bildung, die nicht nur äußerlicher Besitz sein dürfe, sondern mit dem Individuum völlig verschmolzen werden müsse, eine geistige Bildung, die nur ein Mittel für die sittliche Bildung sei. Ihnen stellte er in Aussicht, daß, wenn die Nation sich nicht wieder zu sammeln und aufzuraffen verstehe, nicht nur ihre politische Existenz, nein auch ihre Sprache, ihre Kunst verloren sei, denn „ein Volk, das sich nicht selbst mehr regieren kann, ist schuldig, seine Sprache aufzugeben".

Durch diesen großartigen Idealismus, in einer philosophischen Darstellung dargeboten, die freilich in ihrem Tiefsinn wohl nur einem kleinen Kreise Hochgebildeter vollkommen verständlich war, und durch die gewaltige Persönlichkeit des Redners ward ein großer Erfolg erzielt. Wenn es Fichte gelang, bei seinen Zuhörern neuen Muth, neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft, neuen Glauben an den Beruf der deutschen Nation zu erwecken, so drangen diese Ideen durch sie, wenn auch in anderer Form, als der Philosoph seinen Gedanken gab, in die weitesten Kreise und trugen, als der rechte Augenblick gekommen war, reiche Frucht. Dem nüchtern abwägenden Urtheil erscheint es ja freilich als eine arge Uebertreibung, wenn Fichte sagt: „Charakter haben und deutsch sein ist ohne Zweifel gleichbedeutend". Aber die stolze Selbstüberhebung, die aus diesen Worten spricht, war doch wohl nöthig, um dem verkleinerten, zu Boden geworfenen Preußen den Muth und die Kraft zu verleihen, die zu dem Wagniß gehörten, den Kampf gegen Napoleon aufzunehmen.

Auch die Dichtkunst weihte in diesen trüben, sorgenschweren Tagen ihre gewaltigsten Klänge dem gebeugten, aber neuem Aufschwung entgegenstrebenden Vaterlande. Am Unmittelbarsten gilt dieß von den patriotischen Dichtungen Heinrichs von Kleist (geboren am 10. October 1776), welcher mit einer Glut der Begeisterung, einer Wucht des Hasses zu der Nation sprach, wie weder vor noch nach ihm ein deutscher Dichter. In Prosa und Versen, in Liedern, Pamphleten und Satiren gab er seiner Liebe zu Deutschland, das er liebt, „weil es sein Vaterland ist", seinem Hasse gegen Napoleon den gewaltigsten, freilich oft die Grenzen des Schönen überschreitenden Ausdruck.

Heinrich von Kleist.

„Alle Triften, alle Stätten,
Färbt mit ihren Knochen weiß;
Welche Rab' und Fuchs verschmähten,
Gebet sie den Fischen preis;
Schlagt sie todt! Das Weltgericht
Fragt Euch nach den Gründen nicht!"

So rief er auf zum Vernichtungskampfe gegen den gehaßten Feind, aber auch voll der festen Hoffnung, daß endlich die Sache des Vaterlandes siegen müsse, wenn man nur vor keinem, auch nicht dem schwersten Opfer zurückschrecke. In diesem Sinne ruft er dem Könige zu:

„Und müßt' auch selbst noch auf der Hauptstadt Thürmen
Der Kampf sich für das heil'ge Recht ernen'n:
Sie sind gebaut, o Herr, wie hell sie blinken,
Für bess're Güter in den Staub zu sinken."

Aber auch wo Kleist nicht unmittelbar die Zeitgenossen anredet und anfeuert zu dem Werke der Rache, z. B. in dem großartigen Drama „die Hermannsschlacht", sind seine Gedanken vertieft in die vaterländischen Bilder, die allein seine Seele erfüllen. In der dichterischen Schilderung des Befreiungskampfes wider die Legionen des Varus stellt er seinen Zeitgenossen den großen Kampf vor Augen, den sie wider ihre Bedrücker zu kämpfen haben. Dann aber, als ob er selbst das Bedürfniß empfunden hätte, nicht nur die urwüchsige Kraft, nicht nur die Gewalt des Hasses zu schildern, die er bei den alten Deutschen gefunden und den Mitlebenden von Neuem einflößen wollte, schuf er in dem „Prinzen von Homburg" ein Werk, das unter den Dramen, die ihren Stoff aus der neueren deutschen Geschichte schöpfen, bis heute das einzige gelungene genannt zu werden verdient; ein Werk, in welchem er mit idealer Gesinnung das deutsche Heer schildert, wie es unter der Führung des großen preußischen Fürsten der Stolz und der Hort der Nation geworden ist, das Heer, welches eben in diesen Tagen sich aus dem unseligen Verfalle einer kurzen Spanne Zeit wieder aufraffte, um mit der kriegerischen Tüchtigkeit der Tage des großen Kurfürsten die freiere Gesinnung des neuen Jahrhunderts in glücklicher Mischung zu verbinden, welches sich anschickte, den Schlachtruf, mit dem das Kleist'sche Drama schließt, neuerdings zur Wahrheit zu machen: „In Staub mit allen Feinden Brandenburgs!" die — fügen wir hinzu — in allewege auch die Feinde Deutschlands gewesen sind.

Neben Fichte und Kleist dürfen wir als verwandten Geist hier Ernst Moritz Arndt (geboren am 26. December 1769) nennen, welcher mit eben so kühnen und scharfen Worten, in kerniger Sprache und voll des wärmsten Gefühles für das Vaterland in seinem „Geist der Zeit" die dämonische Gewalt des Bonapartismus schilderte, die sittliche Verwerflichkeit der unersättlichen Eroberungspolitik Napoleons geißelte und, wie jene beiden, die Kraft der Nation, die deutsche Jugend vor allen, aufrief zum Widerstande gegen die Unterdrückung der Welt.

Ernst Moritz Arndt.

Nicht so unmittelbar wie diese drei, aber doch in derselben Richtung wirkte eine Reihe hervorragender Männer, welche, von wie verschiedenen Standpunkten sie auch ausgingen, wie unähnlich auch ihr Charakter und ihr Bildungsgang war, doch alle darin übereinstimmten, daß sie die Heilung für die Uebel der Gegenwart durch eine geistige Vertiefung in die Vergangenheit des deutschen Volkes suchten. Die Liebe zum Vaterlande — dieser Gedanke war ihnen Allen gemeinsam — konnte nur einer gründlichen Kenntniß

der großen Vergangenheit des deutschen Volkes entspringen; aus dem Beispiele der ruhmvollen Altvordern sollte das jetzt lebende Geschlecht sich Muth und Vertrauen auf eine bessere Zukunft schöpfen.

Jetzt erforschten die beiden Brüder Jakob und Wilhelm Grimm, dem treuen und charaktervollen Hessenstamm entsprossen, an der Hand der Urkunden und der mündlichen Ueberlieferung Sprache und Recht, Sage und Sitte der alten Deutschen, jetzt brachten Ludwig Achim von Arnim und Clemens Brentano die prächtigen alten Lieder wiederum zu Tage, die in der Vorzeit durch Wald und Feld, in der Heimlichkeit der Spinnstube und im Kriegslager der Landsknechte erklungen waren, jetzt versenkten sich Friedrich und August Wilhelm Schlegel, Ludwig Tieck und Friedrich von Hardenberg-Novalis in die farbenreiche Herrlichkeit des deutschen Mittelalters und entdeckten hohe Schönheit und frische Lebensfülle, wo das aufgeklärte 18. Jahrhundert nur Schutt und Trümmer, nur Finsterniß und Aberglauben zu erblicken gewähnt hatte.

Und nun erhob sich auch neben der Wissenschaft und der Dichtkunst, neben der Politik und der Pflege der Waffen eine gesunde und kräftige Religiosität, um die Harmonie der Kräfte zum Vollklang zu bringen, welche zusammenwirken mußten, sollte das große Werk der Befreiung des Vaterlandes gedeihen. Ein Mann von der Geistes- und Sinnesart Friedrich Schleiermachers, welcher sich das Ziel setzte, die Religion bei den „Gebildeten ihrer Verächter" in ihrer hohen Bedeutung für die Menschheit, als eines der wichtigsten Bildungsmittel der Nation, wieder in ihr gutes Recht einzusetzen, hatte ein reiches Feld für seine geistvollen Predigten in Berlin, wo sich die seichte Aufklärung der Zeit Friedrichs II. mit der heuchlerischen Scheinfrömmigkeit der Tage Friedrich Wilhelms II. verbunden hatte, um bei Alt und Jung einen Skepticismus groß zu ziehen, der auch auf die Behandlung der vaterländischen Angelegenheiten überaus nachtheilig gewirkt hatte. Das Vertrauen in das Walten einer sittlichen Weltordnung neu zu beleben, war eine der wesentlichsten Aufgaben, die jetzt allen wahren Vaterlandsfreunden oblag.

Friedrich Schleiermacher.

Das erfolgreiche Streben für die geistige Wiedergeburt des deutschen Volkes wurde nicht zum Wenigsten gefördert durch die Gründung einer Universität in der Hauptstadt des Staates. Eine Abordnung von Professoren der Preußen entrissenen Universität Halle hatte schon in Memel dem Könige diesen Gedanken nahe gelegt, dessen Ausführung durch die traurige Finanzlage des Staates zwar verschoben, aber doch stets fest im Auge behalten wurde. Als im Jahre 1809 der bisherige Gesandte in Rom, Wilhelm von Humboldt, der Freund Schillers, selbst ein hervorragender Gelehrter auf dem Gebiete der

Aesthetik und Sprachwissenschaft, zum Director der Abtheilung für Cultus und öffentlichen Unterricht im Ministerium des Innern ernannt worden war, wurde die Verwirklichung dieses Planes sofort ernstlich angestrebt. Mit vollem Rechte betonte Humboldt, daß der König durch Gründung der Universität „sich Alles, was sich in Deutschland für Bildung und Aufklärung interessirt, auf das Festeste verbinden und in einem Zeitpunkte, wo ein Theil Deutschlands vom Kriege verheert, ein anderer in fremder Sprache von fremden Gebietern beherrscht wird, der deutschen Wissenschaft eine vielleicht kaum noch jetzt gehoffte Freistätte eröffnen werde." Es war in der That ein großartiger Entschluß, gerade jetzt diese hochwichtige Handlung zu vollziehen und mit großem Aufwand eine Reihe hervorragender Kräfte für die neue Hochschule zu gewinnen.

Am 16. August 1809 gab der König die endgiltige Genehmigung zur Gründung der Universität in Berlin, für welche er den prächtigen Palast des Prinzen Heinrich zur Verfügung stellte, und schon im Herbst 1810 konnten Männer ersten Ranges auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Philosoph Fichte, der Theologe Schleiermacher, der Geschichtschreiber Niebuhr, der Philologe Böckh, der Jurist Savigny, der Mediciner Reil und viele andere ihre Vorlesungen eröffnen.

Gleichzeitig verwendete Humboldt die größte Sorge auf Verbesserung der Gelehrtenschulen und auf Hebung des Volksschulwesens, bei welchem die erprobten Grundsätze des berühmten Erziehers Pestalozzi thunlichst zur Durchführung kamen.

In derselben Richtung wie die genannten bedeutenden Gelehrten entwickelten auch andere wackere Männer, welche nicht über die Macht zündender Beredsamkeit, tiefer Gelehrsamkeit oder poetischer Talente geboten, ihre besten Kräfte. Ein patriotischer Verein, der „Tugendbund", von dem Assessor von Bardeleben begründet, von König und Königin beschützt und gefördert, strebte, in engem Anschlusse an die Regierung, bei allen Klassen des Volkes auf die Erweckung und Belebung nationalen Sinnes, auf die Erhaltung des deutschen Geistes auch unter der Fremdherrschaft hinzuwirken. Der äußere Verband zwar, am 30. Juni 1808 vom Könige genehmigt, mußte, da der Bund Napoleons Mißtrauen erregt hatte, schon am 31. December 1809 wieder aufgelöst werden, die Gesinnung aber, welche die Mitglieder des Tugendbundes beseelt hatte, blieb unter vielen Gleichstrebenden lebendig, deren Eifer die große Sache des Vaterlandes kräftig förderte.

In den letzten Tagen des Jahres 1809 kehrte auch der König, was Napoleon schon lange gewünscht hatte und was nicht länger mehr verzögert werden konnte, nach Berlin zurück, empfangen von dem Jubel seines treuen Volkes, welches die schweren Schicksalsschläge, die über Preußen verhängt waren, leichter tragen zu können glaubte, wenn es den König und die Königin wieder in der Hauptstadt wußte. Auch hier fand, den schmerzlichen Gefühlen gegenüber, die der König bei seinem Einzuge nicht ganz zu verbergen vermochte, der Dichter (Heinrich von Kleist) das richtige Wort, wenn er, Angesichts der geistigen Größe, mit welcher das Herrscherpaar wie das preußische Volk die Tage des Unglücks ertrug, dem Könige zurief:

„Blick' auf, o Herr, Du kehrst als Sieger wieder,
Wie hoch auch jener Cäsar triumphirt!"

Doch sollte Friedrich Wilhelm III. den bitteren Kelch bis zur Neige leeren müssen. Das Jahr 1810 entriß ihm die geliebte Gemahlin. In der Blüte des Lebens starb die Königin Luise am 19. Juli 1810 zu Hohenzieritz, im Kreise ihrer Familie, wo sie Erholung zu finden gehofft hatte. Für die zarte Gesundheit der Königin waren die Aufregungen dieser Unglücksjahre, die ihr edler und hoher Geist mit bewunderungswürdiger Kraft ertragen, zu groß gewesen. Die Schmach des Vaterlandes, die Sorge um

den König, um die Zukunft des Staates und ihrer Kinder, das Alles wirkte mit, die Katastrophe herbeizuführen. Der König, der, bei allem öffentlichen Unglück, in dem trauten Familienkreise, welchem die Königin einen hohen Reiz zu verleihen verstand, sich erholt und aufgerichtet hatte, war durch diesen neuen Schicksalsschlag aufs Tiefste gebeugt; das ganze preußische und deutsche Volk aber trauerte mit ihm, denn bis in die weitesten Kreise des Volkes war der Ruf der Tugenden, des geistigen und sittlichen Adels der hohen Frau gedrungen. Jetzt erinnerte man sich wieder der unedlen Angriffe gegen die wehrlose Fürstin, durch die sich Napoleon selbst entehrt hatte, man beschuldigte ihn, die Ursache ihres frühen Todes zu sein, und zu den zahlreichen Gründen des bitteren Hasses gegen den Imperator kam noch eine neue, eine der schwersten Anklagen hinzu, geeignet, die Gemüther zu immer heftigerer Empörung gegen das fremde Joch zu reizen.

Napoleon aber fuhr fort, geblendet von den gewaltigen Erfolgen, die er errungen, rücksichtslos nur den Eingebungen seiner despotischen Laune folgend, in allen Ländern, die er sich unmittelbar unterworfen hatte, oder in denen sein Machtwort den Regierungen Befehl war, die willkürlichsten Einrichtungen und Umgestaltungen zu treffen.

Die Fürsten und Völker des Rheinbundes litten am meisten unter dem Drucke des Uebermächtigen. Nach seinem Belieben veränderte er ihre Grenzen, theilte einzelne Provinzen anderen Gebieten zu, verfügte über ihre Geldquellen und über Gut und Leben der Staatsangehörigen, je nach den Eingebungen des Augenblickes. Am schwersten seufzten diese Länder unter der Continentalsperre, dem Verbote, englische Waaren auf dem europäischen Festlande zu verkaufen, welches mit der größten Strenge durchgeführt wurde, dessen Umgehung mit den schwersten Strafen bedroht war. Zur Durchführung dieses unsinnigen Verbotes, durch welches er England, das ihm allein noch widerstand, zum Frieden, zur Demüthigung zwingen zu können wähnte, hielt er die Einverleibung des ganzen Gebietes der Nordseeküste in das französische Kaiserreich für nothwendig. Im Laufe des Jahres 1810 wurde zunächst Holland, wo sein Bruder Louis vergebens eine gewisse Selbständigkeit im Interesse seines Landes angestrebt und deshalb die Krone hatte niederlegen müssen, dann der größte Theil von Hannover mit Frankreich vereinigt; hierauf kam die Reihe an die Hansestädte und an das Herzogthum Oldenburg.

Die Absetzung des Herzogs von Oldenburg verletzte aufs Tiefste den Kaiser Alexander von Rußland, der diese einem Angehörigen seines Hauses zugefügte Gewaltthat als eine persönliche Beleidigung empfand. Die Selbsttäuschung, welcher sich der Czar eine Zeit lang über sein Verhältniß zu Napoleon hingegeben hatte, war längst einer nüchternen Anschauung der Sachlage gewichen. Alexander war sich darüber klar geworden, daß Napoleon nicht daran denke, ihm zur Verwirklichung des immer wieder erneuten Lieblingsplanes der russischen Politik, zur Eroberung Konstantinopels, zu verhelfen. Von der Theilnahme an der Continentalsperre, die für Rußland noch nachtheiliger wirken mußte als für die anderen Staaten, hatte er sich schon im Laufe des Jahres 1810 durch eine Verordnung losgesagt, welche die wesentlichsten Bestimmungen für ihre Durchführung aufhob.

Gegen die Entthronung seines Verwandten hatte er feierliche Einsprache erhoben, mit der Aussicht, den Herzog von Oldenburg anderweitig zu entschädigen, sich nicht beruhigen lassen.

Die Spannung zwischen Frankreich und Rußland nahm im Laufe des Jahres 1811 immer mehr zu, in barschen Worten warf Napoleon dem russischen Gesandten in Paris die Haltung

seines Kaisers vor. Bei der Eigenart Napoleons, die keinen Widerstand duldete, war der Ausbruch des Krieges nur noch eine Frage der Zeit. Es handelte sich für ihn darum, wie lange er bedürfe, eine so gewaltige Heeresmacht aufzustellen, als zur erfolgreichen Bekriegung des russischen Staates nothwendig war. In Frankreich ordnete er neue Aushebungen an, des Rheinbundes war er sicher, mit Oesterreich schloß er ein Bündniß, das ihm ein Hilfscorps von 30,000 Mann zur Verfügung stellte.

Solchen Kriegsaussichten gegenüber war die Stellung Preußens eine ganz entsetzliche. Trotz den traurigen Erfahrungen von Tilsit hatte König Friedrich Wilhelm III. seine freundschaftlichen Beziehungen zu Kaiser Alexander nicht abgebrochen, die letzte Hoffnung der preußischen Regierung, gegenüber den Gefahren, mit denen sie Napoleons Willkür bedrohte, war immer noch ein Bündniß mit Rußland. Nun aber stand sie vor der Wahrscheinlichkeit, von Napoleon gezwungen zu werden, sich auf Seite Frankreichs am Kriege gegen Rußland zu betheiligen. Ja, dieß war noch nicht einmal die schlimmste Möglichkeit; auch jene war in Betracht zu ziehen, daß Napoleon den Anlaß des Kriegsausbruches benutzen werde, Preußen zu erdrücken, aus der Reihe der selbständigen Staaten vollkommen auszutilgen.

Solchen drohenden Gefahren gegenüber bestürmte ein Theil der patriotisch gesinnten Männer den König, sich zu einem Verzweiflungskampfe zu rüsten, lieber in ehrenvollem Ringen rühmlich zu Grunde zu gehen, als ein unseliges Bündniß mit Napoleon abzuschließen oder sich dem langsamen aber sicheren Ruin, den die Laune des Despoten jeden Tag über den Staat verhängen könne, auszusetzen. In eingehendster Weise wurden die Vorbereitungen für einen solchen Kampf getroffen, bei dem auf die opferwillige Mitwirkung des ganzen Volkes gerechnet ward, es wurde die Bildung von Milizen und von freiwilligen Jägerabtheilungen vorgeschlagen, es wurden die angesehenen Männer in den einzelnen Provinzen bezeichnet, die dafür in Aussicht genommen waren, an die Spitze der Mannschaften zu treten. So vollständig war alles vorbereitet, daß, nach Gneisenaus Aeußerung, nur drei Worte des Königs: „Genehmiget. Friedrich Wilhelm" erforderlich waren, um diesen Entwürfen Leben zu geben. Der König war bereit, den Rathschlägen so erprobter und besonnener Männer wie Scharnhorst, Gneisenau, Boyen zu folgen, aber doch nur unter der Bedingung, daß er, wo möglich, der Mitwirkung Oesterreichs, jedenfalls aber der Hilfe Rußlands sicher sei. Aber hier wie dort hatten die geheimen Sendungen vertrauter Männer nicht den gewünschten Erfolg. In Wien leistete man ja freilich nur ungern dem französischen Kaiser Heeresfolge, aber man war weit entfernt von dem Gedanken, sich zu einem ernstlichen Widerstande gegen seine Weltherrschaft aufzuraffen. In Petersburg aber war man entschlossen, den Krieg nicht zu beginnen, den Angriff innerhalb der eigenen Grenzen abzuwarten, und konnte sich zu keiner bestimmten, bindenden Zusage Preußen gegenüber entschließen.

Die von den thatkräftigen Vaterlandsfreunden eifrig betriebenen Rüstungen hatten aber inzwischen das Mißtrauen Napoleons rege gemacht. Der diplomatische Schachzug des Staatskanzlers Hardenberg, ihm das Bündniß Preußens anzubieten und damit Zeit und den Vorwand zur weiteren Fortsetzung der Rüstungen, besonders zur Erhöhung der Stärke des stehenden Heeres, zu gewinnen, konnte ihn nicht täuschen. Zunächst ließ er das Anerbieten ohne Erwiderung; später aber, als ihm der richtige Augenblick gekommen zu sein schien, stellte er selbst die Bedingungen für das Bündniß fest, Bedingungen, welche Preußen, wie er glaubte, allen Wechselfällen des Krieges gegenüber, fest und fast wehrlos in seine Hand gaben. Nach

diesem Bündnißvertrage, den der preußische Gesandte in Paris am 22. Februar 1812 unterzeichnen mußte, durfte das preußische Heer auch fortan nicht über 42,000 Mann vergrößert werden, von denen der König 20,000 Mann und 60 Geschütze zum Kriege gegen Rußland bis zum 15. März marschfertig zu halten hatte. Die übrigen 22,000 Mann wurden nach einer bestimmten Vorschrift in den Festungen vertheilt. Mit Ausnahme eines kleinen Theiles von Schlesien, dem Neutralität zugesagt wurde, mußte Preußen durch alle seine Provinzen den Durchmarsch der französischen Armee gestatten und die Lieferung aller Bedürfnisse derselben übernehmen, endlich alle Waffen und Vorräthe in den Festungen den Franzosen zur Verfügung stellen.

Am 5. März sah sich der König gezwungen, diesem Vertrage seine Zustimmung zu geben. Sein Land war von den im Aufmarsch begriffenen Armeen Napoleons so vollständig eingeschlossen, daß die Verweigerung der Ratifikation ohne allen Zweifel den sofortigen Beginn der Feindseligkeiten gegen Preußen zur Folge gehabt hätte.

Der Abschluß dieses Vertrages, der erst erfolgte, nachdem sich der König durch eine abermalige vertrauliche Anfrage in Petersburg überzeugt hatte, daß von Rußland keine Hilfe zu erwarten sei, war ein schwerer Schlag für die Vaterlandsfreunde, die so mit einem Male alle ihre Hoffnungen vereitelt sahen. Eine Anzahl von Offizieren, etwa 30, nicht aber wie man lange Zeit annahm 300, erbat den Abschied, um in den „deutschen Legionen" in Spanien und Rußland wider Napoleon zu kämpfen. Wenn jetzt auch Männer wie Scharnhorst und Gneisenau aus dem Dienste schieden, so geschah es nicht, weil sie sich gegen den durch die Noth des Augenblicks erzwungenen Entschluß ihres Kriegsherren auflehnten, sondern weil sie, Napoleon längst verdächtig, in den wichtigen Stellungen, die sie einnahmen, bei der veränderten Lage der Dinge ihrem König und Vaterlande eher schaden als nützen konnten. Denn dem preußischen Staate und der deutschen Sache blieb auch fortan, im vollen Einverständnisse mit dem Könige, ihre Kraft erhalten. Gneisenau ward mit einer wichtigen geheimen Sendung an die Höfe von Wien und Petersburg, Stockholm und London betraut, um mit den Fürsten und Staatsmännern Fühlung zu erhalten und für den richtigen Augenblick, auf dessen Eintritt man noch immer zu hoffen wagte, ein Zusammenwirken aller europäischen Mächte gegen Napoleon vorbereiten zu helfen; Scharnhorst aber gab von Oesterreich aus, wohin er beurlaubt ward, nach wie vor dem Könige seine Rathschläge über alle wichtigen, die Armee betreffenden Fragen, über welche er fortgesetzt in Kenntniß erhalten wurde.

Im Juni 1812 rückte die große Armee Napoleons, 600,000 Mann stark, darunter 200,000 Deutsche, über den Niemen. Bevor er sich an die Spitze seines Heeres stellte, hatte Napoleon in Dresden noch einmal in der Schaustellung seiner weltbeherrschenden Macht geschwelgt, die Könige und Fürsten der Länder, die ihm Heeresfolge leisten mußten, um sich versammelt. Auch der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen hatten es nicht vermeiden können, sich dort einzufinden. Niemand konnte ahnen, wie nahe der übermüthige Corse, der auch hier wieder in der Art und Weise, wie er seinen Gästen gegenübertrat, die ganze Brutalität des Emporkömmlings an den Tag legte, dem Augenblicke sei, da das Glück sich auf immer von ihm wenden sollte.

Es währte geraume Zeit, bis Nachrichten vom Kriegsschauplatze nach Deutschland kamen. Dann erschienen gleichgiltige, nichtssagende Berichte. Im September erhielt man Kenntniß von der blutigen Schlacht von Borodino, Ende des Monats die

überraschende Nachricht, daß nach Napoleons Einzug in Moskau ein furchtbarer Brand die alte Hauptstadt des Czarenreiches zerstört habe. Hierauf tauchten verschiedene Gerüchte über dessen Entstehung auf, dann folgte wieder wochenlange Ungewißheit, bis plötzlich, wie ein Donnerschlag, die Nachricht Europa durcheilte, Napoleon sei am 14. December durch Dresden gekommen, allein, ohne Begleitung, in flüchtiger Eile. Man staunte, man rieth. Bald war nichts mehr zu errathen. Das Elend des Rückzuges nicht einer Armee, sondern unzusammenhängender, halb erfrorener, halb verhungerter, kaum nothdürftig bekleideter, mit Lumpen umhüllter Schaaren, es war nicht mehr zu verbergen; der Unbesiegbare hatte die Grenzen seiner Erfolge gefunden. „Mit Roß und Mann und Wagen hat ihn der Herr geschlagen."

Während Napoleon mit der großen Armee sich tief in das Innere Rußlands hatte locken lassen, war das preußische Hilfscorps mit bairischen, polnischen und westfälischen Regimentern bei der Reserve gestanden und unter dem Oberbefehle des Marschalls Macdonald in die russischen Ostseeprovinzen eingerückt. Es hatte Mühe gekostet, bei Napoleon durchzusetzen, daß dieß preußische Corps ungetrennt bleiben durfte, dagegen hatte der König in die Ernennung des Generals von Grawert zum obersten Befehlshaber dieses Corps willigen müssen, eines braven und verdienstvollen, aber alten und energielosen Offiziers, der zudem ein unbedingter Bewunderer der Feldherrntalente Napoleons und seiner Marschälle war und, jeder politischen Auffassung fremd, in der Betheiligung Preußens an diesem Kriege nichts weiter als eine erwünschte Gelegenheit erblickte, den alten preußischen Waffenruhm wiederherzustellen.

Darum hatte der König den Militärgouverneur der Provinz Preußen zum zweiten Befehlshaber ernannt und damit Grawert einen Mann von ganz anderen Eigenschaften des Geistes und Charakters an die Seite gestellt — den General Hans David Ludwig von York.

Hans David Ludwig von York.

Der Sohn eines Offiziers, am 26. September 1759 zu Potsdam geboren, trat York schon mit 13 Jahren als Junker in ein Infanterieregiment ein, mußte aber nach 6 Dienstjahren als Secondelieutenant die soldatische Laufbahn verlassen, da ihn sein lebhaftes Ehrgefühl zu einer Handlung des Ungehorsams gegen einen Vorgesetzten fortgerissen hatte. Ohne Vermögen wie er war, trat er nun in holländische Kriegsdienste und führte ein an Kämpfen, Leiden und Abenteuern reiches Soldatenleben in den Colonien, am Cap und auf der Insel Ceylon. Im Jahre 1785 wieder in sein Vaterland zurückgekehrt, erhielt er, doch erst nach dem Tode des großen Königs, der

überraschende Nachricht, daß nach Napoleons Einzug in Moskau ein furchtbarer Brand die alte Hauptstadt des Czarenreiches zerstört habe. Hierauf tauchten verschiedene Gerüchte über dessen Entstehung auf, dann folgte wieder wochenlange Ungewißheit, bis plötzlich, wie ein Donnerschlag, die Nachricht Europa durcheilte, Napoleon sei am 14. December durch Dresden gekommen, allein, ohne Begleitung, in flüchtiger Eile. Man staunte, man rieth. Bald war nichts mehr zu errathen. Das Elend des Rückzuges nicht einer Armee, sondern unzusammenhängender, halb erfrorener, halb verhungerter, kaum nothdürftig bekleideter, mit Lumpen umhüllter Schaaren, es war nicht mehr zu verbergen; der Unbesiegbare hatte die Grenzen seiner Erfolge gefunden. „Mit Roß und Mann und Wagen hat ihn der Herr geschlagen."

Während Napoleon mit der großen Armee sich tief in das Innere Rußlands hatte locken lassen, war das preußische Hilfscorps mit bairischen, polnischen und westfälischen Regimentern bei der Reserve gestanden und unter dem Oberbefehle des Marschalls Macdonald in die russischen Ostseeprovinzen eingerückt. Es hatte Mühe gekostet, bei Napoleon durchzusetzen, daß dieß preußische Corps ungetrennt bleiben durfte, dagegen hatte der König in die Ernennung des Generals von Grawert zum obersten Befehlshaber dieses Corps willigen müssen, eines braven und verdienstvollen, aber alten und energielosen Offiziers, der zudem ein unbedingter Bewunderer der Feldherrntalente Napoleons und seiner Marschälle war und, jeder politischen Auffassung fremd, in der Betheiligung Preußens an diesem Kriege nichts weiter als eine erwünschte Gelegenheit erblickte, den alten preußischen Waffenruhm wiederherzustellen.

Darum hatte der König den Militärgouverneur der Provinz Preußen zum zweiten Befehlshaber ernannt und damit Grawert einen Mann von ganz anderen Eigenschaften des Geistes und Charakters an die Seite gestellt — den General Hans David Ludwig von York.

Hans David Ludwig von York.

Der Sohn eines Offiziers, am 26. September 1759 zu Potsdam geboren, trat York schon mit 13 Jahren als Junker in ein Infanterieregiment ein, mußte aber nach 6 Dienstjahren als Secondelieutenant die soldatische Laufbahn verlassen, da ihn sein lebhaftes Ehrgefühl zu einer Handlung des Ungehorsams gegen einen Vorgesetzten fortgerissen hatte. Ohne Vermögen wie er war, trat er nun in holländische Kriegsdienste und führte ein an Kämpfen, Leiden und Abenteuern reiches Soldatenleben in den Colonien, am Cap und auf der Insel Ceylon. Im Jahre 1785 wieder in sein Vaterland zurückgekehrt, erhielt er, doch erst nach dem Tode des großen Königs, der

nichts vergaß, 1787 eine Capitänstelle in der preußischen Armee und war 1806 bis zum Obersten und Commandeur des Fußjägerregimentes vorgerückt; in dieser Eigenschaft haben wir ihn kennen gelernt, als er bei Altenzaun den Uebergang Blüchers über die Elbe deckte und an dessen Zuge nach Lübeck rühmlichen Antheil nahm. „Eine starre entschlossene Gestalt" — so schildert ihn Arndt — „eine breite gewölbte Stirn voll Muth und Verstand, um den Mund ein hartes sarkastisches Lächeln. Er sah aus scharf wie gehacktes Eisen." Bei seinen Untergebenen war er nicht beliebt, aber hoch geachtet und ob seiner straumen Zucht gefürchtet. Den Franzosen zwang er Ehrerbietung ab durch sein strenges, gemessenes Wesen, das nie die Pflichten der Höflichkeit verabsäumte, aber auch keinen Schritt weiter im Verkehr mit ihnen ging, als die geschäftlichen Formen es erforderten.

Unter seiner Führung — denn die Erkrankung Grawerts stellte York bald allein an die Spitze des Corps — betheiligten sich die Preußen mit großer Tapferkeit an den Gefechten, welche das von Macdonald befehligte 10. Armeecorps den Russen lieferte. Durch preußische Offiziere, welche in der russischen Armee dienten, kannten deren Generale seine Gesinnung, seinen grimmigen Franzosenhaß, aber auch seine militärische Pflichttreue, seinen unbedingten Gehorsam gegen die Befehle des Königs. Sehr vorsichtig nur wagten sich daher russische Unterhändler heran, um ihm Trennung von den Franzosen vorzuschlagen. Solche Vorschläge kalt abweisend, benutzte York doch die dadurch eröffneten Beziehungen, um sich über den Verlauf des Krieges im Innern Rußlands sichere Nachrichten zu verschaffen. So erfuhr er frühzeitig die überraschenden Geschicke der großen Armee. Von der directen Aufforderung des russischen Generals Paulucci, mit ihm eine Convention abzuschließen, setzte er den König am 5. December in Kenntniß. Die Antwort, die er durch seinen Boten, den Major von Seydlitz erhielt, wies ihn an, sobald er in die Grenzen Preußens zurückkehre, als Generalgouverneur die Leitung der Provinz zu übernehmen, im übrigen nach den Umständen zu handeln. Daß mit Oesterreich Verhandlungen eingeleitet seien, wußte er durch einen anderen zu ihm gesandten Offizier, den Grafen Brandenburg.

Bei dem Rückzuge aus Rußland, den inzwischen das Armeecorps Macdonalds angetreten hatte, und bei welchem die preußischen Truppen die Nachhut bildeten, waren ihnen die Russen bald auf den Fersen. Absichtlich verzögerte York seinen Marsch, um sich durch die Russen von Macdonald abschneiden zu lassen. Fortwährend von den russischen Befehlshabern bestürmt, mit ihnen in Verhandlungen zu treten, entschloß er sich doch erst dazu, als die Lage der Dinge sich so gestaltet hatte, daß ihm keine Wahl blieb, als die Verbindung mit Macdonald, der ihn sehnsüchtig in Tilsit erwartete, durch ein Gefecht gegen die Russen zu erzwingen, oder mit diesen eine Convention abzuschließen.

Dann aber ging er, der großen Verantwortlichkeit, die er damit auf sein Haupt lud, sich vollständig bewußt, mit der ihn auszeichnenden Entschlossenheit auf die russischen Anerbietungen ein.

Am Morgen des 30. December vereinbarte York mit dem russischen General von Diebitsch in der Mühle von Poscherun bei Tauroggen einen Vertrag, durch welchen er seine Truppen von den Franzosen trennte und denselben eine neutrale Stellung zwischen Memel, Tilsit und dem Haff ausbedang, bis die Befehle seines Königs eingetroffen wären. In einem ausführlichen Berichte trug er dem Könige vor, wie er zu diesem Entschlusse gekommen und stellte dem Urtheile des Königs sein Schicksal anheim. „Ew. Majestät Monarchie," rief er ihm zu, „ist es jetzt vorbehalten, der Erlöser und Beschützer aller deutschen Völker zu werden. Es liegt zu klar am Tage,

daß die Vorsehung dieses große Werk leitet! Der Zeitpunkt muß aber schnell benutzt werden, jetzt oder nie ist der Moment, Freiheit, Unabhängigkeit und Größe wieder zu erlangen, ohne zu große und zu blutige Opfer bringen zu dürfen: in dem Entschlusse Ew. Majestät liegt das Schicksal der Welt!" Sein Urtheil erwartete er mit echt soldatischer Kaltblütigkeit. „Ich schwöre Ew. königl. Majestät" — schrieb er dem Könige — „daß ich eben so ruhig auf dem Sandhaufen wie auf dem Schlachtfelde, auf dem ich grau geworden, die Kugel erwarten werde."

Die Lage Friedrich Wilhelms III., als er diesen Bericht erhielt, war eine überaus schwierige. Die preußischen Festungen, die Hauptstadt selbst waren noch von Franzosen besetzt, die paar Tausend Mann Garden, die den König in Potsdam bewachten, konnten ihn gegen einen Gewaltstreich der Franzosen nicht schützen. Auch die Rüstungen, welche seit Mitte December eifrig betrieben wurden, waren noch sehr unvollständig. Unter solchen Umständen blieb dem Könige nichts anderes übrig, als die kühne That seines Generals, die er in seinem Herzen vollkommen billigte, den Franzosen gegenüber zu verurtheilen. York ward abgesetzt, General von Kleist zu seinem Nachfolger ernannt, Major von Natzmer abgesandt, diese Befehle zu überbringen und Kleist anzuweisen, da der König die Convention nicht genehmige, das Corps zur Verfügung des Königs von Neapel (Murat) zu stellen, der den Oberbefehl über die aus Rußland zurückmarschirenden Truppen führte.

So ward von Hardenberg den Franzosen die Entscheidung des Königs dargestellt. Major von Natzmer aber hatte kaum die französischen Linien passirt, als er, seinen wahren Auftrag erfüllend, statt nach Königsberg, in das Hauptquartier des Kaisers Alexander eilte und diesem im Namen des Königs von Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß anbot, wenn der Kaiser seine Armee sofort die Weichsel überschreiten und bis zur Oder vorgehen lasse.

Der französische Gesandte in Berlin und die französischen Marschälle ließen sich durch Hardenbergs Eröffnungen täuschen, und so ward die Gefahr, von den Franzosen als Gefangener erklärt zu werden, die bei einem weniger vorsichtigen Verfahren dem Könige gedroht hatte, glücklich abgewendet. Dennoch beschloß Friedrich Wilhelm sich nicht länger dieser unsicheren Lage auszusetzen und reiste am 22. Januar 1813 nach Breslau ab, wohin ihm am 23. die königliche Familie, am 24. der Staatskanzler von Hardenberg folgten.

Inzwischen hatte General York, ohne Verbindung mit Berlin, nur durch die Zeitungen von seiner Absetzung Kenntniß erhalten; erst am 26. Januar kehrte Major von Thiele, den er mit der Nachricht vom Abschlusse der Convention an den König geschickt hatte, zurück, und überbrachte des Königs Zustimmung zu Allem, was York gethan. Schon vorher war York, dessen Truppen die Lossagung von den gehaßten Franzosen mit unendlichem Jubel begrüßt hatten, dicht hinter den Russen über die preußische Grenze marschirt, wo auch diese als Freunde und Befreier einen begeisterten Empfang gefunden hatten, und am 5. Januar 1813 in Königsberg eingezogen.

Hier, wie überall, wohin die Nachricht drang, hatte der patriotische Entschluß Yorks die Hoffnung erweckt, daß nun in der That die Befreiungsstunde geschlagen habe, daß der Augenblick gekommen sei, das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln. In Königsberg ward die frohe Hoffnung noch genährt durch die gleichzeitige Ankunft des Freiherrn vom Stein, dessen unvergängliches Verdienst es vor Allem war, gegenüber den Gegenbestrebungen der engherzigen Anschauungsweise der national-russischen Partei am Hofe, den Kaiser Alexander zu dem Entschlusse gebracht zu haben, nicht an den Grenzen seines Reiches stehen zu bleiben, sondern, mit Preußen verbündet, alle unterjochten Völker Europas mit

fortzureißen, zu dem allgemeinen Befreiungskampfe gegen Napoleon.

Mit einer Vollmacht des Kaisers von Rußland ausgerüstet, begann Stein alsbald die Hilfsmittel der Provinz Preußen, die, so lange nicht das Bündniß zwischen Friedrich Wilhelm III. und Alexander abgeschlossen war, als erobertes Land gelten konnte, für die Weiterführung des Krieges in Anspruch zu nehmen. Er hob die Continentalsperre auf, er veranlaßte die unweigerliche Annahme des russischen Papiergeldes, er schützte die Provinz gegen ungerechtfertigte Ansprüche russischer Befehlshaber, er erhob erhebliche Vorschüsse von der Kaufmannschaft der Seestädte, er berief endlich die Provinzialstände, die eine wesentliche Umgestaltung ihrer Verfassung während seines Ministeriums im Jahre 1808 erlebt hatten, er regte den Gedanken an, auf Grundlage der früher schon von Scharnhorst bearbeiteten Pläne, eine Landwehr und einen Landsturm aus allen wehrfähigen Männern der Provinz in das Leben zu rufen.

Die weitere Ausführung dieses Planes aber fiel dem Landtage zu, der den General York in seine Mitte rief und sich von ihm, als dem Generalgouverneur der Provinz, die nöthigen Verhaltungsmaßregeln erbat. Auf seine Veranlassung ward ein Ausschuß niedergesetzt, der die Einzelheiten der Gründung von Landwehr und Landsturm ausarbeitete. So hatte die hohe Einsicht des Kaisers von Rußland, der dem preußischen Staatsmanne Stein die wichtigen Vollmachten übertrug, Steins Liebe zu der Provinz, deren Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit ihm wohlbekannt war, und der von einheimischen Männern, wie Dohna, Auerswald, Schön und Heidmann unterstützte Entschluß Yorks, die eigenmächtige That von Tauroggen hier fortzusetzen, es ermöglicht, daß, ehe der König von Preußen sich von dem französischen Bündnisse förmlich lossagen konnte, die Provinz Preußen aus eigener Initiative die Wege beschritt, welche bald für die ganze Monarchie vorgezeichnet wurden.

Mit unendlichem Jubel war der König in Breslau begrüßt worden, wo er am 25. Januar angekommen war. Mit banger Erwartung, mit fieberhafter Ungeduld harrte in der Hauptstadt Schlesiens, wie in der ganzen Monarchie, die erregte Bevölkerung der weiteren Entschlüsse des Königs. Ein erstes Zeichen der großen Dinge, die sich vorbereiteten, trat mit der Verordnung vom 3. Februar über die Bildung freiwilliger Jägerabtheilungen hervor, mit der Aufforderung an junge Leute vom 17. bis zum 24. Jahre, die bisher vom Dienste befreit waren und die Mittel besaßen, sich selbst auszurüsten, in diese den Infanteriebataillonen und Cavallerieregimentern zugetheilten Jägerabtheilungen einzutreten, um nach kurzer Ausbildung demnächst geschickte Offiziere oder Unteroffiziere abgeben zu können.

Die Wirkung dieser Aufforderung war eine gewaltige. Denn Jedermann in Preußen verstand, obwohl der Aufruf den Feind nicht bezeichnete, gegen wen allein die damit eingeleiteten Rüstungen gerichtet seien. Allenthalben erhob sich die Jugend des Landes. Die Hörsäle der Universitäten verödeten, die oberen Classen der Gymnasien sahen ihre Schüler zu den Meldeplätzen eilen, aus Schreibstuben und Werkstätten strömten die Jünglinge nach Breslau; wer sich kräftig genug fühlte, die Waffen zu tragen, riß sich von der Mutter, von der Braut los, Jammer und Zorn erfüllte die Brust derer, welche die Militärcommission wegen zu zarten Alters oder schwächlichen Körpers zurückweisen mußte.

Bald gesellten sich den Jünglingen die Männer bei; bei Gerichten, bei den Verwaltungsämtern mußte dem Eifer der Beamten Einhalt gethan werden, da jeder seine Kraft dem Dienste des Vaterlandes widmen wollte. Ein königlicher Erlaß mußte darauf hinweisen, daß der Civildienst nicht

unter der allgemeinen Begeisterung Schaden leiden, daß sich kein Angestellter ohne Erlaubniß seines Vorgesetzten zum Eintritt in Kriegsdienste melden dürfe. Der König selbst, durch die trüben Erfahrungen der Vergangenheit irre geworden an dem patriotischen Geiste seines Volkes, überzeugte sich jetzt, daß die Jahre der Prüfung ein neues Geschlecht erzogen hatten. Als die Berliner Freiwilligen auf 80 Wagen an den Fenstern des königlichen Schlosses vorbeifuhren und ihrem König den begeisterten Willkommgruß entgegenjauchzten, da stürzten ihm die Thränen aus den Augen; es war eine weihevolle Stunde, die vielen Kummer der vergangenen Jahre vergessen machen konnte.

Aber auch wer nicht selbst dem Vaterlande sein Schwert und sein Leben zu weihen im Stande war, wollte jetzt nicht zurückbleiben, da es galt für die heiligsten Güter des Menschen in den Kampf zu ziehen. Tausende, welche Alter, Geschlecht, körperliche Gebrechlichkeit vom Waffendienste ausschloß, brachten dem Vaterlande ihre Gabe dar, und nicht nur der Reiche spendete aus dem Ueberflusse seiner Schätze, sondern jeder, bis zu dem Aermsten herab, legte seine Spende an den rasch errichteten Sammelstätten nieder, Beamte verzichteten auf ihr Gehalt, Kinder leerten ihre Sparbüchsen, Frauen und Jungfrauen entkleideten sich ihres Schmuckes; wer nichts anderes zu geben hatte, zog den Trauring vom Finger und ersetzte das goldene Zeichen des Ehebundes durch einen schlichten Reif von Eisen. „Gold gab ich für Eisen 1813" lautete die Inschrift dieser Ringe. Nichts kann die Größe und Tiefe dieser Begeisterung deutlicher zur Anschauung bringen als die Spende eines armen Fräuleins, Ferdinande von Schmettau, die, anderer Schätze entbehrend, die Zierde ihres Hauptes, ihr reiches Lockenhaar abschnitt, aus dem man Ringe und Armbänder machen ließ und als Andenken an diese edle Hingebung verkaufte.

Einem so gewaltigen Kriege gegenüber, wie er jetzt bevorstand, durfte man indeß nicht nur mit der Begeisterung rechnen, man mußte das Pflichtgefühl auch jener Kreise der Bevölkerung aufbieten, denen die Regungen einer in hellen Flammen auflodernden Begeisterung weniger eigenthümlich sind. Darum ward am 11. Februar eine Verordnung erlassen, welche die Aufhebung sämmtlicher noch bestehenden Befreiungen vom Dienste, zunächst für die Dauer des Krieges, verfügte und nur diejenigen Ausnahmen festsetzte, welche der Dienst des Staates, des Landbaus und des Gewerbebetriebes gebieterisch forderte, wenn nicht allgemeine Stockung in den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens eintreten sollte. Eine weitere Verordnung — oft, aber mit Unrecht getadelt, weil in einem großen Staate, auch in den besten Tagen, doch immer Tausende leben, denen jede ideale Richtung und Anschauung fremd ist — bedrohte den Versuch, sich der Verpflichtung zum Kriegsdienste zu entziehen, mit Verlust des Bürgerrechts und der Ehre, die Nationalcocarde zu tragen. Dieses an der Kopfbedeckung zu tragende Zeichen, welches im übrigen nur durch die schwersten Verbrechen gegen die bürgerliche Gesellschaft verwirkt wurde, sollte den Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte seines Trägers darthun. Daß mit dem Verluste dieses Ehrenzeichens nun jener bedroht ward, der sich dem Kriegsdienste entzog, sollte auch dem Niedrigsten im Volke klar machen, daß ehrlos sei, wer in der Stunde der Gefahr sich weigere, dem Vaterlande zu dienen.

Nun sammelten sich auch die Männer, die Jahre lang diesen Augenblick ersehnt und vorbereitet hatten, Scharnhorst, Gneisenau, Blücher u. a. wieder um den König. In einem verborgenen Dachstübchen harrte mit den preußischen Staatsmännern und Feldherren in eifrigem Verkehre auch Stein der Stunde, da die Kriegserklärung Preußens an Frankreich erfolgen sollte.

Dazu mußte das weitere Vorrücken der russischen Armee und die Feststellung eines Vertrages abgewartet werden, in welchem Preußen die Sicherheit erhielt, daß Rußland nicht auf halbem Wege stillstehen, sondern seine ganze Macht aufbieten werde, Preußen in dem Umfange des Jahres 1805 wiederherzustellen.

Dieser Vertrag wurde am 28. Februar zu Kalisch abgeschlossen, sein ausgesprochener Zweck war die Befreiung Deutschlands und Europas von dem Joche der Napoleonischen Herrschaft.

Aber erst als Kaiser Alexander selbst am 15. März, von Friedrich Wilhelm III. eine Meile vor Breslau empfangen, seinen feierlichen, von unendlichem Jubel des Volkes begrüßten Einzug in der Hauptstadt Schlesiens gehalten hatte, erfolgte die Kriegserklärung Preußens an Frankreich. Bis dahin hatte der französische Gesandte, der dem Könige nach Breslau gefolgt war, sich von Hardenberg hinhalten und täuschen lassen, in unbegreiflicher Verblendung, die sich nur aus der Unfähigkeit der Franzosen, sich in die Sinnesart anderer Völker hineinzudenken, erklären läßt. Jetzt reiste er eilends nach Paris ab, um Napoleon darüber aufzuklären, was in Preußen längst das Geheimniß aller Welt war, daß die großen Rüstungen dieses Staates gegen ihn gerichtet seien. Zwei Tage darauf, am 17. März, erging der Aufruf des Königs „An Mein Volk" in alle Theile der preußischen Monarchie. Nicht bedurfte es vieler Worte, um die Gründe, um die Bedeutung des Krieges zu erklären. Jedermann war die Nothwendigkeit der Opfer klar, die jetzt von allen Ständen gefordert wurden, und Jedermann sprach der Aufruf aus der Seele, wenn er sagte: „Aber welche Opfer auch von einzelnen gefordert werden mögen, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für die wir sie hingeben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein. Es ist der letzte entscheidende Kampf, den wir bestehen für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unseren Wohlstand; keinen anderen Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang! Auch diesem würdet Ihr getrost entgegengehen um der Ehre willen, weil ehrlos der Preuße, der Deutsche nicht zu leben vermag. Allein wir dürfen mit Zuversicht vertrauen: Gott und unser fester Wille werden der gerechten Sache den Sieg verleihen, mit ihm einen sicheren, glorreichen Frieden und die Wiederkehr einer glücklicheren Zeit."

Gleichzeitig erschien die längst vorbereitete Verordnung des Königs über die Einrichtung der Landwehr, durch welche neben der rüstigen Jugend nun auch alle Männer bis zum 40. Jahre zusammenberufen und bewaffnet wurden, und des Landsturmes, welcher alle noch übrigen wehrbaren Kräfte des Landes aufbot, die Heimath zu vertheidigen. Schon einige Tage vorher, am 10. März, dem Geburtstage der unvergeßlichen Königin Luise, hatte der König den Orden des eisernen Kreuzes gestiftet, welcher in dem bevorstehenden Kriege als einzige Auszeichnung verliehen werden und für jeden Angehörigen des Heeres, den Höchstcommandirenden wie den schlichten Soldaten, die gleiche Anerkennung hervorragender Tapferkeit sein sollte.

Die Gesammtheit aller aufgebotenen Streitkräfte, zu denen auch noch einige Freicorps kamen, von welchen das Lützow'sche sich am meisten hervorthat, betrug bis zum Sommer 1813 die gewaltige Heeresmacht von 271,000 Mann, d. h. bei der damaligen Einwohnerzahl des preußischen Staates von nur 5 Millionen kam auf 18 Seelen 1 Vaterlandsvertheidiger, „eine Rüstung, deren Energie in der ganzen Geschichte ohne Beispiel ist".

Auch die Frauen wollten sich nicht damit begnügen, ihre Söhne, ihre Gatten, ihre Verlobten, ohne ein Wort der Klage, in den blutigen Völkerkampf zu entsenden, sie traten in Vereine zusammen, an deren Spitze die Prinzessinnen des preußischen Herrscherhauses standen, um Liebesgaben für die Truppen im Felde zu sammeln

um den Verwundeten und Kranken die Wohlthat weiblicher Pflege angedeihen zu lassen.

Die begeisterte Stimmung der Zeit aber fand ihren lebendigsten Ausdruck in den herrlichen patriotischen Gesängen, mit welchen die Dichter die ins Feld Ziehenden anfeuerten zum heiligen Kampfe für des Vaterlandes Befreiung. Und in diesen Liedern, die nicht nur, wie die Gesetze, Verordnungen und Aufrufe des Königs Friedrich Wilhelm und seiner Minister, für das preußische, die für das ganze deutsche Volk bestimmt waren, bahnte sich die Ausdehnung der gewaltigen Bewegung über die Grenzen Preußens hinaus an, durch sie ward die Erhebung der ganzen Nation vorbereitet.

Heinrich von Kleist gönnte ein feindliches Geschick nicht, den Tag der Vergeltung zu erleben, schon am 21. November 1811 hatte er sich, an der Rettung des Vaterlandes verzweifelnd, selbst den Tod gegeben. Aber andere nicht minder begabte, nicht minder patriotische Sänger traten in seine Fußstapfen. Theodor Körner (geboren am 23. September 1791) rührte, selbst mit dem Schwert ausgerüstet, ein eifriger Genosse der Lützow'schen Freischaar, in deren Kämpfen er am 26. August 1813 bei Gadebusch den Heldentod starb, mit mächtig klingenden Tönen seine Leier. Lieder wie: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los", „Frisch auf, mein Volk, die Flammenzeichen rauchen", „Was glänzt dort vom Walde im Sonnenschein?" „Du Schwert an meiner Linken" gaben den Empfindungen, welche die Brust der deutschen Jugend erfüllten, beredten Ausdruck.

In milderen Tönen sprach Max von Schenkendorf (geboren 11. December 1784, gestorben 11. December 1817), auch er, trotz eines lahmen Armes, in den Reihen der Vertheidiger des Vaterlandes fechtend, zu den patriotisch erregten Zeitgenossen. „Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt", „Wenn alle untreu werden, so bleib' ich euch doch treu" und so viele andere schöne und tiefsinnige Lieder, die vom Geiste edler Ritterlichkeit, frommer Vaterlandsliebe und aufopfernder Begeisterung für die Freiheit erfüllt sind, erhoben Herz und Sinn von vielen Tausenden.

Theodor Körner.

Ernst Moritz Arndt in seiner kräftigen, urwüchsigen Weise sang von dem „Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte", er mahnte: „Deutsches Herz, verzage nicht", er fragte: „Was ist des Deutschen Vaterland?" und fand die rechte Antwort: „Das ganze Deutschland soll es sein!" Ihm gelang auch vor anderen in schlichter Rede die volksthümliche Belehrung, was Landwehr und Landsturm bedeute, er schrieb den Katechismus für den deutschen Kriegs- und Wehrmann, in dem er Töne anschlug, wie sie seit Luthers Tagen nicht mehr so voll und echt deutsch der Nation erklungen waren.

Des ritterlichen Friedrich de la Motte Fouqué prächtiges „Frisch auf zum fröhlichen Jagen!" ward das bevorzugte Lieblingslied der

freiwilligen Jäger. „Geharnischte Sonette" nannte Friedrich Rückert (geb. 16. Mai 1789) die Gedichte, in denen er seiner vaterländischen Begeisterung Worte lieh, freilich keine zündenden Volkslieder, aber gedankenreiche und schön geformte Erinnerungsblätter an den gewaltigen geistigen und sittlichen Aufschwung jener großen Tage.

Friedrich Rückert.

Eine ganz wesentliche Eigenthümlichkeit dieser großen Zeit der deutschen Erhebung aber war der fromme, gottvertrauende Sinn, der durch all dieß Singen und Sagen der volksthümlichen Dichter klang, der recht eigentlich die Grundlage der großartigen Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit der Nation bildete. Bevor die Regimenter auszogen, sammelten sie sich um ihren Feldprediger, um den Segen des Himmels für den heiligen Kampf zu erflehen, in den sie zogen, „für Gott, König und Vaterland".

Tausenden von Volksgenossen sprach Körner aus der Tiefe der Seele, wenn er bei einer solchen Feier einer alten Kirchenweise das Lied unterlegte:

„Wir treten hier in Gottes Haus
Mit frommem Muth zusammen.
Uns ruft die Pflicht zum Kampf hinaus
Und alle Herzen flammen.
Denn, was uns mahnt zu Sieg und Schlacht,
Hat Gott ja selber angefacht.
Dem Herrn allein die Ehre!"

Dieselbe Gesinnung, welche in Preußen das ganze Volk durchdrang und Jung und Alt zu den Waffen rief, beherrschte den ganzen Nordwesten unseres Vaterlandes. Hätte man sich entschlossen, ein Armeecorps rasch vorrücken zu lassen, so wäre es leicht gewesen, mit Hilfe der Bevölkerung, die allenthalben vom Drange nach Befreiung, vom glühendsten Franzosenhasse erfüllt war, den Feind zu verjagen, im Königreiche Westfalen der Herrschaft des verachteten Jérôme ein schnelles Ende zu bereiten. Aber was ein geordneter Kriegszug hätte erreichen können, mißlang dem tollkühnen Husarenstreiche des Generals von Tettenborn, (eines geborenen Deutschen, der 1809 aus österreichischen in russische Dienste getreten war) der zwar Hamburg auf kurze Zeit besetzte und von den dortigen Patrioten mit begeistertem Jubel als Befreier empfangen ward, aber bald vor überlegenen feindlichen Streitkräften den Rückzug antreten und die unglückliche Stadt der grausamen Rache des Marschalls Davoust überlassen mußte.

Auch Oldenburg und Mecklenburg, die sich erhoben, mußten sich noch einmal unter das nun doppelt schwere Joch der Fremdherrschaft beugen.

Ein Aufruf, den am 25. März der russische Oberbefehlshaber Fürst Kutusow, im Auftrage des Kaisers von Rußland und des Königs von Preußen, an die Fürsten und Völker Deutschlands richtete, hatte die Rückkehr der Freiheit und Unabhängigkeit verkündigt, dazu die Mitwirkung der deutschen Fürsten gefordert und dabei vorausgesetzt, „daß sich keiner finden werde unter ihnen, der, indem er der deutschen Sache abtrünnig sein und bleiben

will, sich reif zeige der verdienten Vernichtung durch die Kraft der öffentlichen Meinung und durch die Macht gerechter Waffen". In erster Reihe wurde die Auflösung des Rheinbundes, „dieser kriegerischen Fessel", gefordert, der ganzen deutschen Nation aber eine Verfassung verheißen, „deren Gestaltung ganz allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheim gestellt bleiben soll".

Vorerst erwies sich dieser Mahnruf an die deutschen Fürsten noch vergeblich. Die Mehrzahl der Rheinbundfürsten blieb Napoleon ergeben; der erste, dessen Gebiete sich die Streitkräfte der Verbündeten nahten, der König von Sachsen, zog vor, aus seinem Lande zu fliehen, als sich der allgemeinen deutschen Sache anzuschließen. Gegen Ende des Monats März begann die Bewegung der verbündeten Heere gegen die Elbe. Den Oberbefehl über die ganze Armee führte der russische Feldmarschall Kutusow, der mit seinen Truppen noch in Polen stand, während ein zweites russisches Corps, das General Fürst Wittgenstein befehligte, in der Mark Aufstellung nahm. Diesem hatte sich auch ein erheblicher Theil der preußischen Armee unter den Generalen York, Bülow und Borstell anschließen müssen; die andere Hälfte der Preußen stand in Schlesien und ihr Oberbefehlshaber war der General von Blücher.

Gebhard Lebrecht von Blücher, geboren am 16. December 1742 zu Rostock, trat in früher Jugend, von soldatischem Geiste getrieben, bei den schwedischen Husaren als Freiwilliger ein, 1760 von den Preußen gefangen, ging er, gegen einen schwedischen Offizier ausgewechselt, in preußische Dienste über und rückte bis 1771 zum Rittmeister vor. Als er sich bei einer Beförderung übergangen sah, verlangte er in barschem Tone seinen Abschied, den ihm Friedrich II., über einen wilden Streich, den er sich in Polen hatte zu Schaden kommen lassen, sehr ungehalten, mit der Erklärung bewilligte: der Rittmeister von Blücher könne sich zum Teufel scheeren. Wie York konnte auch er, obwohl er öfter darum nachsuchte, bei Lebzeiten des großen Königs die Wiederanstellung in der Armee nicht erlangen. Erst Friedrich Wilhelm II. ernannte ihn 1787 zum Major und zwar, auf seinen Wunsch, in seinem alten Husarenregimente. Wie er sich als kühner Reiterführer in dem Feldzug am Rhein und nach dem Unglückstage von Jena durch den Zug nach Lübeck ausgezeichnet hatte, haben wir gesehen. Nach dem Frieden von Tilsit wurde er commandirender General in Pommern. In tiefster Seele empfand Blücher die Schmach, die dem Vaterlande auferlegt war; er hätte am liebsten seinen Säbel umgeschnallt und wäre dorthin gezogen, wo der Krieg gegen Napoleon weitergeführt wurde. Denn diesen haßte er mit wilder Leidenschaftlichkeit, die ihn oft zu Wuthausbrüchen trieb, welche Anfällen von Wahnsinn glichen. Dann schlug er mit gezogenem Säbel um sich, indem er wuthknirschend: Napoleon! Napoleon! rief. Im Jahre 1812 hatte man ihm das Generalcommando in Pommern abnehmen müssen. Jetzt aber, in der Stunde der Erhebung, die der jugendfrische Greis voll Begeisterung begrüßte, berief ihn, auf Scharnhorsts dringende Empfehlung, sein König zum Oberbefehlshaber der preußischen Truppen. „Er ist der Einzige, der sich nicht vor Napoleon fürchtet," hatte Scharnhorst gesagt, und in der That: Furcht vor irgend einem Menschen war dem alten Degen völlig fremd. Seine Bildung war sehr vernachlässigt, mit der Grammatik und besonders mit der Rechtschreibekunst stand er zeitlebens auf äußerst gespanntem Fuße. Aber ein überaus klarer Verstand und eine große Schlauheit ließen ihn, der allen Lebenslagen gegenüber stets das Herz an der rechten Stelle hatte, meist das Richtige treffen. Weitaussehende strategische Anordnungen, auf ein gründliches Studium von Landkarten aufgebaut, waren nicht seine Sache, und für die beste Taktik hielt er es, sich auf den Feind, wo man ihn finde, mit möglichster Kraft und Raschheit zu werfen. Darum hat er auch im Munde seiner Soldaten den Namen des Marschalls „Vorwärts" erhalten. Was ihm von technischen Kenntnissen abging, besaßen in um so höherem Maße die Chefs seines Generalstabes, zuerst Scharnhorst und später, als dieser, seiner bei Großgörschen erhaltenen Wunde nicht achtend, eine Sendung nach Oesterreich übernommen hatte und am 27. Mai in Prag gestorben war, Gneisenau.

August Wilhelm Anton Neithardt von Gneisenau.

Am 27. October 1760 zu Schilda geboren, der Sohn eines Offiziers der Reichsarmee, die wenige Tage nach seiner Geburt bei Torgau von Friedrich dem Großen geschlagen ward, wuchs August Wilhelm Anton Neithardt von Gneisenau in dürftigen Verhältnissen auf, bis sein mütterlicher Großvater ihn zu Würzburg in einer Jesuitenschule erziehen ließ. Mangel an Mitteln gestattete ihm nicht, die 1777 an der Universität Erfurt begonnenen Studien fortzusetzen, nöthigte ihn vielmehr, zuerst in Oesterreich, woher seine Familie stammte, dann in dem ansbach-baireuthischen Contingente Kriegsdienste zu nehmen. 1782 ging er als Lieutenant mit seinem Regimente nach Amerika, ohne jedoch, weil bald Friede geschlossen ward, an dem Kampfe der Engländer gegen ihre abgefallenen Colonien noch persönlich Antheil zu nehmen. Nach seiner Rückkehr in die preußische Armee übergetreten, fand er erst bei der Vertheidigung Colbergs Gelegenheit, seine glänzenden Eigenschaften zur Geltung zu bringen. Von da an nahm er an der Neugestaltung des preußischen Heeres, an der Seite und ganz im Geiste Scharnhorsts, den hervorragendsten Antheil. Hochgebildet, würdevoll und vornehm in seinem Auftreten, wohlwollend und freundlich gegen jedermann und doch voll rücksichtsloser Energie, wenn es die Erreichung eines großen Zieles galt, war er ganz die geeignete Persönlichkeit, die der alte Blücher zur Ergänzung seiner eigenen Fähigkeiten brauchte.

Inzwischen hatte Napoleon der großen Gefahr gegenüber, mit der ihn Rußland und Preußen bedrohten und die er in ihrem vollen Umfange würdigte, seine Rüstungen so viel als möglich beschleunigt und verstärkt. Schon am 11. Januar 1813 hatte der Senat eine Aushebung von 350,000 Mann genehmigt, zu der später eine zweite Bewilligung von 180,000 Mann hinzutrat. Die jungen Truppen, von wenigen altgedienten Regimentern gestützt, wurden alsbald an die Grenze vorgeschoben, mit äußerster Energie ausgebildet; die Rheinbundfürsten wurden streng angehalten, ihre vertragsmäßige Truppenzahl zu stellen. Schon am 25. Mai kam Napoleon selbst in Erfurt an, in dessen Umgebung sein Heer

sich sammelte, an Zahl den Verbündeten damals noch weit überlegen, die dagegen ihrerseits an Reiterei und Geschützen erheblich stärker waren als die Franzosen.

Schon am 5. April hatte bei Möckern ein Zusammenstoß der Preußen mit den Truppen des Vicekönigs von Italien stattgefunden, die zum Rückzug über die Elbe gezwungen worden waren; diese erste rühmliche Waffenthat hatte nicht verfehlt, das Selbstvertrauen des preußischen Heeres zu erhöhen, ihm die Achtung der Russen zu gewinnen, die Franzosen einzuschüchtern.

Jetzt, als Napoleon selbst bei seiner Armee eingetroffen war, drängte er zu einer, wie er hoffte, entscheidenden Schlacht. Dennoch ward er von den Verbündeten überrascht. Bei Lützen fielen sie ihm am 2. Mai in die Flanken. Aber den vorzüglichen Schlachtplan Scharnhorsts störte bei der Ausführung die Zögerung der Russen, die nun, nach Kutusows Tode, Wittgenstein befehligte; die Preußen rangen zwar erfolgreich bei Großgörschen, aber als die Russen nicht rechtzeitig in das Gefecht eingriffen, blieb Napoleon Herr des Schlachtfeldes. Einer Wiederaufnahme des Kampfes am andern Morgen widersetzte sich, all zu ängstlich, Kaiser Alexander. Freilich konnten auch die Franzosen das Schlachtfeld nicht behaupten, aber dennoch wog der Rückzug der Verbündeten für Napoleon einen Sieg auf. Der Glaube an seine Unbesiegbarkeit war bei den Rheinbündischen wiederhergestellt, er konnte wieder am rechten Elbufer Stellung nehmen, Sachsen war von Neuem seinem Machtgebote unterworfen und König Friedrich August mußte dem Befehle Napoleons, der seinen Versuch, neutral zu bleiben, barsch zurückwies, gehorchend, nach Dresden zurückkehren, seine Truppen mit der französischen Armee vereinen.

Dennoch war der Tag von Lützen auch für die Preußen von hoher Bedeutung. Die jungen ungeschulten Truppen hatten sich herrlich geschlagen. „Wir haben keine Trophäe verloren," — schrieb Niebuhr — „keine Fahne, kein Rad, keinen Pulverwagen, keinen Gefangenen außer Verwundeten. Verloren war die Schlacht, aber kein Bataillon ist zerstreut vom Felde gegangen, alles in geschlossenen Massen abmarschirt."

Noch einmal suchten die Verbündeten durch eine Schlacht dem weiteren Vordringen Napoleons Halt zu gebieten. Aber auch bei Bautzen am 20. und 21. Mai war, trotz der verzweifelten Tapferkeit der Preußen, und zwar wieder in Folge falscher Anordnungen des russischen Befehlshabers, der Sieg auf Seite der Franzosen.

Schon rückten diese bis Schlesien vor, schon murmelte man im russischen Hauptquartier von einem Rückzug über die Oder nach Polen, denn das siegreiche Reitergefecht Blüchers bei Hainau am 26. Mai brachte zwar den Franzosen empfindliche Verluste bei, konnte aber doch den Rückmarsch der Verbündeten nicht aufhalten.

Da bot Napoleon selbst, sehr geschwächt durch die großen Verluste der heißen Schlachttage, einen Waffenstillstand an. Vergebens hatte er, dem Kaiser Alexander gegenüber, seine alten Künste versucht, ihn von Preußen zu trennen. Dieser war nur unter der Bedingung, daß Preußen mit eingeschlossen werde, auf Verhandlungen eingegangen. Zu Pleißwitz bei Jauer, am 4. Juni, ward der Vertrag unterzeichnet.

Bis zum 11. August ruhten nun die Waffen. In dieser Zeit mußte es sich entscheiden, ob der Krieg endigen solle mit neuer Kräftigung der Fremdherrschaft, ob er von neuem entbrennen werde, um erst mit der Demüthigung des Imperators sein Ende zu finden. Für die Entscheidung dieser Frage war von höchster Wichtigkeit die Haltung Oesterreichs.

Rechtzeitig hatte Fürst Metternich das Bündniß mit Napoleon gelöst, ohne sich doch dem Bunde Rußlands und Preußens anzuschließen. Jetzt schien ihm der richtige Augenblick gekommen,

eine Vermittelung zu versuchen, bei der er hoffen durfte, ohne selbst etwas einzusetzen, erhebliche Vortheile für Oesterreich zu erringen. Milde genug waren die Vorschläge, durch die, nach Metternichs Meinung, Napoleon den Frieden gewinnen sollte: Verzicht auf das Herzogthum Warschau, auf die einverleibten norddeutschen Küstenländer, Wiederherstellung Preußens bis zur Elbe, das waren im Wesentlichen die Punkte, welche dem Friedenscongreß, der am 12. Juli in Prag eröffnet wurde, zur Grundlage dienen sollten.

Nur in der Hoffnung, daß Napoleons Uebermuth selbst diese kleinen Zugeständnisse verweigern würde, konnte Preußen sich entschließen, den Congreß zu beschicken. Auch Kaiser Alexander ging doch nur widerwillig an diese Verhandlungen heran; man glaubte nur durch sie dazu gelangen zu können, Oesterreich in den Bund gegen Napoleon herüberzuziehen. An dessen Erweiterung und Verstärkung wurde indeß, während die Diplomaten in Prag verhandelten, eifrig gearbeitet. England, das mit Erfolg jenseits der Pyrenäen den Kampf gegen Frankreich fortsetzte, schickte jetzt seinen Gesandten nach Reichenbach in Schlesien zu den Monarchen von Preußen und Rußland und bot seine Hilfe an, freilich nur gegen das Versprechen der Wiederherstellung und Vergrößerung Hannovers; auch Schweden erklärte seinen Anschluß um den Preis der Einverleibung Norwegens.

Glücklicherweise hatten sich die preußischen Staatsmänner in Napoleon nicht getäuscht. Er wollte von keiner anderen Friedensgrundlage hören, als von dem Besitzstande vor dem Kriege. In der Nacht vom 10. auf den 11. August lag bange Sorge auf der Seele Wilhelms von Humboldt, der Preußen auf dem Congresse vertrat. „Einer unermeßlichen Last" fühlte er sich enthoben, als die Glocke die mitternächtliche Stunde anzeigte und damit der Congreß und der Waffenstillstand beendigt war, ohne daß der erwartete Courier die Annahme der Bedingungen von Seiten Napoleons brachte. Feuersignale trugen die Kunde von Berg zu Berg. Noch in derselben Nacht eröffnete Blücher die Feindseligkeiten. Am 15. August traf die Zustimmung Napoleons ein, jetzt war es zu spät: am 12. hatte ihm auch Oesterreich den Krieg erklärt. Damit war sein Schicksal entschieden. Das fromme Gottvertrauen des Körner'schen Verses:

„Herz! laß dich nicht zerspalten
Durch Feindes List und Spott.
Gott wird es wohl verwalten,
Er ist der Freiheit Gott."

es war nicht getäuscht worden.

Wichtiger als die englischen Hilfsgelder und die Bundesgenossenschaft Schwedens, deren Werth nur zu sehr durch die Zweideutigkeit des schwedischen Kronprinzen, des ehemaligen französischen Marschalls Bernadotte, beeinträchtigt wurde, war die durch den Waffenstillstand ermöglichte Verstärkung der russischen und preußischen Heere. Namentlich für die preußische Armee war die gewonnene Frist von hoher Bedeutung, weil die Ausbildung der jungen Truppen während derselben namhafte Fortschritte machte und auch die Organisation der Landwehr erst jetzt völlig zur Ausführung gebracht werden konnte.

Aber auch Napoleon hatte diese Monate nicht verloren. Noch immer war er den Verbündeten namhaft überlegen und hatte ferner vor ihnen voraus, daß über seine Heeresmacht sein Wille allein gebot, während bei den Verbündeten nur all zu viele Einflüsse sich geltend machten und die so nothwendige Einheit der Heeresleitung fehlte.

Jetzt wurden drei große Heere gebildet. Das erste, unter dem Oberbefehle des Fürsten Schwarzenberg, eines tapferen und edelgesinnten Mannes, dem aber die Begabung zur Leitung solcher Heeresmassen fehlte, ward, 270,000 Mann stark, Oesterreicher, Preußen und Russen, in Böhmen auf-

gestellt; in sein Hauptquartier begaben sich auch die verbündeten Monarchen; die zweite Armee, unter Blücher, etwa 100,000 Mann, Russen und Preußen, nahm in Schlesien Aufstellung; die dritte, 150,000 Mann, zum größten Theile Preußen, unter den Generalen Bülow und Tauenzien, in der Mark Brandenburg, befehligte der Kronprinz von Schweden. Er war nur mit

Fürst Karl von Schwarzenberg.

halbem Herzen bei der großen Sache, der er dienen sollte, ihm lagen die schwedischen Interessen näher, ja er scheute einen ernstlichen Zusammenstoß mit den Franzosen, seinen Landsleuten, da er sich mit der Hoffnung trug, wenn Napoleon gestürzt sei, selbst den französischen Thron zu besteigen.

Trotzdem wurde gerade von dieser Armee die erste Schlacht, nach Wiedereröffnung der Feindseligkeiten, geschlagen. Der Marschall Oudinot hatte den Befehl erhalten, gegen Berlin vorzurücken und stand am 22. August nur noch fünf Stunden von der preußischen Hauptstadt entfernt, von der Nordarmee nur durch ein mit Seen und Sümpfen durchzogenes Waldgelände getrennt, hinter welchem bei dem Dorfe Großbeeren die Verbündeten Aufstellung genommen hatten. Zwar wollte der Kronprinz aus dieser Stellung hinter Berlin zurückweichen, aber General Bülow war nicht gesonnen, die Hauptstadt ohne Kampf preiszugeben und warf sich am Nachmittage des 23. August den Feinden entgegen. Mit stürmischer Tapferkeit kämpften die jungen preußischen Mannschaften, mit kaltblütigem Muthe fochten die Schaaren der Landwehr, die, als bei dem heftigen Regen die Gewehre versagten, mit den Kolben auf die verhaßten Franzosen losschlugen. Es war ein heißer Kampf, aber der Sieg blieb den tapferen Preußen; die Franzosen erlitten große Verluste und mußten sich auf Magdeburg zurückziehen. Nur vier Tage später, am 27. August traf General Hirschfeld bei Hagelberg auf die unter dem General Girard gleichfalls gegen Berlin herangerückten Truppen, als sie sich eben, auf die Nachricht von Großbeeren, zum Rückzuge anschickten, und schlug sie bis zur völligen Vernichtung; von 12,000 Mann haben nur etwa 1800 sich gerettet. Der durch die jahrelange Unterdrückung aufs äußerste gesteigerte Ingrimm der Landwehrmänner kannte keine Schonung.

Beinahe gleichzeitig erfocht auch Blücher in Schlesien einen großen Sieg. Klug wich er einer Schlacht aus, zu der Napoleon selbst, auf die Kampfeslust des alten Reitergenerals rechnend, ihn verleiten wollte; erst als bedenkliche Nachrichten von der böhmischen Armee Napoleon zwangen, zur Deckung Dresdens zu marschiren, rückte Blücher vor und stellte sich dem französischen Marschall Macdonald auf einer Hochebene am rechten Ufer der „wüthenden Neisse“ und der Katzbach entgegen, zu der steile Abhänge herab-

fallen. Diese ließ Blücher, scheinbar zurückweichend, die Franzosen, während strömender Regen herniedergoß, mühsam emporklimmen. Aber kaum hatten sie auf der Hochebene ihre Schlachtreihen zu ordnen begonnen, als er den Befehl zum Angriff gab. Mit wuchtigem Anprall stürzten sich die Preußen unter Yorks, die Russen unter Sackens Befehl auf die Feinde. Ein wüthender

General von Bülow.

Kampf, Regiment gegen Regiment, Reihe gegen Reihe, zuletzt Mann gegen Mann entwickelte sich, bis es den Verbündeten gelang, die Franzosen zurückzudrängen, zu werfen, die steilen und schlüpfrigen Berghänge hinabzustürzen in die tosenden Wellen des wilden Flusses. Die ganze Armee Macdonalds war vernichtet, wenn nicht der Russe Langeron aus persönlicher Feindschaft gegen Blücher sich weigerte, am Kampfe Theil zu nehmen. Aber auch so war dieser Tag von Katzbach oder Wahlstatt — denn ganz nahe an der Stelle, wo im Jahre 1241 schlesische Fürsten den Einfall der Mongolen zurückgeworfen hatten, war am 26. August 1813 gekämpft worden — ein glänzender Erfolg. Ueber 30,000 Mann, mehr als 100 Kanonen, viele Fahnen und Adler verloren die Franzosen. Voll Muth nnd Zuversicht waren die jungen Truppen des preußischen Heeres, die hier ihre Feuertaufe erhalten, die erste große Probe so glänzend bestanden hatten.

Nicht so gut standen die Dinge bei der böhmischen Armee, die von dem Erzgebirge herab gegen Dresden marschirte und sich dort Napoleon selbst gegenübersah, der, auf die Kunde ihres Herannahens, schleunigst aus Schlesien herbeigeeilt war. Vergebens stürmte sie am 26. und 27. August gegen die stark verschanzten Stellungen der Franzosen heran, sie ward überall zurückgeworfen, 10 Bataillone wurden zur Capitulation gezwungen, und auf die Nachricht, daß Marschall Vandamme bei Pirna die Elbe überschritten habe, mußte die Schlacht aufgegeben und der Rückzug angetreten werden.

Glücklicherweise wurden die Verbündeten nicht mit der Energie verfolgt, die sehr wohl ihren geordneten Rückzug auf den schwierigen Gebirgsstraßen in überstürzte Flucht hätte verwandeln können. Vielmehr sandte ihnen Napoleon, selbst mit weitaussehenden Plänen gegen die Heere Blüchers und Bernadottes beschäftigt, nur 40,000 Mann unter Vandamme nach, der aber den Nachschub weiterer Streitkräfte mit Bestimmtheit erwartete. Bei Culm stieß er am 29. August auf die von dem General Ostermann und dem Prinzen Eugen von Wirtemberg geführten russischen Garden, die, von österreichischen Truppen unterstützt, den Ausgang des Passes mit Heldenmuth vertheidigten. Als aber Vandamme am folgenden Tage, dem 30. August, den Kampf wieder aufnahm, wurde er von den inzwischen

erheblich verstärkten Verbündeten entschieden zurückgeworfen und stieß, als er den Rückzug antrat, statt, wie er gehofft, auf die von Napoleon dringend erbetenen Hilfstruppen, auf ein preußisches Corps unter General Kleist, das ihm plötzlich bei Nollendorf entgegentrat. Mit dem Muthe der Verzweiflung suchten sich die Franzosen einen Weg durch die sich ihnen entgegenwerfenden

General von Kleist.

Preußen zu bahnen. Diese aber standen wie ein eiserner Wall und ließen ihre Reihen nicht durchbrechen. Nur kleine Abtheilungen der Franzosen entkamen auf schwierigen Gebirgspfaden; die übrigen mußten sich, soweit nicht ihre Leichen das Schlachtfeld bedeckten, den Siegern ergeben. Der Marschall selbst gerieth in Gefangenschaft, und die Anführer hatten Mühe, den verhaßten Vandamme, „den Gott verdamme", wie das Volkslied sagte, der in Norddeutschland mit am Grausamsten von allen französischen Befehlshabern gewüthet hatte, vor persönlichen Mißhandlungen zu retten.

Inzwischen hatte Napoleon dem Marschall Ney, den er selbst für den ausgezeichnetsten seiner Generale hielt, der in der Armee den Namen „der Bravste der Braven" führte, den Oberbefehl über die Truppen anvertraut, die er, um die Niederlage von Großbeeren wett zu machen, gegen die Nordarmee, „jene Kosakenschwärme und die ganze Masse schlechter Infanterie, die Landwehren" — wie er in seiner geringschätzigen Weise sich ausdrückte — marschiren ließ. Dort hatten sich, in Folge des zweideutigen Betragens Bernadottes, die preußischen Generale verabredet, unbekümmert um dessen Befehle, selbständig vorzugehen. Am 6. September griff bei Dennewitz General Tauenzien die Franzosen an, von General Bülow energisch und umsichtig in seinem heißen Ringen gegen Neys und Oudinots überlegene Schaaren unterstützt, bis im entscheidenden Augenblicke das Eingreifen des Generals Borstell den Kampf entschied. Die Feinde erlitten eine vollständige Niederlage und hatten überaus große Verluste. Ney selbst schrieb am andern Tage an Napoleon: „Ich bin total geschlagen und noch weiß ich nicht, ob sich meine Armee wieder gesammelt hat." Eine rasche Verfolgung, die auch den Rest aufgerieben hätte, unterblieb auch jetzt wieder durch die Schuld Bernadottes, der zudem die Keckheit hatte, in den amtlichen Tagesbefehlen die Ehren dieses großen Sieges, der doch geradezu wider seine Anordnungen erfochten war, sich zuzuschreiben.

Der Befehl, den nach der Niederlage der Verbündeten Blücher erhalten hatte, von Schlesien aus zur Verstärkung Schwarzenbergs nach Böhmen zu marschiren, konnte jetzt zurückgenommen werden, da inzwischen General Bennigsen mit den russischen Reserven bei der Hauptarmee

eingetroffen war. Daher rückte Blücher mit seiner Armee an die Elbe heran und erzwang hier, wesentlich durch die kaltblütige Ruhe und Ausdauer Yorks, bei Wartenburg am 3. October in einem heißen und blutigen Treffen den Uebergang über den Strom. Nach diesem Vorgange mußte sich auch der Kronprinz von Schweden zur Ueberschreitung der Elbe entschließen, während gleichzeitig die böhmische Armee wiederum den Vormarsch antrat und gegen Leipzig heranzog.

General Graf Tauenzien.

Während diese großen Schlachten auf dem Hauptschauplatze des Krieges geschlagen wurden, ward es auch im Rücken Napoleons lebendig. Streifschaaren der Verbündeten durchzogen ganz Norddeutschland bis an den Rhein, nahmen Waffen- und Munitionstransporte weg und besetzten einige wichtige Plätze; General Wallmoden vernichtete am 16. September an der Höhrde eine Division des Davoust'schen Corps; vor den Kosaken Tschernitscheffs mußte König Jérôme aus seiner Residenz Kassel entweichen, und in den Schaaren der Rheinbundtruppen begann sich ein franzosenfeindlicher Geist zu zeigen, der Napoleon bewies, daß er nicht mehr sicher auf diese Regimenter zählen könne.

Auch jetzt noch glaubte der geniale Feldherr mit einem kühnen Zuge alle ihm drohenden Gefahren überwinden zu können. Er faßte den gewaltigen Plan, Blücher und Bernadotte wieder über die Elbe zurückzuwerfen, sich der fast gänzlich entblößten Marken und der preußischen Hauptstadt zu bemächtigen und dann, gestützt auf die noch von seinen Truppen besetzten preußischen Festungen, dem Kriege eine ganz neue Wendung zu geben. Mit Mühe hielt, bei der ersten Bewegung Napoleons, die diese Absicht errathen ließ, Blücher den Kronprinzen von Schweden von übereiltem Rückmarsch über die Elbe zurück, den dieser, nur an das schwedische Vorpommern denkend, sofort ins Auge gefaßt hatte. Napoleon aber fand unter seinen Generalen so entschiedenen Widerspruch, daß er seinerseits den Plan wieder aufgab und dann in Dülen mehrere Tage in unthätigem Brüten über die zu fassenden Entschlüsse verlor, bis ihm der Anmarsch der böhmischen Armee keine andere Wahl mehr ließ, als auf den weiten sächsischen Ebenen vor Leipzig den Entscheidungskampf auszufechten.

Ein für die Franzosen ungünstiges Reitergefecht bei Liebertwolkwitz eröffnete am 14. October die große Schlacht. Ihm folgten, nachdem am 15. die Waffen geruht, drei Tage eines erbitterten Kampfes, bis endlich die Entscheidung errungen war. Durch eine begeisterte Ansprache an die Truppen wies Schwarzenberg sie auf die hohe Wichtigkeit des Augenblickes hin. „Russen, Preußen, Oesterreicher!" — rief er ihnen zu — „Ihr kämpft für eine Sache, kämpft für die

Freiheit Europas, für die Unabhängigkeit Euerer Söhne, für die Unsterblichkeit Euerer Namen. Alle für Einen, jeder für Alle! Mit diesem erhabenen Rufe eröffnet den heiligen Kampf! Bleibt ihm treu in der entscheidenden Stunde und der Sieg ist Euer!"

Gewaltige Heeresmassen standen einander gegenüber, alle Völker Europas außer den Türken waren dort vertreten, die berühmtesten Feldherren der Zeit standen an der Spitze der Kämpfenden. Den Verbündeten war es gelungen, Napoleon mit überlegenen Kräften entgegenzutreten. Sie zählten 300,000, er nur 190,000 Mann, ihre Reiterei war 56,000, die seinige nur 24,000 Mann stark, seinen 700 Kanonen stellten sie die doppelte Zahl gegenüber.

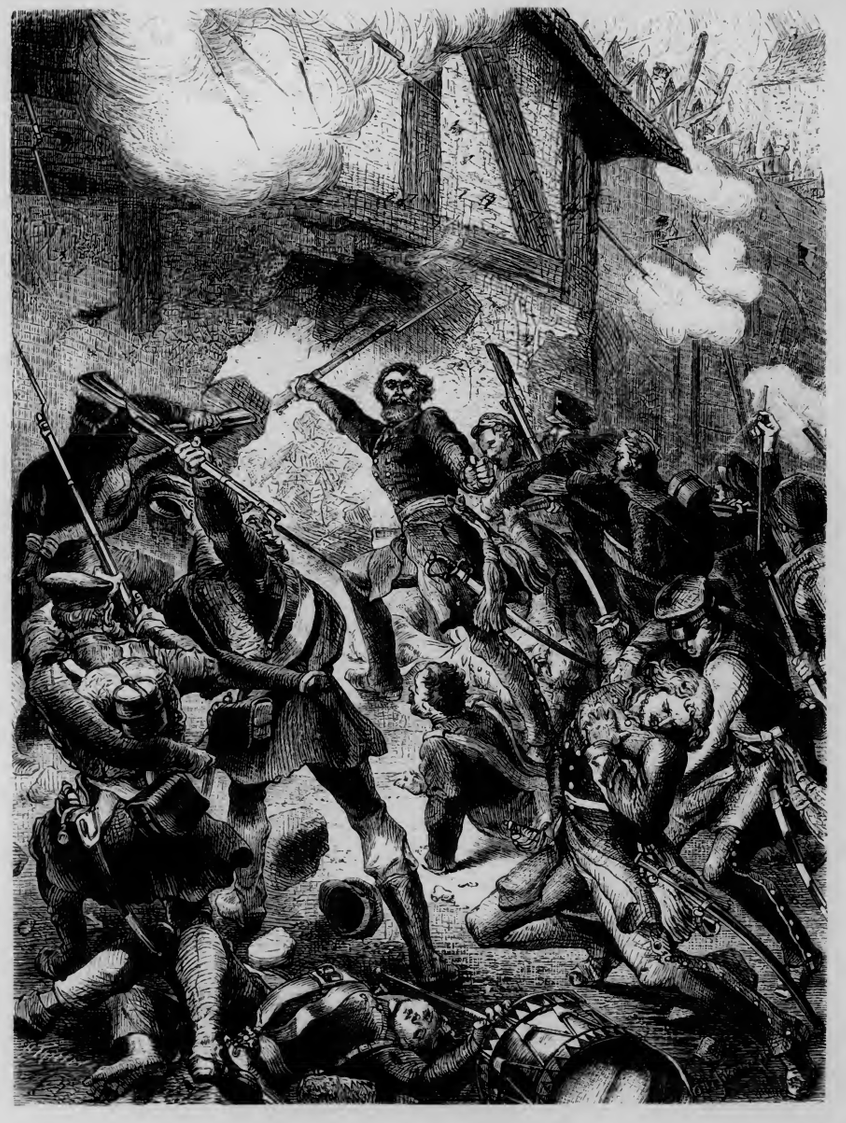
An vier Punkten wurde am 16. October geschlagen; mit grenzenloser Erbitterung wurde gerungen, Dörfer wurden gewonnen und wieder verloren, ganze Regimenter durch die wuchtigen Reiterangriffe Murats niedergeritten, ein Donner der Geschütze, wie er noch nie gehört worden, erschütterte die Luft. Schon glaubte Napoleon, daß sich der Sieg ihm zugewendet habe, schon ließ, auf sein Geheiß, der König von Sachsen, der in Leipzig bangen Herzens den Ausgang der Schlacht erwartete, ein Tedeum singen; aber der Abend des blutigen Tages ergab, daß sich der Kaiser getäuscht hatte. Zwar bei Wachau, Connewitz und Lindenau war die Schlacht unentschieden, aber bei Möckern hatte Blücher einen glänzenden Sieg errungen und die Feinde aus allen ihren Stellungen geworfen. Damit und durch die bedeutenden Verstärkungen, welche die Verbündeten am anderen Tage zu erwarten hatten, während Napoleon seine großen Verluste nicht ersetzen konnte, war eigentlich der Ausgang des Kampfes entschieden.

Noch einmal versuchte es am 17. October Napoleon, durch Verhandlungen eine günstige Wendung seines Geschickes herbeizuführen. Er sandte den gefangenen österreichischen General Meerveldt an Kaiser Franz und ließ die Annahme der Bedingungen anbieten, die er bei dem Congreß von Prag abgelehnt hatte. Doch ward er keiner Antwort gewürdigt und verlor durch diese Versuche nur den kostbaren Tag.

Am 18. October aber begann, während Napoleon die Seinen schon eine rückgängige Bewegung hatte machen lassen, der Kampf mit erneuter Erbitterung. Er wüthete den ganzen Tag hindurch; heldenmüthig schlugen sich die Franzosen für den Ruhm ihres Feldherren, für die seit einem Jahrzehnt behauptete Weltherrschaft ihres Landes, mit Todesverachtung kämpften bei Propstheida und Liebertwolkwitz die in so vielen Schlachten erprobten Garden gegen die erdrückende Uebermacht der Verbündeten, die den eisernen Ring um die gegen Leipzig Zurückweichenden immer enger und enger schlossen. Nun, da ihn das Glück verließ, fielen auch die Rheinbündischen von dem bisher Allgewaltigen ab. Wirtemberger und Sachsen gingen mitten in dem Gewühle der Schlacht zu den Verbündeten über. Nur die Tapferkeit und Umsicht Bertrands sicherte den Franzosen die Rückzugslinie nach Weißenfels, der ängstliche Schwarzenberg, der es nicht für rathsam hielt, „einen Feind, der noch Kräfte habe, zur Verzweiflung zu bringen", hinderte Blücher, den Rastlosen, der mit 20,000 Reitern ihnen dort den Weg verlegen wollte, seinen kühnen Plan auszuführen.

Am Abend des 18. October war der Sieg der Verbündeten entschieden. So theuer er erkauft war, der Erfolg wog die großen und kostbaren Opfer auf.

Am Morgen des 19. October galt es noch, die Stadt Leipzig, mit Wall und Graben befestigt, und an allen Eingängen verbarrikadirt, zu stürmen. Die Nachhut unter Macdonald und Poniatowsky, hatte hier die Aufgabe, so lang als möglich den Rückzug der französischen Armee zu



Freiheit Europas, für die Unabhängigkeit Euerer Söhne, für die Unsterblichkeit Euerer Namen. Alle für Einen, jeder für Alle! Mit diesem erhabenen Rufe eröffnet den heiligen Kampf! Bleibt ihm treu in der entscheidenden Stunde und der Sieg ist Euer!"

Gewaltige Heeresmassen standen einander gegenüber, alle Völker Europas außer den Türken waren dort vertreten, die berühmtesten Feldherren der Zeit standen an der Spitze der Kämpfenden. Den Verbündeten war es gelungen, Napoleon mit überlegenen Kräften entgegenzutreten. Sie zählten 300,000, er nur 190,000 Mann, ihre Reiterei war 56,000, die seinige nur 24,000 Mann stark, seinen 700 Kanonen stellten sie die doppelte Zahl gegenüber.

An vier Punkten wurde am 16. October geschlagen; mit grenzenloser Erbitterung wurde gerungen, Dörfer wurden gewonnen und wieder verloren, ganze Regimenter durch die wuchtigen Reiterangriffe Murats niedergeritten, ein Donner der Geschütze, wie er noch nie gehört worden, erschütterte die Luft. Schon glaubte Napoleon, daß sich der Sieg ihm zugewendet habe, schon ließ, auf sein Geheiß, der König von Sachsen, der in Leipzig bangen Herzens den Ausgang der Schlacht erwartete, ein Tedeum singen; aber der Abend des blutigen Tages ergab, daß sich der Kaiser getäuscht hatte. Zwar bei Wachau, Connewitz und Lindenau war die Schlacht unentschieden, aber bei Möckern hatte Blücher einen glänzenden Sieg errungen und die Feinde aus allen ihren Stellungen geworfen. Damit und durch die bedeutenden Verstärkungen, welche die Verbündeten am anderen Tage zu erwarten hatten, während Napoleon seine großen Verluste nicht ersetzen konnte, war eigentlich der Ausgang des Kampfes entschieden.

Noch einmal versuchte es am 17. October Napoleon, durch Verhandlungen eine günstige Wendung seines Geschickes herbeizuführen. Er sandte den gefangenen österreichischen General Meervoldt an Kaiser Franz und ließ die Annahme der Bedingungen anbieten, die er bei dem Congreß von Prag abgelehnt hatte. Doch ward er keiner Antwort gewürdigt und verlor durch diese Versuche nur den kostbaren Tag.

Am 18. October aber begann, während Napoleon die Seinen schon eine rückgängige Bewegung hatte machen lassen, der Kampf mit erneuter Erbitterung. Er wüthete den ganzen Tag hindurch; heldenmüthig schlugen sich die Franzosen für den Ruhm ihres Feldherren, für die seit einem Jahrzehnt behauptete Weltherrschaft ihres Landes, mit Todesverachtung kämpften bei Propstheida und Liebertwolkwitz die in so vielen Schlachten erprobten Garden gegen die erdrückende Uebermacht der Verbündeten, die den eisernen Ring um die gegen Leipzig Zurückweichenden immer enger und enger schlossen. Nun, da ihn das Glück verließ, fielen auch die Rheinbündischen von dem bisher Allgewaltigen ab. Wirtemberger und Sachsen gingen mitten in dem Gewühle der Schlacht zu den Verbündeten über. Nur die Tapferkeit und Umsicht Bertrands sicherte den Franzosen die Rückzugslinie nach Weißenfels, der ängstliche Schwarzenberg, der es nicht für rathsam hielt, „einen Feind, der noch Kräfte habe, zur Verzweiflung zu bringen", hinderte Blücher, den Rastlosen, der mit 20,000 Reitern ihnen dort den Weg verlegen wollte, seinen kühnen Plan auszuführen.

Am Abend des 18. October war der Sieg der Verbündeten entschieden. So theuer er erkauft war, der Erfolg wog die großen und kostbaren Opfer auf.

Am Morgen des 19. October galt es noch, die Stadt Leipzig, mit Wall und Graben befestigt, und an allen Eingängen verbarrikadirt, zu stürmen. Die Nachhut unter Macdonald und Poniatowsky, hatte hier die Aufgabe, so lang als möglich den Rückzug der französischen Armee zu

decken. Aber so tapfer auch gekämpft wurde, die Stadt war doch nicht mehr zu halten. Bald war jede feste Colonne zersprengt, jede Straße nur noch von einem bunten Knäuel Fliehender, Fallender, Verfolgender erfüllt, als, gegen die Verabredung um geraume Zeit zu frühe, mit einem weithin die Luft erschütternden Knalle die Elsterbrücke aufflog. Damit war jeder Widerstand vorüber. Während in dem unbeschreiblichen Greuel der Verwüstung die Trümmer der Brücke, die Leichen der Verunglückten den Fluß erfüllten, drangen die ersten Tirailleure der Verbündeten bis an dessen Bette vor, und schaarenweise streckten nun die verwirrten Massen die Waffen, während andere sich durch Schwimmen zu retten versuchten und großentheils, wie der edle Poniatowsky, in den Wellen der Elster den Tod fanden.

Unermeßlich war der Jubel der Bevölkerung, der mitten aus Blut und Elend heraus die Monarchen und Feldherren begrüßte, als sie gegen 1 Uhr des Mittags in die Stadt einzogen. Alle Verluste, aller Jammer, alle Entbehrungen des Einzelnen der letzten Tage waren vergessen über dem beglückenden Gefühle des errungenen Sieges, über der beseligenden Gewißheit, daß die Fremdherrschaft abgeschüttelt, daß man wieder deutsch geworden sei. Vor allen Helden aber ward Blücher gefeiert, „der weiße Jüngling", dessen Alter so frisch blühte „wie greisender Wein" — wie Arndt in seinem schönen Liede vom Feldmarschall von ihm sagt:

„Bei Leipzig auf dem Plane, o herrliche Schlacht!
Da brach er den Franzosen das Glück und die Macht.
Da lagen sie sicher nach blutigem Fall,
Da ward der Herr Blücher ein Feldmarschall.

„Drum blaset, ihr Trompeten! Husaren heraus!
Du reite, Herr Feldmarschall, wie Winde im Saus!
Dem Siege entgegen, zum Rhein, über'n Rhein!
Du tapferer Degen, in Frankreich hinein!"

Mit solchen Worten gab der Dichter nur dem Gefühle Ausdruck, das Tausende und aber Tausende patriotischer Herzen erfüllte. Im Rathe der Mächte aber ward die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, dem geschlagenen Feind in sein Vaterland zu folgen, ihn dort vollends zu vernichten, keineswegs von allen Seiten getheilt. Die großartigen Entschlüsse, die den weihevollen Stunden der nationalen Erhebung in Preußen entsprochen hatten, die Pläne einer Neugestaltung Deutschlands, wie sie in dem Aufrufe von Kalisch ihren Ausdruck gefunden, hatten bereits in dem Augenblicke, da Oesterreich dem Bunde Preußens und Rußlands beitrat, diplomatischen Erwägungen Platz gemacht, die ganz andere Ziele in das Auge faßten und daher auch ganz anderer Mittel bedurften, als jene waren, welche Stein und seine Gesinnungsgenossen zum Heile des Vaterlandes angewendet wissen wollten.

Wenn auch Oesterreich nicht eine Wiederherstellung des alten Reiches anstrebte, so war doch das Sinnen und Trachten seines leitenden Ministers, des Grafen Metternich darauf gerichtet, die Zukunft Deutschlands so zu gestalten, daß der Einfluß Oesterreichs der maßgebende bleibe und die Macht Preußens möglichst niedergehalten werde. Darum hatte Metternich dem Gedanken, die Rheinbundfürsten, welche den Mahnungen des Kalischer Aufrufes nicht alsbald Folge leisteten, als Feinde zu behandeln und abzusetzen, von vorneherein denselben Widerspruch entgegengesetzt, wie dem Gedanken einer bundesstaatlichen Neugestaltung Deutschlands. Nach seinen Wünschen sollte der durch die Napoleonischen Kriege zerrissene Zusammenhang der deutschen Staaten lediglich durch ein „sehr ausgedehntes System von Verträgen und Bündnissen" ersetzt werden.

Die erste praktische Folge dieser Politik des österreichischen Staatskanzlers war der mit Baiern am 8. October 1813 abgeschlossene Vertrag von Ried.

Von dem Augenblicke an, da der Stern Napoleons zu erbleichen begann, hatte der baierische

Minister Graf Montgelas Verbindungen mit Oesterreich angeknüpft und, während nur etwa 8000 Mann zur französischen Armee gestoßen waren, die übrigen baierischen Truppen unter dem Befehle des Feldmarschalls von Wrede an der österreichischen Grenze zusammengezogen. Der Preis des Beitrittes Baierns zu dem Bündnisse der Mächte war die Zusicherung der vollen Souveränetät und vollwichtiger Entschädigung für die etwa nöthig werdenden Gebietsabtretungen.

In ähnlicher Weise wurden im weiteren Verlaufe des Jahres 1813 auch die übrigen Staaten des Rheinbundes zu dem Bündnisse gegen Napoleon zugelassen mit Ausnahme einiger ganz kleinen Länder (Frankfurt, Isenburg und von der Leyen) und Sachsens, dessen König bei der Erstürmung Leipzigs in Kriegsgefangenschaft gerathen und vorläufig nach Berlin abgeführt worden war. Auch die vertriebenen Fürsten, aus deren Gebieten zum großen Theile das Königreich Westfalen gebildet worden war, wurden sofort wieder eingesetzt, nachdem ein preußisches Heer unter Bülow die Franzosen verjagt hatte; mit den Fürsten wurden die alten Mißstände, wie sie vor der großen Umwälzung geherrscht hatten, zurückgeführt. In Hannover traten Adel und Beamte wie früher in den ausschließlichen Besitz politischer Macht, das adelige Reiterregiment des Herzogs von Cumberland ward wieder hergestellt, die Juden wurden wieder geprügelt und zum Leibzoll verdammt, die Rechtspflege und Verwaltung ward wieder vereinigt, die Folter abermals eingeführt; nicht viel besser war es in Braunschweig, am ärgsten aber in Kurhessen, wo der zurückgeführte Kurfürst alle seit 1806 vollzogenen Veränderungen für ungeschehen erklärte, die Errungenschaften der „westfälischen" Zeit auf dem Gebiete der Gesetzgebung wieder abschaffte, wohl aber die während Jérômes Regierung wesentlich erhöhten Steuern beibehielt.

Damit wurde auch die großartige Idee Steins von der provisorischen deutschen Centralregierung auf das denkbar geringste Maß eingeschränkt; diese sollte, nach dem ursprünglichen, von Friedrich Wilhelm III. und Alexander gebilligten Plane, alle mit Napoleon verbündet gewesenen Länder umfassen, während sie sich nun, da man alle dem Bündnisse Beitretenden davon ausnahm, außer Sachsen nur auf die nicht in den Bund aufgenommenen kleinsten Länder des Rheinbundes, und später die überrheinischen deutschen Lande erstreckte. Selbst gegen die Visitation der Lazarethe, wo doch Kranke und Verwundete aller am Kriege betheiligten Heere lagen, sträubten sich die Regierungen, als man sie der Centralverwaltung übertrug. Und doch war es eine offenkundige Thatsache, daß die Verpflegung in den Lazarethen so ungenügend war, daß in den meisten der 3. oder 4. Verwundete oder Kranke, in manchen der 2. starb, 4 bis 5 Mal mehr als in der Regel auch in der blutigsten Schlacht fielen. So stark erhob jetzt schon wieder, kaum daß die schmachvolle Verbindung mit Frankreich gelöst war, der Partikularismus sein Haupt. Man begreift die harten Worte, mit denen ein Vaterlandsfreund wie Stein dieses Gebahren verurtheilte und die Befürchtungen für die Zukunft Deutschlands, die sich ihm an diese schmerzlichen Wahrnehmungen knüpften.

Eine rasche und thatkräftige Verfolgung Napoleons nach der Schlacht von Leipzig hätte zur Vernichtung seines Heeres geführt. Aber Kaiser Franz und Metternich wollten dem Geschlagenen goldene Brücken bauen, König Friedrich Wilhelm III. war vom Schlachtfelde weg nach Berlin geeilt und Kaiser Alexander war noch keineswegs entschlossen, wie weit er den Krieg führen wolle. Daher beschränkte sich die Heeresleitung darauf, sich mit dem fliehenden Feinde in Fühlung zu halten, und so konnte auch der Eifer und die Thatkraft Blüchers und Yorks ihm nur unbedeutende Verluste zufügen. Durch die fehlerhaften

Anordnungen des großen Hauptquartieres mißlang auch der an und für sich sehr richtig gedachte Plan, Napoleon am Main ein Heer entgegenzuwerfen und ihm den Weg zu verlegen, bis die Verfolger Zeit gewonnen hätten, ihn mit ihrer gesammten Macht zu erreichen. Diese Aufgabe war dem baierischen Marschall von Wrede zugewiesen worden, der aber zu spät eintraf, um sie in ihrem vollen Umfange lösen zu können.

Feldmarschall von Wrede.

Zwar erlitt Napoleon, als er bei Hanau am 30. October auf die Baiern stieß, schwere Verluste, aber es gelang ihm dennoch, sich den Weg nach dem Rhein frei zu machen und auch seinen Gegnern solchen Schaden zuzufügen, daß er unverfolgt den Strom überschreiten konnte. Immerhin hatten die Baiern „mit blutigem Ernst ihre neue Freundschaft und ihren guten Willen besiegelt".

Etwa 70,000 Mann führte Napoleon am 1. und 2. November 1813 über den Rhein. Noch waren auf deutschem Boden zahlreiche Festungen im Besitze der Franzosen, die theilweise erst nach dem Pariser Frieden zur Uebergabe gebracht werden konnten. Dasselbe Schicksal theilte Hamburg, wo Davoust sich, unter den schändlichsten Erpressungen, bis zum 31. Mai 1814 hielt, wesentlich in Folge des kläglichen Verhaltens Bernadottes, der, statt diese deutsche Stadt von ihrem Peiniger zu befreien, in Eilmärschen nach der Eider zog, um den König von Dänemark zu dem Frieden von Kiel (14. Januar 1814) zu zwingen, durch welchen Schweden Norwegen gewann.

Gleichzeitig mit Napoleons Rheinübergang war das Hauptquartier der Verbündeten in Frankfurt aufgeschlagen worden und hier ward nun ernstlich und eingehend die Frage erörtert: was weiter zu thun sei, ob der Krieg fortgesetzt, ob der Friede geschlossen werden solle. Im Ganzen und Großen war bei den Staatsmännern aller am Kriege betheiligten Mächte wenig Neigung vorhanden, den Krieg über den Rhein zu tragen. Noch immer war, trotz der schweren Niederlagen, die er erlitten, Napoleon von solchem Ruhmesglanze umgeben, daß schon die Befreiung Deutschlands bis zum Rhein den meisten als eine so gewaltige That erschien, daß noch mehr zu verlangen fast wie Vermessenheit angesehen wurde. Und zudem hatten weder Oesterreich noch Rußland ein unmittelbares Interesse an der Wiedergewinnung des linken Rheinufers für Deutschland. Glücklicherweise schlug auch jetzt wieder der Uebermuth Napoleons aus, was ihm die Lauheit und Schwäche seiner Gegner einzuräumen gedachte. Am 8. November wurde ihm die Beschränkung Frankreichs auf seine sogenannten „natürlichen Grenzen" welche die Pyrenäen, die Alpen und der Rhein bilden sollten, als Friedensbedingung gestellt. Aber statt sofort zuzustimmen, verlangte

Napoleon, eben damit beschäftigt, alle Maßregeln zum äußersten Widerstande zu organisiren, Berathung der Friedensbedingungen auf einem Congresse zu Mannheim.

Während noch darüber verhandelt ward, wurde der Inhalt jener Eröffnung an Napoleon in Frankfurt mehr und mehr bekannt, und nun erhob sich doch gegen diese Friedensbedingungen allseitig, namentlich aus den Kreisen der höheren Offiziere aller Armeen, der entschiedenste Widerspruch. Radetzky so gut wie Gneisenau äußerten unverholen ihre Entrüstung, der alte Blücher wüthete und sprach laut von „Schuften, von Menschen die den Galgen verdienten" und, wie Varnhagen sagt, „vor der Heldenkraft des alten Feldmarschalls, welchen Würde und Ruhm unverwundbar machten, sank manches glänzende Ansehen in den Staub, wurde manche vornehme Feigheit zu nichte". Und als dann gar noch Stein herbeieilte, gerade noch im rechten Augenblicke, um aus seiner Feuerseele heraus die erlöschenden Gluten edler Begeisterung in Kaiser Alexanders Herz neu zu beleben, Stein, der sich gar nicht bedachte, in Gegenwart aller versammelten europäischen Regenten von „feigen Staatsmännern und elenden Fürsten" zu reden, als gleichzeitig Arndts feurige Schrift: „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze", jüngst erschienen, sich in raschem Fluge Bahn brach, überall zündete und die Wucht der öffentlichen Meinung in die Wagschale des Krieges hineinwarf, als endlich aus Frankreich selbst Stimmen herübertönten, welche die Enthronung Napoleons, die Wiedereinsetzung der Bourbonen verlangten und nur darin eine Bürgschaft für die künftige Ruhe Europas zu finden glaubten, da unterlag endlich die Partei der Friedensseligkeit, und Kriegs- und Rachelust kehrte auch wieder in die vornehmen Kreise zurück.

Zwar Metternich konnte es nicht unterlassen, auf das Congreßanerbieten Napoleons nochmals zu antworten und abermals die Annahme der Frankfurter Bedingungen zu empfehlen, und da waren nur die schwerfälligen Verkehrsmittel Schuld, daß der Congreß nicht doch noch zu Stande kam. Und wer weiß, was, waren nur erst die Diplomaten in Mannheim versammelt, geschehen wäre? Aber glücklicherweise kam Napoleons Zustimmung und die Ernennung des den Verbündeten genehmen Coulaincourt zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten an des kriegerisch gesinnten Maret Stelle zu spät, um noch auf den weiteren Gang der Dinge Einfluß zu haben. Diese Nachricht kam nämlich erst am 9. December im Hauptquartiere an, gerade acht Tage nach dem großen Kriegsrath, in welchem die Fortführung des Krieges beschlossen worden war. Ein vom 2. December datirtes Manifest hatte bereits der Welt von diesem Entschlusse Kenntniß gegeben. Dieses Manifest, welches die Erklärung enthielt, der Krieg werde nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen Napoleon geführt und den Franzosen den Trost gab, ihr Land werde immer noch größer bleiben, als es unter ihren früheren Königen gewesen, war innerlich unwahr und dadurch unwürdig. Die Folgen dieser Erklärungen waren nach allen Seiten bedenklich. Aber dies alles kam in einem Augenblicke nicht in Betracht, in dem schon die Gewißheit, daß der Friede nicht auf den Grundlagen jener Frankfurter Bedingungen geschlossen, daß der Krieg erneuert werden solle, Aller Herzen wunderbar erfrischte. Als jetzt Coulaincourt, von dem Vorgegangenen nichts ahnend, als Bevollmächtigter Napoleons in das Hauptquartier kommen wollte, wurde er an den Vorposten zurückgewiesen.

Der Krieg war beschlossen, aber die Kriegspläne wurden jetzt erst festgestellt. Blücher und Gneisenau wollten geraden Wegs auf Paris marschiren, aber das wollte oder wagte man im österreichischen Lager nicht. Hier ward festgestellt,

daß Blücher zwar am Mittelrhein den Strom überschreiten, dann aber nur langsam vorrücken solle, um der Hauptarmee Zeit zu lassen, durch die Schweiz und Burgund die Hochebene von Langres zu erreichen, wo Marne, Aube und Seine entspringen, von wo man die Zugänge nach Burgund und der Champagne zu beherrschen und durch deren Besitz man den Feind zum Frieden zwingen zu können glaubte. Hier sollten sich auch Lord Wellington mit der englischen und die italienische Armee anschließen.

Alle Streitkräfte zusammengerechnet, waren nicht weniger als 600,000 Mann in den Heeren der Verbündeten, unter den Befehlen von Schwarzenberg und Wellington, unter den Waffen.

Der preußische General von Bülow hatte unterdeß Holland erobert, und in Italien war Murat von Napoleon abgefallen und damit wahrscheinlich die ganze Halbinsel für die Franzosen verloren.

Allen diesen günstigen Aussichten und kolossalen Streitkräften der Verbündeten hatte Napoleon nicht das Gleiche entgegenzusetzen. Frankreich war erschöpft, heftiger Widerstand erhob sich gegen die neuen Aushebungen, gegen eine abermalige Steuererhöhung. Aber der Unentschlossenheit und Uneinigkeit, die im Hauptquartiere der Verbündeten herrschte, konnte er doch die Energie seines Willens, die Kampftüchtigkeit seiner alten Truppen, die Einheit des Befehles gegenüberstellen.

Noch im December 1813 begann der Rheinübergang des Hauptheeres am Oberrhein, langsam und in weit ausgedehnter Linie, ohne Widerstand zu finden; am 18. Januar 1814 schlug Schwarzenberg sein Hauptquartier, in welchem auch jetzt wieder die Monarchen sich versammelten, in Langres auf. Rascher und energischer ward der Uebergang des Blücher'schen Heeres bewerkstelligt. In der Neujahrsnacht ging er in drei Colonnen auf das linke Rheinufer, Sacken bei Mannheim, unter den Augen des Königs von Preußen, St. Priest bei Lahnstein und Coblenz, Blücher selbst mit York und Langeron bei Caub. Es war ein unermeßlicher Jubel, als die Truppen, die mit wenigen Schüssen die feindlichen Posten zurückgejagt hatten, den ersten Morgen des neuen Jahres am linken Rheinufer begrüßten, frisch, kampfeslustig, glühend vor Begierde, den jetzt wieder betretenen alten deutschen Boden, die Rheinlande, die herrlichen Zeugen einer großen nationalen Vergangenheit, nicht nur völlig vom Feinde zu säubern, sondern auch den Kampf in das Land der Franzosen hineinzutragen, um für die Erhaltung des linken Rheinufers bei Deutschland dauernde Bürgschaft zu gewinnen.

Die erste Schlacht auf französischem Boden wurde am 29. Januar 1814 bei Brienne geschlagen. Napoleon war zwar, nachdem er auf die Kunde von dem Herannahen der feindlichen Armeen sofort von Paris aufgebrochen, zu spät nach Chalons gekommen, um sich zwischen Blücher und Schwarzenberg zu werfen und deren Vereinigung zu verhindern, aber noch zeitig genug, um einen kräftigen Stoß gegen Blücher allein auszuführen, dessen 4 Armeecorps zu weit aus einander lagen.

Um Stadt und Schloß von Brienne, dasselbe Schloß, wo Napoleon in der Artillerieschule seine erste militärische Bildung genossen, wurde den ganzen Tag und die halbe Nacht heiß gekämpft. Blücher selbst war im Schlosse ernstlich bedroht und mußte dasselbe endlich räumen und sich gegen Bar sur Aube zurückziehen.

Dieser erste Mißerfolg rief im Hauptquartiere zu Langres große Entmuthigung hervor, aber dennoch verschloß man sich nicht der Einsicht, daß Blücher kräftig unterstützt werden müsse. Wesentlich verstärkt, konnte er am 1. Februar bei La Rothière Napoleon angreifen und ihm eine empfindliche Niederlage beibringen. 3000 Gefangene und 73 Kanonen fielen in die Hände der Verbündeten. Eine rasche Verfolgung des Ge-

schlagenen konnte den Krieg zu schnellem Ende führen. Schon räumte Napoleon Troyes und zog sich bis Nogent, nur 12 Meilen von Paris, zurück. Aber Langsamkeit herrschte, statt Ernst und Energie, im großen Hauptquartiere. Vergebens schrie Blücher in seinem Zorn und seiner derben Ausdrucksweise: „Der Kerl, der Bonaparte muß herunter!“ vergebens mahnte er, daß die Menschheit nicht Ruhe finden könne, bevor die Monarchen in Paris den Frieden dictirt haben. Es blieb zunächst bei dem, was er an Bincke schrieb: „Wir gut Gesinnten wollen schlagen, aber die Diplomaten haben hundert andere Projecte.“

Mit Mühe setzte, gegen die Friedenswünsche Oesterreichs und Englands, Kaiser Alexander, von Männern wie Stein, Münster, Pozzo di Borgo und vor allen Blücher unterstützt, durch, daß die kriegerische Action ihren Fortgang nahm.

Aber die Anordnungen, die nun zur Ausführung dieses Beschlusses gegeben wurden, waren durchaus verfehlt. Während nämlich Blücher an der Marne über Chalons und Meaux gegen Paris vorrückte, sollte Schwarzenberg auf anderem Wege über Troyes und Nogent, die Seine entlang, auf das gleiche Ziel marschiren. Diese Trennung der großen Armee, die sich dadurch alsbald noch mehr fühlbar machte, daß Blücher rastlos vorwärts eilte, während Schwarzenberg nur langsam und schwerfällig seine Massen in Bewegung setzte, erkannte Napoleon sofort als einen großen Fehler, aus dem er Nutzen ziehen könne. Er warf sich auf Blüchers Armee, schlug erst dessen Generale einzeln bei Champaubert und Montmirail am 10. und 11. Februar, endlich am 14. Februar den Marschall selbst bei Vauchamps. In kaum 5 Tagen verlor in diesen Gefechten die schlesische Armee etwa 15,000 Mann und 50 Geschütze. Freilich erlitten auch die Franzosen sehr namhafte Verluste, aber der moralische Eindruck ihrer Siege war groß, die nationale Begeisterung der Franzosen erwachte wieder, die Möglichkeit eines Volkskrieges konnte ernstlich ins Auge gefaßt werden. Schon begann die Bevölkerung, die anfangs den Verbündeten freundlich entgegengekommen, die Vorräthe zu zerstören, das Vieh wegzutreiben, schon stieß man da und dort auf Schaaren bewaffneter Bauern. Darunter litt die Verpflegung der Heere und die strenge Manneszucht und Schonung fremden Eigenthums, die bisher geherrscht. Jeder sah, was und wo er zu essen erhalten, wo er seine Schlafstelle aufschlagen könne, ganze Dörfer, von ihren Bewohnern verlassen, brannten als Beiwachtfeuer in den kalten, schneeigen Winternächten.

Das Schwarzenberg'sche Heer hatte indeß einige kleine Erfolge errungen; aber als Napoleon selbst den Marschällen Oudinot und Victor zu Hilfe herbeieilte, schlug er auch bei diesem Heere die einzelnen Führer an verschiedenen Orten, zuletzt den Kronprinzen von Wirtemberg bei Montereau am 18. Februar, wodurch er Schwarzenberg zum Rückzuge bis Troyes und zur Verlegung des Hauptquartieres nach Chaumont nöthigte. Auch Blücher mußte bis auf Troyes zurückgehen.

Damals tagte bereits seit dem 5. Februar ein Friedenscongreß zu Chatillon, der Napoleon noch einmal Gelegenheit bot, bei einiger Mäßigung sich den französischen Thron zu erhalten. Aber mit den Grenzen von 1792, die man ihm jetzt anbot, wollte er sich nicht zufrieden geben, sondern kam nun wieder auf die ihm von Frankfurt aus eröffneten Bedingungen zurück, zu deren Verwirklichung er Sonderverhandlungen mit Oesterreich einleiten wollte. Wurden dadurch Kaiser Alexander und König Friedrich Wilhelm III. schwer verletzt, so zeigte sogar Kaiser Franz I. lebhafte Entrüstung, als der durch seine Erfolge schon wieder übermüthig gewordene Napoleon am 24. Februar die Erhaltung Belgiens bei

Frankreich als Preis eines Waffenstillstandes bezeichnete.

Nun ward am 1. März in Chaumont das Bündniß der Mächte erneuert, der Abschluß von Sonderverträgen verpönt, jede der vier Großmächte auf 20 Jahre verpflichtet, 150,000 Mann in das Feld zu stellen.

Während im Laufe dieser Verhandlungen die große Armee langsam zurückgezogen war, hatte Blücher am 21. Februar die Erlaubniß erhalten, mit der schlesischen Armee direct gegen Paris zu ziehen. Der Ausgang des Feldzuges lag in der That — wie ihm Friedrich Wilhelm III. schrieb — in seiner Hand. Sein Vormarsch wurde von um so entscheidenderer Bedeutung, als ihm so bald der Sieg der besseren Gesinnung im großen Hauptquartiere, der Entschluß, den Krieg kräftig fortzuführen, folgte.

Am 27. Februar stieß die Armee Schwarzenbergs, die sich indeß auch wieder in Bewegung gesetzt hatte, bei Bar sur Aube auf den Marschall Oudinot und erfocht einen entschiedenen Sieg, der zwar wieder nicht richtig benutzt wurde, aber dennoch durch die belebende Wirkung, die er auf die etwas entmuthigten Truppen ausübte, sehr wichtig war.

Auf die Nachricht von Blüchers Vormarsch hatte sich Napoleon von Oudinot getrennt, um den preußischen Feldherrn von der Fortsetzung seines Zuges auf Paris abzuhalten und seine Vereinigung mit Bülow zu verhindern, der mit seinen Truppen aus Holland heranzog. Doch erreichte Napoleon seinen Zweck nicht, bei Soissons erfolgte diese Vereinigung, und zu einer Schlacht in einer ihm ungünstigen Stellung ließ sich Blücher nicht zwingen. Dennoch gelang es Napoleon, am 7. März bei Craonne die Russen unter Winzingerode zu schlagen, aber sein Angriff auf Laon am 9. und 10. März wurde kräftig abgewiesen; er erlitt sehr bedeutende Verluste, ja das Corps Marmonts wurde, von York und Kleist bei Athis überfallen, vollständig zersprengt.

Unglücklicherweise war gerade in diesen Tagen Blücher erkrankt, ohne doch den Oberbefehl abzugeben, und die Mißhelligkeiten, welche unter den Generalen seiner Armee ausgebrochen waren und die auch Gneisenaus Klarheit und Entschiedenheit nicht völlig auszugleichen vermochte, wirkten hemmend auf die Bewegungen des Heeres. Dieser Umstand war Schuld, daß Napoleon, bei Laon dem Untergang nur wie durch ein Wunder entronnen, unverfolgt den Rückzug nach Soissons antreten konnte und schon nach drei Tagen wieder stark genug war, die Russen unter St. Priest aus Rheims zu vertreiben.

Mit diesem Erfolge gewann er auch seine volle Thatkraft wieder. Er beschloß, sich an der Aube der nach Paris marschirenden Hauptarmee entgegen zu werfen, während nur die Corps von Marmont und Mortier die Blücher'sche Armee beschäftigen sollten.

Aber bei Arcis sur Aube erlag er am 20. und 21. März der Uebermacht der Verbündeten, und nur die Unfähigkeit Schwarzenbergs bewahrte ihn vor völliger Vernichtung.

Trotzdem verlor er auch jetzt noch nicht den Muth und Unternehmungsgeist. Er beschloß jetzt, unbekümmert um die Vereinigung Blüchers mit der Hauptarmee, sich in den Rücken der Verbündeten zu werfen, ihre Verbindungen mit Deutschland zu unterbrechen, das französische Volk zum Vernichtungskampfe gegen die Feinde aufzurufen.

Diese Bewegung hatte zunächst nur die Folge, daß Kaiser Franz und die Diplomaten, die bisher in Chatillon getagt hatten, sich nach Dijon begaben, um der Gefahr, aufgehoben zu werden, zu entgehen. Dadurch ward aber mittelbar die Kriegspolitik gefördert. Jetzt jubelte Stein, daß Kaiser Alexander von Metternichs Einfluß befreit sei, nun werde er handeln wie er wolle und Alles bald zu Ende sein.

In der That kam die Entscheidung, unbeirrt durch Napoleons Schachzug, sofort und mit gesammten Kräften nach Paris zu ziehen, von dem Kaiser von Rußland, den in seiner Umgebung besonders General Toll in dieser Absicht bestärkte. Am 24. März fand bei Vitry eine Zusammenkunft Alexanders mit Friedrich Wilhelm III. und Schwarzenberg statt, deren Ergebniß die Ertheilung des Marschbefehls an das ganze verbündete Heer war.

Marmont und Mortier, im Begriffe sich mit Napoleon zu vereinigen, geriethen bei la Fère Champenoise mitten unter die Verbündeten und wurden mit großen Verlusten zurückgeworfen. Damit war der Weg nach der Hauptstadt frei. An den Grenzen ihres Weichbildes stellten sich die Truppen der beiden Marschälle noch einmal zu blutigem Kampfe. Am Abend des 30. März aber mußten sie capituliren, am nächsten Morgen hielten Kaiser Alexander und König Friedrich Wilhelm III. ihren Einzug in Paris.

Napoleon hatte zu spät erfahren, daß die Verbündeten sich durch seinen Zug nach Osten nicht von dem Vormarsch nach Paris hatten abhalten lassen. Als er in Eilmärschen nach Fontainebleau gekommen war, konnte er Paris nicht mehr retten. Vergebens suchte er jetzt, durch Abdankung zu Gunsten seines Sohnes, seinem Hause den französischen Thron zu retten. Er wurde abgesetzt und erhielt die Insel Elba als Wohnort angewiesen.

Auf den französischen Thron aber führten jetzt die Verbündeten die Bourbonen wieder zurück; mit König Ludwig XVIII. wurde am 30. Mai 1814 der Friede abgeschlossen. Er war, treu der schonenden Haltung, welche die Verbündeten von Anfang des Krieges an gegen Frankreich beobachtet hatten, überaus günstig. Man ließ Frankreich die Grenzen von 1792, d. h. das besiegte Frankreich von 1814 zählte um 150 Geviertmeilen und 450,000 Einwohner mehr als zur Zeit des Ausbruches der Revolution; unter den bis 1792 gemachten Erwerbungen, die man jetzt zurückzufordern Scheu trug, befanden sich auch die deutschen Grenzorte Saarlouis und Landau. Zudem ward keine Kriegssteuer erhoben und den Franzosen der Besitz aller Kunstwerke belassen, welche Napoleon aus Kirchen, Palästen und öffentlichen Sammlungen der von ihm eroberten Länder nach Paris geschleppt hatte. Nur darauf bestand der König von Preußen, daß die Victoria des Brandenburger Thores in Berlin wieder zurückgegeben werde.

Für die ungeheuren Verluste, die Preußen während der Unglücksjahre erlitten, in denen fast das ganze Königreich von französischen Truppen besetzt war und ausgesogen wurde, erhielt dieser Staat, der zur Besiegung des kriegsgewaltigen Franzosenkaisers weitaus das Meiste beigetragen, nicht die geringste Entschädigung, weil sich Kaiser Alexander, geschmeichelt von den Huldigungen, die ihm die Franzosen bereitwillig entgegenbrachten, in der Rolle des Großmüthigen gefiel und weil man glaubte, die Stellung der zurückgeführten Bourbonen zu gefährden, wenn man der Eitelkeit und Geldgier der Franzosen zu nahe träte.

König Friedrich Wilhelm III. versäumte indeß nicht, den glorreichen Feldherren, die seine Truppen auf so vielen Schlachtfeldern zum Siege geführt, die den seit 1806 so tief gebeugten preußischen Namen wieder zu den höchsten Ruhmesehren erhoben hatten, seinen und des Vaterlandes Dank zu bezeugen. Ihnen wurden reiche Dotationen zu Theil, und bei der Standeserhöhung, durch die der König sie auszeichnete, trug er Sorge, daß die ihren berühmt gewordenen Namen hinzugefügten Bezeichnungen noch bei den spätesten Geschlechtern das Andenken an ihre Großthaten wach erhalten sollten. Blücher wurde zum Fürsten von Wahlstatt ernannt, die in den Grafenstand erhobenen Generale York, Bülow und Kleist erhielten, nach ihren ersten glänzenden Siegen, die Beinamen von Wartenburg, von Dennewitz und von Nollendorf, General Graf Tauenzien den von Wittenberg. Auch dem Staatskanzler von Hardenberg ward durch Ernennung zum Fürsten und durch eine Dotation für seine den Sieg vorbereitende Thätigkeit die dankbare Anerkennung des Königs ausgedrückt.

Erfüllt von edler Begeisterung, nur durchdrungen von dem Gedanken, das Vaterland von dem schwer lastenden Joche der Fremdherrschaft zu befreien, zufrieden mit ganz allgemein gehaltenen Versprechungen einer Wiederherstellung des Länderumfanges von 1805, hatten König Friedrich Wilhelm III. und seine Staatsmänner den Krieg begonnen. Allerlei Pläne der künftigen Neugestaltung Deutschlands und der Stellung, die dabei Preußen einzunehmen habe, waren im Verlaufe des Krieges aufgetaucht, um alle wieder zu verschwinden. Jetzt da der Feind geschlagen, da unser Vaterland sich selbst zurückgegeben war, wurde zunächst nur so viel festgestellt, daß Deutschland fortan aus einzelnen unabhängigen, souveränen, aber durch eine Bundesverfassung geeinigten Staaten bestehen solle. Alles Weitere, vor allem auch die den einzelnen Staaten zuzuweisenden Gebietsentschädigungen sollte ein allgemeiner Congreß der europäischen Mächte feststellen, der noch im Laufe des Jahres 1814 nach Wien berufen war.

Seine äußere Physiognomie erhielt der Wiener Congreß im Wesentlichen durch die glänzenden Feste, welche, aus Anlaß der Anwesenheit fast aller Souveräne Europas, der österreichische Hof und die hohe Gesellschaft zu Wien veranstalteten, durch deren Glanz und Luxus die ernsten Aufgaben, welche den Zweck dieser Versammlung bildeten, nur all zu sehr in den Hintergrund gedrängt wurden. Als wolle sich die ganze vornehme Gesellschaft Europas für die in den langen Kriegsjahren geschmälerten Vergnügungen vollauf entschädigen, so schwelgte sie jetzt in den Genüssen, die das üppige Wien in reichstem Maße darbot. Und als gälte es, das Uebergewicht Frankreichs, das eben erst in heißen Kämpfen die verbündeten Heere des Welttheils gebrochen hatten, auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Leistungen sofort neu zu befestigen, so beugte sich hier Alles vor dem aus Paris eingeführten Tone, vor den Pariser Moden und dem Pariser Witz. Ein Witzwort oder Epigramm des geistreichen Prinzen von Ligne war für einen großen Theil der in Wien Anwesenden von ungleich größerer Wichtigkeit als eine Note oder Denkschrift über die zahllosen „Fragen", welche bei Neuordnung der verwirrten Zustände der europäischen Völkerfamilie zu erörtern waren.

Wir haben von diesen „Fragen" hier nur auf jene einzugehen, die zunächst die Angelegenheiten unseres Vaterlandes betreffen, nämlich auf die künftige Gestaltung der Ländergebiete Deutschlands und dessen innere Verfassung.

In erster Reihe stellten sich in Wien die durch die Umwälzungen der letzten 25 Jahre Beschädigten ein, um ihre alten Rechte und Besitzungen oder reichlichen Ersatz für dieselben zu verlangen. Noch im October 1814 meldeten sich die Häupter der ehemals reichsunmittelbaren, nunmehr mediatisirten Fürsten- und Grafenhäuser, die „Standesherren", betonten das alte Verhältniß des Kaisers zu den Reichsständen, behaupteten, Opfer ihrer Treue gegen das Kaiserhaus geworden zu sein, protestirten gegen die Souveränetät der Rheinbundstaaten und das schwere Unrecht, das diese ihnen angethan hätten, und verlangten, an den Berathungen über die künftige Verfassung Deutschlands Theil zu nehmen. Zu ihnen gesellten sich Bevollmächtigte der ehemaligen freien Reichsritterschaft, die ebenfalls ihre alten Rechte wiedergewinnen wollte, des Johanniterordens, der Wiederherstellung verlangte, des Fürsten von Thurn und Taxis, der sein Postmonopol neu aufleben zu sehen

wünschte, der Beamten des Reichskammergerichtes, welche Pensionen und Entschädigungen erbaten.

Auch die „Mitschuldigen des Rheinbundes" erschienen: die westfälischen Domänenkäufer flehten um Schutz gegen die ihren Besitz bedrohenden Maßregeln des Kurfürsten von Hessen, die Fürsten von Isenburg und Leyen wünschten Wiederherstellung ihrer zu Zeiten des Rheinbundes erworbenen Souveränetät, wieder andere strebten, sich Vortheile, die ihnen die Richtung der Zeit geboten und die jetzt zur Herrschaft gelangende Gegenströmung wieder zu entziehen drohte, zu erhalten, z. B. die Frankfurter Israeliten den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte.

Endlich regten sich auch die Vertreter der katholischen Kirche in zwei Richtungen: die eine derselben wollte die Wiedereinsetzung der Kirche in ihre eigenthümlichen Rechte, Wiederherstellung ihres Verhältnisses zum Staate, wie es vor dem Ausbruche der Revolution gewesen, Zurückgabe ihrer noch nicht veräußerten oder noch wieder einlösbaren säcularisirten Besitzungen, Entschädigung für das verlorene Eigenthum, in so weit es zur Ausstattung der Bisthümer, Capitel, Pfarreien u. s. f. nöthig sei. Während diese Richtung lediglich Gedanken der Restauration, der Wiederbelebung abgestorbener Verhältnisse verfolgte, strebte eine andere eine ernstliche Reform des Kirchenwesens an. Der Vertreter dieser Richtung, der Generalvicar von Konstanz, Freiherr Heinrich von Wessenberg setzte in einer Denkschrift auseinander, daß — nach erfolgter Verständigung mit Rom — Bestimmungen über die canonische Einrichtung, die Ausstattung und rechtliche Sicherstellung der katholischen Kirche getroffen werden und einen Bestandtheil der zukünftigen deutschen Bundesacte bilden sollten; die sämmtlichen deutschen Bisthümer sollten ein Ganzes bilden und, unbeschadet der dogmatischen Einheit der katholischen Weltkirche, unter einem Primas vereinigt werden und eine den nationalen Eigenthümlichkeiten Deutschlands entsprechende Gestaltung des kirchlichen Lebens anstreben.

So fehlte es denn nicht an vielen und bedeutenden Aufgaben, deren Lösung den in Wien versammelten Staatsmännern oblag. Von den Vertretern der deutschen Regierungen spielte auf dem Congreß unzweifelhaft der Fürst Metternich die bedeutendste Rolle; „seine Individualität entsprach", wie Häusser treffend sagt, „am vollkommensten der Physiognomie des Congresses". Die Leichtfertigkeit, mit welcher er an Prüfung und Lösung auch der schwierigsten Fragen herantrat, die Biegsamkeit seines Geistes, die Gewandtheit seiner Formen ließen den Verkehr mit ihm überaus bequem und anmuthig erscheinen; was ihm an Tiefe der Auffassung und sittlichem Ernste abging, ersetzte eine gewisse Schlauheit, die ihn meistens rechtzeitig die Interessen Oesterreichs, denen er ausschließlich diente, erkennen und zur Geltung bringen ließ.

Von den Vertretern Preußens war der Fürst Hardenberg zwar ein viel tüchtigerer und gewissenhafterer Geschäftsmann als Metternich, aber doch den großen und schwierigen Aufgaben, die ihm hier gestellt waren, nicht völlig gewachsen; Wilhelm von Humboldt dagegen, von allen in Wien thätigen Staatsmännern unzweifelhaft durch Geist und Gelehrsamkeit der hervorragendste, ein Charakter von unantastbarer Reinheit, klar, frei und weitblickend, der mit reicher Fülle von Gedanken eine seltene Arbeitskraft und Formvollendung verband, war eine kalt-stolze Natur und innerlich viel zu vornehm, um in dem an Intriguen überreichen Getriebe dieses Congresses den Einfluß zu gewinnen, den er im wohlverstandenen Interesse Preußens und Deutschlands hätte besitzen sollen.

Der Freiherr vom Stein war ohne eigentliche amtliche Stellung in Wien anwesend, aber seine starke Persönlichkeit bedurfte deren nicht, um dennoch vielfach bestimmend auf die Entschlüsse der namhaftesten Congreßmitglieder einzuwirken, besonders war sein Einfluß auf den Kaiser Alexander ein mächtiger. „Feind der Umwege und Geißel des Geistes der Ränke" — sagt ein Zeitgenosse über ihn — „legte er in seiner Eigenschaft als Mann seine Stimme in die Wagschale der Geschicke Europas."

Wilhelm von Humboldt.

Von den deutschen Mittelstaaten war Baiern durch den Fürsten von Wrede vertreten, einen Franzosenfreund und Preußenhasser, der für seinen Staat die möglichste Vergrößerung und Unabhängigkeit erstrebte, Wirtemberg durch den Freiherren von Linden, der nichts weiter war als das Organ der Sultanslaunen seines Herren, Hannover durch den Grafen von Münster, der große Pläne für Erweiterung des Welfenreiches auf Kosten Preußens hegte. Die Gesandten der kleinen Höfe waren zumeist durch die Centralverwaltung in engere Beziehungen zu Stein getreten und von ihm vielfach berathen und beeinflußt.

Ueber dem Widerstreite der Wünsche aller dieser Staaten trat das Interesse der Gesammtheit des deutschen Volkes in Wien völlig in den Hintergrund. Die feindselige und mißgünstige Haltung, welche Oesterreich vom ersten Tage des Congresses an gegen Preußen einnahm, die eine Art von Großmachtstellung anstrebende Politik Baierns, die Ansprüche und der Ehrgeiz der kleineren Staaten — das Alles machte es den anderen Mächten leicht, auch bei der Neuordnung der deutschen Verhältnisse ein gewichtiges Wort zu sprechen.

Die wichtigste und weittragendste der auf die künftige Gestaltung der deutschen Ländergebiete bezüglichen Fragen betraf die dem Königreich Preußen zuzuweisende Entschädigung für die Gebietstheile, welche es im Laufe der großen Umwälzungsjahre verloren hatte, da sich einer Wiedervereinigung der an Baiern gefallenen fränkischen Lande mit dem preußischen Staate unübersteigliche Hindernisse in den Weg stellten und die Abtretung anderer in Nordwestdeutschland gelegener Gebiete an Hannover durch Verträge festgesetzt worden war. Für diese Entschädigung war das Königreich Sachsen in Aussicht genommen. Der König von Sachsen, Napoleon bis zuletzt treu, auch nachdem die Mehrzahl seiner Truppen zu den Verbündeten übergegangen war, in offenem Kampfe in Kriegsgefangenschaft gerathen, war, nach allen Gesetzen des Kriegs- und Völkerrechtes, seines Landes verlustig gegangen. Dieses Land aber bot die naturgemäße Erweiterung für den preußischen Staat. Eine Zeit lang hatte es denn auch den Anschein, als ob die Mächte auf dem Congreß mit dieser Art der Entschädigung Preußens vollkommen einverstanden seien. Aber bald tauchten unerwartete Schwierigkeiten auf, die von den Gegnern Preußens mit der polnischen Frage sehr geschickt in Verbindung gebracht wurden.

Kaiser Alexander, der einen phantastisch

angehauchten Idealismus in eigenthümlicher Mischung mit den sehr realistischen Wünschen, Rußlands Gebiet und Macht zu vergrößern, in sich vereinigte, plante nämlich, früheren Verabredungen mit Oesterreich und Preußen zuwider, eine Wiederherstellung des Königreiches Polen, das indeß, trotz einer gewissen nationalen Selbständigkeit, ein integrirender Bestandtheil des russischen Reiches bleiben sollte. Gegen diesen Plan traten mit gleicher Entschiedenheit die Staatsmänner Oesterreichs, Englands und Preußens auf, und ihr Widerstand erreichte einen so heftigen Grad, daß die Einmüthigkeit der Verbündeten sehr ernstlich bedroht wurde, zur großen Freude des französischen Gesandten, des verschmitzten Talleyrand, der kaum diese Zwistigkeiten bemerkte, als er auch schon, obwohl auf dem Congreß eigentlich nur geduldet und ohne Sitz und Stimme bei dessen die Neugestaltung Europas berathenden Verhandlungen, begann, zu hetzen und zu schüren, als Meister der Intrigue, der er war, die deutschen Mittelstaaten, vorab Baiern, die sich in ähnlicher Lage befanden, daß nämlich über sie hinweg die entscheidenden Verhandlungen geführt wurden, an sich heranzuziehen und bald einen Einfluß auszuüben, der mit der Stellung des besiegten Landes, das er vertrat, im entschiedensten Mißverhältnisse stand.

Für Preußen waren von den polnischen Landestheilen, um deren Theilung es sich handelte, doch eigentlich nur die Landstriche um Posen und Gnesen unentbehrlich, welche die Verbindung zwischen Schlesien und Westpreußen bildeten; die anderen Gebiete, welche bei Auflösung des Herzogthums Warschau an Preußen hätten fallen müssen, waren gar nicht in Vergleich zu stellen mit der Bedeutung, welche eine Abrundung des Staatsumfanges durch die Einverleibung Sachsens darstellte. Der Erwerbung Sachsens hatte Kaiser Alexander seine volle Unterstützung zugesagt; es war zu fürchten, daß er diese zurückziehen würde, wenn Preußen fortfuhr, seine polnischen Pläne durchkreuzen zu helfen. Gerade dieß aber wollte Metternich eben so sehr als Talleyrand und die Vertreter der deutschen Mittelstaaten, die, weit entfernt, dankbaren Blickes zu dem Preußen aufzuschauen, dem man in erster Reihe die Befreiung Deutschlands zuzuschreiben hatte, vielmehr in der gewaltigen Leistung dieses Staates nur einen neuen Beweis seiner gefährlichen Kraft und Fähigkeit erblickten, von der sie sich alle mehr oder minder bedroht glaubten. Die preußischen Staatsmänner, seit langer Zeit erfüllt von dem Glauben, daß eine mächtige Stellung Deutschlands ausschließlich abhänge von dem einmüthigen Zusammenhalten Oesterreichs und Preußens, und ihrerseits bereit, Oesterreich im Süden Deutschlands eine herrschende Rolle spielen zu lassen, wenn man ihnen nur für den Norden eine ähnliche einräume, waren weit entfernt zu ahnen, daß Metternich, der nicht nur den Süden, sondern ganz Deutschland dem österreichischen Einflusse unterwerfen wollte, in demselben Augenblicke, da er sie zu einem entschiedenen Widerstande gegen Rußland mit fortreißen wollte, bereit war, ihre Ansprüche auf polnische Gebiete ebenso preiszugeben, als er mit Talleyrand und den mittelstaatlichen Vertretern zusammen dahin arbeitete, die Wiedereinsetzung des Königs von Sachsen zu erlangen. Daß die Gefahr einer völligen Vereinzelung Preußens auf dem Congresse nicht eintrat, war das persönliche Verdienst König Friedrich Wilhelms III., der, nüchtern urtheilend und seinen Freunden ein treuer Freund, sich unmittelbar mit dem Czaren verständigte, auf den größten Theil der polnischen Gebiete verzichtete und dadurch dem preußischen Staate die Bundesgenossenschaft Rußlands sicherte. Damit war freilich der künstlich angelegte Plan Metternichs und seiner Gesinnungsgenossen, Preußen um jede namhafte Entschädigung zu bringen und in den Grenzen eines größeren

Mittelstaates zu halten, vereitelt. Ihre Erbitterung, daß sich Preußen, allerdings ohne die ihm drohende Gefahr im vollen Umfange zu kennen, aus der Schlinge gezogen und nun, wieder enge mit Rußland verbündet, der von ihnen vorbereiteten Vereinzelung entgangen war, fand ihren Ausdruck in einem am 3. Januar 1815 abgeschlossenen geheimen Bündnisse zwischen Oesterreich, England und Frankreich, zu dem auch Baiern, Hannover und Holland herangezogen wurden, welches den Zweck hatte, die gegen Rußland und Preußen gerichteten Pläne im äußersten Falle mit dem Schwerte zur Durchführung zu bringen. Zwar wurden von den neuen Bundesgenossen bereits ausführliche Kriegspläne ausgearbeitet, schließlich aber blieb der Welt doch der schmähliche Anblick erspart, den die Verwirklichung dieses Bundesvertrages dargeboten haben würde. Nach langen Verhandlungen kam man endlich dahin überein, das Königreich Sachsen (wo, wesentlich durch österreichische Einflüsse und die Bemühungen des Hofadels, der seine im unmittelbarsten persönlichen Interesse gehandhabte Herrschaft allerdings sehr ernstlich bedroht sah, eine lebhafte Bewegung gegen die Einverleibung in Preußen in Scene gesetzt worden war) zu theilen, den größeren, aber dünner bevölkerten Theil des Landes an Preußen zu geben, die anderen Theile desselben dem König Friedrich August wieder zurückzustellen. So ungünstig diese Lösung der Streitfrage sowohl für Preußen als auch für Sachsen selbst war, das, durch diese Theilung zerrissen, sich zu einer grundsätzlichen Feindschaft gegen Preußen berechtigt, ja förmlich angewiesen glaubte, so war doch gegen dieses Ergebniß der Congreßverhandlungen nicht weiter anzukämpfen, wenn nicht das ganze Werk dieser Fürstenversammlung scheitern wollte. Kaiser Alexander, der sich nicht in der Lage befand, Preußen zu entschiedenem Widerstande gegen diesen Plan aufzumuntern, zeigte wenigstens dadurch eine gute Gesinnung, daß er jetzt das feste Thorn an Preußen abtrat. Außer dem Theile von Sachsen erhielt Preußen auch noch größere Länderstrecken am Rhein: Jülich und Berg, das Siegener Land und die ehemals geistlichen Gebiete von Köln und Trier, mußte aber dafür an Hannover, außer Hildesheim, Goslar und Lingen, auch noch Ostfriesland abtreten; dagegen gelang es ihm, von Schweden gegen eine Geldsumme Vorpommern zu erwerben.

Das preußische Staatsgebiet war demnach langhingestreckt von Tilsit bis Saarbrücken und stieß, mit wenig geschützten Grenzen, an zwei ihm an Größe weit überlegene Mächte, an Rußland und Frankreich; zudem war es in zwei durch fremde Ländergebiete getrennte Hälften getheilt, nur Etappenstraßen verbanden die westlichen und östlichen Landestheile Preußens mit einander. Aber gerade diese ausgesetzte Lage und die Zersplitterung seines Gebietes, durch welche die Gegner Preußen auf alle Zeit schädigen wollten, ist diesem Staate „ein Sporn und ein Stachel" geworden und hat wesentlich dazu beigetragen, daß die deutsche Frage im Jahre 1866 so gelöst werden mußte, wie sie gelöst ward.

Oesterreich erhielt von Baiern, obwohl dieses sich lange dagegen sträubte, Tirol und Salzburg, von dem aufgelösten Königreich Italien Wälschtirol und seine Hauptentschädigung: die Lombardei und Venetien.

Baiern, das die größten Ansprüche erhob und mit allen Mitteln zu verwirklichen trachtete, erhielt das Großherzogthum Würzburg und die linksrheinische Pfalz, aber nicht, was es so sehr anstrebte, die Verbindung dieser Provinz mit seinen rechtsrheinischen Landen durch den Besitz Mannheims, Heidelbergs und des Odenwaldes. Hier trat Stein, der den Rheinbundstaaten auch für die Zukunft die schlimmsten Absichten zutraute, sehr entschieden gegen die baierischen Wünsche auf, indem er die Gefahren entwickelte, welche aus

einem also verstärkten Baiern den übrigen süddeutschen Staaten und dem gesammten Vaterlande zu erwachsen drohten, für die doch auch Metternich keineswegs blind war.

Die übrigen Rheinbundstaaten behielten, mit unbedeutenden Ausnahmen, den Umfang, den sie ihrem Anschlusse an Napoleon zu verdanken hatten.

So weit waren, unter lebhaften Kämpfen, unter steter Uneinigkeit und wechselseitigem Mißvergnügen, die Verhandlungen des Wiener Congresses über die Gebietsveränderungen gediehen, als Metternich am 7. März 1815 eine Depesche aus Genua erhielt, welche ihm mittheilte, daß Napoleon von Elba verschwunden sei; eine Nachricht, der bald Botschaft um Botschaft folgte, daß er zu Schiff gegangen und in Frankreich gelandet sei, daß er seine alten Truppen von den Bourbonen wieder auf seine Seite herübergezogen habe, daß er in Paris eingezogen, daß der Thron der neu wieder eingesetzten Dynastie abermals umgestürzt sei.

Dieser überraschenden und erschütternden Nachricht gegenüber mußte doch sofort auf dem Congresse jede Zwietracht schweigen. Weder die Versicherung Napoleons, daß er keine andere Absicht habe, als Frankreich innerhalb der ihm durch die Großmächte gesteckten Grenzen in Frieden zu regieren, fand Glauben, noch hatte sein Versuch, die kaum wiederhergestellte Einigkeit der Staaten durch Mittheilung des Vertrages vom 3. Januar 1815 an Kaiser Alexander, zu stören, Erfolg. Das war Allen klar, daß es jetzt gelte, mit möglichster Schnelligkeit und Kraftentfaltung die abermalige Befestigung der Napoleonischen Herrschaft zu verhindern. Schon am 13. März ward ein Manifest der Mächte gegen Napoleon Buonaparte erlassen, in welchem sie ihn „als Feind und Störer der Ruhe der Welt" der öffentlichen Strafe preisgaben. Am 25. März unterzeichneten sie einen neuen Bundesvertrag, durch den sie sich verpflichteten, jede 150,000 Mann im Felde zu halten und die Waffen nicht eher niederzulegen, bis der Zweck des Krieges erreicht und Buonaparte außer Stand gesetzt sei, die höchste Gewalt in Frankreich wieder zu erlangen. Bald traten diesem Bunde auch die übrigen Staaten, bis herab zu den kleinsten deutschen Fürstenthümern bei, zuletzt, am 30. Mai, der König von Wirtemberg.

Langsam und schwerfällig sammelten sich im April und Mai 1815 400,000 Mann verbündeter Truppen in weit ausgedehnter Aufstellung von Mainz bis Freiburg: Oesterreicher und Süddeutsche unter Schwarzenberg, Russen unter Barclay, während 100,000 Mann britische Truppen unter Wellington und 150,000 Preußen unter Blücher von der unteren Mosel durch Belgien bis zur Nordsee Aufstellung nahmen. Der Plan Schwarzenbergs war, den Angriff erst dann zu eröffnen, wenn alle Streitkräfte versammelt seien, um gleichzeitig von allen Seiten her gegen Paris zu marschiren. Dem gegenüber lag die Gefahr nahe genug, daß Napoleon diesen Augenblick nicht abwarten, sondern sich mit ganzer Macht und Ueberlegenheit auf einen Theil seiner Gegner werfen werde, in der Hoffnung, durch einen glänzenden Sieg das große Bündniß zu zersprengen. Und in der That war dies die Absicht Napoleons. In Eilmärschen führte er seine besten Truppen an die belgische Grenze gegen den rechten Flügel der Verbündeten. Man glaubte ihn noch in Paris, mit den Vorbereitungen zu dem Feldzuge beschäftigt, als er sich bereits mit 130,000 Mann der Aufstellung Wellingtons und Blüchers näherte.

Aber die unter deren Befehle stehenden Truppen waren noch keineswegs vollständig aufmarschirt und lagen in weithin zerstreuten Quartieren. Als die zahlreichen Wachtfeuer hinter der feindlichen Vorpostenlinie am Abende des 14. Juni die Nähe

eines großen Heeres errathen ließen, setzte Blücher Wellington davon in Kenntniß, jedoch dieser wollte auch jetzt noch nicht an eine unmittelbare Gefahr glauben. Aber schon am nächsten Tage zeigte sich der volle Ernst der Lage. Napoleon überschritt die Sambre und drängte mit Uebermacht die Preußen bis Charleroi zurück. Dann aber theilte er sein Heer und stellte sich am 16. Juni selbst Blücher gegenüber, während der andere Theil seiner Truppen in der Richtung von Brüssel gegen Wellington marschirte. Napoleons Angriff begann erst am Nachmittage und eröffnete vier Stunden der heißesten Kämpfe, die wesentlich um den Besitz des Dorfes Ligny geführt wurden, welches die Preußen mit größter Hartnäckigkeit vertheidigten. Als die Nacht hereinbrach, gelang es zwar den französischen Garden das Dorf zu nehmen und die hinter demselben gelegenen Höhen zu stürmen, zwar gerieth in der Hitze des Gefechtes Blücher selbst in Lebensgefahr, aus der ihn nur die Aufopferung seines Adjutanten, des Grafen Nostitz rettete, zwar verloren die Preußen 12,000 Mann und 21 Geschütze; aber dennoch behielt das geschlagene Heer Kraft, Muth und Geschick zu einem bewunderungswürdigen Rückzuge, nicht, wie Napoleon hoffte, auf der offenen und bequemen Linie nach Namur, sondern auf mühevollen, engen Wegen nach der Stellung der Engländer, mit denen die Verbindung um jeden Preis zu erhalten Blücher fest entschlossen war.

Einen fast eben so heftigen Kampf hatte am gleichen Tage, wenige Stunden von Ligny entfernt, bei Quatrebras Wellington zu bestehen gehabt. Auch hier waren die Franzosen, an Zahl ihren Gegnern anfangs weit überlegen, eine Zeit lang siegreich vorgedrungen; dann aber, als die heldenmüthig kämpfenden Engländer und Deutschen Verstärkungen erhielten, nahmen sie den Franzosen eine eroberte Stellung nach der anderen wieder ab und statt, wie ihm befohlen war, sich an dem Kampfe gegen Blücher zu betheiligen, mußte Marschall Ney vielmehr seinerseits von Napoleon Hilfe erbitten. Hier fand an der Spitze seiner tapferen Truppen Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig den Heldentod, der in höherem Grade als irgend ein anderer der deutschen Fürsten Gut und Blut zur Befreiung des Vaterlandes eingesetzt hatte.

Herzog von Wellington.

Durch den Sieg von Ligny glaubte Napoleon das Blücher'sche Heer völlig kampfunfähig gemacht zu haben und gab, indem er den 17. Juni fast ganz verlor, den Befehl zur Verfolgung der Preußen und zum Angriff auf die Engländer erst, als jene schon einen Vorsprung von 12 Stunden gewonnen hatten, diese auf die Höhen von Mont St. Jean, südlich von dem Dorfe Waterloo, zurückgezogen waren, als es zu spät war, um den Erfolg von Ligny auszubeuten.

Nahe bei Mont St. Jean, wo die Straßen

von Nivelles und von Genappes sich zur Brüsseler Hauptstraße vereinigen, an einem langgestreckten Höhenzuge hatte Wellington sein erstes Treffen aufgestellt, während das sich nach rückwärts wellenförmig senkende Terrain seine Reiterei und seine Reserven vor den Augen des Feindes verbarg; eine Stellung, wie er sie brauchte, um mit Schonung seiner Kräfte den Kampf bis zum Eintreffen der preußischen Hilfe hinzuhalten. Diese Hilfe aber erwartete er mit Sicherheit, da Blücher sich zu dem fast unerhörten Wagniß verpflichtet hatte, mit seinen geschlagenen Truppen auf schlechten Wegen einen weiten Marsch zurückzulegen, um sie, am dritten Tage nach der erlittenen Niederlage, eine neue Schlacht liefern zu lassen, und da außerdem das Corps Bülows in Eilmärschen herbeizog.

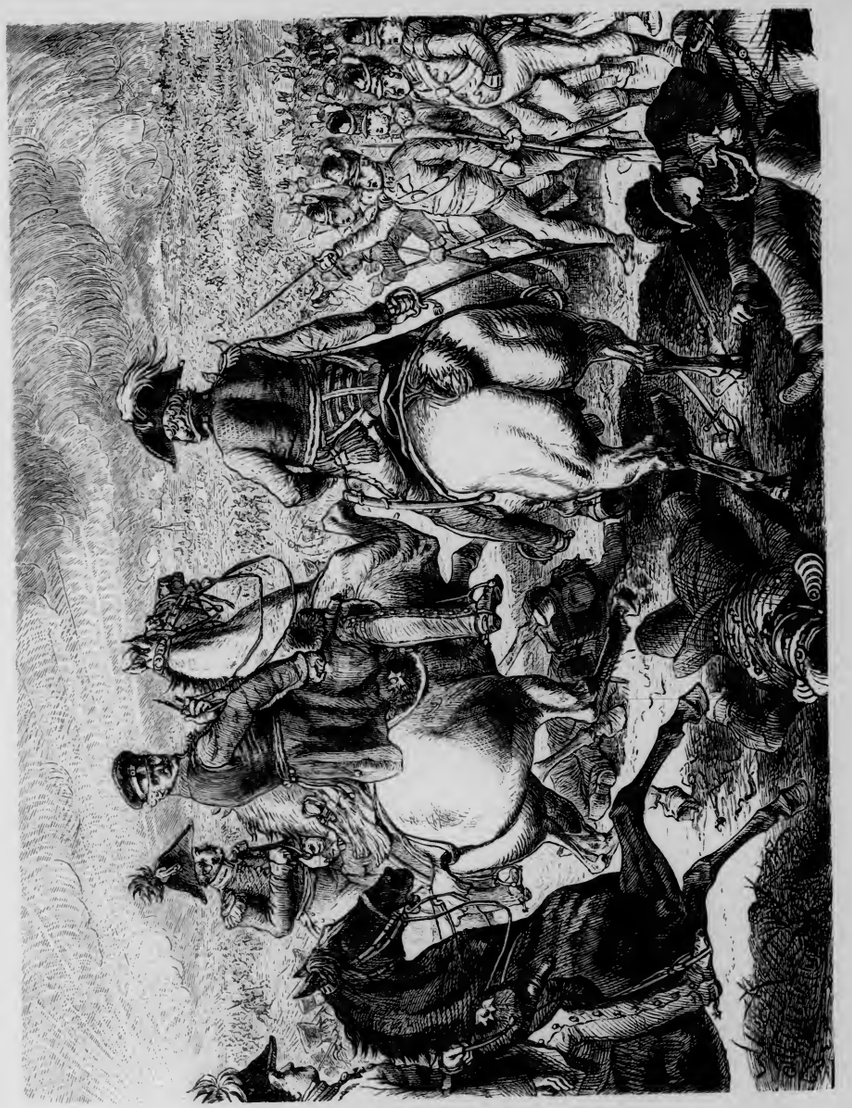
Für sich allein war Wellington erheblich schwächer als Napoleon, als dieser am Mittag des 18. Juni den Kampf gegen ihn eröffnete. Stundenlang tobte die Schlacht unentschieden, mit zäher Hartnäckigkeit standen die Deutschen, Niederländer und Engländer, mit feuriger Tapferkeit stürmten die Franzosen, nach jedem abgeschlagenen Angriff von neuem gegen die festen Stellungen der Gegner heran. Gegen 6 Uhr Abends, als das Vorwerk la Haye sainte, dessen Besatzung keine Munition mehr hatte, in die Hände der Franzosen gefallen war, als sich die Reihen seiner Truppen immer mehr und mehr lichteten, und er keinen Nachschub mehr in die Schlachtlinie rücken lassen konnte, während Napoleons Garden noch in der Reserve standen, wurde die Lage für Wellington sehr bedenklich. In seiner kaltblütigen Ruhe fest entschlossen auszuharren, wies er zwar die Rathschläge der Zaghaften, die zum Rückzuge drängten, entschieden zurück, aber doch kam ihm das Wort aus tiefster, bang erregter Seele: „Ich wollte, es wäre Abend und die Preußen kämen!“

Und die Preußen kamen. Sie waren die halbe Nacht, den ganzen Tag marschirt, sie waren ermüdet, aber nicht zu sehr, um nicht doch noch, angefeuert von dem alten Marschall „Vorwärts“, die Entscheidung zu bringen. Gerade in dem Augenblicke, da Wellingtons Linien erschüttert zu werden anfingen, begannen sie im Rücken des französischen Centrums ein mörderisches Feuer aus 48 Geschützen, begannen sie den Verzweiflungskampf um den wichtigsten Punkt der französischen Stellung, das Dorf Planchenois, eine kleine Stunde südöstlich von dem Pachthofe la Belle Alliance.

Und nun belebte sich von neuem ringsum der Kampf um die Entscheidung. Es war Niemanden mehr unklar, daß sie hier fallen müsse. Ueberall mußten die Franzosen vor dem zerschmetternden Heranstürmen der jeden Augenblick durch neuen Zuzug verstärkten Preußen zurückweichen, Planchenois fiel, die britische Reiterei begann die Verfolgung der fliehenden Franzosen, bald von den Preußen abgelöst, die Gneisenau, hier von keinem ängstlichen Oberbefehlshaber verhindert, anwies, sich „bis zum letzten Hauch von Roß und Mann“ dem Feind an die Fersen zu heften. Gegen 8 Uhr Abends reichten sich Wellington und Blücher bei la Belle Alliance als Sieger die Hände.

„Die schönste Schlacht ist geschlagen“ — schrieb Blücher noch in der nun hereinbrechenden Nacht an seinen Freund Kuesebeck — „der herrlichste Sieg ist erfochten. Ich denke, die Bonapartesche Geschichte ist nun wohl für lange wieder zu Ende. La Belle Alliance, den 19. früh. Ich kann nicht mehr schreiben, denn ich zittre an allen Gliedern. Die Anstrengung war zu groß!“

Aber auch der Lohn, der Erfolg war groß. Es gab keine französische Armee mehr, die den Widerstand gegen die Verbündeten hätte fortsetzen können. Zum zweiten Male lag das Napoleonische Kaiserreich zu Boden, zum zweiten Male standen die verbündeten Truppen siegreich



von Nivelles und von Genappes sich zur Brüsseler Hauptstraße vereinigen, an einem langgestreckten Höhenzuge hatte Wellington sein erstes Treffen aufgestellt, während das sich nach rückwärts wellenförmig senkende Terrain seine Reiterei und seine Reserven vor den Augen des Feindes verbarg; eine Stellung, wie er sie brauchte, um mit Schonung seiner Kräfte den Kampf bis zum Eintreffen der preußischen Hilfe hinzuhalten. Diese Hilfe aber erwartete er mit Sicherheit, da Blücher sich zu dem fast unerhörten Wagniß verpflichtet hatte, mit seinen geschlagenen Truppen auf schlechten Wegen einen weiten Marsch zurückzulegen, um sie, am dritten Tage nach der erlittenen Niederlage, eine neue Schlacht liefern zu lassen, und da außerdem das Corps Bülows in Eilmärschen herbeizog.

Für sich allein war Wellington erheblich schwächer als Napoleon, als dieser am Mittag des 18. Juni den Kampf gegen ihn eröffnete. Stundenlang tobte die Schlacht unentschieden, mit zäher Hartnäckigkeit standen die Deutschen, Niederländer und Engländer, mit feuriger Tapferkeit stürmten die Franzosen, nach jedem abgeschlagenen Angriff von neuem gegen die festen Stellungen der Gegner heran. Gegen 6 Uhr Abends, als das Vorwerk la Haye sainte, dessen Besatzung keine Munition mehr hatte, in die Hände der Franzosen gefallen war, als sich die Reihen seiner Truppen immer mehr und mehr lichteten, und er keinen Nachschub mehr in die Schlachtlinie rücken lassen konnte, während Napoleons Garden noch in der Reserve standen, wurde die Lage für Wellington sehr bedenklich. In seiner kaltblütigen Ruhe fest entschlossen auszuharren, wies er zwar die Rathschläge der Zaghaften, die zum Rückzuge drängten, entschieden zurück, aber doch kam ihm das Wort aus tiefster, bang erregter Seele: „Ich wollte, es wäre Abend und die Preußen kämen!“

Und die Preußen kamen. Sie waren die halbe Nacht, den ganzen Tag marschirt, sie waren ermüdet, aber nicht zu sehr, um nicht doch noch, angefeuert von dem alten Marschall „Vorwärts“, die Entscheidung zu bringen. Gerade in dem Augenblicke, da Wellingtons Linien erschüttert zu werden anfingen, begannen sie im Rücken des französischen Centrums ein mörderisches Feuer aus 48 Geschützen, begannen sie den Verzweiflungskampf um den wichtigsten Punkt der französischen Stellung, das Dorf Planchenois, eine kleine Stunde südöstlich von dem Pachthofe la Belle Alliance.

Und nun belebte sich von neuem ringsum der Kampf um die Entscheidung. Es war Niemanden mehr unklar, daß sie hier fallen müsse. Ueberall mußten die Franzosen vor dem zerschmetternden Heranstürmen der jeden Augenblick durch neuen Zuzug verstärkten Preußen zurückweichen, Planchenois fiel, die britische Reiterei begann die Verfolgung der fliehenden Franzosen, bald von den Preußen abgelöst, die Gneisenau, hier von keinem ängstlichen Oberbefehlshaber verhindert, anwies, sich „bis zum letzten Hauch von Roß und Mann“ dem Feind an die Fersen zu heften. Gegen 8 Uhr Abends reichten sich Wellington und Blücher bei la Belle Alliance als Sieger die Hände.

„Die schönste Schlacht ist geschlagen“ — schrieb Blücher noch in der nun hereinbrechenden Nacht an seinen Freund Kuesebeck — „der herrlichste Sieg ist erfochten. Ich denke, die Bonapartesche Geschichte ist nun wohl für lange wieder zu Ende. La Belle Alliance, den 19. früh. Ich kann nicht mehr schreiben, denn ich zittre an allen Gliedern. Die Anstrengung war zu groß!“

Aber auch der Lohn, der Erfolg war groß. Es gab keine französische Armee mehr, die den Widerstand gegen die Verbündeten hätte fortsetzen können. Zum zweiten Male lag das Napoleonische Kaiserreich zu Boden, zum zweiten Male standen die verbündeten Truppen siegreich

vor Paris, zum zweiten Male diktirten sie dem französischen Volke den Frieden.

Auch dieser zweite Pariser Friede (am 20. November 1815 unterzeichnet) hat unserem Vaterlande, das am härtesten gelitten unter dem Drucke der Napoleonischen Gewaltherrschaft, dessen Heere am meisten beigetragen zum Sturze des Tyrannen, dessen Feldherren den höchsten Anspruch auf die Dankbarkeit des ganzen Welttheils sich erworben hatten, das nicht eingebracht, was seine Söhne mit Blut und Leben verdient hatten. Wenn je, so hätte jetzt Elsaß und Lothringen wieder an Deutschland fallen und für Deutschland eine gesicherte Grenze bilden müssen. Die Diplomaten haben es zuwege gebracht, daß beide Provinzen bei dem überwundenen Frankreich blieben. Kaum daß einige kleine Grenzberichtigungen — Saarbrücken, Saarlouis und Landau — und eine Kriegssteuer zum Ausbau der Grenzfestungen den Deutschen zu Gute kamen. Die geraubten Schätze der Bibliotheken und Galerien wurden wenigstens jetzt den rechtmäßigen Eigenthümern zurückgegeben.

In denselben Tagen, da auf belgischem Boden die Entscheidungsschlacht geschlagen ward, fanden in Wien die Verhandlungen über die deutsche Verfassungsfrage ihren Abschluß.

Die Möglichkeit, ein kräftiges deutsches Reich zu begründen, schien von Anfang an kaum zu bestehen. Das waren doch nur einige wenige Idealisten und Gefühlspolitiker, die sich an Versen begeisterten oder begeistern zu können glaubten, wie die folgenden:

„Es horste auf derselben Rieseneiche
Der Doppeladler und der schwarze Aar!
Es sei fortan im ganzen teutschen Reiche
Ein Wort, ein Sinn, geführt von jenem Paar!"

Denn wer klar und staatsmännisch dachte, wer sich nicht mit Willen selbst verblendete gegen die augenscheinliche Gestaltung der thatsächlichen Verhältnisse, der mußte sich sagen, daß zwei Staaten, welche die Geschichte Oesterreichs und Preußens hinter sich hatten, unmöglich in einmüthigem Zusammenwirken friedlich und ehrlich neben einander bestehen konnten, daß noch weniger neben ihnen andere staatliche Gebilde in halber Abhängigkeit und halber Selbstständigkeit sich würden erhalten können, ohne der Machtsphäre des einen oder des anderen dieser Großstaaten zu verfallen, oder daß — um bei dem Bilde jener Verse zu bleiben — die „Rieseneiche" nichts anderes zeigen konnte als den Kampf der Adler unter sich und mit den kleineren Vögeln, die mitten zwischen deren Horsten ihre Nester bauten. Schon der Congreß bot das Schauspiel dieser Uneinigkeit auch auf dem Gebiete der neu zu schaffenden Bundesverfassung.

Von allen Seiten tauchten Vorschläge aller Art auf, bald das Project einer Theilung Deutschlands nach dem Laufe des Maines, bald die Idee freier Bündnisse aller deutschen Staaten, bald der Plan, die Kaiserwürde wieder zu beleben und die alte Kreiseintheilung des Reiches, zeitgemäß umgestaltet, zurückzurufen. Aber fast alle diese Entwürfe waren nicht die Ergebnisse patriotischer Aufopferungsfähigkeit und tiefer staatsmännischer Erwägungen, sondern egoistischer Berechnung, kleinlicher Interessenpolitik oder machtloser Bestrebungen eines haltlosen Größenwahnes. Wenn man sich schon über die weitesten, äußerlichen Grenzen und Formen des neu zu gründenden *Staatenbundes* — denn das war es schließlich, worin sich, gegenüber den Wünschen, einen *Bundesstaat* zu gründen, die Ansichten am nächsten kamen — nicht vereinigen konnte, so wurde der Streit noch lebhafter, als man an die Berathung der inneren Fragen herantrat. Auch da tauchten zahlreiche Entwürfe auf, um verworfen zu werden, bis endlich ein gewisser Grad von Nachgiebigkeit von allen Seiten zur Annahme des unvollkommensten und unfreisinnigsten von allen führte.

Von einer Centralgewalt war keine Rede mehr, das Bundesgericht, der „Schlußstein des deutschen Rechtsgebäudes", wie man es wohl genannt hat, wurde zwar in Aussicht gestellt, aber ohne die schützenden Bestimmungen, die Humboldt und Hardenberg vorgeschlagen hatten; die Einführung landständischer Verfassungen wurde nur eben nothdürftig angedeutet: „In allen deutschen Staaten wird eine landständische Verfassung stattfinden"; Freiheit der Religionsübung, des Erwerbes, Besitzes und Abzuges wurde den deutschen „Unterthanen" — wie man absichtlich statt „Staatsbürger" sagte — zugesichert, aber von den versprochenen Freiheiten der Lehre und der Presse war keine Rede mehr. Dagegen waren die Rechte der Standesherren mit möglichster Weitläufigkeit ausgeführt. „In dem Entwurfe," meinte Stein, „sei von den Mediatisirten zu viel und vom deutschen Volke zu wenig die Rede." Die Regelung der Verhältnisse der katholischen Kirche überließ man dem Gutfinden der einzelnen Staaten.

Bei der Endberathung, die Metternich möglichst beschleunigte, damit die Bundesacte noch vor Beendigung des Congresses unter den Schutz der europäischen Mächte gestellt werden könne, drohte noch einmal das ganze Werk zu scheitern, da Baiern und Sachsen ihren sofortigen und unbedingten Beitritt verweigerten, ohne Zweifel in der Hoffnung auf neue Siege Napoleons und die Wiederherstellung des Rheinbundes. Schließlich gelang es, die noch schwebenden Meinungsverschiedenheiten doch so weit auszugleichen, daß endlich am 8. Juni 1815 der Abschluß erfolgen konnte, allerdings um den Preis der völligen Beiseitelassung des Bundesgerichtes, auf welcher Baiern hartnäckig bestanden hatte. Am 10. Juni wurde dann die Bundesacte von allen deutschen Staaten, mit Ausnahme Wirtembergs und Badens, die erst später ihren Beitritt erklärten, unterschrieben.

Die einsichtigen der in Wien anwesenden Staatsmänner verhehlten sich natürlich die großen Mängel dieses Werkes keineswegs, aber sie waren zu der Ueberzeugung gekommen, daß vorläufig nicht mehr zu erreichen und daß ein unvollkommener Bund doch noch besser sei als gar keiner.

Der deutsche Bund umfaßte 38 Staaten von verschiedenster Größe, denen zur vollen Souveränetät nur das Recht der selbstständigen Kriegführung und Schließung von Bündnissen fehlte, das übrigens Oesterreich und Preußen, die auch außerhalb des Bundesverbandes stehende Provinzen besaßen, in der Eigenschaft europäischer Mächte zustand. Unter diesen befanden sich auch Dänemark, das für Holstein, Holland, das für Luxemburg dem Bunde angehörte. Streitigkeiten unter Bundesstaaten sollte ein Austragsgericht schlichten. Die oberste Bundesbehörde war der Bundestag, dem in der freien Stadt Frankfurt sein Sitz angewiesen wurde.

Das waren nun, nach den glorreichen Siegen des Befreiungskrieges, die Früchte, deren sich das deutsche Volk zu erfreuen hatte. Das Joch der Fremdherrschaft war abgeschüttelt, aber das Deutschland, das die begeisterten Patrioten im Sinne getragen, als das Volk aufstand und der Sturm losbrach, das war ein frommer Wunsch geblieben. Lose an einander gereiht, jeder Beschränkung nur widerwillig sich fügend, standen sich die Einzelstaaten des Bundes, der an die Stelle des alten deutschen Reiches getreten war, schmollend und mißtrauisch gegenüber. Und selbst der Trost, daß die Bundesverfassung verbesserungsfähig sei, war schwach genug, bei der Sorgfalt, mit der man jede Veränderung der Bundesacte zu erschweren gewußt hatte. Dem deutschen Bunde als solchem fehlte alle und jede Macht, die Nation nach außen zu vertreten, im Inneren ihre wichtigsten Lebensaufgaben mit Erfolg zu pflegen.

Die Einzelstaaten aber faßten naturgemäß ihre Sonderinteressen in erster Reihe ins Auge,

und was innerhalb ihrer Grenzen, theilweise von den ausgezeichnetsten Kräften, geleistet wurde, kam nur mittelbar der Gesammtheit der Nation zu Gute.

Den Tagen eines glänzenden Aufschwunges folgten Jahre nüchterner und unscheinbarer Arbeit. Aber dennoch war jene begeisterte Erhebung das Morgenroth einer neueren und besseren Zeit gewesen. Sie hatte den Beruf des preußischen Staates zur Sammlung der zersplitterten Kräfte der Nation, zur Führung des deutschen Volkes dargethan; einen Beruf, dessen Erfüllung freilich die Beschlüsse des Wiener Congresses sehr wesentlich erschwerten.

VI. Buch.

Bis zur Eröffnung der deutschen Nationalversammlung.

(1848.)

Am 5. November 1816 trat in einem Palaste der Eschenheimergasse zu Frankfurt, der dem Fürsten von Thurn und Taxis gehörte, der Bundestag zu seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammen. Es wurden zwischen den Gesandten der einzelnen Staaten Begrüßungsreden gewechselt, in denen es nicht an wohlklingenden Sätzen über die Bedeutung des Bundes und das Streben der verbündeten Regierungen für die Wohlfahrt ihrer Länder fehlte. In der That waren unter den Vertretern der Einzelstaaten Männer, welche mit dem ernsten Glauben an die Bedeutung und segensreiche Wirksamkeit ihres Amtes Kenntnisse und Charakter verbanden, die unter anderen Voraussetzungen der Gesammtheit der Nation hätten zum Besten gereichen können. Daneben fehlte es freilich auch nicht an anderen Gesandten, welche von ihren Regierungen mit Weisungen versehen waren, deren Durchführung eine gedeihliche Entfaltung des Bundesverhältnisses zur Unmöglichkeit machte und welche diesen Weisungen mit einem Eifer nachkamen, der wo möglich noch weiter ging, als die Absichten der Regierungen es erheischten. Der österreichische Vertreter, dem gesetzlich der Vorsitz in der Bundesversammlung zustand, versäumte nicht, seine bevorzugte Stellung dazu zu verwenden, kaum daß der Bund gegründet war, gegen Preußen Ränke zu spinnen und namentlich das ernste Bemühen dieses Staates, das Kriegswesen des Bundes im engsten Anschluß an die Heere der beiden Großstaaten zu ordnen, bei den Vertretern der Mittel- und Kleinstaaten als ein laut redendes Zeugniß dafür anzuschwärzen, daß Preußen darauf ausgehe, die Selbstständigkeit der kleineren Bundesglieder zu untergraben. Der Selbstständigkeitstrieb dieser Staaten begann bald in sehr entschiedener Form aufzutreten, so z. B. als die Bundesversammlung einigen Unterthanen des Kurfürsten von Hessen, die während der westfälischen Zeit Domänen angekauft hatten und sie nun ohne Entschädigung zurückgeben sollten, ihre Verwendung versprach, die der Kurfürst durch seinen Gesandten als einen Eingriff in die innere Staatsverwaltung sich sehr ernstlich verbat.

Nach einer anderen Richtung aber machte sich das Bestreben der Einzelstaaten, ohne Dazwischenkunft des Bundestages ihre Angelegenheiten zu regeln, in wohlthätiger Weise geltend, insofern nämlich dieses Bestreben dahin führte, daß die Mehrzahl der Mittel- und Kleinstaaten landständische Verfassungen in das Leben riefen.

Schon am 26. Mai 1818 ertheilte König Max Josef von Baiern seinem Lande eine Verfassung, ihm folgte am 22. August der Großherzog Karl von Baden, der schon um deßwillen hinter Baiern nicht zurückbleiben wollte, weil es ihm darauf ankam, sowohl die Stimmung des eigenen Landes, als auch die öffentliche Meinung in Deutschland für die Abweisung der Ansprüche Baierns an einzelne Theile Badens und die Anerkennung des Erbrechts der Grafen

von Hochberg, Halbbrüder seines Vaters, zu gewinnen.

In Baiern und Baden waren die Verfassungsurkunden oktroyirt, da in beiden Ländern nicht einmal mehr Ueberreste der alten Landstände sich erhalten hatten. In Wirtemberg dagegen versuchte es König Friedrich I. mit den zu diesem Zwecke berufenen Vertretern des Adels und der Gemeinden eine Verfassung zu vereinbaren. Diese Versammlung aber verwarf die Vorlagen der Regierung und verlangte, vor jeder weiteren Verhandlung, eine Wiederherstellung und Anerkennung der sehr ausgedehnten Rechte der altwirtembergischen Landstände. Die alte ständische Verfassung, die im Wesentlichen auf einer Urkunde des Jahres 1514 beruhte, hatte sich längst überlebt, zahlreiche Mißbräuche waren unter ihrer Herrschaft entstanden, mit einem modernen Staate war sie geradezu unvereinbar. Auch waren zu den altwirtembergischen Gebieten neue Landestheile hinzugekommen, für welche sie jedenfalls nicht zu Recht bestand. Dennoch hielten die wirtembergischen Volksvertreter nicht nur eigensinnig an diesem veralteten Grundgesetze fest, so lange ihnen der König Friedrich I. gegenüberstand, der sich in der Rheinbundszeit als ein eigenmächtiger und gewaltthätiger Selbstherrscher gezeigt hatte, von dessen Willkür das Schlimmste zu fürchten war, sondern sie beharrten in ihrem Widerstande, als nach Friedrichs Tode (30. October 1816) sein ganz anders gearteter Sohn König Wilhelm I. den Thron bestieg, ein Fürst, der aus seiner deutschen Gesinnung auch während der Zeit der Fremdherrschaft nie ein Hehl gemacht hatte und den modernen Ideen keineswegs widerstrebte. Dem neuen Verfassungsentwurfe, den König Wilhelm ihnen durch seinen liberalen Minister von Wangenheim vorlegen ließ, setzten sie dasselbe trotzige Pochen auf das „gute alte Recht" entgegen, wie den mangelhaften Entwürfen des vorigen Königs, weil sie nicht königlicher Gnade, als ein Geschenk, die Freiheit und den „Reichthum alles Rechtes" verdanken wollten, die der König zu spenden bereit war, die sie aber Kraft alter Vereinbarung schon zu besitzen glaubten. Dieser Streit um das alte Recht, den ein oberflächliches Urtheil fast kindisch nennen möchte, nöthigt doch, verklärt durch die ihm gewidmeten Dichtungen des charaktervollen Uhland, bei näherer Betrachtung zu der Anerkennung des männlichen Freimuthes und der unbeugsamen Ausdauer, welche bei diesem Anlasse der schwäbische Volksstamm an den Tag legte. Daß der einflußreiche Rathgeber des Königs, Minister von Wangenheim, kein Wirtemberger, also ein „Ausländer" war, fiel dabei noch erschwerend in das Gewicht; von ihm glaubte man den König umgarnt und den Wünschen seines Volkes entfremdet. Mit Bezug hierauf fleht Uhland in seinem „Gebet eines Wirtembergers" zu Gott:

„Zu unserm König, deinem Knecht,
Kann nicht des Volkes Stimme kommen,
Hätt' er sie, wie er will, vernommen,
Wir hätten längst das theure Recht."

Dabei hätte den Wirtembergern leicht begegnen können, weder ihre alte, noch auch eine neue Verfassung zu erhalten. Aber König Wilhelm blieb auf seinem Entschlusse stehen, führte die liberalen Bestimmungen seines Verfassungsentwurfes ins Leben ein, und endlich kam es denn doch, am 26. September 1819, zu einer Vereinbarung mit den Abgeordneten. Aber gar manche liberale Bestimmung des ursprünglichen Entwurfes fand jetzt nur noch in abgeschwächter Form Aufnahme in das Staatsgrundgesetz, da inzwischen Verhältnisse eingetreten waren, die sich einer Ausbildung und Ausdehnung der Volksrechte keineswegs günstig erwiesen.

In gewisser Beziehung waren die Verfassungen der süddeutschen Staaten der Charte nachgebildet, welche, nach Wiedereinsetzung der Bourbonen, die politischen Rechte Frankreichs regelte, am meisten

war dies in Baden der Fall, wo, neben einer Vertretung der privilegirten Stände in der I. Kammer, die übrigen Volksklassen, mit einer sehr gerechtfertigten Begünstigung der Stadtbewohner, durch allgemeine, jedoch mittelbare Wahlen ihre Vertreter in die II. Kammer des Landtages sandten, während in Baiern und Wirtemberg neben den Adelskammern auch die Häuser der Abgeordneten durch die Wahl nach streng gesonderten Ständen gebildet wurden.

Von den kleineren und kleinsten Ländern des deutschen Bundes erhielten die meisten, bis auf Liechtenstein herab, wenigstens dem Namen nach Verfassungen. Am Frühesten, schon am 5. Mai 1816, hatte Sachsen-Weimar eine freisinnige Constitution erhalten.

In einigen norddeutschen Staaten: Mecklenburg, Braunschweig, Kurhessen, wurden die alten Landstände unverändert wieder eingeführt, im Königreich Sachsen wurden zwar die Stände der einzelnen Landestheile zu einer Versammlung vereinigt, deren Verhandlungen fanden aber nur in Abtheilungen statt, für die der Volkswitz die Bezeichnung erfand, daß der Landtag „Kämmerchen spiele". Auch in Hannover trat ein allgemeiner Landtag an die Stelle der früheren ständischen Vertretung; aber das Stimmverhältniß war so ungleich vertheilt, daß 43 Vertretern des Adels nur 3 des Bauernstandes gegenüberstanden. In Oldenburg wollte die Regierung abwarten, wie sich anderswo die Verfassungen bewährten.

Daß in Oesterreich keine Volksvertretung ins Leben trat, die etwa die sämmtlichen zum Bunde gehörigen Länder umfaßt hätte, lag in der Natur der Dinge; hier begnügte man sich, die alten ständischen Vertretungen, die sogenannten „Postulatenlandtage", wo sie sich erhalten hatten, von Zeit zu Zeit zu berufen, um Steuern und Soldaten bewilligen zu lassen; von Gesetzesvorlagen war bei diesen Versammlungen nicht die Rede; ihre Mitglieder hatten lediglich die Aufgabe, zu den Forderungen der Regierung ja zu sagen und möglichst bald wieder nach Hause zu gehen.

Für Deutschland war dieser Mangel politischer Rechte der Völker Oesterreichs doch nur insoweit von Bedeutung, als der leitende Staatsmann in Wien, Fürst Metternich, um in Oesterreich diesen ihm so wünschenswerth scheinenden Zustand aufrecht halten zu können, auch der Entwickelung des Verfassungslebens in den anderen deutschen Staaten Hindernisse aller Art in den Weg legte. Für Oesterreich selbst konnte er lebenskräftige Provinziallandtage ebensowenig, als einen mit ernsten politischen Rechten ausgestatteten Reichstag gebrauchen, weil ihm jede nationale und jede liberale Bewegung äußerst gefährlich erschien. Die bunte Mannichfaltigkeit der Völkerschaften, welche den österreichischen Kaiserstaat bildeten, so zu lenken, daß die Staatseinheit erhalten bleibe und dennoch jedes Kronland sich seiner Eigenart gemäß entwickele, dieser schweren Aufgabe war allerdings weder Kaiser Franz noch der Staatskanzler Fürst Metternich gewachsen. In dem Charakter des Kaisers war eine Mischung von Gutmüthigkeit und Härte, von Ehrlichkeit und Falschheit vereinigt, aus der doch als wesentlichster Zug ein stark ausgebildeter Egoismus hervorschaute. Franz I. war nicht ohne Verständniß für die Einzelheiten der Staatsverwaltung, aber ihm ging jeder höhere Gesichtspunkt und jeder Ueberblick über das Ganze ab. Er war der geschworene Feind aller neuen Ideen, ohne sie zu kennen oder zu prüfen, nur weil sie neu waren. „Halten Sie sich an das Alte," sagte er im Jahre 1821 den Professoren zu Laibach, „denn dieses ist gut und unsere Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht?" Für ideale Tendenzen fehlte ihm geradezu die Gabe der Auffassung, er kannte nur gemeine Motive und unterstellte solche immer und überall.

Sein ganzes Regieren ging in der Liebhaberei

für kleinliche Beschäftigungen auf. Dabei war er von unglaublicher Neugierde, die man für Wohlwollen hielt, wie den Wienern der Volksdialect, den der Kaiser sprach, als ein Beweis seiner „Gemüthlichkeit" galt.

Das Beharren beim Alten, für das Kaiser Franz schwärmte, brachte sein Staatskanzler Fürst Metternich in ein förmliches System. Fürst Clemens Lothar Metternich war ein Rheinländer von Geburt, am 15. Mai 1773 zu Coblenz geboren. Ein feiner Lebemann, gefiel er am Hofe und verdankte wesentlich dieser Beliebtheit seine glänzende Laufbahn. Die Gunst der Zeit hatte ihm gestattet, Oesterreich, das nach dem Frieden von 1809 zu der Stufe einer Macht zweiten Ranges herabgesunken zu sein schien, wieder zu alter Macht und erhöhtem Einflusse zu erheben, ohne daß er deßhalb dem Kaiserstaate und seinen Völkern all zu große Opfer auferlegt hätte. Die Quelle einer Opferwilligkeit, wie sie in Preußen zur Zeit der Befreiungskriege so Großes leistete, idealer Sinn und vaterländische Begeisterung, war seinem kalten Wesen und seiner egoistischen Berechnung geradezu widerwärtig; ihren Segen verschloß er mit vollem Vorbedacht den Völkern, die seiner Leitung anvertraut waren. Ihm erschien als die wesentlichste Aufgabe, die einem Staatsmanne gestellt sei, die Erhaltung des Bestehenden, ohne jede Rücksicht auf dessen Zustand, und zwar nicht nur in der Politik, sondern auf jedem Gebiete des Staatslebens, auch in socialer und wirthschaftlicher Beziehung. Welche Folgen sich etwa aus diesem starren Festhalten an den bestehenden Verhältnissen ergeben würden, darüber grämte sich seine Kurzsichtigkeit keinen Augenblick. Daß es „ihn aushalten werde", davon war er überzeugt.

Diese Art zu regieren, ermöglichte ihm die gutmüthige und vergnügungssüchtige Bevölkerung der deutschen Provinzen Oesterreichs, besonders der Reichshauptstadt Wien. Die Schaustellung von Schönheit und Pracht bei den Praterfahrten des Hofes und des Adels beschäftigte die Wiener in ungleich höherem Grade als die wichtigste politische Frage. Die großen geistigen Prozesse, die in Deutschland, vor allem in Preußen, in den letzten Jahrzehnten das Wesen des Volkes so tief berührt, vielfach gänzlich umgestaltet hatten, waren an Oesterreich, Dank der Absperrung, durch welche man dasselbe von Deutschland trennte, fast spurlos vorübergegangen. Von der Erhebung des Jahres 1809 war doch nur in Tirol das Volk ergriffen worden; was in den anderen Provinzen geschah, war lediglich das Werk Einzelner. Die Betheiligung Oesterreichs an dem Befreiungskriege von 1813 aber erfolgte nur durch die Entschlüsse des Kaisers und seiner Rathgeber, welche eine Volkserhebung, wie in Preußen, als gefährliches Demagogenwerk verurtheilten.

Fürst Clemens Lothar Metternich.

Diese Absperrung zu erhalten, war das eifrigste Bestreben Metternichs und seiner Gehülfen, unter denen ihn keiner mit mehr Geschick und Gesinnungsgleichheit unterstützte, als Friedrich Gentz, ein geborener Schlesier, der, ursprünglich in preußischen Diensten, zu Anfang des Jahrhunderts, als er in Berlin seine Talente nicht genügend anerkannt sah, nach Oesterreich ging und sich als gewandter Publicist, durch feine und geistvolle Schreibweise, ebenso sehr auszeichnete, wie er durch seine Fügsamkeit und sein Anschmiegen an die Anschauungen Metternichs sich diesem unentbehrlich zu machen wußte.

Im Geiste dieses Absperrungssystems lag die strenge Ueberwachung der Reisen, welche Oesterreicher im Auslande machten, und der Thätigkeit, welche Fremde in Oesterreich entwickelten, das Verbot des Besuches fremder, insbesondere deutscher Universitäten, die ganz offenkundige Verletzung des Briefgeheimnisses; dazu gehörte es, daß Fremden verboten war, in Oesterreich Unterricht, selbst Privatunterricht, zu ertheilen und daß die Kinder von Fremden nur bis zum 10. Jahre öffentliche Schulen besuchen durften; damit im Zusammenhange stand auch die den Bibliothekaren gegebene Vorschrift, alljährlich Verzeichnisse der Bücher einzuschicken, die entliehen und gelesen worden waren, um Verdächtige zu überwachen, und die Anstellung und Beförderung der Lehrer an öffentlichen Anstalten nicht nach ihren Kenntnissen, sondern nach ihrer kirchlichen und politischen Gesinnung.

Für eine Regierung, deren Sinnen und Trachten darauf gerichtet war, das Volk unmündig zu erhalten, war nichts werthvoller, als die Bundesgenossenschaft des katholischen Klerus, der die gleichen Zwecke verfolgt. Daher wurden von Staatswegen alle Aeußerlichkeiten des kirchlichen Lebens nach Kräften begünstigt, Prozessionen, Wallfahrten und dergleichen nicht nur gestattet und geschützt, sondern durch Betheiligung des Hofes und der Behörden thunlichst gefördert und zur Modesache gemacht, an der Theil zu nehmen jedem strebsamen und beförderungslustigen Beamten dringend empfohlen ward.

Die Kritik der öffentlichen Zustände durch die Presse ward ebenso wie die Verbreitung wissenschaftlicher Werke und dichterischer Erzeugnisse, deren Inhalt den Staatsleitern gefährlich schien, durch die Censur kurzweg verhindert. Die Folge war, daß sich die allgemeine Unzufriedenheit, die doch zu einem Ausdruck drängte, ein anderes Ventil suchte, schließlich in schrankenlosem Schimpfen und in boshaften Witzen ihre Befriedigung fand und darüber selbst den leisesten Versuch unterließ, die als schlecht erkannten und getadelten Verhältnisse zu verbessern.

Der Zusammenhang Oesterreichs mit Deutschland bestand eigentlich nur in der Sorge Metternichs, die Entwickelung gesunder politischer Zustände in den anderen Bundesstaaten zu verhindern. Dem Volke in Oesterreich war dieser Zusammenhang sehr gleichgiltig, der Oesterreicher fühlte sich naturgemäß viel mehr als ein Angehöriger des europäischen Großstaates Oesterreich, als des deutschen Bundes und Volkes.

Ganz anders als die deutschen Provinzen Oesterreichs hing der preußische Staat mit dem übrigen Deutschland zusammen, und es wurde daher sehr schmerzlich empfunden und wirkte auf die weitere Gestaltung des öffentlichen Lebens in Deutschland viel nachtheiliger als die Polizeikünste des Metternich'schen Systems, daß in Preußen die absolutistische Regierungsform bestehen blieb, daß auch hier keine Verfassung ertheilt ward.

Nicht nur auf Grund des Artikels 13 der Bundesacte hätte dies geschehen sollen, sondern auch weil eine hierauf bezügliche bestimmte Zusage des Königs vorlag, der in den Einleitungsworten eines am 22. Mai 1815 erlassenen Gesetzes ausdrücklich seine Absicht erklärt hatte, seinem Volke, als

Zeichen seines Vertrauens, eine Verfassung zu ertheilen. Dürftig genug waren freilich die gleichzeitig festgesetzten Grundzüge dieser Verfassung, die im Wesentlichen nichts weiter in Aussicht stellten, als eine aus den Provinziallandtagen nach Berlin zu entsendende Landesvertretung mit berathender Stimme bei allen Gesetzen, welche die persönlichen und die Eigenthumsverhältnisse der Staatsbürger beträfen. Aber nicht einmal dieß wurde wirklich ins Werk gesetzt. Den auf den 1. September 1815 anberaumten Zusammentritt einer Verfassungscommission verzögerte der Krieg und die Abwesenheit des ernannten Vorsitzenden, des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg von Berlin, aber auch als dieser nach Abschluß des Friedens zurückgekehrt war, hörte man nicht, daß die Commission sich versammelt hätte. Eine am Hofe mächtige Partei wußte Alles aufzubieten, um das ihr verhaßte Verfassungswesen zu verdächtigen und dem Könige die Schwierigkeiten, die der Ertheilung einer Verfassung entgegenstanden, als unübersteiglich zu schildern. Groß und zahlreich waren ja in der That diese Schwierigkeiten.

Der preußische Staat war durch die Beschlüsse des Wiener Congresses vielfach umgestaltet worden. Zu den alten waren neue Provinzen hinzugetreten, theilweise aus vielen bisher einander völlig fremden Bestandtheilen zusammengesetzt. Wollte man wirklich die Provinzialstände zur Grundlage der Landesvertretung machen, so galt es, zuerst den Provinzialgeist zu beleben und zu kräftigen, und dabei gleichzeitig das Interesse für den Gesammtstaat nach Gebühr zu wecken oder, wo es bereits ausgebildet war, so zu stärken, daß es dem einseitigen Betonen der Provinzialangelegenheiten das Gleichgewicht hielt. Eine preußische Staatsgesinnung war nun allerdings vorerst weder von den Sachsen, noch von den Polen, noch von den Rheinländern zu erwarten, die alle mehr oder weniger lebhaft und aus verschiedenen Gründen der Vereinigung mit dem preußischen Staate abhold waren, von deren Vertretern nicht nur eine heftige und leidenschaftliche, sondern wohl gar eine grundsätzliche und systematische Opposition zu erwarten war.

Und wenn die Freunde des Verfassungswesens die Meinung aussprachen, daß gerade eine das ganze Staatsgebiet umfassende und Vertreter aller Landestheile zu gemeinsamer Berathung vereinigende Verfassung das beste Mittel sei, die vorhandenen Gegensätze auszugleichen und das Zusammenwirken aller Provinzen für das Wohl des Ganzen anzubahnen, so konnten sich anderseits die Gegner darauf berufen, daß diese Gegensätze jetzt noch zu schroff einander gegenüberständen, daß man Zeit gewinnen, die Erfahrungen anderer Länder kennen lernen müsse, daß ein Versuch, den man in Baiern oder Baden wohl ohne Bedenken machen könne, dem preußischen Staate weder zieme, noch für ihn gefahrlos sei. Dazu kam noch, daß den Gegnern der Verfassung die Begriffe Verfassung und Freisinnigkeit gleichbedeutend waren und daß sie Freisinnigkeit und Revolution so ziemlich auf dieselbe Stufe stellten. Von da war dann nur noch ein Schritt, um die begreifliche Abneigung des Königs gegen alles revolutionäre Wesen in entschiedenen Widerwillen gegen eine Verfassung umzumodeln und ihm die durch die Verfassung erfolgende Beschränkung des Absolutismus als eine Forderung revolutionärer Gesinnung darzustellen.

Nichts wäre unrichtiger als die Behauptung, daß die Erhebung des Volkes zur Zeit der Freiheitskriege erfolgt sei in der Absicht, durch diese eine liberale Staatsform herbeizuführen; nicht die Sehnsucht nach freisinnigen Gesetzen, sondern der heiße Wunsch, die Fremdherrschaft abzuschütteln, hatte den preußischen Männern und Jünglingen das Schwert in die Hand gedrückt. Aber die Ereignisse des Jahres 1813 hatten das Volk reif gemacht; stolz auf die nationale Er-

hebung und den öffentlichen Interessen durch die Reformen Steins und Hardenbergs näher getreten, wollten die besten Männer jetzt nicht nur in Gemeinde und Kreis, sondern auch bei der Berathung der allgemeinen Staatsangelegenheiten ihr gewichtiges Wort in die Wagschale werfen. Freier klang in diesen Tagen, welche einer Zeit großer, bisher unerhörter Leistungen folgten, das Wort des Bürgers, heftig zürnend traten Männer, die in hochherziger Gesinnung an dem Befreiungswerke mitgearbeitet hatten, wie Schleiermacher und Niebuhr den Ausführungen jener entgegen, welche die großartige Volkserhebung darstellten als eine keines Lobesausdrucks würdige, gewöhnliche Erfüllung der Bürgerpflicht.

Solche Erörterungen und der leidenschaftliche Ton, in welchem sie geführt wurden, waren nun erst recht geeignet, bei dem Könige Bedenken gegen eine Betheiligung des Volkes an den allgemeinen Staatsangelegenheiten zu nähren, und so kam denn die Verfassungsfrage ganz ins Stocken. Der Staatskanzler aber, obwohl persönlich von der Nothwendigkeit, ja von der Verpflichtung, eine Verfassung einzuführen, überzeugt, war, rasch alternd, kränklich und ohne festen sittlichen Halt, nicht der Mann, durch ein entschlossenes Auftreten, das möglicherweise seine amtliche Stellung bedrohen konnte, die Zustimmung des Königs zu erwirken. Diejenigen, die ihn dabei hätten wirksam unterstützen können, Männer wie Stein, Vincke, Humboldt, hielt er, der jedem bedeutenden Menschen mißtraute, soviel als möglich von sich und dem Könige fern.

In der großen Masse des Volkes kam eine eigentliche Unzufriedenheit über den Mangel einer Verfassung nicht auf. Der Staat war gut verwaltet, die Beamten arbeiteten fleißig, gewissenhaft und verständnißvoll, die Steuern waren nicht drückend, und in den altpreußischen Provinzen bestand zwischen dem Volke und seinem König, der in guten wie bösen Tagen treu und fromm zu den Seinigen gehalten, ein patriarchalisches Verhältniß liebevoller Anhänglichkeit, das nicht leicht ernstlich erschüttert werden konnte.

Freilich die Jugend wollte nicht so gutwillig wie die Alten auf die sofortige Erfüllung ihrer Ideale verzichten. Sie ward jetzt die wesentliche Trägerin und Pflegerin der liberalen Anschauungen und Forderungen. Dadurch gewann aber die ganze liberale Bewegung einen eigenartigen Charakter. Denn die Jugend strebte nicht nach jenen staatlichen Einrichtungen, die geeignet gewesen wären, Grundlagen zu bilden, auf denen eine durch ruhige und nüchterne Arbeit zu erkämpfende Entwickelung sich allmählich hätte aufbauen können, sondern sie malte sich die Zukunft nach ihren idealen Anschauungen aus und wollte diese möglichst rasch und vollständig verwirklicht sehen. Die deutschen Jünglinge, die den Befreiungskampf mitgekämpft hatten und nun zu ihren friedlichen Beschäftigungen, viele zu ihren durch den Krieg unterbrochenen Studien zurückkehrten, waren bitter enttäuscht, als die gehofften Früchte ihrer Siege ausblieben. Sie hatten geglaubt, für ein großes, mächtiges und freies Deutschland zu kämpfen und sahen nun, daß zwar die Fremdherrschaft gebrochen, daß aber das meiste von dem, was sie in Deutschland geschaffen, geblieben war. Wie dem abzuhelfen, wie etwa aus dem unvollkommenen Bundesverhältniß ein besseres zu gestalten sei, darüber machte sich die Jugend selbst, und die Mehrzahl der Männer, die den meisten Einfluß auf die Jugend hatten, wie Friedrich Ludwig Jahn, wenig Gedanken. Dieser Mann, der mit der wärmsten Liebe zum Vaterlande ein tüchtiges Maß von Ueberspanntheit und Eitelkeit verband, glaubte, daß das Glück des deutschen Volkes durch die thunlichste Rückkehr zu den Sitten und äußeren Lebensbedingungen der alten „Teutschen", der Teutonen, Cherusker u. s. f. am besten gesichert werde. Das „Turnen", das er in Deutschland einbürgerte,

wollte er nicht nur als systematische Pflege von Leibesübungen betrachtet wissen, sondern als ein Mittel, das heranwachsende Geschlecht, fern von Weichlichkeit und Ueppigkeit, von Luxus und Stutzerwesen, zu freien und echt „teutschen" Männern heranzuziehen. In den Jahren der Fremdherrschaft hatte er wacker mitgearbeitet an den Vorbereitungen für die Befreiung des Vaterlandes und an der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Sein originelles, frisches Auftreten, die Entschiedenheit, mit welcher er die Lehre vom einigen Deutschland in Wort und Schrift verkündete, der Schwung seiner volks-

Friedrich Ludwig Jahn.

thümlichen Beredsamkeit, das Alles verschaffte ihm einen fast unbeschränkten Einfluß auf die jungen Männer, die ihm näher traten, und durch diese auf die weitesten Kreise der Jugend in allen Theilen des Vaterlandes. Was ursprünglich in seinen Bestrebungen gesund und verständig war, wurde indeß nur zu bald fratzenhaft, und beschränkte sich mehr und mehr auf die Pflege von Aeußerlichkeiten. Unter den jungen Turnern galt Formlosigkeit und derbes, ja rohes Auftreten für einen Beweis „teutscher" Gesinnung und blinder Franzosenhaß für die allein zuverlässige Probe der Vaterlandsliebe.

Unter den Studenten der deutschen Hochschulen fand diese Richtung ihre Hauptvertretung in der „allgemeinen deutschen Burschenschaft", einer von Jena ausgegangenen Verbindung von Studierenden, welche den Gedanken der nationalen Einheit, im Gegensatze zu den „Landsmannschaften", pflegen sollte und sich bald auf fast alle Universitäten verbreitete.

War diese Verbindung, bei deren Zusammenkünften patriotische Erregung und jugendliche Unbesonnenheit manches kecke und gewagte Wort zu Tage förderte, schon sofort bei ihrer Entstehung, im Jahre 1815, in den amtlichen Kreisen nicht ohne Mißtrauen und Abneigung betrachtet worden, so sollte ein großes Fest, das die Burschenschaft im Herbst 1817 veranstaltete, der Ausgangspunkt ernster Verfolgungen zuerst gegen diese Verbindung, bald aber gegen alle liberalen und nationalen Bestrebungen werden.

Am 18. October 1817 kamen auf der Wartburg Vertreter der Burschenschaft von allen deutschen Hochschulen zusammen, um dort den 300jährigen Gedenktag der Reformation und den Jahrestag der Schlacht bei Leipzig zu feiern. Das Fest hatte nicht nur einen patriotischen, sondern auch einen religiösen Charakter. Die Theilnehmer sangen Choräle und empfingen das Abendmahl; ernste Männer von angesehenen Stellungen, Professoren von Jena, städtische Beamte und Geistliche von Eisenach nahmen Theil an der Feier; den Ausschreitungen einzelner jugendlichen Redner trat alsbald das mahnende Wort der älteren Theilnehmer erfolgreich entgegen. Am Abende flammten, wie dies seit 1814 am 18. October üblich war, Freudenfeuer von allen Höhen. Da schleppte jugendlicher Uebermuth allerlei verhaßte Bücher zu einer der Feuerstellen, um sie, wie einst Luther die päpstliche Bannbulle, den Flammen zu überliefern.

Der „Codex der Gendarmerie" des preußischen Geheimeraths von Kamptz und eine Schrift

des Berliner Hofrathes Schmalz, welche die liberalen Ideen und das Verlangen nach einer Verfassung verdächtigte, befanden sich unter diesen Büchern. Dieß genügte, um dem Vorgange einen hochpolitischen Charakter anzudichten. Die Feinde des Liberalismus und der Verfassungen beeilten sich, den geschmacklosen Scherz als eine staatsgefährliche Haupt- und Staatsaction darzustellen, die Professoren von Jena, die liberale Gesetzgebung des Großherzogthums Sachsen-Weimar wurden für Mitschuldige erklärt, der Staatskanzler Fürst Hardenberg, der österreichische Gesandte in Berlin Graf Zichy begaben sich selbst an Ort und Stelle, um die Sache zu untersuchen, die Regierung des Großherzogs Karl August erhielt unfreundliche Noten aus allen Hauptstädten, und der aufgeklärte Fürst mußte Verwarnungen und Drohungen ergehen lassen, Untersuchungen gegen Professoren und Studenten anordnen.

Noch ein Jahr später, als die Monarchen und Minister der Großmächte sich im Herbste 1818 in Aachen zu einem Congresse vereinigten, der den Beschlüssen von Wien, nach einigen Probejahren, die letzte feierliche Bestätigung ertheilen sollte, mußten diese Vorgänge bei der Wartburgfeier mit dazu dienen, das energische Vorgehen gegen den Liberalismus zu begründen.

Während die Fürsten, die sich gegen Napoleon verbündet hatten, im Septemember 1815 zum zweiten Male in Paris weilten, hatte Kaiser Alexander von Rußland dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen ein von ihm selbst verfaßtes Schriftstück überreicht, welches das Programm einer auf der Grundlage der christlichen Religion aufzubauenden Politik der drei Großmächte enthielt. Ihr Bündniß, die heilige Allianz genannt, sollte dem Welttheile den Frieden sichern, etwa ausbrechende Streitigkeiten sollten durch freundschaftliche Vereinbarung gesichert werden, die Monarchen selbst und ihre Minister sollten sich von Zeit zu Zeit persönlich vereinigen, um schwebende Fragen zu besprechen und Maßregeln für die Ruhe und Wohlfahrt Europas zu treffen.

In Aachen fand die erste dieser Zusammenkünfte statt, und neben der Regelung einiger Fragen von allgemein europäischem Interesse, namentlich Herabsetzung der Frankreich auferlegten Kriegssteuer und Aufhebung der Besetzung französischer Gebietstheile durch Truppen der Verbündeten, wurde dort auch ein förmlicher Feldzugsplan gegen den Liberalismus in allen europäischen Ländern festgestellt. Kaiser Alexander verschmähte es nicht, persönlich eine Denkschrift zu vertheilen, welche ein walachischer Bojar, Fürst Stourdza geschrieben hatte, um die deutschen Hochschulen als die eigentlichen Pflanzstätten der revolutionären Gesinnung zu verdächtigen. Die Wartburgfeier, mit Uebertreibungen und Entstellungen aller Art dargestellt, ward als besonders schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Angeberei in das Feld geführt.

Fürst Metternich und seine Gesinnungsgenossen unter den deutschen Staatsmännern verlangten nichts anderes als eine Handhabe, um das ihnen ohnehin verdächtige Leben und Treiben der deutschen Hochschulen einer gründlichen und mit den denkbar schlechtesten Absichten eingeleiteten Untersuchung zu unterwerfen. Die deutsche Jugend aber verhehlte nicht ihren Unmuth und ihre Geringschätzung gegen den Angeber, der ihr um so verächtlicher ward, als er die Herausforderung einiger Studenten von Jena zum Zweikampfe ablehnte und sich dem ihm nun offen entgegentretenden Hohne durch schleunige Abreise entzog.

Der Unmuth steigerte sich noch, als bald darauf ein anderer in Deutschland lebender Russe der Mitschuld an der gewerbsmäßigen Verleumdung der studierenden Jugend überführt ward. Der bekannte Schriftsteller August von Kotzebue, Verfasser zahlreicher Bühnenstücke, die den Beifall des Theaterpublikums fanden, aber ihrer Hohlheit und Leichtfertigkeit wegen, von der patriotischen Jugend strenge verurtheilt wurden, sandte von Weimar aus politische Berichte nach Petersburg, in denen er, ebenso wie in seinem „Literarischen Wochenblatte“ die Burschenschaft in Ernst und Spott schonungslos angriff. Einer dieser Berichte war in die Hände des Jenaer Professors Luden gefallen, der ihn in einer von ihm herausgegebenen liberalen Zeitschrift „Nemesis“ veröffentlichte. Nun ging ein Schrei der Entrüstung durch die Reihen der deutschen Jugend, Kotzebue mußte vor den Aeußerungen dieser Entrüstung von Weimar weichen und schlug seinen Wohnsitz in Mannheim auf; in der Brust eines Jenaer Studenten aber entstand der Entschluß, die schwer beleidigte studierende Jugend Deutschlands an dem russischen Agenten zu rächen.

Innerhalb der Burschenschaft hatte sich, unter der Führung von August Follen, eine Abzweigung gebildet, die sogenannten „Unbedingten“, welche die Durchführung der allgemeinen burschenschaftlichen Grundsätze, die in dem Losungsworte: „Ehre, Freiheit, Vaterland“ gipfelten, mit besonderer Energie anstrebten und, wenn sie auch nicht unmittelbar in die Politik eingreifen wollten, dennoch ihren Bestrebungen mehr als die anderen Zweige der Burschenschaft einen politischen Charakter aufprägten. Zu diesen „Unbedingten“ gehörte der junge Karl Ludwig Sand aus Wunsiedel in Franken, ein mäßig begabter, aber eifriger Student und ein fanatischer Patriot. Er glaubte sich berufen und verpflichtet, im Namen der deutschen Nation das Rächeramt an Kotzebue zu vollziehen. Am 23. März 1819 drang er zu Mannheim in Kotzebues Wohnung und stieß ihm mit dem Rufe: „Hier, du Verräther des Vaterlandes!“ den Dolch ins Herz. Hierauf kniete er nieder, betete laut und dankte Gott für „diesen Sieg“, um dann den Mordstahl in zwei mächtigen Stößen gegen die eigene Brust zu kehren. Kotzebue war sofort todt, Sands Wunden aber waren nicht tödtlich. Während er im Kerker seiner Genesung entgegenging, um am 20. Mai 1820 sein Leben unter dem Schwerte des Henkers zu endigen, büßten nicht nur seine Altersgenossen auf den deutschen Universitäten, sondern alle hervorragenden Männer von liberaler Gesinnung für die wahnsinnige That dieses unglücklichen Jünglings. Die Ermordung Kotzebues wurde doch nur von ganz Wenigen entschuldigt oder gar gebilligt, den Mörder selbst aber und die Beweggründe, die ihn geleitet, wollten Viele nicht so streng verurtheilen, die Jugend insbesondere machte kein Hehl aus dem warmen Mitgefühle, das sie für Sand erfüllte.

Um so entschiedener traten die Regierungen der politischen Richtung, welche sie der moralischen Urheberschaft dieser That beschuldigten, entgegen. Und als gar, wenige Monate später, ein Apothekerlehrling Löhning in Schwalbach einen Mordanfall auf den nassauischen Staatsrath von Ibell unternahm, kannte die Angst und Aufregung, die in den Regierungskreisen herrschte, keine Grenzen mehr. Zwar ergab die strengste Untersuchung, daß weder Sand noch Löhning Mitschuldige hatten, allein der Gedanke, daß diese verwerflichen Handlungen zweier Fanatiker das Ergebniß einer über ganz Deutschland ausgebreiteten Verschwörung seien, beherrschte den Gesichtskreis vieler einflußreichen Persönlichkeiten.

In Preußen zuerst, dann aber auch in fast allen anderen deutschen Staaten begann man gegen die Männer vorzugehen, die im Rufe liberaler Gesinnungen standen. Der berühmte Theologe de Wette, der einen Trostbrief an Sands Mutter geschrieben, wurde seiner Professur an der Universität Berlin entsetzt, die Brüder Welcker, der Philologe und der Jurist, Professoren an der Universität Bonn, mußten sich eine Haussuchung und die Beschlagnahme ihrer Papiere gefallen lassen, der „Turnvater“ Jahn wurde verhaftet und selbst der große und bewährte Patriot Ernst

Moriz Arndt wurde durch die hohen Verdienste, die er sich um die Erhebung des Vaterlandes erworben, nicht vor Verdächtigung und polizeilichen Maßregeln geschützt.

Metternich entfaltete die größte Rührigkeit. Die Angst vor revolutionären Bewegungen, die sich so vieler hochstehenden Personen bemächtigt hatte, wußte er vortrefflich zu benutzen, um die Keime einer liberalen und constitutionellen Entwickelung, die am Bundestage, wie insbesondere in den süddeutschen Staaten zu Tage getreten waren, wieder zu ersticken.

Die Verhandlungen der Landtage in Baiern und Baden hatten die Aufmerksamkeit der politischen Kreise ganz Deutschlands auf sich gezogen. Unerwartet groß war die Zahl tüchtiger Männer, welche in diesen beiden Ländern in die Kammern gewählt worden waren. Einzelne Mitglieder ragten durch außergewöhnliche Beredsamkeit hervor, eine stattliche Reihe geschäftsgewandter Männer entfaltete eine erstaunliche Arbeitskraft und regte auf fast allen Gebieten der Rechtspflege und Verwaltung umfassende Reformen an, die Finanzen wurden einer gründlichen Prüfung unterworfen und die Rechte der Volksvertretung gegenüber den Versuchen der Minister, sie einzuschränken, sehr entschieden vertheidigt.

Am Bundestage aber hatte gar der mecklenburgische Gesandte von Plessen gewagt, die Verpflichtung aller Regierungen, den Art. 13 der Bundesacte auszuführen und ihren Ländern landständische Verfassungen zu ertheilen, in Erinnerung zu bringen.

Solchen Erscheinungen gegenüber hielt es der österreichische Staatskanzler für dringend geboten, den Widerstand aller Regierungen fest zu organisiren und jene, die etwa den Forderungen des Zeitgeistes Zugeständnisse zu machen geneigt wären, von diesem Irrwege wieder in die Geleise der Politik des Stillstandes zurückzuführen.

Nachdem er sich zu Teplitz mit dem Könige von Preußen und mit Hardenberg verständigt hatte, dessen Widerspruch zu beseitigen ihm nicht all zu schwer geworden war, traten, auf Einladung Oesterreichs und Preußens, die Minister der größeren Bundesstaaten im August 1819 zu Karlsbad zu Conferenzen zusammen. Ihre Berathungen sollten die völlige und bleibende Niederwerfung jeder liberalen Bewegung zur Folge haben. Eine Executionsordnung sollte die Ausführung von Bundesbeschlüssen zur Erhaltung der inneren Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und des Besitzstandes der Bundesstaaten sichern; die Universitäten sollten der strengsten Ueberwachung durch eigene Regierungsbeamte — Curatoren — unterworfen, die Burschenschaften und Turnvereine sollten aufgehoben werden. Die freie Meinungsäußerung durch die Presse beschloß man auf das äußerste zu beschränken, indem man alle Zeitschriften und alle Bücher, deren Umfang 20 Bogen nicht überschritt, einer strengen Censur unterwarf. Endlich sollte eine Commission niedergesetzt werden, der die Aufgabe zugetheilt ward, die sogenannten „demagogischen Umtriebe" in allen deutschen Ländern der schärfsten Untersuchung zu unterziehen.

Vor der Verwirklichung dieser Beschlüsse mußte noch die formelle Zustimmung des Bundestages eingeholt werden. Die österreichische Staatskunst, leider auch hier wieder von Preußen bereitwillig unterstützt, verstand es, dabei den Einspruch, den die liberalen Gesandten einiger Staaten erhoben, unschädlich zu machen. Bei der Abstimmung am 20. September war zwar die von Metternich gewünschte Einstimmigkeit keineswegs vorhanden; aber in dem zur Veröffentlichung bestimmten Sitzungsprotokolle wurde dennoch diese Einstimmigkeit constatirt, und die Gesandten, die widersprochen, hatten nicht den Muth, den Sachverhalt richtig zu stellen. Erst nach mehr als vier Jahrzehnten ist diese amtliche Lüge aus den Papieren des weimar'schen Ministers von Fritsch durch L. K. Aegidi enthüllt worden.

Das in Karlsbad begonnene Werk zu vollenden, war die Aufgabe, welche Metternich bald darauf den Ministerialconferenzen stellte, die im November 1819 in Wien zusammentraten. Zwar stellte sich den Absichten Metternichs von Seite der Minister Baierns, Wirtembergs und Kurhessens eine lebhafte Opposition entgegen, allein diese war in viel höherem Grade von der Furcht vor der Einmischung der Großmächte in die inneren Landesangelegenheiten, als von aufrichtig liberalen Gesinnungen beeinflußt. An einer strammeren Organisation der Centralgewalt des Bundes war aber dem österreichischen Staatskanzler nur sehr wenig gelegen. Im Gegentheil, er bot sogar selbst die Hand dazu, den Bundestag zu schwächen, indem er es zuließ, daß fortan für alle sogenannten „organischen" Gesetze des Bundes Einstimmigkeit vorgeschrieben wurde. Er war ja sicher, auch auf anderen Wegen als durch Bundesbeschlüsse eine etwaige Einsprache gegen die freiheitliche Entwickelung in den Einzelstaaten zur Geltung zu bringen.

Indem durch die am 15. Mai 1820 von der Conferenz und am 8. Juni von dem Bundestag angenommene Wiener Schlußacte der deutsche Bund als ein „völkerrechtlicher unauflöslicher Verein" definirt wurde, ward die Unabhängigkeit der Einzelstaaten noch erhöht. So beklagenswerth dieß im nationalen Interesse war, so wurden doch vielleicht nur durch diesen Beschluß die bereits bestehenden Verfassungen der süddeutschen Staaten vor der drohenden Aufhebung oder Umgestaltung in rückschrittlichem Sinne bewahrt. Die Schranken, welche durch die Wiener Schlußacte von Bundeswegen gegen die weitere Entwickelung der Verfassungen aufgerichtet wurden, bestanden in ziemlich allgemein gehaltenen Bestimmungen: die Verfassungen sollten die volle Souveränetät der Landesfürsten nicht antasten, diese nicht an der Erfüllung ihrer bundesmäßigen Pflichten hindern, und gegen die Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen und deren Veröffentlichung durch den Druck sollten Bürgschaften geschaffen werden, die jeden Mißbrauch ausschlössen. Diese Bestimmungen gaben den Regierungen Waffen gegen den Liberalismus in die Hand, ohne sie doch zu deren Gebrauch zu nöthigen. Damit waren aber im Wesentlichen ihre Wünsche erfüllt. Denn so wenig auch die Regenten der constitutionellen Staaten mit den Verfassungen und der auf Grund dieser Verfassungen erfolgten Gestaltung der politischen Verhältnisse ihrer Länder zufrieden waren, so ertrugen sie doch noch lieber die Einmischung der Volksvertretung in die Regierungsangelegenheiten als eine Beschränkung ihrer Souveränetät durch eine kräftige Bundesgewalt.

Diese Auffassung erschwerte auch der Centraluntersuchungscommission, welche ihren Sitz in Mainz aufschlug, ihre unheilverkündende Wirksamkeit; aber wenn mehrere Regierungen ihre Unterthanen auch der Verfolgung durch diese Commission entzogen, so thaten sie dies doch nur, um sie dafür innerhalb des Gebietes ihrer Justizhoheit einer um so strengeren Untersuchung zu unterwerfen und Personen, welche politisch verdächtig waren, auch dann für ihre Gesinnung zu züchtigen, wenn die Gerichte keine Schuld an ihnen gefunden hatten.

Solche Behandlung nicht nur unbescholtener und pflichttreuer, sondern auch hochverdienter und allgemein verehrter Männer, wie z. B. Arndt und Jahn es waren, die Ausführung der Karlsbader Beschlüsse gegen die Burschenschaften und Turnvereine, die Unterdrückung des freien Wortes in der Presse, alle diese schweren Mißgriffe hatten gerade eine den Absichten, die man erreichen wollte, entgegengesetzte Wirkung. Bei den Zusammenkünften der Burschenschaften und Turner war ja wohl manches unüberlegte Wort gesprochen, manche vorlaute Kritik an Gegenständen geübt worden, zu deren sachlicher Beurtheilung die Jugend nicht genügend befähigt und nicht berufen war. Aber

im großen Ganzen war der Geist, der in den Burschenschaften lebte, ein aller Anerkennung würdiger: sie pflegten neben der patriotischen Gesinnung auch das wissenschaftliche Streben, den sittlichen Ernst und die körperlichen Fertigkeiten ihrer Mitglieder; es lief dabei ja freilich viele Geschmacklosigkeit mit unter, die sogenannte „teutsche" Tracht: ein Schnurrock mit weit ausgeschlagenem Hemdkragen, bis über den Nacken herabwallendes Haupthaar, eine lange Pfeife mit schwarz-roth-goldenen Quasten galt als das untrügliche Zeichen der einzig wahren Burschengesinnung die „frisch, fromm, frei und fröhlich" jeden Ehre, Freiheit und Vaterland liebenden Studenten beseelen müsse.

Durch die Verfolgung und das Verbot dieser Verbindungen aber wurde nur erreicht, daß sie von dem offenen Markte verschwanden, um in der Verborgenheit um so kräftiger und entschiedener den Zielen nachzustreben, die sie auf ihr Banner geschrieben. Die Karlsbader Beschlüsse verwandelten die harmlosen Verbindungen, die im hellen Sonnenlichte einherschritten, in Geheimbünde, die das Dunkel der Nacht aufsuchten. Nun erst entstanden, unter der Führung einzelner eitlen, ehrgeizigen und überspannten Jünglinge, innerhalb der Burschenschaft Vereinigungen, welche sich nicht mit der Aufstellung idealer Zukunftsbilder begnügten, sondern in der That revolutionäre Bewegungen planten. Auch diese Bestrebungen waren in Wahrheit keineswegs staatsgefährlich; aber die meisten Regierungen gefielen sich nun einmal darin, sie als ernstliche Bedrohungen des Staatswohles aufzufassen, die Theilnehmer, wenn sie entdeckt wurden, strenge zu strafen und auf solche Weise unüberlegt handelnde junge Leute um ihr ganzes Lebensglück zu bringen.

Von den Bundesfürsten hatte keiner den Metternich'schen Tendenzen einen entschiedeneren Widerstand entgegengesetzt als der König Wilhelm von Wirtemberg. Auf die Unterstützung seines Schwagers, des Kaisers Alexander von Rußland bauend, warf er sich zum Führer der constitutionellen Staaten auf und ließ seinen Bundestagsgesandten von Wangenheim in Frankfurt eine sehr entschiedene und selbstständige Stellung einnehmen.

Als die holsteinischen Stände gegen Ende des Jahres 1822 beim Bundestag eine Beschwerde gegen den König von Dänemark wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte erhoben, empfahl Wangenheim die Berücksichtigung dieser Beschwerde und beantragte, daß dem Könige von Dänemark eine Frist von 6 Monaten zur Abgabe einer Erklärung gestellt werden solle; nicht minder vertrat er mit Eifer und Energie die schon früher erwähnte Klage der Domänenkäufer gegen den Kurfürsten von Hessen. Diese Rolle des wirtembergischen Vertreters am Bundestage wurde aber unhaltbar, sobald Rußland diesen Bestrebungen nicht mehr als Rückhalt diente. Die Unterstützung, welche der Kaiser Alexander seinem königlichen Schwager angedeihen ließ, hing zwar mit gewissen liberalisirenden Neigungen des Czaren zusammen, hatte aber in viel höherem Grade in dem Wunsche desselben, dem Uebergewicht Oesterreichs in Deutschland Grenzen zu setzen, ihren Grund. Nun aber war es Metternich gelungen, in Folge von Ausschreitungen der Liberalen in der französischen Kammer, noch mehr aber im Hinblick auf die in Spanien und Neapel ausgebrochenen Revolutionen, den Kaiser Alexander in das Heerlager der Rückschrittspartei herüberzuziehen. Von da an hörte seine Unterstützung der wirtembergischen Opposition auf, die damit gegenüber dem entschiedenen Auftreten Oesterreichs und Preußens, das in allen diesen Fragen mit Oesterreich Hand in Hand ging, nicht länger aufrecht erhalten werden konnte. Die holsteinische Beschwerde am Bunde wurde abgewiesen und die nach Metternichs Ansicht geradezu revolutionären Rechtsausführungen Wangenheims in der Sache der hessischen Domänenkäufer wurden

als Vorwand gebraucht, die Abberufung des wirtembergischen Bundestagsgesandten zu verlangen. Auch die anderen Gesandten, welche bis dahin liberalere Anschauungen in der Bundesversammlung zur Geltung gebracht hatten, mußten nun Vertretern Platz machen, die nach dem Herzen Metternichs waren und in allen Fragen mit den Bundestagsgesandten Oesterreichs und Preußens, Grafen Buol und Herren von Nagler stimmten. Die Opposition, welche der König von Wirtemberg den freiheitsfeindlichen Bestrebungen der beiden Großmächte entgegenstellte, war Hand in Hand gegangen mit abenteuerlichen Plänen, zu denen der Ehrgeiz König Wilhelms und seine Abneigung, durch Oesterreich und Preußen seine Souveränetät beschränken zu lassen, ihn verführt hatte und die ihre Vertretung in der Presse durch einen norddeutschen Publicisten, der sich in Stuttgart niedergelassen, Friedrich Ludwig Lindner fanden. Dieser Schriftsteller veröffentlichte in seinem „Manuscript aus Süddeutschland" das Programm eines zu gründenden Bundes der „rein deutschen" Staaten, welcher dem Uebergewicht der beiden Großmächte gegenübertreten solle. Eine polnische Theilung, behauptete Lindner, sei an Deutschland unbemerkt vollzogen, 19 von 29 Millionen Deutschen seien an die „fremden" Mächte Oesterreich, Preußen, Dänemark, Holland verkauft, die deutschen Seehäfen seien einer Kaste von Kaufleuten verfallen, die im Solde Englands ständen. Nur der enge Zusammenschluß der Uebrigen, des „reinen Deutschland" könne, gestützt auf die Kernstämme der Alemannen und Baiern, die Nation vor völligem Untergange retten, nachdem die Ereignisse der Jahre 1813—1815 die Anlehnung an Frankreich vereitelt hätten, dessen Freunde die Rheinbundstaaten nur „aus Liebe zu Deutschland" geworden seien. Dieser Aberwitz, der bei der völligen Unklarheit des politischen Urtheils, die vorzugsweise in Süddeutschland herrschte, in den Kreisen der Liberalen immerhin Anklang fand, verschärfte die Gegensätze, welche zwischen dem Norden und Süden unseres Vaterlandes bestanden. Darin lag das Unheil, das diese Schrift und die durch sie vertretene Gesinnung in der öffentlichen Meinung anrichtete. Denn eine praktische Bedeutung konnten solche Pläne ja nie gewinnen; dafür sorgte — von anderen Gründen abgesehen — schon zur Genüge die Eifersucht zwischen Baiern und Wirtemberg, das Mißtrauen Badens und der anderen Mittel- und Kleinstaaten gegen beide, die jedesmal zu Tage traten, sobald es sich um mehr als einen papierenen Protest gegen die Absichten der Großmächte handelte.

Die Gesinnung aber, die das „Manuscript aus Süddeutschland" athmet, das völlige Vergessen der gewaltigen Leistungen, durch welche der preußische Staat Deutschland die Freiheit von der Fremdherrschaft zurückgegeben, war, vom nationalen Standpunkte aus, noch viel mehr zu beklagen und gefährdete in viel höherem Grade die politische Entwickelung Deutschlands als die Politik von Karlsbad und Wien, die allerdings fürs Erste die weitere Gestaltung des öffentlichen Lebens siegreich zu bestimmen schien.

Als die Karlsbader Beschlüsse gefaßt worden waren, hatte man ihnen doch dadurch den Charakter von Ausnahmsmaßregeln aufgeprägt, daß man ihre Giltigkeit auf 5 Jahre beschränkte. Im Verlaufe dieser 5 Jahre hatten sich alle die Besorgnisse, durch welche jene Beschlüsse hervorgerufen worden waren, als eitel herausgestellt; wenn auch in weiten Kreisen sehr entschiedene Unzufriedenheit über die bestehenden Zustände herrschte, so war man doch in Deutschland weit entfernt von Verschwörungen, wie sie in Spanien und Italien den Ausbruch von Revolutionen vorbereitet hatten, und die monarchische Gesinnung auch der entschiedensten Liberalen war über jeden Zweifel erhaben. Dennoch wollte Fürst Metternich die politische Macht nicht aus der Hand

geben, die er durch die Karlsbader Beschlüsse erworben hatte, und die blinde Revolutionsfurcht, die seit 1819 an den Höfen und bei den Regierungen entschieden gewachsen war, erleichterte ihm die Verwirklichung seiner Wünsche. Im Sommer 1824 vereinigte Metternich auf seinem Schlosse Johannisberg im Rheingau die Minister der Mittelstaaten zu vertraulichen Berathungen, als deren Ergebniß die Bundesbeschlüsse vom 16. August 1824 zu betrachten sind. Diese Beschlüsse ordneten eine sorgfältige Ueberwachung der Ständeversammlungen in den Einzelstaaten an, um zu verhindern, daß das monarchische Princip irgendwo Schaden leide, sie beschränkten die Veröffentlichung der landständischen Verhandlungen, befahlen eine strenge Prüfung des gesammten Unterrichtswesens in Deutschland und erneuerten im Uebrigen die Karlsbader Beschlüsse auf unbestimmte Zeit.

Mit solchen Waffen gelang es in Kürze den Regierungen der constitutionellen Staaten, die liberale Opposition in ihren Volksvertretungen zum Schweigen zu bringen. Durch Beeinflußungen der Wahlen wurden manche den Regierungen mißliebige Personen von den Kammern fern gehalten, andere zogen es vor, sich unter diesen Umständen freiwillig aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Die Verhandlungen der Ständekammern aber wurden auf solche Weise zu einem unwürdigen Gaukelspiele, welches den Absolutismus mit dem Scheine freiheitlicher Einrichtungen umgab.

In Preußen hatte natürlich der enge Anschluß an die Politik des österreichischen Staatskanzlers die Bemühungen jener Männer vereitelt, welche eine den ganzen Staat umfassende Verfassung und Volksvertretung anstrebten. Zwar hatte der König im Jahre 1818 Wilhelm von Humboldt von dem Londoner Gesandtenposten abgerufen, der ihm, auf Hardenbergs Veranlassung, wesentlich übertragen war, um ihn von Berlin fern zu halten, und hatte ihm die Leitung der ständischen und Gemeindeangelegenheiten übertragen; Humboldt hatte auch sofort mit freudiger Genugthuung einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, nach welchem den durch unmittelbare Wahl zu bildenden Landständen nicht nur eine berathende, sondern eine beschließende Stimme zustehen sollte; aber seine hochsinnigen und liberalen Bestrebungen wurden zuerst durch Gegenvorschläge Hardenbergs, später durch die Betheiligung Preußens an den Karlsbader Beschlüssen vereitelt. In einem Ministerium, welches diese Richtung eingeschlagen hatte, war kein Platz für einen Humboldt; am Schlusse des Jahres 1819 schied er mit seinen gleichgesinnten Amtsgenossen von Boyen und Beyme aus dem Amte. Aber auch die Entwürfe Hardenbergs, wenn sie gleich nicht so weit gingen wie jene Humboldts, scheiterten an dem Widerspruche einflußreicher Männer am Hofe, obwohl es Hardenberg gelungen war, eine königliche Verordnung vom 17. Januar 1820 zu erwirken, in welcher bestimmt wurde, daß neue Staatsschulden in Preußen nur mit Zustimmung der Reichsstände aufgenommen werden sollen.

Eine Commission, welche der König im Juni 1821 niedersetzte, beschäftigte sich nur noch mit der Berathung über die Bildung von Provinzialverfassungen, während von einer allgemeinen Staatsverfassung und einer das ganze Königreich vertretenden Ständeversammlung überall nicht mehr die Rede war. Die Commission arbeitete sehr langsam und holte Gutachten angesehener Männer aus den Provinzen ein, so daß erst am 3. August 1823 ein Theil der Provinzialverfassungen zur Veröffentlichung kam, denen die übrigen im Jahre 1824 folgten. Freilich entsprachen diese Verfassungen durchaus nicht den Anschauungen der Liberalen. Ausschließlich die Grundbesitzer waren wahlberechtigt und diese waren nach den drei historischen Ständen: Adel, Bürger und Bauern bei den Versammlungen in sehr ungleichem Verhältnisse vertreten. Fast die Hälfte der Ständemitglieder gehörte dem Adel an, etwa ein Drittel dem Bürgerstande, die übrigen der bäuerlichen Classe. Die Provinziallandtage hielten alle drei Jahre Sitzungen ab und ihre Befugniß bestand lediglich in der Begutachtung der die Provinz betreffenden Gesetze.

Solche ständische Versammlungen und ihre Verhandlungen konnten allerdings das Interesse der großen Masse des Volkes nicht in dem hohen Grade auf sich ziehen, wie dies bei den Landtagen der süddeutschen Staaten der Fall war. Wer nicht selbst Grundbesitzer war und deßhalb weder zu den Provinziallandtagen wählen, noch in dieselben gewählt werden konnte, stand ihnen naturgemäß sehr gleichgiltig gegenüber, und die Angehörigen einer Provinz nahmen an dem, was bei den Landtagen der übrigen Provinzen vorging, nicht den geringsten Antheil. Dennoch war mit diesen Provinziallandtagen immerhin ein Anfang gemacht, den Absolutismus der Krone zu beschränken; der Augenblick, daß aus diesen Vertretungen der Provinzen eine allgemeine Landesvertretung hervorgehen würde, mußte mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes eintreten. Freilich entzog sich die Bestimmung, wann und unter welchen Umständen dieß geschehen würde, vorerst noch jeder Berechnung.

Von den Hauptaufgaben des modernen Staates, dem Schutze der Gesammtheit gegen auswärtige Angriffe, dem Schutze des Rechtes und der Pflege der allgemeinen Wohlfahrt, hatte der deutsche Bund bisher keine, auch nicht in der beschränkten Form, die der blos völkerrechtliche Charakter dieser Staatenvereinigung mit sich brachte, zu lösen gewußt.

Die Wehrhaftigkeit der Nation war durch das Widerstreben der Mittelstaaten, sich unter den Oberbefehl der Großmächte zu stellen, ernstlich geschädigt, ein oberstes Bundesgericht bestand so wenig als die ernste Absicht, die bunte Mannigfaltigkeit der Civil- und Strafgesetzbücher der einzelnen Bundesstaaten durch eine das ganze Bundesgebiet umfassende Gesetzgebung zu ersetzen.

Die Ordnung des Handels und Verkehres zwischen den einzelnen Staaten war allerdings, nach §. 19 der Bundesacte, als eine der ersten Aufgaben des Bundestages in das Auge gefaßt, aber diese Versammlung hatte sich bald genug unfähig gezeigt, auf diesem Gebiete, das allerdings viele Schwierigkeiten darbot, etwas Brauchbares zu leisten. Und doch war nirgend mehr als auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens Abhülfe der bestehenden Nothstände erforderlich.

Durch die Wiederkehr des Friedens war der deutsche Handel nicht, wie man gehofft hatte, neu belebt worden. Aus der Aufhebung der Continentalsperre zogen nur die Engländer Nutzen, welche die Masse ihrer aufgespeicherten Waaren auf den festländischen, insbesondere den deutschen Markt warfen, Schleuderpreise bewilligten, um nur überhaupt zu verkaufen, und dadurch dem deutschen Gewerbe den schwersten Schaden zufügten. In den deutschen Seehäfen zeigten sich die Flaggen aller seefahrenden Nationen, mit denen die deutschen Rheder in keiner Weise in Wettbewerbung treten konnten, da den deutschen Kauffarteischiffen und den überseeischen Niederlassungen deutscher Kaufleute der Schutz einer Kriegsflotte fehlte, an deren Begründung der deutsche Bund so wenig dachte, als die deutschen Binnenstaaten von der Wichtigkeit der deutschen Seeschiffahrt für den Wohlstand der Nation einen klaren Begriff hatten. Auf dem Festlande selbst schlossen sich die großen Staaten durch Zollschranken möglichst ab und erschwerten dadurch die Einfuhr deutscher Erzeugnisse, denen namentlich Rußland durch sein Mauthsystem das früher so bedeutende Absatzgebiet nach dem Osten fast vollständig versperrte. Aber auch innerhalb des deutschen Bundesgebietes umgaben sich beinahe alle Staaten mit Zollinien, welche den Verkehr

in der widernatürlichsten Weise erschwerten und für den Kaufmann wie für jeden Reisenden eine Quelle der ärgerlichsten Plackereien wurden.

Zu der Entwerthung der Erzeugnisse des deutschen Gewerbfleißes kam noch eine sehr erhebliche Theuerung der Bodenfrüchte in Folge schlechter Ernten der Jahre 1815 und 1816. Der Mangel wirthschaftlichen Verständnisses in den

Friedrich List.

Regierungskreisen erhöhte noch das Elend, das hierdurch veranlaßt wurde, da sich jedes Land durch Ausfuhrverbote zu schützen suchte. Die natürliche Folge davon war eine außerordentliche Verschiedenheit der Getreidepreise in den einzelnen Bundesstaaten und das Eintreten eines ernstlichen Nothstandes in jenen Theilen Deutschlands, die schon in normalen Zeiten ihren Bedarf an Getreide nicht durch eigene Produktion decken konnten. Nichts war natürlicher, als daß sich der Bundestag mit der Lösung der Frage beschäftigte, wie hier Abhilfe zu treffen sei; aber der verständige Antrag der zu diesem Behufe niedergesetzten Commission, zunächst alle Beschränkungen des Getreidehandels aufzuheben, scheiterte an dem Wiederspruche Baierns, das seine Zustimmung nur dann zu geben bereit war, wenn Oesterreich, Dänemark und Holland auch für ihre außerdeutschen Besitzungen diesem Uebereinkommen beiträten. Glücklicherweise erbarmte sich der Himmel der Noth der Deutschen, und die reiche Ernte des Jahres 1817 beseitigte die drückendsten Ergebnisse der engherzigen Handelspolitik der Regierungen.

Wenn diese Berathungen am Bundestage auch keinen praktischen Erfolg hatten, so wurde durch dieselben doch der Gedanke der Begründung eines einheitlichen Zollgebietes angeregt. Seine Durchführung zu verwirklichen, war von da an das Streben einiger hervorragenden Persönlichkeiten, welche ein offenes Auge für die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Nation hatten und nach Mitteln zu ihrer Befriedigung suchten. Die kaufmännischen Kreise für diese Idee und ihre hohe Bedeutung zu interessiren, strebte vor Allen Friedrich List aus Reutlingen, ein Mann, der sich vom Schreiber zum Professor an einer höheren Lehranstalt seines Heimatlandes emporgearbeitet hatte und nun, als Vertreter eines Vereines deutscher Kaufleute und Fabrikanten, den er gegründet, die Aufhebung aller Binnenmauthen und die Verlegung aller Zölle an die Grenzen des Bundesgebietes sowohl am Bundestage, als auch bei den Ministerialconferenzen zu Wien mit leidenschaftlichem Eifer empfahl. In Wien wurde diese wichtige Frage sehr eingehend erörtert, insbesondere

auf Anregung des badischen Ministers von Berstett, der eine hierauf bezügliche Denkschrift des Geh. Rathes Nebenius vorlegte, welche die Grundlinien eines den ganzen Bund umfassenden Zollsystemes zog und eine Reihe bestimmter Vorschläge für dessen Gestaltung formulirte. Diese Pläne mußten an den Bestimmungen der Bundesacte scheitern, welche für derartige Angelegenheiten Einstimmigkeit vorschrieb, die, bei der Verschiedenheit der hier mehr als in irgend einer anderen Frage einander widerstreitenden Interessen der Bundesstaaten, schlechterdings nicht zu erreichen war. Was Oesterreich betraf, so wurde die Handelspolitik dieses Staates durch seine außerdeutschen Provinzen in so hohem Grade beeinflußt, daß dagegen die Rücksicht auf die zum deutschen Bunde gehörigen Länder und deren Zusammenhang mit dem übrigen Deutschland völlig in den Hintergrund trat; Preußen aber war einer Regelung der Zollangelegenheiten durch den Bundestag deßhalb entschieden abgeneigt, weil es, sofort nach dem Kriege, seine eigenen Zoll- und Steuerverhältnisse in tief eingreifender Weise neu geordnet hatte und selbstverständlich keine Neigung besaß, diese, trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens, schon als vortrefflich bewährte Gesetzgebung den Beschlüssen des Bundestages wieder zu opfern.

Der Schöpfer des preußischen Zollgesetzes war der Generalsteuerdirector Karl Georg Maassen. Indem er an die Stelle der überaus zahlreichen Binnenzölle ein einfaches Grenzzollsystem setzte, wich er der Gefahr, mit der — bei der überaus langen Grenze des preußischen Staates und der großen Zahl der angrenzenden Staaten — der Schmuggel die Zolleinnahmen bedrohte, dadurch aus, daß er einen sehr einfachen und übersichtlichen Tarif aufstellte und gleichzeitig die Erhebung des Zolles nach dem Gewichte, statt nach dem Werthe der Waaren einführte. Dabei entfernte er sich völlig von den Grundsätzen, welche bis dahin die Zollpolitik aller europäischen Staaten beherrscht hatten, er verzichtete auf den Schutz der inländischen Industrie durch hohe Zölle und betrat mit großer Energie den von den namhaftesten Nationalökonomen empfohlenen Weg des Freihandels. Was durch den Ausfall des Erträgnisses aus den bisherigen hohen Einfuhrzöllen dem Staate entging, wurde durch directe und indirecte Steuern ersetzt, welche — insbesondere die ziemlich hohen Verbrauchssteuern — eine gleichmäßigere und gerechtere Vertheilung der Lasten auf die einzelnen Klassen der Staatsbürger herbeiführten.

Als das preußische Zollgesetz am 26. Mai 1818 erlassen ward, geschah dies mit der ausdrücklich ausgesprochenen Absicht, die Nachbarstaaten zum Anschlusse an das preußische Zollsystem zu bewegen und dasselbe auf solche Weise nach und nach, durch eine Reihe von Verträgen mit den übrigen deutschen Staaten, auf die außerösterreichischen Theile des Bundesgebietes auszudehnen. Dabei wurde als Grundsatz aufgestellt, daß eine Vertheilung der Zollerträgnisse nach der Kopfzahl stattfinden, dagegen aber die Zollverwaltung ausschließlich in den Händen Preußens liegen solle.

Zunächst schloß nur das kleine Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen auf Grund dieser Bedingungen einen Vertrag mit Preußen ab, während die übrigen von preußischem Gebiet umschlossenen oder an Preußen angrenzenden Länder nicht nur den Anschluß ablehnten, sondern auch am Bundestage und in Wien über die preußischen „Vergewaltigungsversuche“ Lärm schlugen. Freilich waren schließlich die materiellen Interessen stärker als die Entrüstung über die gekränkten Souveränetätsrechte der Beherrscher von Detmold und Rudolstadt; im Laufe der 1820er Jahre trat die Mehrzahl der norddeutschen Kleinstaaten, denen eigentlich keine andere Wahl blieb, dem preußischen Zollsysteme bei, zuletzt und erst nach lange fortgesetztem hartnäckigen Widerstande, Anhalt-

Köthen, dessen Einwohner, von den Behörden des Herzogthums wohlwollend unterstützt, einen förmlich organisirten Schmuggel auf der Elbe zum großen Nachtheil der preußischen Finanzen betrieben, während die Vertreter des Herzogs in Frankfurt und Wien den Schutz des Bundes und Oesterreichs für die angeblich bedrohte Selbstständigkeit des Landes anriefen. Hier kam es erst zum Nachgeben, als im Jahre 1827 die unglaubliche Langmuth der preußischen Regierung ihr Ende fand und, nachdem schon früher das Ländchen mit Zollstellen umgeben worden war, die Elbe beim Einfluß in Köthen und beim Ausfluß aus dem Herzogthum abgesperrt wurde. Gleichzeitig traten auf dem Gebiete der großen europäischen Politik Verwickelungen ein, welche es für Oesterreich wünschenswerther machten, mit Preußen auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, statt, wie bisher, diese Macht durch die heimliche Unterstützung des Herzogs von Anhalt zu ärgern, und so erfolgte denn 1828 die Unterwerfung der Herzogthümer Anhalt-Dessau und Köthen unter das preußische Zollgesetz, nachdem ihnen Anhalt-Bernburg schon früher mit gutem Beispiele vorangegangen war.

Inzwischen waren aber — und zwar im Zusammenhange mit den politischen Bestrebungen, deren schon Erwähnung geschah, mit dem Versuche, einen engen Zusammenschluß der sogenannten „rein deutschen" Staaten, im Gegensatze zu den beiden Großmächten Oesterreich und Preußen, zu Stande bringen — zwischen Baiern, Wirtemberg, Baden, den beiden Hessen, Nassau und den thüringischen Staaten Verhandlungen eingeleitet worden, welche zum Zwecke hatten, einen Zollverein dieser Staaten zu bilden. Es fanden zwischen Bevollmächtigten derselben zahlreiche Conferenzen statt, welche indeß nicht zu dem gewünschten Ergebnisse führten, sondern damit endigten, daß am 18. Januar 1828 Baiern und Wirtemberg eine Zolleinigung abschlossen, während die übrigen Länder in ihrer Vereinzelung verharrten.

Von diesen war, durch seine geographische Lage wie durch finanzielle Bedrängniß, das Großherzogthum Hessen in der schlimmsten Stellung. Der Minister Freiherr du Thil erneuerte deshalb jetzt eine schon früher nach Berlin gerichtete Anfrage, ob Preußen geneigt sei, mit beiden Hessen einen Zollverein abzuschließen. Die Antwort fiel bejahend aus, aber du Thil hatte sich in der Hoffnung getäuscht, den Kurfürsten von Hessen-Kassel zum Anschlusse überreden zu können. Glücklicherweise waren aber in Berlin in den hohen Stellungen, deren Träger diese Frage zu entscheiden hatten, Männer, die nicht engherzig an einer vorgefaßten Meinung oder einem, wenn auch an und für sich ganz richtigen, Lehrsatze festhielten, sondern die enorme politische Bedeutung eines Anschlusses von Hessen-Darmstadt an den preußischen Zollverein erkennend, alle dagegen ins Feld geführten finanziellen Bedenken zu beseitigen wußten.

Im auswärtigen Amte bearbeitete die deutschen Angelegenheiten der Geh. Rath Johann Albrecht Friedrich Eichhorn, der mit großer Umsicht und Gewandtheit seit dem ersten Vertrage mit Sondershausen alle die zahlreichen und schwierigen diplomatischen Verhandlungen leitete, welche die allmählige Erweiterung des preußischen Zollgebietes herbeiführten und stets von dem bestimmten Gesichtspunkt ausgingen, daß jeder Vertrag nur den Uebergang zu neuen Verträgen bilden solle.

Daß der preußische Staat dabei die finanzielle Seite der Frage gegenüber der wirthschaftlichen und politischen erst in zweiter Reihe zu berücksichtigen hatte, das war das große Verdienst des Finanzministers F. C. A. von Motz, der, nach dem Rücktritte des Ministers von Klewitz im Jahre 1824 an die Spitze des Finanzministeriums berufen, das Gleichgewicht des Staatshaushalts hergestellt und schon nach drei Jahren

statt des Deficits, das man von seinen Reformen befürchtet, erhebliche Ueberschüsse erzielt hatte. Als nun im Jahre 1828 der Anschluß Hessen-Darmstadts durch die Weigerung Hessen-Kassels vereitelt werden zu sollen schien, da empfahl Motz das Wagniß, den bisherigen Grundsatz, das Zollsystem nur von Grenze zu Grenze vorzuschieben, aufzugeben und mit dem Großherzogthum, trotz der räumlichen Trennung, abzuschließen, und beseitigte, indem er Darmstadt das Zugeständniß einer selbstständigen Zollverwaltung machte, dadurch nicht nur ein Hinderniß, das dem Abschlusse dieses einen Vertrages im Wege stand, sondern erleichterte zugleich den übrigen größeren Staaten sehr wesentlich den Anschluß.

Auf solche Weise hatten sich aus dem Chaos der unseligen Zollverhältnisse heraus, wie sie bei Begründung des deutschen Bundes bestanden und einen Krieg Aller gegen Alle herbeigeführt hatten, Verhältnisse, welche die Bundesgewalt zu regeln sich vollkommen unfähig zeigte, zwei Zollvereine herausgebildet, der preußisch-hessische und der bairisch-wirtembergische. Ihre Verbindung zu einem allgemeinen deutschen Zollvereine, die man in Berlin fest ins Auge faßte und nicht minder in München und Stuttgart anstrebte, zu verhindern, ward jetzt ein sogenannter „mitteldeutscher Handelsverein" gegründet, zu dem sich Sachsen mit den thüringischen Staaten, Nassau, Frankfurt, Bremen, Hannover und Braunschweig vereinigten und welchem nun auch Kurhessen beitrat. Dieser „Handelsverein", der den wirthschaftlichen Interessen der durch ihn verbundenen Länder nicht die geringste Förderung brachte, verfolgte, unter der heimlichen Führung Oesterreichs und nicht wenig auch durch die Engherzigkeit und Eifersucht Englands, das ja über Hannover gebot, bestimmt, lediglich den Zweck, die Vergrößerung des preußischen Zollvereins links der Elbe zu vereiteln und durch hohe Durchfuhrzölle auf den Straßen, welche die getrennten Hälften des preußischen Staates und den preußisch-hessischen mit dem bairisch-wirtembergischen Zollverein verbanden, dem Handel und Verkehre der beiden Gruppen schweren Schaden zuzufügen. Diese offenkundige Absicht aber zwang Preußen, nun seinerseits auf einige der kleineren Länder, die dem mitteldeutschen Handelsvereine angehörten, einen Druck auszuüben und dieses, wie wir sahen, nicht auf der gesunden Grundlage richtig verstandener Verkehrsinteressen aufgebaute Bündniß zu zersprengen. Der Finanzminister von Motz begann Verhandlungen mit den Herzogthümern Sachsen-Meiningen und Sachsen-Gotha, die zum Abschlusse eines Vertrages führten, welcher den Bau einer von jedem Durchfuhrzoll befreiten Straße von Langensalza nach Würzburg und Bamberg zur Folge hatte.

Mit diesen Verhandlungen, deren Ergebniß alle Bestrebungen des mitteldeutschen Handelsvereins in ihr Nichts zusammenstürzen machte, ging Hand in Hand die durch den Stuttgarter Buchhändler Freiherrn von Cotta eingeleitete Verständigung mit Baiern und Wirtemberg, die ihren förmlichen und feierlichen Ausdruck in einem am 27. Mai 1829 abgeschlossenen Vertrage zwischen beiden Zollbünden fand. Durch diesen Vertrag wurden die gegenseitigen Zölle auf Fabrikate herabgesetzt und für alle Erzeugnisse der Natur, der Kunst und des Gewerbefleißes völlig aufgehoben, gemeinsame Handelsverträge mit Grenznachbarn verabredet und jährliche Zollconferenzen zur Anbahnung noch weiterer Annäherung in Aussicht genommen.

Die hohe Wichtigkeit dieses Vertrages mit den süddeutschen Staaten erkannte Niemand klarer als der preußische Finanzminister. In einer Denkschrift, die Herr von Motz im Juni 1829 dem Könige überreichte, gab er dieser seiner Ueberzeugung einen sehr bestimmten Ausdruck. Er sagte darin mit prophetischem Geiste den Beitritt der übrigen, jetzt noch feindlich widerstrebenden

Staaten voraus, er betonte die großen Vortheile des angenommenen Systems für den Handel und die Finanzen aller betheiligten Länder, von denen manche einen zwanzig- bis zweihundertmal größeren Markt für ihre Producte erhielten und für welche sämmtlich er die Bewährung des Satzes mit Sicherheit annahm: „je billiger die Abgabe, desto größer der Ertrag", er überschaute endlich mit echt staatsmännischem Blicke den politischen Gewinn, den dieser Vertrag verspreche, der sich klar ergeben werde, „wenn sich etwa der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt einmal auflösen und mit Ausschluß aller heterogenen Theile neu gestalten würde"; schon jetzt verstärke dieser Vertrag die militärischen Kräfte Preußens, decke durch Rheinbaiern die Rheinlande und umfasse in einem weiten Bogen Oesterreich, das von Schlesien und Altbaiern her zugleich bedroht werden könne. „In dieser, auf gleichem Interesse und natürlicher Grundlage ruhenden und sich nothwendig in der Mitte von Deutschland erweiternden Verbindung — so schließt die Motz'sche Denkschrift — wird erst wieder ein in Wahrheit verbündetes, von innen und von außen festes und freies Deutschland unter dem Schutz und Schirm von Preußen bestehen."

In solcher Weise erkannte der preußische Finanzminister die weit über den Vortheil des Augenblickes hinausragende Bedeutung dieses Vertragswerkes und die große geschichtliche Aufgabe des preußischen Staates. Aber wenn den Motz und Maassen auch die Begründung einer großartig angelegten Handelspolitik gelungen war, die in ihren letzten Consequenzen zu einer Loslösung des unter Preußens Führung geeinigten Deutschland von Oesterreich führen sollte und mußte — für den Augenblick huldigte in allen eigentlich politischen Fragen der Berliner Hof nach wie vor dem System des Fürsten Metternich. Ja dieser enge Anschluß an die Anschauungen des Wortführers des allgemeinen Stillstandes ward noch fester und entschiedener in Folge der großen und weittragenden politischen Ereignisse, welche in anderen Ländern freiheitliche Bewegungen hervorgerufen und zum Siege geführt hatten. Zwar in Italien und Spanien war, Dank der bewaffneten Einmischung, die auf dem Congresse zu Verona beschlossen worden, die Revolution niedergeworfen, in der sich der nationale und moderne Geist gegen die willkürlichen Beschlüsse des Wiener Congresses und die reactionäre Politik der heiligen Allianz empört hatte, in den deutschen Bundesstaaten war die auf dem Boden des Gesetzes sich bewegende constitutionelle Entwickelung gewaltsam gehemmt; aber in England erwies der große Reformer Georg Canning, daß eine starke Regierung die Freiheit des Volkes und die Ausdehnung der politischen Rechte nicht zu fürchten habe, jenseits des Meeres erstand in den Freistaaten Südamerikas eine demokratische Macht, die auch die Hoffnungen der freigesinnten Männer Deutschlands neu belebte, und die Freiheitskämpfe auf dem klassischen Boden des alten Hellas, in denen ein seit Jahrhunderten geknechtetes Volk mit glänzendem Erfolge gegen die Tyrannei verhaßter Unterdrücker rang, nährten in Tausenden deutscher Männer und Jünglinge den Glauben an eine bessere Zukunft des eigenen Vaterlandes und den Entschluß, unentwegt an den Idealen festzuhalten, die — so wenig auch der Augenblick ihrer Erfüllung günstig schien — endlich doch ihre siegreiche Verwirklichung finden müßten.

Unmittelbarer jedoch als durch die Rückwirkung der Ereignisse, die sich in weit entfernten Ländern abspielten, ward im Jahre 1830 Deutschland erschüttert und die Mehrzahl der Bundesregierungen aufs äußerste erschreckt durch die französische Julirevolution.

In einem Lande, das eines großen politischen Mittelpunktes entbehrte, dessen öffentliche Meinung weder unter der Leitung fest geschlossener politischer Parteien, noch einer freien und geistig

bedeutsamen Presse stand, konnte sich die Einwirkung der Vorgänge von Paris nicht in einer das ganze Bundesgebiet umfassenden und ein bestimmtes praktisches Ziel verfolgenden Bewegung geltend machen. Vielmehr trat diese Einwirkung in den zahlreichen größeren und kleineren Ländern, die den deutschen Bund bildeten, in den verschiedensten Formen und Stärkegraden zu Tage. Ganz allgemein war der erneute Ruf nach constitutionellen Verfassungen, wo solche noch nicht bestanden, und nach aufrichtiger Durchführung verfassungsmäßiger Grundsätze da, wo Verfassungen eingeführt waren, aber ohne daß in constitutionellem Geiste regiert wurde. Die Art und das Maß, wie sich dieses Verlangen geltend machte, hing aber wesentlich von der Persönlichkeit der einzelnen Regenten und ihrer Räthe und von ihrem Verhältnisse zu den Staatsangehörigen ab.

Die entschiedenste Mißregierung bestand in dem Herzogthum Braunschweig und in dem Kurfürstenthum Hessen-Kassel; in den Hauptstädten dieser beiden Länder brachen denn auch zuerst in Deutschland Unruhen aus.

In Braunschweig regierte seit 1823 Herzog Karl, der Sohn des bei Quatrebras gefallenen Helden, nachdem er bis dahin unter der Vormundschaft des Königs Georg IV. von England gestanden hatte. Zwistigkeiten mit dem Könige, der den jungen Fürsten, dessen Charakter wenig Vertrauen erweckte, über das 18. Lebensjahr hinaus unter Vormundschaft gehalten hatte, boten dem Herzog Karl den Vorwand, einen Theil der während der vormundschaftlichen Regierung ergangenen Verordnungen außer Kraft zu setzen und bald eine jeder Schranke spottende Willkür walten zu lassen. Er umging die wichtigsten Bestimmungen der im Jahre 1820 erlassenen Landesordnung, berief die Landstände nicht zu den vorgeschriebenen Berathungen, erhöhte die Steuern und verkaufte Staatsgüter ohne ständische Zustimmung und entwickelte auch den Privatverhältnissen seiner Unterthanen gegenüber die Launen eines Despoten. Sein unglaubliches Verhalten führte von Seiten des Königs von England wie der braunschweigischen Stände zu Klagen am Bundestage, der Herzog aber entzog sich der unangenehmen Stimmung, die in seinem Lande herrschte, durch eine Reise nach Paris. Durch die Julirevolution aus der französischen Hauptstadt vertrieben, fand er die Braunschweiger in höchster Erregung und wurde mit der sehr bestimmt betonten Forderung empfangen, sofort die Stände zu berufen. Als er dieß Verlangen mit Verstärkung der Wachen vor dem Schlosse und der Aufstellung von Kanonen beantwortete, war sein Loos entschieden. Am 7. September 1830 schaarte sich das Volk von Braunschweig vor dem Schlosse zusammen, stürmte die Zugänge, warf Feuerbrände in die Zimmer und nöthigte den Herzog zu eiliger Flucht. Dann traten die Stände zusammen und übertrugen dem jüngeren Bruder Karls, dem Herzog Wilhelm die Regentschaft. Der Bundestag und die Verwandten des fürstlichen Hauses zeigten sich mit der Absetzung Karls einverstanden, Wilhelm trat als sein Nachfolger die Regierung an und vereinbarte am 12. October 1832 mit den Ständen eine neue, die Rechte des Volkes erweiternde Landschaftsordnung.

Einen Tag früher als in Braunschweig brachen in Kassel Unruhen aus, hervorgerufen durch das beispiellose Betragen, durch welches Kurfürst Wilhelm II. seinen Thron entwürdigte. Unter dem Einflusse einer zur Gräfin Reichenbach erhobenen Maitresse, der die rechtmäßige Gemahlin des Kurfürsten, eine preußische Prinzessin, hatte weichen müssen, wurden die Staatsgelder verschleudert und die Steuerzahler in unerträglicher Weise belastet. Aus tumultuarischen Straßencrawallen ging hier indessen eine ernstere politische Bewegung hervor, der Kurfürst mußte sich dazu verstehen, die Stände zu berufen und am 5. Januar 1831 die neue Verfassung zu genehmigen, welche sie, unter der

Führung des liberalen Marburger Professors Silvester Jordan berathen hatten und die sich durch eine sehr weitgehende Ausdehnung der ständischen Rechte, wie durch das Einkammersystem vor allen anderen deutschen Verfassungen auszeichnete. Als aber der Kurfürst, nachdem er dieß Opfer gebracht, sein altes Leben fortsetzen, namentlich die vor dem Unwillen des Volkes geflohene Gräfin Reichenbach wieder nach Kassel zurückführen wollte, erneuerten sich die Unruhen. Da beschloß der Kurfürst, mit der Gräfin nach Frankfurt überzusiedeln und nahm im September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten an, der sich bald als der würdige Sprosse dieses Vaters erweisen sollte.

Auch in Hannover fanden an verschiedenen Orten Unruhen statt, besonders in Göttingen, wo die Bürger mit den durch einige Privatdocenten geführten Studenten gemeinsame Sache machten, um indeß bei dem Heranrücken bewaffneter Macht rasch zur Ordnung zurückzukehren. Die Gründe der Unzufriedenheit lagen hier wesentlich in der Art und Weise, wie der in England residirende König sein hannöversches Land regieren ließ, wo der Adel nicht nur die bedeutendsten Staatsämter in einem fast erblichen Besitz hatte, sondern auch in der Ständeversammlung über die Mehrheit der Stimmen gebot. Als, gegenüber den Aeußerungen allgemeiner Unzufriedenheit, der ebenfalls in London wohnende leitende Minister Graf Münster seine Entlassung nahm und der König Wilhelm IV. seinen Bruder, den Herzog von Cambridge zum Vicekönig ernannte, der alsbald seine Residenz in Hannover aufschlug, war die Ruhe in kurzer Zeit wieder völlig hergestellt. Eine weitere Folge der an den König gebrachten Beschwerden war die Eröffnung von Verhandlungen mit den Ständen zur Umgestaltung der Verfassung in einem den modernen Anschauungen entsprechenden Sinne, nach einem von dem ausgezeichneten Professor der Geschichte zu Göttingen, Friedrich Christof Dahlmann, herrührenden Entwurfe. In diesen Verhandlungen trat der von dem Bürgermeister von Osnabrück, Karl Bertram Stüve am entschiedensten vertretenen Forderung, mit den altständischen Einrichtungen zu Gunsten einer wirklichen und mit allen nöthigen Rechten ausgestatteten Volksvertretung ernstlich zu brechen, der an den hergebrachten Zuständen hängende Adel nicht ohne Erfolg entgegen, so daß bei der endlichen Genehmigung des neuen Staatsgrundgesetzes durch den König, die erst am 26. September 1833 erfolgte, gar manche der volksthümlichen Vorschläge des Entwurfes wieder beseitigt wurden. Dennoch bezeichnete dieß Werk immerhin einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen.

Allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen führte sogar in dem sonst so loyalen Königreiche Sachsen ernste revolutionäre Bewegungen herbei. Der greise König Anton, der im Jahre 1827 seinem Bruder König Friedrich August I. in der Regierung gefolgt war, genoß, wie sein Vorfahr, wegen der Tugenden seines Privatlebens die Achtung auch jener Angehörigen des Staates, die sowohl seines hohen Alters, als auch seiner reactionären Neigungen wegen seine gar nicht mehr erwartete Thronbesteigung bedauerten. Von ihm war eine Beseitigung der auf die bürgerlichen und bäuerlichen Kreise schwer drückenden Vorrechte des Adels und eine Aufhebung der veralteten, eine kleine Zahl herrschender Familien ausschließlich und auf Kosten der Gesammtheit begünstigenden Städteverfassung nicht zu erwarten, eben so wenig als eine für dieses gewerbreiche Land besonders wichtige Fürsorge für die materiellen Interessen und deren rege Entwickelung. Dazu kam noch der Unwille der protestantischen Bevölkerung gegen die klerikalen Tendenzen, die den Hof der katholischen Dynastie beherrschten. Die weit verbreitete Unzufriedenheit trat im September 1830 zu Leipzig und Dresden in Pöbelaufläufen zu Tage, bei denen es an böswilligen Beschädigungen, ja Zerstörung öffentlicher Gebäude nicht fehlte. Gleichzeitig aber brachten auch die besten bürgerlichen Elemente, die sich nicht vom Boden der Ordnung und Gesetzlichkeit entfernen wollten, in angemessener Weise ihre Reformbegehren vor den König, der denn auch sofort bereit war, nachzugeben, den unbeliebten Minister Grafen Einsiedel entließ und einen verständigen Staatsmann von ehrlicher Freisinnigkeit, von Lindenau an die Spitze der Geschäfte berief. Dieser Entschluß des Königs gewann noch dadurch an Bedeutung, daß er seinen ebenfalls bejahrten Bruder, den Prinzen Maximilian zur Thronentsagung bewog und dessen Sohn, Friedrich August, einen hochgebildeten und den modernen Ideen wenigstens nicht feindselig gegenüberstehenden Prinzen, zum Mitregenten annahm. Auch hier endigte die Bewegung mit der Umgestaltung der Verfassung in einem den Anforderungen der constitutionellen Lehren sich nähernden Sinne.

Daß nicht auch in Preußen der Wunsch nach einer Verfassung, die dem Volke seit 1815 verheißen war, unter den Einflüssen der Strömung, die das öffentliche Leben seit der Julirevolution beherrschte, in stürmischen Auftritten oder in Abordnungen und Adressen an den König sich geltend machte, findet in einer Reihe sehr verschiedener Verhältnisse seine Erklärung. Zuvörderst kommt dabei die Stellung des Königs zu seinem Volke in Betracht, die wohl nirgend in deutschen Landen einen so scharf ausgeprägten familienhaften Charakter an sich trägt, als in Preußen; eingedenk der in guten und schlimmen Tagen erprobten und bewährten Gesinnung des Königs, scheuten sich auch die entschiedensten Anhänger des constitutionellen Wesens, ihm abzutrotzen, was er, unzweifelhaft in gutem Glauben, nicht freiwillig zugestehen wollte. Es trat für die preußischen Patrioten zu dieser mehr gemüthlichen Regung aber auch die Befriedigung über die Wendung hinzu, welche die Politik Preußens in ihrem Verhältnisse zu den europäischen Staaten eingeschlagen hatte. Das Ansehen des preußischen Staates war erheblich gewachsen durch die dem preußischen Gesandten in Konstantinopel gelungene Vermittelung des Friedens von Adrianopel, der am 14. September 1829 dem Kriege zwischen Rußland und der Türkei ein Ende machte, und noch mehr durch die Stellung, welche der König gegenüber den Folgen der Julirevolution, der Thronbesteigung Louis Philipps und der Losreißung Belgiens von Holland, fest und sicher eingenommen hatte. Den Wünschen Oesterreichs und mancher Mittelstaaten entgegen hatte Friedrich Wilhelm III., der vor seinem Lebensende nicht noch einmal einen großen Krieg heraufbeschwören helfen wollte, sich mit großer Entschiedenheit wider jede Einmischung in die Verhältnisse Frankreichs und wider eine unzeitgemäße Unterstützung des Hauses Oranien gegen die abgefallenen Belgier ausgesprochen und auch den Kaiser Nicolaus von Rußland zu seiner Ansicht herübergezogen. Hatte er sich dadurch den aufrichtigen Dank der Liberalen erworben, so erkannten nicht minder die weitesten Kreise der dem Geschäftsleben zugewandten Angehörigen seines Staates die kluge und energische Leitung der Zollvereinsangelegenheiten an, die schon begann, segensreiche Früchte zu tragen, wie denn auch die gesammte innere Verwaltung des Staates vortrefflich war und in viel geringerem Maße als in der Mehrzahl der übrigen Staaten Norddeutschlands die Ueberwachung durch Landstände vermissen ließ. Zwar die Grundsätze des alles Thun und Lassen der Unterthanen auf dem Zwangswege regelnden Polizeistaates waren in vollster Geltung und beherrschten mehr oder weniger alle öffentlichen Verhältnisse, aber die Reformen der Stein und

Hardenberg hatten doch nicht vergebens die Selbstverwaltungsthätigkeit der Kreise und Städte angebahnt, hier war vorerst, so lange der Staat eine landständische Verfassung entbehrte, die Möglichkeit geboten, neben dem grundbesitzenden Adel auch den bürgerlichen Mittelstand zu ernster und verantwortlicher Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten heranzuziehen. Dabei pflegte der gebildete und pflichttreue Beamtenstand in eben so hohem Grade die geistigen wie die materiellen Interessen des Staates. Die preußischen Universitäten, von denen Bonn im Jahre 1818 neu gegründet worden war, um für die Rheinlande einen Mittelpunkt des wissenschaftlichen Lebens zu bilden, gediehen unter der liebevollen Sorgfalt, die ihnen der Unterrichtsminister von Altenstein widmete, der aus allen Theilen Deutschlands hervorragende Gelehrte auf die wichtigsten Lehrstühle berief. Ein im Jahre 1819 erlassenes Unterrichtsgesetz, in den Jahren 1831 und 1837 ergänzt und verbessert, regelte den Elementarunterricht in Stadt und Land und den Unterricht an den höheren Lehranstalten, Gymnasien und Realschulen und zog die Gemeinden zu entsprechenden Leistungen für das Schulwesen herbei. Auch wurde für die Lehrer durch Besserung ihrer finanziellen Lage und durch Vermehrung der ihrer Heranbildung gewidmeten Seminarien in höherem Maße als bisher gesorgt. Die Errichtung von Provinzial-Schulcollegien, die von den Consistorien getrennt wurden, bezeichnete einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete der Schule, die danach rang, sich vollständig von den kirchlichen Einflüssen frei zu machen.

Die protestantische Kirche in Preußen und die Stellung, die sie im Staate in allen ihren Beziehungen zu der bürgerlichen Gesellschaft einnahm, hatte sehr an Bedeutung gewonnen durch die Wendung, welche in Wissenschaft und Leben die hervorragendsten Geister gegen den Rationalismus des 18. Jahrhunderts und die in seinem Gefolge weit verbreitete Gleichgiltigkeit auf dem religiösen Gebiete eingeschlagen hatten. Die wissenschaftliche Behandlung der Theologie und ihre Verbindung mit den philosophischen Studien bedrohte die Herrschaft des Rationalismus in der Kirche und auf den Lehrstühlen, und die Romantiker, die das Gemüth wieder in sein altes Recht einsetzten, schickten sich an, ihren Einfluß von dem literarischen auch auf das religiöse Gebiet zu übertragen, auf welchem jene kirchliche Richtung, die weder nach Philosophie, noch nach wissenschaftlicher Theologie, noch nach poetischen Stimmungen fragte, sondern lediglich die unbedingte Gläubigkeit verlangte, schon namhafte Eroberungen gemacht hatte. Vorerst gingen diese Richtungen noch einen gemeinsamen Weg zur Bekämpfung des Rationalismus, aber über kurz oder lang — das ließ sich jetzt schon erkennen — mußten sie untereinander in Streit gerathen. Auch darin lag eine Verstärkung der religiösen und kirchlichen Tendenzen, daß man sie für geeignet hielt, eine zur Niederhaltung der revolutionären Bestrebungen erfolgreiche Wirksamkeit zu entfalten.

König Friedrich Wilhelm III. hatte für die religiösen Fragen ein sehr lebhaftes persönliches Interesse. Erfüllt von ernster und wahrer Frömmigkeit, gründlich unterrichtet in den Glaubenslehren und in der Geschichte der christlichen Kirche, unerschütterlich an seiner religiösen Ueberzeugung festhaltend, verabscheute er doch jeden Zwang gegen Andersdenkende und gönnte Jedermann die Freiheit seiner religiösen Ansicht. Seine theologischen Studien hatten in dem Könige die Ueberzeugung zur Reife gebracht, daß die Angehörigen der beiden Bekenntnisse des evangelischen Glaubens, Lutheraner und Reformirte, durch so geringe dogmatische Unterscheidungen getrennt seien, daß ihre Vereinigung sich ohne erhebliche Schwierigkeiten werde bewerkstelligen lassen. In der That wurde, auf des Königs Wunsch, der 300. Jahrestag der Reformation, der 31. October 1817 dazu ausersehen, daß Angehörige beider Kirchen gemeinschaftlich das Abendmahl empfingen. Und es war zu erwarten, daß dieser Vorgang, bei dem, ohne daß Zwang ausgeübt ward, der freien Entschließung jedes Einzelnen die Betheiligung anheimgestellt worden war, eine dauernde Vereinigung der Lutheraner und Reformirten, die Union, zum Abschlusse bringen werde, von welcher der König eine für alle staatlichen Verhältnisse fruchtbare und segensreiche Erhöhung und Kräftigung des kirchlichen Lebens hoffte. Nicht aus der Mitte der Bevölkerung, die an den gelehrten Streitfragen, die einst Luther und Calvin entzweit, keinerlei Interesse nahm, sondern von Seite einiger Pastoren erhob sich freilich gegen dieses Unionswerk lebhafter Widerspruch; aber dieser wurde doch erst dann ernsthafter und fand auch in weiteren Kreisen Anklang, als der König (1822) eine neue Gottesdienstordnung einzuführen empfahl, die, an die ältesten Einrichtungen Luthers anknüpfend, welche noch manche katholischen Anklänge beibehalten hatten, die Reformirten verletzte, während anderseits die Lutheraner an den Formeln der neuen Agende für Abendmahl und Taufe Anstoß nahmen. Obwohl in dem Kampfe gegen die Widerstrebenden manche Mittel angewendet wurden, die der König, wenn er sie gekannt, trotz seiner persönlichen Vorliebe für dieses sein „eigenstes Werk", nicht gebilligt hätte, so gelang es schließlich doch, durch eine neue Ausgabe der Agende (1829), welche die erheblichsten Bedenken beseitigte, den Frieden innerhalb der protestantischen Kirche Preußens wieder herzustellen. Und mit Ausnahme weniger starr auf ihrer Meinung beharrenden altlutherischen Gemeinden sah man bald allgemein ein, welcher Segen das Werk der Union sei, das den Jahrhunderte alten Streit innerhalb des Protestantismus schlichtete und dem kirchlichen Leben damit neue Bahnen eröffnete. Auch in anderen deutschen Staaten fand dieses Friedenswerk Nachahmung, und dieß war um so bedeutsamer, als in derselben Zeit, da die Union die zersplitterten Kräfte des Protestantismus wieder sammelte, die römische Curie sich anschickte, dem Staate gegenüber ihre alten Machtansprüche von Neuem zur Geltung zu bringen.

Die Wiederherstellung des Kirchenstaates, der von Napoleon I. beseitigten weltlichen Herrschaft des Papstes, war ein natürliches Glied in der Kette von Maßregeln, durch welche die Regierungen des befreiten Europa, den Gewaltthaten der Revolution gegenüber, die alte Ordnung der Dinge wieder in ihr Recht einsetzten. Die Erneuerung der geistlichen Fürstenthümer in Deutschland allerdings, die der Papst auf dem Wiener Congresse beantragen ließ, wurde abgelehnt, denn ganz abgesehen davon, daß diese anomalen Staatsbildungen, nachdem sie einmal verschwunden waren, überhaupt kaum wieder hätten belebt werden können, wären ja dadurch auch alle die mühsam aufgebauten Länderbildungen wieder völlig aus allem Zusammenhang gerissen worden. Eben so wenig Aussicht auf Verwirklichung wie dieser Vorschlag, hatten aber auch die Bemühungen des Bisthumsverwesers von Konstanz, Freiherren von Wessenberg, und anderer Freunde einer Kirchenreform, welche an die Bestrebungen anknüpfen wollten, die im 18. Jahrhundert in den „Emser Punctationen" ihren entschiedensten Ausdruck gefunden hatten.

Die Gründung einer deutschen Nationalkirche setzte eine Nation und nicht einen „geographischen Begriff" voraus, wie Metternich das bunte Durcheinander der deutschen Groß- und Kleinstaaten nannte, sie setzte eine von einer starken Centralgewalt geleitete nationale Politik voraus. Eine solche, die Souveränetät der Einzelstaaten beschränkende nationale Politik aber scheute von allen deutschen Staaten keiner in höherem Grade als Baiern, und dieses Königreich, hier besonders wichtig, da die überwiegende Mehrzahl seiner

Einwohner dem katholischen Bekenntnisse angehört, beeilte sich, mit dem päpstlichen Stuhle Verhandlungen über die Stellung der Kirche zur Staatsgewalt anzuknüpfen, die im Jahre 1817 zum Abschlusse eines Concordates führten, welches der römischen Curie eine große Fülle von Rechten einräumte. Die Bischöfe leiteten hiernach, ohne jede staatliche Aufsicht, die Erziehung des Klerus, sie überwachten die Volksschule, sie verkehrten unmittelbar mit dem päpstlichen Stuhle, sie übten eine Art von Censur, da der Staat ihnen zur Unterdrückung von Büchern, die sie für unchristlich erklärten, seinen Arm leihen mußte. Zugleich wurde festgesetzt, daß keine Abänderung und Auslegung des Concordates ohne die Zustimmung des Papstes giltig sein solle. Bald genug zeigte sich die folgenschwere Bedeutung dieses Vertrages. Denn da der Papst durch die bairische Verfassung vom Jahre 1818 verschiedene Bestimmungen des Concordates für verletzt hielt, verbot er den Geistlichen, die Verfassung zu beschwören. Und der Streit, der sich in Folge dieser Meinungsverschiedenheit zwischen der römischen Curie und dem Könige von Baiern entspann, endigte mit einer Niederlage des Letzteren, der in der sogenannten Tegernseer Erklärung das Zugeständniß machte, der Verfassungseid solle zu nichts verpflichten, was den Satzungen der katholischen Kirche zuwider sei. Die Entscheidung hierüber lag aber naturgemäß wieder in der Hand des Papstes.

Zu derartigen Vereinbarungen ließen sich selbstverständlich jene Staaten nicht herbei, deren Dynastien und Regierungen dem protestantischen Bekenntnisse angehörten. Ihre Verhandlungen mit Rom beschränkten sich auf die Zahl, den Umfang, die Ausstattung und die Besetzung der Bisthümer, indem sie sich im Uebrigen auch gegenüber der katholischen Kirche ihre Hoheitsrechte vorbehielten. Die hierauf bezüglichen Verhandlungen, welche Preußen und Hannover selbstständig, die übrigen deutschen Staaten zur „Oberrheinischen Kirchenprovinz" vereinigt, in den Jahren 1821 bis 1827 führten, fanden ihren Abschluß durch sogenannte Circumscriptionsbullen des Papstes, in denen die erwähnten Verhältnisse, nach Vereinbarung mit den Regierungen, geregelt wurden. In Baiern wie in Oesterreich ernannte der Monarch die Bischöfe, sogar ohne daß der Papst sich zuvor mit den für diese Würden ausersehenen Persönlichkeiten einverstanden erklärt hatte, den protestantischen Souveränen gestand die Curie ein solches Recht nicht zu; in ihren Ländern trat vielmehr das alte Wahlrecht der Domcapitel wieder in Kraft, eingeschränkt einerseits durch die päpstliche Bestätigung, anderseits durch die Bedingung, daß keine den Regierungen unangenehmen Personen und keine Ausländer gewählt werden durften.

Zunächst schienen die durch diese Verhandlungen geschaffenen Grundlagen eine friedliche und segensvolle Entwickelung des Verhältnisses zwischen den Staaten und der katholischen Kirche zu gewährleisten. Die Männer, welche jetzt die neu errichteten Bischofssitze einnahmen, waren fast ohne Ausnahme Männer des Friedens, eifrig bestrebt, mit den Regierungen in bestem Einvernehmen zu bleiben. Der katholische Klerus war von der Aufklärung des 18. Jahrhunderts nicht unberührt geblieben; gerade die besten und befähigtesten Köpfe unter dem Klerus hatten die schöngeistige Bildung der Zeit mit vollen Zügen eingeathmet und waren voll Eifer, die Lehren und das Leben ihrer Kirche von den Schlacken des mittelalterlichen, scholastischen Formelkrams und von den abergläubischen Gebräuchen und Auswüchsen zu säubern. Sie nahmen einerseits an den streng wissenschaftlichen Bestrebungen des Jahrhunderts ernsten Antheil, wie denn der katholische Theologe, Professor Hermes in Bonn, den Versuch machte, die Wahrheit der Glaubenslehren philosophisch zu begründen und dabei großen Beifall und zahlreiche Anhänger unter der Priesterschaft fand, und anderseits suchten sie mit redlichem Sinne ein friedliches und freundliches Verhältniß zu den Protestanten anzubahnen und Reformen zu erreichen, welche hierzu und zur Anknüpfung engerer Beziehungen mit ihren Gemeinden dienlich sein sollten; Aufhebung der Wallfahrten, des blos mechanischen Hersagens der Gebete, Einführung der deutschen Messe, Beseitigung des Gebotes der Ehelosigkeit der Priester und dergleichen.

Diesen milden, versöhnlichen, den modernen Ideen entsprechenden Tendenzen, die bei einem großen Theile des Klerus herrschten, traten aber bald scharf und heftig sehr entschiedene Gegensätze in den Weg. Eine der ersten Regierungshandlungen des wieder eingesetzten Papstes Pius VII. war die Wiederherstellung des Jesuitenordens gewesen, und wenn auch dessen Angehörige in Deutschland nicht zugelassen waren, so reichte sein Einfluß, der sehr bald die römische Curie vollständig beherrschte, doch über die Alpen herüber und trug nicht wenig dazu bei, das gute Verhältniß der deutschen Katholiken zu den protestantischen Regierungen und den Frieden der Bekenntnisse zu stören. Die mild gesinnten deutschen Bischöfe wurden in Rom der Lauheit und Unzuverlässigkeit beschuldigt, ihre Verständigung mit den Regierungen über zahlreiche, das Leben unmittelbar berührende Angelegenheiten erfuhr den Tadel des Papstes, Unfriede und Unduldsamkeit ward künstlich genährt und großgezogen. Bald galten die preußische Rheinprovinz, Westfalen und Baiern als die Hauptsitze der klerikalen, oder wie sie, die ihren Mittelpunkt jenseits der Berge hat, genannt ward, der „ultramontanen" Partei in Deutschland.

In der Rheinprovinz und in Westfalen ging mit der klerikalen Agitation der Widerwille gegen das stramme und strenge Regiment des preußischen Staates Hand in Hand. Hier war derselbe Josef Görres, der, hochbegabt und schwungvoller Rede mächtig, während der Zeit der Fremdherrschaft für Deutschlands Befreiung in regem Eifer thätig gewesen, jetzt der Führer der Unzufriedenen, welche den Preußen wie undeutschen Fremdlingen und Eindringlingen entgegentraten. Bald galt in den Kreisen, die dieser Mann beeinflußte, protestantisch und preußisch als gleich hassenswerth. Diese agitatorische Thätigkeit, aus der Görres übrigens in Folge der sogenannten Demagogenuntersuchungen, die ihn zur Flucht nach Straßburg veranlaßten, schon nach wenigen Jahren herausgerissen wurde, ging mit dem Hange zu der mittelalterlichen Mystik Hand in Hand. Der Wunderglaube, der Reliquienkram, die kirchlichen Umzüge, die Wallfahrten, alles Dinge, mit denen zuerst in sehr derber Form die Revolution, später auf dem Wege der Gesetzgebung Napoleon in den Rheinlanden aufgeräumt hatte, wurden jetzt, als wären diese Auswüchse die eigentliche lebensfrische Blüthe des christlichen Glaubens, wieder neu belebt, und das rücksichtsvolle Streben der preußischen Regierung, die katholischen Staatsangehörigen auch nicht in der entferntesten Weise in der Ausübung ihrer Religion zu beeinträchtigen, beförderte das Gedeihen dieser ungesunden Zustände. Dieser Zug nach dem Wunderbaren, Absonderlichen, Uebernatürlichen ging durch alle gesellschaftlichen Schichten. Neben der Gräfin Stolberg, die in Münster Kranke mit Schaupfennigen heilte, die von der Jungfrau Maria herrühren sollten, wurde von Görres und seinen Anhängern, unter denen der geistvolle Clemens Brentano hervorragte, die Nonne Katharina Emmerich verherrlicht, die angeblich wochenlang ohne Nahrung lebte und des Freitags die Wundmale des Herrn an ihrem Leibe trug. In Baiern, wo mit dem Eintritte des Alters auch der aufgeklärte König Max Josef den klerikalen Einflüssen nicht mehr widerstand und der Kronprinz Ludwig durch sehr vertraute Beziehungen mit den Romantikern verbunden war, ward eifrig daran gearbeitet, die Errungenschaften der von

der Revolution beherrschten Zeit und die Einrichtungen des „Voltairianers" Montgelas wieder zu beseitigen. Hier zog ein Wunderthäter von hoher Geburt, ein Fürst Alexander von Hohenlohe durch das Land und heilte Kranke durch Gebet und Handauflegen.

In Preußen mußte diese kirchliche Richtung über kurz oder lang mit der Staatsgewalt in ernstlichen Streit gerathen. Denn so sehr auch die Regierung der katholischen Kirche entgegenkam, sie materiell durch reiche Ausstattung der Bisthümer und Pfarreien förderte, ihr in ausgiebigstem Maße durch Gestattung öffentlicher Prozessionen, Anerkennung zahlreicher Feiertage und dergleichen ihren Schutz gewährte, so hielt sie doch an den Hoheitsrechten des Staates mit großer Entschiedenheit fest. Wenn dadurch an und für sich ein Conflict unvermeidlich erschien, so wurden doch durch die politischen Strömungen der 1830er Jahre, deren Ursprung sich auf die Julirevolution zurückführen läßt, die dazu treibenden Gegensätze noch verschärft.

Wesentlich anders als auf den Norden Deutschlands machte der Sieg des Liberalismus in Frankreich seine Wirkung auf die süddeutschen Staaten geltend, in denen sich, durch die jetzt schon seit mehr als einem Jahrzehnt eingeführten Verfassungen, ein in mancher Beziehung den französischen Verhältnissen verwandtes politisches Leben entwickelt hatte.

Am meisten war dieß in dem Großherzogthum Baden der Fall, wo, nach einer ziemlich gewaltsamen Reaction, die sogar zu einer Verfassungsänderung geschritten war, der Tod des Großherzogs Ludwig und der Regierungsantritt des Großherzogs Leopold schon vor dem Ausbruche der Julirevolution eine Umkehr zu freisinnigeren Grundsätzen herbeigeführt hatte. Der neue Regent, dessen Erbfolge, wie die Unversehrtheit seines Gebietes, bestritten worden war, hatte das höchste Interesse daran, die öffentliche Meinung seines Landes für sich zu gewinnen und hierzu gab es kein besseres Mittel, als die Entlassung der reactionären Rathgeber seines Vorgängers, die Wiederherstellung der verstümmelten Verfassung und die Beschreitung freisinniger Bahnen. Aus Wahlen, die von der Regierung nicht beeinflußt wurden, ging eine sehr liberal gesinnte zweite Kammer hervor und auch in der ersten Kammer überwogen die freiheitlich gestimmten Elemente. Männer wie Rotteck, Welcker, Itzstein stellten den guten Absichten der Regierung ihre thatkräftige Initiative zur Seite, um, in Uebereinstimmung mit den Ministern Winter und von Böckh, eine ganze Reihe bedeutsamer Gesetze in das Leben zu rufen, von denen manche, wie z. B. das Gemeindegesetz, den Anschauungen der Zeit voraneilten und in der That sehr erhebliche Fortschritte auf dem Boden freiheitlicher Entwickelung bezeichnen. Auch die Presse wurde der Fesseln, die das vorhergehende Jahrzent ihr angelegt hatte, wieder entledigt und blieb nur noch durch die Bestimmung beschränkt, daß die Besprechung der Angelegenheiten des Bundes und seiner Einzelstaaten der Censur unterworfen war.

In Baiern war im Jahre 1825 König Max Josef gestorben und sein ältester Sohn und Nachfolger, König Ludwig I. erweckte in seinem Lande die weitestgehenden Hoffnungen. Trotz der Verfassung hatte König Max Josef im Geiste des patriarchalischen Absolutismus weiter regiert, die Finanzen waren nicht in der besten Ordnung, der Hof machte großen Aufwand, die Begünstigung einzelner Klassen von Unterthanen, besonders des wenig bemittelten Adels, erregte viel Aergerniß, aber dem jovialen und volksthümlichen alten Könige gereichten diese Verhältnisse in der Meinung seines Volkes nicht zum Schaden. König Ludwig, energisch, sparsam, gemüthlichen Regungen wenig zugänglich, stellte viele kostspielige Mißbräuche am Hofe und in der Verwaltung ab, erklärte seinen Entschluß, im Geiste des constitutionellen Systemes regieren zu wollen, brachte Ordnung in die Finanzen, deren strenge Controle durch die Landstände er verlangte; er hob durch Beförderung der Wissenschaft und Kunst das geistige Leben seines Landes, und eröffnete dem freien Worte ungehinderte Bewegung, indem er die Censur für unpolitische Zeitschriften völlig beseitigte, für politische mit der größten Nachsicht handhaben ließ. Doch waren diese Aeußerungen eines gewissen Freisinns nicht das Ergebniß wahrhaft liberaler Gesinnung, sondern einer augenblicklichen Eingebung, und mußten in der nächsten Stunde den geradezu entgegengesetzten Maßregeln weichen.

Ein Straßencrawall, der von Studenten der von Landshut nach München verlegten Universität ausging, aber mit Politik doch nur den sehr losen Zusammenhang hatte, daß die übermüthigen jungen Leute die Marseillaise sangen, veranlaßte den König, die Universität zu schließen und die Presse, die für die akademische Jugend Partei nahm, durch ein sehr strenges Censur-Edict vom 28. Januar 1831 zu bestrafen. Die zweite Kammer sah darin eine Verletzung der Verfassung und eröffnete einen sehr heftigen Kampf gegen die Regierung, insbesondere den für dieses Edict in erster Reihe verantwortlichen Minister des Innern von Schenk. Das Pariser Beispiel wirkte abschreckend genug, um den König zu vermögen, die Universität wieder zu eröffnen, das Edict zurückzunehmen, der Kammer ein gemäßigten Ansprüchen genügendes Preßgesetz vorlegen zu lassen und einige liberale Männer in das Ministerium zu berufen, in welchem der Fürst von Oettingen-Wallerstein den Vorsitz führte.

In Hessen-Darmstadt machte sich die durch die französische Nachbarschaft besonders erregte Stimmung der Bevölkerung durch verschiedene Excesse bemerklich, welche durch Militär niedergeschlagen werden mußten, und der Landtag zeigte sich mißtrauisch gegen die Regierung und karg in den Geldbewilligungen für die Civilliste, die ihm angesonnen wurden.

In Wirtemberg traf es sich, daß der Landtag kurz vor der Revolution geschlossen worden war und nun mehrere Jahre nicht mehr zu

Ludwig I., König von Baiern.

tagen hatte, so daß sich hier zunächst die Bestrebungen nicht so stark geltend machten, die in den Nachbarländern die Gemüther erregten. Dagegen ging von Wirtemberg, und doch auch im Zusammenhange mit den der ganzen politischen Welt seit 1830 neue Wege zeigenden Ideen, eine Anregung aus, die allerdings nicht alsbald praktische Folgen hatte, aber dennoch große Bedeu-

tung für die Gestaltung der öffentlichen Meinung unseres Vaterlandes gewann.

Da im Norden Deutschlands, insbesondere in Preußen, kein constitutionelles Leben sich hatte entwickeln können, so waren die Blicke der süddeutschen Politiker vorzugsweise nach Frankreich gerichtet. Was dort in den Kammern geschah, erregte das allgemeinste Interesse und wurde mit großer Lebhaftigkeit in den Zeitungen besprochen, die sich ja zudem mit einer Kritik deutscher Verhältnisse gar nicht befassen durften. Zu der althergebrachten Vorliebe der Deutschen für alles Ausländische gesellte sich die geringe Bekanntschaft der Süddeutschen mit den politischen und socialen Zuständen des Nordens, um zu bewirken, daß in dem deutschen Süden der Zusammenhang mit dem Norden des Vaterlandes fast in Vergessenheit gerieth und daß man in München, Stuttgart und Karlsruhe des preußischen Staates nur gedachte, um die politische Unfreiheit, der man ihn verfallen glaubte, mit mitleidigem Achselzucken zu beklagen und sich dabei in pharisäischer Selbstüberhebung und Selbsttäuschung des großen Maßes der Freiheit zu rühmen, in dessen sicherem Besitze man sich wähnte. Von den Reformen der Stein und Hardenberg, die das Volk zu einer selbstthätigen Theilnahme an wichtigen Verwaltungszweigen beizogen, welche immerhin den Scheinconstitutionalismus der süddeutschen Staaten aufwog, hatte man eben so wenig wie von der volkserziehenden Macht der Einrichtungen eines großen Staates überhaupt eine klare Vorstellung. Da war es denn von großer Wichtigkeit, daß ein süddeutscher Publizist, Paul Pfizer in Tübingen, in einer 1831 herausgegebenen Schrift „Briefwechsel zweier Deutschen" darauf hinwies, daß nur im engen Anschluß an dieses geschmähte und gering geachtete Preußen, dessen Vorzüge ihm nicht entgingen und von ihm eingehend erörtert wurden, das Heil der gesammten deutschen Nation liege. Klaren Blickes erkannte er das wahre Hinderniß jeder engeren Einigung des deutschen Volkes in der Stellung, die Oesterreich im Bunde einnahm, und forderte daher den Ausschluß dieses Staates, die Berufung eines von den Ständeversammlungen der Einzelstaaten beschickten Bundestages nach Berlin und die Leitung der allen Deutschen gemeinsamen Angelegenheiten durch den König von Preußen.

Solche Erörterungen und Vorschläge klangen freilich dem König Wilhelm von Wirtemberg weniger erfreulich als die Sirenenklänge, die das „Manuscript aus Süddeutschland" angeschlagen hatte, Pfizer büßte seine patriotischen Ideen mit der Entlassung aus dem Staatsdienste, auch die große Mehrzahl der süddeutschen Liberalen hörte diese Ausführungen nur mit Unmuth und Entrüstung an; aber dennoch war es für die weitere Entwickelung der deutschen Einheitsidee von großer Wichtigkeit, daß die Gedanken Pfizers einmal ausgesprochen, und der allgemeinen Erörterung preisgegeben waren; sie sind von da an nie wieder völlig von der Tagesordnung verschwunden.

Jetzt allerdings, unter den Einflüssen der Julirevolution, hatte die große Mehrzahl derjenigen, die sich in der Presse mit Politik beschäftigten, ganz andere Dinge auf dem Herzen als die Einheit des Vaterlandes. Jetzt galt es, die unter dem Eindrucke der Pariser Vorgänge für die Presse gewonnene freiere Bewegung möglichst zur Förderung der Freiheitsideen nutzbar zu machen, jener Freiheitsideen, die man, als nicht an ein bestimmtes Land gebunden, berufen glaubte, das Glück der ganzen Welt zu bewirken. Die deutschnationalen Ideen traten in der öffentlichen Meinung der 1830er Jahre weit zurück, kamen fast in Vergessenheit über den freiheitlichen und weltbürgerlichen Tendenzen, die jetzt wieder die Geister und Gemüther beherrschten.

Ganz plötzlich wurde die Presse, da, wo sie von den Fesseln befreit ward, welche ihr die Karlsbader Beschlüsse angelegt hatten, eine Macht.

Das Zeitungswesen in Deutschland war, im Vergleiche mit anderen Ländern, noch nicht sehr weit entwickelt. Aus dürftigen Anfängen im 15. und 16. Jahrhundert, aus fliegenden Blättern, welche einem bunten Gemische von Neuigkeiten aller Art mäßige Verbreitung verschafft hatten, hatten sich im 17. und 18. Jahrhundert einige regelmäßig erscheinende Zeitungen — die älteste seit 1615 in Frankfurt — entwickelt, 1798 war, als ein Blatt, das neben dem politischen auch dem literarischen Interesse diente, die „Allgemeine Zeitung" von Cotta in Stuttgart gegründet und, der wirtembergischen Censoren wegen, zuerst nach Ulm, dann nach Augsburg verlegt worden, während der Befreiungskriege hatte der von Josef Görres herausgegebene „Rheinische Merkur" eine bedeutende Rolle gespielt, bis ihn, der leidenschaftlichen Sprache halber, die er auch im Frieden führte, schon 1816 die preußische Regierung unterdrückte. Die mildere Handhabung der Censur in Baiern und Wirtemberg und deren fast völlige Beseitigung in Baden veranlaßte seit 1830 das Entstehen einer Reihe liberaler Blätter, welche, dem Geiste der Zeit entsprechend, mit großem Eifer für die Durchführung liberaler Reformen auf allen Gebieten des Staatslebens eintraten. „Rheinbaiern", der „Westbote" und die „Deutsche Tribüne" von den Pfälzern Siebenpfeiffer und Wirth, der „Hochwächter" von dem Wirtemberger Lohbauer, der „Freisinnige", den Rotteck und Welcker in Freiburg herausgaben, und viele andere Zeitungen verbreiteten die demokratischen und kosmopolitischen Ideen in die weitesten Kreise. Wo dazu die Zeitungen noch nicht ausreichten, wurden volksthümlich geschriebene Flugblätter verbreitet; außerdem wurde es Mode, beliebten Abgeordneten zu Ehren Feste zu veranstalten, sie bei der Heimkehr vom Landtage feierlich, fast mit fürstlichen Ehren, einzuholen und Subscriptionen zu veranstalten, um ihnen Ehrenbecher und Lorbeerkränze zu überreichen. Die Ziele, welche von den Vertretern des Liberalismus in den Kammern und in der Presse angestrebt wurden, waren freilich sehr verschiedene. Die Namhaftesten unter den Männern, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger in die Kammern gesandt hatte, wollten nach wie vor nichts anderes als die Sicherstellung und Erweiterung der dem deutschen Volke zugesicherten Freiheiten auf dem Boden des Gesetzes; in den Zeitungen und Flugblättern und in den Reden der Veranstalter politischer Versammlungen aber machten sich vielfach ganz andere und sehr viel weiter gehende Absichten geltend. Hier wurde nicht selten statt der Reform die Revolution gepredigt, die Beseitigung der Fürsten, die Einführung der Republik ganz offen als das letzte Ziel bekannt. Von den Wortführern dieser extremen Richtung wurde, um der Bewegung einen neuen und kräftigen Anstoß zu geben, am 27. Mai 1832 ein großes Fest auf dem Hambacher Schlosse bei Neustadt in der Pfalz veranstaltet und von vielen Tausenden, die zumeist aus den benachbarten Landestheilen herbeiströmten, unter denen aber auch Vertreter entfernter Theile Deutschlands nicht fehlten, besucht. Lustig flatterten die schwarz-roth-goldenen Fahnen im Winde, neben den deutschen zeigten sich auch die Farben Frankreichs und Polens, denn der kosmopolitische Grundzug des Liberalismus jener Tage trat insbesondere in der schwärmerischen Begeisterung für den polnischen Aufstand gegen Rußland (das in den Augen der Liberalen der Inbegriff der Barbarei und Tyrannei war) zu Tage. Hochtönende Reden wurden geführt, vaterländische Lieder gesungen, die Fürsten für Verräther erklärt und große Entschlüsse zur Befreiung des Vaterlandes, zur Verbrüderung mit anderen freien Völkern gefaßt.

Aehnliche Feste wurden in den nächsten Wochen auch an anderen Orten des deutschen Südwesten gefeiert, denn über diesen hinaus ging die Massenbetheiligung an diesen Bewegungen nicht; aber

auch hier begnügte man sich, zu reden, zu singen und zu trinken; der erste Versuch, der in Neustadt gemacht worden war, die Bewegung aus dieser declamatorischen Sphäre in eine ernsthaft politisch thätige überzuleiten, eine provisorische Regierung niederzusetzen, die Nation zur Erhebung gegen die Regierungen aufzurufen, war gründlich gescheitert.

Wenn demnach die revolutionären Pläne, die innerhalb des großen Kreises der deutschen Liberalen von einigen heißblütigen Köpfen gehegt wurden, sich als völlig aussichtslos erwiesen hatten, so ergriff doch der Bundestag und ein Theil der deutschen Regierungen alsbald die strengsten Maßregeln gegen diese Bewegung, unter denen nur leider nicht allein die extremen Wortführer, sondern auch die ruhigen und besonnenen liberalen Männer leiden mußten, welchen das lärmende und aufrührerische Wesen der Wirth, Siebenpfeiffer, Stromeyer u. s. f. gründlich widerwärtig war und die sich auch von dem Hambacher Feste ferne gehalten hatten, wo nicht ein einziger Politiker von Bedeutung anwesend gewesen war.

Aber dennoch sollte dieses Fest, wie es der Fürst Metternich in freudiger Erregung vorausgesagt hatte, „ein Fest der Guten" werden, d. h. im Metternich'schen Sinne gedacht, der Männer des Rückschrittes und der Feindseligkeit gegen jede freiheitliche Regung. Unterstützt von dem tiefen Widerwillen des Königs von Preußen gegen jede Art von Agitation und von den Einflüssen, welche der russische Hof auf zahlreiche deutsche Regierungen ausübte, wurde es Metternich nicht schwer, den Bundestag am 28. Juni und am 5. Juli 1832 zu einer Reihe von Beschlüssen zu bestimmen, welche die offene Bekämpfung nicht etwa blos revolutionärer Umtriebe, sondern jeder Weiterentwickelung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes zum Zwecke hatten. Ueberwachung der Ständeversammlungen, strengster Schutz des monarchischen Principes, Beschränkung der Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen, Bedrohung der Steuerverweigerung mit bewaffnetem Einschreiten, Verbot aller politischen Vereine, Versammlungen und Feste, des Tragens von Bändern und Cocarden, des öffentliches Gebrauches von Fahnen u. s. f., das war der Inhalt dieser Beschlüsse, denen schon geraume Zeit vorher eine vom Bundestage angeregte und von den meisten Einzelstaaten gerne vollzogene Verfolgung der liberalen Preßorgane vorausgegangen war.

Die constitutionellen Staaten veröffentlichten diese Bundesbeschlüsse nicht, ohne die ausdrückliche Erklärung daran zu knüpfen, daß durch dieselben den bestehenden Verfassungen in keiner Weise Eintrag geschehen solle, der wirkliche Beweggrund dieser Verwahrungen war aber keineswegs Mangel an Uebereinstimmung mit dem Inhalte dieser Beschlüsse, sondern vielmehr nur die Auflehnung gegen den von den Regierungen der Mittelstaaten von jeher bestrittenen Grundsatz, daß dem Bundesrechte der Vorrang vor dem Rechte der Einzelstaaten zustehe.

Nur Baden sträubte sich geraume Zeit, den Vorschriften dieser Bundesbeschlüsse nachzukommen, insbesondere, wie der Bundestag verlangte, sein liberales Preßgesetz abzuändern. Aber endlich mußte die badische Regierung den Vorstellungen und Drohungen nachgeben und sich den Anordnungen des Bundes fügen. Doch haben die in Folge dieser Zwangslage auch in Baden geführten Untersuchungen, die u. A. zur Versetzung der Professoren Rotteck und Welcker an der Universität Freiburg in den Ruhestand führten, nie den gehässigen Charakter angenommen wie in Baiern, wo König Ludwig schonungslos gegen die verdächtigen Liberalen vorging, hochverdiente Männer ihrer Aemter entsetzte oder aus dem Lande vertrieb, die schwersten und entehrendsten Strafen verhängte und selbst die Unabhängigkeit der Gerichte erschütterte.

Die Verfolgungen der Liberalen wurden noch verschärft durch ein von wenigen exaltirten Personen in Scene gesetztes Unternehmen am Sitze des Bundestages, in Frankfurt selbst, wo am 3. April 1833 ein Sturm auf die Hauptwache und die Constablerwache unternommen ward, welcher das Signal zu einer allgemeinen Volkserhebung, zur Gefangennehmung der Bundestagsgesandten und, wenn dieß gelungen wäre, zu einer allgemeinen Revolutionirung der deutschen Bundesstaaten und zur Ausrufung der Republik werden sollte. Aber das unverständige Unternehmen mußte sich auf die Ueberrumpelung der wenig zahlreichen Wachmannschaften beschränken, die Bevölkerung Frankfurts blieb in ihrer großen Mehrzahl völlig gleichgiltig bei den durch Sturmläuten sich ankündigenden Aufforderungen der Revolutionäre, herbeigerufenes Militär stellte rasch die Ordnung wieder her und nahm eine Anzahl der Aufständischen gefangen, deren Führer sich übrigens sämmtlich durch die Flucht zu retten wußten.

Die Folge dieses unbesonnenen Streiches war die Einsetzung einer neuen Centraluntersuchungsbehörde, die Einführung strenger Controlmaßregeln an den Grenzen, die Einleitung unzähliger Untersuchungen in den Einzelstaaaten, die Verhängung harter Strafen, insbesondere gegen unbesonnene, in ihren Reden und Liedern unvorsichtige junge Leute, die Vernichtung vieler hoffnungsreichen Lebensprojecte durch jahrelange Haft; auch wurde die Kraft gar mancher tüchtigen jungen Männer, welche die Flucht ins Ausland der Drangsal einer gerichtlichen Untersuchung und der Wahrscheinlichkeit harter Bestrafung vorzogen, dem Vaterlande entrissen.

Trotzdem gedieh jetzt erst recht lebhaft das verderbliche Unwesen der Geheimbünde, und die verbitterten Männer und Jünglinge, die in Frankreich oder in der Schweiz eine Zufluchtstätte gefunden hatten, setzten von da aus durch Flugblätter, revolutionäre Gedichte u. dgl., welche sie durch heimkehrende Landsleute in Deutschland verbreiten ließen, die systematische Unterwühlung des Bodens der gesetzlichen Ordnung unablässig fort und waren eifrig bestrebt, die öffentliche Meinung in Deutschland so zu bearbeiten, daß sie einer in naher oder ferner Zukunft bevorstehenden Umwälzung günstiger als zur Zeit des verunglückten Frankfurter Attentates gestimmt sei.

In ihrer Art waren die deutschen Regierungen, freilich ohne es zu wollen, ganz in derselben Richtung thätig, indem sie eine große Zahl der gemäßigt Liberalen, die früher nie daran gedacht hatten, den Boden des Gesetzes zu verlassen, in die Arme des Radicalismus trieben; einmal durch die gehässige Form der sogenannten Demagogenverfolgungen, dann aber auch durch die fortdauernden Bestrebungen, die in den Verfassungen dem Volke gewährten Rechte in jeder erdenklichen Weise zu beschränken, ja vollständig illusorisch zu machen. Diese Bestrebungen wurden in ein förmliches System gebracht durch die Jahre lang geheim gehaltenen Beschlüsse der Wiener Ministerialconferenzen des Jahres 1834, zu denen von Oesterreich und Preußen gemeinsam die Minister aller Bundesstaaten geladen wurden.

Die Beschlüsse dieser Conferenzen führten in den Bundesstaaten, welche landständische Verfassungen besaßen, zu einem Scheinconstitutionalismus, der den offen. und ehrlich für die verfassungsmäßigen Rechte kämpfenden Liberalen, denen es dabei keineswegs um eine Schwächung der gesetzlichen Autorität zu thun war, alle Luft zur Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten benahm und, mehr als die lebhafteste Agitation es vermocht hätte, zur Verbreitung und Verstärkung des Radicalismus beitrug.

Zu einem offenen Verfassungsbruche kam es nur in einem deutschen Lande, in dem Königreiche Hannover. Dort bestieg, nach dem Tode König Wilhelms IV. von England, der gleichzeitig König von Hannover gewesen, dessen Bruder, der

Herzog Ernst August von Cumberland den Thron, während in England, wo die weibliche Erbfolge nicht ausgeschlossen war, König Wilhelms Nichte Victoria die Regierung übernahm. War man in Hannover auch über das Aufhören der Personalunion mit England erfreut und damit sehr wohl zufrieden, daß nun wieder ein König im Lande residiren werde, dessen Regierungsthätigkeit dem Königreiche ausschließlich gewidmet sei, so war doch die Persönlichkeit des neuen Königs und seine politische Vergangenheit keineswegs dazu angethan, Vertrauen zu erwecken. Da er in England als ein leidenschaftlicher Anhänger der streng conservativen Politik der Tories gegolten hatte, so konnte man von ihm keine Weiterbildung der Verfassung von 1833 in liberalem Sinne erwarten. Aber die Wirklichkeit übertraf alle Befürchtungen, welche die Hannoveraner an seine Thronbesteigung geknüpft hatten. Schon 14 Tage nach derselben, am 5. Juli 1837, erklärte König Ernst August, daß er diese Verfassung nicht anerkenne, weil dieselbe das dauernde Glück seiner Unterthanen nicht verbürge. In Wahrheit handelte es sich aber dabei durchaus nicht um das Glück der hannöverschen Unterthanen, sondern um die Domänen, welche durch die Verfassung von 1833 zum Staatseigenthum erklärt waren, während Ernst August, der in Folge seines ungeordneten Lebens tief verschuldet war, über diese sehr beträchtlichen Staatsgüter nach freiem Ermessen verfügen wollte. Ein Patent vom 1. November 1837 hob die Verfassung von 1833 förmlich auf, verfügte die Auflösung der Ständeversammlung, entband alle königlichen Beamten ihres Eides auf die Verfassung und berief die Stände auf Grund der Verfassung von 1819. Um diese widerrechtlichen Maßregeln dem Lande in weniger gehässigem Lichte erscheinen zu lassen, erfolgte gleichzeitig eine Steuerermäßigung von 100,000 Thalern.

Die große Mehrheit der Beamten fand nicht den Muth, der Willkür des Königs mannhaft entgegenzutreten. Nur sieben Professoren der Universität Göttingen: Dahlmann, Albrecht, Jacob und Wilhelm Grimm, Gervinus, Ewald und Weber erhoben am 18. November bei dem Curatorium der Universität feierlich Verwahrung und erklärten, „um nicht als Männer zu erscheinen, die mit Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben", daß sie sich dauernd an ihren Eid auf die Verfassung gebunden betrachteten. Diese Erklärung erregte den höchsten Zorn des Königs, der sofort die Amtsentsetzung der sieben Professoren verfügte und den dreien unter ihnen, welche Abschriften der Verwahrung versandt hatten, befehlen ließ, binnen drei Tagen das Land zu verlassen.

Die mannhafte Handlungsweise dieser Männer, alle hervorragende Vertreter ihrer Fächer an der Göttinger Hochschule, verfehlte nicht, den Widerstand anderer Kreise des Königreiches Hannover gegen den Verfassungsbruch zu nähren. Der Magistrat von Osnabrück, auf Antrag seines Bürgermeisters Stüve, und die Mehrzahl der im Jahre 1838 zusammengerufenen Ständeversammlung legte ebenfalls Verwahrung ein und rief die Entscheidung des Bundestages an. In Frankfurt schien einen Augenblick die offen zu Tage liegende Verachtung des beschworenen Rechtes selbst die Gemüther der Bundestagsgesandten in Unwillen zu versetzen, aber diese edlere Anwandlung machte nur zu bald wieder der Anschauung Platz, daß in einem Streite zwischen einer Regierung und ihren Unterthanen diese letzteren immer im Unrechte sein müßten. Bei der Abstimmung über die Beschwerde der Stände (die von Osnabrück wurde, als ganz unzulässig, kurzer Hand abgewiesen) erklärte der Bundestag mit allen gegen die 6 Stimmen der süddeutschen constitutionellen Staaten, der thüringischen Herzogthümer und der freien Städte, daß keine Veranlassung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hannovers vorhanden sei.

Bis dahin hatten die hannöverschen Stände ihren Widerstand gegen die Vergewaltigung tapfer fortgesetzt. Dieser Beschluß des Bundestages ließ Vielen den weiteren Versuch, dem Könige Widerstand zu leisten, als vergeblich erscheinen. Im Jahre 1840 gelang es der Regierung, die Mehrheit der Ständeversammlung zur Annahme eines neuen Staatsgrundgesetzes zu bewegen, durch welches die Domänen wieder königliches Eigenthum, dagegen die dem Volke durch die Verfassung von 1833 eingeräumten Rechte, mit unbedeutenden Ausnahmen, beseitigt wurden.

Die gegen den hannöverschen Verfassungsbruch gerichteten Verwahrungen, wenn auch nicht im Stande, das schwere Unrecht des Königs Ernst August wieder rückgängig zu machen, gewannen dennoch für die politische Entwickelung des gesammten Deutschland große Bedeutung. Von allen Seiten, aus allen Ländern wurden den sieben charaktervollen Männern Zeichen der Theilnahme und Verehrung gewidmet, selbst Deutsche im Ausland betheiligten sich an den Sammlungen, die veranstaltet wurden, um den Opfern des Rechtsbruches Geldmittel zur Verfügung zu stellen, bis sie einen neuen Wirkungskreis gefunden hätten. Auch einige Regierungen scheuten sich nicht, ihrer Mißbilligung der Handlungsweise des Königs von Hannover dadurch offenen Ausdruck zu verleihen, daß sie einzelne der vertriebenen Gelehrten an die Hochschulen ihrer Länder beriefen. Eigentlich einverstanden mit der Gewaltthat Ernst Augusts waren wohl auch jene Höfe nicht, deren Vertreter am Bundestage für die Abweisung der hannöverschen Beschwerde stimmten; allein sie glaubten, in falscher Auffassung der Solidarität aller conservativen Interessen, dennoch die Verurtheilung nicht billigen zu dürfen, in welcher die öffentliche Meinung ganz Deutschlands in seltener Einmüthigkeit übereinstimmte. Als die Adresse, welche die Einwohner der Stadt Elbing den Vertriebenen übersandte, durch einen der Unterzeichner zur Kenntniß der preußischen Regierung gebracht wurde, mit dem Zusatze, daß in Preußen, wo der König stets das Beispiel der Ehrfurcht vor den Gesetzen gebe, ein solcher Gewaltstreich unmöglich sei, wurden die Unterzeichner von dem Minister des Innern Rochus von Rochow belehrt, daß es „dem Unterthanen nicht gezieme, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu setzen". Aus dem Unwillen der Leser dieser sonderbaren Ausführung entsprang das geflügelte Wort von dem „beschränkten Unterthanenverstand".

Damals war die deutsche Politik Preußens, nach einer kurzen Unterbrechung, während deren Graf Bernstorff das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten leitete, wieder vollständig in die unbedingte Abhängigkeit von Oesterreich gekommen, da Bernstorffs Nachfolger Ancillon das alleinige Heil Preußens und Deutschlands darin erblickte, daß Preußen und Oesterreich in der Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung einträchtig Hand in Hand gingen.

Glücklicherweise blieb, auch während dieses Ziel in bedauerlicher Kurzsichtigkeit verfolgt wurde, die Leitung der handelspolitischen Angelegenheiten den bewährten Grundsätzen treu, welche zu dem Zollvertrage mit Baiern und Wirtemberg geführt hatten. Zwar der Finanzminister von Motz war schon am 30. Juni 1830 gestorben, aber Maaßen und Eichhorn behielten die allmähliche Erweiterung des Vereines unentwegt im Auge und fanden, unterstützt von den großen Verkehrsinteressen, die schließlich doch immer stärker zu sein pflegen als die politischen Neigungen und Abneigungen, stets die richtigen Mittel, um ihren Zweck zu erreichen.

Bei dem drohenden Zerfalle des mitteldeutschen Handelsvereines hatten sich am 27. März 1830 Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Kurhessen zu Eimbeck zu einem neuen Zollbündnisse vereinigt, welches für die drei erstgenannten

Staaten nicht ohne wirthschaftliche Vortheile war, dem sich aber Kurhessen lediglich auf Grund der persönlichen Mißstimmung des Kurfürsten gegen Preußen angeschlossen hatte. Bevor der Eimbecker Vertrag ratificirt werden konnte, traten aber in Folge der Julirevolution Veränderungen in den Ministerien aller dieser Länder ein, und der neue kurhessische Finanzminister, auch ein Herr von Motz, ein Vetter des preußischen Staatsmannes, verhalf in Kassel den wirthschaftlichen Interessen zum Siege über die politischen und persönlichen Verstimmungen. Am 25. August 1831 trat Kurhessen dem preußisch-hessischen Zollvereine bei, wodurch die ungestörte Verbindung der getrennten Hälften des preußischen Staates hergestellt war. Die dadurch gewonnene größere Bedeutung des norddeutschen Zollvereines veranlaßte bald auch Baiern und Wirtemberg, die volle Zolleinigung mit demselben zu beantragen, die durch einen Vertrag vom 22. März 1833 für den 1. Januar 1834 festgesetzt wurde. Ihnen folgten unmittelbar Sachsen und die thüringischen Staaten, die vorher unter sich zu einem Zoll- und Handelsvereine zusammengetreten waren.

Während Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe dem großen Zollvereine fremd blieben und auf Anstiften Hannovers, das inzwischen vergebliche Versuche gemacht hatte, am Bundestage dem von Preußen geleiteten Einigungswerke Schwierigkeiten in den Weg zu legen, einen „Steuerverein" bildeten, traten, nach langen Verhandlungen, in den Jahren 1835 und 1836 endlich auch Baden, Nassau und Frankfurt dem großen deutschen Zollvereine bei, der nunmehr ein Gebiet von 8253 Geviertmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umfaßte.

So entstand, stark und lebenskräftig, die wichtigste nationale Schöpfung, welche die Kräfte der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zunächst auf dem wirthschaftlichen Gebiete zu einer festen Gemeinschaft vereinigte, durch die nothwendiger Weise auch der politische Zusammenhang der also verbundenen Staaten die bedeutendste Kräftigung erfahren mußte.

Der Beitritt der constitutionellen Staaten Süddeutschlands zu dem großen Zollvereine war nicht ohne lebhaften Widerspruch der Liberalen erfolgt, denen zumeist die wirthschaftliche Einsicht fehlte, um die große Bedeutung des Vereines für die Hebung des Nationalwohlstandes zu begreifen, und welche eine festere Einigung der Nation, die ja vielen von ihnen wohl erwünscht war, nicht um den Preis der Gefährdung ihrer freiheitlichen Einrichtungen erringen wollten, die sie durch den Anschluß an das absolutistische Preußen ernstlich bedroht glaubten. In Baden mußten die hohe wissenschaftliche Autorität eines Nebenius, der unbezweifelte Freisinn eines Mathy ihr ganzes Gewicht einsetzen, um, den Warnungen eines Rotteck und Itzstein zum Trotze, die Mehrheit der liberalen zweiten Kammer zur Genehmigung des Vertrages zu bestimmen.

Derselbe unverständige Widerwille gegen den preußischen Staat leitete die Haltung der Liberalen auch einer anderen Angelegenheit gegenüber, bei welcher, aus lediglich sachlichen Gründen, ihre ganzen Sympathien dem Verhalten der preußischen Regierung hätten gehören müssen, gegenüber dem Streite nämlich, welcher zwischen der Staatsgewalt und der katholischen Kirche in Preußen entbrannt war.

Trotz der wohlwollenden Gesinnung, mit welcher in Preußen und persönlich von König Friedrich Wilhelm III. die Angelegenheiten der katholischen Kirche geordnet worden, trotz der bedeutenden Mittel, welche der Staat für die Ausstattung der Bisthümer und Pfarreien aufwandte, und obwohl die Regierung sich jeder Begünstigung jener Strömungen innerhalb der Kirche, die auf die Einführung freisinnigerer Einrichtungen in ihrem Schooße hinzielten, sorgfältig enthielt, war man in Berlin doch fest entschlossen, die Hoheitsrechte des Staates durch die immer steigenden Ansprüche der Kirche nicht antasten zu lassen.

Die Regierung hielt strenge fest an ihrem Rechte, die Erziehung der jungen Kleriker in den Priesterseminarien zu überwachen, keinen Geistlichen ohne ihre Genehmigung anstellen zu lassen und den Priestern gegen etwaige Willkür der Bischöfe durch die Berechtigung, Beschwerde wegen Amtsmißbrauches zu erheben, den Schutz des Staates zu gewähren. Insbesondere aber hielt die Regierung darauf, daß die Staatsgesetze über die Eheschließung durch die kirchlichen Ansprüche nicht beeinträchtigt würden. Die Einmischung der katholischen Kirche wurde vorzugsweise bei gemischten Ehen zur Geltung zu bringen versucht. Für diese hatte das preußische Landrecht bestimmt, daß, wo keine besonderen Verabredungen beständen, die Kinder in der Religion des Vaters zu erziehen seien, und diese Bestimmung war im Jahre 1825 auch für die neuen Provinzen rechtskräftig geworden. Trotzdem fuhr ein erheblicher Theil der katholischen Pfarrer fort, die Einsegnung der Brautpaare zu verweigern, wenn diese nicht vorher das Versprechen gegeben hatten, ihre Kinder im katholischen Glauben erziehen zu lassen. Verhandlungen, die deshalb mit dem päpstlichen Stuhle geführt wurden, blieben ohne Erfolg. Die Regierung suchte sich daher mit den Bischöfen auf Grund eines päpstlichen Breve's von 1830 zu verständigen und begnügte sich mit der Zusage derselben, die passive Assistenz der Pfarrer werde niemals verweigert werden und die feierliche Einsegnung nur dann unterbleiben, wenn der Pfarrer bestimmt wisse, daß alle Kinder einer gemischten Ehe protestantisch erzogen werden sollen. Diese Zusagen aber, über die man in Berlin so hoch erfreut war, daß man den Bischöfen die Aufhebung der Civilehe in den Rheinlanden versprach, wenn die neuen Einrichtungen sich erproben würden, standen und fielen mit den Personen, die sie gegeben hatten. Als in Köln und Trier an die Stelle des verständigen und mild denkenden Erzbischofs von Spiegel und Bischofs von Hommer fanatisch und unduldsam gesinnte Nachfolger traten, war der Friede bald von Neuem gestört, um so mehr, als mit Gregor XVI. auch den päpstlichen Stuhl ein Mann von schroffer Denkungsart und starrer Unduldsamkeit bestiegen hatte.

Der neue Erzbischof von Köln, Freiherr Clemens August von Droste-Vischering, war schon als Generalvicar zu Münster in lebhafte Streitigkeiten mit dem Oberpräsidenten von Westfalen, von Vincke, verwickelt gewesen. Wenn er jetzt dennoch die hochbedeutende Stellung in Köln erhielt, so trug daran wesentlich die Empfehlung des Kronprinzen von Preußen die Schuld, welcher Droste wegen seiner aufrichtigen Frömmigkeit und seines sittenstrengen Lebenswandels hoch schätzte. Selbst in Rom war man über diese Entscheidung der preußischen Regierung erstaunt und der Cardinal-Staatssecretär Lambruschini konnte sich nicht enthalten, dem preußischen Gesandten zuzurufen: „Ist Ihre Regierung denn toll?"

Bald genug sollten sich die Folgen dieser unglücklichen Wahl zeigen. Der neue Erzbischof befolgte in allen seinen Amtshandlungen ein Verfahren, das dem seines Vorgängers völlig entgegengesetzt war. Er ergriff scharfe Maßregeln gegen die Anhänger des inzwischen verstorbenen Professors Hermes, er verlangte von den jungen Theologen, bevor er sie zu Priestern weihte, die Unterzeichnung einer Erklärung über ihre kirchliche Gesinnung, durch welche sie u. A. auf die Berufung an die Regierung wegen des bischöflichen Amtsmißbrauches verzichten mußten, er verletzte die Bestimmung des Uebereinkommens wegen der gemischten Ehen und setzte allen Vorstellungen, welche die Regierung deshalb an ihn machte, den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Seine

Hirtenbriefe und seine Anreden an den Klerus seines Sprengels stellten zudem dem katholischen Volke das Verhalten der Regierung als eine Verfolgung der Religion dar und dienten nur dazu, die ohnehin in den Rheinprovinzen bestehende Abneigung gegen Preußen zu erhöhen. Da die Demonstrationen, welche dieses Auftreten des Erzbischofes hervorrief, immer lärmender wurden, sah sich endlich die Regierung veranlaßt, ihn aufzufordern, sich jeder Amtshandlung zu enthalten und seinen Wohnsitz außerhalb seines Sprengels aufzuschlagen, bis der päpstliche Stuhl über seinen Streit mit der Staatsgewalt entschieden habe. Da der Erzbischof dieß rundweg verweigerte, ward er am 20. November 1837 verhaftet und nach der Festung Minden abgeführt.

Diese Maßregel entfesselte einen Sturm der Entrüstung gegen die preußische Regierung. Der Papst erhob in einer Allocution am 10. December 1837 die schwersten Anklagen gegen sie, die in den katholischen Kreisen Deutschlands und des Auslandes ein lärmendes Echo fanden. Görres, der inzwischen an der Universität München einen neuen Wirkungskeis gefunden hatte, wurde in Deutschland der Führer der gegen die angebliche Kircheuverfolgung, welche die preußische Regierung begonnen habe, gerichteten Bewegung. Er selbst ließ leidenschaftliche Schriften ausgehen, in denen er seinem Hasse gegen den preußischen Staat und den Protestantismus um so ungehinderter die Zügel schießen lassen durfte,. als er damit zugleich den Wünschen des Königs Ludwig I. von Baiern und seines ultramontanen Ministers von Abel, der an des liberalen Fürsten von Oettingen-Wallerstein Stelle getreten war, völlig entsprach. Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften entstanden, lediglich zu dem Zwecke, den Frieden unter den Bekenntnissen, wie er bisher geherrscht, zu stören, den Fanatismus der Katholiken zu erregen und die öffentliche Meinung gegen den preußischen Staat, den Hort des Protestantismus, zu erbittern. Aus Haß gegen die freiheitsfeindlichen Tendenzen der preußischen Regierung schlossen sich diesem Wuthgeschrei aber auch viele Vertreter des Liberalismus an, welche das Verfahren der Regierung gegen den Erzbischof von Köln als ungesetzlich, als jede persönliche Freiheit bedrohend, als einen bedauerlichen Ausfluß des Absolutismus verdammten und die angeblich verfolgte katholische Kirche mit dem in der That schwer bedrückten Liberalismus auf eine Stufe stellten, dabei aber der alten Erfahrung gänzlich vergaßen, daß die katholische Kirche immer nur dann für die Freiheit begeistert ist, wenn die Staatsgewalt ihre ungemessenen Ansprüche in die gehörigen Schranken zurückweist, dagegen im Besitze der Herrschaft den unbedingtesten Gehorsam fordert und seine Verweigerung unerbittlich ahndet.

Der Conflict wurde noch mehr verschärft, als im Jahre 1839 auch der Erzbischof von Dunin zu Posen der Regierung offenen Widerstand entgegenstellte, dem directen Verbote zuwider ein Breve des Papstes verkündigte und, deshalb vom Kammergerichte in Berlin zur Amtsentsetzung verurtheilt, vom Könige aber zu bloßer Suspension begnadigt, die daran geknüpfte Bedingung, daß er von Berlin, wohin ihn die Führung des Prozesses gerufen, nicht in seinen Sprengel zurückkehre, mißachtete und am 3. October 1839 in Posen erschien. Nun wurde auch dieser kirchliche Würdenträger verhaftet und nach Colberg abgeführt. Den Demonstrationen, die hierauf der Klerus in Scene setzte, trat jedoch hier, wo sich damit alsbald eine national-polnische Agitation verband, die Regierung mit äußerster Energie, insbesondere mit der sehr wirksamen Einziehung der Einkünfte der Geistlichen entgegen.

Dem frommen Sinne und dem väterlichen Wohlwollen des Königs Friedrich Wilhelm III. waren diese Vorgänge eben so schmerzlich als er es für seine heilige Pflicht erkannte, die unwer-

äußerlichen Rechte der ihm von der Vorsehung anvertrauten Staatsgewalt gegen die Uebergriffe eines herrschsüchtigen Klerus und den Ansturm der irre geleiteten öffentlichen Meinung in einem Theile seines Landes zu vertheidigen. Dieser Conflict verbitterte die letzten Lebenstage des greisen Herrschers, der nach kurzer Krankheit am 7. Juni 1840 starb.

Fünf Jahre früher, am 2. März 1835, war auch Kaiser Franz von Oesterreich aus dem Leben geschieden. Nur die Romantiker erinnerten in elegischen Gedichten daran, daß mit ihm „der letzte deutsche Kaiser" dahingegangen sei, das deutsche Volk, dem dieser Kaiser stets eine fremde und gleichgiltige Persönlichkeit gewesen, blieb von seinem Tode völlig unberührt. Ihm war in der Regierung sein Sohn Ferdinand gefolgt, ein Fürst, dessen Geist eben so schwach war als sein Körper, von dem man wußte, daß er sich willenlos der Leitung des Fürsten Metternich und einiger diesem gleich gesinnten Großen seines Hofes hingeben werde, an dessen Thronbesteigung sich weder Hoffnungen noch Befürchtungen knüpften. Das System des Stillstandes war durch den Regierungswechsel in Oesterreich nicht im Geringsten erschüttert worden.

In Preußen aber bestieg nun Friedrich Wilhelms III. ältester Sohn, König Friedrich Wilhelm IV. (geboren am 15. October 1795) den Thron, der als Kronprinz in außergewöhnlicher Weise die Aufmerksamkeit der Politiker Preußens und Deutschlands auf sich gezogen hatte, dessen hohe geistige Fähigkeiten, dessen rasche Auffassungsgabe, dessen Interesse an Kunst und Wissenschaft, dessen Ehrgeiz und Thatendurst ebenso bekannt waren und eine glänzende Regierungszeit des neuen Königs verhießen, wie seine Hinneigung zu der Romantik, seine Vorliebe für die staatlichen Gebilde der Vergangenheit, seine fromme Scheu vor den kirchlichen Einrichtungen die Befürchtungen Jener hervorriefen, welche Preußen in die Reihe der Staaten eintreten zu sehen wünschten, die sich moderner, constitutioneller Institutionen erfreuten; vor allem Jener, welche den deutschen Beruf Preußens darin erblickten, daß der Staat Friedrichs des Großen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens den übrigen Ländern des deutschen Bundes, kräftig und entschlossen geleitet, kühn voranschreite.

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen.

Daher waren denn auch im Jahre 1840 in freudiger Hoffnung und banger Furcht die Augen aller Deutschen nach Berlin gerichtet. Wer es nicht mit klarem Bewußtsein erkannte, der ahnte es doch instinctiv, daß von der Persönlichkeit dieses Fürsten nicht nur die politische Entwickelung Preußens, daß von ihr auch die nächste Zukunft Deutschlands abhänge.

Und hier, wo an dem Sarge Friedrich Wilhelms III. zwei große und bedeutsame Zeitabschnitte sich scheiden, ist es angezeigt, einen

Blick auf die Entwickelung des geistigen Lebens in Deutschland während der ersten vier Jahrzehnte unseres Jahrhunderts zu werfen, des geistigen Lebens, das so lange unserer Nation die fehlende politische Einheit ersetzen mußte, dessen rege Entfaltung auch in einer Zeit politischer Versumpfung die Besten des Volkes in enge Verbindung unter einander versetzte, die Schranken, welche eine klägliche Staatskunst aufgerichtet hatte, um die Angehörigen eines Volkes auf die Dauer zu trennen, niederriß und die trefflichste Vorbereitung für die ernste politische Arbeit bildete, aus der endlich der deutsche Staat der Gegenwart hervorging.

Wie die Dichtungen Friedrich Schillers im Wesentlichen in dem Boden der Kant'schen Philosophie wurzeln, so bilden die dichterischen Werke Jean Pauls die poetische Ausführung der philosophischen Lehren Fichtes. Jean Paul Friedrich Richter (geboren am 21. März 1763 zu Wunsiedel, gestorben zu Baireuth am 14. November 1825) verherrlichte in seinen Dichtungen das unbeschränkte Recht des Individuums, die absolute Freiheit des Gefühles und erzielte, indem er, mit einem unerschöpflichen Reichthum von Phantasie und einer seltenen Tiefe der Gemüthsempfindung, die klägliche Wirklichkeit neben die erhabenen Gebilde seiner Ideen stellte, eine große und nachhaltige Wirkung in seinen zahlreichen, trotz der vielfach ungenügenden Form, gierig gelesenen Schriften. An seinem Beispiele bildeten sich die Romantiker heran, deren Bedeutung für die vaterländische Erhebung schon erwähnt wurde, die Schlegel und Tieck, Brentano und Arnim, welche alle durch ihre Verherrlichung und Idealisirung der Vergangenheit, mehr oder weniger bewußt zu Bannerträgern des nach unbeschränkter Herrschaft strebenden Katholizismus wurden, bei denen allen der Reichthum des Gemüthes, die Fülle der Phantasie durch den überwuchernden Subjectivismus schwer beeinträchtigt ward, so daß ihre Werke nicht im Stande waren, den reinen und harmonischen Kunstgenuß zu gewähren, welchen wie der Mitwelt so auch den späteren Geschlechtern die classischen Dichtungen eines Lessing, Schiller und Goethe bereiteten.

Jean Paul Friedrich Richter.

Nur wo die anregende Kraft der Romantik auf einem gesunden Boden ihre Wirkungen geltend machte, schuf sie Werke von bleibendem Werthe und nachhaltigem Einflusse auf das geistige Leben der Nation, so in den volksthümlichen Liedern und Balladen des Schwaben Ludwig Uhland (geboren zu Tübingen am 26. April 1787, gestorben am 13. November 1862), der in der Vergangenheit nur die ältere Form der ewig giltigen geistigen und sittlichen Ideale erblickte und besang, nicht aber die Gegenwart in krankhafter Unnatur in frühere Entwickelungsperioden zurückdrängen wollte, und dessen klare und reine Vaterlandsliebe auch in den Zeiten des politischen Stillstandes in

mächtigen Klängen die Seele des deutschen Volkes für die höchsten Ziele zu begeistern wußte. So nicht minder Justinus Kerner (1786—1802), der freilich die frischen Blüten seiner seelenvollen Lieder durch die Verirrungen seiner lebhaften Phantasie in Schatten stellte, welche ihn zu einem Apostel des unklarsten Mysticismus machten. So auch Josef von Eichendorff (1788—1857), dessen Lieder von einer echten und wahren Begeisterung für die Schönheiten der Natur durchdrungen sind, deren dichterische Verklärung in dem anmuthigen Kleide der alemannischen Volkssprache mit großem Erfolge Johann Peter Hebel (1700—1826) gelang.

Ludwig Uhland.

Zu den Romantikern sind ebenfalls die dramatischen Dichter Ernst von Houwald (1748—1845) und Adolf Müllner (1774—1829) zu rechnen. Des Letzteren bekanntestes Werk, die Schicksalstragödie „die Schuld", rief zahlreiche Nachahmungen hervor, unter denen sich auch das Erstlingswerk Franz Grillparzers (1791—1872) „die Ahnfrau" befindet, eines Dichters, der indeß bald die conventionellen Bahnen, die er mit diesem Drama betreten hatte, verließ, um eine Reihe hochbedeutender dramatischer Werke zu schaffen, die sich ebenso sehr durch die poetische Gestaltung wichtiger geschichtlichen Vorgänge als durch die geistvolle Behandlung anziehender rein menschlicher Conflicte auszeichneten. Dieser Dichter, nach Goethes Tode, der am 22. März 1832 erfolgte, ohne Zweifel der bedeutendste der damals lebenden Dramatiker, verdient auch um deßwillen besonders genannt zu werden, weil er einer der wenigen Oesterreicher war, welche die Verbindung mit dem geistigen Leben Deutschlands mit Eifer und Liebe pflegten.

Auf dem Boden der Romantik wurzelt auch noch ein anderer Dichter, der freilich noch mehr als Grillparzer später diesen Ursprung verläugnete, Heinrich Heine (1799—1856), einer der talentvollsten unter Allen, die je in deutscher Sprache gedichtet, aber dabei eine so unharmonische Natur, daß auch das Schönste was er schuf, selten des widrigen Nachgeschmackes entbehrt. Die erhabensten Gefühle, die edelsten und reinsten Stimmungen können in seinen Dichtungen nicht ausklingen, ohne daß sich ihnen der schrille Mißton des Hohnes und der Ironie beigesellt, und der ätzende Witz, über den Heine mit derselben Leichtigkeit gebot, mit welcher er sich und Anderen auf Augenblicke das Erhabene und Liebliche vor die Seele zaubern konnte, zerstört fast in allen seinen Gedichten die reine Wirkung des Schönen. Er übte auf die deutsche Jugend, welche sein groß angelegtes Talent entzückte, insbesondere durch seine schrankenlose Frivolität einen entschieden ungünstigen Einfluß aus. Vielfach verwandt mit Heine, nur daß er nicht wie dieser von romantischen Stimmungen ausging, sondern von allem Anfang an mit vollem Selbstbewußtsein jeden Anklang an die Romantik schonungs-

los bekämpfte, ist Ludwig Börne (1786—1837), der das ganze vielgestaltige Rüstzeug von Witz und Humor, über das er gebot, gegen die Schildknappen der unter der Fahne der Romantik fahrenden Reaction auf politischem und geistigem Gebiete mit großem Erfolge in das Feld führte. Gegen die Romantiker stritt auch Graf August von Platen-Hallermünde, der ihrer Geringschätzung der Form seine durch die höchste Formvollendung ausgezeichneten Gedichte gegenüberstellte und ihre zügellose Phantasie in seinen aristophanischen Komödien schonungslos verspottete.

Heinrich Heine.

Durch eigene Dichtungen und in noch viel höherem Grade durch die Uebertragung der alten Gesänge unseres Volkes in die moderne Sprache erwarb sich Karl Simrock (1802—1876) das große Verdienst, gegenüber der süßlichen Verhimmelung der Vergangenheit, wie sie den eigentlichen Wortführern der Romantik eigen war, die urkräftigen Gestalten der nationalen Helden in ihrer wahren Erscheinung dem Verständnisse der Gegenwart wieder näher zu bringen.

Ganz selbstständig und mit den Romantikern nur durch die vaterländische Begeisterung seiner politischen Dichtungen verwandt, steht Friedrich Rückert (gest. am 31. Januar 1866) da, den die vollendete Meisterschaft, mit welcher er die deutsche Sprache beherrschte, zuweilen zu Künsteleien verführte, bei denen die Absonderlichkeit der Form die Bedeutung des Inhalts überragte.

Fügen wir den Genannten noch die Namen von Adalbert von Chamisso, Karl Immermann, Christian Dietrich Grabbe, Wilhelm Hauff bei, so haben wir wohl aller Jener Erwähnung gethan, deren dichterische Werke nach Form und Inhalt auf die Anschauungen, den Geschmack, die Bildung der deutschen Nation in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einen maßgebenden Einfluß ausübten. Wegen ihrer Wirkung nicht in die Tiefe, wohl aber in die Breite sind noch die vielgelesenen Romane und Erzählungen von August Lafontaine, Heinrich Clauren, Heinrich Zschokke und Karl Spindler zu erwähnen, welche Tausenden von Lesern und Leserinnen Thränen der Rührung entlockten oder philisterhaftes Behagen erweckten und so recht dem kleinlichen und spießbürgerlichen Geiste der Zeit, die sie hervorbrachte, entsprachen.

Wenn die Dichtungen der Romantiker unmittelbar auf die weitesten Kreise des Volkes mächtig einwirkten und auf die Art des Denkens und Fühlens der großen Massen einen nachhaltigen Einfluß ausübten, so war, wenn auch nicht auf eben so breiter Grundlage aufgebaut und nicht eben so unmittelbar wirkend, doch nicht minder bedeutsam der Einfluß der auf dem Boden der Romantik erwachsenen Philosophie, als deren namenhaftesten Vertreter wir Friedrich Wilhelm Josef Schelling (geboren zu Leonberg am 27. Januar 1775, gestorben zu Ragatz

am 20. August 1854) zu betrachten haben. Schellings philosophisches System, die Naturphilosophie, glaubte den Gegensatz zwischen dem Idealen und dem Realen, zwischen der Seele und der Außenwelt, welchen Kant als unlösbar betrachtet, Fichte durch die völlige Unterwerfung des Realen unter das Ideale zu lösen versucht hatte, dadurch beseitigen zu können, daß es beide als den Ausfluß einer und derselben Macht auffaßte, die Natur als den verkörperten Geist, den Geist als die körperlose Natur, beide zusammen als die Offenbarung des die Welt beherschenden und durchdringenden göttlichen Geistes.

Friedrich Wilhelm Josef Schelling.

Dieser Philosophie, die sich in ihrer weiteren Ausgestaltung nach und nach ebenso zum Religionssystem entwickelte, wie die romantische Poesie zur Verherrlichung der Kirche, trat Georg Wilhelm Friedrich Hegel (geb. zu Stuttgart am 27. August 1770, gest. zu Berlin am 14. November 1831) mit der Schärfe eines an unseren Classikern herangebildeten und ihnen verwandten Geistes entgegen. Er erklärte die Vernunft für das einzige wahrhaft Wirkliche, das Denken für das einzige wahrhafte Sein und kam durch die dialektische Methode seines Lehrsystemes zu dem Schlusse, daß in endloser Bewegung durch die Vernunft die Gegensätze von Idee und Natur, von Subjectivität und Objectivität aufgehoben und zu der höheren Einheit des Geistes verschmolzen werden. Aus der Hegel'schen Philosophie, welche sich durch die streng logische Entwickelung der Begriffe vor allen früheren philosophischen Lehrgebäuden auszeichnete und in dem

Georg Wilhelm Friedrich Hegel.

Satze gipfelte: „Alles Wirkliche ist vernünftig und alles Vernünftige ist wirklich", welche in ihre Untersuchungen alle Verhältnisse des bürgerlichen Zusammenlebens: Familie, Staat, Gesammtheit der Völker hereinzog, um hier zu dem Ergebnisse zu gelangen, daß die Weltgeschichte die Offenbarung des Weltgeistes in der Zeit sei, daß jedes Volk so viel gelte als es zu leisten vermöge und daß in diesem Sinne der Erfolg der Maßstab der

Größe, die Weltgeschichte das Weltgericht sei — aus dieser Philosophie erwuchs wesentlich die kritische Richtung der folgenden Periode, welche insbesondere auf dem Gebiete der Geschichtsforschung ganz neue Bahnen erschloß und die erbitterte und mit vernichtenden Waffen kämpfende Gegnerin der Romantik wurde.

Karl Gutzkow.

Aber auch die sogenannte schöne Literatur wurde von der Hegel'schen Philosophie vielfach beeinflußt. Lust am Kampfe und sehr radicale Anschauungen zeichnen fast alle die in den 1830er Jahren neu auftauchenden literarischen Talente, die Vertreter des sogenannten „jungen Deutschland" aus. Heinrich Laube (geb. 1806), Theodor Mundt (1807—1861) und Karl Gutzkow sind als die hervorragendsten Schriftsteller dieser Richtung zu bezeichnen; der begabteste, vielseitigste, productivste und charaktervollste von ihnen ist unstreitig Gutzkow (geboren am 17. März 1811 in Berlin), dessen große Romane „Die Ritter vom Geist" und „Der Zauberer von Rom" für eine ferne Zukunft noch den Werth von Urkunden besitzen werden, aus denen der Geist der Zeit, da sie entstanden, wie aus einem Spiegel der Nachwelt ins Angesicht blicken wird.

Auch die Lyrik blieb von der polemischen und kritischen Tendenz ebensowenig als von den politischen Strömungen der Zeit unbeeinflußt. Der Weltschmerz und die Zerrissenheit eines Nicolaus Lenau (1802—1850), die schneidige Schärfe der Freiheitsliebe athmenden Dichtungen eines Anastasius Grün (1806—1877) erweisen, wie mächtig gerade diese geistige Anregung die deutschem Wesen zugewandten Kreise Oesterreichs berührte. Wie die Lyrik der 1840er Jahre auf die politische Stimmung unseres Vaterlandes einwirkte, wird in anderem Zusammenhange später darzustellen sein. Aber auch hier, wo es sich mehr darum handelt, die literarische Bedeutung unserer Dichter zu würdigen, dürfen Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798—1874) als eifriger Pfleger und Erneuerer des deutschen Volksliedes, Ferdinand Freiligrath (1810—1877), wegen seiner in üppiger Farbenpracht ausländischer Stoffe prangenden Balladen, Emanuel Geibel (geboren 18. October 1815) wegen der künstlerischen Formvollendung, der wohlthuenden Melodik und der harmonischen Grundstimmung seiner Lieder nicht unerwähnt bleiben.

Weniger reich als auf dem Gebiete der lyrischen war die Production auf dem der dramatischen Poesie, insbesondere solcher Dramen, die auf längere oder auf kürzere Zeit einen Platz auf den vaterländischen Bühnen behaupteten. Neben Grillparzer, dessen geschichtliche Trauerspiele durch ihre Stoffe doch wesentlich auf die österreichischen Theater beschränkt waren, sind hier vorzüglich Gutzkow, Laube, Halm (1806—1871), Gustav Freytag (geb. 1816), aus älterer Zeit auch Raupach (1784—1812) zu

nennen; das Lustspiel pflegten mit schönem Erfolge Eduard Bauernfeld (geb. 1802) und Roderich Benedix (1811—1873), das Schauspiel Charlotte Birch-Pfeiffer (1800—1868), die das große Verdienst hat, durch ihre sittlich reinen Werke, die sich durch treffende Charakteristik der darin auftretenden Personen auszeichnen, viele leichtfertigen Bühnenstücke französischer Schriftsteller von dem deutschen Theater verdrängt oder ganz ferne gehalten zu haben.

Zu ihrer ersten Aufgabe zählten die deutschen Bühnen noch immer die Aufführung der Meisterwerke unserer deutschen Classiker, denen sich die hervorragendsten Dramen der großen ausländischen Dichter zugesellten, welche unserer Nation durch vortreffliche Uebersetzungen von Tieck, Schlegel, Gries u. A. so vertraut wie die Werke der einheimischen Dichter geworden waren. Insbesondere die Dramen Shakespeares wurden bleibende Bestandtheile des Repertoires der größeren deutschen Bühnen, aber auch Racine und Molière, Calderon und Lope waren mit einzelnen Werken vertreten und selbst die gewaltigen Klänge der Tragödien des Sophokles wurden für das deutsche Theater neu belebt.

Von den Darstellern der durch den Genius unserer Dichter geschaffenen Gestalten mögen nur einige der bedeutendsten genannt sein. Männer wie Ludwig Devrient, Heinrich Anschütz, Karl Seydelmann, Theodor Döring erheben sich über die Menge der tüchtigen, talentvollen und ihren Beruf ernst erfassenden Künstler als geniale, schöpferische Persönlichkeiten und stehen den hervorragendsten Schauspielern aller Zeiten und Völker ebenbürtig zur Seite.

Auf der Bühne erwuchs durch die Oper dem Schauspiele eine erfolgreiche Wettbewerbung, um so mehr als nicht nur unser Vaterland eine Reihe ausgezeichneter Componisten hervorbrachte, sondern auch die Tonwerke des Auslandes in noch viel stärkerem Maße als die dramatischen Dichtungen fremder Völker auf den deutschen Bühnen Eingang fanden. Auch hier machte sich der Einfluß der Romantik geltend, deren begabtester Vertreter Karl Maria von Weber (1786—1826) ist, der durch den Reichthum der Melodien mit Mozart wetteifert; an ihn schlossen sich, jedoch unter vielseitiger Entwickelung charakteristischer Eigenart, Ludwig Spohr (1784—1859), Heinrich Marschner (1795—1861), Franz Lachner (geb. 1802) und August Lortzing (1803—1851) an, deren Werke in immer frischer Jugend neben den unsterblichen Schöpfungen eines Mozart und Beethoven wohl noch lange die Nation erfreuen werden. Mit reicheren Mitteln, mit einer größeren Entfaltung von Effecten machte Jacob Meyerbeer (1791—1864) sein großes Talent geltend, der indeß nicht in dem unmittelbaren engeren Sinne wie die eben Genannten der deutschen Nation angehört, sondern, wie er seine Werke zuerst in Paris zur Aufführung zu bringen pflegte, wesentlich auch den Geschmack des Publikums dieser Weltstadt bei seinen Operncompositionen ins Auge faßte.

Außer der Oper waren die deutschen Meister besonders auf dem Gebiete des Oratoriums und der Symphonie productiv. Hatten auch Händel und Beethoven (1770—1827) Werke von einer Großartigkeit in Anlage und Ausführung geschaffen, welche nicht übertroffen werden konnten und auch seither nicht wieder erreicht worden sind, so dürfen wir doch mit nationalem Stolze die Schöpfungen eines Felix Mendelssohn-Bartholdy (1809—1847) und eines Robert Schumann (1810—1856) jenen zur Seite stellen. Eine besondere deutsche Eigenart finden wir aber in den überaus zahlreichen Liedercompositionen vertreten, von denen wir die tiefinnigst empfundenen und an süßer Melodik reichsten dem unerschöpflichen Franz Schubert (1791—1828) verdanken.

In höherem Grade als die Musik, ja fast so

gewaltig wie die Literatur, wurde von den mächtigen Strömungen des Zeitgeistes die bildende Kunst beherrscht und in ihrer Entwickelung bestimmt. Durch die ästhetischen Untersuchungen eines Lessing und Winckelmann und durch den die Werke unserer classischen Dichter belebenden Geist war an der Wende des Jahrhunderts die bildende Kunst auf die Vorbilder des Alterthums hingewiesen worden. Asmus Carstens (1754—1798) hatte diese neue Richtung in seinen, besonders durch die einfache und edle Zeichnung ausgezeichneten Bildern zuerst mit großem Erfolge vertreten, andere hochbegabte Künstler, wie Eberhard Wächter und Gottlieb Schick, waren in seine Fußstapfen getreten. Mit ihnen gleichzeitig schuf Josef Anton Koch (1768—1839) Landschaften, die sich durch idealistische Auffassung und poetische Stimmung ebenso wie durch die Großartigkeit und Harmonie der ganzen Anlage auszeichneten. In denselben Jahren entwickelte sich unter dem Einflusse des Venetianers Canova das edle Talent des Bildhauers Johann Heinrich Dannecker (1758—1841), dessen Werken liebliche Anmuth und feine Charakteristik nachzurühmen ist; im Gegensatze zu der antikisirenden Richtung des Schwaben Dannecker that sich der Berliner Johann Gottfried Schadow (1764—1850) durch realistische Auffassung und scharfe individualisirende Charakteristik hervor, die seinen Porträtbüsten und Statuen einen besonderen Reiz verleihen. Von anderen Berliner Bildhauern blieb Friedrich Tieck (1776—1851) der den classischen Mustern nacheifernden Richtung treu, während Christian Rauch (1777—1857), ähnliche Bahnen wie Schadow betretend, seinen zahlreichen Werken den Stempel des Genius, bei einer überaus sorgfältigen fast peinlich genauen Durchführung aufprägte.

Auf dem durch die Meister der classischen Richtung vorbereiteten Boden baute sich, unter den Einflüssen der Romantik, zunächst eine neue Malerschule auf. Begeistert durch die Tage des vaterländischen Aufschwunges, erblickte eine Anzahl junger deutscher Maler, die sich in Rom in gleichem Streben zusammenfanden, in der durch poetische Verklärung in hellen Glanz versetzten Vergangenheit ein künstlerischer Verherrlichung allein würdiges Ideal. Der mehr formalen Auffassungsweise der antikisirenden Richtung stellten sie die echt germanische Pflege der Innerlichkeit und der Gemüthstiefe gegenüber und waren so glücklich, in dem Hause des preußischen Consuls Bartholdi zu Rom Gelegenheit zu finden, ihre künstlerischen Tendenzen in großen Frescogemälden zu verkörpern, Werken, denen bald eine Reihe gleich bedeutender in der Villa Massimi folgte. Alle diese hochbegabten und von idealem Streben erfüllten jungen Künstler, von denen Peter Cornelius, Friedrich Overbeck, Philipp Veit und Wilhelm Schadow die bedeutendsten waren, wurden durch ihre künstlerische Richtung, durch ihr eingehendes Studium der italienischen Kunstwerke und durch die Einflüsse der in Rom besonders lebendigen Macht der katholischen Kirche einer strengkirchlichen Auffassung zugeführt. Am entschiedensten war dieser Richtung Friedrich Overbeck (1789—1869) zugewandt, der zur katholischen Kirche übertrat, seinem Vaterlande völlig entfremdet, fortan dauernd in Rom wohnte und einer immer einseitigeren Pflege der mittelalterlichen Kirchenmalerei huldigte. Die anderen der römischen Kunstgenossen kehrten nach Deutschland zurück, verbreiteten allenthalben die Keime eines neuen Kunstlebens, die an vielen Stätten einen empfänglichen Boden fanden und nahmen dagegen auch ihrerseits von dem frischen Leben der Gegenwart kräftige Anregungen in sich auf.

Am Lebendigsten gestaltete sich das künstlerische Treiben in München, wo König Ludwig I. gleich bei seinem Regierungsantritte (1825) ernstlich darauf bedacht war, anknüpfend an die Bestrebungen, denen er mit beschränkteren Mitteln

schon als Kronprinz gehuldigt hatte, allen Kunstgebieten eine Stätte zu reicher Entfaltung hervorragender Leistungen zu bereiten. Die größten und gewaltigsten Aufgaben wurden von dem Könige Peter Cornelius (geb. zu Düsseldorf am 13. September 1783, gest. zu Berlin am 6. März 1867) gestellt, der gleichzeitig zum Direktor der Akademie ernannt, Gehilfen und Schüler von allen Seiten herbeizog. Die Werke, die dieser große Meister in München schuf, zeich-

Peter Cornelius.

nen sich ebenso sehr durch die unerschöpfliche Fülle des Gedankenreichthums und der Gedankentiefe als durch den mächtigen Stil, in welchem sie durchgeführt sind, aus und eröffneten der deutschen Kunst eine neue glänzende Aera. Neben Cornelius wirkten gleichzeitig, in der Erfüllung nicht minder bedeutender Aufgaben, die ihnen König Ludwig gestellt, Heinrich und Peter Heß, Julius Schnorr, der Landschafter Karl Rottmann u. A.

Auch die Bauwerke, deren innere Ausschmückung den genannten Malern übertragen wurde, waren auf Befehl des Königs Ludwig von hervorragenden Architekten aufgeführt worden, unter denen Leo von Klenze vorwiegend die Antike, Friedrich Gärtner die Romantik vertrat. Durch den König wurde auch die alte deutsche Kunst der Glasmalerei wieder belebt und sowohl in der gothischen Kirche der Münchener Vorstadt Au als insbesondere bei der Wiederherstellung des Kölner Domes in großartigem Maßstabe zur Anwendung gebracht.

Auf dem Gebiete der Plastik wurden in München dem Bildhauer Ludwig Schwanthaler, (1802—1848) der nach Anlage und Ausbildung durchaus der Romantik angehörte, große monumentale Aufgaben gestellt und von ihm mit rastlosem Eifer gelöst.

Nicht so reiche Mittel, wie sie König Ludwig von Baiern seinen Münchener Künstlern zur Verfügung stellte, standen dem großen Baumeister Friedrich Schinkel in Berlin (1781—1841) zu Gebote, der wie kaum ein zweiter in den Geist der griechischen Kunst eingedrungen war und in diesem Geiste selbstständige Schöpfungen zu entwerfen verstand, die dabei allen Bedürfnissen des Lebens der Jetztzeit entsprechen. Die zahlreichen in Berlin ausgeführten Werke Schinkels, sowie die hochbedeutenden Entwürfe, in denen er, auf Grund seiner umfassenden Studien, die bleibend werthvollen Motive der Baustile aller Zeiten zur Anwendung brachte, sicherten seiner Methode einen auf lange hinaus reichenden Einfluß auf die weitere Entwickelung des Bauwesens.

Mit dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelm IV. schien aber auch für die monumentale Malerei in Berlin eine glänzende Stätte bereitet werden zu sollen, da der König Peter Cornelius in seine Hauptstadt berief und ihm die Ausschmückung der neu zu erbauenden Königsgruft mit Fresken übertrug. Dieses Werk ist

freilich nicht zur Ausführung gekommen, allein die großartigen Entwürfe zu den Bildern, die wir Cornelius verdanken, gehören zum Großartigsten, geistig Tiefsten und Gewaltigsten, was die Kunst irgend einer Epoche hervorgebracht hat.

Während in Berlin die großen Hoffnungen, die man auf die Ernennung von Cornelius zum Direktor der Akademie gesetzt hatte, sich nicht erfüllten, der Meister vielmehr nach wenigen Jahren die preußische Hauptstadt wieder mit Rom als Wohnsitz vertauschte, schuf ein ihm geistesverwandter Künstler, Alfred Rethel (1816—1859), ein bedeutendes monumentales Werk in den Darstellungen aus dem Leben Karls des Großen im Rathhause zu Aachen, pflegte Philipp Veit und dessen Schüler Eduard Steinle in Frankfurt am Main vor allem erfolgreich die von christlichem Geiste beherrschte Kunst, entstand endlich eine ganz neue Kunststätte in Düsseldorf. Dort gewann, an der von Wilhelm Schadow seit 1826 geleiteten Akademie, eine künstlerische Richtung Geltung, die, gegenüber dem strengen Idealstil der Münchener Schule, sich bemühte, in Empfindung und Colorit der Natur gerecht zu werden. Von der weichlichen und sentimentalen Stimmung, welche die Bilder von Eduard Bendemann, Karl Sohn, Theodor Hildebrandt beherrschte, emancipirte sich bald der begabteste Schüler dieser Akademie, Karl Friedrich Lessing (geb. 1808), der in seinen Bildern aus der Hussitenzeit und dem Zeitalter der Reformation mit dem feinsten Verständnisse und einer auf gründlichen Geschichtsstudien beruhenden Auffassung Personen und Ereignisse in schärfster Charakteristik ihrer Eigenthümlichkeit darstellte. Derselbe große Künstler schuf aber auch zahlreiche Landschaften, die sich durch dieselben Vorzüge, verbunden mit einer poetischen Nachempfindung der in ihren verborgensten Geheimnissen belauschten Natur, auszeichnen. Ihm zunächst steht auf diesem Gebiete Johann Wilhelm Schirmer, während Andreas Achenbach, und dessen Bruder Oswald mit ihren Schülern in einer mehr realistischen Richtung Bedeutendes schufen. Neben Geschichts- und Landschaftsmalerei gedieh aber in Düsseldorf, unter dem anregenden Einflusse des rheinländischen Lebens, noch ganz besonders die auf einer naturtreuen Auffassung der Alltagszustände basirende Genremalerei, deren genialsten Vertreter wir in Adolf Schrödter erblicken.

Daß neben Malerei und Bildhauerei auch die Kunst des Holzschnittes, des Stahl- und Kupferstiches und des von Alois Sennefelder erfundenen Steindruckes bei dieser allgemeinen Kunstentwickelung mächtig fortschritten, bedarf kaum der Erwähnung. Durch die leichtere und billigere Vervielfältigungsart konnten nun auch in immer weitere Kreise künstlerische Kenntnisse und Anregungen getragen werden, wodurch an der Bildung eines geläuterten Geschmackes erfolgreich gearbeitet wurde.

Hierzu trug außerdem die ebenso gründliche als geistvolle Pflege der Kunstgeschichte wesentlich bei, um welche sich in erster Reihe Gustav Friedrich Waagen, Wilhelm Schnaase und Franz Kugler verdient machten.

Wie auf den Gebieten der Literatur und Kunst eröffnete auch auf den verschiedenen Feldern des wissenschaftlichen Lebens der nationale Aufschwung im zweiten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts neue Bahnen. Wenn wir von den Sprachforschern und den Pflegern der Wissenschaft des klassischen Alterthums Männer wie Böckh, Jacobs, Thiersch, von den Orientalisten Hammer-Purgstall, Fleischer, Ewald, wenn wir den Begründer der vergleichenden Sprachforschung Franz Bopp, die Förderer religiös-philosophischer Studien Creuzer und Röth hier nur zu nennen uns begnügen müssen, so dürfen wir auch an dieser Stelle der schon früher genannten Brüder Jacob und Wilhelm Grimm (1785

—1863 und 1786—1859) als der hochverdienten Forscher auf dem Gesammtgebiete der vaterländischen Alterthümer etwas eingehender Erwähnung thun und insbesondere auf die großen Werke hinweisen, welche der unermüdete Fleiß und die hohe patriotische Gesinnung dieser Männer uns hinterlassen hat, die deutsche Grammatik, die deutsche Mythologie und jenes unter den entsprechenden Leistungen aller Culturvölker einzig dastehende Riesenwerk, das „Deutsche Wörterbuch", das den Brüdern Grimm freilich nur zu beginnen gegönnt war, dessen Vollendung durch ihre Schüler wir wohl noch manches Jahr werden entgegenharren müssen.

Mit den Brüdern Grimm in gleichem Streben vereint, haben sich um unsere gründliche Kenntniß der literarischen Denkmale der deutschen Vergangenheit nicht minder Männer wie Lachmann, Haupt, Benecke, Zeuß verdient gemacht; während wir es dem Sammelfleiß von Daniel Sanders verdanken, daß die Nation auch schon vor der Vollendung des Grimm'schen Wörterbuches eine vortreffliche Zusammenstellung ihres Sprachschatzes besitzt.

Wenn die Pfleger der Sprach- und Alterthumswissenschaft naturgemäß nur auf kleinere Kreise eine unmittelbare Einwirkung ihrer Studien geltend machen konnten, so übten dagegen die Geschichtsforscher und Geschichtsschreiber ganz direkt auf die Sinnes- und Denkungsart der Nation einen schwerwiegenden Einfluß.

Deutscher Eigenart entsprechend, vertieften sich die deutschen Gelehrten auch auf diesem Gebiete in die eingehende Erforschung der Vergangenheit aller Völker, um mit strenger Objectivität den eigenthümlichen Bedingungen gerecht zu werden, durch welche jedes derselben seine Stellung in der Weltgeschichte eingenommen und sich innerhalb seiner eigensten Sphäre entwickelt hat. Mit derselben liebevollen Sorgfalt pflegten die deutschen Historiker die bis in die kleinsten Einzelheiten eingehende Spezialforschung, wie die in großen Zügen ein Gesammtbild entwerfende Betrachtung umfassender Zeitabschnitte.

Nachdem Ludwig Heeren (1760—1842) die Bahn gebrochen und im Gegensatz zu der Geschichtschreibung des 17. und 18. Jahrhunderts, die sich nur mit den politischen Haupt- und Staatsactionen beschäftigte, die Gesammtheit des Staats- und Culturlebens zunächst der alten Völker in den Bereich seiner Forschung und Darstellung gezogen hatte, war in der also eröffneten Richtung mit dem größten Erfolge Friedrich Christof Schlosser (1776—1861) thätig, dessen Hauptverdienst indeß weniger in der Erforschung der geschichtlichen Wahrheit, in der Gruppirung und Darstellung der Ereignisse und in der Bloslegung des innerlichen Zusammenhanges der weltgeschichtlichen Vorgänge als in der rücksichtslosen Ehrlichkeit liegt, mit welcher er vom sittlichen Standpunkte aus Personen und Zustände beurtheilte, und in der kräftigen Form, in welcher

Friedrich Christof Schlosser.

er sein Urtheil zum Ausdrucke brachte. Er hat dadurch, in einer Zeit politischer Charakterlosigkeit und schwächlicher Fügsamkeit und Rücksichtnahme, auf das große Publikum, welches die Leser seiner Werke bildete, mit einem Worte auf den deutschen Mittelstand einen großen und nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Vielleicht noch ausgedehnter war die Einwirkung, welche die Weltgeschichte des Freiburger Professors Karl von Rotteck (1775—1840) auf die geschichtlichen und politischen Anschauungen der Zeitgenossen ausübte, denen das sittliche, wenn auch etwas declamatorische Pathos dieses Werkes vielfach die unserer Nation fehlende Rednerbühne eines Parlamentes ersetzte, durch welche das Urtheil der Franzosen und Engländer über die öffentlichen Angelegenheiten beeinflußt wurde.

Von ganz anderen Gesichtspunkten als Schlosser ging ein anderer großer Geschichtsschreiber aus, dem unsere Nation eine Reihe hervorragender Werke und die Gründung einer dem Meister erfolgreich nacheifernden Schule verdankt, Leopold von Ranke (geboren am 21. December 1795). Er ging nicht nur auf allen den zahlreichen Gebieten, auf denen er thätig war, mit unermüdlichem Fleiße den ersten Quellen nach, sondern insbesondere war er bestrebt, seinen Arbeiten eine streng methodische Kritik des gesammten Materiales, über das er verfügte, zu Grunde zu legen. Auf dieser soliden und gefestigten Grundlage baut er sodann seine geschichtlichen Darstellungen auf, indem er mit plastischer Gestaltungsgabe die bedeutenden Personen, die im Mittelpunkte der Ereignisse stehen, von dem Hintergrunde wirkungsvoll sich abheben läßt, ihre Persönlichkeit in lebensvoller Schilderung vor das geistige Auge des Lesers stellt und ihr Thun und Lassen aus der Gesammtheit ihrer Anlagen und der auf sie einwirkenden Einflüsse erklärt und würdigt. Die Weite seines Gesichtskreises, die Sorgfalt, die er darauf verwendet, stets den weltgeschichtlichen Gesichtspunkt bei der Betrachtung jedes einzelnen wichtigen Vorganges festzuhalten, sowie die Eleganz seines Stiles machen seine Bücher zu hervorragenden Kunstwerken. Aber die ganze Art seiner Darstellung, insbesondere auch die kühle Objectivität seines Urtheils, ist nicht dazu geeignet, ihnen einen so mächtigen Einfluß auf das Urtheil der weitesten Kreise zu sichern, wie dies bei den Werken Schlossers der Fall war und

Leopold von Ranke.

noch ist. Ranke wird immer nur in den höher gebildeten Kreisen der Nation seine Leser und Verehrer haben. Neben Ranke sind als Meister der Forschung und Darstellung noch Raumer, Dahlmann, Lappenberg, Leo, Löbell, Waitz u. a. zu nennen, während Georg Heinrich Pertz (1795—1876) durch die auf Anregung des Freiherren vom Stein unternommene Herausgabe der deutschen Geschichtsdenkmale (Monumenta Germaniae historica) und Johann Friedrich Böhmer (1795—1863) durch seine Kaiserregesten dem strengen Quellenstudium ganz neue Bahnen wiesen und die reichsten Schätze erschlossen. Die Kirchengeschichte wurde durch Neander und Gieseler, die Culturgeschichte durch Wachsmuth, die Geschichte der Philosophie durch Ritter und Michelet, die Literaturgeschichte durch Koberstein und Gervinus mit großem Erfolge erforscht und dargestellt.

Auch das Studium der Rechtspflege wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit ganz besonderem Fleiße gepflegt und gefördert. Hier traten, an der Spitze von zwei wissenschaftlichen Richtungen, besonders Friedrich Karl von Savigny (1779—1861) und Anton Friedrich Justus Thibaut (1772—1840) hervor, der erstere der Begründer der historischen Schule, welche die Gesetze nur aus dem geschichtlichen Entwickelungsgange der Rechtsanschauungen herleiten will, der andere der hervorragendste Vertreter der Ansicht, daß die Gesetzgebung, bei voller Beachtung der rechtsgeschichtlichen Entwickelung, in den Bedürfnissen und Anschauungen der Gegenwart wurzeln müsse. Neben diesen gewaltigen Säulen der Jurisprudenz sind als eifrige Forscher und Lehrer Klüber, Eichhorn, Feuerbach, Mittermaier, Wächter, Puchta, Seuffert, Walter, Zöpfl zu nennen.

Wohl am bedeutendsten von allen Zweigen des menschlichen Wissens und Könnens wurden aber in diesem Zeitabschnitte die Naturwissenschaften gefördert. Im Anschlusse an die Schelling'sche Naturphilosophie erhob sich die Untersuchung der einzelnen Naturerscheinungen und Naturgebiete zu einer großartigen, die Gesammtheit des Weltorganismus umfassenden und durchdringenden Naturforschung. Auf dieser philosophischen Grundlage bauten sich sodann, mit um so größerem Erfolge, als kein einzelner Zweig der Naturwissenschaften des Zusammenhanges mit allen übrigen mehr vergaß, die Forschungen und Entdeckungen auf allen naturwissenschaftlichen Gebieten auf, welche nicht nur den gewaltigsten Einfluß auf die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens ausübten, insoferne sie, auf die Praxis angewandt, den gesammten Fabrikations- und Gewerbebetrieb völlig umgestalteten, sondern sie bereiteten auch einen Umschwung in der Weltanschauung vor, der um so bedeutender war, da die Naturwissenschaften in viel weiterem Umfange, als früher die Philosophie, ihre Wirkung auf die

Alexander von Humboldt.

Art und Weise ausübten, in welcher die Menschheit sich ihr Verhältniß zum Weltganzen vorstellt. Wir dürfen hier nur an die bahnbrechende und vielseitige Thätigkeit Lorenz Okens, an die Geologen Werner und von Buch, den Chemiker Gmelin, den Physiker Ritter, die Mediziner Gall und Döllinger, die Mathematiker Gauß und Mädler erinnern, um in dem Namen Alexander von Humboldt (geb. zu Berlin 14. September 1769, gest. 6. Mai 1859) die Zusammenfassung alles desjenigen zu begreifen, was von Einzelnen

auf allen Gebieten erforscht und erörtert worden war. Durch seine großen Reisen erschloß er der Forschung ein weites Gebiet, auf dem er selbst mit eben so gewaltigem Fleiße als alle Verhältnisse überschauender Geisteskraft die hervorragendsten Arbeiten lieferte. Er wurde der Begründer der klimatologischen und plastischen Geographie, der Physik des Meeres und der Pflanzengeographie; ihm verdanken Geologie und Mineralogie, Zoologie, Botanik und Astronomie die bedeutendste Bereicherung; seine Untersuchungen auf dem Gebiete der Statistik und Volkswirthschaftslehre waren von der ausnehmendsten Wichtigkeit; die Vielseitigkeit seines Wissens und Interesses zog aber auch Sprache, Religion und Sitte der fremden Völker, zu denen er vordrang, in den Bereich seiner Studien. In seinem Hauptwerke, dem „Kosmos", fixirte er in der geistvollsten Darstellung die Gesammtheit des Wissens seiner Zeit von der Natur. Er war unzweifelhaft der angesehenste Naturforscher des Jahrhunderts, dessen Autorität die Gelehrten aller Nationen anerkannten, und durch seine Arbeiten wurde das Geistesleben aller Völker befruchtet. Für Deutschland insbesondere kommen noch Alexander von Humboldts enge Beziehungen zu König Friedrich Wilhelm IV. in Betracht, durch welche es ihm ermöglicht ward, auf die Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen den größten Einfluß auszuüben und junge Talente, denen sein Wohlwollen gerne jede Unterstützung angedeihen ließ, in die richtigen Bahnen zu lenken.

Kehren wir nun zur Betrachtung der politischen Verhältnisse zurück, so finden wir, daß die ersten Regierungshandlungen des Königs Friedrich Wilhelm IV. denen Recht zu geben schienen, welche von seiner Thronbesteigung den Anbruch eines neuen und segensreichen Zeitabschnittes erwarteten. Es schien, als ob sein ganzes Sinnen und Trachten dahin gerichtet sei, Alles gut zu machen, was König Friedrich Wilhelm III., in seiner Abneigung gegen den Geist der modernen Zeit, den Vertretern dieses Geistes auf fast allen Gebieten des staatlichen Lebens Uebles zugefügt hatte. Der wegen seiner Hinneigung zu freisinnigen Grundsätzen entlassene General von Boyen wurde wieder in das Ministerium berufen, Arndt ward in seine Bonner Professur wieder eingesetzt, Jahn der Einbannung in seinen Geburtsort entledigt. Eine ausgedehnte Begnadigung befreite die Opfer der Demagogenverfolgung aus Kerker und Verbannung. Die Brüder Grimm, der Philosoph Schelling, die Dichter Rückert und Tieck, der Maler Cornelius, der Componist Mendelssohn, die hervorragendsten Vertreter der bedeutendsten Richtungen des geistigen Lebens, wurden nach Berlin gezogen, das der König zum Mittelpunkte der höchsten Interessen nicht nur Preußens, sondern der ganzen Nation zu erheben gedachte.

Die mit ihm in persönliche Berührung kamen, waren entzückt über die Beweglichkeit seines Geistes, über die Gewandtheit seiner Rede, über die Unbefangenheit seines Urtheils, über die Leutseligkeit seines Auftretens. Auch große Volksmassen wußte er hinzureißen durch das Feuer einer von einem klangvollen Organ und lebhaften Geberden unterstützten Beredsamkeit.

Als er am 10. September in Königsberg in dem Hofe des Schlosses, nachdem er die Huldigung der Stände entgegengenommen, die Hand zum Schwure erhob und vor den Tausenden, die da um ihn versammelt waren, feierlich gelobte, seinem Volke ein treuer und gerechter Fürst zu sein, als er vier Wochen später in Berlin dieses Gelübde nicht minder feierlich wiederholte, da jauchzten ihm die Schaaren seiner Unterthanen mit lautem Jubelrufe Beifall zu, da schien der Zauber dieser glänzenden Persönlichkeit eine gewaltige Macht echter Begeisterung zu entfesseln und das schrankenlose Vertrauen des ganzen Volkes zu erwecken.

Aber der gleißende Schimmer dieses festlichen Jubels konnte doch bei denjenigen, welche tiefer und weiter blickten und eines politischen Urtheils fähig waren, die ernsten Bedenken nicht beschwichtigen, welche die ablehnende Haltung des Königs gegenüber der Verfassungsfrage hervorrief. Nicht eine schroffe Antwort wurde zwar dem Verlangen nach einer Reichsverfassung zu Theil, aber aus den wohlwollenden Sätzen des Bescheides, der auf solche Wünsche ertheilt ward, ging doch deutlich genug die Abneigung des Königs gegen die constitutionelle Staatsform hervor, die er für eine undeutsche, französische Erfindung erklärte und um keinen Preis in seinem Lande zur Geltung kommen lassen wollte. Daß irgend etwas zur Befriedigung des Volkes, zur Erfüllung gegebener Versprechungen geschehen mußte, sah Friedrich Wilhelm IV. wohl ein, aber er wollte sich nicht losmachen von der Vorliebe für die „historischen" Provinzialstände, erblickte noch immer in einer Versammlung von Delegirten derselben das Ideal einer ständischen Vertretung für das ganze Königreich, fand jedoch, widerstrebenden Einflüssen gegenüber, nicht einmal den Entschluß, mit einer solchen Einrichtung rasch voranzugehen, so daß denn einfach Alles beim Alten blieb.

Damit aber war bald der Glanz der Volksthümlichkeit, welcher Friedrich Wilhelm IV. bei seiner Thronbesteigung umgeben hatte, von ihm gewichen. In Preußen machte sich Mißtrauen und Mißmuth von Neuem und in erhöhtem Maße geltend, in dem übrigen Deutschland aber schwiegen jene entmuthigt, welche an den neuen Herrscher Preußens die Hoffnung auf einen Aufschwung des gesammten Vaterlandes geknüpft hatten, einen Aufschwung, der um so bedeutungsvoller hätte werden können, als eben damals die Erregung des französischen Volkes über die Haltung Preußens in der orientalischen Frage die alten Gelüste unserer westlichen Nachbarn nach dem Besitze des linken Rheinufers wiederum in neuen und leidenschaftlichen Ausbrüchen verrathen und als sich den französischen Drohungen gegenüber eine zur Erhaltung deutschen Landes entschlossene Stimmung des deutschen Volkes mit einer erhebenden Einmüthigkeit gezeigt hatte, wie sie seit den schönsten Tagen der Befreiungskriege nicht wieder zum Ausbruche gekommen war. Damals dichtete Max Schneckenburger jenes frische und kräftige Lied von der „Wacht am Rhein", das die Söhne der damals Lebenden dreißig Jahre später zu den herrlichsten Siegen begeistern sollte, damals erhob Nikolaus Becker den Sang vom „freien deutschen Rhein", den die Franzosen nicht haben sollen. Für einen Augenblick verschwanden alle Gegensätze und Zwistigkeiten, welche Deutsche von Deutschen trennten, vor dem erhabenen Gedanken der gemeinsamen Verpflichtung Aller zum Schutze des bedrohten Vaterlandes. Freilich der stürmische Charakter dieser patriotischen Stimmung ward wieder gedämpft, als der aufreizende Lärm auf den Pariser Boulevards ein Ende nahm und das französische Geschrei nach dem Rhein verstummte, und für Deutschland blieb als unmittelbare Folge dieses blinden Kriegslärmes keine andere Wirkung zurück, als daß endlich der lange beschlossene Bau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt, auf Preußens Antrag, ernstlich in Angriff genommen wurde. Aber diese kräftige Anregung des nationalen Gefühles ging doch nicht spurlos an der weiteren Entwickelung des öffentlichen Lebens vorüber.

Was vorerst auf dem politischen Gebiete nur als ein der Erfüllung fernes Ideal erschien, die Vereinigung der Angehörigen aller Bundesstaaten zur Berathung der Allen gemeinsamen Angelegenheiten, das vollzog sich auf dem wissenschaftlichen Gebiete durch periodisch wiederkehrende Versammlungen von Berufs- und Studiengenossen aus allen Theilen des Vaterlandes. Auf Okens

Anregung hatten schon in den 1820er Jahren die Naturforscher begonnen, sich zu bestimmten Zeiten zu lebendigem Meinungsaustausch und zur Anknüpfung persönlicher Bekanntschaft zu vereinigen. Ihnen waren die Philologen und Schulmänner gefolgt. Indem sich jetzt, unter dem Namen der „Germanisten", Sprachforscher, Historiker und Juristen anschickten, dieses Beispiel nachzuahmen, gewannen deren Versammlungen bald eine höhere Bedeutung dadurch, daß es sich bei ihnen nicht nur um eine die Wissenschaft fördernde Zusammenkunft deutscher Männer aus Nord und Süd handelte, sondern daß bei ihren Congressen die wichtigsten Fragen, welche die Nation in der Gegenwart erregten, zur Sprache kamen und unter den Versammelten, zu denen die gefeiertsten Namen aller deutschen Länder gehörten, die berufensten und unerschrockensten Wortführer fanden.

Wenn diese Gelehrtenversammlungen, trotz ihrer politischen Färbung, doch nur auf einen verhältnißmäßig kleinen Kreis unmittelbar einwirkten, so fand die nationale Idee einen die weitesten Kreise des Volkes anrufenden und erregenden Herold in dem deutschen Liede; die treuen Pfleger des deutschen Gesanges gedachten, in welchem Staate, in welcher Stadt sie auch ihre Lieder erschallen ließen, des großen deutschen Vaterlandes, seiner ruhmreichen Vergangenheit, seiner poesiereichen Sagen. Und wenn die Fahnen der Sängervereine über fröhlichen Schaaren von Männern und Jünglingen wehten, wenn diese sich aus Nah und Ferne zusammenfanden, um patriotische Gesänge frisch und frei erklingen zu lassen, da gesellte sich zum Liede auch das Wort, mahnte zur Einigkeit, erinnerte an die Zusammengehörigkeit aller Stämme, „soweit die deutsche Zunge klingt". Das Volk, dem noch immer die freie Presse versagt blieb, fand eine Art von Ersatz für sie im freien Liede. Zu den alten deutschen Volksliedern, zu den begeisterten Weisen der Befreiungskriege traten jetzt neue Dichtungen hinzu, die der erregten Stimmung des Jahrzehntes entsprachen. Hoffmann von Fallersleben, auch einer derjenigen, die unter der Verfolgungssucht der „Demagogenriecher" gelitten hatten, Ferdinand Freiligrath, Robert Prutz fanden in ihren Gedichten den Ton, der Tausenden, in poetischer Form verklärt, die Gedanken zurief, die sie selbst in tiefster Brust hegten, der die Liebe zum Vaterlande, zur Freiheit, den Entschluß zu stätigem Fortschritt in

Ferdinand Freiligrath.

weiten Kreisen des Volkes nährte, wohin eigentliche politische Aufklärung und Agitation wohl nur selten drang. Schärfer als diese hoben Georg Herwegh und Franz Dingelstedt die großen politischen Gegensätze in ihren Gedichten hervor. Wenn Freiligrath noch das Wesen und den Vorzug des Dichters darin erkannte, daß er „auf einer höheren Warte als auf der Zinne der Partei" stehe, so rief ihm Herwegh zu:

„Partei, Partei, wer sollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war,
Wie mag ein Dichter solch ein Wort verfehmen,
Ein Wort, das alles Herrliche gebar'.
Ich hab' gewählt, ich habe mich entschieden,
Und meinen Lorbeer flechte die Partei."

Nur wenige Jahre waren verflossen, seit ein hannöverscher Staatsmann, Rehberg, als er der freien und offenen Discussion unter den Parteien das Wort redete, für nöthig gehalten hatte, hin-

Georg Herwegh.

zuzufügen: „Man erschrecke nicht über dies verhaßte Wort. Parteien werden sich bilden. Solche sind aber auch nicht zu fürchten, sobald sie das Licht nicht scheuen." Jetzt begann nach und nach das Wort und die Sache, die es bezeichnet, sich auch in Deutschland einzubürgern.

Der Uebergang Preußens zu dem constitutionellen Systeme wäre unzweifelhaft geeignet gewesen, den Freunden einer ruhigen und gesetzlichen Entwickelung der politischen Freiheit einen starken Halt zu gewähren. Indem Preußen nach wie vor dem Verfassungsleben fremd blieb und, mit Oesterreich verbündet, auch in jenen deutschen Staaten, welche Verfassungen besaßen, die Regierungen zu möglichster Beschränkung der Volksrechte ermuthigte, ward der Einfluß der gemäßigt Gesinnten abgeschwächt und den Radikalen unwillkürlich der gewaltigste Vorschub geleistet. Indem aber die meisten Regierungen immer schroffer ihren Landesvertretungen gegenübertraten und sich damit selbst auf einen Parteistandpunkt stellten, trugen sie ihrerseits die Schuld daran, daß die Männer, welche früher, ohne jede eigentliche Verabredung, sich unter einander und den Regierungen lediglich in dem Wunsche begegnet waren, ganz objectiv das Wohl des Staates zu fördern, zu Parteimännern wurden und die Gebote und Grundsätze der Partei in erster Reihe zur Richtschnur ihres Handelns machten. Dabei geschah es, daß die Regierungen immer mehr und mehr sich selbst ihrer aufrichtigsten und zuverlässigsten Freunde beraubten und dieselben, durch das Ablehnen jeder Verständigung, in die Arme des Radikalismus trieben oder ihr vollständiges Fernbleiben von den öffentlichen Angelegenheiten veranlaßten. Am stärksten war dieses in Baden der Fall, wo der Staatsminister Freiherr von Blittersdorff den Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung bis zur äußersten Schärfe und zu offenem Conflicte ausbildete und namentlich die liberalen Staatsdiener rücksichtslos befehdete, ohne indeß dadurch etwas anderes zu erzielen, als daß er seinen gemäßigt liberal gesinnten Nachfolgern im Amte als Erbschaft eine rasch groß gewordene und nicht mehr zu beseitigende radikale Partei hinterließ. In anderen Ländern wagte es der Radikalismus noch nicht, so offen das Haupt hoch zu tragen, wühlte dagegen mit nicht geringerem Erfolge im Stillen, unterstützt durch die Servilität der herrschenden

Klassen, die z. B. in Baiern nicht nur die seit 1837 immer stärker anwachsende Herrschaft des Ultramontanismus ruhig ertrugen, sondern auch gegen die Willkür des Königs Ludwig I. keinen ernsthaften Widerstand leisteten, ja in der Naivetät ihrer Unterwerfung sogar so weit gingen, daß ihre Vertreter in der II. Kammer den Finanzminister zum Kammerpräsidenten wählten.

Wo immer aber auch der Radikalismus sich geltend machte, sog er neue Nahrung und Kräftigung aus der widerspruchsvollen Haltung des Königs Friedrich Wilhelm IV., dessen Abneigung gegen alles Verfassungswesen auf der einen, dessen schwärmerische Hingabe an die mit dem Mäntelchen der Romantik aufgeputzte Vergangenheit auf der anderen Seite, namentlich auf dem Gebiete der kirchlichen Angelegenheiten, bald die heftigsten Angriffe zur Folge hatte.

Bei Männern von nüchterner Denkungsart rief des Königs Plan, gemeinsam mit England einen evangelischen Bischofssitz in Jerusalem zu gründen, Achselzucken, wo nicht gar Unwillen hervor, und die Art und Weise, wie sich Friedrich Wilhelm IV. für den Ausbau des Kölner Domes interessirte, den er nicht so fast als eine im Interesse der deutschen Kunst übernommene Ehrenpflicht, sondern vielmehr als einen Act von tiefer religiösen Bedeutung ins Auge faßte, der Gedanke, daß dieser Bau ein Denkmal des unter den Bekenntnissen herrschenden Friedens sein solle, war Vielen um deswillen widerwärtig, weil er der wirklichen Lage der Dinge keineswegs entsprach und weil man darin eine Hinneigung des Königs zu dem streitbaren Katholizismus zu erkennen glaubte.

Seine Nachgibigkeit gegen die Forderungen der katholischen Hierarchie hatte Friedrich Wilhelm IV. gleich nach seinem Regierungsantritte bewiesen. Er begünstigte die Bemühungen des Papstes Gregor XVI., den Fürstbischof von Breslau, Grafen Sedlnitzky, den einzigen unter den Bischöfen Preußens, der noch im Geiste des verstorbenen Erzbischofs von Spiegel von Köln seines Amtes waltete, zur Abdankung zu bewegen; er entließ den Erzbischof von Dunin von Posen nicht nur seiner Haft, sondern setzte ihn auch sofort wieder in sein Amt ein, ohne die Erklärung von ihm zu fordern, daß er sich den Staatsgesetzen unterwerfe, er bestätigte als Nachfolger des milden Bischofs von Hommer in Trier den als Fanatiker bekannten Domherrn Arnoldi, er entließ auch den Erzbischof von Köln, von Droste-Vischering aus der Haft, und nur dessen hartnäckige Weigerung, dem Verlangen der Regierung entsprechend, einen Coadjutor anzunehmen, verhinderte längere Zeit seine Rückkehr auf den erzbischöflichen Stuhl. Hier half endlich die Vermittelung des Königs Ludwig von Baiern über die Verlegenheit hinaus, der als Coadjutor den Bischof Geissel von Speier empfahl, einen eben so frommen und strengkirchlichen als weltklugen Mann, der, ohne das stürmische Dreinfahren Drostes, für die katholische Kirche ein Zugeständniß um das andere zu erlangen verstand.

Wenn der König gehofft hatte, den Frieden unter den verschiedenen christlichen Bekenntnissen durch seine Begünstigung der kirchlichen Machtansprüche zu fördern, so war die Zeit zu solchem Streben allerdings nicht glücklich gewählt. Denn nicht nur Katholizismus und Protestantismus traten sich, nachdem sie, auf Grund eines ziemlich tief wurzelnden und weit verbreiteten Indifferentismus, geraume Zeit hindurch ohne erhebliche Reibungen einander geduldet hatten, plötzlich mit großer Schroffheit gegenüber, sondern innerhalb der beiden Bekenntnisse begann eben jetzt ein heftiger Streit der Meinungen zwischen jenen, die am Alten klebten und den anderen, die dem Fortschritte huldigten, zu entbrennen.

Innerhalb des Katholizismus wurde diese

Spaltung nicht durch wissenschaftliche Streitfragen, sondern durch den kecken Versuch hervorgerufen, den Angehörigen des 19. Jahrhunderts einen Reliquiencultus und Wunderschwindel aufzunöthigen, wie er plumper und alberner niemals in früheren Tagen in Scene gesetzt worden war. In Trier wurde der sogenannte „heilige Rock" öffentlich ausgestellt, ein Kleidungsstück, von dem man dem gläubigen Volke erzählte, daß es der wirkliche Rock des Heilandes sei, um den die Soldaten der römischen Leibwache gewürfelt hätten.

Von allen Seiten strömten die Andächtigen herbei, bald verbreitete sich die Kunde von wunderbaren Heilungen, welche die Berührung des heiligen Gewandes bewirkt haben sollte. Es fehlte nicht an höhnischen Spottreden und Versen wider diesen dreisten Aberglauben, Männer der Wissenschaft wiesen die Unechtheit des heiligen Rockes nach, von größter Bedeutung aber schien der offene Brief werden zu sollen, in welchem ein schlesischer Priester, Johannes Ronge, gegen den Bischof von Trier schwere Anklagen wegen dieser abergläubischen Schaustellung erhob. Denn Ronges muthiger Angriff wurde das Signal zu einer Reformbewegung innerhalb der katholischen Kirche Deutschlands, welche, in Verbindung mit den gleichzeitig neu auflebenden nationalen Tendenzen und den Fortschritten der liberalen Anschauungen, ganz bedeutenden Umfang zu gewinnen schien.

Im Jahre 1845 gründete Ronge in Breslau eine Gemeinde von Anhängern seiner Lehre, und bald entstanden auch an anderen Orten, vorzugsweise Norddeutschlands, solche Gemeinden. Diese ganze kirchliche Reformbewegung, die bald den Namen des „Deutschkatholizismus" erhielt, scheiterte indeß im Verlaufe weniger Jahre einmal an dem Mangel jenes tief religiösen, die Massen durchdringenden und beherrschenden Sinnes, der zur Durchführung einer Kirchenreform unerläßlich ist, jedoch unserer Zeit vollständig fehlt, und dann an den inneren Spaltungen, welche sich bald unter den Angehörigen der deutschkatholischen Gemeinden, wesentlich bei Behandlung der Fragen, wie weit man sich von den Lehren und Satzungen der römischen Kirche entfernen wolle, entwickelten und zu deren Beilegung es an einer genügend anerkannten Autorität fehlte. Gegenüber diesem Keime der Zersetzung, den die deutschkatholische Bewegung vom ersten Tage ihres Bestehens an in sich trug, konnte die Gunst der Zeit, in der sie entstand, der Widerwille gegen die Anmaßungen der römischen Curie und die bildungsfeindlichen Ausschreitungen des katholischen Klerus, der viele Katholiken ihrer Kirche entfremdete, und die Förderung, welche einzelne Regierungen und manche Personen, die großen Einfluß auf die öffentliche Meinung in Deutschland besaßen, dem Deutschkatholizismus zuwandten, dennoch dessen raschen Verfall nicht verhindern. Allerlei Leute von zweifelhafter Vergangenheit schlossen sich mit eifriger Beflissenheit dieser Bewegung an, die bald ihren ausschließlich kirchlichen Charakter verlor und in die politischen Strömungen des Jahres 1848 hereingezogen wurde. Die großen Erwartungen, die z. B. ein Mann wie der Geschichtsschreiber Gervinus auf den Deutschkatholizismus gesetzt hatte, erfüllten sich nicht, und als die Revolution der Jahre 1848 und 1849 einer Reaktion Platz machte, die, nicht in letzter Reihe, auch alle kirchlichen Angelegenheiten beherrschte, blieben von dem Deutschkatholizismus nur noch vereinzelte Reste übrig, die sich, um nur überhaupt fortbestehen zu können, mit den aus den protestantischen Landeskirchen ausgeschiedenen „freien Gemeinden" vereinigten.

Ganz anders vollzog sich der Scheidungsprozeß der verschiedenen Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche. Indem die Grundsätze der historischen Kritik, namentlich durch den Tübinger Theologen Ferdinand Christian Baur, auch auf die Urkunden der ältesten Geschichte des

Christenthumes angewendet wurden, traten Ergebnisse zu Tage, welche eben so weit von den flachen, theilweise geradezu abgeschmackten Auslegungsversuchen des Rationalismus als von der jeder Forschung feindlichen unbedingten Offenbarungsgläubigkeit entfernt waren. Die auf Baurs grundlegende Arbeiten aufgebauten Studien der sogenannten Tübinger Schule bahnten völlig neuen Anschauungen über das Urchristenthum den Weg und entfernten die Schranken, mit welchen fromme Ehrfurcht und Unwissenheit die Bibel umgeben und zu dem unnahbaren und unfehlbaren Organe der von Gott unmittelbar geoffenbarten Wahrheit gemacht hatte. Auf dem also geebneten und gesäuberten Felde baute hierauf, mit der unerbittlichen Strenge der Logik und Kritik, Baurs Landsmann David Friedrich Strauß (geb. zu Ludwigsburg am 27. Januar 1808, gest. am 8. Februar 1874) weiter, indem er, auf Grund seiner eingehenden Forschungen, in seinem „Leben Jesu" dem durch den Glauben der Jahrhunderte überlieferten mythischen, den geschichtlichen Christus gegenüberstellte. Gegen die Anwendung der wissenschaftlichen Kritik auf die heiligen Bücher des alten und neuen Testamentes erhob sich sofort der entschiedenste Widerspruch aus der Mitte der strenggläubigen evangelischen Geistlichen, welche das Wesen des Christenthumes für bedroht hielten, wenn die freie Forschung das Recht erhalten und behaupten würde, an den von Alters her geltenden Kirchenlehren zu rütteln.

Ihr Widerspruch wurde dadurch gefördert, daß die einzelnen Bibelforscher zu verschiedenen Ergebnissen gelangten und sich mit derselben Schärfe und Rücksichtslosigkeit, wie die auf dem Gebiete der Profangeschichte thätigen Gelehrten, bekämpften, dann aber auch dadurch, daß die herbe Strenge und Folgerichtigkeit der Methode, die D. F. Strauß und seine Schüler anwandten, viele zartbesaitete Naturen, die große Mehrheit derjenigen, denen die Religion nicht Sache des Verstandes, sondern nur des Herzens ist, unangenehm berührte, ja abstieß und ferner in viel zu hohem Grade ernste Geistesarbeit war, als daß sie, wie der seichte Rationalismus des 18. Jahrhunderts, die große Menge hätte für sich gewinnen können.

David Friedrich Strauß.

Was die Wissenschaft als das Ergebniß ihrer gewissenhaften Forschung und Kritik feststellte, konnte zudem nie mit der keinen Widerspruch duldenden Miene der Unfehlbarkeit gelehrt werden, mit welcher die Geistlichen der strenggläubigen Richtung den Angehörigen ihrer Kirche gegenübertraten. Innerhalb der evangelischen Kirche blieb aus allen diesen Gründen der strenggläubigen Partei die Herrschaft, von der sie bald mit einer gegen ihre Widersacher schonungslosen Härte Gebrauch machte. Sie konnte dieß um so mehr, als der König Friedrich Wilhelm IV. mit seinen kirchlichen Anschauungen auf dem Boden

der strengsten Orthodoxie stand und aus dieser seiner Stellung niemals ein Hehl machte. Auch der Geh. Rath Eichhorn, den er nach Altensteins Tode zum Cultusminister ernannt hatte, neigte dieser Richtung zu und wirkte in seiner bedeutenden Stellung nach allen Seiten hin für deren Befestigung, während der Professor der Theologie Hengstenberg vom Katheder, wie besonders in der von ihm geleiteten „Evangelischen Kirchenzeitung", der wissenschaftliche und publizistische Vorkämpfer der orthodoxen Partei ward, die „zerstörende Tendenz" der Tübinger Schule öffentlich als staatsgefährlich anklagte und gegen sie das Einschreiten der Behörden anrief. Dieser Zwiespalt innerhalb der evangelischen Kirche war von keiner günstigen Vorbedeutung für das wichtige Werk, welches der Minister Eichhorn, seit er sein Amt angetreten, fest im Auge behalten hatte, für die Reform der Kirchenverfassung. Die aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischten Kreis- und Provinzialsynoden, wie die aus diesen hervorgegangene Generalsynode, die im Jahre 1846 zusammentrat, beschäftigten sich, dem Zuge der Zeit entsprechend, in erster Reihe mit den durch die erwähnten Gegensätze in den Vordergrund getretenen Fragen. Hier kam naturgemäß eine vermittelnde Richtung zur Geltung, welche, unter einem Theile der Geistlichen, vorzugsweise aber unter den gebildeten Laien vertreten, zwar den gelehrten Theologen die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung nicht beschränken, anderseits aber auch den Streit der Lehrmeinungen nicht in das kirchliche Leben der Gemeinden verpflanzt sehen wollte. Dieser vermittelnden Richtung, welche auf der Generalsynode über die Mehrheit der Stimmen verfügte, entsprach die Aufstellung eines Glaubensbekenntnisses, welches in seiner unbestimmten Fassung von Anhängern der orthodoxen wie der liberalen Partei angenommen werden konnte. Der König aber, der auf die verpflichtende Kraft der symbolischen Bücher nicht verzichtet sehen wollte, war damit keineswegs einverstanden, sondern löste die Generalsynode auf und eröffnete denjenigen, welche sich zur Anerkennung der Symbole nicht entschließen konnten, durch das sogenannte Toleranzedict vom 30. März 1847 die Möglichkeit des Austrittes aus der evangelischen Landeskirche.

Von dieser Möglichkeit machten indeß nur verhältnißmäßig Wenige Gebrauch, nämlich einerseits die starren Altlutheraner, die sich mit der Union nicht versöhnen konnten, und solche Geistliche, welche die schroffe Betonung ihres oppositionellen Standpunktes mit dem Kirchenregimente in feindliche Berührung versetzt hatte. Solche Männer, unter denen Uhlich in Magdeburg und Wislicenus in Halle die hervorragendsten waren, zogen dann wohl auch einen Theil ihrer Gemeinden mit sich aus dem Verbande der Landeskirche fort und bildeten sogenannte „freie Gemeinden", welche sich indeß eben so wenig als die deutschkatholischen Gemeinden den politischen Strömungen entziehen konnten und in deren Strudel bald fast spurlos verschwanden.

Für die römisch-katholische Kirche war die nationale Bewegung, welche seit 1840 die Gemüther erregte, ohne weitere Bedeutung, als daß der vorübergehende Versuch der Deutschkatholiken, auf dem Boden der katholischen Lehren eine deutsche Nationalkirche zu gründen, durch sie gefördert ward. Für die evangelische Kirche wurde dagegen die nationale Stimmung der Zeit die Veranlassung, daß die obersten Kirchenbehörden der einzelnen Landeskirchen alle zwei Jahre Abgesandte zu der sogenannten evangelischen Kirchenconferenz schickten, die sich, freilich ohne großen Erfolg, bemühten, eine gewisse Gemeinsamkeit der Grundsätze für alle deutschen Landeskirchen anzubahnen. Ebenfalls aus dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Evangelischen aller deutschen Länder war der Gustav Adolf-Verein

Christenthumes angewendet wurden, traten Ergebnisse zu Tage, welche eben so weit von den flachen, theilweise geradezu abgeschmackten Auslegungsversuchen des Rationalismus als von der jeder Forschung feindlichen unbedingten Offenbarungsgläubigkeit entfernt waren. Die auf Baurs grundlegende Arbeiten aufgebauten Studien der sogenannten Tübinger Schule bahnten völlig neuen Anschauungen über das Urchristenthum den Weg und entfernten die Schranken, mit welchen fromme Ehrfurcht und Unwissenheit die Bibel umgeben und zu dem unnahbaren und unfehlbaren Organe der von Gott unmittelbar geoffenbarten Wahrheit gemacht hatte. Auf dem also geebneten und gesäuberten Felde baute hierauf, mit der unerbittlichen Strenge der Logik und Kritik, Baurs Landsmann David Friedrich Strauß (geb. zu Ludwigsburg am 27. Januar 1808, gest. am 8. Februar 1874) weiter, indem er, auf Grund seiner eingehenden Forschungen, in seinem „Leben Jesu" dem durch den Glauben der Jahrhunderte überlieferten mythischen, den geschichtlichen Christus gegenüberstellte. Gegen die Anwendung der wissenschaftlichen Kritik auf die heiligen Bücher des alten und neuen Testamentes erhob sich sofort der entschiedenste Widerspruch aus der Mitte der strenggläubigen evangelischen Geistlichen, welche das Wesen des Christenthumes für bedroht hielten, wenn die freie Forschung das Recht erhalten und behaupten würde, an den von Alters her geltenden Kirchenlehren zu rütteln.

Ihr Widerspruch wurde dadurch gefördert, daß die einzelnen Bibelforscher zu verschiedenen Ergebnissen gelangten und sich mit derselben Schärfe und Rücksichtslosigkeit, wie die auf dem Gebiete der Profangeschichte thätigen Gelehrten, bekämpften, dann aber auch dadurch, daß die herbe Strenge und Folgerichtigkeit der Methode, die D. F. Strauß und seine Schüler anwandten, viele zartbesaitete Naturen, die große Mehrheit derjenigen, denen die Religion nicht Sache des Verstandes, sondern nur des Herzens ist, unangenehm berührte, ja abstieß und ferner in viel zu hohem Grade ernste Geistesarbeit war, als daß sie, wie der seichte Rationalismus des 18. Jahrhunderts, die große Menge hätte für sich gewinnen können.

David Friedrich Strauß.

Was die Wissenschaft als das Ergebniß ihrer gewissenhaften Forschung und Kritik feststellte, konnte zudem nie mit der keinen Widerspruch duldenden Miene der Unfehlbarkeit gelehrt werden, mit welcher die Geistlichen der strenggläubigen Richtung den Angehörigen ihrer Kirche gegenübertraten. Innerhalb der evangelischen Kirche blieb aus allen diesen Gründen der strenggläubigen Partei die Herrschaft, von der sie bald mit einer gegen ihre Widersacher schonungslosen Härte Gebrauch machte. Sie konnte dieß um so mehr, als der König Friedrich Wilhelm IV. mit seinen kirchlichen Anschauungen auf dem Boden

der strengsten Orthodoxie stand und aus dieser seiner Stellung niemals ein Hehl machte. Auch der Geh. Rath Eichhorn, den er nach Altensteins Tode zum Cultusminister ernannt hatte, neigte dieser Richtung zu und wirkte in seiner bedeutenden Stellung nach allen Seiten hin für deren Befestigung, während der Professor der Theologie Hengstenberg vom Katheder, wie besonders in der von ihm geleiteten „Evangelischen Kirchenzeitung", der wissenschaftliche und publizistische Vorkämpfer der orthodoxen Partei ward, die „zerstörende Tendenz" der Tübinger Schule öffentlich als staatsgefährlich anklagte und gegen sie das Einschreiten der Behörden anrief. Dieser Zwiespalt innerhalb der evangelischen Kirche war von keiner günstigen Vorbedeutung für das wichtige Werk, welches der Minister Eichhorn, seit er sein Amt angetreten, fest im Auge behalten hatte, für die Reform der Kirchenverfassung. Die aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischten Kreis- und Provinzialsynoden, wie die aus diesen hervorgegangene Generalsynode, die im Jahre 1846 zusammentrat, beschäftigten sich, dem Zuge der Zeit entsprechend, in erster Reihe mit den durch die erwähnten Gegensätze in den Vordergrund getretenen Fragen. Hier kam naturgemäß eine vermittelnde Richtung zur Geltung, welche, unter einem Theile der Geistlichen, vorzugsweise aber unter den gebildeten Laien vertreten, zwar den gelehrten Theologen die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung nicht beschränken, anderseits aber auch den Streit der Lehrmeinungen nicht in das kirchliche Leben der Gemeinden verpflanzt sehen wollte. Dieser vermittelnden Richtung, welche auf der Generalsynode über die Mehrheit der Stimmen verfügte, entsprach die Aufstellung eines Glaubensbekenntnisses, welches in seiner unbestimmten Fassung von Anhängern der orthodoxen wie der liberalen Partei angenommen werden konnte. Der König aber, der auf die verpflichtende Kraft der symbolischen Bücher nicht verzichtet sehen wollte, war damit keineswegs einverstanden, sondern löste die Generalsynode auf und eröffnete denjenigen, welche sich zur Anerkennung der Symbole nicht entschließen konnten, durch das sogenannte Toleranzedict vom 30. März 1847 die Möglichkeit des Austrittes aus der evangelischen Landeskirche.

Von dieser Möglichkeit machten indeß nur verhältnißmäßig Wenige Gebrauch, nämlich einerseits die starren Altlutheraner, die sich mit der Union nicht versöhnen konnten, und solche Geistliche, welche die schroffe Betonung ihres oppositionellen Standpunktes mit dem Kirchenregimente in feindliche Berührung versetzt hatte. Solche Männer, unter denen Uhlich in Magdeburg und Wislicenus in Halle die hervorragendsten waren, zogen dann wohl auch einen Theil ihrer Gemeinden mit sich aus dem Verbande der Landeskirche fort und bildeten sogenannte „freie Gemeinden", welche sich indeß eben so wenig als die deutschkatholischen Gemeinden den politischen Strömungen entziehen konnten und in deren Strudel bald fast spurlos verschwanden.

Für die römisch-katholische Kirche war die nationale Bewegung, welche seit 1840 die Gemüther erregte, ohne weitere Bedeutung, als daß der vorübergehende Versuch der Deutschkatholiken, auf dem Boden der katholischen Lehren eine deutsche Nationalkirche zu gründen, durch sie gefördert ward. Für die evangelische Kirche wurde dagegen die nationale Stimmung der Zeit die Veranlassung, daß die obersten Kirchenbehörden der einzelnen Landeskirchen alle zwei Jahre Abgesandte zu der sogenannten evangelischen Kirchenconferenz schickten, die sich, freilich ohne großen Erfolg, bemühten, eine gewisse Gemeinsamkeit der Grundsätze für alle deutschen Landeskirchen anzubahnen. Ebenfalls aus dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Evangelischen aller deutschen Länder war der Gustav Adolf-Verein

erwachsen, der sich wesentlich die Aufgabe stellte, armen Gemeinden, insbesondere in der Diaspora, Mittel zum Baue von Kirchen und Schulhäusern zu verschaffen. Es war eine arge Verkennung sowohl der Tendenzen des Gustav Adolf-Vereines als auch des die Zeit beherrschenden Geistes, daß König Ludwig von Baiern einen katholischen Gegenverein begründen und ihm den Namen Tillys auf die Stirne schreiben wollte. Dieser Versuch nahm, wie er es verdiente, ein rasches und unrühmliches Ende.

Für Preußen war indeß das Interesse an der endlichen Lösung der Verfassungsfrage durch die allseitig erkannte Bedeutung der kirchlichen Angelegenheiten doch nicht in den Hintergrund gedrängt worden, sondern beschäftigte, wie den König und die Regierung, so auch die weitesten Kreise des Volkes, in so fern sie überhaupt politischen Erörterungen zugänglich waren. Die beiden schon im Jahre 1841 erschienenen Flugschriften „Woher und Wohin", die der Oberpräsident der Provinz Preußen von Schön verfaßt hatte, und „Vier Fragen", deren Verfasser der Königsberger Arzt Johann Jacoby war, bildeten gewissermaßen den Text, welcher den zahlreichen Besprechungen dieser wichtigen Angelegenheit zu Grunde lag. Wie die beiden genannten Männer darin übereinstimmten, daß sie die Begründung einer Reichsverfassung für unbedingt nothwendig hielten, hingegen sich dadurch von einander unterschieden, daß, was Schön aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit verlangte, Jacoby als ein wohlerworbenes Recht des Volkes beanspruchte, ebenso war auch die öffentliche Meinung im Allgemeinen darüber einig, daß eine Verfassung ertheilt werden solle, aber über Form und Inhalt des Anzustrebenden gingen die Ansichten weit aus einander. Der König wollte aber jedenfalls nicht von der Grundlage der Provinzialverfassungen und von dem organischen Zusammenhange derselben mit einer Reichsvertretung abgehen. Schon im Jahre 1842 hatte er Ausschüsse der Provinzialstände nach Berlin berufen, um von ihnen Gutachten über allgemeine Staatsangelegenheiten zu erheben. Fünf Jahre später mußte ein Schritt weiter gethan werden, da der Wunsch der Regierung, zum Zwecke der Förderung des Baues von Eisenbahnen ein Anlehen aufzunehmen, die Berufung von Reichsständen zur Nothwendigkeit machte; denn deren Bürgschaft war nach dem Edicte Friedrich Wilhelms III. von 1820 hierzu unerläßlich. Es berief daher ein königliches Patent vom 3. Februar 1847 den „Vereinigten Landtag" nach Berlin.

Der Vereinigte Landtag sollte aus zwei Curien bestehen. Die erste wurde aus den Prinzen des königlichen Hauses, den Standesherren und aus Vertretern verschiedener Körperschaften gebildet, die zweite Curie bestand aus den Vertretern der Ritterschaft, der Bürger und der Bauern und zwar nach demselben Zahlenverhältnisse wie auf den Provinziallandtagen. Die beiden Curien sollten in der Regel gesondert berathen und auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung keine anderen Befugnisse haben als das Recht, die Vorlagen der Regierung zu begutachten und derselben Bitten über allgemeine Landesangelegenheiten vorzutragen. Nur wo es sich um Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern und um den Abschluß von Staatsanleihen handelte, war dem Vereinigten Landtage das Recht der Bewilligung oder Ablehnung eingeräumt worden, zur Behandlung dieser Angelegenheiten sollten beide Curien gemeinschaftlich tagen.

Ein regelmäßiger Zusammentritt des Vereinigten Landtages war nicht in Aussicht genommen, derselbe sollte nur dann berufen werden, wenn es galt, Steuern oder Anleihen zu genehmigen. Alle übrigen Rechte des Vereinigten Landtages sollten in der Zwischenzeit die vereinigten ständischen Ausschüsse ausüben, welche

alle vier Jahre zusammenzutreten hatten; außerdem sollte eine Deputation zur Controle des Staatsschuldenwesens von den Provinzialständen gewählt werden.

Diese Bestimmungen des Patentes vom 3. Februar 1847 befriedigten eigentlich Niemanden. Die Anhänger des Absolutismus erblickten selbst in der geringen Einschränkung der königlichen Gewalt, welche durch das Patent herbeigeführt wurde, ein verderbliches Zugeständniß an den Zeitgeist, während die Liberalen mit dem aufrecht erhaltenen Grundsatze der ständischen Gliederung nicht einverstanden waren und genügende Bürgschaften für eine gedeihliche Wirksamkeit des Vereinigten Landtags vermißten. Es wurde ernstlich darüber verhandelt, ob nicht die Fortdauer des bisherigen Zustandes der Einführung einer Scheinverfassung vorzuziehen sei, eine Auffassung, welche in der Flugschrift von Heinrich Simon aus Breslau „Annehmen oder Ablehnen?" den schärfsten Ausdruck fand.

Unter solchen Verhältnissen mußte man sich darauf gefaßt machen, daß der Zusammentritt des Vereinigten Landtages ernste und tief wurzelnde Gegensätze aufdecken und einander in schroffster Form gegenüberstellen werde.

Der König betonte in seiner Eröffnungsrede seine Auffassung von dem Wesen und den Aufgaben des Vereinigten Landtages mit großer Schärfe, er sprach klar und fest seinen Widerwillen gegen die moderne constitutionelle Entwickelung der Staaten aus, er erhob Einspruche dagegen, daß sich jemals zwischen ihn und sein Volk, einer zweiten Vorsehung gleich, „ein beschriebenes Blatt Papier", eine Verfassung, eindränge.

Die Abgeordneten dagegen verbanden mit dem Ausdrucke des Dankes für die Einberufung des Vereinigten Landtages eine Wahrung der durch die Verheißungen Friedrich Wilhelms III. erworbenen Rechte des preußischen Volkes auf eine den gesammten Staat umfassende ständische Verfassung. Und dieser Beschluß, den die Abgeordneten mit 487 gegen 107 Stimmen faßten, war nur das Ergebniß eines mit großer Mühe von dem Abgeordneten Alfred von Auerswald vorgeschlagenen Compromisses der einander entgegenstehenden Meinungen. Die Heißsporne der Versammlung hatten sofort nach der Thronrede des Königs unter Protest abreisen wollen, die Rheinländer hatten eine ins Einzelne eingehende Aufzählung der Rechte, welche König Friedrich Wilhelm III. seinem Volke versprochen, gewünscht.

Aber selbst die gemäßigte Haltung der Auerswald'schen Adresse, welcher, mit einziger Ausnahme des Thronfolgers des kinderlosen Königs, des Prinzen von Preußen, sogar die königlichen Prinzen zugestimmt hatten, erregte die höchste Unzufriedenheit des Königs, welcher glaubte, daß sein guter Wille verkannt werde und daß die Versammlung sich auf einer abschüssigen Bahn bewege. Seine Verstimmung wuchs noch mehr durch das sehr entschiedene Auftreten einzelner Redner und durch die Ablehnung, welche die wichtigsten Vorlagen der Regierung erfuhren. Eine Reihe ganz bedeutender Persönlichkeiten, bisher schon in den engeren Kreisen, denen ihre Wirksamkeit gegolten, hochgeschätzt, trat nun auf dem größeren Schauplatze, der sich ihrem Wissen, ihrem Charakter, ihrer Beredsamkeit eröffnete, vor die Augen der Angehörigen des preußischen Staates, ja der ganzen deutschen Nation; denn allenthalben in Deutschland war die Aufmerksamkeit durch die Vorgänge, die sich in Berlin abspielten, erregt, und wer politische Urtheilsfähigkeit besaß, mußte einsehen, daß hier ganz andere Kräfte mit einander rangen, ganz andere Interessen zur Entscheidung kamen, als in den Landtagen der Mittel- und Kleinstaaten. Es war kein Zweifel, die hervorragenden Redner gehörten alle der Oppositionspartei an. Damals zuerst las man in den

Zeitungen, hörte man in den Gesprächen die Namen der Männer nennen, die dann ein Jahrzehnt lang mit im Vordergrunde des öffentlichen Lebens in Preußen und Deutschland gestanden haben, um nur Einige zu nennen: der Rheinländer Camphausen, Beckerath, Hansemann, der Ostpreußen von Saucken und von Auerswald, vor allen Georg von Vinckes aus Westfalen, des ältesten Sohnes des hochverdienten Oberpräsidenten dieser Provinz, der mit der zähen Ausdauer, die dem westfälischen Volksstamme eigenthümlich ist, einen scharfen, kaustischen Witz und eine stets bereite Schlagfertigkeit verband, die ihn bald zu dem namhaftesten und gefürchtetsten Debatter machten. Für die Vorlagen der Regierung, welche die Opposition, an deren Spitze diese Männer standen, angriff, sprach, außer den in erster Reihe zu ihrer Vertheidigung berufenen Ministern, mit Wärme und Gewandtheit der Graf Arnim-Boitzenburg, während die anderen Redner der Regierungspartei sich mehr durch Gesinnungstüchtigkeit als durch Redegewandtheit auszeichneten. Unter ihnen befand sich auch, als eines der jüngsten Mitglieder des Vereinigten Landtages, der Deichhauptmann Otto von Bismarck-Schönhausen. Er erregte Aufmerksamkeit durch die Wärme und Entschiedenheit, mit welcher er seine Ansicht vertrat, daß die Befreiungskriege nicht für die innere Freiheit des Staates, sondern lediglich zur Abschüttelung des Joches der Fremdherrschaft geführt worden seien. Aber Niemand konnte aus seinem ersten politischen Auftreten schließen, daß es diesem Manne beschieden sein würde, dereinst eine so große Rolle in der Geschichte unseres Vaterlandes zu spielen.

Zu heftigen Debatten und schließlich zu einer vollkommenen Niederlage der Regierung führten die zwei wichtigsten Vorlagen, welche dem Vereinigten Landtage zugingen. Nach der einen sollte eine Zinsgarantie des Staates für Rentenbanken bewilligt werden, welche den Bauern die Mittel verschaffen sollten, die noch an die früheren Grundherren zu bezahlenden Geldentschädigungen für Ablösung von Frohnden und Lasten aufzubringen, die andere Vorlage verlangte die Genehmigung einer Anleihe von 30 Millionen Thalern zum Baue einer Eisenbahn von Berlin nach Königsberg.

Der Zweck, welchen beide Vorlagen verfolgten, entsprach vollständig den Wünschen der liberalen Abgeordneten. Durch die Einrichtung der Rentenbank konnte die durch die Reformen Steins und Hardenbergs begonnene Befreiung des ländlichen Eigenthums erst zur völligen Durchführung kommen und durch den Bau der Eisenbahn kam man einem Bedürfnisse der Zeit entgegen und befriedigte den lebhaften Wunsch einer Provinz, die sich noch nicht ganz von den Nachwehen der langen Kriegsjahre erholt hatte.

Aber die Bedenken der Opposition, Angesichts des Umstandes, daß alle Rechte, die sie forderte, bestritten wurden, die Vorlagen der Regierung zu genehmigen, wogen für sie schwerer als der Vortheil, den sie durch ihre Bewilligung dem Lande hätte zuwenden können. Mit überzeugender Klarheit und schneidiger Schärfe verfocht Vincke den Satz, daß der Vereinigte Landtag, welcher die nothwendigsten Rechte einer ständischen Vertretung entbehre, nicht in der Lage sei, Garantien zu übernehmen oder Anlehen zu bewilligen. Und mit großer Mehrheit trat die zweite Curie seinen Ausführungen bei; die erste Vorlage wurde mit 448 gegen 101, die zweite mit 360 gegen 179 Stimmen verworfen. Ja, auch die erste Curie, die doch mit ihren Anschauungen der Regierung viel näher stand, trug dem Könige den Wunsch nach regelmäßiger Berufung des Vereinigten Landtages und Beseitigung der Ausschüsse vor.

Aber nicht einmal diese bescheidenen Forderungen wollte der durch den Widerspruch der Abgeordneten aufgebrachte König erfüllen. Die

königlichen Botschaften, welche dem Vereinigten Landtage am 24. Juni zugingen, lehnten vielmehr die hierauf bezüglichen Anträge rundweg ab und verlangten sofortige Vornahme der Wahlen zu den Ausschüssen und zu der Staatsschuldendeputation.

Nur eine geringe Zahl von Abgeordneten der zweiten Curie (58), entschloß sich, dieser Forderung der Regierung ein einfaches Nein entgegenzusetzen. Der Wunsch, es möge der Vereinigte Landtag nicht in offenem Unfrieden mit der Regierung endigen, bewog sogar die Mehrheit (204), die Wahlen ohne Weiteres vorzunehmen, während eine dritte Gruppe (156) sich zwar ebenfalls an den Wahlen betheiligte, aber nur unter der ausdrücklichen und feierlichen Verwahrung, daß diese Ausschüsse keinerlei Handlungen vorzunehmen berechtigt seien, die, nach ihrer (der Protestirenden) Ansicht, nur dem Landtage selbst zuständen.

Der König war über diese Verwahrung eben so ungehalten wie über die Wahlverweigerung und zeigte seine Ungnade dadurch, daß er nach Breslau abreiste und den Schluß des Landtages dem Minister von Bodelschwingh übertrug, welcher in seiner Abschiedsrede am 26. Juni 1847 der Unzufriedenheit des Monarchen den entsprechenden Ausdruck gab.

So endete dieser mit schönen Hoffnungen begrüßte Vereinigte Landtag mit einem schrillen Mißklange. Der König war über die Abgeordneten erzürnt, diese sahen mißmuthig und ohne Vertrauen in die Zukunft, unter das Volk aber warfen die Reden, die bei den Landtagsverhandlungen gehalten wurden, einen Gährungsstoff, der nicht wieder verschwand und die öffentliche Meinung um so kräftiger durchdrang, als diese Verhandlungen eine Reihe bedeutender Talente, glänzender Redner und unbeugsamer Charaktere in den Vordergrund gestellt hatten, auf die man jetzt für die weiteren parlamentarischen Kämpfe, die ja nicht ausbleiben konnten, mit vertrauensvoller Zuversicht blicken durfte.

Dieser Gährungsprozeß aber, der sich in dem preußischen Staate vollzog, erhielt täglich neue Nahrung durch die Bewegung, welche die politischen Kreise in den übrigen Bundesstaaten ergriffen hatte und mit Hilfe der polizeilichen Vorbeugungsmittel, welche in den 1830er Jahren zur Anwendung gekommen waren, nicht mehr unterdrückt werden konnte. Diese Bewegung hatte mit Macht den bürgerlichen Mittelstand ergriffen und unterschied sich von den Bestrebungen der früheren Jahrzehnte sehr wesentlich dadurch, daß sie sich die Erreichung eines ganz bestimmten Zieles vorgesetzt hatte, nämlich die Erweiterung und Befestigung der bürgerlichen Freiheit auf dem Boden eines allmählig weiter auszubildenden Verfassungslebens und die Stärkung der nationalen Einheit. Dieses Ziel suchten nun freilich die verschiedenen Parteien auf verschiedenen Wegen zu erreichen, mit größerer oder geringerer Schnelligkeit, mit stärkerer Betonung der einen oder der anderen Seite des Allen vorschwebenden Ideales, der Einheit oder der Freiheit.

Von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform der Bundesverfassung und der Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten waren die gemäßigt Liberalen ebenso lebhaft durchdrungen wie die Radikalen. Nur daß jene durch ruhige und stätige Entwickelung und allmählige Umgestaltung der bestehenden Zustände erstreben wollten, was diese auf ein Mal durch eine sofortige Umwälzung zu erreichen wünschten.

Beide Richtungen entfalteten, ihrerseits eben so sehr von den Vorgängen in Preußen beeinflußt, als sie auf deren Gestaltung nicht ohne Einwirkung geblieben waren, eine umfassende Thätigkeit zur Verbreitung ihrer Ideen und Forderungen, vorzugsweise in der Presse, mit großer Lebhaftigkeit aber auch in den Kammern der Einzelstaaten und in größeren und kleineren

Versammlungen, welche die Regierungen nicht mehr zu verhindern vermochten. Der Radikalismus, der bei seinen Agitationen den Hauptwerth auf eine gründliche Umgestaltung der inneren Verhältnisse der Bundesstaaten legte, trat am Entschiedensten und Lautesten in dem Grenzlande Baden auf, wo sich die Einflüsse des Auslandes, Frankreichs und der Schweiz, am lebhaftesten geltend machten. Er verfügte über zahlreiche Stimmen in der badischen zweiten Kammer, und eine Reihe einflußreicher Abgeordneten derselben stand an der Spitze einer großen Volksversammlung, welche im September 1847 zu Offenburg die weitgehenden Wünsche der Partei zum Ausdrucke brachte. Sie verlangte Preß- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte in allen deutschen Ländern und endlich auch Einführung einer Volksvertretung am Bunde.

Diese letzte Forderung bildete dagegen den Hauptsatz in dem Programme der gemäßigt Liberalen, welche eine zufriedenstellende Neugestaltung der politischen Verhältnisse nur dann erwarteten, wenn eine Verstärkung der Bundescentralgewalt stattgefunden hätte. In einer Versammlung zu Heppenheim im October 1847 wurde daher von Abgeordneten des preußischen Vereinigten Landtages, sowie der Kammern von Wirtemberg, Baden, Hessen und Nassau lediglich die Frage erörtert, wie diese Verstärkung erfolgen könne. Man einigte sich dahin, daß zunächst an die Kammern der Einzelstaaten Anträge auf Berufung eines deutschen Parlamentes gestellt werden sollten.

Die Tendenzen, welche in dieser Heppenheimer Versammlung zur Geltung gekommen waren, fanden eine beredte und gewandte publizistische Vertretung in einem im Jahre 1846 zu Heidelberg gegründeten politischen Blatte, der „Deutschen Zeitung“, welche unter der Redaction des berühmten Geschichtsschreibers Georg Gottfried Gervinus erschien und in der eine Reihe der hervorragendsten Männer aus dem Norden und Süden Deutschlands in gediegenen Aufsätzen ihre Meinungen niederlegten, ihre Erfahrungen verwertheten, die öffentliche Meinung ihrer Mitbürger über die wichtigen Fragen, deren Lösung die nächste Zeit bringen mußte, aufzuklären suchten.

Georg Gottfried Gervinus.

Das Jahr 1847, welches durch den Zusammentritt des Vereinigten Landtages in Preußen, wie durch die Fortschritte der liberalen und nationalen Bestrebungen in fast allen deutschen Ländern für die weitere Gestaltung des öffentlichen Lebens in Deutschland von so hervorragender Bedeutung war, sollte indeß nicht zu Ende gehen, ohne auch denjenigen deutschen Bundesstaat, der bisher von den liberalen und nationalen Strömungen am wenigsten berührt worden war, das Königreich Baiern, in die allgemeine Bewegung hereinzuziehen.

Dort hatte, unter dem Schutze des Staatsministers von Abel und seiner gleichgesinnten Collegen, der Ultramontanismus fast zehn Jahre

lang eine schrankenlose Herrschaft ausgeübt und in dem paritätischen Staate dem katholischen Bekenntnisse die Rechte der ausschließlich geltenden Staatsreligion zu erobern verstanden. Die von Abel gewünschte Errichtung von Jesuitenklöstern war zwar an dem hartnäckigen Widerspruche des Königs gescheitert, allein auch ohne das Bestehen klösterlicher Niederlassungen waren die Jesuiten und ihr Anhang in Baiern übermächtig. Die klerikalen Tendenzen wurden dem Könige erst verdächtig, als man versuchte, über die Zugeständnisse hinaus, die er der Kirche freiwillig gemacht hatte, die Rechte der Curie in einer Weise auszudehnen, welche die Rechte der Krone, an denen Ludwig I. unbeugsam festhielt, zu verletzen drohte. Ein Antrag des Bischofs von Augsburg in der Kammer der Reichsräthe, darüber abzustimmen, ob in streitigen Fällen die Verfassung oder das Concordat den Vorzug verdiene, öffnete dem Könige vollends die Augen über die letzten Ziele der klerikalen Partei. Unter solchen Umständen hatte das Ministerium Abel bei der Sinnesart des Königs, der von einem Extrem zum anderen überzuspringen liebte, seine plötzliche und wenig ehrenvolle Entlassung zu gewärtigen. Dem gewandten Leiter des Ministeriums gelang es aber, diese drohende Gefahr in einen Triumph seiner Person und Partei zu verwandeln und statt in Ungnaden gestürzt zu werden, in der rühmlichsten Weise seine Enthebung vom Amte zu verlangen.

So lange König Ludwig der Kirche jede Forderung erfüllt hatte, war weder von dem Ministerium Abel noch von der ultramontanen Partei sein vertrautes Verhältniß zu der schönen spanischen Tänzerin Lola Montez beanstandet worden, die seit October 1846 in München verweilte. Erst als sich in der Stellung des Königs eine den Ultramontanen ungünstige Wendung vollzog, die sich äußerlich durch Errichtung eines besonderen Cultusministeriums ausdrückte, dessen Geschäfte dem Minister des Innern von Abel abgenommen wurden, zeigte sich bei den Ultramontanen Entrüstung über den längst offenkundigen Scandal. Und als der König von Abel verlangte, daß der Tänzerin das bairische Staatsbürgerrecht und der Adel verliehen werde, forderte der Minister seine Entlassung und ging ab, begleitet nicht nur von der Bewunderung seiner Freunde, sondern auch von der Anerkennung derjenigen, die sein Regierungssystem bisher auf das Heftigste befehdet hatten.

Die lauten Huldigungen der Freunde führten, als einige dabei betheiligte Professoren der Universität München zur Strafe in den Ruhestand versetzt wurden, zu lärmenden Demonstrationen der Studenten gegen den König und Lola Montez, die bald größeren Umfang annahmen, als der König in das neue Ministerium, das Abels leidenschaftlicher Gegner, der Fürst von Oettingen-Wallerstein, bildete, den Staatsrath Berks berief, der allgemein als ein Günstling der Lola galt, die nun überhaupt erst begann, ihren Einfluß auf den König zu directen Eingriffen in Staatsangelegenheiten zu mißbrauchen. Bei der Beerdigung des Professors Josef Görres (gest. am 29. Januar 1848), der in der Bekämpfung der Tänzerin die alte Energie, die diesen kampflustigen Geist von jeher ausgezeichnet, von Neuem bethätigt hatte, kam es zu neuen Ruhestörungen, die den König zur Schließung der Universität veranlaßten. Gegen diesen Beschluß aber erhob die Bürgerschaft von München laute Einsprache, und die schon seit geraumer Zeit durch die Erhöhung des Bierpreises erbitterten niederen Volksklassen zogen lärmend und drohend durch die Straßen der Hauptstadt. Da entschloß sich der König nachzugeben, ließ die Vorlesungen an der Universität wieder eröffnen und verwies die Tänzerin des Landes.

In ruhigen Zeiten hätte damit wohl die ganze

Bewegung, die, von der Hauptstadt ausgehend, doch auch die anderen Theile des Königreiches Baiern vielfach erregt hatte, ihr Ende gefunden. Im Beginne des Jahres 1848 aber ließ sich eine Erregung der Massen nicht auf ein lokales Interesse beschränken, sondern in die Rufe der Entrüstung gegen Lola Montez, in welche die Angehörigen aller politischen Richtungen einstimmten, mischten sich bald andere Klänge: die allgemeinen Freiheits- und Einheitsideen fanden in den lebhaften Verhandlungen, die auf der Straße und in den Schenken über die Tagesfrage geführt wurden, mehr oder minder beredte Vertreter, die öffentliche Meinung in Baiern beschäftigte sich eifrig mit der Erörterung der Mittel, welche gegen die Wiederkehr solcher Zustände, zugleich aber auch gegen die Ernennung eines von jesuitischen Tendenzen geleiteten Ministeriums zur Anwendung gebracht werden könnten. Die Erregung der Gemüther blieb eine dauernde, das Mißtrauen des Volkes war geweckt, und lärmende Straßenaufläufe, die in einem Falle zu dem erwünschten Ergebnisse geführt hatten, konnten sich bei dem nächsten Anlasse mit demselben Erfolge wiederholen.

So waren denn fast alle Länder des deutschen Bundes in fieberhafter Stimmung, beherrscht von dem Gefühle der Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände, gierig nach Einführung umfassender Umgestaltungen, durchdrungen zugleich von der Nothwendigkeit eines festeren Zusammenschlusses der einzelnen Theile des Bundes, als am 24. Februar 1848 die Nachricht Europa durcheilte, daß in Paris eine Revolution ausgebrochen sei, daß der König Louis Philipp die Regierung niedergelegt und die Flucht ergriffen habe, eine Nachricht, der am 25. Februar die Kunde von der Ausrufung der Republik auf dem Fuße folgte.

Der Eindruck dieser Nachricht war fast überall in Deutschland von einer beinahe augenblicklichen Wirkung, und zwar war diese Wirkung um so heftiger, weil die Pariser Neuigkeit in allen größeren Städten Deutschlands, Dank dem vor Kurzem erst eingeführten elektrischen Telegraphen, nahezu gleichzeitig bekannt wurde.

Am Schnellsten und Lebhaftesten wurde durch sie das Großherzogthum Baden berührt, das nicht nur als Grenzland an und für sich für die Einflüsse Frankreichs am zugänglichsten war, sondern wo auch die in Paris zum Siege gelangten Ideen einen zu ihrer Aufnahme besonders wohl vorbereiteten Boden fanden. Die radikale Partei wartete schon seit geraumer Zeit, unter der Führung des begabten, besonders auch als Redner hervorragenden Abgeordneten Friedrich Hecker und seines Gesinnungsgenossen Gustav Struve, sehnsüchtig des Augenblickes, da es ihr vergönnt sein werde, ihre Ideale zu verwirklichen, und die gemäßigten Liberalen hatten, in Verwirklichung der zu Heppenheim getroffenen Verabredungen, drei Wochen vor dem Ausbruche der Pariser Februarrevolution und mit Bezug darauf, daß sich „an der Seine und an der Donau die Tage neigen", durch Friedrich Bassermann in der zweiten Kammer die Einführung einer Volksvertretung am Bunde verlangen lassen. Unter dem ersten Eindrucke der Pariser Nachrichten hielt der Abgeordnete von Itzstein schon am 27. Februar in Mannheim eine große Volksversammlung ab, welche vier Forderungen aufstellte, die von da an, den zwölf Artikeln der Bauern des 16. Jahrhunderts vergleichbar, das Programm der liberalen Parteien Deutschlands bildeten und überall, wo das erregte Volk den Regierungen gegenübertrat, als die Grundlagen der zu schaffenden neuen Zustände bezeichnet wurden. Diese vier Forderungen waren: Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und ein deutsches Parlament. An diese vier Punkte schlossen sich natürlich noch andere Forderungen an, die nach den verschiedenen örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen formulirt wurden. Die Regierungen, erschüttert durch die Katastrophe, in der das französische Königthum fast widerstandlos unterlegen war, erschreckt durch die Plötzlichkeit und Allgemeinheit der Bewegung, versuchten kaum ernstlich derselben entgegenzutreten. In Karlsruhe und Darmstadt, in Wiesbaden und Stuttgart, in Kassel und Hannover, in Dresden und Weimar wiederholten sich im Wesentlichen dieselben Vorgänge. Die erregten Volksmassen zogen vor die Residenzschlösser, volksthümliche Männer verlangten im Namen des Volkes Entfernung der unbeliebten Minister, Erfüllung der Forderungen der Liberalen und fanden überall rasches Entgegenkommen. Die Führer der bisherigen Opposition wurden zu Ministern ernannt und an die Stelle des Tumultes traten nun Freudendemonstrationen der Massen, Fackelzüge, Beleuchtungen, während die neuen Minister sich beeilten, den Kammern Gesetzentwürfe zur Durchführung der sogenannten „März-Errungenschaften" vorzulegen.

An einigen Orten freilich ging es doch nicht ganz so glatt und einfach ab, im badischen und hessischen Odenwalde griffen die Bauern zu den Waffen, rückten vor die Schlösser der Grundherrschaften, verjagten die erschreckten Besitzer und verbrannten die Archive, welche die Zinsbücher und andere Urkunden enthielten, in denen die Lasten der Bauern verzeichnet waren. Doch nahm diese Bewegung keinen größeren Umfang an und konnte durch militärisches Einschreiten leicht unterdrückt werden.

Einigermaßen weiter gingen die unmittelbaren Folgen der Märzaufstände in München, wo König Ludwig bei der Bewilligung der Forderungen seines Volkes einen starken Accent auf die nationale Seite der Bewegung legte, sich bereit erklärte, „Alles für Teutschland" zu thun, als aber, nachdem auch hier dem ersten Begeisterungstaumel der Bevölkerung durch Beleuchtungen und dergl. Genüge geschehen war, die Straßencrawalle fortdauerten und sogar die des Landes verwiesene Lola neuerdings als Schreckgebilde heraufbeschworen wurde, am 20. März die Krone zu Gunsten seines Sohnes Maximilian II. niederlegte.

Einen ernsteren und bedeutsameren Charakter als in den Mittel- und Kleinstaaten nahm die revolutionäre Bewegung in den beiden deutschen Großstaaten und ihren Hauptstädten an.

In Oesterreich war die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen eine allgemeine, konnte jedoch öffentlichen Ausdruck nur in den Verhandlungen des ungarischen Reichstages finden. Der aufregende Ton dieser Verhandlungen, in denen der Abgeordnete Kossuth die schärfsten Worte sprach, verbunden mit der trostlosen Lage der Staatsfinanzen, mit dem Darniederliegen aller Handels- und Industriezweige und mit den offenkundigen Losreißungstendenzen, die in der Lombardei und in Venetien herrschten, erweckte auch in den deutschen Provinzen des Kaiserstaates den lebhaften Wunsch, daß an die Stelle des bankbrüchig gewordenen Absolutismus eine die weitesten Kreise zur Mitwirkung an den Staatsgeschäften heranziehende Repräsentativ-Verfassung trete. Hierauf bezügliche Wünsche wurden von verschiedenen Deputationen: der Studenten, des juridisch-politischen Lesevereines, des Gewerbevereines zu Wien dem Kaiser vorgetragen. Durch einen Volksauflauf wurde am 13. März 1848 auch der österreichische Landtag genöthigt, sich diesem Verlangen anzuschließen, sich in corpore in die Hofburg zu begeben und dasselbe bei dem Kaiser zu vertreten. Indeß ward unter dem Volke das Stichwort ausgegeben, daß einzig und allein die Abdankung Metternichs bessere Zustände herbeiführen könne; dieß Stichwort, von Tausenden wiederholt, drang bis in die Säle der „Staatsconferenz", wo der Staatskanzler mit dem Erzherzog Ludwig zu Rathe ging, was zu

thun sei; es ward so oft und laut gerufen, daß Metternich es als das Beste erkannte, dieser Stimme des Volkes zu gehorchen. Die Kunde seiner Entlassung wurde mit unendlichem Jubel begrüßt, gleicher Jubel ertönte, als die Aufhebung der Censur, die Begründung einer Nationalgarde verkündet ward, obwohl kein Liberaler in das Ministerium berufen und nur eine Versammlung von Vertretern der Provinzialstände zur Berathung einer Constitution in Aussicht genommen wurde. Den leichtblütigen Wienern, die sich gewöhnt hatten, in Metternich die Verkörperung des bösen Principes in der Staatsleitung zu erblicken, schien das Wesentliche geschehen, weil wenigstens Metternich beseitigt war.

In denselben Tagen, da in den Residenzen der Mittel- und Kleinstaaten und in Wien die bisher herrschenden Mächte durch die Vertreter der modernen Freiheitsideen verdrängt wurden, begann auch in Berlin die Gährung, welche in den eigentlich politischen Kreisen seit der Tagung des Vereinigten Landtages bestand, sich immer weiter und weiter bis in die untersten Schichten der Bevölkerung zu verbreiten. Sie wurde genährt durch die Nachrichten, die von auswärts eintrafen, auch aus Städten in verschiedenen preußischen Provinzen, wo ebenfalls die zeitgemäßen Forderungen mehr oder weniger geräuschvoll zum Ausdrucke gebracht worden waren.

Die Kunde, daß der König den seit dem 17. Januar zur Begutachtung eines Strafgesetzbuches tagenden Ausschüssen am 6. März die regelmäßige Berufung des Vereinigten Landtages verheißen, daß er wenige Tage später den Landtag in der That auf den 17. April einberief, wurde in den Straßen der Hauptstadt, in den besuchtesten Schenklokalen, in den zahlreich zusammentretenden und von den Behörden stillschweigend geduldeten Volksversammlungen ebenso lebhaft besprochen, wie die Mittheilung, daß Friedrich Wilhelm IV. bei Oesterreich eine umfassende Bundesreform angeregt und die deutschen Fürsten zu einer Conferenz in Dresden eingeladen habe, um dort eine Reihe freisinniger Einrichtungen für alle Bundesstaaten zu berathen. Aber diese Botschaften verfehlten jetzt bereits ihren Zweck; jetzt wurde schon mehr als solche immerhin noch weit aussehende Versprechungen gefordert. Die Unruhe in den Straßen der Hauptstadt nahm zu, den Volksmassen, die sie durchzogen, begegneten vielfach in unsanfter Berührung militärische Patrouillen, die zur Aufrechthaltung der Ordnung aufgeboten waren. Am 15. und 16. März, da die Nachricht von der Revolution in Wien verbreitet worden war, kam es in der Nähe des Schlosses zu heftigen Zusammenstößen, bei denen das Militär von den Waffen Gebrauch machte, das Volk Todte und Verwundete am Platze ließ.

In diesem ernsten Augenblicke beschloß der König, im Einvernehmen mit seinem ältesten Bruder, dem Prinzen von Preußen, eine Reihe wichtiger Zugeständnisse zu machen. Der Prinz, der in den Augen der Volksführer als die Seele des Widerstandes gegen die modernen Ideen galt, reiste nach London ab, Friedrich Wilhelm IV. erließ am 18. März ein Patent, durch welches der Landtag schon auf den 2. April einberufen und außerdem Aufhebung der Censur, Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit einem Parlament und Einführung von Constitutionen in allen Einzelstaaten als Programm der preußischen Regierung angekündigt wurde.

Allgemein war die Zufriedenheit, welche dieses Patent des Königs hervorrief. Bald nach Mittag sammelten sich Tausende um das Schloß, dem Könige ihren Dank auszudrücken. Das Schloß war von Truppen umstellt. In den Jubel der Massen mischten sich Rufe nach Entfernung des Militärs. Während noch über eine Form verhandelt wurde, in welcher ein Rückzug der Truppen ohne Preisgebung der königlichen Autorität stattfinden könne, kam es zwischen den Truppen und den andrängenden Volksmassen zu Reibungen. Da fielen plötzlich aus den Reihen der Soldaten zwei Schüsse, die zwar Niemand verletzten, aber in den dichten Volksmassen panischen Schrecken und die Meinung verbreiteten, daß sie verrathen seien.

Als das Wuthgeschrei der Menge ertönte, gaben die Befehlshaber der Truppen, welche ernste Gefahr für den König fürchteten, Befehl, das Volk aus einander zu treiben, Gewehrsalven ertönten, Reiterei sprengte unter die Fliehenden. Aber da und dort begannen nun diese, sich zur Wehre zu setzen, Barrikaden wurden gebaut, aus den Häusern ward auf die vorrückenden Truppen geschossen, die Waffenläden wurden geplündert, Fabrikarbeiter schlugen mit Eisenstangen drein. Bis tief in die Nacht währte der erbitterte Kampf, die Truppen begannen zu ermüden, ihr Befehlshaber, General von Möllendorf, war in die Hände der Aufständischen gefallen. Da entschloß sich der König am Morgen des 19. März, den Kampf einzustellen. Die Truppen wurden zurückgezogen, die unbeliebten Minister entlassen, Graf Arnim-Boytzenburg, von Auerswald und Graf Schwerin zu Ministern ernannt, die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr ward zugestanden.

Aber die durch diesen Erfolg übermüthig gewordene Menge begnügte sich nicht mit diesen Zugeständnissen. Sie zog mit den Leichen der im Straßenkampfe Gefallenen vor das Schloß und nöthigte durch ihr Geschrei den König mit der Königin auf den Balcon herauszutreten und entblößten Hauptes den Vorbeimarsch mit anzusehen. Am Abende feierte eine allgemeine Beleuchtung die Errungenschaften der letzten Tage.

Am 20. März ertheilte der König für alle politischen Vergehen Begnadigung, die in erster Reihe den wegen eines 1846 versuchten Aufstandes in der Provinz Posen verurtheilten Polen zu Gute kam. Diese, ihr Anführer Mieroslawski an der Spitze, wurden im Triumphe durch die Straßen Berlins geführt. Durch diese bewegte sich am 21. März ein anderer Zug. Der König, der am Morgen dieses Tages einen Aufruf an die deutsche Nation erlassen hatte, in welchem er sich dem deutschen Volke in diesen schwierigen Zeiten als Führer anbot, ritt, umgeben von einem glänzenden Gefolge, das, wie er selbst, mit schwarz-roth-goldenen Bändern geschmückt war, und unter Vortragung einer schwarz-roth-goldenen Fahne, durch seine Hauptstadt und sprach, wie er es liebte, zu dem Volke, das sich in dichten Gruppen um ihn drängte. Die Anrede als „Kaiser von Deutschland", die aus der Menge laut ward, wies der König entschieden zurück; er wolle sich kein Recht anmaßen, erklärte er wiederholt und keine Krone beanspruchen, nur für die Stunde der Gefahr wolle er an die Spitze des deutschen Volkes treten, Preußen werde fortan in Deutschland aufgehen.

Die Berliner waren von dieser eigenartigen Scene für den Augenblick enthusiasmirt, in den anderen deutschen Staaten aber erregte sie den Hohn und Unwillen der Demokraten, das Mißtrauen der Regierungskreise. Und bald genug ward auch in Preußen die Stimmung wieder ernüchtert und die Meinung gewann die Oberhand, daß die Einführung der verheißenen Verfassung für den preußischen Staat ungleich wichtiger sei als das von Friedrich Wilhelm IV. doch auch nur sehr unklar aufgefaßte Verhältniß Preußens zu dem übrigen Deutschland.

Für Berlin schloß dieser erste Act der Revolution von 1848 mit der feierlichen Beerdigung der am 18. März Gefallenen, die am 22. März in dem Friedrichshaine bestattet wurden. Die würdige Haltung, welche die zu dieser Leichenfeier herbeigeströmten Zehntausende beobachteten, ließ

die Wiederkehr ruhiger und geordneter Zustände hoffen.

Zu spät war der Entschluß des Königs von Preußen ausgesprochen worden, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen. Was vor einigen Wochen noch von dem lauten Jubel der liberalen Parteien begrüßt worden wäre, schien jetzt Vielen werthlos, den Einen, weil nun auch Preußen dem ersten Ansturm der Revolution erlegen war und in den Fährlichkeiten der Zeit keinen sicheren Halt darbot, den Anderen, weil sie die nationale Haltung des Königs lediglich als einen von der Nothlage des Augenblickes eingegebenen Versuch betrachteten, die weiteren Erfolge der Revolution zu verhindern. Durch sein Zögern war für den preußischen Staat, für den Augenblick wenigstens, die Möglichkeit verscherzt, die Führung der Nation zu übernehmen, andere Elemente hatten sich dieser Aufgabe bemächtigt.

Am 5. März 1848 schon hatten sich 51 liberale Männer aus den süddeutschen Staaten in Heidelberg versammelt und zum 30. März alle früheren oder gegenwärtigen Mitglieder deutscher Landtage zu einem Vorparlamente nach Frankfurt geladen, welches die Mittel und Wege aufsuchen sollte, Deutschland eine neue Verfassung zu geben.

Der Bundestag war durch die Märzbewegung in seinen Grundvesten erschüttert worden; schon am 3. März hatte er die Erklärung abgegeben, daß er den Regierungen anheimstelle, Preßfreiheit einzuführen; am 9. März beschloß er, die bis dahin so schwer verpönten Farben schwarz-roth-gold als die offiziellen Farben des deutschen Bundes anzuerkennen, am 10. März erbat er sich die Verstärkung seines Collegiums durch 17 Vertrauensmänner der Bundesregierungen, um mit diesen eine Durchsicht der Bundesverfassung vorzunehmen. Gleichzeitig hatten auch die Regierungen sich beeilt, die mißliebigen Personen, durch welche sie bisher in Frankfurt vertreten waren, abzuberufen und durch volksthümliche Männer zu ersetzen, so daß in der That gegen Ende März der Bundestag mit seinen Vertrauensmännern eine Reihe der hervorragendsten und leistungsfähigsten Politiker Deutschlands in sich vereinigte. Aber die Einrichtung selbst war zu sehr in Mißcredit gerathen, als daß es jetzt möglich gewesen wäre, sie zu einem lebensfähigen Organe zur Leitung der Nation zu machen.

Am 31. März trat das Vorparlament in Frankfurt zusammen. Es mag als ein Beweis der gewaltigen Kraft der nationalen Bewegung gelten, daß auf die Einladung einer Anzahl angesehener Privatpersonen, die aber dazu keinerlei amtliche Ermächtigung hatten, aus allen Theilen Deutschlands Abgeordnete zusammenströmten, und daß die Beschlüsse, welche dieses Vorparlament in seinen Sitzungen bis zum 4. April faßte, sämmtlich von dem Bundestage und den Einzelregierungen anerkannt wurden. Es galt zunächst, durch das allgemeine Stimmrecht eine deutsche Nationalversammlung, ein Parlament zu bilden und diesem die den Anschauungen der Gegenwart entsprechende Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung als wichtigste Aufgabe zur Lösung vorzulegen. Zur Wahrung und Förderung der nationalen Interessen bis zum Zusammentritte des Parlamentes wählte das Vorparlament, im Einvernehmen mit dem Bundestage, einen Ausschuß von 50 Männern, an dessen Spitze der badische Abgeordnete von Soiron stand und welchem vornehmlich Persönlichkeiten von liberaler, aber entschieden monarchischer Gesinnung angehörten.

Auf solche Weise vertrat der sogenannte Fünfziger Ausschuß nicht alle Parteien, die in dem Vorparlamente getagt hatten. Denn dort hatten auch die Republikaner versucht, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen, zunächst die Permanenzerklärung der bunt genug zusammengewürfelten Versammlung zu erwirken. Als sie sich nach

Ablehnung dieses Antrages auch aus dem Fünfzigerausschusse ausgeschlossen sahen, verließen die republikanisch gesinnten Abgeordneten die Versammlung und beschlossen, vorerst in jenem Theile Deutschlands, der ihnen dazu am geeignetsten schien, dem auch ihre Führer Hecker und Struve angehörten, in dem Großherzogthum Baden, die Republik auszurufen. Daß ihre Absicht mißlang, obwohl das langgestreckte Grenzland seit Jahren systematisch unterwühlt und der Gefahr ausgesetzt war, die Anhänger des Umsturzes durch Zuzug aus dem Elsaß und der Schweiz verstärkt zu sehen, während ein Theil der badischen Truppen schon vom Geiste zuchtloser Meuterei angesteckt war, das war wesentlich das Verdienst des badischen Abgeordneten Karl Mathy, der, von Jugend auf ein entschlossener Vertreter liberaler Ideen, in der republikanischen Bewegung das unheilvolle Bestreben erblickte, sein Heimathland von dem übrigen Deutschland zu trennen, und die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung als die wichtigste Frage des Augenblickes erkannte. Während die von der badischen Regierung herbeigerufenen Bundestruppen aus Baiern und Wirtemberg zögerten, die Grenzen Badens zu überschreiten, in der Furcht, sich einem ihren verfügbaren Kräften überlegenen bewaffneten Widerstande der Bevölkerung gegenüber zu befinden, erstickte Mathy den Aufstand, der in der That im Seekreise auszubrechen drohte, im Keime, indem er den volksthümlichsten und zum Aeußersten entschlossenen republikanischen Agitator Josef Fickler am Bahnhofe in Karlsruhe in dem Augenblicke verhaften ließ, als dieser eben den Bahnzug besteigen wollte, um in den Seekreis zu reisen.

Dieses fähigen Führers beraubt, entbehrte der um die Mitte des April 1848 von Hecker, Struve und Anderen, die ungestört nach Konstanz gekommen waren, entzündete Aufstand nachhaltiger Kraft. Badische und hessische, bairische und wirtembergische Truppen warfen in mehreren Gefechten die Schaaren der Aufständischen zurück, und die Flüchtigen eilten, das Elsaß und die Schweiz wieder zu erreichen, wo sie zunächst persönliche Sicherheit fanden, aber auch in Bereitschaft blieben, jeden passenden Augenblick zu einem abermaligen Einfall in das den fremden Einflüssen fast wehrlos ausgesetzte Grenzland zu benutzen.

Karl Mathy.

Während so der erste Versuch, die bestehende staatliche Ordnung aufzulösen, durch die Pflichttreue und Tapferkeit deutscher Truppen vereitelt wurde, nicht ohne daß einer der hervorragendsten Männer der Nation, der General Friedrich von Gagern, der, aus holländischen Diensten herbeigeeilt, die badischen und hessischen Truppen befehligte, in der Erfüllung der freiwillig übernommenen Pflicht den Heldentod fand, beriethen die dem Bundestage beigegebenen Vertrauensmänner über den Entwurf einer der Nationalversammlung vorzulegenden Verfassung.

Die Ausarbeitung des Entwurfes war dem Professor Dahlmann übertragen, der in wenigen

Wochen ein Werk vorzulegen im Stande war, das sich durch Klarheit, Gediegenheit und Kürze auszeichnete. Für die eine Seite der zu lösenden Aufgabe war durch das Vorparlament eine feste Grundlage geschaffen, indem dasselbe ein gewisses Maß von Freiheiten und Rechten bezeichnet hatte, welches die zu erstrebende Neugestaltung der

Dahlmann.

deutschen Verfassung dem Volke unbedingt sichern mußte; auch war die freiheitliche Strömung, welche ganz Europa durchzog, so stark, daß ein nennenswerther Widerspruch gegen diesen Theil des Entwurfes von den Regierungen nicht zu erwarten war. Anders stand es mit der ungleich wichtigeren und schwerer zu lösenden Frage, wie in Zukunft die Centralgewalt des deutschen Bundes zu gestalten sei. Dahlmann hielt die Lösung dieser Frage einzig und allein auf dem Wege für möglich, daß ein erbliches Kaiserthum geschaffen und mit der Krone des größten deutschen Staates, Preußen, verbunden werde; daß Oesterreich dazu nicht berufen sei, war für jeden klar Sehenden deutlich, da in diesem Augenblicke allgemeiner Gährung und Zersetzung mehr als je auf offener Hand lag, daß Oesterreich durch die Interessen seiner außerdeutschen Gebietstheile in ungleich höherem Grade als durch jene seiner deutschen Provinzen geleitet werde.

Aber diese Anschauung und der entsprechende Antrag Dahlmanns begegnete schon in der Mitte der 17 Vertrauensmänner heftigem Widerspruche, indem die Einen an der Erblichkeit der Kaiserwürde, die Anderen an ihrer Uebertragung an Preußen Anstoß nahmen.

Noch lebhafter traten die sich schon hier ankündigenden Gegensätze hervor, als der Entwurf, welchen die 17 Vertrauensmänner am 26. April dem Bundestage überreicht hatten, von diesem veröffentlicht und somit der Kritik der ganzen Nation unterbreitet wurde.

Die Ansichten sowohl der Regierungen, als der öffentlichen Meinung, soweit dieselbe in der Presse und in den Beschlüssen politischer Vereine und Versammlungen zu Tage trat, gingen nach allen Richtungen aus einander. Von keiner Seite stand ein bestimmter, klar ausgesprochener Entschluß, wie man sich zu dieser wichtigen Frage stellen wolle, fest, als der Tag der Eröffnung der constituirenden deutschen Nationalversammlung herannahte.

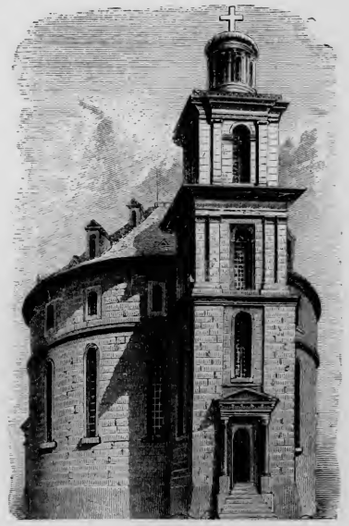
Die Stimmung des ganzen deutschen Volkes war immer noch, wie in den ersten Tagen der Bewegung, eine gehobene. Die besten Männer der Nation glaubten die Ideale ihrer Jugend, für welche viele von ihnen gekämpft und gelitten hatten, der Verwirklichung nahe. Sie glaubten an die Dauer freiheitlicher Einrichtungen auf

allen Gebieten des Staatslebens, an eine unlösliche Verbindung der Freiheit mit der festen Ordnung des Staates, sie hofften auf ein Wiederaufleben der alten deutschen Herrlichkeit und Macht, auf ein durch den Willen der ganzen Nation zu schaffendes deutsches Kaiserthum. Sie sahen nicht ohne Sorge die Ausschreitungen, zu denen da und dort die Massen durch radikale Parteiführer sich hatten fortreißen lassen; aber sie waren des festen Glaubens, daß der gute Geist der Nation, wenn sie sich nur erst von der aufrichtigen Freisinnigkeit der Regierungen überzeugt hätte, über solche Verirrungen Herr bleiben werde. Nicht so einmüthig freilich waren sie in der Entscheidung der Frage, wie die Centralgewalt geordnet werden solle. Gemüthliche Regungen, provinzielle Interessen, anerzogene Vorurtheile, all das wirkte zusammen, um auf diesem Gebiete die Geister zu verwirren und die so wünschenswerthe Einmüthigkeit zu verhindern.

Aber die hoffnungsreiche Stimmung des Augenblickes ließ vorerst diese großen Schwierigkeiten in den Hintergrund treten gegenüber dem beglückenden Bewußtsein, daß die Vertreter der ganzen Nation nun zum ersten Male berufen seien, die weitere Gestaltung des Vaterlandes zu berathen.

Von den Gestaden der Nord- und Ostsee bis herauf in die entlegensten Hochthäler der österreichischen Alpen, von den Ufern des Rheines bis an die russische Grenze wehten von den Thürmen die schwarz-roth-goldenen Fahnen, erklangen durch die Straßen die vaterländischen Lieder. Ueberall drängte sich das Volk zu den Wahlurnen, einzig und allein von dem Gedanken beseelt, daß es nun gelte, zu dem neuen Aufbau eines großen, mächtigen und einigen deutschen Reiches den Grundstein zu legen.

Und es war ein großer und hoffnungsreicher Augenblick, als am Nachmittage des 18. Mai 1848 zu Frankfurt am Main 3—400 deutsche Männer sich im Kaisersaale des Römers versammelten und von da, entblößten Hauptes, in feierlichem Zuge, während die Glocken der Kirchen erklangen und die Kanonen donnerten, begrüßt von dem Jubel einer nach Tausenden zählenden begeisterten Volksmenge, nach der Paulskirche zogen, wo der constituirenden deutschen Nationalversammlung eine würdige Stätte bereitet war.



Die Paulskirche.

Diese Männer glaubten an eine große Zukunft unseres Vaterlandes, sie waren entschlossen, das Ihrige zu thun, nach bestem Wissen und Gewissen, um die Grundlagen zu schaffen, auf denen der Neubau des deutschen Reiches sich stark und fest erheben solle, aber die meisten von ihnen waren in einem verhängnißvollen Irrthume befangen. In idealer Gesinnung glaubten sie, daß die Kraft der nationalen Bewegung stark

genug sei, alle Hindernisse aus dem Wege zu schaffen, die sich der Neugestaltung Deutschlands entgegenstellen würden; sie verkannten, daß zur Begründung dieses Werkes allerdings die Begeisterung der Nation ein unentbehrlicher, aber nicht der einzige Faktor sei, daß vielmehr diese Begeisterung nur dann fruchtbar sein könne, wenn sie sich mit der leitenden Macht eines Staates verbände. Dahlmann und seine Freunde hatten dies richtig erkannt und darum die Erblichkeit der Kaiserwürde und ihre Verbindung mit der Krone Preußen beantragt. Aber die Nationalversammlung versäumte es, sich, ehe sie ihr Werk begann, der Zustimmung der preußischen Regierung zu versichern, indem ein Theil ihrer Mitglieder des Glaubens war, daß die Mitwirkung derselben überflüssig sei, ein anderer, daß sie durch die Macht der nationalen Begeisterung mit fortgerissen werden würde.

Im Mai 1848, da Oesterreich durch den Aufstand in Ungarn und Italien vollauf beschäftigt, gänzlich unfähig war, gegen eine seinen Wünschen nicht entsprechende Regelung der deutschen Verhältnisse mehr als einen machtlosen Protest zu erheben, da die Macht der öffentlichen Meinung den Mittel- und Kleinstaaten nicht erlaubte, sich gegen die nationale Richtung aufzulehnen, hing die Lösung der deutschen Frage lediglich von einer raschen Verständigung der Mehrheit der Nationalversammlung mit der preußischen Regierung ab.

Daran, daß diese nicht erfolgte, scheiterte wesentlich die nationale Bewegung des Jahres 1848.

VII. Buch.

Bis zur Begründung des neuen Deutschen Reiches.

(1871.)

Selten mag eine parlamentarische Versammlung getagt haben, die eine solche Fülle ausgezeichneter Männer in sich vereinigte, wie die erste deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hervorragende Gelehrte, bewährte Beamte, erfahrene Geschäftsmänner und Landwirthe, auch einige höhere Offiziere waren in das Parlament gewählt worden, von dem die deutsche Nation die Wiederherstellung alter Größe und Bedeutung erwartete. Es waren fast zu viele namhafte Männer da versammelt, zu viele, welche die Fähigkeit und den Trieb in sich fühlten, in wohlgesetzter Rede ihre reiflich durchdachten Anschauungen über das, was dem Vaterlande Noth that, zum Ausdrucke zu bringen. Dieses Redebedürfniß und diese Beredsamkeit so zahlreicher hochangesehenen, in den kleineren Kreisen, in denen sie bisher ihre öffentliche Wirksamkeit geübt, an rückhaltlose Zustimmung gewohnten Männer erschwerte von Anfang an gar sehr den Gang der Verhandlungen, um so mehr, als die Geschäftsordnung, welche sich die Versammlung gab, sehr ungenügend war und als ferner der Mangel eines zu sofortiger Vorlage geeigeten Verfassungsentwurfes den Mitgliedern des Parlamentes nur allzuviel Frist gewährte, alle erdenklichen Gegenstände in die Debatten hereinzuziehen.

Eine sehr glückliche Eröffnung der Verhandlungen war die Wahl Heinrichs von Gagern zum ersten Präsidenten des Parlamentes. Geboren am 20. August 1799 zu Baireuth, der Sohn des um die Befreiung Deutschlands von der Franzosenherrschaft hochverdienten Freiherren Hans Christof Ernst von Gagern, war Heinrich von Gagern, schon als Jüngling von vaterländischem Geiste erfüllt, nachdem er in der Schlacht von Waterloo die Feuertaufe erhalten, auf der Universität Heidelberg einer der Begründer der Burschenschaft geworden. Später in Hessen-Darmstadt, wo seine Familie begütert

Heinrich von Gagern.

war, in den Staatsdienst getreten und bald auch in die zweite Kammer gewählt, hatte er sich durch seine liberale Haltung hervorgethan und sein Staatsamt aufgegeben, um, ohne die durch dieses gebotene Rücksicht, seine politischen Ueberzeugungen vertreten zu können. Im März 1848 zum Vorsitzenden des liberalen Ministeriums ernannt, das in seinem Heimathlande eingesetzt worden war, hatte er doch auch diese Stellung sofort verlassen, als ihn das Vertrauen zweier hessischen Wahlkreise in die Nationalversammlung berief. Schon im Vorparlamente waren die bedeutenden Eigenschaften dieses Mannes zur Geltung gekommen; jetzt ward er am 19. Mai in provisorischer und am 31. Mai in definitiver Wahl zum ersten Lenker und Leiter dieser großen Versammlung ernannt, 499 von 518 Stimmen erkoren ihn zu diesem wichtigen Posten. Was ihn auszeichnete und in diesen Tagen hoher und begeisterter Erregung so vielen tüchtigen Männern werth machte, war der ideale Schwung seines Geistes, die ehrliche Geradheit seines Charaktes, die vornehme Ruhe seiner äußeren Erscheinung, die gewinnende Gewalt seiner von mächtigem Pathos beherrschten Rede.

Seinem persönlichen Eingreifen in die Verhandlung, das überhaupt öfter stattfand, als in geschulten Parlamenten dem Präsidenten ziemen will, das aber in diesen Flitterwochen der deutschen Nationalversammlung Niemand ernstlich störte, gelang es auch, eine Frage zur Entscheidung zu bringen, welche, während die zur Berathung eines Verfassungsentwurfes gewählte Commission in emsiger Arbeit ihres Amtes waltete, alle Gemüther auf das Heftigste bewegte, die Frage der Begründung einer vorläufigen Centralgewalt. Sechs Tage lang wurde über diese Frage debattirt, über 200 Redner ergriffen das Wort, nahe an 50 verschiedene Anträge wurden nach und nach formulirt. Die Aufgabe, eine Einrichtung zu treffen, die eine Verständigung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung herbeiführen und dauernd sichern könne, — eine Anschauung, der nur die äußerste Linke entgegentrat, welche einen Vollziehungsausschuß der souveränen Nationalversammlung wollte — wäre vielleicht am einfachsten und sichersten durch die Erhaltung des seit den Märztagen aus bewährten liberalen Männern zusammengesetzten Bundestags gelöst worden, welche Karl Mathy vorschlag. Allein die hochgehenden Wogen der politischen Bewegung, von welchen diese Versammlung getragen wurde, begruben die nüchternen Erwägungen Mathys eben so in ihrem Schooße als die zahlreichen mehr oder minder complicirten und schwerfälligen Vorschläge, die von den verschiedensten Seiten her auftauchten. In feuriger Rede warf am 24. Juni in dieses Wirrsal von Meinungen Heinrich von Gagern das Wort hinein: mit kühnem Griffe müsse die Versammlung selbst eine fürstliche Person, nicht weil, sondern obgleich sie fürstlichen Blutes sei, zum Reichsverweser wählen. Der Gedanke wirkte nicht sofort, der Redekampf spann sich noch zwei weitere Tage, als wollte er niemals enden, fort, endlich aber, am 28. Juni ergab die Abstimmung einen glänzenden Sieg der Gagern'schen Idee: mit 403 gegen 135 Stimmen beschloß die Versammlung einen Reichsverweser zu ernennen, und am 29. Juni wählten 436 gegen 112 Stimmen den Erzherzog Johann von Oesterreich zu dieser Würde. Sofort gab der Bundestag in einer Adresse an den Neugewählten die Erklärung ab, daß alle Regierungen dieser Wahl, die schon vielfach vorher besprochen worden war, zugestimmt hätten, eine Abordnung des Parlamentes machte sich nach Wien auf, den Erzherzog zu begrüßen, dieser nahm die Wahl an, hielt am 11. Juli seinen Einzug in Frankfurt und begann seine Wirksamkeit mit der Auflösung des Bundestages.

Die Wahl des Erzherzogs wurde von dem größten Theile der Nation freudig und vertrauensvoll begrüßt. Er galt für verständig und wohlwollend, seine Förderung der Landwirthschaft und Industrie in Steiermark hatte ihn den bürgerlichen Kreisen näher gebracht, denen er durch seine Heirath mit der Tochter eines Postmeisters ohnehin sympathisch war. Zahlreiche Erzählungen über seine schlichte Einfachheit und Leutseligkeit gingen von Munde zu Munde, und seit sich der Mythus gebildet hatte, der Erzherzog habe bei der Kölner Domfeier im Jahre 1842 die Worte gesprochen: „Kein Oesterreich, kein Preußen, sondern ein einiges Deutschland, fest wie seine Berge!" galt er der kritiklosen Menge als ein guter deutscher Patriot.

Aber auch jene, welche sich dieser Täuschung nicht ohne Weiteres hingaben, welche sich nicht verhehlten, daß der „gemüthliche" Erzherzog im Wesentlichen ein Vertreter der österreichischen Interessen sein werde, waren durch die Lage der Dinge darauf hingewiesen, dem Reichsverweser ihre Unterstützung zu leihen, soweit sie überhaupt für die Zukunft Deutschlands eine monarchische Verfassung anstrebten. Nur die Linke der Nationalversammlung, die Republikaner, deren Führer Robert Blum aus Leipzig war, stellte sich von Anfang an feindselig gegen den Reichsverweser. So war es denn auch natürlich, daß diese Partei in dem von ihm sofort gebildeten Reichsministerium keine Vertretung gefunden hatte. In demselben, dessen Vorsitz der Fürst von Leiningen führte, leitete das Innere von Schmerling aus Wien, das Aeußere Heckscher aus Hamburg, die Justiz Robert von Mohl aus Baden, die Finanzen der Preuße Beckerath, den Handel Duckwitz aus Bremen, Kriegsminister ward der preußische General von Peucker. Die Functionen aller dieser Minister beschränkten sich vorerst zumeist auf die Vorbereitungen für die zu schaffende Reichsverfassung, auf die Verhandlungen über dieselbe in der Nationalversammlung und auf die Regelung des Verhältnisses der neu gegründeten Centralgewalt zu den Regierungen der Einzelstaaten.

Was die Reichsverfassung betraf, so hatte der Verfassungsausschuß zunächst denjenigen Theil seiner Arbeiten vorgelegt, welcher bestimmt war, für das Deutschland der Zukunft die Grundlagen der bürgerlichen Freiheit zu bilden, die sogenannten Grundrechte. Durch die Feststellung für das ganze Bundesgebiet geltender Grundsätze sollte mit den großen Verschiedenheiten radikal aufgeräumt werden, welche in Bezug auf Rechte und Freiheiten der Staatsbürger in den Einzelstaaten bestanden; es galt, ein allgemeines deutsches Bürgerrecht zu schaffen, die Gleichheit Aller vor dem Gesetze, die Freiheit der Presse, des Glaubens, der Vereinigung Gleichgesinnter, die Unabhängigkeit der Rechtspflege zu begründen, die Feudallasten, die Fideicommisse, die Todesstrafe abzuschaffen, endlich dafür zu sorgen, daß in jedem Staate des Bundes eine frei gewählte Volksvertretung bestehe. Bei diesen Verhandlungen machten sich alsbald mit großer Schärfe die Gegensätze der Anschauungen geltend, welche in der Nationalversammlung vertreten waren, und da es eben so sehr an einer scharfen Gliederung der verschiedenen Richtungen nach fest abgegrenzten Parteien, als an einer geordneten Parteidisciplin fehlte, so ergab sich ganz von selbst das Bestreben jedes redefertigen Mitgliedes der Versammlung, seine persönliche Meinung über diese wichtigen Fragen zum Ausdrucke zu bringen und die Abänderungen der Vorlage, die ihm wünschenswerth erschienen, zu beantragen. In Folge davon spannen sich die Verhandlungen der Nationalversammlung über die Grundrechte, die am 3. Juli 1848 begannen, ins Unendliche fort, und als man endlich am 13. October die erste Lesung zum Abschlusse brachte, war selbst dieß nur dadurch möglich geworden, daß man 9 Paragraphen von den 48, welche die ganze Vorlage umfaßte, zurückstellte, über die man zu keiner

Einigung hatte gelangen können. In zweiter Lesung wurde ihre Berathung erst am 21. December beendigt.

Viel schwieriger aber als die endliche gesetzgeberische Feststellung der Grundrechte war die Regelung des Verhältnisses der Centralgewalt zu den Regierungen der Einzelstaaten, um so mehr, als ja von dieser erst die Möglichkeit abhing, die von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze zur Ausführung zu bringen.

War auch der Reichsverweser von allen deutschen Regierungen anerkannt worden, so waren diese doch weit davon entfernt, nun auch den Beschlüssen der Centralgewalt, deren Spitze er darstellte, Gehorsam zu leisten. Der König von Hannover begleitete schon die Erklärung, daß er den Reichsverweser anerkenne, mit der kurz und bündig abgefaßten Ankündigung, daß er keiner Reichsverfassung seine Zustimmung geben werde, welche nicht die Selbstständigkeit der Einzelstaaten genügend verbürge, und als an die Regierungen die Aufforderung erging, daß ihre Truppen dem Reichsverweser feierlich Huldigung leisten sollten, ward dieser Befehl nur von der Mehrzahl der Mittel- und Kleinstaaten vollzogen, während Oesterreich und Hannover ihn völlig unbeachtet ließen, Preußen nur in den Bundesfestungen befolgte. Auf der anderen Seite wies auch die Nationalversammlung, in dem Wahne ihrer von dem Willen der Nation getragenen Machtfülle befangen, den verständigen und praktischen Antrag der preußischen Regierung zurück, dem Reichsverweser ein Collegium von Vertretern der Einzelregierungen an die Seite zu setzen und auf solche Weise regelmäßige Beziehungen zwischen diesen und dem Reichsministerium herzustellen.

Diese Zurückweisung eines wohlbegründeten Antrages der preußischen Regierung war aber um so verhängnißvoller, weil mehr als je in diesem Augenblicke die Möglichkeit, den Beschlüssen der Nationalversammlung Geltung zu verschaffen, von der Haltung Preußens abhing. Die Mahnung, welche König Friedrich Wilhelm IV. bei dem Feste zur Feier des Dombaues in Köln am 12. August Heinrich von Gagern zurief: „Vergessen Sie nicht, daß es in Deutschland Fürsten gibt und daß ich deren einer bin!" hätte vor allem anderen sorgfältig erwogen und im Auge behalten werden müssen.

In Oesterreich freilich herrschte die vollständigste Anarchie. Eine zügellose Presse predigte den Aufruhr und die Mißachtung aller Gesetze, bewaffnete Bürger, die Nationalgarde und unreife Studenten, welche die Abhaltung politischer Versammlungen der Pflege ihrer Studien vorzogen, führten in Wien das große Wort und terrorisirten das Ministerium, an dessen Spitze bis zum 8. Juli der Freiherr von Pillersdorf, von da an der Freiherr von Wessenberg stand; der Kaiser, der seine persönliche Sicherheit bedroht glauben mochte und des Straßenlärms in seiner Hauptstadt überdrüssig war, reiste plötzlich mit der ganzen kaiserlichen Familie nach Innsbruck ab; Ungarn, Böhmen, die italienischen Provinzen strebten nach möglichster Selbstständigkeit oder völliger Lostrennung von dem Kaiserstaate; während in Italien die Revolution zu offenem Kriege entbrannte, traten in Wien und Pest die Vertreter der westlichen und östlichen Hälften des Reiches zusammen, jene um eine Verfassung für die deutschen und slavischen Länder der österreichischen Monarchie zu berathen, diese um die ungarische Verfassung im Sinne schrankenloser Freiheit weiterzubilden und die Nebenländer der ungarischen Krone in möglichste Abhängigkeit von den Magyaren zu bringen. In Oesterreich handelte es sich daher in dieser Zeit um Sein oder Nichtsein des Gesammtstaates, und dieser Frage von weittragendster Bedeutung gegenüber trat zunächst die andere Frage, wie sich der österreichische Kaiserstaat zu der deutschen Einheitsbewegung stellen werde, völlig in den Hintergrund.

Ganz anders war das Verhältniß Preußens zu dieser Bewegung und zu den durch sie bis jetzt geschaffenen Organen: dem Reichsverweser mit dem Reichsministerium und der Nationalversammlung. Denn wenn auch das Interesse der preußischen Regierung und des preußischen Volkes in denselben Tagen, da die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt zusammentrat, mindestens in eben so hohem Grade als von den Verhandlungen dieses Parlamentes von denen der gleichzeitig erwählten preußischen Volksvertretung in Anspruch genommen wurde (die sonderbarer Weise ebenfalls den Namen Nationalversammlung führte, so daß man dadurch gewissermaßen die deutsche und die preußische „Nation" einander gegenüberstellte) — so waren die Verhältnisse Preußens mit denen des übrigen Deutschland doch so viel enger verwachsen als die Oesterreichs, daß unausbleiblich fortdauernde Wechselwirkungen und Reibungen zwischen der preußischen Regierung und der provisorischen deutschen Centralgewalt stattfinden mußten. Dieß trat am Deutlichsten in die Erscheinung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.

Die Herzogthümer Schleswig-Holstein, unter sich durch zahllose Bande und Beziehungen auf das Engste verknüpft, hatten doch dadurch eine verschiedene staatsrechtliche Stellung, daß nur Holstein dem deutschen Bunde angehörte. Die Ritterschaft beider Herzogthümer, mit vielen Rechten ausgestattet, sah nur in einem engen Anschlusse der vereinigten Herzogthümer an Deutschland die Möglichkeit, diese Rechte gegen die Uebergriffe der Dänen zu schützen. Diese aber wollten wenigstens in Schleswig dänisches Recht und dänische Sitte zur Herrschaft bringen. Ihr Streben ging dahin, Schleswig vollständig dem dänischen Gesammtstaate einzuverleiben, Holstein in möglichst enger Verbindung mit demselben zu erhalten. Die praktische Bedeutung dieser staatsrechtlichen Frage lag in dem Umstande, daß das regierende dänische Königshaus seit den 1840er Jahren dem Aussterben nahe war und daß, sobald der letzte Sprosse dieses Hauses die Augen schloß, die Auflösung der dänischen Monarchie bevorstand, weil in Dänemark unbestritten die weibliche, in Holstein die männliche Erbfolge galt, während für Schleswig das Erbfolgerecht zweifelhaft war. Es war natürlich, daß die Dänen versuchten, die weibliche Erbfolge auf beide Herzogthümer auszudehnen, während man sich in den Herzogthümern bemühte, nachzuweisen, daß auch für Schleswig die männliche Erbfolge gelte. Im November 1844 wurde dem König Christian VIII. von den holsteinischen Provinzialständen eine Denkschrift überreicht, welche die drei Sätze feststellte: 1. die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind unabhängige Staaten, 2. sie vererben nach der männlichen Erbfolge, 3. sie sind für alle Zeit untheilbar vereinigt. Die Antwort des Königs erfolgte erst nach fast zwei Jahren, am 8. Juli 1846 in einem „Offenen Briefe", in welchem die in Dänemark geltende Erbfolge nicht nur für Schleswig, sondern auch für einen Theil von Holstein als zu Recht bestehend erklärt wurde. Gegen diese Entscheidung erhob sich sofort in Schleswig-Holstein eine stürmische Bewegung. Eine große Volksversammlung in Neumünster erklärte die drei Sätze des holsteinischen Landtages für Landesrecht und forderte die Stände auf, in Kopenhagen und beim deutschen Bundestage feierlich Protest zu erheben. Dieser Beschluß fand die begeisterte Zustimmung zahlreicher anderen Versammlungen im Lande und den lebhaftesten Widerhall in ganz Deutschland, wo man sich bald allenthalben bewußt ward, daß es hier gelte, die Rechte, ja die deutsche Nationalität dieses nördlichsten Bruderstammes vor Vergewaltigung zu schirmen. Das Lied von dem „meerumschlungenen" Schleswig-Holstein, das Geibel'sche Gedicht mit dem Refrain

„Wir wollen keine Dänen sein,
Wir wollen Deutsche bleiben!"

erklang überall, wo deutsche Männer zusammenkamen und entrüsteten Herzens den Versuch des kleinen Inselreiches besprachen, sich Deutschlands Nordmark einzuverleiben.

Der Bundestag, der die Frage nicht vom Standpunkte nationaler Begeisterung aufzufassen, sondern an der Hand trockener Rechtsausführungen zu prüfen hatte, gab sich vorerst mit der Erklärung des Königs von Dänemark zufrieden, daß sein „Offener Brief" weder die Rechte des deutschen Bundes, noch der Agnaten, noch der holsteinischen Ständeversammlung anzutasten beabsichtige. In den Herzogthümern aber beruhigte man sich bei dieser Abweisung der Beschwerde um so weniger, als jetzt die Dänen begannen, jede freie Meinungsäußerung in den Herzogthümern gewaltsam zu unterdrücken, Versammlungen auseinander zu jagen, die Führer der Bewegung ihrer Aemter zu entsetzen oder gar zu verhaften. Die Erregung der Gemüther hatte einen sehr hohen Grad erreicht, als am 20. Januar 1848 König Christian VIII starb und sein kinderloser Sohn Friedrich VII., der letzte der regierenden Linie, den Thron bestieg.

Die aufgeregten Märztage dieses Jahres führten auch in Dänemark und Schleswig-Holstein stürmische Auftritte herbei. In Kopenhagen kam durch eine revolutionäre Bewegung die sogenannte eiderdänische Partei an das Ruder, welche die völlige Einverleibung aller Landestheile nördlich der Eider in den dänischen Gesammtstaat offen als ihr Ziel bekannte. Dieser drohenden Gefahr gegenüber traten zu Kiel in der Nacht vom 23. zum 24. März die Führer der schleswig-holsteinischen Unabhängigkeitspartei zu einer provisorischen Regierung zusammen und proklamirten die Befreiung der Herzogthümer von der Herrschaft der Dänen. Während ihrem Aufrufe das ganze Land zujubelte, traf die Nachricht ein, daß König Friedrich Wilhelm IV. die Rechte der Herzogthümer, wie sie in den drei Sätzen der Landtagserklärung von 1844 zusammengefaßt waren, anerkannt, einem Truppencorps Befehl zum Einmarsch in Holstein gegeben und den Bund zur Hilfeleistung aufgefordert habe. Dagegen erklärte der König von Dänemark, daß er den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund nicht zugeben könne, vielmehr die Unabhängigkeit dieses Herzogthums mit den Waffen in der Hand vertheidigen werde. Da aber inzwischen am 12. April der Bundestag seinerseits die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund beschlossen hatte, so konnten in der That nur die Waffen hier eine Entscheidung bringen.

Die preußischen Truppen, die zugleich im Namen des deutschen Bundes den Krieg gegen Dänemark eröffnet hatten, von Freiwilligencorps unterstützt, die in den Herzogthümern sich rasch gebildet hatten und in welche auch patriotisch gesinnte Männer und Jünglinge aus anderen deutschen Ländern eingetreten waren, rückten, unter der Führung des Generals von Wrangel, siegreich bis an die jütische Grenze vor, überschritten diese am 2. Mai und besetzten die Festung Fridericia.

Hier aber setzte der Eingriff der Diplomatie nicht nur ihrem weiteren Vorrücken ein Ziel, sondern Wrangel mußte sogar, den Befehlen, die er aus Berlin empfing, gehorchend, ohne jede strategische Nöthigung den Rückzug antreten. Sofort gingen die Dänen wieder zum Angriffe vor, und es waren neue blutige Kämpfe nöthig, um bis Ende Juni zum zweiten Male die Dänen über die Königsau zurückzudrängen.

Die diplomatische Einsprache gegen die Besetzung Jütlands durch deutsche Truppen war von drei Seiten her, von England, Rußland und Schweden erfolgt, welche jeden Fortschritt der deutschen Waffen mit Eifersucht betrachteten und sich in der Rolle der Beschützer Dänemarks gefielen. Die Bemühungen dieser Mächte fanden

zudem den günstigsten Boden in der Stimmung Friedrich Wilhelms IV., der von der Neigung, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen, längst zu der größten Abneigung gegen diese Bewegung übergegangen und somit auch geneigt war, die Erhebung der Schleswig-Holsteiner in dem Lichte einer Revolution gegen ihren rechtmäßigen Herrscher zu betrachten. Es wurde deshalb, als erst, unter Vermittelung

General von Wrangel.

Schwedens, in Malmö Verhandlungen begonnen hatten, dem Einflusse der fremden Diplomatie nicht schwer, den König von Preußen zu bewegen, am 26. August mit Dänemark einen Waffenstillstand auf sieben Monate abzuschließen, während dessen beide Armeen sich aus den Herzogthümern zurückziehen, eine Theilung der Armee in eine holsteinische und schleswigische stattfinden, an Stelle der provisorischen Regierung eine von Dänemark und Preußen gemeinsam zu ernennende Behörde treten und endlich alle seit März 1848 erlassenen Gesetze und Verordnungen ihre Geltung wieder verlieren sollten.

Dieser Waffenstillstand von Malmö mußte nun aber, da Preußen auch im Namen des Bundes den Krieg geführt hatte, von dessen Rechtsnachfolgern, dem Reichsverweser und der Nationalversammlung, genehmigt werden. Das Reichsministerium, obwohl von den Dänen bitter gekränkt, die sich hartnäckig geweigert hatten, dessen Abgesandten Max von Gagern zu den Verhandlungen zuzulassen, konnte, nach der Haltung, die Preußen eingenommen hatte, nicht umhin, dem Parlamente am 4. September die Zustimmung zu empfehlen. Dieser Eröffnung folgten heftige Kämpfe. Dahlmann erstattete den Ausschußbericht und empfahl in höchster Erregung, zu beschließen, daß die Ausführung des Vertrages eingestellt werde. Indeß hatte ihn aber König Friedrich Wilhelm IV., ohne die Genehmigung des Parlamentes abzuwarten, schon ratificirt. Die Zustimmung zu dem Dahlmann'schen Antrage bedeutete somit offenen Zwist mit Preußen, ohne daß doch dem Parlamente die Mittel zu Gebote standen, seinem Beschlusse Geltung zu verschaffen. Unter solchen Umständen beschloß die Partei, zu deren Führern Dahlmann gehörte, wenn auch schweren Herzens, das Unvermeidliche zu thun, dem Vertrage zuzustimmen, und als dennoch bei der Abstimmung sich die kleine Mehrheit von 17 Stimmen für die Verwerfung des Vertrages ergab, sah sich Dahlmann plötzlich an die Spitze einer bunt genug zusammengewürfelten Schaar gestellt, deren Hauptheil die Republikaner und Radikalen bildeten, die er bisher schonungslos bekämpft hatte. Aus diesen seinen grundsätzlichen Gegnern sollte nun Dahlmann, da das Reichsministerium sofort nach der Abstimmung zurückgetreten war, ein neues Ministerium bilden; dies war natürlich ein Ding der Unmöglichkeit, und der Reichs-

verweser veranlaßte daher schon nach drei Tagen das abgetretene Ministerium, die Geschäfte wieder zu übernehmen. Die einzige Veränderung bestand darin, daß an Stelle des Fürsten Leiningen Herr von Schmerling den Vorsitz führte. Eine neue Abstimmung am 16. September ergab jetzt auch, da sich die Freunde der Regierung in größerer Zahl eingefunden hatten, die Genehmigung des Vertrages.

Darüber entbrannten nun die radikalen Mitglieder des Parlamentes, welche von der Verwerfung des Vertrages von Malmö und dem dadurch herbeigeführten Ausbruche offener Feindseligkeit zwischen der Centralgewalt und Preußen eine ihren revolutionären Plänen günstige Erregung der Gemüther erwartet hatten, in zornigster Entrüstung. Von Anfang der Verhandlungen an in sehr lebhaften Beziehungen zu dem süßen Pöbel, der von den Galerien der Paulskirche aus durch die Ausbrüche seiner Roheit die Reden der Angehörigen der gemäßigten Parteien zu unterbrechen pflegte, verpflanzten sie jetzt ihre im Parlamente besiegte Staatsweisheit auf die offene Straße. Bei einer Massenversammlung, die am 17. September auf der Pfingstweide bei Frankfurt stattfand, traten Vertreter der äußersten Linken der Nationalversammlung als Redner auf und schürten die Erbitterung der Menge gegen die Mehrheit des Parlamentes. Am nächsten Morgen sollte dem Parlamente Namens dieser Versammlung eine Adresse überreicht und bei diesem Anlasse, indem man dem Pöbel den Zutritt zu dem Saale eröffnet hätte, das Parlament gesprengt, die Republik ausgerufen werden. Dagegen ergriff nun das Reichsministerium umfassende Vorkehrungen. Oesterreichische und preußische Truppen wurden aus Mainz herbeigerufen, die wichtigsten Punkte der Stadt, vor allem die Paulskirche selbst, besetzt. Einzelne Versuche der Aufrührer, sich hinter Barrikaden zu verschanzen und einen wohlorganisirten Straßenkampf zu liefern, wurden durch die Entschlossenheit der Truppenführer im Entstehen vereitelt. Aber die Veranstaltungen der Behörden konnten leider nicht hindern, daß zwei Mitglieder der Nationalversammlung, Alfred von Auerswald und Fürst Felix von Lichnowsky, die auf einem Spazierritte in die Hände des wüthenden Pöbels fielen, in schimpflichster Weise meuchlings ermordet wurden.

Daß die in Frankfurt zum Ausbruche gekommene revolutionäre Bewegung nur das Glied einer Kette war, die ganz Deutschland umspannen sollte, ging deutlich daraus hervor, daß fast gleichzeitig an verschiedenen Orten Aufstände mit mehr oder weniger deutlich ausgesprochenem republikanischen Charakter ausbrachen. Am heftigsten wurde durch einen Einfall ausländischer Freischärler unter der Anführung von Gustav Struve und Karl Blind das badische Oberland erschüttert; doch waren sie nicht stark genug, der bewaffneten Macht Stand zu halten, die unter dem Oberbefehle des badischen Generals Hoffmann am 24. September bei Staufen die Aufständischen in regellose Flucht schlug.

Die verabscheuungswürdige Ermordung Auerswalds und Lichnowskys wurde nicht am wenigsten entschieden von den Führern der äußersten Linken verurtheilt; auf ihre fernere Haltung im Parlamente aber übte dieses entsetzliche Ereigniß dennoch keine Wirkung aus. Sie fuhren fort, in der leidenschaftlichsten und gehässigsten Weise an den Debatten Theil zu nehmen und nach wie vor durch ihr herausforderndes Auftreten lediglich nach dem lärmenden Beifall der Galerien zu jagen. Die Würde der Verhandlungen litt unter diesem Gebahren eben so sehr wie der so wünschenswerthe Fortgang der Verfassungsarbeiten.

Auch in der preußischen Nationalversammlung war es der Partei, welche die Einführung des constitutionellen Systems in Preußen anbahnen,

dabei aber die Autorität einer kräftigen Regierungsgewalt aufrecht erhalten wollte, nicht gelungen, über die Anhänger der extremen Richtung Herr zu werden, die vollständig außer Acht ließ, welche tiefen Wurzeln gerade in diesem Staate, und zwar durch das persönliche Verdienst der Herrscher, das Königthum geschlagen hatte. Rasch wechselten bei den immer lauter und entschiedener auftretenden Forderungen der radikalen Mitglieder der Nationalversammlung und bei der entschiedenen Abneigung des Königs, demselben nachzugeben, die Leiter der Ministerien. Auf das Ministerium Camphausen folgte schon am 20. Juni ein Ministerium Hansemann, das seinerseits am 7. September einem neuen Cabinete wich, welches wesentlich aus Männern der altpreußischen Bureaukratie zusammengesetzt war und an dessen Spitze der liberal gesinnte, aber energielose General von Pfuel trat. Die gleichzeitige Ernennung des Generals von Wrangel, der soeben aus Schleswig-Holstein zurückgekehrt war, zum Obercommandanten in den Marken zeigte deutlich genug, daß der König sich rüstete, wenn auch dieses Ministerium den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen sei, an die Stelle weiterer Verhandlungen mit der Volksvertretung militärische Gewalt treten zu lassen. Die Radikalen in der Nationalversammlung thaten das Ihrige, diese Absichten des Königs zum Entschlusse reifen zu lassen. Man konnte Friedrich Wilhelm IV. nicht empfindlicher verletzen als durch den Beschluß, den am 12. October bei der Berathung des ersten Artikels der Verfassung die Versammlung faßte, die Worte „Von Gottes Gnaden" aus dem Titel zu Königs zu streichen.

Als nun auch wieder der Berliner Pöbel begann, auf den Straßen zu lärmen, mißliebige Abgeordnete zu beleidigen, ja zu mißhandeln, als der liberale Präsident der Nationalversammlung, Grabow, sich veranlaßt sah, sein Amt niederzulegen, weil er in seinem Bestreben, die parlamentarische Ordnung aufrecht zu erhalten, nicht die genügende Unterstützung fand, als endlich die Versammlung, deren Verhandlungen täglich erregter wurden, am 31. October durch einen Beschluß ihren Sympathien mit dem neuerdings in Wien ausgebrochenen Aufruhr offenen Ausdruck verlieh, beschloß der König, der die Ruhe seiner Hauptstadt durch die Bürgerwehr nicht mehr genügend geschützt glaubte, die seit dem 19. März aus Berlin entfernten Truppen wieder in die Stadt zurückkehren zu lassen. Das Ministerium Pfuel, welches dieser Maßregel nicht zustimmte, erhielt seine Entlassung und der General Graf Brandenburg wurde beauftragt, ein neues Cabinet zu bilden.

Vergebens erhob die Mehrheit der Nationalversammlung gegen diese Ernennung Einsprache. Der König nahm zwar die Adresse entgegen, welche ihm eine Abordnung derselben am 2. November in Potsdam überreichte, aber er verweigerte es, sich mit den Mitgliedern der Abordnung in eine Erörterung einzulassen, und seine Gereiztheit konnte nur gesteigert werden, als ihm darauf hin einer der Abgeordneten, Johann Jacoby aus Königsberg, die Worte zurief: „Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Das Anschlagen eines solchen Tones konnte nur dazu führen, daß jede Möglichkeit einer Verständigung verschwand.

Wenige Tage nach diesem Auftritte, am 8. November, verkündigte eine Cabinetsordre die Ernennung des neuen Cabinetes, in welchem Freiherr Otto von Manteuffel das Innere, von Ladenberg das Ministerium des Unterrichts, General von Strotha das Kriegsministerium übernahm. Gleichzeitig wurde die Nationalversammlung vertagt und auf den 27. November nach Brandenburg wieder einberufen, da die Gewaltthätigkeiten der Bevölkerung in Berlin die Freiheit ihrer Berathungen beeinträchtige.

Zwar versuchte die Versammlung, trotz dieser

verweser veranlaßte daher schon nach drei Tagen das abgetretene Ministerium, die Geschäfte wieder zu übernehmen. Die einzige Veränderung bestand darin, daß an Stelle des Fürsten Leiningen Herr von Schmerling den Vorsitz führte. Eine neue Abstimmung am 16. September ergab jetzt auch, da sich die Freunde der Regierung in größerer Zahl eingefunden hatten, die Genehmigung des Vertrages.

Darüber entbrannten nun die radikalen Mitglieder des Parlamentes, welche von der Verwerfung des Vertrages von Malmö und dem dadurch herbeigeführten Ausbruche offener Feindseligkeit zwischen der Centralgewalt und Preußen eine ihren revolutionären Plänen günstige Erregung der Gemüther erwartet hatten, in zornigster Entrüstung. Von Anfang der Verhandlungen an in sehr lebhaften Beziehungen zu dem süßen Pöbel, der von den Galerien der Paulskirche aus durch die Ausbrüche seiner Roheit die Reden der Angehörigen der gemäßigten Parteien zu unterbrechen pflegte, verpflanzten sie jetzt ihre im Parlamente besiegte Staatsweisheit auf die offene Straße. Bei einer Massenversammlung, die am 17. September auf der Pfingstweide bei Frankfurt stattfand, traten Vertreter der äußersten Linken der Nationalversammlung als Redner auf und schürten die Erbitterung der Menge gegen die Mehrheit des Parlamentes. Am nächsten Morgen sollte dem Parlamente Namens dieser Versammlung eine Adresse überreicht und bei diesem Anlasse, indem man dem Pöbel den Zutritt zu dem Saale eröffnet hätte, das Parlament gesprengt, die Republik ausgerufen werden. Dagegen ergriff nun das Reichsministerium umfassende Vorkehrungen. Oesterreichische und preußische Truppen wurden aus Mainz herbeigerufen, die wichtigsten Punkte der Stadt, vor allem die Paulskirche selbst, besetzt. Einzelne Versuche der Aufrührer, sich hinter Barrikaden zu verschanzen und einen wohlorganisirten Straßenkampf zu liefern, wurden durch die Entschlossenheit der Truppenführer im Entstehen vereitelt. Aber die Veranstaltungen der Behörden konnten leider nicht hindern, daß zwei Mitglieder der Nationalversammlung, Alfred von Auerswald und Fürst Felix von Lichnowsky, die auf einem Spazierritte in die Hände des wüthenden Pöbels fielen, in schimpflichster Weise meuchlings ermordet wurden.

Daß die in Frankfurt zum Ausbruche gekommene revolutionäre Bewegung nur das Glied einer Kette war, die ganz Deutschland umspannen sollte, ging deutlich daraus hervor, daß fast gleichzeitig an verschiedenen Orten Aufstände mit mehr oder weniger deutlich ausgesprochenem republikanischen Charakter ausbrachen. Am heftigsten wurde durch einen Einfall ausländischer Freischärler unter der Anführung von Gustav Struve und Karl Blind das badische Oberland erschüttert; doch waren sie nicht stark genug, der bewaffneten Macht Stand zu halten, die unter dem Oberbefehle des badischen Generals Hoffmann am 24. September bei Staufen die Aufständischen in regellose Flucht schlug.

Die verabscheuungswürdige Ermordung Auerswalds und Lichnowskys wurde nicht am wenigsten entschieden von den Führern der äußersten Linken verurtheilt; auf ihre fernere Haltung im Parlamente aber übte dieses entsetzliche Ereigniß dennoch keine Wirkung aus. Sie fuhren fort, in der leidenschaftlichsten und gehässigsten Weise an den Debatten Theil zu nehmen und nach wie vor durch ihr herausforderndes Auftreten lediglich nach dem lärmenden Beifall der Galerien zu jagen. Die Würde der Verhandlungen litt unter diesem Gebahren eben so sehr wie der so wünschenswerthe Fortgang der Verfassungsarbeiten.

Auch in der preußischen Nationalversammlung war es der Partei, welche die Einführung des constitutionellen Systems in Preußen anbahnen,

[illegible] gewiß aufrichtig erstrebte, nicht gelingen, über die Bedingungen der [illegible] Einverständniß zu werden, die vollständig außer Acht ließ, welche [illegible] gerade in diesem Staate, und ganz [illegible] das persönliche Vertrauen des Fürsten, den Königthum gekräftigen hatte. Statt, [illegible] bei der immer [illegible] Schwierigkeiten [illegible] der Forderungen der rücksichtslosen Mitglieder der Nationalversammlung auch bei der entschiedenen Abneigung des Königs, denselben nachzugeben, die Krone der Willkühr, [illegible] Ministerium Camphausen folgte schon am 20. [illegible] ein Ministerium Hansemann, das bereits am 7. September einem neuen Cabinete wich, welchem vorherrschend [illegible] Männern der altpreußischen Partei [illegible] zusammengesetzt war und an dessen Spitze der General [illegible] über energischen General von Pfuel trat. Die gleichzeitige Ernennung des Generals von Wrangel, der [illegible] Schleswig-Holstein gekämpft war, zum Obercommandanten in der Mark zeigte deutlich genug, daß der König sich rüstete, wenn auch dieses Ministerium den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen sei, an die Stelle weiterer Verhandlungen mit der Nationalversammlung militärische Gewalt treten zu lassen. Die Radikalen in der Nationalversammlung thaten das Ihrige, durch Rückkehr des Königs zum Entschlusse reifen zu lassen. Man konnte Friedrich Wilhelm IV. nicht empfindlicher verletzen als durch den Beschluß, den am 12. October bei der Berathung des ersten Artikels der Verfassung die Versammlung faßte, die Worte „Von Gottes Gnaden" aus dem Titel zu Königs zu streichen.

Als nun auch wieder der Berliner Pöbel begann, auf den Straßen zu lärmen, mißliebige Abgeordnete zu beleidigen, ja zu mißhandeln, als der liberale Präsident der Nationalversammlung, Grabow, sich veranlaßt sah, sein Amt niederzulegen, weil er in seinem Bestreben, die par-

[illegible] Werk. Die Preußen bei der Reformation.

57

[illegible] ordnung aufrecht zu erhalten, nicht die genügende Unterstützung fand, als endlich die Nationalversammlung, deren Verhandlungen täglich ergriffen wurden, am 31. October durch einen Beschluß ihre Sympathien mit dem neuerdings in Wien ausgebrochenen Aufruhr offenen Ausdruck verlieh, beschloß der König, der die Ruhe seiner Hauptstadt durch die Bürgerwehr nicht mehr genügend geschützt glaubte, die seit dem 19. März aus Berlin entfernten Truppen wieder in die Stadt zurückkehren zu lassen. Das Ministerium Pfuel, welches dieser Maßregel nicht zustimmte, erhielt seine Entlassung und der General Graf Brandenburg wurde beauftragt, ein neues Cabinet zu bilden.

Vergebens erhob die Mehrheit der Nationalversammlung gegen diese Ernennung Einsprache. Der König nahm zwar die Adresse entgegen, welche ihm eine Abordnung derselben am 2. November in Potsdam überreichte, aber er verweigerte es, sich mit den Mitgliedern der Abordnung in eine Erörterung einzulassen, und seine Gereiztheit konnte nur gesteigert werden, als ihm darauf hin einer der Abgeordneten, Johann Jacoby aus Königsberg, die Worte zurief: „Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Das Anschlagen eines solchen Tones konnte nur dazu führen, daß jede Möglichkeit einer Verständigung verschwand.

Wenige Tage nach diesem Auftritte, am 8. November, verkündigte eine Cabinetsordre die Ernennung des neuen Cabinetes, in welchem Freiherr Otto von Manteuffel das Innere, von Ladenberg das Ministerium des Unterrichts, General von Strotha das Kriegsministerium übernahm. Gleichzeitig wurde die Nationalversammlung vertagt und auf den 27. November nach Brandenburg wieder einberufen, da die Gewaltthätigkeiten der Bevölkerung in Berlin die Freiheit ihrer Berathungen beeinträchtige.

Zwar versuchte die Versammlung, trotz dieser

Verfügung, ihre Verhandlungen in Berlin fortzusetzen und sprach in einer Sitzung, die sie, aus ihrem bisherigen Locale verdrängt, am 15. November im Mielenz'schen Saale Unter den Linden abhielt, dem Ministerium das Recht zur Steuererhebung ab. Allein inzwischen war, am 10. März, General von Wrangel, ohne Widerstand zu finden, mit seinen Truppen in Berlin eingerückt, der Belagerungszustand war erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst worden. Als eine Abtheilung Militär in dem Mielenz'schen Saale erschien und deren Befehlshaber die Versammelten zur Räumung des Saales aufforderte, ging die Versammlung auseinander, nachdem ihr Präsident von Unruh erklärt hatte, sie weiche der Gewalt.

In Brandenburg gelang es jedoch nicht, die zur Beschlußfähigkeit nöthige Zahl von Abgeordneten zu vereinigen, da die Mitglieder der Opposition nur erschienen, um, sobald es zu einer Abstimmung kommen sollte, den Versammlungssaal zu verlassen. Der König löste daher am 5. December die Nationalversammlung auf und verkündigte gleichzeitig aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung für den preußischen Staat, die im wesentlichen mit dem von dem liberalen Abgeordneten Waldeck verfaßten Entwurfe übereinstimmte, aber durch einen Paragraphen der Regierung die schwer wiegende Berechtigung einräumte, in dringenden Fällen in Abwesenheit der Kammern Verordnungen mit Gesetzeskraft, jedoch nur unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Kammern, zu erlassen. Indem gleichzeitig die beiden Kammern des preußischen Landtages auf den 26. Februar 1849 einberufen wurden, machte der König sofort von diesem Verordnungsrechte durch Erlaß eines Wahlgesetzes Gebrauch; daneben aber ergingen auch noch andere Verordnungen, welche bestimmt waren, die gemäßigt liberalen Kreise des Königreiches zu beruhigen und für die Politik der Regierung günstig zu stimmen, Verordnungen, welche eine Reihe von Einrichtungen schufen, die man von der Nationalversammlung erwartet hatte, über Bildung von Geschwornengerichten, Aufhebung der privilegirten Gerichtsbarkeit u. s. f. Auch wurde das Ministerium durch zwei Männer von gemäßigt liberaler Gesinnung, Rintelen, der die Justiz und von der Heydt, der die Finanzen übernahm, ergänzt. Der König glaubte, daß es ihm gelungen sei, Grundlagen zu schaffen, auf denen, nach der Wiederkehr ruhigerer Zeiten, das Staatsgebäude in dauerhafter Festigkeit, wenn auch nicht ganz so wie es seinen Wünschen entsprach, sicher allen Stürmen des erregten Zeitgeistes werde trotzen können.

Nicht so leicht und einfach wie in Berlin vollzog sich die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in Wien. Der Zusammentritt des constituirenden Reichstages am 15. Mai 1848 hatte alsbald die unendlichen Schwierigkeiten enthüllt, welche sich der Einführung einer Repräsentativverfassung in dem vielsprachigen Oesterreich entgegenstellten. Die einzige Frucht der Berathungen dieser Versammlung, welche zahlreiche jeder Bildung bare Bauern in ihrer Mitte zählte, war die Aufhebung des ländlichen Unterthanenverbandes und die Entlastung des bäuerlichen Besitzes, welche der Kaiser, der, dem Drängen des Ministeriums nachgebend, am 12. August von Innsbruck zurückgekehrt war und seine Residenz in Schönbrunn aufgeschlagen hatte, am 9. September genehmigte. Er sollte dieses Aufenthaltes nicht lange froh werden. Schon wenige Tage nach seiner Rückkehr kam es in den Straßen von Wien zu einem blutigen Kampfe zwischen der Nationalgarde und der Arbeiterbevölkerung und in den ersten Tagen des October wurde Wien der Schauplatz noch ernsthafterer Unruhen.

Der Versuch des ungarischen Reichstages, unter der Führung Ludwig Kossuths, die Unabhängigkeit Ungarns von dem österreichischen Gesammtstaate in allen wichtigen Angelegenheiten

vollkommen durchzuführen, hatte endlich, nach lange dauernder Nachgiebigkeit, doch den Widerstand der kaiserlichen Regierung hervorgerufen, welche beschloß, dem Banus von Kroatien, General Jellacic, der beauftragt war, die Magyaren mit Waffengewalt zum Gehorsam zurückzuführen, alle verfügbaren Truppen zur Verstärkung zu schicken. Als am 6. October zu diesem Zwecke auch ein Theil der Wiener Garnison abmarschiren sollte, verweigerte ein Bataillon dem Befehle Folge zu leisten und fand in seinem Widerstande Unterstützung durch die zahlreichen bewaffneten und wohlorganisirten Körperschaften der Hauptstadt, welche, von den revolutionären Ideen völlig beherrscht, in der Sache der Ungarn auch ihre eigenen Tendenzen bedroht sahen. Wilder Kampf tobte in den Straßen, auf die Vermittelung des Reichstags hin verließ die Garnison, unter dem Befehle des Grafen Auersperg, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, die Stadt, der entfesselte Pöbel aber drang in die Wohnung des bei den Revolutionären besonders verhaßten Kriegsministers, Grafen Latour, und ermordete denselben auf die scheußlichste Weise.

Am nächsten Morgen entfernte sich der Kaiser zum zweiten Male aus der Nähe der Hauptstadt, um einen sicheren Aufenthaltsort in Olmütz aufzusuchen, während sich Graf Auersperg mit den Truppen der Wiener Garnison, Jellacic, der von Ungarn und Fürst Windischgrätz, der, nach Niederwerfung des Aufstandes in Böhmen, von Prag herbeizog, anschickten, Wien, wo die vollständigste Anarchie herrschte, dem Kaiser wieder zu unterwerfen.

Die Aufständischen in Wien, das damals noch von seinen alten Festungswerken umschlossen war: Studenten, Nationalgarden, Arbeiter machten verzweifelte Anstrengungen, die Stadt zu vertheidigen. Aus Frankfurt waren Abgeordnete der Linken herbeigeeilt, um die Wiener der Sympathien des deutschen Parlamentes zu versichern, während andere Mitglieder desselben vom Reichsverweser abgeordnet wurden, um den Fürsten Windischgrätz und den kaiserlichen Hof zu Verhandlungen mit den Belagerten zu vermögen. Windischgrätz wollte aber von keinen anderen Verhandlungen, als von unbedingter Uebergabe der Stadt hören. Diese stand auch, Angesichts der 80,000 Mann, welche Wien umstellten, am 29. October bevor, als der Anmarsch einer ungarischen Heeresabtheilung den schon erloschenen Muth der Aufständischen neu belebte. Der Kampf wurde wieder aufgenommen, aber er war nur noch von kurzer Dauer; Jellacic schlug die Ungarn zurück und die Truppen des Fürsten Windischgrätz stürmten am 31. October die Thore der Hauptstadt. Der Belagerungszustand wurde erklärt, der Reichstag nach dem mährischen Städtchen Kremsier verlegt, und in Wien strafte schonungslos das Machtgebot des siegreichen Feldherrn die Theilnehmer des Aufstandes. Mit einigen zwanzig Führern der Aufrührer büßte auch das Mitglied der deutschen Nationalversammlung Robert Blum seine Betheiligung an der Vertheidigung Wiens am 9. November mit dem Tode.

Die Niederwerfung der Revolution in der Reichshauptstadt ward das Signal zu einem vollständigen Wechsel in der Politik der österreichischen Regierung. Am 21. November trat der Fürst Felix von Schwarzenberg, ein energischer Mann und von unzweifelhafter Feindseligkeit gegen die Neuerungen des Jahres 1848 erfüllt, an die Spitze des Ministeriums; nur wenige Wochen später, am 2. December, legte der kranke und schwache Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des Erzherzogs Franz Josef, eines Jünglings von 18 Jahren, die Krone nieder. Das Programm der neuen Regierung war der strammste Einheitsstaat. Die Durchführung dieses Programmes hatte zur Voraussetzung die vollständige Unterwerfung Ungarns und der italienischen Provinzen; wenn diese ge-

lang, so mußte nothwendiger Weise die neue Form auch das Verhältniß zu Deutschland sehr wesentlich beeinflussen. Vorerst beschränkte sich der Fürst Schwarzenberg auf die Erklärung, daß erst, wenn Oesterreich und Deutschland ihre neue Gestaltung fest begründet hätten, an eine Regelung ihrer wechselseitigen Beziehungen gedacht werden könne.

Diese Erklärung, welche freilich verschiedene Auslegungen zuließ, wurde von jenen, welche sich die Zukunft Deutschlands in der Form eines unter Preußens Führung geeinigten Bundesstaates dachten, d. h. von den die Mehrzahl im deutschen Parlamente bildenden Mittelparteien, so gedeutet, daß das also neu gegliederte Deutschland mit der österreichischen Monarchie ein enges Freundschaftsbündniß abschließen solle; nur der König Friedrich Wilhelm IV. wollte von dieser Auffassung der Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich nichts wissen, sondern hielt mit unerschütterlicher Standhaftigkeit an dem Gedanken fest, daß es Oesterreichs geschichtlicher Beruf sei, die leitende Stellung in Deutschland einzunehmen.

Bei dieser Lage der Dinge war es ein unnatürliches Verhältniß, daß der Oesterreicher von Schmerling den Vorsitz im Reichsministerium führte; dieser Staatsmann selbst bot, in richtiger Erkenntniß seiner schiefen Stellung, Heinrich von Gagern den Vorsitz an und schied, allerdings nicht so freiwillig, auch aus seiner Stellung im auswärtigen Amte, um sich fortan mit der eines Bevollmächtigten Oesterreichs bei der Centralgewalt zu begnügen. An Gagerns Stelle als erster Präsident des Parlamentes trat Eduard Simson aus Königsberg.

Unter seiner Leitung wurde langsam und schwerfällig, und durch die Heftigkeit der einander bekämpfenden Parteigegensätze nicht vereinfacht, die Berathung der Reichsverfassung fortgeführt. Die zahlreichen Paragraphen des Entwurfes, welche eine sehr erhebliche Beschränkung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Reichsgewalt an die Stelle der bisher geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen setzten, und die verschiedenen Meinungen, die sich bei ihrer Berathung und Feststellung geltend machten, traten indeß völlig zurück hinter der Wichtigkeit des einen Abschnittes, der die Oberhauptfrage regeln sollte, und hinter den Schwierigkeiten, die sich einer Lösung dieser Frage in den Weg stellten. Am Schlusse des Januar 1849 kam dieser wichtigste Punkt der Reichsverfassung zu einer vorläufigen Entscheidung. Mit 258 gegen 211 Stimmen wurde beschlossen, daß ein regierender deutscher Fürst Oberhaupt des Reiches werden solle, aber schon die Bestimmung, daß dieses Oberhaupt den Titel „Kaiser" zu führen habe, kam nur noch mit einer Mehrheit von 9 Stimmen zur Annahme und die Anträge über die Zeitdauer dieser Würde (ob sie erblich, auf Lebenszeit oder auf eine Anzahl von Jahren übertragen werden solle) riefen die tollste Zersplitterung der Stimmen hervor, auch nicht ein einziger vereinigte die Mehrheit auf sich; die Entscheidung dieser Frage von höchster Bedeutung wurde bis zur zweiten Lesung der Verfassung vertagt.

Der unmittelbare Anlaß dieser Zerfahrenheit der monarchischen Parteien des Parlamentes war einerseits die am 28. December 1848 abgegebene Erklärung der österreichischen Regierung, sie werde den Ausschluß Oesterreichs aus dem deutschen Bunde so wenig als die Abtrennung der deutschen Provinzen aus dem österreichischen Einheitsstaate zum Zwecke der Einverleibung in einen neu zu gründenden deutschen Bundesstaat gedulden, andererseits die Ungewißheit, in welcher auch die Angehörigen der Preußens Führung anstrebenden Parteien über die Entschließungen Friedrich Wilhelms IV. schwebten.

In das Dunkel dieser Ungewißheit fiel indeß schon wenige Tage nach der Abstimmung in Frankfurt ein Lichtstrahl, als der König von

Preußen am 23. Januar ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen erließ, in welchem er sie einlud, ihre Bemerkungen über den Reichsverfassungs-Entwurf an das Reichsministerium einzusenden und gleichzeitig die Ansicht aussprach, daß bei der Umwandelung in einen Einheitsstaat Oesterreich nur durch einen weiteren Bund mit Deutschland vereinigt sein könne, während den deutschen Staaten unzweifelhaft das Recht zum Abschlusse eines engeren Bundes unter sich zustehe.

Diese Erklärung Preußens veranlaßte Oesterreich, seine bisherige Haltung zu ändern und jetzt den Eintritt des österreichischen Gesammtstaates in den deutschen Bund zu verlangen, während gleichzeitig die vier Königreiche Baiern, Wirtemberg, Sachsen und Hannover jede Verhandlung auf Grundlage des Reichsverfassungs-Entwurfes ablehnten, für welchen sich, freilich unter Beantragung zahlreicher Abänderungsvorschläge, die sämmtlichen übrigen deutschen Regierungen erklärt hatten.

Die Stellung, welche auf solche Weise die beiden Großmächte zu der Verfassungsfrage eingenommen hatten, ward die Ursache, daß sich nunmehr zwei große Gruppen im Parlamente bildeten, die „Kleindeutschen", welche dem preußischen, die „Großdeutschen", welche dem österreichischen Programme zustimmten. Mit den letzteren machten die Ultramontanen, als alte Feinde des protestantischen Preußens, die Radikalen, als Gegner der von Preußen zu erwartenden Handhabung einer starken Regierungsgewalt, und die Partikularisten, als Widersacher jeder festeren Einigung des Vaterlandes, gemeinsame Sache.

Die Partei, welche den Bundesstaat mit dem König von Preußen als erblichen Kaiser anstrebte, konnte daher im günstigsten Falle nur auf eine schwache Mehrheit rechnen.

Dieß sollte sich bald erweisen. Denn nachdem die österreichische Regierung, in Ungarn siegreich und der sich endlos hinschleppenden Verhandlungen des Reichstages von Kremsier müde, diesen aufgelöst und eine Verfassung für ganz Oesterreich octroyirt hatte, schlug sie am 9. März als künftige Centralgewalt des deutschen Bundes ein Directorium unter österreichischem Vorsitze vor, dem ein aus 69 von den Regierungen und Landtagen ernannten Mitgliedern bestehendes Staatenhaus, an Stelle einer Volksvertretung, zur Seite stehen sollte; von diesen 69 würde Oesterreich 38 Mitglieder gesandt haben.

Dieser ungeheuerliche Vorschlag, ein wahrer Hohn gegenüber der nationalen Bewegung des Jahres 1848, brachte in der großdeutschen Partei einen weitklaffenden Riß hervor. Jene ehrlichen Patrioten, welche, in einer verhängnißvollen Selbsttäuschung befangen, von Oesterreich einen ernsthaften Anschluß an die nationalen Reformbestrebungen gehofft hatten, sonderten sich jetzt von jenen Mitgliedern der Partei ab, die nach wie vor nichts als eine Beherrschung Deutschlands durch Oesterreich wollten. Der Abgeordnete Welcker stellte am 12. März den Antrag, die Reichsverfassung unverändert anzunehmen, dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen und den deutschen Provinzen Oesterreichs für alle Zeiten den Anschluß an das neu zu gründende Reich offen zu halten. Dieser Antrag wurde zwar am 21. März mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt, weil der linke Flügel der kleindeutschen Partei die ausdrückliche Erklärung verlangt hatte, daß dem Könige von Preußen keine Aenderung der Verfassung zugestanden werden solle, eine Erklärung, zu der die gemäßigt liberalen und conservativen Parteimitglieder sich nicht verstanden hatten, dafür wurde aber beschlossen, sofort und mit thunlichster Beschleunigung in die zweite Lesung der Reichsverfassung einzutreten. Und nun wurde am 27. März, nachdem die wesentlichsten Bedenken des linken Flügels der Partei durch eine das Vetorecht des Kaisers einschränkende Bestimmung beseitigt worden waren, der Beschluß gefaßt, daß

das Oberhaupt des deutschen Reiches Kaiser heißen und daß die Kaiserwürde erblich sein solle. War es schon bedauerlich, daß die Erblichkeit nur mit einer Mehrheit von 4 Stimmen hatte durchgesetzt werden können, so entsprach das Stimmenverhältniß bei der am 28. März vollzogenen Kaiserwahl noch weniger der hohen Bedeutung dieses Vorganges. Von 538 anwesenden Mitgliedern enthielten sich 248 der Abstimmung, nur 20 über die Hälfte, nämlich 290 Mitglieder des Parlaments, erwählten den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum deutschen Kaiser.

Trotz dem also offen zur Schau tretenden Zwiespalte verfehlte der mächtige Zauber, der die Idee und den Namen des Kaiserthums namentlich in Süddeutschland stets umgeben hat, seine Einwirkung auf die erregten Gemüther nicht. Als Kanonendonner und Glockengeläute die freudige Botschaft verkündigte, ging wieder ein Zug jener gewaltigen und reinen Begeisterung durch die Massen, der die ersten Tage der patriotischen Bewegung ausgezeichnet hatte.

Sofort machte sich eine Abordnung des Parlamentes, den Präsidenten Simson an der Spitze, auf, um dem Könige die Nachricht von der vollzogenen Wahl zu überbringen. Friedrich Wilhelm IV. aber lehnte eine Krone ab, die ihm zwar die Mehrheit der Nationalversammlung, nicht aber gleichzeitig das freie Einverständniß der deutschen Fürsten anbot. Alle Versuche, diese seine ablehnende Haltung zu ändern, blieben vergeblich.

Zwar lud eine preußische Note, die am 3. April, am Tage nachdem der König der Abordnung einen abschlägigen Bescheid gegeben, an die deutschen Regierungen erging, diese ein, Erklärungen über ihre Stellung zur Reichsverfassung abzugeben und hatte den Erfolg, daß bis zum 14. April 28 Regierungen die Verfassung und die Kaiserwahl anerkannten, aber die Königreiche hielten sich auch jetzt noch ferne und Oesterreich befahl sogar seinen Abgeordneten, das Parlament zu verlassen, dessen Aufgabe als vollständig gescheitert zu betrachten sei.

Auf das hin gab König Friedrich Wilhelm IV. am 28. April die endgiltige Erklärung ab, daß Preußen sich zwar nicht von dem Werke der Einigung zurückziehe, diese jedoch nicht durch die Reichsverfassung zu erreichen hoffen könne, welche nur durch Krieg oder Revolution zu verwirklichen sei. Einen Tag früher hatte der König den preußischen Landtag, der sich für die Rechtsgiltigkeit der Reichsverfassung und für die Aufhebung des Belagerungszustandes ausgesprochen hatte, aufgelöst.

Die Ablehnung der Kaiserkrone durch den König von Preußen, die einem Scheitern der ganzen nationalen Bewegung gleichkam, versetzte die Männer, welche aus dieser Bewegung ein großes mächtiges Reich mit starker monarchischen Centralgewalt hervorgehen zu sehen gehofft hatten, in die tiefste Bestürzung. Für sie stand und fiel das ganze mühsam aufgeführte Werk des Parlamentes mit der dem Könige von Preußen übertragenen Kaiserwürde. Nur wenige dachten an die Möglichkeit, die Reichsverfassung und ihren monarchischen Charakter auch ohne, ja wider Preußen zu retten. Von ihnen ging der Antrag aus, den am 4. Mai 1849 der Abgeordnete von Wydenbrugk der Nationalversammlung vorlegte, das gesammte deutsche Volk zur Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern, den ersten ordentlichen Reichstag zum August einzuberufen und, bei fortdauerndem Widerstreben Preußens, dem Regenten des größten unter den Staaten, die der Reichsverfassung zugestimmt hatten, die Würde eines Reichsstatthalters zu übertragen.

Dieser Antrag wurde mit nur zwei Stimmen Mehrheit zum Beschluß erhoben, diese Mehrheit bestand aber zumeist aus Männern, die durchaus nicht der Richtung des Antragstellers angehörten, die vielmehr bis dahin die Reichsverfassung, welche ihnen nicht genügende Bürgschaften für die freiheitliche Entwickelung Deutschlands zu enthalten schien, mit Leidenschaft bekämpft hatten und erst in dem Augenblicke sich zu ihren Wortführern und Vorkämpfern aufwarfen, als es klar zu Tage trat, daß ihre Durchführung nur auf dem Wege der Revolution möglich sei.

Unter solchen Umständen konnten sich die gemäßigt liberalen Mitglieder der Nationalversammlung von einer weiteren Thätigkeit derselben keinen Erfolg mehr versprechen. Sie traten in großer Zahl aus dem Parlamente aus, in welchem bald die radikale Partei die entschiedene Mehrheit besaß. Als diese Mehrheit am 10. Mai das Reichsministerium aufforderte, Preußen, welches, auf Anrufen des Königs von Sachsen, zur Unterdrückung des in diesem Königreich ausgebrochenen Aufstandes Truppen abgesandt hatte, mit allen Mitteln, die es besäße, entgegenzutreten, nahmen Gagern und alle seine Amtsgenossen ihre Entlassung. Einem vom Reichsverweser aus Mitgliedern der äußersten Rechten gebildeten Ministerium aber begegnete die Mehrheit der Nationalversammlung in so verächtlichem Tone, daß 65 noch im Parlamente anwesende Mitglieder der sogenannten „Kaiserpartei" am 21. Mai ihre Mandate niederlegten, ein Beispiel, dem in den nächsten Tagen noch zahlreiche Männer von monarchischer Gesinnung folgten. Daß bei solcher Lage der Dinge nicht auch der Reichsverweser seiner völlig machtlosen Stellung entsagte, erklärt sich nur aus dem Umstande, daß man den Erzherzog in Wien als eine geeignete Persönlichkeit betrachtete, auch jetzt noch im österreichischen Interesse zu wirken und ihn deshalb zum Ausharren bestimmte.

Während so die Nationalversammlung ihrer allmählichen Auflösung entgegenging, waren in verschiedenen deutschen Staaten, unter dem Vorwande, daß es die Durchführung der Reichsverfassung gelte, heftige Aufstände ausgebrochen.

In Sachsen ließ sich dieser Vorwand wenigstens mit einigem Grunde anführen, da dort das liberale Ministerium, welches der Reichsverfassung zugestimmt hatte, durch ein reactionäres Cabinet, mit dem Freiherren von Beust an der Spitze, ersetzt worden war, welches sich beeilte, den ebenfalls der Reichsverfassung gewogenen Landtag aufzulösen. Darauf hin brachen in Dresden am 3. Mai ernste Unruhen aus, Barrikaden wurden gebaut, die sächsischen Truppen reichten nicht aus, den Aufstand niederzuwerfen, der König floh auf den Königstein und rief preußische Hilfe an und erst nach zweitägigem blutigen Kampfe gelang es den preußischen Garden, die festen Stellungen der Aufrührer zu erobern und Ruhe und Ordnung in der sächsischen Hauptstadt, auf deren Weichbild die Empörung beschränkt geblieben war, wiederherzustellen.

Auch in Preußen waren, um die Regierung zur Annahme der Reichsverfassung zu zwingen, in verschiedenen Städten der Rheinlande und Westfalens Aufstände ausgebrochen, jedoch durch militärisches Einschreiten rasch wieder unterdrückt worden.

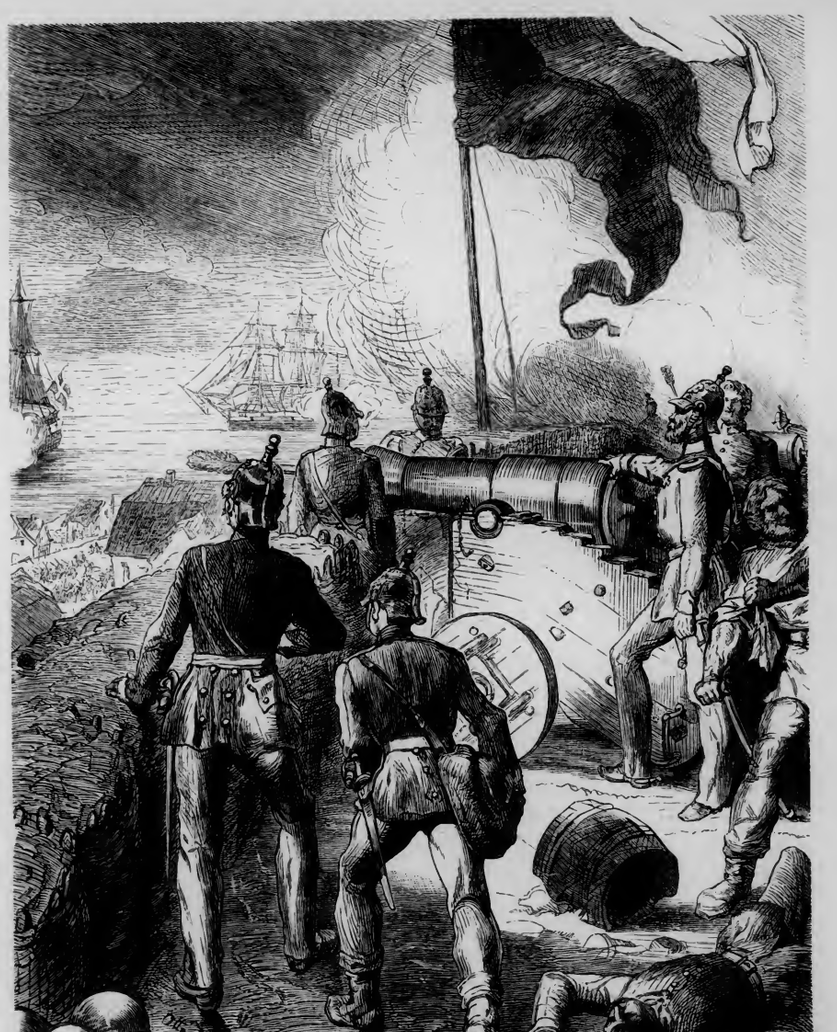
Ernster und weiter ausgebreitet war die revolutionäre Bewegung, welche um dieselbe Zeit den Südwesten Deutschlands ergriff. In Wirtemberg hatte die Erregung der Bevölkerung schon im April den König genöthigt, die Reichsverfassung und die im Hause der Hohenzollern erbliche Kaiserwürde anzuerkennen. In Baiern war zwar in den Provinzen diesseits des Rheins die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung mit dem Könige in der Verwerfung der Reichsverfassung einig, aber in der Rheinpfalz erhob sich das Volk für dieselbe, in Kaiserslautern wurde ein Landesausschuß gebildet, der allgemeine Volksbewaffnung beschloß, die Losreißung der Pfalz von Baiern anstrebte und auch einen Theil der Garnisonen, mit Ausnahme jener der Festungen Landau und Germersheim, in den revolutionären Strudel mit fortriß.

Den größten Umfang nahm die Revolution

im Großherzogthum Baden an, dessen Regierung sich längst für die Reichsverfassung erklärt hatte, wo daher auch der leiseste Vorwänd für die Behauptung fehlte, daß deren Durchführung das Ziel der Volkserhebung sei. Hier glaubte vielmehr der in den 1840er Jahren stark gewordene Radikalismus, welchen die aufrichtig liberalen Minister Bekk und Nebenius zu brechen nicht genug Kraft besessen hatten, daß nun die Stunde gekommen sei, die Herrschaft dauernd an sich zu reißen. Dem revolutionären Treiben der Volksvereine, die das ganze Land wie mit einem Netze überzogen hatten, war es gelungen, auch das Militär für ihre Tendenzen zu gewinnen, am 9. Mai brach in Rastatt eine Meuterei der Truppen aus, die sich in den folgenden Tagen wiederholte und die Offiziere nöthigte, die Flucht zu ergreifen; auch in anderen Garnisonen schlossen sich die Soldaten den Aufrührern an; eine große Volksversammlung in Offenburg am 13. Mai rief zwar noch nicht förmlich die Republik aus, stellte aber eine Reihe von radikalen Forderungen auf, die mit dem Wesen eines monarchischen Staates nicht mehr vereinbar waren.

Auch in der Residenzstadt Karlsruhe kam es zu meuterischen Excessen einiger Truppentheile, die zwar von der wackeren Bürgerwehr mit Muth und Entschlossenheit bekämpft wurden, aber den Großherzog veranlaßten, zunächst nach Lauterburg im Elsaß und von da nach der Bundesfestung Mainz überzusiedeln. Sofort schlug der revolutionäre Landesausschuß, an dessen Spitze der Advokat Ludwig Brentano stand, in Karlsruhe, von wo auch die Minister geflohen waren, seinen Sitz auf; das ganze Land stand unter dem Terrorismus der Aufständischen.

Die augenblicklichen Erfolge der Revolution in Südwestdeutschland erweckten bei den noch in Frankfurt zurückgebliebenen Abgeordneten die Hoffnung, daß es ihnen möglich sei, wenn die dort siegreiche Partei weitere Fortschritte mache, ihre Thätigkeit neuerdings aufnehmen zu können. Um die Ausdehnung der republikanischen Bewegung auch auf Wirtemberg zu befördern, beschlossen sie, die Sitzungen des Parlamentes in Stuttgart fortzusetzen. Am 6. Juni wurden dort in dem Saale der zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Abgeordneten Löwe aus Calbe, die Sitzungen wieder eröffnet und am 6. Juni erfolgte die Wahl der Abgeordneten Vogt, Raveaux, Simon, Schüler und Becher zu Reichsregenten. Einem solchen Treiben des sogenannten „Rumpfparlamentes", dem nur noch 105 Abgeordnete angehörten, konnte die wirtembergische Regierung um so weniger unthätig zusehen, als mit vereinzelten Ausnahmen das ganze Land sich gegenüber den Aufforderungen der Versammlung zu einem Bündnisse mit Baden und der Pfalz ablehnend verhielt. Als der Präsident Löwe, trotz der Aufforderung des wirtembergischen Ministers Römer, daß das Parlament Wirtemberg verlassen solle, dennoch auf den 18. Juni eine Sitzung in dem Fritzsche'schen Reithause anberaumte, nachdem die Erlaubniß, den Saal der Kammer zu benutzen, schon früher zurückgezogen war, beschloß die Regierung, das weitere Tagen des „Rumpfparlamentes" mit Gewalt zu verhindern. Ein vornehmer Zug von Charakterfestigkeit und Heilighaltung des Gastrechtes bewog zwei in Wirtemberg hochangesehene Männer, Schott und Uhland, den verehrten und geliebten Dichter, obwohl beide den extremen Beschlüssen der Versammlung nicht mehr zugestimmt hatten, sich dem Präsidenten Löwe zur Seite zu stellen, als er an der Spitze der Abgeordneten dem Sitzungsraume zuschritt. Der Hochachtung, welche diese Männer genossen, war wohl die schonende Weise zuzuschreiben, in welcher das Militär seinen Auftrag vollzog, die Sitzung zu verhindern. Die Mitglieder fanden eben noch Zeit, in einem Gasthause eine Rechtsverwahrung gegen die zwangsweise Hinderung ihrer Berathungen zu Protokoll zu begeben, um dann,



im Großherzogthum Baden an, dessen Regierung sich längst für die Reichsverfassung erklärt hatte, wo daher auch der leiseste Vorwänd für die Behauptung fehlte, daß deren Durchführung das Ziel der Volkserhebung sei. Hier glaubte vielmehr der in den 1840er Jahren stark gewordene Radikalismus, welchen die aufrichtig liberalen Minister Bekk und Nebenius zu brechen nicht genug Kraft besessen hatten, daß nun die Stunde gekommen sei, die Herrschaft dauernd an sich zu reißen. Dem revolutionären Treiben der Volksvereine, die das ganze Land wie mit einem Netze überzogen hatten, war es gelungen, auch das Militär für ihre Tendenzen zu gewinnen, am 9. Mai brach in Rastatt eine Meuterei der Truppen aus, die sich in den folgenden Tagen wiederholte und die Offiziere nöthigte, die Flucht zu ergreifen; auch in anderen Garnisonen schlossen sich die Soldaten den Aufrührern an; eine große Volksversammlung in Offenburg am 13. Mai rief zwar noch nicht förmlich die Republik aus, stellte aber eine Reihe von radikalen Forderungen auf, die mit dem Wesen eines monarchischen Staates nicht mehr vereinbar waren.

Auch in der Residenzstadt Karlsruhe kam es zu meuterischen Excessen einiger Truppentheile, die zwar von der wackeren Bürgerwehr mit Muth und Entschlossenheit bekämpft wurden, aber den Großherzog veranlaßten, zunächst nach Lauterburg im Elsaß und von da nach der Bundesfestung Mainz überzusiedeln. Sofort schlug der revolutionäre Landesausschuß, an dessen Spitze der Advokat Ludwig Brentano stand, in Karlsruhe, von wo auch die Minister geflohen waren, seinen Sitz auf; das ganze Land stand unter dem Terrorismus der Aufständischen.

Die augenblicklichen Erfolge der Revolution in Südwestdeutschland erweckten bei den noch in Frankfurt zurückgebliebenen Abgeordneten die Hoffnung, daß es ihnen möglich sei, wenn die dort siegreiche Partei weitere Fortschritte mache, ihre Thätigkeit neuerdings aufnehmen zu können. Um die Ausdehnung der republikanischen Bewegung auch auf Wirtemberg zu befördern, beschlossen sie, die Sitzungen des Parlamentes in Stuttgart fortzusetzen. Am 6. Juni wurden dort in dem Saale der zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Abgeordneten Löwe aus Calbe, die Sitzungen wieder eröffnet und am 6. Juni erfolgte die Wahl der Abgeordneten Vogt, Raveaux, Simon, Schüler und Becher zu Reichsregenten. Einem solchen Treiben des sogenannten „Rumpfparlamentes", dem nur noch 105 Abgeordnete angehörten, konnte die wirtembergische Regierung um so weniger unthätig zusehen, als mit vereinzelten Ausnahmen das ganze Land sich gegenüber den Aufforderungen der Versammlung zu einem Bündnisse mit Baden und der Pfalz ablehnend verhielt. Als der Präsident Löwe, trotz der Aufforderung des wirtembergischen Ministers Römer, daß das Parlament Wirtemberg verlassen solle, dennoch auf den 18. Juni eine Sitzung in dem Fritzsche'schen Reithause anberaumte, nachdem die Erlaubniß, den Saal der Kammer zu benutzen, schon früher zurückgezogen war, beschloß die Regierung, das weitere Tagen des „Rumpfparlamentes" mit Gewalt zu verhindern. Ein vornehmer Zug von Charakterfestigkeit und Heilighaltung des Gastrechtes bewog zwei in Wirtemberg hochangesehene Männer, Schott und Uhland, den verehrten und geliebten Dichter, obwohl beide den extremen Beschlüssen der Versammlung nicht mehr zugestimmt hatten, sich dem Präsidenten Löwe zur Seite zu stellen, als er an der Spitze der Abgeordneten dem Sitzungsraume zuschritt. Der Hochachtung, welche diese Männer genossen, war wohl die schonende Weise zuzuschreiben, in welcher das Militär seinen Auftrag vollzog, die Sitzung zu verhindern. Die Mitglieder fanden eben noch Zeit, in einem Gasthause eine Rechtsverwahrung gegen die zwangsweise Hinderung ihrer Berathungen zu Protokoll zu begeben, um dann,

soweit nicht Wirtemberg ihre Heimath war, schleunigst das Gebiet dieses Staates zu verlassen.

So endigte die mit so großen Hoffnungen von den Besten der Nation begrüßte erste deutsche Nationalversammlung, und es war eine eigenthümliche und dabei sehr charakteristische Fügung, daß derselbe Minister Römer, der jetzt den Rest der Erwählten des deutschen Volkes durch ein wirtembergisches Reiterregiment aus einander jagen ließ, 16 Monate früher einer der Veranstalter der Heidelberger Versammlung gewesen war, welche das Vorparlament einberufen hatte. So berührten sich der hoffnungsreiche Anfang und das traurige Ende der gescheiterten nationalen Bewegung.

Um dieselbe Zeit begann auch Baden und die Pfalz zum Gehorsam gegen die geordnete Staatsgewalt zurückgeführt zu werden.

Wie der König von Sachsen hatten sich auch der König von Baiern und der Großherzog von Baden, nachdem der Reichsverweser sich unfähig gezeigt hatte, die verlangte Hilfe zu leisten, mit dieser Bitte an Preußen gewandt und König Friedrich Wilhelm IV. hatte sofort seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, mit der Oberleitung der Truppen betraut, die er nach der Pfalz und nach Baden absandte. Gleichzeitig mit diesen rückte auch ein Reichsheer unter General von Peucker, das aus Hessen, Mecklenburgern, Nassauern und Wirtembergern bestand, an die badische Grenze vor. In der Pfalz wurden die Freischaaren ohne Anstrengung zurückgeworfen, in Baden leisteten die Aufständischen, unter der Führung des Polen Mieroslawski, am 21. Juni bei Waghäusel nicht ohne Erfolg tapferen Widerstand, mußten aber bald der Uebermacht der preußischen Truppen weichen, die schon am 25. Juni in Karlsruhe, am 1. Juli in Freiburg einzogen, wo die provisorische Regierung noch einen vergeblichen Versuch, sich zu behaupten, gemacht hatte; in kurzer Zeit war das ganze Land bis zum Bodensee von preußischen Truppen besetzt, unter deren Schutz die Organe der rechtmäßigen Regierung wieder ihres Amtes walten konnten. Nachdem am 23. Juli auch Rastatt zur Capitulation gezwungen worden war, konnte am 18. August der Großherzog wieder in sein Land zurückkehren, das der milde Fürst erst wieder betreten wollte, als die Kriegsgerichte, denen kein Erbarmen ziemte, über die Schuldigen die verdiente Strafe verhängt hatten.

Im Frühjahre und Sommer 1849 war auch im Norden Deutschlands wiederum versucht worden, den Zwist mit Dänemark durch die Waffen einer Entscheidung zuzuführen. Der Beginn der Feindseligkeiten schien für die deutsche Sache Glück verheißend. Nur wenige Tage nachdem die Dänen den Waffenstillstand von Malmö gekündigt hatten, am 5. April, wurde ihr Geschwader, welches Eckernförde anzugreifen versuchte, von zwei schleswig-holsteinischen Strandbatterien und einer halben Feldbatterie, die der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg am Kampfe theilnehmen ließ, mit großem Erfolge beschossen. Vier kleine dänische Schiffe wurden zur Flucht genöthigt, das Linienschiff Christian VIII. in die Luft gesprengt, die Fregatte Gefion genöthigt, die Flagge zu streichen.

Acht Tage später, am 13. April, stürmten die deutschen Truppen, die sämmtlich unter den Befehl des preußischen Generals von Prittwitz gestellt waren, die Düppeler Schanzen, und General von Bonin, der das schleswig-holsteinische Heer befehligte, schlug am 20. April die Dänen bei Kolding, am 7. Mai bei Gudsö. Aber kaum waren diese Erfolge errungen, als auch schon wieder das Eingreifen der Diplomatie die energische Fortführung des Krieges hemmte. Nach Gagerns Rücktritt aus dem Reichsministerium war die Leitung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten ausschließlich auf Preußen über-

gegangen und die Einsprache Englands und Rußlands bestimmte zum zweiten Male den König Friedrich Wilhelm IV., Verhandlungen mit den Dänen anzuknüpfen, während welcher General von Prittwitz zu völliger Unthätigkeit verurtheilt war, General von Bonin sich auf die Belagerung der Festung Fridericia beschränken mußte. Und nun gelang den Dänen noch ein Hauptschlag. General Rye landete in der Nähe von Fridericia, überfiel in der Nacht vom 5. zum 6. Juli das Belagerungscorps und brachte demselben in einem überaus blutigen Kampfe eine vollständige Niederlage bei. Ehe aber die trotz ihrer großen Verluste keineswegs entmuthigte schleswig-holsteinische Armee daran denken konnte, dieses Mißgeschick wieder gut zu machen, traf die Nachricht ein, daß Preußen am 10. Juli mit Dänemark abermals einen Waffenstillstand abgeschlossen habe. Nach dessen Bestimmungen mußte die schleswig-holsteinische Armee sich über die Eider zurückziehen, Südschleswig wurde von preußischen, Nordschleswig von schwedischen Truppen besetzt, in Holstein blieb vorerst die Statthalterschaft bestehen, welche das Reichsministerium eingesetzt hatte, Schleswig sollte durch einen preußischen und einen dänischen Bevollmächtigten, unter Mitwirkung eines von England ernannten Obmannes, verwaltet werden. Auf solche Weise waren bereits die Einleitungen getroffen, um in dem Friedensschlusse, dessen Vorläufer dieser Waffenstillstand war, die Trennung der Herzogthümer zu einer dauernden zu machen. Die schleswig-holsteinischen Patrioten sahen, Verzweiflung im Herzen, ihre Hoffnungen abermals getäuscht, aber das Land besaß keine Mittel, sich dem Waffenstillstande zu widersetzen.

Wenn König Friedrich Wilhelm IV. auch die Kaiserkrone abgelehnt und die Reichsverfassung zurückgewiesen hatte, so war er doch davon überzeugt, daß es die Pflicht des preußischen Staates sei, an der Neugestaltung Deutschlands unausgesetzt zu arbeiten, und er wurde in dieser Ueberzeugung durch den Rath eines geistvollen Staatsmannes, des Generals von Radowitz bestärkt. Aus eingehenden Berathungen von Bevollmächtigten der deutschen Staaten, die am 17. Mai, auf Einladung Preußens, in Berlin zusammengetreten waren, ging ein Verfassungsentwurf hervor, welchen mit Preußen die Königreiche Sachsen und Hannover am 26. Mai unterzeichneten und zu dessen Annahme sie die übrigen Fürsten des Bundes einluden, nachdem Oesterreich, Baiern und Wirtemberg schon bald nach Beginn der Verhandlungen ihre Mitwirkung verweigert hatten. Dieser Verfassungsentwurf, das sogenannte „Dreikönigsbündniß", übertrug die Vorstandschaft des deutschen Reiches, insbesondere die ausschließliche diplomatische und militärische Leitung, der Krone Preußen, der ein Fürstencollegium zur Seite stehen sollte, welches mit dem aus zwei Häusern, dem Staaten- und dem Volkshause, bestehenden Reichstage die gesetzgebende Gewalt auszuüben hätte. Dieser Verfassungsentwurf sollte noch einem eigens zu diesem Zwecke zu berufenden Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden. Bis diese erfolgt sei, leitete ein Verwaltungsrath unter Preußens Vorsitz die Angelegenheiten des Dreikönigsbündnisses, namentlich auch die Verhandlungen mit Baiern und Wirtemberg, auf deren Beitritt man noch immer hoffte. Nachdem binnen kurzer Zeit siebzehn Regierungen sich dem Bündnisse angeschlossen hatten, schien es auch den aus dem Frankfurter Parlamente ausgeschiedenen Mitgliedern der „Kaiserpartei" an der Zeit, Stellung zu diesem Projecte zu nehmen. Am 28. Juni unterzeichneten in Gotha etwa 150 Mitglieder dieser Partei, die sich dort auf Einladung von Gagern, Dahlmann, Mathy u. a. versammelt hatten, eine Erklärung, in welcher sie ihre Uebereinstimmung mit dem Programme des Dreikönigsbündnisses aussprachen und sich verpflichteten, für dasselbe zu wirken. Von dieser Zusammenkunft

erhielt die Partei den Namen der „Gothaer", der ihr von den Gegnern, namentlich den Demokraten und Republikanern des Frankfurter Parlamentes, als Spottname beigelegt wurde, den sie aber selbst bald als Ehrennamen zu betrachten und zu führen sich gewöhnte.

Daß nach allen diesen Vorbereitungen und Zustimmungserklärungen die Durchführung der Union, wie der projectirte Bund genannt ward, dennoch nicht mit der nöthigen Energie betrieben wurde, daran trug vor allem die persönliche Gesinnung Friedrich Wilhelms IV. Schuld, der in seiner ritterlichen Art es verschmähte, das Eisen zu schmieden so lange es glühte, der sich nicht dazu entschließen konnte, auf die anderen deutschen Fürsten einen Druck auszuüben, so lange sie noch, in der Furcht vor den revolutionären Bewegungen in ihren Ländern, geneigt waren, Allem zuzustimmen, was das Preußen, dessen Schutz sie bedurften, von ihnen verlangte. Auch der Gedanke, ohne den Beitritt Baierns und Wirtembergs abzuwarten, mit den übrigen Staaten den Unionsvertrag abzuschließen und dem Einflusse der Zeit die weitere Entwickelung der Union und die Gestaltung ihrer Beziehungen zu Oesterreich zu überlassen, widerstrebte dem Könige. Ueber allen diesen Verhandlungen und Verzögerungen kam die Stunde heran, da es Oesterreich gelungen war, den Aufstand in Italien völlig niederzuwerfen und mit Hilfe Rußlands auch der Empörung in Ungarn Herr zu werden. Die Erstarkung Oesterreichs erhöhte natürlich sofort die Widerstandskraft Baierns und Wirtembergs. Den König von Preußen aber veranlaßte die jetzt mit noch viel größerem Nachdruck als früher ausgesprochene Weigerung Oesterreichs, das Dreikönigsbündniß anzuerkennen, über das, was ihm eigentlich viel mehr am Herzen lag als die Union, über das Verhältniß zu Oesterreich in Verhandlungen einzutreten, ohne daß er als deren Grundlage sich die Anerkennung des Rechtes Preußens, einen engeren Bund zu gründen, ausbedungen hätte.

Aus diesen Verhandlungen ging das sogenannte „Interim" hervor, ein am 30. September 1849 unterzeichneter Vertrag, nach welchem je zwei Bevollmächtigte der beiden Großstaaten die Centralgewalt für den deutschen Bund ausüben sollten. Der Vertrag war zunächst für die Zeit bis zum 1. Mai 1850 abgeschlossen, sollte aber verlängert werden, wenn bis dahin, durch freie Vereinbarung der deutschen Staaten, die Verfassungsangelegenheit nicht geordnet sei. Auf Grund dieses Vertrages übernahmen am 20. December 1849 die Bevollmächtigten Oesterreichs: von Kübeck und von Schönhals und Preußens: von Radowitz und Bötticher aus den Händen des Reichsverwesers, Erzherzog Johann, die Geschäfte der Centralgewalt.

Aber von diesem „Interim" konnte man eben so gut wie von dem des 16. Jahrhunderts sagen, daß es „den Schalk hinter ihm" habe. Nicht nur Oesterreich, auch andere deutsche Staaten betrachteten das „Interim" als nichts anderes als eine Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung des alten Bundesverhältnisses und regelten fortan, von diesem Gesichtspunkte geleitet, ihre Beziehungen zu Preußen. Friedrich Wilhelm IV. und Herr von Radowitz dagegen glaubten ein Mittel zur ehrlichen Verständigung mit Oesterreich, bei Aufrechthaltung des Unionsgedankens, gefunden zu haben. Aber schon bei dem ersten Schritte, die Bestimmungen des Dreikönigsbündnisses der Verwirklichung entgegenzuführen, sollten sie enttäuscht werden. Als Preußen im Verwaltungsrathe der Union die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage der Union beantragte, erhoben Sachsen und Hannover Widerspruch, und als trotzdem der Beschluß gefaßt wurde, diese Wahlen vornehmen zu lassen, riefen beide Königreiche ihre Bevollmächtigten ab. In Preußen und den übrigen der Union angehörigen Ländern wurden am 31. Ja-

muar 1850 die Wahlen wirklich vollzogen und am 13. Februar ward der Reichstag auf den 20. März nach Erfurt berufen.

Nachdem schon vorher Oesterreich, auf Grund der Bundesacte von 1815, gegen den Zusammentritt dieses Parlamentes und die rechtliche Geltung seiner Beschlüsse protestirt hatte, sagte sich am 25. Februar Hannover förmlich von dem Dreikönigsbündnisse los, während nur zwei Tage später Baiern, Wirtemberg und Sachsen sich zu dem Zwecke vereinigten, einen neuen Verfassungsentwurf für Deutschland in Vorschlag zu bringen. Nach diesem sollte die Leitung des deutschen Bundes in den Händen eines Directoriums liegen, das durch Oesterreich, Preußen, die vier anderen Königreiche und beide Hessen gebildet werden und dem eine durch die Landesvertretungen zu wählende Volksvertretung, aus 100 Oesterreichern, 100 Preußen und 100 Abgeordneten der übrigen Bundesstaaten bestehend, zur Seite stehen sollte.

Oesterreich erklärte sofort sein Einverständniß mit dieser Verabredung, die man das „Vierkönigsbündniß" nannte, unter der Voraussetzung, daß ihm die Möglichkeit geboten werde, sich dem neuen Bunde mit dem gesammten Umfange des Kaiserstaates anzuschließen. Preußen und die übrigen Unionsregierungen lehnten den Entwurf natürlich ab.

Schon begannen die Gegensätze sich in einer Weise zuzuspitzen, welche für eine nicht all zu ferne Zeit ein schroffes Auseinanderplatzen derselben in Aussicht stellte. Der König von Wirtemberg, persönlich gereizt durch den patriotischen Entschluß der Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, welche am 7. December 1849 die Regierung zu Gunsten des Königs von Preußen niedergelegt hatten, sprach in seiner scharfen und schneidigen Art doch nur offen das aus, was die Cabinete von Wien und München, Dresden und Hannover dachten, wenn er bei Eröffnung seiner Ständeversammlung das Dreikönigsbündniß „einen künstlichen Sonderbundsversuch" nannte, „der auf den politischen Selbstmord der Gesammtheit berechnet sei und nur durch wissentliche Verletzung feierlicher Verträge durchgeführt werden könne", und dagegen die Selbstständigkeit der einzelnen Stämme als die wahre Grundlage der deutschen Macht und Einheit pries.

Aber auch an denjenigen Staaten, die der Union treu geblieben waren, hatte Preußen nicht durchaus zuverlässige Verbündete. Theils der Widerwille der Höfe, theils die radikalen Gesinnungen der Kammern erwiesen sich als Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung des begonnenen Werkes hindernd in den Weg stellten.

Die gemäßigten Liberalen konnten ja freilich darauf hinweisen, daß endlich auch Preußen in die Reihe der Verfassungsstaaten getreten sei, da, nach langen Verhandlungen mit den Kammern, am 31. Januar 1850 das neue Staatsgrundgesetz für die preußische Monarchie vom Könige unterzeichnet und verkündigt worden war. Die Radikalen aber konnten sich nicht ohne Grund auf den Widerstand berufen, welchen einflußreiche Kreise am Hofe dieser Verfassung geleistet hatten, sie konnten, unter Hinweisung auf die gehässige Verfolgung des hochachtbaren Abgeordneten Waldeck, auf die widerrechtliche Abänderung des Wahlgesetzes, das einen Mann wie Georg von Vincke veranlaßt hatte, die Annahme einer Wahl zu verweigern, durch welches eine Kammer zu Stande gekommen war, in der nicht weniger als 200 Beamte saßen, — sie konnten das Mißtrauen aller Freisinnigen gegen die Absichten der preußischen Regierung wachrufen.

So trat denn, nicht gerade unter sehr günstigen Verhältnissen, am 20. März 1850 das Unionsparlament in Erfurt zusammen. Dennoch kam, da die Mehrheit der Versammlung aus Mitgliedern und Anhängern der Frankfurter Kaiserpartei bestand, in kurzer Zeit ein Beschluß zu Stande, wie ihn Preußen und die anderen

Unionsregierungen nicht entgegenkommender wünschen konnten. Das Volkshaus nahm am 13., das Staatenhaus am 17. April mit erheblicher Mehrheit die vorgelegte Unionsverfassung in der von dem Verfassungsausschusse modificirten Form und gleichzeitig den Antrag an, eine Reihe von Abänderungen, die bei der Einzelberathung vorgeschlagen worden waren, den Regierungen zur etwaigen Annahme anzubieten.

Aber schon war in Berlin, wo die reactionäre Partei von Anfang an gegen dieses Project, das sie als revolutionär bezeichnete, alle erdenklichen Hebel in Bewegung gesetzt hatte, der Entschluß, die Unionsverfassung durchzuführen, ins Wanken gerathen. Dies war um so verhängnißvoller, als gerade in diesem Augenblicke Oesterreich einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung der alten Bundesverfassung that, die Bundesgenossen auf den 10. Mai nach Frankfurt zu Berathungen über die Neugestaltung des Bundestages einlud. Besprechungen der Fürsten und Minister der Union, welche gleichzeitig in Berlin stattfanden, zeigten bereits so weit aus einander gehende Meinungsverschiedenheiten, daß man von einer Einführung der Unionsverfassung absah und sich mit einem neuen Provisorium, der Einsetzung eines Fürstencollegiums zur Leitung der Bundesangelegenheiten, begnügte.

Dies war nur das Vorspiel zu dem bald darauf erfolgenden formellen Rücktritte von Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe von der Union. Diese Staaten traten hierauf, nebst Dänemark und Liechtenstein, mit Oesterreich und den vier Königreichen am 2. September zur Bildung des engeren Rathes der Bundesversammlung zusammen.

Dieselbe zaudernde Schwäche wie bei den Verhandlungen über die endgiltige Gestaltung der Union hatte die preußische Regierung auch gegenüber den Ereignissen in Schleswig-Holstein gezeigt, welche dem Waffenstillstande vom 10. Juli 1849 gefolgt waren. Nicht nur daß der preußische Bevollmächtigte in Schleswig die Mißhandlung und Verfolgung der Deutschgesinnten durch seinen dänischen Collegen duldete, die preußische Regierung rief auch alle ihre in der schleswig-holsteinischen Armee dienenden Offiziere zurück und gab in dem am 2. Juli 1850 abgeschlossenen Frieden, in Folge dessen die schwedischen Truppen aus Schleswig, die preußischen aus Holstein abzogen, das Herzogthum Schleswig der Willkür der Dänen völlig Preis; lediglich die Rechte des deutschen Bundes auf Holstein wurden in dem Friedensvertrage gewahrt.

Mit bewunderungswürdiger Tapferkeit versuchte noch einmal die kleine schleswig-holsteinische Armee, die aus 30,000 Mann bestand und über welche nach Bonins Rücktritt der frühere preußische General von Willisen den Oberbefehl übernommen hatte, die Ehre und Freiheit der Herzogthümer zu retten. Sie rückte in Schleswig ein, wurde aber in einer zweitägigen blutigen Schlacht am 24. und 25. Juli bei Idstedt von der dänischen Uebermacht geschlagen und nach Rendsburg zurückgedrängt.

Inzwischen aber war von den von jeher Dänemark günstig gesinnten Regierungen von Rußland, England und Frankreich am 2. Juli in London ein Protokoll entworfen worden, welches die Unversehrtheit des dänischen Gesammtstaates als ein europäisches Interesse bezeichnete, und dieses Protokoll wurde am 2. August endgiltig unterzeichnet. Preußen hatte sich entschieden geweigert, sich an dieser Vergewaltigung der Rechte der Herzogthümer zu betheiligen und hielt auch dann noch seine Weigerung aufrecht, als Oesterreich diesem Protokolle beitrat und dessen Unterzeichnung durch die in dem wiederhergestellten Bundestage vertretenen deutschen Regierungen veranlaßte.

Die nothwendige Folge dieses Schrittes war, daß Oesterreich und seine Bundesgenossen es übernahmen, nachdem Schleswig den Dänen schon

ausgeliefert war, auch Holstein zur Rückkehr unter die dänische Herrschaft zu zwingen.

Dies konnte aber ohne Zustimmung Preußens nicht geschehen, und es trat daher nun an Preußen die Frage heran, ob es nicht wenigstens in dieser der ganzen Nation besonders am Herzen liegenden Angelegenheit den allen nationalen Interessen und Rechtsansprüchen Hohn sprechenden Zumuthungen mit Ernst und Entschiedenheit entgegentreten solle. Die dadurch geschaffene Lage wurde aber noch gespannter durch einen anderen Conflict, den die jeder gesetzlichen Schranke spottende Willkür des Kurfürsten von Hessen heraufbeschworen hatte.

Nur sehr ungern hatte der Kurfürst Friedrich Wilhelm sich dazu verstanden, im Jahre 1848 liberale Männer in sein Ministerium zu berufen, und nur mit Widerstreben war er dem engeren Bunde, der unter Preußens Führung seine Bildung vollzog, beigetreten. Im Beginne des Jahres 1850 schien ihm die Lage der Dinge so geartet, daß er sich seiner liberalen Räthe entledigen könne; er entließ das Ministerium Eberhard und berief den früheren Staatsminister Hassenpflug, der schon in den 1830er Jahren wegen seiner, dem Staatsgrundgesetze von 1831 feindseligen Haltung aus kurhessischen Diensten hatte entlassen werden müssen, zum Leiter seines Ministeriums. Unfähig, sich mit dem Landtage zu verständigen, der seine Ernennung als eine Kriegserklärung betrachtete, hatte Hassenpflug zweimal versucht, sich durch Auflösung der Kammer eine gefügige Mehrheit zu verschaffen, aber seine Wünsche waren an dem unerschütterlichen Entschlusse des hessischen Volkes, an seinen Rechten festzuhalten, gescheitert. Da hierauf Hassenpflug auch ohne ständische Genehmigung die Forterhebung der Steuern anordnete, stieß er hierbei auf den Widerstand der Steuerbeamten, der Gerichte und als er in dieser Noth den Belagerungszustand über das Land verhängte, auch der Offiziere, die alle ihren Verfassungseid höher hielten als die Befehle des Ministers, deren Befolgung mit diesem Eide unvereinbar war. In dieser Lage glaubte Hassenpflug keinen anderen Ausweg aus den Schwierigkeiten, in die er sich verwickelt hatte, finden zu können, als wenn er die Hilfe Oesterreichs anrief, dessen Sympathien gegenüber der Haltung der Stände und des Landes er sicher war. Er veranlaßte daher den Kurfürsten, sich, als sei seine Sicherheit bedroht, nach Frankfurt zu flüchten, dort den Beistand des eben wieder zusammengetretenen Bundestages anzurufen und dann seine Residenz in Wilhelmsbad aufzuschlagen. Die kurhessischen Stände aber bestritten die Competenz des in ganz ungesetzlicher Weise wieder eingeführten Bundestages und stellten sich und ihr Land unter den Schutz Preußens, und es mußte demnach eine Einmischung Oesterreichs oder des unter dessen Leitung stehenden Bundestages in die inneren Angelegenheiten Kurhessens nothwendig den Widerspruch Preußens zur Folge haben. In der That protestirte König Friedrich Wilhelm IV. sofort gegen den Bundesbeschluß, welcher dem Kurfürsten die erbetene Hilfe zusagte. Und da er gleichzeitig den General von Radowitz, den vornehmsten Träger des Unionsplanes, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannte und Befehl gab, ein Armeecorps in Westfalen zusammenzuziehen, so schien es in der That, als ob Preußen auf seinem Widerstande beharren wolle und ein ernstlicher Zusammenstoß unvermeidlich sei.

Aber auch die Gegner ließen es an Demonstrationen nicht fehlen. In Böhmen wurde ein Armeecorps aufgestellt, die in Ungarn und Italien nicht mehr nöthigen österreichischen Truppen erhielten Marschordre, und in Bregenz fand am 11. October eine Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit den Königen von Baiern und Wirtemberg statt, welcher auch die leitenden Minister dieser drei Staaten beiwohnten, um das weitere Vorgehen gegen Preußen festzustellen, und

bei der es an Trinksprüchen nicht fehlte, welche in kaum noch versteckten Drohungen gegen Preußen gipfelten.

Die Lage Preußens war eine überaus schwierige und gefährdete. Nicht nur sah es sich in Deutschland Feinden gegenüber, die mit Ungeduld des Augenblickes harrten, da ein schicklicher Vorwand zum Ausbruche des Krieges sich finden werde, sondern auch die fremden Mächte waren alle mißgünstig gesinnt. England und Rußland zürnten der preußischen Regierung wegen ihres Vorgehens gegen Dänemark und ihrer Weigerung, das Londoner Protokoll zu unterzeichnen, Frankreich war beleidigt, weil Friedrich Wilhelm IV. ein von dem Präsidenten der Republik, dem Prinzen Louis Napoleon, um den Preis der Abtretung deutscher Gebietstheile angebotenes Bündniß abgelehnt hatte. Trotz alledem waren die Aussichten Preußens nicht ungünstig, wenn man in Berlin den Entschluß faßte, an die Nation zu appelliren und rückhaltlos die ganze Kraft des Staates für die Vertheidigung des schwer gekränkten Rechtes in Kurhessen und den Herzogthümern einzusetzen. Allein zu diesem heroischen Entschlusse konnte sich Friedrich Wilhelm IV. nicht ermannen. Auch jetzt wieder galt das Wort, mit welchem er ein Jahr vorher den Versuch des Ministers Beckerath, ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen, zurückgewiesen hatte: „Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent.“ Ihm galt als das unumstößliche Gebot einer richtig geleiteten preußischen Politik, sich nicht ernstlich mit Rußland zu überwerfen. Und so entstand in ihm der Entschluß, die Entscheidung des Kaisers Nikolaus über die zwischen Preußen und Oesterreich schwebenden Streitfragen anzurufen. Oesterreich, eben damals mit Rußland, das die Revolution in Ungarn niedergeworfen hatte, eng verbündet, konnte sich nichts Besseres wünschen, und so kam es denn in der That zu dem Schiedsspruche des Czaren.

In den letzten Tagen des Octobers 1850 trafen bei dem Kaiser Nikolaus in Warschau der Kaiser Franz Josef von Oesterreich mit seinem Minister Fürsten Schwarzenberg und der Prinz Karl von Preußen mit dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg ein. Man kann kaum von Verhandlungen sprechen, die da geführt wurden, sondern Kaiser Nikolaus dictirte einfach Preußen die unbedingte Annahme der Forderungen Oesterreichs, d. h. die Wiederherstellung des alten Bundesverhältnisses, die völlige Preisgebung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, den Verzicht auf jede Einmischung in die Angelegenheiten Kurhessens. Mit diesem Bescheide kehrten die Bevollmächtigten Preußens am 1. November nach Berlin zurück, Graf Brandenburg nicht nur in tiefster Seele niedergebeugt durch die Demüthigung seines Staates, sondern auch persönlich verletzt durch die schnöde Behandlung von Seiten des Czaren, der auf solche Weise seiner Unzufriedenheit, daß der König nicht persönlich erschienen war, Ausdruck verliehen hatte.

Während das Ministerium darüber berieth, welche Stellung Preußen der Haltung Rußlands gegenüber einzunehmen habe, lag Graf Brandenburg im heftigsten Fieber, von dem er nicht wieder genesen sollte. Am 6. November starb er gebrochenen Herzens.

Drei Tage früher, am 3. November, hatte das preußische Ministerium, aus dem Herr von Radowitz ausschied, für welchen der Freiherr von Manteuffel den Vorsitz und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, in Wien angezeigt, daß es auf die Forderungen Oesterreichs einzugehen bereit sei. Aber der Fürst Schwarzenberg begnügte sich nicht mit der Nachgiebigkeit, er verlangte die Demüthigung Preußens. Die Antwort des Wiener Cabinets war eine neue Forderung: daß Preußen sofort

dem Armeecorps, das unter dem Befehle des Generals von der Gröben die Etappenstraßen in Kurhessen besetzt hielt, Ordre zum Abmarsch ertheile und dem Einrücken österreichischer Truppen in Schleswig-Holstein kein Hinderniß in den Weg lege. Also nicht einmal in Verhandlungen über die Modalitäten, wie die Angelegenheiten Kurhessens und der Herzogthümer geordnet werden sollten, wollte man mit Preußen treten, sondern diesem Staate schlechthin Verhaltungsmaßregeln vorschreiben. Und um keinen Zweifel über den Ernst der Lage aufkommen zu lassen, rückten sofort baierische Truppen unter dem Befehle des Generals Fürsten von Thurn und Taxis in Hanau ein, mit der Weisung, den Vormarsch auf Kassel fortzusetzen.

Solchem Vorgehen gegenüber gelang es dem General von Radowitz noch einmal, dem Könige kriegerische Vorsätze einzuflößen. Am 6. November wurde die Mobilmachung der preußischen Armee angeordnet. Aber der Minister von Manteuffel wußte diesen Beschluß sogleich wieder unwirksam zu machen. General von der Gröben erhielt den Befehl, jeden Zusammenstoß mit den Baiern zu vermeiden, und in Folge davon blieb denn auch eine Begegnung der baierischen Vorhut mit der Nachhut Gröbens in der Nähe von Fulda, bei Bronzell, am 8. November, bei der einige Schüsse fielen, aber nur der Schimmel eines Trompeters verwundet wurde, ohne weitere Folgen.

Als ein Zeichen noch weiter gehender Nachgiebigkeit Preußens berief Manteuffel am 15. November, auf Schwarzenbergs Wunsch, die Vertreter der Unionsstaaten und erbat ihre Zustimmung zur völligen Auflösung der Union. Dann aber eilte er zu einer Zusammenkunft mit dem österreichischen Minister nach Olmütz, wo er in einer am 29. November unterzeichneten Vereinbarung auch die letzten Vorbehalte preisgab, welche Preußen bis dahin den österreichischen Forderungen gegenüber noch geltend gemacht hatte.

Die nächste Folge der zu Olmütz gefaßten Beschlüsse war die Eröffnung von Conferenzen der Bundesstaaten über die Neugestaltung des deutschen Bundes, die am 23. December in Dresden eröffnet wurden. Bei diesen Verhandlungen aber stellte sich bald heraus, daß die verschiedenen dort vorgebrachten Pläne sämmtlich aussichtslos seien. Das Verlangen Oesterreichs, mit seinem gesammten Länderbestande dem Bunde beizutreten, scheiterte alsbald an dem entschiedenen Widerspruche von Rußland, England und Frankreich; dem Versuche, das Stimmenverhältniß am Bundestage auf Kosten der kleineren zu Gunsten der Mittelstaaten zu ändern, traten die Vertreter der Kleinstaaten so energisch entgegen, daß sie auch Preußen zum Widerstande anregten; der Vorschlag Wirtembergs endlich, eine Volksvertretung am Bunde einzuführen, begegnete bei Oesterreich wie bei Preußen einer so entschiedenen Abneigung, daß er sich ebenfalls als unausführbar erwies. So blieb denn nichts übrig, als einfach wieder zu der alten Bundesverfassung zurückzukehren, die den Stürmen des Jahres 1848 erlegen war, um nun künstlich wieder belebt zu werden. Am Ende des Monats Mai 1851 waren die Berathungen des Bundestages in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt wieder im geregelten Gange.

Schon im Januar 1851 waren, in Vollziehung der zu Olmütz getroffenen Verabredungen, ein österreichischer und ein preußischer Commissar in Schleswig erschienen, um den Rückmarsch der dort noch stehenden Landestruppen anzuordnen, und gleichzeitig war ein österreichisches Corps unter dem Befehle des Feldmarschall-Lieutenants Legeditsch, für welches preußische Pionniere die Brücken über die Elbe hatten schlagen müssen, in Holstein eingerückt. Diesem Eingreifen der beiden Mächte gegenüber blieb der Landesregierung nichts anderes übrig, als auf jede weitere Wirksamkeit zu verzichten. Die Statthalter legten ihre Aemter nieder, die Landesversammlung ging aus einander, das Heer löste sich auf.

Nach langen Verhandlungen über das künftige Verhältniß Holsteins zu Schleswig, als deren Ergebniß am 28. Januar 1852 eine königliche Verordnung erging, welche für jedes der Herzogthümer ein Ministerium und Provinzialstände einsetzte und auch sonst, mit Ausnahme der Universität Kiel und einiger anderen Anstalten, alle Bande trennte, durch welche bisher beide Herzogthümer so eng vereinigt gewesen waren, zogen im Februar 1852 die österreichischen Truppen aus Holstein ab und überließen das Land vollständig den Dänen. Im Mai 1852 wurde auch die Erbfolgefrage endgiltig geregelt. In einem am 8. Mai zu London unterzeichneten Protokolle erkannten die Großmächte den Prinzen Christian von Glücksburg, dessen Gemahlin, als Tochter der Schwester König Christians VIII., die berechtigte Erbin in Dänemark war, wenn König Friedrich VII. starb, als zukünftigen König des dänischen Gesammtstaates (mit Einschluß der Herzogthümer Schleswig und Holstein) an. Die Dänen waren damit völlig zufriedengestellt, aber weder der deutsche Bund, noch die Stände der Herzogthümer, noch die anderen erbberechtigten Agnaten hatten diesem Protokolle ihre Zustimmung ertheilt, nur der Herzog von Augustenburg hatte sich durch eine Summe Geldes, die er als Entschädigung für seine eingezogenen Güter erhielt, zu einem Verzicht auf seine Rechte bestimmen lassen.

In Schleswig-Holstein aber begann nun eine Zeit schrankenloser Gewaltherrschaft der Dänen. Nicht nur, daß von der verheißenen Amnestie die herzogliche Familie von Schleswig-Holstein, die Mitglieder der Landesregierung, viele Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee ausgeschlossen blieben und in die Verbannung gehen mußten, über den Landesangehörigen, deren deutsche Gesinnung bekannt war, schwebte die Zuchtruthe der gehässigsten Verfolgung. Acht Professoren der Universität Kiel, viele Beamte, Prediger, Lehrer, wurden ihrer Stellen entsetzt und mußten sich in anderen Ländern eine neue Heimath gründen; Kaufleute und Handwerker wanderten aus, um den dänischen Chikanen zu entgehen; besonders in Schleswig strebten die Dänen danach, rücksichtslos deutsche Sprache und Sitte auszurotten. Nur die Charakterstärke und Zähigkeit dieser kernfesten Volksstämme verhinderte das Gelingen dieser Bestrebungen, die von dem ganzen deutschen Volke mit schmerzlicher Beschämung als der Versuch, in der nordischen Grenzmark die deutsche Nationalität völlig zu unterdrücken, erkannt wurden und auf solche Weise das Bewußtsein dauernd wach erhielten, daß hier durch das Verschulden der deutschen Regierungen Zustände geschaffen seien, deren Aenderung als eine Ehrenschuld des deutschen Volkes betrachtet werden müsse. Es ist kein Zufall, daß zwölf Jahre nach Unterzeichnung des Londoner Protokolles die Neugestaltung Deutschlands ihren Ausgang von der Bewegung nahm, welche die Angelegenheiten der Herzogthümer in allen Theilen unseres Vaterlandes hervorgerufen hatten.

Der Krieg, der um die Elbherzogthümer mit Dänemark geführt worden war, hatte, neben anderen beschämenden Ergebnissen, auch die Machtlosigkeit Deutschlands zur See Jedermann mit erschreckender Klarheit vor Augen gestellt. Der Wunsch, in möglichst kurzer Zeit eine deutsche Flotte entstehen zu sehen, hatte daher auch in den weitesten Kreisen der Nation begeisterten Anklang gefunden und das Reichsministerium hatte sich mit großem Eifer der Aufgabe unterzogen, die hierzu nöthigen Einleitungen zu treffen. Das Parlament bewilligte schon im Juni 1848 sechs Millionen Thaler zu diesem Zwecke, in ganz Deutschland bildeten sich Vereine, um Beiträge zur deutschen Flotte zu sammeln, und wenn diese Sammlungen auch nicht große Summen ergaben, so wurde durch dieselben doch allenthalben das Bewußtsein der Wichtigkeit einer Flotte erweckt und genährt, was um so wichtiger war, da ein-

zelne Binnenstaaten, wie z. B. Baiern, dieser nationalen Angelegenheit gegenüber eine bedauerliche Gleichgiltigkeit an den Tag legten. Dem Handelsminister Duckwitz, den eine technische Behörde unter dem Vorsitze des Prinzen Adalbert von Preußen dabei wirksam unterstützte, wurde die Sorge für die junge Marine übertragen, und schon im Frühjahr 1849 lag ein kleines Geschwader in Bremerhafen zum Auslaufen bereit. Leider konnte es nicht wagen, in See zu gehen, da die fremden Mächte die Anerkennung der deutschen Flagge verweigerten. Insbesondere England erhob die größten Schwierigkeiten und Lord Palmerston entblödete sich nicht, anzukündigen, daß er einem unter dieser Flagge segelnden Schiffe die Behandlung werde angedeihen lassen, welche das Seerecht für Piraten vorgesehen habe.

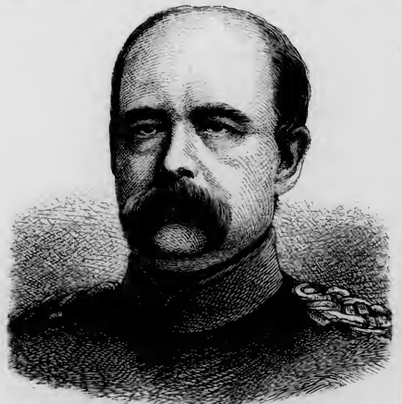
Der wiederhergestellte Bundestag konnte, obwohl der sehr bedeutende überseeische Handel Deutschlands des Schutzes einer Kriegsflotte dringend bedurfte, zu keiner Einigung über die Bildung einer Bundesmarine kommen und faßte endlich, nach langen Berathungen, am 2. April 1852 den Beschluß, die Flotte aufzulösen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde der oldenburgische Staatsrath Hannibal Fischer beauftragt; bei der Versteigerung wurden 1½ Millionen Thaler erlöst, kaum der fünfte Theil der auf den Ankauf und Bau der Schiffe verwendeten Summe.

Die besten Schiffe, darunter auch die bei Eckernförde erbeutete „Gefion", erwarb Preußen, welches von da an begann, mit geringen Mitteln, aber das hohe Ziel unverrückt im Auge, für die Bildung einer Flotte, zunächst zum Schutze des Handels der norddeutschen Küstenstädte, zu sorgen und zu diesem Behufe auch von Oldenburg ein Stück Land an der Jahde zur Anlegung eines Kriegshafens erwarb.

Den deutschen Patrioten, welche durch den traurigen Ausgang der nationalen Erhebung des Jahres 1848 sich nicht entmuthigen, und in der Ueberzeugung, daß Deutschlands Wiedergeburt nur durch die Bildung eines Bundesstaates unter Preußens Führung vollzogen werden könne, nicht erschüttern ließen, war auch diese Fürsorge des preußischen Staates für die Wehrhaftigkeit Deutschlands zur See ein tröstender Beweis, daß der Staat Friedrichs des Großen, selbst unter der Leitung eines Ministeriums Manteuffel, mit zwingender Gewalt immer wieder in die Bahnen einlenken müsse, die ihm die geschichtliche Entwickelung der deutschen Nation angewiesen hatte. Im Augenblicke freilich schien Oesterreich einen glänzenden Triumph errungen zu haben, und von dem übermüthigen Worte des Fürsten Schwarzenberg: „Man muß Preußen zuerst erniedrigen, dann vernichten" war der erste Theil erfüllt. Preußen war gedemüthigt, der Gedanke der Einigung der deutschen Nation unter der Führung der Hohenzollern konnte oberflächlichem Urtheil als ein leerer Traum patriotischer Phantasten erscheinen. Aber wer tiefer blickte und an das Walten fester Gesetze in der Entwickelung der Nationen glaubte, der sagte sich, daß sich so gewaltige Umgestaltungen im Leben der Völker nicht auf einmal vollziehen, daß es mehr als eines stürmischen Anlaufes bedürfe, um aus den zerstreuten und künstlich aus einander gehaltenen Gliedern der deutschen Nation wiederum ein in gesunder staatlicher Form geeinigtes Volk zu bilden.

Gerade in dem Augenblicke aber, da die Feinde des preußischen Staates und der Einheit Deutschlands auf lange Zeit hinaus gewonnenes Spiel zu haben glaubten, betrat der Mann den politischen Schauplatz, der berufen war, das große Werk, das der Volksbewegung des Jahres 1848 zu schaffen nicht gelungen war, auf anderen Wegen zu vollenden.

Am 18. August 1851 ernannte König Friedrich Wilhelm IV. den Herrn Otto von Bismarck-Schönhausen zum preußischen Bundestagsgesandten. Geboren am 1. April 1815 zu Schönhausen in der Altmark, hatte Otto von Bismarck, nach Vollendung der juristischen Studien und nachdem er kurze Zeit an den Regierungen zu Aachen und Potsdam gearbeitet hatte, die Verwaltung der väterlichen Güter übernommen, war Deichhauptmann und Abgeordneter des sächsischen Provinziallandtages geworden. In dieser Eigenschaft in den ersten vereinigten Landtag be-



Otto von Bismarck-Schönhausen.

rufen, hatte er sich bei dessen Berathungen bald als ein Vertreter conservativer Anschauungen erwiesen und durch die Schärfe und Unumwundenheit, mit welcher er seine Ansichten geltend machte, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Als im April 1848 der vereinigte Landtag sich zum zweiten Male versammelte und fast einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, dem Könige für die Zugeständnisse zu danken, die dieser in Folge der Märzereignisse gemacht hatte, erhob sich Bismarck gegen den Antrag, da er nicht mit der Lüge aus seiner Wirksamkeit scheiden könne, daß er für das danken und über das sich freuen solle, was er mindestens für einen irrthümlichen Weg halten müsse. Die verschiedenen Phasen der preußischen Politik während der Dauer des Frankfurter Parlamentes fanden nicht seine Billigung, jedes Zusammengehen der Regierung mit den demokratischen Elementen der Bewegung von 1848 schien ihm bedenklich und dem Charakter des preußischen Staates nicht entsprechend.

Nach der Ablehnung der von dem Parlament angebotenen Kaiserkrone hätte der König von Preußen — so äußerte Bismarck im preußischen Landtage des Jahres 1849 — „sich entweder an Oesterreich anschließen und dort die glänzende Rolle übernehmen müssen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, oder er mußte den Deutschen befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen". Das Verhandeln und Diplomatisiren, die halben Maßregeln bei dem Versuche, die Union durchzuführen, konnten seinen Beifall nicht finden. Eine Verständigung mit Oesterreich schien ihm mehr werth als alle deutschen Verfassungsprojecte. Denn nicht in Oesterreich, sondern in der Demokratie erblickte Bismarck den wahren und gefährlichen Feind des preußischen Staates. Darum sah er auch in der Haltung, die der Minister von Manteuffel zu Oesterreich einnahm, nicht eine Demüthigung Preußens, sondern eine Rückkehr zu der Richtung der Politik, die man niemals hätte verlassen sollen. Die Bändigung der Demokratie hielt er für das Ziel, das beide Mächte nunmehr einmüthig zu verfolgen hätten. Wesentlich diese Anschauung Bismarcks, in welcher er sich mit Friedrich Wilhelm IV. begegnete, erwarb ihm das Vertrauen des Königs, das sich in der Uebertragung des wichtigen Gesandtenpostens am Bunde an den damals 36jährigen, bisher noch nie in der diplomatischen Laufbahn thätig gewesen Mann offenbarte.

Mit der Ueberzeugung, daß es Preußens Auf-

gabe sei, das Vertrauen Oesterreichs zu gewinnen und mit diesem in das engste Verhältniß zu treten, übernahm Bismarck sein Amt. Aber bald erkannte er, nun in den Mittelpunkt der von Oesterreich geleiteten Intriguen gegen Preußen gestellt, wie sehr er, bisher in den Ueberlieferungen, die in den hochconservativen preußischen Adelsfamilien im Schwange waren, befangen, sich über die wahren Gesinnungen des Wiener Cabinetes gegen den preußischen Staat getäuscht hatte, und aus dem unbedingten Vertreter der Unterordnung Preußens unter Oesterreich wurde in kurzer Frist der entschiedenste Gegner der deutschen Politik des Wiener Cabinetes.

Vorerst freilich gingen am Bundestage Preußen und Oesterreich Hand in Hand, um, so weit das Eingreifen der Bundesgewalt dies vermochte, auf die Beseitigung der liberalen Errungenschaften der Jahre 1848 und 1849 hinzuwirken. Es wurde ein eigener Ausschuß eingesetzt, um die Mittel vorzuschlagen, welche gegen weitere Fortschritte der freiheitlichen Tendenzen angewendet werden könnten. Dabei ward in erster Reihe die Aufhebung der „Grundrechte" beschlossen, im übrigen die Ausführung der in dem Berichte jenes Ausschusses empfohlenen Maßregeln den Regierungen der Einzelstaaten überlassen. Was nicht sofort von Bundeswegen vorgekehrt wurde, um — wie man in der Eschenheimer Gasse sagte — „den zerstörenden Kräften" oder „staatsgefährlichen Unternehmungen" entgegenzuarbeiten, das geschah im Laufe der nächsten Jahre. Im Juli 1854 wurden Bundesgesetze über die Presse und über das Vereins- und Versammlungsrecht erlassen, welche die Schranken freier Bewegung so eng als möglich zogen und durch die Unbestimmtheit ihrer Fassung polizeilicher Chicane Thür und Thor öffneten. Die Polizei waltete überhaupt ihres Amtes mit denkbar größter Willkür und fand eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, solche Personen, die an der Bewegung der Jahre 1848 und 1849 hervorragenden Antheil genommen hatten, oder denjenigen, die mit diesen in näheren Beziehungen standen, ihre Macht fühlen zu lassen. Dabei war es zum System geworden, zwischen denen, welche in den erregten Tagen der Revolution sich Handlungen hatten zu Schulden kommen lassen, die sie mit den Strafgesetzen in Conflict brachten, und den Vorkämpfern der Einheit und Freiheit, welche den Weg des Gesetzes keinen Augenblick verlassen hatten, keinen Unterschied zu machen, die Einen wie die Anderen gleichmäßig als Gegner der Staatsordnung zu bezeichnen und zu behandeln.

Am Entschiedensten wurde mit den staatlichen Einrichtungen der Jahre 1848 und 1849 in Oesterreich gebrochen, wo ein kaiserliches Patent vom 31. December 1851 die Aufhebung der Verfassung vom 4. März 1849 verkündigte. Auf der Bahn, die auf solche Weise der Minister Fürst Schwarzenberg betrat, schritt nach dessen Tode (am 5. April 1852) dessen Nachfolger, Graf Buol-Schauenstein rüstig weiter, kräftig unterstützt von dem klerikal gesinnten Cultusminister Grafen Leo Thun und von dem Justizminister Alexander Bach, der sich aus einem radikalen Advokaten in das Haupt der reaktionären Bureaukratie verwandelt hatte. Mit Ausnahme der Aufhebung der auf dem bäuerlichen Grundbesitze haftenden Lasten wurden beinahe alle Gesetze, welche der Reichstag geschaffen hatte, wieder beseitigt. Das Volk der österreichischen Staaten, insbesondere die Bevölkerung von Deutsch-Oesterreich, ließ in stumpfer Gleichgiltigkeit oder verbissener Resignation die Reaktion ihre Wege gehen, viel mehr als über diese politischen über die finanziellen Calamitäten, welche den Kaiserstaat aus einer Krisis in die andere stürzten, in ernste Sorge versetzt.

In Preußen konnte von einer gewaltsamen Aufhebung der Verfassung, welche Friedrich Wilhelm IV. beschworen hatte, nicht die Rede

sein, aber die dem Verfassungswesen feindliche Partei am Hofe und die der Reaktion unbedingt ergebene Mehrheit des Landtages ließ es wenigstens an Versuchen nicht fehlen, eine Reihe ihnen anstößiger Stellen aus dem Grundgesetze des Staates wieder zu entfernen. Die dem Könige persönlich nahe stehenden Brüder von Gerlach, der Oberpräsident von Kleist-Retzow und mit ganz besonderer Energie der Professor Friedrich Julius Stahl, (geb. 1802, gest. 1861) ein

Friedrich Julius Stahl.

hervorragender Jurist, der in seinem Kampfe gegen die naturrechtlichen Theorien das Stichwort ausgegeben und in allen seinen Werken durchgeführt hatte: „Die Wissenschaft muß umkehren" — diese Männer und ihre Gesinnungsgenossen boten Alles auf, um die Verfassung ihres modernen Charakters zu entkleiden und ihr thunlichst den Stempel des alten landständischen Wesens aufzuprägen. Sie gingen in diesem Streben gelegentlich wohl so weit, daß selbst das streng conservative Ministerium Manteuffel ihrem Eifer Einhalt thun mußte. Eine der wichtigsten Verfassungsveränderungen, auf die der König selbst den größten Werth legte, war die Umgestaltung der ersten Kammer, aus welcher die gewählten Mitglieder völlig verschwanden, um durch ein Gesetz vom 7. Mai 1853 den zwei Kategorien erbberechtigter und lebenslänglicher Mitglieder Platz zu machen. Eine königliche Verordnung, welche die neue Zusammensetzung der ersten Kammer, die bald darauf den Namen „Herrenhaus" erhielt, regelte, verlieh dem zahlreichen Adel der alten Provinzen eine außerordentlich bevorzugte Vertretung, behielt jedoch die Möglichkeit, daß die königliche Gewalt genöthigt werden könnte, den „Junkern" entgegenzutreten, fest im Auge, indem sie es unterließ, die Zahl derjenigen Mitglieder, die der König aus besonderem Vertrauen berufen durfte, zu begrenzen.

Bedauerlicher war, daß die Rücksichten auf die Privilegien des Adels auch die Abänderung von Gesetzen veranlaßten, welche von tief eingreifender wirthschaftlichen Bedeutung waren. Die ehemaligen Reichsunmittelbaren erhielten ihre Ausnahmestellung wieder, Familien-Fideicommisse durften wieder errichtet werden, die gutsherrliche Polizei wurde neuerdings eingeführt, die Theilbarkeit des Grundbesitzes und die Ablösung der Grundlasten abgeschafft, die Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnungen wurden aufgehoben, die alten Kreis- und Provinziallandtage mit ihrer unverhältnißmäßigen Mehrheit adeliger Vertreter wiederhergestellt.

Auch in den Mittel- und Kleinstaaten war man eifrig bestrebt, die allgemeine Erschlaffung, welche der Erregung der Revolutionsjahre naturgemäß gefolgt war, zu einer Umgestaltung der Verfassungen, insbesondere der Wahlgesetze, und zur Einführung neuer Gesetze zu benutzen, welche bestimmt waren, die Gewalt der Regierungen zu stärken, die Mitwirkung der Volksvertretungen

an der Gesetzgebung und an der Controle der Staatsverwaltung möglichst einzuschränken.

Besonders gewaltthätig ging bei der Durchführung dieser Tendenzen der Minister Hassenpflug in Kurhessen vor, der sich vom Bundestage den gerne ertheilten Auftrag erwirkte, die angeblich mit den Grundsätzen des Bundesrechtes unvereinbare Verfassung von 1831 und das Wahlgesetz von 1849 außer Kraft zu setzen und an deren Stelle eine von ihm entworfene Verfassung mit einem neuen Wahlgesetze einzuführen. Indeß hatte der Minister dabei die zähe Ausdauer und den unbeugsamen Rechtssinn des hessischen Volkes nicht in Rechnung gezogen; die Zustimmung der Stände zu dieser neuen Verfassung war nämlich vorbehalten worden, und diese konnte weder Hassenpflug noch sein Nachfolger jemals erreichen; der Protest der Stände, bei jedem Zusammentritte wiederholt, hielt dem Lande den Rechtsanspruch auf seine alte Verfassung bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten offen.

Eine vollständige Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen erfolgte in Mecklenburg. In diesem Lande, in welchem eine mächtige Ritterschaft eben so sehr der landesherrlichen Gewalt der Großherzoge hemmend in den Weg trat, wie sie, auf ihre zahlreichen Vorrechte gestützt, den Bürger- und Bauernstand in seinen wichtigsten Lebensinteressen schädigte, war am 10. October 1849 eine nach modernen Grundsätzen entworfene Verfassung eingeführt worden. Gegen die dadurch verursachten sehr wesentlichen Aenderungen der Rechtsverhältnisse beider Großherzogthümer, für welche beide nun die Verfassung und ein Landtag mit allerlei complicirten Bestimmungen bestehen sollte, war schon frühzeitig von dem Großherzog von Strelitz, von den Agnaten und von der Ritterschaft Protest erhoben worden, und schließlich hatte sich der Großherzog von Schwerin, welcher mit der durch die Verfassung erfolgten Einschränkung des Adels wohl zufrieden gewesen war, dazu verstehen müssen, den Ausspruch eines Schiedsgerichtes über die Zulässigkeit und Fortdauer dieser Verfassung anzunehmen. Dieses Schiedsgericht, das aus einem preußischen und einem hannöverischen Bevollmächtigten, die sich einen sächsischen Richter als Obmann erkoren, bestand, erkannte am 11. Februar 1850 zu Freienwalde zu Gunsten der Ritterschaft. Die Verfassung wurde in Folge dieses Spruches wieder aufgehoben und der alte ständische Landtag wieder in sein Recht eingesetzt. An dessen Widerspruch scheiterte bis zum heutigen Tage jeder Versuch, Mecklenburg eine Repräsentativverfassung zu geben.

Wenn die Regierungen sich bei ihrem Bestreben, allenthalben so viel als möglich die Ergebnisse der revolutionären Bewegungen zu beseitigen, nach starken Stützen zur Herstellung einer kräftig zu handhabenden Staatsordnung umsahen, so konnte es nicht fehlen, daß sie dabei auch den Beistand der Kirchengewalt für diese Tendenz zu gewinnen und thunlichst zu verwerthen suchten.

Die katholische Kirche, mit ihrer unter allen Verhältnissen erprobten strammen Organisation, hatte es sehr wohl verstanden, das allgemeine Streben nach freiheitlicher Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu benutzen, um die Fesseln, mit welchen die Bureaukratie bisher ihre freie Bewegung gehemmt hatte, beinahe vollständig abzustreifen. Die deutschen Bischöfe hatten sich in einer Conferenz, die zu Würzburg stattfand, über ein gemeinsames Vorgehen gegen das Oberaufsichtsrecht der Staatsgewalt geeinigt und der Idealismus, welcher die Beschlüsse des Frankfurter Parlamentes über die „Grundrechte" dictirte, glaubte die Freiheit des Staates von der Kirche nicht sicherer begründen zu können, als

indem er die Freiheit der Kirche vom Staate gesetzlich feststellte.

Mit der Beseitigung der Grundrechte traten zwar auch in Bezug auf das Verhältniß von Staat und Kirche die früher geltenden Bestimmungen wieder in Kraft, allein trotzdem hatte die katholische Kirche immer noch Grund genug, mit der Stellung zufrieden zu sein, in welche sie durch die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 versetzt worden war. Das freie Vereinsrecht hatte die Gründung von Klöstern außerordentlich begünstigt, und niemand dachte daran, deren Bestand und weitere Vermehrung zu hindern, ja die Regierungen sahen mit Wohlgefallen, daß die Jesuiten landauf landab zogen, das Volk zu ihren Missionspredigten herbeiriefen, weil sie in dem Wahne befangen waren, daß eine Stärkung der kirchlichen Autorität zugleich eine Kräftigung der Staatsgewalt bedeute.

In dem preußischen Staate war die Macht der katholischen Kirche zudem durch die Verfassung neu befestigt worden, in welche der Satz von der Selbstständigkeit der Kirche aus den „Grundrechten" übergegangen war, zur großen Zufriedenheit des Königs, der von jeher nur mit innerem Mißvergnügen die Staatshoheit gegen die Uebergriffe der Kirchengewalt vertheidigt hatte und in seinem hohen Sinne die Möglichkeit eines ernsten Conflictes zwischen Kirche und Staat, von deren einmüthigem Zusammenwirken er sich die günstigsten Ergebnisse für das wahre Wohl seines Volkes versprach, gar nicht ins Auge faßte.

In den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz, wo die Kirche sich keiner solchen Freiheit der Bewegung erfreute, versuchten die Bischöfe dieselbe durch Verhandlungen mit den Regierungen zu erwerben und beschlossen, als die Regierungen nicht darauf eingingen, so zu handeln, als ob ihre Forderungen zugestanden wären. Daraus mußten nothwendiger Weise Conflicte entstehen, denen die Bischöfe nicht nur nicht aus dem Wege gingen, die sie vielmehr ihrerseits hervorzurufen bestrebt waren. Besonders heftig entbrannte der Streit zwischen Staat und Kirche in Baden, wo der Erzbischof von Freiburg in seiner trotzigen Auflehnung gegen die Regierung das Staatsgesetz so gründlich mißachtete, daß zu seiner Verhaftung geschritten werden mußte. Den Regierungen aber fehlte jene energische Ausdauer, durch welche sich zu allen Zeiten die katholische Kirche ausgezeichnet hat, und überall, wo es zum offenen Streite zwischen den Bischöfen und der Staatsgewalt gekommen war, in Wirtemberg und Hessen-Darmstadt so gut wie in Baden und Nassau, endigte der Kampf mit einem Rückzuge der Regierungen, mit Verhandlungen, die mit dem päpstlichen Stuhle angeknüpft wurden. Diese Verhandlungen führten zum Abschlusse von Concordaten, in welchen die römische Curie im Wesentlichen alles das erreichte, was sie von jeher angestrebt hatte. Immerhin hatten die Regierungen doch erst nach langen Verhandlungen nachgegeben, und da auch beim Abschlusse der Concordate die Zustimmung der Volksvertretungen hatte vorbehalten werden müssen, so hatte die den Verhandlungen von Anfang an mißgünstige öffentliche Meinung Gelegenheit, sich bei der endgiltigen Regelung dieser Angelegenheiten geltend zu machen. Wir werden später sehen, daß dieß in einem Sinne geschah, der die Siegeshoffnungen der römischen Curie vollständig täuschte.

Daß die Regierungen bei diesen Verhandlungen den weit gehenden Forderungen des päpstlichen Stuhles einen so geringen Widerstand entgegenstellten, daran trug hauptsächlich der heftige Druck die Schuld, der von Oesterreich aus auf sie geübt wurde, wo schon am 18. August 1855 ein Concordat mit Rom vereinbart worden war, welches den Staat in eine bis dahin unerhörte Abhängigkeit von der Kirche versetzte und durch die Bestimmung, daß dieser Vertrag nur durch die Einwilligung des Papstes gelöst werden

könne, die Bürgschaft der Dauer in sich zu tragen schien.

Das Verhältniß der Staatsgewalt zu der evangelischen Kirche bewirkte, daß in den Ländern mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung die politische und die kirchliche Reaktion in noch engerer Vereinigung Hand in Hand gingen als dies in jenen Staaten der Fall war, wo die Regierung und die Mehrheit der Bevölkerung dem katholischen Bekenntnisse angehörten oder wo protestantische Regierungen den Beistand der katholischen Kirche anriefen. In Preußen leistete die im Jahre 1850 neu eingesetzte oberste Behörde der evangelischen Landeskirche, der Oberkirchenrath, unter dem Einflusse der streng orthodoxen Hofprediger, der Regierung willig alle von dieser verlangten Dienste und zwar mit solchem Eifer, daß selbst die conservative Mehrheit der Volksvertretung sich genöthigt sah, den Versuchen entgegenzutreten, welche von kirchlicher Seite gemacht wurden, einzelne Bestimmungen des preußischen Landrechtes, z. B. die Bestimmungen über Ehescheidung und Wiederverehelichung Geschiedener, den kirchlichen Anschauungen entsprechend umzugestalten.

Am Entschiedensten machte sich der Einfluß der kirchlichen Reaktionspartei dem Schulwesen gegenüber geltend, da der König Friedrich Wilhelm IV. selbst in den herrschenden Unterrichtsgrundsätzen die eigentlichen Wurzeln der revolutionären Ideen und Gesinnungen erblickte. Es wurden daher die Bahnen, welche das Ministerium Altenstein betreten hatte, wieder verlassen, das Unterrichtsgesetz, welches der Minister von Ladenberg vorbereitet hatte, wurde beseitigt und auf Veranlassung des Cultusministers von Raumer im Jahre 1854 zur Abfassung der sogenannten „Regulative" geschritten, der Lehrpläne für Seminarien und Volksschulen, in denen dem Religionsunterrichte eine alle anderen Lehrgegenstände beeinträchtigende, bevorzugte Stelle angewiesen und gleichzeitig der Unterricht in Geschichte, Geographie und Naturlehre auf ein möglichst geringes Maß zurückgeführt ward. Zugleich ging das Streben der leitenden Kreise dahin, die äußere Stellung der Volksschullehrer möglichst ungünstig zu gestalten und sie nach allen Richtungen hin zu gehorsamen Untergebenen der Geistlichen zu machen.

Der Geist, welcher in solcher Weise die Gestaltung der Volksschule bestimmte, war aber auch in der obersten Leitung des höheren Unterrichtswesens maßgebend und die Zeit brach von neuem herein, da die Gläubigkeit der Lehrer bei Anstellungen und Beförderungen in höherem Grade als ihre wissenschaftliche Befähigung in Betracht kam.

Bei allem Gegensatze zu Preußen, in welchem sich sonst die Mehrzahl der deutschen Regierungen gefiel, befolgten sie doch auf dem Gebiete der politischen und kirchlichen Reaktion fast ausnahmslos dieselben Grundsätze, die in Berlin zur Herrschaft gelangt waren. Man konnte im Verlaufe der 1850er Jahre in der That zu dem Glauben kommen, daß in Folge der Ausschreitungen der Revolution auf lange Zeit hinaus jede freiere Regung unmöglich geworden sei.

Glücklicher Weise konnten diese Tendenzen, so schädlich sie sich auch bei der Erziehung und bei dem Unterrichte des heranwachsenden Geschlechtes erwiesen, dennoch den gewaltigen Fortschritten nicht Einhalt thun, welche sich auf fast allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst unausgesetzt vollzogen.

Auf dem Gebiete der sogenannten Geisteswissenschaften nimmt Geschichtforschung und Geschichtschreibung in den 1850er und 1860er Jahren die vornehmste Stelle ein, sowohl durch die ausgezeichneten Vertreter dieses Faches als auch durch den unmittelbaren Einfluß, den die Geschichtschreibung auf die politische Bildung der Nation ausübte. Dieselbe Methode streng kritischer Forschung, durch deren Anwendung Theodor

Mommsen und Ernst Curtius unsere Kenntniß der Geschichte der Römer und Griechen so wesentlich vermehrten und das Urtheil der Gegenwart über die Vergangenheit dieser Völker richtig stellten, fand nun auch immer mehr Anwendung bei dem Studium der Geschichtsquellen des Mittelalters und der neueren Zeit. Wilhelm von Giesebrecht erforschte und schilderte mit Treue und liebevoller Hingabe an seinen Stoff die Tage der alten deutschen Kaiserzeit; Johann Gustav Droysen, der Biograph des Generals York, folgte den wechselvollen Gängen der preußischen Politik in einem an wichtigen Aufschlüssen aus den Archiven ebenso wie an scharfen Charakteristiken und belehrenden politischen Ausblicken reichen Werke; Heinrich von Sybel stellte, als Geschichtschreiber des Zeitalters der französischen Revolution, actenmäßig die Rollen fest, welche Preußen und Oesterreich in diesem für die Umgestaltung aller Verhältnisse Europas so bedeutungsvollen Zeitraume gespielt haben; wohl die größte und segensreichste Wirksamkeit als akademischer Lehrer und als Schriftsteller aber übte Ludwig Häußer (1818 bis 1867), der mit seiner glänzenden Beredsamkeit gerade in den Zeiten der trübsten Reaktion in seinem Hörsaale zu Heidelberg die Saat patriotischer Gesinnung in viele Tausende jugendlicher Herzen streute und mächtig dazu beitrug, die Liebe zu Deutschland in dem heranwachsenden Geschlechte zu nähren und den Entschluß zu kräftigen, an dem großen Werke der Neugestaltung des Vaterlandes thätig mitzuarbeiten, ein Verdienst, das er noch vermehrte durch seine fesselnd geschriebene „Deutsche Geschichte seit dem Tode Friedrichs des Großen", ein Buch, das von zündender Wirkung war und wohl noch lange eifrig gelesen werden wird.

Aber auch alle übrigen Zweige der Geisteswissenschaften wurden nicht minder erfolgreich gefördert. Die philosophische Weltanschauung der Feuerbach, Schopenhauer und Hartmann übt auf das Urtheil und das ganze geistige und sittliche Leben unserer Tage einen mächtigen Einfluß, der nur einigermaßen durch die kritische und geschichtliche Darstellung der älteren philosophischen Systeme rectificirt wird, welche wir Ritter, Zeller, Kuno Fischer, Trendelenburg, Carriere und Huber verdanken. Die Literaturgeschichte hat in Vilmar, Wackernagel, Kurz und Gödecke ganz hervorragende Vertreter gefunden; die Geschichte der

Ludwig Häußer.

bildenden Kunst wird mit Sorgfalt erforscht, mit Geist dargestellt von Lübke und Woltmann, Springer und Hermann Grimm. Dem Studium der Geographie sind ganz neue Bahnen eröffnet durch die gewaltigen Fortschritte der mathematischen Wissenschaften und durch die großen Entdeckungsreisen, an denen auch deutsche Männer ruhmvollen Antheil haben; wenn wir hier als Geographen, deren Kartenwerke uns über die fernsten Länder belehren, nur Berghaus und Kiepert namhaft machen, so dürfen

wir nicht vergessen, der verdienten Reisenden Rüppell, Rußegger, Barth, Moritz Wagner, Rohlfs und der Brüder Schlagintweit zu gedenken, welche die größten Strapazen und Gefahren nicht scheuten, um unsere Kenntniß von der Beschaffenheit bis dahin fast völlig unbekannter Gebiete im Innern Asiens, Afrikas und Amerikas zu bereichern. Die Rechtswissenschaft hat in Robert von Mohl, Ihering, Bluntschli, die Volkswirthschaftslehre in Rau und Roscher ausgezeichnete Vertreter gefunden. Die Theologie und Kirchengeschichte hat Männer von umfassender Gelehrsamkeit wie Döllinger, Hefele und Gfrörer, von freier Geistesrichtung wie Schwarz, Lang, Schenkel aufzuweisen. Ueberall ist das Streben lebendig, die Ergebnisse der gelehrten Forschung durch gemeinverständliche Darstellung weiter und immer weiter sich ausdehnenden Kreisen des Volkes zugänglich zu machen und das hervorzuheben, was der harmonischen Fortbildung des nationalen Lebens förderlich ist.

Die schöne Literatur Deutschlands darf auch in unserem Zeitalter mit den Erzeugnissen des Auslandes wohlgemuth in Wettbewerbung treten. Die Dorfgeschichten und die Romane von Berthold Auerbach, die mächtig angelegten Dramen von Friedrich Hebbel und Otto Ludwig, die Dramen und Romane von Rudolf von Gottschall, die reizenden Novellen und Lustspiele von Gustav zu Putlitz zeichnen sich durch die mannichfachsten Vorzüge aus. Durch die reichste dichterische Begabung und die vielseitigste Bethätigung derselben ragt über die meisten seiner Zeitgenossen Paul Heyse (geb. zu Berlin am 15. März 1830) hervor, von dem man nicht weiß, ob die Leichtigkeit und Sicherheit der Production oder die Geistesfrische und Grazie, die seinen Werken eigen ist, mehr Bewunderung verdient. Gustav Freytag und Victor von Scheffel sollen hier ganz besonders deshalb genannt sein, weil ihre Werke sehr wesentlich dazu beigetragen haben, dem deutschen Volke die Geschichte seiner großen Vergangenheit in lebendigen, farbenreichen Bildern vor die Seele zu führen und die Liebe zu echt deutscher Art und Sitte in unserer Zeit neu zu beleben.

Die bildende Kunst hatte auch in diesem Zeitabschnitte glänzende Vertreter aufzuweisen, welche die verschiedensten Richtungen der künstlerischen Auffassung und Darstellung zur Geltung brachten.

Paul Heyse.

Hier muß es genügen, die Namen Kaulbach und Piloty, Schwindt und Genelli, Schirmer und Preller, Knaus und Menzel zu nennen, deren Gemälde, Dank den neuen Methoden der Vervielfältigung, längst Gemeingut der Nation geworden sind. Ebenso müssen wir uns hier darauf beschränken, die Namen der Bildhauer Rietschel, Begas, Hänel, Schilling und der großen Architekten Semper, Hansen und Hitzig als der ausgezeichnetsten Meister ihrer Fächer zu erwähnen.

Eine durchaus eigenthümliche und geniale Erscheinung ist der Componist Richard Wagner, (geb. zu Leipzig am 22. Mai 1813) der, in der Schule der soliden deutschen Capellmeister ausgebildet, aus dieser als ein vollendeter Beherrscher des Orchesters hervorging und in der Kunst der Instrumentirung den größten Meistern ebenbürtig ist. Durch das mit bewunderungswerther Energie durchgeführte Streben, eine neue Epoche des Musiklebens zu begründen, hat er einerseits

Richard Wagner.

eine begeisterte Schaar für ihn schwärmender Schüler und Anhänger um sich versammelt, andererseits den Zorn, die Erbitterung, ja den Hohn unversöhnlicher Feinde erregt. Die culturgeschichtliche Bedeutung seines Strebens, ein Kunstwerk zu schaffen, in welchem Dichtung, Musik und Darstellung sich zu einer idealen Einheit verkörpern, beruht wesentlich in der Wahl seiner Stoffe aus der deutschen Heldensage und in der dadurch hervorgerufenen Vorstellung, daß sein Kunstwerk der Zukunft einen eigenartig nationalen Charakter an sich trage. Diese Vorstellung hat Kreise für Wagners Werke interessirt und begeistert, denen sowohl die Empfänglichkeit für die großen Schönheiten seiner Tondichtungen, als auch die Fähigkeit, über ihren musikalischen Werth fachmännisch zu urtheilen, fehlt.

Von Wichtigkeit wurde die Kunstrichtung Richard Wagners auch dadurch, daß sie erfolgreich dem Virtuosenthum entgegenwirkte, welches auf der Bühne und im Concertsaale immer vorwiegender zur Geltung kam. Auch die Schauspielkunst wurde durch das Virtuosenthum vielfach geschädigt, und der Mann, welcher wohl der gründlichste Kenner des deutschen Theaters seit seiner Entstehung war; Eduard Devrient, sah eine der Hauptaufgaben seines Lebens darin, an der Bühne zu Karlsruhe, deren Leitung ihm Großherzog Friedrich von Baden anvertraut hatte, und in seiner vortrefflichen „Geschichte der deutschen Schauspielkunst" diesen Auswuchs echter Kunst zu bekämpfen.

Wie zu Ende des 18. und im Beginne des 19. Jahrhunderts die Philosophie, so traten jetzt die exacten Wissenschaften in den Mittelpunkt des geistigen Lebens, dessen wichtigste Strömungen sie beherrschten. Und die Wechselwirkung zwischen den Ergebnissen der exacten Forschung und dem praktischen Leben waren noch reicher und erwiesen sich noch viel ergiebiger als der Einfluß, den die Philosophie auf den Ideengang des Zeitalters ausgeübt hatte.

Es würde hier viel zu weit führen, auch nur andeutungsweise die großartigen Erforschungen und Entdeckungen auf dem umfassenden Gebiete der Naturwissenschaften zu besprechen und es mag genügen, des Mannes zu gedenken, der, wie kein zweiter, eine lange Reihe von Jahren hindurch mit dem glänzendsten Erfolge bestrebt war, die Früchte seiner Studien für das praktische Leben nutzbar zu

machen und dadurch einer der größten Wohlthäter des Menschengeschlechtes geworden ist: Justus von Liebig (geboren in Darmstadt am 12. Mai 1803, gestorben in München am 18. April 1873). Wenn er durch die Zahl und Bedeutung seiner Entdeckungen auf dem Felde der Chemie, die durch ihn erst zur Wissenschaft erhoben wurde, über alle seine Zeit- und Fachgenossen hervorragt, so ist das Verdienst seiner physiologischen Untersuchungen und seiner Forschungen auf dem

Justus von Liebig.

Gebiete der Landwirthschaft nicht geringer. Seine Arbeiten über Ernährung des Pflanzen- und Thierkörpers bewirkten eine vollständige Umwälzung in den Begriffen über das, was zur rationellen Pflege der menschlichen Gesundheit und zur Beförderung des Wachsthums der Pflanzen erforderlich ist. Die Folge seiner Bodenuntersuchungen war eine ganz neue Methode des Feldbaues. In Gießen (seit 1824) und in München (seit 1852) sammelte er eine stattliche Schaar von Schülern um sich, aus deren Reihen die hervorragendsten Chemiker Deutschlands und aller Länder der Welt hervorgegangen sind. Neben Liebig sind als Chemiker noch Kopp und Poggendorf, Mitscherlich und Fresenius, Bunsen und Schönbein und Liebigs namhaftester wissenschaftlicher Gegner Stöckhardt zu erwähnen, als Physiker haben Weber, Dove, Kirchhoff, als Astronomen Argelander, Encke, Littrow das Bedeutendste geleistet. Von den Mathematikern sei nur Dirichlet, von den Geologen Rose, von den Botanikern seien Grisebach und Braun, von den Zoologen von Baer und Ehrenberg erwähnt. Die Physiologie und die Anatomie haben in Männern wie Rudolf Wagner, Fechner, Bischoff, von Siebold, Johannes Müller und Helmholtz die glänzendsten Vertreter und Förderer gefunden, die Heilkunde, insbesondere die Chirurgie wurde durch Skoda, Oppolzer, Hyrtl, Schönlein, Virchow, Dieffenbach, Stromeyer, Chelius, von Langenbeck, Esmarch, von Gräfe immer mehr aus einer empirischen zu einer streng wissenschaftlichen Disciplin erhoben.

Wenn die freisinnige Strömung, welcher die Gesetzgebung sich seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts auf die Dauer nicht entziehen konnte, den Grund und Boden von den Feudallasten befreite, die aus den Tagen des Mittelalters her den Landbewohner bedrückten, so hat jetzt die Anwendung der Wissenschaft auf das Leben verbesserten Betrieb der Landwirthschaft; Maschinen, welche vielfach die harte Arbeit des Tagelöhners übernahmen, und insbesondere der Anbau der Handelsgewächse erhöhten die Ertragsfähigkeit des Bodens; Wein- und Obstbau konnte durch rationelle Behandlung der Reben und der Bäume auf eine immer höhere Stufe der Vollendung gebracht werden; die Viehzucht erfreute sich vorzugsweise der sorgfältigen Aufmerksamkeit der

Regierungen und der landwirthschaftlichen Vereinigungen.

Wenn auch Deutschland, im Vergleiche zu den Nachbarländern, immer noch den Namen eines armen Landes verdient, so hat sich doch auch in unserem Vaterlande der allgemeine Wohlstand in den letzten Jahrzehnten sehr bedeutend gehoben. Handel und Verkehr nahmen einen gewaltigen Aufschwung. Ein nach allen Seiten hin verzweigtes Eisenbahnnetz läßt fast keine Entfernungen mehr bestehen, hat die entlegensten Landestheile in den Weltverkehr hereingezogen oder wenigstens demselben näher gebracht und nicht wenig dazu beigetragen, daß die wesentlich durch gegenseitige Unbekanntschaft und unbegründete Vorurtheile entstandenen und genährten Gegensätze zwischen Nord und Süd unseres Vaterlandes sich auszugleichen beginnen. Post und Telegraph haben zu diesem Werke der Civilisation und der Stärkung der Nationaleinheit ebenfalls mächtig beigetragen. Der Unternehmungsgeist, die Fähigkeit und der Trieb, die vorhandenen natürlichen Hilfsmittel auszunutzen und durch die Entdeckungen der Wissenschaft zu verbessern, ist stetig gewachsen. Große Massen von Fabriken sind entstanden, und in sehr zahlreichen Industriezweigen wetteifert Deutschland nicht nur erfolgreich mit dem Auslande, sondern übertrifft auch dessen Erzeugnisse. In den Jahren, welche der revolutionären Bewegung folgten, war, gerade weil die Regierungen die Aufmerksamkeit von den politischen Angelegenheiten abzulenken strebten, ihre ganz besondere Fürsorge der Pflege der materiellen Interessen des Volkes gewidmet; der zunehmende Wohlstand, die Verbesserung der Verkehrsmittel, die Hebung der Industrie kamen, als erst die Nation sich von der dumpfen Betäubung erholte, die naturgemäß jenen erregten Tagen gefolgt war, auch dem politischen Leben zu Gute und trugen sehr erheblich dazu bei, die Stellung des bürgerlichen Mittelstandes, der an den Kämpfen für Einheit und Freiheit mit Einsicht und Ausdauer den hervorragendsten Antheil nahm, zu kräftigen.

Für die weitere gesunde Entwickelung von Handel und Verkehr war die Erneuerung des Zollvereines eine Lebensbedingung. Nach dem Ablaufe der ersten Periode war er im Jahre 1841 auf zwölf Jahre erneuert worden, der Vertrag lief also mit dem Schlusse des Jahres 1853 ab. Diesen Augenblick hielt Oesterreich für geeignet, einen neuen Schachzug gegen Preußen zu thun, indem es zunächst den Abschluß eines Handelsvertrages, unter der Bedingung gegenseitiger Zustimmung zu allen Tarifänderungen, und für den 1. Januar 1859 seinen völligen Eintritt in den Zollverein verlangte. Da Preußen sich entschieden weigerte, auf dieses Ansinnen einzugehen, Baiern, Wirtemberg, Sachsen, die beiden Hessen und die meisten anderen süd- und mitteldeutschen Vereinsstaaten aber dem Wunsche Oesterreichs zustimmten, einmal weil sie durch Oesterreichs Eintritt eine Förderung ihrer schutzzöllnerischen Tendenzen hofften, nicht minder aber, um dadurch den politischen Einfluß Preußens noch mehr zu schwächen, so stand Preußen, wenn diese Staaten alle, insbesondere das von Minister Hassenpflug geleitete Kurhessen, aus dem Zollvereine austraten, neuerdings der Gefahr gegenüber, die beiden Hälften der Monarchie künstlich getrennt zu sehen. Dieser Gefahr konnte nur dadurch begegnet werden, daß Preußen mit Hannover und dem Steuerverein eine Zolleinigung einging, und in der That führten geheime Verhandlungen, die alsbald zwischen Berlin und Hannover eröffnet worden waren, nachdem auf einer Zollconferenz zu Wiesbaden die süddeutschen Staaten sich für Oesterreichs Forderung erklärt hatten, zu einem Vertrage, durch den Hannover sich Namens des Steuervereines bereit erklärte, am 1. Januar 1854 in den Zollverein einzutreten.

Da die süddeutschen Staaten auch jetzt noch an ihren Forderungen festhielten und sich mit

Oesterreich über ein gemeinsames Vorgehen verständigten, so erneuerte Preußen den Zollvereinsvertrag nur mit Braunschweig, dem Steuervereine und dem thüringischen Handelsvereine.

Als Oesterreich die Unnachgiebigkeit Preußens erkannte, beschloß das Wiener Cabinet, sich von seinen bisherigen Genossen zu trennen, der Verabredung, mit den Süddeutschen einen eigenen Zollverein einzugehen, untreu zu werden und in directe Verhandlungen mit Preußen über den Abschluß eines Handelsvertrages zu treten. Da bei diesen neuen Verhandlungen von gegenseitiger Zustimmung zu Tarifänderungen nicht mehr die Rede war und auch der Gedanke der völligen Zolleinigung nur noch als ein Project erschien, an dessen Verwirklichung Niemand im Ernste glaubte, so konnte Preußen sich wohl am 19. Februar 1853 zur Unterzeichnung dieses Vertrages verstehen. Den süddeutschen Staaten blieb aber jetzt keine Wahl, als ebenfalls ihre Vertreter nach Berlin zu schicken und sowohl dem Vertrage mit dem Steuervereine als dem Handelsvertrage mit Oesterreich zuzustimmen.

Durch die Intrignen Oesterreichs und der süddeutschen Staaten war demnach gerade das Gegentheil von allem, was sie angestrebt hatten, erreicht worden: der Zollverein hatte einen sehr erheblichen Zuwachs gewonnen, er umfaßte jetzt ein Gebiet von 9046 Geviertmeilen mit 35 Millionen Einwohnern; durch den Eintritt der nordwestdeutschen Staaten war, gegenüber den schutzzöllnerischen Tendenzen der Süddeutschen, die von Preußen stets begünstigte freihändlerische Richtung wesentlich verstärkt; endlich hatte Preußen durch den Ausgang dieser Angelegenheit einen unzweifelhaften Sieg errungen, einen erneuten Angriff Oesterreichs erfolgreich abgewehrt, seine Stellung den anderen deutschen Staaten gegenüber entschieden verstärkt.

Das durch diesen Erfolg gehobene Selbstgefühl des preußischen Staates machte sich bald darauf auch in einer ganz Europa bewegenden Frage bemerkbar.

Gegen den Versuch Rußlands, unter dem Vorwande, daß es die Beschützung der unveräußerlichen Rechte der griechischen Kirche gelte, sich umfangreicher Landestheile der europäischen Türkei zur Vergrößerung des Czarenreiches zu bemächtigen, nahmen sämmtliche europäischen Mächte eine abwehrende Stellung ein. Frankreich, dessen neuer Kaiser, Napoleon III., den entschiedenen Wunsch hatte, die hohe Bedeutung seiner Dynastie für die Vermehrung des französischen Ruhmes und Einflusses zur Geltung zu bringen, schloß ein Bündniß zum Schutze der Türkei mit England, dessen Staatsmänner jeder Erweiterung der russischen Macht im Oriente mit Mißtrauen begegneten. Oesterreich, obgleich dem Kaiser Nikolaus zu Dank verpflichtet, konnte unmöglich gegen die Gefahr einer Umklammerung der östlichen Reichshälfte durch Rußland gleichgiltig bleiben und mußte Maßregeln vorbereiten, derselben entgegenzutreten. In Preußen, wo die altüberlieferte Freundschaft für Rußland auch durch die Haltung des Kaisers Nikolaus in Olmütz in den Hofkreisen und in der Armee nicht erschüttert worden war, gab es zwar unter den einflußreichen Staatsmännern eine Partei, welche einem Bündnisse mit den Westmächten nicht abgeneigt war, wenn dessen Preis die Zustimmung derselben zur Verwirklichung des im Jahre 1850 gescheiterten Unionsprogrammes gewesen wäre; allein der König selbst, so sehr er auch das Vorgehen Rußlands mißbilligte, weigerte sich doch mit der größten Entschiedenheit, sich einer Vereinigung anzuschließen, welche die Unterstützung des Islam gegen einen christlichen Staat zum Zwecke habe. Doch gab er seine Zustimmung dazu, daß mit Oesterreich für die Dauer des orientalischen Krieges ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen wurde, durch welches beide Staaten sich ihren vollen Länderbesitz verbürgten, und genehmigte, wenn

auch nur schweren Herzens, einen Zusatzartikel zu diesem Vertrage, der Oesterreich für den Fall, daß es, in Folge seiner Forderung der Räumung der von den Russen besetzten Donaufürstenthümer, mit Rußland in einen Krieg verwickelt werde, den Beistand Preußens zusicherte und die Einverleibung der Donaufürstenthümer in Rußland sowie die Ueberschreitung des Balkans durch russische Truppen als Kriegsfall erklärte. Diesem Bündnisse, das am 20. April 1854 abgeschlossen wurde, trat am 24. Juli auch der deutsche Bund bei, nachdem auf einer Conferenz der Mittelstaaten zu Bamberg der vergebliche Versuch gemacht worden war, für den Bund, an Stelle der beiden Großmächte, die Leitung der deutschen Politik in diesen orientalischen Verwickelungen in Anspruch zu nehmen.

So weit war es dem Minister von Manteuffel, dem Vertreter der österreichisch-preußischen Freundschaft um jeden Preis, gelungen, den König in eine Richtung zu drängen, die schließlich doch zum Kriege gegen Rußland zu führen drohte, an dem Friedrich Wilhelm IV. Theil zu nehmen so entschieden abgelehnt hatte. Aber weiter ließ sich der König nicht mit fortreißen, in diesem seinem Entschlusse bestärkt durch den damals häufig von Frankfurt nach Berlin berufenen Bundestagsgesandten von Bismarck, der mit seinem klaren Blicke das Streben Oesterreichs durchschaut hatte, sich bei dem beabsichtigten Anschlusse an die Westmächte der dazu unentbehrlichen Mitwirkung Preußens zu versichern, einen etwaigen Siegespreis aber für sich allein zu behalten und dabei noch in der Zukunft aus der Feindschaft Rußlands gegen Preußen Nutzen zu ziehen.

Als das Wiener Cabinet, welches bald nach Abschluß des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen, ohne diese Macht davon in Kenntniß zu setzen, sich der Türkei gegenüber zur Besetzung der Donaufürstenthümer verpflichtet und dadurch die Russen genöthigt hatte, ihre Truppen aus denselben zurückzuziehen, im Beginne des Jahres 1855 von Preußen die Aufstellung eines Beobachtungscorps in Schlesien und Posen verlangte, wurde dieses Ansinnen rundweg abgelehnt, und als Oesterreichs Antrag am Bundestage auf schleunige Kriegsbereitschaft des Bundesheeres, (nachdem der viel weiter gehende Antrag auf Mobilmachung auf Preußens Veranlassung abgelehnt worden) zum Beschlusse erhoben ward, gab Preußen die ausdrückliche Erklärung ab, daß diese Kriegsbereitschaft nicht als gegen Rußland gerichtet zu betrachten sei, welches weder Oesterreich, noch deutsches Bundesgebiet bedrohe.

Diese Haltung Preußens stand allerdings durchaus nicht im Einklange mit den Forderungen der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche laut und lebhaft eine Betheiligung Deutschlands am Kriege gegen Rußland verlangte, von dem die Mehrzahl der deutschen Liberalen ein für alle Male eine dauernde Bedrohung der deutschen Freiheit, ja mit der Zeit wohl selbst deutschen Gebietes, befürchten zu müssen glaubte. Erst die Erfahrung späterer Jahre hat gezeigt, wie richtig diese Haltung war, welcher Rußland allein zu verdanken hatte, daß Oesterreich sich seinen Feinden nicht unmittelbar anschließen konnte. Die Gegenleistung Rußlands in den Jahren 1864 bis 1870 hat nicht wenig zur Ueberwindung der Schwierigkeiten beigetragen, welche sich der Gründung des neuen deutschen Reiches in den Weg stellten.

Da Preußen an dem Krimkriege nicht betheiligt war, so wurde, als nach dem Tode des Kaisers Nikolaus (2. März 1855) und den entscheidenden Siegen der Verbündeten im Februar 1856 in Paris ein Congreß von Bevollmächtigten der Großmächte zusammentrat, um über den definitiven Friedensschluß zu berathen, Preußen anfänglich gar nicht zu dessen Beschickung eingeladen; erst als sich die Nothwendigkeit ergab,

den Vertrag von 1841 über die Einfahrt von Schiffen in die Dardanellen abzuändern, zu dessen Unterzeichnern Preußen gehörte, beschloß man, auch Vertreter Preußens zu den Berathungen des Congresses beizuziehen, und auch jetzt war es nur dem Anstandsgefühle der französischen Regierung zu danken, daß die Vertreter Preußens nach Feststellung der einschlägigen Punkte fortfahren konnten, sich an den Verhandlungen des Congresses zu betheiligen, und nicht, wie England vorgeschlagen hatte, von den weiteren Berathungen ausgeschlossen wurden.

Nichts kann schlagender den Unterschied der Stellung, die unser Vaterland damals einnahm, von der, welcher es sich heute erfreut, bezeichnen, als ein Vergleich zwischen dem Pariser Congreß von 1856, auf dem der deutsche Bund gar nicht vertreten, Preußen nur geduldet war, und dem Berliner Congreß von 1878, dessen Beschlüsse wesentlich als das Ergebniß der Macht des deutschen Reiches und des Einflusses seines leitenden Staatsmannes erscheinen.

Auf Preußens Wunsch beschäftigte sich der Pariser Congreß auch vorübergehend mit einer Angelegenheit, die dem König Friedrich Wilhelm IV. persönlich überaus wichtig war, mit der staatsrechtlichen Stellung von Neuenburg. Durch die Beschlüsse des Wiener Congresses waren die während der Revolutionskriege verlorenen Rechte des Königs von Preußen auf das Fürstenthum Neuenburg wiederhergestellt worden, ohne daß darum die Zugehörigkeit dieses Ländchens zu der Schweizer Eidgenossenschaft gelöst worden wäre. Die Zwitterstellung, in welcher sich in Folge dieser Bestimmung Neuenburg befand, hatte, als im Jahre 1847 die Schweiz, in zwei große Heerlager getheilt, durch die Tagsatzung eine Reihe der wichtigsten Angelegenheiten der gesammten Eidgenossenschaft im liberalen Sinne zur Entscheidung brachte, dazu geführt, daß Neuenburg diesen Beschlüssen seine Zustimmung versagte, und als die Tagsatzung auf deren Anerkennung drang, beim Könige von Preußen Verwahrung gegen jede Vergewaltigung einlegte. Die Streitfrage war nach längeren Verhandlungen dadurch gelöst worden, daß die Tagsatzung die Unfügsamkeit dieses Cantons mit einer Buße von 300,000 Franken ahndete. Die Ereignisse des Jahres 1848 brachten dann eine vollständige Lösung des Verhältnisses Neuenburgs zu Preußen. Der preußische Statthalter wurde vertrieben und Neuenburg trat dem neu gestalteten Schweizer Bundesstaate als vollkommen selbstständiges Glied bei.

Der König Friedrich Wilhelm IV., der auf die Zugehörigkeit dieses Fürstenthums zu dem Besitze des hohenzollernschen Hauses den größten Werth legte, erhob gegen diese eigenmächtige Veränderung feierliche Verwahrung und wiederholte diese bei mehreren Anlässen, erreichte auch, daß die Gesandten aller europäischen Großmächte in London am 24. Mai 1852 ein Protokoll unterzeichneten, in welchem seine Ansprüche auf das Fürstenthum Neuenburg anerkannt wurden. Aber dabei hatte es sein Bewenden gehabt, und auch der Pariser Congreß begnügte sich damit, die auf Neuenburg bezüglichen Beschwerden des Ministers von Manteuffel mit achtungsvoller Aufmerksamkeit anzuhören. Aber nur wenige Monate nach dem Schlusse des Congresses, am 3. September 1856, bemächtigte sich die meist den alten Adelsgeschlechtern des Landes angehörige preußische Partei in Neuenburg durch eine rasch und entschlossen in Scene gesetzte Erhebung der Regierung und proclamirte die Wiedereinsetzung des Königs von Preußen in seine Rechte. Dieser Erfolg der Royalisten war jedoch nur von kurzer Dauer; schon am nächsten Tage wurden die Führer von den Republikanern gefangen genommen, die Monarchie wieder abgeschafft. Friedrich Wilhelm IV., obwohl ohne jeden Zusammenhang mit dieser Schilderhebung, trat doch sofort mit großer Energie für die Freilassung der Gefangenen ein, befahl, als diese von der Schweiz verweigert ward, die Mobilmachung eines Theiles der preußischen Armee und sicherte, durch Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten, den Durchmarsch preußischer Truppen durch deren Gebiet. Der an sich ja ganz bedeutungslose Conflict konnte zu sehr ernsten und weitgreifenden Verwickelungen führen, wenn nicht Kaiser Napoleon III. wirksam vermittelt und einen Vertrag zum Abschlusse gebracht hätte, durch welchen Preußen am 26. Mai 1857 auf Neuenburg verzichtete, die Schweiz dagegen die Theilnehmer jener Erhebung begnadigte und sich zur Zahlung einer Entschädigung von 1 Million Franken verpflichtete. Auf diese Summe verzichtete der König zwar sofort, erklärte aber gleichzeitig, daß er fortfahren werde, sich in seinem großen Königstitel Fürst von Neuenburg zu nennen. Den praktischen Schweizern war es lieber, daß der König vorgezogen hatte, auf die Million, statt auf den Titel zu verzichten.

Dieser Neuenburger Handel veranlaßte das letzte persönliche Eingreifen Friedrich Wilhelms IV. in eine wichtigere Staatsangelegenheit. Schon im Sommer 1857 traten bei dem Könige die Anzeichen eines Gehirnleidens hervor, welches sich so rasch entwickelte, daß am 24. October sein Bruder, der Prinz von Preußen, zum Stellvertreter des Königs ernannt werden mußte.

So lange diese Stellvertretung mit einem nur vorübergehenden Charakter dauerte, hielt sich der Prinz von Preußen nicht für berechtigt, in dem Regierungssystem, welches Friedrich Wilhelm IV. befolgt hatte und in den Personen der Minister Veränderungen eintreten zu lassen; als aber nach Ablauf eines Jahres nicht nur keine Besserung im Zustande des Königs eintrat, seine Krankheit sich vielmehr als unheilbar erwies, bestand der Prinz darauf, daß ihm nunmehr die in der Verfassung vorgesehene Regentschaft übertragen werde. Der König gab am 7. October 1858 diesem Antrage seine Zustimmung, der Landtag bestätigte am 20. October die Regentschaft und der Prinz leistete am 26. October den Eid auf die Verfassung.

Der Prinz-Regent Wilhelm, der zweite Sohn des Königs Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise, war am 22. März 1797 geboren, zählte also 61 Jahre, als er die Zügel der Regierung ergriff. Eine seiner ersten Regierungshandlungen war der Auftrag an den Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, ein neues Ministerium zu bilden. Von den Männern, welche Friedrich Wilhelm IV. in den obersten Rath der Krone berufen hatte, wurden nur zwei, der Justizminister Simons und der Handelsminister von der Heydt, beide Rheinländer, denen ein gewisser Freisinn nicht abzusprechen war, in das neue Cabinet herübergenommen, der Minister des Innern, von Flottwell, hatte dem entlassenen Ministerium nur wenige Wochen angehört, an die Stelle des Ministers von Westphalen getreten, der seinen Abschied genommen hatte, als aus der Stellvertretung die Regentschaft geworden war. Flottwell, ein höchst erfahrener Verwaltungsbeamter, gehörte seiner politischen Richtung nach, als aufrichtiger Freund des Verfassungsstaates, nicht dem abtretenden, sondern dem neuen Ministerium an, in welchem von Schleinitz das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten, von Patow das der Finanzen, von Bethmann-Hollweg des Unterrichts, von Bonin des Krieges übernahmen; durchweg Männer, die sich des Vertrauens und der Achtung der weitesten Kreise erfreuten und zu denen in Rudolf von Auerswald, einem Jugendfreunde des Prinz-Regenten, der als Minister ohne Portefeuille in das Cabinet eintrat, noch eine Persönlichkeit von großer Beliebtheit und zuverlässigem Freisinne hinzukam.

An diesen Ministerwechsel knüpften sich in ganz Preußen und weit über die Grenzen des Königreiches hinaus die überschwänglichsten

Hoffnungen. Man erwartete nicht weniger, als daß nun eine „neue Aera" beginnen und die Grundsätze des Constitutionalismus entschieden und folgerichtig zur Durchführung gebracht werden würden. Einsichtige Männer begriffen freilich, daß ein solcher Bruch mit den Ueberlieferungen des preußischen Königthums nicht von einem Tage zum anderen erfolgen könne und daß die Sinnesart der neuen Minister zwar eine Reform in den wichtigsten Angelegenheiten des Staates, nicht aber eine völlige Umgestaltung aller bestehenden Verhältnisse verbürge. Diese Anschauung fand ihre Bestätigung durch die Rede, in welcher der Prinz-Regent am 8. November 1858 dem Ministerium die Ziele seiner Politik darlegte. Er betonte in derselben, daß ein Bruch mit der Vergangenheit nicht in seiner Absicht liege, daß er vielmehr die Aufgabe der Regierung darin erblicke, die sorgliche und bessernde Hand da anzulegen, wo sich Willkürliches oder den Bedürfnissen der Zeit Zuwiderlaufendes zeige. Er wies auf die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Heeresreform hin und verhehlte nicht, daß er für diesen wichtigen Zweck die Steuerkraft des Landes in höherem Grade als bisher in Anspruch nehmen werde. Er versprach die kräftige Aufrechthaltung der protestantischen Union, die Zurückweisung etwaiger Uebergriffe der katholischen Kirche in die durch die Verfassung aufgerichteten Schranken und die Entlarvung der mit wahrer Religiosität unvereinbaren Heuchelei und Scheinheiligkeit. Er sprach die Hoffnung aus, durch eine weise Gesetzgebung im Innern, durch Hebung aller sittlichen Momente und durch die Pflege von Einigungselementen, wie der Zollverein, der jedoch einer Reform bedürfe, moralische Eroberungen in Deutschland machen zu können. „Die Welt muß wissen" — so lautete der Schluß dieser bedeutsamen Ansprache — „daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist, und was dem Staate an materieller Macht fehlt, das muß die Besonnenheit, Consequenz und Energie seiner Politik ersetzen."

Obwohl diese Rede keineswegs den Erwartungen jener entsprach, welche auf den sofortigen Uebergang zu einem liberalen Regierungssystem gehofft hatten, so verfehlte sie doch nicht den günstigsten Eindruck zu machen, weil jedermann den entschiedenen Gegensatz erkannte, in welchen sich der Prinz-Regent zu der Art und Weise, wie sein Bruder in den letzten Jahren regiert hatte, stellte. Diese Auffassung fand auch in den Wahlen zum Landtage ihren Ausdruck, welche durchaus im Sinne des neuen Ministeriums ausfielen, das inzwischen in dem Grafen Schwerin, der den bejahrten Flottwell ersetzte, eine neue populäre Kraft gewonnen hatte. Die altliberale Partei, als deren Führer Georg von Vincke galt, und welcher auch die Mehrzahl der neuen Minister bisher angehört hatte, gebot über die Mehrheit der Stimmen im Abgeordnetenhause und bewilligte gerne die Mehrforderung für die Land- und Seemacht, die um so natürlicher erschien, als im Januar 1859, da der Landtag eröffnet wurde, schon wieder drohendes Gewölk den politischen Horizont trübte.

Die gewaltige nationale Bewegung, die im Jahre 1848 fast alle Völker Europas ergriffen, hatte durch die Reaktion, die den Revolutionsjahren gefolgt war, wohl zeitweise unterdrückt werden können, aber das Nationalitätsprincip hatte doch feste Wurzeln geschlagen. Das Streben, aus zerrissenen Gliedern gleicher Nationalität wieder einen nationalen Staat aufzurichten, trat am Entschiedensten in Italien in die Erscheinung, wo es nicht nur galt, die einzelnen Theile zu einem Ganzen zu vereinigen, sondern zuvörderst der über jenen waltenden Fremdherrschaft ein Ende zu machen. Die Einheitsbestrebungen der Italiener, durch einen großen Staatsmann, den Minister Sardiniens, Grafen Cavour mit Kraft und Einsicht geleitet, wurden durch Kaiser Napoleon III. so entschieden begünstigt und gefördert, daß um Italiens willen im Beginne des Jahres 1859 das Verhältniß Frankreichs zu dem natürlichen Feinde dieser Bestrebungen, zu Oesterreich, ein sehr gespanntes geworden war.

Cavour hatte die Hoffnung, daß Preußen eine ernstliche Verlegenheit Oesterreichs nicht vorübergehen lassen werde, ohne seine Rache für Olmütz zu nehmen, als einen sehr wichtigen Factor in die Berechnungen hereingezogen, die er über die Möglichkeit der Befreiung und Einigung Italiens anstellte. Er hatte mit den Staatsmännern der „neuen Aera" Beziehungen angeknüpft und war sehr erstaunt, in Berlin zwar freundliches Entgegenkommen, aber doch keineswegs den Entschluß zu einem auf die Demüthigung und Schwächung Oesterreichs abzielenden Bündnisse mit Sardinien zu finden. Zwar hatte der Prinz-Regent, mit ziemlich deutlicher Hinweisung auf Oesterreich, in einem feierlichen Augenblicke erklärt, daß Preußen, obgleich bestrebt, in freundlichem Einvernehmen mit allen Mächten zu stehen, sich fremden Einflüssen nicht hingeben werde, zwar führte der Bundestagsgesandte von Bismarck gelegentlich eine sehr kräftige Sprache gegen Oesterreich und wies namentlich den Versuch Oesterreichs, seine Garnison in Rastatt erheblich zu verstärken, mit Entschiedenheit zurück; aber von einer offenen Parteinahme für Italien war man in Berlin doch weit entfernt, ja, als Bismarck seinen Sympathien für die italienische Sache in all zu demonstrativer Weise Ausdruck gab, wurde er von Frankfurt als Gesandter nach Petersburg berufen und durch den zwar gleichgesinnten, aber der Form nach weniger feindselig auftretenden Herrn von Usedom ersetzt.

Die öffentliche Meinung in Deutschland, namentlich im Süden, wo es, nach dem Worte des Prinz-Regenten, galt, „moralische Eroberungen" für Preußen zu machen, ließ auch eine directe Betheiligung an dem Kriege gegen Oesterreich um so mehr als unmöglich erscheinen, da die Begünstigung, welche Napoleon III. dem Vorgehen der Italiener angedeihen ließ, in Deutschland allgemein den Glauben erweckte, daß es sich dabei weniger um die Einigung Italiens, als um eine Vermehrung der Macht Frankreichs handle.

Aber indem man diesen Anschauungen des deutschen Volkes vollauf Rechnung trug, strebte man in Berlin dennoch danach, die Gunst des Augenblickes nicht vorübergehen zu lassen, ohne den Versuch zu machen, den Einfluß Preußens in Deutschland zu erhöhen. Um für alle Fälle vorbereitet zu sein, wurde daher schon im April 1859 die Mobilmachung dreier Armeecorps und, nach Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich-Italien und Oesterreich, der ganzen preußischen Armee angeordnet, auch die Mobilmachung der Bundesarmee am Bundestage beantragt. Auf solche Weise war Preußen gerüstet, nicht nur, im Falle der Verletzung des Bundesgebietes, seiner Bundespflicht zu genügen, sondern auch, wenn die Uebermacht Frankreichs die Gefahr eines europäischen Krieges heraufbeschwören sollte, seine bewaffnete Vermittelung eintreten zu lassen. Ja, der Prinz-Regent ging noch einen Schritt weiter: er erklärte sich bereit, den ganzen Länderbesitz Oesterreichs zu gewährleisten, wenn dieses sich dazu verstehe, dem lombardisch-venetianischen Königreiche eine unabhängige Stellung unter einem Vicekönig einzuräumen und Preußen die Führung der Bundesarmee, ohne die einschränkenden Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung, zu überlassen.

In diesem Zugeständnisse sah aber Oesterreich eine so ernsthafte Bedrohung seiner Stellung in Deutschland, daß Kaiser Franz Josef, bei Magenta und Solferino am 4. und 24. Juni von den Franzosen geschlagen, lieber die Lombardei an Frankreich (und durch dieses an Italien) abtrat, als daß er die Bedingungen Preußens erfüllt und dadurch Napoleon gezwungen

hätte, einen großen Theil seiner Truppen an den Rhein zu werfen. Nichtsdestoweniger klagte der Kaiser von Oesterreich in einem Manifeste, das er nach dem Friedensschlusse an seine Völker erließ, vor aller Welt Preußen an, daß es Oesterreich und dessen gutes Recht im Stiche gelassen habe.

So unerquicklich auch dieser offen zur Schau getragene Conflict der beiden im deutschen Bunde vereinigten Großmächte war, so war die ganz Deutschland umfassende Bewegung, welche das österreichische Manifest und die sich an dasselbe anknüpfende Erörterung der Beziehungen Oesterreichs und Preußens unter sich und gegenüber dem Bunde hervorrief, doch von großer und glücklicher Bedeutung für die fernere politische Entwickelung unseres Vaterlandes. Dadurch ward nach fast zehn Jahren endlich der Bann gebrochen, den die der Revolution folgende Reaktion über das öffentliche Leben aller deutschen Staaten verhängt hatte. Wenn schon die Ernennung des Ministeriums der „neuen Aera" in den meisten Bundesstaaten wie ein die Luft reinigender Windstoß gewirkt, in Baiern z. B. den König Maximilian II. veranlaßt hatte, mit seinem Volke Frieden zu schließen und ebenfalls einen Ministerwechsel eintreten zu lassen, so ward nun die Bewegung, die sich an den italienischen Krieg anschloß, der Ausgangspunkt eines erneuten Strebens nach Umgestaltung der niemand befriedigenden Bundesverfassung.

Freilich waren die Meinungen darüber, in welcher Weise diese Umgestaltung sich vollziehen, welche Endziele sie verfolgen solle, sehr getheilt. Als eine Frucht der gescheiterten Arbeit der Jahre 1848 und 1849 stellte sich jetzt heraus, daß wenigstens eine Partei in Deutschland vorhanden war, die mit einem fertigen Programme vor die Nation treten konnte: die Partei der vielgeschmähten „Gothaer", die Kaiserpartei des Frankfurter Parlamentes. Sie rief jetzt wieder, wie damals, die deutschen Regierungen, das deutsche Volk auf zur Schaffung einer starken Centralgewalt, eines Reichstages, eines Bundes der rein deutschen Staaten unter preußischer Führung. Zur Förderung dieser Zwecke ward noch im Herbste 1859 der „Nationalverein" gegründet, welcher die Führer der Partei aus Nord und Süd zu gemeinsamem Streben einigte, den nationalen Gedanken in die weitesten Kreise trug und für seine Verwirklichung mit rastlosem Eifer thätig war.

Allerdings erweckten die Bestrebungen der „Gothaer" und des Nationalvereines auch sehr entschiedene Gegenbewegungen. Mehrere Regierungen verboten ihren Staatsangehörigen den Beitritt zu dem Nationalvereine, seine Mitglieder waren in einigen Staaten kleinlichen Chikanen ausgesetzt, ja es wurde sogar durch die Regierung von Hessen-Darmstadt der Versuch gemacht, von Bundeswegen den Fortbestand des Vereines verbieten zu lassen. Auch im Volke selbst, besonders in Süddeutschland, fehlte es nicht an solchen, welche die Ziele des Vereines mißbilligten und bekämpften. Aber die nationale Idee war nun wenigstens wieder in den Vordergrund des politischen Lebens getreten und beherrschte fortan Denken und Treiben Aller, die sich in Deutschland mit den öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten. Drohungen wie sie der hannoversche Minister von Borries im Mai 1860 in einer Sitzung des hannoverschen Landtages ausstieß: die Bestrebungen des Nationalvereins würden die deutschen Mittel- und Kleinstaaten Frankreich in die Arme treiben, begegneten doch allenthalben im Volke der entschiedensten Verurtheilung, und wenn der König von Hannover, der blinde und verblendete Georg V. (der 1851 seinem Vater Ernst August in der Regierung gefolgt war) diese Worte seines Ministers mit dessen Erhebung in den Grafenstand belohnte, so zögerte anderseits die öffentliche Meinung Deutschlands nicht, die

in jenen Worten ausgedrückte Gesinnung als Vaterlandsverrath zu brandmarken.

Die Grundstimmung, die in solcher Weise das ganze öffentliche Leben beherrschte, verlieh einem Feste, das am 10. November 1859 in ganz Deutschland gefeiert wurde, dem hundertjährigen Geburtstage Friedrich Schillers, eine weit über die dem großen Dichter gezollte Verehrung hinausragende Bedeutung. Die Mahnung, die der Dichter dem sterbenden Attinghausen in den Mund legt:

„Seid einig, einig, einig!"

und die Worte des Schwures auf dem Rütli:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen und Gefahr"

sie wurden der Text, der allen Festreden zu Grunde lag, die in Nord und Süd, in Ost und West des deutschen Vaterlandes an diesem Tage den deutschen Volksgenossen die Pflichten eines treuen Patrioten vor die Seele stellten.

Und auch sonst belebte sich jetzt wieder, wie in den 1840er Jahren, nur weit mehr ausgedehnt und erleichtert durch die verbesserten Verkehrsmittel, das Vereins- und Versammlungswesen. Turner und Schützen und Sänger verbanden mit den Uebungen ihrer Fertigkeit zugleich die Pflege der nationalen Gesinnung ihrer Mitglieder. Auch andere Vereinigungen, welche wissenschaftlichen oder geselligen Zwecken dienten, konnten jetzt nicht mehr stattfinden, ohne daß, sei es bei den Verhandlungen selbst, sei es bei den sie begleitenden Festlichkeiten, des großen Vaterlandes und der Mittel, dasselbe neu zu gestalten, gedacht wurde. Wenn auch dadurch die nationale Sache nicht unmittelbar gefördert ward, ja wenn die bei diesen Versammlungen gehaltenen Reden und gefaßten Resolutionen sogar wohl dazu führten, bei manchem den Glauben zu erwecken, als könne die Lösung der schwierigen nationalen Aufgaben durch begeisterte Worte erfolgen, so dienten sie dennoch dazu, den engherzigen Partikularismus zu untergraben und zu bekämpfen und die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Umgestaltung des deutschen Bundes auch in solchen Kreisen zu verbreiten und zu befestigen, die einer kühlen und geschäftsmäßigen politischen Belehrung weniger zugänglich waren.

Der allgemeine Aufschwung machte sich bald auch auf dem Gebiete geltend, das in ganz besonders hohem Maße von der Reaktion berührt worden war, auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens und in dem Verhältnisse zwischen Staat und Kirche. Als im März 1860 der badischen zweiten Kammer das von der Regierung mit der römischen Curie abgeschlossene Concordat vorgelegt wurde, zeigte sich die Kammer und das Land so entschieden abgeneigt gegen diesen Vertrag, daß der Großherzog Friedrich, der im Jahre 1852 die Regierung angetreten hatte, beschloß, auf die Ausführung des Concordates zu verzichten und sein Ministerium zu entlassen. Indem er sofort ein neues Ministerium aus Männern der liberalen Partei, von denen Lamey und Stabel sehr wesenlich zu der Beseitigung des Concordates beigetragen hatten, berief, sprach er in einer Proklamation vom 7. April 1860 den Entschluß aus, die rechtliche Stellung der Kirche, unter thunlichster Wahrung ihrer Selbstständigkeit, durch ein Gesetz zu regeln und auch auf anderen Gebieten des Staatslebens eine möglichst freie Entwickelung zu gewähren. Damit verließ Baden die Bahnen der Reaktion, deren Betretung gerade hier, wo die Revolution in ihrer häßlichsten Gestalt aufgetreten, natürlich genug gewesen war, um fortan in der Durchführung wichtiger und tief eingreifender Reformen in fast allen Zweigen der Gesetzgebung den meisten anderen Staaten Deutschlands muthig voranzueilen.

Der Verwerfung des badischen Concordates folgten ähnliche Beschlüsse der Landstände in

Wirtemberg, Nassau und Hessen-Darmstadt und wurden mit Ausnahme von Hessen, wo der Minister von Dalwigk an der Convention mit Rom trotzdem festhielt, auch von den Regierungen vollzogen.

Großherzog Friedrich von Baden.

Beinahe gleichzeitig begannen auch in den evangelischen Landeskirchen die freisinnigen Elemente sich zu regen und zu verbünden: in der Rheinpfalz, in Baiern, Baden und Hannover wurde gegen Lehr- und Gesangbücher, Liturgien und Agenden, welche die orthodoxe Partei, um ihre Herrschaft zu befestigen, einzuführen strebte, mit Erfolg gekämpft.

Die lebhafte Agitation für die Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen unter Preußens Führung geeinigten Bundesstaat, wie sie der Nationalverein mit großem Eifer betrieb, in seinen Bestrebungen seit 1862 auch von einer Vereinigung von liberalen Abgeordneten aus allen deutschen Landtagen unterstützt, stand die preußische Regierung mit großer Zurückhaltung gegenüber. Der Prinz-Regent vermied sorgfältig Alles, was danach aussehen konnte, als wolle er auf die Entschlüsse der Mittel- und Kleinstaaten einen Druck ausüben, oder als wolle Preußen sich in irgend einer wichtigen Frage von seinen Bundesgenossen trennen. Als ihn im Juni 1860 der Kaiser Napoleon III. zu einer Zusammenkunft in Baden-Baden einlud, um in persönlichem Verkehre die Besorgnisse zu zerstreuen, welche die öffentliche Meinung Deutschlands über die Absichten Frankreichs hegte, trug der Prinz-Regent dafür Sorge, daß der Kaiser der Franzosen ihn, umgeben von den Fürsten der namhaftesten deutschen Staaten, antraf. Aber auch gegenüber Oesterreich strebte der Prinz-Regent nach einer Verständigung, welche durch seine Zusammenkunft mit Kaiser Franz Josef in Teplitz am 26. Juli 1860 angebahnt werden sollte.

Nur bezüglich einer Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung, deren Nothwendigkeit schon im Jahre 1859 von allen Seiten anerkannt worden war, hielt die preußische Regierung mit Entschiedenheit daran fest, daß eine Reform durchgeführt werden müsse, welche sowohl die Wehrkraft Deutschlands zu stärken, als den berechtigten Einfluß Preußens auf die Leitung des Heerwesens zu sichern geeignet wäre. Preußen verlangte deshalb, daß für den Fall eines Krieges die norddeutschen Truppen unter Preußens, die süddeutschen unter Oesterreichs Oberbefehl gestellt werden und daß sich die österreichische und preußische Regierung, unter Zuziehung von Vertretern der anderen Bundesstaaten, über einen gemeinsamen Feldzugsplan einigen sollten. Aber der Bundesmilitärausschuß verwarf diese Vorschläge, welchen Oesterreich nicht beistimmen wollte und die auch bei den Ministern der Mittel- und Kleinstaaten dem lebhaftesten Widerspruche begegneten. Diese kamen im November

1859 und im August 1860 in Würzburg zusammen, um diese Frage zu berathen, und hielten an der Ernennung eines einzigen Oberfeldherren fest, indem sie dabei eine Abweichung von der bestehenden Bundeskriegsverfassung nur in soweit zulassen wollten, daß nicht der Bundestag, sondern die beiden Großmächte den Oberfeldherren ernennen sollten. Da aber nicht zu erwarten stand, daß Oesterreich jemals Preußen den Oberbefehl zugestehen werde, so lehnte die preußische Regierung den Antrag der „Würzburger" ab und die ganze Angelegenheit blieb daher vorerst unerledigt.

Auf der ersten Würzburger Conferenz hatten sich die Vertreter der Mittel- und Kleinstaaten, peinlich berührt von dem Wiedererwachen der im Jahre 1850, wie sie glaubten, für immer beseitigten Idee der Bildung eines deutschen Bundesstaates unter preußischer Führung, nicht nur mit der Frage des Oberbefehls im Kriege beschäftigt, sondern auch, das Recht der Nation auf engere Vereinigung anerkennend und von dem Wunsche beseelt, es in der ihnen richtig scheinenden Weise zu befriedigen, Vorschläge gemacht, die den oft ausgesprochenen Forderungen der nationalen Partei entsprachen: Befestigung der Küsten, Errichtung eines obersten Bundesgerichtes, Vorbereitungen zu einem gemeinsamen bürgerlichen Strafgesetzbuch, zur Einheit von Maß und Gewicht, die aber alle nur ausführbar waren, wenn der jedes gemeinsame Handeln lähmende Dualismus Preußens und Oesterreichs in irgend einer Form aufgehoben war. Da sich jedoch vorerst keinerlei Möglichkeit zur Lösung dieses Zwiespaltes darbot, so verhielt sich Preußen diesen Anträgen gegenüber, denen auch Oesterreich kaum zustimmen konnte, ablehnend. Diese Lösung anzubahnen, dazu glaubte der rührigste und ehrgeizigste unter den Ministern der Mittelstaaten, der sächsische Minister Freiherr von Beust, ein Mittel gefunden zu haben in dem Plane einer Bundesreform, den er im October 1861 den deutschen Regierungen mittheilte.

Nach diesem Plane sollte der Bundestag jährlich im Mai zu Regensburg unter Oesterreichs, im November zu Hamburg unter Preußens Vorsitz zusammentreten und zur Berathung von Bundesgesetzen eine Versammlung von Vertretern der deutschen Landtage berufen, deren je 30 Preußen und Oesterreich, 68 die übrigen Staaten zu entsenden hätten; während der übrigen Zeit des Jahres aber sollte eine Executivgewalt bestehen, welche Oesterreich, Preußen und ein dritter Bundesfürst, mit Vollmacht sämmtlicher übrigen Bundesglieder, bilden sollte.

Ein solcher Plan, der, nach dem bezeichnenden Worte des badischen Ministers Freiherrn von Roggenbach, dem deutschen Volke „einen Stein statt des Brodes" bieten wollte, konnte nur von allen Seiten den entschiedensten Widerspruch hervorrufen. Oesterreich wollte nichts von einer Theilung des Vorsitzes am Bundestage wissen, die Mittelstaaten waren keineswegs geneigt, einem Fürsten aus ihrer Mitte umfassende Vollmachten zu ertheilen, die öffentliche Meinung erhob Einsprache gegen das Delegirtenproject, das, nach Beusts Vorschlag, ein Parlament ersetzen sollte. Preußen aber begnügte sich nicht, den Plan des sächsischen Ministers zurückzuweisen, sondern es trat jetzt mit einem positiven Gegenvorschlage auf.

Diesen bedeutsamen Schritt befahl nicht mehr der Prinz-Regent, sondern der König Wilhelm I. von Preußen. Am 2. Januar 1861 war Friedrich Wilhelm IV. gestorben und die Regentschaft hatte damit ihr Ende erreicht, der Prinz-Regent als König den Thron bestiegen. Seine Machtfülle war vermehrt; aber nicht mit der hoffnungsvollen Zuversicht, wie bei der Uebernahme der Regentschaft sahen jetzt bei der Thronbesteigung König Wilhelms die Liberalen in Preußen und Deutschland der weiteren Entwicke-

lung der preußischen Politik entgegen. Daran trug zweierlei die Schuld: die ruhig abgemessene und zurückhaltende Stellung, welche die Regierung zu den inneren Reformen und auf dem Gebiete der deutschen Politik einnahm, und der über die Heeresreform zwischen Regierung und Volksvertretung ausgebrochene Zwiespalt.

Was den ersten Punkt betraf, so verlangten die den fortgeschrittenen Parteien angehörenden Männer ein entschiedeneres Auftreten, sowohl gegenüber den jeder Reform widerstrebenden Hochconservativen des Herrenhauses, dessen Aufhebung ganz ernstlich verlangt wurde, als auch gegenüber Oesterreich und den Mittelstaaten; bei der Heeresreform aber stellte sich bald dem klaren und sachverständigen Willen des Königs das Festhalten der Landtagsmehrheit an den Principien des constitutionellen Staatswesens in anscheinend unlöslichem Widerstreite entgegen.

Die Mobilmachungen der Jahre 1850, 1857 und 1859 hatten die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung der Heeresverfassung, insbesondere des Verhältnisses der Landwehr zur Linie, unwiderleglich dargethan. Die Friedensstärke des Heeres reichte nicht dazu aus, alle brauchbaren Militärpflichtigen in das Heer einzustellen, so daß die allgemeine Wehrpflicht nur noch dem Namen nach bestand, dagegen trat bei jeder Mobilmachung die Landwehr in sofortige engste Verbindung mit der Linie, da jede Brigade aus einem Linien- und einem Landwehrregimente bestand. Im Kriegsfalle würden also die der Landwehr angehörigen Familienväter vom ersten Tage an ganz ebenso angestrengt und der Gefahr ausgesetzt worden sein, wie die Soldaten der Linie, und außerdem verzögerte das naturgemäß langsamere Tempo der Mobilmachung der Landwehr auch die Schlagfertigkeit der Linie. Schon bald nach 1850 waren Versuche gemacht worden, zunächst ohne Aenderung der Gesetzgebung, diesen Mißständen abzuhelfen. Die durch das Gesetz festgestellte dreijährige Dienstzeit, die in der Praxis der langen Friedensjahre der zweijährigen hatte weichen müssen, wurde wieder eingeführt und die Stärke der Cadres erhöht. Aber das Mittel erwies sich nicht als genügend. König Wilhelm, unzweifelhaft die competenteste Autorität in allen militärischen Dingen, der sein ganzes Leben dem eingehendsten Studium der Verhältnisse der Armee gewidmet hatte und von der Ueberzeugung erfüllt war, daß Preußen seinen nationalen Beruf nicht ohne Erhöhung seiner Wehrkraft erfüllen könne, König Wilhelm wandte der Lösung dieser wichtigen Frage seine ganze Aufmerksamkeit zu. Er fand diese Lösung darin, daß jährlich eine größere Zahl Rekruten ausgehoben, die Linienregimenter vermehrt, die jüngeren Jahrgänge der Landwehr aber zur Reserve gezogen werden sollten. Die Durchführung dieses Planes, welchen der König mit gerechtem Stolze als sein „eigenstes Werk" bezeichnete, stellte die Möglichkeit in sichere Aussicht, im Kriegsfalle 400,000 Mann aufstellen zu können, ohne Leute von mehr als 27 Jahren einziehen zu müssen, und ermöglichte die Herabsetzung des landwehrpflichtigen Alters vom 40. auf das 33. Lebensjahr.

Mit diesem Ergebnisse wäre auch die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses wohl zufrieden gewesen, nicht aber mit den vorgeschlagenen Mitteln. Sie wollte keine Vermehrung der Regimenter, sondern eine Erhöhung der Zahl der auszubildenden Soldaten durch eine kürzere Dienstzeit des Einzelnen. Sie hielt die Durchführung der Heeresreorganisation für möglich, wenn man auch nur dieselbe Summe wie bisher für die Armee verwende, während der König die dreijährige Dienstzeit, auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen, für unentbehrlich zur Ausbildung kriegstüchtiger Mannschaften erklärte und daher erheblich größere Summen für den Militäretat in Anspruch nahm.

Dem Landtage des Jahres 1860 wurde ein

Gesetz vorgelegt, das die Grundlage der neuen Heeresordnung bilden sollte, nach langen Verhandlungen aber, welche zu keiner Verständigung führten, beschloß die Regierung, den Gesetzesentwurf zurückzuziehen und sich mit einer Geldbewilligung auf ein Jahr, zur Erhaltung der von der Mobilmachung von 1859 noch dauernden Kriegsbereitschaft und zur Erhöhung und Vervollständigung der Streitbarkeit des Heeres, zu begnügen. Indem das Abgeordnetenhaus diese Mittel bewilligte, glaubte es einen vorübergehenden, einen Uebergangszustand zu schaffen; die Regierung aber wollte das Provisorium in ein Definitivum verwandeln, sie schuf aus den Landwehrbataillonen neue Regimenter, und der König verlieh diesen eigene Fahnen, was ihnen den Charakter dauernder Formationen aufprägte. Als der Landtag im Jahre 1861 wieder zusammentrat, begannen, obwohl die Liberalen sonst manchen Grund hatten, mit der Regierung und den von dieser eingebrachten Vorlagen zufrieden zu sein, die Verhandlungen über den Militäretat eine leidenschaftliche Färbung anzunehmen, ja es kam sogar in Folge einer Kammerrede des liberalen Abgeordneten Twesten zu einem Duelle desselben mit dem Chef des Militärcabinets, dem General von Manteuffel, den man für den namhaftesten Förderer der angefeindeten Neugestaltung hielt. Die Forderung des Ministeriums, die nur für ein Jahr bestimmten Summen nunmehr als regelmäßige Ausgabe in das ordentliche Budget aufzunehmen, wurde auch von den alten Freunden und Gesinnungsgenossen der Minister, den sogenannten „Altliberalen" entschieden bekämpft und von dem Hause verworfen, und ein Vermittelungsantrag, die Bewilligung abermals auf die Dauer eines Jahres zu erneuern, erhielt nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen, und auch diese nur nach erheblicher Minderung der Regierungsansätze und unter ausdrücklicher Forderung, daß im nächsten Jahre ein Wehrgesetz vorgelegt werde.

Der Landtag ging so mit einem Mißton auseinander, und auch im Volke traten sich nun die Gegensätze schroffer gegenüber. Sofort nach dem Landtagsschlusse entstand die „deutsche Fortschrittspartei in Preußen", die bei den bevorstehenden Neuwahlen Männer von entschiedener Freisinnigkeit als Candidaten aufzustellen beschloß und ein Programm veröffentlichte, welches die Erfüllung einer ganzen Reihe von weitgehenden principiellen Forderungen als das Ziel der Partei bezeichnete. Auf der anderen Seite schlossen sich nun auch die Anhänger entschieden conservativer Grundsätze fester an einander und schufen in dem „preußischen Volksvereine" eine Vereinigung, welche sich im Wesentlichen die Bekämpfung des Liberalismus zur Aufgabe setzte. Der König selbst schien in feierlicher Weise seinem Volke zeigen zu wollen, daß er unter allen Umständen entschlossen sei, die Machtfülle seiner hohen Würde nicht weiter als durch die Bestimmungen der von ihm beschworenen Verfassung einschränken zu lassen, indem er für den 18. October 1861 seine Krönung in Königsberg, der alten Krönungsstadt der preußischen Könige, festsetzte. Obwohl durch die Einladung des Landtages zu der Krönungsfeier jede Mißdeutung, als ob der Monarch damit eine Art Rückkehr zur absoluten Monarchie sinnbildlich zum Ausdrucke bringen wolle, von vorne herein beseitigt war, wurde dieser Entschluß des Königs doch von den Liberalen nicht gerade freudig begrüßt. In dem Kopfe eines unreifen und fanatischen Studenten aber, Oscar Becker, des Sohnes eines aus Sachsen nach Odessa ausgewanderten Gymnasiallehrers, brachte die Meinung, daß der König sich schon während der kurzen Zeit seiner Regierung unfähig gezeigt habe, Deutschland unter Führung Preußens zu einigen, den verruchten Plan zur Reife, gegen das geheiligte Haupt des Monarchen die Mordwaffe zu erheben. Glücklicherweise wurde der König nur ganz unerheblich verletzt, den Ver-

brecher verurtheilte, da die Schandthat (am 14. Juli 1861) in Baden-Baden verübt worden war, das badische Geschworenengericht zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe; zur Beruhigung aller Vaterlandsfreunde stellten die Gerichtsverhandlungen fest, daß der Thäter, ohne Mitschuldige zu haben, lediglich den Eingebungen einer krankhaft überspannten Phantasie gefolgt war. Dennoch mußte das Attentat nicht nur darum, weil es das theure Leben des Königs bedroht hatte, tief beklagt werden, sondern auch, weil zu befürchten war, daß ein solcher Vorgang wohl dazu dienen könne, den Feinden auch einer gemäßigt freiheitlichen Entwickelung des Staatslebens und den Gegnern der nationalen Politik Preußens gefährliche Waffen in die Hand zu geben.

Mit großer Pracht fand drei Monate später in Königsberg die Krönung statt. Nach der Ueberlieferung seiner Ahnen nahm König Wilhelm selbst die Krone vom Altare, um sie sich auf das Haupt zu setzen; es war ein beredter Ausdruck seines unerschütterlichen Entschlusses, an dem Standpunkte festzuhalten, daß er die Krone trage nicht durch den Willen des Volkes, nicht durch die Verleihung einer irdischen Macht, sondern einzig und allein durch Gottes Gnade.

Während dort im äußersten Nordosten die Großwürdenträger des preußischen Königthumes, die Mitglieder beider Häuser des Landtages und die Vertreter der Souveräne aller europäischen Staaten den glänzenden Festlichkeiten beiwohnten, mit denen der König diesen Ehrentag beging, beschäftigte das Reformproject des Freiherren von Beust die deutschen Cabinete. Als man, nachdem der Jubel des Krönungsfestes verklungen war, in Berlin an die Beantwortung dieser Vorschläge herantrat, war so eben die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Preußens aus der Hand des Freiherren von Schleinitz in die des Grafen Bernstorff übergegangen, der seine Thätigkeit als Minister mit einer sehr klaren Zurückweisung des äußerst unklaren sächsischen Planes und mit der Ablehnung, auf eine Erweiterung der Befugnisse des bestehenden deutschen Bundes einzugehen, eröffnete, um sofort als das Programm Preußens die Bildung eines engeren Bundesstaates innerhalb des auf den Schutz der Gesammtheit nach außen beschränkten Staatenbundes zu befürworten. Diese Antwort, welche in amtlicher Form die Verwandtschaft der von der preußischen Regierung angestrebten Neugestaltung Deutschlands mit den Zielen des Nationalvereines klar stellte, erregte große Unruhe und Unzufriedenheit in Wien und in den Cabineten der Mittelstaaten. Sachsen, als Antragsteller für sich allein, Oesterreich, die übrigen Königreiche, Hessen-Darmstadt und Nassau aber in gleichlautenden Noten vom 2. Februar 1862 gaben die bestimmte Erklärung ab, daß dieser von Preußen gewollte Bundesstaat nichts anderes als die Unterwerfung der Mittel- und Kleinstaaten unter Preußen wäre und daß sie unter keinen Umständen auf diesen Vorschlag eingehen würden.

So bedeutungsvoll aber auch die erstmalige officielle Erklärung der preußischen Regierung zu Gunsten des Programms der deutschen Nationalpartei war, so konnte sie doch nicht den peinlichen Eindruck abschwächen, welchen der Conflict in Preußen bei derselben Partei hervorrief, die ja beinahe ausschließlich aus Männern von liberaler Richtung zusammengesetzt war. Dieser Conflict nahm von Jahr zu Jahr, von einer Sitzungsperiode des Landtages zur anderen immer schroffere Formen, immer größeren Umfang an. Nachdem einmal das Vertrauen zu der Regierung erschüttert war, gelang es der Fortschrittspartei bald, ihre Anhänger im Lande und die Zahl ihrer Vertreter in dem Abgeordnetenhause erheblich zu vermehren. Da sie sich darauf beschränkte, jeder Forderung der Regierung mit einem kurzen „Nein" entgegenzutreten, so gewann ihr Auftreten den Anschein der Folgerichtigkeit und Entschlossenheit,

Eigenschaften, welche bei der großen Menge allerdings mehr Zustimmung fanden als der Versuch der Mittelpartei, der „Altliberalen", eine Verständigung zwischen Regierung und Volksvertretung herbeizuführen. In der Befürchtung, durch dieses Streben den Ruf der Freisinnigkeit zu verscherzen, zum Theile aber auch durch das schroffe Auftreten einzelner Mitglieder des Ministeriums verletzt, ließen sich bald genug auch die Altliberalen in die von der Fortschrittspartei betretene Bahn mit fortreißen, wodurch denn schließlich jede Möglichkeit einer Vereinbarung zum Scheitern gebracht wurde. Dadurch wurde zunächst im März 1862 der Rücktritt des zum größten Theile aus der altliberalen Partei hervorgegangenen Ministeriums der „neuen Aera" herbeigeführt, als bei Berathung des Militärbudgets, in welches die Minister die nur auf ein Jahr bewilligte Summe für die Heeresorganisation als dauernde Ausgabe eingestellt hatten, ein Antrag des Abgeordneten Hagen auf nachträgliche Specialisirung der hauptsächlichsten Einnahme- und Ausgabepositionen von dem Abgeordnetenhause mit 171 gegen 143 Stimmen angenommen wurde, obwohl ihn der Finanzminister von Patow als ein Mißtrauensvotum gegen seine Verwaltung der Staatsgelder bezeichnet und bekämpft hatte.

An die Stelle des bisherigen Ministeriums aber traten nun Männer, die der streng conservativen Richtung angehörten. Unter dem Vorsitze des Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen übernahm von Jagow das Ministerium des Innern, Graf zur Lippe das der Justiz, von Mühler das des Cultus, der bisherige Handelsminister von der Heydt das der Finanzen. Die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Krieges, Graf Bernstorff und von Roon, behielten ihre Portefeuilles. Das hieß also: im Innern Rückkehr zu entschieden conservativen Grundsätzen, in der deutschen Politik Festhalten an der den gleichlautenden Noten gegenüber eingenommenen Stellung, vor allem aber Durchführung der Reorganisation der Armee, ohne Rücksicht auf den Widerspruch des Abgeordnetenhauses. Der General Albrecht von Roon (geboren zu Pleushagen bei Colberg am 30. April 1803), in der wissenschaftlichen Welt durch ausgezeichnete geographische Arbeiten rühmlich bekannt, ein schneidiger Soldat, seit 1859 mit der ganzen Kraft seiner hohen Intelligenz und seines starken Willens für die Heeresreform thätig, war mit dem Könige einig in der Ueberzeugung, daß diese Reform die Einführung der dreijährigen Dienstzeit gebieterisch verlange, und entschlossen, soweit es auf ihn ankam, dieselbe durchzusetzen. Gerade diese Frage aber machte den Conflict zu einem unlöslichen; denn auch die der Fortschrittspartei nicht angehörigen liberalen Mitglieder des

General Albrecht von Roon.

Abgeordnetenhauses machten jedes Zugeständniß von der Nachgiebigkeit der Regierung in diesem Punkte abhängig.

Schon einige Tage vor dem Ministerwechsel war das Abgeordnetenhaus aufgelöst worden, die Neuwahlen hatten indeß eine so bedeutende Vermehrung der Opposition ergeben, daß nicht einmal eine nennenswerthe Minderheit den Regierungsvorlagen zustimmte; bei der Verhandlung über den Militäretat trat fast das ganze neue Haus wie ein Mann der Regierung entgegen. Als der Kriegsminister die Erklärung abgab, daß die Regierung den Organisationsplan und die für dessen Durchführung geforderten Summen im Budget unverändert aufrecht erhalte und darüber hinaus noch eine sehr namhafte Bewilligung für die Gründung einer Kriegsflotte verlangte, beschloß das Haus am 23. September 1862 mit allen gegen 11 Stimmen, die sämmtlichen Mehrkosten für das Heer zu streichen.

Die Abgeordneten glaubten in Erfüllung ihrer beschworenen Pflichten gegen den Staat zu handeln und nicht anders handeln zu können. Dieselbe Ueberzeugung aber beseelte auch den König, und er war von derselben so tief durchdrungen, daß er beschloß, auch dem so entschieden ausgesprochenen Willen der Volksvertretung gegenüber an dem, was er für nothwendig erkannt hatte, festzuhalten und Alles an die Verwirklichung des Werkes zu setzen, von dem er vorhersagte, daß man es in der ersten schweren Stunde, welche dem Vaterlande drohe, segnen werde.

Er berief deshalb jetzt den Mann an die Spitze seines Ministeriums, zu dem er das Vertrauen hatte, daß es seiner unerschütterlichen Festigkeit und Thatkraft gelingen werde, allen Stürmen zu trotzen und den Willen des Monarchen zur Geltung zu bringen, den Herrn von Bismarck, der inzwischen von seinem Posten in Petersburg abberufen worden war und seit dem Mai 1862 Preußen in Paris vertreten hatte.

Bismarck übernahm sein Amt allerdings mit dem Entschlusse, diesem Vertrauen des Königs gerecht zu werden, aber dennoch mit der Hoffnung, daß dieß ohne eine weitere Verschärfung des Conflictes geschehen könne. Aber seine Versuche, mit den Altliberalen und Fortschrittsmännern Fühlung zu gewinnen, scheiterten vollständig. Man sah in ihm nur den freiheits- und verfassungsfeindlichen Junker, man hatte keine Ahnung von der gewaltigen Wandelung, welche sich inzwischen in ihm vollzogen, von dem weiten Gesichtskreise, der seinem Blicke aufgegangen war, von der echt staatsmännischen Art und Weise, Personen und Dinge zu betrachten, die er sich während seines Aufenthaltes in Frankfurt, Petersburg und Paris angeeignet hatte. Seine Versicherung, daß er Frieden und Verständigung suche, hielt man für schnöden Hohn, weil er zur Bekräftigung seiner Gesinnung in der Budgetcommission einen in Avignon gepflückten Oelzweig vorwies; wenn er, um die Nothwendigkeit einer Vereinbarung darzuthun, auf die nationale Mission des preußischen Staates hinwies, welche das Aufbieten aller Kräfte des Staates erheische, rief man ihm zu, daß Preußen durch Liberalismus moralische Eroberungen in Deutschland machen müsse, und wenn er darauf entgegnete, die deutsche Frage sei nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse zu lösen, sondern nur durch Eisen und Blut, so zeigte man sich über die vermeintliche Frivolität und das Bramarbasiren eines Mannes entrüstet, welchem die meisten Abgeordneten weder den Willen noch die Fähigkeit zutrauten, zu vollbringen, was in den Jahren 1848 und 1849 mißlungen war.

Sein Wunsch, dadurch eine ganz neue Grundlage der Verhandlungen zwischen Regierung und Landtag zu schaffen, daß er das Budget für 1863, welches der Finanzminister von der Heydt bereits vorgelegt hatte, zurückzog, um es in der nächsten Tagung, umgearbeitet und gleichzeitig

mit einem Gesetzentwurf über die Heeresorganisation, neu einzubringen, galt der Mehrzahl des Abgeordnetenhauses als ein neuer Beweis seiner feindseligen Gesinnung und wurde mit der Erklärung beantwortet, daß alle Ausgaben, welche die Regierung leisten werde, ohne daß ein Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen sei, verfassungswidrig seien. Zu weiterer Verschärfung des Conflictes führte die unzweifelhaft verfassungswidrige Haltung des Herrenhauses, welches sich nicht damit begnügte, den Staatshaushalt für 1862 nach der Fassung des Abgeordnetenhauses abzulehnen, sondern die ihm zustehende Befugniß überschritt, indem es an dessen Stelle das Budget in der Fassung der Regierungsvorlage annahm. Das Abgeordnetenhaus fand gerade vor dem Schlusse des Landtages, am 13. October, noch Zeit, dieses Verfahren des Herrenhauses als nichtig zu erklären.

Dann aber pflanzte sich der Conflict mit erhöhter Heftigkeit durch das ganze Königreich hin fort. Die Abgeordneten wurden in ihren Wahlkreisen und Wohnorten festlich begrüßt und als Vertheidiger der Volksrechte gefeiert, gegen die Regierung und insbesondere den Ministerpräsidenten von Bismarck fielen harte Reden, und schwere Vorwürfe wurden wider sie erhoben. Die Regierung ihrerseits versäumte nicht, von der in ihrer Hand liegenden Macht Gebrauch zu machen, indem sie oppositionelle Beamte maßregelte, in ihren Preßorganen den Liberalismus scharf bekämpfte und die Agitationen der conservativen Partei begünstigte, welche in feierlichen Erklärungen des Einverständnisses mit der Regierung, in groben Anschuldigungen gegen die Liberalen und in der Absendung von Deputationen gipfelten, die dem Könige den Dank des Volkes für die Heeresreform aussprechen sollten.

Der König selbst, der sich seiner redlichen und dem Besten des Staates allein gewidmeten Absichten bewußt war, sah mit Schmerz und Sorge den Widerstand der Abgeordneten und den Beifall, dessen sich deren Haltung im Volke zu erfreuen hatte. Er sprach es bei jeder Gelegenheit offen aus, daß das Streben der Parteiführer im Abgeordnetenhause eine Schwächung der königlichen Gewalt sei, die er nun und nimmermehr zugeben werde, so lange er die ihm von der Vorsehung anvertraute Regierung des preußischen Staates führe. Herr von Bismarck konnte darauf bauen, daß er seinerseits bei der Durchführung der ihm von dem Könige übertragenen Aufgabe in keinem Augenblicke das entschiedene Eingreifen des Monarchen vergebens anrufen werde. An einer Verständigung mit den Liberalen des Abgeordnetenhauses verzweifelnd, beschloß er nunmehr, sich ausschließlich auf die conservative Partei zu stützen. Nun schieden auch noch einige Mitglieder des Ministeriums aus, um Männern Platz zu machen, deren unbedingter Mitwirkung Bismarck sicher war: von der Heydt wurde durch von Bodelschwingh, von Jagow durch den Grafen zu Eulenburg ersetzt.

Dem also ergänzten Ministerium trat der Landtag von 1863 mit noch größerem Mißtrauen, als es bisher gezeigt worden, entgegen. In einer Adresse an den König, welche auf Antrag des Abgeordneten Virchow mit großer Mehrheit beschlossen wurde, beschuldigte das Abgeordnetenhaus die Minister nicht nur der Verfassungsverletzung, sondern auch der absichtlichen Täuschung des Königs, welchem die Sachlage nicht wahrheitsgetreu vorgetragen werde, und als Bismarck im Laufe der Debatten erörterte, daß das ganze Verfassungsleben eine Reihe von Compromissen sei, daß ohne solche Compromisse Conflicte entstünden, welche zu Machtfragen würden und nicht durch das Recht entschieden werden könnten, mußte er erleben, seine Aeußerung von einem so gemäßigten und loyalen Manne wie Graf Schwerin dahin mißdeutet zu sehen, als habe er den Satz aufgestellt: „Macht geht vor Recht“.

Bei einer solchen Stimmung war nicht nur jede Verständigung unmöglich, weil schließlich auf beiden Seiten die erforderliche Leidenschaftslosigkeit fehlte, sondern es kam auch zu heftigen Scenen im Abgeordnetenhause, zu persönlichen Reibungen, zu lebhaftem Streite über die Grenzen der Disciplinargewalt des Präsidenten, der sich die Minister schlechterdings nicht unterwarfen, schließlich zu der Erklärung der Minister, unter solchen Umständen das Haus nicht mehr zu betreten, und zu einer abermaligen Adresse der Abgeordneten an den König, welche die bestimmte Forderung eines Minister- und Systemwechsels enthielt. Natürlich wies der König ein solches Verlangen, in welchem er den Versuch, eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses anzubahnen, erblickte, rundweg ab, und der Landtag wurde am 26. Mai 1863 geschlossen, ohne daß ein Staatshaushaltsgesetz vereinbart werden konnte. Gegen die alsbald mit neuer Macht entfaltete politische Agitation aber brachte das Ministerium das Recht, in Abwesenheit der Kammern Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, in Anwendung, indem es den Verwaltungsbehörden die Befugniß einräumte, regierungsfeindliche Zeitungen nach zweimaliger Verwarnung zu unterdrücken.

Derartige Maßregeln waren denn allerdings nicht danach angethan, die Liberalen zum gutwilligen Einlenken zu bewegen. Die Gegensätze standen sich jetzt vielmehr so scharf gegenüber, daß auch solche Handlungen des Ministeriums Bismarck, die unter anderen Verhältnissen des lautesten Beifalls der liberalen Partei in Preußen und ganz Deutschland sicher gewesen wären, ihm nicht zum Verdienste angerechnet wurden.

Weder die von den Liberalen schon im Februar 1861, auf Vinckes Antrag, gewünschte Anerkennung des Königreichs Italien wurde, als sie im Juli 1862, trotz Oesterreichs Einsprache, erfolgte, so freudig begrüßt, als es sonst gewiß der Fall gewesen wäre, noch fand die Haltung Preußens in der kurhessischen und schleswig-holsteinischen Angelegenheit die wohlverdiente Anerkennung.

In Kurhessen hatte der Landtag nie aufgehört, gegen die im Jahre 1852 von Hassenpflug oktroyirte Verfassung zu protestiren, und als im Jahre 1860, als Frucht der „neuen Aera" in Preußen, das politische Leben in ganz Deutschland einen erfreulichen Aufschwung zu nehmen schien, am Bundestage Beschwerde geführt. In Folge davon hatte hierauf die kurhessische Regierung die Verfassung von 1852, unter Berücksichtigung der wichtigsten Forderungen der Landstände, umgearbeitet. Diese aber, welche nicht irgend eine theilweise verbesserte, sondern die widerrechtlich beseitigte Verfassung von 1831 wieder in voller Geltung sehen wollten, setzten ihre Verwahrungen und ihren Widerstand mit unbeugsamer Festigkeit fort, welcher auf der anderen Seite die nicht minder unerschütterliche Unnachgiebigkeit des Kurfürsten entsprach. Die einfachste Lösung, daß der Bundestag, den der Kurfürst gebeten hatte, die Garantie der neuen Verfassung zu übernehmen, beschließe, diese Garantie nur der Verfassung von 1831 zu ertheilen, bezweckte ein Antrag Badens am Bunde herbeizuführen, dem sich aber erst dann die Aussicht, angenommen zu werden, eröffnete, als Preußen sich der Ansicht Badens anschloß und im März 1862 Oesterreich, nach langen Verhandlungen, dazu bewog, einen gemeinsamen, von dem badischen nur in der Form etwas abweichenden Antrag einzubringen. Diesen Schritt der Großmächte beantwortete der Kurfürst mit dem Erlaß einer Verordnung, die alle jene, welche gegen die Rechtsgiltigkeit der Verfassung von 1860 protestirten, des Wahlrechtes beraubte. Als darauf hin der König von Preußen den General von Willisen nach Kassel sandte, um den Kurfürsten zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, war dieser so

unartig gegen den Abgesandten des Königs, daß Preußen sofort den diplomatischen Verkehr mit Kurhessen abbrach und zwei Armeecorps mobil machte. Jetzt begann auch Oesterreich, Ernst zu zeigen. Das Wiener Cabinet bestand auf der sofortigen Aufhebung jener Verordnung, und nun wurde auch, Mitte Mai 1862, am Bunde der österreichisch-preußische Antrag zum Beschlusse erhoben. Der Kurfürst ernannte in Folge davon ein neues Ministerium, führte die Verfassung von 1831 wieder ein, bezeigte aber nun dadurch seine Unzufriedenheit, daß er keiner der Vorlagen, welche die neuen Minister an den Landtag bringen wollten, seine Zustimmung gab und dadurch jede Verhandlung des Landtages unmöglich machte. Diesen Hohn beschloß man in Berlin nicht zu dulden. Herr von Bismarck, der im October das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten von Graf Bernstorff übernommen hatte, schlug dem Könige vor, einen Feldjäger nach Kassel abzusenden mit einer Note, welche den Kurfürsten kategorisch zur Nachgiebigkeit aufforderte und für den Weigerungsfall Zwangsmaßregeln androhte. Oesterreich beeilte sich, diesem Feldjäger, der am 24. November 1862 in Kassel eintraf, seinerseits einen General mit ähnlichen Eröffnungen folgen zu lassen, und dem Kurfürsten blieb denn schließlich nichts anderes übrig, als sich, wenn auch zornerfüllt, zu fügen. Im Jahre 1863 wurde zum ersten Male wieder seit 1850 in Kassel zwischen Regierung und Landtag ein Budget vereinbart.

Ebenso energisch wie in der kurhessischen erwies sich Preußen in der schleswig-holsteinischen Frage, hier wie dort nöthigte es zugleich Oesterreich, sich seinem Vorgehen, wenn auch nur ungern, anzuschließen.

Dänemark hatte, nachdem ihm die Herzogthümer wehrlos ausgeliefert waren, Alles aufgeboten, um deutsche Sprache und Sitte zu unterdrücken, die Deutschgesinnten zu verfolgen, die deutschen Beamten zu verdrängen und durch dänische zu ersetzen. Im Jahre 1855 waren die Dänen noch einen Schritt weiter gegangen und hatten sogar, mit Außerachtlassung der Bestimmungen des Londoner Protokolls, am 2. October eine Gesammtverfassung für Dänemark und die Herzogthümer erlassen. Als, auf erhobene Beschwerde, der Bundestag die sofortige Aufhebung dieser Gesammtverfassung, unter Androhung der Execution, verlangte, gab Dänemark zwar nach und hob die Gesammtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg wieder auf, fuhr aber fort, in den Herzogthümern ein beispielloses Willkürregiment zu führen, unbeirrt durch verschiedene Verhandlungen am Bunde, durch Verwahrungen der preußischen Regierung, ja selbst durch sehr ernst gehaltene Mahnungen Englands, Frankreichs und Rußlands. Als insbesondere England den Vorschlag wiederholte, für den bisherigen Gesammtstaat ein zehnjähriges Normalbudget, im übrigen aber eine völlig getrennte Verwaltung und Gesetzgebung für Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg einzuführen, versuchten die Dänen ihr Heil in einem Gewaltstreiche. Am 30. März 1863 versprach ein Patent König Friedrichs VII., dem Verlangen der sogenannten eiderdänischen Partei entsprechend, Schleswig völlig in das Königreich Dänemark einzuverleiben, Holstein und Lauenburg wenigstens möglich stark zu belasten und in thunlichster Abhängigkeit von Dänemark zu erhalten. Trotz dem Widerspruche des Bundestages wurde das neue Verfassungsproject dem dänischen Reichsrathe zur Berathung vorgelegt. Auf diese Keckheit erfolgte am 1. October 1863 als Antwort die Einleitung der Bundesexecution, die freilich Dänemark immer noch eine Frist von neun Wochen zu etwaigem Einlenken offen ließ. Diese seit Jahren einem offenen Kriegszustande zutreibenden Verwickelungen waren im Wesentlichen der Grund, daß der preußische Kriegsminister, eingedenk der demüthigenden

Erfahrungen des Jahres 1848, namhafte Summen zur Verbesserung der Flotte in das Budget eingesetzt hatte. Wir haben gesehen, wie auch dieser, im Interesse der nationalen Wehrhaftigkeit so erfreuliche Plan in den stürmischen Wogen des Conflictes gescheitert war, ohne daß die hochwichtige Frage, die bei diesem Anlasse zum ersten Male wieder an eine deutsche Volksvertretung herantrat, die Frage, was für die Gründung einer Kriegsflotte zu geschehen habe, auch nur einer eingehenden Erwägung unterzogen worden wäre.

So litten die bedeutendsten Interessen der gesammten Nation unter dem unseligen Conflicte; nur auf einem Gebiete gelang es der preußischen Regierung, trotz diesem Hindernisse, eine Verständigung mit dem Landtage, und in Folge davon auch ein Ergebniß von höchster Bedeutung für Preußen und Deutschland zu erzielen.

Am 31. December 1865 war der Zollvereinsvertrag wieder zu erneuern. Schon im Sommer 1862 gab die preußische Regierung die Erklärung ab, daß sie entschlossen sei, die Zollgemeinschaft nur mit jenen Staaten fortzusetzen, welche dem Handelsvertrage beitreten würden, den Preußen am 29. März mit Frankreich abgeschlossen hatte. Gegen diesen auf den Grundsätzen der Handelsfreiheit beruhenden Handelsvertrag erhob sich nun aber, insbesondere in Süddeutschland, lebhafter Widerstand, da man von demselben vielfach eine Schädigung des heimischen Gewerbes befürchtete. In Vereinen, Versammlungen und Landtagen wurden die Regierungen ermuntert, dem Vertrage nicht zuzustimmen; an die Gefahr, daß durch solche Weigerung der Zollverein aufgelöst werden könne, wollte niemand glauben. Die Agitation gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag wurde aber nicht nur von den Schutzzöllnern genährt, sondern ganz besonders lebhaft von Oesterreich und den Anhängern des österreichischen Uebergewichtes in Deutschland gefördert. Ja die österreichische Regierung ging sogar so weit, die im Jahre 1852 gestellte Forderung der Aufnahme des Kaiserstaates in den Zollverein zu wiederholen.

Diese Haltung Oesterreichs war nicht ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse Preußens eingenommen worden. Man glaubte in Wien sicher, daß der Conflict auch in dieser Frage seine Wirkung äußern und daß der preußische Landtag freudig die Gelegenheit ergreifen werde, der Regierung eine Niederlage zu bereiten.

Aber auf diesem wirthschaftlichen Gebiete war doch die Wucht der in Frage stehenden Interessen so gewaltig, daß darüber der Zwiespalt, welcher Regierung und Volksvertretung trennte, auf einen Augenblick in den Hintergrund trat. Am 25. Juli 1862 wurde der Handelsvertrag im Abgeordnetenhause mit 264 gegen 12 Stimmen angenommen.

Da Preußen auf dem einmal eingenommenen Standpunkte fest stehen blieb und den Beitritt zu diesem Vertrage als Bedingung für die Erneuerung des Zollvereinsvertrages aufrecht hielt, so mußten die anderen Staaten sich schließlich fügen, weil der bloße Gedanke an die Möglichkeit einer Auflösung des Zollvereines hingereicht hatte, den gesammten Handelsstand in den Mittel- und Kleinstaaten zu veranlassen, bei den Regierungen für den Beitritt zum Handelsvertrage einzutreten.

So wurde denn der Zollverein wieder erneuert und das Ansinnen Oesterreichs, wie früher, erfolgreich abgewiesen.

Es war ein Glück, daß die Gemeinsamkeit der Interessen auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes sich also stärker erwies als die politischen Sympathien und Antipathien, und daß dadurch der Nation wenigstens das Unglück und die Schmach erspart blieb, den Zollverein gesprengt zu sehen, dieses die nationale Einheit vorerst allein darstellende Werk einer weisen

Politik vergangener Tage, dessen politische Bedeutung auf gleicher Höhe mit seiner wirthschaftlichen stand. Denn es war um die durch den Eintritt der „neuen Aera" in Preußen neu belebten nationalen Einheitsbestrebungen schon wieder schlimm genug bestellt.

Da die der Nationalpartei angehörigen Männer fast ausschließlich Liberale waren, so mußte die Unzufriedenheit des Liberalismus mit den Vorgängen in Preußen nothwendig auch auf die nationale Bewegung einen empfindlichen Rückschlag ausüben, während auf der anderen Seite die der preußischen Führung abgeneigten Anhänger Oesterreichs, die sogenannten „Großdeutschen", mit dem hämischen Hinweise auf den Conflict in Preußen die Lobpreisung Oesterreichs verbanden und die liberale Gesinnung der in Wien am Ruder befindlichen Staatsmänner rühmten.

Die schweren Niederlagen des Jahres 1859 hatten die österreichische Regierung gezwungen, zur Herstellung einigermaßen geordneter Finanzzustände und zur Anbahnung einer Versöhnung mit den Ungarn, welche die Beseitigung ihrer alten Verfassung nicht vergessen hatten, in constitutionelle Bahnen einzulenken. Im October 1860 war eine kaiserliche Verordnung, das sogenannte „Octoberdiplom" erlassen worden, welches den Ungarn eine zeitgemäße Erneuerung ihrer alten Verfassung, den anderen Völkern des Kaiserstaates Landesordnungen in Aussicht stellte und für die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie einen Reichsrath berief. Zur Berathung der Ungarn nicht berührenden Gesetze behielt sich der Kaiser vor, jene Mitglieder des Reichsrathes beizuziehen, welche den übrigen Kronländern angehörten.

Mit diesem „Octoberdiplome" war aber niemand zufrieden. Die Ungarn wollten die unveränderte Wiederherstellung ihrer alten Verfassung, mit anderen Worten nichts weiter als die bloße Personalunion mit Oesterreich, und die Länder diesseits der Leitha waren mit den Landesordnungen keineswegs einverstanden, in denen Adel und Priesterschaft das ausgesprochene Uebergewicht besaßen.

Der Widerstand der Ungarn wurde auch nicht beseitigt, als im Februar 1861 eine Umgestaltung des „Octoberdiplomes", das sogenannte „Februarpatent" erschien, welches für die einzelnen Länder statt der ständischen eine Interessenvertretung, aus unmittelbaren Wahlen hervorgehend und mit erweiterten Befugnissen ausgestattet, setzte, den Reichsrath erheblich verstärkte und ihm die gleichen Rechte wie die Landtage sie erhalten hatten, verlieh. Der Zwiespalt mit den Ungarn, welche sich entschieden weigerten, den Reichsrath zu beschicken, steigerte sich sogar bis zum offenen Conflicte, zur Auflösung des Landtages und zur Einsetzung von Militärgerichten. Der von den meisten übrigen Kronländern beschickte „engere" Reichsrath aber entwickelte, trotz der lebhaften Opposition des slavischen gegen das deutsche Element, bei der gewandten Leitung des Ministeriums durch den Staatsminister von Schmerling, immerhin eine erfreuliche Thätigkeit und vereinbarte im Laufe des Jahres 1862 das erste ordentliche Staatshaushaltsgesetz mit der Regierung. Das Vertrauen auf eine bessere Zukunft Oesterreichs, der Glaube, daß die Regierung ernstlich entschlossen sei, die Grundsätze der Verfassung in dem Staatsleben zur Durchführung zu bringen, wurde während der zweiten Tagung des Reichsrathes neu gekräftigt, da der Kaiser einige durch zweifellose Freisinnigkeit ausgezeichnete Männer in das Ministerium berief und da durch den Eintritt der bisher fern gebliebenen Siebenbürger in den Reichsrath die Consolidirung des österreichischen Verfassungsstaates einen entschiedenen Fortschritt aufzuweisen hatte.

Die Gegner Preußens in Deutschland verfehlten nicht, aus dieser Wendung, die nun in Oesterreich eingetreten war, Capital zu schlagen

und den Versuch zu machen, die öffentliche Meinung in Deutschland für die von Oesterreich und den Mittelstaaten im Sommer 1862 neuerdings wiederaufgenommenen Bundesreformpläne günstig zu stimmen.

Diese Reformpläne beschränkten sich zunächst auf den Vorschlag, ein Bundesgericht zu errichten und eine Delegirtenversammlung aus den Landtagen der Einzelstaaten zu berufen, um ein für ganz Deutschland gemeinsames Gesetzbuch über den Civilproceß und das Obligationenrecht zu berathen. So ungenügend diese Vorschläge auch waren, so wurden sie doch von den „Großdeutschen" auf das lebhafteste begrüßt. Insbesondere eignete sich dieselben der als Gegengewicht gegen den Nationalverein gegründete „Reformverein" an, der gleichzeitig mit der Propaganda für dieses Project die eifrige und leidenschaftliche Bekämpfung Preußens betrieb, das auch diesen Plan, wie alle Versuche, den Bund zu reformiren, ohne daß dabei eine grundsätzliche Aenderung der Stellung Oesterreichs und Preußens in demselben einträte, kurzweg ablehnte. Eben so ablehnend verhielt sich gegenüber dem Delegirtenprojecte auch der „Nationalverein", welcher wiederholt erklärte, daß er an der durch die Reichsverfassung von 1849 festgestellten directen Vertretung des deutschen Volkes, an einem unmittelbar gewählten deutschen Parlamente unbedingt festhalte und nicht minder die Schaffung einer starken Centralgewalt als die erste Bedingung einer Bundesreform betrachte.

Wenn schon der Graf Bernstorff wiederholt in den Verhandlungen über die Bundesreform die Nothwendigkeit betont hatte, auf die Bildung eines engeren Bundes unter Preußens Führung, wie sie in der Unionsverfassung vorgesehen war, zurückzukommen, so stellte sein Nachfolger, Herr von Bismarck, die dabei nöthige Auseinandersetzung zwischen Preußen und Oesterreich sofort als die Hauptfrage, um die es sich fortan handeln müsse, in den Mittelpunkt seiner Erörterungen mit den österreichischen Staatsmännern.

Schon im Herbst 1862 hatte er dem österreichischen Gesandten, Grafen Karolyi gesagt, daß Oesterreich seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen und Preußen die Leitung in Deutschland überlassen müsse, daß unter dieser, aber auch nur unter dieser Bedingung Preußens Hilfe Oesterreich in seinen europäischen Verwickelungen sicher sei, daß Preußen unter keinen Umständen den durch Oesterreich veranlaßten Mehrheitsbeschlüssen am Bundestage sich fügen werde, daß es vielmehr, so lange der Bund von 1815 bestehe und von Preußen anerkannt werden solle, wie früher eine vorausgegangene Verständigung der beiden Großmächte als die unerläßliche Grundlage für jeden wichtigen Beschluß betrachte.

Trotzdem wurde das Delegirtenproject am 22. Januar 1863 zur Abstimmung am Bundestage gebracht. Der Abfall Kurhessens von der Vereinigung Oesterreichs mit den übrigen Königreichen und Hessen-Darmstadt ergab die Ablehnung des Projectes mit 9 gegen 7 Stimmen und somit eine Vertagung der drohenden Krisis. Herr von Bismarck aber ließ den wichtigen Augenblick nicht vorübergehen, ohne aus der bloß verneinenden und ablehnenden Stellung, die Preußen bisher den Bundesreformprojecten gegenüber eingenommen hatte, herauszutreten und seinerseits positive Vorschläge zu machen. Er verlangte die Berufung eines aus unmittelbaren Wahlen hervorgehenden deutschen Parlamentes mit einer ausgedehnten gesetzgeberischen Thätigkeit und zog aus der Unmöglichkeit, die nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs zu einem solchen Parlamente beizuziehen oder dessen Beschlüssen zu unterwerfen, den Schluß: daß die deutschnationalen Bedürfnisse nur im engeren Kreise befriedigt werden könnten. Er behielt Preußen das Recht vor, bei der Aussichtslosigkeit, dieses Ziel auf dem Bundeswege zu erreichen, der Erreichung desselben durch freie Vereinbarung mit einzelnen Bundesstaaten näher zu treten.

Zu jeder anderen Zeit würde die Nationalpartei in Deutschland dieses Programm der preußischen Regierung mit dem lautesten Jubel begrüßt haben. Aber der Conflict trat auch jetzt wieder hindernd dazwischen. Der deutsche Liberalismus glaubte seine weitere Existenz bedroht, wenn er ein Programm Bismarcks sich aneignen und für dasselbe die öffentliche Meinung günstig zu stimmen versuchen würde.

Dieß wußte man in Wien sehr wohl, und auf diesen tiefen Zwiespalt zwischen der preußischen Regierung und der Nationalpartei rechnete der Minister von Schmerling, als er im Juli 1863 dem Kaiser Franz Josef ein vollständiges Reformproject und eine Denkschrift zu dessen Begründung vorlegte und zugleich beantragte, der Kaiser möge zu dessen Berathung einen Fürstentag berufen.

Der Kaiser wollte, so sehr er mit dem Antrage seines Ministers einverstanden war, doch nicht zur Verwirklichung desselben schreiten, ohne den Versuch einer Verständigung mit dem König von Preußen gemacht zu haben, der seit dem 18. Juli zum Kurgebrauche in Gastein verweilte. Er erschien dort am 2. August zum Besuche, entwickelte dem Könige mündlich die Grundzüge des österreichischen Reformplanes und theilte ihm seine Absicht mit, die deutschen Fürsten zu dessen Berathung auf den 18. August nach Frankfurt einzuladen. Der König antwortete auf diese Eröffnung, daß es ihm nicht gerathen scheine, die Fürsten zusammenzurufen, wenn nicht eine gründliche Besprechung des Entwurfes durch ihre Minister ihrem Zusammentritte vorausgegangen sei, der daher jedenfalls nicht vor dem 1. October werde erfolgen können. Als aber trotzdem die Berufung des Fürstentages zum 18. August erfolgte, erklärte König Wilhelm, an der Bedingung, daß vorher Conferenzen der Minister stattzufinden hätten, festhalten zu müssen, und lehnte es daher ab, sich an den Berathungen der Fürsten zu betheiligen.

Kaiser Franz Josef von Oesterreich.

Die Reise des Kaisers Franz Josef von Oesterreich nach Frankfurt glich einem Triumphzuge. Ueberall wurde er an den Bahnhöfen von jubelnden Volksmassen empfangen, unter Weges und in Frankfurt als deutscher Kaiser begrüßt. Die kritiklose Masse hatte dabei nichts anderes im Auge als die erstaunliche und erfreuliche Thatsache, daß selbst Oesterreich die Reformbedürftigkeit des Bundes feierlich anerkannte, der zauberische Glanz, der immer noch den Namen des Kaisers umgab, verfehlte nicht, seine Wirkung auszuüben und alle Welt in blinde Begeisterung mit fortzureißen, und durch den Prunk, der aus Anlaß der Anwesenheit der Fürsten in Frankfurt in zahlreichen Festen entfaltet ward, wurde nicht ohne Absicht das Gedächtniß der glänzenden Feierlichkeiten neu belebt, die dereinst die Krönung der

Kaiser begleitet hatten und die der jetzigen Generation durch Goethes Schilderung deutlich, als hätte sie sie selbst erlebt, vor Augen stehen.

Für diejenigen, welche das österreichische Bundesreformproject ernstlich und mit staatsmännischem Blicke prüften, war dagegen aller Grund vorhanden, auf der Hut zu sein, da ihnen nicht verborgen bleiben konnte, daß dasselbe weder den wohlbegründeten Ansprüchen Preußens, noch auch dem guten Rechte des deutschen Volkes gerecht zu werden suche.

Wenn trotzdem auch jene Fürsten der Einladung des Kaisers von Oesterreich folgten, welche in der Frage der Bundesreform schon bisher auf Preußens Seite gestanden hatten, so wurden sie dazu mehr durch die Rücksichten der Höflichkeit gegen die den Fürstentag berufende Großmacht, als durch die Hoffnung auf ein gedeihliches Ergebniß dieser Verhandlungen bestimmt.

Daß es dabei überhaupt zu eingehenden Verhandlungen sowohl über die Grundsätze des Projectes als auch über dessen Einzelheiten kam, das war wesentlich das Verdienst des Großherzogs Friedrich von Baden, welcher, an Stelle der von Oesterreich geplanten sofortigen Schlußabstimmung über das Ganze, eine Einzelberathung, unter Zugrundelegung einer Geschäftsordnung, die einen geordneten Gang der Berathung sicherte, verlangte, obwohl von der Unmöglichkeit der Durchführung einer Bundesreform ohne vorhergehende Verständigung beider Großmächte fest überzeugt, dennoch seinen Anschauungen über die einzelnen Punkte der österreichischen Vorlage Ausdruck gab und sich dabei die Aufgabe stellte, wenigstens an dem mindesten Maße der nationalen Forderungen unverbrüchlich festzuhalten, insbesondere eine aus unmittelbaren Volkswahlen zu bildende Vertretung der Nation forderte, mit welcher das Reformwerk schließlich zu vereinbaren sei. Bei der Schlußabstimmung, die am 31. August erfolgte, erklärten sich dann mit dem Großherzog von Baden noch die Großherzoge von Sachsen-Weimar und Mecklenburg-Schwerin, der Prinz Heinrich der Niederlande (für Luxemburg) und der Fürst von Waldeck gegen das österreichische Project, das ihnen, auch nach seiner mehrfachen Verbesserung, doch immer noch unannehmbar schien. Die übrigen 24 Fürsten erklärten sich für das Project und theilten es dem Könige von Preußen, den der Fürstentag, unmittelbar nach seiner Eröffnung, durch den König von Sachsen noch einmal vergebens zur Betheiligung hatte einladen lassen, mit. Die Antwort konnte auch jetzt nicht anders als ablehnend ausfallen, und damit mußte jeder Einsichtige das Reformproject als gescheitert betrachten, nicht so der „großdeutsche Reformverein", welcher zu Nürnberg im October eine Generalversammlung abhielt und Oesterreich aufforderte, die Reformacte, ohne Rücksicht auf Preußen, mit den zustimmenden Staaten zur Durchführung zu bringen. Die österreichischen Staatsmänner waren doch klug genug, es nicht auf eine solche Probe ankommen zu lassen. Der preußische Ministerpräsident von Bismarck aber glaubte den Augenblick gekommen, den leidigen Conflict aus der Welt zu schaffen. Indem er sich in einem veröffentlichten Berichte an den König mit aller Entschiedenheit gegen die Annahme des österreichischen Reformplanes aussprach, für Preußen mindestens bei Kriegserklärungen ein Veto, im übrigen volle Gleichstellung mit Oesterreich und ein aus unmittelbaren Wahlen hervorgehendes deutsches Parlament verlangte, beantragte er zugleich die Auflösung des Abgeordnetenhauses, in der Hoffnung, bei den Neuwahlen Männer in den Landtag treten zu sehen, welche geneigt wären, eine Regierung zu unterstützen, die so eben ihren Willen und ihre Fähigkeit bewiesen hatte, einen Versuch, Preußens wohlberechtigte Ansprüche abermals unbeachtet zu lassen, mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Aber der Ministerpräsident wurde in diesem

Glauben getäuscht. Die Wähler zeigten weder die erwartete Entrüstung über den kecken Anlauf Oesterreichs und seiner Genossen, noch die gehoffte Zustimmung zu der Haltung des Ministeriums, sondern sie gaben ihre Stimmen ab, als ob der Militärconflict der einzige für den preußischen Staatsbürger der Erwägung würdige Gegenstand sei. Statt geschwächt zu werden, ging die Fortschrittspartei sogar noch verstärkt aus den Wahlen hervor, die im October 1863 vorgenommen wurden.

Nur einen Monat später, als diese Wahlen stattfanden, trat ein Ereigniß ein, welches der Ausgangspunkt bedeutsamer Verwickelungen werden sollte, aus denen, trotz tausend Hindernissen, welche unrichtige Beurtheilung der Sachlage, Mißverständnisse, Vorurtheile und böser Wille dem Ministerpräsidenten in den Weg legten, dennoch schließlich, unter Bismarcks genialer Führung, Preußen siegreich hervorging.

Am 15. November 1863 starb ganz plötzlich König Friedrich VII. von Dänemark, nur zwei Tage nachdem der dänische Reichsrath die Gesammtstaats-Verfassung angenommen hatte, deren Vorlage, wie wir früher sahen, bereits im October von dem deutschen Bunde mit der Executionsdrohung beantwortet worden war. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung von Kopenhagen ertheilte schon am 18. November sein durch das Londoner Protokoll zur Nachfolge berufener Vetter, König Christian IX., dieser Verfassung seine Genehmigung.

Dieser Schritt, durch den er sofort mit dem deutschen Bunde in Streit gerathen mußte, war für den neuen König von Dänemark um so verhängnißvoller, als seine Erbfolge in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, trotz jenem Protokolle, eine bestrittene war. Es erklang denn auch alsbald nach dem Tode König Friedrichs VII. zunächst in den Herzogthümern, von da binnen kurzem auch in allen anderen deutschen Ländern verbreitet, der Ruf nach dem durch sein gutes Erbrecht zur Regierung von Schleswig-Holstein bestimmten Herzog Friedrich von Augustenburg. Der Sturm der Begeisterung, der wie 15 Jahre früher sich überall erhob, wo jetzt wieder das Lied von den „meerumschlungenen" Herzogthümern erschallte, galt ja selbstverständlich nicht der gänzlich unbekannten Persönlichkeit des Herzogs Friedrich, auch nicht seinem legitimen Erbrecht, zu dessen juristischer Feststellung und Vertheidigung sich rasch eine Reihe deutscher Staatsrechtslehrer bereit fand, sondern die Erregung des Volkes galt der Hoffnung, daß nun der Augenblick gekommen sei, die Herzogthümer für alle Zukunft vom Joche der dänischen Fremdherrschaft zu befreien. Von dem Herzog Friedrich erwartete man, daß er sich sofort in das Land begeben, die Regierung antreten, das Volk zur Vertheidigung seiner Rechte aufrufen werde. Statt dessen erließ er nur eine Proclamation an die Schleswig-Holsteiner, blieb aber dem Lande fern und schlug mit dem Ministerium, das er bildete und mit den Vorbereitungen zur Geltendmachung seiner Rechte beauftragte, seinen Wohnsitz in Gotha auf, wo er an Herzog Ernst einen aufrichtigen Freund und Berather gefunden hatte. Zugleich verlangte er die Anerkennung durch den deutschen Bund und die Zulassung des von ihm mit der Vertretung der Herzogthümer betrauten badischen Bundestagsgesandten Robert von Mohl. Am Bunde hatte aber auch König Christian IX. von Dänemark bereits seinen Regierungsantritt in den Herzogthümern angezeigt. Es mußte also in Frankfurt eine Entscheidung getroffen werden; diese fiel dahin aus, daß zunächst die Gesandten beider Prätendenten abgewiesen werden sollten, wogegen der inzwischen rechtskräftig gewordene Beschluß, die Execution in Vollzug zu setzen, aufrecht erhalten wurde. Dieser Beschluß, auf das Andrängen beider Großmächte gefaßt, setzte den Fortbestand des dänischen

Gesammtstaates voraus, der durch das von Oesterreich und Preußen anerkannte Londoner Protokoll von allen europäischen Großmächten gewährleistet war. Um dieses Londoner Protokoll bekümmerte sich aber die erregte öffentliche Meinung Deutschlands gar nichts, sie forderte vielmehr, auch auf die Gefahr eines großen Krieges, die sofortige Anerkennung Friedrichs VIII. als Herzog von Schleswig-Holstein und die Einführung desselben in sein „angestammtes" Land. Diese Anschauung wurde in der Presse mit Eifer und Leidenschaft geltend gemacht, in Volksversammlungen als der Wille des Volkes verkündigt; die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten wurden von dem allgemeinen Drängen mit fortgerissen und zur Anerkennung des Herzogs bestimmt, alle Parteiunterschiede verschwanden, Groß- und Kleindeutsche reichten sich die Hand zum Versöhnungsbunde, ein Abgeordnetentag, von den Vorständen des National- und des Reformvereines nach Frankfurt berufen, setzte dort einen aus 36 Personen bestehenden Ausschuß zur Leitung der Volksbewegung nieder, Geldsammlungen wurden in allen Theilen Deutschlands veranstaltet und die Bildung von Freiwilligencorps wurde ernstlich vorbereitet, welche, nach Anschauung der Volksführer und auch der Minister einiger kleineren Staaten, mit den Contingenten dieser Staaten vereinigt, ohne, ja nöthigenfalls gegen die beiden Großmächte, die Befreiung Schleswig-Holsteins erkämpfen sollten.

Daß Preußen und, wie man wohl nicht mit Unrecht annahm, auf Preußens Veranlassung auch Oesterreich diesem Drängen und Treiben gegenüber sich ablehnend verhielten und, immer auf Grund der nun einmal bestehenden Festsetzungen des Londoner Protokolles, bereit waren, Christian IX. anzuerkennen, um sodann mit diesem das zukünftige Verhältniß der Herzogthümer zu Dänemark, etwa auf Grundlage der Personalunion, gütlich zu regeln, das wurde in der Presse und in den Kammern und Volksversammlungen laut als schnöder Verrath an der heiligen Sache des Vaterlandes gebrandmarkt. Auch der preußische Landtag schloß sich dieser Verurtheilung an und bewies, daß er dem Minister von Bismarck bezüglich der auswärtigen Politik ebenso wenig Vertrauen als bezüglich der inneren schenke, indem er mit sehr großer Mehrheit die Anleihe von 12 Millionen Thalern verwarf, die dieser Angesichts der kritischen Lage der Dinge gefordert hatte.

Inzwischen war mit der Ausführung der Bundesexecution, und zwar durch Truppen der schon im October 1863 damit betrauten Staaten, Hannover und Sachsen, begonnen worden. In Folge des Einflusses Frankreichs und Englands begnügten sich die Dänen damit, gegen das Einrücken der Bundestruppen Verwahrung einzulegen, räumten aber ohne Widerstand das Herzogthum Holstein, auf welches allein die Execution sich erstrecken konnte. Die mit den Truppen eingezogenen Civilcommissare des Bundes aber begnügten sich nicht damit, die Verwaltung Holsteins im Namen des Bundes zu übernehmen, sondern sie gestatteten auch gerne, daß allenthalben Friedrich von Augustenburg als Herzog Friedrich VIII. ausgerufen wurde und daß er, auf Einladung einer großen Volksversammlung zu Elmshorn, am 3. December seinen Wohnsitz nach Kiel verlegte.

Vergebens erhoben dagegen die Vertreter Preußens und Oesterreichs am Bunde Einspruch, vergebens auch verlangten sie, daß gegen den 36er Ausschuß in Frankfurt und gegen die Bildung von Freicorps eingeschritten, daß der immer weiter um sich greifenden Erregung der Massen Einhalt gethan werde, vergebens suchten sie, den Bundestag zu ihrer Anschauung von der Lage der Dinge herüberzuziehen. Die Mittel- und Kleinstaaten, gestützt und getragen von dem stürmisch zum Ausbruche gebrachten Willen des

Volkes, blieben auf ihrem entschiedenen Widerstande gegen die Politik der beiden Vormächte stehen. Sie verwarfen den Antrag Preußens und Oesterreichs, von Dänemark die Aufhebung der Verfassung vom 18. November zu fordern und im Weigerungsfalle Schleswig im Namen des Bundes als Pfand zu besetzen, verlangten vielmehr, daß Schleswig für Friedrich VIII. in Besitz genommen werde.

Darauf hin verzichteten die beiden Großmächte auf weitere Verhandlungen am Bunde und beschlossen, die Auseinandersetzung mit Dänemark nunmehr allein in die Hand zu nehmen. Sie richteten am 16. Januar 1864 ein Ultimatum an Dänemark, die Verfassung aufzuheben, und beantworteten die Ablehnung desselben durch sofortigen Beginn der Feindseligkeiten.

Unter dem Oberbefehle des Feldmarschalls von Wrangel rückten 70,000 Mann Preußen und Oesterreicher durch Holstein in Schleswig ein und zwangen, nach einigen Gefechten, durch ihre Uebermacht die Dänen, die wichtige Vertheidigungslinie der „Danewirke" zu räumen; bei der Verfolgung der Abziehenden gelang es den Oesterreichern, unter Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz, am 6. Februar bei Oeversee den Dänen eine ernstliche Schlappe beizubringen. Während hierauf Prinz Friedrich Karl von Preußen den Dänen auf die Halbinsel Sundewitt folgte, wo die stark befestigten Düppler Schanzen eine Stellung bildeten, zu deren Eroberung schweres Belagerungsgeschütz zur Stelle geschafft werden mußte, überschritten unter verschiedenen glücklichen Gefechten am 18. Februar die preußischen Garden, am 7. März auch die Oesterreicher die Grenze von Jütland.

Vor den Düppler Schanzen begannen am 17. März blutige Kämpfe, am 30. konnte die erste Parallele eröffnet werden und, nachdem am 7. April die Beschießung ihren Anfang genommen hatte, wurde am 18. April der Sturm unternommen. Nach wenigen Stunden waren die äußerst tapfer vertheidigten Schanzen in den Händen der Preußen, welche 5000 Mann zu Gefangenen machten, 120 Geschütze eroberten. Unmittelbar nach dieser glänzenden Waffenthat stellte Feldmarschall von Wrangel den General Vogel von Falckenstein an die Spitze eines größeren Corps, das in wenigen Tagen Jütland bis zum Lymfjord von den Feinden säuberte, während Gablenz die Festung Fridericia mit solchem Erfolge beschoß, daß die Dänen in der Nacht vom 28. zum 29. April in aller Stille abzogen.

Als dies geschah, hatte so eben in London eine Conferenz der europäischen Großmächte, welche vor 12 Jahren das Londoner Protokoll unterzeichnet hatten, begonnen, zu der auch ein Vertreter des deutschen Bundes, der sächsische Minister von Beust, eingeladen worden war; diese Conferenz war das schließliche Ergebniß der Bemühungen Englands gewesen, welches sich als den natürlichen Beschützer Dänemarks betrachtete, aber weder bei Frankreich noch bei Rußland Geneigtheit gefunden hatte, durch eine ernste Einmischung zu Dänemarks Gunsten einen europäischen Krieg heraufzubeschwören. Die Conferenz scheiterte schließlich mehr noch an der hartnäckigen Unnachgiebigkeit der Dänen als an den Forderungen der deutschen Großmächte, die sich auch jetzt noch mit einer Personalunion Schleswig-Holsteins mit Dänemark begnügt haben würden. Und nur drei Tage, nachdem die Bevollmächtigten London verlassen hatten, ohne daß ein Beschluß der Conferenz zu Stande gekommen war, am 29. Juni, begann der Krieg, den seit dem 11. Mai Waffenruhe unterbrochen hatte, von neuem, jetzt unter dem Oberbefehle des an des hochbetagten Wrangel Stelle getretenen Prinzen Friedrich Karl.

Schon in der Nacht hatte General Herwarth von Bittenfeld, der jetzt die Armee bei Düppel

befehligte, seine Truppen über den Alsensund geführt und zwang nun die Dänen, mit großen Verlusten den Rückzug anzutreten und schließlich nach der Insel Fünen zu flüchten. Dort mußten auch die noch in Jütland stehenden Dänen eine Zuflucht aufsuchen, während die verbündeten Truppen bis zum Cap Skagen vordrangen, wohin kein deutscher Krieger seit den Tagen Kaiser Ottos I. mehr den Fuß gesetzt hatte.

Prinz Friedrich Karl.

Unter solchen Umständen blieb den Dänen nichts anderes übrig als nachzugeben, um so mehr, als die Eroberung der friesischen Inseln und einiger dänischen Kanonenboote durch die Preußen sogar die Möglichkeit einer feindlichen Landung in Seeland und Fünen in Aussicht stellte. Schon am 18. Juli wurde neuerdings ein Waffenstillstand vereinbart, an welchen sich sofort Friedensunterhandlungen anreihten, die am 30. October 1864 zum Abschlusse des Wiener Friedens führten. In demselben entsagte König Christian IX. allen Ansprüchen an die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten Oesterreichs und Preußens, deren Anordnungen über das künftige Schicksal dieser Gebiete er im Voraus seine Anerkennung ertheilte.

So waren denn, was seit Jahren das Verlangen der ganzen Nation gewesen, die Herzogthümer von der dänischen Fremdherrschaft befreit und Deutschland wieder zurückgegeben. Aber das Gefühl der Freude, welches über diesen Erfolg deutscher Waffen und deutscher Staatskunst jeder Vaterlandsfreund hätte empfinden müssen, wurde sofort wieder getrübt durch den Zwiespalt, den die Frage über die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Herzogthümer hervorrief. Dem Verlangen der Schleswig-Holsteiner, daß nun alsbald Friedrich VIII. als rechtmäßiger Bundesfürst anerkannt und eingesetzt werde, schenkte zwar die Mehrheit der Deutschen, der Regierungen und des Volkes, entschiedenen Beifall, die preußische Regierung wollte sich dazu doch nur unter der Bedingung verstehen, daß durch die Begründung eines neuen selbstständigen deutschen Staates nicht die Vortheile verloren gingen, welche Preußen mit dem Blute seiner Tapferen erkämpft und im Wiener Frieden zugesichert erhalten hatte. Der Herzog Friedrich von Augustenburg aber, schlechtberathen wie er war, und der rasch zu großem Umfang gediehene Partikularismus der Schleswig-Holsteiner wollte die Zugeständnisse, welche Bismarck für Preußen verlangte, nicht bewilligen. Und nicht genug, daß die befreiten Bewohner der Herzogthümer und die Bevölkerung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten in der Verurtheilung der Forderungen Bismarcks einig waren, diese Forderungen, einzig und allein in der Absicht gestellt, die Macht und den Einfluß des preußischen Staates in Deutschland und Europa zu vermehren, begegneten in Preußen selbst dem entschiedensten Widerspruche, ja Bismarcks Haltung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, weit entfernt, zur Versöhnung der entzweiten Parteien beizutragen, verschärfte noch den zwischen

Regierung und Volksvertretung bestehenden Conflict. Das Mißtrauen der Fortschrittspartei gegen Bismarck und das Bestreben, ihn und das Ministerium, an dessen Spitze er stand, zu stürzen, war so groß und lebhaft, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich zu der Ungeheuerlichkeit hinreißen ließ, die nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten zu verweigern und den Flottengründungsplan, welchen der Kriegsminister von Roon vorlegte, zu verwerfen.

Die Folge davon war denn natürlich, daß auch Bismarck und die übrigen Minister fortfuhren, den Abgeordneten in schroffer Form entgegenzutreten, daß es bis zu persönlichen Beleidigungen kam, daß Bismarck den verbissensten seiner Gegner, den Abgeordneten Virchow, den ausgezeichneten Naturforscher, dem aber der Minister vorwarf, daß er auf dem Gebiete der Politik doch nur ein Dilettant sei, zum Zweikampfe herausforderte, daß die Maßregelung liberaler Beamten, freisinniger Magistrate und Vereine immer größeren Umfang, immer gehässigere Formen annahm, daß selbst die Unabhängigkeit der Gerichte angezweifelt wurde und daß schließlich über dem erbitterten Kampfe der Parteien die monarchische und dynastische Gesinnung, die bis daher in Preußen von den politischen Kämpfen unberührt geblieben war, ernstlich erschüttert zu werden begann. Kam es ja doch so weit, daß die herkömmlichen Beglückwünschungen des Königs und der Mitglieder der königlichen Familie an ihren Geburtstagen durch Magistrat und Stadtverordnete der Residenz unterblieben, daß andere städtische Behörden sich weigerten, sich am Empfange des durchreisenden Kronprinzen zu betheiligen, während man sich in hellen Schaaren herandrängte, um die oppositionelle Haltung fortschrittlicher Abgeordneten durch glänzende Feste zu feiern.

Bismarck aber ließ sich weder durch die Opposition des Abgeordnetenhauses, noch durch die feindseligen Demonstrationen des Volkes abhalten, auf dem Wege, den er betreten hatte, um Preußen mächtig und groß zu machen, weiter fortzuschreiten. Für die inneren Angelegenheiten Preußens wurden die Grundsätze festgestellt, nach denen die Regierung zu führen sei, so lange ein Staatshaushaltsgesetz nicht vereinbart werden könne, und auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war Bismarck fest entschlossen, sich weder durch Oesterreich, noch durch die Mittelstaaten, noch durch das Mißtrauen der Nationalpartei an der Durchführung seines Programmes hindern zu lassen.

War es ihm eine Zeit lang gelungen, Oesterreich, während der Graf Rechberg die auswärtigen Angelegenheiten leitete, fast willenlos mit sich fortzuziehen, so begann, seit Graf Mensdorff-Pouilly dessen Portefeuille übernommen hatte, Oesterreich neuerdings schwierig zu werden und sowohl bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage, als auch bezüglich der Bundesreformpläne sich in einem Preußen feindlichen Sinne den Mittel- und Kleinstaaten wieder zu nähern, denen es durch seine Haltung während des dänischen Krieges einigermaßen entfremdet worden war. Zwar gelang es Bismarck auch jetzt noch, Oesterreich zu bestimmen, daß es mit Preußen gemeinsam den Abmarsch der Bundesexecutions-Truppen aus Holstein verlangte, die verurtheilt gewesen waren, Gewehr bei Fuß in den holsteinischen Garnisonen zu stehen, während Oesterreicher und Preußen in Schleswig und Jütland glänzende Siege erfochten; auch ging nun, Ende 1864, die Verwaltung des Landes aus den Händen der Bundesbevollmächtigten in die eines österreichischen und eines preußischen Civilcommissars über. Aber zwischen diesen entbrannte bald heftiger Streit, während die verschiedenen Fürsten, welche Ansprüche auf ganz Schleswig-Holstein oder auf einzelne Theile der Herzogthümer erheben zu können glaubten, Rechtsgutachten einholten und

veröffentlichen ließen, während die augustenburgische Partei, unterstützt von der öffentlichen Meinung Deutschlands, immer heftiger die Einsetzung Friedrichs VIII. verlangte und dazwischen, freilich nur von einer Minderheit ausgesprochen, auch der Wunsch nach Einverleibung der Herzogthümer in Preußen laut wurde.

Noch einmal gab Bismarck dem Herzog Friedrich Gelegenheit, sich mit Preußen zu verständigen, indem er im Februar 1865 die Forderungen, welche Preußen als Preis seiner Einsetzung stellen mußte, dem Herzoge amtlich mittheilen ließ. Es waren im Wesentlichen, abgesehen von der Abtretung einiger strategisch wichtigen Punkte: Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein, Uebergabe der Post und der Telegraphen an Preußen, Einführung der preußischen Militärgesetzgebung und Ableistung des Fahneneides an den König von Preußen. Indeß nicht nur Herzog Friedrich glaubte diese Forderungen endgiltig ablehnen zu sollen, sondern auch die einflußreichsten Politiker des Landes erklärten dieselben, im Einvernehmen mit dem 36er Ausschuß und nahmhaften preußischen Abgeordneten, für unannehmbar, und auch Oesterreich und die Mehrzahl der übrigen Bundesregierungen sprachen sich ganz entschieden gegen deren Annahme aus, verlangten vielmehr die alsbaldige Einsetzung Friedrichs VIII. Die Anzeichen einer herannahenden Katastrophe mehrten sich. Zwar gebrauchte der König Wilhelm, wie alljährlich auch im Sommer 1865 die Badecur in Karlsbad und Gastein, aber es glich doch einer nicht mißverständlichen Sturmwarnung, daß, als der König am 21. Juli auf der Reise nach Gastein in Regensburg verweilte, dort alle Minister, die Gesandten in Wien und Paris und der Generalstabschef General von Moltke sich um ihn zu vertraulichen Berathungen versammelten. Diese ergaben das Resultat, daß Preußen gerüstet sei, nöthigenfalls die Entscheidung der Waffen anzurufen. Und ein Ereigniß, das sich nur wenige Tage nachher in den Herzogthümern zutrug, schien ganz geeignet, diese äußerste Entscheidung heraufzubeschwören. Am 25. Juli ließ der preußische Civilcommissar von Zedlitz zwei Literaten, welche im Dienste der augustenburgischen Partei preußenfeindliche Umtriebe machten, des Landes verweisen, ohne daß der österreichische Commissar von Halbhuber davon die geringste Kenntniß hatte. Dieser antwortete auf die Gewaltthat seines Amtsgenossen mit einem heftigen Proteste und es schien unvermeidlich, daß dieser Zwist der beiden Commissare von ihren Regierungen weiter ausgefochten werde. Aber noch einmal gelang es eifrigen Vermittlern an beiden Höfen, die Krisis zu vertagen. Oesterreich war keineswegs kriegsbereit und zudem neuerdings durch heftige Verfassungskämpfe, welche den Sturz des Ministers Schmerling und die Suspension der Februarverfassung herbeigeführt hatten, geschwächt, König Wilhelm von Preußen aber wollte in seinem gewissenhaften Sinne nichts unversucht lassen, was vielleicht doch noch den Ausbruch eines blutigen Krieges zwischen Preußen und Oesterreich, den er keineswegs wünschte, verhindern konnte.

So kam denn zu Gastein ein Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich zu Stande, welcher, ohne der endgültigen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage vorzugreifen, die Wiederholung so bedenklicher Zwistigkeiten verhinderte, wie sie seither durch die unnatürliche Lage zwischen den beiden Civilcommissaren entstanden waren. Es wurde zu diesem Behufe beschlossen, daß fortan die Regierung in Holstein von Oesterreich, die in Schleswig von Preußen geführt werden solle, für Lauenburg verzichtete der Kaiser von Oesterreich gegen Auszahlung von 2½ Millionen dänischer Reichsthaler auf den Mitbesitz. Zur Erhaltung der unmittelbaren Verbindung mit Schleswig hatte sich Preußen einen eigenen Post- und Telegraphendienst und Etappenstraßen vorbehalten und den Besitz des Hafens von Kiel ausbedungen, auch wurde der Eintritt beider Herzogthümer in den Zollverein festgestellt.

Die Ratification dieses Vertrages wurde bei einer Begegnung der Herrscher von Preußen und Oesterreich am 19. August in Salzburg vollzogen, und König Wilhelm bezeugte dem Ministerpräsidenten von Bismarck seine besondere Freude über den Abschluß dieser Vereinbarung, indem er ihn in den Grafenstand erhob.

Die öffentliche Meinung in Deutschland und den Herzogthümern beurtheilte dagegen den Gasteiner Vertrag sehr ungünstig. Aus Schleswig-Holstein wurden zahlreiche Proteste bei dem Bundestage erhoben, der doch völlig machtlos war, gegenüber dem Einverständnisse beider Großmächte irgend etwas an der Sachlage zu ändern. Auch der 36er Ausschuß glaubte seine Beschwerden gegen den Vertrag formuliren und einer Versammlung deutscher Abgeordneten, die er auf den 1. October nach Frankfurt berief, vorlegen zu sollen. Als aber dieser Abgeordnetentag zusammentrat, zeigte sich, daß in Preußen das Verständniß für die erheblichen Vortheile, die dem Staate aus dem Gasteiner Vertrag erwuchsen, den namhafteren Politikern eben so klar aufgegangen war als die Einsicht der Nutzlosigkeit, ja Unziemlichkeit von Resolutionen und Protesten, die jeden Einflusses auf die Regierungen entbehrten. Während die süddeutschen Abgeordneten in großer Zahl erschienen und den vorgeschlageuen Erklärungen über das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer und den Rechtsbruch des Gasteiner Vertrages, sowie der Aufforderung an die Landtage Oesterreichs und Preußens, die Steuern zu verweigern, ihre Zustimmung gaben, erschienen überhaupt nur acht preußische Abgeordnete, von denen zudem sechs sich der Abstimmung über diese Anträge enthielten. Die Vertreter der süddeutschen Kammern wurden auf solche Weise und außerdem auch noch direct, durch eine Erklärung des preußischen Abgeordneten Twesten belehrt, daß das Gefühl für die Macht und die Zukunft des preußischen Staates doch noch ein mächtigerer Hebel sei als die Unzufriedenheit mit der inneren Politik des Grafen Bismarck, auf welche die Veranstalter des Abgeordnetentages ihre Projecte aufgebaut hatten.

Aber freilich, die patriotische Gesinnung der preußischen Politiker beschränkte sich vorerst darauf, daß sie nicht darauf eingingen, in Verbindung mit Angehörigen anderer Bundesstaaten feindselige Beschlüsse gegen Preußen zu fassen. Im Abgeordnetenhause zu Berlin dauerte nicht nur der Conflict in unveränderter Stärke fort, sondern dort fand auch die auswärtige Politik des Grafen Bismarck keineswegs die von ihm gewünschte und erwartete Zustimmung und Unterstützung. Der Landtag, der am 15. Januar 1866 eröffnet wurde, endigte, wie seine Vorgänger, ohne Verständigung; nach sehr gereizten Verhandlungen wurde er schon am 23. Februar geschlossen, ohne ein anderes Ergebniß, als daß der Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung noch schärfer als bisher in den Vordergrund getreten war. Das Mißtrauen gegen die Regierung hatte neue Nahrung erhalten durch einen Beschluß des Obertribunals, der die Redefreiheit der Abgeordneten ernstlich zu gefährden drohte, indem durch denselben zwar die Meinungen der Abgeordneten, nicht aber die Anführung falscher und beleidigender Thatsachen in ihren Reden für straflos erklärt wurden. Da das Obertribunal diesen Beschluß nur mit einer Stimme Mehrheit und auch dieß nur, weil dabei zwei vom Justizminister Grafen zur Lippe ernannte Hilfsrichter mitstimmten, gefaßt hatte, so galt es den Liberalen des Abgeordnetenhauses für feststehend, daß die Regierung nun auch die Gerichte in ihrem Interesse in den Parteikampf hereinziehe, und auf den Antrag des Abgeordneten von Hoverbeck wurde die Entscheidung des Obertribunals für verfassungswidrig erklärt. Graf

Bismarck aber hielt diese Erklärung für so unzulässig, daß er ihre Entgegennahme verweigerte.

Diese Fortdauer des Conflictes war um so bedauerlicher, als der Riß, welchen Bismarck durch den Gasteiner Vertrag, wie er selbst sagte, eben nur nothdürftig verklebt hatte, bereits wieder zu klaffen begann.

General Freiherr von Manteuffel.

In Schleswig hatte Preußen einen Mann als Statthalter eingesetzt, welcher der schwierigen Aufgabe, die ihm gestellt worden, vollauf gewachsen war, den Generallieutenant Edwin Hans Karl Freiherrn von Manteuffel (geboren am 24. Februar 1809 in Dresden), einen strammen Soldaten, dem doch zugleich das klare Urtheil und die ruhige Ueberlegung des Staatsmannes und die feinen Formen des Mannes der vornehmen Gesellschaft in ganz hervorragendem Maße eigen waren. Mit großer Kaltblütigkeit trat er der Nebenregierung, welche sich, von Oesterreich und den früheren Bundescommissaren begünstigt und groß gezogen, wie eine der Statthalterschaft ebenbürtige Macht betrug, entgegen, löste die zahlreichen Vereine, welche dieser Regierung dienten und für sie demonstrirten und agitirten, auf, verbot die im gleichen Sinne thätigen Zeitungen und bedrohte den Herzog von Augustenburg mit Verhaftung, wenn er fortfahre, Demonstrationen hervorzurufen, welche nur geeignet seien, die Gemüther in fortwährender Erregung zu erhalten.

Im directen Gegensatze zu diesem strammen und barschen Auftreten des preußischen stand das Verhalten des österreichischen Statthalters in Holstein, des Feldmarschall-Lieutenants Freiherrn Ludwig von Gablenz (geb. 19. Juli 1814 zu Jena, gest. 28. Januar 1874 in Zürich). Er leitete mit milder Hand die Verwaltung des Landes, war voll höflicher Rücksicht für Presse und Vereine und legte der Propaganda der augustenburgischen Partei für ihren Herzog wenigstens keine ernstlichen Hindernisse in den Weg.

Nachdem Graf Bismarck schon mehrmals seinem Befremden über dieses demonstrative Benehmen des österreichischen Generals in Wien Ausdruck gegeben hatte, wurde eine am 23. Januar 1866 zu Altona abgehaltene Massenversammlung, bei welcher der Wunsch der Schleswig-Holsteiner nach Einsetzung des Herzogs Friedrich wieder in unzweideutiger Weise verkündigt worden war, Veranlassung zu sehr ernsten Reclamationen der preußischen Regierung. Als das Wiener Cabinet es hierauf ablehnte, über das Verhalten seiner Organe in Holstein irgend welche Rechenschaft abzulegen, erklärte Graf Bismarck dem österreichischen Gesandten in Berlin, daß ein solches Verfahren unvereinbar sei mit einer Fortdauer des durch das Zusammengehen beider Mächte im dänischen Kriege herbeigeführten freundschaftlichen Verhältnisses derselben, welches er somit als gelöst betrachten müsse.

Das Vorgehen des österreichischen Statthalters in Holstein war in der That gegenüber

dem Streben des Generals von Manteuffel, Schleswig vollständig wie eine preußische Provinz zu behandeln, nichts anderes als ein fortgesetzter Protest Oesterreichs gegen den Versuch Preußens, sich die Herzogthümer einzuverleiben. Der in Gastein geschlossene Waffenstillstand — das mußte bald jedermann klar werden — war im Begriffe, offenem Kriege Platz zu machen.

Beide Mächte säumten denn auch nicht, ihre Vorbereitungen zu treffen. Graf Bismarck hatte seit Jahren den Augenblick herannahen sehen, da das unnatürliche Verhältniß Preußens und Oesterreichs im deutschen Bunde durch Krieg gelöst werden würde. Seit er die auswärtigen Angelegenheiten des preußischen Staates leitete, war sein Augenmerk darauf gerichtet, die Beziehungen zu den großen Mächten so zu gestalten, daß diese, wenn der Krieg ausbräche, keine Preußen feindliche Stellung einnähmen.

Als im Jahre 1863 in Polen ein blutiger Aufstand gegen Rußland ausbrach, hatte Bismarck den Abschluß einer Convention zwischen Rußland und Preußen veranlaßt, welche den Kaiser Alexander II. von der freundschaftlichen Gesinnung Preußens überzeugte, wie denn überhaupt die Haltung Preußens in jener Zeit es Rußland wesentlich erleichterte, die Einmischungsversuche, die Oesterreich und die Westmächte im Interesse der Polen machten, mit Entschiedenheit und Erfolg zurückzuweisen; diese Haltung war zwar von der Fortschrittspartei des preußischen Abgeordnetenhauses, die stets auf der Seite der von Bismarck bekämpften Partei zu stehen pflegte, heftig angefeindet worden, aber der Minister ließ sich dadurch nicht beirren und erwarb sich auf diese Weise für die kritischen Zeiten, welche bevorstanden, die unschätzbare freundliche Neutralität Rußlands.

Mit einer anderen Macht waren, für den Fall eines Krieges mit Oesterreich, seit geraumer Zeit Verhandlungen eingeleitet — mit dem Königreiche Italien. Schon im Jahre 1862 hatte Bismarck in Turin, damals noch der Hauptstadt des Königsreiches, Eröffnungen machen lassen, welche ein durch die Natur der politischen Verhältnisse gebotenes Zusammenwirken Preußens und Italiens in Aussicht nahmen, die Verhandlungen hatten eben begonnen, einen bestimmteren Charakter anzunehmen, als der Gasteiner Vertrag die Voraussetzung dieses Zusammenwirkens wieder in unbestimmbare Ferne zu rücken schien. In dem Augenblicke, da der Wiederausbruch der Zwistigkeiten in Schleswig-Holstein abermals die Eventualität eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich in den Vordergrund stellte, wurden die Beziehungen Preußens zu Italien durch den Abschluß eines Handelsvertrages fester geknüpft, der zur Folge hatte, daß nun sämmtliche Zollvereinsstaaten das neue Königreich Italien anerkannten. Zwei Tage nach der Ratification dieses Vertrages, am 14. März 1866, erschien, auf Bismarcks Einladung, der italienische General Govone in Berlin, dem Anscheine nach in einer gleichgiltigen militärischen Angelegenheit, in Wahrheit, um über die Mitwirkung Italiens an einem Kriege gegen Oesterreich zu unterhandeln, deren Preis die Erwerbung Venetiens sein sollte.

Schon im Herbst vorher hatte Graf Bismarck den Kaiser Napoleon III. in dem Pyrenäenbade Biarritz besucht und auch dort Verhandlungen mit Rücksicht auf den bevorstehenden Krieg geführt, den er im October 1865 als unvermeidlich bezeichnete.

Natürlich galt dieser unvermeidliche Krieg nicht nur der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, sondern, wenn er ausbrach, wurde er geführt um die Neugestaltung Deutschlands. Daher glaubte Graf Bismarck, daß es jetzt an der Zeit sei, sich über die Stellung zu verlässigen, welche die deutschen Regierungen in einem solchen Falle einnehmen würden, und die Theilnahme des deutschen Volks für seine Pläne wachzurufen.

Die nächste Veranlassung dazu gab eine Note, die der österreichische Minister, Graf Mensdorff, am 16. März an die deutschen Mittelstaaten gerichtet hatte, in welcher die Absicht Oesterreichs, die schleswig-holsteinische Frage an den Bundestag zu verweisen, ausgesprochen und die Aufforderung an die Regierungen enthalten war, der Mobilmachung des 7., 8., 9. und 10. Armeecorps des Bundesheeres zuzustimmen, sobald das Wiener Cabinet dieselbe am Bundestage beantragen werde.

Nur sechs Tage später ließ auch Graf Bismarck eine Note an die deutschen Regierungen ausgehen, in welcher er aussprach, daß es sich jetzt darum handle, ernstlich an die Reform des deutschen Bundes heranzugehen, welcher in seiner gegenwärtigen Verfassung keiner europäischen Krise gewachsen, wohl aber, wenn eine solche eintrete, von dem Schicksale Polens bedroht sei. Er stellte an die Bundesgenossen die unmittelbare Frage, wie weit Preußen auf ihre Hilfe rechnen könne, wenn es von Oesterreich angegriffen oder zum Kriege gezwungen werde. Wie ernst Graf Bismarck die Sachlage beurtheilte, läßt sich aus dem Umstande erkennen, daß der König am 28. März auf seinen Antrag die Kriegsbereitschaft eines Theiles der Armee befahl, nachdem Oesterreich unter den nichtigsten Vorwänden bedeutende Truppenmassen in Böhmen und Galizien zusammengezogen hatte.

Nachdem so die nöthigsten Vorbereitungen getroffen waren, um nicht durch einen plötzlichen Angriff überrumpelt zu werden, ließ die preußische Regierung durch ihren Gesandten von Savigny am 9. April dem Bundestage den Antrag auf Einberufung eines aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehenden Parlamentes vorlegen, welches das deutsche Verfassungswerk berathen solle.

Aber sowohl die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten als auch diejenigen Politiker, welche auf die öffentliche Meinung in Deutschland Einfluß ausübten, waren viel zu sehr von Vorurtheilen gegen Bismarck befangen, als daß sie diesen Antrag lediglich von rein sachlichem Standpunkte aus hätten prüfen können. Sie betrachteten ihn vielmehr als nichts anderes denn einen geschickten Schachzug, um die ohnehin schon schwierige und verwirrte Lage der Dinge noch schwieriger und verwirrter zu machen. Statt über Bundesreformpläne und die Art ihrer zweckmäßigsten Berathung zu unterhandeln, war die Mehrzahl der Mittelstaaten eifrig bestrebt, ihre Streitkräfte zu vermehren und so rasch als möglich in den Stand zu setzen, dem Rufe Oesterreichs zum Kriege gegen Preußen Folge zu leisten, und der Haß gegen Bismarcks innere Politik hatte selbst eine große Zahl der Angehörigen der Nationalpartei so sehr verblendet, daß auch sie in den allgemeinen Ruf einstimmten, Preußen müsse zur Befolgung der Bundespflichten nöthigenfalls mit Gewalt angehalten werden, daß auch sie das frühere Ideal ihrer politischen Bestrebungen, ein deutsches Parlament, zurückwiesen, weil sie der Hand mißtrauten, welche es ihnen darbot.

Inzwischen nahmen die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich immer mehr den Charakter an, welcher erfahrungsgemäß dem Ausbruche eines Krieges kurze Zeit voranzugehen pflegt. Die von Baiern angeregte Abrüstungsfrage konnte nur dazu dienen, die bestehenden Gegensätze noch schärfer hervortreten zu lassen. Anfangs Mai erfolgte sowohl in Wien als in Berlin der Befehl zur Mobilmachung der beiderseitigen Heere, und bald darauf waren die Truppen fast aller Bundesstaaten in voller Kriegsbereitschaft.

Daran konnte auch der Vorschlag nichts ändern, der fast gleichzeitig von Frankreich und England ausging, die verschiedenen Streitfragen,

welche augenblicklich die Ruhe Europas bedrohten, die schleswig-holsteinische Frage, die Differenzen zwischen Oesterreich und Italien und die Reform des deutschen Bundes der Entscheidung eines europäischen Congresses vorzulegen. Zwar Oesterreich war einem solchen Congresse nicht abgeneigt, denn man wußte in Wien, daß am 8. April zwischen Preußen und Italien ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen worden sei, dessen Dauer das Mißtrauen der Italiener auf drei Monate beschränkt hatte, und Graf Mensdorff hegte wohl die Hoffnung, daß es möglich sein würde, den Congreß so lange hinauszuziehen, sich in der Zwischenzeit durch Vermittelung Frankreichs mit Italien zu verständigen, vielleicht sogar freiwillig Venetien abzutreten, um sich dann mit voller Kraft auf das jedes Bundesgenossen beraubte Preußen zu werfen und ihm mindestens Schlesien abzunehmen. Gerade diese Erwägungen veranlaßten den Grafen Bismarck, den Zusammentritt des Congresses durchaus nicht zu wünschen. Aber er war ein viel zu ausgezeichneter Diplomat, um seinerseits den Anschein auf sich zu laden, als sei durch ihn ein beabsichtigtes Friedenswerk vereitelt worden. Er nahm die Einladung zu dem Congresse, der in Paris zusammentreten sollte, an, überzeugt, daß Oesterreich durch das Unnatürliche seiner Stellung gezwungen werden würde, sein Erscheinen von unannehmbaren Bedingungen abhängig zu machen. So geschah es denn auch in der That. Die Forderung, welche Oesterreich stellte, daß keiner der zum Congreß geladenen Staaten einen Machtzuwachs erhalten dürfe, hätte zwar die dem Wiener Cabinet erwünschten Gebietsveränderungen nicht unmöglich gemacht, wohl aber die Erwerbung der Kohlenbezirke an der Saar oder gar alles Landes bis zur Mosel, welche Kaiser Napoleon für Frankreich anstrebte und um deren willen er eigentlich den Congreß in Scene setzen wollte, und die zweite österreichische Bedingung, daß der Papst zum Congreß geladen werde, die auf Hintergedanken bezüglich einer Wiederherstellung des Kirchenstaates in seinem vollen Umfange schließen ließ, konnte Napoleon ebenfalls nur sehr unerwünscht sein. So beschloß er denn, der zum Kriege drängenden natürlichen Entwickelung der Dinge ihren Lauf zu lassen, was er um so ruhiger thun konnte, als einerseits Oesterreich vertraulich erklären ließ, daß es auch ohne Congreß bereit sei, Venetien abzutreten, wenn es nicht gehindert werde, Erwerbungen von gleichem Umfang in Deutschland zu machen, und anderseits der Graf Bismarck die Vergrößerungswünsche Frankreichs, nachdem er die französischen Diplomaten lange genug durch ausweichende Antworten hingehalten, rundweg abwies, dagegen das Versprechen gab, daß bei einem Friedensschlusse keine Frage, die Frankreichs Interessen berühre, ohne dessen Mitwirkung geordnet werden solle. In diesem Zusammenhange erklärte Napoleon am 4. Juni, daß der Congreß durch die österreichischen Vorbehalte unmöglich geworden sei, und gab am 11. Juni in einem offenen Briefe an seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Drouyn de l'Huys seinem Entschlusse Ausdruck, dem bevorstehenden Kriege gegenüber seine Neutralität zu bewahren.

Während dieser Zeit nahm die in allen Theilen Deutschlands herrschende Stimmung, welche fast überall das Vorgehen Preußens verurtheilte, von Tag zu Tag einen stürmischeren Charakter an. Das Geschrei gegen Preußen, den „Störenfried", den „Rebell" erklang täglich lauter und leidenschaftlicher in den Kammern und Volksversammlungen und übertönte die ruhigeren und sachlichen Ausführungen der einsichtigeren Minderheit. In Baiern trat zu den partikularistischen Neigungen des Ministers von der Pfordten noch die natürliche Parteinahme der klerikalen Partei für den „Concordatsstaat" Oesterreich hinzu, um die Gehässigkeit gegen das protestantische Preußen

zu nähren; in Wirtemberg lehnte sich die Eigenart des schwäbischen Volksstammes gegen die befürchtete Bevormundung durch die persönlich unbeliebten Norddeutschen auf; in Hannover sträubte sich der „Welfenstolz", der an eine Dauer des „Welfenreiches" bis an das Ende der Zeiten glaubte, gegen eine Bundesreform, welche auch nur die geringste Beschränkung der königlichen Souveränetät voraussetzte; in Hessen-Kassel war der Kurfürst entschlossen, nur der Gewalt zu weichen, bis diese angewendet würde, aber dem verhaßten Preußen jeden denkbaren Widerstand zu leisten; in Sachsen endlich war die Verblendung des vielgeschäftigen Ministers von Beust eine so hochgradige, daß er wie das Kind, das mit dem Feuer spielt, die Gefahr, welcher er durch sein frivoles Hetzen gegen Preußen das Land- und das Königshaus entgegenführte, nicht einmal ahnte. In allen diesen Bundesstaaten, und ebenso in Hessen-Darmstadt und Nassau war die Bevölkerung mit der preußenfeindlichen Haltung der Regierungen im allgemeinen völlig einverstanden und die geringe Zahl der national Gesinnten war jeden Augenblick der Gefahr ausgesetzt, des Vaterlandsverrathes bezichtigt zu werden. Selbst in demjenigen Staate, in welchem bisher seit 1860 Regierung und Volksvertretung gewetteifert hatten, die nationale Politik Preußens zu unterstützen, selbst in Baden gewann, nachdem der Freiherr von Roggenbach schon im Herbst 1865 das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an den Freiherrn von Edelsheim abgegeben hatte, die preußenfeindliche Stimmung, wie sie in den übrigen Mittelstaaten herrschte, die Oberhand, so daß der Minister Mathy, einer der bewährtesten und zuverlässigsten Vorkämpfer der Idee einer Einigung Deutschlands unter Preußens Führung sich veranlaßt fand, sein Amt niederzulegen. Nur einige wenige Männer, darunter Bluntschli und Jolly, hatten auch jetzt den Muth, die Neutralität der süddeutschen Staaten, im äußersten Falle Badens allein, zu verlangen.

Aber auch in Preußen sprachen sich im Großen und Ganzen die Organe der öffentlichen Meinung gegen den Krieg aus. Bismarck wurde beschuldigt, daß er aus persönlichem Ehrgeiz, lediglich von dem Streben geleitet, den Schwierigkeiten der inneren Politik ein gewaltsames Ende zu bereiten, den preußischen Staat in einen Krieg treibe, der voraussichtlich unglücklich enden werde, jedenfalls als ein Bürgerkrieg aufs Entschiedenste zu beklagen sei. Ja, ein fanatisirter junger Mann, Julius Cohn, der Stiefsohn des seit der Revolution von 1849 als Flüchtling in London lebenden Karl Blind, machte am 7. Mai zu Berlin unter den Linden den Versuch, den gehaßten Staatsmann zu ermorden.

Der König wurde in zahlreichen Adressen aus allen Landestheilen bestürmt, den Grafen Bismarck zu entlassen, eine friedliche Verständigung mit Oesterreich — sei es auch um den von dem Wiener Cabinet angeblich geforderten Preis der Abtretung der Grafschaft Glatz für Schleswig-Holstein — zu versuchen. Nur eine kleine Schaar altliberaler Männer in Halle und die städtischen Behörden von Breslau machten eine rühmliche Ausnahme, indem sie nicht in das allgemeine Geschrei nach Frieden um jeden Preis einstimmten, sondern in der Erkenntniß, daß es sich jetzt darum handle, den nationalen Beruf Preußens durch eine kräftige That zu bewähren, den König in dem Entschlusse bestärkten, auf dem betretenen Wege muthig vorwärts zu schreiten, und ihm dieselbe Opferwilligkeit zusicherten, die ihre Vorfahren in den Befreiungskriegen bethätigt hatten.

In den ersten Tagen des Juni 1866 brachte ein österreichischer Antrag am Bundestage den Streit der beiden Großmächte der Entscheidung näher. Nachdem der preußische Reformantrag am 21. Mai einem Ausschusse des Bundestages überwiesen, d. h. auf die lange Bank geschoben war,

wurde diese Entscheidung nun doch durch die weitere Behandlung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit herbeigeführt, indem Oesterreich jetzt, im Widerspruche zu der im Jahre 1864 mit Preußen getroffenen Vereinbarung, die Entscheidung über diese Frage dem Bunde anheimgab und gleichzeitig durch General von Gablenz die holsteinischen Stände zum 11. Juli nach Itzehoe berufen ließ. Durch dieses Vorgehen war unzweifelhaft der Gasteiner Vertrag hinfällig und der durch den Wiener Frieden geschaffene gemeinschaftliche Besitz der Herzogthümer wieder hergestellt. Graf Bismarck wies daher den General von Manteuffel an, Holstein wieder zu besetzen und stellte dem Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz frei, seinerseits Truppen nach Schleswig zu schicken. Dieser aber ging hierauf nicht ein, sondern concentrirte die Brigade Kalik bei Altona und wartete dort weitere Befehle seiner Regierung ab. Darauf hin übernahm Manteuffel am 10. Juni die Regierungsgewalt in Holstein, besetzte Itzehoe und verhinderte die Eröffnung des von Gablenz berufenen Landtags. Der Herzog von Augustenburg entzog sich der befürchteten Verhaftung, indem er das Land verließ, in welchem ihn die österreichischen Waffen nicht mehr schützten.

Sofort erhielt Gablenz den Befehl, da seine Streitkräfte zum Widerstande zu schwach seien, der Gewalt zu weichen und die Brigade Kalik nach Oesterreich zurückzuführen. Am Bundestage aber erhob Oesterreich feierlich Verwahrung gegen die „Gewaltthat" Preußens und beantragte am 11. Juni die Mobilmachung aller nichtpreußischen Bundesarmeecorps. Am 14. Juni wurde über diesen Antrag abgestimmt, trotz dem wohlberechtigten Einspruche des preußischen Gesandten von Savigny, der ihn, unter Berufung auf die Artikel 11 und 19 der Bundesakte, als völlig verfassungswidrig erklärte und sich deshalb der Abstimmung enthielt. Die Abstimmung ergab Annahme des österreichischen Antrages mit 9 gegen 6 Stimmen (Oesterreich, die vier Königreiche, die beiden Hessen, die 13. und die 16. Curie gegen Baden, Luxemburg, Mecklenburg, Oldenburg, die sächsischen Häuser und die freien Städte), ein Verhältniß, das übrigens nur dadurch erzielt ward, daß der österreichische Präsidialgesandte die Stimme der 13. Curie (Nassau und Braunschweig) für voll zählte, obwohl Braunschweig gegen den Antrag gestimmt hatte.

Sobald dieses Ergebniß verkündigt war, erklärte Herr von Savigny, daß damit der Bundesbruch vollzogen, der Bundesvertrag für erloschen zu betrachten sei. Aber bevor er in Folge dieser Erklärung den Saal verließ, übergab er der Bundesversammlung die Grundzüge eines neuen Bundesvertrages, welchen Preußen bereit sei, mit denjenigen Regierungen abzuschließen, die darüber mit ihm in Verhandlungen treten würden.

Wenn auch Preußen die Abstimmung der Staaten, die für Oesterreichs Antrag ihre Stimme abgegeben hatten, als Kriegserklärung zu betrachten berechtigt war, so wollte König Wilhelm doch noch einen Versuch machen, wenigstens Sachsen, Hannover und Kurhessen zum Anschlusse an seine Politik zu bewegen. Er ließ deshalb am 15. Juni in Dresden, Hannover und Kassel ein Ultimatum überreichen, durch welches die drei Regierungen aufgefordert wurden, binnen drei Tagen ihre Truppen auf den Friedensfuß zurückzuführen und die preußischen Bundesreform-Vorschläge anzunehmen. Dafür wollte ihnen Preußen unbewaffnete Neutralität, Erhaltung ihres Besitzstandes und ihrer Souveränität innerhalb des Rahmens der neuen Bundesverfassung gewährleisten.

Die Ablehnung des Ultimatums aber oder eine Verzögerung der Antwort, hatten die preußischen Gesandten den drei Regierungen zu eröffnen, werde als Kriegserklärung angesehen werden.

Was bei der seitherigen Haltung der Höfe von Dresden, Hannover und Kassel zu erwarten

war, geschah: das preußische Ultimatum wurde abgelehnt; der Krieg begann.

Binnen wenigen Tagen war Hannover, Kurhessen und Sachsen von preußischen Truppen besetzt, die Verwaltung dieser Länder in die Hände preußischer Generale gelegt; die kurhessischen und sächsischen Bundescontingente hatten gerade noch Zeit gefunden, abzuziehen und sich, die Kurhessen dem 8. Armeecorps, die Sachsen den Oesterreichern in Böhmen anzuschließen. Der König von Sachsen hatte sich mit seinen Söhnen, dem Kronprinzen Albert und dem Prinzen Georg, seinem Heere angeschlossen, der Kurfürst von Hessen war in Wilhelmshöhe geblieben und wurde, nachdem General von Beyer Kassel besetzt hatte, als Gefangener nach Stettin abgeführt. Den hannoverischen Truppen dagegen gelang es nicht, ihre Verbindung mit den Süddeutschen herzustellen. Bei dem Versuche, von Göttingen her, wo der König Georg V. seine Armee versammelt hatte, über Gotha nach dem bairischen Franken zu marschiren, sahen sich die Hannoveraner am 23. Juni in der Nähe von Langensalza nach allen Richtungen hin durch preußische Truppen den Weg versperrt. In der Hoffnung, daß ihnen die Baiern über Eisenach her entgegenkommen würden, versäumten sie, die noch dünnen Glieder der Kette, die sie umschloß, durch einen raschen Angriff zu sprengen, nahmen vielmehr das Anerbieten einer 24stündigen Waffenruhe an, während deren der König von Preußen noch einen letzten Versuch machte, Hannover von dem österreichischen Bündnisse zu trennen. Aber alle Verhandlungen scheiterten an dem stolzen Nein, das König Georg V. „als Christ, Monarch und Welf" den preußischen Forderungen entgegenstellte. So mußten denn die Waffen über die Zukunft Hannovers und seines Herrscherhauses entscheiden. Am 27. Juni ließ General Flies, der die preußische Vorhut führte, den Angriff auf die Hannoveraner beginnen, die hinter der Unstrut eine feste Stellung bezogen hatten. Aber dieser Angriff war in übergroßem Eifer voreilig erfolgt, die Zahl der Truppen, über die General Flies gebot, war den Hannoveranern nicht gewachsen. Daher konnten diese bald ihrerseits zum Angriffe vorgehen und den General Flies, obwohl seine theilweise aus Landwehr bestehenden Mannschaften mit größter Tapferkeit fochten, zum Rückzuge zwingen. Doch verstand es der hannoverische General von Arentschild nicht, diesen Sieg auszunutzen. Statt sofort den geplanten Vormarsch nach Baiern durchzuführen, blieb er während der Nacht vom 27. auf den 28. Juni unthätig und diese Zeit genügte der preußischen Heerführung, so viele Truppen heranzuziehen, daß am 29. Juni die Wiederaufnahme des Kampfes sich als völlig aussichtslos erwies. Die hannoverische Armee sah sich zum Abschlusse einer Capitulation genöthigt, der zufolge der König und der Kronprinz ihren Aufenthalt im Auslande nahmen, die Offiziere, welche ihre Degen behielten, versprachen, nicht gegen Preußen zu kämpfen, die Mannschaften entwaffnet und in ihre Heimath entlassen wurden, das gesammte Kriegsmaterial mit Fahnen und Standarten an Preußen überging.

Am nämlichen Tage, da bei Langensalza gekämpft wurde, am 27. Juni, während in ganz Preußen ein auf Befehl des Königs angeordneter Buß- und Bettag die Gemüther in die ernste und weihevolle Stimmung versetzte, wie sie einem Volke ziemt, dessen bewaffnete Söhne in das Feld ziehen, um die von den Feinden geplante Erniedrigung des Vaterlandes abzuwehren — an demselben 27. Juni begann auf dem böhmischen Kriegsschauplatze die Reihe der heißen und blutigen Schlachten des preußisch-deutschen Krieges.

Mit derselben Genialität, Thatkraft und Umsicht, mit der Graf Bismarck diesen seit langer Zeit als unvermeidlich betrachteten Krieg auf

dem Gebiete der Politik vorbereitet hatte, war auch von Seite der preußischen Heeresleitung längst Alles geschehen, um die preußische Armee für die gewaltigen Aufgaben, die nun an sie herantraten, zu rüsten. Während der Conflict Regierung und Volksvertretung entzweite, hatte der Kriegsminister von Roon unausgesetzt daran gearbeitet, die Organisation, die Bewaffnung und Ausrüstung der Armee immer mehr und mehr zu vervollkommnen, und der Feldzugsplan war nach allen Richtungen hin, für alle denkbaren Eventualitäten, bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet von dem Chef des Generalstabes, dem General Hellmuth Karl Bernhard Freiherrn von Moltke. Geboren am 26. October 1800 zu Parchim in Mecklenburg-Schwerin, erhielt Hellmuth von Moltke seine erste militärische Erziehung als Kadett in Kopenhagen. 1822 in preußische Dienste getreten, wurde er bald in den Generalstab berufen und mit einigen anderen Offizieren beurlaubt, um an der Neugestaltung der türkischen Armee mitzuwirken. Er erwarb sich das Vertrauen des Sultans Mahmud in so hohem Grade, daß er dem türkischen Oberbefehlshaber in dem Kriege gegen Mehemed Ali (1839) beigegeben wurde, der indeß, zum großen Schaden der türkischen Waffen, seine sachkundigen Rathschläge in echt orientalischer Selbstgenügsamkeit mißachtete. Seinem Aufenthalt in der Türkei verdanken wir zwei Werke, die, classisch in der Form, durch ihren hochbedeutenden Inhalt sowohl für die Kriegswissenschaft als auch für die Erd- und Völkerkunde von ganz hervorragendem und bleibendem Werthe sind. Nach Hause zurückgekehrt, nahm Moltke als Adjutant des Prinzen Heinrich und (seit 1856) des Prinzen Friedrich Wilhelm, jetzigen Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen, und (seit 1858) als Chef des Generalstabes der Armee höchst wichtige und einflußreiche Stellungen ein. An der Neugestaltung des preußischen Heeres nahm er den eifrigsten und erfolgreichsten Antheil, namentlich aber war er bestrebt, die Schlagfertigkeit der Armee für den Fall eines Krieges so vorzubereiten, daß die Mobilmachung in der denkbar kürzesten Zeit bewerkstelligt werden konnte, und fernerhin war sein Augenmerk noch ganz besonders auf die wissenschaftliche Ausbildung der Generalstabsoffiziere gerichtet. Als Generalstabschef des

General von Moltke.

Prinzen Friedrich Karl hatte er im dänischen Kriege Gelegenheit gehabt, Proben seiner außerordentlichen Leistungsfähigkeit abzulegen, die er jetzt auf einem so viel größeren Kriegsschauplatze von neuem glänzend bewähren sollte. Ein Mann von seltener Vielseitigkeit der Kenntnisse, von imponirender Ruhe und Sicherheit des Wissens, von peinlicher Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit, von edler Einfachheit des äußeren Auftretens, kurz angebunden und wortkarg, kühl und ernst

im Wägen, rasch und entschlossen im Wagen — mit einem Wort: ein großer Feldherr und ein großer Mann, wie seit langer Zeit keiner an der Spitze eines Heeres gestanden.

Diesem gewaltigen Strategen gegenüber, der alle Dinge von den größten Gesichtspunkten aus zu erfassen und zu leiten gewohnt war, dessen geistigem Auge stets die Gesammtheit aller vorhandenen Hilfsmittel gegenwärtig war und der es verstand, auch die weithin zerstreuten rechtzeitig an dem Punkte zu sammeln, wo ihre Verwendung nothwendig war, diesem Heerführer gegenüber stand die jedes festen Planes und jeder einheitlichen Leitung entbehrende Vielheit der mittel- und kleinstaatlichen Truppen und die hinter Uebermuth und Aufgeblasenheit vorerst noch verhüllte, bald aber in ihrer ganzen Kläglichkeit zu Tage tretende Unfähigkeit der österreichischen Befehlshaber.

In zwei großen Heeressäulen, die eine von dem Prinzen Friedrich Karl, die andere von dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm befehligt, rückten die Preußen von Sachsen, Schlesien und der Grafschaft Glatz her über die steilen Gebirgspässe in Böhmen ein, unbehelligt von dem Feinde, dessen Absicht war, sie bis in die böhmische Ebene vordringen zu lassen und dann mit einem mächtigen Anprall zu vernichten. Bei Trautenau stieß General von Bonin am 27. Juni zuerst auf die Oesterreicher, auf das Corps Gablenz, und wurde nach heißem Kampfe, große Verluste erleidend, dem Feinde noch größere zufügend, bis an die Grenze zurückgedrängt; am 28. Juni aber machte die von General Hiller von Gärtringen befehligte Garde das Mißgeschick des vorigen Tages wieder gut, indem sie das Gablenz'sche Corps überfiel, die Dörfer Burkersdorf und Soor erstürmte, Trautenau wieder nahm und den fast auf die Hälfte seiner ursprünglichen Stärke reducirten Feind zum Rückzuge zwang. Inzwischen hatte, ebenfalls am 27. Juni, General von Steinmetz bei Nachod den Feldmarschall-Lieutnant von Ramming auf Skalitz zurückgeworfen, und am 28. das Armeecorps des Erzherzogs Joseph, welches das erschöpfte Ramming'sche Corps abgelöst hatte, vollständig geschlagen und Skalitz erstürmt, während gleichzeitig die Elbarmee unter dem Befehle des Generals Herwarth von Bittenfeld bei Hünerwasser, Turnau und Münchengrätz siegreiche Gefechte bestand und General von Bose bei Podol den österreichischen General Clam Gallas zum Rückzuge zwang. Am 29. Juni aber stürmten die Generale von Tümpling und von Werder das von den Sachsen besetzte Gitschin, von wo aus die an dem ihr zunächst vorgeschriebenen Ziele angelangte Armee des Prinzen Friedrich Karl mit der Vorhut der unter erfolgreichen Gefechten über die Anpa nach Westen vordringenden Armee des Kronprinzen Fühlung gewann.

Die Kunde von den ersten großen Erfolgen der böhmischen Armee wurde in Berlin, in der ganzen Monarchie und in den mit Preußen verbündeten norddeutschen Kleinstaaten mit unbeschreiblichem Enthusiasmus begrüßt. In Berlin zogen die jubelnden Schaaren vor den Palast des Königs, vor die Wohnung des Grafen Bismarck, der jetzt schon seine Voraussage erfüllt sah, daß er eines Tages aus dem bestgehaßten der volksthümlichste Mann Preußens werden werde.

Während auf dem böhmischen Kriegsschauplatze, wo die preußischen Truppen innerhalb acht Tagen sechs große Schlachten und viele kleinere Gefechte geschlagen und den Feinden außerordentlich große Verluste beigebracht hatten, eine kurze Ruhepause eintrat, welche der österreichische Oberbefehlshaber Feldzeugmeister von Benedek dazu benutzte, seine Truppen in der Nähe der Festung Königgrätz, bei dem Dorfe Sadowa, zusammenzuziehen, war König Wilhelm, von dem Kriegsminister von Roon, dem General von Moltke und dem Grafen Bismarck begleitet, am 29. Juni von Berlin abgereist und traf am 2. Juli in

Gitschin ein, um persönlich den Oberbefehl zu übernehmen, in dem Augenblicke, da sich seine Armeen zu dem entscheidenden Schlage anschickten. Noch am Abende dieses Tages wurde Kriegsrath gehalten, für den folgenden Morgen der Angriff beschlossen und ein Adjutant an den Kronprinzen abgeschickt, um dessen rechtzeitiges Eingreifen in die Schlacht zu sichern.

Unter strömendem Regen auf einem durch heftige Gewittergüsse aufgeweichten Boden setzten sich mitten in finsterer Nacht die Truppen der Armee des Prinzen Friedrich Karl in Bewegung, die Elbarmee und die Armee des Kronprinzen hatten Befehl, beim ersten Morgengrauen aufzubrechen.

Am 3. Juli um 8 Uhr Morgens begann der Angriff der Preußen auf der ganzen Linie. Mit ebenbürtiger Tapferkeit wurde auf beiden Seiten gerungen; jeden Fußbreit Landes mußten die Preußen mit Strömen Blutes erkaufen; aus dichten Wäldern, aus den Häusern der in Eile befestigten Dörfer, von beherrschenden Höhen herab sandten die Oesterreicher ihre Geschosse in die Reihen der unermüdlich anstürmenden Gegner. Um die Mittagsstunde gestaltete sich die Lage der Armee Friedrich Karls bei Sadowa, welche Benedek um jeden Preis zu durchbrechen suchte, sehr bedenklich; mit bangen Blicken sah der König, der, seit ½8 Uhr zu Pferde, den Gang der Schlacht verfolgte und der rings um ihn einschlagenden Kugeln nicht achtete, sah General Moltke nach der Richtung hin, aus welcher der Kronprinz anrücken mußte; schon wurde der Rückzug der Infanterie erwogen, Cavallerie zu dessen Deckung zusammengezogen — da, im entscheidenden Augenblicke, kam die Meldung, daß der Kronprinz nahe. Sofort wurde mit Aufbietung aller Kräfte der Angriff erneuert, der Sturm auf die Höhe von Lipa befohlen. Von allen Seiten her mit wuchtigem Stoße bedrängt: vom Prinzen Friedrich Karl im Centrum, auf ihrem rechten Flügel bei Chlum vom Kronprinzen, auf dem linken bei Problus von der Elbarmee, konnten sich die Oesterreicher nicht länger in ihrer Stellung halten. Nach 4 Uhr begannen sich ihre Reihen zu lösen; bald strömten nur noch ungeordnete Schaaren, Mannschaften aller Waffen in buntem Knäuel durcheinander gegen Königgrätz, gegen die Elbe. König Wilhelm selbst stellte sich an die Spitze seiner Cavallerieregimenter und jagte in wildem Ritt hinter den fliehenden Feinden her, unbekümmert um das Sausen und Einschlagen der Granaten rings um ihn, bis endlich Graf Bismarck den heldenmüthigen Greis zu erinnern wagte, daß er sein kostbares Leben dem Vaterlande erhalten müsse.

Am Abende des heißen Schlachttages erst traf auf dem Schlachtfelde der siegreiche König seinen Sohn, den Kronprinzen, der, tief erschüttert von der Bedeutung des Augenblickes, aus der Hand des obersten Kriegsherrn die höchste Auszeichnung des preußischen Offiziers, den Orden pour le mérite, empfing.

Seit dem Siege von Waterloo war keine solche Schlacht mehr geschlagen; an jenen ruhmreichen Tag erinnerte auch die Gestaltung des Kampfes an diesem 3. Juli 1866. Wie damals Blücher, sehnsüchtig erwartet, durch sein Eingreifen im entscheidenden Augenblicke den Sieg gesichert, so an diesem Tage der tapfere Erbe der preußischen Krone, um deren goldenen Reif ein neuer Lorbeerzweig geschlungen war.

Dem gewaltigen Erfolge entsprachen freilich auch die Verluste: fast 9000 Todte und Verwundete hatte die preußische Armee zu beklagen, unter den Todten einen Angehörigen des Königshauses, Prinz Anton von Hohenzollern und den Divisionär des Gardekorps Hiller von Gärtringen, dessen Tapferkeit wesentlich zu der glorreichen Erstürmung von Chlum beigetragen hatte. Ungleich größer waren die Verluste der Oesterreicher, welche mehr als 18000 Todte und Verwundete, 19000 Gefangene verzeichneten.

Mit dem Siege von Königgrätz war ohne Zweifel der Ausgang des Krieges entschieden, die Oesterreicher konnten sich von dieser furchtbaren Niederlage nicht wieder erholen. Aber dennoch durfte König Wilhelm auf das Verlangen nach einem Waffenstillstande nicht eingehen, welchen schon am Tage nach der Schlacht General Gablenz bei ihm nachsuchte. Die preußische Armee mußte ihren Vormarsch gegen Wien fortsetzen; denn das auf dem Schlachtfelde unterlegene Oesterreich hatte auf dem diplomatischen Gebiete einen entschlossenen Schachzug gethan, der die mit den Waffen in der Hand errungenen Erfolge Preußens ernstlich bedrohen konnte. An demselben 4. Juli, an welchem Gablenz, um Waffenruhe bittend, im Hauptquartiere des Königs Wilhelm erschienen war, hatte der Kaiser von Oesterreich Venetien an den Kaiser Napoleon abgetreten und dessen Vermittelung zum Abschlusse eines Friedens mit Italien nachgesucht.

Gleichzeitig mit Preußen hatte auf Grund des Bündnißvertrages vom 8. April 1866 das Königreich Italien an Oesterreich den Krieg erklärt, das italienische Heer aber, von General La Marmora geführt, war von dem Erzherzog Albrecht bei Custozza geschlagen worden. Nun stand das Heer vor dem unüberwindlichen Festungsviereck, während Garibaldi vergeblich versuchte, mit seinen Freischaaren die von den Tirolern vertheidigten Alpenpässe zu erstürmen.

Vom Standpunkte der militärischen Ehre konnte daher das hier siegreiche Oesterreich Italien ein Zugeständniß machen, das durch die Form, in der es, nicht unmittelbar, sondern durch die Hand Napoleons, dargeboten wurde, für Italien nahezu einer Demüthigung glich, um so mehr als durch diese Abtretung ganz offen die Absicht ausgesprochen war, Italien von dem Bunde mit Preußen zu trennen. Den Kaiser Napoleon aber hoffte Oesterreich durch diese Anerkennung seiner über allen streitenden Parteien erhabenen Stellung sich günstig stimmen, vielleicht sogar, wenn Preußen widerstrebe, zum Bundesgenossen gegen Preußen gewinnen zu können. Napoleon ging jedoch auf das Ersuchen des Kaisers von Oesterreich nur in solcher Art und Weise ein, daß er gleichzeitig dem König Victor Emanuel und dem König Wilhelm einen Waffenstillstand als Einleitung zu Friedensverhandlungen vorschlug.

Während diese Correspondenz geführt wurde, deren Bekanntwerden in Frankreich das stolze Gefühl erweckte, daß die „große Nation" einen unblutigen Sieg errungen habe und wieder einmal als die Schiedsrichterin Europas anerkannt worden sei, in Italien dagegen die heftigste Entrüstung hervorrief und zunächst den Entschluß herbeiführte, den Krieg nur um so energischer fortzusetzen, während dessen war das preußische Heer über die Elbe vorgerückt und hatte den größten Theil von Böhmen und Mähren besetzt, die Elbarmee marschirte unaufhaltsam gegen Wien heran, dessen hell erleuchtete Fenster bereits den Vorposten entgegenglänzten, und der äußerste linke Flügel der Preußen stand an den Thoren Preßburgs. Da beendigte der von Napoleon vorgeschlagene und nach längeren Verhandlungen abgeschlossene Waffenstillstand am 22. Juli die Feindseligkeiten.

Ihm folgte am 26. Juli die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zu Nikolsburg, wo der König von Preußen seit dem 17. Juli sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Durch diese Friedenspräliminarien wurde festgesetzt, daß Oesterreich, dessen Gebietsverhältnisse keine Aenderung zu Gunsten Preußens erfuhren, aus dem deutschen Bunde ausscheide, daß Sachsen in seinem vollen Umfange unangetastet bleibe, wogegen Preußen das Recht erhielt, die Staaten Norddeutschlands, die auf Oesterreichs Seite am Kriege Theil genommen hatten, sich einzuverleiben, mit den übrigen Staaten nördlich des Maines einen Bund zu schließen und mit den süddeutschen

Staaten, denen es freistehen sollte, sich ebenfalls zu einem Bunde zu vereinigen, eine nationale Verbindung herzustellen. Ferner trat Oesterreich seinen Theil der Herzogthümer Schleswig-Holstein an Preußen ab, gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Thalern, die an den Kriegskosten von 40 Millionen in Abzug kommen sollten. Endlich versprach Preußen, die nördlichen Bezirke von Schleswig an Dänemark zurückzugeben, wenn die Bevölkerung in freier Abstimmung diesen Wunsch ausspreche.

Großes war durch diesen in wenigen Tagen glorreich beendigten Krieg erreicht. Noch größere Erfolge hätte Preußen unzweifelhaft durch einen zweiten Krieg, in dem auch Frankreich sein Feind gewesen wäre, erkaufen müssen. Denn nur ungern sah Napoleon die gewaltige Erhöhung der preußischen Macht, und die Hoffnung, Süddeutschland, gleich dem einstigen Rheinbund, dem französischen Einflusse dienstbar zu machen, war doch nur ein schlechter Trost. Zwar hatte General Moltke erklärt, daß Preußen im äußersten Falle gleichzeitig an der Donau und am Rhein Krieg führen könne, aber mit Rücksicht auf die übrigen europäischen Mächte und auf die Gefahr, deren Einmischung herauszufordern, hatte Graf Bismarck dem Könige gerathen, sich mit dem Erreichten zu begnügen, und der König hatte die Vorschläge seines bewährten Rathgebers gutgeheißen. Selbst die Ergebnisse der Nikolsburger Verhandlungen waren aber nicht erzielt worden, ohne daß Napoleon durch seinen Gesandten Benedetti den Versuch hatte machen lassen, eine Grenzberichtigung für Frankreich zu verlangen. Auch jetzt wieder war es dem Grafen Bismarck gelungen, durch ausweichende und hinhaltende Aeußerungen einen Bruch mit Frankreich für den Augenblick zu vermeiden, ohne doch irgend eine Verpflichtung für die Zukunft einzugehen.

Seine süddeutschen Bundesgenossen hatte Oesterreich bei den Friedensverhandlungen vollständig preisgegeben; zwar ihre Selbstständigkeit war ihnen gewährleistet, im übrigen aber waren sie in die Nikolsburger Abmachungen nicht mit einbezogen worden. Ihre Kriegführung hatte allerdings auch Oesterreich wenig genug genützt. Die 45000 Mann Baiern unter dem Oberbefehle des 71jährigen Prinzen Karl von Baiern und das eben so starke 8. Bundesarmeecorps (Truppen von 6 verschiedenen Staaten), über welches der Prinz Alexander von Hessen den Befehl führte, stellten allerdings eine stattliche Schaar muthiger, theilweise auch vortrefflich bewaffneter Männer dar, aber es fehlte dieser Menge von Soldaten aller Waffengattungen der Zusammenhalt, das wechselseitige Vertrauen, der Glaube an die Leistungsfähigkeit ihrer Führer. Die Oberleitung des Ganzen zudem, welche dem alten Prinzen Karl übertragen war, erwies sich als völlig unzureichend, er verstand nicht zu befehlen, der Prinz von Hessen nicht zu gehorchen, und die unter diesen gestellten Commandeure der einzelnen Contingente gingen wohl auch ihre eigenen Wege.

Dieser Zerfahrenheit gegenüber zeigte sich die sogenannte „Main-Armee", welche General Vogel von Falckenstein befehligte, obwohl an Zahl schwächer, dennoch sehr überlegen. Die Generale von Göben, von Manteuffel und von Beyer schlugen vom 4. bis 10. Juli die Baiern bei Hünnfeld, Kissingen, Hausen und Hammelburg, am 13. und 14. Juli bei Laufach und Aschaffenburg die hessische Division und die dem 8. Armeecorps zugetheilten Oesterreicher; am 16. Juli zog Falckenstein in Frankfurt ein, von wo sich der Bundestag schon am 11. Juli nach Augsburg geflüchtet hatte.

Nun übernahm, während General von Falckenstein zum Gouverneur von Böhmen ernannt wurde, den Oberbefehl über die Main-Armee General von Manteuffel, der zunächst die freie Stadt Frankfurt schwer für ihre preußenfeindliche Haltung büßen ließ, ihr unter anderem

eine Contribution von 25 Millionen Thalern auferlegte, die freilich nie erhoben wurde, aber die Bevölkerung so erschreckte, daß der Bürgermeister Fellner in der Angst und Aufregung des Augenblickes Hand an sich selbst legte. Am 21. Juli begann General Manteuffel, verstärkt durch preußische Truppen und eine oldenburgisch-hanseatische Brigade, von neuem die Operationen gegen die Baiern und das 8. Bundesarmeecorps, die nun endlich ihre Vereinigung bewerkstelligt hatten, ohne daß darum die Leitung dieser Heerkörper eine wirklich einheitliche geworden wäre. In einer Reihe theilweise sehr blutiger Gefechte wurden am 23. und 24. Juli die Badener bei Hundheim und Werbach, die Wirtemberger bei Tauberbischofsheim, am 24. und 25. die Baiern bei Helmstadt und Roßbrunn geschlagen. Am 27. Juli eröffnete General Manteuffel das Feuer auf die Citadelle (Marienberg) von Würzburg, während der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin, der mit einer Reservearmee von Sachsen herangezogen war, sich Nürnberg näherte, und der rechte Flügel der Main-Armee gegen den Neckar hin marschirte.

Unter solchen Umständen fanden es die Regierungen der süddeutschen Staaten an der Zeit, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, das ja doch den Erfolg des preußischen Heeres nicht beeinträchtigen konnte, Waffenstillstand zu erbitten und Friedensverhandlungen anzuknüpfen. So erschienen denn jetzt dieselben Männer, die, wie der bairische Minister von der Pfordten oder der hessische von Dalwigk, voll Uebermuth und Zuversicht ihre Länder in diesen Krieg getrieben hatten, um an die Milde des Siegers zu appelliren, desselben, dem der wirtembergische Minister von Varnbühler vor dem Beginne des Feldzugs das „Vae victis! Wehe den Besiegten!" zugerufen hatte. Nur der badische Minister von Edelsheim legte, als charaktervoller Mann, sein Amt nieder, und der Großherzog von Baden, sehr wider Willen, ja wider bessere Ueberzeugung durch die Stimmung seines Landes in den Krieg mitfortgerissen, berief die national gesinnten Männer Jolly und von Freydorf in sein Ministerium, dessen Vorsitz jetzt Karl Mathy übernahm; er erklärte seinen Austritt aus dem Bunde, gab seinen Truppen den Befehl, sich von der Bundesarmee zu trennen und nach der Heimath zu marschiren, und dann erst erschien sein Abgesandter in Nikolsburg, um am 3. August ebenfalls Waffenstillstand mit Preußen abzuschließen, der den andern süddeutschen Bevollmächtigten am 2. August bewilligt worden war. Der Großherzog von Baden betheiligte sich auch nicht an dem unpatriotischen Hilferuf, welchen die anderen süddeutschen Regierungen nach Paris richteten, um eine Einwirkung Napoleons zu ihren Gunsten auf die Friedensverhandlungen zu erlangen. Diese Hilferufe hatten keine andere Folge, als daß der Kaiser der Franzosen, von neuem in dem Glauben bestärkt, daß er der berufene Schiedsrichter in allen europäischen Händeln sei, seine Versuche wiederholte, die Abtretung deutschen Gebietes zu erreichen, ja daß er diesmal kurzweg die Rheinpfalz und Rheinhessen begehrte. Jetzt aber, da das Begehren Napoleons ernstlich an ihn herantrat, gab Graf Bismarck nicht wieder ausweichende und hinhaltende Antworten, sondern er setzte der französischen Forderung ein kurzes, entschiedenes Nein entgegen und verlachte die Kriegsdrohung, mit welcher Benedetti seine Weigerung beantwortete. Dann aber zeigte er den süddeutschen Ministern, wie der von ihnen angerufene Kaiser der Franzosen Deutschland berauben und zwar zunächst auf ihre Kosten berauben wolle und schlug ihnen vor, zur Abwehr der französischen Rheingelüste ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen abzuschließen, durch welches dem Könige von Preußen im Kriege der Oberbefehl über ihre Truppen übertragen ward. Sie beeilten sich, darauf einzugehen, wohl auch in der Hoffnung, dadurch günstigere Friedensbedingungen zu erlangen.

Während der endgiltige Friede mit Oesterreich zu Prag am 23. August unterzeichnet wurde, nahmen die Friedensverhandlungen mit den Bundesgenossen Oesterreichs noch geraume Zeit in Anspruch. Im Laufe des August ward noch mit Wirtemberg, Baden und Baiern abgeschlossen, von denen die beiden ersten acht und sechs Millionen Gulden als Ersatz der Kriegskosten zahlen mußten, Baiern außer dreißig Millionen Gulden Kriegsentschädigung auch noch einige Grenzbezirke an Preußen abzutreten hatte. Hessen-Darmstadt wurde im September gezwungen, die eben erst ererbte Landgrafschaft Hessen-Homburg an Preußen abzutreten, drei Millionen zu bezahlen, preußische Besatzung in die Festung Mainz aufzunehmen und mit seinem nördlich des Mains gelegenen Gebiete in den norddeutschen Bund einzutreten. Hannover, Kurhessen, Nassau und die freie Stadt Frankfurt wurden dem preußischen Staate einverleibt, mit Sachsen endlich ward erst im October der Friede geschlossen, auf Grund dessen dieses Königreich zehn Millionen Thaler Kriegskosten zahlte und in den norddeutschen Bund eintrat, welcher unter Preußens Führung gebildet wurde.

Aber noch bevor dieses Friedenswerk seinen formellen Abschluß gefunden, hatte Graf Bismarck dem am 5. August wieder eröffneten preußischen Landtage im Auftrage des Königs einen Gesetzentwurf vorgelegt, der bestimmt war, auch den inneren Frieden in Preußen dauernd wiederherzustellen. Der ruhmgekrönte Herrscher bot seinem Volke die Hand zur Versöhnung nach langem häßlichen Streite. Die Regierung erbat Indemnität für die Staatsausgaben der letzten Jahre, welche ohne die gesetzliche Grundlage des mit dem Landtage vereinbarten Budgets erfolgt waren. Nur 75 Mitglieder des Abgeordnetenhauses von 305 glaubten es vor sich selbst und vor dem Lande verantworten zu können, am 3. September gegen diese Vorlage zu stimmen, welche das Herrenhaus am 8. September einstimmig annahm.

Am 12. Februar 1867 fanden in allen deutschen Ländern nördlich des Mains die Wahlen für den ersten Reichstag des norddeutschen Bundes statt, welcher berufen wurde, um die Verfassung dieses neuen Bundesstaates zu berathen. Er wurde gebildet auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes durch unmittelbare (directe) Wahlen, denen als Beschränkung lediglich die Diätenlosigkeit der Reichstagsmitglieder gegenübertrat.

Bei den Wahlen ergaben sich theilweise neue, den veränderten politischen Verhältnissen entsprechende Parteigruppirungen, mit welchen die leitenden Factoren des norddeutschen Bundes, vor allem die preußische Regierung, fortan zu rechnen hatten. Mit der ausgesprochenen Absicht, die Bundesregierungen und in erster Reihe den Bundeskanzler möglichst zu unterstützen, traten zwei Parteien auf, die Nationalliberalen, denen sich die der Annexion günstig gesinnten Liberalen der neuen Provinzen, Männer wie Bennigsen, Miquel, Braun, Oetker anschlossen, und zu denen jene preußischen Abgeordneten gehörten, die auch während der Conflictzeit die unvergänglichen, großen vaterländischen Ideen höher gehalten hatten als den Streit, der doch einmal sein Ende finden mußte, Männer wie Lasker und Twesten, und dann die Freiconservativen, größtentheils Adelige, welche sich von den mit der neuen Ordnung der Dinge unzufriedenen preußischen Junkern trennten, um der Führung des Grafen Bismarck zu folgen, unter denen die zwei Vettern aus dem fürstlichen Hause Hohenlohe, die Herzoge von Ujest und Ratibor, der

Fürst Pleß, die Grafen Bethusy-Huc, Renard und Münster hervorragten. Die Fortschrittspartei, die auch jetzt noch nicht des alten Haders müde war und den Conflictston aus dem preußischen Abgeordnetenhause in den norddeutschen Reichstag herübertrug, war nicht stark der Zahl nach, aber immerhin beachtenswerth durch bedeutende Männer, wie Duncker, Schulze-Delitzsch, Virchow, v. Hoverbeck. Die conservative Partei saß einigermaßen im Schmollwinkel und mußte sich für den Verlust ihrer Stellung als Regierungspartei damit trösten, die berühmten Feldherren Moltke, Steinmetz, Vogel von Falkenstein, welche die Dankbarkeit des Volkes in den Reichstag gesandt hatte, unter ihren Mitgliedern zu sehen, womit übrigens bereits entschieden war, daß die Partei keine eigentlich feindliche Stellung gegen die Regierung einnehmen werde. Neben diesen Hauptparteien trat dann im Reichstage noch eine Gruppe auf, die sich bundesstaatlich-constitutionelle Vereinigung nannte, und hauptsächlich aus Partikularisten bestand, auch einige klerikal Gesinnte wie v. Mallinkrodt und Windthorst zu ihren Mitgliedern zählte. Vereinzelt und von den übrigen abgesondert erschienen die Polen, die aus Nordschleswig (lediglich um zu protestiren) geschickten Dänen und die Socialdemokraten.

Mit diesen, deren Führer Bebel, Schweitzer, Hasenclever in den Reichstag gewählt wurden, trat ein ganz neues Element nicht nur in das parlamentarische, sondern auch in das politische Leben Deutschlands überhaupt ein, das Streben, den gesammten Arbeiterstand aus dem Zusammenhange mit den bürgerlichen Mittelclassen vollständig loszulösen und in einen bewußten, von Haß erfüllten Gegensatz zu der gesammten bestehenden bürgerlichen Gesellschaft zu setzen. Ein hochbegabter und namentlich auch als Redner ganz hervorragender Mann, Ferdinand Lassalle, hatte sich schon im Jahre 1862 an die Spitze dieser Bewegung gestellt und die reiche Fülle von Wissen und die große Gewandtheit seiner dialektischen Künste zu den schärfsten Angriffen auf das Bürgerthum benutzt, dessen Freisinnigkeit er als nichts anderes denn schnöde, engherzige Selbstsucht darstellte. Insbesondere die segensreiche und verdienstliche Thätigkeit des bekannten Abgeordneten Schulze-Delitzsch, der sich bestrebte, durch Gründung von Productivgenossenschaften den Arbeiter (nicht, wie Lassalle wollte, durch Staatshülfe, sondern) durch Zusammenwirken Vieler und durch Sparsamkeit auf eigene Füße zu stellen, war der Gegenstand der gehässigsten Angriffe Lassalles, die zur Zeit, als die Fortschrittspartei, welcher Schulze angehörte, mit der Regierung in harter Fehde lag, von den Conservativen, ja wohl auch von der Regierung selbst nicht ungern gehört wurden. Nach Lassalles frühem Tode (August 1864) hatten sich dann andere Agitatoren, besonders ein Herr von Schweitzer, an die Spitze der Arbeiterbewegung gestellt, Persönlichkeiten, die in gewissenlosem Aufhetzen der Arbeiter gegen die bürgerlichen Kreise, gegen jede Autorität in Staat und Gesellschaft, insbesondere auch gegen jede Art von Religion mit Lassalle wetteiferten, ohne indeß die Erben seines Geistes und seiner unzweifelhaft durchaus nationalen Gesinnung geworden zu sein. Einstweilen wurde diese Bewegung von der Regierung und von den Liberalen gleichmäßig unterschätzt. Es war erst einer späteren Zeit vorbehalten, die große Gefahr zu erkennen, mit welcher die Socialdemokratie die ganze bürgerliche Gesellschaft bedroht.

Die Verfassung des norddeutschen Bundes legte in allen wesentlichen Dingen die Leitung in die Hand des Königs von Preußen, als erblichen Präsidenten des Bundes; er führte den Oberbefehl über alle Bundestruppen und die Bundesflotte im Krieg und Frieden und war bezüglich aller Bundesangelegenheiten im Besitze

der ausübenden Gewalt, als deren Organ ein Bundeskanzler bestellt ward. Die Gesetzgebung des Bundes, in welche sich Bundesrath (die Vertretung der Staaten) und Reichstag theilten, erstreckte sich auf das Zoll- und Steuerwesen, den Handel, die Verkehrsangelegenheiten (Eisenbahnen, Post, Telegraphie), und die Justiz. Die Einnahmen des Bundes erwuchsen aus Zöllen und Verbrauchssteuern, zu denen im Bedürfnißfalle noch Matrikularbeiträge nach der Bevölkerungszahl kamen.

Die Berathung des Verfassungsentwurfes, der selbst nur das Ergebniß eines Compromisses zwischen Preußen und den vielfach widerstrebenden Mittel- und Kleinstaaten war, ging nicht ohne manche Schwierigkeit und das Einvernehmen aller betheiligten Factoren bedrohende Hemmnisse vorbei. Aber die Autorität, deren sich nunmehr Graf Bismarck erfreute, und der patriotische Sinn der Mehrheit half schließlich über alle Klippen hinüber. Am 17. April konnte König Wilhelm den ersten Reichstag schließen und dabei mit dankbarer Anerkennung der Opfer gedenken, die von allen Seiten gebracht worden seien, um das Zustandekommen des großen Werkes zu sichern. Ein erheblicher Antheil an dieser Anerkennung gebührte ohne Zweifel dem ersten Präsidenten des Reichstages, Eduard Simson, demselben, der vom December 1848 bis Mai 1849 das Präsidium der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt geführt und sich schon damals durch die Klarheit und Schärfe der Rede, durch die Gewandtheit, Sicherheit und Energie in der Leitung der ja oft sehr stürmischen Debatten ausgezeichnet hatte. Damals hatte er, ein hervorragendes Mitglied der „Kaiserpartei", jene Abordnung geführt und in ihrem Namen gesprochen, welche am 3. April 1849 König Friedrich Wilhelm IV. die Wahl zum deutschen Kaiser angekündigt hatte. Mit tiefem Schmerz hatte Simson damals die ablehnenden Worte aus dem Munde des Königs vernommen; jetzt hatte er die Genugthuung, als im Herbst 1867, nachdem alle Einzelstaaten die Verfassung des norddeutschen Bundes angenommen hatten, der erste ordentliche Reichstag zusammentrat, abermals als erster Präsident desselben erwählt, am 3. October auf der Burg Hohenzollern dem König Wilhelm, dem „Schirmherren des norddeutschen Bundes" die Huldigungsadresse des Reichstages zu überreichen.

Eduard Simson.

Noch war freilich das nicht erreicht, was das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit ersehnte: die völlige Einigung der Nation und die Wiederherstellung des Kaiserthums; aber es ging eine Ahnung durch alles deutsche Land, daß die Zeit auch die Erfüllung dieses großen Sehnens bringen werde. In dem trockenen Geschäftstone der Gesetzbücher wies darauf ja auch der letzte Paragraph der Verfassung des norddeutschen Bundes hin, welcher besagte, daß das Verhältniß des Bundes zu Süddeutschland durch besondere Verträge geordnet werden solle.

Für die schließliche Entscheidung dieser Frage

kam zunächst die in den süddeutschen Staaten herrschende Stimmung in Betracht. Der Krieg des Jahres 1866 hatte zwar die Geringschätzung, mit welcher manche süddeutschen Kreise auf Preußen geblickt hatten, gründlich beseitigt, allein die Abneigung gegen Preußen war durch den Krieg nicht vermindert worden. Die Nationalpartei freilich konnte jetzt ihr Programm der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung mit berechtigtem Stolze als die einzige Lösung der deutschen Frage, von der überhaupt die Rede sein könne, neuerdings verkünden, und auch jene Männer sammelten sich wieder unter diesem Banner, welche durch gemüthliche Regungen oder durch juristische Rechthaberei demselben eine Zeit lang entfremdet worden waren. Auf der anderen Seite erhoben doch auch jetzt noch der Partikularismus, die Sonderbündelei, und der Ultramontanismus kühn ihre Häupter, um wider diese Lösung im nationalen Sinne mächtige Gegenbestrebungen in das Feld zu führen.

Mit voller Hingebung war dem nationalen Programme doch nur das Großherzogthum Baden zugethan, wo Regierung und Volksvertretung wetteiferten, dahin zu arbeiten, daß das Land gerüstet sei, als ein werthvolles und wohlvorbereitetes Glied des großen Ganzen seinen Eintritt in den norddeutschen Bund zu erklären, sobald die allgemeine politische Lage dies gestatten würde. Vor allem wurde die badische Division völlig nach preußischem Muster umgestaltet, erhielt in dem königlich preußischen Oberstlieutenant von Leszczinsky einen ausgezeichneten Generalstabschef, und als nach Mathys allzufrühem Tode (3. Februar 1868) unter Jollys Vorsitz ein neues Ministerium gebildet wurde, in dem bisherigen preußischen Militärbevollmächtigten General von Beyer einen Kriegsminister, der an der Neugestaltung des preußischen Heeres selbst in hervorragender Stellung Antheil genommen hatte.

Auf dem Gebiete der militärischen Einrichtungen war man wohl auch in Baiern und Wirtemberg geneigt, den bewährten preußischen Vorbildern zu folgen, aber nicht in dem Sinne wie in Baden, wo man den engsten Anschluß der Division an die preußische Armee in das Auge faßte, sondern vielmehr unter sehr stark betonter Aufrechterhaltung voller Selbstständigkeit, die man am besten wahren zu können glaubte, wenn sich die süddeutschen Staaten über die Grundzüge einer gleichartigen Wehrverfassung und Bewaffnung einigen würden, zu welchem Zwecke wiederholt Conferenzen der Kriegsminister in Stuttgart stattfanden.

Gründliche Vorbereitungen zur Erhöhung der Wehrkraft der süddeutschen Staaten schienen aber um so nothwendiger und wichtiger, als die Stimmung des französischen Volkes, das auf die großen Erfolge Preußens mit neidischen Blicken sah, sich gewissermaßen mit den Oesterreichern geschlagen fühlte und immer lauter „Revanche für Sadowa" verlangte, den Ausbruch eines Krieges mit Frankreich ernstlich ins Auge zu fassen gebot.

Diese Kriegsaussichten traten plötzlich ganz unmittelbar in den Vordergrund, als Ende März 1867 bekannt wurde, daß Kaiser Napoleon mit dem König von Holland in Verhandlungen über die Erwerbung Luxemburgs für Frankreich stehe, ja daß ein hierauf bezüglicher Vertrag dem Abschlusse nahe sei.

Luxemburg gehörte zwar dem norddeutschen Bunde nicht an, war aber ein Glied des Zollvereines und hatte in der Landeshauptstadt eine preußische Besatzung. Die Annexion an Frankreich konnte demnach ohne Zustimmung Preußens nicht bewerkstelligt werden, und es war eigentlich schon der Umstand, daß diese Verhandlungen so weit gediehen waren, ohne daß Preußen davon amtlich Kenntniß erhalten hatte, verletzend. Dennoch und obgleich der Reichstag des norddeutschen Bundes an Bismarcks 52. Geburtstag (1. April 1867) bei Gelegenheit einer Interpellation Bennigsens über diese Frage, sich einmüthig zur Abwehr französischer Uebergriffe entschlossen gezeigt hatte, hielt Graf Bismarck den Augenblick nicht für günstig und den Gegenstand, um den es sich handelte, nicht für wichtig genug, um Napoleon in einer Form entgegenzutreten, welche den Krieg unvermeidlich gemacht hätte. Er ging vielmehr bereitwillig auf den von Oesterreich angeregten Gedanken ein, Luxemburg neutral zu erklären, wodurch sich der Verzicht Preußens auf das Besatzungsrecht, Frankreichs auf die Erwerbung des Landes von selbst ergab. Doch stellte er die Bedingung, daß die Festungswerke geschleift werden und daß die Großmächte eine Gesammtbürgschaft der Neutralität übernehmen sollten. Dies geschah auf einer Conferenz von Vertretern aller Großmächte, welche zu London zusammentraten und, nach kurzen Berathungen, am 11. Mai 1867 einen entsprechenden Vertrag unterzeichneten.

Bei der Einleitung dieser Angelegenheit hatte Kaiser Napoleon unzweifelhaft auf die Mitwirkung Oesterreichs gerechnet, falls es zum Krkege kommen sollte. Es war ja natürlich, daß man sich in Oesterreich mit der Hoffnung trug, sich eines Tages an Preußen zu rächen und die verlorene Stellung in Deutschland wieder einzunehmen. Als ein Zeichen, daß auch Kaiser Franz Josef diese Hoffnung in sich nährte, konnte es gelten, daß er den sächsischen Minister Freiherrn von Beust, den erklärten Gegner Preußens, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs ernannt hatte. Es war ein öffentliches Geheimniß, daß viele Fäden zwischen der Hofburg in Wien und den Tuilerien in Paris angeknüpft und von eifrigen Händen zu einem Netze verwoben wurden, in welches man Preußen zu verstricken hoffte. Aber die Luxemburger Frage, die in so hohem Grade das nationale Ehrgefühl erregte, schien dem Freiherrn von Beust nicht geeignet, zu einem Bündniß Oesterreichs und Frankreichs gegen Preußen zu führen. Doch konnte die nächste europäische Verwickelung eine Gestaltung der Verhältnisse mit sich bringen, welche den Plänen Beusts günstigere Aussichten eröffnete. Daher glaubte der Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der seit dem Beginne des Jahres 1867 an von der Pfordtens Stelle das bairische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten leitete, ein Staatsmann, der zwar an der möglichst weit ausgedehnten Selbstständigkeit Baierns strenge festhielt, dabei aber der nationalen Sache aufrichtig ergeben war, den Versuch machen zu sollen, eine Versöhnung zwischen Oesterreich und Preußen zu vermitteln. Ein entschiedener Gegner der Idee eines Südbundes, wollte er vielmehr, daß die süddeutschen Staaten, jeder für sich, mit dem norddeutschen Bunde in ein weiteres Bundesverhältniß treten sollten und daß der also geschaffene deutsche Bund mit Oesterreich ein völkerrechtliches Bündniß abschließe. Aber Herr von Beust wies diese Annäherung, über welche, im Einvernehmen mit Bismarck, der Fürst zu Hohenlohe durch den Grafen Tauffkirchen in Wien verhandeln ließ, rundweg zurück, da er sich auch nicht um eines Fingers Breite von den Bestimmungen des Prager Friedens entfernen wolle.

Graf Bismarck jedoch, der von vorne herein die Verhandlungen mit Oesterreich als aussichtslos betrachtet hatte, durch die allgemeine politische Lage aber auch genöthigt war, den Wunsch Badens in den Nordbund einzutreten, zurückzuweisen, fand gerade jetzt ein Mittel, die Annäherung zwischen dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten auf einem Gebiete anzubahnen, welches jeder Einrede Oesterreichs und Frankreichs entzogen war.

Es galt, den durch den Krieg von 1866 gesprengten und bei den Friedensschlüssen nur vorläufig erneuerten Zollverein wieder auf dauernden Grundlagen neu zu befestigen. Diesen Anlaß benützte Graf Bismarck zu dem Vorschlage, daß in Zukunft die Organe der Zollgesetzgebung

ein Zollbundesrath und ein Zollparlament sein sollten, welche durch den Hinzutritt süddeutscher Vertreter zu dem Bundesrath und Reichstag des norddeutschen Bundes zu bilden seien. Der Gedanke fand sofort in den nationalen Kreisen Nord- und Süddeutschlands lebhaften Anklang, und da von seiner Verwirklichung die Erneuerung der Zollvereinsverträge abhing, so mußten sich zur Annahme des preußischen Vorschlages auch jene süddeutschen Kammern verstehen, in welchen sich die Nationalpartei in der Minderheit befand.

Die Wahlen zum ersten Zollparlamente riefen dann im März 1868 gewaltige Aufregung in den sämmtlichen süddeutschen Staaten hervor. Die Gegner Preußens und des Anschlusses an den norddeutschen Bund boten Alles auf, um die Wahl von Abgeordneten durchzusetzen, welche jedem Versuche, die Competenz des Zollparlamentes weiter auszudehnen, überhaupt jeder weiteren Annäherung an den Norden mit aller Entschiedenheit entgegentreten würden. In schönster Eintracht arbeiteten zu diesem Zwecke Partikularisten, Demokraten und Ultramontane sich gegenseitig in die Hände. Das Ergebniß der Wahl, die wohl am meisten durch die Abneigung der Süddeutschen gegen das preußische Militärsystem und durch die Unzufriedenheit über die aus Anlaß seiner Einführung erfolgte Steuererhöhung beeinflußt wurde, entsprach den eifrigen Bemühungen der genannten Parteien. Mehr als die Hälfte der Gewählten bildeten ausgesprochene Gegner jeder weiter gehenden nationalen Einigung, und von den übrigen war mehr als ein Dritttheil jedenfalls zu keinem größeren Entgegenkommen bereit als die Regierungen von Baiern, Wirtemberg und Hessen, die ja ihrerseits nur aus der Noth eine Tugend gemacht hatten und das Zollparlament ungerne genug zu Stande kommen sahen.

Diese Elemente standen denn auch im Zollparlamente selbst alsbald mit allen Gegnern der Regierung im Bunde und brachten gleich in einer der ersten Sitzungen den von den Nationalliberalen eingebrachten Antrag, eine Adresse an den König von Preußen zu richten, zum Scheitern. Auch der Regierungsvorlage gegenüber (Petroleumsteuer, Tabakzoll) verhielten sie sich vielfach feindlich. Aber sie konnten doch nicht verhindern, daß im Laufe der Discussion die Nationalgesinnten ihren Wünschen und Hoffnungen beredten Ausdruck verliehen. Und als auf eine Warnung des Wirtembergers Probst, mit Rücksicht auf die voraussichtliche Einsprache des Auslandes jede Erweiterung der Competenz des Zollparlamentes zu unterlassen, Graf Bismarck die Antwort gab, der Appell an die Furcht finde in deutschen Herzen kein Echo, erschallte nicht nur im Parlamente der jubelnde Zuruf der Nationalgesinnten, sondern weithin durch ganz Deutschland wurden diese Worte mit begeisterter Zustimmung begrüßt.

Dennoch verfehlte der Ausfall der Wahlen zum Zollparlamente nicht, auch auf die inneren Verhältnisse der süddeutschen Staaten einen der nationalen und liberalen Entwickelung schädlichen Rückschlag auszuüben. Selbst in Baden erhoben die Ultramontanen wieder kühner als seit langer Zeit ihr Haupt, ja wagten es sogar, den Landesherren in Sturmpetitionen und durch Massenabordnungen um Auflösung des Landtages und Entlassung des Ministeriums zu bitten, freilich vergebens, da der Großherzog treu und fest zu der nationalen Sache hielt und die freisinnigen Männer seines Rathes in der Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe energisch unterstützte. Dagegen gelang es in Baiern den vereinigten Ultramontanen und Partikularisten, das Verbleiben des Fürsten Hohenlohe im Amte unmöglich zu machen, welcher am 25. Februar 1870 aus dem Ministerium ausschied und den jeder weiteren Annäherung an den Nordbund widerstrebenden Grafen von Bray, den Abkömmling einer französischen Emigrantenfamilie, zum Nachfolger erhielt.

In Wirtemberg aber nahm die preußenfeindliche Hetzerei der Volksvereine immer größeren

Umfang an, ja die demokratische Partei war nahe daran, über die Mehrzahl der Stimmen in der zweiten Kammer zu verfügen; als sie im März 1870 bei der Budgetberathung in der That für einen Antrag auf Herabsetzung des Militäretats die Mehrheit erzielte, glaubte sie, da der Kriegsminister von Wagner sofort seine Entlassung forderte, schon gesiegt zu haben; aber König Karl ernannte an dessen Stelle den Obersten von Suckow, einen entschieden nationalgesinnten Offizier, entließ den bei der „Volkspartei" beliebten Cultusminister von Golther und vertagte die Kammer.

Indeß hatte das Zollparlament in zwei weiteren Sessionen 1869 und 1870 getagt, die einen ausschließlich geschäftsmäßigen Verlauf genommen hatten, und der Reichstag des norddeutschen Bundes hatte mit einer bewundernswerthen Arbeitskraft eine große Reihe hochwichtiger Gesetze geschaffen, welche auf fast allen Gebieten, auf welche sich seine Competenz erstreckte, durchgreifende Reformen zur Einführung brachten. Die allgemeinen politischen Verhältnisse schienen auch danach angethan zu sein, die Ruhe in sichere Aussicht zu stellen, die zur allmähligen Einlebung in die neue Ordnung der Dinge in so hohem Grade wünschenswerth war.

Obwohl in den neu erworbenen Provinzen Preußens die Agitationen der Anhänger des Königs von Hannover, des Kurfürsten von Hessen und des Herzogs von Augustenburg fortdauerten, die Bestrebungen der welfischen Partei sogar einen so bedenklichen Charakter angenommen hatten, daß die preußische Regierung genöthigt worden war, das Vermögen des Königs Georg V. mit Beschlag zu belegen, weil dasselbe u. a. dazu gedient hatte, eine „Welfenlegion" anzuwerben, die in Frankreich des Augenblickes harrte, sich an einem Kriege gegen Deutschland zu betheiligen, so begannen die Bewohner dieser Provinzen dennoch nach und nach sich in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den Folgen des Krieges von 1866 auszusöhnen. In dem preußischen Landtage wirkten in den meisten Fragen Regierung und Abgeordnete mit erfolgreicher Einmüthigkeit zusammen, um die wichtigen Reformen durchzuführen, die namentlich auf dem Gebiete der Rechtspflege ins Leben gerufen wurden, welche der an Stelle des Grafen zur Lippe im December 1867 zum Justizminister ernannte Hannoveraner Leonhardt vor dem Landtage zu vertreten hatte und mit großer Sachkenntniß vertrat. Auch der Finanzminister von der Heydt, der beim Ausbruch des Krieges von 1866 das Portefeuille der Finanzen wieder übernommen hatte, schied gegen Ende des Jahres 1869 aus dem Ministerium und wurde durch Otto Camphausen, bisher Präsident der Seehandlung, ersetzt, dessen hervorragende Fähigkeiten ihm in den Kreisen der Volksvertretung, denen auch seine liberale Gesinnung sympathisch war, eine sehr freundliche Aufnahme sicherten. Schon früher war Rudolf Delbrück zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden, ein Mann, der alle wirthschaftlichen und handelspolitischen Fragen mit größter Sachkenntniß beherrschte und sowohl im preußischen Ministerium als im Bundeskanzleramte die hervorragendste Stütze des Grafen Bismarck wurde. Mit solchen Männern im engsten Vereine durfte sich Bismarck in allen Fragen von Bedeutung der festen Unterstützung der nationalliberalen und freiconservativen Partei um so gewisser erfreuen, als der unverständige Widerstand, den die altconservative Partei seinen Bestrebungen vielfach entgegenstellte, seine Beziehungen zu diesen seinen früheren politischen Freunden sehr wesentlich gelockert hatte.

Seit dem Beginne des Jahres 1870 lenkte das Concil, welches Papst Pius IX. nach Rom berufen hatte, die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich, nicht nur weil dort der Kampf, den seit geraumer Zeit der Papst gegen alle modernen Ideen führte, in feierlicher Weise

zur Sache der ganzen Christenheit gemacht werden, sondern insbesondere weil jetzt das von den Jesuiten seit dem Concil von Trient mit rastlosem Eifer aufgeführte Gebäude der päpstlichen Allgewalt durch die Verkündung der Unfehlbarkeit des Papstes seine Krönung erhalten sollte.

Rudolf Delbrück.

Vergebens hatte der baierische Minister Fürst Hohenlohe, als Bruder eines Cardinals der römischen Kirche über die letzten Absichten der Curie sicherlich wohl unterrichtet, auf die politische Bedeutung dieses Vorhabens und auf die Gefahren hingewiesen, mit welchem seine Verwirklichung den Frieden zwischen Staat und Kirche bedrohe, vergebens eine Verständigung aller europäischen Cabinete über die dieser Absicht gegenüber einzunehmende Haltung angeregt. Von den leitenden Staatsmännern hatten die einen gegen eine Vermehrung der kirchlichen Macht nichts einzuwenden, die anderen betrachteten die Verkündung des Dogmas der Unfehlbarkeit als eine rein kirchliche Angelegenheit, die das Staatsleben gar nicht berühren werde; die Anregung Hohenlohes fand keinen Beifall und die Regierungen überließen es den Bischöfen und ihren theologischen Beiräthen, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Was von den Verhandlungen in Rom bekannt wurde, war ganz danach angethan, das lebhafte Interesse der weitesten Kreise in Anspruch zu nehmen. Man hörte, daß die deutschen Bischöfe fast ausnahmslos sich gegen das Dogma erklärt hatten, daß aber ihre Einreden zurückgewiesen seien, daß der Papst darauf bestehe, durch die überwiegende Mehrheit der anwesenden Bischöfe, die zum großen Theile nur Titularbischöfe waren, keinen Bischofssitz einnahmen, keinen Sprengel vertraten, die opponirende Minderheit niederstimmen zu lassen. In Deutschland führte der gelehrte Kirchenhistoriker Döllinger in München wuchtige Streiche gegen die in Rom herrschenden Absichten, um die Bischöfe in ihrem Wiederspruche gegen das neue Dogma zu bestärken. Als aber endlich der 18. Juli 1870, der entscheidende Tag der Abstimmung, herangekommen war und die deutschen Bischöfe sich durch schleunige Abreise aus Rom der unangenehmen Lage entzogen, eine kleine Minderheit gegenüber den 547 Prälaten, welche dem Dogma zustimmten, bilden zu müssen, da waren Ereignisse eingetreten, welche das Interesse der ganzen Welt, besonders aber des deutschen Volkes, ganz anderen Vorgängen zuwandten: Frankreich hatte an Preußen den Krieg erklärt.

Daß die seit 1866 gegen Preußen auf das äußerste gereizte Stimmung des französischen Volkes, in erster Reihe der tonangebenden Kreise in Paris, nun ganz plötzlich zum Kriege drängte und daß die durch viele Mißgriffe geschwächte und ihres Nimbus beraubte Regierung Napoleons III. diesem Drängen nachgab, das hatte seine unmittelbare Veranlassung in der Mittheilung, die am 3. Juli aus Madrid nach Paris

gelangte, daß der Marschall Prim, Minister der spanischen Republik, welche schon seit 1868 wieder zur Monarchie zu werden strebte, die spanische Krone dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen angeboten habe. Die öffentliche Meinung Frankreichs, von jeher durch eine hochtönende Phrase leicht erregbar, ließ sich von jenen, die den Krieg mit Preußen wollten, in kürzester Frist zu der Ueberzeugung bringen, daß die Annahme dieser Krone durch den Prinzen Leopold eine schwere Beleidigung und Bedrohung des französischen Volkes sei. Zu diesem Zwecke wurde der Prinz, dessen Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause eine sehr entfernte war, der vielmehr durch seine Mutter, eine badische Prinzessin, Tochter der Großherzogin Stephanie, die ihrerseits eine geborene Beauharnais, Adoptivtochter Napoleons I. gewesen, mit der Dynastie Bonaparte in viel näherer Verbindung stand, zu einem preußischen Prinzen gemacht und Preußen beschuldigt, daß es in frevelhaftem Ehrgeiz danach strebe, das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas zu stören, indem es einen seiner Prinzen auf den Thron Karls V. setze. Indem der Herzog von Gramont, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, schon am 6. Juli im gesetzgebenden Körper den Zwischenfall in dieser Art zu einem großen Ereignisse aufbauschte, gab er deutlich zu erkennen, daß die Regierung Napoleons III. diese Angelegenheit zu einem Bruche mit Preußen benutzen wolle. Alle weiteren Handlungen des Ministers bestätigten diese Annahme. Der französische Botschafter Benedetti erhielt den Auftrag, sich von Wildbad, wo er die Kur gebrauchte, zu dem Könige von Preußen zu begeben, der in Ems verweilte, und von diesem zu verlangen, daß er dem Prinzen Leopold befehle, die bereits einer spanischen Deputation gegenüber ausgesprochene Annahme der spanischen Krone wieder zurückzuziehen. Der König erklärte, daß ihn seine Stellung zu dem Prinzen zur Ertheilung eines solchen Befehles nicht berechtige und daß die preußische Regierung nicht eher als die französische von der Candidatur desselben Kenntniß erhalten habe. Da überdies am 12. Juli der Vater des Prinzen Leopold, der Fürst von Hohenzollern, der spanischen Regierung im Namen seines Sohnes mittheilte, daß dieser, bei den Verwickelungen, welche durch die Annahme der Krone entstanden seien, seine Zusage wieder zurückziehe, so schien die Sache als erledigt betrachtet werden zu können. Nicht also dachte die französische Regierung. Vielmehr ertheilte Gramont dem Grafen Benedetti nunmehr den weiteren Auftrag, von dem König Wilhelm zu verlangen, daß er in einem zur Veröffentlichung bestimmten Briefe Napoleon seine Entschuldigungen ausspreche und die bestimmte Versicherung gebe, daß er niemals seine Einwilligung ertheilen werde, wenn die Hohenzollern etwa in Zukunft auf diese Candidatur zurückkommen würden. Eine solche Zumuthung, dem Herrscher eines großen Reiches gegenüber ausgesprochen, mußte selbst der großen Mäßigung ein Ende machen, welche König Wilhelm bisher in aufrichtiger Friedensliebe an den Tag gelegt hatte. Der König lehnte das Ansinnen, welches Benedetti ihm am Morgen des 13. Juli auf der Promenade zu Ems, während der König seinen Brunnen trank, vorgetragen hatte, rundweg ab und verweigerte es, als dieser, von Paris gedrängt, des Abends eine Audienz erbat, um dem König die Sache noch einmal vorzutragen, sich mit dem Botschafter in eine weitere Diskussion einzulassen; seine Erwiderung von heute Morgen sei sein letztes Wort in dieser Sache; weitere Verhandlungen hätten von nun an durch die Ministerien zu gehen.

Die Nachricht von der würdigen Zurückweisung der aufdringlichen Forderungen Frankreichs, im Laufe des 14. Juli durch Zeitungstelegramme in ganz Deutschland verbreitet, wurde überall mit stürmischem Jubel begrüßt. Nicht

nur König Wilhelm und sein Kanzler Graf Bismarck, sondern das ganze deutsche Volk liebte aufrichtig den Frieden. Aber jetzt ging doch ein Gefühl, als sei ein banger Alpdruck abgeschüttelt, weithin durch die deutschen Lande, da der Augenblick, den man so lange vorausgesehen, herangekommen war, da es gelten sollte, mit deutscher Kraft die Anmaßungen Frankreichs zurückzuweisen. Jedermann war es klar, daß diese spanische Thronbewerbung für die französische Regierung nur ein Vorwand sei, über Deutschland herzufallen. Hätte man daran noch zweifeln können, so wurde diese Auffassung zur unumstößlichen Gewißheit durch die Art und Weise, wie die Organe der französischen Regierung, vor allem die Minister Ollivier und Gramont, im gesetzgebenden Körper die Kriegsfrage behandelten, wie die regierungsfreundliche Mehrheit dieser Körperschaft die paar besonnenen Männer niederschrie und beschimpfte, welche, um den alten Thiers geschaart, den Muth hatten, es offen auszusprechen, daß keine gerechtfertigte Ursache vorliege, Preußen den Krieg zu erklären.

An demselben 15. Juli, an welchem Ollivier versicherte, daß er den Krieg mit leichtem Herzen aufnehme, reiste König Wilhelm von Ems nach Berlin. Seine Reise glich einem Triumphzuge; mit unbeschreiblicher Begeisterung wurde er an allen Stationen von dem massenhaft hinzugeströmten Volke begrüßt. Jeder Deutsche fühlte sich in dem ehrwürdigen greisen Monarchen beleidigt, jeder Deutsche war von der Ueberzeugung erfüllt, daß die ganze Nation einstehen müsse, damit die schwere, ihrem Oberhaupte widerfahrene Kränkung gesühnt werde. Denn auch da, wo nicht die Pflicht gebot, in König Wilhelm den Landesherrn zu ehren, wurde er, der mächtigste deutsche Fürst und im Kriegsfalle, kraft der Allianzverträge, der oberste Feldherr aller deutschen Heere, als die Verkörperung der Einheitsidee der Nation betrachtet. Den Höhepunkt erreichte der Enthusiasmus in Berlin, wo der König spät Abends seinen Einzug hielt, von seinen getreuen und bewährten Mitarbeitern am Werke der nationalen Widergeburt, von dem Kronprinzen, von Bismarck, Moltke und Roon begleitet, die ihm bis Brandenburg entgegengefahren waren und schon unter Weges seine Befehle eingeholt hatten. In der Nacht noch, während die erregten Volksmassen in den Straßen der Hauptstadt hin und her wogten und sich aus der Nähe des königlichen Palastes erst zurückzogen, als der König um Ruhe hatte bitten lassen, ergingen die Anordnungen zur Mobilmachung nach allen Theilen des norddeutschen Bundes. Dem Vorgange Preußens folgten am nächsten Tage die Souveräne der süddeutschen Staaten, in denen nicht minder wie in Preußen und ganz Norddeutschland die nationale Begeisterung alle Kreise des Volkes erfüllte. Nur in Baiern und Wirtemberg wagte es ein kleiner Bruchtheil der Bevölkerung, Demokraten und Ultramontane, verführt durch die Irrlehren vaterlandsloser Gesellen, zwar nicht offen für Frankreich Partei zu nehmen, wohl aber die Neutralität ihrer Heimathländer in dem bevorstehenden Kriege zu fordern. In München war es wesentlich das persönliche Verdienst des Königs Ludwig II., daß die Ultramontanen in der zweiten Kammer, die es noch dazu wagten, sich „Patrioten" zu nennen, mit ihren Anträgen auf bewaffnete Neutralität in der Minderheit blieben. Der jugendliche, von idealen Gesinnungen beseelte Monarch hatte seinem Entschlusse, seinem königlichen Worte treu zu bleiben und, mit Preußen verbündet, für Deutschlands Ehre einzustehen, einen so entschiedenen Ausdruck gegeben, daß auch von denjenigen Abgeordneten, welche nicht der nationalen Richtung angehörten, alle, die ein Herz für die Ehre Baierns und ihres Königs hatten, sich von dem ultramontanen Führer

Jörg und seinen Gesinnungsgenossen lossagten und den von der Regierung verlangten Kriegskredit bewilligten. Nach dieser Abstimmung im Münchener Ständehause am 18. Juli konnten es auch die Männer der wirtembergischen Volkspartei nicht mehr wagen, sich dem großen nationalen Zuge, der durch ganz Deutschland ging, entgegenzustellen.

Den süddeutschen Staaten und ihren Armeen aber zeigte König Wilhelm, der nunmehr den Oberbefehl über alle deutschen Streitkräfte übernahm, seine Zuneigung und sein Vertrauen dadurch, daß er seinen einzigen Sohn, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm (geb. am 18. October 1831) an die Spitze der Armee stellte, welcher die süddeutschen Heere zugetheilt wurden, und diesen damit einen Heerführer gab, der nicht nur im Kriege von 1866 sein Feldherrntalent glänzend bethätigt hatte, sondern der auch mit glänzenden Eigenschaften des Geistes und Gemüthes und mit einer imponirenden äußeren Erscheinung diejenige ungekünstelte Leutseligkeit und natürliche Liebenswürdigkeit verband, die ganz besonders geeignet war, ihm die Herzen der süddeutschen Krieger zu gewinnen. Bald war der Kronprinz, „unser Fritz", wie ihn die Soldaten nannten, der Liebling der von ihm Befehligten.

Dank dem seit Jahren bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Mobilmachungsplane; stand in wenigen Wochen die große deutsche Armee, 462000 Mann Infanterie, 56000 Reiter, 1584 Geschütze, an der französischen Grenze, des königlichen Befehles gewärtig, der den Einmarsch in Feindesland jeden Augenblick verfügen konnte. Der herrlichste, der großen Thaten, die ihre Väter in den Befreiungskriegen gethan, würdige Geist erfüllte die deutschen Truppen, diese bewaffneten Vertreter aller Schichten des deutschen Volkes. Von glühender Begeisterung und heißer Kampfeslust beseelt, zogen sie über den deutschen Strom, und die Tausende und aber Tausende sangen das zum volksthümlichen Schlachtgesang gewordene Lied von der „Wacht am Rhein", und sie alle waren bereit, ihr junges Leben einzusetzen, des Rheines und des Vaterlandes Hüter zu sein.

Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Am 19. Juli, an demselben Tage, da der Reichstag des norddeutschen Bundes zusammengetreten war, um dem Könige die begeisterte Zustimmung des Volkes in den norddeutschen Bundesstaaten und die Bereitwilligkeit zu jedem Opfer, welches das Vaterland fordern werde, auszudrücken, hatte der französische Geschäftsträger in Berlin, le Sourd, die französische Kriegserklärung überreicht. An dem nämlichen Tage, dem 60. Todestage der unvergeßlichen Königin Luise erneuerte König Wilhelm, nachdem er in weihevollen Augenblicken, am Grabe seiner edeln Mutter, wohl den gewaltigen Umschwung, der sich seit den Eroberungszügen des ersten Napoleon in Deutschland vollzogen, mit dankerfülltem Herzen begrüßt hatte, die Stiftung des eisernen Kreuzes; am 31. Juli ertheilte er, „im Hinblicke auf die einmüthige

Erhebung seines Volkes", eine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen. „Mein Volk weiß mit mir," heißt es in dem königlichen Erlasse, „daß Friedensbruch und Feindschaft wahrlich nicht auf unserer Seite war. Aber herausgefordert, sind wir entschlossen, gleich unseren Vätern und in fester Zuversicht auf Gott den Kampf zu bestehen zur Errettung des Vaterlandes." Nachdem der König in solchen Worten zu seinem Volke gesprochen, ging er zur Armee, an welche er aus Mainz am 2. August folgende Proclamation erließ: „Ganz Deutschland steht einmüthig in den Waffen gegen einen Nachbarstaat, der uns überraschend und ohne Grund den Krieg erklärt hat. Es gilt die Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes, unserer Ehre, des eigenen Herdes. Ich übernehme heute das Kommando über die gesammte Armee und ziehe getrost in einen Kampf, den unsere Väter in gleicher Lage einst ruhmvoll bestanden. Mit mir blickt das ganze Vaterland vertrauensvoll auf Euch. Gott der Herr wird mit unserer gerechten Sache sein."

Das gesammte deutsche Heer im Felde war in drei Armeen formirt, von denen die erste der General von Steinmetz, die zweite der Prinz Friedrich Karl, die dritte der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen befehligte. Außer diesen drei Armeen standen aber auch noch, theils zum Schutze der Küsten, theils in den Festungen, theils zum ersten Nachschub für die Feldarmee bestimmt, sehr beträchtliche, zum Theile neu gebildete Truppenkörper unter den Waffen. Alle diese Truppen waren ausgezeichnet bekleidet und bewaffnet, ihr Transport nach der Westgrenze ging in bewunderuswerther Sicherheit und Schnelligkeit von Statten, endlich war für ihre Verpflegung in der ausgiebigsten Weise Vorsorge getroffen.

Ganz anders lauteten die Nachrichten, welche über die französische Armee im großen Hauptquartiere eingingen. Obwohl der Krieg gegen Deutschland seit Jahren beabsichtigt war, obwohl der Kriegsminister Le Boeuf erklärt hatte, vollauf fertig zu sein, so ergaben sich doch schon an den ersten Tagen, welche der Mobilmachungsordre folgten, Mängel aller Art. Es fehlte an Klarheit der Anordnungen, an den Vorbereitungen zum Transport der Truppen, die Festungen waren nicht im Stande, die Ausrüstungs- und Lagergeräthe waren nicht zur Stelle, die Einrichtungen für die Verpflegung waren ganz ungenügend; nach all dem war an die von Napoleon beabsichtigte Ergreifung der Offensive gar nicht zu denken; statt anzugreifen mußten die Franzosen, theilweise unter ganz ungünstigen Verhältnissen, den Angriff abwarten.

Dennoch eröffneten französische Geschütze den Krieg. Bei Saarbrücken ließ Kaiser Napoleon, der sich mit seinem 14jährigen Sohne selbst zur Armee begeben hatte, am 2. August seine Truppen den Angriff auf die schwache preußische Truppenabtheilung beginnen, die offene Stadt, welche die Preußen, der Uebermacht weichend, räumen mußten, beschießen und vorübergehend besetzen. Die Pariser, denen dieses sehr unbedeutende Ereigniß als ein glänzender Sieg gemeldet wurde, jubelten voll Begeisterung über diesen ersten Erfolg ihrer Waffen, ahnungslos, daß wenige Tage nachher eine Schreckenspost um die andere eintreffen, daß von französischen Siegen in diesem Kriege überhaupt nicht die Rede sein werde.

Schon der 4. August brachte die erste Niederlage der französischen Waffen. Der Kronprinz erfocht bei Weißenburg einen glänzenden Sieg über den General Douay, der selbst den Tod fand, während seine Truppen in die Flucht geschlagen wurden, und nur zwei Tage später, am 6. August, besiegte er bei Wörth das Corps des Marschalls Mac Mahon, das, obwohl in einer sehr festen Stellung, nach heißem Kampfe völlig

v. Steinmetz. v. Fransecky. — Großherzog v. Mecklenburg-Schwerin. von der Tann. — v. Werder. v. Goeben. — Kronprinz (jetzt König) Albert v. Sachsen. v. Hartmann. — v. Kirchbach. v. Podbielski.

zersprengt ward. Am gleichen Tage erstürmten die Generale von Kameke und von Goeben mit Truppen der II. Armee die uneinnehmbar scheinenden Höhen von Spicheren, welche das Corps des Generals Frossard mit äußerster Tapferkeit vertheidigte, um schließlich, wie die Truppen Mac Mahons, sein Heil in der Flucht suchen zu müssen.

Nach diesem für Frankreich so unglücklichen Beginne des Krieges zog sich das französische Heer auf Metz zurück, zunächst gefolgt von der I. und II. deutschen Armee, während die III. Armee, auf den Straßen, auf welchen der Rest des Mac Mahon'schen Corps seinen Rückzug bewerkstelligt hatte, durch die Vogesenpässe vorrückend, ebenfalls nach der Mosel marschirte, nachdem sie einzelne Abtheilungen zur Eroberung und Einschließung der kleinen Vogesenfestungen und ein größeres Corps, die badische Division unter dem Befehle des Generals von Werder, zur Einschließung von Straßburg abgegeben hatte.

Während die Armee des Kronprinzen noch auf dem Marsche begriffen war, hatte bei Metz schon die gewaltige Reihe großer Schlachten begonnen, in welchen die Deutschen den Versuch der französischen Armee, die Marschall Bazaine befehligte, sich nach der Maas hin durchzuschlagen, und bei Chalons mit Mac Mahon zu vereinigen, vereitelten. Am 14. August bei Colombey-Nouilly, am 16. bei Vionville und Mars la Tour, am 18. bei St. Privat und Gravelotte wurden die Franzosen geschlagen und in das verschanzte Lager vor Metz zurückgeworfen; aber dieser neue große Erfolg hatte nicht errungen werden können, ohne daß auch die Deutschen bei diesen blutigen Kämpfen außerordentlich große Verluste (20,000 Mann) erlitten.

Durch diese gewaltige dreitägige Schlacht war die Einschließung der immer noch 150,000 Mann starken französischen Rheinarmee und der 20,000 Mann zählenden Garnison von Metz, der „jungfräulichen", noch nie eroberten Festung ermöglicht, deren Ausführung dem Prinzen Friedrich Karl mit 7 Armeecorps und der Reservedivision Kummer übertragen wurde. Aus den drei übrigen Corps der I. und II. Armee und 2 Cavallerie-Divisionen wurde eine neue Armee gebildet, welche den Namen Maas-Armee erhielt und, unter den Oberbefehl des Kronprinzen Albert von Sachsen gestellt, mit der III. Armee zusammen gegen Mac Mahon marschiren sollte, der in dem Lager von Chalons, wo sich seit dem 17. August auch Kaiser Napoleon aufhielt, 4 Armeecorps und die Pariser Mobilgarden zu einer neuen Armee formirt hatte und beabsichtigte, mit derselben Paris zu decken, erst vor den Befestigungswerken der französischen Hauptstadt eine entscheidende Schlacht anzunehmen.

In Paris aber war die Stimmung der Bevölkerung durch die Kunde der wiederholten Niederlagen so erregt und gegen die Regierung und die Person des Kaisers so feindselig geworden, daß die Kaiserin Eugenie, die dem Ausbruche des Krieges wie einer rettenden That entgegengejubelt hatte, in ihrer Eigenschaft als Regentin während der Abwesenheit des Kaisers, und der Präsident des von ihr schon am 9. August neu gebildeten Ministeriums, Graf Palikao, von einem Rückzuge der Armee Mac Mahons, den man einer Preisgebung Bazaines in Metz gleich achten werde, den Ausbruch einer Revolution, das Ende des Kaiserthums befürchteten. Daher erhielt Marschall Mac Mahon den gemessenen Auftrag, seine Armee in nördlichen Richtung nach Rethel und Stenay zu führen, dort die Maas zu überschreiten und dann von Norden her zu versuchen, die Verbindung mit Bazaine herzustellen.

Der deutschen Armee, deren Cavallerie mit bewunderungswürdiger Umsicht alle Bewegungen des Feindes ausforschte und klar stellte, konnte die Richtung, welche Mac Mahon genommen,

nicht entgehen. Kaum war die Meldung im großen Hauptquartiere angelangt, als auch sofort in der Nacht vom 25. zum 26. August der Kriegsrath zusammentrat und, auf dessen Antrag, der König befahl, durch einen schleunigen Rechtsabmarsch die Absichten der Feinde zu vereiteln und Mac Mahon an der Maas zuvorzukommen. Schon am 27. stieß bei Buzancy der Vortrab der Maas-Armee mit Truppen Mac Mahons zusammen, der, gegen seine bessere Einsicht, den erneuten Befehlen aus Paris Folge leistend, den Marsch auf Stenay fortsetzte. Aber bereits am 29. August mußte er erkennen, daß ihm überlegene Streitkräfte gegenüberständen und seinen weiteren Vormarsch hinderten. Es blieb ihm daher keine andere Wahl, als entweder seine Armee auf belgisches Gebiet überzuführen und dort entwaffnen zu lassen, oder hinter der Maas, gestützt auf die Festung Sedan, den Entscheidungskampf zu liefern. Sein Entschluß mußte bei dieser Sachlage dahin ausfallen, eine Schlacht zu wagen, so gering auch die Aussichten des Sieges waren. Schon am 30. August wurde der linke Flügel seines Heeres bei Beaumont von der Maas-Armee vollständig geschlagen, am Morgen des 1. September aber war die ganze französische Armee auf Sedan zurückgedrängt und von allen Seiten von den Deutschen eingeschlossen. Und hier entspann sich nun ein an blutigen Episoden auf allen Theilen des Schlachtfeldes reicher Kampf, bis dem für die französische Armee ja doch erfolglosen Blutvergießen des Nachmittags um 4 Uhr Kaiser Napoleon, der trotz allem Zureden seiner Generale bei der Armee geblieben war, dadurch ein Ende machte, daß er die weiße Fahne auf den Wällen von Sedan aufzuziehen befahl. Gleichzeitig ging General Reille als Parlamentär an den König Wilhelm ab, um ihm einen Brief Napoleons zu überbringen. „Da ich den Tod in der Mitte meiner Truppen nicht finden konnte," schrieb der Kaiser der Franzosen, „bleibt mir nur übrig, Ew. Majestät meinen Degen zu übergeben."

Es war ein großer, überwältigender Augenblick, als der König diese Botschaft empfing. Umgeben von seinen Generalen, den Prinzen seines Hauses und vieler anderen deutschen Fürstenhäuser, gab er dem Danke gegen Gott und der Freude über die Erfolge der deutschen Waffen ergreifenden Ausdruck. Den Kaiser der Franzosen aber ließ er ersuchen, einen Offizier zu bevollmächtigen, um mit dem General Moltke die Capitulation der Armee von Sedan zu vereinbaren.

Diese Capitulation wurde am 2. September abgeschlossen, auf französischer Seite, da der Marschall Mac Mahon in der Schlacht schwer verwundet worden war, von dem General Wimpffen, der, erst am Tage vorher aus Afrika angekommen, während der Schlacht als ältester General den Befehl über die bereits geschlagene Armee übernommen hatte. Die Capitulation setzte die Kriegsgefangenschaft der ganzen Armee von Sedan fest, wodurch 84000 Mann mit 550 Geschützen, 10000 Pferden und einem sehr reichen Armeematerial in die Hände der Sieger fielen; über 20000 Mann waren schon während der Schlacht in Gefangenschaft gerathen, eben so viele todt oder verwundet.

Gleichzeitig mit der Entscheidungsschlacht von Sedan wütheten auch vor Metz blutige Kämpfe. Marschall Bazaine machte am 31. August und am 1. September den Versuch, den eisernen Ring, den die Armee des Prinzen Friedrich Karl um Metz gelegt hatte, zu durchbrechen und die Verbindung mit Mac Mahon herzustellen. Aber bei Noisseville wurden seine Truppen von den Deutschen, unter denen sich besonders auch die Landwehr durch unerschütterliche Ausdauer rühmlich hervorthat, mit erheblichen Verlusten wieder in die Festung zurückgeworfen.

Nach dem Abschlusse der Capitulation von Sedan hatte König Wilhelm eine Zusammenkunft mit dem tiefgebeugten Kaiser Napoleon in dem Schlößchen Bellevue bei Frénois gehabt, selbst tief ergriffen von dem Gegensatze dieser Begegnung mit dem Besuche, den er im Jahre 1868 bei Gelegenheit der Weltausstellung in Paris gemacht hatte, wo er den Kaiser, der jetzt als Besiegter und Gefangener vor ihm stand, auf dem Höhepunkte von Glück und Macht gesehen. Der König wies ihm Wilhelmshöhe bei Kassel als Aufenthalt an; da, wo sein Oheim Jerôme 60 Jahre früher seine glänzenden und leichtfertigen Feste gefeiert hatte; in demselben alten Fürstenschlosse, das zur Zeit der Fremdherrschaft französischer Uebermuth in „Napoleonshöhe" umgetauft hatte, sollte nun der dritte Napoleon als Gefangener des Königs von Preußen den weiteren Verlauf des Krieges abwarten.

Denn der Krieg war mit der Schlacht von Sedan keineswegs zu Ende, wie viele Tausende von Deutschen gehofft hatten, als der Jubel über diesen unerhörten Sieg durch die beflaggten und beleuchteten Straßen der deutschen Städte brauste. Kaiser Napoleon hatte es abgelehnt, in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, vielmehr den König und den Grafen Bismarck an die Kaiserin-Regentin in Paris und deren Ministerium verwiesen. Die Regentschaft der Kaiserin Eugenie und das Ministerium Palikao aber überdauerten die Nachricht von dem Unglücke von Sedan nur um einen Tag. Schon am 4. September wurde im gesetzgebenden Körper die Absetzung des Kaisers und seiner Dynastie beschlossen und die Republik proklamirt; die Kaiserin entfloh nach England; eine aus den Abgeordneten der Stadt Paris gebildete Regierung der nationalen Vertheidigung, an deren Spitze der Advokat Jules Favre stand, trat an die Stelle der kaiserlichen Regierung. Diese neue Regierung war bereit, mit Deutschland über den Abschluß eines Friedens zu verhandeln, aber nur auf Grundlagen, auf welche König Wilhelm und die deutsche Nation unmöglich eingehen konnten. Niemals, erklärte Herr Favre in einem Rundschreiben an die Gesandten Frankreichs bei allen europäischen Mächten, niemals werde Frankreich auch nur einen Fuß breit seines Bodens oder einen Stein seiner Festungen abtreten. Gerade die Abtretung bisher französischen Gebietes aber verlangten laut und entschieden die Stimmen, welche als Organe der öffentlichen Meinung Deutschlands in das große Hauptquartier des Königs Wilhelm herüberschallten. Das deutsche Volk wollte, daß das Blut seiner Söhne nicht umsonst geflossen sei, daß nun endlich, nach einer Reihe beispielloser Siege, das alte Unrecht gesühnt, daß die von Frankreich in den Zeiten deutscher Uneinigkeit und Schwäche vom Körper des deutschen Reiches abgerissenen Provinzen Elsaß und Lothringen wieder mit Deutschland vereinigt werden sollten. Diesem Verlangen der öffentlichen Meinung schloß sich auch Graf Bismarck mit größter Entschiedenheit an, indem er Straßburg und Metz, in französischem Besitze Ausfallspforten gegen Deutschland, für Deutschland zurückforderte, welches diese Festungen zu seiner Vertheidigung bedürfe und von dem keine Störung des europäischen Friedens zu gewärtigen sei. An dieser Forderung hielt der Bundeskanzler auch fest, als Jules Favre bei ihm in Ferrieres erschien, wo sich, während die Truppen von allen Seiten her auf Paris gezogen waren und schon seit Mitte September die Einschließung der französischen Hauptstadt vollzogen hatten, am 19. und 20. September das Hauptquartier des Königs befand. Da der Abgesandte der französischen Regierung eben so entschieden diese Forderung zurückwies, während gleichzeitig bekannt wurde, daß der alte Thiers eine Rundreise an alle europäischen Höfe unternehme, um deren Hilfe anzurufen, blieb den Deutschen nichts übrig, als

den Krieg mit der größtmöglichen Energie fortzusetzen. Es fehlte dabei nicht an neuen glänzenden Erfolgen.

Am 23. September capitulirte Toul, am 28. Straßburg, dessen 17000 Mann starke Besatzung in Kriegsgefangenschaft gerieth; die freigewordenen Truppen des Generals von Werder, die badische Division, mit preußischen Regimentern zum XIV. Armeecorps verbunden, rückten durch die Vogesen nach Burgund und der Freigrafschaft vor, während General von Tresckow die Belagerung der Festung Belfort begann und die kleinen festen Plätze Schlettstadt und Neu-Breisach im Laufe des October und November durch General von Schmeling zur Uebergabe gezwungen wurden.

Am 27. October hatte auch Marschall Bazaine sich, vollständig abgesperrt und aller Lebensmittel für sein großes Heer beraubt, entschließen müssen, die Festung Metz zu übergeben, mit der ganzen Rheinarmee in Kriegsgefangenschaft zu gehen und das colossale Armeematerial, welches sich in der Festung befand, an den Prinzen Friedrich Karl auszuliefern.

Nicht nur die Uebergabe dieser bedeutenden Festung war ein Ereigniß von großer Tragweite, sondern auch die Möglichkeit, die Truppen des Prinzen Friedrich Karl, die vor Metz sowohl durch tapfere Zurückweisung der Ausfälle der Belagerten sich rühmlichst ausgezeichnet, als auch in Erduldung der mit der Belagerung, bei fortdauernder Ungunst der Witterung, verbundenen Strapazen fast Uebermenschliches geleistet hatten, nunmehr auf anderen Theilen des Kriegsschauplatzes verwenden zu können, fiel sehr in das Gewicht.

Denn seit dem Monate September, seit neben der Regierung, die in dem belagerten Paris verweilte, noch eine zweite Regierung in Tours eingesetzt worden war, als deren Seele sich bald der hochbegabte und von glühender Vaterlandsliebe erfüllte Südfranzose Leon Gambetta erwiesen hatte, seitdem hatte das republikanische Frankreich mit bewunderungswürdiger Energie neue Armeen aufgestellt und ausgerüstet, die freilich weder an Zahl noch an Ausbildung mit den deutschen Heeren wetteifern konnten, aber dennoch, in Verbindung mit den zahlreichen Freischaaren, die sich in allen Theilen Frankreichs bildeten, der deutschen Armee bei Durchführung der Riesenaufgabe, die Stadt Paris zu belagern, erhebliche Schwierigkeiten bereiteten. Mit den zahlreichen Ausfällen, durch welche die Besatzung von Paris den Versuch machte, die langgestreckten Linien der Belagerungsarmee zu durchbrechen, die aber alle kräftig zurückgewiesen wurden, stand das Streben der französischen Loire-Armee im Zusammenhang, den Belagerungstruppen von Orleans aus in den Rücken zu fallen, das durch den Sieg des baierischen Generals von der Tann bei Artenay am 9. October, an welchen sich die Eroberung der Stadt Orleans anschloß, vereitelt wurde. Aber bald stand von der Tann eine neue Loire-Armee unter den Befehlen des sehr fähigen Generals Aurelle de Paladine gegenüber, während gleichzeitig bei Lille eine Nordarmee unter den Generalen Bourbaki und Faidherbe, bei Alençon eine Westarmee unter General Keratry gebildet wurde.

Gerade im richtigen Augenblicke, als von der Tann und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin nach sehr ernsten Kämpfen mit der Loire-Armee, die ihnen an Zahl bedeutend überlegen war, sich genöthigt sahen, am 8. November Orleans zu räumen und nach einem unglücklichen Gefechte bei Coulmiers am 9. bis Toury zurückzugehen, kam der Prinz Friedrich Karl mit 3 Armeecorps in Eilmärschen gegen die Loire herangezogen. Schon am 28. November konnte er einen Versuch Aurelles de Paladine, in der Richtung von Fontainebleau einen Vorstoß gegen Paris zu machen, in einer blutigen

Schlacht bei Beaune la Rolande zurückweisen, am 3. December den General Chanzy bei Loigny und Bazoches schlagen, und am 5. December wehten wieder die deutschen Fahnen in dem zum zweiten Male erstürmten Orleans. Nach einer wohlverdienten Ruhepause hatten sich im Januar 1871 die Armeecorps des Prinzen Friedrich Karl von neuem mit General Chanzy zu messen, den sie in einer Reihe blutiger Kämpfe vom 6. bis 12. Januar über Le Mans bis Laval und Alençon zurückwarfen, wo, nachdem er sehr große Verluste erlitten, seine Armee sich schließlich vollständig auflöste.

Inzwischen hatte im Norden General von Manteuffel den General Faidherbe am 27. November bei Amiens geschlagen, am 29. die Citadelle von Amiens erobert, am 6. December Rouen, am 9. Dieppe besetzt und am 23. December den mit neuen Streitkräften wieder gegen Amiens heranziehenden Faidherbe zum zweiten Male besiegt und in den Schutz der Festungen an der belgischen Grenze zurückgetrieben, auf deren Belagerung die Deutschen aus Mangel an schweren Geschützen verzichten mußten. Als aber der unermüdliche Faidherbe im Januar sich wieder so weit erholt hatte, um einen neuen Vorstoß gegen Paris wagen zu können, wurde er von General von Goeben, der an Manteuffels Stelle hier den Oberbefehl übernommen hatte, am 19. Januar bei St. Quentin in einer blutigen Schlacht geschlagen, sein Heer in voller Auflösung nach Norden und Osten zersprengt.

In den letzten Tagen des Januar fiel auch auf den anderen Theilen des Kriegsschauplatzes die Entscheidung. Im Südosten war General von Werder bis über Dijon vorgedrungen, hatte am 26. und 27. November bei Pasques die von Garibaldi befehligten Freischaaren, am 18. December bei Nuits den General Cremer, der von Lyon heranzog, geschlagen, war aber dann genöthigt worden, vor den überlegenen Truppenmassen, die General Bourbaki aus dem Süden herbeiführte, nach Vesoul zurückzugehen, um von da aus den Entsatz von Belfort, den Bourbaki anstrebte, zu verhindern. Durch einen Flankenangriff bei Villersexel am 9. Januar 1871, eines der hitzigsten Gefechte des ganzen Krieges, gelang es Werder, rechtzeitig eine feste Stellung an der Lisaine einzunehmen und, die belagerte Festung Belfort im Rücken, drei Tage lang am 15., 16. und 17. Januar gegen die Angriffe Bourbakis zu vertheidigen, eine bei der furchtbaren Kälte, die in jenen Tagen herrschte, doppelt bewundernswerthe Leistung, welche König Wilhelm selbst als „eine der glänzendsten Waffenthaten aller Zeiten" bezeichnet hat.

Dem von der Lisaine zurückgeschlagenen Bourbaki, den, nach einem seinen Truppen unumgänglich nöthigen Ruhetage, Werder seit dem 19. Januar verfolgte, warf sich, während einige preußische Brigaden Garibaldi wieder aus Dijon vertrieben, das dieser nach Werders Abzug besetzt hatte, General Manteuffel entgegen, so daß er sich genöthigt sah, statt, wie er gehofft, Werder noch einmal angreifen zu können, seinen Rückzug nach dem Süden zu beschleunigen. Nachdem Bourbaki, in der Verzweiflung über seine Mißerfolge, einen Selbstmordversuch gemacht, sich dabei aber nur schwer verwundet hatte, übernahm General Clinchant das Commando, aber nur um, nach wenigen Tagen von den Truppen Manteuffels vollständig umstellt, nachdem er am 29. Januar bei Sombacourt und Choffois bedeutende Verluste erlitten hatte, am 1. Februar den Rest seiner Armee über die Schweizer Grenze zu führen, wo sie entwaffnet wurde.

Als dies geschah, war seit drei Tagen auch die Capitulation von Paris vollzogen, nachdem am 27. December das Bombardement begonnen

hatte und mit Aufwendung aller Kraft und aller Hilfsmittel, über welche die Artillerie gebietet, von da an fast unausgesetzt fortgeführt worden war.

Am 23. Januar kam Jules Favre zum zweiten Male im deutschen Hauptquartiere an, das sich schon seit Ende September in Versailles befand, um über die Capitulation zu unterhandeln. Nach drei Tagen waren die Verhandlungen so weit gediehen, daß am 26. Nachts 12 Uhr das Feuer aus den Batterien der Forts und der Belagerer eingestellt werden konnte. Am 28. Januar wurde die Capitulation unterzeichnet und gleichzeitig ein Waffenstillstand abgeschlossen, während dessen die Wahlen zu einer in Bordeaux zusammentretenden Nationalversammlung stattfinden sollten. An diese Verhandlungen schlossen sich sofort diejenigen über den Friedensschluß an, und am 26. Februar wurden in Versailles die Friedenspräliminarien unterzeichnet.

Hierdurch trat Frankreich den Elsaß mit Ausnahme von Belfort, sowie Lothringen an Deutschland ab und zahlte 5 Milliarden Franken als Entschädigung für die Kriegskosten. Die Zeitabschnitte, in denen die einzelnen Raten dieser Summe zu zahlen waren und denen entsprechend die Räumung des französischen Gebietes von den deutschen Truppen erfolgen sollte, wurden festgestellt, Bestimmungen über die Rückkehr der Kriegsgefangenen u. a. getroffen. Alle Einzelheiten sollten in weiteren Verhandlungen geregelt werden, die sofort in Brüssel beginnen sollten.

In Rücksicht auf die in Paris herrschende Aufregung, welcher die Regierung, an deren Spitze Jules Favre stand, längst nicht mehr gewachsen war, verzichteten die Sieger, Paris auf längere Zeit zu besetzen, doch bestand die deutsche Heeresleitung, trotz allen Einwendungen der französischen Unterhändler, darauf, daß wenigstens ein Theil der deutschen Truppen in die Hauptstadt Frankreichs seinen feierlichen Einzug hielt.

Die Brüsseler Friedensunterhandlungen zogen sich bis in den Mai 1871 hin und wurden dann in Frankfurt am Main von neuem aufgenommen, wo am 10. Mai die Unterzeichnung des endgiltigen Friedensvertrages erfolgte.

Schon die Versailler Friedenspräliminarien hatte Wilhelm I. nicht nur als König von Preußen, als Schirmherr des norddeutschen Bundes, als Oberbefehlshaber aller deutschen Armeen, sondern als Deutscher Kaiser unterzeichnet. Die Hoffnung war erfüllt, welche die Adresse, die der norddeutsche Reichstag beim Ausbruche des Krieges an den König gerichtet, ausgesprochen hatte: „daß das deutsche Volk auf der Wahlstatt den Boden der Einigung finden werde".

Schon im Monate September hatte Baiern den Wunsch ausgesprochen, das Verhältniß zum norddeutschen Bunde durch einen Vertrag zu regeln, bei den deshalb durch den Staatsminister Delbrück in München geführten Verhandlungen aber ein so weit reichendes Maß von Selbstständigkeit beansprucht, daß Delbrück am 28. September unverrichteter Dinge aus München abreiste. Innerhalb des Rahmens eines Bundesstaates konnten Baiern unmöglich die geforderten Zugeständnisse gemacht werden; aber Graf Bismarck war weit entfernt, auf die Entschließungen des verbündeten Staates, dessen Söhne Schulter an Schulter mit den Preußen kämpften, irgend einen Druck auszuüben. Er konnte die weitere Gestaltung des Verhältnisses zu Baiern ruhig der Zeit überlassen. Denn die Verhandlungen über die Neugestaltung Deutschlands blieben im Flusse. Im October begannen in Versailles die Berathungen mit den Vertretern von Wirtemberg, Baden und Hessen über den Eintritt dieser drei Länder in den norddeutschen Bund, wodurch auch Baiern veranlaßt wurde, seinerseits Bevollmächtigte nach Versailles

abzuordnen. Der Erfolg dieser Verhandlungen war der Abschluß von Verträgen mit jedem einzelnen der süddeutschen Staaten, durch welche die Bedingungen ihres Anschlusses an den norddeutschen Bund geregelt wurden, der sich dadurch zum deutschen Bundesstaate erweiterte. Nur sehr unbedeutend waren die Bedingungen, welche Baden und Hessen an ihren Beitritt zu dem neuen Bunde geknüpft hatten, schon viel größer die Zahl der Sonderrechte, die Wirtemberg beanspruchte, während die Zugeständnisse, die Baiern auch jetzt noch verlangte, wenn gleich bedeutend herabgestimmt gegenüber den im September gestellten Forderungen, so umfassend und von solcher Tragweite waren, daß man sich wohl fragen durfte, ob ihre Genehmigung mit dem Wesen eines Bundesstaates überhaupt noch vereinbar sei. Indeß, König Wilhelm und Graf Bismarck waren wohl der Meinung, daß der Beitritt Baierns immerhin ein Opfer werth sei und daß jene baierischen Sonderrechte, die etwa im Laufe der Zeit die gesunde Entwickelung des neuen Bundes stören möchten, nicht auf die Dauer würden aufrecht erhalten werden können und wollen. In dieser Auffassung durften sie ohne Zweifel bestärkt werden durch einen bedeutsamen Entschluß der deutschen Fürsten, zu welchem König Ludwig II. von Baiern die Anregung gegeben hatte.

Am 3. Dezember 1870 übergab der Oheim des Königs von Baiern, Prinz Luitpold, dem Könige Wilhelm ein Schreiben, durch welches König Ludwig, im Einvernehmen mit sämmtlichen Fürsten des deutschen Bundes und den drei freien Städten, den König von Preußen einlud, die Würde eines Deutschen Kaisers anzunehmen. Dadurch war unzweifelhaft einem tief gefühlten Wunsche der ganzen Nation der entsprechende Ausdruck verliehen. Die Idee des deutschen Kaiserthumes war, obgleich so viele Jahrhunderte vergangen waren, seit es in Kraft und Herrlichkeit die würdige und mächtige Vertretung der Nation gebildet, doch mit dem Denken und Fühlen des ganzen deutschen Volkes so sehr verwachsen, daß Millionen von Deutschen sich die wiederhergestellte Einheit der Nation ohne Erneuerung der Kaiserwürde nicht vorstellen konnten.

Der Einladung des mächtigsten unter den deutschen Fürsten folgte auf dem Fuße die Bitte einer Abordnung des norddeutschen Reichstages, die am 18. December in Versailles erschien, daß der König sich dem an ihn ergangenen Rufe nicht entziehen möge. Denn der Reichstag hatte schon am 9. December die Verträge mit den süddeutschen Staaten angenommen, mit dem durch den patriotischen Schritt des Königs von Baiern begründeten Zusatze, welchen Staatsminister Delbrück nachträglich vorlegte, daß an den entsprechenden Stellen der Verfassung statt Deutscher Bund: Deutsches Reich, statt Bundespräsident: Deutscher Kaiser zu setzen sei.

Auch die süddeutschen Landtage vereinigten bald durch ihre Zustimmung zu den Verträgen von Versailles ihre Wünsche für Wiederaufrichtung des Reiches und der Kaiserwürde mit denen des norddeutschen Reichstages.

So waren denn die Voraussetzungen erfüllt, deren Mangel König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1849 zur Ablehnung der Kaiserkrone veranlaßt hatte. Auf dem Schlachtfelde, in siegreichen Kämpfen, wie die Geschichte nicht ihres Gleichen kennt, war diese Krone erworben, das freie Einverständniß der gekrönten Häupter bot sie dem Könige an. Aber auch der Tropfen demokratischen Oeles, von dem der Dichter Uhland einst gesagt, daß kein Haupt über Deutschland leuchten werde, ohne mit diesem gesalbt zu sein, fehlte nicht. Oder hatte nicht die Vertretung des Volkes auch ihrerseits den König Wilhelm gebeten, die ihm von den Fürsten angebotene Krone anzunehmen? Oder waren die Hunderttausende, welche jetzt im Felde standen, welche die Kaiserkrone mit erkämpft hatten und nun in lautem Jubel ihrem

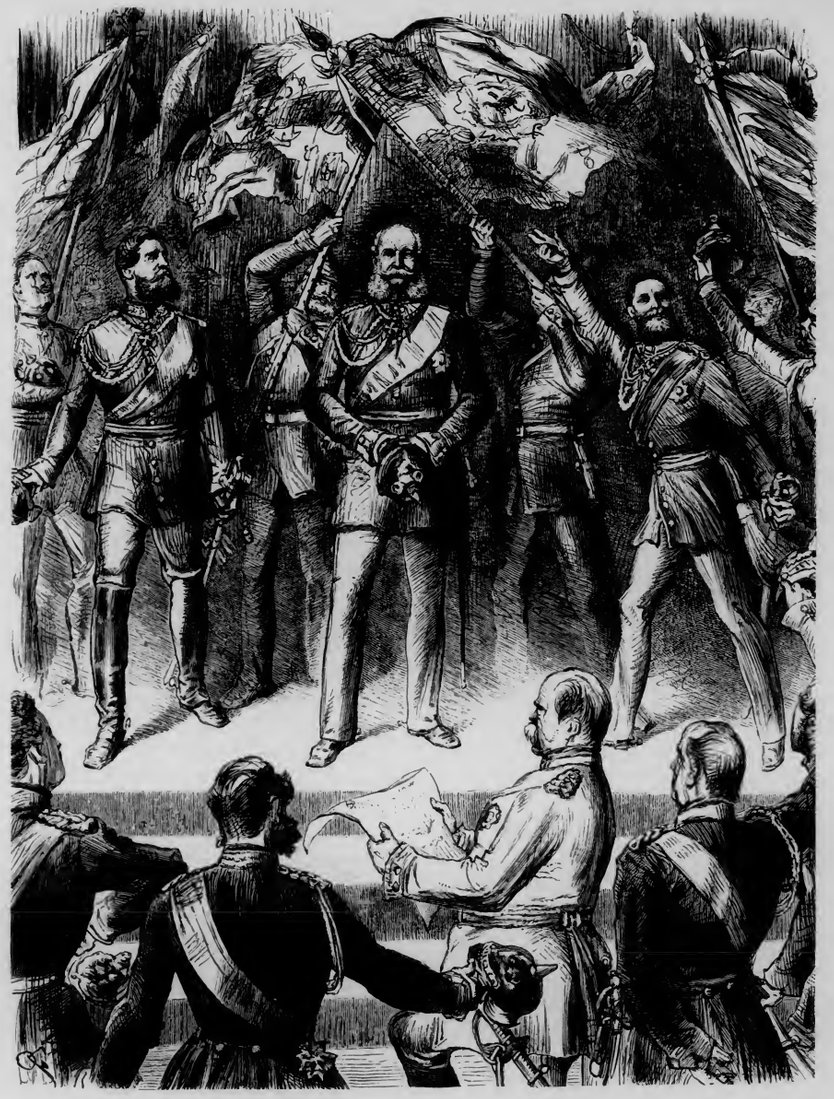
kaiserlichen Heerführer zujauchzten, war das „Volk in Waffen“ nicht der berufenste Dolmetscher der Gesinnung des deutschen Volkes?

Es war ein gewaltiger Augenblick von weltgeschichtlicher Bedeutung, als am 18. Januar 1871, gerade 170 Jahre, nachdem der erste König in Preußen sich zu Königsberg die Krone auf das Haupt gesetzt, sein sechster Nachfolger, König Wilhelm in dem stolzen Königsschlosse zu Versailles feierlich die Wiederherstellung des deutschen Reiches, die Annahme der Kaiserwürde proclamirte. Umgeben von allen im großen Hauptquartiere anwesenden deutschen Fürsten und Prinzen, umgeben von seinen siegreichen Generalen, von seinen ruhmvollen Staatsmännern, erklärte Seine Majestät, daß er die Kaiserwürde annehme „in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermüthigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone“ — schloß der Kaiser seine tief ergreifende Anrede — „wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“.

Nachdem der Kaiser geendet, trat aus der Mitte der versammelten Fürsten des Kaisers Eidam, Großherzog Friedrich von Baden hervor, um dem neuen Oberhaupte des Reiches die erste freudige Huldigung darzubringen in dem Rufe: Hoch lebe Kaiser Wilhelm! Und wie in diesen Ruf die in Versailles Versammelten begeistert einstimmten, so ging ein heller und hoher Klang wahrhafter, aus tiefster Seele aller Deutschen kommenden Begeisterung durch alle deutschen Gaue und fand lauten Widerhall überall auf dem Erdenrunde, bis in die fernsten Länder, wo Deutsche wohnen. Das ganze große, hochbeglückte, nach langer Trennung wieder geeinigte, nach langer Schwäche wieder stark und mächtig gewordene deutsche Volk stimmte ein in den Ruf: Gott segne das deutsche Reich! Gott segne Kaiser Wilhelm! Es war ein Triumphzug sonder Gleichen, als der Kaiser an der Spitze seiner siegreichen Heere in das Vaterland zurückkehrte, in seine Hauptstadt einzog, als überall die ruhmgekrönten Krieger von den dankbaren Bürgern begeistert empfangen wurden. Aber nicht nur Deutschland, die ganze Menschheit hatte Grund, sich der Erfolge der deutschen Waffen zu freuen.

Denn als Kaiser Wilhelm der Siegreiche zum ersten Male am 21. März 1871 zu dem deutschen Reichstage sprach, da pries er freilich, voll tiefinnigen Dankes gegen Gottes gnädige Führung und voll warmer Anerkennung der Leistungen der Armee und ihrer Führer, die großen gewaltigen Erfolge des ruhmreichen Reichskrieges, aber nur um daran den Wunsch zu knüpfen, daß diesem ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, daß die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein möge, „sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen“.

Diese kaiserlichen Worte, seither in ernster Zeit bewährt, bieten die sicherste Bürgschaft für eine glückliche Zukunft des neuen deutschen Reiches.



kaiserlichen Heerführer zujauchzten, war das „Volk in Waffen“ nicht der berufenste Dolmetscher der Gesinnung des deutschen Volkes?

Es war ein gewaltiger Augenblick von weltgeschichtlicher Bedeutung, als am 18. Januar 1871, gerade 170 Jahre, nachdem der erste König in Preußen sich zu Königsberg die Krone auf das Haupt gesetzt, sein sechster Nachfolger, König Wilhelm in dem stolzen Königsschlosse zu Versailles feierlich die Wiederherstellung des deutschen Reiches, die Annahme der Kaiserwürde proclamirte. Umgeben von allen im großen Hauptquartiere anwesenden deutschen Fürsten und Prinzen, umgeben von seinen siegreichen Generalen, von seinen ruhmvollen Staatsmännern, erklärte Seine Majestät, daß er die Kaiserwürde annehme „in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermüthigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone“ — schloß der Kaiser seine tief ergreifende Anrede — „wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“.

Nachdem der Kaiser geendet, trat aus der Mitte der versammelten Fürsten des Kaisers Eidam, Großherzog Friedrich von Baden hervor, um dem neuen Oberhaupte des Reiches die erste freudige Huldigung darzubringen in dem Rufe: Hoch lebe Kaiser Wilhelm! Und wie in diesen Ruf die in Versailles Versammelten begeistert einstimmten, so ging ein heller und hoher Klang wahrhafter, aus tiefster Seele aller Deutschen kommenden Begeisterung durch alle deutschen Gaue und fand lauten Widerhall überall auf dem Erdenrunde, bis in die fernsten Länder, wo Deutsche wohnen. Das ganze große, hochbeglückte, nach langer Trennung wieder geeinigte, nach langer Schwäche wieder stark und mächtig gewordene deutsche Volk stimmte ein in den Ruf: Gott segne das deutsche Reich! Gott segne Kaiser Wilhelm! Es war ein Triumphzug sonder Gleichen, als der Kaiser an der Spitze seiner siegreichen Heere in das Vaterland zurückkehrte, in seine Hauptstadt einzog, als überall die ruhmgekrönten Krieger von den dankbaren Bürgern begeistert empfangen wurden. Aber nicht nur Deutschland, die ganze Menschheit hatte Grund, sich der Erfolge der deutschen Waffen zu freuen.

Denn als Kaiser Wilhelm der Siegreiche zum ersten Male am 21. März 1871 zu dem deutschen Reichstage sprach, da pries er freilich, voll tiefinnigen Dankes gegen Gottes gnädige Führung und voll warmer Anerkennung der Leistungen der Armee und ihrer Führer, die großen gewaltigen Erfolge des ruhmreichen Reichskrieges, aber nur um daran den Wunsch zu knüpfen, daß diesem ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, daß die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein möge, „sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen“.

Diese kaiserlichen Worte, seither in ernster Zeit bewährt, bieten die sicherste Bürgschaft für eine glückliche Zukunft des neuen deutschen Reiches.

Personen- und Ortsregister.

(Die Mitglieder der regierenden Häuser sind unter den Namen ihrer Länder zusammengestellt.)
(Das Sternchen vor einer Zahl bezeichnet die Seite, auf welcher sich das Porträt der betreffenden Persönlichkeit befindet.)

A.

Aachen 20, 84, 185, 187, 275, 374, 414, 467.
v. Abel 404, 430, 431.
Abraham a. Santa Clara 165.
Achenbach, Andreas 414.
— Oswald 414.
Ackermann 246.
Adda 262.
Adrianopel 389.
Adriatisches Meer 309.
Aegidi 376.
Aegypten 170, 265, 267.
Afrika 534.
Ahausen 89, 90.
Alba 55—57, 64.
Albrecht 400.
Aldringer 118.
Aleander 22.
Alençon 536, 537.
Alessandria 268.
Allerheim 123.
Allgäu 31.
Allianz, die heilige 374.
Alpen 349, 439.
Alsensund 504.
Altenburg 10.
Altenstein 318, 319, 390, 425, 472.
Altenzaun 331.
Altona 299, 513.
Alt-Ranstädt 153.
Amberg 261.
Amerika 226, 339.
Amiens 537.
Amsdorf 22, 50.
Amsterdam 136.
Ancillon 401.
Andreä 73.
Angelus Silesius 173.
Anhalt 34, 45.

Fürsten:

Wolfgang 38.
Christian 87, 89, 93, 100.
Anhalt-Dessau 384.
— -Köthen 383, 384.
Anjou, Philipp v. 147.
Ansbach 253, 254, 278, 282.
Anschütz 411.
Antwerpen 81, 310.
Apraxin 202.
Aprill 199.
Archenholz 212.
Arcis sur Aube 353.
Arco, Graf 150.
Arcole 262.
Aremberg 284.
v. Arentschild, 514.
Argelander 476.
d'Argens 202.
Argonner Wald 253.
Arnd 167.
Arndt, E. M. 324, 331, 336, 347, 350, 376, 377, 418.
v. Arnim, Feldmarschall 113, 120.
— Achim 325, 406.
— -Boitzenburg 428, 435.
Arnoldi 422.
Artenay 536.
Aschaffenburg 519.
Askanien 130
Aspern 306, 308.
Artois, Graf v. 251.
Athis 353.
Aube 351.
Auerbach 474.
Auersperg Fürst, General 278.
— Graf, General 451.
Auerstädt 291, 293, 320.
v. Auerswald Hans 333.
— Alfred 427, 428, 435, 448.
— Rudolf 481.
Augsburg 9, 15, 34, 39, 40, 42, 43, 45, 48, 53, 55, 57—59, 61, 64, 65, 71, 73, 74, 81, 124, 128, 150, 213, 270, 397.
Augustenburg, Herzoge v.: Christian 465.
Friedrich 501 ff. 513.
Fugustinus 3, 12.
Aupa 516.
Aurelle de Paladine 536.
Austerlitz 280, 281, 288.
Aventin 80.
Avignon 3.

B.

Bach, Alexander 468.
— Johann Sebastian 173.
Baden 45, 85, 89, 121, 124, 149, 261, 270, 271, 273, 277, 281, 283, 284, 300, 302, 364, 366 ff., 371, 376, 379, 394, 397, 398, 402, 421, 430, 432, 437, 443, 456, 457, 471, 485, 486, 494, 512, 513, 520, 521, 523, 525, 526, 538, 539.

Markgrafen:

Georg Friedrich 102.
Ludwig *149 ff.

Großherzoge:

Karl Friedrich 225, 237, 270, 283, 300, 302.
Karl 366.
Ludwig 394.
Leopold 394.
Friedrich 475, 485, *486, 500, 526, 540.
Großherzogin Stephanie 539.
Baden-Baden 486, 490.
— (Schweiz) 153.
v. Baer, K. E. 476.
Baiern 17, 18, 28, 29, 43, 44, 65, 71, 78, 84, 88—90, 99, 111, 112, 117, 120, 123, 124, 150, 151, 162, 175, 178—180, 186, 187, 200, 209, 215, 219 ff., 223, 227, 228, 232, 253, 256, 260, 261, 263, 270, 281 ff., 300 ff., 306 ff., 347, 348, 357 ff., 364, 366, 367, 371, 376, 377, 379, 382, 384 ff., 392 ff., 401, 402, 422, 430 ff., 437, 453, 455, 458, 459, 460, 462, 477, 484, 486, 510, 511, 514, 519 ff., 523, 525, 526, 538, 539.

Herzoge:

Ludwig IX. 16.
Wilhelm IV. 37, 49, 53, 55, 59.
Albrecht V. 62, 77, 78.
Wilhelm V. 78, 85.
Prinz Ernst 84.
Herzogin Clemens 232.

Kurfürsten:

Maximilian I. *88—90, 92, 94, 96, 98 ff., 104, 106, 110—112, 118—120, 147.
Max Emanuel 138, 139. 146, 147, 150, 151, 178,
Karl Albert 178.
Max Josef III. 219, 220, 225, 228.
Karl Theodor 219, 220, 223, 227, 228, 232.
Max Josef IV. 267, 277.

Könige:

Max Josef I. 301, 366, 393, 394.
Ludwig I. 393, 394, *395, 398, 404, 412, 413, 426, 431, 433.
Maximilian II. 433, 484.
Ludwig II. 530, 539.
Prinz Karl 519.
— Luitpold 539.
Baireuth 253, 254.
— Markgrafen 207.
— Markgräfin von (Schwester Friedrichs d. Gr.) 155, 194.
Balkan 479.
Balsamo 228.
Balta 217.
Bamberg 111, 118, 215, 270, 290, 385, 479.
— Bischöfe 32.
— Franz Ludwig 226.

Banner 120, *121, 123.
Bar sur Aube 351, 353.
Barcelona 152.
Barclay 360.
Bardeleben 326.
Bartenstein 297.
Barth 474.
Bartholdi 412.
Bärwalde 116.
Basedow 227.
Basel 3, 4, 18, 34, 42, 68, 80, 227, 258, 259, 263, 286.
Bassermann 432.
Batavische Republik 259.
Bauernfeld 411.
Baur 423, 424.
Bautzen 206.
Bazaine 533 ff.
Bazoches 537.
Beauharnais Eugen 306.
— Josefine 309.
— Stephanie 529.
Beaumont 534.
Beaune la Rolande 537.
Bebel 522.
Becher 456.
Beck 246.
Becker, Nikolaus 419.
— Oscar 489.
Beckerath 428, 443, 463.
Beethoven 245, 411.
Begas 474.
Beil 246.
Bekk 456.
Belfort 536 ff.
Belgien 146, 147, 150, 153, 248, 254, 257, 258, 268, 352, 360, 389.
Belgrad 138, 139, 154, 155.
Belle Alliance 362.
Bellevue (Frénois) 535.
Bendemann 414.
Benecke 415.
v. Benedek 516, 517.
Benedetti 519, 520, 529.
Benedix 411.
v. Bennigsen, General 295, 297, 344.
— Rudolf 521, 524.
Berchtesgaden, Abt v. 160.
— Abtei 269, 281, 308.
Berg 85, 160—162, 176, 179, 220, 282, 284, 287, 290, 300, 359.
Bergen 208.
Berghaus 473.
v. Berlichingen, Götz *32, 80.
Berlin 109, 136, 140, 157, 161, 163, 167, 169, 170, 174, 176, 180, 182, 184, 185, 193, 194, 203, 209, 211, 220, 225, 229, 245, 246, 282, 286, 290, 291, 310, 322, 326, 332, 342, 348, 354, 370, 371, 384, 402 ff., 413, 414, 418, 426, 434 ff., 449, 450, 458, 460, 463, 472, 477, 479, 480, 483, 510, 516, 530.
Bern 42.
Bernadotte 265, 278, 292, 341 ff., 349.
  s. auch Schweden.
Bernburg 87.
Bernhard St. 267.
v. Bernstorff, Albrecht, Graf, preuß. Minister 490, 491, 495, 498.
— Christ. Günther, Graf, preuß. Minister 401.
— J. H., Graf, dän. Minister 237.
v. Berstett 383.
Bertrand, General 346.
Besançon 133.
Bethlen Gabor 104.
Bethmann 246.
v. Bethmann-Hollweg 481.
Bethusy-Huc, Graf 522.
v. Beust 455, 487, 490, 503, 512, 525.
v. Beyer 514, 519, 524.
Beyme 289, 294, 295, 380.
Biarritz 509.
Birch-Pfeiffer 411.
Bischoff 476.
v. Bischofswerder 229, 248.
v. Bismarck, Graf, 428, *467, 479, 483, 492 ff., 498 ff., 504 ff., 513, 514, 520 ff., 530 ff.
Blarer 45.
Blind 448, 512.
Blindheim 151.
v. Blittersdorff 421.
v. Blücher 255, *292, 293, 314, 320, 331, 334, 338 ff., 352 ff., 360 ff., 517.
Blum, Robert 443, 451.
Blumenbach 244.
Bluntschli 474, 512.
Bockelson 45.
Böckh, bad. Minister 394.
— Philologe 326, 414.
v. Bodelschwingh, preuß. Minister (1849 ff.), 429.
— preuß. Minister (1863 ff.) 493.
Bodensee 81, 82, 112, 118, 123, 267, 457.
Bodmer 234, 235, 237.
Böhmen 16, 37, 55, 82, 87, 92, 93, 96—102, 104, 110—12, 118 ff, 123, 124, 135, 179, 181, 184, 196 ff., 202, 206, 207, 220, 247, 305, 306, 341, 451, 462, 514, 516, 518.
Böhmen, König Friedrich (d. „Winterkönig") 99—101.
Böhmer 417.
Bolingbroke 152.
Bologna 57, 58.
v. Bonin, Eduard, General 457, 458, 461, 481.
— Adolf, General 516.
Bonn 390, 392.
Bopfingen 141.
Bopp 414.
Boren, Katharina v. 25.
Borghetto 262.
Bormida 262.
Börne 407.
Borodino 329.
v. Borries 484.
v. Borstell 338, 344.
v. Bose 516.
Bossuet 165.
Botta d'Adorno 176.
Böttticher 459.
Bourbaki 536, 537.
Bourbon, Conétable v. 36.
Bourbonen 274, 350, 354, 360, 367.
v. Boyen 328, 380, 418.
Brahe, Tycho 91.
Brandenburg, Bischof v. 48.
— Graf 331, 449, 463.
— Haus 286.
— Mark 34, 89, 96, 99, 103, 114, 116, 118; 121, 124, 128, 130, 135, 140, 160, 166, 169, 183, 187, 207, 211 ff., 342.

Kurfürsten:

Friedrich I. 130.
Albrecht Achilles 16.
Joachim I. 20, 48.
Joachim II. 48, 49, 57, 59, 77, 135.
Johann Georg 77, 84, 135.
Joachim Friedrich 83, 130, 135.
Johann Sigismund 90, 94.
Georg Wilhelm 104, 108, 109.
Friedrich Wilhelm 130, *131 ff., 155.
Friedrich III. 136, 137, 140, 171.

Markgrafen:

Albrecht, Hochmeister in Preußen 34.
Georg von Ansbach 38, 39, 135.
Georg Friedrich v. Ansbach 135.
Hans von Küstrin 53, 60, 63.
Albrecht Alcibiades von Kulmbach 60, 61, 63, 64, 75.
Brandenburg, Stadt 449, 450, 530.
Brant, Seb. 78.
Brauer 300.
Braun, Abgeordneter 521.
— Botaniker 476.
Brannan 97, 303.
Braunschweig 34, 50, 141, 149, 164, 175, 199, 225, 299, 303, 310, 312, 348, 368, 385, 387, 401, 402, 513.

Herzoge:

Ernst 38.
Heinrich 50.
Heinrich Julius 87.
Christian 101 ff., 117.
Ferdinand 205 ff., 210, 213, 214, 252, 253, 290, 291, 299, 312, 320.
Friedrich Wilhelm *312, 313, 361.
Karl 387.
Wilhelm 387.
Braunschweig-Bevern, Herz. v. 200, 201, 203, 204, 214.
— Stadt 387.
Bray, Graf 526.
Bregenz 462.
v. Breidbach-Bürresheim 226.
Breisach 120, 122, 124, 133, 137.
Breisgau 269.
Breitenfeld 109, 110, 113, 114.
Breitingen 234.
Bremen 124, 154, 270, 385, 443.
Bremerhafen 466.
Brenner 307.
Brentano, Clemens 325, 393, 406.
— Lorenz 456.
Breslau 101, 171, 176, 177, 179, 180, 183, 185, 204, 205, 210, 211, 296, 333, 335, 423, 512.
— Bischof von 193.
— Fürstbischof Sedlnitzky 422.
Bretten 10.

Brieg 135, 176, 296.
Brienne 351.
Brixen 269.
Bronzell 464.
Brown 199, 200.
Brück 76.
Brügge 45.
v. Brühl, Graf 198.
Brünn 279, 280.
Brüssel 66, 147, 361, 362, 538.
v. Buch 417.
Buchau 141.
Bucquoi 98.
Bülow v. Dennewitz 338, 342, *343, 344, 348, 351, 353, 354, 362.
Bundestag 366, 376, 378, 384, 400, 401, 436 ff., 442, 460, 464, 467, 468, 470, 487, 501, 512, 519.
Bunsen 476.
Bunzelwitz 213.
v. Buol-Schauenstein, Joh. Rud., Graf 379.
— K. Ferd., Graf 468.
Buonaparte Dynastie 529.
— Jerôme 535.
— Josef 304.
— Ludwig 327.
  s. auch Frankreich, Holland, Spanien, Westfalen.
Bürger 241.
Burgund 17, 18, 19, 36, 51, 129, 132, 220, 351, 536.
— Karl der Kühne 19.
Burkersdorf 213, 214, 516.
Burschenschaft 373 377, 378.
Bute, Lord 213.
Butler 119.
Buttelstädt 291.
Buzanch 534.
Buzer 42, 48, 49.

C.

Cadan 44, 47.
Cagliostro 228.
Cajetan, Cardinal 9, 10, 11.
Calderon 411.
Calenberg 48.
Calixt 167.
Calvin 68, 69, 73, 77, 83, 391.
Cambridge, Herzog v. 388.
Camin 124.
Campe 227.
Campeggi 29.
Camphausen, Ludolf 428, 449.
Camphausen, Otto 527.
Campo Formio 263, 264, 265, 268, 286.
Canada 209.
Canning 386.
Canstadt 261.
Canova 412.
Carignan 139.
Carlowitz 139.
— Christof v. 54, 55.
Carnot 255.
Carrière 473.
Carstens 412.
Cassano 266.
Casteggio 267.
Castel 260, 264.
Castiglione 262.
Catinat 148.
Caub 351.
Cavour 482, 483.
Chalons 351, 352, 533.
Chambord 60.
Chamisso 408.
Champagne 254, 290, 351.
Champaubert 352.
Chanzy 537.
Charleroi 361.
Charlottenburg 211, 294, 295.
Chasteler, 307.
Chatillon 352, 353.
Chaumont 352, 353.
Chelius 476.
Chlum 517.
Choffois 537.
Choiseul 209.
Christian VIII., dän. Linienschiff 457.
Cis-alpinische Republik 263, 268.
Clairfait 260.
Clam Gallas 516.
Clauren 408.
Clermont 206, 207.
Cleve 85, 130, 131, 136, 191, 214, 282, 284.
— Herzog Wilhelm 51.
Clinchant 537.
v. Cobenzl 263, 274, 305.
Coceeji 188, 189.
Cognac 36.
Cohn 512.
Colberg 211, 296, 310, 339, 404.
Colombey-Nouilly 533.
Condé 123.
Connewitz 346.
Contade 207.
Contarini 49.
Cordova 101—103.
Corneille 238.
Cornelius 412, *413, 414, 418.
Corvinus 16.
Cosel 104.
Cotta 385, 397.
Coulaincourt 350.
Coulmiers 536.
Cranach 81.
Craonne 353.
Crefeld 207.
Cremer 537.
Cresby 51, 52.
Creuzer 414.
Crossen 176.
Culloden 185.
Culm 343.
Cumberland, Herzog v. 203. 348, 400.
Curtius 473.
Custine 254.
Custozza 518.
Czaslau 179, 201.

D.

Dach, Simon 127.
Dahlmann 388, 400, 416, 437, *438, 440, 447, 458.
v. Dalberg, Karl Theodor 283, 302.
— Wolfg. Heribert 246.
Dalmatien 263, 268, 308.
v. Dalwigk 486, 520.
Dänemark, Dänen 103, 104, 107, 117, 123, 137, 154, 186, 196, 209, 210, 237, 311, 364, 378, 379, 445 ff., 457 ff., 465, 495 ff., 519, 522.

Könige:

Christian II. 46.
Christian III. 46, 47.
Christian IV. 95, 103, 104.
Friedrich V. 237.
Christian VIII. 445, 446, 465.
Friedrich VII. 446, 465, 495, 501.
Christian IX. 501, 502, 504.
Prinzessin Dorothea 34.
Danewirke 503.
Dannecker 412.
Danzig 15, 81, 247, 297.
Dardanellen 480.
Darmstadt 433.
Dann 201, 206, 207, 211 ff.
Davoust 281, 337, 345, 349.
Deggendorf 118.
Delbrück 527, *528, 538, 539.
Dennewitz 344.
Derfflinger 132.
Desaix 255, 267.
Dessau 227.
— Fürst Leopold 151, 152, 182.
— Erbprinz 181.
— Prinz Moritz 203, 207.
Dettingen 180.

Deutsche Kaiser und Kaiserinnen:

Otto I. 504.
Albrecht II. 16.
Friedrich III. 4, 16, 17.
Maximilian I. 17 ff., 70.
Karl V. 18, *20 ff., 28, 29, 36, 37, 39, 42, 43, 48 ff., 69, 70, 74, 80, 93, 103, 106, 117, 123, 129, 133, 529.
Ferdinand I. 47, 52 ff., 59, 62 ff., 70, *71, 74, 76, 78, 83, 95, 96, 118, 135.
Maximilian II. 59, 62, 74 ff., 82, 91, 92.
Rudolf II. 76, 77, 83, 91 ff., 135.
Matthias 95 ff., 135.
Anna 96.
Ferdinand II. *99 ff., 108, 111, 119 ff., 129, 134.
Ferdinand III. 120 ff., 129, 130, 134.
Leopold I. 138, 141, 146, 147, 150, 152, 170.
Josef I. 152, 160.
Karl VI. 152, 153, 155, 160, 162, 175, 177.
Karl VII. 179 ff., 189.
Franz I. 183, 185, 187, 189, 217.
Maria Theresia 177, 179 ff., *184, 188, 195 ff., 205, 207, 215. 217 ff., 224, 247, 249. 260.
Josef II. 179, 188, 217 ff., *222 ff., 232, 246, 247. 305.
Leopold II. 247, 248, 250, 251.
Franz II. 251, 252, 255, 260, 266, 275, 284, 286.
  s. auch Oesterreich.
Wilhelm I. 538 ff.,
Deutscher Orden 218, 258, 270, 284.
Devrient, Eduard 475.
— Ludwig 411.
Diebitsch 331.
Dieffenbach 476.
Dieppe 537.
Dijon 353, 537.

Dillingen 261.
Dingelstedt 420.
Dirichlet 476.
Dithmarschen 46.
v. Dohm 322.
v. Dohna 206, 211, 333.
Döllinger, Mediciner 417.
— Theologe 474, 528.
Donau 31, 55, 81, 112, 113, 117, 123, 150, 151, 215, 247, 261, 277, 278, 306, 519.
Donaufürstenthümer 479.
Donauwörth 88, 89, 112, 117, 118, 150, 261.
Dorfchemnitz 168.
Döring, Theodor 411.
Dörnberg 310, 311.
Dornick 133.
Douay 532.
Dove 476.
Dresden 60, 173, 184, 185, 198, 207, 209, 210, 214, 287, 329, 330, 340, 342, 433, 434, 455, 460, 464, 513.
v. Droste-Vischering 403, 404, 422.
Drouyn de l'Huys 311.
Droysen 473.
Dubienka 256.
Duckwitz 443, 466.
Dumouriez 253, 254.
Duncker 522.
v. Dunin 404, 422.
Düppel 503.
Dürer 81.
Dürrenstein 278.
Düsseldorf 206, 260, 414.

E.

Eberhard, kurhessischer Minister 462.
Eberstein, Grafen von 85.
Eccard 2.
Eck 9, 11, *12, 14, 22, 28, 39, 49.
Eckernförde 457, 466.
Edelmann 193.
v. Edelsheim, Ludw. 512, 520.
— Wilhelm 300.
Edenkoben 255.
Eger 55, 112, 119, 120.
Eggenberg 111.
Ehrenberg 476.
Ehrenberger Clause 53, 62.
Ehrenbreitstein 117, 264.
v. Eichendorff 407.
Eichhorn, Jurist 417.
— preußischer Minister 384, 401, 425.
Eichsfeld 270.
Eichstädt 269.
Eider 349, 446.
Einsiedel, Kurt v. 114.
— Graf 389.
Einsiedeln 41.
Eisenach 23, 203, 373, 514.
Eisleben 1, 56.
Ethof 246.
Elba 354, 360.
Elbe 56, 103, 109, 131, 194, 199, 206, 273, 282, 292, 294, 298, 338, 340, 341, 343, 345, 384, 464, 518.
Elbing 401.
Elsaß 31, 96, 102, 118, 120, 121, 124, 132, 133, 152, 180, 255, 363, 437, 456, 535, 538.
Elsfleth 312.
Elster 213, 347.
Elten, Abtei 287.
Emmendingen 261.
Emmerich, Katharina 393.
Ems 227, 310, 529, 530.
Encke 476.
Enghien, Herzog v. 273, 274.
England, Engländer 4, 66, 75, 81, 82, 87, 103, 104, 110, 113, 130, 135, 147, 148, 151—153, 161, 178—181, 183, 185, 186, 196, 197, 205, 209, 214, 226, 247, 248, 255, 257, 258, 260, 265, 272, 273, 275, 278, 282, 283 ff. 287, 297, 300, 303, 341, 358, 359, 361, 362, 385, 400, 446, 458, 461, 464, 466, 478, 480, 495, 502, 503, 535.

Könige und Königinnen:

Heinrich VIII. 51.
Maria 66.
Jacob I. 95.
Karl I. 110.
Karl II. 130.
Jacob II. 136, 137, 148.
Wilhelm III. 137, 146—148.
Anna 148.
Georg II. 183, 196, 213.
Georg III. 213.
Georg IV. 387.
Wilhelm IV. 338, 299, 400.
Victoria 400.
Enzersdorf 306.
Erasmus 6, *7.
Erfurt 1, 167, 209, 291, 303, 304, 339, 460.
Ermland 218.
v. Erthal 226, 254.
Erzgebirge 82, 343.
Esmarch 476.
Essen, Abtei 287.
v. Essen, General 281.
Eßling 306.
Esthland 154.
d'Estrées 203.
Etsch 268.
Ettenheim 273.
Eulenburg, Graf 493.
Euler 244.
Ewald 400, 414.

F.

Fabricius 97.
Faidherbe 536, 537.
Falkenberg 108.
Farnese Familie 60.
— Cardinal 52.
Favre 535, 538.
Febronius 226.
Fechner 476.
Fehrbellin 132.
Fellner 520.
Fénelon 165.
la Fère Champenoise 354.
Feria 118
Fermor 206.
Ferrières 535.
Feuerbach, Jurist 417.
— Philosoph 473.
Fenquières 116, 118.
Fichte 321, *322, 323, 324, 326, 406, 409.
Fickler 437.
v. Fink 209.
Fischart 78.
Fischer v. Erlach 174.
— Hannibal 466.
— Kuno 473.
Flacius 72.
Flandern 62.
Fleck 246.
Fleischer 414.
Flemming 172.
Fleurus 103.
Fleury 162.
Flies 514.
Florenz 36, 247.
v. Flottwell 481, 482.
Follen 375.
Fontainebleau 214, 536.
Fontenay 183.
Fouqué, General 210.
— Dichter 336.
Fox 287.
Francke 167, 168.
Franken 27, 29, 31, 32, 34, 82, 89, 110, 111, 113, 114, 117, 118, 132, 136, 172, 206, 207, 289, 312.
Frankenhausen 32.
Frankenthal 102.
Frankfurt a. M. 17, 48, 63, 81, 95, 98, 99, 110, 133, 167, 179, 183, 184, 187, 203, 208, 215, 241, 245, 252, 255, 261, 270, 284, 348 ff., 356, 364, 366, 378, 384, 385, 388, 397, 399, 402, 444, 436, 439, 441 ff., 451, 456, 459 ff., 479, 483, 492, 496, 499, 500, 502, 519, 521, 523, 538.
Frankfurt a. d. Oder 9, 164.
Frankreich, Franzosen 4, 18, 19, 21, 26, 29, 39, 43, 44, 49, 60, 62, 63, 66, 75, 76, 87, 96, 105, 106, 108, 110, 113, 116, 117, 121 ff., 129, 132 ff., 146 ff., 161, 162, 170, 178 ff., 185, 186, 191, 196, 197, 200, 202 ff., 213, 214, 216, 220, 221, 224, 227, 233, 249, 250 ff., 262 ff., 281 ff., 286 ff., 294, 297 ff., 303, 308, 309, 312, 313, 317, 331 ff., 340 ff., 351, 354, 359 ff., 367, 379, 386, 387, 396, 397, 399, 419, 430, 432, 461, 463, 464, 483, 486, 495, 502, 503, 511, 518, 519, 524, 525, 527, 528.

Könige:

Franz I. 19, 21, 23, 36, 37, 44, 50, 51, 60, 134.
Heinrich II. 60 ff.
Heinrich IV. 87, 90, 94.
Ludwig XIII. 106.
Ludwig XIV. 129 ff., 144, 146 ff., 156, 159, 160, 165, 170, 174, 225, 249, 275, 300.
Ludwig XV, 161, 181, 196, 205, 209, 249, 300.
Ludwig XVI. 249 ff.
Marie Antoinette 249, 250.
Ludwig XVIII. 354.
Louis Philipp 389, 432.

Kaiser:

Napoleon I. 262 ff., 281 ff., 293 ff., 297 ff., 316 ff., 320, 323, 324, 326 ff., 338 ff., 352, 360, 374, 391, 393, 529, 531.

Frankreich: Napoleon III. 463, 478, 481, 483, 486, 509, 511, 518, 519, 520, 524, 525, 528, 529 ff.
— Kaiserin Eugenie 533, 535.
Freiberg 214.
Freiburg i. Br. 17, 132, 137, 368, 457, 471.
Freienwalde 470.
Freigrafschaft 132, 536.
Freiligrath 410, *420.
Freimaurer 228.
Freising 112, 270.
Frénois 535.
Fresenius 476.
v. Freydorf 520.
Freytag 410, 474.
Friaul 262.
Fridag v. Gödens 136.
Fridericia 446, 458, 503.
Friedberg a. Lech 261.
— i. d. Wetterau 261.
Friedland in Böhmen 104,
— in Ostpreußen 304.
Friesische Inseln 504.
v. Fritsch 376.
Froben 132.
Frossard 533.
Frundsberg 36.
Fugger 81.
Fulda 404.
— Abt von 77.
Funck 73.
Fünen 504.
Fürstenberg 133.
Fürth (alte Veste) 112.

G.

v. Gablenz 503, 508, 513, 516, 518.
Gadebusch 336.
v. Gagern, Friedrich 437.
— Hans 441.
— Heinrich *441, 442, 444, 452, 455, 457, 458.
— Max 447.
Galizien 258, 308.
Gall 417.
Gallas 113, 119, 120.
St. Gallen 42.
Gambetta 536.
de la Gardie 107.
Garibaldi 518, 537.
Gärtner 413.
Gaßner 228.
Gastein 499, 506, 507.
Gauß 417.
Gebhardi 193.
Gefion, dän. Fregatte 457.
Geibel 410, 445.
Geier, Florian 31.
v. Geißel 422.
Geldern 51, 214.
Gellert *235, 236.
Genappes 362.
Genelli 474.
Generalstaaten 94, 103.
Genf 69.
Gentz 370.
Genua 262, 266, 267, 360.
Gerhard 127.
v. Gerlach 469.
Germersheim 455.
Gerson 4.
Gervinus 400, 417, 423, *430.
Geßler 182.
Geßner 239.
Gfrörer 474.
Gibraltar 153.
Giengen 55.
Giesebrecht 473.
Gieseler 417.
Gießen 476.
Girard 342.
Gitschin 516, 517.
Glarus 41.
Glatz 179—182, 199, 210, 214, 220, 296, 512, 516.
Gleim 239.
Glogau 120, 176, 211, 296, 313.
Glück 245.
Glücksburg, Prinz Christian v. 465.
Gmelin 417.
v. Gneisenau 296, 317, 328, 329, 334, *339, 350, 353, 362.
Gnesen 256, 358.
v. Goeben 519, 533, 537.
Gödecke 473.
v. Golther 527.
Golz, Graf 258.
Gonzaga 105.
Gordon 119.
Görlitz 203.
Görres 393, 397, 404, 431.
Gortschakoff 297.
Görtz, Graf 219.
Goslar 50, 270, 359.
Gotha 76, 174, 199, 458, 501.
Goethe 165, 184, 208, 215, 239, *241 ff., 254, 406, 407, 500.
Gotthard St. 266, 267.
Göttingen 229, 388, 400, 514.
v. Gottschall 474.
Gottsched 234 ff.
Götze, Pastor 237.
Govone 509.
Grabbe 408.
Grabow 449.
v. Gräfe 476.
v. Gramont, Herzog 529, 530.
Grant 201.
Granvella 52, 54.
Gratien 311.
Graudenz 294, 296.
Graun 173, 194.
Gravelotte 533.
v. Grawert 330.
Greifswald 154.
Gries 411.
Grillparzer 407, 410.
Grimm, Hermann 473.
— Jacob 325, 400, 414, 415, 418.
— Wilhelm 325, 400, 414, 415, 418.
Grimmelshausen 127.
Grisebach 476.
v. d. Gröben 464.
Groduo 256.
Gropper 49.
Großbeeren 342, 344.
Großgörschen 339.
Großheppach 150.
Grotius 169, 171.
Grumbach 75, 76.
Grün 410.
Gryphius 172.
Guadeloupe 209.
Gudjö 457.
Guébriant 123.
Guise 84.
— Franz v. 63.
Günther 173.
Gustav Adolf-Verein 425, 426.
Gutzkow *410.
Gymnich 254.

H.

Haag 136, 257.
Habsburger 69, 70, 90, 94, 98, 104, 111, 117, 122, 128, 132, 146, 160, 162, 187, 193, 233.
Haddik 203.
Haff, curisches 202.
Hagedorn 235.
Hagelberg 342.
Hagen 491.
Hagenau 49, 96, 117.
Hainau 340.
Hainbund 240.
Halberstadt 48, 54, 124, 131, 200, 312.
v. Halbhuber 506.
Halle 48, 57, 167, 171, 172, 291, 340, 325, 425, 512.
v. Haller 235.
Halm 410.
Hambacher Schloß 397, 398.
Hamburg 124, 237, 270, 337, 443, 487.
Hameln 203, 292.
Hamm 214.
Hanmelburg 519.
v. Hammer-Purgstall 414.
Hanau 348.
Händel 173, 411.
Handschuchsheim 260.
Hänel 474.
Hannover 149, 154, 161, 166, 183, 186, 187, 196, 197, 203, 214, 223, 270, 272, 273, 276 ff., 281 ff., 287, 310, 319, 341, 348, 357, 359, 368, 385, 388, 392, 399 ff., 433, 444, 453, 458 ff., 477, 484, 486, 502, 512 ff., 521.

Könige:

Ernst August 400, 401, 484.
Georg V. 484, 514, 527.
— Kronprinz 514.
— Prinzessin: Sophie Charlotte 170.
Hannover, Stadt 170, 174, 388, 513.
Hansa 45, 46, 47, 81, 82.
Hansemann 428, 449.
Hansen 474.
Hansestädte 103, 327.
d'Harcourt 147.
Hardenberg, Fürst 258, 283, 294 ff., 313, *318 ff., 328, 332, 335, 355, 356, 364, 371, 372, 374, 376, 380, 390, 396, 428.
— -Novalis 325.
Hartmann 473.
Harz 82.
Hasenclever 522.
Haspinger 307.
Hasse 173.
Hasenpflug 462, 470, 477, 494.
Hastenbeck 203.
Hauff 408.
Haugwitz, Graf, österr. Minister 221.
— preuß. Minister 254, 258, 279, 281, 282, 287 ff., 294.
Haupt 415.
Hausen 519.

Häusser *473.
Havel 132. *
Haydn 245.
la Haye sainte 362.
Hebbel 474.
Hebel 407.
Hecker 432, 437.
Heckscher 443.
Heeren 415.
Hefele 474.
Hegel *409, 410.
Heidelberg 64, 73, 77, 87, 102, 137, 169, 173, 359, 430, 436, 473.
Heidmann 333.
Heilbronn 116.
Heine 407, *408.
Heinse 239.
Heilsberg 297.
Held 48.
Helgoland 312.
Hellas 386.
Helmholtz 476.
Helmstadt 520.
Hengstenberg 425.
Hennersdorf 184.
Herdohol 200.
Herder 239, *240, 241, 242, 244.
Hermes 392, 403.
Herrenhuter 168.
Hersfeld 124.
Herwarth v. Bittenfeld 503, 516.
Herwegh 420, *421.
Herzberg, Graf 198, 246, 247, 248, 250.
Heß, Heinrich 413.
— Peter 413.
Hessen 27, 121, 149.

Landgrafen und Landgräfinnen:

Philipp I. 32, 34, 38, 42, 43, *44, 48 ff.
Anna 54.
Moritz 87, 90.
Ludwig III. 102.
Wilhelm V. 109, 124.
Elisabeth 124.
Hessen-Darmstadt 270, 284, 384, 385, 395, 430, 441, 442, 460, 461, 471, 477, 484, 490, 498, 512, 513, 521, 526, 538, 539.
— Prinz Alexander 519.
Hessen-Homburg 521.
— -Kassel 199, 214, 226, 259, 271, 286, 287, 299, 310, 348, 356, 366, 368, 377, 378, 384, 385, 387, 388, 401, 402, 460, 462 ff., 470, 477, 494 ff. 498, 512 ff., 521.

Kurfürsten:

Wilhelm II. 387, 388.
Friedrich Wilhelm 388, 462, 514, 527.
Heyde, 211.
v. d. Heydt 450, 481, 491 ff., 527.
Heyne 230, 238.
Heyse *474.
Hildebrandt 414.
Hildesheim 77, 359.
— Bisthum 223. 269.
Hiller 306.
Hiller v. Gärtringen 516, 517.
Hinterpommern 124, 216.
Hippler 32.
v. Hirschfeld 342.
v. Hirschhorn, Herren 85.
Hitzig, 474.
v. Hochberg, Grafen 367.
Hochkirch 206, 207.
Höchstädt 151, 152, 183.
Hoe von Hoenegg 100.
Hofer, 307 ff.
Hoffmann, bad. General 448.
Hoffmann v. Fallersleben 410, 420.
Hofmann von Hofmannswaldau 173.
Hoh-Barr 117.
Hohenfriedberg 182, 183, 184.
Hohenlinden 268.
Hohenlohe, Grafen v. 32.
— fürstl. Haus 521.
— -Ingelfingen, Friedrich Ludwig Fürst von 255, 257, 290 ff.
— Prinz Adolf v. 491.
— -Schillingsfürst, Fürst v. 525, 526, 528.
— -Waldenburg, Fürst Alexander 394.
Hohenzieritz 326.
Hohenzollern 130, 140, 253, 455.
— Burg 523.
— -Hechingen 284, 460.
— -Sigmaringen 284, 460.
— Fürst Karl Anton 481, 529.
— Erbprinz Leopold 529.
— Prinz Anton 517.
Höhrde 345.
Holbein 80, 81.
Holke 113.
Holland, Holländer 82, 103—106, 135, 136, 146—148, 151, 170, 178—180, 185, 247, 248, 255, 257, 272, 276, 277, 311, 351, 353, 359, 364, 379, 382, 389, 524.
— Erbstatthalt. Wilhelm V. 247.
s. auch Generalstaaten u. Niederlande.
— König Ludwig (Buonaparte) 327.
Holstein 45, 103, 104, 186, 364, 445 ff., 458 ff., 461 ff., 495, 502 ff., 513.
s. a. Schleswig-Holstein.
Hölty 241.
Homer 240.
v. Hommer 403, 422.
v. Hontheim 226, 227.
Horn, 111, 112, 117, 118, 120.
Hornwald 407.
v. Hoverbeck 507, 522.
Hoya, Graf Johann v. 46.
Huber 473.
Hubertusburg 215.
Hufeland 244.
Humboldt, Alexander von *417, 418.
— Wilhelm von 325, 326, 341, 356, *357, 364, 372, 380.
Hundheim 520.
Hünerwasser 516.
Hünnfeld 519.
Huß 4, 12, 21.
v. Hutten *13, 14, 20, 26, 27, 28, 172.
Hyrtl 476.

I.

Jacobs 414.
Jacoby 426, 449.
Jägerndorf 130, 135, 182.
v. Jagow, Bischof 48.
— Minister 491, 493.
Jahde 466.
Jahn 372, *373, 375, 377, 418.
Jauer 340.
Jarthausen 32.
v. Ibell 375.
Idstedt 461.
Jean Paul *406.
Jellacic 451.
Jemappe 254.
Jena 72, 243, 245, 290. 291, 293, 295, 298, 304, 312, 320, 322, 338, 373, 374.
Jerusalem 67, 422.
Jesuiten 67—69, 72, 77—79, 83, 86, 88, 91, 92, 95, 100—103, 107, 122, 123, 124, 138, 139, 148, 159, 165, 174, 226, 228, 301, 393, 431, 528.
Iffland 246.
Ihering 474.
Illuminaten 228.
Illyrien 310.
Ilow 119.
Immermann 408.
Ingermannland 108.
Ingolstadt 9, 14, 28, 55, 56, 88, 92, 95, 112, 151, 228.
Inn 220, 267, 278, 289.
Innsbruck 62, 307, 308, 444.
Innviertel 220.
Johannisberg 380.
Johanniterorden 270, 284, 355.
Jolly 512, 520, 524.
Jordan, Silvester 388.
Jörg 531.
Jourdan 260, 261, 266.
Isar 289.
Isel, Berg 307.
Isenburg-Birstein 284, 348, 356.
Isonzo 262.
Istrien 263, 268, 308.
Italien 5, 37, 42, 66, 68, 75, 105, 109, 111, 120, 138, 150, 152, 153, 155, 161, 162, 197, 209, 261, 262, 265, 266, 268, 275 ff., 281, 304, 310, 351, 359, 379, 386, 440, 459, 462, 482, 483, 494, 509, 518.
— Vicekönig von 340.
— König Victor Emanuel 518.
Itzstein 394, 402, 403.
Jülich 85, 93, 94, 160—162, 176, 220, 359.
Herzog Wilhelm 93, 94.
Jung-Stilling 241.
St. Juste 66.
Jüterbogk 8.
Jütland 46, 104, 123, 446, 503 ff.

K.

Kaiserslautern 255, 455.
Kalik, Brigade 513.
Kalisch 256, 335, 337, 347.
v. Kameke 533.
Kamp 213.

Kamptz 373.
Kant 230, *231, 244, 322, 406, 409.
Kap der guten Hoffnung 226.
Kappel 42.
Kapuziner 83, 102.
Kara Mustapha 134.
Karlsbad 376 ff., 396, 506.
Karlsruhe 396, 433, 437, 456, 457.
Karlstadt 11, 24, 25, 35.
Karlstein 97.
Kärnthen 308.
Karolyi 498.
Kassel 213, 214, 287, 310, 345, 387, 388, 402, 433, 495, 513, 514, 535.
Katte 163.
Katzbach 211, 342, 343.
Kaulbach 474.
Kaunitz 196, 218, 220, 221, 251, 280.
Kay 208.
Kehl 137, 264.
Keith 163, 206, 207.
Kellermann, General 253.
Kempten 45.
Kepler 80, *91.
Keratry 536.
Kerner 407.
Kesselsdorf 184, 185.
Kiel 349, 446, 465.
Kiepert 473.
Kirchenstaat 209.
Kirchhoff 476.
Kissingen 519.
Kleber 261, 267.
v. Kleist, Ewald 208, 239.
— Heinrich *323, 324, 326, 336.
— v. Nollendorf 332, *344, 353, 354.
— -Retzow 469.
v. Klenze 413.
Klesel 95, 96, 97.
Klewitz 384.
Klinger 241.
Klopstock *236, 237, 239, 240, 241, 242.
Klostergrab 97.
Klüber 417.
Knaus 474.
v. Knesebeck 362.
v. Knobelsdorff 164, 194.
Koberstein 417.
Koblenz 117, 351.
Koburg 40, 76.
— -Gotha, Herzog Ernst 501.
Koch 412.
Kolding 457.
Kolin 201, 202, 211.
Köln 6, 9, 15, 17, 48, 72, 200, 359.
— Dom 422, 443.
— Erzstift u. Kurfürstenthum 48, 62, 90, 110, 130, 147, 148, 150, 223, 224, 271.

Erzbischöfe:

Hermann v. Wied 48, 52, 55, 65.
Gebhard Truchseß von Waldburg 84.
Ernst v. Baiern 84.
Maximilian Franz von Oesterreich 226.
v. Spiegel 403, 422.
v. Droste-Vischering 403, 404, 422.
Königingrätz 199.
Königsgrätz 516 ff.
Königsau 446.
Königsberg 140, 202, 206, 230, 295, 297, 332, 333, 418, 452, 489, 490, 540.
Königshofen a. d. Tauber 32.
Königstein 198, 455.
Konstantinopel 104, 327, 389.
Konstanz 3, 4, 17, 39, 58, 118, 130, 227, 356, 391, 437.
Kopenhagen 46, 446, 501.
Kopp 476.
Körner, Theodor *336, 337, 341.
Kosciusko 256.
Kosel 207, 296.
Kossuth 433, 450.
Köthen 384.
Kotzebue 374, 375.
Krafft 81.
Kraichgau 26.
Krakau 81.
Kray 267.
Krell 86.
Kremsier 451.
Kroatien 138, 308, 451.
v. Krusemark 289.
v. Kübeck 459.
Kugler 414.
Kulm 218.
Kummer 533.
Kunersdorf 206, 209.
Kurhessen, s. Hessen-Kassel.
Kurz 473.
Küstrin 101, 163, 206, 292, 294, 313.
Kutusow 278, 337, 338, 340.

L.

Lachmann 415.
Lachner 411.
v. Ladenberg 449, 472.
Lafontaine 408.
Lahn 261.
Lahnstein 351.
Laibach 368.
Lainez 67, 68.
La Marmora 518.
Lambruschini 403.
Lamey 485.
Lamormain 118, 122.
Landau 27, 150, 151, 153, 354, 363, 455.
Landshut in Baiern 112, 395.
— in Schlesien 206, 210.
Landstuhl 27.
Lang 474.
Lange 171.
v. Langenbeck 476.
Langensalza 213, 385, 514.
Langeron 343, 351.
Langres 351.
Lannes 292.
Laon 353.
Lappenberg 416.
Lasch 211, 212.
Lasker 521.
Lassalle 522.
v. Latour, General 261.
—österr. Kriegsminister 451.
Laube 410.
Laudon 208, 210, 211.
Lauenburg 495, 506.
Laufach 519.
Laufen 44.
Lauingen 150.
Lausitz 100, 118, 181, 203.
Lauterburg 456.
Laval 537.
Lavater 228, 241.
Leboeuf 532.
Lech 150.
Lefebvre 308.
Legeditsch 464.
Lehwald 202, 205.
Leibnitz 166, 168, 169, *170, 171.
Leiningen, Fürst v. 443, 448.
Leipzig 11, 13, 22, 77, 108, 109, 113, 167, 171, 203, 204, 322, 345 ff., 373.
Le Mans 537.
Lenau 410.
Lenz 241.
Leo 416.
Leoben 262, 263.
Leonhardt 527.
Lermos 53, 62.
Lessing, G. E. 210, 237, *238 ff., 406, 412.
— Karl 414.
Leßley 119.
Lestocq 295.
Leszinsky, Stanislaus 161, 162.
v. Leszczinsky, Oberstlieutenant 524.
Leuchtenberg 220.
Leuthen 204, 205.
v. d. Leyen 284, 348, 356.
Lichnowsky, Fürst 448.
Lichtwer 236.
Liebertwolkwitz 345, 346.
Liebig *476.
Liechtenstein 135, 136, 284, 368, 461.
Liegnitz 120, 135, 203, 211.
— Herzog Friedrich 135.
Ligne, Prinz v. 355.
Ligny 361.
Lilienstein 199.
Lille 536.
Lindau 39, 81.
v. Linden 357.
v. Lindenau 346, 389.
Lindner 379.
Lingen 359.
Lipa 517.
Lippe 199, 214.
—-Detmold 383.
—-Schaumburg, Graf Wilhelm v. 319.
Lippe, Graf, preuß. Minister 491, 507, 527.
Lisaine 537.
Lissa 213.
List *382.
Littrow 476.
Livland 108, 154, 196.
Lobau 306.
Löbell 416.
Lobkowitz 92.
Lobositz 198, 199.
Lochau 60.
Lodi 262.
Logau 172.
Lohbauer 397.
Lohenstein 173.
Löhning 375.
Loigny 537.
Loire 536.
Loison 296.
Lola Montez 431 ff.
Lombard 289.
Lombardei 148, 267, 359, 483.
London 136, 148, 161, 170, 173, 197, 329, 388, 461, 503.

Longwy 253.
Lope 411.
Lortzing 411.
Lothringen 60, 103, 150, 363, 535, 538.
— Cardinal von 84.

Herzöge:

Karl III. 117, 120.
Franz 162, 182, 183, 185. s. auch Toskana.
Karl (Bruder des Herzogs Franz) 162, 200, 201, 204.
Louvois 133.
Löwe-Calbe 456.
Löwen 174.
Loyola *67, 68.
Lübeck 46, 47, 104, 167, 270, 292, 293, 338.
Lübke 473.
Lucchesini 248, 294.
Luden 375.
Ludwig 474.
Lund 169.
— Erzbischof 48.
Luneville 268, 269, 314.
Luther 1, *2, 3, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 29, 31, 32, 33—36, 38—43, 45, 48, 49, 50, 56, 57, 64, 68, 69, 72—74, 79, 81, 83, 167, 172, 231, 336, 373, 391.
Lutter am Barenberge 103.
Lüttich, Bisthum 223.
Lützen 113, 114, 118, 340.
Lützingen 151.
v. Lützow 335, 336.
Luxemburg 51, 130, 254, 364, 500, 513, 524, 525.
Lymfjord 503.
Lyon 537.

M.

Maas 264 533, 534.
Maassen 383, 386.
Macdonald 330, 331, 342, 343, 346.
Mack, General 277, 278.
Mac Mahon 532 ff.
Mädler 417.
Madrid 36, 37, 147, 148, 528.
Magdeburg 7, 15, 34, 48, 54, 58, 60, 61, 83, 105, 108, 109, 121, 124, 131, 182, 184, 191, 200, 203, 291, 292, 298, 342, 425.
Magenta 483.
Mähren 87, 92, 104, 150, 196, 206, 278, 306, 518.
Mailand 19, 36, 59, 66, 146—148, 152, 153, 209, 262.
Main 110, 267, 348, 363, 518, 519, 521.
Mainz, Erzstift, Kurfürstenthum 7, 62, 90, 98, 110, 149, 169, 174, 215, 223, 224, 252, 270.

Erzbischöfe, Kurfürsten:

Diether 16,
Adolf 16,
Berthold 17,
Albrecht 48,
Emmerich Josef 226,
Karl Josef 254.
Meinz, Stadt 254, 255, 260, 360, 377, 448, 456, 521, 532.
v. Malliukrodt 522.
Malmö 46, 447, 448, 457.
Malplaquet 152.
Malsch 261.
Malta 265.
Mannheim 101, 102, 137, 228, 246, 260, 264, 350, 351, 359, 375, 432.
Mansfeld 34.
— Gräfin 84.
— Ernst v. *98, 101, 102, 103, 104.
v. Manteuffel, Minister 449, 463, 464, 466, 467, 469, 479, 480, 513, 519, 520.
— General 489, *508, 509, 537.
Mantua 105, 209, 262, 309.
Manuel, Don 20.
Maquire 211.
Marbach 243.
Marburg 34, 38, 45, 172, 388.
Marengo 267.
Maret 350.
Marienberg (Würzburg) 520.
Marienburg 218.
Marignano 19.
Marijhal 206.
Mark (Brandenburg) 182, 184, 189, 191, 449.
Mark, Grafschaft 131.
Marlborough 148, 150—152.
Marmont 353, 354.
Marne 351, 352.
Mars la Tour 533.
Marschner 411.
Marsin 150, 151.
Martinitz 92, 97.
Massena 262, 266, 267.
v. Massenbach 286.
Mastricht 52.
Mathy 402, *437, 442, 458, 512, 520, 524.
Maupertuis 188, 194.
Maxen 209.
Mayer, Michael, s. Eck.
Mazarin 139.
Meaux 352
Mecheln 58.
Mecklenburg 45, 104, 111, 118, 124, 215, 220, 299, 337, 368, 470, 513.
— Herzoge 34.
— -Schwerin 500.
— Großherzog Friedrich Franz 520, 536.
— -Strelitz 461.
Meerveld, General 346.
Meißen 215, 322.
Melac 136.
Melas 267, 268.
Melanchthon 10, *11, 12, 13, 35, 38, 39, 48, 49, 72—74, 79, 166.
Memel 295, 296, 297, 314, 331.
Memmingen 39.
Mendelssohn, Moses 230.
— -Bartholdy, Felix 411, 418.
Mendoza 85, 86.
Mensdorff-Pouilly, Graf 505, 510, 511.
Menzel 474.
Mercy 123.
Mergentheim 123.
Metternich, Fürst 309, 340, 341, 347, 348, 350, 353, 356, 358, 360, 364, 368, *369 ff., 374, 376 ff., 386, 391, 398, 405, 433, 434.
Metz 60, 62, 63, 124, 133, 253, 533 ff.
Metzler 31.
Meyer 46.
Meyerbeer 411.
Michelangelo 2, 7.
Michelet 417.
Micyllus 79.
Mieroslawski 435, 457.
v. Miltitz 10, 11, 322.
Mincio 262, 268.
Minden 124, 131, 208, 404.
Minorca 153.
Miquel 521.
Mitchell 206.
Mitscherlich 476.
Mittelrhein 254, 260, 351.
Mittermaier 417.
Möckern 340, 346.
Modena 262, 268, 269.
Mohacz 37.
v. Mohl, 443, 474, 501.
Moldau 304.
Molière 411.
Möllendorf 435.
Mollwitz 177 ff.
v. Moltke 506, *515, 516, 517, 519, 522, 530, 534.
Mommsen 473.
Mömpelgard 44, 117.
Mongolen 343.
Mont-Cenis 267.
Montebello 267.
Montereau 352.
Montgelas, Graf 300, 301, 307, 348, 394.
Montmirail 352.
Mont St. Jean 361.
Monzambano 169.
Moreau 261, 262, 267.
Mortier 272, 278, 353, 354.
Moscherosch 127.
Mosel 82, 86, 260, 360, 511, 533.
Moser Joh. Jac. 229.
— Karl Friedr. 229.
Möser 229.
Moskau 320.
v. Motz, preuß. Minister 384, 385, 386, 401.
— kurhess. Minister 402.
Mozart 245, 411.
Mühlberg 56, 57, 135.
Mühler 491.
Mühlhausen 270.
v. Müller, Johannes, Geschichtschreiber 289.
Müller, Johannes, Physiologe 476.
Müllner 407.
München 78, 90, 112, 114, 124, 125, 175, 178, 179, 193, 228, 245, 283, 385, 395, 396, 404, 412, 413, 431 ff., 460, 476, 530, 531, 538.
Münchengrätz 516.
Mundt 410.
Münster 45, 86, 124, 125, 214, 223, 269
— Bischof 130.
v. Münster, Ernst, Graf 352, 357, 388.

v. Münster, Georg, Graf 522.
Münster, Seb. 80.
Mützer 31, 32, 35.
Mottathal 266.
Murat 287, 292, 332, 346, 351.
Murner 79.
Murthal 262.

N.

Nachod 516.
v. Nagler 379.
Namur 361.
Nancy 117.
Nantes 134.
Narva 153.
Nassau 270, 295, 314, 384, 385, 402, 430, 471, 490, 512, 513.
— -Usingen 284.
— -Weilburg 284.
Nationalverein 484, 498, 502.
v. Natzmer 332.
Naumburg 50, 72, 113.
Neander, J. A. W. 417.
— Mich. 79.
Neapel 18, 36, 62, 66, 146—148, 152, 153, 162, 181, 196, 209, 255, 262, 265, 378.
Nebenius 383, 402, 456.
Neckar 31, 150, 270, 520.
Neckaran 260.
Neckarthal 101.
Neerwinden 255.
Nehring 174.
Neipperg 177.
Neisse, Fluß 342.
— Stadt 176, 207, 218, 296.
Nelson 278.
Neper 80.
Neresheim 261.
Nettelbeck 296.
Nettolitz 98.
Netze 216.
Neuber 234.
Neubreisach 536.
Neuburg, Herzogthum 53, 59, 89, 160.
— Herzog Wolfgang Wilhelm 89, 94.
Neuenburg 282, 480, 481.
Neumark 160, 213.
Neumünster 445.
Neustadt a. d. Hardt 255, 397.
— in Mähren 218.
Ney 295, 344, 361.
Niebuhr 318, 326, 340, 372.
Niederlande, Niederländer 46, 59, 62, 66, 76, 84, 85, 87, 109, 113, 124, 129, 130, 132, 134, 137, 147, 152, 185, 186, 200, 220, 223, 224, 253, 254, 257, 259, 263, 266, 362,
— Prinz Heinrich 500.
s. auch Holland und Generalstaaten.
Niederrhein 148, 150.
Niedersachsen 103, 104.
Niederschlesien 179.
Nienen 329.
Nienburg 292.
Nikolai 230.
Nikolsburg 518, 519.
Nimwegen 132.
Nivelles 362.
Noailles 180.
Nogent 352.
Noisseville 534.
Norddeutscher Bund 521 ff., 538, 539.
Nordhausen 270.
Nördlingen 58, 120, 121.
Nordschleswig 522.
Nordsee, 81, 82, 130, 194, 360.
Norwegen 46, 341.
Nostitz 361.
Novi 266.
Noyon 68.
Nuits 537.
Nürnberg 15, 16, 17, 28—30, 34, 43, 47, 50, 58, 81, 89, 90, 93, 112, 113, 115, 172, 270, 500, 520.
Nymphenburg 178, 180.

O.

Oberitalien 21, 23, 262, 268.
Oberpfalz 87, 101, 112, 117, 124, 149, 261.
Oberrhein 113, 260, 261, 266, 351.
Oberschlesien 181.
Oecolampadius 38.
Odenwald 31, 101, 359.
Oder 131, 206, 211, 212, 292, 293, 332, 340.
Odessa 489.
Ofen 138, 498.
Offenburg 430, 456.
Oken 417, 419.
Oldenburg 299, 311, 327, 337, 401, 402, 466, 513.
— Graf, Christof 46.
Oldendorp 46.
Ollivier 530.
Olmütz 103, 179, 206, 451, 464, 478.
Oels 312.
Opitz 172.
Oppeln 177.
Oppolzer 476.
Oranien Moritz v. 93, 101.
— Wilhelm v. 136, 137.
Orleans 68, 536, 537.
— Herzogin Elisabeth Charlotte 134.
Ortenau 269.
Ortenburg 96.
Osnabrück 124, 229. 270,
Ossa 112.
Ossegg 97.
Osterode 294.
Ostermann 343.
Oesterreich 17, 19, 20, 38, 42 ff., 71, 87, 90, 93, 108, 113, 114, 123, 124, 135, 136, 139, 140, 146 ff., 152, 154, 155, 160 ff., 170, 175 ff., 196 ff., 218 ff., 246 ff., 250 ff., 260 ff., 274 ff., 281 ff., 286 ff., 302 ff., 317, 328, 329, 331, 339, 347 ff., 356 ff., 363, 364, 368 ff., 376, 378, 379, 382 ff., 389, 392, 396, 399, 401, 405, 410, 433, 434, 438, 440, 443, 444, 450 ff., 458 ff., 466 ff., 471, 477, 478, 483 ff., 490, 494 ff., 521, 524, 525.

Erzherzoge und Erzherzoginnen:

Philipp 18.
Ferdinand 18, 21, 28, 29, 37, 42, 44.
Anna 74.
Matthias 92, 93.
Leopold 93, 94, 98.
Ferdinand (von Steiermark) 90, 92, 93, 96 ff.
Maximilian (von Tirol) 95, 96, 97.
Albrecht 95.
Karl 147, 152.
Maria Theresia 162, 175.
Josef 215.
s. auch deutsche Kaiser und Kaiserinnen.
Max 223.
Karl 260 ff., 266, 268, 278, 281, 305, 306, 308.
Johann 268, 278, 281, 305, 309, 442, 443, 459.
Ferdinand 277.
Anton 279.
Marie Luise 309.
Ludwig 433.
Albrecht 518.
Josef 516.

Kaiser:

Franz I. 275, *280, 281, 286 ff., 304, 305, 308, 309, 346, 348, 352, 353, 368, 369, 374, 405.
s. auch deutsche Kaiser: Franz II.
Ferdinand I. 405, 451.
Franz Josef 451, 463, 483, 486, *499, 500, 525.
Ostfriesland 136, 303, 359.
Ostindien 226.
Ostpreußen 160.
Ostrach 266.
Ostsee 81, 82, 107, 108, 153, 154, 194, 209, 311.
Ostseeprovinzen 330.
Oetker 521.
Oettingen, Grafen v. 85.
— -Wallerstein, Fürst von 395, 404, 431.
Oudenarde 152.
Oudinot 342, 344, 352, 353.
Overbeck 412.
Oeversee 503.
Oxenstierna 113, *116, 118.

P.

Paderborn 45, 77, 223, 269.
Palikao, Graf 533, 535.
Palm 303.
Palmerston 466.
Pampelona 67.
Pappenheim 105, 113.

Päpste:

Gregor VII. 3.
Innocenz III. 3.
Johannes XXIII. 3.
Eugen IV. 3.
Pius II. 4, 5.
Alexander VI. 5.
Leo X. 7, *8, 9.
Hadrian VI. 28, 29.
Clemens VII. 29, 36.
Paul III. 57, 60, 67.
Julius III. 60.
Paul IV. 65, 71.
Pius IV. 71.
Gregor XIII. 83.
Innocenz X. 124.
Clemens XIII. 207.
Pius VII. 222, 393.
Clemens XIV. 226.
Gregor XVI. 403, 404, 422.
Pius IX. 527. 528.

Parchwitz 204.
Paris 67, 136, 139, 170, 174, 197, 198, 205, 249, 252, 253, 255, 273, 274, 283, 287, 327, 329, 350 ff., 360, 363, 374, 387, 395, 411, 419, 432, 479, 480, 492, 506, 511, 525, 528, 529, 532 ff.
Parma 162, 185, 262.
Parsdorf 267.
Pasques 537.
Passarowitz 154, 155.
Passau 62—64, 71, 93, 124, 150, 215, 269, 270.
Passeier 307.
Paßmann 112.
v. Patow 481, 491.
Pauli 79.
Paulskirche in Frankfurt 439.
Paulucci 331.
Paulus, Apostel 12.
Pavia 36.
Peene 154, 203.
Pertz 416.
Pestalozzi 227, 326.
Petersburg 198, 208, 214, 218, 256, 277, 328, 329, 483, 492.
Peterwardein 154.
Petrasch 261.
Peucer 73.
v. Peucker 443, 457.
Pfalz 18, 27, 52, 55, 76, 86. 87, 90, 96, 99, 101, 102, 110, 118, 121, 124, 136 ff., 149, 159 ff., 183, 200, 255, 270, 359.

Pfalzgrafen:

Friedrich I., Kurfürst 16.
Ottheinrich, Kurfürst 77.
Friedrich III., Kurfürst 73, 77, 78.
Johann Casimir 84, 86, 87.
Friedrich IV., Kurfürst 86, 93, 94.
Friedrich V., Kurfürst 95, 99, *100 ff., 110, s. auch Böhmen.
Christian v. Birkenfeld 113.
Karl Ludwig 124, 134, 166.
Elisabeth Charlotte 134.
Friedrich v. Zweybrücken 206.
Karl Theodor, Kurfürst 219, s. auch Baiern.
Karl v. Zweybrücken 219, 220, 223.
Max Joseph IV. 267, s. auch Baiern.
Pfizer, Paul 396.
v. d. Pfordten 511, 520, 525.
Pflug 49.
Pforzheim 261.
Pfuel 449.
Pfull 289.
Philippsburg 117, 120, 124, 137.
Piacenza 185, 267.
Piccolomini, Enea Silvio 4.
—, Octavio 113, 120.
Pichegru 260.
Pietisten 167, 168.
Pilica 258.
v. Pillersdorf 444.
Pillnitz 251.
Piloty 474.
Pilsen 98, 119.
Piombino 275.
Pirna 121, 198, 343.
Pistorius 49.
Pitt d. Ae. 205, 209, 213.
— d. J. 265, 272, 275, 276, 287.
Planchenois 362.
Plassenburg 292.
Platen 408.
Pleißwitz 340.
Pleß, Fürst 522.
v. Plessen 376.
Plöne 216.
Plotho 199.
Po 262, 268.
Podewils 181, 183, 194.
Podiebrad 16.
Podol 516.
Poggendorf 476.
Polen 34, 46, 75, 81, 104, 105, 111, 131, 132, 153, 159, 181, 185, 186, 196, 210, 217, 218, 246 ff., 250, 253, 255 ff., 272, 287, 303, 338, 340, 358, 371, 379, 509, 522.

Könige:

Sigismund 108.
Johann Sobiesky 134, 139.
August II. 139, 153, 156, 159, 161, 185.
Stanislaus Leszcinsky 161, 162.
August III. 161, 197 ff., 215, 217.
Stanislaus Poniatowsky 217, 218, 246, 250.
Pomerellen 218.
Pommern 45, 104, 124, 130, 132, 154, 186, 189, 191, 205, 206, 213, 247, 296, 338.
Pommern, Herzoge 47, 77, 107.
Pompadour 196.
Pondichery 209.
Poniatowsky, General 346, 347.
Poscherun 331.
Posen 256, 358, 435, 479.
— Erzbischof v. Dunin 404, 422.
Potsdam 194, 279, 281, 330, 332, 449, 467.
Pozzo di Borgo 352.
Prag 92, 93, 97, 98, 101, 110, 121, 124, 179—181, 200 ff., 208, 339, 341, 451, 521, 525.
Praga 257.
Preller 474.
Prenzlau 292.
Prerau 281.
Preßburg 179, 181, 281, 289, 305, 307, 308, 518.
Preußen, Herzogthum 34, 93, 130, 132, 140.
— Herzog Albrecht 34, 65.
— Königreich 128, 140, 141, 149, 153 ff., 161, 162, 165, 175 ff., 196 ff., 217 ff., 223, 228, 229, 231, 233, 246 ff., 254 ff., 263 ff., 281, 283 ff., 297 ff., 303 ff., 310, 313 ff., 338 ff., 347, 354, 366, 369 ff., 375, 376, 379, 380, 383 ff., 389 ff., 401, 402, 418, 419, 421 ff., 434 ff., 440, 443 ff., 452 ff., 457 ff., 466 ff., 472, 477 ff., 481 ff., 524 ff.

Könige und Königinnen:

Friedrich I. 140, 148, 155, 170.
Sophie Charlotte 170. 174.
Friedrich Wilhelm I. *155 ff., 171, 174, 188, 192.
Friedrich II. 155, 163 ff., 172, 175 ff., *188 ff., 194 ff., 217 ff., 228, 229, 234, 236, 239, 246, 248, 252, 253, 263, 264, 279, 285, 287, 288, 291, 315, 319, 325, 338, 339.
Friedrich Wilhelm II. 228, 229, 246 ff., 250 ff., 256 ff., 265, 276, 293, 325, 338.
Friedrich Wilhelm III. *276, 277 ff., 283, 286 ff., 297, 298, 326, 328, 332 ff., 348, 351 ff., 374, 376, 380, 389, 390, 398, 402, 404, 405, 418, 426, 427, 481.
Luise 293, *294 ff., 298. 315, 316, 326, 335, 481, 53.
Friedrich Wilhelm IV, *404, 413, 418, 419, 422, 424 ff., 434 ff., 444, 446, 447, 449, 452, 457 ff., 466 ff., 472, 479 ff., 487, 523, 539.
Wilhelm I. 427, 434, 457, 481 ff., 487 ff., 499, 506 ff., 513, 516 ff., 523, 529 ff.

Prinzen:

Heinrich, Bruder Friedrichs II., 202, 206, 207, 210, 214, 217, 218.
Louis Ferdinand 289, 290.
Wilhelm, Bruder Friedrich Wilhelms III., 202, 289, 304, 317.
Heinrich, Bruder Friedrich Wilhelms III, 289, 326, 515.
Karl 463.
Adalbert 466.
Friedrich Karl 503, *504, 515 ff., 532 ff.
Kronprinz Friedrich Wilhelm 515 ff., *531 ff
Preußen, Provinz 191, 202, 203, 206, 256, 295, 330 ff.
Preußisch-Eylau 295.
Prim 529.
v. Prittwitz, General 457, 458.
— Major 208.
Problus 517.
Probst 526.
Probstheida 346.
Prutz 420.
Puchta 417.
Pufendorf 168, *169, 170, 171.
Pultawa 153.
Pultusk 295.
Pusterthal 310.
Putlitz, Ad. zu 99.
— Gustav zu 474.
Pyrenäen 305, 341, 349.

Q.

Quatrebras 361.
Quebeck 209.
Quedlinburg, Aebtissin v. 48.
Queiß 260.

R.

Rabener 236.
Racine 338, 411.

Radetzky 350.
v. Radowitz 458, 459, 462 ff.
Rafael 2.
Rain 112.
Rakoczy 150.
Ramillies 152.
Ramler 239.
Rammenau 322.
v. Ramming 516.
v. Ranke *416.
Rappoltsweiler 167.
Rastatt 153, 155, 263, 264, 265, 266, 268, 419, 457, 483.
Rathenow 132.
Ratibor, Herzog v. 521.
Ratkau 293.
Rau 474.
Rauch 412.
v. Raumer, Geschichtschreiber 416.
— Minister 472.
Raupach 410.
Ravaillac 94.
Ravensberg 131.
Ratzeburg 124.
Rechberg, Graf 505.
Rees 86.
Reformverein 498, 500, 502.
Regensburg 29, 34, 49, 50, 52—54, 58, 72, 89, 95, 102, 106, 108, 112, 118, 120, 123, 142, 187, 214, 270, 284, 306, 487, 506.
Rehberg 421.
Reichenbach i. Schlesien 214, 248, 341.
Reichenbach, Gräfin 387, 388.
Reichsritterschaft 355.
Reichstag, deutscher 540.
Reichstag, norddeutscher 521 ff., 531, 539.
Reil 326.
Reille 534.
Reimarus 230.
v. Reizenstein 300.
Renard, Graf 522.
Rendsburg 461.
Rethel, Alfred 414.
Rethel (Frankreich) 533.
Retzow 198.
Reubel, General 312.
Reuchlin 5, *6, 9, 10, 13.
Reutlingen 19.
Rheims 353.
Rhein 31, 81, 82, 84, 101, 110, 112, 117, 120, 123, 132, 138, 150, 151, 153, 161, 162, 178, 181, 185, 206, 207, 227, 256 ff., 338, 345, 348, 350, 359, 419, 439, 455, 519.
Rheinbaiern s. Rheinpfalz.
Rheinbund 284 ff., 294, 298 ff., 306 ff., 317, 328, 339, 345, 346, 348, 355, 356, 359, 360, 364, 367, 379.
Rheinfelden 122.
Rheingraf 117.
Rheinhessen 520.
Rheinlande 29, 109, 111, 386, 390, 455.
Rheinländer 371.
Rheinpfalz 386, 455 ff., 486, 520.
Rheinprovinz 393.
Rheinsberg 164.
Rheinthal 101, 137.
Richelieu 105, 106, 108, 110, 121, 122.
Richter, s. Jean Paul 406.
Ried 347.
Rietschel 474.
Riga 45.
Rintelen 450.
Ritter, Philosoph 417, 473.
— Physiker 417.
Rivoli 262.
la Rochelle 105.
v. Rochow 401.
v. Roggenbach 487, 512.
Rohlfs 474.
Rollenhagen 78.
Rom 2, 5, 7, 9, 10, 12—15, 18, 21, 28, 29, 36, 37, 39, 67, 68, 70, 71, 102, 227, 274, 392, 393, 403, 412, 414, 527, 528.
Romantiker 406, 407, 412.
Römer 456, 457.
Ronge 423.
v. Roon *491, 505, 515, 516, 530.
Roscher 474.
Rose 476.
Roßbach 203, 204, 205.
Roßbrunn 520.
Rostock 338.
Röth 414.
Rothenburg a. d. Tauber 95.
Rothensol 261.
la Rothière 351.
v. Rotteck 394, 397, 398, 402, 416.
Rottmann 413.
Rouen 537.
v. Rüchel 288, 289.
Rückert *337, 408, 418.
Rüdiger 193.
Rügen 104, 124, 154.
Rüppell 474.
Ruppin 164.
Rußegger 474.
Rußland, Russen 46, 107, 108, 153, 154, 155, 178, 179, 181, 184, 185, 196, 203, 206 ff., 217, 218, 220, 221, 224, 246, 247, 255 ff., 265, 266, 270, 274 ff., 281 ff., 287, 289, 295, 297, 298, 303 ff., 317, 328 ff., 339 ff., 349, 353, 354, 358 ff., 389, 397, 446, 459, 461, 463, 464, 478 ff., 495, 509.

Kaiser und Kaiserinnen:

Peter I. 153.
Elisabeth 197, 202, 205, 213, 214.
Peter III. 213, 214.
Katharina II. 214, 217, 218, 221, 223, 256, 265.
Paul I. 265 ff.
Alexander I. 270, 275 ff., 281, 289, 295 ff., 303, 304, 307, 327, 328, 332 ff., 340 ff., 348, 350, 352 ff., 357 ff., 374, 378, 389.
Nikolaus 389, 463, 478, 479.
Alexander II. 509.
Rye 458.
Ryswick 137, 138, 159.

S.

Saalburg 290.
Saale 203, 213, 290.
Saalethal 290.
Saalfeld 290.
Saar 501.
Saarbrücken 359, 363, 532.
Saarlouis 354, 363.
Sachs, Hans 79.
Sachsen, Kurfürstenthum 76, 94 ff., 99, 102, 112 ff., 139, 149, 178 ff., 198 ff., 202, 206 ff., 220, 223, 250, 272.
— Königreich 286, 287, 290, 298, 302, 303, 338, 346, 357 ff., 364, 368. 385, 388, 389, 453, 455, 457 ff., 490, 500, 502, 513, 514, 516, 518, 520, 521.

Kurfürsten und Kurfürstinnen:

Friedrich der Sanftmüthige 16.
Friedrich der Weise *9 ff., 14, 18, 20, 22, 24, 28, 34.
Johann der Beständige 34, 38, 40, 47.
Johann Friedrich *47, 48, 50 ff., 81, 117.
Sibylla 56.
Moritz *53 ff., 116.
August 64, 73, 74, 76, 77, 84, 86.
Christian I. 86.
Christian II. 90.
Johann Georg I. 100, 108, *109, 111 ff.
August II. 139, 156, 159.
August III. 161, 197 ff., 215.

Könige:

Friedrich August I. 340, 359, 388.
Anton 388.
Friedrich August II. 389.
Johann 514.
(Kronprinz) Albert 514, 533.

Prinzen:

Maximilian 389.
Georg 514.

Herzoge:

Wilhelm der Tapfere 16.
Georg der Reiche 48, 53.
Heinrich der Fromme 48, 53.
Johann Friedrich der Mittlere (zu Gotha) 75, 76.
Johann Wilhelm (zu Weimar) 76.
Johann Ernst (zu Eisenach) 104.
Bernhard (von Weimar) 109, 110, 114, 117 ff.
Sachsen-Gotha 385.
— -Koburg Herzog Ernst 457.
— -Meiningen 385.
— -Weimar 368, 374, 500.
— Herzogin Amalie 225, 242.
— Herzog (Großherz.) Karl August 225, 242, 243. 254, 290, 292, 374.
Sachsen, preuß. Provinz 371.
— Marschall von 185.
v. Sacken 343, 351.
Sadowa 516, 517.
Sagan 104.
St. Germain 228.
St. Priest 351, 353.
St. Privat 533.
St. Quentin 537.
Salm, Graf 117.
— -Kyrburg 284.

Salm-Salm 284.
Salzach 220.
Salzburg, Erzbischof und Erzbisthum 119, 160, 227, 263, 269, 271, 281, 308, 359.
— Stadt 507.
Salzburger 159, 160.
Salzmann 227.
Sambre 361.
Sand 375.
Sanders 415.
Sanssouci 194, 225.
Sardinien 153, 161, 162, 178, 180, 255, 262, 482, 483.
Sasbach 132.
Sastrow 80.
Saucken 428.
v. Savigny Friedrich Karl 326, 417.
— Karl Friedrich 510, 513.
Savoyen 153, 162.
— Prinz Eugen 138, 139. 148, 149, 151—155, 157, 175.
— Herzog Karl Emanuel 98.
Schadow, Joh. Gottfried 412.
— Wilhelm 412, 414.
Schaffgotsch, Graf 193.
Schaffhausen 42.
Schandau 199.
Scharnhorst 292, 293, 319, *320 ff., 328, 329, 333, 334, 338 ff.
Schärtlin 53, 80.
Schaumburg 124.
— -Lippe 402, 461.
v. Scheffel 474.
Scheffler 173.
Schellenberg Georg v. 135.
Schellenberg bei Donauwörth 150, 151.
Schelling 408, *409, 417, 418.
v. Schenk 395.
Schenkel 474.
v. Schenkendorf 336.
Schick 412.
Schiefer 74.
Schilda 339.
Schill 296, 310, *311, 313.
Schiller 242, *243, 244, 246, 325, 406, 485.
Schilling 474.
Schinkel 413.
Schirmer 414, 474.
Schlagintweit 474.
Schlegel, August Wilhelm 325.
Schlegel, Friedrich 325, 406, 411.
Schleiermacher *325, 326, 372.
v. Schleinitz 481, 490.
Schlesien 104, 113, 117, 130, 159, 172, 176 ff., 194, 196, 199, 203, 204, 206, 210 ff., 220, 256, 278, 296, 329, 335, 338, 340, 342, 343, 358, 386, 479, 516.
Schleswig 104, 445 ff., 458 ff., 461 ff., 495, 502 ff., 513, 519.
Schleswig-Holstein 445 ff., 457 ff., 461 ff., 494 ff., 501 ff., 519.
— Herzoge von 34.
Friedrich I. 46.
Friedrich VIII. 501 ff.
Schlettstadt 536.
Schlingen 261.
Schlosser *415, 416.
Schlözer 229, 230.
Schlüter 174.
Schmalkalden 40, 42, 44 ff.
Schmalkald. Bund 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56.
Schmalz 374.
v. Schmeling 536.
v. Schmerling 443, 448, 452, 497, 506.
v. Schmettau, General 209.
— Ferdinande 334.
Schnaase 414.
Schneckenburger 419.
Schnepf 45.
Schnepfenthal 227.
Schnorr 413.
v. Schön 318, 333, 426.
Schönaich 235.
Schönbein 476.
Schönbrunn 282, 283, 310.
Schönhals 459.
Schönhausen 467.
Schönlein 476.
Schopenhauer 473.
Schott 456.
Schottland 76.
Schröder 246.
Schrödter 414.
Schubart 241.
Schubert 411.
Schulenburg-Kehnert, Graf 291.
Schüler 456.
Schulpforta 322.
Schulz 211.
Schulze-Delitzsch 522.
Schumann 411.
Schwaben 21, 27, 29, 43, 55, 112, 113, 117, 136, 150, 165, 261, 281.
Schwalbach 375.
Schwanthaler 413.
Schwarz 474.
Schwarzburg-Rudolstadt 383.
— -Sondershausen 383.
v. Schwarzenberg, brandenburg. Minister 104, 108.
— Johann 80.
— Fürst, Feldmarschall 341, *342, 344 ff., 351 ff., 360.
— Fürst Felix 451, 452. 463, 464, 466, 468.
Schwarzerd, siehe Melanchthon.
Schwarzwald 31, 118, 150, 261, 277.
Schweden 46, 104—107, 113 ff., 124, 130—132, 137, 153, 154, 179, 186, 196, 200, 203, 205, 206, 209, 210, 212, 247, 274, 275, 282, 283, 297, 341, 359, 446, 447.
Gustav Wasa 107.
Karl IX. 107.
Gustav Adolf *107 ff., 120, 123.
Karl XII. 153, 154.
Gustav III. 251.
— Kronprinz (Bernadotte) 341, 342, 345.
Schwedisch-Pommern 283.
Schwedt 154.
Schweidnitz 204, 213, 214, 296.
v. Schweitzer 522.
Schweiz, Schweizer 18, 19, 31, 40—42, 81, 111, 124, 170, 234, 237, 265, 266, 270, 276, 351, 399, 430, 437, 480, 481.
Schwendi 75, 76.
Schwerin, Bisthum 124.
v. Schwerin, General 164, 176, 177, 181, 198, 199, 200, 208.
— preuß. Minister 435, 482, 493.
Schwiebuser Kreis 135, 136.
Schwindt 474.
Scultetus 100.
v. Seckendorff 161, 182.
v. Sedlnitzky, 422.
Sedan 534, 535.
Seeland 46, 504.
Seine 351, 352.
Semper 474.
Seni 119.
Sennefelder 414.
Serbien 138.
Seuffert 417.
Seydelmann 411.
v. Seydlitz General 203, 206, 208.
— Major 331.
Shakespeare 240, 241, 411.
Sicilien 36, 146—148, 152, 153, 162.
Sickingen 26, *27, 28, 75.
Siebenbürgen 139.
Siebenpfeiffer 397, 398.
Siebold 476.
Siegen 359.
Sievershausen 64.
Sigeth 75.
Simon, 427, 456.
Simons 481.
Simrock 408.
Simson, 472, 454, *523.
Sindelfingen 32.
Skagen, Cap 504.
Skalitz 516.
Skoda 476.
Slavata 92, 97.
Slavonien 138.
Sleidan 80.
Sobiesky 134, 139.
Soest 45.
Sohn 414.
Sohr 184.
Soiron 436.
Soissons 353.
Solferino 483.
Soltykoff 208. 210.
Sombacourt 537.
Sömmering 244.
Soor 516.
Sophokles 411.
il Soto, Pedro 52.
Soubise 203, 207.
Soult 292.
le Sourd 531.
Spandau 109, 193, 291.
Spanien, Spanier 4, 18, 22, 44, 51, 61, 62, 66, 67, 70, 86, 91, 94, 98, 102, 104, 106, 111, 113, 114, 124, 130, 132, 146, 147, 152, 153, 155, 161, 162, 178, 180, 185, 196, 255, 278, 304, 311, 312, 329, 378, 379, 386, 529.

Könige:

Philipp II. 59, 61, 62, 66, 67, 74.
Pilipp II. 90, 96.
Karl II. 146, 147.

Spanien, Philipp IV. 146.
Philipp V. 152, 153.
Ferdinand 209.
Josef (Bonaparte) 304.
Infant Ferdinand 120.
Prinz Philipp 185.
Speckbacher 307.
Spee 127, 173.
Speier 29, 30, 33, 36, 37, 38, 51, 52, 63, 110, 120, 137, 254.
— Bischof Geißel 422.
Spener 167, 168.
Spicheren 533.
v. Spiegel 403, 422.
Spielmann 254.
Spindler 408.
Spinola 101, 117.
Spohr 411.
Spree 206.
Springer 473.
Stabel 485.
Stadion 281, 305, 309.
Stadtlohn 103.
Stägemann 318.
Stahl 469.
Stahremberg 150.
Staps 310.
Staufen 448.
Staupitz 8, 9.
Steiermark 62, 92, 93, 96, 443.
v. Stein 223, 289, 291, 294, 295, 297, 313, *314 ff., 332 ff., 347, 348, 350, 352, 353, 356, 357, 359, 364, 372, 389, 396, 416, 428.
Steinau 118, 119.
Steinle 414.
v. Steinmetz 516, 522, 532.
Stenay 533.
Stettin 107, 154, 194, 203, 292, 313, 514.
Stockach 266.
Stöckhardt 476.
Stockholm 154, 169, 329.
v. Stolberg, Grafen 240.
— Gräfin 393.
Stoß 81.
Stourdza 374.
Stralsund 104, 154, 206, 311, 312.
Straßburg.

Bischöfe:

Johann 84, 87.
Johann Georg (v. Brandenburg) 84.
Franz Egon (v. Fürstenberg) 133.
Straßburg, Stadt 34, 39, 42, 84, 85, 90, 93, 121, 133, 134, 137, 152, 153, 167, 533 ff.
Straubing 118, 120.
Strauß, Dav. Friedr. *424.
Stromeyer, Chirurg 476.
— Publicist 398.
v. Strotha 449.
Struve 432, 437, 448.
Stuart, Anna 148.
— Karl 183.
Sturm 42, 79.
Stuttgart 225, 379, 385, 396, 397, 433, 456.
Stüve 388, 400.
v. Suckow 527.
Südamerika 386.
Südfrankreich 81.
Südpreußen 278.
Südtirol 310.
Suhl 82.
Suhlingen 273.
Sulzbach 160, 162.
Sundewitt 503.
Süptitzer Höhen 212.
Susa 2.
Süßmilch 193.
Suworow 257, 266.
Swedenborg 241.
Swinemünde 194.
v. Sybel 473.
Sylvan 73.

T.

Tagliamento 262.
Tallard 150, 151.
Talleyrand 280, 358.
v. d. Tann 536.
Targowitz 256.
Tauberbischofsheim 520.
Tauenzien, General (7jähr. Krieg) 210.
— General (Befreiungskriege) 342, 344, *345, 355.
Taufkirchen, Graf 525.
Tauler 2.
Tauroggen 331.
Teplitz 376, 486.
Terzka 119.
Teschen 220.
v. Tettenborn 337.
Tetzel 8.
Thibaut 417.
v. Thiele 332.
Thiers 350, 535.
Thiersch 414.
du Thil 384.
Thomasius *171.
Thorn 247, 296.
Thugut 255, 259, 263.
Thümmel 239.
Thun, Graf 460.
Thüringen 22, 31, 56, 110, 113, 114, 172, 203, 206, 213, 270, 384, 385.
Thüringerwald 289, 290.
Thurmeyer, s. Aventin.
Thurn *97, 98, 118.
— u. Taxis, Fürst 355, 366.
— — bair. General 464.
Tieck, Friedrich 412.
— Ludwig 325, 406, 411, 418.
Tilly 100, *101, 102, 103, 104, 106, 108—112, 114, 115, 120, 426.
Tilsit 297, 298, 304, 313, 317, 320, 331, 338, 359.
Tirol 53, 82, 96, 97, 150, 261, 307 ff., 359, 369.
v. Toll 354.
Torgau 34, 60, 86, 212, 339.
Torstenson *123.
Toscana 162, 209, 268, 269, 271, 281.
— Herzog Franz 175, 182.
— Leopold 247.
Tottleben 211.
Toul 60, 62, 124, 536.
Tours 536.
Toury 536.
Trafalgar 278.
Trautenau 516.
Trebbia 266.
Trendelenburg 473.
v. Tresckow 536.
Trient 52, 57, 60, 62, 71, 72, 76, 269, 528.
Trier, Erzstift-Kurfürstenthum 10, 27, 62, 90, 111, 117, 149, 151, 226, 227, 271, 359.
— Erzbischof-Kurfürst Richard 19.
— Weihbischof Hontheim 226.

Bischöfe:

v. Hommer 422.
Arnoldi 422.
Trier, Stadt 27, 423.
Triest 308.
Trittow 227.
Troppau 182.
Troyes 352.
Tschernitscheff 211, 213, 214, 345.
Tschudi 80.
Tübingen 10, 45, 73.
v. Tümpling 516.
Tunis 50.
Turenne 123, 132.
Turin 152, 509.
Türkei, Türken, 17, 18, 19, 36, 38, 39, 44, 49, 51, 52, 75, 83, 91, 92, 95, 104, 133—136, 138, 139, 153—155, 170, 196, 217, 223, 224, 246, 255, 265, 304, 389, 478 ff., 515.

Sultane:

Soliman II. 37, 38, 43.
Soliman III. 75.
Selim II. 75.
Mustafa 139.
Mahmud 515.
Turnau 516.
Twesten 489, 507, 521.

U.

Uckermark 203, 205, 206.
Udine 263.
Uhland 367, 406, *407, 456, 539.
Uhlich 425.
Ujest, Herzog v. 521.
Ukraine 256.
Ulm 15, 34, 55, 58, 90, 113, 150, 267, 277, 279, 280, 288, 397, 419.
Ungarn 16, 37, 75, 81, 87, 92, 96, 120, 134, 138, 139, 150, 151, 159, 179, 181, 183, 221, 224, 247, 306, 440, 451, 453, 462, 497.
König Ludwig II. 37.
v. Unruh 450.
Unstrut 203.
Unzelmann 246.
v. Usedom 483.
Utrecht 153, 159.
Uz 239.

V.

Valmy 253, 254.
Vandamme 343, 344.
v. Varnbühler 520.
v. Varnhagen 350.
Vauchamps 352.
Veit 412, 414.
Vendôme 150.
Venedig 36, 154, 262, 263, 268.
Venetianer 18.
Venetien 359, 509, 511, 518.
Verden 124, 154, 287.
Verdun 60, 62, 124, 253.
Vereinigte Staaten von Nordamerika 224.
Verona 386.
Versailles 147, 174, 538 ff.
Vesoul 537.

Vessalius 80.
Victor 352.
Vierwaldstädter See 266.
Villersexel 537.
Vilmar 473.
Vincennes 273.
v. Vincke, Oberpräsident 352, 372, 403.
— Georg 428, 460, 482, 494.
Vionville 533.
Virchow 476, 493, 505, 522.
Vischer 81.
Vitry 354.
Vogel v. Falckenstein 503, 519, 522.
Vogesen 533, 536.
Vogt 456.
Voltaire 164, 194, *195, 214.
Vorarlberg 310.
Vorderrheinthal 266.
Vorpommern 124, 154, 200, 359.
Voß, Graf 294.
— Johann Heinrich 240.

W.

Waagen 414.
Wachau 346.
Wachsmuth 417.
Wächter, Eberhard 412.
— Karl Georg 417.
Wackernagel 473.
v. Wagner 527.
Wagner, Moritz 474.
— Richard *475.
— Rudolf 476.
Wagram 306, 308.
Wahlstatt 343.
Waitz 416.
Walachei 155, 304.
Walchern 310.
Waldburg, Gebhard, Truchseß v. 84.
— Georg, Truchseß v. 32.
Waldeck, Fürst v. 500.
— Abg. 450, 460.
Waldis 78.
Wallenstein *103, 104, 105, 106, 111, 113, 115, 118—120, 127, 311.
v. Wallmoden 345.
Wälschtirol 359.
Walter 417.
Waltershausen 22.
v. Wangenheim 367, 378.
Warburg 213.
Warschau 257, 258, 298, 341, 358, 463.
Wartburg 23, 25, 373.
Wartenburg 345.
Warthe 216.
Wasa 131.
— Gustav 46.
Waterloo 361, 517.
v. Weber, Karl Maria 411.
Weber, Prof. z. Göttingen 400, 476.
v. Wedell 208.
Weichsel 258, 292, 332.
Weiden 112.
Weigel 167.
Weimar 21, 75, 172, 225, 246, 290, 375, 433.
Weinsberg 32.
Weiße 173.
Weishaupt 228.
Weiße 236.
Weißenburg 532.
Weißenfels 346.
Welcker 375, 394, 397, 398, 453.
Wellington 351, 360, *361 ff.
Welser 81.
Werbach 520.
Werben 101.
v. Werder 516, 533, 536, 537.
v. Werner, General 211.
Werner, Geologe 417.
v. Werth 117, 120, 122, 123.
Wesel 86, 213, 214, 282, 287, 290.
Weser 103, 113, 282, 310, 312.
v. Wessenberg, Bisthumsverweser 356, 391.
— österr. Minister 444.
Westfalen, Provinz 102, 303, 314, 393, 455.
— Königreich 299, 300, 303, 312, 348.
Westfalen, König Jerome 299, 303, 310, 345, 348.
v. Westphalen, preuß. Minister 481.
Westpreußen 218, 358.
de Wette 375.
Wetzlar 261, 270.
v. Wied 48.
Wieland 239, 240, 242.
Wien 38, 43, 75, 81, 97, 98, 111, 114, 118, 119, 123, 124, 133, 134, 138, 142, 147, 161, 165, 174, 175, 176, 179—181, 193, 197, 198, 200, 212, 220, 222, 223, 254, 258, 260, 262, 265, 266, 274, 277 ff., 306, 328, 329, 355 ff., 360, 364, 365, 368, 369, 374, 377, 379, 382, 383, 384, 399, 433, 434, 442 ff., 450, 451, 460, 497, 504, 506, 510, 518, 525.
Wiener-Neustadt 76.
Wiesbaden 433, 477.
Wiesloch 102, 117.
Wildbad 529.
Wilhelmsbad 462.
Wilhelmshöhe 535.
Wilhelmsthal 214.
v. Willisen 461, 494.
Wimpfen 102, 117.
v. Wimpffen 534.
Winckelmann 230, 238, 412.
Windischgrätz, Fürst 451.
Windsheim 113.
Windthorst 522.
Winter 394.
v. Winterfeld 198, 203.
v. Winzingerode 353.
v. Wirsberg 75.
Wirtemberg 43 ff., 47, 89, 117, 118, 121, 124, 149, 200, 226, 261, 270, 271, 277, 281, 284, 300, 302, 303, 346, 357, 360, 364, 367, 368, 377, 379, 384, 385, 395, 397, 401, 402, 430, 437, 453, 455 ff., 462, 464, 471, 477, 512, 520, 521, 523, 526, 530, 531, 538, 539.
Herzoge von Wirtemberg:
Ulrich 19, 43, 54, 55.
Christof 44, 74, 77.
Karl Eugen 190.
Könige:
Friedrich I. 300, 367.
Wilhelm I. 352, 367, 378, 379, 396.
Karl 527.
— Prinz Eugen 291, 343.
Wirth 397, 398.
Wislicenus 425.
Wismar 124.
Wittelsbacher 130, 148, 178, 219.
Wittenberg 1, 6, 8, 10, 11, 13, 14, 21, 24, 25, 28, 33, 34, 45, 48, 56, 57, 77, 79, 116, 310.
Wittgenstein, Fürst 317, 338, 340.
Wittstock 123.
Wohlau 135.
Wolfenbüttel 50.
Wolff 171, 172.
Wöllner 229.
Woltmann 473.
Worms 17, 21—23, 29, 37, 49, 52, 71, 137, 180, 254.
Wörth 532.
v. Wrangel, schwed. General 123.
— preuß. General 446, *447, 449, 450, 503.
v. Wrede 348, *349, 357.
Wullenweber 46, 47.
Wülzburg 89.
v. Wurmser 260, 261.
Würzburg, Bisthum 32, 118, 215, 261, 270, 281, 339, 359.
Bischöfe:
Melchior v. Zobel 75.
Friedrich v. Wirsberg 75.
Franz Ludwig v. Erthal 226.
Würzburg, Stadt 385, 470, 487, 520.
v. Wydenbrugk 454.

Y.

York von Wartenburg 292, 293, *330 ff., 342, 344, 351, 353, 354.

Z.

Zapolya 37, 44.
v. Zedlitz 506.
v. Zesen 172.
Zeven, Kloster 203, 205.
Zichy, Graf 374.
v. Zieten 201, 205, 211, 212.
v. Zinzendorf, Graf 168.
Zipser Gespannschaft 218.
Znaim 306, 308, 312.
v. Zobel 75.
Zollverein 385, 402, 477, 525, 526.
Zöpfl 417.
Zorndorf 206.
Zrinyi 75.
Zwickau 24.
Zwingli 35, 38, 39, 40, *41 ff., 48, 69.

This book is due two weeks from the last date stamped below, and if not returned or renewed at or before that time a fine of five cents a day will be incurred.

COLUMBIA UNIVERSITY
0032262450

943.03 W417
Weech
Die deutschen seit der reformatio

943.03 W417

FEB - 1 1926